



**SPD**

Das soziale  
Deutschland.

**Protokoll**  
**Bundesparteitag**

**Hamburg, 26. – 28. Oktober 2007**



The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a dark gray square.

Das soziale  
Deutschland.

# Protokoll Bundesparteitag

Hamburg, 26. – 28. Oktober 2007

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

SPD-Parteivorstand, Berlin

### **Zusammenstellung:**

Natalie Raima

Petra Bauer

### **Druck:**

Schöne Drucksachen Ott-Druck GmbH, Berlin

Art.-Nr. 3800775

# Inhaltsverzeichnis

Geschäftsordnung

7

## Erster Verhandlungstag Freitag, 26. Oktober 2007

<b>Eröffnung</b>	
Michael Naumann	9
Gerhard Schröder	17
<b>Konstituierung</b>	21
<b>Rede des Parteivorsitzenden</b>	
Kurt Beck	27
<b>Aussprache über die Rede des Parteivorsitzenden</b>	54
<b>Grußwort des DGB-Vorsitzenden</b>	
Michael Sommer	77
<b>Bericht des Generalsekretärs</b>	
Hubertus Heil	82
<b>Bericht der Schatzmeisterin</b>	
Inge Wettig-Danielmeier	90
<b>Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission</b>	
Christa Randzio-Plath	101
<b>Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission</b>	107
<b>Beratung der Anträge zur Organisation und zu satzungändernden Fragen</b>	108
<b>Wahl des Parteivorsitzenden</b>	111
<b>Einführung der Antragskommission</b>	
Bärbel Dieckmann	115
<b>Beratung des Antrages zum Rechtsextremismus</b>	121
<b>Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden</b>	128

<b>Fortsetzung der Antragsberatung zum Rechtsextremismus</b>	131
<b>Vorstellung der Internetinitiative „Meine SPD“</b>	155
<b>Wahl des Generalsekretärs und der Schatzmeisterin</b>	158
<b>Beratung der Anträge zum Thema Reformen für ein soziales Deutschland</b>	161
<b>Beratung der Anträge zu den Themen Kultur und Medien</b>	162
<b>Beratung der Anträge zu den Themen Bildung, Wissenschaft und Jugend</b>	183
<b>Beratung der Anträge zur Innen- und Rechtspolitik</b>	192
<b>Wahl der Beisitzer und Beisitzerinnen im Parteivorstand, erster Wahlgang</b>	201
<b>Fortsetzung der Antragsberatung zur Innen- und Rechtspolitik</b>	209
<b>Beratung der Anträge zur Organisationspolitik</b>	216
<b>Beratung der Anträge zur Europapolitik</b>	227
<b>Wahl der Beisitzer und Beisitzerinnen im Parteivorstand, zweiter Wahlgang</b>	237

## Zweiter Verhandlungstag Sonnabend, 27. Oktober 2007

<b>Beratung der Anträge zu den Themen Familie, Frauen und Gleichstellung</b>	241
<b>Wahl der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission</b>	249
<b>Beratung des Leitantrages „Unser Weg in die ökologische Ökonomie – Für einen ‚New Deal‘ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“</b>	252
<b>Wahl der Bundesschiedskommission, stellvertretende Vorsitzende und Beisitzer</b>	311
<b>Fortsetzung der Antragsberatung zu Umwelt-, Energie, Verkehrs- und Kommunalpolitik</b>	313
<b>Wahl der Kontrollkommission</b>	359
<b>Grußwort des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude</b>	360

<b>Fortsetzung der Antragsberatung zu Umwelt-, Energie, Verkehrs- und Kommunalpolitik</b>	365
<b>Einführung in den Leitantrag „Gute Arbeit“</b> Franz Müntefering	372
<b>Beratung der Anträge zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik</b>	392
<b>Grußwort des Außenministers von Luxemburg</b> Jean Asselborn	405
<b>Fortsetzung der Antragsberatung zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik</b>	410
<b>Einführung in das Thema Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik</b> Martin Schulz Frank-Walter Steinmeier	414 417
<b>Beratung der Anträge zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik</b>	431
<b>Beratung der Anträge zur Sozial- und Gesundheitspolitik</b>	458

## Dritter Verhandlungstag Sonntag, 28. Oktober 2007

<b>Einführung in das Grundsatzprogramm</b> Kurt Beck	470
<b>Aussprache über das Grundsatzprogramm</b>	485
<b>Beratung der Anträge zum Grundsatzprogramm</b>	538
<b>Schlussabstimmung über das Grundsatzprogramm</b>	576
<b>Verleihung des Wilhelm-Dröschler-Preises</b>	577
<b>Schlusswort des Parteivorsitzenden</b> Kurt Beck	586

## Anhang

<b>Finanzbericht</b>	592
<b>Bericht des Generalsekretärs</b> Hubertus Heil	621
<b>Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation AfA</b>	644
<b>Gleichstellungsbericht</b>	647
<b>Delegierte</b>	679
<b>Delegierte mit beratender Stimme</b>	687
<b>Internationale Gäste</b>	690
<b>Rednerinnen und Redner</b>	694



## Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend sind. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 18 Abs. 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.

## GESCHÄFTSORDNUNG

11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Freitag, 26. Oktober 2007, Beginn: 09.55 Uhr



© Marco Urban – www.marco-urban.de

## Eröffnung

**Michael Naumann, Spitzenkandidat der SPD in Hamburg:** Liebe Ministerpräsidenten! Liebe Ministerinnen und Minister! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Kurt, fast auf den Tag genau vor 13 Jahren hast du als Ministerpräsident die politische Verantwortung für dein Land Rheinland-Pfalz übernommen. Dazu gratulieren wir dir, aber auch den Menschen in deinem Land.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, herzlich willkommen in der schönsten Stadt unserer Republik – doch, doch –,

(Beifall)

in der Freien Hansestadt Hamburg. Es ist eine sozialdemokratische Stadt und ihr könnt euch ruhig ummelden.

## ERÖFFNUNG

Wir tagen an diesem Wochenende in einer produktiven und kulturell reichen Metropole. Sie profitiert von der Globalisierung. Hamburg ist eine Handels- und Dienstleistungsstadt mit einem starken Industriesektor.

Wir Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz auf unsere Stadt. Sie trägt das Gütesiegel jahrzehntelanger sozialdemokratischer, vorausschauender Kommunalpolitik.

(Beifall)

Inmitten einer Ruinenlandschaft hat uns einst Max Brauer den Weg nach vorne gezeigt. Auch unsere Stadt ist Nutznießer der rot-grünen Reformpolitik unter Gerhard Schröder.

(Beifall)

Hamburg ist eine wohlhabende, aber zugleich verschuldete Stadt. Mit dem neuen Reichtum, von dem nur wenige etwas haben, geht eine verschärfte soziale Polarisierung einher. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und vor sozialem Abstieg gehört inzwischen zur seelischen Grundausstattung der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter nicht nur in dieser Stadt, sondern im ganzen Land. Ihre Sorgen und ihre Zukunft sind es, die uns auf diesem Parteitag zusammenführen. Das Hamburger Programm setzt das wichtigste Zeichen seit Bad Godesberg. Wir wollen ein gerechtes, tolerantes, freies Deutschland, eine kraftvolle Gesellschaft, in der alle am Erfolg teilhaben können.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, hier in Hamburg gilt dieser Grundsatz seit sechs Jahren nicht mehr. Die soziale Tradition unserer Stadt ist unter dem CDU-Senat in falsche Hände geraten. Hunderte Millionen Euro wurden im sozialen Sektor gekürzt. Bundesmittel für Arbeitsplatzprogramme tauchten in Tourismus-Marketing-Maßnahmen auf. Bundeszuwendungen für Ganztagschulen tauchten im Ausbau von Cafeterias für Gymnasien auf. Unsere Schulen bilden leider traurige Schlusslichter in vielen Bundesvergleichen. Wir werden es aber nicht zulassen, dass unsere Stadt in der Unionswelt des schönen Scheins stecken bleibt.

(Beifall)

Viele Menschen in Hamburg – und nicht nur in Hamburg – können dem verschärften Tempo der Globalisierung und dem schnellen Wirtschaftswandel nicht folgen. Wer das ignoriert, hat die neuen Arbeitszumutungen nicht verstanden: Arbeitsverdichtung, Leben auf dem schmalen Grat von Zeitarbeit und Leiharbeit – oft genug gepaart mit Lohnverzicht. Genossinnen und Genossen, gute Arbeit sieht anders aus.

(Beifall)

Viel zu vielen Kindern wird von Geburt an die Tür zum Aufstieg durch Bildung verbaut. Hinter Hamburgs Charme und Glanz verbergen sich ernste Probleme. Jedes vierte Hamburger Kind lebt unterhalb der Armutsgrenze. Ganze Stadtteile nehmen nicht am neuen Reichtum teil. Unsere Stadt wächst. Sie wächst aber auseinander. Das werden wir nicht mehr zulassen.

(Beifall)

Wer Verteilungsgerechtigkeit als altsozialistische Ideologie denunziert, verabschiedet sich in Wirklichkeit aus der politischen und ökonomischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik und gefährdet den sozialen Frieden in unserer Zukunft nicht nur in Hamburg, sondern im ganzen Land.

(Beifall)

Unsere Sozial-, Industrie- und Wirtschaftspolitik hat Hamburg über fünf Jahrzehnte hinweg geprägt. Es waren gute Jahre. Wir werden nach der Bürgerschaftswahl am 24. Februar dafür sorgen, dass Hamburg wieder zusammenwächst.

(Beifall)

Das schulden wir dem Ruf und der Arbeit unserer großen sozialdemokratischen Bürgermeister. Ich grüße Peter Schulz, Hans-Ulrich Klose, Klaus von Dohnanyi, Henning Voscherau und Ortwin Runde.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich verneige mich vor unserem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt.

(anhaltender Beifall und standing ovations)

Genossinnen und Genossen, wer den kühlen, klaren Geist Hamburgs schätzt, erkennt ihn in der Person und in der enormen Lebensleistung dieses Kanzlers wieder.

Ganz herzlich begrüße ich auch Gerhard Schröder. Geben wir es ruhig zu –

(anhaltender Beifall und Standing Ovations)

Genossinnen und Genossen, es ist schön, diesen Applaus jetzt zu hören. Aber geben wir es ruhig zu: Wir haben es ihm nicht immer leicht gemacht.

(Heiterkeit)

Heute, da die Reformen greifen, wissen wir aber, was wir an ihm hatten und was wir an ihm haben. Heute wissen wir, dass uns Gerhard Schröder und die rot-grüne Koalition unter Einsatz ihrer politischen Existenz vor dem Eintritt in den grundlosen und verheerenden Krieg im Irak bewahrt haben.

(Beifall)

## ERÖFFNUNG

Seine Folgen, die Folgen dieses Krieges, werden die Welt noch jahrzehntelang belasten. Nicht Antiamerikanismus oder Pazifismus, sondern verantwortungsvolle Weitsicht hat Gerhard Schröders Innen- und Außenpolitik gelenkt. Auch dafür schulden wir ihm Dank.

(Beifall)

Vergessen wir auch nicht, wohin Angela Merkel unser Land geführt hätte, wäre es damals nach ihr und ihren politischen Freunden gegangen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind alle Mitglieder einer im ursprünglichen Sinne des Wortes ehrwürdigen Partei. Keine andere Partei hat mehr Opfer für ihre Ideale von Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität gebracht als unsere. Tausende deutsche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben mit ihrem Leben in Konzentrationslagern, aber auch im russischen Gulag für die Wahrheit gezahlt, dass den Menschen die Freiheit gebührt. Auch ihretwegen sind wir Sozialdemokraten geworden und geblieben.

(Beifall)

Bei allen Konflikten, die wir miteinander austragen, bleiben wir unserer politischen Geschichte verpflichtet. Wir wissen, wo wir herkommen. Kein Sozial-, kein Familien- und Gesundheitsgesetz, kein Arbeitsrecht, keine Umwelt-, Friedens- oder Entwicklungspolitik in unserem Land, die nicht dem Auftrag, aber auch den Kämpfen der Sozialdemokratie und ihrer Freunde in den Gewerkschaften entsprungen ist.

(Beifall)

Denjenigen, die behaupten, dass die SPD erst mit der Agenda 2010 die Tugenden von Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und Unternehmergeist entdeckt hätten, können wir in aller Ruhe entgegnen: Dies sind die Tugenden, die am Anfang der sozialdemokratischen Arbeiteremanzipation in Deutschland gestanden haben.

(Beifall)

Wir seien, so heißt es mit einer gewissen Herablassung, die Partei der kleinen Leute. Aber die kleine Leute haben unser Land groß gemacht, und sie haben immer noch ein Recht auf ihren Anteil am erarbeiteten Reichtum, auf Existenzsicherung, Aufstiegschancen und ein würdiges Leben im Alter.

(Beifall)

Denjenigen, die über ein soziales Wohlfühlnetz Bundesrepublik spotten, denen empfehle ich einen Blick über ihren goldverzierten Tellerrand in die Wirklichkeit zunehmender Armut in Deutschland. Suppenküchen und Armenspeisung, entschieden

niedrigere Lebenserwartung für die unteren Einkommenschichten, Zwei-Klassen-Medizin und Altersarmut unterhalb der Pfändungsgrenze: Das gehört auch zur sozialen Wirklichkeit in unserem reichen Land. Wer dies mit einem Schulterzucken hinnimmt, der sollte sich schämen.

(Beifall)

Unser Parteitag nimmt mit seinem Hamburger Programm die Herausforderungen einer globalisierten Arbeitswelt an. Es sind die klassischen Aufgaben der Sozialdemokratie: Aufstieg durch Bildung und kontinuierliche Qualifizierung. Oder in den Worten von Max Brauer: Acht Stunden Schlaf, acht Stunden Arbeit, acht Stunden Lesen. Ich gebe zu, die Verlockungen des Fernsehens und des Internets kannte er nicht. Aber die geschätzt 80.000 Analphabeten in seiner geliebten Stadt hätte er sich nicht träumen lassen.

(Beifall)

Der erste Hamburger Parteitag fand 1897, also vor 110 Jahren, statt. Denjenigen, die den historischen Schulterschluss zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten geringschätzen, möchte ich in Erinnerung rufen, dass die SPD seinerzeit für die damals gerade streikenden Hamburger Arbeiter 1 Million Mark gesammelt hat.

(Beifall)

Geschlossenheit nach heftigen Diskussionen war und bleibt unsere politische Stärke. Oder in den Worten Helmut Schmidts anlässlich des Hamburger SPD-Parteitags vor 30 Jahren – ich zitiere –: „Dass der Weg zum Konsens mit hartem Ringen und engagiertem Austausch kontroverser Meinungen gepflastert ist, das können nur jene mit negativen Adjektiven belegen, die das Wesen der Demokratie nicht verstanden haben.“

(Beifall)

Wir Hamburger Sozialdemokraten sind im Wahlkampf. Die jüngsten seriösen Umfragen zeigen: Die Mehrheit aller Wählerinnen und Wähler wünscht sich einen sozialdemokratisch geführten Senat in unserer Stadt.

(Beifall)

Da kann Herr Güllner noch so heftig herumdemoskopieren, wie er will.

(Beifall)

Der Hamburger Senat verspielt das sozialdemokratische Erbe der Stadt. Er verschleudert es: erst die Landeskrankenhäuser, dann die Pflegeheime und sogar die Homepage [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de) hat er verkauft – übrigens an den Springer-Verlag. Als neoliberales Meisterstück steht ein zentraler Teil unserer städtischen Hafenwirtschaft

## ERÖFFNUNG

ebenfalls zum Verkauf – ließe man diesen Senat gewähren, wahrscheinlich auch der ganze kostbare Rest.

Während sich anderswo im Land der neoliberale Geist der Privatisierung erfolgreicher kommunaler Unternehmen bereits verflüchtigt hat, spukt er immer noch in unserem Rathaus. Dort sitzen die Sitzenbleiber einer überholten Ideologie, aber nicht mehr lange.

(Beifall)

Wer den Weg der sozialen Marktwirtschaft verlässt, wer glaubt, dass der Markt allein zum Maßstab des Gemeinwohls taugt, gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Das in ganz Deutschland ansteigende Einkommensgefälle zwischen oben und unten zeigt auch und gerade im reichen Hamburg seine Wirkung. Wir werden das im Namen von Gerechtigkeit nicht akzeptieren. Nur aus sozialem Frieden wächst nachhaltige wirtschaftliche Stärke. Dieser Friede ist jetzt gefährdet. Wir werden das wieder in Ordnung bringen.

(Beifall)

Hier gibt es Kinder, deren Eltern sich keine Schultüten mehr zum Schulstart leisten können. Hier stehen Hunderte vor Suppenküchen Schlange, wie in der Weimarer Republik. Hier gibt es ein Bildungssystem, in dem die Herkunft von Anfang an entscheidet zwischen Aufstiegschance und Hoffnungslosigkeit. Hier wurde der soziale Wohnungsbau praktisch eingestellt. Hier wurden die Lernmittelfreiheiten abgeschafft und Studiengebühren eingeführt. Hier regiert ein Bürgermeister, der über 10.000 Langzeitarbeitslose mit 1-Euro-Jobs ohne Zukunftsperspektive abspeist. Auch das ist Hamburg. Auch das ist Deutschland. Wir werden nach der Wahl alles tun, um die soziale Balance in dieser Stadt wiederherzustellen.

(Beifall)

Wir setzen mit unserem Vizekanzler Franz Müntefering darauf, dass endlich faire Löhne für gute Arbeit bezahlt werden. Viele Menschen rechnen mit uns.

(Beifall)

Wir brauchen den Mindestlohn. Unser Leitbild für ein solidarisches und wirtschaftlich erfolgreiches Hamburg ist die menschliche Metropole; nicht Events, sondern kreative Kulturpolitik ist unser Programm. Wir kämpfen für gleiche Bildungschancen für alle Kinder. Aber bei allen nötigen Reformen folgen wir dem Elternwillen. Die wissen recht gut, was ihren Kindern fehlt.

Wir schulden unseren älteren Bürgerinnen und Bürgern verbesserte Pflege und altersgerechte Wohnungen. Wir vertrauen allerdings auch auf die Arbeit unserer



Partei in der Regierung. Sie muss verhindern, dass den deutschen Metropolregionen, zumal den Stadtstaaten, finanzielle Belastungen zugemutet werden, die sie nicht mehr lange schultern können.

Ich sagte es bereits: Der Standort Hamburg gehört zu den Gewinnern der Globalisierung. Die Öffnung des osteuropäischen Marktes für Hamburgs Wirtschaft ist auch dem politischen Wandel zu verdanken. Wir kennen seinen Ursprung. Aus dem Wandel durch Annäherung – dort sitzt Egon Bahr – ist Handel dank Annäherung geworden.

(Beifall)

Ohne die Entspannungs- und Ostpolitik Willy Brandts und ohne die Europapolitik Helmut Schmidts sähe auch unsere Stadt ganz anders aus.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, die gute Konjunktur ist ein Phänomen der urbanen Regionen. Dort findet das Wachstum statt. Aber mit ihm wachsen auch die gesellschaftlichen und kulturellen Probleme. Steigende Mietpreise und Lebenshaltungskosten sind schlimme Mechanismen der sozialen Auslese. Soziale und ethnische Segregation, Jugendkriminalität, Abwanderung junger Familien ins Umland sind nur einige der Fliehkräfte, die an der zivilen Textur der Großstädte und Metropolregionen zerren.

Realistische Großstadtpolitik muss sich darum auf Differenzen in Sprache und Kultur in Lebensstilen und auch auf unterschiedliche Einkommen einstellen. Sie wird keine leitkulturelle Normen aufrichten. Unsere Politik rechnet damit, dass ein steigender Prozentsatz der Bürger einen Migrationshintergrund hat. Ihre Integration hat Vorrang.

Genossinnen und Genossen, die Großstädte wachsen über ihre Grenzen hinaus. Doch der Länderfinanzausgleich zwingt uns Hamburger dazu, einen beträchtlichen Teil unserer selbst erwirtschafteten Mittel abzugeben, statt sie für die Sicherung der eigenen Region und der städtischen Infrastruktur auszugeben. Hier, lieber Peer, gibt es steuerpolitischen Handlungsbedarf und Reformbedarf.

(Beifall)

Die großen Städte in unserem Land waren stets das Kraftzentrum der Sozialdemokratie. Ich bin fest davon überzeugt, dass das auch in Zukunft so bleiben wird. Wir Hamburger jedenfalls sind stolz darauf, dass das neue Programm der SPD den Namen unserer Stadt tragen wird.

(Beifall)

## ERÖFFNUNG

Wir Sozialdemokraten sind nicht für uns selbst da. Wir wollen, dass unsere Ideale Wirklichkeit werden in einer Politik für alle Menschen in unserem Land. Sie setzen auf uns. Wir werden sie nicht enttäuschen.

Am 24. Februar 2008 wählen die Hamburgerinnen und Hamburger eine neue sozialdemokratisch geführte Regierung. Das ist das Versprechen dieses Parteitags. Auch dafür steht das Hamburger Programm. – Ich danke euch und gebe Gerhard Schröder das Wort.

(Beifall)

## Rede des Bundeskanzlers a.D., Gerhard Schröder

**Gerhard Schröder:** Liebe Genossinnen und Genossen! Michael Naumann hat ja recht, wenn er sagt, ihr habt es mir nicht immer leicht gemacht – aber ich es euch auch nicht!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich denke, dieser Parteitag hat eine doppelte Bedeutung: Er ist Programmparteitag, und er bewertet die sozialdemokratische Arbeit in der Regierung. Ich wünsche mir, dass deutlich wird, dass es eben keinen Widerspruch zwischen der Programmarbeit und der Regierungsarbeit gibt. Mit dem Programm bestimmt die SPD ihr Wertegerüst. In der Regierung – und ich füge hinzu: nur in der Regierung – kann sie es umsetzen. Werte werden erst durch Regierungshandeln Wirklichkeit. Deshalb kämpfen wir um Macht.

(Beifall)

Und vergessen wir nie: Immer, wenn wir, die Sozialdemokraten, die politische Agenda bestimmt haben, dann ist das Land vorangekommen, zum Beispiel in der Klimapolitik. Wir sollten nicht vergessen und sollten die Menschen daran erinnern, dass wir es waren, die vorher und in der Regierung dafür gesorgt haben, dass eine moderne Energiepolitik als Voraussetzung für Klimaschutz überhaupt möglich wurde.

(Beifall)

Vergessen wir nicht, wie die anderen die Ökosteuer bekämpft haben und wie sie sich gegen die Gesetze zur Einspeisung erneuerbarer Energie gewehrt haben.

(Beifall)

Bekämpft, mehr oder minder hingenommen und jetzt kopiert – das ist das Credo der anderen Seite.

Denken wir an die Ausländerpolitik! Die Hessen werden nicht vergessen, dass das erste Kabinett von Herrn Koch mit einer wirklich bösartigen Kampagne gegen Menschen aus anderen Ländern ins Amt kam.

(Beifall)

Vergessen wir nicht, wie mühsam und wie hart der Kampf gewesen ist, um auch sagen zu können, was in Deutschland Wirklichkeit ist, nämlich dass wir nicht nur Einwanderung haben, sondern auch darauf angewiesen sind und integrativ damit umgehen müssen; und dass die andere Seite das, was sie bekämpft hat und mit dem sie uns diffamiert hat, jetzt als ihr eigenes Verdienst ausgeben will. Liebe Genossinnen und

liebe Genossen, bitte lasst das nicht zu! *Ihr* seid das Original! Die anderen sind das Plagiat – nicht mehr.

(Beifall)

Und was ist in der Familienpolitik? – Als wir in der Regierung begannen, 4 Milliarden Euro für Ganztagsbetreuung von Kindern, von ganz Kleinen, zur Verfügung zu stellen; als wir diskutiert haben, dass es Ganztagschulen braucht, um denen aus sozial schwächeren Familien Chancen zu gewährleisten; als es darum ging, in der Familienpolitik dafür zu sorgen, dass Elterngeld und anderes auf die Tagesordnung gesetzt wurde – da waren es *wir* unter der Diffamierung der anderen Seite. Und jetzt tun sie so, als hätten sie das alles erfunden. Das ist nicht redlich, liebe Genossinnen und Genossen! Das muss man sich nicht gefallen lassen!

(Beifall)

Welche Auseinandersetzungen hatten wir, als es um die Nichtdiskriminierung von Minderheiten in dieser Gesellschaft ging, zum Beispiel die Nichtdiskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften? Lassen wir doch nicht zu, dass dieses Mehr an Toleranz in unserer Gesellschaft, in unserem Land, auf der Habenseite der anderen verbucht wird! *Wir* waren es, die das gegen die Meinung derer durchgesetzt haben, die sich jetzt damit schmücken wollen.

(Beifall)

Zu Recht hat Michael Naumann auf die Außenpolitik hingewiesen. Es ist in unserer Zeit ein Mehr an Selbstbewusstsein und Unabhängigkeit in der deutschen Außenpolitik entwickelt worden. *Wir* waren es, die deutlich gemacht haben: Über das Schicksal dieses Landes wird in Berlin entschieden und nirgendwo anders, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir sollten selbstbewusst genug sein, um zu sagen: Jawohl, wir konnten und durften militärische Interventionen nicht außer Acht lassen, als es darum ging, Menschen zu retten, die in Bedrängnis waren. Das war der Hintergrund für die Interventionen im Kosovo und in Afghanistan.

Aber die andere Seite der Medaille ist genauso klar: Wenn wir nicht überzeugt waren, wenn wir der Meinung waren, dass militärische Intervention bestenfalls die Ultima Ratio und in diesem Fall nicht angemessen war, dann haben wir die Kraft entwickelt auch den Bündnispartnern, auch den größten unter ihnen, gegenüber nein zu sagen. Dabei sollte es bleiben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Lasst mich ein Wort zur Agenda 2010 sagen. Niemand muss sich ängstigen, ich gebrauche heute kein alttestamentarisches Bild.

(Heiterkeit)

Klar ist und das Programm weist es aus: Wir haben Ziele. Ein großes ist es, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Das hat mit Arbeit, mit guter Arbeit zu tun. Wer Ziele realisieren will – das war unsere Erkenntnis –, der braucht Instrumente. Demografie und Globalisierung verlangten und verlangen nach neuen Instrumenten.

Die Agenda 2010 ist also ein Instrument, sie ist nicht das Ziel. Also ist sie veränderbar. Das Bessere, liebe Freundinnen und Freunde, ist des Guten Feind – aber eben das Bessere, nicht nur das Populärere.

(Beifall)

Ich kann nur raten, mit Augenmaß daran zu gehen, und mein Eindruck ist, dass das geschieht. Ich kann nur raten, dass die Grundprinzipien der Agenda 2010 gewahrt bleiben. Mein Eindruck ist, dass auch dies geschieht.

Die Grundprinzipien sind eine neue Balance zwischen Fördern – und zwar in jeder Lebenslage, in der das nötig ist – und Fordern, eine neue Balance zwischen der Solidarität der Gesellschaft, für die der Staat handelt, auf der einen Seite und der eigenen Verantwortung eines jeden auf der anderen. Wir entlassen niemand aus der Pflicht, das ihm, das ihr Mögliche zu tun. Aber wir garantieren auch das Recht auf Schutz bei existenziellen Krisen.

Von jedem und jeder das ihm, das ihr Mögliche zu fordern, das hat nach meinem Eindruck auch mit Menschenwürde zu tun. Es hat damit zu tun, dass der Mensch eben nicht Objekt des Staates, auch nicht des fürsorgenden Sozialstaates sein kann und sein darf, sondern Subjekt bleiben muss und deswegen zur Realisierung des eigenen Lebens beizutragen hat. Deshalb darf nicht aufgegeben werden, dass zunächst einmal eigene Verantwortung abgefordert ist. Dazu zählt, die Menschen zu ermutigen und sie zu befähigen. Völlig zu Recht hat Michael Naumann auf Bildung und den Wert, der in ihr steckt, hingewiesen.

Das jedenfalls hat mich geleitet, als es um die Agenda 2010 ging. Ich kann nicht entdecken, was daran unsozial sein soll.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die Partei muss und wird dem Vorsitzenden Kurt Beck ein hohes Maß an Loyalität entgegenbringen. Ich tue dies, weil ich weiß, wie schwer die Arbeit des Vorsitzenden ist. Mein Wunsch also: Unterstützt ihn und unterstützt zugleich die Arbeit der Regierungsmitglieder; denn die machen sie gut.

(Beifall)

Mit Franz Müntefering haben wir den erfolgreichsten Arbeitsminister in der Geschichte unseres Landes. Die Zahl der Arbeitslosen ist rückläufig, insbesondere die Zahl derer, die über 50 Jahre alt und noch älter sind. Franz hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das nicht allein, aber eben auch die Folge der von uns durchgesetzten Reformen ist. Peer Steinbrück hat den Haushalt saniert und die Steuerlasten fairer verteilt. Er steht für jenes Maß an ökonomischer Kompetenz, das wir brauchen, wenn wir Macht erhalten und neue Macht gewinnen wollen,

(Beifall)

eine Kompetenz, die man bei demjenigen, der im Wirtschaftsressort sitzt, so schmerzlich vermisst.

(Beifall)

Frank Steinmeier hat unsere sozialdemokratische Außenpolitik, die eben auf friedliche Lösung der Konflikte setzt, erfolgreich fortgesetzt.

(Beifall)

Um ein Beispiel zu nennen: Er hat den Mut – er hat ihn als Erster gehabt –, alle Akteure im Nahen Osten in einen Friedensprozess einzubinden, zunächst gegen diejenigen in Europa und darüber hinaus, die das ständig falsch finden. Das ist entscheidend, weil das dazu beiträgt, dass es eben keinen Dritten Weltkrieg gibt, über den einmal wieder fahrlässigerweise schwadroniert wird.

(Beifall)

Frank braucht auch eure Unterstützung, damit deutlich wird, dass in dieser Koalition Außenpolitik nicht nach dem Muster gemacht werden kann: Die einen bedienen die Galerie und der Außenminister kittet die Scherben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Meine Bitte ist, dafür zu sorgen, dass der Parteivorsitzende auf diesem Parteitag gestärkt wird und diejenigen unterstützt nach Berlin gehen können, die das schwierige Geschäft der Regierungsarbeit zu meistern haben. Meine Bitte ist: Tut das ebenso geschlossen wie entschlossen. Unsere Partei und die Menschen in diesem Land haben das verdient.

In diesem Sinne wünsche ich dem Parteitag alles erdenklich Gute. – Vielen Dank.

(anhaltender Beifall)

## Konstituierung

**Claus Möller, Vorsitzender des Parteirats:** Ganz herzlichen Dank, lieber Gerhard Schröder, für dein Grußwort. Ich denke, der starke Beifall unterstreicht erstens: Wir freuen uns sehr, dass du zum Parteitag in Hamburg gekommen bist. Zweitens: Sieben Jahre Kanzlerschaft von Gerhard Schröder waren gut für unser Land. Nun haben Erfolge bekanntlich viele Väter und neuerdings auch Mütter.

Ich denke, der erfreuliche Aufschwung der deutschen Wirtschaft ist vor allem auch ein Erfolg, der von dir eingeleiteten Reformpolitik. Dazu gab und gibt es keine Alternative.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Michael Naumann hat am Beispiel Hamburgs darauf hingewiesen: Dieser Aufschwung ist noch nicht bei allen angekommen. Das heißt für uns auch die Verpflichtung, Reformen punktuell auf ihre soziale Ausgewogenheit zu überprüfen und gegebenenfalls nachzuzustieren. Das bedeutet keineswegs, dass Ende der Reformpolitik. Was haben wir noch für große Projekte, Genossinnen und Genossen. Ich nenne das Projekt Mindestlohn, verbunden mit dem Namen von Franz Münterfering. Auch wenn nicht in dieser Diskussion: Die nachhaltige Absicherung des Gesundheitssystems in der Bürgerversicherung ist eine große Reform, die wir uns noch vorgenommen haben.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter, verehrte Vertreter des Diplomatischen Corps! Ich begrüße Sie und euch alle ganz herzlich auf dem Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei hier in Hamburg. Wir freuen uns über das sehr große Interesse, das dieser Parteitag gefunden hat. Ich habe ausgerechnet: Auf einen Delegierten kommen vier Journalisten. Also ein ganz herzlicher Willkommensgruß an die Presse.

(Beifall)

Ich bin sicher, man soll einen Parteitag nicht vor dem Ende loben. Aber Ihr Interesse und Ihre Erwartungen werden, glaube ich, nicht enttäuscht. Dieser Hamburger Parteitag wird ein Parteitag der Geschlossenheit und des personellen und pragmatischen und programmatischen Aufbruchs der Sozialdemokratie; da bin ich ganz sicher.

Besonders herzlich möchte ich unsere vielen hochrangigen internationalen Gäste begrüßen, die aus über 50 Ländern und aus allen Regionen der Welt zu unserem Par-

## KONSTITUIERUNG

teitag angereist sind. Unter unseren internationalen Gästen befinden sich eine Reihe von Parteivorsitzenden unserer Schwesterparteien ebenso wie Fraktionsvorsitzende und Parlamentspräsidenten. Die Teilnahme all unserer internationalen Gäste und ihre teils weite Anreise ehrt uns besonders, denn sie zeigt: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands besitzt unverändert international eine große Strahlkraft weit über Deutschland hinaus. Deshalb: herzlich willkommen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von mir noch ein ganz herzlicher Gruß in seiner Heimatstadt dem Ehrenbürger Schleswig-Holsteins, Helmut Schmidt.

(Beifall)

Wir freuen uns, dass du da bist und wünschen dir alles Gute und vor allen Dingen Gesundheit.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, stellvertretend für viele ehemalige und jetzige Ministerinnen und Minister unserer Partei begrüße ich Egon Bahr und Erhard Eppler.

(Beifall)

Ich bedanke mich, dass ihr an der Vorbereitung dieses Parteitages aktiv geholfen habt. Erhard, ich sehe doch ein viel optimistischeres Gesicht beim Vorliegen des Hamburger Entwurfs als beim Bremer Entwurf, den es gegeben hat.

Stellvertretend für viele Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften begrüße ich den Vorsitzenden des DGB, Michael Sommer, hier bei uns ganz herzlich.

(Beifall)

Wir bauen – wie auch in der Vergangenheit – auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Für alle hier anwesenden Personal- und Betriebsräte begrüße ich stellvertretend den Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats der Deutschen Post AG, Herrn Dirk Marx.

(Beifall)

Stellvertretend für alle Vertreter der evangelischen Kirche darf ich Frau Bischöfin Maria Jepsen herzlich begrüßen und dies mit einem Dank für die Predigt heute Morgen verbinden.

(Beifall)



Für die katholische Kirche ist die Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Frau Magdalena Bogner, unter uns. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Stellvertretend für die Sozialverbände Deutschlands begrüße ich unseren Freund, den Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Wilhelm Schmidt.

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich die Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anke Fuchs.

(Beifall)

Für die Vertreter des Sports, für die vielen Sportler und Sportbegeisterten in Deutschland, begrüße ich stellvertretend den Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes, Herrn Michael Vesper

(Beifall)

– und verbinde dies mit einem Glückwunsch an den HSV, der gestern 1 : 0 gewonnen hat.

(Beifall)

Vom Zentralverband des Deutschen Handwerks begrüße ich ganz herzlich Herrn Hans-Eberhard Schleyer.

(Beifall)

Last but not least freue ich mich, stellvertretend für die große Familie der Kommunalpolitiker in unserer Partei, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, Dr. Gerhard Langemeyer, begrüßen zu können.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist eine gute Tradition, dass wir auf dem ordentlichen Parteitag derer gedenken, die zwischenzeitlich verstorben sind. Ich bitte Sie und euch, sich von den Plätzen zu erheben.

(die Anwesenden erheben sich)

Stellvertretend für die verstorbenen Genossinnen und Genossen nenne ich: Holger Börner, Rut Brandt, Jürgen Girgensohn, Werner Hackmann, Erwin Horn, Hans Lautenschläger, Max Lindau, Helmuth Möhring, John van Nes-Ziegler, Kurt Oeser, Oswald Paulig, Heinz Putzhammer, Heinz Rapp, Peter W. Reuschenbach, Werner Staak, Heinz Thörmer, Peter Wardin, Renate Wolters. Und wir gedenken auch eines langjährigen Freundes der Sozialdemokratischen Partei, Teddy Kollek, des ehemaligen Bürgermeisters von Jerusalem. Weil wir in Hamburg tagen, schließe ich in unser

Gedenken Wilhelm Dröschner ein, der auf dem letzten Parteitag in Hamburg verstorben ist. Das ist schon lange her, aber gerade weil wir in Hamburg tagen, sollten wir sein Andenken in Ehren bewahren.

Wir gedenken aller in Achtung und großer Dankbarkeit. – Ich danke euch.

(die Anwesenden nehmen Platz)

Wir kommen jetzt zur förmlichen Konstituierung. Dazu gehört die Wahl des Parteitagspräsidiums. Es sind vorgeschlagen: Christoph Matschie, Andrea Ypsilanti, Wolfgang Jüttner, Olaf Scholz, Ute Vogt, Susanne Kastner. Ich muss euch fragen, ob es weitere Vorschläge gibt. Allerdings haben die Kandidaten schon hier Platz genommen.

(Heiterkeit)

Ich sehe, es gibt keine weiteren Vorschläge. Dann können wir darüber abstimmen. Wer dem Vorschlag, dieses Präsidium zu wählen, zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Delegiertenkarte. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Das Präsidium ist mit ganz großer Mehrheit gewählt. Ich wünsche euch eine ruhige und sichere Hand bei der Leitung dieses Parteitages und übergebe das Wort an Ute Vogt. Vielen Dank.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Ganz herzlichen Dank, lieber Claus Möller. Ich darf noch anfragen: Der Parteitag ist eröffnet. Das Präsidium dankt Euch für das Vertrauen.

Ich darf gleich einsteigen in die Abstimmungsarbeit. Ihr habt als Tischvorlage „Vorläufige Tagesordnung“ einen Vorschlag für die Tagesordnung vorliegen. Wer dieser vorläufigen Tagesordnung, wie sie euch verteilt wurde, zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Tagesordnung so angenommen.

Wir kommen dann zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung. Zur Geschäftsordnung liegt uns ein Antrag vor. Die Genossin Christine Negele aus dem Landesverband Bayern wünscht sich eine Redner- und Rednerinnenliste, die jederzeit einsehbar ist. Wir haben auf diesem Parteitag bereits dafür gesorgt: Es gibt, von Euch aus gesehen rechts einen Tisch, bei dem die Wortmeldekarten abgegeben werden können. Auf diesem Tisch wird die Reihenfolge nach Eingang der Karten festgelegt. Jeder Delegierte und jede Delegierte, die das wissen möchte, kann die Reihenfolge selbstverständlich einsehen. Ich denke, damit hat sich dieser Geschäftsordnungsan-

trag erledigt, weil wir entsprechend so verfahren. Seid ihr damit einverstanden? – Gibt es Gegenstimmen? – Dann verfahren wir so, wie das geplant ist. Ihr könnt am Tisch vorne die Wortmeldeliste einsehen.

Wer der Geschäftsordnung in der vorliegenden Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Geschäftsordnung so beschlossen.

Wir kommen nun zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Ihr habt die Namen vorliegen; ich darf sie noch einmal verlesen: Ties Rabe, Hamburg; Janna Köke, Bremen; Florian Eiben, Weser-Ems; Ulrich Watermann, Hannover; Laura Letter, Braunschweig; Raimund Hug-Biegelmann, Hessen Nord; Ansgar Dittmar Hessen Süd; Stella Kirgiane-Efremidis, Baden-Württemberg; Maria Noichl, Bayern; Sören Meng, Saarland; Ulrike Sommer, Berlin; Christian Maaß, Brandenburg; Margit Tigges, Nordrhein-Westfalen; Jutta Steinruck, Rheinland-Pfalz und Inge Wettig-Danielmeier als Schatzmeisterin. Wer die Genossinnen und Genossen für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission wählen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Mandatsprüfungs- und Zählkommission gewählt. Ich darf die jetzt Gewählten bitten, sich gleich vorne am Antragstisch, hier links von der Bühne, einzufinden, damit ihr gleich an die Arbeit gehen könnt.

Ich habe noch eine letzte Beschlussfassung aufzurufen, bevor wir in die Beratungen einsteigen können: Es geht um die Beschlussfassung zu den Fristen auf dem Parteitag. Ich bitte hierfür um Aufmerksamkeit, damit wir im Verlauf dieses Parteitags keine Streitigkeiten oder Unstimmigkeiten darüber bekommen.

Am heutigen Freitag ist um 12 Uhr der Antragsschluss für folgende Bereiche: für die Wahlvorschläge, für die satzungsändernden Anträge, für den Themenbereich Rechtsextremismus, für den Themenbereich Medien, Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, für den Themenbereich Reformen für ein soziales Deutschland, für den Bereich der Organisationspolitik, für die Themen Europawahl der Anträge EU 8 bis EU 12 und für den Bereich der Innen- und Rechtspolitik.

Dann haben wir für die Antragskommission jeweils die Sitzungen. Wir müssen sie nicht beschließen, aber ich gebe sie bekannt, damit ihr einen Anhaltspunkt habt: Die erste Sitzung der Antragskommission zum ersten Themenbereich 13.00 bis 14.00 Uhr, zum zweiten Themenbereich dann um 23.00 Uhr die zweite Sitzung der Antragskommission. Am Samstag tagt die Antragskommission um 19.30 Uhr. Das wird sicherlich noch ein paar Mal wiederholt, aber ihr könnt euch das schon einmal vormerken.

Wer diesen vorgelegten Fristen zur Antragsberatung und zur Beratung des Grundsatprogramms für den heutigen Tag so zustimmt, den bitte ich um das Kartenzei-

## KONSTITUIERUNG

chen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind auch die Fristen für die Antragsberatung insoweit beschlossen.

Dann, liebe Genossinnen und Genossen, kommen wir zum Start in die Beratungen des Parteitags. Ich freue mich, dass ich unserem Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz das Wort geben kann. Lieber Kurt, wir freuen uns auf deine Rede. Glück auf!

(Beifall)

## Rede des Parteivorsitzenden Kurt Beck



© Marc Steffen Unger – www.ms-unger.de

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Liebes Präsidium, verehrte, liebe ausländische Gäste, Exzellenzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie uns die Ehre geben, bei uns zu sein! Sie alle grüße ich sehr herzlich. Gemeinsam mit allen Delegierten möchte ich noch einmal unterstreichen, wie froh wir darüber sind und wie stolz wir darauf sind, dass unsere Bundeskanzler, dass Helmut Schmidt und Gerhard Schröder hier sind. Ich grüße sie sehr herzlich. Ich freue mich, dass ihr bei uns seid.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratie ist eine Partei mit großer Tradition. Tradition kann man nur bewahren, immer wieder erneuern und in die Zukunft hinein mitnehmen, wenn man Respekt hat, Respekt vor der Leistung derjenigen, die vor uns gearbeitet und die vor uns die Fackel getragen haben. Deshalb – erlaubt mir diese nicht despektierlich, sondern respektvoll gemeinte Bemerkung – grüße ich unsere Altvorderen ganz besonders herzlich.

(Beifall)

Lieber Egon Bahr, lieber Erhard Eppler, liebe Freundinnen und Freunde, schön, dass ihr da seid!

(Beifall)

Ich bitte euch um Verständnis dafür, wenn ich ganz persönlich jemanden begrüße, der entscheidend dazu beigetragen hat, dass ich mich über die Arbeit in meinem Ortsverein hinaus engagiert habe. Lieber Klaus von Dohnanyi, danke noch einmal für den Anstoß, den du damals gegeben hast. Genossinnen und Genossen, ihr wisst, wie die Anstöße von Klaus aussehen. Er hat gesagt: „Das musst du machen!“

(Beifall)

So war das. Klaus, ich danke dir dafür. Auch wenn wir in all diesen vielen Jahren an der einen oder anderen Stelle unterschiedlicher Meinung waren und sind, dann bleibt doch eines: Meine Dankbarkeit dir gegenüber, und mein Respekt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn der Parteiratsvorsitzende begrüßt hat, und Hans-Jochen Vogel ist nicht begrüßt worden, dann könnte man den Eindruck haben, auf diesem Parteitag sei das Undenkbare geschehen, nämlich Hans-Jochen Vogel käme zu spät. Aber beruhigt euch: Es bleibt undenkbar. Er ist in unser aller Namen in München. Dort hat Christian Ude heute seinen Geburtstagsempfang. Hans-Jochen Vogel wird ihm eine ehrende Rede halten und dann gemeinsam mit Christian Ude zu uns stoßen. Wir rufen ihm einen Gruß und ein Dankeschön zu.

(Beifall)

Auch meinerseits grüße ich sehr herzlich die Repräsentantinnen und Repräsentanten der gesellschaftlichen Gruppen. Ich freue mich, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen Einzelgewerkschaftsvorsitzenden, an der Spitze Michael Sommer, bei uns ist. Ich freue mich, lieber Herr Heesen, dass Sie uns die Ehre geben, für den Deutschen Beamtenbund bei uns zu sein. Ich will die Repräsentantinnen und Repräsentanten der Wirtschaft herzlich grüßen. Lieber Herr Schleyer, schön, dass Sie bei uns sind. Dem Danke an die Kirchen und dem Dankeschön, Frau Bischöfin, auch für den Gottesdienst heute Morgen will ich mich gerne und von Herzen anschließen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich einen Gruß hinzufügen, nämlich den Gruß an die Kolleginnen und Kollegen, die heute Morgen draußen vor der Tür gestanden haben und darauf hinwiesen: Es kommt jetzt darauf an, für die Postdienstleister einen Mindestlohn einzuführen, bevor zum 1. Januar europaweit und deutschlandweit der Wettbewerb geöffnet wird. Deshalb einen herzlichen Gruß an diese Kollegen. Ihr könnt euch darauf verlassen: Wir stehen zu euren Interessen, weil es im Interesse Deutschlands insgesamt ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokratie – das war immer eine Partei, die aufgrund gemeinsamer Überzeugungen, basierend auf gemeinsamen Grundwerten, ihre Programme erstellt hat, damit für jede Frau und jeden Mann erkennbar ist, wohin mit uns der Weg gehen soll.

Das ist seit 1863, der Gründung dieser Partei, so, und es gab im Verlauf der Geschichte große Programmparteitage.

Ich erinnere an den Parteitag von Heidelberg mit Beschlüssen, die, wären sie umgesetzt worden, nicht nur unser Land, sondern Europa und die Welt vor unglaublichem Unheil und Unglück bewahrt hätten.

(Beifall)

Damals ist die große Vision von den Vereinigten Staaten Europas geboren worden. Wir werden bei unseren Beschlüssen am Sonntag daran anknüpfen können, Gott sei Dank unter sehr verbesserten Voraussetzungen, als dies über viele Jahrzehnte hinweg der Fall war.

(Beifall)

Ich erinnere an den großen Parteitag in Bad Godesberg. Die Sozialdemokratie hat verstanden, dass mit dieser neuen Republik eine Chance gegeben war. Auch die Gruppierungen aus der Breite unserer Gesellschaft in unsere Reihen aufzunehmen, ihre Interessen mit zu sehen und zu vertreten und daraus für unser Land, für die Menschen Gutes zu entwickeln.

Man darf feststellen: Die Bundesrepublik Deutschland – leider muss man sagen: bis 1989/1990 weitgehend die Bundesrepublik Deutschland West – hat einen sehr guten Weg genommen. Daran haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Gewerkschaften und die deutsche Arbeiterbewegung einen entscheidenden Anteil.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich erinnere uns an den Parteitag von Berlin. Es ging uns darum, dass wir die Veränderungen der Welt wiederum aufnehmen wollten und aufgenommen haben: unter anderem die ökologischen Herausforderungen. Aus einem anderen Grund war dieser Parteitag etwas ganz Besonderes, weil wenige Tage vorher die Menschen im Osten Deutschlands die Mauer, die unser Vaterland geteilt hat, überwunden haben. Wir waren uns bewusst, dass das, was wir dort beschließen, ein wichtiger Fortschritt ist. Wir waren uns aber auch bewusst, dass der Zeitpunkt kommen musste, um ein gemeinsames Programm der Sozialdemokratie, das von allen Menschen in Deutschland mitgestaltet und von allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland entschieden werden kann, aufzustellen.

Es hat seine Zeit gedauert. Auf diesem Parteitag wollen wir das tun. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist dies ein besonderer Parteitag. Ohne mit dem Wort inflationär umzugehen, darf man sagen: Es ist ein historischer Parteitag.

(Beifall)

Dabei, liebe Genossinnen und Genossen, bleibt eines wahr: Die Grundwerte von Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit sind so aktuell wie eh und je. Es bleibt auch wahr, dass diese Sozialdemokratie über all die Jahrzehnte ihrer Geschichte hinweg immer auf der Seite derer war, die sich um Frieden und Aussöhnung bemüht haben.

Es wird auch in der Zukunft dabei bleiben, dass wir auf diese Überzeugungen bauen und dass wir – ausgehend von diesen Überzeugungen – versuchen, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen und zu gestalten und nicht über uns ergehen zu lassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In der Tat: Das, was zu gestalten ist, ist von großer Dimension. Die Sicherheitsherausforderungen auf dieser Welt haben sich grundlegend verändert. Uns ist immer bewusster geworden – in den letzten Jahren in ganz besonderer Weise –, wie groß unsere Aufgabe ist, Umwelt- und Klimaschutz so zu behandeln, dass wir für künftige Generationen wirklich Verantwortung wahrnehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir erleben, wie international die Wirtschaftswelt und Finanzwelten geworden sind. Wir erleben, wie wichtig es ist, dass auch an dieser Stelle gestalten vor erdulden geht. Hinzu kommt – in Deutschland und in vielen Ländern Europas – eine demografische Veränderung, eine Veränderung der Alterszusammensetzung der Gesellschaft, die uns fordert. Das gehört zu diesen großen neuen Aufgaben, die es zu bewältigen gilt.

Wenn wir uns dieser Herausforderung zuwenden, dann können wir auf vieles bauen, dann haben wir vieles sozusagen auf der Habenseite zu verbuchen. Zum einen und zum allerersten: Wir haben auf der Habenseite, dass wir Deutsche wieder eine Nation, ein Volk sein können. Dies ist ein unglaublicher Erfolg, eine unglaubliche Geschichte, die friedlich mitten aus dem Volk heraus ausgelöst worden ist. Wir haben viel erreicht, bei allem, was noch erkämpft und erreicht werden muss:

(Beifall)

Der Weg der deutschen Einheit und der Weg zur europäischen Einheit ist ein Sieg der Demokratie!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will unterstreichen, dass dieser Weg zur europäischen Einheit, mit so vielen Hürden er auch bestückt sein mag, eine Chance ist, die



wir nicht verspielen dürfen. Dies ist eine Chance, ganz Europa in diese Gemeinschaft mit einzubeziehen und damit die Friedenswirkung, aber auch die Wohlstandsgrundlage für die Völker Europas zu festigen und für die Zukunft zu entwickeln. Klar ist, dass wir mit einem solchen Europa die Chance haben, auf diesem Erdball unser Gewicht einbringen zu können und einen eigenen Weg einschlagen zu können. Liebe Genossinnen und Genossen, so schön und so gut es war, was in Lissabon auf den Weg gebracht worden ist mit dem Vertrag für die Grundlagen eines sich entwickelnden Europa: Für uns bleibt es richtig und wichtig, dass wir ein Europa mit einer echten Verfassung, ein föderales, demokratisches, freiheitliches und ein soziales Europa bekommen.

(Beifall)

Ich verbuche als Grundlage für unsere perspektivische Arbeit auf der Habenseite, dass wir Sozialdemokraten in diesem Land in den vergangenen Jahren regiert haben und dass wir heute regieren. Ich bin ganz sicher, dass es uns schwerer fallen würde, diesen immer währenden Spannungsbogen zwischen unseren Idealen und real umzusetzender Politik hinzubekommen, wenn wir in der Opposition wären.

Deshalb finde ich es schon erstaunlich, wenn man über das Ringen, diesen Spannungsbogen richtig hinzubekommen, öffentlich so diskutiert, wie es in Deutschland oft getan wird. Wollen wir denn wirklich eine Partei sein, die sich untersagen lässt, über wichtige Sachfragen miteinander zu streiten, mit offenem Visier einander ins Auge zu schauen? Wir wissen, am Ende treffen wir eine Entscheidung, und diese Entscheidung tragen wir miteinander. Das wird die Kultur der deutschen Sozialdemokratie bleiben.

(Beifall)

Die Tatsache, dass wir regieren und wissen, was Verantwortung bedeutet – im Bund, in einer Reihe von Ländern, momentan aber zu wenigen, und in vielen Kommunen –, hat den Menschen viel gegeben. Wir haben den Menschen in einer Umbruchzeit neue Perspektiven vermittelt. Das ist auch eine Vertrauensbasis, auf die wir unser neues Grundsatzprogramm und die Entscheidungen dieses Parteitages gründen können.

Ich will noch einmal an einige Stichworte erinnern dürfen, weil es ja in Deutschland so ist: Das, was erreicht ist, ist nichts mehr wert, und das, was noch nicht erreicht ist, wird so übertrieben, als wären wir in einem Entwicklungsland. Deshalb müssen wir ab und zu uns selber und andere daran erinnern: Es ist viel erreicht worden!

Wir haben erreicht, dass wir wieder eine wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland haben. Das, was Politik beitragen kann, ist in der Regierungszeit Schröder beigetragen worden. Das gilt auch für die zwei Jahre Großer Koalition mit Franz Müntefering an der Spitze.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir immer wieder bei Reden formulieren „Jede Arbeitslose, jeder Arbeitslose ist eine oder einer zu viel“, dann ist das wohl wahr. Aber dann ist auch wahr, dass eine Million weniger Arbeitslose eine Verbesserung für eine Million Menschen und ihre Familien ist. Auch das ist wahr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Über die Investitionen in Bildung, die fortzusetzen sind, über das, was wir für Familien auf den Weg gebracht haben, was fortzusetzen ist, wird noch zu reden sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, bei allem, was wir miteinander schaffen müssen, sollten wir uns eines abgewöhnen, nämlich diese Republik in Schutt und Asche zu reden. Das will ich auch der Union zurufen: Solange wir zusammen mit den Grünen regiert haben, hat die Union so getan, als wäre Deutschland ärmer, als die Kirchenmäuse arm sind. So war es aber Gott sei Dank nicht. Insoweit sollten wir das Gute auch gut nennen.

(Beifall)

Vieles, was im Bereich der Umweltpolitik und der Kulturpolitik geleistet worden ist, ist dieser Haben-Bilanz hinzuzufügen. Dabei bin ich mir ziemlich sicher, dass der verbale Schwenk der Union zu sozialdemokratischer Diktion etwas mit der Richtigkeit unserer Inhalte und mit der Überzeugung der Menschen zu tun hat, dass diese Inhalte richtig sind.

(Beifall)

Man kann nur sagen – willkommen, Frau Merkel, wenn Sie sagen, was wir seit langer Zeit fordern: Alle Menschen sollen teilhaben an dem, was erarbeitet worden ist.

Aber ich darf daran erinnern: Da gibt es auch ein paar Urheberrechte, die wir gern abgeben. Denn die Einsicht ist eine Tugend, daran kann es keinen Zweifel geben.

(Beifall)

Schöne Worte dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Realitäten heute in der Großen Koalition andere sind als die Politik, wie sie bei anderen Mehrheiten gekommen wäre. Man muss daran erinnern, welche Beschlüsse in Leipzig gefasst worden sind. Dort ist jemand wie Norbert Blüm geradezu lächerlich gemacht worden, an die Wand gespielt worden, weil der Neoliberalismus, der Marktradikalismus dort fröhliche Urständ gefeiert hat, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich habe mir ein paar Zitate mitgebracht. Die Vorsitzende der Union – der CDU, muss man ja sagen; das sind ja zwei Parteien; das darf zwar nicht immer wahr sein; aber es ist ja so im Alltag – propagierte noch 2006: „Die Leipziger Weichenstellungen

behalten ihre Gültigkeit.“ Was bedeutet denn das? Bedeutet das, dass wir heute ein Bild vorgehalten bekommen, das nicht der wirklichen Absicht der Union entspricht? Ich glaube, so ist es. Ich sehe ein großes Maß an Wankelmütigkeit, an Unstetigkeit. Erhard Eppler war es, der treffend ausgedrückt hat, dass man mit dem Programmwurf der CDU sehr unterschiedliche Politik machen kann, dass sich ein sehr breites Spektrum hinter diesen Worten verbergen kann. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, erinnern wir uns und erinnern wir die Menschen daran, wie der Wahlkampf 2005 gegen Gerhard Schröder und uns geführt worden ist. Er ist mit Marktradikalismus geführt worden. Er ist geführt worden mit Thesen, als müsse man den Menschen immer nur mehr Druck machen, immer mehr wegnehmen, dann sei der Weg in die Zukunft geebnet. Das ist nach wie vor Herzstück der Unionspolitik.

(Beifall)

Wer sich die Zeit genommen hat – das war nicht vergnügungssteuerpflichtig, aber ich habe sie mir genommen –, sich am späten Abend bei Phoenix etwas über den Parteitag der Jungen Union anzuschauen, der kann sagen: Na ja, junge Leute. – Irgendjemand hat mir dann gesagt: Du, wo nicht mehr in den Köpfen drin ist, da kann auch nicht mehr rauskommen.

(Beifall)

Ich sage nur: Wenn in den Köpfen derjenigen, die morgen die Union repräsentieren wollen, drin ist, die Alten sollten mal schneller den Löffel abgeben, und Arbeit bis 70 sei das Mindestmaß, dann muss man erschrecken.

(Beifall)

Lasst uns klarmachen: Es wird unsere Aufgabe – wie über all die Jahrzehnte hinweg – bleiben, dafür zu sorgen, dass ökonomischer Erfolg, dass ökologische Verantwortung und soziale Gerechtigkeit die bestimmenden Faktoren in Deutschland sind und bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber es ist wohl wahr: Wer eine Standortbestimmung vornimmt, um von da aus in die Zukunft zu gehen, muss auch die Kraft haben, die Sollseite zu betrachten. Zu dieser Sollseite gehört, dass der Aufschwung in Deutschland in der Tat bei weitem noch nicht alle erreicht hat. Wir haben Gebiete in Deutschland, die 15 Prozent und mehr Arbeitslosigkeit aufweisen. Franz Müntefering, die Bundesregierung tun vieles, daran kann es keinen Zweifel geben. Aber die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt Herausforderung.

Wir müssen sehen, dass die Durchlässigkeit in unserer Gesellschaft alles andere als zufriedenstellend ist, insbesondere die Durchlässigkeit bei Bildung und innerhalb der Bildungssysteme.

Wir müssen sehen, dass wir auch in anderen Bereichen nicht gut aufgestellt sind. Deshalb arbeiten wir daran – Ulla Schmidt hat Vorschläge gemacht; wir werden auch auf diesem Parteitag dazu Entscheidungen treffen –, dass wir der Würde der pflegebedürftigen Menschen gerecht werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist auch wahr, dass die Einkommens-, insbesondere die Vermögensverteilung in Deutschland auseinanderklafft, anstatt sich gerecht zu entwickeln. Als Aufgabe an uns selber gesagt: Wir haben darum zu kämpfen, dass Menschen unsere Politik verstehen. Wir müssen sie wieder in stärkerem Maße dafür gewinnen, auch als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei an der Zukunftsgestaltung mitzuwirken.

Das alles sind Herausforderungen, aber ich bin mir gewiss: Gerade das Ringen um die Positionen in unserem Grundsatzprogramm hat der Partei gut getan. Wir konnten in den letzten Monaten zeigen, dass wir die Zukunft nicht von oben herab, sondern aus der Mitte der Gesellschaft und der Partei diskutieren und entscheiden, welche Wege wir gemeinsam politisch gehen wollen. Dieses Grundsatzprogramm ist eine richtige Antwort auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

(Beifall)

Es bleibt dabei, die Grundwerte müssen und dürfen nicht korrigiert werden: Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit. Ich will unterstreichen, dass wir mit großer Zufriedenheit und mit Stolz – an dieser Stelle ist der Begriff aus meiner Sicht angemessen – auf das blicken können, was Deutschland für eine friedliche Entwicklung in dieser Welt genommen hat.

(Beifall)

Für uns ist und bleibt klar, dass das erste Ziel eine friedliche Zukunft ist. Dafür müssen wir zuerst nach Ursachen fragen, diese analysieren und ihnen begegnen, Ursachen für Armut, für Not, für Isolation von Völkern und Gruppen auf dieser Welt. Daraus entsteht erst die Bereitschaft, sich Hassgruppen anzuschließen, sich dem Terror hinzugeben oder kriegerische Auseinandersetzungen zu führen. Darum brauchen wir weiter Hilfe für solche Regionen in der Welt, in Afrika, in Asien, in Lateinamerika, die auf Hilfe angewiesen sind. Das wird auch in Zukunft der erste Weg sein müssen. Wir bekennen uns dazu, dass wir den Anteil an dem gemeinsam Erarbeiteten für diese Aufgaben erhöhen. Heidemarie Wieczorek-Zeul, die eine hervorragende Arbeit leistet, kann auf unsere Unterstützung rechnen.

(Beifall)

Für Frieden einzutreten, liebe Genossinnen und Genossen, bedeutet, den politischen, den diplomatisch oft mühsamen Weg zu gehen. Es ist ein Glücksfall für

Deutschland, dass wir jetzt mit Frank-Walter Steinmeier einen Mann an entscheidender Stelle haben, der diesen Weg unermüdlich geht – sich selber zurücknehmend und die Sache, nämlich die Versöhnungsbereitschaft und die Verhandlungsbereitschaft immer im Auge. Der macht seine Arbeit hervorragend und so wird Deutschland international hervorragend repräsentiert.

Lieber Frank-Walter, danke für diese Arbeit.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es wird als Drittes immer dabei bleiben, dass wir dort, wo unmittelbare und direkte Hilfe gefordert ist, bereit sind, Aufbauhilfe zu leisten. Wir wollen den Menschen zeigen, dass wir an ihrer Seite stehen. Ich glaube, dass diese menschlichen Zeichen, die aus der Gesellschaft, aus den Kirchen heraus, aber eben auch von der Politik, von Völkern getragen sein müssen, eine viel größere Bedeutung für die Aussöhnung von Völkern oder in Regionen haben, als wir dies landläufig einschätzen. Deshalb: Lasst uns bereit sein dort zu helfen, wo Hilfe notwendig ist. Das gilt auch für die Aufbauleistung in Afghanistan, für dieses geschundene Volk, das mehr als 20 Jahre lang Krieg und Bürgerkrieg über sich ergehen lassen musste.

(Beifall)

Wenn wir bereit sind das zu tun, dann haben wir auch eine Legitimation an der Seite anderer freier Völker dieser Welt, auf der Basis eines klaren UN-Mandats, auf der Basis unserer Verfassung, unseres Grundgesetzes, auch mit den Möglichkeiten unserer Bundeswehr zu helfen. Wir werden dabei beurteilen, was Deutschland gerade auch vor dem Hintergrund seiner Geschichte in einer bestimmten Region in der Welt leisten kann, um friedliche Entwicklungen sicherzustellen und zu garantieren.

(Beifall)

Gerhard Schröder hat mit seiner Politik – davon bin ich überzeugt – auch Maßstäbe für europäisches Handeln gesetzt. Wir werden uns an diesen Maßstäben orientieren. Dabei, liebe Genossinnen und Genossen, ist es legitim, dass wir auf der internationalen Ebene, auf der Ebene der Vereinten Nationen mitsprechen wollen, um unsere Überzeugungen auch in den Sicherheitsrat einzubringen. Es ist legitim, dass wir uns darum bemühen, deshalb einen Sitz im Sicherheitsrat zu erreichen.

Wenn – es wird noch einige Zeit dauern – Europa so weit ist, legitimiert durch demokratische Entscheidungen für die europäischen Völker zu sprechen, soll die europäische Stimme auf der Ebene der Vereinten Nationen gelten. Aber bis dahin wollen wir Deutschen unsere Politik vertreten dürfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Gestattet mir, in diesem Zusammenhang ein Wort an diejenigen zu sagen, die diese Politik in der Praxis tragen, ein Wort der Anerkennung an all die zivilen Helferinnen und Helfer, die in unterschiedlichen Teilen der Welt unterwegs sind, und besonders an diejenigen, die in besonders gefährlichen Regionen der Welt unterwegs sind, wie derzeit beispielsweise in Afghanistan. Lasst mich diesen Dank auch an die Soldatinnen und Soldaten und an die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr richten. Die Bundeswehr ist eine Armee, die aus den Erfahrungen, die Deutschland in unseliger Zeit mit Armeen machen musste, aufgebaut worden ist. Deshalb ist mit dem Prinzip der inneren Führung, ist mit der Idee des Staatsbürgers in Uniform die Voraussetzung geschaffen worden, diese Bundeswehr fest in der Mitte dieser Gesellschaft zu verankern.

Ich bin mir sicher, dass diese feste Verankerung entscheidend dafür ist, dass die Bundeswehr zusammen mit anderen Armeen eine internationale Verantwortung wahrnimmt, die allgemein anerkannt ist, und auf die wir gemeinsam mit Stolz blicken dürfen.

(Beifall)

Ich will daran erinnern dürfen, was bei all den inneren Veränderungen der Bundeswehr geleistet worden ist. Zwei Armeen in Deutschland zusammenzuführen, war alles andere als eine einfache Aufgabe. Sie ist, wie ich finde, glänzend gelöst worden. Wir wollen unseren Streitkräften die Mittel und Möglichkeiten an die Hand geben, die sie brauchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Aber wir müssen auch die Veränderungen sehen, die wir in der Gesellschaft haben. Ich bin mir sicher, dass das Missverhältnis zwischen der Zahl junger Leute, die zum Wehrdienst oder zum Zivildienst einberufen werden, und der Zahl derjenigen, die keinen solchen Dienst zu leisten haben, auf Dauer nicht hinnehmbar ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor uns das Verfassungsgericht sagt, was die Politik hier tun soll, sollten wir – das war unsere Überzeugung im Parteivorstand – handeln. Deshalb haben wir euch nach schwieriger Debatte auf diesem Parteitag einen Weg vorgeschlagen, der bedeutet: klare Beibehaltung der Wehrpflicht, aber über einen freiwilligen Wehrdienst diejenigen jungen Menschen zu gewinnen, die die Bundeswehr braucht. Dies soll durch entsprechende Anreize – materielle und Weiterbildungsanreize – attraktiv gemacht werden. Der Zivildienst wird entsprechend zu behandeln sein.

(Beifall)

Ich erhoffe mir von diesem Weg, dass wir dadurch die klare Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft und in die unterschiedlichen Generationen beibehalten und

dass wir die Handlungsfähigkeit gerade auch durch hochqualifizierte junge Menschen, die wir gewinnen können, sicherstellen können. Ich bitte euch, diesem Vorschlag zu folgen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich habe von den Grundorientierungen und von der Grundvoraussetzung gesprochen, Frieden bei uns und an anderen Stellen in der Welt zu erhalten. Wenn wir uns daran orientieren, dann müssen wir für unser Handeln einen Maßstab haben, der sich als immer dringlicher erwiesen hat. Das ist – der Begriff ist einmal in der Forstwirtschaft geboren worden –, was wir Nachhaltigkeit nennen: Nie mehr Bäume aus einem Wald herauschlagen, als wieder nachwachsen können, damit das Ganze nicht zerstört wird. – Diese Idee müssen wir auf unser Handeln insgesamt anwenden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das gilt für den Umgang mit den natürlichen Ressourcen und in besonderer Weise für die Ressourcen, die unersetzlich sind: die Luft, die wir atmen, das Wasser, von dem wir leben, der Boden, der unsere Lebensmittel hergeben muss. Deshalb ist für uns Klimaschutz, Naturschutz, Schutz der Schöpfung, nicht irgendeine Ideologie, sondern eine klare Vorgabe und ein klarer Maßstab, an dem alle anderen Entscheidungen mit zu messen sein werden.

(Beifall)

Das gilt natürlich auch für die wichtige Frage, wie wir unsere Energie erzeugen. Eine Industriegesellschaft, eine hoch entwickelte Gesellschaft, ist auf eine gesicherte Energieversorgung angewiesen. Daran kann es keinen Zweifel geben.

Deshalb haben wir deutlich gemacht, dass wir all die Kraft unserer Forschung, all die Kraft unserer Technologie einsetzen wollen, um Energie zu sparen. Dies ist eine unglaubliche Chance, gerade auch für die deutsche Wirtschaft. Wir haben dort Wertschöpfungsketten, die von der Produktion der Grundstoffe bis hin zum Einbau von Hochtechnologie in Haushalte durch qualifizierte Handwerker geht. Das eröffnet eine Möglichkeit für Beschäftigung, wie das kaum irgendwo anders der Fall ist.

Wir wollen auf nachwachsende Rohstoffe, auf regenerative Energien setzen. Das alles muss einhergehen mit der Bereitschaft, die traditionellen Energien, die wir im Bereich der Kohle haben, nicht zuletzt auch der Braunkohle, zu erhalten, solange wir sie nicht durch andere Energieträger ersetzen können. Aber wir streben danach, die Probleme, die durch CO<sub>2</sub> und andere schädliche Stoffe entstehen, in den Griff zu bekommen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich an dieser Stelle ein klares Wort zur Atomenergie sagen. Wir haben uns nach langer Diskussion dazu entschieden, aus dieser Technologie auszusteigen. Es ist der Regierung Schröder gelungen, mit der deutschen Wirtschaft ein entsprechendes Abkommen auf den Weg zu bringen. Daran wollen wir festhalten.

(Beifall)

Wir wollen daran festhalten, liebe Genossinnen und Genossen, weil wir um die Gefahr wissen, die von der Kernspaltung ausgeht. Wenn Menschen und Technik zusammenwirken, kann es Versagen geben. Das Versagen in dieser Technologie führt zu einer furchtbaren Katastrophe.

Wir wollen darauf hinweisen, dass in einer Zeit der asymmetrischen Bedrohung durch den Terrorismus jeder Angriff auf Atomanlagen Katastrophen auslösen könnten. Davon, dass immer mehr Uranbrennstoffe, die unterwegs sind, auch zusätzlich Bedrohungen darstellen, will ich jetzt gar nicht sprechen.

Was würde es bedeuten, wenn wir uns wie beispielsweise unser Nachbar Frankreich zu 70 Prozent auf Kernenergie einlassen würden, und – Gott mag es verhüten – ein solcher Unfall passiert. Dann würde der politische Druck so groß, dass diese Energieform vom Netz genommen werden müsste.

(Beifall)

Das alles und vieles mehr – nicht zuletzt die Endlagerung – müssen bedacht werden.

Lieber Sigmar Gabriel, du könntest ein Lied davon singen, wie doch die Bekenntnisse auseinandergehen. Diejenigen, die rufen, „Lasst die Kraftwerke länger laufen!“, rufen genauso „Nicht bei mir!“. Nicht einmal auf die Landkarte darf er schauen, ob für die Endlagerung geeignete Gesteinsformationen zur Verfügung stehen. Das ist die Realität. Solange es die Niedersachsen machen, soll es den anderen recht sein. Aber so kann man nicht miteinander Politik machen.

(Beifall)

Wenn wir die Nachhaltigkeit zum Maßstab machen, dann muss er natürlich neben den natürlichen Ressourcen, neben der Energieversorgung und dem Energiesparen auch und nicht zuletzt für den Umgang mit den finanziellen Ressourcen gelten. Wir müssen alle zugestehen, dass wir Jahrzehnte in Deutschland hatten, in denen wir dieser Frage nicht ausreichend Aufmerksamkeit gewidmet haben. Es gab Phasen wie die nach der deutschen Wiedervereinigung, in der eine riesige Solidarleistung erforderlich war, zu der wir uns ausdrücklich bekennen.



Aber es muss Phasen geben – gerade jetzt in einer guten wirtschaftlichen Entwicklung ist eine solche da –, in der wir uns wieder Spielräume verschaffen. „Uns“ heißt auch: den kommenden Generationen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns von diesem Parteitag ein unterstützendes Zeichen für Peer Steinbrück geben, für seine Politik, die verbesserten Einnahmen zu zwei Dritteln für Einsparungen und zu einem Drittel für echte Zukunftsinvestitionen zu verwenden! Lasst uns diese Politik unterstützen!

(Beifall)

Dabei will ich betonen: Wir wollen einen Staat – die Kolleginnen und Kollegen der Kommunalpolitik mögen es mir nachsehen, wenn ich die Kommunen jetzt einfach unter diesen Begriff subsumiere –, wir wollen ein Gemeinwesen, das auch anständig finanziell ausgestattet ist. Denn der Forderungen und Erwartungen sind viele. Man darf nicht jeder Forderung und Erwartung nachkommen. Aber es gibt viele Forderungen und auch Erwartungen – von der inneren Sicherheit über die Bildung, die Gesundheitsversorgung, über die Pflege alter Menschen bis hin zur Betreuung von Kindern, die zu Recht bestehen, und das Gemeinwesen muss sie auch erfüllen können.

(Beifall)

All denen, die sofort, wenn sie einen Euro in der Kasse des Staates blinken sehen, rufen, jetzt müssten wieder die Steuern gesenkt werden, sagen wir: Euer Verhalten ist letztendlich nicht zukunftstauglich, weil es die Chance verbaut, dass vom Staat geleistet werden kann, liebe Genossinnen und Genossen, was mit Recht vom Staat verlangt wird.

(Beifall)

Dass wir darum ringen und kämpfen, hat die Unternehmensteuerreform und in ihrem Zusammenhang die Reform der Gewerbesteuer als eine entscheidende eigenständige Einnahmequelle der Kommunen gezeigt. Wir haben dafür gesorgt, dass sich nicht die durchsetzen konnten, die die Gewerbesteuer abschaffen oder aushöhlen wollten. Wir haben die Gewerbesteuer wieder zu einer verlässlichen Einnahme der Kommunen in Deutschland gemacht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, der Staat muss handlungsfähig sein, und er muss sich so verhalten, dass das Gemeinwohl und die Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft in Zukunft möglich sind, wenn wir gefordert sein werden. Eines stört mich dabei in ganz besonderer Weise, nämlich dass wir, lieber Martin Schulz, auf der europäischen Ebene eine Politik erleben, dass man sich manchmal fragt: Was wird denn in solchen Köpfen und in

diesen Gremien abgewogen? Ich will ein Beispiel ansprechen, das für mich besonders krass und unverständlich ist. Wir haben derzeit einen Kampf darum, ob uns die Europäische Union sagt, was mit dem kleinen Laster von Menschen geschehen soll – wenn es im Rahmen bleibt, ist es ein kleines Laster –, nämlich Lotto zu spielen. Wir haben uns verständigt: Das organisiert der Staat, um nicht der Spielsucht Platz zu lassen.

Wir haben uns darauf verständigt, dass das, was dabei herauskommt – neben dem Anreiz der Ausschüttung – den Menschen zugute kommt, dem Sport zugute kommt, der Kultur zugute kommt, dem Sozialbereich zugute kommt, den Umweltverbänden zugute kommt. Es sind viele Millionen.

Jetzt kommen ein paar Leute, die sagen: Lasst es uns doch anders machen. Dieses so genannte Monopol verstößt gegen die Liberalität der Wirtschaftsordnung. Am Ende werden die Privaten das übernehmen. Das heißt, wir haben dann 15 oder 20 Leute, die als Multimillionäre auf irgendeiner Kanalinsel sitzen und der Sport, die Sozialbereiche, der Umweltschutz und die Kultur gucken in die Röhre. Was für eine Art Gesamtverantwortung steht denn hinter solchen Positionen?

(Beifall)

Nachhaltigkeit – ich will diesen Begriff auf ein Gebiet anwenden, das nicht alle Tage in diesem Zusammenhang genannt wird, nämlich die Bewahrung unserer Kulturgüter; dazu zählt auch die Erinnerungskultur. Ich bin sicher, dass wir zu einem freiheitlichen, offenen Kulturbegriff finden, wenn wir wissen, welche kulturellen Leistungen über Generationen hinweg in Deutschland, in Europa genauso wie anderswo in der Welt erbracht worden sind und wenn wir diese Errungenschaften in unserer Erinnerung lebendig halten. Wir müssen denen, die Kultur schaffen, auch die Spielräume geben, sich kreativ entwickeln zu können. Wir müssen Kultur so verstehen, dass sie offen ist und das Recht hat, ihre eigene Identität immer wieder deutlich zu machen. Wir wollen dies Anerkennungskultur nennen. Ich sehe dies in diametralem Gegensatz zu dem, was andere Deutsche Leitkultur nennen, denn Leitkultur ist immer ausgrenzend.

(Beifall)

Zu dieser Idee einer kulturell vielfältigen Gesellschaft gehört, um die politische Kultur in unserem Land zu ringen. Manchmal hat man große Sorgen, dass diese Gesellschaft nur noch als eine Ansammlung von Fehlern wahrgenommen wird. Natürlich werden Fehler gemacht. Wo Menschen handeln – das ist in der Politik ganz genauso –, da werden Fehler gemacht. Natürlich bedürfen wir der Kritik. Aber ab und an müssen wir den Menschen sagen: Schaut mal unsere Situation im Vergleich zu anderen Völkern an.

Für uns selber muss dieser Anspruch, politische Kultur zu haben oder sich immer wieder aufs Neue darum zu bemühen, bedeuten, dass wir in einer Zeit, in der ohne

Zweifel eine Kluft zwischen vielen Bürgerinnen und Bürgern und den politisch Handelnden da ist, ganz besonders darum bemüht sind, Brücken über diese Kluft zu schlagen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, will ich euch um eine Schwerpunktinitiative in den kommenden Jahren bitten, nämlich nahe bei den Menschen zu sein. Das ist alles andere, als den Menschen nach dem Mund zu reden – nahe bei ihnen zu sein, um ihre wirkliche Situation zu sehen, zu erkennen und diese Erkenntnis dann in ehrliche Politik umzusetzen. Lasst uns das auf den Weg bringen. Lasst uns dazu – wir werden einen Vorschlag erarbeiten – von Landkreis zu Landkreis, von Stadt zu Stadt, von Betrieb zu Betrieb, von Sozialeinrichtung zu Sozialreinrichtung mit den Menschen sprechen. Das war immer die Stärke der deutschen Sozialdemokratie. Lasst es uns wieder zu einer Stärke machen.

(Beifall)

Mein Eindruck aus diesen knapp anderthalb Jahren, seit ihr mir die Aufgabe als Vorsitzender dieser Partei übertragen habt, ist, dass die Menschen nach Sicherheit und Orientierung streben. Wir dürfen und wollen Sicherheit nie so verstehen, dass da ein Staat, ein Gemeinwesen für alles sorgt und jedem jede Sorge abnimmt. Nein, das wäre ein Ersticken der Eigenverantwortung.

Wir brauchen keine Belehrung darüber, dass Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit keine Widersprüche sind. Darum haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer gekämpft. Wir haben aufgebaut auf dem, was schon 1832 gemeinsam mit Polen und Franzosen auf dem Hambacher Schloss ausgerufen worden ist: ein demokratischer Patriotismus, um Freiheit kämpfend. In der Paulskirche hat man diesen Versuch erneuert – und in der Arbeiterbewegung ist dies ein Ziel gewesen, bis es dann endlich in unserer Geschichte verwirklicht werden konnte. Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen keine Belehrung über den Wert der Freiheit, wenn wir uns an unsere Geschichte erinnern.

(Beifall)

Bis zuletzt haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen den aufkommenden Nationalsozialismus gekämpft. Erinnern wir uns nur an die Worte von Otto Wels, der in der Kroll-Oper sagte: „Die Freiheit kann man uns nehmen, aber nicht die Ehre.“

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns an die denken, die bei der Zwangsvereinigung der Parteien im Osten Deutschlands Widerstand geleistet haben. Ich habe einem Genossen zum 90. Geburtstag gratuliert, der nicht mitgemacht hat und deswegen acht Jahre in Gefängnissen der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR verbracht hat. Wenn man solche Menschen trifft, dann ist klar, was Willy Brandt seiner-

seits stets in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat: Die Sozialdemokratie ist die Partei der Freiheit. Deshalb werden wir nicht hinnehmen, dass Freiheit und Gerechtigkeit oder Freiheit und Sicherheit in Widerspruch gesetzt werden. Diese Werte sind miteinander in gleicher Bedeutung wichtig.

(Beifall)

Es ist wohl wahr: Die Menschen ängstigen sich, wenn sie von Terrorgefahr hören, wenn von organisierter Kriminalität die Rede ist. Wir wollen alles tun, was in unserer Macht steht, um die Menschen zu schützen. Bei der Terrorbekämpfung muss man an die Wurzeln gehen und von dort aus versuchen, die Triebe auszutrocknen. Aber wir müssen auch wehrhaft sein. Das gilt für Kriminalität im Allgemeinen und organisierte Kriminalität im Besonderen.

Je offener die Grenzen in Europa, je offener diese Welt – und wir wollen, dass sie offen ist –, desto größer diese Herausforderung. Deshalb werden wir das Notwendige tun im Rahmen unserer Verfassung, um den Menschen so viel Sicherheit wie nur möglich zu geben.

Liebe Genossinnen und Genossen, eines will ich hinzufügen: Wir müssen die Grenzen kennen. Wir müssen wissen, wo die Absolutsetzung der Sicherheit die Freiheit der Menschen in Frage stellt.

(Beifall)

In den aktuellen politischen Auseinandersetzungen bedeutet dies, dass wir zu den notwendigen Entscheidungen stehen, die Polizeikräfte mit den notwendigen Mitteln, lieber Conny Freiberg, mit der notwendigen Ausbildung zu versehen, um sie handlungsfähig zu halten. Selbstverständlich gilt dies auch für die Justiz. Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind auch bereit, wie in der Föderalismusreform I vereinbart, ein BKA-Gesetz zu verabschieden, um das Bundeskriminalamt mit mehr Kompetenz auszustatten. Aber wir sagen genau so deutlich – ich unterstreiche, was Brigitte Zypries immer wieder klar gemacht hat –: Wir wissen, wo die Grenzen unserer Verfassung sind, wenn es um Online- Durchsuchungen geht. Deshalb: Zuerst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, und wenn wir die Maßstäbe kennen, werden wir darüber reden.

(Beifall)

Ich sage genau so: Die Sozialdemokratie ist bereit, Artikel 35 unseres Grundgesetzes weiterzuentwickeln, um Bedrohungen von See oder aus der Luft begegnen zu können. Aber ich sage ein entschiedenes Nein dazu, den Artikel 87 b des Grundgesetzes, den Verteidigungsbegriff, auszudehnen und ihn nicht mehr klar zu definieren. Das werden wir nicht mitmachen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das eine oder andere, was wir von Unionsministern gehört haben, ist unbegreiflich. Da ist der Innenminister, der Wochenende für Wochenende der Presse ein Szenario vermittelt hat, das sich als Spekulation herausgestellt hat. Wer meint denn, dass man, wenn man dauernd „Alarm“ ruft, die Menschen wirklich aufmerksamer macht? Ich bin davon überzeugt, das Gegenteil wird auf Dauer eintreten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir erleben, dass der Bundesinnenminister mit den Innenministern und Senatoren der CDU/CSU-geführten Länder über das BKA-Gesetz zerstritten ist. Wir sind bereit zu handeln. Er aber ruft, die SPD sei Schuld, wenn etwas passiert, weil das Gesetz nicht kommt. Ich sage: Das ist ein politisches Spiel, das man nur schäbig nennen kann.

(Beifall)

Der Bundesverteidigungsminister, nach unserer Verfassung in Friedenszeiten der oberste Befehlshaber unserer Streitkräfte, hat contra legem, gegen klare Aussagen des Bundesverfassungsgerichts, verkündet, dass er im Zweifelsfall einen Befehl geben würde, den zu geben das Bundesverfassungsgericht gerade untersagt hat, nämlich ein Flugzeug, das mit Menschen besetzt ist, die nicht aktiv an einer Terrortat beteiligt sind, abzuschießen. Bei allem Wissen, in welche Situation Politikerinnen und Politiker kommen können – Helmut Schmidt musste in einer solchen Situation entscheiden –, fragt man sich:

Eine solche Ankündigung zu machen und damit die Untergebenen geradezu dazu zu zwingen, diesen Befehl aufgrund von allem, was in unserer Verfassung festgelegt ist, nicht zu befolgen, weil sie sich sonst selber strafbar machen ... was für ein Verständnis der Verantwortung für die Soldaten steht hinter einem solchen Verhalten?

(Beifall)

Streben nach Sicherheit und Orientierung – das hat viel mit der Stabilität der Sozialsysteme zu tun. Wir haben sie stabiler gemacht. Ich unterstreiche, was der Parteivorsitzende dazu gesagt hat: Wir werden in Zukunft darum ringen, dass wir an der Sicherung dieser Sozialsysteme über die Idee der Bürgerversicherung alle beteiligen, nämlich auch den Selbstständigen, der Pech hatte, seinen Betrieb verloren hat und dann durchaus auf solche Absicherungen angewiesen ist. Wir werden darum ringen, dass auch, wenn es schwierige Entscheidungen werden, sie so getroffen werden, dass auch die nachfolgenden Generationen noch an den Sozialsystemen teilhaben können. Wir sind einen schwierigen Weg gegangen. Er war notwendig. Weil er notwendig war, war er auch richtig.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man fragt, was die Menschen umtreibt, dann erfährt man: es ist das Gefühl der Unsicherheit, nicht mehr zu wissen, was mit

dem eigenen Arbeitsplatz oder dem Ausbildungsplatz der Kinder geschieht. Die Menschen wissen durchaus, dass es in einem marktwirtschaftlichen System immer ein Auf und Ab des Betriebes geben kann, weshalb man auch einmal in eine schwierige Situation kommen kann und sich neu orientieren muss. Aber jetzt hat man das Gefühl, ja die Erfahrung, dass eine Entwicklung auf uns einstürmt, dass anonyme Entscheidungen, die irgendwo in Finanzzentralen getroffen werden, über Wohl und Wehe von Arbeitsplätzen, Standorten und ganzen Städten entscheiden, ohne dass es eine betriebswirtschaftliche Begründung aufgrund der Situation des jeweiligen Unternehmens dafür gibt.

Die Menschen erwarten von uns, dass wir Antworten darauf geben. Eine Politik, die sich dem unterwirft, die den Eindruck hinterlassen würde, dass wir ohnmächtig sind, würde letztendlich durch Nichthandeln die Demokratie gefährden.

(Beifall)

Herr Breuer, der damalige Chef der Deutschen Bank, hat vor einiger Zeit formuliert: Die Finanzmärkte sind die fünfte Gewalt. – Noch ist es nicht so weit, und wir müssen dafür sorgen, dass es nie so weit kommt.

(Beifall)

Helmut Schmidt, dessen differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Thema für uns alle lehrreich ist und der die Formulierung des „Raubtierkapitalismus“ verwendet hat, Helmut Schmidt und viele andere sagen uns: Es ist höchste Zeit, zu handeln.

Ich habe es mit Peer Steinbrück und dem bisherigen Parteipräsidium so besprochen. Ich habe das auch mit dem Gewerkschaftsrat und mit vielen Unternehmern besprechen können: Wir werden in den kommenden Jahren hier einen Schwerpunkt setzen. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Peer Steinbrück soll Wege zu internationalen, europäischen und, wo es geht, auch nationalen Spielregeln finden. Wir wollen offene Finanzmärkte. Aber wir wollen keine fünfte Gewalt, die unbeherrschbar ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Demokratie verträgt keine Ohnmacht, sonst werden die Menschen sich von der Demokratie abwenden. Das wäre furchtbar.

Erlaubt mir in diesem Zusammenhang, deutlich zu machen, dass es – ich sage es einmal auf gut pfälzisch – ein hanebüchener Blödsinn ist, der SPD zu unterstellen, sie würde jetzt auf diesem Parteitag einen Linksruck vornehmen und dann nicht mehr darüber nachdenken, dass alle Güter, die gerecht verteilt werden sollen, auch erarbeitet sein müssen. Das wissen wir wirklich schon seit anderthalb Jahrhunderten, dass alles erarbeitet sein muss. Das wird auch so bleiben.

(Beifall)

Ich habe zunehmend den Eindruck, dass wir es sind, die dafür sorgen, dass Marktwirtschaft noch funktioniert, dass die kleinen und mittleren Unternehmen noch ihre Chance haben, dass unsere Handwerksunternehmen als eine der Stützen unserer Gesellschaft ihre Chance behalten, auch in der Zukunft erfolgreich wirtschaften zu können.

(Beifall)

Deshalb ein Ja zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen. So gern wir Großunternehmen in unserem Land haben und ihnen gute Bedingungen geben wollen, sie kommen meist selber gut zurecht und können sich der Politik gegenüber gut vertreten. Aber die KMUs bedürfen der Rahmensetzung. Das heißt Förderung dort, wo es in der Gründerphase der öffentlichen Förderung bedarf. Das heißt vernünftige Infrastruktur, das heißt darüber hinaus auch, dass wir Bürokratie abbauen, wo sie wirklich verzichtbar ist. Es gibt viel Bürokratie, die ich für verzichtbar halte. Es geht darum, dass wir diesen Unternehmen ihre Chance erhalten, sich zu finanzieren.

Deshalb sind wir diejenigen, die für die Beibehaltung eines dreigliedrigen Bankensystems in Deutschland streiten. Wir sagen ja zu den Geschäftsbanken, ja zu den Genossenschaftsbanken, aber auch ja zu den Sparkassen.

(Beifall)

Wenn ich über Infrastruktur rede, will ich noch zwei Punkte in aller Kürze aufgreifen. Der erste Punkt: Ich habe erhebliche Bedenken, ob das, was im Bundeswirtschaftsministerium hinsichtlich der Digitalisierung und der Chancen der Anwendung der Informationstechnologie in der produzierenden Wirtschaft und in den Dienstleistungsunternehmen getan wird, auch nur annähernd ausreicht, um auf der Höhe der Zeit zu sein. Das muss besser werden. Bei solchen Zusammenkünften öffentlich zu erklären, dass man seine eigene Waschmaschine nicht verstehe, ist kein Ersatz für Politik in diesem Bereich.

(Beifall)

Das Zweite ist – da wird es für uns jetzt nicht ganz so leicht zu klatschen –: Wie gehen wir denn mit dem Auftrag der Bahn um, die Fläche weiter zu bedienen, aber auch ein europäisches Verkehrsunternehmen zu werden, das Ökonomie und Ökologie wirklich verbindet. Wenn es an Kapital fehlt, wenn an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland Schluss ist oder fünf Mal umgespannt werden muss und dadurch jede Wirtschaftlichkeit des Schienentransports verloren geht, dann landen die Transporte zwangsläufig wieder auf der Straße. Wenn wir dies nicht wollen, dann braucht die Bahn eine bessere Kapitalausstattung, als sie allein aus öffentlichen Mitteln darstellbar ist. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, unterstütze ich Wolfgang Tiefensee in seinem Ziel, beides zusammenzubringen: die Fläche weiter zu bedienen und Kapital zu erschließen.

(Beifall)

Wir haben einen Kompromissvorschlag dazu vorgelegt. Ich wäre herzlich dankbar, wenn wir diesen Kompromiss miteinander beschließen, damit Wolfgang Tiefensee, Peer Steinbrück, Franz Müntefering, Peter Struck und die Fraktion den Weg zur Stärkung der Schiene fortsetzen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich über Sicherheit für die Menschen rede, dann ist auch über den Osten Deutschlands zu sprechen. Viele Menschen dort sehen ihre Lebensleistung nicht ausreichend gewürdigt. Viele Menschen haben die Sorge, dass sie in den strukturschwachen Teilen nicht nur des Ostens, aber besonders dort keine Zukunftsmöglichkeit haben und deshalb weggehen müssen. Wir müssen darauf Antworten geben.

Eine erste Antwort muss sein, Respekt vor der Leistung der Menschen im Osten Deutschlands zu haben, und das heißt die Bereitschaft zur Solidarität zu haben.

(Beifall)

Wie das Ungeheuer von Loch Ness tauchen alle Jahre wieder zum 3. Oktober irgendwelche Unionsleute auf und sagen, jetzt sei aber spätestens der Zeitpunkt gekommen, um den Soli zu kippen. Das ist in der Sache falsch, weil wir die finanzielle Lücke nicht schließen könnten, und – was noch schlimmer ist – es ist ein völlig falsches Signal, weil wir Gott sei Dank gute Ansätze zur Entwicklung im Osten geschaffen haben, auch durch unsere Ministerpräsidenten mitgetragen. Diese Hoffnung jetzt mit dem falschen Signal, mit dem Signal des Abbruchs der Bemühungen zu beantworten, wäre ein grober, ein schwerer, ich fürchte sogar: ein irreparabler Fehler.

(Beifall)

Deshalb: Wir werden den Aufbau Ost fortsetzen. Wir werden zusammen mit dem Forum Ost der SPD – ich bedanke mich ausdrücklich bei Jens Bullerjahn und Christoph Matschie – immer wieder nach Ansatzpunkten suchen, um real zu helfen und die Menschen im Osten Deutschlands zu stärken.

Deshalb bitte ich Euch um eure Zustimmung, dass wir eine Verstärkung unserer Parteipersonalausstattung vornehmen, um mit den Landesverbänden im Osten Deutschlands bei den Menschen zu sein. Wir wollen an ihrer Seite für den Aufbau arbeiten. Wir wollen unsere Parteistrukturen stärken.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass Sicherheit für die Menschen bedeutet: Wenn ich meine Arbeit gut mache, wenn mein Betrieb ordentlich dasteht, dann habe ich auch einen Arbeitsplatz, auf den ich mich verlassen kann, dann kann ich eine Familie gründen, dann kann ich privat investieren.



Das ist etwas ganz, ganz Wichtiges, und es ist ein gutes Gefühl. Deshalb kämpfen wir um Arbeit für die Menschen, aber nicht irgendeine Arbeit, sondern um gute Arbeit. Dieser Begriff der guten Arbeit wird unser Handeln in den kommenden Monaten und Jahren bestimmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das heißt anständige Löhne für anständige Arbeit. Das heißt auch Kündigungsschutz. Wo wären wir denn, wenn wir den Kündigungsschutz aufheben würden und in dieser Gesellschaft sich nach und nach eine Gefühlslage einstellen würde: „Ich weiß ja nicht, wo ich morgen sein muss?“ Wie würde sich das auf die Bereitschaft zur Familienbildung auswirken? Wie würde sich dies darauf auswirken, was wir mit Milliardenbeträgen fördern, nämlich Wohneigentum zu schaffen? Über all diese Dinge wird in Deutschland überhaupt nicht diskutiert. Dann kriegt man Dänemark vorgehalten. In Dänemark aber ist es nicht so wie in Deutschland: Wenn man von Hamburg nach München gehen muss, dann muss man seine Bindungen abbrechen. Bei allem Willen zur Flexibilität und zur Mobilität: Diese Frage muss mitdiskutiert sein. Sie darf nicht geschlampert werden, einfach übergangen werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zu diesem Begriff „gute Arbeit“ gehört vor allem auch der Mindestlohn. Dieser Mindestlohn ist weit mehr als irgendein sozial- oder arbeitsmarktpolitischer Ansatz. Es ist eine Grundweichenstellung für unsere Gesellschaft. Wir wollen, dass jemand, der jeden Tag vollschichtig arbeitet, von dieser Arbeit auch leben kann. Die Union aber schlägt vor, dass man noch nebenbei zu irgendeiner Sozialbehörde gehen und Geld holen muss, damit man über die Runden kommt und nennt das Mindesteinkommen. Das ist die Weichenstellung, die sich hinter dieser Frage verbirgt.

(Beifall)

Ich will Franz Müntefering ausdrücklich danken für die Konsequenz und die Klugheit, mit der er diese Frage angegangen und dieses Thema vorangetrieben hat.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen – da spreche ich meine Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern an –, wir erleben, dass es bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in zunehmendem Maße eine Wettbewerbsverzerrung gibt, die einen umtreiben muss. Da kriegt man, angehalten durch das Gebot, jeweils das billigste Angebot zu nehmen, Angebote auf den Tisch, die nur deshalb so billig sein können, weil dort mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Schindluder getrieben wird.

(Beifall)

Das ist dann so, dass mir ein mittelständischer Busunternehmer sagt: Ich kriege keinen Auftrag mehr, weil ich meine Busfahrer fest angestellt habe. – Dann sagt ein Bewachungsunternehmer: Ihr nehmt die, die ihre Leute minimal bezahlen. Ich versuche, sie ordentlich zu bezahlen. Mir gebt ihr keinen Auftrag. – Das ist in der Bauwirtschaft und in vielen anderen Bereichen auch erkennbar. Deshalb sage ich: Aus meiner Sicht sind die Länder aufgerufen, Tarifreuegesetze zu machen,

(Beifall)

um der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer willen, aber auch um eines fairen Wettbewerbs gegenüber den mittelständischen Unternehmen willen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bin sicher, dass wir Wege finden, wie man dieses System des Förderns und Forderns – Gerhard Schröder hat darüber gesprochen – in der Balance hält. Den Ärger darüber, dass der Lohn oder die Renten nicht erhöht werden, kann man nicht vermeiden, den muss man als Politikerin und Politiker aushalten. Aber man spürt, wann dieser Ärger an das Selbstwertgefühl der Menschen geht. Rudolf Dressler hat es immer so schön ausgedrückt: Den Balalaikaspielder auf dem Marktplatz und denjenigen, der 40 Jahre Schichtdienst geleistet hat, darf man nicht über einen Leisten spannen. Deshalb müssen wir, liebe Genossinnen und Genossen, die Bereitschaft haben, an einer Reihe von Stellen – ohne rückwärts zu gehen, ohne an der Substanz einer notwendigen Reform zu rütteln – vorsichtig nachzutastieren.

(Beifall)

All das ist wichtig: die Bezugsdauer des ALG I, eine mögliche Anpassung des ALG II an die aktuellen Preissteigerungen – Franz Müntefering prüft dies gerade –, die Intensivierung der Vermittlungsanstrengungen, die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 4,2 auf 3,5 Prozent, auch die Finanzierbarkeit all dieser Vorschläge. Wichtig ist auch, dass wir dazu stehen, das Rentenalter anzupassen, dass dies in der Veränderung der Demografie begründet und vor dem Hintergrund der internationalen Wettbewerbssituation unvermeidlich ist. Aber genauso wichtig und mindestens so klug ist es darauf zu achten: Wo sind Besonderheiten und wo kann man – Stichwort Teilrente – den Übergang zwischen dem Arbeitsleben und der Rente so verträglich machen, dass sich alle in unseren Reformen wiederfinden? Ich bin da bei dem berühmten Dachdecker und bleibe ausdrücklich dabei.

(Beifall)

Man könnte das auch bei der Familienpolitik ausführen und vieles andere mehr. All das sind Politikfelder, die für uns von elementarer Bedeutung sind.

Für all diese Politikfelder passt der Begriff des vorsorgenden Sozialstaates. So zu handeln ist vorsorgend: Stärken zu entwickeln, bedeutet vorzusorgen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kommt nie infrage, dass wir uns von den Notleidenden, von den Bedürftigen abwenden. Da würden wir Herzblut lassen. Aber vorsorgend zu handeln ist klug, wir werden hier das Notwendige tun.

(Beifall)

Am deutlichsten macht sich dies an fairen Chancen für Bildung und Ausbildung fest. Wenn ich gefragt werde, was ich als die größte Niederlage betrachte, so sage ich ganz offen: Wir waren schon weiter, was den Zugang zu hohen und höchsten Schulen angeht, aber wir sind wieder zurückgefallen! Das müssen wir wieder korrigieren. Wenn nur 24 Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien studieren, ist das nicht in Ordnung.

(Beifall)

Deshalb: Ja zu Angeboten für Krippenplätze, die pädagogisch betreut sind, Ja zu einem Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz – übrigens mit dem Ziel der Beitragsfreiheit.

(Beifall)

Im Übrigen sage mir niemand, es geht nicht. Die Rheinland-Pfälzer sind auch nicht reicher als andere Leute. Man muss eben Prioritäten setzen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Klaus Wowereit ist dafür in seinem Wahlkampf gescholten und verspottet worden, aber er hat es durchgehalten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Für uns gilt, dass wir Ganztagsangebotsstellen wollen, um den Schwächeren bessere Chancen zu geben und um die Stärkeren in ihren Stärken zu fördern. Ein Kind, das aus einer Handwerkerfamilie kommt, wo man eben nicht Französisch gelernt hat, das aber sprachbegabt ist, muss diese Begabung voll entwickeln können, auch wenn die Eltern nicht Hausaufgabenhilfe leisten können.

(Beifall)

Wir sind die Letzten, die für Gleichmacherei sind. Aber die Kinder länger gemeinsam zur Schule gehen zu lassen und ihnen eine Chance zu geben, damit sie nicht zu früh sortiert werden, das gehört auch zu einem vernünftigen Schulsystem, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich habe gelesen, liebe Andrea Ypsilanti, du hättest jetzt sofort das Fass wieder aufgemacht und neue Forderungen gestellt. Warum? Weil Andrea gesagt hat, dass das mit den Kindern ordentlich geregelt werden muss, dass es arme Kinder in dieser reichen Gesellschaft nicht geben darf, ohne dass uns dies umtreibt, und dass wir alles tun, um dies zu verändern. Ja, Recht hat sie doch, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir müssen im Übrigen nicht immer nach dem Bund rufen. Wenn Kinder, die im Kindergarten oder in der Ganztagschule sind, kein Geld bekommen, um das Mittagessen zu bezahlen, dann dürfen sie nicht vor der Tür stehen. Das darf einfach nicht sein in unserer Zeit.

(Beifall)

Da muss auch nicht immer der Bund handeln. Wir in Rheinland-Pfalz haben dafür wenige Millionen zur Verfügung gestellt und dieses Problem gelöst. Ich will nicht, dass damit eine Bürokratie verbunden werden muss, so dass die Eltern dann viele Erklärungen abgeben müssen. Also, liebe Rechnungshöfe, und wie ihr da alle heißt: Haltet Euch an dieser Stelle zurück! Da muss ein Schulleiter auch mal sagen können: „Dieses Kind hat kein Geld, und jetzt kriegt es das Mittagessen! Punktum!“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, manche von uns – so wie ich – kommen aus einer Zeit, in der es in bestimmten Kreisen der Bevölkerung überhaupt nicht in Frage kam, dass man eine weiterführende Schule besucht, oder gar ein Studium absolviert. Es war nicht so. Es war auch deshalb nicht so, weil man sich nicht vorstellen konnte, eine Fahrkarte zur nächsten weiterführenden Schule zu bezahlen, die – in meinem Fall beispielsweise; für viele andere ist es noch weiter gewesen – 25 Kilometer entfernt war. Schulgeld wurde auch noch verlangt, und Studieren war überhaupt nicht in der Perspektive. Ich habe weiß Gott keinen Grund zu jammern, und es soll auch kein persönliches Gejammer sein, ich bitte das nicht falsch zu verstehen. Aber wollen wir denn wirklich Weichenstellungen, die hier wieder neue materielle Hürden aufstellen? Wir wollen jeweils die Besten an der jeweils richtigen Stelle, in der Berufsausbildung praktischer Art, in den Fachhochschulen, in den Universitäten. Aber materielle Hürden, die es nicht ermöglichen, dass alle begabten Kinder solche Angebote wahrnehmen können, darf es nicht aufs Neue in Deutschland geben.

(Beifall)

Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit – das sind weiß Gott Grundwerte, an denen sich viele, viele Aufgaben für die kommenden Jahre und Jahrzehnte festmachen. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns diese Aufgaben miteinander angehen: geschichtsbewusst – aber nicht in der Vergangenheit verharrend –, die Herausforderungen annehmen aber dabei nicht einfach um jedes goldene Kalb herumtanzen.

Jetzt bin ich ja schon wieder bei Moses. Das war wirklich nicht beabsichtigt. Das ist mir erst eingefallen, als ich es schon gesagt hatte.

(Beifall)

Gerd, du hast das Thema gesetzt. Die Lesung heute Morgen im ökumenischen Gottesdienst war übrigens auch aus dem Buch Moses. Das hat die Frau Bischöfin eher zu verantworten als ich.

(Heiterkeit)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns also nicht um alles Materielle herumtanzen, als wäre das das Heil, sondern lasst uns schauen, wo die wirklichen Interessen der Menschen sind. Auch der Menschen, die in Deutschland als Deutsche, als Gäste auf Zeit oder als Menschen, die auf Dauer zu uns gekommen sind, leben. Lasst uns nach einer Gesellschaft streben, die in Toleranz miteinander dazu findet, dass Freundschaften entstehen können, dass sich die Kulturen verstehen und nebeneinander und vielleicht in zunehmenden Schnittmengen Neues miteinander entwickeln können. Lasst uns um eine Gesellschaft ringen, die hinsichtlich der Chancenverteilung in Bildung und Entwicklung gute Chancen bietet und die Freiheit von einzelnen Menschen immer größer werden lässt. Wir müssen immer auch die Kraft haben, dazu die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns bei den Entscheidungen über die Generationen hinweg denken; denn alles, was wir heute entscheiden und auf den Weg bringen, wird für diejenigen, die jetzt fünf oder zehn Jahre alt sind, mehr Wirkungen entfalten, als uns manchmal bewusst ist. Deshalb wollen wir die Menschen in Deutschland ansprechen, die ich der solidarischen Mehrheit zurechne.

Ich bin überzeugt, dass es über unterschiedliche Berufsgruppen, Lebenserfahrungen, kulturelle Verortungen und religiöse Einbindungen hinweg viele, viele Menschen gibt, die eine Gesellschaft wollen, um die eine haltbare Klammer gezogen ist; eine Gesellschaft, die zusammenhält und nicht einfach nur das Recht des Stärkeren in den Mittelpunkt stellt. Deshalb Ja zum Werben wir für diese solidarische Mehrheit.

(Beifall)

Diejenigen, die sich angesprochen fühlen, laden wir ein, Mitglied bei uns zu werden. Wir laden sie ein, in einer offen diskutierenden Sozialdemokratie mitzudiskutieren, und wir laden sie natürlich ein, uns zu wählen; denn die Sozialdemokratie – ich unterstreiche, was Gerhard Schröder gesagt hat – will regieren, weil sie nur dann, wenn sie regiert, das, was sie propagiert, auch umzusetzen in der Lage ist.

(Beifall)

Die nächsten Kämpfe um Wählerinnen und Wähler werden in Hessen stattfinden. Liebe Andrea Ypsilanti, wir werden dich mit aller Kraft unterstützen.

(Beifall)

Wir werden dir gegen eine CDU der Kochs und der Kanthers den Rücken stärken, gegen eine CDU, in der sich ein Skandal an den anderen reiht und in der man offensichtlich auch die Scheu verliert, die Schwächsten in der Gesellschaft zum Buhmann zu machen. Es ist Zeit, dass Hessen wieder vorne ist und sozialdemokratisch regiert wird.

(Beifall)

Lieber Wolfgang Jüttner, dass Niedersachsen wieder sozialdemokratisch regiert werden muss, das sind wir uns sozusagen schuldig.

(Beifall)

Ich bin sicher, dass das beste Schwiegersohn-Image nicht gleichzusetzen ist mit dem Wert einer Politik, die auf gute und gerechte Bildungschancen setzt und die den Menschen verbunden ist. Das soll Politik für Deutschland und für Niedersachsen sein. Lieber Wolfgang Jüttner, wir unterstützen dich.

(Beifall)

Michael Naumann hat uns auf diesem Parteitag willkommen geheißen. Wer ihn gehört hat, wer die Erinnerung an die stolze Phalanx sozialdemokratischer Bürgermeister dieser großen Stadt kennt, wird mit mir übereinstimmen: Hamburg muss wieder sozialdemokratisch regiert werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Hamburg ist unser Tor zur Welt. Das haben wir als Kinder schon in der Schule gelernt. Dieses Tor zur Welt war immer wirtschaftlich stark, weltoffen, aber auch immer Ort, in der die arbeitenden Menschen ein ganz besonders prägender Teil der Stadt gewesen sind. So muss es wieder werden. Herr von Beust hat uns den Schill beschert, auf solche Bescherungen kann Deutschland verzichten.

(Beifall)

Wenn wir ein bisschen durchgeschnauft haben, lieber Franz Maget, ist Bayern dran. Liebe Genossinnen und Genossen, ich will es nicht glauben und ich werde mich nicht damit abfinden, dass die CSU dauerhaft regiert. Eine Partei wie die CSU, die sich aus den Politikseiten der Zeitungen schon lange verabschiedet hat, um mehr im „Goldenen Blatt“ und in den Skandalblättern zu stehen, kann doch auf Dauer dieses wunderbare Bayern nicht regieren.

(Beifall)

Manchmal könnte man schon über den Tisch springen. Da warnen die Hubers – und wie sie alle heißen – die SPD würde sich auf diesem Parteitag von der Familie abwenden. Zum Donnerwetter, wer hatte denn Anträge auf dem Tisch, die Ehe auf sieben Jahre zu begrenzen – die SPD oder die CSU?

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, da kann man nur noch sagen: Schwamm drüber! Neuer Slogan für Bayern: Latex und Lederhosen!

(Heiterkeit)

Wenn man sich in Regensburg und in anderen bayerischen Städten und in dieser liberalen Weltstadt München gegenseitig mit Enthüllungen droht; wenn in einer Partei, die mit absoluter Mehrheit regiert, in vielen großen Städten ein Klima herrscht, dass man am Rechtsradikalismus gerade noch entlangschrammt und manchmal über die Grenze drüber ist, dann sagen wir nein zu einer solchen Politik, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns auf diesem Parteitag klarmachen: Die deutsche Sozialdemokratie bestimmt ihren Weg, und sogenannte Linke oder vorübergehende Verbalsozialdemokraten müssen sich wieder an uns messen. Die SPD ist Benchmark für Gerechtigkeit, für Erfolg und für eine friedliche Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen!

Deshalb lasst uns diesen Parteitag zum Erfolg führen! Alles Gute! Viel Erfolg!

(lang anhaltender Beifall)

– Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen! Lasst uns weitermachen! Ich bedanke mich für eure Unterstützung. Einen guten Parteitag!

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen! Das waren klare Worte, ein fester Standpunkt und ein entschlossener Vorwärtsgang. Herzlichen Dank dafür, Kurt Beck.

Wir kommen jetzt zur Aussprache über die Rede des Parteivorsitzenden. Als Erster hat Michael Müller, Nordrhein-Westfalen, das Wort. Ihm folgt Andrea Ypsilanti.

## Aussprache über die Rede des Parteivorsitzenden

**Michael Müller, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte ein paar Anmerkungen machen, weil ich glaube, die Partei braucht noch eine Debatte über das, was im Zusammenhang mit der Agenda 2010 passiert ist. Ich warne davor, diese Debatte so zu führen, als ob es immer nur um einzelne Punkte geht, die dann zum Machtkampf führen sollen. Das ist grundfalsch.

Bei der Agenda 2010 geht es aus meiner Sicht um zwei zentrale Fragen. Erstens: Ist die Politik fähig, frühzeitig gravierende Veränderungen zu erkennen und dann zu handeln, wenn man noch gestalten kann? Zweitens: Wie reformfähig ist unsere Gesellschaft, wenn es wirklich um gravierende Veränderungen geht? Um diese beiden Fragen geht es im Kern.

Ich will an einem Punkt verdeutlichen, warum ich das so wichtig finde.

Ralf Dahrendorf hat für die Zeit der Globalisierung prognostiziert, dass es uns entweder gelingt, die Prozesse, die mit der Globalisierung verbunden sind, sozial zu regeln, oder es droht ein autoritäres Jahrhundert mit Gewalt und Niedergang. Das war seine These, übrigens die These von einem Sozialwissenschaftler, der in den 80er-Jahren noch gesagt hat, das sozialdemokratische Jahrhundert sei vorbei. Dies war einer der großen Fehler auch der deutschen Intellektuellen, dass sie glaubten, das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts würde zu mehr Freiheit und zu mehr Fortschritt führen. Im Gegenteil: Es hat zu einer furchtbaren Anpassung an ökonomische Zwänge geführt und zu einem Versagen bei Reformen. Das waren die 90er-Jahre, Genossinnen und Genossen.

Wenn man über die Agenda 2010 redet, dann muss man darüber reden, dass es vor allem in den 90er-Jahren ein eklatantes Reformversagen in Deutschland gegeben hat. Das ist der eigentliche Punkt, um den es gegangen ist. Wir mussten unter sehr schwierigen ökonomischen, finanziellen und politischen Bedingungen zum Teil das aufholen, was andere Länder zehn Jahre zuvor gemacht haben. Das ist der eigentliche Kern, um den es geht. Ich sage das jetzt aber nicht, um eine rückwärts gewandte Debatte zu führen, sondern um klarzumachen, dass in den nächsten Jahren noch größere Herausforderungen anstehen. Ich will drei gravierende Punkte nennen.

Der erste Punkt ist: Die Sozialdemokratie hat keine Zukunft, wenn sie nicht das Wechselverhältnis zwischen Wachstum und Begrenzung lernt. Wir müssen wissen, dass der Klimawandel nicht einfach nur eine ökologische Frage ist, sondern eine gravierende Herausforderung an alle Gesellschaften und vor allem an den Frieden auf der Erde. Man muss sich nur einfach einmal folgende Tatsache vor Augen führen: Wenn es in Afrika einen Temperaturanstieg von 2 Grad gegenüber 1990 gibt, dann



bedeutet das in der Konsequenz, dass auf diesem gebeutelten Kontinent 50 Prozent der Ernährung wegfällt. Kann man überhaupt ermessen, was das an Migrationsbewegung, an Konflikten in der Welt bedeutet, wenn wir diese Veränderung heute nicht stoppen? Es ist primär die Verantwortung Europas, hier etwas dageganzusetzen und damit zentral der Sozialdemokratie.

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Michael, einen Moment, bitte. Liebe Genossinnen und Genossen, der Respekt voreinander und auch die Solidarität zueinander gebieten es, dass diejenigen, die Gespräche führen wollen, und auch diejenigen, die Interviews führen, das bitte draußen tun, damit diejenigen, die inhaltlich arbeiten wollen, dem Redner auch zuhören können. Danke schön.

(Beifall)

**Michael Müller, Nordrhein-Westfalen:** Die zweite gravierende Änderung, die ich nennen möchte, ist folgende: Wir haben 150 Jahre Geschichte hinter uns, in der Wohlstand und Fortschritt aufgebaut waren auf billiger Energie und Rohstoffen. Auch das ist vorbei. Wir müssen wissen, dieses Schmiermittel ist weg. In der Zukunft wird es, wenn wir nicht zu einem anderen Umgang mit Ressourcen kommen, zu Ressourcenkriegen, zu gewaltigen Konflikten in der Welt kommen. Auch das ist absehbar. Auch da müssen wir heute die Weichen stellen.

Ich will einen dritten Punkt nennen. Wir haben eine historische Wende. Zum ersten Mal der Geschichte der Moderne beginnt der Süden der Erde die Welt zu dominieren, nicht nur wegen der Probleme beispielsweise Afrikas, sondern auch wegen der unglaublichen Dynamik in der nachholenden Industrialisierung großer Länder. China beispielsweise hat nur ein Fünftel der Emissionen bei Kohlendioxid im Vergleich zu Amerika. Trotzdem wird China im nächsten Jahr der größte Emittent von Kohlendioxid in der Welt werden. Allein im Jahr 2005 haben die so viel an Kraftwerken erstellt, wie in Deutschland insgesamt steht.

Alle drei Punkte, das Erreichen einer Naturschranke, die Endlichkeit der Rohstoffe und die nachholende Industrialisierung, aus der eine nachholende Naturzerstörung zu werden droht, sind unglaubliche Herausforderungen an das friedliche und soziale Zusammenleben der Menschheit. Wenn wir heute nicht die Weichen stellen, bleibt uns nur die Anpassung. Das ist der entscheidende Kern, der uns gerade herausfordert und warum wir – aus meiner Sicht völlig zu Recht – in das Programm die Idee der Nachhaltigkeit ganz nach vorne stellen müssen.

Deshalb dürfen wir solche Fragen auch nicht Herrn Rüttgers überlassen. Herr Rüttgers war, wenn er sich jetzt auch noch so sehr als Arbeiterführer hinstellt, der große Versager in der Regierung Kohl. In keiner anderen Zeit sind die Ausgaben für Forschung, Bildung und Entwicklung so zurückgegangen, wie unter ihm. Es ist unsau-

ber, wie er argumentiert. Genauso wenig, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir einen Grund, auf den Leim der Talkshowsozialisten Gysi oder Lafontaine zu gehen. Immer, wenn es darauf ankommt, sind sie weggetaucht. Mit ihnen kann man keine Gestaltungspolitik machen; das ist die Realität, liebe Genossinnen und Genossen.

Deshalb lasst mich am Ende sagen: Was wir aus der Agenda 2010 zu lernen haben, ist, dass Politik vor allem frühzeitig gestaltend handeln muss, sonst kommt man immer mehr in Schwierigkeiten, und sonst bleibt immer mehr nur die Anpassung. Sozialdemokratie muss Gestaltungspartei und Fortschrittspartei sein, sonst ist sie auf dem Weg des Niedergangs, und das dürfen wir alle nicht zulassen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. – Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich Andrea Ypsilanti das Wort gebe, möchte ich euch noch einmal dringend bitten, hier eine angenehme und auch annehmbare Beratungsatmosphäre herzustellen. Es ist dringend nötig, dass die Gespräche in den Gängen eingestellt werden; das gilt auch für die Seite links vom Podium. Vor allem sollten auch die Interviews nicht unbedingt zwischen den Reihen der Delegierten geführt werden. Dafür kann man auch in den rückwärtigen Raum gehen.

Als Nächstes hat das Wort Andrea Ypsilanti. Ihr folgt Hendrik Bednarz.

**Andrea Ypsilanti, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Lieber Kurt, du hast das, glaube ich gespürt – und zwar nicht nur an dem Applaus –, dass du hier diesen Parteitag mitgenommen hast, dass du uns gezeigt hast und keinen Zweifel daran gelassen hast, dass du die Herausforderungen, die vor uns liegen, annimmst. Was wir alle gemerkt haben und am allerhöchsten einschätzen: Dass du das mit dieser Partei zusammen meistern wirst. Wir werden dich dabei alle unterstützen.

(Beifall)

Ich gehöre bekanntermaßen nicht zu denen, die manche der Elemente der Agenda 2010 nicht kritisch betrachtet hätten. Ich habe mit meinem Landesverband aber auch nie zu denen gehört, die alles beim Alten lassen wollten, Genossinnen und Genossen, gerade in Hessen haben wir immer gezeigt, dass wir uns um Alternativen kümmern. denn Politikerinnen und Politiker, die nicht nach Alternativen suchen, haben ihren Job verfehlt. Deshalb ist aus Hessen immer eine sehr differenzierte Betrachtung der Agenda gekommen, und wir haben an den Stellen, mit denen wir nicht einverstanden waren, auch zur Agenda immer Vorschläge gemacht.

Genossinnen und Genossen, ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass Politiker ihr Handeln reflektieren. Was ist daran verwerflich, Genossinnen und Genossen,

an der einen oder anderen Stelle mal neu zu justieren? Unsere Partei ist 144 Jahre alt. Wir wären nicht so alt geworden, wenn wir uns nicht an manchen Stellen neu justiert, den Herausforderungen gestellt und überdacht hätten, was wir vorher gemacht haben.

(Beifall)

Deshalb, Kurt, unterstütze ich deine Initiative und die Politik, die du vorhast. Denn sie führt die Partei enger zusammen. Sie gewinnt für uns Menschen zurück, die mit der SPD im Moment noch hadern. Genossinnen und Genossen, lieber Kurt, wir müssen diese Menschen zurückgewinnen, wenn wir in den Ländern die Wahlen gewinnen wollen.

(Beifall)

Lasst uns deshalb nicht davon reden, dass die Veränderung, die wir vornehmen, eine taktische Justierung ist. Es geht bei der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I nicht um Taktik, sondern um die Anerkennung der Leistungen für ältere Arbeitnehmer, die jahrelang im Berufsleben gestanden haben, und um die Würdigung ihrer Leistung.

(Beifall)

Wir geben ihnen ein Stück von dem Schutz zurück, den sie anderen gewährt haben, als sie jahrelang in dieses Versicherungssystem eingezahlt haben.

Auch Kinder haben eine Würde. Ich bin sehr dankbar, Kurt, dass du gerade darauf eingegangen bist: Wie gehen wir damit um, wenn Kinder schon in der Schule stigmatisiert werden, weil sie nicht teilhaben können am Mittagessen, wenn sie nicht teilhaben können am Theaterbesuch, wenn sie nicht teilhaben können am Kinobesuch? Wir haben festgestellt, dass dies nicht nur die Kinder mit Migrationshintergrund trifft, sondern gerade auch die Kinder, bei denen der Geldbeutel der Eltern ganz dünn ist. Das sind eben viele Kinder von Hartz-IV-Empfängern und von Menschen, die den ganzen Tag arbeiten und am Monatsende dennoch sich und ihre Familie nicht ernähren können. Deshalb müssen wir den Kampf um den Mindestlohn umso härter führen.

(Beifall)

Das sollten wir mit großem Selbstbewusstsein tun, Genossinnen und Genossen. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen der Menschen, aber natürlich auch an den Herausforderungen der Zeit. Ich sage es hier ganz deutlich: Wir sollten uns an den Menschen orientieren und nicht immer nur an der veröffentlichten Meinung. Wir sind die Repräsentanten der Menschen und nicht der Medien, Genossinnen und Genossen. Daran sollten wir öfters denken.

(Beifall)

Wir müssen darangehen, dem neoliberalen Denken, das überall Einzug gehalten hat, unser unverwechselbares sozialdemokratisches Denken entgegenzusetzen. Das erwarten die Menschen von uns. Deshalb bin ich mir sicher, dass wir auf diesem Parteitag wegweisende Beschlüsse fassen werden. Wir in Hessen haben dazu ein sehr konkretes Programm aufgelegt und werden im nächsten Jahr an die Umsetzung gehen. Wir haben uns vorgenommen, „Hessen voran“ zu propagieren, und zwar mit einem Fortschritt, der nicht nur ökonomisch begründet ist. Nur ein Fortschritt, der daneben auch ökologisch, kulturell und sozial ist, ist wirklicher Fortschritt.

(Beifall)

Dazu gehören auch die Frage der Bildungsgerechtigkeit und der Chancengleichheit sowie eine Politik, die nicht auf Ausbeutung von Natur setzt, sondern auf eine Politik der Nutzung neuer Ressourcen und erneuerbarer Energien.

In diesem Sinne sollten wir diesen Parteitag verstehen. In diesem Sinne werden wir in Hessen kämpfen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das schaffen. Erst recht nach deiner Rede, Kurt, glaube ich: Nach diesem Parteitag sind wir umso besser aufgestellt. – Ich danke Euch.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Hendrik Bednarz, Baden-Württemberg. Ihm folgt Wolfgang Jüttner.

**Hendrik Bednarz, Baden-Württemberg:** Genossinnen und Genossen, lasst mich zu Beginn klarstellen, dass ich hier meine persönliche Sicht der Dinge, der Diskussion der vergangenen Wochen darstellen möchte, nicht die irgendeines Landesverbandes.

Für mich waren die Diskussionen der Höhepunkt eines mehr oder weniger verzweifelten Strebens der SPD nach besseren Umfragewerten. Ich befürchte schon, dass wir heute den Einstieg aus dem Ausstieg der Politik der Agenda 2010 beschließen werden, für die wir monatelang unsere Köpfe hingehalten haben. Eine große Mehrheit unserer Partei erkennt mittlerweile die grundsätzliche Richtigkeit dessen an, was Rot-Grün an Reformprojekten begonnen hat. Niemand behauptet, alles, was unter Rot-Grün gelaufen ist, wäre vollkommen richtig und fehlerfrei gewesen. Natürlich müssen wir die Agenda 2010 ehrlich evaluieren und Fehler aufdecken. Natürlich sind gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen.

Aber die grundlegenden Ideen, den Geist rot-grüner Reformpolitik müssen wir erhalten. Zu diesem Geist gehört die Erkenntnis, dass Menschen im Zweifel nicht durch möglichst hohe und möglichst lange Geldleistungen geholfen wird, sondern durch Chancenvermittlung. Wir verhelfen keinem älteren Arbeitslosen zu einem Job, indem wir ihm länger ALG I ausbezahlen. Wir verhelfen ihm höchstens dann zu

einem Job, wenn wir die Überschüsse der Arbeitslosenversicherung in Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen stecken.

(vereinzelt Beifall)

Wir helfen doch nur den Arbeitgebern, wenn wir durch die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere dem früheren Verschiebebahnhof in die Frühverrentung wieder den Boden bereiten. Genossinnen und Genossen, Rot-Grün wollte weg vom Gießkannenprinzip und hin zu einem überlegten und zielgerichteten Einsatz von Geld und Mitteln. Rot-Grün wollte Schluss machen mit dem In-die-eigene-Tasche-Lügen. Rot-Grün wollte wieder echte Chancen vermitteln.

Franz Müntefering und einige andere haben in der jüngsten Diskussion um das Arbeitslosengeld I bis zuletzt die Vernunft – so meine Sicht – hochgehalten. Dafür danke ich ihnen. Aber ich muss zugleich feststellen, dass auch diese Leute ohne Phantasie sind, wie die Agenda 2010 denn eigentlich weitergehen soll. Auch von ihnen höre ich wenig darüber, wie wir unseren Sozialstaat verstärkt über Steuern finanzieren können. Ich höre wenig Wegweisendes dazu, wie wir Geringqualifizierten bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschaffen wollen. Das einzige, was uns einzufallen scheint, ist der Mindestlohn von 7,50 Euro. Wie eine Monstranz tragen wir ihn vor uns her. Aber lösen wir damit irgendein Problem? Glauben wir, mit 7,50 Euro die Stunde könnte irgendjemand seine Familie durchbringen? Glauben wir allen Ernstes, wir würden durch einen solchen Mindestlohn die Chancen von Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt verbessern?

Genossinnen und Genossen, ich bin 1998 in die Partei eingetreten, weil die SPD für mich für Innovation und Gerechtigkeit stand. Ich bin in diese Partei eingetreten, weil ich den Eindruck hatte, dass sie es ernst meint mit den Menschen. Und ich bin eingetreten, weil die SPD die drängenden Probleme der Zeit erkannt und angesprochen hat: die nicht nachhaltig funktionierenden sozialen Sicherheitssysteme, eine gigantische und immer weiter wachsende Staatsverschuldung, deprimierende Trends auf dem Arbeitsmarkt. Rot-Grün hat diese Probleme angepackt. Deswegen habe ich mich gerne und voller Überzeugung hinter die Ideen der Agenda 2010 gestellt. Unser Problem derzeit ist nicht diese Agenda 2010 und die Politik, die dahintersteht, sondern das ewige Hickhack darüber, wo es denn eigentlich langgehen soll. Die SPD vermittelt den Wählerinnen und Wählern derzeit nicht wirklich Angebote, sondern den Eindruck eines völlig ratlosen und manchmal etwas zerstrittenen Haufens. Wir sitzen vor der Linkspartei wie das Kaninchen vor der Schlange

(vereinzelt Pfiffe)

und schielen vor allem auf Umfragewerte, anstatt über langfristige Strategien nachzudenken. Macht um jeden Preis, insbesondere den der eigenen Glaubwürdigkeit, ist

mit Sicherheit die falsche Strategie, Genossinnen und Genossen. In diesem Sinne warne ich vor einem Einstieg aus dem Ausstieg der Reformpolitik, die Rot-Grün begonnen hat. – Herzlichen Dank.

(vereinzelt Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Wolfgang Jüttner, Niedersachsen. Es folgt Ursula Engelen-Kefer.

**Wolfgang Jüttner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin 1970 in die SPD eingetreten, weil ich daran mitwirken wollte, die Gesellschaft zu modernisieren und dabei die soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder kommen zu lassen.

(Beifall)

Morgen in drei Monaten ist Wahl, Wahl in Hessen und in Niedersachsen, und damit in zwei Bundesländern, die lange sozialdemokratisch regiert worden sind, und zwar, wie ich finde, gut sozialdemokratisch regiert worden sind. Wir, Andrea und ich, wollen im Januar dafür sorgen, dass das wieder so wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Niedersachsen haben gegenwärtig schwer zu leiden. Wir haben eine Regierung, die die wirtschaftlichen Potenziale des Landes nicht nutzt, die das Wort „Chancengleichheit“ zum Fremdwort erklärt und die insbesondere beim Thema sozialer Zusammenhalt aber auch nichts auslässt, egal, ob es um die Abschaffung des Blindengeldes geht, um die vollständige Streichung der Gelder für die Obdachlosen im Land, ob den Pflegebedürftigen das letzte Landesgeld weggenommen worden ist – Frau von der Leyen, ihre Nachfolgerin und Herr Wulff haben den Haushalt des Sozialministeriums immer als Reserve für die Landeskasse benutzt, liebe Genossinnen und Genossen. Sozialer Zusammenhalt findet in Niedersachsen gegenwärtig nicht statt.

Das wirkt sich auch im Bundesrat aus: Die Angriffe auf den Kündigungsschutz sind aus Niedersachsen gekommen, genau so wie Attacken gegen den Mindestlohn und gegen alles, was mit dem Thema Gerechtigkeit auch nur in Zusammenhang gebracht werden kann. Wir brauchen in Niedersachsen eine andere Politik, und wir brauchen im Bundesrat Persönlichkeiten, die für anderes, für Gerechtigkeit stehen.

(vereinzelt Beifall)

Ich finde, dass ein sozialdemokratischer Spitzenkandidat ein Anrecht darauf hat, auf einen Mitbewerber zu treffen, der auch zu dem steht, was er die letzten fünf Jahre gemacht hat. Das ist in Niedersachsen nicht der Fall. Ich hätte mir nicht vorstellen können, in welcher Weise politischer Opportunismus über ideologische Festlegungen siegt. Herrn Wulff ist nichts heilig. Er ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von

der Gewerkschaftsbank, inzwischen nicht nur für Mindestlohn; er hat selbst die geförderte Altersteilzeit inzwischen für sich entdeckt. Die Halbwertzeit ist bis zum 27. Januar. Danach kommt wieder der Wulff, wie wir ihn kennen, der von der sozialen Kälte kommt. Aber wir werden dafür sorgen, dass ihm diese Chance nicht mehr geboten wird und dass er dorthin zurückgeht, woher er kommt: nach Osnabrück. Das ist eine schöne Stadt, aber die müsste ihm in Zukunft auch reichen.

Wir haben in den letzten Monaten unter dem Motto „Niedersachsen gerechter“ das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt unserer Argumentation gestellt. Natürlich wollen wir mit den Landesthemen punkten und überzeugen. Aber wir machen keinen Hehl daraus: Gegen einen bundesweiten Trend anzukämpfen, in dem der SPD die Kompetenz für soziale Gerechtigkeit strittig gestellt wird, ist verdammt schwer. Deshalb sage ich heute voller Genugtuung: Lieber Kurt, herzlichen Dank für deine Initiativen in den letzten Tagen und Wochen. Dabei geht es nicht nur um das Thema Arbeitslosengeld I, sondern dabei geht es um das gesamte Paket. Es geht darum, wie du es heute formuliert hast, den Menschen nahe zu sein. Wir müssen die Partei der Kümmerer sein, die wissen, was die Menschen bewegt, und zwar nicht, um ihnen hinterherzulaufen, sondern um angemessene Antworten darauf zu geben. Die Menschen haben ein Anrecht auf Planungssicherheit, auf Gestaltung ihres Lebens. Und wir sind diejenigen, die die Antworten geben können, nicht Fundamentalisten wie Lafontaine und andere, um auch das deutlich zu machen. Die locken auf Pfade, die keine Zukunft haben. Wenn wir diese gerade Furche weiterziehen, hier auch auf dem Parteitag, dann hilft uns das sehr.

Ich habe die Erwartung, dass dieser Parteitag deutlich macht: Gerechtigkeit in Deutschland gibt es nur mit der SPD, und wenn diese alte und zugleich moderne Partei dann auch noch hinreichend geschlossen ist, dann versprechen wir Niedersachsen euch, zu kämpfen und die letzten drei Monate wirklich zu nutzen, um den Abstand in den Sonntagsfragen aufzuholen. Aber wir wollen keine Umfragen gewinnen, sondern wir wollen Wahlen gewinnen. Wir wollen Niedersachsen wieder eine gerechte Perspektive geben. Ich bedanke mich ganz herzlich für die Unterstützung, die ich von der gesamten Partei dafür bekomme. – Herzlichen Dank.

(vereinzelt Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf noch einmal daran erinnern, dass wir eine Redezeit von fünf Minuten beschlossen haben. Es gibt keine Verpflichtung, diese Redezeit bis zum Ende auszukosten.

Das Wort hat Ursula Engelen-Kefer, danach Gernot Grumbach.

**Dr. Ursula Engelen-Kefer, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich bedanke mich noch einmal bei Kurt Beck für seine ermutigende Rede. Ich hoffe, dass

es eine Rede für einen Parteitag ist, der einen Aufbruch für gute Arbeit und für eine gute Zukunftsperspektive bietet. Denn eines ist klar: Die Wirtschaft läuft gut, die Beschäftigung steigt, die Arbeitslosigkeit geht spürbar zurück, und die Finanzentwicklung von Staat und Sozialversicherung ist so gut wie lange nicht mehr. Ich denke, wir als SPD sollten durchaus deutlich machen, dass wir hieran einen entscheidenden Anteil haben und dass wir unser Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Aber genau so deutlich müssen wir machen, Genossinnen und Genossen: Den Hauptanteil an dem wirtschaftlichen Aufschwung haben vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer unglaublichen Leistungen diesen wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführt haben, Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und liebe Genossen. Wer sich einmal in den Betrieben, in den Verwaltungen, in den Krankenhäusern, in den Kindergärten, in den Altenheimen, bei den Postdiensten, an den Schaltern, in den Bussen, in den Straßenbahnen und wo auch immer umschaute – viele von euch sind ja tagtäglich dabei –, der weiß, wie es im Arbeitsleben heute aussieht. Das ist eine verdammte Arbeitshetze, Arbeitsverdichtung, Nacht- und Schichtarbeit und Feiertagsarbeit. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, ist dieser Aufschwung unser Aufschwung, er ist euer Aufschwung. Deshalb haben wir auch ein Anrecht auf einen fairen Anteil an diesem Aufschwung, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dies ist auch eine Verpflichtung für die SPD. Der SPD wird ja immer noch zugetraut, die Partei der sozialen Sicherung und der sozialen Gerechtigkeit zu sein. Wir waren das immer, und wir müssen das auch immer sein. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, im Ringen in der Koalition, in der Gesellschaft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren fairen Anteil herauszuholen. Dazu gehören die Mindestlöhne. Dazu müssen wir Franz Müntefering jetzt den Rücken stärken in der Auseinandersetzung mit der CDU/CSU um den Mindestlohn bei den Postdiensten. Wir müssen mithelfen, dass der Schlingerkurs der CDU/CSU beendet wird und dass die Mindestlöhne für die Postdienste endlich durchgesetzt werden.

Wir haben ein zweites vor uns, und das ist die Leiharbeit. Wir haben eine explosionsartige Entwicklung in der Leiharbeit, die mit Spitzenabdeckung von Wirtschaft, Dienstleistungen und Produktion nichts mehr zu tun. Dies ist zum Teil mit Dumpinglöhnen verbunden. Wir haben bereits seit anderthalben Jahren einen Tarifvertrag über Mindestlöhne in der Leiharbeit zwischen DGB-Gewerkschaften und zwei großen Leiharbeitsverbänden. Deshalb gehört es zum fairen Anteil der Arbeitnehmer, dass versucht wird, diesen Mindestlohn so weit wie möglich auch in das Arbeitnehmerentendegesetz hineinzubringen und für die gesamte Zeitarbeitsbranche verbindlich zu machen. Ich glaube, dann könnten wir dazu beitragen, dass Dumpinglöhnen über Zeitarbeit zumindest ein Riegel vorgeschoben wird, liebe Genossinnen und liebe Genossen.



Schließlich denke ich, dass wir uns, wenn wir uns über die Notwendigkeit der Verbesserung von Bildung, Aus- und Weiterbildung unterhalten, auch die Frage zu stellen haben, wie wir mit den Qualifikationen der älteren und der jüngeren Menschen in unserer Gesellschaft umgehen. Können wir es uns leisten, dass wir diese nicht so ausschöpfen, wie es möglich wäre? Dazu gehört genauso eine Verbesserung der betrieblichen Berufsausbildung wie auch eine entsprechende Weiterbildung, Beschäftigung und Integration älterer Arbeitnehmer. Das ist das Pendant zu der moderaten Verlängerung des ALG-1-Bezugs und kann dazu beitragen, anständige Arbeits- und Lebensbedingungen auch für ältere Arbeitnehmer zu ermöglichen und ihnen einen fairen Anteil zu geben.

Genossinnen und Genossen, „Fördern und Fordern“ heißt das Motiv in der Arbeitsmarktpolitik. Es kommt immer auf die Balance an: wie viel fördern, wie viel fordern, von wem fordern, wen fördern?

Ich habe den Eindruck, wir müssen in Zukunft mehr von der Wirtschaft fordern. Sie muss ihre Verantwortung für bessere Arbeit und Ausbildung sowie für anständige Arbeitsbedingungen wahrnehmen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass uns der Parteitag ein Stück weiterbringt.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte darauf hinweisen, dass die Antragskommission jetzt im Saal G wie Gustav im zweiten Stock tagt. Ich bitte die Mitglieder der Antragskommission in den Saal G im zweiten Stock.

Wir haben jetzt noch fünf Redner und eine Rednerin. Ich mache Euch jetzt einen Vorschlag: Wenn ihr einverstanden seid, schließe ich jetzt die Rednerliste. Gibt es dazu Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Als Nächstes hat Gernot Grumbach, Hessen Süd, das Wort. Ihm folgt Ottmar Schreiner.

**Gernot Grumbach, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Lieber Kurt, auch ich will mich bei dir herzlich bedanken. Ich muss gestehen: Im letzten Jahr hat es zwar Spaß gemacht, der hessischen Landesregierung immer zu erzählen, dass die Rheinland-Pfälzer besser sind, aber wir würden gerne zu euch aufholen. Dafür werden wir uns gerne anstrengen. Ich bedanke mich für die Unterstützung.

(Beifall)

Es geht nämlich um mehr als nur um die hessische Landespolitik. Kurt Beck hat das Phänomen Franz-Josef Jung angesprochen. Der Umgang von Jung mit der Verfassung ist hessische Schule. Diese CDU-Schule kämpft nicht gegen bestimmte Verfassungsartikel, sie ignoriert sie einfach. Das gilt für die Bundesverfassung, für den Spruch des Verfassungsgerichts und auch für die Landesverfassung.

Das Land Hessen ist das Bundesland, in dessen Verfassung seit seiner Gründung steht, dass Studiengebühren allgemeiner Art ausgeschlossen sind. Diese Landesregierung ignoriert das einfach. Sie versucht nicht, die Verfassung zu ändern, sondern sie tut so, als gäbe es diesen Artikel nicht. Diesem Umgang mit Gesetzen muss ein Riegel vorgeschoben werden – nicht nur in Hessen, sondern auch in der Bundesrepublik.

(Beifall)

Zweiter Punkt: Diese Form der CDU ist ein wenig anders als die in der einen oder anderen Großstadt in der Republik. Es wird versucht, die sozialdemokratische Erbschaft auszuradieren. Eine Kultusministerin führt Pressekonferenzen durch, in denen sie stolz sagt, die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler sei relativ zu den anderen Schulen gestiegen. Mit Verlaub: Was für eine Politik ist das denn? Wir brauchen mehr qualifizierte Kinder und junge Menschen. Wer darauf setzt, die Zahl derer zu erhöhen, die sozusagen vorläufig in der Sackgasse sind, ist auf dem falschen Weg. Wir als Sozialdemokraten müssen Sackgassen aufmachen und es möglich machen, dass sie einen Weg in den Beruf oder auf weiterführende Schulen finden.

Dritter Punkt: Jetzt wird es ganz spannend. Die hessische Landesregierung klagt in einem gewissen Maß über Fundamentalismus, dabei ist sie selbst so. Es gibt eine Kultusministerin, die möchte, dass Glaubenstexte aus der Bibel Grundlage des Biologieunterrichts werden. Mit Verlaub: Das bedeutet ein Zurück hinter die Aufklärung. Diese ist bekanntermaßen schon über 250 Jahre her. Sozialdemokraten stehen für das Argument und die Auseinandersetzung mit Argumenten. Wer das durch Glaubensfragen beenden will, sorgt nicht nur dafür, dass die falschen Dinge gelehrt werden, sondern der beendet auch die demokratische Debatte in der Wissenschaft. Dabei geht es auch um den Kernbestand der Gesellschaft. Deswegen ist die Auseinandersetzung in Hessen so wichtig.

(Beifall)

Letzter Punkt für Hessen: Es gibt einen Grundkurs von Spaltungen. Herr Koch redet ja auf Gewerkschaftstagen. Er redet aber auf Gewerkschaftstagen einer kleinen Gewerkschaft, die immer dann im Spiel ist, wenn es darum geht, die Tarifabschlüsse, die die großen Gewerkschaften, die Metall-, die DGB-Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften, anstreben, zu unterbieten. Er redet in einer Form darüber, zu der man sagen muss: Klar, dass er sie lobt, aber beim Mindestlohn und beim Problem, dass wir mehr brauchen, damit die Menschen leben können, kneift er.

Wenn man genau hinhört, merkt man, dass es dabei um Spaltungen geht. Er redet auf einem Kongress für ältere Menschen darüber, dass es ihnen nur dann besser gehen solle, wenn es den Arbeitslosen gleichzeitig ein Stück schlechter gehe. Diese Art von Gesellschaft wollen wir nicht. Ich bin Kurt Beck ganz dankbar, dass er eher zusammenführt als spaltet.

(Beifall)

Lasst mich dann vielleicht doch noch einen kleinen Missklang in die Debatte bringen. Viele Menschen, die über so etwas diskutieren, haben bei der Debatte Tränen aus Zorn und Mitleid in den Augen. Sie sind zornig darüber, wenn Kinder kein Mittagessen bezahlen können und wenn es keine Mindestlöhne gibt. Mitleid haben sie mit Menschen, die in eine schwierige Situation geraten.

Da wir politische Vernunft nicht durch Wahlentscheidungen ausdrücken können, bitte ich den einen oder anderen, einmal darüber nachzudenken, ob die Nutzung des Wortes Heulsuse in diesem Zusammenhang ein guter Umgang mit Menschen ist. Ich jedenfalls finde das nicht.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich Ottmar Schreiner auf. Ihm folgt Klaus Wowereit.

**Ottmar Schreiner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin keine Heulsuse, sondern habe immer versucht, für meine Auffassungen zu kämpfen. Deshalb würde ich den Begriff für mich nicht gerne in Anspruch nehmen.

Michael Müller hat hier eben gesagt, dass die SPD immer auch Gestaltungs- und Fortschrittspartei sein müsse. Damit kann ich mich sehr gut anfreunden. Die SPD muss aber mindestens genauso eine Partei der sozialen Integration sein.

Unsere Gesellschaft ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer stärker auseinandergedriftet. Es gibt einen oberen Teil, dem es grenzenlos gut geht. Er ist völlig frei von allen materiellen Sorgen und Nöten. Es gibt einen wachsenden unteren Teil im Keller der Gesellschaft – auch fast 20 Prozent und mehr –, der nicht mehr weiß, wie er aus diesem Keller herauskommt. Der ist auch Klientel der SPD. Die SPD muss ihre Politik nicht nur, aber immer auch aus dem Blickwinkel der Schwächsten dieser Gesellschaft formulieren.

(Beifall)

Das allein wird nicht ausreichen, aber ohne dies wird es eben auch keine Mehrheiten für unsere Partei geben.

Wie selten zuvor haben wir eine wachsende Desintegration und wachsende gesellschaftliche Spaltungsprozesse. 80 Prozent der Bevölkerung sagten in den letzten Umfragen, dass es in diesem Land nicht sozial gerecht zugeht. Wenn die soziale Gerechtigkeit der Identitätskern der SPD ist – das ist unser politischer Sinnzusammenhang, und soziale Gerechtigkeit bedeutet auch: historisch gewachsene Loyalitäten von Wählerschichten –, dann müssen wir uns dieser Sorgen annehmen.

Ich will das anhand von vier Beispielen im Rahmen der wenigen Minuten, die ich habe, ganz kurz benennen.

Erster Punkt: Ich bin außerordentlich dankbar, dass sich die SPD ohne jede Einschränkung für die Durchsetzung von gesetzlichen Mindestlöhnen einsetzt. Gemessen an der Situation von vor wenigen Jahren ist das ein Riesenfortschritt. Wir werden diese Auseinandersetzung gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften in aller Härte gegen die konservativ-liberalen Parteien führen müssen. Mindestlöhne schützen nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sie sind auch ein Schutzzaun vor dem allgemeinen Lohngefüge; denn je stärker der Druck der Mindestlöhne ist, umso stärker wirkt sich dies als Abwärtsdruck, als Sogdruck auf das allgemeine Lohngefüge aus. Deshalb wollen wir Hand in Hand mit den Gewerkschaften und den Tarifparteien dafür sorgen, dass unten ein Schutzzaun eingebaut wird, der verhindert, dass immer mehr Menschen trotz Arbeit arm werden.

Es ist einer der größten Skandale dieser Republik, dass junge Männer und Frauen bei Vollzeitarbeit mit 800, 900, 1.000 Euro brutto nach Hause gejagt werden. Das ist eine Schande. Das muss weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Zweiter Punkt: Es ist über die prekäre Beschäftigung geredet worden. Auch die prekäre Beschäftigung muss zurückgedrängt werden.

Eben ist ausdrücklich auf Leiharbeit hingewiesen worden. Es gibt inzwischen Unternehmungen, die bis zur Hälfte ihre Beschäftigten auf der Basis von Leiharbeit beschäftigen. Das ist nichts anderes als massenhafter Missbrauch von Lohndumping zulasten der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten. Auch diesen Missbrauch muss die SPD mit sinnvollen Reformen abschaffen.

(Beifall)

Dritter Punkt: Liebe Genossinnen und Genossen, Arbeit muss auch vor Altersarmut schützen.

Ich habe Kurt Beck so verstanden, dass das auch ausdrücklich sein eigenes Anliegen ist. Es kann nicht sein, dass Männer oder Frauen, die Jahre und Jahrzehnte gearbeitet

haben und die in die Versicherungssysteme eingezahlt haben, später im Alter mit der Sozialhilfe abgespeist werden. Das hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun. Deshalb brauchen wir flexible Brücken aus der Erwerbsarbeit in die Rente. Wenn auf der einen Seite 98 Prozent der deutschen Professoren das 65. Lebensjahr während der Erwerbstätigkeit erreichen, im Bauhauptgewerbe aber gerade mal 5 Prozent der dort Beschäftigten das 65. Lebensjahr in der Beschäftigung erreichen, dann zeigen diese wenigen Daten, wie notwendig es ist, hier flexible und branchenbezogene Übergänge zu schaffen, die eines jedenfalls verhindern, nämlich dass Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, im Alter dann in der Armut landen. Das kann nicht das Ergebnis sozialdemokratischer Politik sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will noch ein letztes Beispiel anführen: die Kinder- und Bildungsarmut, die immer wieder beklagt worden ist. Welche Partei kann das eigentlich leisten, wenn nicht die SPD? Viele PISA-Schockwellen ziehen seit Jahren übers Land und signalisieren, dass in keinem anderen Land Europas die soziale Herkunft eines Kindes über seine Bildungschancen in einem solchen Maß bestimmt, wie dies in Deutschland der Fall ist. Es kann nicht weiter hingenommen werden, dass das Kind eines Oberstudienrates eine 30-mal höhere Chance hat, Abitur und Studium zu erreichen, als das Kind eines Arbeiters. Wir vergeuden im unglaublichen Maße humane Ressourcen. Das Ganze wird sich auch ökonomisch rächen in den nächsten Jahren, wenn Verknappungsprobleme bei Arbeitskräften in manchen Branchen stärker werden.

Das deutsche Bildungssystem trägt mehr zur Perspektivlosigkeit von sehr vielen jungen Menschen bei als Globalisierung und Digitalisierung zusammengenommen. Deshalb müssen wir, die Sozialdemokraten, dafür sorgen, dass dieses Thema „Herkunft darf nicht über Bildung entscheiden“ zu einem politischen Megathema auf der Reformbühne aufgebaut wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will noch eine letzte Bemerkung machen. Oft ist davon die Rede, in den letzten Jahren hätten viele Männer und Frauen die SPD verlassen. Das ist leider so. Manche von ihnen haben dies nach reiflicher Überlegung getan. Richtig ist aber auch, dass es viele gibt, die geblieben sind. Auch viele von denen haben sich mancherlei Gedanken gemacht. Ich will hier bei dieser Gelegenheit sagen: Ich halte es für einen grundlegenden Fehler, auch dann, wenn man mit politischen Linien der SPD nicht einverstanden ist, diese Partei zu verlassen.

(Beifall)

Die SPD verlässt man nicht, man kämpft in dieser Partei, liebe Genossinnen und Genossen. Dann kann man verlieren. Man verlässt keine Partei, die mehr als 140

Jahre alt ist und in der sehr viele Männer und Frauen alles riskiert haben und manchmal alles verloren haben – manchmal auch ihr Leben. Diese Partei verlässt man nicht, man geht da nicht weg. Man kämpft in dieser Partei. Dann kann man hin und wieder auch gewinnen. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Ottmar Schreiner. – Als Nächster spricht Klaus Wowereit. Ihm folgt Kerstin Griese.

**Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Michael Naumann, ich freue mich, in der sehr schönen Stadt Hamburg zu sein. Ich wünsche dir alles Gute für den Wahlkampf. Die großen Städte können für die Sozialdemokratie insgesamt wahlentscheidend sein. Wir müssen die Städte wieder gewinnen, damit wir auf der Bundesebene auch mehrheitsfähig sind. Deshalb: Alles Gute für deinen Wahlkampf. Wir werden dich dabei unterstützen. Jens Böhrnsen und ich als die Repräsentanten der Stadtstaaten und natürlich Christian Ude und alle andere, die an deiner Seite stehen.

(Beifall)

Wir haben einen historischen Parteitag, wie der Parteivorsitzende zurecht angemerkt hat. Die SPD hat nach einer langen programmatischen Debatte ihr Grundsatzprogramm neu geschrieben. Da ist nicht alles neu. Die Kernelemente sozialdemokratischer Politik finden sich dort wieder. Ich finde auch, dass der Begriff demokratischer Sozialismus sich zu Recht in diesem Grundsatzprogramm wieder findet. Er wird nie aus der Mode geraten; er muss in dem Sinne auch nicht angepasst werden. Man muss ihn auch nicht verschweigen. Dazu haben wir uns auch bekannt, liebe Genossinnen und Genossen.

Das Thema soziale Gerechtigkeit wird durchdekliniert. Kurt Beck hat in seiner Grundsatzrede eben in allen gesellschaftlichen Bereichen den Maßstab der sozialen Gerechtigkeit als das Kriterium für sozialdemokratische Politik deutlich gemacht und es für jeden einzelnen Bereich noch einmal verstärkt. Ich möchte sagen, dass das das Kernelement ist. Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, eine Partei, die sowohl in der Programmatik wie auch in der Umsetzungsfähigkeit Politik gestalten kann. Das lassen wir uns von keiner Partei links von der Mitte nehmen. Dafür steht die SPD als linke Volkspartei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zum Thema soziale Gerechtigkeit gehört neben all den Themen, die schon angesprochen worden sind, auch ein Thema, das ganz entscheidend ist. Soziale Gerechtigkeit kann nicht immer nur für Mehrheiten gelten. Soziale Gerechtigkeit muss

selbstverständlich auch für Minderheiten gelten. Die Sozialdemokratie ist aus ihrer langen Tradition heraus die Garantin dafür, dass Minderheiten in unserer Gesellschaft ihren Platz haben und nicht ausgegrenzt werden, nur weil sie eine andere Religion haben, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben oder eine andere Lebensweise. Dafür steht die SPD, dass jeder in unserer Gesellschaft einen Platz hat in Solidarität und nicht ausgegrenzt wird.

(Beifall)

Ich finde es unerträglich, wenn im Namen des Parteienprivilegs die Neonazis, die nichts gelernt haben, die auch heute noch demokratiefeindliche und menschenverachtende Parolen verbreiten – wenn die unter dem Schutz des Parteienprivilegs Rechte in Anspruch nehmen, um unsere Demokratie auszuhebeln. Deshalb denke ich: Man kann sehr liberal sein. Aber eine freiheitliche Demokratie muss sich auch schützen können. Deshalb bin ich für ein Verbot der NPD.

(Beifall)

Ich finde es unerträglich, liebe Genossinnen und Genossen, dass hier heute demonstriert wird, dass vor den Schulen Propagandamaterial verteilt wird, dass in den Rathäusern heute in unverantwortlicher Art und Weise durch Vertreter der NPD Politik gemacht wird. Es ist doch schizophran, dass demokratische Parteien heute keine Veranstaltung mehr in Rathäusern durchführen, nur weil man Angst hat, dass man dann auch der NPD das Rathaus zur Verfügung stellen muss. Wo sind wir denn hingekommen? Wie dumm muss sich eine Demokratie anstellen, um so etwas zu gewährleisten? Ich finde, das sollten wir nicht tun.

(Beifall)

Ich verstehe die Bedenken. Ein neuer Verbotsantrag muss eine Chance haben, dass er nicht abgeschmettert wird. Das wäre ein erneuter Triumph für die NPD. Aber ich kann nicht begreifen, dass unsere Innenbehörden, unsere Verfassungsschutzorgane nicht in der Lage sein sollen, das, was offenkundig ist, nämlich die Demokratiefeindlichkeit, die Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Ordnung nachzuweisen, erfolgreich einen Verbotsantrag zu stellen. Es war deshalb richtig, dass Kurt Beck und andere deutlich gemacht haben, dass die SPD sich das nicht gefallen lässt.

(Beifall)

Wir haben auch eine Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir in unserer Gesellschaft – es ist egal, ob das in großen Städten, in kleinen Städten oder in Kommunen der Fall ist – nicht zulassen, dass es No-Go-Areas gibt für Menschen, die vielleicht anders sind. Ich möchte nicht, dass jemand Angst haben muss, weil er mit seinem gleichgeschlechtlichen Partner beispielsweise händchenhaltend irgendwo in der

Republik unterwegs ist, dass er zusammengeschlagen wird. Ich möchte nicht, dass ein Mensch, der eine dunkle Hautfarbe hat, sich in bestimmte Gebiete nicht hineintraut, nur weil er Angst hat, zusammengeschlagen zu werden, oder Angst um Leib und Leben haben muss.

(Beifall)

Wir müssen dafür einstehen, dass das nicht geschieht. Der Aufstand der Anständigen, Gesicht zeigen: das sind Aktionen, die wir unterstützen müssen. Dafür steht die Sozialdemokratie in ihrer langen Tradition der sozialen Gerechtigkeit und des gemeinsamen Miteinanders. Ich denke, dass wir diese Aufgaben gemeinsam zu erfüllen haben. Das Grundsatzprogramm gibt dazu Auskunft. Die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und -träger sind sich ihrer Verantwortung bewusst und tun etwas. Wir brauchen diesen gesamtgesellschaftlichen Konsens, den wir mit den Gewerkschaften, den Kirchen und anderen großen Organisationen wie dem Sport haben. Dieses müssen wir nach vorne bringen.

Ich glaube, das gehört genauso zur sozialen Gerechtigkeit wie andere Themen, nämlich Mindestlohn und andere harte Bereiche, die wichtig sind, damit alle Menschen in dieser Gesellschaft glücklich werden können.

Ich denke, wir haben die Chance, diesen Parteitag zu nutzen, um deutlich zu machen, wer in der Lage ist, soziale Gerechtigkeit in konkretes Handeln umzusetzen. Deshalb glaube ich, dass dieser Parteitag nicht nur eine Stärkung für Kurt Beck darstellt – das wird sich gleich in eindrucksvoller Art und Weise zeigen –, sondern für die gesamte Partei einen Aufbruch und eine Rückenstärkung für unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer darstellt, die hier gerade alle präsentiert worden sind. Denn wir brauchen einen Erfolg in den Kommunen, wir brauchen den Erfolg in den Ländern, um 2009 im Bundestag wieder erfolgreich zu sein. Dafür steht die Sozialdemokratie und dafür kämpfen wir. Deshalb wird es ein erfolgreicher Parteitag werden. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt in der Aussprache noch drei Rednerinnen und Redner. Ich bitte diejenigen, die sich außerhalb des Saales befinden, sich in den Saal zu begeben, weil nach der Aussprache Michael Sommer sein Grußwort an uns hält. Wir sollten die Verbundenheit auch durch Anwesenheit unterstreichen.

Als Nächste hat Kerstin Griese, Nordrhein-Westfalen, das Wort. Ihr folgt Björn Böhning.

**Kerstin Griese, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir können stolz sein auf das, was wir unter Rot-Grün erreicht haben, was wir in diesem



gesamten Reformpaket erreicht haben. Das ist mehr als die Agenda 2010. Ich glaube, wir sollten öfter selbstbewusster und stolzer sagen: Es ist gut, dass wir das Land in diesen Jahren erneuert haben, und es ist gut, dass auch jetzt Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz prägend in dieser Bundesregierung vertreten sind.

Wir haben positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftsentwicklung. Wir haben den Ausbau der Ganztagschulen und den Ausbau der Kinderbetreuung. All das ist sozialdemokratische Handschrift.

Ich wünsche mir, dass von diesem Parteitag ausgeht, dass wir weniger über das Technische und die Instrumente reden, sondern mehr über die Ziele, über die Begründungen und über das eigentliche sozialdemokratische Versprechen auf Bildung und Teilhabe. Ich denke, mit unserem Grundsatzprogramm können wir darauf gute Antworten geben.

Liebe Genossinnen und Genossen, Kurt Beck hat das Thema erwähnt: alles das, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine familienfreundlichere Republik, für mehr und bessere Kinderbetreuung, für den Ausbau der Geschlechtergerechtigkeit, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan haben – das ist ursocialdemokratisch, was wir dort in der Bundesregierung umsetzen. Peer Steinbrück hat mal die dafür zuständige Ministerin die „beste Produktpiratin“ genannt, die es zurzeit in Deutschland gibt. Das sind alles sozialdemokratische Inhalte, Genossinnen und Genossen! Deshalb meine ich, wir sollten das stolz und selbstbewusst vertreten. Wir sollten sagen: Es geht nicht nur darum, ein paar Kinder von der Schattenseite zu holen, sondern es geht darum, Strukturen zu verändern, damit wir bessere Chancen haben, damit Kinder von Anfang an gleiche Bildungschancen haben, damit wir bessere Chancen auf Bildung, auf Ganztagsangebote, auf gute Betreuung und auf gute Bildungschancen haben.

Wir sollten sehen, dass es bei unserem Koalitionspartner, in der Union, überhaupt keine Frauen- und Gleichstellungspolitik mehr gibt. Dass wir in Deutschland immer noch 20 % Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen haben, scheint dort nicht mehr aufgefallen zu sein. Auch das ist unser sozialdemokratischer Inhalt, dass wir dort mehr tun wollen und müssen. Deshalb sage ich: Wir sind das Original. Unsere Inhalte sind es, die das Land prägen müssen und prägen sollen.

(Beifall)

Mir geht es darum, dass wir auch ein Signal aussenden, dass wir Politik für die heute Jüngeren und für die kommende Generation machen. Wir werden heute viel beschließen, was wir auch im Bereich des Arbeitslosengeldes I ändern, was für die ältere Generation mehr Sicherheit bietet. Aber wir müssen gleichzeitig – darauf möchte ich nicht verzichten – deutlich machen: Uns geht es um Chancen für die Jün-

geren und Chancen auf Teilhabe, auf Bildung, um Chancen in dieser Gesellschaft. Deshalb sage ich auch hier: Das sozialdemokratische Original ist das Vorbild. Lieber gleich das Original wählen und nicht das, was andere sich ans Revers heften.

(Beifall)

Wir müssen deutlich machen, dass wir diese Reform, die wir nach den bleiernen Jahren der Ära Kohl begonnen haben, als sich nichts bewegt hat, als alles nur ausgesessen wurde, fortführen müssen und dass auch von diesem Parteitag ausgeht, dass wir sie mit neuer Dynamik fortführen, mit einer starken Spitze der Partei, mit einem starken sozialdemokratischen Teil der Bundesregierung, damit wir auch tatsächlich in Kommunen und Ländern ansetzen können. Denn gerade bei dem wichtigen Thema der Kinderarmut können wir vieles auf der kommunalen Ebene und auf der Landesebene tun, wenn es zum Beispiel um die Zuschüsse für Schulfahrten, um das kostenfreie Mittagessen, um die Lernmittelfreiheit, um die Finanzierung der Fahrten zur Schule geht. An allen diesen Dingen müssen wir – Kommune, Land und Bund, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – gemeinsam arbeiten, damit wir dieses wichtige Thema in den Griff kriegen, damit wir in Deutschland weniger Kinderarmut haben und mehr Kinder eine Chance haben. Das ist original sozialdemokratische Politik.

Ich wünsche uns, dass wir auch diese Signale von diesem Parteitag aussenden, dass es auch um die heute Jüngeren, um die zukünftigen Generationen geht mit einem guten Programm und einer guten Parteispitze. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Nächster Redner ist Björn Böhning, Berlin. Ihm folgt als letzter Redner in der Debatte Martin Rosemann.

**Björn Böhning, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Kurt, du hast die wohlgeschätzte Jugendorganisation auf der anderen Seite des politischen Spektrums angesprochen. Ich finde, man kann die Vernebelung der Union ziemlich genau an dem erkennen, was in ihrer Jugendorganisation diskutiert wird. Das, was bei den Älteren noch verkleistert wird, kommt bei den Jungen ganz offen zutage, nämlich die Marktradikalität bei der Union, die Ausgrenzungsideologie auch in der Jungen Union. Wer erst Hüftgelenke für Ältere abschaffen und dann die Rente mit 67 einführen will, um die Rentenversicherung faktisch abzuschaffen, der kann das leicht sagen, wenn er einen Versorgungsjob bei der Deutschen Bank mit Schlips und Kragen hat, aber nicht wirklich dem Menschen ein Leben in Würde ermöglichen will. Aber dafür müssen wir als Sozialdemokraten kämpfen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zweitens – auch das ist angesprochen worden – geht es natürlich darum: Wie gelingt es uns, zwischen Freiheit und Sicherheit – was immer ein Vabanque-Spiel ist – einen guten Weg zu organisieren? – Im Frühjahr gab es die Proteste von Heiligendamm rund um den G-8-Gipfel, wo der Bundesinnenminister versucht hat, mit dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren die faktische Aufweichung dieser Position zu beschließen. Liebe Genossinnen und Genossen, auch das ist eine unserer Herausforderungen. Wir wollen Sicherheit in Deutschland. Wir wollen aber auch Freiheitsrechte in Deutschland gewähren und sichern. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, wenden wir uns gegen Bundeswehreinmächtigkeiten im Inneren. Das muss auch auf diesem Parteitag klar sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Ein drittes inhaltliches Thema, das gerade für junge Menschen ein ganz zentrales ist, ist die Frage der Ausbildungsplätze. Lieber Franz, es ist viel erreicht worden, auch mit den Maßnahmen, die über die Bundesagentur in Gang gesetzt werden, und mit den Dingen, die jetzt auch in dem Leitantrag „Gute Arbeit“ diskutiert werden. Aber wir wissen ganz genau, dass wir mehrere zehntausend junge Menschen, eine Bugwelle von jungen Menschen haben, die sich in Maßnahmen befinden, in denen sie keine reguläre Ausbildung als Perspektive erhalten. Wir wissen genau, dass wir eine Bugwelle von jungen Menschen haben, die seit Jahren darauf warten, endlich eine betriebliche Ausbildung zu bekommen, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn nur noch 23 % der Unternehmen in Deutschland ausbilden, dann kann das duale System so nicht mehr funktionieren. Deswegen müssen wir an die Solidarität der Unternehmen appellieren – notfalls auch gesetzlich –, betriebliche Ausbildung in Deutschland zu organisieren. Das sind wir den jungen Menschen schuldig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich will auch etwas zur SPD sagen, wie ich sie mir wünsche und wie viele junge Genossinnen und Genossen sie sich wünschen. Ich glaube auch – Thema G-8-Proteste rund um Heiligendamm –, dass wir nicht die Fehler der 80er-Jahre wiederholen dürfen. Es waren junge Menschen, die in Heiligendamm für eine gerechte Globalisierung, für internationale Solidarität, für Frieden, für eine Regulation der Finanzmärkte eingetreten sind. Es sind diese jungen Menschen, die von der SPD erwarten, dass wir ihnen ein offenes Angebot machen, dass wir sie mit offenen Armen empfangen wollen und dass Globalisierungskritik in der SPD ein Zuhause hat, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das müssen wir in der Grundsatzprogrammdebatte deutlich machen.

(Beifall)

Wenn wir diese Generation nicht wieder an eine andere Partei verlieren wollen, müssen wir offen sein. Die Globalisierungskritik hat bei uns ein Zuhause, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ferner wünsche ich mir eine SPD, die von der Wiege bis zur Bahre ein würdevolles Leben organisiert: über gesetzliche Mindestlöhne, über eine aktive Kinderbetreuungs- und Krippenbetreuungsinfrastruktur, über ein Altern in Würde und dann auch ein Sterben in Würde. Auch das gehört zu einer sozial gerechten Politik, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir den ganzen Lebenslauf und nicht nur einen bestimmten Teil im Blick haben, sondern die Jungen und die Alten gemeinsam, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich wünsche mir auch eine SPD, die mit der Zeit geht. Ich muss euch ehrlich sagen, dass ich die Debatten der vergangenen Jahre leid bin.

Ich glaube, wir müssen in gewisser Weise auch unseren Diskussionsstand rund um die Agenda 2010 überwinden, damit wir nach vorne diskutieren können. Wir brauchen neue Antworten darauf, wie es uns gelingt, die Ökonomie, die Wertschöpfung so zu organisieren, dass wir den Überschuss an sozialer Gerechtigkeit auch finanzieren können.

Wir müssen auch darüber diskutieren, wie gute Arbeit und Ausbildung in Deutschland möglich ist. Deswegen lasst uns nicht zurückgucken. Lasst uns nach vorne gucken, wie es uns gelingt, programmatisch gemeinsam nach vorne zu kommen, statt die alten Debatten immer wieder hervorzuholen. Ich finde das, ehrlich gesagt, nur noch langweilig.

Drittens: Ich will, dass die SPD die Partei der internationalen Solidarität ist, die Partei der internationalen Solidarität, die das nicht nur auf Plakate schreibt, sondern die das ganz konkret macht. Wenn jetzt Genossinnen und Genossen in Birma dafür kämpfen, dass Dinge, die in Deutschland selbstverständlich sind – Demokratie, Menschenrechte, Freiheit –, in Birma endlich Wirklichkeit werden, Genossinnen und Genossen, dann ist es auch unsere Pflicht, auf dem Parteitag und darüber hinaus diesen Genossinnen und Genossen in Birma unsere Unterstützung und unsere Solidarität zuzusagen.

(Beifall)

Auch das gehört zur Partei der internationalen Solidarität, wie ich sie mir wünsche. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Es folgt jetzt der letzte Redner in der Debatte. Die Zeit kann noch genutzt werden, um den Saal zu füllen. Ich bitte diejenigen, die sich draußen auf den Gängen befinden, sich ins Plenum zu bewegen. Das Wort hat Martin Rosemann, Baden-Württemberg.

**Martin Rosemann, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, Kurt Beck hat gesagt, wir sollen in der Sache streiten und dann entscheiden. Er hat auch gesagt, wir sind eine offene Partei, die offen diskutiert. Dieses Angebot nehme ich gerne an. Deshalb gestattet mir zum Schluss dieser Aussprache vier Bemerkungen zur Art und Weise, aber auch zum Inhalt der Diskussion über die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I.

Ich sage ausdrücklich dazu: Dies ist mein persönlicher Redebeitrag. Ich spreche nicht für die baden-württembergische Delegation; die Meinungen gehen auseinander.

Vier Bemerkungen. Erstens: Ich dachte, dass wir nach der Diskussion um die Agenda 2010 in einem Einig waren, nämlich dass wir nie wieder unsere politischen Positionen deutlich verändern, ohne dass dies vorher ausführlich in der Partei diskutiert wurde.

(Beifall)

Deshalb meine ich, dass wir nun im Rahmen eines Initiativantrags eine Kehrtwende bei der Bezugsdauer der Arbeitslosengeldes I beschließen sollen, entspricht sicherlich nicht der Vorgehensweise, die wir damit gemeint haben.

Zweitens: Es sollte unbestritten sein, dass die Wirkungen der Arbeitsmarktreformen überprüft werden. Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, was gut funktioniert, wo es Probleme gibt, was wir weiterentwickeln müssen und wo wir Korrekturen vornehmen müssen. Das gehört auch zu selbstbewusster Politik. Ottmar Schreiner hat vorhin die 20 Prozent im Keller unserer Gesellschaft angesprochen. Ich meine deshalb, dass die dringendste Korrektur, die wir an der Agenda 2010 vornehmen müssen, die ist, dass wir die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und bei der Sozialhilfe nach oben korrigieren, vor allem für Kinder, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Drittens: Ich halte es für falsch, strukturelle Reformen gerade dann zurückzudrehen, wenn sie zu wirken beginnen. Wir haben den Paradigmenwechsel doch erst begonnen. Wir haben das Umdenken in dieser Gesellschaft den Mentalitätswechsel in den Betrieben doch gerade erst eingeleitet. Wir müssen uns auch fragen: Helfen wir den älteren Arbeitslosen wirklich, wenn wir die Bezugsdauer um sechs Monate verlängern und damit aber die Chancen, dass sie dann wieder in Beschäftigung auf den ersten Arbeitsmarkt kommen, deutlich verringern? Das müssen wir uns fragen. Wir sollten uns fragen, ob wir da die richtigen Antworten geben, ob wir nicht lieber in Qualifizierung und in Beschäftigung investieren sollten als in Sozialleistungen.

(Beifall)

Niemand – auf welcher Seite er in dieser Diskussion auch immer stehen mag – will sicherlich den Rückfall in die alte Frühverrentungsideologie. Aber wir sollten uns schon fragen, welches Signal wir eigentlich setzen, wenn wir mit dem hier zur Entscheidung stehenden Beschlussantrag Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereits ab 45 Jahren wieder zum alten Eisen zählen.

Viertens zu den personellen Dingen, die ja da auch immer eine Rolle spielen: Ein bisschen wundere ich mich ja schon, wenn ich lese, dass Ottmar Schreiner, bei dem ich heute vieles unterschreiben kann – vor allem das, was er zum Schluss gesagt hat –, nun fordert, man solle sich an das halten, was auf dem Parteitag beschlossen wurde. Auch hier kann ich wiederum nur Kurt Beck zitieren: Auch Einsicht ist eine Tugend. – Bei allem Respekt vor Franz Müntefering, ich bin kein Franziskaner, sondern ich bin Arbeitsmarktökonom. Deshalb geht es mir um die Sache und nicht um Personen. Ich kann einen Parteivorsitzenden auch dann unterstützen, wenn ich in einer – zugegebenermaßen für mich wichtigen – Frage nicht seiner Meinung bin, nicht hinter ihm stehe. Deshalb: Kurt, du hast trotzdem meine Unterstützung. – Danke schön.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, damit ist die Aussprache geschlossen. Ich danke allen Rednerinnen und Rednern für ihre Beiträge.

Ich darf nun ganz herzlich streitbare Weggefährten begrüßen. Ich begrüße neben dem, der gleich reden wird, diejenigen, die mit ihm gekommen sind, Frank Bsirske von ver.di, Rolf Büttner von ver.di, Präsident von Unipostal Europa, Konrad Freiberg von der GdP, Dietmar Hexel vom DGB-Bundesvorstand, Ulrich Thöne vom GEW-Hauptvorstand und Michael Vassiliadis von der IG BCE, von der IG Bau Klaus Wiesehügel. Ich begrüße auch Dirk Marx als Konzernbetriebsrat der Deutschen Post AG und – auch für die Deutsche Post AG – Monika Wulf-Mathies. Norbert Hansen ist inzwischen auch anwesend. Ganz herzlich willkommen Euch allen zusammen!

(Beifall)

Für alle zusammen spricht jetzt Michael Sommer. Lieber Michael, wir freuen uns darauf, mit dir immer mal wieder zu streiten. Aber noch mehr freuen wir uns, wenn wir gemeinsam Schulter an Schulter für die Sache der Menschen und für eine menschliche Gesellschaft streiten können. Du hast das Wort.

## Grüßwort des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer

**Michael Sommer, DGB-Vorsitzender:** Liebe Delegierte, ich bin jetzt wahrscheinlich die Trennkost zwischen Aussprache und Wahlen. Das ist aber auch nicht weiter schlimm.

Ich überbringe euch die herzlichen Grüße der deutschen Gewerkschaften und ihres Bundes für einen historischen Parteitag. Ja, wenn mancher Rauch der Tagesaktualität sich verzogen haben wird, wir eines übrig bleiben: Das Hamburger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. – Ich glaube, dass dieser Parteitag sich dessen bewusst sein sollte, welche Bedeutung das hat – über lange Zeit hinaus, über 10, 15, möglicherweise 20 Jahre.

Liebe Delegierte, meine Damen und Herren! Als Genosse für die Gewerkschaften ein Grüßwort auf dem Parteitag zu sprechen, bedeutet natürlich, mich ein ganzes Stück zurückzuhalten. Natürlich würde es mich als SPD-Mitglied reizen, mich in die aktuellen Debatten auf diesem Parteitag einzumischen. Aber genau das werde ich nicht tun, denn die deutschen Gewerkschaften sind Einheitsgewerkschaften. Als solche sind und bleiben wir parteiunabhängig und nur den Interessen unserer Mitglieder, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verpflichtet. Wir mischen uns prinzipiell – ich sagte das bewusst – nicht in innerparteiliche Debatten ein. Das gilt zuletzt immer für den DGB-Vorsitzenden, denn es ist seine Aufgabe, die Gewerkschaften zu repräsentieren und sich nicht in innerparteiliche Debatten einzumischen. Nichtsdestotrotz verkennen wir weder unsere gemeinsamen Wurzeln noch die Notwendigkeit für beide Seiten, für SPD und Gewerkschaften, so gut wie möglich zusammenzuarbeiten, im Interesse unseres Landes, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall)

Dass wir man eng und mal weniger eng zusammen sind, dass mal Vertrauen schwindet und mal Vertrauen wächst, ist normal; das ist wie im richtigen Leben.

Dass sich sowohl die Gewerkschaften als auch die SPD darum bemühen müssen, so gut wie möglich zusammenzuarbeiten, versteht sich dabei von selbst. Dass unser Verhältnis in den vergangenen Jahren wieder wesentlich besser geworden ist, als dies direkt nach dem 14. März 2003 möglich war, freut mich persönlich. Ich bedanke mich ausdrücklich bei vielen Genossinnen und Genossen in der Partei und vielen Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften, die nichts unversucht haben lassen, zerbrochenes Porzellan zu kitten und neue Brücken zu bauen. Ich glaube, das hat sich gelohnt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen wird sehr gern das Wort von Willy Brandt bemüht, dass jede Zeit neue Antworten braucht. Eine solche neue Antwort ist ohne Frage der existenzsichernde gesetzliche Mindestlohn. Ich freue mich darüber, dass wir gemeinsam für dieses Projekt streiten, um die Lage der Millionen Menschen, die Tag für Tag treu und brav ihrer Arbeit nachgehen und trotzdem nicht davon leben können, nachhaltig zu verbessern.

(Beifall)

Ich füge allerdings an: Das darf kein bloßer Wahlkampfhit bleiben. Sicher, ich weiß, mit dem Koalitionspartner CDU/CSU ist ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro in der Stunde derzeit politisch nicht durchzusetzen. Dennoch sage ich Euch: Wir können und wir wollen mit der Durchsetzung dieser Forderung nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten. Ich jedenfalls will in meinem Arbeitsleben noch erleben, dass der einheitliche, existenzsichernde Mindestlohn als absolute Lohnuntergrenze im Gesetzblatt steht; da nämlich gehört er hin.

(Beifall)

Ich wiederhole: Ich will es in meinem Arbeitsleben noch erleben. Und ich habe nicht die Absicht, bis 67 zu arbeiten. Dieses Wollen teile ich übrigens mit der übergroßen Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land.

Ich gestatte mir eine zweite Anmerkung: Die 7,50 Euro sind eine politische Zahl, die wir im Jahre 2006 auf dem DGB-Bundeskongress beschlossen haben. Aber auch diese Zahl gilt nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Gerade für Menschen mit Niedriglöhnen ist jede Preiserhöhung schmerzhaft, vor allem die bei Brot, Milch, Fleisch, Strom und Heizung, die wir gerade erleben. Deswegen sage ich: Wir müssen endlich weiterkommen. 7,50 Euro sind die untere Grenze und nicht das Maximum dessen, was wir brauchen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Natürlich gibt es auf dem Weg hin zu einem einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn Zwischenschritte, die gut und richtig sind. Das kann – ich betone: das kann – ein novelliertes Gesetz über Mindestarbeitsbedingungen sein; allerdings nur dann, wenn es den Arbeitgebern nicht die Möglichkeit eröffnet, jede vernünftige Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen in schlecht organisierten Branchen zu torpedieren. Dazu gehört aber auch die Ausweitung des Entsendegesetzes auf möglichst alle Branchen und damit die Möglichkeit, tarifliche Mindestlöhne in einem vereinfachten Verfahren für allgemeinverbindlich zu erklären. Dass auch das kein einfacher Weg ist, haben wir bei der Ausweitung des Entsendegesetzes auf die Gebäudereinigerbranche erlebt und erleben wir aktuell bei der knochenhart geführten Auseinandersetzung im Postsektor. Da lässt ein zum Arbeitgeberfunktionär mutierter ehemaliger BA-Vor-



standsvorsitzender von leitenden Angestellten eine Scheingewerkschaft gründen, die mit der Forderung demonstriert, 9 Euro seien zu viel. Man könnte brüllen vor Lachen, wenn es nicht so traurig wäre.

(Beifall)

Dass der Springer-Konzern selbst vor beleidigenden Anzeigenkampagnen nicht zurückschreckt, um seine Interessen an Dumpinglöhnen im Briefsektor durchzusetzen, sollten wir auch nicht vergessen. Ich will daran erinnern, dass solche Arbeitgeber selbstverständlich davon ausgehen, dass der Staat ihre Dumpinglöhne aufstockt, so wie er es heute bereits für 650.000 Menschen mit ergänzendem Hartz IV tun muss. 650.000 Menschen in diesem Land bekommen ergänzend Hartz IV. Das sind alles Menschen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen – und davon trotzdem nicht leben können, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal, das darf so nicht weitergehen.

(Beifall)

Dass die andere große Volkspartei, nämlich die CDU, einer solchen Politik nicht nur das Wort redet, sondern jetzt bei den Briefdienstleistungen dazu auch noch die Hand reicht, halte ich für schlicht und ergreifend skandalös. Das hat weder etwas mit sozialer Marktwirtschaft zu tun noch mit einem christlichen Menschenbild. Mein Menschenbild ist es jedenfalls nicht, dass jemand arbeitet und trotzdem auf staatliche Fürsorge angewiesen ist. Ich hoffe, es ist auch nicht das Menschenbild der SPD.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, an manchen Punkten sieht man sehr wohl, dass Alltägliches sehr viel mit Grundsätzlichem zu tun hat. Denn für welches Menschen- und Gesellschaftsbild eine Partei steht, das kann den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein und ist es auch nicht. Die SPD hatte uns und mir persönlich die Gelegenheit gegeben, am Grundsatzprogramm mitzuarbeiten. Wir haben diese Gelegenheit genutzt. Wir haben übrigens auch der Union schriftlich unsere Anmerkung hin zu ihrem Entwurf eines Grundsatzprogramms unterbreitet. Bis dato muss ich feststellen, dass die CDU, anders als die SPD, offensichtlich auf unsere Anregungen keinen Wert legt. Offenbar ist es schon schwierig, sich auf der einen Seite zur Arbeiterpartei hochzustilisieren und auf der anderen Seite den Kündigungsschutz abschaffen und mit betrieblichen Bündnissen die Tarifautonomie aushebeln zu wollen. Das kriegen sie wohl nicht ganz auf die Reihe.

(Beifall)

Ich füge hinzu – mit Blick auf die aktuelle Auseinandersetzung bei der Bahn –: Manch konservativer Politiker und manch konservativer Publizist ist nicht mehr weit davon

entfernt, das Ende der Tarifeinheit in Betrieben und Unternehmen herbeizureden. Sie wollen die Tarifeinheit in den Unternehmen beenden. Da wird dann vordergründig Verständnis geheuchelt für streikende Lokführer, aber letztendlich sollen die Belegschaften gespalten werden. Ich warne eindringlich: Wer die Axt anlegt an die Tarifeinheit im Unternehmen, der legt die Axt an den sozialen Frieden.

(Beifall)

Da haben einige Leute Böses im Sinn. Erst wollen sie in unseren Betrieben englische Verhältnisse schaffen, um dann mit britischen Lösungen à la Thatcher die Gewerkschaften zu schwächen. Das ist ihr Ziel. Sie wollen die betriebliche Interessenvertretung kaputtmachen, nach der Politik „Spalte und herrsche!“ Genau das wollen wir nicht.

Deswegen verteidigen wir die Tarifeinheit im Unternehmen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Langer Rede kurzer Sinn: Bei einer Parteiunabhängigkeit registrieren wir sehr wohl, wer tatsächlich auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der sozial Schwachen steht und wer etwas für sie tun will und wer nicht. Ich begrüße es ausdrücklich, dass sich dieser Parteitag viel Zeit nehmen will, um das Thema „Gute Arbeit“ zu diskutieren. Wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass der SPD-Parteivorstand einen Leitantrag eingebracht hat, der in neun Punkten neue Reformen für ein soziales Deutschland anstoßen will. Dass dazu auch eine Verhinderung des Missbrauchs der Leiharbeit in Betrieben und Verwaltungen gehört, will ich ausdrücklich unterstreichen. Wir haben uns doch zu rot-grünen Zeiten nicht gemeinsam auf den Weg gemacht, die Zeitarbeit aus der Schmutzdecke herauszuholen, um nun zu erleben, wie systematisch versucht wird, die Belegschaften in Rand- und Kernbelegschaften zu teilen und vielfach 20, 30 oder 40 Prozent der Belegschaften durch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zu ersetzen. Das war nicht unser Ziel.

(Beifall)

Diese Politik der Unternehmen und mancher Helfershelfer, die dann gerne so tun, als ob sie eine Gewerkschaft wären, zielt eindeutig auf die Untertunnelung der Tarife und auf die Schwächung der betrieblichen Interessenvertretung und bedeutet übrigens für die betroffenen Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter, dass man sie heuern und feuern können will, gerade wie es dem Entleihbetrieb so gefällt, je nach Konjunktur- und Auftragslage.

In dieser Situation hilft nach unserer Auffassung nur eines: Wir müssen den Grundsatz durchsetzen, dass gleiche Arbeits- und Lohnbedingungen in den Betrieben glei-

chermaßen für Stammbeschäftigte und für Zeitarbeiter gelten. Dort, wo es notwendige Einarbeitungszeiten gibt, werden die Tarifvertragsparteien dies natürlich berücksichtigen. Dort allerdings, wo Zeitarbeiter vom ersten Tag an wie Stammbeschäftigte eingesetzt werden, müssen sie auch vom ersten Tag an so bezahlt werden wie diese Stammbeschäftigten. Das ist nur recht und billig.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich jedenfalls freue mich auf die morgige Debatte zum Thema „Gute Arbeit“. Auch im Entwurf für euer neues Grundsatzprogramm hat dieses Thema einen prominenten Stellenwert erhalten. Das Hamburger Programm, das ihr am Sonntag beraten werdet, unterstreicht nicht nur die gemeinsamen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, sondern gibt diesen gemeinsamen Wurzeln auch neue Kraft für die Zukunft und stärkt gemeinsame Überzeugungen. Ich sage noch einmal: Dieses neue Programm gibt neue Kraft für die Zukunft und stärkt gemeinsame Überzeugungen und gemeinsame Wurzeln. Auch das ist ab und zu mal notwendig.

(vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, euer Bekenntnis zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zu Tarifautonomie, Streikrecht, Mitbestimmung, Arbeitnehmerschutzrechten, guten sozialen Sicherungssystemen zu einem modernen Sozialstaat, der Schutz bietet, der Chancen eröffnet, zu einem Sozialstaat, der sorgt und der vorsorgt, und nicht zuletzt euer Bekenntnis zu starken, unabhängigen Gewerkschaften ist wirklich zukunftsweisend.

Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, ich wünsche euch, ich wünsche diesem Parteitag kluge Beschlüsse und weitsichtige Entscheidungen und bedanke mich für eure Aufmerksamkeit.

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Ganz herzlichen Dank, Michael Sommer.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt: Rechenschaftsberichte.

Die Berichte liegen zum Teil schriftlich vor und werden zum Teil in der folgenden Aussprache aufgerufen.

Ich darf als Erstes den Bericht des Generalsekretärs aufrufen. Das Wort hat Hubertus Heil.

(Beifall)

## Bericht des Generalsekretärs Hubertus Heil



© Marc Steffen Unger – www.ms-unger.de

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich will euch anfangs von einer Begegnung berichten, die ich zwei Tage nach meiner Wahl auf dem Karlsruher Parteitag hatte. Ich bin zwei Tage nach diesem Parteitag im November 2005 ins Willy-Brandt-Haus gekommen und dachte mir: Wer diese Partei organisieren will, der muss sehr früh aufstehen. Deshalb bin ich ganz früh im Büro erschienen. Dort begrüßte mich die Kollegin Wiebke Westphal, die das Sekretariat leitet, mit dem Satz: „Hubertus, gut, dass du endlich kommst.“ Aber sie meinte nicht, dass ich dort schon seit Jahren hätte sitzen müssen, sondern sie meinte, es sei gut, dass ich jetzt um diese Uhrzeit komme, da Egon Bahr bereits seit einer Stunde in meinem Büro auf mich warte.

Egon ist jemand, der mir in diesem Gespräch, in dem ersten, das wir miteinander hatten, etwas mit auf den Weg gegeben hat, was ich am Anfang noch nicht vollständig begriffen habe, was sich mir aber schnell erschlossen hat. Egon Bahr sagte mir: „Hubertus, du musst die Logik der Partei vertreten.“ Ich dachte: Das ist doch klar; die Logik der Partei muss man vertreten. – Aber ich habe lernen können und müssen, dass hier durchaus verschiedene Sichtweisen bestehen. Es gibt diejenigen, die für uns

und mit uns in der Regierung arbeiten und die vor allen Dingen sagen: „Wir wollen gut regieren und damit in der Praxis auch Menschen überzeugen.“ Es gibt diejenigen, die sagen: „Regieren ist wichtig, aber vorher müssen wir Vertrauen zurückgewinnen und müssen auch wieder Wahlen gewinnen können.“ Und es gibt die Mehrheit in dieser Partei, die Parteibasis, die sagt: „Gut regieren ist wichtig, Wahlen gewinnen auch, aber wir wollen vor allen Dingen unsere sozialdemokratische Überzeugung in dieser Sache erkennen.“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Wahrheit ist: Wenn wir erfolgreich sein wollen, gilt es, diese drei Dinge zu verbinden: Gutes Regieren, Wahlen gewinnen und vor allen Dingen deutlich machen, was unsere sozialdemokratische Überzeugung ist. Diese Dinge zu verbinden, ist uns gelungen und muss uns weiterhin gelingen.

Ich weiß nicht, wie es bei Euch zu Hause war, aber in meiner niedersächsischen Heimatstadt Peine, zwischen Braunschweig und Hannover gelegen, war es nach der Bundestagswahl so, dass viele mir gesagt haben: „Na ja, so richtig gewünscht haben wir uns das mit der Großen Koalition nicht. Wir hätten lieber mit Gerhard Schröder und ohne Angela Merkel und vor allen Dingen“ – das war vielen wichtig – „ohne Edmund Stoiber weitergemacht.“ Auch wenn sich Letzteres zu erfüllen scheint – ich meine, ohne Edmund Stoiber –, Tatsache ist: Diese Große Koalition ist keine Liebeshe, sondern es ist eine Lebensabschnittsgemeinschaft bis zum Jahr 2009.

(Beifall)

Klar ist aber, dass viele Menschen zu uns kamen und gesagt haben: „Wenn das jetzt schon so ist mit der Großen Koalition, wenn es also keine vernünftige Alternative zu einer Zusammenarbeit der großen Volksparteien von SPD und CDU/CSU gibt, dann müsst ihr auch etwas hinbekommen; denn schließlich habt ihr eine große Mehrheit.“

Klar ist aber auch, dass Hunderttausenden SPD-Mitgliedern in Deutschland und die Millionen von Menschen, die bei der letzten Bundestagswahl SPD gewählt haben, zu Recht von uns erwarten, dass die sozialdemokratische Handschrift in dieser Koalition erkennbar ist. Nun kann man das nicht immer zu 100 Prozent durchsetzen; das ist das Wesen einer Großen Koalition. Aber ich möchte zumindest drei Themen ansprechen, bei denen ich der festen Überzeugung bin, dass daran sozialdemokratische Handschrift pur erkennbar ist.

Lieber Michael Sommer, ich fange mit den Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland an. Wir können uns noch ganz gut daran erinnern, wie es im Bundestagswahlkampf 2005 war. Da wollten die Konservativen beispielsweise die Mitbestimmung in Deutschland zertrümmern. Bei mir zu Hause ist es dabei immer so gewesen: Wenn Unternehmen in schwierige Situationen gekommen sind,

dann waren es die Betriebsräte, die Verantwortung übernommen haben, die sich auch vor Belegschaften gestellt haben, auch in schwierigen Situationen. Oder lasst es mich anders formulieren: Ich kenne kein Unternehmen in Deutschland, das an einem sturen Betriebsrat gescheitert ist. Ich kenne aber leider Gottes einige Unternehmen, die an unfähigem Management gescheitert sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Sicherung der Mitbestimmung und – ich füge hinzu – der Tarifautonomie waren uns wichtig. Wir haben uns durchgesetzt, aber nicht, lieber Michael, damit wir immer einer Meinung sind, sondern aus sozialdemokratischer Überzeugung. Wir wissen gemeinsam, dass die meisten Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Gesetzbuch stehen, sie müssen in Tarifeinverständnissen erstritten werden. Jeder, der den Gewerkschaften in Deutschland das Kreuz brechen will, wird zurecht am sozialdemokratischen Widerstand scheitern, und die Konservativen sind gescheitert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte ein zweites Thema ansprechen, bei dem wir uns durchgesetzt haben, nämlich den Bereich der Energiepolitik, dem wichtigen Zukunftsfeld in unserem Land und auf dieser Welt insgesamt. Ich finde, dass man ein so wichtiges Thema wie Energie, Umwelt und Klimaschutz nicht jemandem wie Michael Glos überlassen darf, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür ist das viel zu wichtig.

(Beifall)

Für uns ist klar: Es bleibt beim geordneten Ausstieg aus der Atomkraft. Wir wollen kein Zurück dieser rückwärtsgewandten Technologie. Was wir in Deutschland am Dringendsten brauchen, nämlich Investitionen in moderne Kraftwerkstechnik, in Energieeffizienz und in erneuerbare Energien, unterbliebe, wenn diese alten Atommeiler länger laufen würden. Das wäre zwar die Lizenz zum Gelddrucken für die großen Energieversorgungskonzerne, aber wir würden im Bereich der Energiepolitik und des Klimaschutzes nicht zukunftsfähig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte ein drittes Thema ansprechen, den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Welt ist nicht sicher. Deshalb ist es gut, dass wir Sozialdemokraten die Verantwortung in dem Bereich tragen und dass wir die Linie, die Gerhard Schröder begründet hat, fortsetzen können.

Wir standen vor schwierigen Diskussionen – auch in unserer Partei –, als es beispielsweise darum ging, ob wir die Bundeswehr nach Mazedonien schicken, um den Bür-

gerkrieg, der dort drohte, zu verhindern. Heute wissen wir, dass das richtig war. Wir haben also lernen müssen: Manchmal sind militärischer Schutz und militärisches Eingreifen notwendig. Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen aber auch: Die Konflikte auf dieser Welt werden niemals allein militärisch zu lösen sein. Wir wollen politische Lösungen. Deshalb war es richtig, „Nein“ zum Irakkrieg zu sagen, wie Gerhard Schröder das getan hat.

(Beifall)

Warum erwähne ich das noch einmal? Weil ich deutlich machen will: Ohne uns sähe die Außen- und die Sicherheitspolitik in diesem Land fatal anders aus. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wer damals, als die SPD und Gerhard Schröder „Nein“ zum Irakkrieg gesagt haben, als deutsche Oppositionspolitiker nichts Besseres zu tun hatten, als nach Washington zu fahren und dieser richtigen Position in den Rücken zu fallen. Wir wissen, wer das war, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen die Namen jetzt nicht ständig nennen, weil wir mit denen, die damals nach Washington gefahren sind, heute zum Teil koalieren. Wir sollten aber rechtzeitig daran erinnern, wenn wir vor schwierigen anderen Fragen stehen. Ich sage es einmal anders: Ich bin froh, dass unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist. Diese Welt ist viel zu unsicher, als dass man die Außenpolitik dieses Landes jemandem wie Guido Westerwelle oder Friedbert Pflüger anvertrauen kann, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben uns zur Substanz dessen bekannt, was die Reformpolitik der letzten Jahre ausgemacht hat: Zum Prinzip „Fördern und Fordern“. Unser Ziel Nummer 1 bleibt es, Menschen in Arbeit und nicht in sozialen Transfer zu bringen. Wir bekennen uns dazu, den Haushalt zu konsolidieren, um den Staat handlungsfähig zu machen. Wir bekennen uns zu mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur und auch, liebe Genossinnen und Genossen, zu sozialen Sicherungssystemen, die zukunftsfest sind.

Das hat zu dem wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen, den wir im letzten Jahr erlebt haben: 2,9 Prozent Wirtschaftswachstum, über eine Million Arbeitslose weniger. Und doch müssen wir deutlich feststellen, dass dieser Aufschwung nach wie vor an vielen Menschen spurlos vorbeigeht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur eine Gruppe ansprechen, für die wir besonders hart arbeiten müssen. Liebe Genossinnen und Genossen, die Rede ist von den Kindern in diesem Land. Wir stehen vor neuen sozialen Fragen. Wer es nicht

glaubt, sollte den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung lesen. Dieser Armuts- und Reichtumsbericht ist von Ökonomen und Soziologen verfasst, weshalb die Sprache oft übersetzungsnotwendig ist. Er vermittelt uns aber drei klare Botschaften: Erstens: Ja, es gibt Armut in der reichen Bundesrepublik Deutschland. Zweitens: Dies ist nicht die Armut von Bangladesch und Somalia, sondern misst sich am mittleren Lebensstandard unserer Gesellschaft. Drittens heißt es dort, dass sich in Deutschland eine vielschichtige, mehrdimensionale und relative Armut. Was heißt das eigentlich? Das heißt, dass es nicht nur darum geht, dass Menschen wenig Geld haben – das auch –, die verfestigte Armut ergibt sich aber dadurch, dass ein Mangel an Bildungschancen, Chancen auf ein gesundes Leben und vor allen Dingen eine fehlende Perspektive der Eltern, in Arbeit zu kommen, von der sie leben können, hinzukommen. Das müssen wir ändern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich habe in meiner vorhin schon erwähnten Heimatstadt Peine vor ein paar Monaten mit einem Arzt gesprochen, der mir Folgendes erzählte: Er erzählte mir, dass immer mehr Kinder in meiner Heimatstadt im siebten, achten Lebensjahr an Diabetes erkranken, das heißt, zuckerkrank werden. Schon am Beginn ihres Lebens müssen sie also erleben, dass ihnen die Chance auf ein gesundes Leben geraubt wird. Wenn hinzu kommt, dass bei uns der Geldbeutel der Eltern stärker über die Bildungs- und Lebenschancen entscheidet, dann werden bereits die Jüngsten ihrer Freiheit beraubt. Wulff macht in Niedersachsen eine fatale Bildungspolitik. Lieber Wolfgang Jüttner, das werden wir ändern, wenn wir gewonnen haben.

Rudolf Virchow, der große deutsche Arzt, hat vor hundert Jahren einmal gesagt, Freiheit habe zwei Töchter, nämlich Bildung und Gesundheit. Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde das eine schöne Idee für die Kinder in diesem Land. Lasst uns gegen Kinderarmut kämpfen! Lasst uns die besten Bildungsmöglichkeiten schaffen! Lasst uns die Chance auf ein selbstbestimmtes und freies Leben für jedes Kind eröffnen! Lasst uns kein Kind zurücklassen!

(Beifall)

Um all das durchzusetzen, werden wir unsere Politik und unsere Partei aufstellen müssen. Mit diesem Parteitag und durch die heutigen Wahlen zum Parteivorstand werden wir die SPD personell aufstellen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Kurt Beck und dem Führungsteam um Kurt Beck, wenn ihr mich wählt.

Wir werden die Organisation der Partei gut aufstellen. Hier bleibt nach wie vor eine ganze Menge zu tun. Mir ist beispielsweise wichtig, dass diejenigen, die bei uns zukünftig Verantwortung übernehmen sollen, die besten Möglichkeiten haben, sich gut darauf vorzubereiten. Dazu haben wir die Kommunalakademie weiter geführt



und die Führungsakademie der SPD gegründet. Ich will dafür sorgen, dass der nächste Jahrgang der Führungsakademie im nächsten Jahr komplett mit Frauen besetzt wird, weil wir in diesem Bereich wirklich ein Defizit haben. Lasst uns unsere jungen Frauen in der SPD so unterstützen, dass sie Führungsverantwortung übernehmen und nicht nur Schriftführer in der SPD sind.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, zur Organisation und zur Kampagnefähigkeit gehört aus meiner Sicht, dass wir nicht den Gegensatz zwischen Medienpartei und Mitgliederpartei zulassen. Keine Frage: Wir wollen, wir werden und wir müssen uns der modernsten Kampagnen und Medieninstrumente bedienen, die der Markt hergibt. Wir werden heute Nachmittag die Online-Offensive der SPD starten. Das gehört im digitalen Zeitalter dazu. Das ist eine notwendige Bedingung, um Kampagnefähigkeit herzustellen und zu gewinnen.

Ich bin aber auch der Ansicht, dass das alles nur Medien sind und dass es letztlich auf den Inhalt und – noch wichtiger – auf die Überzeugung ankommt. Wir werden nur gewinnen, wenn am Ende der eine Nachbar zum anderen am Gartenzaun wieder die drei Sätze sagen kann, warum er für die SPD ist. Dafür müssen wir mit unserem Programm und mit dem, was wir inhaltlich tun, sorgen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir werden uns der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien stellen. Lasst mich deshalb etwas zur CDU sagen. Die CDU beschließt im November auch ein Grundsatzprogramm. Das Gute an diesem Programm ist, dass man alles Mögliche damit machen kann. Das genau ist aber auch das Schlechte. Die CDU klärt die Dinge nicht. Wir haben erlebt, dass Frau Merkel beim Thema Gesundheit nicht in der Lage war, genug zu klären. Sie ist kurz vor Toresschluss von den Ministerpräsidenten der Union ausgebremst worden. Wir selbst haben erlebt, dass Frau Merkel das Thema Mindestlohn unterschätzt hat und jetzt nicht mehr los wird. Wir haben erlebt, dass Frau Merkel den Herrn Rüttgers vor ihrem letzten Parteitag hat durchlaufen lassen. Sie – Rüttgers und Merz – haben übrigens alles Mögliche beschlossen, auch wenn es nicht zusammengepasst hat.

Was man nicht klärt – und wir wissen, wovon wir reden –, das holt einen früher oder später ein. Bei allen Diskussionen und Auseinandersetzungen: Wir klären die Dinge, liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind klar. Frau Merkel und die CDU sind nicht klar.

Da treiben Marktradikale à la Merz noch genauso ihr Unwesen wie Sozialschauspieler Marke Rüttgers und verstaubte Konservative, die eher Eva Herman und Bischof

Mixa nahe stehen. Sie passen eigentlich nicht zusammen. Nun ist es nicht meine Aufgabe, das zu klären. Ich bin Generalsekretär der SPD. Aber ich sage: Diese Ungeklärtheit in der Union darf die Arbeit der Großen Koalition nicht ausbremsen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir werden sie mit ihren Unklarheiten stellen. Verlasst Euch darauf!

(Beifall)

Was Frau Merkel – bei allem Respekt vor netten Auftritten – betrifft: Mir imponieren nicht nur diejenigen, die moderieren. Mir imponieren diejenigen, die eine Überzeugung haben und kämpfen, Menschen wie Gerhard Schröder, Kurt Beck und Franz Müntefering, die kantig sind und die eine Überzeugung haben. Frau Merkel werfe ich ihre Überzeugung gar nicht vor, weil ich nicht genau weiß, ob sie eine hat, ob sie für ihre Überzeugung kämpfen würde und eventuell dafür ihr Amt riskieren würde. Es ist nicht richtig, wenn man glaubt, dass Macht nur Selbstzweck ist und das einzige politische Ziel darin besteht, im Amt zu bleiben, liebe Genossinnen und Genossen. Die Menschen wollen wissen, wofür wir Verantwortung übernehmen und nicht, ob man nur im Amt bleiben will. Das werden wir deutlich machen. Frau Merkel wird sich nicht wieder wegdrücken können. Wir werden sie in dieser Koalition stellen.

(Beifall)

Wir haben es zu tun mit einer Partei, die sich Linkspartei nennt. Mit der müssen wir uns auseinandersetzen ohne Schaum vor dem Mund, aber hart in der Sache wie bei anderen politischen Gegnern auch. Ich gebe zu, dass ich Ende der 80er-Jahre, Anfang der 90er-Jahre Oskar Lafontaine richtig gut fand. Ich war 1990 begeistert für ihn in den Wahlkampf gezogen. Aber es gibt Menschen, die sich zum Schlechten verändern, und er hat sich zum Schlechten verändert. Wer den Vorsitz der SPD hinschmeißt wie ein nasses Handtuch, anschließend unserer Partei, von der Bild-Zeitung bezahlt, in den Rücken fällt, den wollen wir nicht wiederhaben, der kann uns gestohlen bleiben.

(Beifall)

Aber wir werden uns mit der Linkspartei-PDS vor allen Dingen inhaltlich auseinandersetzen. Das ist eine Partei, die die Ängste der Menschen mobilisiert. Sie gibt keine Antworten und keine Hoffnung. Das ist eine Partei, die suggeriert, es gebe ein Zurück in die alte abgeschottete Welt des Nationalstaates. Es gibt aber kein Zurück. Wer Menschen diesen Unsinn erzählt, der ist nicht links, sondern anti-aufklärerisch, liebe Genossinnen und Genossen. Wir werden uns damit ganz kräftig auseinandersetzen, in Ost und West.

Ich sehe durchaus die Möglichkeit, dass wir es in Hessen, in Niedersachsen und auch in Hamburg schaffen, dies deutlich zu machen. Wer konkret etwas für soziale Gerechtigkeit erreichen will, der muss die SPD unterstützen. Wir werden die PDS

aus den Parlamenten halten. Wir haben diese Chance, liebe Genossinnen und Genossen, was den Westen der Republik betrifft.

(Beifall)

Wir leben in ernsten Zeiten. Diese Zeiten verlangen nach Parteien und Politikern, die sich ernsthaften Fragen stellen und die weder mit Ungeklärtem wie bei der CDU noch mit Unsinnigem wie bei der PDS versuchen, die Dinge zu vernebeln. Diese Zeit braucht ernsthafte Politiker und braucht eine Partei, die sich diesen wichtigen Aufgaben und Herausforderungen stellt. Wir wollen die solidarische Mehrheit in diesem Land mobilisieren, wie Kurt Beck das gesagt hat.

Die Menschen sind höchst unterschiedlich. Da gibt es einige, die optimistisch in die Zukunft schauen; denen geht es gut. Da gibt es aber viele, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben. Wir werden eine moderne Partei sein. Wir dürfen aber niemals zulassen, dass die Menschen uns für kalte Technokraten der Macht halten. Das sind wir nicht. Wir haben eine Überzeugung, und wir wollen die Dingen für die Menschen zum Besseren wenden.

Wenn es ein Prinzip gibt, das wir dabei anlegen können, dann ist es das, was wir von Willy Brandt und Egon Bahr gelernt haben, nämlich in dieser veränderten Welt Realitäten anzuerkennen, sich aber nicht mit den Verhältnissen abzufinden. Das war das Motiv der Ostpolitik, und es ist auch heute richtig. Wir müssen die Realitäten anerkennen. Zu diesen Realitäten gehört, dass es kein Zurück in eine abgeschottete Welt der 60er-, 70er-Jahre mehr gibt und dass die Welt zusammenwächst.

Wir müssen uns aber nicht mit den Verhältnissen abfinden, die uns bedrohen und die dafür sorgen würden, dass nur das Recht des Stärkeren und nicht mehr die Stärke des Rechts gelten. Deshalb müssen wir die Dinge ändern. Wir sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wir stellen uns den Aufgaben dieser Zeit.

Ich möchte mithelfen, dass wir das auch in Zukunft können, liebe Genossinnen und Genossen. Dafür bitte ich euch weiter um eure Unterstützung und wünsche euch alles Gute.

Glückauf und ein herzliches Danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hubertus Heil. – Ich würde gern mit den Berichten fortfahren. Die Aussprache erfolgt dann am Ende zu allen Berichten. Als Nächstes hat die Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier das Wort für ihren Bericht.

## Bericht der Schatzmeisterin Inge Wettig Danielmeier



© Marco Urban – www.marco-urban.de

**Inge Wettig-Danielmeier, Schatzmeisterin:** Liebe Genossinnen und Genossen! Dies ist mein letzter Bericht. Als ich im Dezember 1991 zur ersten Schatzmeisterin der SPD gewählt wurde, sagten mir die Auguren ein baldiges Amtsende voraus. Es gab Landesverbände, die mit Fleiß und Engagement daran arbeiteten, sich meiner bald entledigen zu können. Mein künftiger Partner, der Bundesgeschäftsführer, soll die Belegschaft dahingehend informiert haben, dass ein Schatzmeister mehr können müsse, als eine vierköpfige Familie zu koordinieren. Er lernte später, genauer zu zählen. Uns verbindet bis heute eine sehr belastbare Freundschaft.

Ich geisterte als fleißige, ehrgeizige und alles in allem graue Maus durch die Medien. Nur der Bonner General-Anzeiger titelte: „Sie ist keine schlechte Wahl.“ Ich selbst sah die Schatzmeisterei nicht als meine Traumberufung an, versprach dem Parteivor-sitzenden aber fünf Jahre durchzuhalten, wenn möglich.

Getragen wurde ich vom Vertrauen des Vorsitzenden Björn Engholm, der geahnt hatte, welches Medienecho kommen würde und dass dieses Medienecho mindestens genauso ihm gegolten hatte. Schon zum Parteitag 1993 konnte ich Erfolge vorlegen.

Der Bau des Willy-Brandt-Hauses war begonnen, der Grundstein gelegt, und die große Parteiengesetznovelle von 1993 abgeschlossen. Den guten Start verdanke ich Engholms Vertrauen und den vielen konstruktiven Diskussionen mit ihm.

Die Aufgabe als Schatzmeisterin erwies sich als facettenreicher und interessanter, als sämtliche vorherigen politischen Aufgaben, und sie erforderte mehr Kreativität von mir, als ich mir je hätte ausmalen können. Insbesondere der Unternehmensbereich bot Gestaltungschancen. Wenn ich in der letzten Woche das beste Ergebnis der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft in der gesamten Firmengeschichte vorstellen konnte, dann hat meine Arbeit für die Unternehmen und auch für die Partei Früchte getragen.

(Beifall)

Trotz der Anfangskritik nahm ich mir genügend Zeit und Spielraum, um den Unternehmensbereich umzuorganisieren. Wir konnten dabei eine vorher nicht gekannte Transparenz durchsetzen und die Überschaubarkeit der Unternehmen herstellen sowie erfolglose Bereiche aufgeben. Die Erträge verbesserten sich, sodass nach Jahren der negativen Schlagzeilen aus dem Unternehmensbereich ein zunehmend höherer Beitrag zu unseren Einnahmen geleistet wurde. Das hat uns den Bau eines neuen Hauses in Berlin ermöglicht und inzwischen auch einiges mehr.

Die Strukturen des Unternehmensbereiches waren durch Verschmelzungen, Neugründungen und zufällige Zuordnungen völlig undurchschaubar geworden. Es gab alte, zum Teil rechtlich nicht gesicherte Treuhandschaften – die meisten werden gar nicht wissen, was das ist – und Mehrfachgeschäftsführungen. Für mich und den Treuhandaufsichtsrat war es außerordentlich schwer, die Unternehmen zu kontrollieren.

Fast zehn Jahre haben wir gebraucht, um einen transparent gegliederten, überschaubaren Unternehmensbereich zu schaffen. Jetzt hält die DDVG als Holding die Zeitungsbeiträge und andere Unternehmen, wie z. B. Papierhandel und Reiseservice. Und wir haben die Konzentration GmbH in eine Immobiliengesellschaft für die Häuser der Partei umgewandelt. Daneben besteht die Verwaltungsgesellschaft für Bau, Unterhaltung und Betrieb des Willy-Brandt-Hauses.

Die vom damaligen Schatzmeister Fritz Halstenberg in den 1980er-Jahren entwickelte und vom Parteivorstand akzeptierte Organisation des Unternehmensbereichs mit einem unabhängigen Treuhand-Aufsichtsrat hat sich bewährt. Der Aufsichtsrat soll wirtschaftlichen Sachverstand versammeln, nicht vorrangig politische Interessen. Der Schatzmeister handelt danach als Treuhänder der SPD und damit als unabhängiger, nur vom Treuhand-Aufsichtsrat kontrollierter Unternehmer. Diese Konstruktion hat wesentlich zum Erfolg beigetragen.

Als Folge der deutschen Einheit kamen mit Beginn meiner Amtszeit zwei große Aufgaben auf mich zu: der Rückgewinn des in der sowjetischen Besatzungszone und der

DDR enteignetem Vermögen der SPD und der Bau eines neuen Parteihauses in Berlin. Beides war kompliziert und arbeitsreich.

Die Restitution betrieb die Konzentration. Jedoch war mein persönlicher Einsatz auch immer wieder gefordert. So konnte unser grundsätzlicher Anspruch auf Rückerstattung nur mühsam und schließlich mit Hilfe eines Gutachtens einer Gruppe von Historikern durchgesetzt werden. Ich glaube, Helga Grebing ist unter uns. Die Behörden gingen damals nur zu gern von einer freiwilligen Vereinigung von SPD und KPD aus. Damit wäre der Anspruch der SPD erledigt gewesen. Nur die mit Fakten belegte Zwangsvereinigung konnte unsere Rechte stützen. Ihr seht, die Geschichte muss man einsetzen.

Die Restitution war und ist bis heute begleitet von einer Fülle von Verfahren vor Gerichten. Nur wenige Grundstücke wurden ohne Verfahren zurückgegeben. Wir prozessieren immer noch – jetzt im Wesentlichen um Entschädigungen. Es ist schwer nachvollziehbar, warum Minister und Behörden so eindeutige Ansprüche so nachhaltig verschleppen.

Die Restitution nach 1945 in Westdeutschland hat mehr als 20 Jahre gedauert und wurde erst 1968 und 1972 durch zwei Vergleiche beendet. Diese Zeitspanne ist bald auch in Sachen Ostvermögen erreicht. An unserem nachhaltigen und beharrlichen Bemühen hat es nicht gelegen. Aber auch sozialdemokratische Regierungsführung bewirkte wenig gegen den Amtsschimmel.

Eine wunderbare Gestaltungschance bot der Bau des Willy-Brandt-Hauses. Der Weg bis zur Einweihung war hindernisreich: wegen der Besonderheit der Berliner Behörden, die ich manchmal nur mit Hilfe des Regierenden Bürgermeisters irgendwie überwinden konnte, wegen der vielen Querschüsse aus dem Erich-Ollenhauer-Haus und wegen des offenen Widerstands aus dem Umfeld der Bonner SPD, wo nicht akzeptiert wurde, dass der 1991 beschlossene Umzug auch korrekt vorbereitet wurde. Rückenwind bekam ich allerdings aus Berlin. Wer hätte daran gezweifelt?

Heute hat sich die Skepsis dieser Jahre in große Zustimmung zum Willy-Brandt-Haus verwandelt. Obwohl die Sicherheitsauflagen uns einschränken, ist es uns gelungen, die Parteizentrale als offenes Haus zu präsentieren.

(Beifall)

Bewohner und Besucher haben dieses Angebot angenommen. 40.000 bis 50.000 Menschen kommen jährlich zu uns.

Wir haben bei der Planung und bei der Realisierung an historische Vorbilder angeknüpft, an die vielen Volkshäuser, die einst Zentren des politisch-kulturellen Lebens der Arbeiterbewegung waren. In verwandelter Form sollte das Willy-Brandt-Haus

ein solches Zentrum werden. Zehn Jahre nach der Einweihung kann ich feststellen: Unsere Idee ist Realität geworden.

(Beifall)

Die gleichen Ziele versuchten wir auch in den sanierten Häusern in Ostdeutschland umzusetzen. Schließlich konnten wir auch in der alten Bundesrepublik bei Sanierungen dieses Konzept verwirklichen. Inzwischen ist eine stattliche Zahl westdeutscher und ostdeutscher Parteizentralen saniert und so offen und publikumsfreundlich wie möglich gestaltet worden. Geholfen hat uns der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus. Der Freundeskreis hat in Berlin ein vielfältiges Kulturprogramm entwickelt und übernahm die Initiative auch für die anderen Häuser mit neuer Ausstattung, die die Geschichte der SPD in den Häusern lebendig werden lässt und die zeitgenössische Kunst einbezieht. Insgesamt wurde seit 1995 in 22 Häusern mit historischen Ausstellungen, Gedenktafeln und Namensgebungen an die Geschichte der SPD erinnert.

Wir sind mit dieser Arbeit dem Ziel einer offenen, die Bürger zur Teilnahme einladenden Partei einen Schritt näher gekommen.

Wenige Monate nach meinem Amtsantritt entschied das Bundesverfassungsgericht im bisher letzten Urteil über eine Neuregelung der Parteienfinanzierung. Das Urteil hatte weitreichende Folgen. Die bisherige Wahlkampfkostenerstattung wurde durch eine allgemeine Finanzierung ersetzt. Zugleich wurde dem Gesetzgeber eine absolute Begrenzung der staatlichen Parteienfinanzierung auferlegt. Das Urteil zeigt die Handschrift von Richtern, die die Parteien genau studiert hatten. Es wird in seinen Grundzügen der Parteiendemokratie sehr gerecht. Die Parteien haben schließlich den Verfassungsauftrag, kontinuierlich zu arbeiten und nicht nur – wie in den USA – zu Wahlkämpfen.

Als Koordinatorin der Schatzmeister-Runden habe ich immer wieder auf Transparenz und Offenheit gedrängt. Ich habe aber auch gelernt, dass diese Offenheit gegenüber einer polemischen öffentlichen Meinung schwer durchzuhalten ist.

Der das Ansehen aller Parteien schädigende Finanzskandal der CDU 1999 hat das Klima dann vollends vergiftet. Vielleicht hat er die rot-grüne Regierung sogar für den Moment gerettet, wie uns jetzt Joschka Fischer mitgeteilt hat. Aber für die notwendige Weiterentwicklung zu mehr Demokratie, für die Aufforderung zur Teilhabe möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger an den demokratischen Entscheidungen waren der Spendenskandal und das unkontrollierte Kampfgeschrei aller Seiten eine schlimme Niederlage.

Auch wir, die SPD, sind nicht als Sieger vom Kampfplatz gegangen. Reichlich Blessuren – und das nicht nur wegen des Lokalskandals in Köln – blieben zurück. Der Untersuchungsausschuss konnte uns nichts anhaben, auch nicht die begleitende

Berichterstattung. Es war aber das monatelange öffentliche Bombardement, bei dem durchaus der Eindruck entstehen konnte, dass politische Parteien ein Teil der organisierten Kriminalität sind.

Wenn ich meine vielen Rechenschaftsberichte Revue passieren lasse, dann fällt mir auf, dass wir die Lage finanziell immer im Griff behalten haben, obwohl wir 1991 noch 920.000 Mitglieder hatten und heute nur noch 550.000 Mitglieder haben.

Unsere Mitglieder sind zuverlässige Beitragszahler. Bis 2000 hat sich der Rückgang der Mitgliederzahl in der Höhe der Einnahmen praktisch nicht ausgewirkt. Seitdem wird das aber immer deutlicher.

Als ich die Kasse übernahm, planten die Schatzmeister auf ständig steigende Einnahmen. Das heißt, die mittelfristige Finanzplanung 1991 bis 1994, die ich vorfand, enthielt erheblich mehr Ausgaben als Einnahmen, weil alle auf Zuwachs rechneten. Hier musste ich vorsichtig umsteuern. Das verlangte auch das neue Parteiengesetz, denn nach dem neuen Gesetz konnten wir allenfalls mit dem Ausgleich der Inflationsrate rechnen, und neue Einnahmequellen standen uns nur begrenzt durch den Zuwachs im Unternehmensbereich zur Verfügung.

Angesichts dieser Lage blieben nur eiserne Kostendisziplin und Sparsamkeit. Die wurden möglich durch ein systematisches Controlling und die klare Rolle, die der Schatzmeister oder die Schatzmeisterin nach der Satzung der SPD hat. Er oder sie kontrolliert die Einnahmen, aber – wichtiger noch – die Ausgaben, und zwar abschließend. Daran haben sich alle gehalten, die Parteivorsitzenden allemal. Gelegentlich haben Bundesgeschäftsführer oder Generalsekretäre versucht, sich Großzügigkeiten zu leisten.

Ausgabendisziplin wird in Zeiten knapper werdender Mittel eine Überlebensnotwendigkeit. Hohe Schulden können sich der Parteivorstand und eigentlich auch die Gliederungen nicht mehr leisten. Allerdings wäre ein absolutes Schuldenverbot auch nicht hinnehmbar. Es sind in den Ländern immer wieder Ausrutscher passiert, die bei Wahlkämpfen zu großen Schulden geführt haben. Solche Ausrutscher blockieren die politische Arbeit mehr als eine Wahlperiode. Deswegen kann ich vor Wiederholungen nur dringend warnen. Denn eines habe ich in den 16 Jahren Schatzmeisterei auch gelernt: Sieg oder Niederlage am Wahltag sind von der Höhe des Wahlkampfetats nahezu unabhängig.

(Beifall)

Jetzt hat sich die notwendige Novelle des Parteiengesetzes wie in einem Drahtverhau verfangen und die Bedenkenträger bestimmen die Diskussion. Ich hoffe sehr, wir können in den nächsten Wochen und Monaten vorankommen mit dem mit allen Parteien besprochenen und eigentlich gebilligten Gesetzentwurf. Wenn nicht, dann fehlen uns in den nächsten Jahren Millionen. Das wird die Aufgabe der neuen Schatz-



meisterin sein. Ich wünsche ihr viel Glück und möglichst wenig Querschläge aus dem eigenen Bereich.

(Beifall)

Wir brauchen die Anhebung der Einnahmen aus dem Parteiengesetz. Sie wurden in meiner Amtszeit nur zweimal erhöht. Wir brauchen auch Regeln, die Parteien nicht mehr abverlangen als Wirtschaftsunternehmen. Wir wollen sorgfältige Prüfungen, und wir wollen Offenheit. Aber wir müssen uns gegen Schikanen wehren. Sie würden dazu führen, dass unsere auf ehrenamtlicher Arbeit basierende Organisationsstruktur gefährdet wird. Wir müssen selbstbewusst um unsere finanzielle Ausstattung kämpfen. Demokratie kostet Geld. Die beliebte öffentliche Verunglimpfung der „raffsüchtigen“ Parteien wird auch meine Nachfolgerin begleiten. Aber Streit dagegen ist nicht nur ihre Sache. Das müssen wir alle tragen.

(Beifall)

Dazu gehört, dass wir stolz auf unsere eigene Parteiarbeit sind und das auch nach außen tragen und deutlich machen. Die Arbeit, die wir leisten, ist unerlässlich in unserer Demokratie, und sie ist bei allen Rückschlägen packend und interessant für alle, die mitgestalten wollen.

Lasst mich noch ein paar Worte zu unserem Unternehmensbereich sagen. Als ich antrat, waren Überlegungen zum Verkauf der Beteiligungen weit fortgeschritten. Wir haben sie gestoppt und eine andere Richtung eingeschlagen, die uns höhere Erträge gebracht hat, als der Verkauf je hätte bringen können. Unsere Zeitungsbeiträge werden weiterhin von Ankäufern umschwärmt, die ihren Vorteil und nicht unseren im Auge haben. Unser Eigentum ist aus Arbeitergroschen entstanden, und wir haben nicht das Recht, dieses Erbe leichtfertig zu verschleudern.

(Beifall)

Ich warne deshalb vor solchen Spielchen. Es bedurfte langer Vertrauensarbeit, um die Verunsicherung durch die Verkaufsgerüchte wieder aufzufangen. Wir gelten jetzt wieder als verlässliche Partner.

Inzwischen sind die dort erarbeiteten Gewinne ein wichtiges finanzielles Standbein für die Zukunft der SPD geworden. Außerdem sichern die Medienbeteiligungen in ihrer jetzigen Struktur auch die Zeitungsvielfalt. Das hat sich, glaube ich, bei der Rettungsaktion der Frankfurter Rundschau ganz deutlich gezeigt.

Am Ende meiner bald 16-jährigen Amtszeit habe ich vielen zu danken. Eine Schatzmeisterin trägt die Verantwortung für die Finanzen der Partei. Doch sicher kann sie sich nur fühlen, wenn auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verlass ist. Das war

der Fall. Wir haben gut zusammengearbeitet und viel geschafft. Ich danke euch allen für euer Engagement und eure Loyalität.

(Beifall)

Das gilt auch für die Geschäftsführer der Unternehmensbereiche.

Zu danken habe ich den zahlreichen Kassiererinnen und Kassierern unserer Partei, den ehrenamtlichen und den hauptamtlichen. Sie sorgen Jahr für Jahr dafür, dass das finanzielle Rückgrat unserer Partei stabil bleibt. Ich habe ihnen viel zumuten müssen, weil die strenge Rechtslage es mehrfach verlangte. Wir haben auch einige Differenzen gehabt. Trotzdem haben wir unsere Arbeit immer solidarisch erledigt.

Zu danken habe ich den Vorsitzenden unserer Partei seit 1991, selbstverständlich auch den Generalsekretären und den Bundesgeschäftsführern, die ja in erster Linie meine Partner bei Entscheidungen waren. Bei diesen schnellen Wechseln war es nicht leicht, Kontinuität zu sichern und finanziellen Schaden abzuwehren. Es ist uns, glaube ich, gelungen. Doch rate ich dringend, zu mehr Kontinuität beim Parteivorstand zurückzukehren.

(Beifall)

Ich habe mich in diesen schwierigen Situationen nicht als Fels in der Brandung gefühlt, auch nicht als Gouvernante der neuen Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer, wie einmal die Medien schrieben. Doch manchmal habe ich mich gefragt, warum gerade ich durchhalten sollte.

Danken möchte ich auch unseren Partnern in den Beteiligungsunternehmen. Sie sind mit uns wirtschaftlich verbunden. Politisch dürften sie eher anderen Parteien zuneigen. Wir haben dennoch gut zusammengearbeitet. Das hat den Unternehmen genutzt. Das hat unseren Einnahmen genutzt, und wir sind gut beraten, diese Kooperationen pfleglich zu behandeln.

Ich war immer wieder ein Angriffsobjekt für die Medien, weil unser wirtschaftliches Eigentum, unsere Unternehmenspolitik attackiert wurde. Damit muss eine Schatzmeisterin zu leben lernen, und sie muss sich auch ihrer Haut wehren. Weil ich dieses auch immer wieder tun musste, danke ich ausdrücklich den Journalistinnen und Journalisten, die unsere Arbeit korrekt und manchmal auch ermutigend begleitet haben.

(Beifall)

Zu danken habe ich den Parteitag, die mich Mal für Mal mit besseren Wahlergebnissen ausgestattet haben. Das war für mich eine Ermutigung. Denn in diesem Amt kann man nicht Everybody's Darling sein. Man darf aber auch nicht eine von dem Parteileben abgehobene Finanzpolitik betreiben.

Ich jedenfalls habe mich darum bemüht.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben Inge zu danken, weil wir ihr viel zu verdanken haben. Den Dank wird jetzt Kurt für uns in Worte fassen.

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Liebe Inge, liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir haben Dank zu sagen. Wir haben zu danken für eine 16-jährige Amtszeit als Schatzmeisterin. Das ist nach Alfred Nau die zweitlängste Amtszeit, die eine Schatzmeisterin oder ein Schatzmeister der Sozialdemokratie je erreicht hat. Insoweit, liebe Inge: Es waren – zum Glück für die SPD – gute Jahre, die du im Amt gewesen bist.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, was das bedeutet hat: Inge ist auf sieben Parteitagen gewählt und in ihrem Amt bestätigt worden. Wir verabschieden sie heute mit großem Respekt: Respekt für diese Leistung, seit 1992 als Schatzmeisterin unserer Partei zu wirken, Respekt aber auch gegenüber einer Frau, die sich durchgesetzt hat gegen zahlenmäßig in der Tat zu viele – es waren sieben – Vorsitzende und acht Bundesgeschäftsführer bzw. Generalsekretäre. Wenn also jemand sagt, du hättest nichts ausgehalten, so darf man das wirklich nicht aufrechterhalten.

Alle, die in der Kommunal-, der Landes- oder der Bundespolitik für Kassen verantwortlich sind, wissen, dass es angenehmere Aufgaben gibt, als die Kasse so geschlossen zu halten, dass sie zur rechten Zeit geöffnet werden kann. Das nämlich ist die Kunst einer Schatzmeisterin. Inge hat es – gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – verstanden, diese Kunst zu praktizieren.

Glaubt mir eines: Ich habe in meiner Zeit als Stellvertretender Vorsitzender und als Vorsitzender dieser Partei gelernt, dass für die Schatzmeisterin ein Motto gilt, das man aus der Försterei kennt, wonach die Furcht den Wald noch besser hütet, als es der Förster vermag. Eine solche Aura um sich zu verbreiten – „Frag mal lieber nicht, sonst kriegst du Ärger mit der Inge!“ –, das war nicht schädlich für unsere Finanzen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Inge hat, wenn man es sortiert, vier große Aufgaben gestemmt und erfolgreich bewältigt:

Erstens die Neuorganisation unseres Unternehmens- und Finanzbereichs. Das war weiß Gott keine leichte Aufgabe. Die Bilanz, die sie vorgelegt hat, zeugt von einer erfolgreich bestandenem Aufgabe.

Inge hat sich zweitens immer wieder auch um die Reform der Parteienfinanzierung verdient gemacht. Wir alle erinnern uns daran: Als die Union diesen unglücklichen

Parteispendenskandal vom Zaune gebrochen hatte, hat es so etwas wie eine Entlastungskampagne gegeben, die dann nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ mit dem Finger auf die Sozialdemokratie zeigen wollte. Das in Ordnung zu bringen und diese Angriffe mit klaren Fakten und Daten in die Schranken zu weisen, das war eine anstrengende und große Leistung.

(Beifall)

Ich will Inge drittens auch dafür danken, dass sie nach der Wiedervereinigung mit Zähigkeit und Einfühlungsvermögen für die Restitution unseres Vermögens im Ostteil Deutschlands – Vermögen, das aus Arbeitergroschen entstanden ist – Sorge getragen hat. Das war eine große Herausforderung, die zwar noch nicht ganz bewältigt ist, aber wo die großen Schritte getan sind.

Viertens schließlich galt es, einen Umzug von Bonn nach Berlin zu finanzieren, und es galt, mit dem Willy-Brandt-Haus eine neue Zentrale für die Sozialdemokratie zu schaffen. Auch das ist in beachtlicher Weise geschehen.

Deshalb: Dank an eine erfahrene Abgeordnete auf Landes- und Bundesebene und Dank an eine Frau, die in ihrer Eigenschaft als Mitglied der engeren Parteiführung eines nie vergessen hat, nämlich dass der Kampf um die Rechte der Frauen ihr Herzensanliegen war, ist und bleiben wird. Diese Leidenschaft hat auch in der Sache viel bewegt. Für das alles sagen wir Dank. Wir dürfen feststellen: Liebe Inge, deine Arbeit hat nicht nur Früchte getragen, sie hat gute Früchte getragen.

Unser Dankeschön und unseren Respekt wollen wir gemeinsam mit unserem Unternehmen ausdrücken mit einer recht schweren Figur, die es in großer Ausführung im Foyer des Willy-Brandt-Hauses zu sehen gibt: Diesen Gruß, liebe Inge, wollen wir dir für deine heimatlichen Gefilde mitgeben, damit du an deine Zeit in der SPD-Zentrale immer wieder denkst. Die Statue haben wir deshalb hier hingestellt, weil sie – wie mir gesagt worden ist – 37 Kilogramm wiegt. Jetzt sollte niemand annehmen, dass ein Kerl wie ich die 37 Kilo nicht heben könnte oder dass eine starke Frau wie Inge diese 37 Kilo nicht schaffen könnte. Trotzdem haben wir uns entschieden, den Willy standfest zu lassen. Stattdessen übergeben wir ihn symbolisch, auch indem wir das Bild groß einblenden.

Liebe Inge, lieben herzlichen Dank, alles Gute! Wir freuen uns, dass wir dich in unserer Mitte haben.

(anhaltender Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, es bedarf noch eines besonderen Dankes, denn viele von uns haben der Vorkämpferin Inge Wettig-Danielmeier sehr viel zu verdanken. Viele von uns hätten nicht die Chance gehabt, an

den Positionen zu sein, an denen sie heute sind, wenn nicht Inge an der Spitze der Frauen für uns vieles erkämpft hätte.

(Beifall)

Deshalb wird Elke Ferner für uns Frauen ganz besonders Dankeschön sagen.

**Elke Ferner, ASF-Vorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Inge! Inge war lange, lange Jahre ASF-Bundeschatzmeisterin, bevor sie Schatzmeisterin unserer Partei geworden ist, ein Amt, das nicht immer dazu geeignet ist, Everybody's Darling zu sein. Insofern war es, so glaube ich, eine gute Voraussetzung für das Amt der Schatzmeisterin, das du so lange bekleidet hast. Inge war an der Spitze derer, die für uns Frauen – insbesondere für die Frauen meiner Generation – die Quote durchgekämpft hat. Ihr wart damals noch viel weniger, als wir heute sind. Dass wir heute auf diesem Parteitag und auch auf den vergangenen Parteitagen so viele Frauen sind, dass in vielen Ortsvereinen, in allen Unterbezirken, in jedem Landesverband und auch im Bundesvorstand wenigstens 40 Prozent Frauen in den Gremien vertreten sind, das haben wir dir, Inge, und den Frauen, die damals mit dir dafür gestritten haben, und den Männern, die uns dabei unterstützt haben, zu verdanken.

(Beifall)

Es gibt noch ein Zweites, was untrennbar mit deinem Namen verbunden ist. Wir werden am Sonntag wahrscheinlich beim Grundsatzprogramm auch darüber wieder debattieren. Es gibt im Berliner Programm einen – wie ich finde – machtvollen Satz, der wie kein anderer besser deutlich machen kann, woran es eigentlich noch liegt, dass Frauen immer noch, auch im 21. Jahrhundert, die vorhandene gläserne Decke nicht durchbrechen können, nämlich der Satz: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“. – Auch dieser Satz, Inge, ist untrennbar mit deinem Namen verbunden.

(Beifall)

Wir werden am Sonntag dafür streiten, dass er wieder Eingang in das neue Grundsatzprogramm finden wird.

Deshalb haben wir dir auch noch seitens des ASF-Bundesvorstandes ein kleines Geschenk mitgebracht, wo auf einem Teil genau dieser Satz eingestickt ist. Wir sind leider nicht mehr dazu gekommen, es noch rahmen zu lassen; das werden wir aber nachholen, Inge.

Nochmals vielen Dank von allen Frauen, für die du so viel getan hast.

(Beifall)

**Claudia Bodegan, Jusos:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Liebe Inge, ich stehe hier im Namen der Jusos. Auch wir möchten dir heute in besonderer Weise danken, und zwar gleich zweifacher Hinsicht. Zum einen hast du als Schatzmeisterin für uns Jusos immer ein offenes Herz gehabt und uns in unserer Arbeit unterstützt. Das ist nicht selbstverständlich. Andererseits wird uns jungen Frauen immer wieder vorgeworfen, dass wir mit den lila Latzhosen gebrochen hätten. Aber das haben wir nicht. Ich glaube, wir haben im Rahmen unserer Kampagne für ein neues Gleichstellungskapitel gezeigt, dass mehrere Generationen Frauen zusammenarbeiten und zusammenhalten können, um für die Sache zu kämpfen. Denn, wie Elke gerade sagte, es ist heute nicht selbstverständlich. Wir leben nach wie vor in einer Gesellschaft, die männlich strukturiert ist, weil tradierte Rollenbilder nach wie vor das Leben von jungen Menschen, aber auch von anderen Generationen bestimmen, weil wir nicht frei entscheiden können, mit wem, wie und wo wir zusammenleben wollen, weil zum Beispiel das Ehegattensplitting nach wie vor das Lebensmodell Ehe privilegiert. Auch dafür wollen wir uns einsetzen. Auch das ist Kampf für Emanzipation, dass wir frei entscheiden können, wie und mit wem wir zusammenleben wollen, mit oder ohne Kinder.

In diesem Sinne, liebe Inge, dir einen ganz herzlichen Dank. Wir jungen Frauen verdanken gerade dir und deinen Wegbegleiterinnen ganz viel. Ohne deine Vorarbeit wäre vieles von dem, was wir heute leisten, nicht möglich gewesen. Wir wollen aber weitermachen, denn Gleichstellung bleibt eine Baustelle, und wir wollen die Arbeit weitermachen.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Ganz herzlichen Dank all denen, die den Dank des Parteitags und vieler einzelner Mitglieder an Inge heute noch einmal in dieser Form zum Ausdruck gebracht haben.

Inge, ich bin sicher, du wirst dich nicht von uns verabschieden, sondern auch weiterhin auf den Parteitag und sicherlich auch zwischen den Parteitagen mitten unter uns sein. Herzlichen Dank!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt noch einmal zu den Berichten. Ich darf euch vorab darauf hinweisen, dass einige Berichte schriftlich zur Kenntnis genommen werden sollen. Der Gleichstellungsbericht von Elke Ferner, der Bericht über die Foren und Kommissionen des Parteivorstands, der Bericht der Bundestagsfraktion von Peter Struck und der Bericht der sozialdemokratischen Bundesminister und Bundesministerinnen liegen uns schriftlich vor, sodass wir jetzt zum letzten mündlichen Bericht kommen. Ich rufe den Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission auf. Das Wort hat Christa Randzio-Plath.

## Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission, Christa Randzio-Plath

**Christa Randzio-Plath, Kontrollkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, auch die Kontrollkommission dankt der Schatzmeisterin für gute Arbeit!

(Beifall)

Ich denke, auch in diesem Sinne muss der Dank einmal geäußert werden, denn die Kontrollkommission muss und darf in eurem Auftrag und so, wie es das Statut der SPD fordert, die Arbeit des Vorstands und auch der Schatzmeisterei ständig kritisch und konstruktiv begleiten.

Da die Kontrollkommission auch für die Beschwerden über den Parteivorstand zuständig ist, muss ich euch heute auch mitteilen, dass es keine Beschwerden über den Parteivorstand gibt. Dies ist nicht selbstverständlich. Warum nicht? Die SPD hat in den vergangenen Jahren immerhin Parteivorsitzende, Generalsekretäre und Geschäftsführer gewechselt, und aus der Sicht der Kontrollkommission waren das nicht nur schwierige politische Entwicklungen, sondern das war auch aus Sicht der Parteifinancen – zum Beispiel wegen notwendiger Parteitage und Umstrukturierungen – eine durchaus nicht unbedeutsame Frage.

Die Kontrollkommission begrüßt es, dass die heutigen Kandidaturen zum Parteivorstand nun wieder Kontinuität versprechen.

Die Kontrollkommission hat seit dem letzten Parteitag zehnmal getagt und 30 förmliche Beschlüsse gefasst, die auch fast alle umgesetzt und befolgt worden sind.

Die Kosten der stellvertretenden Parteivorsitzenden – auch das ist eine Pflichtübung auf jedem Parteitag – waren, wie vom Parteitag in Wiesbaden gefordert, im vergangenen Berichtszeitraum kostenneutral, eine erfreuliche Nachricht also.

Erfreulich war es auch, dass wir in den vielen Tagen ehrenamtlicher professioneller Arbeit die Betriebshaushalte 2005, 2006 und die drei Quartale 2007 und die Entscheidungen des Parteivorstandes in diesen Jahren prüfen konnten, ohne Fehler festzustellen.

Da Dorothee Danner nicht wieder kandidiert, bitte ich Euch, ihr stellvertretend für alle in dieser Arbeit zu danken.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, in den vergangenen Jahren gab es keine Überschreitungen des Budgets. Erhöhten Ausgaben standen stets erhöhte Einnahmen gegenüber.

Dies ist nicht selbstverständlich. Die Finanzen der SPD sind also in Ordnung. Dafür gilt der Schatzmeisterin, der Schatzmeisterei und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlicher Dank.

(vereinzelt Beifall)

Die von der Kontrollkommission vorgeschlagene Budgetierung aller Sach- und Personalkosten, ihre eindeutige Zuordnung und das von der Kontrollkommission vor Jahren, nämlich 1994, vorgeschlagene und durchgesetzte systematische erfolgreiche Controlling tragen zu Transparenz und Kostenbewusstsein im SPD-Parteivorstand und im Willy-Brandt-Haus bei. Darüber hinaus entsprechen die Haushaltsrichtlinien des Parteivorstands den Anforderungen der Haushaltsklarheit, der Haushaltswahrheit und der gebotenen Transparenz.

Das gilt auch für die Vergabe von Krediten und Zuschüssen an die Gliederungen der SPD. Wir als Kontrollkommission können feststellen, dass die zuständigen Gremien auch tatsächlich die entsprechenden Beschlüsse dazu fassen.

Die Darlehen und Zuschüsse berücksichtigen übrigens zu Recht die besondere Lage der Gliederungen und die politischen Herausforderungen, vor denen die SPD steht. Sie tragen dazu bei, Handlungs- und Kampagnenfähigkeit zu erhalten und zu verbessern.

Liebe Genossinnen und Genossen, wo Licht ist, ist auch Schatten. Die Schatzmeisterin hat schon auf die verlorenen Mitglieder hingewiesen. Wir verloren im Berichtszeitraum aber nicht nur 40.000 Mitglieder, sondern wir verloren bei den Landtagswahlen auch 800.000 Stimmen. Die politische Dimension dieses Verlustes ist schwer zu ertragen. Mehr denn je sind die soziale Kompetenz der SPD und ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit gefordert, und zwar eine soziale Gerechtigkeit, die mehr als Chancengleichheit will, sondern die auch auf Verteilungsgerechtigkeit und Teilhabe an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen setzt, wie dies im Entwurf unseres Grundsatzprogramms zu Recht gefordert wird.

Die sinkenden Mitgliedszahlen machen im Hinblick auf die Kampagnen- und Handlungsfähigkeit Sorgen, weil unsere finanzielle Situation und Grundlage erodieren. Sinkende Mitgliedsbeiträge haben sinkende Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge und staatliche Mittel zur Folge. Im Ergebnis steigt die Diskrepanz zwischen den sinkenden Einnahmen einerseits und den steigenden Ausgaben für Wahlkämpfe, für die Medienpräsenz, für die modernen Technologien und für die Politikvermittlung andererseits. Dabei werden auch von den Gliederungen zu Recht immer neue und weiterreichende Anforderungen an das Willy-Brandt-Haus gestellt.

Finanzen und Personal des Willy-Brandt-Hauses sind aber aus finanziellen Gründen nicht so aufgestellt, dass alle Erwartungen befriedigt werden können. Außerdem



haben auf Bundesebene Bundestags- und Europawahlen immer Priorität, so, wie auch in anderen Parteien. Die Gratwanderung können wir bei der angespannten Finanzlage und Personaldecke für die Zukunft nur mit Sorge beobachten. Von daher sind Kampagnen von Bedeutung, die das Profil der SPD schärfen und damit die Bindung zu Wählerinnen und Wählern sowie zu potenziell und real existierenden Mitgliedern stärken, zum Beispiel zum Thema soziale Gerechtigkeit, aber auch gegen Rechtsextremismus. Hierfür müssen im besten Sinne unserer Parteitradition mehr Mittel ausgegeben werden.

Genossinnen und Genossen, die beste Werbung für die SPD bleiben überzeugte, motivierte, aber auch überzeugende Mitglieder. Die Programmdebatte, Genossinnen und Genossen, hat Kraft, Überlegung Geduld und Ungeduld gefordert, aber auch viel Geld gekostet. Am Ende werden wir allein im Berichtszeitraum für die Arbeit an einem Grundsatzprogramm weit über 1 Million Euro ausgegeben haben. Diese Ausgaben erfolgten völlig zu Recht. Sie sind Investitionen in die Zukunft der SPD. Programm braucht Partizipation.

(Beifall)

Der Erfolg der offenen Beratung und Beteiligung der Mitglieder zum Beispiel auf den erfolgreichen Regionalkonferenzen zum Programm zeigt sich in der Mobilisierung der Partei, aber auch an den 945 Änderungsanträgen zum Grundsatzprogramm. Ein solches Engagement nach einem so langen Entscheidungsprozess müssen uns andere Parteien erst einmal nachmachen.

(Beifall)

Die Einnahmeseite hat viele Aspekte. Wir brauchen viele und ehrliche Mitgliedsbeiträge. Mit der gleichen Sorgfalt wie hierauf achten wir auch auf die Beitragsehrlichkeit von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern. Sie hat sich weiter verbessert, bleibt aber durchaus verbesserungsfähig. Fast die Hälfte unserer Einnahmen stammt aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden unserer Mitglieder. Dabei können wir uns nicht mit den Spendeneinnahmen anderer Parteien vergleichen. Jedem Spenden-Euro für die SPD stehen beispielsweise drei Spenden-Euro für die CDU gegenüber. Diese Tatsache ist nicht nur Ausdruck unserer Zeit, sondern war immer Ausdruck der jeweiligen Zeit der jeweiligen Tätigkeiten und Aktivitäten der SPD.

Von daher hat die SPD zu Recht auf andere, weitere Einnahmequellen gesetzt und einen eigenen Unternehmensbereich entwickelt. Die Geschichte der SPD ist reich an Erfolgsgeschichten von Buchhandlungen, Druckereien, Unternehmen und auch vielen medienpolitischen Beteiligungen, weil die SPD mit Geld umgehen konnte. Die SPD sollte sich heute mit diesem Engagement, diesem medienpolitischen Engagement, auch schmücken, weil sie immer schon darauf gesetzt hat, lebenslanges Lernen

für alle zu organisieren, bevor es heute das moderne Ziel der wissensbasierten Gesellschaft gab.

Auch heute hält die SPD zu Recht an Medienbeteiligungen fest. Damit trägt sie zur Medienvielfalt bei. Der Unternehmensbereich war und bleibt eine wichtige Säule zur Finanzierung unserer politischen Tätigkeit. Die Erträge nützen den Kampagnen und der Unabhängigkeit der SPD. Sie sind ohne Alternative. Dabei möchte ich daran erinnern – das ist auch für die Mitglieder wichtig, die heute nicht anwesend sein können –, dass wir für die Finanzierung der Baukosten des Willy-Brandt-Hauses Träger aus dem Unternehmensbereich verwenden konnten und können. Sonst hätte es dieses attraktive Haus nicht gegeben.

Diese Erfolge verdanken wir in besonderem Maße Inge Wettig-Danielmeier. Inge hat das Unternehmen SPD – ein Anliegen, wofür Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in über 140 Jahren ihre Mitglieder Groschen und -euro gegeben haben – während ihrer Amtszeit saniert und neu ausgerichtet. Sie übergibt es heute mit Gewinn. Liebe Inge, dafür möchte ich dir im Namen der Kontrollkommission in besonderem Maße danken. Du hast uns gezeigt, dass Sozis mit Geld umgehen können und dass Frauen das ganz besonders gut können. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Inge Wettig-Danielmeier war auch unser Leuchtturm in Fragen der Parteienfinanzierung. Unvergessen ist ihre unmissverständliche Haltung in Bezug auf den Umgang mit Parteispenden und ihre Absage an jegliche Verschleierung von Einnahmen der Partei. Klug und unbestechlich hat sie die immer wieder schwierigen Auseinandersetzungen und Verhandlungen zu Parteiengesetzen und auch zur Parteienfinanzierung geführt, die von den Parteien zu Recht Transparenz und Rechenschaft verlangen.

Darauf hat Inge gesetzt. Sie hat damit einen wesentlichen Beitrag zur politischen Kultur in diesem Lande geleistet. Parteien gehören schließlich zur Verfassung einer parlamentarischen Demokratie. Sie haben einen Verfassungsauftrag. Damit sie diesen erfüllen können, erhalten die Parteien auch staatliche Mittel. 2007 sind dies für alle Parteien zusammen 133 Millionen Euro. Damit bestreiten die Parteien circa ein Drittel ihrer Einnahmen. Das sind im Vergleich wirklich nicht zu viele Euro, weil dem nämlich der Preis dreier Tornados entspricht. Darüber sollten wir einmal nachdenken, wenn wir die Kritik an der öffentlichen und staatlichen Parteienfinanzierung hören.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, viel offensiver als bisher müssen wir die staatliche Parteienfinanzierung auch verteidigen, weil sie für unser demokratisches System, die politische Willensbildung und die politische Hygiene konstitutiv ist. Sie ist außer-

dem, wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert, regelgebunden und daher kontrollierbar.

Genossinnen und Genossen, ein letzter Punkt. In jeder Sitzung der Kontrollkommission ging es natürlich auch um Sparmaßnahmen und Konsolidierungskonzepte. Die Betriebshaushalte des Parteivorstandes sind in den letzten Jahren schon intensiv gekürzt worden. Von daher hat die Kontrollkommission auch Strukturreformen gefordert. Wir freuen uns, dass in einem gemeinsamen Prozess zwischen der Geschäftsleitung, dem Betriebsrat und der Schatzmeisterei eine Betriebsvereinbarung getroffen worden ist, die zur Haushaltskonsolidierung beitragen wird. An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten für diese Anstrengung ausdrücklich danken, durch die wir von betriebsbedingten Kündigungen verschont geblieben sind.

(Beifall)

Von daher bleibt für uns als Parteitag und für den neuen Parteivorstand in Bezug auf die Strukturreformen noch etwas zu tun. Wir werden auf diesem Parteitag eine kleine, eine Miniorganisationsreform der Partei beschließen. Darauf hat die Kontrollkommission schon lange gedrängt. Die SPD darf aber nicht nur die Personalausgaben reduzieren, weil sie sparen muss. Die SPD ist auch aufgefordert, veränderten Verhältnissen mit Strukturreformen zu antworten, die ihren Namen verdienen. Von daher bleibt das Thema der Gremienverkleinerung auf der Tagesordnung, und es werden organisationspolitische Entscheidungen des neuen Parteivorstandes für den nächsten Parteitag eingefordert.

Unbefriedigend ist eine Tatsache, die heute auch nicht verschleiert werden darf. Auch Hubertus Heil hat heute zugegeben, dass es mehr Frauen im Willy-Brandt-Haus geben muss. Die Kontrollkommission hat wiederholt angemahnt, dass es Frauen in Leitungsfunktionen geben muss, und ist mit dieser Forderung wiederholt gescheitert, obwohl dies nicht den Beschlüssen der SPD entspricht. Daher geht die Aufforderung an die neue Parteiführung: Frauen in Leitungsfunktionen des Willy-Brandt-Hauses sind ein Muss.

(Beifall)

Die SPD bleibt eine Mitgliederpartei. Die Kontrollkommission ist froh, dass die Parteiführung diesem Leitbild in den Handlungen, in den Beschlüssen und auch in den finanziellen Verwendungen folgt.

Die SPD wird mit einem scharfen Profil und einer überzeugenden Identität die von uns gesetzten Ziele erreichen können. Aus Sicht der Finanzen spricht nichts dagegen.

Liebe Genossinnen und Genossen, namens der Kontrollkommission der SPD beantrage ich deswegen die Entlastung des SPD-Parteivorstandes für den Zeitraum vom

SPD-Bundesparteitag in Karlsruhe bis heute. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Christa, für den ausführlichen Bericht. Es sind keine Fragen offengeblieben. Wir haben keine Wortmeldungen für die Aussprache zu den Berichten, sodass wir gleich über den Antrag von Christa abstimmen können. Vorher will ich aber noch der Kontrollkommission und stellvertretend Christa für ihre Arbeit ganz besonders danken.

Wer dem Antrag auf Entlastung des Parteivorstands zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit angenommen. Der Parteivorstand ist damit entlastet. Ich danke Euch und allen für die geleistete Arbeit. – Ich darf jetzt an Olaf Scholz weitergeben.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir fangen an mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es spricht die Genossin Laura Letter aus dem Bezirk Braunschweig.

## Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Parteivorstandsmitgliedern zusammen. Anwesend sind davon 472 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder.

Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 221 Frauen. Damit ist die Quote erfüllt; denn das entspricht einem Anteil von 43 Prozent.

Die älteste Delegierte mit 75 Jahren ist Elisabeth Gierlings aus dem Landesverband Bayern.

(Beifall)

Die jüngste Delegierte mit 20 Jahren ist Diana Schlee und kommt aus dem Bezirk Weser-Ems.

(Beifall)

Der Parteitag ist damit beschlussfähig. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche dem Parteitag einen guten Erfolg.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Laura. Ihr habt es schon gemerkt. Es geht ein wenig auf die Wahlen zu. Deshalb will ich im Vorgriff auf den übernächsten Punkt einige Hinweise geben. Erstens: Es wäre ganz sinnvoll, dass alle, die sich für das Thema interessieren, sich allmählich in den Saal begeben und ihre Sitzplätze einnehmen, damit sie am Wahlgang gut teilnehmen können. Ich bitte also die Delegierten, sich aus den Sälen hierher in unseren Versammlungssaal zu begeben.

Zweitens: Ich bitte all diejenigen, die sich in den Gängen aufhalten, dass sie das nicht mehr tun, weil wir nachher bei der Abstimmung sonst große Mühe haben werden, wenn diejenigen, die Stimmzettel austeilen müssen, von denen gehindert werden, die ihnen im Wege stehen. Deswegen: Delegierte bitte hereinkommen und die Sitzplätze einnehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zunächst die Diskussion über Anträge zur Organisation und zu satzungsändernden Fragen, die wir heute behandeln. Das sind aber nicht alle. Es handelt sich nur um die, über die wir vor der Wahl abgestimmt haben müssen, weil es schlecht wäre, zu wählen, aber hinterher zu beschließen, dass das alles nicht gelten soll. Insofern ist es wichtig, dass wir zuerst über diese Anträge abstimmen.

Damit wir einsteigen können, brauchen wir den Bericht der Antragskommission. Das macht heute Bärbel Dieckmann, der ich damit das Wort erteile.

## Beratung der Anträge zur Organisation und zu satzungsändernden Fragen

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es geht um die Anträge O 5, O 6 und O 10 sowie O 3. Ich beginne mit den Anträgen O 5, O 6 und O 10. Für mich ist es der schwierigste Teil. Die Antragskommission hat nämlich mit ganz knapper Mehrheit die Annahme des Antrags O 5 empfohlen. Ich möchte euch trotzdem ein paar Bedenken sagen.

Die Arbeitsgemeinschaften sind auch jetzt schon im Parteivorstand vertreten. Der Afa-Vorsitzende zum Beispiel ist ordentlich gewähltes Vorstandsmitglied, das ist für jeden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften möglich. Außerdem behandelt der Antrag O 5 nur einen Teil der Arbeitsgemeinschaften. Auch das bitte ich euch zu bedenken.

Ich weise darauf hin, dass bei Annahme dieses Antrages das auf die 45 Mitglieder des Parteivorstandes angerechnet würde. Deshalb würde ich euch bitten, zu prüfen, ob ihr in diesem Fall dem Votum der Antragskommission folgen wollt.

Im Antrag O 3 geht es um die Zusammensetzung des Parteivorstandes. Da zieht der Parteivorstand zwei Vorschläge zurück. Das ist einmal der Vorschlag zur Reduzierung der Anzahl der Delegierten zum Bundesparteitag. Darüber brauchen wir also heute nicht zu entscheiden. Dieser Antrag ist zurückgezogen. Das ist zum Zweiten der Antrag zur Zusammensetzung des Parteirates. Es bliebe dann die Entscheidung zur Zusammensetzung des Parteivorstandes. Und – ganz wichtig vor den Wahlen – die Anzahl der stellvertretenden Vorsitzenden soll von fünf auf drei reduziert werden.

Ich weise darauf hin, dass wir für alle Organisationsanträge eine Zweidrittelmehrheit brauchen. – Vielen Dank.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Bärbel. – Ich eröffne zu den aufgerufenen Anträgen, O 5, O 6 und O 10 sowie danach O 3, die Aussprache. Bisher liegt eine einzige Wortmeldung vor. Jörg Jordan hat das Wort.

**Jörg Jordan, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, als ich noch nicht wusste, dass die Bärbel Dieckmann dieses Thema auch anschneidet. Ich mache es deswegen kurz.

Ich wollte eure Aufmerksamkeit auf den Antrag O 5 lenken, mit dem sozusagen eine zusätzliche Quotierung eingeführt wird. Man muss das im Zusammenhang mit dem O 3 sehen. Im Antrag O 3 wird festgelegt: 45 Mitglieder hat der Vorstand. O 5 sagt dann – auch mit Empfehlung der Antragskommission –, dass davon 5 aber für ganz bestimmte Arbeitsgemeinschaften reserviert sein sollen.

Ich wollte eure Aufmerksamkeit darauf lenken und euch bitten, dem nicht zu folgen.

(Beifall)

Hier müsste man dem Votum der Antragskommission widersprechen. Denn es geht – das muss man sich klarmachen – nicht um die Qualität der politischen Argumentation. Die Arbeitsgemeinschaften sind allesamt mit beratender Funktion und im großen Umfang in Person im Vorstand präsent. Seit ich dabei bin – das ist schon lange der Fall –, ist es glücklicherweise immer so gewesen, dass der Juso-Vorsitzende auch gewähltes Mitglied des Vorstands war.

Das gilt auch für die ASF-Vorsitzende. Das gilt auch für den AfA-Vorsitzenden. Es sind sehr viel mehr Frauen und Männer mit mehr als 60 Jahren im Vorstand, als dass man sagen könnte, das Argument der Senioren kann dort nicht einfließen. Das heißt, die Beratungsqualität aus der Sicht solcher Arbeitsgemeinschaften ist gesichert.

Es geht also um etwas anderes. Es geht sozusagen um das Ausgliedern der Entscheidungen über die Zusammensetzung des Vorstands in die Gruppen hinein. Fünf werden denen reserviert. Der Vorstand soll das dann anschließend nachvollziehen. Das könnte ja noch angehen, wenn das ein Riesengremium wäre. Aber man muss sich klarmachen: Diese fünf gehen dann wieder zulasten der Repräsentanz der kleineren Landesverbände und Bezirke. Die haben weniger Chancen. Das verändert unsere Strukturen. Das halte ich für falsch.

(Beifall)

Deswegen wollte ich eure Aufmerksamkeit auf diesen Vorgang lenken und euch bitten, dagegen zu stimmen und hier der Antragskommission nicht zu folgen.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Weitere Wortmeldungen sind mir nicht bekannt und tauchen jetzt auch nicht auf, sodass wir jetzt zur Abstimmung gehen können. Ich schlage vor, dass wir mit dem eben schon diskutierten Antrag O 5 anfangen. Dabei geht es darum, dass die Arbeitsgemeinschaften ein Stimmrecht und Mitgliedschaft im Parteivorstand bekommen. Die Antragskommission hat Annahme empfohlen. Bärbel Dieckmann hat ihre Zweifel und Jörg Jordan seine ablehnende Haltung zum Ausdruck gebracht.

Ich bitte alle diejenigen, die dem Votum der Antragskommission folgen wollen, um ihr Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Ich kann es mal so sagen: Der Antrag O 5 hat keine Zweidrittelmehrheit gefunden.

Wir kommen jetzt zum Antrag O 6. Da ist gegenwärtig empfohlen: erledigt durch Annahme von O 5. Das kann natürlich nicht mehr sein. Sinngemäß müssen wir ihn

auch ablehnen, wenn man dem bisherigen Abstimmungsverfahren folgen würde. Ich lasse deshalb direkt abstimmen. Wer ist für den Antrag O 6? – Wer ist für Ablehnung? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag ohne Zweidrittelmehrheit geblieben.

Wir kommen zum Antrag O 10. Dabei geht es ebenfalls um eine ähnliche Satzungsänderung. Hier ist Ablehnung empfohlen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch das so entschieden.

Wir kommen jetzt zum Antrag O 3. Das hat Bärbel Dieckmann uns eben erläutert. Das ist der Antrag des Parteivorstands zur veränderten Zusammensetzung des Vorstands. Nicht mehr darin enthalten ist eine veränderte Zusammensetzung des Parteitages und des Parteirates. Das werden wir also noch einmal weiter diskutieren. Wer in diesem Sinne dem Votum der Antragskommission auf Annahme folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit haben wir das mit satzungsändernder Mehrheit so beschlossen und haben den Punkt „Organisationsänderung“ erstaunlich schnell hinter uns gebracht.

Wir kommen jetzt zur Wahl des Parteivorsitzenden.

Dafür gebe ich Susanne Kastner das Wort.



## Wahl des Parteivorsitzenden

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir kommen in der Tat zur Wahl des Parteivorsitzenden. Vorgeschlagen vom Vorstand ist Kurt Beck. Ich frage den Parteitag: Gibt es anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Ich bitte die Wahl- und Mandatsprüfungskommission, einstweilen die Stimmzettel auszuteilen. Es handelt sich ja um eine Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung.

Ich gebe noch ein paar Erläuterungen zur Wahl: Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt ist. Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt alle den Zettel mit den Kontrollmarken von der Nr. 19 bis zur Nr. 36. Ich bitte euch, wenn ihr in den Wahlgang eintretet, die Kontrollnummer 19 auf dem vorgesehenen Feld anzubringen. Nur dann ist der Stimmzettel gültig.

Ich weise auch noch darauf hin, dass nach § 23 Abs. 4 des Organisationsstatuts im ersten Wahlgang nur gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Ich bitte auch die Medien in diesem Zusammenhang noch einmal herzlich darum, die Delegierten allein wählen zu lassen und die Objektive nicht auf die Wahlzettel zu richten.

(Beifall)

Ich denke, eine geheime Wahl ist nur eine geheime Wahl, wenn die Fernsehkameras die Delegierten mit dieser Wahl wirklich allein lassen.

Sind die Stimmzettel jetzt ausgeteilt? – Die Stimmzettel werden jetzt verteilt.

Ich hoffe, dass die Stimmzettel schnell verteilt werden, und eröffne den Wahlgang.

Ich erinnere noch einmal daran, die Kontrollnummer 19 rechts unten auf dem Stimmzettel anzubringen. Dort steht ganz groß „Kontrollmarke bitte hier anbringen“. Also die Kontrollnummer 19 für die Wahl des Parteivorsitzenden!

Gibt es noch Delegierte, die keinen Stimmzettel haben? – Vielleicht hebt ihr die Hand, damit die netten jungen Damen und Herren wissen, wo es noch keine Stimmzettel gibt.

Ich bitte noch einmal die Fotografen und auch die Kameraleute, nicht auf die Stimmzettel und nicht auf die Delegierten zu halten und auch nicht zu fotografieren und auch nicht zu filmen!

Ich frage noch einmal: Hat jetzt jeder Delegierte und jede Delegierte einen Stimmzettel? – Das scheint der Fall zu sein. Ich bitte dann die Wahl- und Mandatsprüfungskommission, die Stimmzettel einzusammeln.

Vielleicht können die Delegierten, die ihren Stimmzettel noch nicht abgeben konnten, den einmal hochhalten, damit man weiß, wo noch eingesammelt werden muss.

Vielleicht kann auch noch einer der fleißigen Helferinnen und Helfer zum Vorstand hinaufgehen. – Das ist schon geschehen; wunderbar.

Noch einmal die Frage von mir: Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? Bitte noch einmal ganz hochhalten, wenn das nicht der Fall ist. – Ich denke, es sind alle Stimmzettel eingesammelt. Deswegen erkläre ich jetzt diesen Wahlgang für geschlossen und unterbreche den Parteitag bis zur Auszählung des Wahlergebnisses zum 1. Vorsitzenden, bitte aber die Delegierten, im Saal zu bleiben, weil wir gleich anschließend weitermachen mit der Wahl des Stellvertreters, des Generalsekretärs und der Schatzmeisterin.

(Unterbrechung von 15.39 Uhr bis 15.57 Uhr)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben das Wahlergebnis. Ich gebe das Wort der Vorsitzenden der Wahl- und Mandatsprüfungskommission.

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Ergebnisse der Wahl des Vorsitzenden Kurt Beck: Von 508 abgegebenen Stimmen sind 506 gültig. 483 Jastimmen,

(anhaltender Beifall)

17 Neinstimmen und 6 Enthaltungen. Das bedeutet eine Zustimmung von 95,5 Prozent. Herzlichen Glückwunsch, Kurt Beck.

(Zuruf: „Sagst du es noch einmal! Es hat kein Mensch verstanden!“)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Vielleicht kannst du das Stimmergebnis noch einmal sagen. Bitte!

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Von 508 abgegebenen Stimmen sind 483 Jastimmen, 17 Neinstimmen und 6 Enthaltungen abgegeben worden. Das bedeutet eine Zustimmung von 95,5 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(anhaltender Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Lieber Kurt, herzlichen Glückwunsch auch von unserer Seite, vom Tagungspräsidium. Der Beifall auf dem Parteitag hat gezeigt:

Wir haben ein supergutes Wahlergebnis und damit eine gute Ausgangsbasis für unsere zukünftige Arbeit.

(Beifall)

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Vielen herzlichen Dank. Liebe Genossinnen und Genossen, es ist mir eine Ehre, diese Wahl anzunehmen. Es ist mir ein Anliegen, mit euch gemeinsam weiter für die Ideale der Sozialdemokratie im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, im Interesse der Menschen zu arbeiten. Vielen herzlichen Dank! Auf eine gute Zukunft für unser Land und für unsere Partei!

(anhaltender Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, Kurt ist noch auf Gratulationstour, aber wir sollten mit den Wahlen weitermachen.

Wir kommen jetzt zu der Wahl der drei stellvertretenden Vorsitzenden. Nach unserem Statut werden die stellvertretenden Vorsitzenden in getrennten Wahlgängen gewählt. Gemeint ist, die Wahl in Einzelwahl, nicht in Listenwahl durchzuführen. Das Präsidium empfiehlt euch, diese Wahlgänge auf einem Stimmzettel als verbundene Einzelwahl durchzuführen. Das würde uns zwei Wahlgänge und entsprechend viel Zeit ersparen. Deshalb frage ich: Wer dem Vorschlag zustimmt, die Wahlgänge der Stellvertreter und Stellvertreterinnen in einem Urnengang abzuwickeln, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

(Zurufe: „Weitermachen!“)

Wir bräuchten für die Wahlen auch die Delegierten aus Rheinland-Pfalz; deshalb zögere ich noch, mit den Wahlen weiterzumachen. – Vielleicht können auch die Delegierten von Rheinland-Pfalz in den nächsten Wahlgang einsteigen.

Ich weise noch einmal darauf hin: Auch bei diesem Wahlgang müssen mehr als 50 Prozent Zustimmung erreicht werden. Die Stimmzettel sind so gehalten, dass ihr entweder Ja, Nein oder Enthaltung ankreuzen müsst; aber das ist sicherlich klar.

Wir können nicht in den Wahlgang einsteigen, solange die Medienvertreter mit Kameras auf die Delegierten gerichtet sind.

(Zurufe: „Welche Nummer?“)

– Ich nenne gleich die Nummer.

Ich bitte herzlich darum, dass die Medienvertreter die Gänge freimachen und die Delegierten geheim wählen lassen.

Ihr müsst die Kontrollnummer 20 aufkleben

(Zurufe: „Ah!“)

und dann entweder Ja, Nein oder Enthaltung bei den einzelnen Personen anzukreuzen.

Hat jeder Delegierte einen Stimmzettel?

(Zurufe: „Nein!“)

– Dann bitte ich um Handzeichen, wo noch Stimmzettel fehlen.

Ich bitte nun die Wahl- und Mandatsprüfungskommission, mit dem Einsammeln der Wahlzettel zu beginnen.

Ich bitte nochmals darum, die Kameras nicht auf die Delegierten zu richten und den Delegierten eine geheime Wahl zu ermöglichen. Ich kann nicht mehr, als daran zu appellieren. Es wäre nicht schön, wenn wir die Gänge von den Kameras freiräumen lassen müssten.

Wir können jetzt mit dem Einsammeln der Wahlzettel beginnen.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Ich denke, das ist der Fall. – Halt, dahinten ist noch eine Stimme abzugeben. – So, jetzt sind alle Stimmzettel eingesammelt. Damit schließe ich den Wahlgang.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Frist für die Einbringung von Initiativanträgen für den 27. Oktober um 16 Uhr geendet hat; aber das wissen sicher alle Delegierten.

Ich gebe jetzt das Wort für die weitere Antragsberatung Olaf Scholz.

## Einführung der Antragskommission

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Genossinnen und Genossen, wir haben die verschiedenen Anträge zum Thema Rechtsextremismus und darüber, wie wir dagegen vorgehen können, beraten.

Zunächst möchte ich Bärbel Dieckmann zur Einführung für die Antragskommission das Wort geben.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Lieber Olaf, bevor ich auf den Antrag zum Rechtsextremismus eingehe, möchte ich gerne zehn Minuten lang eine kurze Einführung für die Antragskommission geben.

Liebe Genossen und Genossinnen, der Hamburger Parteitag ist ein wichtiger Parteitag. Das zeigt sich nicht nur daran, dass wir Wahlen haben, dass wir gerade Kurt Beck mit einem hervorragenden Ergebnis bestätigt haben, sondern es ist auch deshalb ein wichtiger Parteitag, weil wir am Sonntag unser Grundsatzprogramm verabschieden werden und weil wir uns mit einer ganzen Reihe von wichtigen inhaltlichen Anträgen beschäftigen werden.

Es sind etwa 1.000 Anträge zum neuen Grundsatzprogramm eingegangen, etwa 400 Anträge aus den Gliederungen der Partei zu anderen wichtigen Themenfeldern. Deshalb gilt mein erster und ganz besonderer Dank den Ortsvereinen, den Unterbezirken, den Bezirken, den Landesverbänden, in denen sich Genossen und Genossinnen daran beteiligt haben, das Grundsatzprogramm und unsere Anträge zu diskutieren, Anträge zu formulieren, Vorschläge und Anregungen zu geben und damit das Profil der SPD zu schärfen.

Ich habe selbst an vielen dieser Veranstaltungen teilgenommen, und es soll mir bitte niemand sagen, dass dieses nicht eine diskussionsfreudige Partei ist, dass es nicht eine Partei ist, die für ihre Inhalte einsteht und kämpft. Vielen herzlichen Dank, liebe Genossen und Genossinnen, für diesen wirklich großen Einsatz.

(Beifall)

Ich möchte auch den Mitgliedern der Antragskommission herzlich danken. Wir haben viele Stunden miteinander verbracht, wir haben gerungen, wir haben versucht, Positionen zu formulieren. Ich denke, das ist uns auch gelungen.

Danken möchte ich denen, die noch in den letzten Wochen aus unterschiedlichen Anträgen Leit- und Initiativanträge verfasst haben, in denen wichtige Positionen aus den einzelnen Bezirken und Landesverbänden zusammengefasst worden sind.

Ein wirklich ganz herzlicher Dank – ich bitte um einen großen Applaus – geht an die Mitarbeiter und die Mitarbeiterinnen des Willy-Brandt-Hauses.

(Beifall)

Es war überhaupt nicht einfach, parallel 400 Anträge zu bearbeiten, Voten vorzuschlagen und die Programmkommission zu begleiten. Liebe Genossen und Genossinnen aus dem Willy-Brandt-Haus, ihr habt das mit riesigem Sachverstand und mit großem Einsatz gemacht. Vielen, vielen herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich möchte auf einige wenige Schwerpunktbereiche eingehen:

Die Europa- und Außenpolitik spielt eine ganz große Rolle in unseren Anträgen. Alle Anträge zeigen, dass wir uns treu bleiben in unserer Geschichte. Wir wollen eine gerechte Weltordnung gestalten. Wir wollen Konflikte nicht militärisch lösen. Wir lehnen Wett- und Aufrüsten ab. Ich denke, damit befinden wir uns in einer guten Tradition, und es lohnt sich auch in Zukunft, dafür zu kämpfen.

Gleichzeitig – auch das wird in den Anträgen deutlich – will und wird Deutschland eine verantwortliche Rolle in der Weltpolitik spielen und wird auch in Zukunft wichtige Entscheidungen zu treffen haben. Deshalb gehört neben dem klaren Nein mit Gerhard Schröder, mit der damaligen Regierung durch die Partei zu dem Krieg im Irak auch, dass wir in Afghanistan Verantwortung übernehmen. Dies ist in der Partei intensiv diskutiert worden, aber es ist eine große Einhelligkeit in der Meinung, dass wir das afghanische Volk auf seinem schwierigen Weg in die Demokratie stützen wollen und stützen müssen.

Ich möchte an dieser Stelle den Soldaten und Soldatinnen, den zivilen Einsatzkräften, aber auch den vielen Helfern von Organisationen danken, dass sie in Afghanistan diesen Weg mitgehen.

(Beifall)

Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee: Auch das war ein sehr diskutiertes Thema in der Partei. Es ist kontrovers diskutiert worden. Es ist in Landesverbänden unterschiedlich entschieden worden. Ich denke, dass wir mit dem jetzt vorliegenden Vorschlag zum Freiwilligenwehrdienst eine gute Antwort auf die Herausforderungen dieser Zeit haben. Mit dem Freiwilligenwehrdienst gehen wir einen wichtigen Schritt in Richtung Wehrgerechtigkeit, aber wir erhalten auch die Stärke der Bundeswehr aufrecht.

Ich möchte ganz deutlich machen, dass zu diesem Freiwilligenwehrdienst ein zweiter Teil gehört, nämlich das Angebot für freiwillige zivile Dienste auszubauen, die von sehr vielen jungen Menschen nachgefragt werden, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist. Deshalb unterstützt bitte auch diesen Vorschlag.

Europa: Europa beschäftigt uns auf vielen Parteitag. Europa, damit ist eine sozialdemokratische Vision Wirklichkeit geworden. Wir werden auch in Zukunft alles tun, um sozialdemokratische Politik in Europa zu entscheiden. Wir haben auf diesem Parteitag aber auch zu über die Frage einer Bundesliste zu entscheiden. Wir schlagen Euch vor, heute die Bundesliste zu entscheiden. Ich sage das auch deshalb, weil ich glaube, dass es richtig ist, dass Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in allen Teilen der Bundesrepublik für Europa arbeiten, für Europa werben können und dass es nicht einzelne Gebiete gibt, die keinen Europaabgeordneten haben.

(Beifall)

Bekämpfung des internationalen Terrorismus: Dies ist ein Thema unserer Zeit. Es ist ein Thema, das auch uns angeht. Es ist aber auch ein Thema, bei dem sich viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die Frage stellen: Wo sind die Ursachen des Terrorismus? Es gibt viele Ursachen, aber es gibt eine, an der wir arbeiten wollen und müssen. Dazu gehört die Armutsbekämpfung. Nicht zuletzt aufgrund deutscher Initiative ist dieses Thema in den vergangenen Jahren in den Mittelpunkt von weltpolitischen Entscheidungen gerückt, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Es zeigen sich auch erste Erfolge.

Der Anteil der Armen an der Weltbevölkerung ist gesunken, aber wir alle wissen, dass das nicht ausreicht. Deshalb beschäftigen sich Anträge mit diesem Thema. Wir stehen auch in dieser Frage in dem Vermächtnis eines großen Sozialdemokraten, nämlich Willy Brandts, der uns zu einer gemeinsamen Anstrengung für eine gerechte Weltordnung, für konsequente Armutsbekämpfung und für eine stabile Friedensordnung aufgefordert hat. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika ist dafür zentral; auch das wird in vielen Anträgen deutlich.

Umwelt- und Klimaschutz: Das ist ein Thema, für das wir klare Linien vorgegeben haben. Wir wollen ökonomische Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbinden. Das bedeutet für uns nachhaltige Entwicklung, und Nachhaltigkeit – das könnt ihr in den Anträgen, aber auch im Grundsatzzprogramm erkennen – ist zum Prinzip unserer Politik geworden. Ich denke, es wird eine der größten Herausforderungen der nächsten Zeit sein, diese Politik zu gestalten. Dabei ist der Klimawandel eine der Hauptherausforderungen. Er ist übrigens auch eine soziale Frage.

Al Gore ist für seinen Film „Die unbequeme Wahrheit“ mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Das war eine Entscheidung, die deutlich gemacht hat, dass ökologisch richtige Politik auch Friedenspolitik ist. Wir werden uns in Deutschland als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen weiterhin für den Ausbau erneuerbaren Energien einsetzen.

Wir werden uns für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen. Das tun wir aus Verantwortung für unsere eigene Generation, aber natürlich auch und vor allem für künftige Generationen und aus ökonomischer Vernunft. Unser Antrag „Unser Weg in die ökologische Ökonomie – Für ein New Deal von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“ hat viele Anregungen und Anträge aus den Gliederungen aufgenommen und macht, so glaube ich, gute Aussagen über die Notwendigkeiten zukünftiger Politik.

Ein wichtiges Thema schon im Vorfeld dieses Parteitages waren soziale Fragen und die Frage, was ein Sozialstaat ist und was Daseinsvorsorge bedeutet. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen können stolz sein, dass wir in unserer Regierungszeit mit Gerhard Schröder, aber auch jetzt in der Großen Koalition, mit dazu beigetragen und auf den Weg gebracht haben, dass die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland wieder in die Balance gekommen sind.

Wir wollen Lebensrisiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit solidarisch absichern, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen, dass die Menschen ohne finanzielle Ängste älter werden können. Aber wir wollen auch – das ist eine klare Aussage dieses Parteitages – Menschen in Arbeit bringen. Arbeit ist der Schlüssel zur Teilhabe in der Gesellschaft. Im Leitantrag des Parteivorstandes beschreiben wir auch, was gute Arbeit ist. Dazu gehören für uns Arbeitsbedingungen, Arbeitssicherheit und Arbeitnehmerrechte, wie wir sie zusammen mit den Gewerkschaften erkämpft haben. Es ist klar – auch das will ich hier noch einmal sagen und das wird in vielen Anträgen deutlich –, dass wir mit den Gewerkschaften gemeinsam für den Mindestlohn kämpfen werden. Dies wird in vielen Anträgen deutlich. Wer in Deutschland Vollzeit arbeiten geht, muss sich und seine Familie davon vernünftig ernähren können.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich ist dieser Grundsatz so simpel, dass man nicht verstehen kann, dass die CDU dagegen sein kann.

(Beifall)

Wir werden den Antrag „Reformen für ein soziales Deutschland“ verabschieden. In diesem Antrag wird beides deutlich: das Recht von Menschen auf Arbeit – auch älterer Menschen –, aber auch unser sozialer Wille zur Absicherung von Arbeitslosigkeit.

Viel diskutiert in der Partei – auch das schlägt sich in den Anträgen nieder – ist der Bereich Bildung, Ausbildung und Weiterbildung. Der Einsatz für ein Bildungssystem, das allen Menschen eine Chance bietet, ist Teil unserer Geschichte und hat bis heute nichts von seiner Bedeutung verloren. Wir werden und wir wollen niemanden zurücklassen.

Es war die sozialdemokratische Politik, die für eine moderne Familienpolitik gekämpft hat. Es war Teil unseres Wahlprogramms, dass wir das Elterngeld und den



Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung für Kinder ab dem ersten Geburtstag gefordert haben. Moderne Familienpolitik ist untrennbar mit den Namen von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen verbunden.

Wir werden in Zukunft weitere Weichenstellungen auf den Weg bringen. Wir wollen ein kostenfreies System von Bildung und Ausbildung, kostenfreie Kindergärten, und wir bleiben beim gebührenfreien Erststudium. Dass die Gebührenpolitik von CDU-geführten Bundesländern jetzt schon dazu geführt hat, dass weniger Kinder und junge Menschen aus einkommensschwachen Familien an die Universitäten gehen, ist ein Skandal. Das ist eine Ungerechtigkeit, die nicht nur den Einzelnen betrifft, sondern auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gefährdet.

(Beifall)

Lasst mich auch dieses Stichwort nennen: Auch Integration wird nicht möglich sein, ohne dass wir für die Zuwanderer und Zuwanderinnen Bildungsmöglichkeiten eröffnen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um den schulischen und Ausbildungserfolg junger Zuwanderer und Zuwanderinnen zu ermöglichen; denn nur durch diese Chance wird ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich sein.

Liebe Genossen und Genossinnen! Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen stehen im Bund, in Ländern und in vielen Kommunen in der Verantwortung. Wir haben dort in vielen Diskussionen und bei vielen politischen Entscheidungen vertreten, dass die Daseinsvorsorge, die allen Menschen die Chance gibt, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, in die Verantwortung des Staates und der öffentlichen Hand gehört.

Das heißt überhaupt nicht, dass sinnvolle Privatisierungen ausgeschlossen werden, aber wir lehnen Privatisierungen als Selbstzweck, wie sie von Union und FDP oft gefordert werden, ab.

(Beifall)

Auch dazu habt ihr diskutiert und viele Anträge formuliert. Deshalb darf es mit unserem Votum keine Zerschlagung der Bahn geben. Wir wollen, dass der Bund nicht in der Wahrnehmung seiner Eigentumsrechte eingeschränkt wird. Da wir wissen, dass wir eine bessere Kapitalausstattung der Bahn brauchen, haben wir, so glaube ich, mit dem vorliegenden Antrag den richtigen Weg gekennzeichnet.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind historische Grundwerte der Sozialdemokratie. Das Prinzip der Nachhaltigkeit kommt als wichtiges Prinzip dazu. Wir sind eine Partei, die sich auch bei diesem Parteitag als die Partei der sozialen Gerechtigkeit zeigt und die bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und soziale Gerechtigkeit und ihre Werte in Regierungshandeln umzusetzen.

Lasst uns deshalb – darum bitte ich euch jetzt bei den Antragsberatungen – ein starkes Signal von diesem Parteitag ausgehen lassen. Die SPD ist stark. Sie tritt geschlossen auf und ist bereit, Verantwort zu übernehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Olaf hatte mich eben aufgefordert, gleich auch zum Antrag Rechtsextremismus zu kommen. Niels Annen wird diesen Antrag gleich vertreten. Er hat in den vergangenen Jahren im Parteivorstand und mit vielen Genossen und Genossinnen sehr intensiv daran gearbeitet.

Ich will ich nur noch einmal deutlich machen: Rechtsextremismus ist für die SPD kein Konjunkturthema. Ihn zu bekämpfen, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir haben immer klare Positionen gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und gegen Antisemitismus bezogen. Wir werden alles dafür tun, um diejenigen zu stärken, die in der Bevölkerung, in der Gesellschaft und in den zivilen Gruppen diesen Widerstand leisten und deutlich machen, dass Rechtsextremismus in der Bundesrepublik keine Chance hat.

Wir wollen aber auch die Einrichtungen stärken, die diesen Weg unterstützen. Unter anderem will ich dabei die Bundeszentrale für politische Bildung mit ihrem Präsidenten Thomas Kröger nennen, die wichtige Programme auf den Weg gebracht hat, um deutlich zu machen: Rechtsextremismus hat bei uns keine Chance.

Liebe Genossen und Genossinnen, lasst mich noch einen Satz sagen: Wer Rechtsextremisten wählt, ist kein Protestwähler, sondern er unterstützt Neonazis. Auch das sollten wir ganz deutlich machen.

(Beifall)

Ich übergebe das Wort an Niels Annen zur Begründung des Antrages.

## Beratung des Antrags zum Rechtsextremismus

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Niels hat als Nächster das Wort.

**Niels Annen, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bedanke mich bei Bärbel für die einführenden Worte.

Bevor ich den Antrag vorstelle, will ich einige Wort zu dem sagen, was sich hier draußen vor unserem Kongresszentrum gerade abspielt. Der eine oder andere von euch – auch von den Gästen –, der vielleicht herausgegangen oder gerade gekommen ist, hat vielleicht gesehen, dass es ein großes Polizeiaufgebot gibt. Liebe Genossinnen und Genossen, das hängt damit zusammen, dass die NPD eine Demonstration angemeldet und sich hier mit etwa 100 Personen versammelt hat, um gegen die Befassung und den Inhalt des Antrages, den ich hier jetzt gleich vorstellen und einbringen möchte, zu demonstrieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt eine Demonstration gegen den Aufmarsch der NPD. Es ist eine angespannte Lage. Ich möchte an dieser Stelle auch den Beamtinnen und Beamten der Hamburger Polizei und den Sicherheitskräften für ihren Einsatz danken. Sie tun ihr Äußerstes, damit es dort zu keiner Eskalation der Situation kommt.

(Beifall)

Bedanken möchte ich auch bei den Jusos, die gerade mit einem Transparent in die Halle gekommen sind und die draußen die Möglichkeit hatten, dieses demonstrativ zu zeigen. Damit haben sie in unser aller Namen deutlich gemacht, dass Faschismus eben keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. Ich danke euch ganz herzlich dafür.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass ich auch in euer aller Namen spreche, wenn ich sage: Wenn hier vor dem Congress Centrum Neonazis, Anhänger und Sympathisanten der NPD demonstrieren, dann ist das etwas, was wir wohl leider so lange werden ertragen müssen, solange die Partei noch nicht verboten ist.

(Beifall)

Die Demonstration müssen wir hinnehmen. Aber wir werden eines nicht akzeptieren: Wir lassen es nicht zu, dass diese Politsekte NPD es schafft, den Ablauf und die inhaltlichen Schwerpunkte dieses Parteitages unserer Partei, der sozialdemokratischen Partei, durcheinander zu bringen oder zu beeinflussen.

(Beifall)

Deswegen werden wir jetzt im besten Sinne des Wortes zur Tagesordnung übergehen.

(Beifall)

Worum geht es im vorliegenden Antrag? Wir mussten in den letzten Jahren feststellen, dass sich in vielen Teilen unseres Landes die Neonazis und die Ewiggestrigen neu formiert und neu organisiert haben. Dies geschah, obwohl Deutschland eine gefestigte Demokratie ist und sich glücklicherweise mehr als 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger in demokratischen Parteien engagieren.

Denjenigen, die auch heute immer noch sagen „Das Ganze handelt sich nur um ein paar verwirrte junge Menschen, meistens junge Männer, die man nur auf den Pfad der demokratischen Auseinandersetzung zurückführen muss“, denjenigen sage ich ganz klar: Nein, bei der NPD und ihren gewalttätigen Sympathisanten handelt es sich um organisierte Feinde der Demokratie, denen wir etwas entgegensetzen wollen, entgegensetzen müssen.

(Beifall)

Es sind organisierte Feinde der Demokratie, die nicht davor zurückschrecken, die Vertreterinnen und Vertreter der Demokratie in diesem Land einzuschüchtern und sie zu bedrohen. Bei den Vertretern der NPD handelt es sich – ich sage das ganz explizit an dieser Stelle – um Menschen, die bewusst Gewalt in Kauf nehmen.

Genossinnen und Genossen, ich habe bei der Vorbereitung zu diesem Antrag und auch zu der heutigen Rede mit dem Genossen Felix aus Berlin telefoniert, der euch schön grüßen lässt. Ich will euch berichten, was Felix im Berliner Landtagswahlkampf widerfahren ist. Leider teilen seine schrecklichen Erfahrungen immer mehr Menschen, die sich für die SPD und die Demokratie engagieren.

Felix hatte nichts weiter vor, als ein Plakat von Klaus Wowereit und der Berliner SPD in dieser Nacht in Marzahn anzubringen. Am Rande eines sogenannten Erntefestes machten dann zwei Neonazis Jagd auf Felix. So hat er mir das geschildert. Während einer der Angreifer Schmiere stand, trat der andere Neonazi Felix ungefähr zehnmal mit seinen Springerstiefeln gegen den Kopf. Vier Tage musste Felix nach dem brutalen und heimtückischen Überfall im Krankenhaus verbringen. Liebe Genossinnen und Genossen, glücklicherweise ist der feige Überfall, was die Gesundheit angeht, noch einmal gut gegangen.

Was war der Grund für diese Attacke? Felix wollte nichts anderes – ich wiederhole mich –, als für seine Partei, für unsere Partei, die SPD, Wahlkampf zu machen. Der Anlass für diesen Überfall war, dass er sich für die Demokratie eingesetzt hat.

Felix hat viel Solidarität von euch, von den Berlinern Genossinnen und Genossen erfahren, und auch vom Parteivorstand. Ich freue mich sehr darüber, euch mitteilen zu können, dass sich Felix nach diesem schrecklichen Vorfall dazu entschieden hat, sich in und mit unserer sozialdemokratischen Partei weiter für das Gemeinwesen einzusetzen. Felix ist eine Woche später erneut für die SPD in die Bezirksversammlung gewählt

worden. Er hat mir versichert, dass er weiter für die Partei arbeiten wird. Ich finde, das ist genau das richtige Signal, das wir den Neonazis da drüben zurufen sollten!

(Beifall)

Wir lassen uns nicht einschüchtern.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube aber auch, wir sollten offen über das Problem Rechtsextremismus reden. Ich habe vorhin nicht umsonst vom Wegschauen und Ignorieren von Problemen geredet. Es hat in den letzten Jahren immer wieder den einen oder anderen gegeben, der vor allem auf der kommunalen Ebene nicht entschieden genug gegen die Neonazis vorgegangen ist. Es gibt Beispiele von Mandatsträgern, die gesagt haben: Wir kriegen das schon irgendwie hin. Wir wollen nicht Gefahr laufen, dass das eigene Gemeinwesen, die eigene Stadt mit rechtsradikalen Übergriffen in Zusammenhang gebracht wird. Man wollte nicht, dass man den Namen der Stadt mit den Nazi-Übergriffen identifiziert. So hat der eine oder andere Mandatsträger weggesehen.

Mit der Unterstützung und der Erfahrung aus den Bezirken und Landesverbänden hat die Projektgruppe „Gegen Rechtsextremismus“ beim Parteivorstand die Thematik bearbeitet. Wir haben uns bemüht, Hilfestellung für die Genossinnen und Genossen vor Ort zu geben. Wir haben 24 Punkte entwickelt, die als Leitlinien zum Umgang mit Rechtsextremisten dienen sollen. Diese Punkte hat der Parteivorstand bereits beschlossen. Wir haben diese in den Antrag zum Thema Rechtsextremismus integriert. Ich würde es gut finden, wenn wir heute ein klares Signal senden könnten, dass sich Sozialdemokraten mit dem Thema Rechtsextremismus offensiv befassen. Ich möchte ein Signal aussenden, dass wir zu unseren eigenen Erfolgen stehen und gleichzeitig deutlich machen: Wir lassen uns von denen nicht instrumentalisieren. Auch dann nicht, wenn eine Zeitung wie die „Junge Freiheit“, die man aufgrund richterlicher Entscheidungen nicht mehr rechtsextremistisch nennen darf, immer mal wieder versucht, den einen oder anderen für sich zu instrumentalisieren. Wir ziehen dort eine klare Trennlinie. Ich bitte euch, mit uns gemeinsam diese Trennlinie durchzusetzen.

(Beifall)

Die NPD hat bewiesen, dass sie unverhohlen und aggressiv ihre rassistischen, ihre antisemitischen und ihre revisionistischen Ziele verfolgt. Ihre Funktionäre werden regelmäßig wegen Körperverletzung und Volksverhetzung verurteilt, zuletzt der Vorsitzende der NPD in meiner Heimatstadt Hamburg, Jürgen Rieger, wegen vorsätzlicher Körperverletzung.

Genossinnen und Genossen, man kann auch sagen: Gewalt hat bei der NPD Methode. Ich glaube, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten keinen Zweifel daran lassen sollten, dass wir die NPD für eine aggressiv kämpferische Vereinigung

halten, die sich gegen unsere grundgesetzliche Ordnung richtet. Deswegen will ich klar sagen: Ich bin der Meinung, dieser Parteitag sollte ein klares Signal aussenden, dass wir die NPD verbieten wollen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich glaube jedem von uns ist klar, dass wir mit einem Verbot der NPD das Problem Rechtsextremismus nicht lösen können. Kurt Beck hat es schon erwähnt. Im Vorfeld des Parteitages hatte wir schon eine etwas merkwürdige Situation: Wir haben viele Monate gemeinsam an diesem Antrag gearbeitet. Dann gab es wieder rassistische Übergriffe in Osten und im Westen.

Kurt, du hattest den vorliegenden Antrag v o r diesen Übergriffen vorgestellt. In den Zeitungen stand dann: Den Sozis fällt nichts anderes ein, als die NPD verbieten zu wollen. Nein, Genossinnen und Genossen, da muss der eine oder andere Journalist an einem Kurzzeitgedächtnis leiden. Wir haben einen gemeinsamen Versuch mit den Verfassungsorganen gemacht, die NPD zu verbieten. Wir haben nie gesagt, dass dadurch das Problem Rechtsextremismus gelöst wird. Denn das Problem können die Demokraten und Demokratinnen in diesem Land nur gemeinsam lösen. Aber den Neonazis würden die Finanzmittel und die Infrastruktur entzogen werden.

(Beifall)

Ich will ganz klar sagen: Gemeinsam lösen bedeutet, alle demokratischen Parteien gemeinsam, die SPD, die CDU, die FDP, die Grünen, also alle, die sich daran beteiligen wollen. Denn es gibt dafür gute Beispiele, dass vor Ort eine Koalition gegen die Nazis gehalten hat und erfolgreich war, weil alle zusammen mitgewirkt haben.

Ich will auch an die Adresse von Michael Sommer und der Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften sagen: Es waren eure Organisationen, die vor Ort den Bündnissen häufig die Infrastruktur zur Verfügung gestellt haben. Michael, herzlichen Dank dafür! Wir brauchen euch da an unserer Seite!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, zum Schluss möchte ich noch sagen: Viele von euch engagieren sich auch vor Ort in Bündnissen. Wir machen immer wieder die Erfahrung, dass es in diesen Bündnissen den einen oder anderen gibt, der sagt: Na ja, wenn ihr nicht schreibt, dass der Linksextremismus genauso gefährlich ist, dann können wir bei dem Bündnis nicht mitmachen. Ich finde, wenn es um so zentrale Fragen für unser Gemeinwesen geht, dann darf man nicht kleinlich sein.

Ich sage das auch an die Adresse unseres Koalitionspartners. Der Sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt hat nach dem, was dort in Müggeln passiert ist, auf dem

Landesparteitag der CDU in Sachsen gesagt – ich zitiere ihn –: „Es gab keine Hetzjagd in Müggeln, es gab eine Hetzjagd auf Müggeln.“ – Genossinnen und Genossen, ich halte diese Art und Weise der Verharmlosung von rassistischer Gewalt von ganz oben herab für einen Skandal und finde, dass wir das auch offen aussprechen müssen.

(Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind bereit, mit allen demokratischen Kräften in diesem Land für diese Demokratie einzutreten. Das haben wir in unserer Geschichte stets bewiesen. Das beweisen wir in der täglichen politischen Praxis. Das beweisen Genossinnen und Genossen wie Felix aus Berlin, der sich auch weiterhin für seine Partei einsetzt. Das können wir und könnt ihr heute mit der Zustimmung zu diesem Antrag noch einmal unter Beweis stellen. – Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Antragsberatung. Wir wollen die zwölf Wortmeldungen, die wir jetzt haben, aufrufen. Zwischendurch werden wir, wenn es offiziell ankommt, das Wahlergebnis verkünden. Wir haben uns vorgenommen – falls das funktioniert –, dann vielleicht auch den nächsten Wahlgang dazwischen zu schieben, sodass wir den Zeitablauf heute einigermaßen im Griff behalten. Am Ende der zwölf Wortmeldungen wird Bärbel Dieckmann noch einmal etwas zu den Vorschlägen der Antragskommission sagen, was den Umgang mit den einzelnen Änderungsanträgen und Initiativanträgen betrifft. Dann stimmen wir darüber ab.

In diesem Sinne fangen wir mit der Wortmeldung von Volker Schlotmann, Mecklenburg-Vorpommern, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, an. Der Nächste, der sich vorbereiten kann, ist Sebastian Edathy.

**Volker Schlotmann, Mecklenburg-Vorpommern:** Genossinnen und Genossen! Zuerst einmal muss ich sagen, ich bin grenzenlos froh, dass die SPD auf einem Bundesparteitag jetzt endlich zu diesem Thema einen Antrag vorliegen hat, den wir – so hoffe ich zumindest – mit großer, breitester Mehrheit verabschieden können.

Ihr gehabt es gehört, ich bin Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern. Damit wisst ihr, dass wir das Problem der NPD hautnah, sozusagen als Frontkämpfer, jeden Monat im Land haben und nicht nur in den Landtagssitzungen, sondern auch weit darüber hinaus.

Genossinnen und Genossen, ich komme aber ursprünglich aus Westdeutschland. Ich nehme nach wie vor wahr, dass es doch Genossen in Westdeutschland gibt – ich komme aus dem Ruhrpott –, die glauben: „Na ja, so elementar ist dieses Problem gar

nicht, weil die Erfahrung zeigt: immer wenn Rechtsextremisten kamen – ich erinnere mich gut an das Thema FAP in Nordrhein-Westfalen –, „sind diese wieder ganz schnell verschwunden und haben sich selbst zerlegt; und da, wo sie in Parlamenten waren, sind sie dann wieder verschwunden.“ Genossinnen und Genossen, wer das heute noch glaubt, wer heute noch danach handeln will, der handelt aus meiner Sicht grob fahrlässig.

(Beifall)

Wir haben hier vorhin eine Zahl gehört, die sehr harmlos klingt: 100 bis 150. – Genossinnen und Genossen, das ist gar nicht das Kampffeld der NPD, dort draußen zu demonstrieren. Das macht man, um ein bisschen Klamauk zu haben und um in die Medien zu kommen. Deren Arbeit ist eine völlig andere, als wir es aus den vergangenen Jahrzehnten kennen. Es werden mit viel Geld, mit viel Intelligenz – das nicht zu sehen, wäre wirklich dumm – Know-how und Strukturen aufgebaut, die die NPD in die Lage versetzen, wirklich ernsthaft in die Mitte der Gesellschaft zu kommen.

Die Anzeichen, die wir sehen – ich dramatisiere da überhaupt nicht –, sind nun wirklich so alarmierend, dass wir uns entschieden haben, hier einen sehr schwierigen Weg zu gehen. Ich fange mal mit dem Ende der Rede von Niels an: die demokratischen Parteien und Fraktionen. Ihr wisst – das ist fast eine Sisyphus-Arbeit, aber ich weiß, wovon ich rede –, wir haben in der vergangenen Woche im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einen Antrag an die Landesregierung verabschiedet, in dem sinngemäß steht, dass wir erstens die Landesregierung auffordern, zu prüfen, wie das Verfahren auf den Weg gebracht werden kann, und zweitens zu versuchen, im Konzert mit den anderen Bundesländern das Verbotsverfahren über den Bundesrat mit auf den Weg zu bringen.

Ich kann Euch sagen: Die CDU-Kollegen haben dabei mitgemacht. Das war ein verdammt hartes Stück Arbeit. Das hat viel Zeit und Nerven gekostet. Aber mittlerweile ist es so, dass die CDU da – zumindest bei uns im Land – mitmarschiert. Die Linke – das kann man sicherlich auch trefflich diskutieren – steht an dieser Stelle zu den Demokraten. Ich finde das gut so. Wir werden alles vermeiden, um die Kollegen dieser Fraktion auszugrenzen.

Wer sich bei uns außen vor hält, Genossinnen und Genossen, ist leider die FDP. Ich muss das so deutlich sagen. Wir haben jetzt ein Jahr die NPD bei uns im Landtag. Es ist bisher immer gelungen, bei allen Dingen, die die NPD angeht, die Gemeinsamkeit der vier demokratischen Fraktionen herzustellen. Das ist erfolgreich. Das wird auch honoriert, auch in der öffentlichen Bewertung. Aber an bestimmten Ecken versucht dann die FDP, doch wieder auszubüchsen.

Zum Verbotsverfahren grundsätzlich: Genossinnen und Genossen, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Jürgen Papier, hat schon 2003 darauf hingewiesen, dass



die damalige Entscheidung keine Vorentscheidung inhaltlicher Natur über künftige Verbotsanträge darstelle. Wir erinnern uns alle: Dafür, dass das Verbotverfahren damals nicht gelungen ist, haben drei von acht Richtern des Bundesverfassungsgerichts gesorgt – nur drei. Auch das sollten wir dabei mit berücksichtigen.

Genossinnen und Genossen, Demokratie ist nur dann überlebensfähig, wenn wir uns aktiv gegen die Feinde der demokratischen Grundordnung zur Wehr setzen. Genau deshalb, sage ich euch, ist ein Verbotantrag notwendig und richtig. Ein Verbotverfahren ist eben keine Kapitulation des Rechtsstaates, sondern ein Zeichen der Entschlossenheit unserer wehrhaften Demokratie. Da sind wir alle gemeinsam gefordert.

(Beifall)

Ich will hier auch aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Mich ärgert total immer das Totschlagsargument: Wenn wir das tun würden, das funktioniert ja alles nicht, damit wird das Problem des Rechtsextremismus nicht erledigt. – Genossinnen und Genossen, das hat auch niemand behauptet. Das würde auch bei uns niemand behaupten. Aber es ist ein – und zwar entscheidender – Baustein, die Strukturen der NPD zu zerschlagen. Denn ihr alle wisst ganz genau wie ich: Ein Verbot der NPD beseitigt nicht die Gefahr des Rechtsextremismus, aber es entzieht ihr einen wichtigen Teil ihrer Struktur.

Ich komme zum Ende. Wir haben gelernt, dass die NPD nicht mehr die NPD ist, die wir aus der Vergangenheit kennen. Sie haben ihre Kameradschaften, sie haben ihre gewaltbereiten Spießgesellen, die die Straße beherrschen wollen, und sie haben die Intelligenten, die versuchen, in Institutionen und in Parlamenten Politik für die NPD zu machen.

Ich bitte euch: Unterstützt den Antrag! – Danke.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben ein Wahlergebnis.

Allen Delegierten, die jetzt außerhalb des Saales sind, sage ich: Wir werden gleich in den Wahlgang für den Generalsekretär und die Schatzmeisterin eintreten. Ihr seid sicherlich damit einverstanden, dass wir die beiden zusammen wählen – zwar auf verschiedenen Wahlzetteln, aber zusammen.

Ich gebe jetzt das Wort der Vorsitzenden der Wahl- und Mandatsprüfungskommission.

## Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden



© Marc Steffen Unger – www.ms-unger.de

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Die Wahlergebnisse der stellvertretenden Vorsitzenden:

Wahlergebnis für Andrea Nahles: 509 abgegebene Stimmen, davon eine ungültig und 508 gültig. 380 stimmten mit Ja, 89 mit Nein bei 39 Enthaltungen.

(Beifall)

Das bedeutet eine Zustimmung von 74,8 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Beifall)

Wahlergebnis für Peer Steinbrück: 509 abgegebene Stimmen, davon null ungültig. 384 stimmten mit Ja, 85 mit Nein bei 40 Enthaltungen. Das bedeutet eine Zustimmung von 75,4 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Beifall)

Wahlergebnis für Frank-Walter Steinmeier: Von 509 abgegebenen Stimmen sind alle gültig. 435 Jastimmen,

(Beifall)

35 Neinstimmen bei 39 Enthaltungen. Das ist eine Zustimmung von 85,5 Prozent.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Glückwunsch unseren drei stellvertretenden Parteivorsitzenden.

Andrea Nahles, ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

**Andrea Nahles, stellvertretende Parteivorsitzende:** Jawohl, vielen Dank.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Peer Steinbrück, ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

**Peer Steinbrück, stellvertretender Parteivorsitzender:** Ja, ich nehme die Wahl an.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dieselbe Frage, gerichtet an Frank-Walter Steinmeier: Nimmst du die Wahl an?

(Zuruf: „Der hört das nicht!“)

Herr Außenminister, nehmen Sie die Wahl an?

(Zurufe)

Dann nochmals vielen Dank. Herzlichen Glückwunsch und gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich glaube, es besteht der Wunsch, dass die neugewählten stellvertretenden Vorsitzenden mit dem Parteivorsitzenden einmal nach vorne treten, auch für die Fotografen.

Damit treten wir in zwei weitere Wahlgänge ein. Die Stimmzettel werden sicher ausgeteilt.

Es geht zuerst um die Wahl des Generalsekretärs. Vorgeschlagen ist Hubertus Heil. Ich frage: Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Dann ist es wieder so, dass ihr auf diesem Stimmzettel beim Generalsekretär bitte die Kontrollnummer 21 klebt; Generalsekretär die Kontrollnummer 21 und bitte „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ ankreuzen.

Dasselbe frage ich jetzt zum Wahlgang der Schatzmeisterin. Vorgeschlagen ist Barbara Hendricks. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Dann klebt bitte auf den Wahlzettel von der Schatzmeisterin die Kontrollnummer 22.

Also, noch einmal: Generalsekretär Kontrollnummer 21, Schatzmeisterin Kontrollnummer 22. Bitte „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ ankreuzen.

Ich bitte auch herzlich darum, dass die Gänge auch von den Delegierten ein bisschen freigehalten werden. Unsere jungen Leute, die Wahlzettel austeilen, sind zwar sehr sportlich, aber müssen doch ziemlich viele Delegierte überrunden, bis sie mit der Wahlurne und den Wahlzetteln zu Euch kommen.

Ich erinnere noch einmal daran: Für die Wahl des Generalsekretärs bitte die Kontrollnummer 21, für die Wahl der Schatzmeisterin bitte die Kontrollnummer 22 aufkleben.

Die Fernsehkamera auf der linken Seite bitte ich herzlich, aus den Gängen der Delegierten zu gehen. Ich höre es ist Phoenix. Auch Phoenix hat die Geheimhaltung der Wahlen zu gewährleisten.

Ich frage noch einmal: Wer hat noch keine Stimmzettel? – Da links drüben sind noch keine Stimmzettel. Ich bitte diejenigen, die noch keine Stimmzettel haben, die Hand zu heben.

Noch einmal zur Erinnerung, nachdem jetzt hoffentlich alle Delegierten die zwei Stimmzettel haben: Die Kontrollnummer 21 beim Generalsekretär, die Kontrollnummer 22 bei der Schatzmeisterin.

Ich frage noch einmal: Haben alle Delegierten jetzt die beiden Stimmzettel? – Und noch einmal für die Letzten: Der Generalsekretär die Nummer 21, die Schatzmeisterin die Nummer 22.

Dann bitte ich, mit dem Einsammeln der Wahlzettel zu beginnen.

Ich bitte die Delegierten, deren Stimmzettel noch nicht eingesammelt ist, diesen hochzuhalten. – Oh, das sind aber noch viele. – Sind jetzt alle Wahlzettel eingesammelt? – Das ist der Fall. Dann schließe ich diesen Wahlgang, und wir machen weiter mit der Antragsberatung.

## Fortsetzung der Antragsberatung zum Rechtsextremismus

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir fahren an der Stelle fort, wo wir vorhin unterbrochen haben, bevor wir die Wahlergebnisse der drei stellvertretenden Vorsitzenden erhalten haben und mit den Wahlen zum Generalsekretär und zur Schatzmeisterin begonnen haben.

Es hatte sich Sebastian Edathy gemeldet. Vorbereiten sollte sich schon Ralf Stegner.

**Sebastian Edathy, Bundestagsfraktion:** Liebe Genossinnen und Genossen! Im Herbst 1948, bei den Verhandlungen im Parlamentarischen Rat über das neue Grundgesetz, stellte Carlo Schmid die Frage: Sollen wir die totale Freiheit und Gleichheit auch denen einräumen, die – wenn sie dazu die Möglichkeit hätten, wenn sie an die Macht kämen – Freiheit und Gleichheit unterdrücken und die Demokratie vernichten? Das war der Grund dafür, dass der Art. 21 Aufnahme in das Grundgesetz gefunden hat, der die Möglichkeit beinhaltet, eine verfassungswidrige Partei durch das höchste deutsche Gericht, durch das Bundesverfassungsgericht, zu verbieten.

Ich finde es gut, wenn von diesem Parteitag ein klares Signal ausgeht: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen aus unserer Geschichte heraus, auch aus der spezifisch deutschen Geschichte heraus, dass man den Anfängen wehren muss und es nicht zulassen darf, Gegnern der Demokratie, Feinden der Menschlichkeit auch nur irgendeinen Spielraum zu lassen.

(Beifall)

Die NPD ist die radikalste der drei rechtsextremistischen Parteien in Deutschland. Sie vertritt ein Konzept organisierter Menschenfeindlichkeit, ihr kommt im Bereich des Rechtsextremismus eine Scharnierfunktion zu. Sie hat sich radikalisiert, gerade nach dem ersten Verfahren, das nicht zum Abschluss gekommen ist, und arbeitet systematisch mit dem gewaltbereiten Teil der nicht parteigebundenen rechtsextremistischen Szene zusammen.

Deswegen sage ich: Wir sind gut beraten – wenn ihr das beschließt –, diesen Weg zu beschreiten, gemeinsam in der Fraktion und mit den sozialdemokratischen Innenpolitikern, und das Material noch einmal sehr genau zu sichten. Wenn wir dann davon ausgehen, dass es eine gute Chance gibt, einen zweiten Anlauf erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht abzuschließen, dann werden wir diesen Weg beschreiten und eines zumindest sicherstellen: dass ein Stück der Infrastruktur des Rechtsextremismus beseitigt werden kann. Wir müssen einen Zustand beenden, von dem ich als Abgeordneter große Probleme habe, ihn in der Öffentlichkeit begründen zu können: 40 Prozent des Haushaltes dieser antidemokratischen NPD werden aus Steuermitteln finanziert. Es ist ein Treppenwitz und eine Absurdität, die wir nicht hinnehmen

können, dass die Demokratie den Feinden der Demokratie auch noch das Geld in die Taschen steckt. Das allein ist eigentlich schon Grund genug, ein neues NPD-Verbotsverfahren sorgfältig zu prüfen.

(Beifall)

Ich finde es aber gut – das will ich hier noch einmal betonen, weil das in der öffentlichen Berichterstattung über den Antrag viel zu kurz gekommen ist –, dass sich der Antrag mitnichten nur um die Frage eines möglichen Verbotsverfahrens dreht, sondern dass wir in dem Antrag auch sagen: Ja, eine Partei kann ich verbieten, aber eine Gesinnung kann ich nicht verbieten; die muss ich ächten und vor allem versuchen, das Entstehen einer menschenfeindlichen Gesinnung zu verhindern.

Eine Gesinnung zu ächten, heißt für uns Sozialdemokraten: Ja, Rechtsextremismus in Deutschland ist eine Realität, aber wir werden nie bereit sein, dies als Normalität zu betrachten.

(Beifall)

Ja, es ist real: Jüdische Kindergärten, Schulen, Synagogen müssen mit Polizeischutz versehen werden. Ja, es ist real: Menschen mit anderer Hautfarbe müssen gelegentlich Angst haben, wenn sie sich öffentlich bewegen. Aber es ist ein Grundversprechen der Demokratie, dass wir in Verschiedenheit miteinander leben und dass sich alle ohne Angst in diesem Land bewegen können müssen. Dazu gehört auch, ganz klar zu sagen: Ächtung heißt, sich klar zu distanzieren, Berührungspunkte gar nicht erst zu suchen, auch das Gespräche nicht mit Rechtsextremisten zu führen.

Bei der Prävention haben wir eine gute Bilanz vorzuweisen, auch wenn noch viel mehr zu tun ist. Wenn man sich die Leute dort draußen anguckt, die mit NPD-Fahnen demonstrieren, dann muss man feststellen: Rechtsextremismus in Deutschland hat ein erschreckend junges Gesicht. Wir haben es zunehmend nicht mehr mit ewig Gestrigen, sondern mit einer erschreckend großen Zahl von Neu-Gestrigen zu tun. Rechtsextremisten sind klüger geworden. Sie agitieren systematisch. Sie werben auf den Schulhöfen und machen dort, wo es wenig Jugendarbeit gibt, ganz gezielte Freizeitangebote.

Eines müssen wir Demokraten uns immer wieder in Erinnerung rufen – wir in Deutschland wissen das –: Demokratie kann nicht vererbt werden, Demokratie muss erlernt werden. Deshalb ist jedes geschlossene Jugendzentrum und jede Streichung von Bildungsangeboten, zum Beispiel die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen, ein Tort, den man der Demokratie antut. Hier müssen wir gegensteuern. Wir brauchen ein Bündnis von Bund, Ländern und Kommunen, in dem jeder seine Verantwortung wahrnimmt, um sicherzustellen, dass junge Menschen in Deutschland zu gefestigten demokratischen Staatsbürgern heranwach-

sen können, die in der Schule nicht nur Schreiben, Lesen und Rechnen, sondern auch demokratische Verhaltensweisen gelernt haben. Vor allem müssen sie lernen, dass man die Würde und den Respekt, den man für sich selbst in Anspruch nimmt, selbstverständlich auch anderen zu gewähren hat.

Von diesem Parteitag wird – ich bin da ganz sicher – das Signal ausgehen: Wir Sozialdemokraten wissen um die Wachsamkeit, die wir angesichts der Feinde der Demokratie zeigen müssen. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr und sagen ganz deutlich: In diesem Land, in Deutschland, muss man keine Angst haben vor menschlicher Vielfalt, sondern allenfalls vor menschlicher Einfalt. – Danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Antragsberatungskommission:** Das Wort hat Ralf Stegner. Ihm folgt Jens Geyer.

**Ralf Stegner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Antrag zum Thema Rechtsextremismus beschreibt, wie ich finde, das ganze Feld dessen, was wir als Sozialdemokraten tun können, um das, was wir in unserer Geschichte gelernt haben, in der aktuellen Lage auch anzuwenden. Ich bin Niels Annen sehr dankbar dafür, dass er das hier so dargestellt hat. Als Innenminister von Schleswig-Holstein bin ich übrigens auch meinen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten dankbar, dass sie draußen sind und dafür sorgen, dass alles friedlich über die Bühne geht.

(Beifall)

Zu dem Antrag gehört auch, dass ein neuer Verbotsantrag für die NPD geprüft wird. Auch ich bin dafür, dass wir dies tun. Denn es ist schwer erträglich, dass mit öffentlichen Mitteln eine Nazipartei gefördert wird. Genau das nämlich sind sie: Nazis.

(Beifall)

Ich sage aber auch, dass wir bei dem Verbotsantrag wirklich sehr sorgfältig vorgehen müssen. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn wir vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, es wäre ein Triumph für die Rechtsextremisten, den wir auf keinen Fall zulassen dürfen.

Ich sage: Demokratische Parteien dürfen vieles, aber sie sollten nicht über den Umgang mit der NPD streiten. Denn wenn wir dies tun, gibt es einen einzigen Gewinner, die Nazis. Deswegen plädiere ich dafür, diese Frage sorgfältig zu prüfen, und zwar mit der gebotenen Sorgfalt, die dafür sorgt, dass wir am Ende gewinnen. Dann wären wir alle froh.

Unabhängig davon ist es aber wichtig, dass wir daneben auch all die anderen Dinge tun, die notwendig sind. Ich will ein paar nennen: Es darf nicht sein, dass in Deutsch-

land wieder Menschen Angst vor Nazis haben müssen. Deswegen müssen wir mit der Polizei präsent sein, deswegen müssen wir dort, wo es erforderlich ist, auch repressiv vorgehen. Dafür brauchen wir teilweise auch V-Leute in der Organisation – wenn auch nicht als Führungspersonen –, um rechtzeitig da zu sein, wenn etwas stattfindet. Viel zu oft passiert es wieder in Deutschland, dass sich Menschen vor Rechtsextremisten fürchten müssen. Das darf nicht sein, Genossinnen und Genossen. Auch das ist unsere Verantwortung.

(Beifall)

Ich finde auch, dass wir nicht vornehm sein sollten mit denjenigen, die Rechtsextremisten finanziell unterstützen. Die müssen wir brandmarken und öffentlich angreifen. Es ist eine Schande, wenn Nazis finanziell unterstützt werden. Das muss man öffentlich sagen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich bin sehr dafür, dass wir eine wehrhafte Demokratie auch in der Weise darstellen, dass sich Demokraten nicht fürchten. Wir dürfen den Nazis keinen Meter Boden überlassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie demokratische Veranstaltungen stören oder verhindern, und wir dürfen nicht zulassen, dass unsere eigenen Leute Angst haben, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. In Teilen sind wir so weit, weil die in Teilen geschickter geworden sind.

Mit allem Ernst füge ich hinzu: Es darf auch nicht so sein, dass junge Menschen den Eindruck haben, die etablierten Parteien kümmern sich nicht um sie. Auch das ist eine Verantwortung, die wir haben. Die Nazis dürfen keine Möglichkeiten haben, mit ihren Rattenfängerparolen anderswo für sich um Zustimmung zu werben. Auch das ist ein wichtiger Auftrag, um den wir uns zu kümmern haben.

Bei dem Thema Rechtsextremismus ist man immer in der Gefahr, entweder die Dinge zu dramatisieren – glücklicherweise weiß die Mehrheit der Menschen in diesem Land, dass die Nazis Unglück über Deutschland gebracht haben, sodass sie an den Urnen keine Chancen haben –, oder aber auch zu verharmlosen. Vieles an Verharmlosung habe ich in der letzten Zeit gelesen, leider auch von verantwortlichen Politikern; Stellungnahmen, die so tun, als sei das Problem sozusagen das von Kommunen, dass sie in schlechtes Gerede kommen. Das ist nicht das Problem, sondern das Problem ist, dass Menschen Jagd auf andere machen, dass das in Deutschland stattfindet und dass Leute weggucken. Das ist ein Problem, und darum müssen wir uns kümmern, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen ist Rechtsextremismus und die Bekämpfung desselben vornehmes Thema für die Sozialdemokratie; dass wir heute mit allem, was wir können – mit programma-



tischer Arbeit, mit Prävention, mit Arbeit mit jungen Menschen –, um mit offenem Blick für die Gefahren – ich füge hinzu: mit aller Härte des Staates, wo es notwendig ist – alles zu unterbinden, was die Menschenwürde missachtet, denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist der erste Artikel in unserem Grundgesetz, der für alle Menschen gelten muss, egal, woher sie kommen, und egal, aus welchen Gründen oder scheinbaren Gründen Nazis gegen sie Stimmung machen.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Stimmt diesem Antrag mit großer Mehrheit zu. Das Signal ist: Die Sozialdemokratie ist im Kampf gegen den Rechtsextremismus entschlossen und geschlossen.

Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Jens Geier. Ihm folgt Horst Schmidt.

**Jens Geier, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Antrag, den der Parteivorstand vorgelegt hat, beschäftigt sich richtigerweise vor allen Dingen mit der NPD, denn sie ist mit Sicherheit die gefährlichste Ausprägung des sichtbaren Rechtsextremismus, die wir im Moment in der Bundesrepublik haben. Er ist zudem verdienstvoll, weil er die Unvereinbarkeit mit den rechtsextremen Burschenschaften festgestellt hat. Das ist insofern übrigens ganz wichtig, weil man an den Burschenschaften sehen kann, wie ein politisches Konzept ideologisch und durch populistische Aufladung verändert wird. Im Vormärz um 1848 war Deutsch bei den deutschen Burschenschaften ein linkes Konzept. Es bedeutete staatliche Einheit als Republik, Freiheit und Wahlrecht. Nach 1871 wurde das umgedeutet, und es wurde ein rechtes Konzept. Danach stand Deutsch für völkisch, nationalistisch und imperialistisch. Viel weiter sind viele von diesen Burschenschaften bis heute nicht, und schon für diese die Unbeweglichkeit haben sie aus meiner Sicht die Unvereinbarkeit verdient.

(vereinzelt Beifall)

Verdienstvoll ist dieser Antrag aber auch, weil er mit den Leitlinien der SPD zum Umgang mit dem Rechtsextremismus eine Erfolg versprechende und eine nachvollziehbare Strategie entwickelt hat. Ich finde es insbesondere wichtig, dass eine Trennlinie zwischen uns und denen gezogen wird, dass klar gemacht wird, dass es eine Zusammenarbeit zwischen Demokraten und Nicht-Demokraten an der Stelle nicht geben kann.

Ich wünsche mir, dass wir diese Themenstellung, Genossinnen und Genossen, so, wie es aus Mecklenburg-Vorpommern dargestellt worden ist, jetzt unseren bürgerlichen politischen Partnern auch einmal vor die Tür fahren; denn ich finde es schon spannend, zu beobachten, ob das bürgerliche Lager in Deutschland so konsequent ist wie

beispielsweise in Frankreich, wo eine Trennung zum Front National sogar um den Preis der Macht eingehalten wird.

Ich teile uneingeschränkt die Forderung nach dem Verbot der NPD. Aber ich will zwei Anmerkungen dazu machen.

Ich schließe mich Ralf Stegner an: Diesmal muss es aus den besagten Gründen klappen.

Die zweite Anmerkung: Wer glaubt, wir könnten das Thema Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland nach einem NPD-Verbot zu den Akten legen, der irrt, und zwar aus folgenden zwei Gründen. Der sichtbare Rechtsextremismus ist inzwischen so vernetzt, dass er sich vergleichsweise schnell eine neue Organisations-ebene aufbauen wird. Das mildert nicht den Wert des Verbots an sich, denn sie organisatorisch zu behindern, ist alleine schon richtig. Aber es ist keine finale Lösung. Der Medusa wird schnell ein neuer Kopf wachsen. Der unsichtbare Rechtsextremismus wird außerdem dadurch nicht besiegt, denn seit den 70er-Jahren wissen wir doch eigentlich, dass ca. 12 Prozent der – das muss man jetzt sagen – damals bundesrepublikanischen Bevölkerung-West ein geschlossen rechtes Weltbild hat. Diese 12 Prozent verteilen sich über das gesamte politische Spektrum. Heute schöpft der sichtbare Extremismus dieses Potenzial gelegentlich aus, aber damit dieses Potenzial auf die Dauer fruchtbar werden kann, fehlt dem gerade unsichtbaren Rechtsextremismus in Deutschland noch die populistische Note.

Es ist ein durchgängiges Motiv der Rechten in Europa, die bedrohte Unschuld zu geben, die angeblich als Einzige die unbequeme Wahrheit endlich ausspricht und deswegen von den Mächtigen – „von denen da oben“ – gehetzt wird. Für diese Rechtspopulismus gibt es meiner Meinung nach zwei wichtige Einfallstore. Das eine ist der Euro-Skeptizismus, die Arbeit gegen „die da in Brüssel“ und gegen jede Erweiterungsdiskussion, ganz besonders dann, wenn es um den Türkei-Beitritt geht. Das zweite Einfallstor ist der Bereich der Integrationspolitik, immer schön vermischt mit dem Thema innere Sicherheit und Verbrechensbekämpfung. Bei den Auseinandersetzungen um den Moscheebau in einigen westdeutschen Großstädten kann man beispielhaft erleben, wie das geht.

Wer jetzt glaubt, ich plädiere für Diskussionsverbote, der missversteht mich. Im Gegenteil: Nur wenn wir erklären, warum die Dinge so sind, wie sie sind, und wie wir sie verbessern wollen, dann setzen wir das Argument gegen das Angstschüren, und nur so schafft man Vertrauen; denn Aufklärung kann nie populistisch sein.

In dieser Stadt, in Hamburg, hat man besichtigen können, wie Rechtspopulismus wirkt. Der furchtbare Jurist Schill hat mit einem populistischen Konzept hier in Hamburg vor Jahren ein Ergebnis erreicht, das weit über das Milieu des klassischen Rechtsextremismus hinausreichte.

Ich plädiere dafür, dass wir in diese Richtung weiterdiskutieren. – Danke schön.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Horst Schmidt. Dann kommt Uli Nissen.

**Horst Schmidt, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin dankbar, dass dieser Antrag deutlich macht, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt unsere Demokratie gefährden und auch unser friedliches Zusammenleben gefährden.

Es ist sicherlich richtig, den Verbotsantrag gegen die NPD zu stellen. Dieses Verbot zeigt die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie. Aber dazu brauchen wir in der Tat die Gemeinsamkeit aller Demokraten.

Wie weh es der NPD tut, zeigt die Demonstration, die draußen stattfindet.

Es ist aber auch richtig gesagt worden, dass das Verbot das Problem noch nicht regelt. Rechtsextreme Einstellungen sind in unserer Gesellschaft viel weiter verbreitet, als wir das glauben. Noch vor ein paar Jahren haben ja viele geglaubt, Rechtsextremismus, rechtsextreme Gewalt finden nur in den neuen Bundesländern statt. Deshalb haben wir in Bayern eine Ausstellung dazu gemacht und uns mit dem Rechtsradikalismus in Bayern beschäftigt. Diese Ausstellung wurde in einem Jahr in über 100 Städten gezeigt: an Schulen, in Rathäusern und in Landratsämtern. Wir sehen, dass es wichtig ist, dies immer wieder neu zu machen. Jede Schülergeneration muss sich neu mit diesem Thema beschäftigen. Viele Eltern und auch viele Lehrer sind aber noch zu wenig qualifiziert dazu.

Die Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern oder auch von den Jusos in Dietfurt zeigen, wie wichtig das Engagement der SPD dabei ist. Eine solche Ausstellung gibt es jetzt, unterstützt vom Genossen Stegner, auch in Schleswig-Holstein. Ich hoffe, dass es auch in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bald solche Ausstellungen gibt, mit denen wir in die Schulen gehen können. Ich glaube, wir bräuchten in unseren Bundesländern mehr davon.

Wenn ich mir den Antrag 1 und den Initiativantrag 11 anschau, dann finde ich hier eine ganze Reihe guter Ansätze und Vorschläge, wie sich die SPD damit beschäftigen kann. Das heißt aber auch: Das darf kein Strohfeuer sein. Man muss der SPD-Bundestagsfraktion dankbar sein und sie dabei unterstützen, dass sie verhindert hat, dass die Mittel dafür reduziert worden sind. 24 Millionen Euro im Jahr sind aber zu wenig. Da muss draufgelegt werden, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist auch wichtig, Organisationen wie exit.de mehr als bisher zu unterstützen. Diese Organisationen helfen Aussteigern. Sie sind ehrenamtlich organisiert. Nicht jeder, der aussteigt, geht zum Verfassungsschutz oder zur Polizei. Deshalb müssen wir hier noch viel mehr tun. Wir brauchen in jedem Bundesland eine exit-Organisation.

Für Bayern muss ich leider sagen – das gilt möglicherweise aber auch für andere Bundesländer –, dass es eine Schande ist, dass es in ganz Bayern keinen Lehrstuhl und keinen Wissenschaftler gibt, der sich intensiv mit dem Problem Rechtsextremismus in Bayern beschäftigt. Ich denke, hier muss nachgelegt werden.

Die Bundesstiftung Demokratische Kultur, die vorgeschlagen worden ist, halte ich für unbedingt notwendig. Hier können wir wirklich Dauerhaftigkeit erzeugen.

In dem Antrag heißt es auch, die politische Bildung müsse verstärkt werden. Dies gilt aber nicht nur für die Lehrer und für die Bildungseinrichtungen, sondern auch für den Sport, für Jugendleiter, für Trainer und für alle, die in der Jugendarbeit tätig sind. All diese müssen informiert werden, wie Rechtsextremismus ausgeprägt ist und was sie dagegen tun können.

Genossinnen und Genossen in den Bundesländern, das heißt aber auch, dass ihr die Arbeit von Bezirks- und Länderjugendringen stärken und sie besser ausstatten müsst. Auch wir Kommunalpolitiker – ich bin selber Kreis- und Stadtrat – müssen die Netzwerkarbeit, die es vor Ort gibt, stärker unterstützen. Wir dürfen nicht wegschauen, sondern wir müssen Bündnisse vor Ort prägen.

Der Parteivorstand hat in den letzten Jahren mit seiner Projektgruppe ganz hervorragende Arbeit geleistet. Dies muss aber weiter intensiviert werden. Die CSU hat bei uns in Bayern eine Musik-CD gegen die Schulhof-CD veröffentlicht. So etwas fehlt mir jetzt auf der SPD-Seite. Wir haben dies vor zwei Jahren gemacht. Dies muss aber immer wieder neu geschehen. Wir brauchen auch in den Unterbezirken und in den Landesverbänden Beauftragte, die solche rechtsextremen Vorfälle sammeln, die Organisation vor Ort betreuen und auch die Qualifizierung in die Hand nehmen.

Genossinnen und Genossen, lieber Hubertus Heil, wir brauchen auch das Material von der Partei jedes Jahr neu. Wir brauchen vor allem auch Material, das wir den Schulen an die Hand geben können. Das heißt, dass wir auch einmal auf das SPD-Logo vorne verzichten müssen. Wir haben ganz hervorragendes Material. Wenn es im Schulunterricht aber nicht eingesetzt werden kann, dann ist das zu wenig. Deshalb die Bitte, hier noch einmal nachzulegen.

Genossinnen und Genossen, es ist also wichtig, dass wir nicht wegschauen, sondern Gesicht zeigen, wie eine Initiative sagt; aufstehen und Bündnisse vor Ort unterstützen. Ich bitte Euch alle, hierbei mitzumachen. Wir müssen gut zeigen – ich denke, ein

Signal dafür setzt dieser Antrag –: Rechte Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft keinen Platz und dürfen keinen haben.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank. – Uli Nissen ist die Nächste. Ihr folgt Martin Dulig.

**Ulrike Nissen, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, der Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus der SPD war mit ein Grund dafür, mich seit Anfang der 70er – da war ich gerade 11 oder 12 Jahre alt – in der SPD zu engagieren. Deshalb bin ich heute auch sehr froh, dass dieser Antrag des Parteivorstandes vorliegt, und ich bin auch froh über den I 11, der eine wichtige Ergänzung enthält.

Was ganz wichtig ist: Wir dürfen wirklich keine Angst haben. Ich habe Anfang der 90er in Frankfurt eine Initiative gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus mit unterstützt. Damals standen mein Name und meine Anschrift in den Zeitungen. Was bekam ich natürlich? Angebote von Beerdingungsinstituten und sehr nette Telefonanrufe. Ich habe mir dann eine Schiedsrichterpfife angeschafft. Wenn dann wieder Anrufe kamen, habe ich ordentlich zugepiffen. Es hat ziemlich schnell aufgehört.

Gerade in der letzten Woche haben wir die NPD bei uns in Frankfurt zu Besuch gehabt – zum zweiten Mal innerhalb von ein paar Monaten. Am 7. Juli dieses Jahres – auch damals war ich Demonstrationsbeobachterin der Stadt Frankfurt – mussten wir die Nazis schon einmal ertragen. Es war schwerst erträglich. Die Demonstration war genehmigt. Wir waren die Beobachter und mussten uns Sprüche wie solche anhören: „Israel, Mörderstaat“ und andere. Ich sage ihnen gleich noch die Sprüche vom letzten Wochenende. Ich habe dann die Polizei aufgefordert: Bitte verhindern Sie diese Sprüche. – Die Polizei hat nur sehr verzögert darauf reagiert. Die Nazis haben ja wieder gedroht.

Letztes Wochenende waren die Nazis wieder da. Dieses Mal waren 98 Demonstranten, 3.000 Polizisten und etwa 1.500 Gegendemonstranten da. Wir mussten uns solche Sprüche anhören: „Die biologische Grundlage muss erhalten bleiben, aber es ist nichts verloren, solange ein Sohn einer deutschen Mutter lebt“, „Hier marschiert der nationale Widerstand“, „BRD heißt das System, morgen wird es untergehen“, „Ruhm und Ehre für die Deutsche Nation“. – Wir konnten nichts machen. Diese Sprüche waren nicht verboten.

Ein Polizeiführer, der öfter auf Kundgebungen ist, hat mich gefragt: Was haben Sie in Frankfurt denn für geringe Auflagen gemacht? Er hat mir einen Auflagenkatalog der Stadt Neuss gezeigt, der auch vom Gericht genehmigt worden ist. All die Sprüche, die darin standen, waren verboten. Er hat den guten und wichtigen Vorschlag gemacht: Ihr Städte müsst euch besser koordinieren. Prüft, was in den anderen Städten genehmigt

und was verboten worden ist, sodass der Auflagenkatalog deutlich besser wird. Ich denke, die Städte und Kommunen müssen sich viel besser vernetzen. – Ich hoffe, dass das nicht mehr lange nötig sein wird; denn auch mein großer Wunsch ist, dass die NPD wirklich verboten wird. Die Vorredner haben das schon gesagt: Das Verfahren kann nur dann angestrebt werden, wenn wir große Aussicht auf Erfolg haben.

Am Wochenende habe ich wieder festgestellt, dass sich die Nazis am meisten gefreut haben, wenn sie auf Gegendemonstranten getroffen sind. In den Gegenden, in denen niemand war, waren sie zutiefst betrübt. Wenn Gegendemonstranten da waren, sind sie aufgeblüht. Es hat ihnen viel Freude gemacht. Mir nicht. Am liebsten hätte ich die Mikrophone der Nazis genommen und sie zerstört. Es war ein großer Kampf mit mir selbst, dass ich das zulassen musste. Es war sehr schwer. Es hat sehr viel Selbstbeherrschung verlangt, dass wir das zulassen mussten.

Also: Bitte unterstützt diesen Antrag in großem Maße. Ein wichtiger Ergänzungsantrag aus dem I 11 bezieht sich auf die langfristige Unterstützung der antirassistischen Projekte. Auch hier bitte ich euch um eure Unterstützung. – Herzlichen Dank.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Martin Dulig. – Ihm folgt Christian Reinke.

**Martin Dulig, Sachsen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus. Das meinte zumindest Kurt Biedenkopf. Wenn man dann das Wahlergebnis 2004 gesehen hat, dann hat man gemerkt, wie immun man ist. Es war ein furchtbares Ergebnis.

Aber lehnt Euch bitte nicht zurück. Schaut jetzt nicht nur auf Sachsen oder auf Mecklenburg-Vorpommern, wo die NPD im Landtag sitzt. Wir müssen verstehen, es ist weiterhin unser gemeinsames Problem und kein Ostproblem. Das ist der erste entscheidende Punkt.

(Beifall)

Ja, die NPD hat ein junges Gesicht, ein erschreckend junges Gesicht. Aber die zweite Erkenntnis ist: Es ist kein Jugendproblem, sondern es geht durch alle Generationen. Auch da müssen wir die richtigen Konsequenzen ziehen.

(Beifall)

Der dritte Punkt: Wenn wir jetzt ein NPD-Verbotsverfahren prüfen, dann ist das eine Antwort auf die Frage, wie man mit der organisierten Form von Rechtsextremismus umgeht. Die NPD und andere rechtsextreme Parteien sind eine organisierte Form davon. Das Problem, das wir aber vor allem haben, ist die Frage der Einstellungen von Menschen. Dort geht es sehr viel tiefer. Denn wir merken inzwischen, dass Menschen rassistische, fremdenfeindliche antisemitische Einstellungen haben und dabei

denken, dass sie in der Mitte sind. Sie sagen nicht mehr, dass sie rechts sind. Das ist die schleichende Normalisierung, die so gefährlich ist.

(Beifall)

Wir brauchen deshalb eine Kultur des Widerspruchs. Das fängt in den Schulen an, das geht in den Betrieben weiter. Wir müssen uns vor allem damit auseinandersetzen, dass wir keine Ablenkungsdebatten führen. NPD-Verbotsverfahren auf der einen Seite – das ist richtig, wir müssen es prüfen. Aber wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, wenn irgendwann einmal die NPD nicht mehr im Landtag ist. Wir sollten doch nicht so tun, als ob wir dann das Problem damit erledigt hätten.

(Beifall)

Wir müssen jedem ausländerfeindlichen Witz in der Schule widersprechen. Es ist halt nicht nur ein Witz. Wir müssen rassistische Äußerungen am Arbeitsplatz bekämpfen. Es gibt viele Betriebe, die in ihren Betriebsvereinbarungen dazu Regelungen getroffen haben. Da kann man also etwas tun. Ich kann und will nicht akzeptieren, dass bei Feuerwehren oder Sportvereinen Nazis Mitglied sind. Man muss auch dort etwas tun. Das heißt, wir brauchen überall die Kultur des Widerspruchs, damit wir diese Normalisierung nicht akzeptieren.

Wir haben als SPD viel getan. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die mit Civitas und Xenos endlich die richtigen Programme auf den Weg gebracht hat. Ich bin sehr dankbar, dass wir in dieser Koalition den Ansatz herüber retten konnten, dass es weiterhin ein Bundesprogramm gibt. Aber man merkt durchaus, welche Probleme in der Umsetzung, seitdem das Programm in CDU-Hand ist, bestehen. Wir müssen weiterhin dafür kämpfen, dass wir auch als SPD für die große Anzahl von Initiativen und Netzwerken ein glaubhafter Partner sind, auch in dieser Bundesregierung, und zur Not diese Bundesprogramm noch einmal nachjustieren.

(Beifall)

Ich bin auch dankbar, dass wir als SPD dieses Thema nicht das erste Mal diskutieren. Ich erinnere an die letzten Bundesparteitage. Hubertus Heil hat in Karlsruhe von der Sächsischen Schweiz gesprochen. Seine ganz konkrete Antwort war ein Projekt „Mit Leidenschaft für Demokratie“. Dieses Projekt läuft jetzt sehr erfolgreich in einer Region, wo die Sozialdemokratie fast nicht vorhanden ist. Auf einmal haben die Netzwerke und Initiativen wieder einen Ansprechpartner. Leute kommen in das Büro und nutzen es für Gespräche mit Abgeordneten. Auf einmal findet soziale Demokratie auch wieder statt. Dieses erfolgreiche Projekt haben wir von sächsischer Seite immer unterstützt. Ich gehe davon aus, dass auch der Parteivorstand dieses Projekt weiterführt. Ich bedanke mich dafür ganz herzlich.

(Beifall)

Ja zu dem Antrag, der vorliegt, weil er eine gute Mischung bietet und sich mit der Frage beschäftigt, wie man sich mit der organisierten Form auseinandersetzt. Er macht aber vor allem klar: Wir müssen an die Einstellungen von Menschen heran. Deshalb bitte ich Euch um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Nun Christian Reinke. Ihm folgt Kerstin Griese.

**Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es tut gut zu erkennen, dass wir in diesem Thema sehr, sehr einig sind. Es tut gut aufgrund unserer Geschichte und aufgrund der Tatsache, dass Tausende von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in nationalsozialistischen Konzentrationslagern ums Leben gekommen sind. Es tut den Menschen in diesem Land gut, dass wir bei diesem Thema deutlich Stellung beziehen.

Aber jeder Arzt weiß, dass man am besten dann eine sinnvolle Therapie vorschlagen kann, wenn man vorher eine vernünftige Diagnose gestellt hat. Ich finde, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben an dieser Front eine Menge dazuzulernen, eine Menge neu zu entdecken und eine Menge neu zu bekämpfen. Das hat mit folgenden Punkten zu tun:

Erstens. Sehr oft erlebe ich in Debatten über das Thema Rechtsextremismus – zum Teil auch auf diesem Parteitag –, dass Rechtsextremismus fast ausschließlich mit dem historischen Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wird. Es gibt aber eine Reihe von neueren Entwicklungen im Rechtsextremismus, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erst noch zur Kenntnis nehmen müssen. Nur wenn wir diese zur Kenntnis nehmen, werden wir in der Lage sein, uns damit politisch vernünftig auseinanderzusetzen.

Da gibt es Rassisten, die feiern ein Fest der Völker. Sie sagen, Völker sind etwas Feines, nur dürfen sie sich nicht durchmischen. Das ist aber etwas anderes als die Debatte über Über- und Untermenschen. Da gibt es Rechtsextremisten, die sagen, Hitler war der größte Verbrecher. Ihm haben wir die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg zu verdanken. Deshalb können wir nicht Anhänger von Hitler sein.

Auch diese Rechtsextremisten müssen aber bekämpft werden, weil sie menschenfeindliche Auffassungen vertreten. Deshalb haben wir eine Menge zu lernen.

Zweitens. Wir müssen feststellen, dass es sich dabei nicht um eine intellektuelle Auseinandersetzung handelt. Sehr oft erlebe ich – auch unter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – diese Grundhaltung: Das sind die dummen Nazis und wir sind die schlauen Sozis. Wir stecken die locker in die Tasche. – Das habe ich schon mehrmals anders erlebt. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir klarmachen



chen, dass es keine Frage von Intellektualität ist. Es gibt auf Internet-Seiten hochintellektuelle Debatten, bei denen manche linke Debatten nicht mithalten können. Das Problem ist nur, es handelt sich hierbei nicht um eine intellektuelle Auseinandersetzung, sondern um eine Auseinandersetzung um Werte. Ich kann nur sagen: Es ist – ich muss es deutlich formulieren – scheißeegal, ob die Jungs klug oder schlau sind. Sie haben Werte, die ich nicht teile. Deshalb lehne ich sie ab. Sie haben Werte, die menschenfeindlich sind. Deshalb müssen wir sie bekämpfen, egal ob sie klug oder dumm sind.

(Beifall)

Drittens. Wir haben noch zu lernen, dass wir uns noch stärker mit dem Thema Alltagsrassismus auseinandersetzen müssen: in der Schule, auf dem Fußballplatz. Ich finde, auch sozialdemokratische Ministerinnen und Minister sollten nie wieder Äußerungen tätigen wie: Wer unser Gastrecht missbraucht, muss raus – aber schnell. Das lädt die Rechtsextremisten zu entsprechenden Debatten ein. Ich möchte so etwas in der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr hören, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen auf diesem Parteitag klare Signale setzen. Deshalb haben die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD verschiedene Änderungsanträge vorgelegt, wo ich um eure Zustimmung werben möchte:

Erstens. Wir müssen das klare Signal setzen: Sozis dürfen niemals mit Nazis reden, weder in Zeitschriften noch in Bildungswerken oder Parlamenten.

Zweitens. Wir müssen einen Beitrag dazu leisten, dass friedlicher, antifaschistischer Widerstand nicht in diesem Land kriminalisiert wird. Viele junge Leute sind bereit, sich gegen Rechtsextremismus friedlich zu engagieren. Aber sie werden häufig mit denen vermischt, die sich nicht friedlich mit dem Thema auseinandersetzen. Diese jungen Leute brauchen unsere Unterstützung und nicht eine Kriminalisierung.

(Beifall)

Drittens. Wir reden immer über die Täter. Wir müssen auch verstärkt uns um die Opfer kümmern. Deshalb schlage ich vor, dass wir uns dafür einsetzen, dass die Ausländerbehörden in diesem Land alles dafür tun, dass Menschen, die Opfer rechtsextremistischer Attacken geworden sind, ein Bleiberecht in Deutschland erfahren und nicht abgeschoben werden, liebe Genossinnen und Genossen.

Ein letzter Punkt, für den ich ausdrücklich werben möchte. Ich habe keine Lust mehr, dass Frau von der Leyen ständig neue Ideen hat, wie man die Anti-Rechtsextremismus-Projekte zu stricken hat. Deshalb brauchen wir die Bundesstiftung für demokratische

tische Kultur, damit wir die Förderung unabhängig von der politischen Konjunktur und Stimmung gestalten können, eine Stiftung, die langfristig arbeitet und das Engagement langfristig unterstützt, die damit im Kampf gegen Rechtsextremismus einen wertvollen Beitrag liefert. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Genossinnen und Genossen, ihr habt es schon gemerkt: Bei diesem Thema wollen wir nicht jedem die Redezeit abschneiden. Trotzdem bitte ich alle, ein bisschen auf unsere Fünf-Minuten-Regel zu achten.

Als Nächste spricht Kerstin Griese. Ihr folgt Sigmar Gabriel.

**Kerstin Griese, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich zuallererst für die gute Zusammenarbeit in diesem Themenbereich ganz herzlich bedanken, die wir zwischen den vielen Gliederungen der Partei und auch der Fraktion haben – bei Niels Annen, bei Martin Dulich und bei vielen anderen. Denn wenn nicht Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dieses Thema besetzt hätten, dann wäre es in der Großen Koalition in der Tat untergegangen.

Zur Belebung der Debatte möchte ich darauf hinweisen, wie schwierig es ist, mit einem CDU-geführten Ministerium über diese Programme gegen Rechtsextremismus zu sprechen. Denn aufseiten der Union gibt es überhaupt keinen Zugang zu diesem Thema und gibt es immer noch die wirklich fatale Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus und nehmen sie dieses Thema gar nicht ernst. Ich finde, das ist ein Skandal.

(Beifall)

Wir haben uns sehr einsetzen müssen und haben es mit Peter Strucks und Kurt Becks Hilfe geschafft, dass es überhaupt wieder Programme im jugendpolitischen Bereich gegen Rechtsextremismus gibt. Die Union wollte diese Programme gegen Links- und Rechtsextremismus und Islamismus gleichermaßen einsetzen. Ich möchte ganz deutlich sagen: Das ist eine Verkennung der Gefahr, die von Rechtsextremismus ausgeht. Allein die Zahl von 135 toten Opfern rechtsextremer Gewalt seit der Wiedervereinigung muss jedem deutlich machen, dass dort das eigentliche Gefahrenpotenzial ist.

(Beifall)

Wir haben lange diskutiert und – einige meiner Vorredner haben es bereits gesagt – sind mit dem, was wir jetzt als Ergebnis haben, nicht nur glücklich. Aber wir sind froh, dass es weiterhin ein Programm gibt, welches das Programm Entimon ergänzt und weiterführt, nämlich das Programm „Vielfalt tut gut“, und dass es ein neues Programm gibt – das hat die SPD in der Großen Koalition erkämpft –, nämlich das Programm „Förderung von Beratungsnetzwerken – mobile Intervention“. Denn wir

haben gute Erfahrungen mit dem gemacht, was zum Beispiel Martin Dulich aus Sachsen berichtet hat, dass sich dort mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen eingesetzt haben. Wir wollen und müssen diese Arbeit weiter fördern und weiter unterstützen.

Die SPD hat eine lange Tradition im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Das ist bei der CDU/CSU, wie gesagt, ganz anders. Bei denen geht es immer nur um den Linksextremismus. Deshalb, weil wir diese lange Tradition haben, müssen wir auch diese Arbeit weiter gestalten.

Ich möchte auch ganz deutlich sagen, weil auch diese Kritik hier ankam: Wir haken auch in der Fraktion immer wieder nach, wie die Programme umgesetzt werden. Wir sehen das Problem, dass sie zu bürokratisch umgesetzt werden. Wir hätten auch gerne mehr Zivilgesellschaft beteiligt und nicht allein staatliche Stellen. Denn diese Arbeit gegen Rechtsextremismus kann nur dann Erfolg haben, wenn die Zivilgesellschaft, wenn viele Menschen, die sich vor Ort engagieren, darin eingebunden sind.

Ich möchte zu drei Bereichen etwas sagen, in denen wir mehr tun wollen und in denen wir schon einiges tun, nämlich im Bereich der Prävention, der Förderung demokratischer Kultur, das Lernen von Toleranz und auch das interkulturelle Lernen. Es geht auch darum, wofür wir positiv stehen – es geht nicht allein um Feuerwehrprogramme, wenn irgendwo ein rechtsextremer Anschlag oder eine Aktivität ist, sondern es geht auch darum, langfristig und nachhaltig zu sagen: Vielfalt tut gut. Demokratie ist richtig. Toleranz tut gut. In dieser Form wollen wir in diesem Land zusammen leben. Um es mit Johannes Rau zu sagen: Wir wollen ohne Angst verschieden sein können.

(Beifall)

Es geht zweitens um den ganzen Bereich der Aufklärung, der historischen und auch der aktuellen politischen Bildung – auch da ist immer noch viel zu tun –, damit so etwas wie eine Kultur des Hinsehens und nicht des Wegsehens entsteht, damit junge Menschen informiert werden. Ich will ausdrücklich sagen: Auch wenn wir diese Programme jugendpolitisch angesetzt haben, ist das nicht allein ein Jugendproblem, sondern Jugendliche hören oft von Erwachsenen: Die Strippenzieher der Neonazis sitzen im Westen, dort ist auch das Geld. – Das ist nicht nur ein reines Ostproblem, das ist nicht nur ein reines Jugendproblem, sondern es ist genauso auch das Denken, das in den Köpfen Erwachsener vorhanden ist.

Ein dritter Bereich, den ich für sehr wichtig halte, ist es, Jugendlichen Chancen zu geben. Wenn wir ganze Landstriche haben, in denen es keine kommunale Jugendarbeit mehr gibt, in denen es keine Freizeitzentren für Jugendliche gibt, dann kann ein Bundesprogramm noch so viel tun – dann muss man vor Ort beginnen, dann müssen

dort auch Angebote sein und dann müssen auch Jugendliche eine Chance haben, eine Ausbildung zu machen und Bildungschancen wahrzunehmen. Ich bin deshalb Franz Müntefering sehr dafür dankbar, dass er in seinem Programm Xenos viele gute Projekte und Initiativen fördert, damit Jugendlichen Chancen gegeben werden, damit auch Migrant\*innen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben, damit das Miteinander-Lernen, diese Kultur des Miteinanders gelernt wird.

Ich möchte einen Dank an die vielen Menschen anschließen, die sich ehrenamtlich in Initiativen vor Ort engagieren, mit denen wir als SPD gut zusammenarbeiten, deren Anliegen wir kennen und wo wir auch sagen: Wir bemühen uns und versuchen, alles daran zu setzen, dass diese Programme wirklich die Zivilgesellschaft einbeziehen und nicht allein in bürokratischen Strukturen laufen. Stellvertretend für viele möchte ich nur drei nennen: den Verein gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., bei dem ich mich sehr herzlich für die Zusammenarbeit bedanke, beim Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen und – Uwe Karsten Heye ist noch hier – bei Gesicht zeigen e.V. Ich bin sehr froh, dass mein Unterbezirk dir in der letzten Woche den wichtigen Preis des Neandertalers für diese wichtige Arbeit, die Gesicht zeigen e.V. macht, verleihen konnte.

(Beifall)

Die Jusos haben beantragt, unter anderem eine Stiftung für demokratische Kultur aufzubauen. Ich will ganz deutlich sagen, das ist auch eine gute Idee, wie man diese Arbeit fördern kann. Wir haben es in diesem Jahr versucht. Wir haben geprüft, ob es eine solche Möglichkeit gibt. Ich wäre auch dafür, diesen Vorschlag in den Antrag aufzunehmen. Wir haben das in diesem Jahr noch nicht geschafft. Wir müssen schauen, mit welcher Form man am besten diese Initiativen und Programme fördern kann. Bei einer Stiftung muss man schauen, wie sie ausgerichtet ist, wo auch das Geld dafür herkommt. Ich fände es gut, diese Idee weiter zu prüfen, denn uns muss es ja um eines gehen: Es geht nicht um kurzfristige Programme, sondern es geht um eine nachhaltige Arbeit, damit die Mehrheitsmeinung Demokratie und Toleranz ist und niemand Angst hat, in bestimmte Stadtteile zu gehen, damit wir ohne Angst verschieden sein können und damit eine demokratische Kultur in unserem Land aufgebaut wird. – Ich danke euch für die Aufmerksamkeit und für die Unterstützung.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Danke, Kerstin. – Sigmar ist der Nächste. Nach ihm spricht Walter Meinhold.

**Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil wir als Niedersachsen – damals übrigens gemeinsam mit Bayern – den Antrag auf Verbot der NPD gestellt haben und damit aus den bekannten Gründen, die ja hier erwähnt worden sind, schon mal gescheitert sind.

In der Debatte ist, glaube ich, alles richtig, was zum Beispiel Kerstin Griese und viele andere gerade zu Jugendprogrammen, zur kommunalen Sozialarbeit, zu den vielen Programmen, die wir als Staat, als Länder, als Kommunen machen, gesagt haben. Was mir aber zunehmend auffällt, ist, dass wir, fast ohne dass wir noch über die soziale Frage diskutieren, die hinter Rechtsradikalismus auch immer steckt, das Problem des Rechtsradikalismus und seiner Bekämpfung immer mehr zur Aufgabe des Staates und der Politik machen.

Ich will mal eines sagen: Die jungen Leute, die aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Sachsen oder aus Thüringen wegziehen, die nach Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen kommen, die dort eine Ausbildungsstätte finden, hinterlassen andere junge Leute, die zum Teil nicht so mobil sind, die nicht so gut ausgebildet sind. Für die bleibt in ihren Heimatregionen nichts mehr übrig. Wenn wir denen keine Ausbildung und Arbeit anbieten, dann helfen auch die besten Programme nichts.

Deswegen muss man auch einmal sagen: Diejenigen, die in diesem Land Ausbildungsplätze hätten, sie aber nicht anbieten, sind auch für das Erstarken von Rechtsradikalismus in diesem Land mit verantwortlich.

(Beifall)

Es kann doch nicht wahr sein, dass das ausschließlich Thema von Jugendprogrammen bleibt.

Ich sage das nicht gegen diese Programme. Aber ich finde, der Staat muss auch darauf aufmerksam machen, dass wir eine Aufgabe haben, die wir wahrnehmen wollen – das hat Ralf Stegner gesagt –: Wenn wir Zivilcourage wollen, dann ist der Staat dafür verantwortlich, dass den Typen, die brandschatzen oder andere Leute verfolgen, mit der Polizei Einhalt geboten wird.

Nur dort, wo der Staat stark ist, kann Zivilcourage wachsen. Das stimmt. Wenn aber auf der anderen Seite bei denjenigen, die unseren jungen Leuten nach der Ausbildung keine Lehrstelle geben, wo nur noch ein Drittel der Betriebe ausbildet, die sozusagen Bestenauslese betreiben und sich nicht mehr um die Hauptschüler und diejenigen kümmern, die keine Chance haben, – wenn da nicht mehr passiert, dann werden wir auch mit all den Instrumenten des Staates nicht mehr erreichen können. Dort, wo die Hoffnungslosigkeit wächst, wachsen auch Apathie und Rechtsradikalismus. Mit Apathie können wir noch am ehesten umgehen. Wenn wir etwas gegen Rechtsradikalismus machen wollen, dann müssen wir den jungen Leuten wieder mehr Hoffnung in unserem Land geben. Das ist, glaube ich, das Entscheidende, was wir auch als Partei sagen müssen.

(Beifall)

Dazu zählt übrigens auch, dass wir mit diesen juristischen Feinheiten zu der Frage, ob man die NPD verbieten kann oder nicht, als Partei aufhören müssen. Es kann nur eine klare Botschaft geben, nämlich das NPD-Verbot. Aber den jungen Leuten erklären zu wollen „Das, was die NPD da will, ist übrigens das Gleiche, was Hitler und die Nazis wollten; aber wenn die zum Wahlkampf kandidieren, dann kriegen die sogar noch Steuergelder dafür“ – das wird niemand von den jungen Leuten in Deutschland verstehen. Deswegen gehört zu einer konsequenten Bekämpfung auch das Verbot dieser Partei.

Dritter Punkt. Ich glaube, wir müssen uns auch selbstkritisch fragen: Warum ist es eigentlich möglich, dass in Fußballvereinen auf einmal rechtsradikale Jugendliche Fußballmannschaften bilden, dass bei der Feuerwehr sozusagen die Hälfte des Feuerwehrkommandos mit Austritt droht, wenn ein rechtsradikales NPD-Mitglied ausgeschlossen werden soll? Warum ist es denen gelungen, in diese Strukturen hineinzukommen? Genossinnen und Genossen, das ist nicht in erster Linie die Schuld der Rechtsradikalen – bei denen muss man damit rechnen, dass sie so etwas versuchen –, sondern es ist auch das Versagen der Demokraten, auch der Parteien, auch von Sozialdemokraten, die in solchen Institutionen immer weniger verankert sind. Wenn wir denen die Feuerwehren, die Schützenvereine, die Fußballvereine und all das, was junge Leute, meistens junge Männer, aus dem rechtsradikalen Bereich anzieht, überlassen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die sich dort verstecken und ihre mörderischen Parolen vertreiben. Wir müssen wieder in diese Vereine, in diese Strukturen.

(Beifall)

Wir dürfen denen auch nicht Begriffe wie Deutschland oder Heimat überlassen. Auch das gehört dazu, dass wir ihnen einen demokratischen Inhalt geben, dass wir demokratisch erziehen, dass wir vertreten sind vor Ort in den Feuerwehren, in den Schützenvereinen, in den Fußballclubs und auch dagegen angehen und nicht, weil die da mal nette Jugendarbeit machen, die Schnauze halten, der Stadtrat wegguckt oder noch alle möglichen Entschuldigungen dafür gefunden werden, dass man sich selber nicht einmischen konnte. Wir selber müssen dahin. Wir müssen dort mit den jungen Leuten reden, und wir müssen dafür sorgen, dass wir ihre Ansprechpartner sind, dass sie mit uns ihre Freizeit verbringen können und dass sie von uns Hoffnung und nicht Hoffnungslosigkeit bekommen. Nur dann werden wir am Ende im Kampf gegen die NPD auch erfolgreich sein können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Walter Meinhold; dann folgt Franziska Drohsel.

**Walter Meinhold, Hannover:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte anhand eines Beispiels aus der Landeshauptstadt Hannover zeigen, wie wir mit der NPD

umgegangen sind, um deutlich zu machen: Man kann tatsächlich Menschen über diejenigen mobilisieren, die in dieser Frage immer vorne stehen.

Mitte September hat die NPD ihren Landesparteitag in Hannover veranstaltet. Das war vier bis sechs Wochen vorher bekannt. Der DGB hat sofort zu einem Bündnis, zu einer großen Kundgebung mit einer Demonstration zum Veranstaltungsort aufgerufen. Das war der eine Teil.

In der Diskussion hat sich dann der hannoversche Oberbürgermeister Stephan Weil eingeschaltet, der diese Demonstration und Kundgebung durch ein Fest der Demokratie ergänzen wollte nach dem Motto: Wir haben etwas zu feiern. Wir können fröhlich sein. Die Demokratie ist eine tolle Angelegenheit, eine Angelegenheit, die eine klare Alternative zu dem ist, was von Rechts kommt. Mit seinem Namen war es dann möglich, dass so gut geworben werden konnte – wie es auch in dem Antrag heißt –, dass sich Künstler, Sportler und viele andere an diesem Fest der Demokratie beteiligt haben. Dennoch waren wir gespannt darauf, wie die sich bemerkbar machen würden. Würden wir es tatsächlich schaffen, die Menschen zu mobilisieren, sie nicht nur in einer Gegendemonstration, sondern in einer Demonstration für Demokratie, für diese Stadtgesellschaft auf die Straße zu bekommen?

Der Erfolg, liebe Genossinnen und Genossen, war überwältigend. Am Sonnabendmorgen um 11 Uhr standen 8.000 Menschen auf dem Opernplatz und haben an der Demonstration und Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der vielen Initiativen, die dazu aufgerufen haben, teilgenommen. Der Zug ging dann zu dem Tagungsgebäude. Das bedeutete, dass der Weg zum Tagungsgebäude durch die 8.000 Menschen dicht war. Es war einfach ein tolles Gefühl zu sehen, wie man einfach nur durch Anwesenheit bestimmte Wege verschließen kann.

Aber der Höhepunkt war dann das, was ab 14 Uhr stattfand. Über 20.000 Menschen haben sich an der Feier zum Fest der Demokratie in der Stadt beteiligt, alle Vereine, Verbände, Parteien mit dem einen oder anderen Angebot. Auch der hannoversche Rat, alle Mitglieder des hannoverschen Rates hatten zu diesem Fest der Demokratie mit einer großen Anzeige aufgewartet, in der sie dafür geworben haben und deutlich gemacht haben, wo sie alle – egal, welcher Partei sie angehören – stehen. Dieses hat eine tolle Wirkung gehabt, ist dann auch entsprechend in den Medien rübergekommen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich schon der Meinung, dass wir als Partei zusammen mit Gewerkschaften, mit Vereinen, Verbänden, mit Kirchen, mit der Humanistischen Union und anderen Gruppierungen für die Demokratie immer wieder werben und kämpfen können, und zwar auf eine Art und Weise, die einfach schön ist, die die guten Gefühle der Menschen anspricht.

Die zentrale Botschaft des Oberbürgermeister an diesem Tag war folgende: Erstens. Diese Gäste wollen wir in der Landeshauptstadt Hannover nicht haben. Zweitens – ganz eindeutig und unmissverständlich unter dem Beifall aller Kundgebungsteilnehmer –: Her mit dem Verbot der NPD.

Ich denke, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt außer in Hannover mit Sicherheit eine Menge von Beispielen, die Mut machen, immer wieder wachsam zu sein, aufzustehen, nein zu sagen und Alternativen aufzuzeigen.

Deshalb gehört für mich zu dem Antrag, der hier vorgelegt worden ist, noch ein kleiner Hinweis, nämlich dass möglichst viele Beispiele ins Willy-Brandt-Haus gemeldet werden, dass mitgeteilt wird, auf welche Art und Weise Gesicht gezeigt worden ist, auf welche Art und Weise gezeigt worden ist, dass man bei diesem braunen Spuk nicht mitmacht. Ich denke, es gibt so große Beispiele, wie das, das ich eben beschrieben habe, die wirkungsvoll sind. Aber nicht minder wichtig und wirkungsvoll sind mit Sicherheit die vielen kleinen Beispiele und die Aktivitäten, die von uns und befreundeten Organisationen, besonders den Gewerkschaften, in diesem Land gemacht werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Als Nächste folgt Franziska Drohse. Ich würde auch all diejenigen, die gleich an der Abstimmung teilnehmen wollen, bitten, sich auf ihre Sitzplätze im Saal zu begeben und sich zu konzentrieren. Denn nach ihr folgt für einen furiosen Abschluss Erhart Körting, der Innensenator von Berlin. Dann wollen wir, von Bärbel Dieckmann geführt, die einzelnen Anträge hier konzentriert bearbeiten. Franziska, du hast das Wort.

**Franziska Drohse, Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man einmal ehrlich ist, ist es untragbar, dass wir hier zusammensitzen, während draußen Nazis marschieren und ihren braunen Müll verbreiten. Es ist untragbar, dass es in diesem Land Menschen gibt, die permanent Angst und Schrecken verbreiten, die es ermöglichen, dass sich manche Menschen hier nicht mehr frei bewegen können und die permanent und oft in untragbarer Weise rechtsextreme Gewalt ausüben.

Deshalb ist es zentral, dass von unserem Parteitag hier das Signal ausgeht, dass wir niemals das Tun von Rechtsextremen dulden werden, dass wir gemeinsam stehen mit allen gesellschaftlichen Kräften und für eine Gesellschaft in Frieden und eine Gesellschaft der Toleranz eintreten und dass wir Rechtsextremismus immer mit aller Kraft und mit aller Macht bekämpfen werden.

(Beifall)

Ich möchte auch noch einige Bemerkungen zu dem Antrag machen. Opfer rechter Gewalt schützen – das klingt ja immer schöner. Da sagt jeder sofort, dass er dabei ist,



prima. Wenn man sich einmal fragt, was das konkret heißt, dann heißt das in allererster Linie, dass man allen Menschen, die rechter Gewalt ausgesetzt waren oder sind, die Möglichkeit geben muss, eine Strafverfolgung anzustreben und die Täter anzuzeigen. Derzeit haben wir jedoch ein Asylrecht und auch Bleiberechtsregeln, die es nicht ermöglichen, dass alle Opfer von rechter Gewalt zur Polizei gehen können, denn sie haben Angst davor, abgeschoben und ausgewiesen zu werden. Deshalb muss es zentrale Forderung der Sozialdemokratie sein, dass alle Opfer rechtsextremer Gewalt eine Bleiberechtsregelung bekommen, und zwar eine unbefristete.

(Beifall)

Es klingt auch immer schön, wenn gesagt wird: zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechts stärken, unterstützen usw. – Wenn man sich einmal die Realität anguckt, dann stellt man fest, dass es vor Ort oftmals ganz anders aussieht. An vielen Orten wird zivilgesellschaftliche Arbeit gegen rechts nicht gefördert, sondern behindert und teilweise sogar kriminalisiert. Dies darf meines Erachtens nicht sein. Alternative Jugendliche müssen, wenn sie Freiräume erkämpfen, wenn sich alternative Jugendkultur gegen Rechtsextremismus engagiert, von uns unterstützt werden und dürfen nicht Beschränkungen und schon in gar keiner Weise Kriminalisierungen unterliegen.

Dann möchte ich noch etwas Grundsätzliches zu dem Antrag anmerken. Mich hat verwundert, dass der Begriff des Antifaschismus nicht mehr vorgekommen ist. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass es im Schwur von Buchenwald damals hieß:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Diesen Schwur haben damals Antifaschisten geschworen. Ich verstehe nicht, wieso man diesen Kampfbegriff und auch Kernbegriff und Traditionsbegriff der politischen Linken aufgeben will. Ich denke, wir sollten ihn als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht aus der Hand geben und diesen niemals aufgeben. In diesem Sinne: Keinen Fußbreit den Faschisten.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Erhart Körting hat das Wort. Danach kommen wir zur Abstimmung, liebe Genossinnen und Genossen.

**Erhart Körting, Berliner Innensenator:** Genossinnen und Genossen, wir haben im Jahre 2006 18.142 Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund gezählt. Das entspricht einer Steigerung von ungefähr 15 Prozent; im Jahre 2005 waren es sogar 40 Prozent. In einigen Bundesländern – auch in meinem Bundesland, Berlin – gab es eine Verdoppelung der Straftaten mit Gewalt, insbesondere bei der Gewaltausübung gegenüber Ausländern.

Genossinnen und Genossen, das ist nicht nur ein Signal wie bei Frustwahlen, sondern das ist ein Alarmsignal, auf das wir antworten müssen. Über die notwendige inhaltliche Auseinandersetzung ist von meinen Vorrednern viel gesagt worden. Ich bin insbesondere dem Genossen Gabriel dankbar, dass er deutlich gemacht hat: Bei allem, was wir anderen vorwerfen, müssen wir auch selbstkritisch zurückgucken: Wo haben wir eventuell Defizite zu verantworten, die mit dazu beigetragen haben, dass sich in bestimmten Strukturen Rechtsextremismus ausgebreitet hat?

Ich will etwas zum NPD-Verbot sagen: Ich bin ein überzeugter Anhänger eines NPD-Verbotes. Denn das, was die NPD heute tut, ist – auch das ist verschiedentlich dargestellt worden – eine absolute Vergiftung des Klimas in unserem Lande. Das ist eine ganz schwierige Situation, der wir uns insbesondere in bestimmten Bereichen unseres Landes stellen müssen. Allerdings betrifft das nicht nur Gebiete der neuen Bundesländer – da macht euch mal nichts vor! –, sondern genauso die alte Bundesrepublik.

Genossinnen und Genossen, auch das ist gesagt worden: Ein Verbot zerstört Strukturen, aber nicht die Gesinnung. Allerdings entzieht ein Verbot den derart Engagierten den Mantel der Legalität. Natürlich kann man das nicht blauäugig tun. Es wird ja wahnsinnig viel darüber diskutiert, was alles dagegen steht. Immer heißt es: Wir müssen das alles gründlich vorbereiten. Natürlich muss man das. Aber die meisten derjenigen, die auf einer gründlichen Vorbereitung bestehen, insbesondere aus den anderen politischen Parteien, haben bisher noch keinen solchen Schritt getan. Ich glaube, man kann nicht nur warnen, sondern muss auch handeln.

Als amtierender Vorsitzender der Innenministerkonferenz habe ich zusammen mit meinen Kollegen eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich insbesondere mit der Finanzierung von Rechtsextremismus befasst hat. Das Ergebnis war nicht überraschend: Jede Vermutung, wonach es irgendwelche Finanziere gebe, die geheimnisvoll die NPD unterstützen, können wir in den Bereich der Legende verweisen. Die Finanzierer der NPD sind wir als Steuerzahler. Das ist der zentrale Punkt, den wir bei diesen Untersuchungen herausgefunden haben: 40 Prozent – auch das ist gesagt worden – sind Direktfinanzierung, weitere mindestens 25 Prozent kommen über die Absetzbarkeit von Parteispenden und weitere Gegenfinanzierungen durch den Steuerzahler zustande. Das heißt, zu zwei Dritteln finanzieren wir das, was an organisierter rechtsradikaler Mischpoke durch die Lande läuft und was wir an rechtsradikalen Wahlplakaten sehen.

Genossinnen und Genossen, von vielen wird das Parteienprivileg betont. Linke, FDP und Teile der Grünen sind der Meinung, man solle um Gottes willen nicht an die Parteien herangehen. Aber das Parteienprivileg ist nur die eine Seite der Medaille. Die notwendige, im Einzelfall greifende Korrektur ist das Parteiverbot; auch das steht in unserem Grundgesetz, nämlich in Artikel 21.

Nachdem wir diese Zahlen veröffentlicht haben, bin ich von einem türkischen Unternehmer, einem Genossen, gefragt worden: Ist es wirklich wahr, dass wir die NPD mitfinanzieren? Der war ganz betroffen. Ich glaube nicht, dass es ausreicht, selber seine Betroffenheit zu äußern, wenn man so etwas gefragt wird. Nein, auch ich will mit meinen Steuergeldern kein Plakat „Ausländer raus“ mitfinanzieren. Deshalb bin ich für ein NPD-Verbot.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind am Ende der Debatte angekommen und stimmen gleich ab. Dabei wird uns Bärbel Dieckmann helfen. Ich würde vorschlagen, dass sie uns den Antrag Punkt für Punkt vorstellt, dass wir dann aber – damit der Überblick nicht verloren geht – jeweils einzeln fragen, ob die Vorschläge, die die Antragskommission einvernehmlich gefunden hat, allseits akzeptiert werden, sodass wir darüber insgesamt abstimmen können.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Genossinnen und Genossen, euch liegt der Ursprungsantrag des Parteivorstandes vor. Dazu gab es drei Änderungsanträge: IA 11, IA 20 und IA 21. Bei den IA 20 und 21 empfiehlt die Antragskommission Annahme.

Ich komme zuerst zu dem Juso-Antrag. Auf Seite 1 wird eine Änderung des ersten Satzes beantragt. Die Antragskommission schlägt hier Ablehnung vor.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer will dem Vorschlag, den Bärbel gemacht hat, folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so entschieden.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Auf den Seiten 4 und 5 wird die Annahme aller Änderungen vorgeschlagen. Das kann man sicher zusammen behandeln.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer will diesem Vorschlag folgen? – Gegenstimmen? – Okay.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Auf Seite 6 geht es um den Verbotsantrag. Der Verbotsantrag wird begrüßt; es geht nur darum, dass man sich methodisch nicht festlegen will. Hier wird Ablehnung vorgeschlagen, aber klare Bekräftigung des Verbotsantrags.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer will diesem Votum der Antragskommission folgen? – Gegenstimmen? – Beschlossen.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Seite 7 und 8: Annahme aller Änderungen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer will diesen beiden Vorschlägen folgen? – Gegenstimmen? – Okay.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Auf Seite 9 wird Ablehnung des ersten Änderungsvorschlages und Annahme des zweiten Änderungsvorschlages empfohlen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Ich frage das einzeln ab. Wer will dem ersten Vorschlag – Ablehnung des ersten Änderungsantrages – folgen? Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Wer ist für die Annahme des zweiten Änderungsvorschlages? – Wer ist dagegen? – Das ist so beschlossen.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Was Seite 10 angeht, wird alles angenommen. Der erste Änderungsvorschlag ist durch die Beschlusslage von Karlsruhe erledigt, aber inhaltlich okay. Der zweite Änderungsantrag wird auch angenommen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer will dem folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen. Nun noch zu dem Initiativantrag 21.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Hier wird Annahme vorgeschlagen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer will diesem Vorschlag folgen? Gegenstimmen? – Beschlossen.

Wer dem Antrag I 01 insgesamt in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen?

Dann haben wir noch den Antrag I 02: Wer hier dem Votum der Antragskommission auf Annahme folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch das beschlossen.

Damit haben wir diesen Antragskomplex konzentriert, sachlich und in einer dem Thema angemessenen Weise diskutiert. Ich möchte mich ausdrücklich bei euch für diese gute Behandlung bedanken.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt kommt „Meine SPD“.

## Vorstellung der Internetinitiative „Meine SPD“

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Liebe Genossinnen und Genossen, nicht dass ihr irritiert seid: Es gibt in meinem Wahlkreis im Landkreis Gifhorn einen Ort, der „Meine“ heißt. Dort also gibt es die SPD Meine. Was wir Euch jetzt vorstellen, ist Teil unserer Internetinitiative, und die heißt „Meine SPD“.

Wir haben vor einigen Jahren – Kajo Wasserhövel war damals Bundesgeschäftsführer der SPD – dafür gesorgt, dass die Partei auch bei den Kommunikationsmöglichkeiten ganz vorne ist.

Damals ist SPD-Online gegründet worden. Wir möchten Euch heute etwas vorstellen, was auf Basis von Web 2.0 eine neue Stufe einführt, nämlich „Meine SPD“. Es geht darum, dass wir Internetkommunikation nicht als Einbahnstraße, nicht als Schaukasten begreifen, sondern als Kommunikationsmöglichkeit. Wir zünden heute sozusagen die erste Stufe im Rahmen dieser Online-Offensive erst einmal in der eigenen Partei mit „meineSPD.net“. „meineSPD.net“ bietet die Möglichkeit für die Mitglieder der Partei, Profile anzulegen, sich auch untereinander zu vernetzen, Blogs und Foren einzurichten und Gruppen im Internet zu organisieren, also auch ein Stück dieses Mediums zur innerparteilichen Diskussion und Willensbildung zu nutzen.

Wir sind mit diesem Ansatz, mit „meineSPD.net“ jetzt vor anderen Parteien in Deutschland. Es ist richtig und notwendig, dass wir diese Möglichkeit nutzen. Ich habe es heute Morgen in meiner Rede gesagt: Wir alle wissen, wir wollen mit Inhalten überzeugen, aber wir sollten auch die bestehenden technischen Möglichkeiten nutzen und starten deshalb diese Offensive.

Diese Offensive wird in den nächsten Monaten weiter ausgebaut. Es wird beispielsweise Podcasts des Parteivorsitzenden, auch Bürgersprechstunden über das Internet mit Kurt Beck, geben. Aber, wie gesagt, wir fangen heute mit „meineSPD“ an.

Ich bin für diese Offensive all denjenigen dankbar, die uns geholfen haben. Ich möchte mich ganz herzlich bei jemandem bedanken – stellvertretend für viele im Willy-Brandt-Haus –, der nicht so oft im Rampenlicht steht. Mein herzlicher Dank – auch für die Organisation dieses Parteitages – gilt jetzt schon den Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus und damit auch dem Bundesgeschäftsführer Martin Gorholt.

(Beifall)

Aber zu sehr großem Dank, was unsere Aktivitäten im Internet betrifft, sind wir einer Schwesterpartei verpflichtet, nämlich den österreichischen Sozialdemokraten der SPÖ. Wir haben, um „meineSPD.net“ und die Internet-Offensive einzuleiten, eine Technologiepartnerschaft mit unseren österreichischen Genossinnen und Genossen

ingerichtet. Mein Ziel ist es im Übrigen, lieber Martin Schulz, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir es zur Europa-Wahl und mit der Europa-Wahl schaffen, ein europäisches Mitgliedernetz zu entwickeln. Ich halte das für das Zusammenwachsen und für die Diskussion der Mitglieder zwischen den Parteien für ganz wichtig.

Ich möchte mich namentlich bei unserem Kollegen Jürgen Wutzlhofer bedanken, der Wiener Landtagsabgeordneter und Gemeinderat ist. Jürgen ist heute bei uns. Er hat als geistiger Vater dieses Projekt zusammen mit unserer Internet-Agentur FACE2 NET die das Ganze entwickelt hat, eine ganze Menge geleistet. Lieber Jürgen, ganz, ganz herzlichen Dank für deine Arbeit.

(Beifall)

Mein Dank geht ebenso an den Bundesgeschäftsführer der SPÖ, an unseren Freund Josef Kalina. Der ist heute auch bei uns.

Lieber Jürgen, herzlichen Dank für die Zusammenarbeit. Das wahr sehr wohltuend. Die liebe Inge hat schon darauf geachtet und es auch mit ermöglicht, dass wir damit auch Geld sparen und Synergien hinbekommen haben. Es ist auch nicht ganz schlecht, wenn wir zusammenarbeiten. Ihr Österreicher wart vor uns. Jetzt rücken wir auf Augenhöhe mit Euch, und so ist es auch gut. Herzlichen Dank, lieber Josef.

(Beifall)

Einige von uns sind seit heute Nachmittag, seitdem es freigeschaltet ist, drin. Das betrifft Kurt Beck, Andrea Ypsilanti, Wolfgang Jüttner und Michael Naumann. Ach ja, ich bin auch drin. Aber die gute Nachricht: Innerhalb von wenigen Stunden – das ist der Stand vor ein paar Minuten – haben sich 1.200 registrierte User angemeldet. Ich glaube, das ist für wenige Stunden ein ganz gutes Ergebnis.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde mit eurer Erlaubnis Josef bitten, noch ein paar Sätze zu uns zu sagen. Also, begrüßt ganz herzlich unseren Freund Josef Kalina, den Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Josef, du hast das Wort.

(Beifall)

**Josef Kalina, Bundesgeschäftsführer der SPÖ:** Herzlich willkommen, liebe Freunde! Grüße aus Österreich und Grüße aus Wien! Es ist jetzt zwar gerade verschwunden, aber euer Motto „Aufschwung für alle“ zeigt uns, wie eng die Sozialdemokraten in Europa miteinander verbunden sind. Das ist genau das gleiche Motto, mit dem wir ziemlich genau vor einem Jahr in Österreich völlig überraschend die Nationalratswahl gewonnen haben und seither, seit dem 11. Januar, wieder den Bundeskanzler stellen.

(Beifall – Zuruf: „Das wollen wir auch!“)

– Ja, das wollt ihr auch, ganz genau.

Genosse Gusenbauer lässt Euch sehr herzlich grüßen. Er wäre sicher gekommen und der Einladung gefolgt, aber wir haben, wie ihr nicht alle wisst, heute in Österreich Nationalfeiertag, und da ist der österreichische Bundeskanzler selbstverständlich im eigenen Land gebunden. Aber er lässt euch grüßen und freut sich mit euch.

Auch bei den anderen Themen – ich habe die Diskussion sehr intensiv verfolgt – sieht man, wie ähnlich die Herausforderungen für uns moderne Sozialdemokraten sind. Uns in Österreich bewegen genau die gleichen Fragen: Kinderbetreuung, Verbesserungen, Investitionen in Bildung, in die Schule und vor allem der Angriff der Konservativen auf alles, was Arbeitnehmerrechte oder die Mitbestimmung betrifft. Ich glaube, in diesem Sinne müssen wir gemeinsam arbeiten, uns vernetzen, wie wir es jetzt einmal auf dieser Ebene tun, und gemeinsam in Europa diesen Angriffen etwas entgegenhalten.

Unsere Stärke waren und sind die Mitglieder, die Mitarbeiter und die Wahlhelfer unserer Parteien. Ohne sie gäbe es keinen Erfolg in unserer politischen Arbeit. Unsere größte Stärke sind die Menschen, die immer offen, engagiert und, wenn Wahlen vor der Tür stehen, auch mit ganzer Kraft und mit Einsatz für unsere gemeinsame Sache auftreten. Ohne sie, ohne diese Basis hätten wir keine Erfolge und könnten nicht das für die Menschen tun, was unsere Pflicht ist. Ihnen – das ist auch der Sinn der heutigen Initiative – müssen wir alle Kommunikationsmittel anbieten, die traditionellen in unserer Partei, die Versammlungen, unsere Treffen, die Veranstaltungen, aber eben auch immer stärker die modernen Kommunikationsformen des Internets.

Das, was heute von euch von Hubertus Heil gestartet wird, haben wir in Österreich – so schließt sich der Kreis – unter einem Namen, der euch sicher auch bekannt vorkommen wird, schon länger gestartet. Bei uns heißt es nämlich „Campa“, weil wir fanden, das, was hier abgelaufen ist, war nicht ganz unerfolgreich. Das bewährt sich bei uns sehr. In diesem Sinne sind wir sehr stolz auf diese Zusammenarbeit und darauf, dass wir einmal vorneweg sein konnten und in Zukunft gemeinsam – ich hoffe, auch in den Communities – miteinander austauschen und diese gemeinsame Stärke für die Leute, die auf uns vertrauen, auf die Straße bringen. – Freundschaft!

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt wird noch etwas gezeigt. – Ich dachte, jetzt kommt noch mehr Film. Nein, der, den wir hinter uns gesehen haben, war es schon.

Dann können wir jetzt die Wahlergebnisse bekannt geben.

## Wahl des Generalsekretärs und der Schatzmeisterin

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ich bitte die Vorsitzende der Wahl- und Mandatsprüfungskommission um die Bekanntgabe der Wahlergebnisse.

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Ich darf die Ergebnisse der Wahl des Generalsekretärs Hubertus Heil vorlesen: 488 abgegebene Stimmen, davon eine ungültig und 487 gültig. 394 Jastimmen, 59 Neinstimmen und 34 Enthaltungen.

(Beifall)

Das bedeutet eine Zustimmung von 80,9 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Beifall)

Die Ergebnisse der Wahl der Schatzmeisterin Barbara Hendricks: 488 abgegebene Stimmen, drei ungültig, 485 gültig. 425 stimmten mit Ja, 28 mit Nein. Es gab 32 Enthaltungen. Das bedeutet eine Zustimmung von 87,6 Prozent der abgegebenen Stimmen.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Lieber Hubertus, ich frage dich, ob du die Wahl annimmst.

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Ja, und herzlichen Dank.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Barbara, ich frage dich ebenfalls: Nimmst du die Wahl an?

**Barbara Hendricks, Schatzmeisterin:** Ja, danke.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Auch die Barbara nimmt die Wahl an.

Ich gratuliere euch auch von meiner Seite und von Seiten des Tagungspräsidiums sehr herzlich. Wir freuen uns, dass ihr hier so gute Wahlergebnisse erreicht habt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes.

Wir haben heute Morgen ja eine Satzungsänderung beschlossen. Wir haben festgeschrieben, dass der Parteivorstand nun gemäß § 23 Abs. 1 des Organisationsstatuts aus insgesamt bis zu 45 Mitgliedern bestehen soll. Das Sitzungspräsidium empfiehlt





© Nicole Maskus – www.nicole-maskus.de

euch wie in der Vergangenheit, die Zahl von 45 auch zu wählen. Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir 45 Personen im Vorstand haben, weshalb jetzt noch 39 Beisitzer zu wählen sind, da ja bereits sechs Einzelwahlen durchgeführt worden sind.

Gemäß § 23 Abs. 4 des Organisationsstatuts ist im ersten Wahlgang nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Es handelt sich bei der Wahl der Beisitzer um eine Listenwahl – auch das wisst ihr –, also um ein anderes Verfahren als bei den bisher stattgefundenen Wahlgängen.

Die Stimmzettel sind nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie insgesamt zu wählen sind, und wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt sind. Das heißt, ihr müsst mindestens 20 und höchstens 39 Kandidatinnen und Kandidaten wählen. Nein-Stimmen und Enthaltungen – auch dies sage ich sehr deutlich – machen den Stimmzettel ungültig.

Ihr wisst, dass wir nach § 11 Abs. 2 unseres Organisationsstatuts den Parteivorstand insgesamt quotiert haben müssen. Die bereits gewählten Präsidiumsmitglieder werden nach ihrem jeweiligen Geschlecht auf die Quote angerechnet. Bei einer Gesamtzahl von 45 Mitgliedern müssen mindestens 18 Frauen und 18 Männer dem Parteivorstand angehören.

Ich weise noch darauf hin – ich weiß nicht, ob die Stimmzettel jetzt ausgeteilt werden können – Gut. Die Stimmzettel werden jetzt ausgeteilt. Ich bitte euch, die Kontrollmarke Nr. 23 auf dem Stimmzettel anzubringen.

Ihr wisst auch: Bei der Listenwahl sind Kandidatinnen und Kandidaten mit absoluter Mehrheit gewählt, soweit die Quotenvorgaben erfüllt werden. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten des überrepräsentierten Geschlechts in der Reihenfolge der Stimmabgabe bis zur Höchstquote von 60 Prozent gewählt. Die Kandidaten und Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts sind nur gewählt, insoweit sie mindestens die gleiche Stimmenzahl erreichen wie der oder die erste nicht Gewählte der anderen Gruppe.

Nachdem die Stimmzettel jetzt ausgeteilt wurden, bitte ich darauf zu achten, ob auch die Kontrollmarken ausgeteilt wurden, die ihr bitte auf dem Stimmzettel anbringt. Noch einmal: Für eine gültige Wahl müsst ihr mindestens 20 und höchstens 39 Kandidaten ankreuzen.

Ich bitte auch die Delegierten, die sich außerhalb des Saals befinden, jetzt zu den Wahlen hereinzukommen. Es sind doch ein paar Reihen gelichtet. Es wäre schön, wenn alle Delegierten zum Wählen in den Saal kämen.

Noch einmal: Es ist die Kontrollmarke Nr. 23. Für eine gültige Wahl sind mindestens 20 und höchstens 39 Kandidatinnen bzw. Kandidaten anzukreuzen und die Kontrollmarke Nr. 23 auf den Stimmzettel zu kleben.

Ohne den Wahlvorgang unterbrechen zu wollen, frage ich: Hat jeder Delegierte jetzt einen Stimmzettel? – Das ist der Fall.

Noch einmal: Kontrollmarke Nr. 23 und mindestens 20, höchstens 39 Kandidatinnen bzw. Kandidaten ankreuzen. –

Darf ich fragen, ob genügend Zeit war, den Stimmzettel auszufüllen? – Ich denke, jetzt war ausreichend Zeit. Wir können mit dem Einsammeln der Wahlzettel beginnen. Es besteht ja noch die Möglichkeit, weiterzuwählen. Ich bitte also unsere Helferinnen und Helfer, mit dem Einsammeln der Wahlzettel zu beginnen.

Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich unseren pünktlich eingetroffenen Ehrenvorsitzenden Hans-Jochen Vogel begrüßen. Hans-Jochen, herzlich willkommen auf diesem Parteitag in Hamburg.

(Beifall)

Darf ich fragen, welche Stimmzettel noch nicht eingesammelt sind? – Alle Stimmzettel sind eingesammelt. Damit schließe ich diesen Wahlgang.

Wir machen weiter mit unserer Antragsberatung.

## Beratung der Anträge zum Thema Reformen für ein soziales Deutschland

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe auf das Thema „Reformen für ein soziales Deutschland“. Dazu gehört der Initiativantrag 2 vom Parteivorstand, der Initiativantrag 22 und der Initiativantrag 30. Zur Einführung bekommt Bärbel Dieckmann das Wort.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, der Antrag „Reformen für ein soziales Deutschland“ ist in den vergangenen vier Wochen intensiv in der Partei diskutiert worden. Er beinhaltet zwei Schwerpunkte.

Erster Punkt: Es gibt die deutliche Aussage, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland auch dank unserer Reformen vorangekommen ist. Wir wissen trotzdem, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt eine große Herausforderung für die Zukunft. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass weiter Arbeit und Beschäftigungschancen gerade für Ältere geschaffen werden.

Zweiter Punkt: Wir wollen aber auch das Lebensrisiko der Arbeitslosigkeit solidarisch absichern und deshalb die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlängern.

Ich denke, diese Diskussion ist intensiv geführt worden. Das ist auch deutlich geworden durch die einstimmigen Voten im Präsidium und – wenn auch mit Enthaltungen – im Parteivorstand. Die Antragskommission hat den Antrag einstimmig zur Annahme empfohlen.

Es sind dazu zwei weitere Initiativanträge vorgelegt worden. Der IA 22 ist vom Antragsteller zurückgezogen worden. Im IA 30 wird der Punkt 1 abgelehnt und Punkt 2 eingefügt – aber nicht in diesem Antrag, sondern im Antrag „Gute Arbeit“, den wir morgen behandeln. – Danke sehr.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Bärbel. Wir stimmen ab über den Initiativantrag 2 – Initiativantrag 22 ist weggefallen und Initiativantrag 30 wird morgen behandelt beim Thema „Gute Arbeit“. Wortmeldungen gibt es nicht. Wer dem Initiativantrag 2, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe zwar keine. Aber das will nichts heißen, weil hier vorne so viele Kameras stehen. Enthaltungen? – Es mag eine Gegenstimme gegeben haben. Enthaltungen sind uns nicht aufgefallen. Mit überwältigender Mehrheit, nahezu einstimmig, ist diesem Begehren dann gefolgt. Herzlichen Dank.

Es kommt jetzt das Thema „Kultur und Medien“.

## Beratung der Anträge zu den Themen Kultur und Medien

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt ein längeres Thema, nämlich Medien, zu diskutieren. Der erste Komplex wird eingeführt von Wolfgang Thierse.

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, Wolfgang Thierse und eine Reihe von Kulturschaffenden, Genossinnen und Genossen aus der Bundestagsfraktion und dem Bundesvorstand haben auf meine Bitte einen Leitantrag zur Kulturpolitik vorgelegt.

Der Sozialdemokratie ist es wichtig, einen Rahmen zu beschließen, der eine offene Kulturarbeit und eine intensive Zuwendung zum Kulturellen als Wert unseres Lebens beinhaltet. Wir wollen, dass die traditionelle Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden und Arbeiterbewegung wieder neuen Schwung bekommt. In den letzten Jahren hat es immer wieder Kontakte zwischen Parteiführung und Kulturschaffenden gegeben. Ich habe dies fortgesetzt, als ich die Aufgabe des Vorsitzenden übernommen habe. Wir haben gute Beziehungen zu vielen jungen Kulturschaffenden, zu großen Persönlichkeiten des kulturellen Lebens auch aus der Literatur. Von hier aus einen herzlichen Gruß an Günter Grass, der vor wenigen Tagen seinen 80. Geburtstag gefeiert hat.

(Beifall)

Frank-Walter Steinmeier hat für uns alle Günter Grass an seinem Geburtstag besucht. Ich hab mit ihm telefoniert. Er hat mich ausdrücklich gebeten, euch gute Wünsche zu übermitteln.

Wir wollen mit diesem Antrag deutlich machen, dass eine gute Zukunft ohne kulturelle Freiheit nicht vorstellbar ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in den letzten Tagen auch einen Fortschritt im Bereich der Erinnerungskultur erzielt. Wir wollen nichts aus unserer Geschichte vergessen. Wir wollen es aufarbeiten und uns damit immer wieder aufs Neue auseinandersetzen. Aber wir wollen auch diese Erinnerungskultur so gestaltet sehen, dass sie in ganz Europa, ja sogar weltweit als ein ehrliches Erinnern, als eine Botschaft an alle Generationen gerichtet ist, dass nach dieser schrecklichen Zeit so etwas nie mehr vorkommen darf.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir denen, die heute kulturell tätig sind signalisieren, dass wir Bedingungen schaffen wollen, die es ihnen ermöglichen, kulturell vielfältig zu einem kulturell reichen Deutschland beizutragen, dann, glaube ich, haben wir eine wichtige Entscheidung getroffen.

Dafür soll dieser Leitantrag Maßgabe und Leitschnur sein. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, diesem Leitantrag zuzustimmen.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wir haben jetzt eine Reihe von Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt M 1.

(Musikstück – Beifall)

– Jetzt weiß jeder, worum es geht.

Ich möchte jetzt fragen, ob Wolfgang zur Einführung etwas sagen kann. Danach werden wir mit den Wortmeldungen fortfahren. Als Erster kann sich schon einmal Peer Steinbrück vorbereiten.

**Wolfgang Thierse, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Nichts ist schöner – und wenn ich ironisch hinzufügen darf: nichts ist selbstverständlicher –, als dass ein Parteivorsitzender einen kulturpolitischen Leitantrag bei der SPD einbringt. Wunderbar! Ich kann das nur begrüßen.

(Beifall)

Denn es ist immer wieder daran zu erinnern, dass die SPD, aus der Arbeiterbewegung stammend, sich bewusst sein soll, dass diese Arbeiterbewegung immer auch eine Bildungs- und Kulturbewegung war und dass wir uns immer als eine Partei mit einem Kulturauftrag verstanden haben. Das gilt auch in gegenwärtigen Zeiten. Wir haben uns als die Partei der Freiheit des Geistes verstanden, als Partei der Emanzipation der Arbeiter, als eine Partei, die ihre Politik auf Grundwerte gründet, und als eine Partei, die immer Respekt vor den Künsten und den Künstlern hatte und für kulturelle Freiheit eingetreten ist.

Unser Leitantrag, über den wir jetzt diskutieren, ist kein Maßnahmenkatalog für einzelne kulturpolitische Entscheidungen auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder EU-Ebene, aber er formuliert sozialdemokratische Grundsätze der Kulturpolitik aus der Überzeugung heraus, dass die Zukunftsaufgaben – egal ob es ökonomische, soziale oder außenpolitische sind – in der Welt des 20. Jahrhunderts nicht mehr gelöst werden können, ohne die kulturelle Dimension aller dieser Aufgaben zu begreifen und zum Gegenstand politischer Gestaltung zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, an diesem Leitantrag haben eine ganze Reihe mitgewirkt: Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin, Peer Steinbrück und Klaus Wowereit.

Ich will diesen Antrag wenigstens in fünf Punkten kurz vorstellen:

Erstens: Ausgangspunkt jeder sozialdemokratischen Kulturpolitik sind der Eigenwert der Kultur und der besondere Stellenwert der Künstlerinnen und Künstler sowie der eigenständige Beitrag des Kulturellen zur Entwicklung der Persönlichkeit und zur Zukunft der Gesellschaft insgesamt. Kultur ist elementare Basis von Demokratie. Kultur ist Grundlage von Dialog und internationaler Verständigung. Die SPD wird auch in Zukunft die Freiheit der Kultur, der Künste stärken und der sozialen Verantwortung gegenüber Künstlerinnen und Künstlern einen hohen Stellenwert einräumen.

Zweitens: Wir bekennen uns ausdrücklich zu Deutschland als einem Kulturstaat. So sehr privates, zivilgesellschaftliches Engagement zu unterstützen und zu fördern ist, so bleibt doch die besondere staatliche Verantwortung für die Kultur als öffentliches Gut, für das Angebot kultureller Bildung, für die Pflege unseres Erbes und die Vielfalt der Kulturlandschaft, für die Erinnerungskultur, die sich auf das widersprüchliche Ganze deutscher und europäischer Geschichte beziehen muss, für die Förderung der Künste, für die soziale Absicherung freier künstlerischer Existenz. In diesem Sinne verstehen wir die Förderung der Kultur nicht als Subvention, sondern als Investition in unsere Zukunft.

Erlaubt mir an dieser Stelle eine aktuelle Nebenbemerkung, wenn ich das Stichwort Erinnerungskultur erwähne. Wir haben in Deutschland eine besondere Verpflichtung, unsere Vergangenheit im gegenwärtigen Bewusstsein zu halten, nicht als Vorwurf von Schuld und Scham, sondern als verpflichtende Erinnerung. Dazu gehört auch, dass wir darüber diskutieren, in welcher Weise wir uns an die Geschichte und die Leiden von Vertreibungen im 20. Jahrhundert erinnern. Die Position der SPD ist klar: Die Erinnerung an diesen Teil der deutschen und europäischen Geschichte darf nicht Anlass für neuen nationalen Zwist, für neue Vorurteile etwa zwischen Deutschland und Polen werden. Diese Aufgabe muss ein europäisches Versöhnungswerk sein. In diesem Sinne geht es um das sichtbare Zeichen zur Erinnerung an die Leiden und die Geschichte der Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts.

(Beifall)

Drittens: Unser Ziel – früher hieß es „Kultur für alle“, so Hilmar Hoffmann – heißt kulturelle Teilhabegerechtigkeit. Denn die Rede von der Wissens-, der Bildungs-, der Kulturgesellschaft ist ja nicht falsch, aber sie trifft nur auf etwa die Hälfte der Bevölkerung zu. Das ist die Beobachtung. 50 % haben teil an der Kultur, die anderen 50 % nicht. Deswegen bleibt es eine herausragende Aufgabe für Sozialdemokraten, weiter an diesem Programm zu arbeiten: Kulturelle Teilhabegerechtigkeit für alle. Denn kulturelle und soziale Exklusion bedingen einander. Sozialtransfers allein reichen nicht. Es kommt gerade auch auf kulturelle Bildung und musische Erziehung an. Wenn die Rede vom vorsorgenden Sozialstaat wirklich Berechtigung hat, dann auch dort, wo wir der kulturellen Ausgrenzung entgegenwirken müssen.

(Beifall)

Eine integrierende, auch sozial engagierte Kulturpolitik kann Sozialpolitik niemals ersetzen. Doch eine Sozialpolitik ohne kulturelle Dimension ist immer unvollständig und wird nie wirklich voll wirkungsvoll sein.

(Beifall)

Viertens: Wir befürworten den interkulturellen Dialog in unserem eigenen Land wie auch die Stärkung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als eine wichtige Aufgabe friedlicher Globalisierung. Den missverständlichen Begriff der deutschen Leitkultur, die auch immer ein Dominanzverhältnis und Unterordnungsverhältnisse assoziiert, setzen wir unseren Leitbegriff einer Kultur der Anerkennung entgegen, einer Anerkennung von Unterschieden als ein Reichtum unserer Gesellschaft.

Unser Ja allerdings zu kultureller Vielfalt schließt ausdrücklich ein Nein zu fundamentalistischen Verengungen und zu falschen Ideologisierungen von Unterschieden ein. Kulturelle Differenzen dürfen nicht ideologisch aufgeladen werden. Das würde dann dem aufhelfen, was der Kampf der Kulturen als eine düstere Prognose einmal gemeint hat.

Fünftens und letztens: Kulturwirtschaft, Kreativwirtschaft ist ein wichtiger neuer Wachstumssektor. Peer Steinbrück wird dazu, denke ich, ausführlich reden. Wir unterstützen künstlerische Kreativität, die für innovative Branchen und den Wirtschaftsstandort der Zukunft immer bedeutender wird. Doch gleichzeitig bleiben wir dabei, die Künste als – um Michael Naumanns wunderbare Formulierung zu zitieren – schönste Form der Freiheit zu verteidigen, die Kultur immer auch zu begreifen, geradezu emphatisch, als Bildungsauftrag und als geistige Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft.

Das sind die wichtigen Punkte unseres Leitantrags zur Kulturpolitik. Ich wünsche mir sehr, dass ihr diesem Antrag mit großer Mehrheit zustimmt, aber dass er dann auch eine Aufforderung ist, in der alltäglichen Politik von Sozialdemokraten zu begreifen, welche wichtiger Lebens- und Sozialfaktor Kultur ist und dass Kultur niemals wieder bei den schwierigen Entscheidungen in den Verteilungskonflikten um das immer zu knappe Geld hinten herunterfällt. Diese Lektion sollten wir Sozialdemokraten endgültig gelernt haben. – Ich danke für das Zuhören.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Wolfgang. Wir haben jetzt eine Reihe von Wortmeldungen. Die erste habe ich schon genannt: Peer Steinbrück hat das Wort. Ihm folgt dann Olaf Zimmermann.

**Peer Steinbrück, stellvertretender Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst möchte ich ein herzliches Dankeschön sagen für den Zuspruch, den ich bei der Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gefunden habe. Das Ergebnis freut mich sehr,

(Beifall)

zumal ich weiß, dass es Ecken und Kanten von mir gibt, die euch gelegentlich nerven und dass meine Definition von Diplomatie auch nicht immer mit eurer Definition übereinstimmt.

Ich will aber gerne das in meinen Möglichkeiten Stehende tun, um – wie ich glaube – die vornehmste Aufgabe der SPD mit zu erfüllen, nämlich auf der einen Seite dieses Land leistungsstark und kräftig zu halten und auf der anderen Seite den Zusammenhalt dieser Gesellschaft mit zu gewährleisten. Das bedeutet eben auch, diese Gesellschaft schrittweise sozial gerechter zu machen. In dieser Zielsetzung hat die SPD ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien. Ich glaube, das kann uns die Kraft und den Rückenwind geben, um bei Wahlen in diesem Land strukturelle Mehrheiten zu gewinnen; denn ohne sozialdemokratische Regierungsverantwortung wird der gesellschaftliche Fortschritt in dieser Gesellschaft zur Schnecke gemacht.

(Beifall)

Ihr werdet Euch vielleicht wundern, warum ich ein paar Worte zur Kreativwirtschaft sagen möchte getreu einer alten lutherischen Weisheit: Tritt laut auf; tritt fest auf und hör bald auf. – Insofern wird es nicht so langatmig.

Dieser Begriff „Kreativwirtschaft“ ist etwas sperrig. Aber er spielt zunehmend eine wichtige und, wie ich glaube, wirtschaftlich und kulturell immer wichtigere Rolle. Ihr werdet fragen, was sich dahinter verbirgt. Das sind vornehmlich inzwischen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch künstlerisch tätige Bereiche, wie zum Beispiel die von Wolfgang Thierse erwähnten Künste, Fernsehproduktionen, Filmproduktionen, Design, Werbung, Musikproduktion, Verlagswesen, Journalismus, die in Deutschland in mehrfacher Hinsicht eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

Kultur und Ökonomie verbinden sich hier zu einer beeindruckenden Dynamik, übrigens auch immer mehr mit Blick auf Arbeitsmarkteffekte, sehr innovativ, mit vielen Menschen, die dort inzwischen beschäftigt sind. Einige sagen, dass diese Kreativwirtschaft, wie ich sie weiter nennen möchte, inzwischen fast 2,6 bis 2,8 Prozent des Bruttozialproduktes in Deutschland erwirtschaftet. Das wäre mehr als die Chemieindustrie. Das wäre mehr als viele andere Wirtschaftsbranchen, über die wir sprechen.

Ein weiterer Punkt, warum wir gerade dieser Branche mehr Aufmerksamkeit schenken sollten, ist die soziale Dynamik, die dort vorhanden ist. Sozialer Aufstieg in die-



sen Feldern ist übrigens sehr viel häufiger als in anderen Bereichen auch ohne Bildungsabschlüsse möglich, weshalb sich die Tätigkeit in diesen Bereichen mit deutlich besseren Perspektiven für einen sozialen Aufstieg verbinden.

Auf der anderen Seite haben wir es sehr häufig mit prekären Arbeitsverhältnissen zu tun. Diejenigen von Euch, die zufällig die Plasberg-Sendung und Nathalia Wörner gesehen haben, haben darauf hingewiesen, wie viele Schauspieler es gibt, die nicht in der ersten Reihe stehen und es zunehmend mit sehr unsicheren sozialen Verhältnissen und Berufsperspektiven zu tun haben. Wir haben es mit einem hohen Grad an Selbstaussbeutung, gerade in sehr kleinen, teilweise Ein-Mann- oder Eine-Frau-Firmen in diesem Bereich zu tun.

Etwas, was wir deutlich vergessen: Der Schutz des geistigen Eigentums in dieser Kreativwirtschaft ist schlichtweg das zentrale Thema.

(Beifall)

Diese Menschen produzieren nichts Anfassbares. Aber wenn das, was sie mit Kopf und Händen gestalterisch geschaffen haben, über buchstäblich illegale, kriminelle Aktivitäten geklaut wird, dann krebzen sie am Existenzminimum herum.

Ich will sagen: In dieser Kreativwirtschaft kommen mehrere Faktoren zusammen, kulturelle Kreativität, wirtschaftliche Wachstumschancen, die wir nicht unterschätzen sollten, Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs und echte Beschäftigungspotenziale. Deshalb rate ich unserer Partei, sich mit dieser Kreativwirtschaft – ihren Problemen, aber vor allem ihren Perspektiven – zu beschäftigen. Wir sollten das nicht anderen Parteien überlassen. Wir haben einen ersten Ansatz dazu gemacht, indem wir das Forum Wirtschaft beim Parteivorstand mit diesem Thema und der Begegnung mit Vertretern aus diesem Bereich geöffnet haben. Deshalb freue ich mich sehr, dass es uns nicht nur gelungen ist, seit langer Zeit einmal wieder einen solchen Leitantrag zu formulieren, sondern dass wir auch die erste Partei sind, die diesen Aspekt formuliert und zum Ausdruck bringt. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal für die Menschen, die dort tätig sind.

Wenn ihr Euch an die Hochzeiten der SPD erinnert, wenn wir Mehrheiten gewonnen haben, dann lag das auch immer daran, dass wir diese kreativen hochdynamischen hochinnovativen Menschen für uns haben begeistern können und sie haben mitnehmen können. Das sollten wir in Zukunft wieder tun.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Als Nächster hat Olaf Zimmermann das Wort. Ihm folgt Monika Griefahn.

**Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlichen Dank, dass Sie mich hier sprechen lassen. Als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates überbringe ich Ihnen auch die herzlichsten Grüße der Verbände der Künstler, der Kultureinrichtungen und der Kulturwirtschaft. Das, was Sie heute hier mit dem Leitantrag machen, ist von uns von großer Bedeutung.

Die SPD ist die Partei der Kulturpolitik.

(Beifall)

Eine gewagte These. Doch wer hat denn das Amt des Kulturstaatsministers 1998 erfunden? Es war die SPD.

(Beifall)

Doch ich will gar nicht so weit in die jüngste Vergangenheit zurückgehen. Leider hat die SPD in der Großen Koalition dieses Amt nicht mehr inne. Aber vier SPD-Minister haben in der Großen Koalition wirkungsvoll Kulturpolitik gemacht: Franz Müntefering – wenn ich das sagen darf – hat im Frühjahr die Künstlersozialversicherung zukunftsfest gemacht, im Stillen, aber, meine Damen und Herren, absolut wirkungsvoll.

(Beifall)

Die Künstlersozialversicherung ist die bedeutendste Form der Künstlerförderung, die es in Deutschland gibt. Frank-Walter Steinmeier hat die auswärtige Kulturpolitik wieder auf Kurs gebracht, hat ihr Bedeutung und Gewicht gegeben. Die auswärtige Kulturpolitik ist wieder ein Wert für sich.

(Beifall)

Auch der Etat der auswärtigen Kulturpolitik ist angestiegen.

Peer Steinbrück hat mit der Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechtes einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich geleistet.

(Beifall)

Er traut der Bürgergesellschaft etwas zu. Die Förderung des Engagements ist hier eben nicht mehr nur eine Worthülse, sondern ist ganz konkret in Gesetzen umgesetzt worden.

Auch Brigitte Zypries, die die Reform des Urheberrechtes verantwortet hat, danke ich ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit bei den äußerst schwierigen Verhandlungen.

(Beifall)

Auf diesen kulturpolitischen Erfolg der SPD-Minister, meine sehr verehrten Damen und Herren in der Großen Koalition, können Sie stolz sein.

(Beifall)

Vielleicht ist das ein gutes Omen, damit auch bei der nächsten Wahl der Kulturstaatsminister wieder ein Sozialdemokrat sein wird.

Heute, quasi als Sahnehäubchen, ein fulminanter Leitantrag zur Kulturpolitik! Der Eigenwert der Kunst und Kultur, die Autonomie der Kunst, soll gestärkt werden. Kultur als öffentliches Gut! Kulturförderung ist Investition, nicht Subvention. So wird es in diesem Leitantrag festgeschrieben.

Für uns, den Deutschen Kulturrat, ganz zentral ist: Sie haben in diesen Leitantrag hineingeschrieben, dass das Staatsziel Kultur ins Grundgesetz aufgenommen werden soll. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Sie haben in diesen Leitantrag auch aufgenommen, dass die soziale Verantwortung gegenüber den Künstlern gefestigt und ausgebaut werden soll und dass die Reformen des Urheberrechtes im Sinne der Künstler und der Kulturwirtschaft weiter umgesetzt werden.

Die SPD hat sich mit diesem Leitantrag viel vorgenommen. Das freut uns. Die 220 dem Deutschen Kulturrat angeschlossenen Bundeskulturverbände aus der Musik, der Literatur, dem Theater, der bildenden Kunst, der Baukultur, dem Design, dem Film- und Medienbereich und der Soziokultur werden Sie, wo immer möglich, nach Kräften dabei unterstützen. Von hier aus unser Dank für Ihr kulturpolitisches Engagement! – Danke schön.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank. Wie bereits angekündigt, hat als Nächste Monika Griefahn das Wort. Ihr folgt Siggie Ehrmann. – Ich wollte noch sagen: Auch bei diesem Thema sollten wir die Redezeit von maximal fünf Minuten nicht unbeachtet lassen.

**Monika Griefahn, Bundestagsfraktion:** Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste! Mit sozialdemokratischer Kulturpolitik gestalten wir unsere Gesellschaft und unsere Zukunft. Deshalb freue ich mich besonders, dass wir heute einen Leitantrag Kultur diskutieren und dass Kultur ein fester Bestandteil unserer Politik ist.

Jeder soll teilhaben können an Kunst und Kultur, und jeder soll sich einbringen können. Das ist natürlich immer noch nicht der Fall, aber wir arbeiten daran. Deshalb

müssen wir immer wieder deutlich machen, dass Kultur ein öffentliches Gut ist, wir also zum Beispiel öffentliche Bibliotheken überall in unserem Land in ihrem Bestand sichern und sie für alle zugänglich machen müssen. Allerdings bedeutet Kultur die ganze Vielfalt und Bandbreite: von klassischer Oper über den Film bis hin zu Computerspielen.

Indem wir kulturelle Bildung als eine Kernaufgabe der nächsten Jahre verstehen, befähigen wir die Menschen, an dieser Vielfalt aktiv teilzuhaben und mit ihr verantwortungsvoll umzugehen. Wir wollen, dass Kultur zur Pflichtaufgabe auf allen Ebenen staatlichen Handelns wird. Deshalb muss Kultur auch als Staatsziel ins Grundgesetz. Das ist seit langem unsere Position, und wir haben das in der SPD-Bundestagsfraktion auch beschlossen. Jetzt müssen die anderen mitziehen.

(Beifall)

Von Kunst und Kultur geht eine ungemein starke gestaltende, verändernde Kraft aus. Deswegen brauchen wir auch die richtigen Personen. Auf der bundespolitischen Ebene haben wir, wie das eben Olaf Zimmermann gesagt hat, leider wichtige Ämter verloren. Aber Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zumindest strahlt in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Auch das ist ein wichtiges Zeichen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten müssen die Kultur in den Mittelpunkt unseres Handelns auf allen Ebenen stellen. Ich wünsche mir, dass es immer Sozialdemokraten sein mögen, die wichtige Verantwortung übernehmen. Das sind wir auch den Künstlerinnen und Künstlern, den Kulturschaffenden, schuldig, von denen die meisten eben kaum von ihrer eigenen Arbeit leben können. Deshalb müssen wir für die Rahmenbedingungen sorgen, zum Beispiel im Urheberrecht, damit sie auch tatsächlich Geld bekommen und nicht in Buy-Out-Verträgen ausgekauft werden, oder in der Künstlersozialkasse, damit wir ihnen Freiraum für ihre Kreativität schaffen. Denn Kreativität bringt uns insgesamt in der Gesellschaft weiter, nicht nur in der freien Kunst.

Gleichzeitig tragen wir die Verantwortung für die, die darauf wachsen sollen: Kinder, Jugendliche, Menschen jeden Alters. Ihnen wollen wir den Zugang zu Kultur ermöglichen. Kultur ist Lebensmittel. Es ist Teil unseres Lebens. Das müssen wir unterstützen, auch in der Schule. Das ist der Appell an die Landespolitiker, bei den Ganztagschulen an die Nachmittagsbetreuung zu denken: Theater, Musikunterricht – all das muss wieder seinen festen Platz haben.

(Beifall)

Mit einer starken Kulturpolitik sprechen wir die Menschen an. Ich habe gerade gelesen: 89 Prozent der Europäer wollen, dass sich die EU stärker um Kulturförderung kümmert. Ich nehme das in meiner Arbeit vor Ort immer wahr. Das ist ein Teil unserer Glaubwürdigkeit, wenn wir uns auf allen Ebenen kümmern. Lasst uns also etwas daraus machen!

Diese Ansprüche und Erwartungen haben wir auch gegenüber den Medien; die Anträge der Medienkommission verdeutlichen das. Wir brauchen neben der kulturellen Bildung auch die mediale Bildung; auch das ist eine Kernaufgabe. Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation in der digitalen Welt und in allen Lebensbereichen, und auch hier gibt es sehr viele kulturelle Elemente.

Ich möchte zum Abschluss einen ganz wichtigen Wunsch äußern: All diese Ansprüche müssen wir selbst erfüllen. Ich wünsche mir deshalb einen breiten Diskurs und einen Austausch über dieses Thema. Der Leitantrag ist eine gute Grundlage dafür. Wir müssen in unserer Partei und mit den Menschen vor Ort wieder einen breiten Dialog über Kunst, Kultur, Medien und ihren Beitrag für unsere Gesellschaft führen. Es war Willy Brandt, der es geschafft hat, durch einen breiten Kulturbegriff und aktive politische Gestaltung viele Menschen anzusprechen und für sozialdemokratische Politik zu begeistern; Kurt Beck hat das heute Morgen angesprochen. Die SPD setzt mit dem Leitantrag zur Kultur erneut ein Zeichen und macht deutlich: Kultur ist unsere Zukunft, Kultur ist Lebensmittel. Also, macht alle mit!

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Monika. Als Nächster hat Siggie Ehrmann das Wort. Ihm folgt Burkhard Jellonnek – Ist Siggie Ehrmann im Raum? Wenn nicht, würde ich bitten, dass Burkhard Jellonnek das Wort ergreift.

**Burkhard Jellonnek, Kulturforum Saarland:** Liebe Genossinnen und Genossen! Aus der Sicht der regionalen Kulturforen – ich spreche hier für das Saarländische Kulturforum – ist dieser Kulturleitantrag ein starkes Zeichen. Ich freue mich, dass Kurt Beck die Initiative ergriffen hat und dieses Kulturthema so intensiv mit seiner Person verbunden hat.

Ich habe vor einigen Wochen miterleben dürfen, wie Kurt Beck vor Kulturschaffenden eine Stunde lang über dieses Thema gesprochen hat. Ich denke, diese Botschaft ist nicht nur bei diesem Anlass angekommen. Wolfgang Thierse hat auf die Bedeutung der Kultur hingewiesen und auf die Notwendigkeit, für eine kulturelle Teilhabe in unserer Gesellschaft zu sorgen. Wenn wir feststellen müssen, dass 50 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger kulturelle Veranstaltungen nicht wahrnehmen, also zu keinem Theaterstück gehen, zu keiner Ausstellung, zu keinem Konzert, sich nicht einmal den Musikantenstadl anschauen, dann wird deutlich, welche Defizite es gibt und dass wir etwas tun müssen.

Gerade wenn wir an unsere Zielgruppen denken, ist es ganz wichtig, dafür zu sorgen, dass kulturelle Teilhabe ermöglicht wird. Ich denke, kulturelle Bildung – das ist jetzt mein Thema – ist eine ganz wichtige Chance. Monika Griefahn hat vorhin von Kultur als Lebensmittel gesprochen. Ich erinnere – etliche von euch werden diesen wunderbaren Film gesehen haben – an „Rhythm is it“ von Simon Rattle und Royston Maldoom über ein Tanztheaterprojekt für Schülerinnen und Schüler. Ich erinnere an – Medienkompetenz als ganz großes Thema – an die Schulkinowochen, die inzwischen bundesweit von Vision Kino und anderen angeboten werden. Ich erinnere beispielsweise an ein großes Projekt, das jetzt in NRW über die Bühne geht: „Jedem Kind ein Instrument“. Ich denke, das ist eine Maßnahme, an der man erkennen kann, wie wichtig es ist, dass die Zeit der Modellprojekte in diesem Bereich vorbei ist. Wir müssen wirklich flächendeckend arbeiten, um viele Kinder und Jugendliche vor allen Dingen in den Schulen zu erreichen. Mein Appell – ich denke, wir sind als Partei auf dem richtigen Weg – lautet, dass wir mit der kulturellen Bildung sehr früh anfangen. Eine wichtige Forderung unserer Partei sollte es deshalb sein, dass wir uns dafür stark machen, dass Erzieherinnen und Erzieher als diejenigen, die als Erste mit Kindern in Kontakt kommen, dafür auch entsprechend ausgebildet sind, dass ihre Ausbildung akademisiert wird. Wir haben im europäischen Vergleich einen ganz großen Nachholbedarf. Als Saarländer weiß ich, dass die École Maternelle beispielsweise so arbeitet und sehr große Erfolge hat. Es ist aus meiner Sicht wirklich ganz wichtig.

Ein weiteres Projekt, das wir in Angriff nehmen müssen und wo wir sehr stark sein müssen, sind die Ganztagschulen, die die Möglichkeit bieten, diese Projekte mit Leben zu erfüllen. Im Moment ist es an den Gymnasien aber beispielsweise leider so, dass die G-8-Phase all diese schulkulturellen Projekte in der Regel abwürgt, weil die entsprechenden Lehrpläne nicht entschlackt worden sind. Ich glaube, es ist ein ganz große Programm, das wir da vor uns haben, nämlich dafür zu sorgen, dass wir flächendeckend mit der kulturellen Bildung arbeiten und dass wir ihr vor allen Dingen in Ganztagschulen die Möglichkeit geben, das tatsächlich umzusetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich sehe Siggie Ehrmann, wenn mich meine Augen nicht trügen. Er kann das Wort ergreifen, wenn er will. Komm nach vorne, du hast dich zu Wort gemeldet. – Er hat zurückgezogen. Okay, dann ist Bernd Faulenbach der Nächste.

**Bernd Faulenbach, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Antrag fällt in der Tat aus dem Rahmen. Ich glaube, man kann sagen, wir haben in der Geschichte unserer Partei niemals auf einem Parteitag einen vergleichbar umfangreichen und vergleichbar grundlegenden Leitantrag zur Kulturpolitik beschlossen. Vor diesem Hintergrund kann man diesen Antrag nur begrüßen. Eindrucksvoll wird die

Bedeutung von Kultur dargestellt, aber auch gesagt, dass sie ein öffentliches Gut darstellt. Die soziale Funktion wird erläutert. Vieles aus der hohen Vielschichtigkeit des Kulturbegriffs und auch der Kulturdiskussion ist hierin enthalten.

Lasst mich nur zwei Anmerkungen machen. Die eine Anmerkung bezieht sich auf den Begriff der Anerkennungskultur. Auch hier wird sehr vernünftig argumentiert, doch stelle ich mir die Frage, ob nicht auch wir über die kulturellen Grenzen hinweg gemeinsam nach Gemeinsamem suchen müssen. Da ist dann zu Recht vom universalistischen Prinzip die Rede, aber, Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir brauchen in unserer Gesellschaft auch eine Grundverständigung über unsere historischen Erfahrungen. Das kann man nicht vorgeben; das ist ein historischer Prozess, der nötig ist.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die Erinnerungskultur. Hier sind die Positionen der historischen Kommissionen beim Parteivorstand gespiegelt, hier sind die notwendigen Differenzierungen zwischen den verschiedenen Erinnerungskomplexen durchaus vorgenommen.

Dennoch lasst mich Folgendes dazu sagen: Was dort vorherrscht, ist natürlich eine Erinnerungskultur, die vor allem das negative Gedächtnis pflegt. Es steht also das, was schiefgelaufen ist, was an Verbrechen in unserer Geschichte da war, steht im Vordergrund. Genossinnen und Genossen, vielleicht müssten wir gerade als Sozialdemokraten aber zugleich sagen: Wir dürfen uns auch als Sozialdemokraten an die Freiheitstradition deutscher Geschichte erinnern, also an diese positiven Komplexe. Gerade wir Sozialdemokraten haben Grund dazu.

Und diese Erinnerungskultur, Genossinnen und Genossen, sollte nicht national verengt sein. Wir brauchen darüber eine Art europäischen Diskurs. Wir brauchen wahrscheinlich auch eine Diskussion über die europäischen Freiheitstraditionen, in deren Kontext wir uns sehen und die wir in unsere Erinnerungskultur hineinnehmen. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank. Mir liegen noch drei Wortmeldungen zu diesem Komplex vor. Das ist zunächst Helen Heberer, die ich bitte, nach vorne zu kommen. Dann will wohl auch Detlef Ruffert dazu sprechen – jedenfalls hat das die Wortmeldekarte nahegelegt –, und außerdem Jensen Fleckenstein. Helen spricht als Erste.

**Helen Heberer, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, der Leitantrag des Parteivorstands titelt zu Recht „Kultur ist unsere Zukunft“ und appelliert daran, jetzt die Chancen, die in einer vernetzten Kultur-, Mädchen- und Bildungspolitik liegen, zu nutzen. Es geht darum, genau jetzt, zum Zeitpunkt globaler und natio-

nalere Umbrüche, als SPD auf's Neue, liebe Genossinnen und Genossen, eine wegweisende Spitzenposition einzunehmen und führende Gestaltungskraft in der Kultur und in der damit in Zusammenhang stehenden Bildungsdebatte zu sein, genau wie dies unsere Vorväter und Mütter unserer nicht zuletzt aus den Arbeiter-, Bildungs- und Kulturvereinen hervorgegangenen SPD, nämlich einer Partei der Kultur und Bildung, immer gewesen sind.

Ich will auf einen Gesichtspunkt ganz besonders eingehen. Es muss uns ein besonderes Anliegen sein, neben dem nötigen Freiraum, den Kunst und Kultur brauchen, auch die gemeinschaftsbildenden, persönlichkeitsbildenden und grundlegenden pädagogischen Möglichkeiten von Kunst und Kultur zu sichern und zu fördern. Kultur ist nicht nur wirtschaftlicher Standortfaktor. Kulturelle und interkulturelle Bildung stellt eine grundlegende Voraussetzung für Integration dar. Kultur ist eine verbindende Kraft. Kunst und Kultur schaffen Voraussetzungen für kognitives Lernen, vernetztes Denken und kreative Problemlösungspotenziale. Sie schafft genau jene Schlüsselqualifikationen, ohne die heute kein Betrieb, keine Verwaltung und überhaupt kein Bereich der modernen Wissensgesellschaft mehr auskommen kann.

Es wird entscheidend darauf ankommen, dass wir jetzt – und gerade jetzt – auf diesem Felde, nämlich mit der Annahme des Antrags und dessen konsequenter Umsetzung, die richtigen Zeichen setzen, um zukunftsfähig zu werden. Wir müssen hier Vorreiter werden, liebe Genossinnen und Genossen. In der Bildungsdebatte der letzten 50 Jahre wurden nämlich die Möglichkeiten der kulturellen Bildung und der musischen Erziehung als notwendige Grundlage von Erziehung und Bildung überhaupt sträflich vernachlässigt.

Eine wirkliche Reform auf diesem Felde hat nie stattgefunden. Darin liegt eine oft nicht beachtete Ursache dafür, dass das Bildungssystem der Bundesrepublik heute nicht die Qualität anderer europäischer Staaten, etwa der nordeuropäischen, erreichen konnte.

Im Antragstext heißt es: Kultur und kulturelle Bildung tragen dazu bei, Chancen für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen, gerechte Teilhabe und sozialen Aufstieg zu ermöglichen und durch Solidarität Sicherheit zu gewährleisten.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass sich diese Erkenntnis bis in alle Gliederungen hinein durchsetzt und mit Leben erfüllt wird. Lasst uns aktiv in Ländern und Kommunen im Sinne der Bedeutung der Kultur als grundlegender Teilhabe und Bildungsvoraussetzung dafür sorgen, die im Antrag formulierten Rahmenbedingungen zu schaffen und zu erstreiten. Dazu fordere ich euch auf. Ich bitte euch, den Antrag zu unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall)



**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank. – Als Nächster ist Detlef Ruffert an der Reihe. Jensen Fleckenstein bereitet sich vor. Dann sind wir durch.

**Detlef Ruffert, Hessen Nord:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich besonders, dass wir einen so großen Leitantrag haben, der für mich ganz wichtigerweise das Thema Medien nicht ausspart; denn wir haben das Problem, dass wir sehr oft, wenn wir von Kultur reden, all das meinen, was wir als Theater, Konzert und Schauspiel kennen, aber die Medien in eine ganz andere Ecke stecken. Das hat uns eigentlich schon immer begleitet.

Da ich aus Hessen komme, will ich Ihnen jetzt mit unserem hessischen Slogan sagen: Die Zeit ist reif, dass wir uns heute mit einem deutlichen Votum der digitalen Welt öffnen und sie als Chance und Herausforderung betrachten.

Die vorliegenden Anträge – nicht nur der Leitantrag mit dem kleinen Absatz, sondern auch die anderen Anträge zur Medienkompetenz und zu Web 2 – gehen genau in diese Richtung der Akzeptanz. Das war nicht immer so und ist bis heute nicht so; denn wir tun uns nach wie vor schwer mit den Medien. Wir kritisieren die Medien, wenn sie nicht so berichten, wie wir es gerne hätten. Wir sagen: Die Medien bringen nur viele ungerechte Dinge in die Gesellschaft hinein, und sie verderben unsere Kinder und Jugendlichen mit den vielen Gewaltdingen, die sie zeigen, geradezu. Und doch ist die Notwendigkeit der Medien- und Informationsgesellschaft und die Notwendigkeit der Medien schlicht und ergreifend gegeben. Die Medien helfen uns, die Gesellschaft durch Informationen, Kommunikation, Kritik und Unterhaltung zu gestalten.

Dabei dürfen wir jetzt nicht in den Fehler verfallen, dass wir in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft hineinkommen: einmal die einen, die die sozusagen hochstehenden kulturellen Ereignisse wahrnehmen, und auf der anderen Seite die anderen, die die Medien, den Computer, die Spiele und was es alles gibt, nutzen. Mediale Teilhabe ist dringend notwendig. Wir müssen mit unserer Politik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine mediale Teilhabe auf allen Ebenen möglich wird und ist.

Dabei bewegen wir uns auf einem ganz schmalen Grat zwischen der Akzeptanz der Medien einerseits und der Verteufelung und Stigmatisierung andererseits. Neue Medien und Entwicklungen machen vor allem uns, die Älteren, unsicher. Junge Menschen gehen viel lockerer damit um und wachsen in diese Medienwelt hinein. Sie akzeptieren das, was ihnen die Medienwelt anbietet, und entwickeln dabei eigene Kompetenzen – individuelle und für uns Erwachsene manchmal gar nicht so verständliche eigene Kompetenzen. Natürlich haben wir – das ist mit ein Anliegen der Anträge – die jungen Menschen vor negativen Auswirkungen der Medien zu schützen, besonders dann, wenn sie Gewalt transportieren oder wenn sie desorientierend wirken.

Genossinnen und Genossen, viel wichtiger als Verbote und Regelungen sind aber die Dinge, die wir heute schon einmal unter dem Stichwort Medienkompetenz genannt haben. Sie müssen sich adäquat in der Medienwelt zurechtfinden und dürfen sich nicht von den Medien beherrschen lassen, sondern sie müssen mit den Medien aktiv umgehen. Das müssen wir in unserem Schul- und Bildungssystem, aber auch in den anderen Erziehungs- und Bildungssystemen dringend vermitteln.

Wenn wir heute so diskutieren, dann wissen wir auch: Ein von uns immer wieder geforderter Jugendmedienschutz kommt immer dann neu, wenn es wieder einmal etwas Unangenehmes in den Medien gegeben hat oder wenn durch die Medien angeblich etwas Unangenehmes geschehen ist. Dann wollen wir immer neue Verbote, anstatt eher auf die Karte der Medienkompetenz zu setzen. Der beste Jugendmedienschutz ist eine Medienkompetenz.

Im Übrigen ist diese Medienkompetenz aber auch eine Herausforderung nicht nur für diejenigen, die die Medien zu konsumieren haben, die Rezipienten, sondern auch für die Produzenten, die auf der anderen Seite stehen.

(Glocke)

Ich denke, hier soll auch immer wieder gesagt werden, dass wir auf diese Verantwortung deutlich aufmerksam machen.

Alle Medienschaaffenden sind aufgerufen, mit ihren medialen Botschaften sorgsam, verantwortungsbewusst und ganz verantwortlich umzugehen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Die Glocke war an dich gerichtet.

**Detlef Ruffert, Hessen Nord:** Entschuldigung, ich habe sie nicht gehört.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Ja, du hast sie nicht gehört. Deswegen habe ich es noch einmal laut gesagt.

**Detlef Ruffert, Hessen Nord:** Entschuldigung, ich habe den Gong überhört. – Ein letzter Satz, den ich sagen will: Die Zeit ist reif, Genossinnen und Genossen, dass wir uns auf allen Ebenen und allen Gebieten verstärkt und nicht nur so eben der Medienkompetenz zuwenden. Wir müssen auch wissen, dass das organisatorische und finanzielle Verpflichtungen mit sich bringt. Also: Die Zeit ist reif für Medienkompetenz. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank. – Jetzt kommt Jensen Fleckenstein.

**Jensen Fleckenstein, Hessen Süd:** Genossinnen und Genossen, ich bin seit über 40 Jahren Kulturschaaffender. Vor zwei Jahren wurde ich von meinem Landrat für 40 Jahre aktives Singen im Chor ausgezeichnet.

(Beifall)

– Danke schön. – Deshalb brennt es mir auf der Seele – auch wenn ich der Schlussredner bin –, in dieser Diskussion auf einen Aspekt hinzuweisen. Diesen wollte ich noch anfügen.

Ich singe seit über 40 Jahren im Arbeitergesangsverein, wie sich das für einen Sozialdemokraten gehört. Gerade die Arbeitergesangsvereine sind ein wichtiger Teil unserer sozialdemokratischen Geschichte. Das sollten wir auch nicht vergessen.

Mir brennt es auf der Seele, auf einen wichtigen Aspekt hinzuweisen: Es findet ein schleichendes Sterben der Kultur in unserem Land statt, nämlich das Sterben des Chorgesanges. Dies gilt gerade für die Männerchöre. Ich bin bei mir im Chor der Dritttüngste. Es tut mir in der Seele weh, das auch bei vielen anderen Chören zu sehen, wobei es oft auch noch viel schlimmer ist.

Ich denke, auch hier sollte die Bildungspolitik einen Ansatz finden, die Kinder und Jugendlichen wieder mehr an das Singen heranzuführen. Deutschland wäre ein Stück ärmer ohne das Singen. Ich glaube, gerade das Singen ist ein großer Aspekt, der den Mensch vom Tier unterscheidet. Ich denke, auch das sollte die Kulturpolitik nicht vergessen. – Danke schön.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zur Befassung des Antrages M 1. Danach verhandeln wir noch die Anträge M 2 und M 3.

Da die Rednerliste für die beiden folgenden Anträge noch nicht vorliegt, kommen wir jetzt zur Beschlussfassung über den Antrag M 1. Ich brauche dann noch die Rednerliste für die Anträge M 2 und M 3.

Liebe Genossinnen und Genossen, wer will dem Antrag zur Kulturpolitik, zu dem die Antragskommission Annahme empfiehlt und zu dem es weiter keine mir vorliegenden Änderungsanträge gibt, gemäß der Empfehlung der Antragskommission zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

(Beifall)

Wie uns die Rednerinnen und Redner deutlich gemacht haben – ich glaube, das hat in der Sache auch jedem eingeleuchtet, der sich damit befasst hat –, ist das ein wichtiger Antrag.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen M 2 und M 3, die ich zusammen verhandeln möchte. Dazu liegen mir zwei Wortmeldungen vor, und zwar einmal von Jörg Tauss

und einmal von Marc Jan Eumann. – Marc Jan Eumann ist schon oben, also fängt er an.

**Marc Jan Eumann, Vorsitzender der Medienkommission der SPD:** Liebe Genossinnen und Genossen, alles bleibt gleich und nichts bleibt, wie es ist. Die digitale Welt macht es möglich. Es ist eine Welt voller Hybride, die uns das offeriert, was wir kennen – lineares Radio und Fernsehen –, aber eben auch noch viel und vieles mehr.

Das gilt, auch wenn man heute noch nicht sagen kann, was sich hinter diesem vielen alles offenbaren wird – hoffentlich etwas, was uns allen nutzt.

Sicher ist, Genossinnen und Genossen, Digitalisierung beschleunigt Konvergenzprozesse. Zwei Beispiele: Aus ehemals neutralen Plattformbetreibern werden Inhalte-Anbieter. Ihr erlebt es selbst, dass aus Zeitungsverlagen integrierte Medienunternehmen werden, die vom Internet bis hin zum Postvertrieb alles übernehmen wollen.

Die analoge Welt kannte zwei Akteure, nämlich den Sender, der den Empfänger bedient hat, und der Empfänger auf der Couch, der zugeschaut hat. Genau das ändert sich gerade: Aus Sendern werden Empfänger, und aus Empfänger werden Sender. YouTube und Clipfish sind hier die Stichworte.

Wir Sozialdemokraten wollen diese Entwicklung nutzen, um die freiheitliche politische Teilhabe und den Zugang zu Wissen zu erweitern. Gleichzeitig gilt es, eine drohende Spaltung unserer Gesellschaft zu verhindern. Die Herausforderungen hat die Medienkommission im Antrag „Medienkompetenz 2.0“ beschrieben. Medienkompetenz ist eine der unverzichtbaren Schlüsselqualifikationen in der Informationsgesellschaft. Wir brauchen eine Medienkompetenzoffensive. Das WWW ist genauso wichtig wie das ABC.

(Beifall)

Unser Vorschlag ist, durch eine Stiftung für Medienkompetenz hier klare Signale für eine vernetzte Bildungs- und Medienpolitik zu setzen.

(Beifall)

Unstrittig ist auch: Der Prozess der Digitalisierung verändert unser Zusammenleben und hat Auswirkungen auf die Medienlandschaft und die Medienordnung. Deswegen ist sozialdemokratische Medienpolitik erstens, ein für die Nutzerinnen und Nutzer vielfältiges und bezahlbares Angebot möglich zu machen. Zweitens ist Medienpolitik gefordert, Vielfalt und Pluralismus zu sichern. Sie ist drittens gefordert, Meinungsmacht, wo immer sie in diesen Zeiten entstehen wird, zu begrenzen. Sie muss viertens einen diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten von allen Plattformen genauso sicherstellen wie die Auffindbarkeit. Das sind die beiden neuen Flaschenhälse.

Sozialdemokratische Medienpolitik muss modern genug sein, um Entwicklungen, um Neues zu fördern, und sie muss weit genug sein, um das Experimentelle zu ermöglichen. Sie muss auch – das ist ein ganz wichtiger Aspekt – geistiges Eigentum und Urheberrecht berücksichtigen.

Diese Aspekte stehen im Mittelpunkt unseres Antrages „Die Chancen der digitalen Welt nutzen“. In der Tat hat die Medienkommission hier die wichtigsten Eckpfeiler einer Medienordnung formuliert. Dabei machen wir unmissverständlich klar – allen Umwälzungen zum Trotz –: Es geht auch in Zukunft um Art. 5 Grundgesetz, es geht um Meinungsfreiheit und Pluralismus.

Auch in Zukunft, Genossinnen und Genossen, gilt: Rundfunk ist keine Ware wie jeder andere. Wer auf dem Markt der Meinungen unterwegs ist, der muss Spielregeln einhalten, Spielregeln, die Vielfalt sichern. Das ist für eine Demokratie unverzichtbar. Weil dem so ist, fordert die Medienkommission Regeln, die verhindern, dass Medienunternehmen zu bloßen Spekulations- und Finanzobjekten werden. Da geht es um mehr als um Äpfel und Birnen auf dem Markt der Meinungen.

Wir fordern auch – Kurt Beck hat das heute, wie ich finde, sehr eindrucksvoll deutlich gemacht – einen klaren und verbindlichen Fahrplan für den Digitalisierungsumstieg. Glos verspielt hier Chancen für die digitale Infrastruktur unseres Landes. Jeder weiß, dass für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft eine digitale Infrastruktur genauso wichtig ist wie ein gutes Schienennetz und wie ein gut ausgebautes Straßennetz. Digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Aspekt.

(Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns ein für die Fortentwicklung der dualen Rundfunkordnung. Beide Säulen – das sage ich ausdrücklich –, die öffentlich-rechtlichen, aber auch die kommerziellen – erfüllen eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe. Dass wir Sozialdemokraten uns mehr um den Funktionsauftrag und die Zukunftsfähigkeit dieses Auftrags kümmern, liegt auf der Hand. Das ist auch richtig so. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird in der digitalen Welt ein ganz wichtiger Anker sein. Er ist wesentlich und er erfüllt eben eine Vielzahl von Aufträgen wie Information, Bildung, Meinungsbildung, Beratung, Unterhaltung, Kritik, Integration, Kultur. Er ist Medium und Faktor in dieser Demokratie. Dafür stehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Mit Blick auf die Medienordnung fordert die Medienkommission eine Medienanstalt der Länder, wo wir unsere Aktivitäten bündeln wollen. Aus aktuellem Anlass sage ich: Ihr müsst aufpassen als SPD-Bundestagsfraktion, dass ihr die Rechte von Journalisten bei dem Thema Vorratsdatenspeicherung nicht einschränkt. Pressefreiheit ist ein ganz wichtiges Gut. Dazu gehört auch Informantenschutz. Passt an dieser Stelle auf, dass Pressefreiheit hier nicht vor die Hunde geht.

(Beifall)

Das ist ein ganz wichtiger Aspekt.

Ich bitte um Zustimmung zu den beiden Leitanträgen, die die Medienkommission erarbeitet hat. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern der Medienkommission. Ich bedanke mich bei Martin Stadelmeier, meinem medienpolitischen Sprecher. Das ist eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Es lohnt sich, dafür zu streiten, dass wir weiter Meinungsvielfalt und Pluralismus haben. Ich bitte euch, streitet mit. Stimmt unserem Antrag zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Marc Jan. Jetzt ist Jörg Tauss dran, der im Deutschen Bundestag für seine kurzen Beiträge bekannt geworden ist.

**Jörg Tauss, Baden-Württemberg:** Das ist wahr, liebe Genossinnen und Genossen. Lieber Marc Jan, es ist ja nicht so, dass man uns oft lobt. Aber du hast die Medienkommission gelobt. Ich will das Kompliment an dich als Vorsitzenden zurückgeben. Ich bedanke mich auch bei Kurt Beck. Es war einige Jahre so, dass die SPD leider die Chance vertan hat, über eine Medienkommission die Medienpolitik mitzugestalten. Dieser Zustand ist beendet worden seit einigen Jahren. Marc Jan, ich kann an der Stelle sagen: Ich finde es prima, wie in dieser Medienkommission gearbeitet wird. Es macht richtig Spaß.

(Beifall)

– An dieser Stelle kann man ruhig einmal klatschen.

Das zweite Lob kam diese Woche von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Sie meinte es zwar andersherum, aber es war hochinteressant. Die „FAZ“ schrieb sinngemäß in dieser Woche: Die SPD liegt medienpolitisch völlig falsch – das betrachte ich eher als Lob –, und die CDU liegt völlig richtig. Aber – so fügen sie hinzu – die SPD wäre ständig besser als die CDU und würde medienpolitisch der den Rang ablaufen. Auch dieses Lob nehme ich gerne zur Kenntnis und finde es prima, wenn es die „FAZ“ schreibt. Schöner kann man es nicht sagen.

Worum ist es in dem Artikel der „FAZ“ gegangen? Es ging schlichtweg darum, dass wir in diesen Tagen einen Antrag neben dem hier vorliegenden Leitantrag auf den Weg gebracht haben, der ebenfalls lupenrein zu dem passt, was das Bundesverfassungsgericht uns medienpolitisch erst kürzlich wieder aufgeschrieben hat. Ich sage eindeutig, wir bekennen uns zum dualen System, Marc Jan hat dies ebenfalls gesagt.

Die jahrlange Mär der Privaten besagt, man braucht den öffentlich-rechtlichen Bereich nicht mehr, weil wir private Angebote in großer Vielfalt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat ganz klar gesagt, dass dem nicht so ist. Es hat genau diese Vielfalt im privaten Bereich mit der Notwendigkeit, dort Gewinn zu erzielen und Gewinnmargen von 20 bis 30 Prozent erzielen zu wollen, so eingeschätzt, dass diese dazu führt, dass Redaktionen ausgedünnt und eine Grundversorgung nicht mehr stattfindet. Das ist lupenreine sozialdemokratische Medienpolitik, bekräftigt durch das Bundesverfassungsgericht. Darauf bin ich stolz.

(Beifall)

Lieber Marc Jan, du hast gerade ein Thema angesprochen. Morgen früh werden wir die Gelegenheit nutzen, uns in dieser Frage des Informantenschutzes im Zusammenhang mit der Telekommunikationsüberwachung für Journalistinnen und Journalisten zusammenzusetzen. Ich finde deinen Einwurf völlig berechtigt. Wir müssen schauen, dass Journalistinnen und Journalisten, die wohlgemerkt nicht in kriminelle Machenschaften verstrickt sind, aber möglicherweise mit Leuten zu tun haben, die verstrickt sind, nicht rechtlich verfolgt werden. Das Cicero-Urteil brauche ich als Stichwort nicht zu erwähnen.

Wir wollen nicht, dass Geheimnisverrat eines Dritten zur Strafverfolgung einer Journalistin oder eines Journalisten führt. Das sollte ein klares Signal von diesem Parteitag sein. Ich hoffe, dass dieses von den Journalistinnen und Journalisten einmal gesehen wird. Schreibt gelegentlich auch einmal über Medienpolitik. Das kann nicht schaden. Es sollte nicht nur im Bundestag vorkommen.

Darüber hinaus sagen wir Ihnen: Sie können sich auf die SPD verlassen. Wir wollen in diesen Fragen sehr sorgfältig mit Mitteln des Strafrechts prüfen, wie wir Pressefreiheit, Medienfreiheit in diesem Land garantieren können. Auch dies ist ein wichtiges Signal dieses Parteitags. – Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Jörg. – Wir haben zwei wichtige Beiträge von Marc Jan und Jörg zu den beiden Anträgen gehört. Weitere Wortmeldungen habe ich dazu nicht.

Die Antragskommission empfiehlt bei beiden Annahme. Deshalb frage ich: Wer will dem Votum der Antragskommission zu M 2 „Annahme“ zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das war eine sehr deutliche Mehrheit.

Zu M 3 – Medienkompetenz – lautet die Empfehlung ebenfalls „Annahme“. Wer will dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es waren kaum welche

dagegen und ansonsten fast alle dafür, die sich an der Abstimmung beteiligt haben. Das ist eine Mehrheit. Insofern ist auch diese Empfehlung der Antragskommission angenommen. Schönen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Wolfgang Jüttner macht jetzt weiter.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Olaf. – Ich habe das Vergnügen, Euch durch den frühen Abend zu führen. Ich hoffe, wir haben Freude miteinander. Es geht um Bildung, Wissenschaft und Jugend.



## Beratung der Anträge zu den Themen Bildung, Wissenschaft und Jugend

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich rufe auf im Antragsbuch die Anträge B 1 bis B 16. Das sind die Seiten 174 bis 188. Ich mache das zügig. Wenn es Probleme gibt, gebt ein Signal; dann nehmen wir etwas Dampf heraus.

Für die Antragskommission hat jetzt Christoph Matschie das Wort.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Rechtzeitig zur besten Nachrichtenzeit sind wir beim Thema Bildung angekommen. Das Thema Bildung wird uns auf diesem Parteitag am Sonntag im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm noch einmal ausführlich beschäftigen, in welchem es auch einen breiten Raum einnimmt. Das kann auch gar nicht anders sein, denn Bildung ist für uns das Rückgrat des vorsorgenden Sozialstaates. Hier geht es darum: Welche Entwicklungsmöglichkeiten geben wir Menschen, welche Chancen bieten wir ihnen, ihr Leben zu gestalten, und welche Entwicklungsmöglichkeiten geben wir damit auch der Gesellschaft?

Ich will an dieser Stelle nur wenige Punkte anreißen. Wenn wir über Entwicklungschancen reden: Viele von euch haben schon einmal kleine Kinder beobachten können, mit welchem Enthusiasmus und mit welcher Entdeckerfreude sie zum Beispiel den Blumenkübel ausräumen, die Erde verkosten, die Streufähigkeit des Materials testen und mit welcher Begeisterung sie das tun. Wenn man dann vielleicht das Bild eines frustrierten jungen Menschen daneben stellt, der sich in den Schlingen des Bildungssystems irgendwo verhakt hat und nicht weitergekommen ist und schon, bevor er in das Berufsleben startet, von dieser Welt nicht mehr viel erwartet, muss man sich die Frage stellen: Was liegt eigentlich zwischen dieser anfänglichen Begeisterung, diesem Entdeckerdrang von Menschen und dann den Menschen, die frustriert sind, die nicht mehr neugierig sind, die nichts mehr spannend finden? – Wenn man sich das anschaut – ich bin kein Trautänzer und bin sicher nicht der Überzeugung, dass alle Menschen am Ende der Bildungslaufbahn Wissenschaftler, Entdecker und Forscher werden –, ist eines klar: Wir dürfen nicht hinnehmen, Genossinnen und Genossen, dass so viele Menschen Verlierer in diesem Bildungssystem werden!

(Beifall)

Denn das ist gegenüber denen ungerecht, die im System zu Verlierern werden. Aber es schwächt auch die Gesellschaft insgesamt. Denn wir brauchen viele Menschen, die über gute Bildung verfügen. Deshalb kommt es darauf an, erstens früh mit Bildung anzufangen und zweitens intensiv in diese frühe Phase zu investieren. Da hat die SPD seit Jahren mit dem Ausbau von Kindergärten, auch mit der aktuellen Debatte, die wir darüber führen, für Entwicklung und für Meilensteine gesorgt.

Dann kommt – das wird uns auch im Grundsatzprogramm weiter beschäftigen – der Grundsatz „Fördern statt Sortieren“. Ich glaube, wir sind uns weitgehend einig – wir werden das ja bei der Abstimmung am Sonntag auch sehen –: Die allermeisten sind nicht davon überzeugt, dass es Sinn macht, Kinder nach der 4. Klasse auf unterschiedliche Schularten zu sortieren. Lasst sie länger gemeinsam lernen, aber dafür individuell besser fördern, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Dann kommt es darauf an, dass wir keine zusätzlichen Hürden in das Bildungssystem einbauen, schon gar keine finanziellen Hürden. Auch damit beschäftigen sich einige der Anträge, die wir heute Abend hier zu besprechen haben.

Eines ist ganz klar: Bildung muss ein öffentliches Gut sein. Wir als Sozialdemokraten sorgen dafür, dass es keine finanziellen Schranken im Bildungssystem gibt.

(Beifall)

Der letzte Punkt, der für mich wichtig ist: Es muss ein Leben lang offene Bildungswege geben. Weiterbildung spielt dabei eine ganz große Rolle.

Genossinnen und Genossen, ich weiß, das sehen nicht alle so, aber ich bin ein dezidiert Verfechter davon: Ich glaube, dass wir einen einheitlichen gemeinsamen Rahmen für die Bildungspolitik in Deutschland brauchen. Die Zersplitterung in 16 Bildungspolitiken ist nicht zielführend, sie bringt das Land nicht weiter voran.

(Beifall)

Wir werden heute Abend 16 Anträge behandeln, die sich vor allem mit den Themen Weiterbildung, Bafög, Studiengebühren und nationale Bildungsstandards befassen. Über die anderen Themen der Bildungspolitik werden wir hier im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm diskutieren. Ich wünsche uns heute Abend eine gute und bei der fortgeschrittenen Zeit auch zügige Beratung.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Christoph. – Es gibt eine Wortmeldung zur allgemeinen Aussprache: Garrelt Duin, Parteivorstand und Niedersachsen. Anschließend wird Gerd Krompe sprechen.

**Garrelt Duin, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte an das anschließen, was Christoph Matschie gerade einleitend gesagt hat. Kurt Beck hat heute Morgen in aller Deutlichkeit gesagt, dass Chancengleichheit und Bildung eines der zentralen Markenzeichen für die SPD sein müssen. Er hat dazu auch einige Beispiele genannt. Aber dann lasst uns, liebe Genossinnen und Genossen, dazu kommen,

dass wir nicht nur immer diese Überschriften im Munde führen, sondern lasst uns wirklich ganz konkrete Maßnahmen ergreifen, die Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit Realität werden lassen! Christoph hat gerade darauf hingewiesen: Die Föderalismusreform, die wir gemacht haben, hat dazu keinen positiven Beitrag geleistet, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich sage auch – auch wenn wir Gott sei Dank ein paar sozialdemokratische Bildungsminister haben, Doris Ahnen und andere –: Allein die Kultusministerkonferenz hinter verschlossenen Türen kann diesen Mangel eines einheitlichen Bildungsstandards in Deutschland nicht beheben, liebe Genossinnen und Genossen. Das allein reicht nicht aus.

(Beifall)

Eine konkrete Maßnahme ist zum Beispiel eine gemeinsame Schule, auch nach der Grundschule die Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen, sie nicht auf Hauptschule, Realschule oder Gymnasium zu verteilen. Wir wissen doch, dass es quasi keine Durchlässigkeit in diesem Bereich gibt. Wer einmal auf eine solche Schiene gesetzt wird, kommt von ihr nicht herunter. Wir als Sozialdemokraten müssen das im Sinne von Chancengleichheit beenden und die gemeinsame Schule durchsetzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber ich füge hinzu: Wir alle wissen, welche Widerstände es dort gibt. Dann reicht es nicht aus, das auf Parteitag zu beschließen, sondern wir müssen das da, wo wir die Chance haben, in Regierungshandeln umsetzen.

Natürlich werden wir diffamiert. Natürlich wird die gemeinsame Schule bzw. werden die Schulen mit anderem Namen, die dafür in verschiedenen Ländern genutzt werden, als „Einheitsschule“ diffamiert. Aber ich sage Euch, liebe Genossinnen und Genossen: Das Schlimme in Deutschland ist nicht die sogenannte Einheitsschule, das Schlimme ist der Einheitsunterricht, weil dabei das individuelle Fördern zu kurz kommt.

(Beifall)

Deshalb lasst uns gegen die Gegner, die wir in dieser Frage haben, offensiv auftreten und in den Ländern dafür kämpfen!

Ein Letztes will ich hinzufügen: Ich bin 1968 geboren. Meine Eltern gehören zu der Generation, die noch nicht – genauso wie Kurt Beck es heute beschrieben hat – selbstverständlich die bestmögliche Ausbildung bekommen haben, die ihren Fähigkeiten entsprach. Ich bin in der Familie der Erste, der auf das Gymnasium gehen

durfte und das Abitur machen konnte. Sie hätten es vorher von den Leistungen her, zu denen sie fähig gewesen wären, durchaus schaffen können. Sie haben es später geschafft, weil Sozialdemokraten in den 60er-Jahren, in den 70er-Jahren eine Bildungsoffensive gestartet haben, die dieser Generation neue Möglichkeiten gegeben hat, eine zweite Chance gegeben hat.

Viele von denen haben diese zweite Chance ergriffen. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns das wieder zum Ziel nehmen: Eine zweite Chance für die Menschen in unserem Land mit einer konkreten Bildungsoffensive. Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit sind das Markenzeichen für Sozialdemokraten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Garrelt. – Wir kommen jetzt zur Behandlung des Antrag B 1. Es gibt zwei Wortmeldungen, Gerhard Kompe, NRW, und Ulla Burchardt, Parteivorstand.

**Gerhard Kompe, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Alle wissen es: In einer Gesellschaft wie der unseren mit rasantem Innovationswachstum reicht die Erstausbildung allein nicht. Alle spüren, alle begreifen: Weiterbildung, lebenslanges Leben ist daher der zentrale Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum und die Sicherung unseres Wohlstands, für das solidarische Miteinander, für die persönliche Emanzipation, für Teilhabe, Aufstieg und Integration der einzelnen Menschen. In vielen Reden findet sich häufig der Satz: Bildung und besonders lebenslanges Lernen gehört in das Zentrum unserer Gesellschaftspolitik.

Andererseits – ich zitiere jetzt aus dem Fünften Altenbericht – ist aber auch unübersehbar, dass in keinem Bereich der Gegensatz zwischen Anspruch und Realität weiter auseinanderklafft als bei den Forderungen zum Ausbau des lebenslangen Lernens. In der Tat, obwohl alle immer wieder die Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens betonen, das über die Jugendphase und die Erstausbildung hinausgeht, sprechen die konkreten Entscheidungen bei Budgets, bei der öffentlichen Hand, bei den Unternehmen, bei den Aufwendungen der Wirtschaft für diesen Zweck eine andere Sprache.

Dazu passt: Die Bundesagentur für Arbeit kürzt ihre Mittel für Weiterbildung von 7,6 Milliarden auf 3,6 Milliarden. Die leichte Erhöhung 2006 kann ich nicht als Trendwende bezeichnen. Die Reduzierung der Mittel geht einher mit einem Rückgang der Eintritte in die beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, besonders drastisch bei über 45-jährigen Arbeitslosen, Un- und Angelernten sowie Ausländern, also genau jenen Beschäftigtengruppen, welche die größte Probleme am Arbeitsmarkt haben und Weiterbildung am dringendsten brauchen.

Dies wollen AG 60 plus und der Landesverband Nordrhein-Westfalen nicht einfach hinnehmen. Wir wollen handeln. Andere machen es uns erfolgreich vor. Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Prozent zum Bruttoinlandsprodukt liegen zum Beispiel in Schweden bei 6,7 Prozent, in Dänemark bei 7 Prozent und in den USA trotz aller Differenzen zum System sogar bei 7,5 Prozent. Wir sind mit 5,3 Prozent noch deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder.

Eine der zentralen Forderungen ist daher, unsere öffentlichen und privaten Bildungsausgaben auf 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Diese Steigerung der Ausgaben für Bildung und Weiterbildung sind nötigen Zukunftsinvestitionen.

Genossinnen und Genossen, aber mehr Geld schafft noch nicht eine Weiterbildung mit System. Wir brauchen die Überwindung vielfältiger Zuständigkeiten, die Verzahnung der Bildungsbereiche von der frühkindlichen Bildung bis zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung hin zu einem in sich durchlässigen Gesamtsystem. Wir brauchen die Kooperation der Weiterbildungseinrichtungen vor Ort. Erste Erfahrungen mit sogenannten Lernzentren machen Mut.

Genossinnen und Genossen, wir legen hier einen Entwurf vor, der ein wirklich überzeugendes Konzept ist, ein typisch sozialdemokratisches Konzept. Wir nehmen alle mit. Wir wollen Teilhabe aller. Daher glaube ich, dass wir eine breite Zustimmung von euch gebrauchen können, damit wir dann hinterher diese Vorstellung in die Tat umsetzen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Gerhard. Jetzt Ulla Burchardt.

**Ulla Burchardt, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es um mehr und gute Bildung geht, dann stehen wir immer ganz dicht beieinander. Da fließt ganz viel gemeinsames sozialdemokratisches Herzblut; das ist gut so. Deswegen haben wir auch ganz, ganz viel erreicht. Wir haben erfolgreich für die Ganztagschule gekämpft. Wir setzen die frühkindliche Bildung durch. Wir tun mehr für die Ausbildungschancen der Jugendlichen, die im ersten Anlauf keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Doch, liebe Genossinnen und Genossen, wir dürfen den Blick nicht nur auf die Kinder richten. Wir dürfen in unserem Kampf für mehr und bessere Bildung nicht bei der Erstausbildung aufhören. Was not tut, was überfällig ist, ist die Bildungsoffensive für lebenslanges Lernen. Im Zentrum muss stehen: mehr und bessere Weiterbildung jetzt.

(Beifall)

Deswegen werbe ich um eine möglichst breite Zustimmung und Unterstützung für den Antrag und für diese Offensive. Ich tue das nicht nur als Kovorsitzende des

Forums Bildung – ich teile mir den Vorsitz mit Christoph Matschie, Doris Ahnen – und weil ich da zuständig bin für den Bereich Weiterbildung, sondern es gibt viele gute Gründe für diese Bildungsoffensive. Ich will zwei nennen: Der Trend zur Wissensgesellschaft und der Trend zur älter werdenden Gesellschaft. Aber, Genossinnen und Genossen, es gibt vor allem eine ganz bittere Notwendigkeit, denn der gesellschaftliche Skandal von Bildungsarmut und sozialer Ausgrenzung hört doch nicht mit dem 18. Lebensjahr auf, sondern wer einmal ausgeschlossen ist von Bildung, wer keinen Schulabschluss hat, wer keine Berufsausbildung hat, der hat so gut wie keine Chance mehr, geschweige denn eine zweite und dritte, in unserer Gesellschaft den Anschluss jemals wieder zu kriegen; der hat allenfalls die Chance auf einen prekäres Beschäftigungsverhältnis, und das kann nicht sein.

Zur traurigen Wirklichkeit, auch was die Chancengleichheit in der Weiterbildung angeht, gehört auch, dass Mütter, dass Migranten, Zeitarbeiter, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die, die in kleinen und Kleinstunternehmen arbeiten, weitgehend von Qualifizierung, von Weiterbildung ausgeschlossen sind. Genossinnen und Genossen, das muss sich ändern. Wir wollen, dass niemand wegen der sozialen Herkunft, aber auch nicht wegen des Alters von Weiterbildung und lebenslangem Lernen ausgeschlossen wird. Deswegen muss unser Projekt, mehr und gute Bildung für alle, über den ganzen Lebenslauf gehen und alle Generationen umfassen.

(Beifall)

Wir wollen, dass auch die mittlere Generation derjenigen, die arbeitslos sind, eine Chance hat auf den Wiedereinstieg in den Job. Wir tun – dank Franz' Initiativen – ganz viel für die unter 25-Jährigen und für die über 45-Jährigen. Aber wir müssen noch mehr Brücken bauen für die, die genau die Generation dazwischen sind. Das hat auch noch einen sehr positiven Nebeneffekt; denn das ist die Elterngeneration. Wenn wir präventiv gegen Bildungsarmut arbeiten wollen, dann ist der beste Ansatz – neben dem Ausbau der Kinderbetreuung –, dass die Kinder in Familien groß werden, in denen sie am Beispiel der Eltern erleben: Lust am Lernen lohnt sich, und man hat Nutzen davon. – Mehr können wir den Kindern eigentlich überhaupt nicht bieten.

Vor allem wollen wir, dass ältere Menschen nach der Erwerbsphase – Weiterbildung bezieht sich im Denken meistens auf Menschen bis 65, jetzt vielleicht bis 67 – genauso gute Chancen zur Teilhabe an Bildung haben. Das fördert die soziale Integration. Das fördert den Zusammenhalt auch zwischen den Generationen.

Ein letzter Grund. Wir sehen auch das Problem des Facharbeitermangels. Aber was sich da derzeit abspielt, ist doch irgendwie bigott. Da rufen die Wirtschaftsverbände danach, dass möglichst alle Türen für Fachkräfte – aus welchen Teilen der Welt auch immer – geöffnet werden. Das sind doch die, die über Jahre versäumt haben, genü-

gend Ausbildungsplätze anzubieten und die auch die Weiterbildung in ihren Unternehmen versäumt haben.

(Beifall)

Es kann doch nicht sein, dass man sagt: „Wir kaufen jetzt einmal die Fachkräfte auf dem internationalen Markt ein“, aber für die eigenen Leute tut man nichts. Genossinnen und Genossen, das ist das USA-Modell, und das ist mit uns Sozialdemokraten nicht zu machen.

(Beifall)

Deswegen setzen wir – dieser Antrag beschreibt das sehr konkret in den Grundpositionen und auch in den konkreten Maßnahmen – eine ganz klare Alternative dagegen. Das ist auch die Alternative gegen die Union und gegen die Neoliberalen, die immer noch sagen: Weiterbildung ist Privatangelegenheit. Was soll sich der Staat eigentlich darum kümmern?

Die wichtigsten Positionen in diesem Antrag – wirklich nur stichwortartig benannt –: Rechtsanspruch auf Weiterbildung, Sofortprogramm „Zweite und dritte Chance“. Wir bekennen uns zur öffentlichen Verantwortung für Weiterbildung: mehr Geld und eine geordnete Weiterbildungsfinanzierung; Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Beschäftigungsversicherung. Wir wollen die Unternehmen in die Pflicht nehmen. Fördern und Fordern muss auch da gelten.

Ich möchte zum Schluss großen Dank aussprechen an Gerd Kompe, der mit diesem Antrag etwas ganz Tolles erreicht hat, nämlich die vielen Vorlagen aus der Partei und Fraktion zu bündeln. Ihr werdet feststellen, dass sich Elemente dieses Antrages im Entwurf des Grundsatzprogramms wiederfinden, genauso wie im Antrag „Gute Arbeit“, im Antrag der AfA und auch in dem Papier der Kommission „Rente 67“. Da hat eine wunderbare Kooperation zwischen Partei und Fraktion, zwischen dem Bildungs- und den Arbeits- und Sozialpolitikern stattgefunden. In den Dank möchte ich vor allen Dingen diejenigen einschließen, die mit ihrer Kompetenz, mit ihrer Erfahrung uns gut beraten haben. Das sind die Verantwortlichen bei den Weiterbildungsträgern, allen voran der Volkshochschulverband und der Bundesverband Berufliche Bildung. Vor allen Dingen hat aber der Schulterschluss mit den Gewerkschaften geklappt. Wir hatten eine hervorragende Zusammenarbeit insbesondere mit den Kolleginnen und Kollegen vom DGB, von der IG Metall, von ver.di und von der GEW.

Damit, Genossinnen und Genossen, ist der Schulterschluss in Sachen Weiterbildung und lebenslanges Lernen geglückt. Das ist gut so; denn nur gemeinsam können wir das Tor für mehr Teilhabe und Aufstieg durch Bildung und Solidarität aufstoßen. Ich bin Kurt Beck ausgesprochen dankbar, dass es nicht bei der Papierlage bleiben wird.

Er hat mir eben noch einmal versichert, dass er das Thema Bildungsoffensive für lebenslanges Lernen auf die Tagesordnung der nächsten Parteivorstandssitzung setzen wird. Ich bin sicher, Genossinnen und Genossen: Alle Landesverbände, Bezirke, Stadtverbände, Ortsvereine werden ihn dabei unterstützen. Damit sind wir auf einem guten Weg.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Als Nächster Eckart Kuhlwein.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen, mir ist im Bericht der Antragskommission – rechte Seite des Bildungsantrages, Seite 176 – etwas aufgefallen, was vielleicht zu einem Widerspruch führen könnte.

Gerd Kompe hat vorhin darauf hingewiesen, dass die Bundesagentur für Arbeit seit Anfang dieses Jahrzehnts die finanziellen Mittel für die Weiterbildung reduziert hat, und das in einem ganz erheblichen Umfang. Nun sagt die Antragskommission: „Mehr Investitionen in die berufliche Weiterbildung sollen Vorrang vor weiteren Senkungen des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung haben.“ Das ist gut und richtig. Aber gleichzeitig geben wir der Fraktion und den Regierungsmitgliedern von diesem Parteitag aus das Signal, dass es erlaubt sein sollte, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 3,5 Prozent zu senken.

Ich hätte gerne von den Mitgliedern der Bundesregierung gehört, ob das ein Widerspruch ist oder ob die Bundesagentur für Arbeit finanziell so gut dasteht, dass auch diese Forderung, nämlich der Ausbau der Weiterbildung über die Bundesagentur, erfüllt werden kann. Oder es läuft so wie auf vielen Parteitag früher: Wir beschließen, mehr Geld für die Bildung bereitstellen zu wollen und eine Bildungsoffensive zu starten – und am Ende versendet das alles in den Haushaltsberatungen der Landtage oder des Bundestages.

Ich hätte gern Aufklärung, ob das ein Widerspruch ist oder ob diese Forderung im Bericht der Antragskommission erfüllt werden kann.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Wir kommen dann zur Einzelberatung.

B 1. Die Fassung der Antragskommission sieht kleine Änderungen auf den Seiten 174, 175, 176 und 178 vor. Ich stelle den Antrag in der Fassung der Antragskommission zur Abstimmung: Wer stimmt dem Antrag B 1 in geänderter Fassung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Enthaltungen ist das so beschlossen.

B 2, „Das Bafög muss steigen“. Die Antragskommission schlägt Annahme vor. Wortmeldungen habe ich nicht. Wer folgt der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Damit ist der Antrag angenommen.



B 3 ist durch die Annahme von B 2 erledigt.

Der erste Absatz von B 4 ist ebenfalls durch die Annahme von B 2 erledigt. Der zweite Absatz wäre erledigt, wenn B 6 angenommen wird. Ich gehe erst einmal weiter, dann sehen wir, ob es sich erledigt hat.

Der erste Satz von B 5 ist erledigt die Annahme von B 2. Beim zweiten Satz schlägt die Antragskommission Ablehnung vor. Wer folgt dem Antrag der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch das ist mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Wir kommen zum Antrag B 6. Dort ist die Überschrift zu ändern und eine kleine Änderung auf Seite 180 zu beschließen. Ich stelle die Fassung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer stimmt dem zu? – Das ist mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

B 7 verweist auf B 9; ich stelle das deshalb zurück.

B 8. Hier wird Annahme und Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Danke, das ist so beschlossen.

B 9. Hier wird Annahme empfohlen. Wer stimmt zu? Gegenstimmen? – Mit vernachlässigbar vielen Gegenstimmen beschlossen.

B 10. Hier wird Annahme und Überweisung an die Landtagsfraktion vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – So beschlossen.

Im Antrag B 11 sind Änderungen vorgesehen. Wortmeldungen habe ich dazu nicht. Wer stimmt B 11 in der Fassung der Antragskommission zu? – Danke, das ist so beschlossen.

B 12 und B 13 verweisen auf B 14, Standards der Bildungspolitik. Empfohlen ist hier die Annahme. Wer stimmt der Empfehlung zu? – Das ist so beschlossen.

B 15, Ganztagsklassen an den Grundschulen. Hier wird Annahme empfohlen. Wer stimmt zu? – So beschlossen.

B 16, Einführung eines eingliedrigen Gemeinschaftsschulsystems. Dies erledigt sich bei Annahme des Grundsatzprogramms. Wir stellen es also zurück auf Sonntag.

Damit haben wir die Bildungsanträge erarbeitet.

Ich rufe jetzt auf:

## Beratung der Anträge zur Innen- und Rechtspolitik

Hierzu gibt es den Initiativantrag 5 des Parteivorstandes.

Dazu kommen die Anträge I 3 bis I 38. Die Anträge I 1 und I 2 – Rechtsextremismus – haben wir vorhin schon behandelt. Das sind die Seiten 150 bis 164.

Das Wort zur Berichterstattung hat Ute Vogt.

**Ute Vogt, Antragskommission:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir haben in den vergangenen Monaten ein wahres Feuerwerk an Absurditäten aus dem Bundesinnenministerium und zum Teil auch aus dem Verteidigungsministerium unseres Landes erleben müssen. Das Thema innere Sicherheit war in den letzten Monaten so oft kontrovers in den Medien, wie es in den gesamten sieben Jahren unserer Regierungsverantwortung als Sozialdemokraten im Innenministerium nicht der Fall war. Uns ist klar geworden: Das Bild, das Innenminister Schäuble und auch sein militärischer Arm, der Verteidigungsminister Jung, von konservativer Sicherheitspolitik gezeigt haben, ist weit von dem entfernt, was man seriöse, wirksame und auch vertretbare Sicherheitspolitik nennen kann.

Verantwortung in der Innenpolitik bedeutet für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass wir uns darum kümmern, dass Menschen in Sicherheit leben. Ein verantwortlicher Bundesinnenminister muss alles tun, um den Menschen Sicherheit zu geben, und darf nicht dazu beitragen, Menschen zu ängstigen und verunsichern oder gar Panik auszulösen, nur um sich selbst als starken Mann darzustellen. Das ist keine Sicherheit, sondern das ist Verantwortungslosigkeit an solch einer wichtigen Position.

(Beifall)

Uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen braucht niemand zu belehren, was es heißt, Sicherheit zu gewährleisten. Unter unserer Führung im Bundesinnenministerium wurde eine Sicherheitsarchitektur aufgebaut, die heute dafür sorgt, dass wir nach wie vor weltweit eines der sichersten Länder sind. Wir waren es, die die notwendigen Schritte eingeleitet haben, um nach dem 11. September auch Sicherheit zu gewährleisten und den Menschen zu zeigen, dass man sich in Deutschland sicher fühlen kann. Aber wir haben niemals der Versuchung nachgegeben, so zu tun, als könne man 100-prozentige Sicherheit erreichen. Wer den Menschen vormacht, man hätte eine Chance, alle Lebensbereiche so zu kontrollieren, dass niemals etwas passieren kann, der hat ein falsches Verständnis vom Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft. Sicherheit und Freiheit sind zwei Seiten einer Medaille. Wir stehen für eine Politik, die gleichermaßen Sicherheit und Freiheit gewährleistet, denn wer das nicht tut und wer die Freiheit der Sicherheit ganz opfert, tut genau das, was Terroristen eigentlich bezwecken, nämlich unsere freiheitliche demokratische Ordnung bis

zur Unkenntlichkeit einzuschränken. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir werden uns gegen alle Versuche wehren, dass Freiheit so geopfert wird, dass am Ende die Sicherheit zwar gewährleistet ist, dass dabei aber Bürgerrechte keine Rolle mehr spielen. Das gibt es nicht mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall)

Deshalb haben wir in diesem Initiativantrag noch einmal unsere Grundlinien deutlich gemacht, dass wir durchaus bereit sind, dort, wo es notwendig ist, Maßnahmen zu ergreifen, dass es aber auch dazu gehört, dass wir angemessen reagieren und dass wir wissen, dass Maßnahmen sinnvoll und wirkungsvoll sein müssen und nicht allein Symbolik darstellen dürfen.

Wir wollen – auch das ist in diesem Antrag festgeschrieben –, dass das Bundeskriminalamt mehr Befugnisse erhält, um auch präventiv tätig zu sein, wenn es im Kampf gegen den internationalen Terrorismus darum geht, Terroristen auch zu bekämpfen und rechtzeitig eingreifen zu können. Da reicht es nicht, wenn Länderpolizeien indirekt das BKA informieren. Wir wollen eine schlagkräftige und handlungsfähige Bundespolizei, und dafür sind wir auch bereit, das BKA-Gesetz zu ändern.

Aber wenn sich jetzt die CDU genau an dieser einen Stelle nur wegen des einen Themas Online-Durchsuchungen weigert, alle anderen notwendigen Maßnahmen zuzulassen und das unter anderem nur deshalb verweigert, weil es die eigenen CDU-Minister nicht ertragen können, die eine oder andere notwendige Kompetenz an den Bund abzugeben, dann hat das nichts mit Sicherheitsinteressen zu tun, sondern dann ist das eine sehr kleinkarierte Haltung, die der Sicherheit unseres Landes schadet und die überhaupt nichts damit zu tun hat, dass man sich der Sicherheitspolitik verantwortungsvoll stellt.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Online-Durchsuchungen greifen natürlich in besonderem Maße in Bürgerrechte ein. Wenn ich in einen Computer gehe und mich auf der Festplatte befinde, dann ist das eben mehr als nur das Abhören eines Telefongesprächs. Das Durchsuchen einer Festplatte ist gleich einer Hausdurchsuchung. Da kann ich private Fotos, Tagebucheintragungen und querbeet alles finden. Deshalb geht es darum, dass wir in diesem Bereich sehr sorgfältig argumentieren und nicht vorschnell urteilen. Seriöse Antworten auf diese Frage können wir nur geben, wenn wir neue Technik juristisch und technisch gut durchleuchten, bevor wir eine Antwort geben. Es wäre völlig verfehlt, jetzt vorschnell ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das Bürgerrechte einschränkt, wenn zur gleichen Zeit das Bundesverfassungsgericht eine Verhandlung darüber führt, wie eine Online-Durchsuchung überhaupt mit unserem Grundgesetz in Einklang zu bringen ist. Ich halte es für eine Respektlosig-

keit vor unseren Verfassungsrichtern, wenn eine Bundeskanzlerin und auch ein Verfassungsminister, wie Innenminister Schäuble es eigentlich sein sollte, noch nicht einmal die Kraft haben zuzuwarten, was Bundesverfassungsrichter zu diesem Thema sagen. Ich bin froh, dass Brigitte Zypries an dieser Stelle die Hand darauf hat und Gewähr dafür leistet, dass es nicht vorschnelle Entscheidungen gibt und dass wir den Bundesverfassungsrichtern die notwendige Zeit geben, eine gute Entscheidung in dieser Sache zu treffen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht auch darum, dass wir in diesem Antrag klarstellen: Mit uns gibt es keine Vermischung der Kompetenzen der Sicherheit nach außen und der Sicherheit im Inneren. Unser Grundgesetz hat mit Bedacht eine Trennung von polizeilichen und Bundeswehraufgaben vorgenommen. Wir führen keinen Krieg gegen den Terror, sondern wir bekämpfen politisch motivierte Schwerekriminalität. Das ist nicht Sache der Bundeswehr. Deshalb bleibt es bei dem Trennungsgebot. Auch das ist etwas, was wir mit diesem Antrag noch einmal ganz deutlich machen möchten.

(Beifall)

Schließlich, Genossinnen und Genossen, geht es auch darum, dass wir nicht nur zeigen, das wir mit Härte gegen Kriminelle, Straftäter und Terroristen vorgehen, sondern es geht auch darum zu zeigen, das man terroristische Anschläge einerseits nicht nur abwehren kann, indem man mit Strafmaßnahmen und Strafverfolgung reagiert, sondern das es unsere vorderste Aufgabe ist, uns vor allem auch um die Ursachen für die Konflikte, die zu Terror führen, zu kümmern. Deshalb ist ein weiterer Bestandteil dieses Antrags, dass wir eben nicht nur repressiv vorgehen, sondern wissen, dass eine gleich große Verantwortung darin liegt, die Ursachen von Gewalt zu bekämpfen und mitzuhelfen, dass Gewalt in vielen Teilen der Erde gar nicht erst entstehen kann oder jedenfalls nicht weiter eskalieren kann. Das ist die Verantwortung, die wir in der Sicherheitspolitik ebenfalls haben.

(vereinzelt Beifall)

Deshalb braucht Terrorismusbekämpfung beides. Die Sicherheit in Deutschland war und ist in der Sozialdemokratie gut aufgehoben, denn wir wissen, dass es auf beides ankommt, auf wirksame Strafverfolgung, aber gleichermaßen auch auf wirksame Konfliktlösungen. Das hat bei uns gleiches Gewicht, ähnlich wie sich Freiheit und Sicherheit immer im gleichen Gewicht, also in Balance, halten müssen.

Mit unserem Antrag wollen wir dies noch einmal zum Ausdruck bringen. Ich bitte euch um Zustimmung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Jetzt kommt Ralf Stegner.

**Ralf Stegner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Kurt Beck hat heute Morgen in seiner Rede das Portrait einer Volkspartei gezeichnet. Im Bereich der inneren Sicherheit und der Bürgerrechte heißt Volkspartei, dass wir uns dessen bewusst sind, dass wir auf der einen Seite den Menschen das Maß an Sicherheit zu bieten haben, das sie vom Staat erwarten. Das heißt für mich aber übrigens auch, dass wir nicht bei der Polizei kürzen und dann schärfere Gesetze fordern. Das passt nicht besonders gut zusammen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Wenn wir dieses Gebiet vernachlässigen, dann triumphieren am Ende die Scharlatane, wie hier in Hamburg zum Beispiel Herr Schill. Solche Leute wollen wir nicht in der Regierung haben. Wir dürfen ihnen dieses Feld nicht überlassen.

(Beifall)

Das heißt auf der anderen Seite aber auch, dass wir uns nicht einreden lassen dürfen, dass die SPD beim Thema Innere Sicherheit nicht verlässlich sei, weil sie nicht alles mitmacht, was andere vorschlagen. Genossinnen und Genossen, das ist ein alter Trick. Man will uns sozusagen in die Ecke der vaterlandslosen Gesellen treiben, weil nach statistischer Wahrscheinlichkeit irgendwann ein Anschlag in Deutschland kommen wird. Dann will man mit dem Finger auf die SPD zeigen und sagen: Seht ihr, wenn sie zugestimmt hätten, dann wäre das nicht passiert.

Weil das so ist und weil es in solchen Dingen immer Phasen kollektiver Unvernunft gibt – über Monate –, ist es wichtig, dass wir jetzt deutlich machen: Die SPD ist die Partei der inneren Sicherheit. Das hat sie übrigens nach dem 11. September 2001 auch bewiesen. Wir haben manches beschlossen, Genossinnen und Genossen, was auch der Partei schwer gefallen ist und was trotzdem richtig war. Jetzt sind wir aber an dem Punkt angekommen, an dem wir buchstäblich jeden Tag neue Vorschläge hören, Vorschläge übrigens, die mit dem, was bewerkstelligt werden soll, gar nichts mehr zu tun haben.

(Beifall)

Die Art und Weise, wie der Bundesinnenminister und fast noch ein Stück schlimmer der Herr Bundesverteidigungsminister daherreden, ist bezogen darauf, dass sie unsere Verfassung zu achten und umzusetzen haben, nicht vertretbar und keine verantwortliche Politik, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich kann es auch nicht richtig finden, dass das Bundesverfassungsgericht immer beschimpft wird, es würde uns am Kampf gegen den Terrorismus hindern. Nein, das Bundesverfassungsgericht ist der oberste Interpret unserer Verfassung, und wir haben uns im Rahmen dieser Verfassung zu bewegen. Wenn wir die Freiheiten, die wir schützen wollen, kaputtmachen, dann haben die Terroristen nämlich schon gewonnen, und zwar kampfflos, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen muss man sich das sehr genau anschauen und sich fragen: Was können wir machen, was können wir nicht machen und wo sind die roten Linien? Die roten Linien meine ich jetzt sprichwörtlich. Es geht wirklich um rote Linien.

Es kann nicht sein, dass wir es zulassen, dass die Bundeswehr im Inneren für polizeiliche Aufgaben eingesetzt werden soll. Dafür ist sie nicht da. Genauso wenig wollen wir Polizei und Verfassungsschutz durcheinandergebracht sehen. Wir haben aus unserer Geschichte gelernt, sodass in der Verfassung dort zurecht Grenzen eingezeichnet wurden.

(Beifall)

Mit uns Sozialdemokraten kann es keine Verhaftung ohne Grund geben, und mit uns Sozialdemokraten kann es keine Dinge geben, die rein auf Verdacht geschehen. Wir müssen uns das ein bisschen komplizierter machen, Genossinnen und Genossen.

Ich bin auch dafür, dass wir mit der Technik gehen. Wenn die Terroristen mit der Technik gehen, dann muss das die Polizei auch tun. Das heißt aber überhaupt nicht, dass schrankenlose Eingriffsbefugnisse in unsere Gesetze hineingeschrieben werden. Bei dem Thema Online-Durchsuchung – die wenigsten Menschen wissen übrigens, worum es dabei geht – gibt es die sehr simple Feststellung: Bei jeder Maßnahme muss herausgestellt werden, ob sie notwendig, praktikabel und verfassungskonform ist, Genossinnen und Genossen. Das mag ein bisschen altmodisch sein, aber diesen Teil altmodischen Denkens sollen wir uns als Sozialdemokratische Partei Deutschlands leisten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir sollten uns nicht am Wettlauf beteiligen, den wir übrigens auch nicht gewinnen können. Ich werbe sehr dafür, dass Volkspartei auch heißt, dass wir die Bürgerrechte nicht den kleinen Parteien und nicht den Datenschützern überlassen, sondern dass wir sagen: Wir sind die Partei von Sicherheit und Freiheit, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen auch den Wert zu schätzen wissen. Eines möchte ich als jemand, der im Augenblick für die Innenpolitik in einem kleinen Land verantwortlich ist, sagen: Die Sicherheitsbehörden in Deutschland arbeiten hervorragend. Sie haben mit den gültigen Gesetzen sehr viele Fahndungserfolge erzielt. Das ist gerade kein Aufruf dazu, zu sagen, dass wir alles Mögliche verschärfen müssen.

Lasst euch deswegen nicht in die Enge treiben. Lasst euch nicht einreden, dass wir am Ende doch nachgeben müssen und dass die Forderung um so besser ist, je schriller sie ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Schielen auf den Stammtisch ist keine kluge Politik bei dem Thema, über das wir hier reden. Das sollten wir nicht tun.

(Beifall)

Wir sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, dass die Bürger das schon von ganz alleine wissen werden. Wir müssen mit diesem Thema kämpferisch umgehen und uns mit den Konservativen und dem, was sie vorschlagen, auseinandersetzen.

Die Maßlosigkeit der Vorschläge ist wirklich nicht zu glauben. Heute saß hier Helmut Schmidt. Ich will nicht sagen, dass ich mit jedem einverstanden wäre, was Helmut



Schmidt politisch vertreten hat. Eines muss man aber schon sagen: Helmut Schmidt hat als Innensenator in Hamburg – hier an dieser Stelle – und auch als Bundeskanzler in der richtigen Situation das Notwendige für die Menschen getan. Er hat nicht dafür plädiert, dass wir für Extremsituationen Extremgesetze machen, Genossinnen und Genossen, wie das im Augenblick der Herr Verteidigungsminister vorschlägt.

(Beifall)

Wer solche Gesetze macht, der sorgt nur dafür, dass sie missbraucht werden. Das sollten wir nicht tun. Ich finde, derjenige, der solche Menschen wie Helmut Schmidt an der Spitze hat, kann sich glücklich schätzen.

Ich muss ehrlich sagen: Wenn es eines weiteren Beweises bedurft hätte, dass die Sozialdemokraten die Starken in diesem Bundeskabinett sind, dann sind das die Herren Jung und Schäuble mit dem, was sie in der letzten Zeit von sich gegeben haben.

Dieser Antrag enthält sicherlich ein paar Punkte, über die man auch streiten kann. Aber er ist eine Kursbestimmung, die besagt: Die SPD kümmert sich um die innere Sicherheit, wir leben in einem sicheren Land und wir tun, was wir können, aber wir schießen nicht über das Ziel hinaus.

Eines möchte ich auch noch gerne sagen, Genossinnen und Genossen: Terrorismus ist ein Problem, das man nicht nur mit schärferen Gesetzen lösen kann, sondern wir müssen die Ursachen für den Terrorismus angehen. Das heißt, das auch Gebiete in dieser Welt, in denen die Menschen im Elend leben, eine Perspektive haben müssen, sodass sie eben keine Unterstützung für Terroristen geben; denn der Terrorismus kommt zu uns, wenn wir uns als internationale Partei nicht dafür – auch für Entwicklungszusammenarbeit – einsetzen, auch wenn das nicht mehr modern sein mag. Aber wichtig und richtig ist es trotzdem.

Deswegen haben innere und äußere Sicherheit etwas miteinander zu tun, aber nicht in dem Sinn, dass man sie durcheinanderbringen sollte, wie das die Konservativen vorschlagen.

Mein Rat ist also, dass wir uns nicht auf Grundgesetzänderungen einlassen. Genossinnen und Genossen, dazu bedarf es der Zweidrittelmehrheit. Ohne die SPD geht es also nicht. Deswegen wird das mit der roten Linie auch funktionieren. Stimmt diesem Antrag zu! Wir sind die Partei der inneren Sicherheit und der Bürgerrechte. Wir sind die linke Volkspartei in Deutschland. - Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Als Nächster kommt Harald Baumann-Haske, der ASJ-Bundesvorsitzende.



**Harald Baumann-Haske, ASJ-Bundesvorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben uns über diesen Antrag gefreut, weil er vieles von dem erhält, was sich die ASJ als Positionsbestimmung in der Innenpolitik schon längere Zeit wünscht. Wir beweisen mit diesem Antrag innenpolitische Kompetenz, die uns die Konservativen immer abstreiten wollen. Deshalb möchte ich diesen Antrag grundsätzlich auch unterstützen.

Ihr könnt euch vorstellen, dass es bei dieser Vielfalt von Thesen und Argumenten, die sich in diesem Antrag finden, durchaus Punkte gibt, an denen wir auch noch Kritik haben. Auf einen wesentlichen Punkt möchte ich eingehen. Das ist natürlich die Online-Durchsuchung, weil wir uns alle in den letzten Wochen und Monaten natürlich immer wieder damit auseinandergesetzt haben.

Ich finde es richtig, dass wir uns dazu positioniert haben und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Bereich abwarten wollen. Ich meine aber, wir sollten in diesem Antrag auch genauer erklären, wie wir uns dazu positionieren und warum wir abwarten wollen. Ich verweise deshalb auf den Initiativantrag 20, durch den genau dieses vorgenommen werden soll und der, soweit ich weiß, auch schon das zustimmende Votum der Antragskommission bekommen hat. Ich möchte Euch dieses Votum empfehlen.

Ein zweiter Punkt, der mir wichtig ist, der darin steht und der meines Erachtens nicht erschöpfend diskutiert ist, ist die Nutzung der Autobahn-Mautdaten für die Verbrechensbekämpfung.

Das ist meines Erachtens ein kompliziertes Thema. Es ist auch deswegen kompliziert, weil wir zu Zeiten einer rot-grünen Bundesregierung mal versprochen hatten, dass eben genau das nicht passieren soll und dass diese Daten nicht erfasst werden sollen zur Verbrechensbekämpfung.

Was ihr zu diesem Bereich in diesem Antrag findet, ist halt relativ ungenau und besagt nur, dass wir die Verwertung dieser Mautdaten wollen. Ich meine, wir müssen, bevor wir so etwas sagen, uns klar werden, was wir da wollen. Wollen wir nur, dass die Daten verwendet werden, die ohnehin erhoben werden und möglicherweise gleich wieder gelöscht worden sind? Wollen wir, dass diese Daten längere Zeit gespeichert werden, um abrufbar zu sein? Wollen wir, dass über die Möglichkeiten der Maut-Erhebung zusätzliche Daten erhoben werden, die möglicherweise nachträglich zur Verbrechensbekämpfung eingesetzt werden können? Das sind Fragen, die zumindest in diesem Antrag nicht beantwortet worden sind und die meines Erachtens noch nicht zu Ende diskutiert sind. Deswegen hätte ich es besser gefunden, dieses Thema in diesem Antrag nicht zu behandeln.

(vereinzelt Beifall)

Nichtsdestoweniger ist der Antrag für mich ein gutes Bekenntnis zur innenpolitischen Kompetenz der sozialdemokratischen Partei. Deswegen unterstütze ich ihn.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank. – Ein Satz außerhalb der Tagesordnung. Das Präsidium schaut die ganze Zeit auf die Kollegin, die da oben für die Gebärdensprache verantwortlich ist. Bei allem Respekt für unsere Arbeit: Das ist schon unheimlich beeindruckend, was da geleistet wird.

(Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über den Initiativantrag 5. Dazu gibt es zwei Änderungsanträge der Antragskommission. Der eine befindet sich auf dem Deckblatt der Anträge des Parteivorstandes. Er besagt, dem letzten Absatz auf Seite 2 dieses Antrages eine neue Fassung zu geben. Es heißt dann „die im Zusammenhang mit dem neuen Reisepass erhobenen biometrischen Daten dienen der sicheren Identifizierung...“ bis: „... Personalausweise ab“. – Habt ihr das gefunden? Wer stimmt zu, diese Änderung in die Fassung der Antragskommission aufzunehmen? – Das ist so beschlossen.

Die zweite Änderung bezieht sich darauf, den Initiativantrag 20, der Euch ausgeteilt worden ist, auf Seite 4 des Initiativantrages 5 aufzunehmen und dort die Zeilen 10 bis 15 zu ersetzen. Dazu ist eben gesprochen worden. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist so beschlossen.

Dann stimmen wir jetzt über den Initiativantrag 5 mit den beiden Änderungen ab, die wir eben vorgenommen haben. Wer stimmt dem Antrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen ist der Initiativantrag 5 beschlossen.

Ich rufe jetzt auf Seite 150 den Antrag I 3 „Sicherheit gewährleisten – Bürgerrechte wirksam schützen“ auf. Im Antragsbuch steht noch „zurückgestellt für die Sitzung der Antragskommission“. Ich weiß nicht, ob Euch eine neue Fassung der Antragskommission ausgeteilt worden ist. Ist das der Fall? – Ich höre gerade, dass die Wahlergebnisse vorliegen. Diese gehen vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ja, Wahlergebnisse gehen vor. Deswegen gebe ich der Vorsitzenden der Mandatsprüfungs- und Zählkommission das Wort mit der herzlichen Bitte, die Wahlergebnisse langsam zu verlesen, damit die Genossinnen und Genossen auch mitschreiben können.

## Wahl der Beisitzer und Beisitzerinnen im Parteivorstand, 1. Wahlgang

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Ich lese die Wahlergebnisse des ersten Wahlganges für die Wahl der Beisitzer und Beisitzerinnen im Parteivorstand vor.

Zu wählen sind 39 Beisitzer und Beisitzerinnen. Abgegeben wurden 509 Stimmzettel. Davon ungültig 11. Es gibt also 498 gültige Stimmzettel.

Doris Ahnen 340 Stimmen.

(Beifall)

Detlev Albers 185 Stimmen.

Niels Annen 328 Stimmen.

(Beifall)

Till Backhaus 103 Stimmen.

Ute Berg 306 Stimmen.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Man sollte dazusagen, wer im ersten Wahlgang gewählt ist, wer also 50 Prozent erreicht hat.

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Ich sage also jetzt, wer von den Personen, die ich schon vorgelesen habe, gewählt ist: Doris Ahnen, Niels Annen, Ute Berg.

Björn Böhning 263 Stimmen – damit gewählt.

(Beifall)

Jens Bullerjahn 226 Stimmen – nicht gewählt.

Edelgard Bulmahn 337 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Ulla Burchardt 303 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Bärbel Dieckmann 404 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Garrelt Duin 184 Stimmen – nicht gewählt.

Ursula Engelen-Kefer 203 Stimmen – nicht gewählt.

Elke Ferner 366 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Birgit Fischer 338 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Sigmar Gabriel 299 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Jens Geier 146 Stimmen – nicht gewählt.

Kerstin Griese 264 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Gernot Grumbach 173 Stimmen – nicht gewählt.

Rudolf Herbers 70 Stimmen – nicht gewählt.

Dietmar Hexel 289 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Wolfgang Jüttner 383 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Susanne Kastner 300 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Hannelore Kraft 398 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Barbara Ludwig 203 Stimmen – nicht gewählt.

Heiko Maas 303 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Franz Maget 307 Stimmen – damit über 50 % und gewählt.

(Beifall)

Ulrich Maly 224 Stimmen – nicht gewählt.

Christoph Matschie 268 Stimmen – über 50 %, also gewählt.

(Beifall)

Hilde Mattheis 212 Stimmen – nicht gewählt.

Joachim Poß 314 Stimmen – mit über 50 % gewählt.

(Beifall)

Florian Pronold 217 Stimmen – nicht gewählt.

Manfred Schaub 140 Stimmen – nicht gewählt.

Hermann Scheer 316 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Thomas Schlenz 259 Stimmen – gewählt.

(Beifall)

Olaf Scholz ist mit 265 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Ottmar Schreiner ist ebenfalls gewählt mit 253 Stimmen.

(Beifall)

Martin Schulz mit 311 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Angelica Schwall-Düren mit 322 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Ralf Stegner 228 Stimmen – nicht gewählt.

Wolfgang Thierse mit 378 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Wolfgang Tiefensee 242 Stimmen – nicht gewählt.

Ute Vogt mit 355 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Andrea Ypsilanti mit 444 Stimmen gewählt.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage jetzt zuerst einmal diejenigen, die im ersten Wahlgang gewählt worden sind, ob sie die Wahl annehmen.

Doris Ahnen, nimmst du die Wahl an?

**Doris Ahnen:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Niels Annen?

**Niels Annen:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ute Berg?

**Ute Berg:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Björn Böhning?

**Björn Böhning:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Edelgard Bulmahn?

**Edelgard Bulmahn:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ulla Burchardt?

**Ulla Burchardt:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Bärbel Dieckmann?

**Bärbel Dieckmann:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Elke Ferner?

**Elke Ferner:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Birgit Fischer?

**Birgit Fischer:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Sigmar Gabriel?

**Sigmar Gabriel:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Kerstin Griese?

**Kerstin Griese:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dietmar Hexel?

**Dietmar Hexel:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wolfgang Jüttner?

**Wolfgang Jüttner:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ich selber auch. – Hannelore Kraft?

**Hannelore Kraft:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Heiko Maas?

**Heiko Maas:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Franz Maget nimmt die Wahl auch an. – Christoph Matschie?

**Christoph Matschie:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Joachim Poß?

**Joachim Poß:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Hermann Scheer?

**Hermann Scheer:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Thomas Schlenz?

**Thomas Schlenz:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Olaf Scholz?

**Olaf Scholz:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ottmar Schreiner?

**Ottmar Schreiner:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Martin Schulz?

**Martin Schulz:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Angelica Schwall-Düren?

**Angelica Schwall-Düren:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wolfgang Thierse?

**Wolfgang Thierse:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ute Vogt?

**Ute Vogt:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Andrea Ypsilanti?

**Andrea Ypsilanti:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Zweitens frage ich jetzt diejenigen Genossinnen und Genossen ab, die in diesem Wahlgang nicht gewählt worden sind, ob sie ihre Kandidatur aufrechterhalten: Detlev Albers?

**Detlev Albers:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Till Backhaus?

**Till Backhaus:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Jens Bullerjahn?

**Jens Bullerjahn:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Garrelt Duin?

**Garrelt Duin:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ursula Engelen-Kefer?

**Ursula Engelen-Kefer:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wir brauchen die Frauen auch, weil wir sonst die Quotierung nicht hinkriegen. Jens Geier?

**Jens Geier:** Ja.

**Dr. h. c. Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Gernot Grumbach?

**Gernot Grumbach:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Rudolf Herbers? (?)

**Rudolf Herbers:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Barbara Ludwig?

**Barbara Ludwig:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ulrich Maly ja.



Hilde Mattheis?

**Hilde Mattheis:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Florian Pronold?

**Florian Pronold:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Manfred Schaub?

**Manfred Schaub:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ralf Stegner?

**Ralf Stegner:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wolfgang Tiefensee?

**Wolfgang Tiefensee:** Ja.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Damit bleibt die Liste wie im ersten Wahlgang. Wir müssen keine Veränderungen vornehmen. Im zweiten Wahlgang ist man ja mit einfacher Mehrheit gewählt. Ich weiß aber, dass die Landesverbände eine Unterbrechung von zehn Minuten für eine Delegiertenbesprechung wollen. Orientiert Euch bitte an eurer Landesvorsitzenden, wo sie hingeht. Ich unterbreche den Parteitag bis kurz vor neun.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ich würde jetzt gern mit dem zweiten Wahlgang beginnen. Daher bitte ich herzlich darum, dass die Delegierten auf ihre Plätze gehen. Ich glaube, es war noch ein bisschen mehr Zeit, als vorher geplant.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde jetzt gern den Wahlgang erklären. Die Stimmzettel werden ausgeteilt. Ich bitte, mit der Ausgabe der Stimmzettel zu beginnen. Wenn die Delegierten nicht auf ihren Plätzen sitzen, bekommen sie keine Stimmzettel. Also noch einmal die Bitte, auf die Plätze zu gehen; die Stimmzettel werden ausgeteilt.

Wir gehen jetzt in den zweiten Wahlgang. Ich bitte euch, die Kontrollmarke 24 zu nehmen. Ich weise euch darauf hin, dass höchstens elf gewählt werden können, mindestens aber sechs gewählt werden müssen. Noch einmal: mindestens sechs und höchstens elf. Ich weise auch darauf hin, dass wir, um die 40-prozentige Quote einzuhalten, die noch zu wählenden drei Frauen wählen müssen.

Noch einmal, in aller Ruhe: Es sind höchstens elf, mindestens sechs zu wählen. Die drei Frauen sind zu wählen, um die 40-prozentige Quote einzuhalten, und ihr klebt bitte die Kontrollmarke 24 darauf.

Noch einmal der Hinweis: bitte höchstens elf, mindestens sechs wählen und die Kontrollnummer 24 nicht vergessen.

Hat jeder von den Delegierten einen Stimmzettel? – Schön, wunderbar. Ich glaube, das ist der Fall. Es hat jeder einen Stimmzettel.

Dann denke ich, können unsere Helfer auch die Wahlurnen holen und mit dem Einsammeln der Wahlzettel beginnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, haltet eure Stimmzettel hoch, wenn ihr mit dem Wählen fertig seid. Ich bitte darum, denen, die verzweifelt nach einer Wahlurne suchen, eine zu reichen.

Wer hat seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Dahinten links sind noch ganz viele Stimmzettel, die nicht abgegeben sind.

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? – Ich denke, das ist der Fall. Dann schließe ich diesen Wahlgang.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen zur Antragsberatung Organisationspolitik. Das ist der Bereich, den wir noch zu beraten haben.

## Fortsetzung der Antragsberatung zur Innen- und Rechtspolitik

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Darf ich intervenieren? – Wir sind bei Innen und Recht.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Entschuldigung; ich dachte, wir wären fertig.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Nein. – Ich rufe auf: Innen und Recht. Wir waren gerade dabei, Antrag I 3 fortzusetzen, Bezirk Hessen Süd. Hier wird vorgeschlagen: Überweisung an die Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und an die Landtagsfraktionen.

Wortmeldungen habe ich nicht. Seid ihr wieder auf Abstimmen eingestellt? – Gut.

Wer stimmt bei I 3 der Anregung der Antragskommission zu? – Jetzt kommt wieder Bewegung hinein. Alles klar, so beschlossen.

Antrag I 4, Seite 151, Innen- und Kriminalitätspolitik. Vorgeschlagen wird Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Danke. Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag I 5. Hier wird vorgeschlagen: Erledigt durch Annahme des Initiativantrages 5, Sicherheit in Freiheit. Haben wir schon so gemacht. Gegenstimmen sehe ich nicht. Dann ist das erledigt.

Wir kommen zum Antrag I 6, Ortsverein Buseck. Hier wird vorgeschlagen: Überweisung an Bundestagsfraktion.

Wer stimmt dem zu? – Danke. Das ist so beschlossen.

Antrag I 7 ist erledigt durch den Initiativantrag 5. Gegenrede sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Antrag I 8, Landesverband Bayern, Rücktritt Schäubles. Hier wird vorgeschlagen. Nichtbefassung.

Wortmeldungen habe ich nicht.

(Zuruf)

– Hier wird über den Vorschlag der Antragskommission abgestimmt. Wenn ihr das anders seht, müsst ihr das ablehnen, dann lasse ich über den Antrag abstimmen.

Wer folgt dem Votum der Antragskommission, dass wir uns mit Herrn Schäuble heute in dieser Art nicht befassen? – Da hat er heute echt Glück gehabt.

(Heiterkeit)

Dann kommen wir zu Antrag I 9. Hier wird vorgeschlagen: Überweisung an Parteivorstand, das Forum Menschenrechte.

Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Danke. Das ist mehrheitlich geschehen.

Antrag I 10, Informationsfreiheitsgesetz. Hier wird vorgeschlagen: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Wer stimmt zu? – Danke. Gibt wieder Arbeit, Peter.

Antrag I 11. Der Antrag wurde nicht, wie da steht, zurückgestellt, sondern hier war vorgeschlagen worden: Überweisung an Bundestagsfraktion.

Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Bei Antrag I 12 gilt das Gleiche. Hier ist vorgeschlagen: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Wer schließt sich dem an? – Ebenfalls so beschlossen.

Antrag I 13, Kinderrechte ins Grundgesetz. Dort wird auf den Antrag I 14 verwiesen, Kreisverband Leer. Hier wird vorgeschlagen: Annahme des Antrages „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Wer schließt sich dem an? – Das ist so beschlossen. Damit ist Antrag I 13 auch erledigt.

I 15. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer folgt dem Antrag? – So beschlossen.

I 16, Parlamentsreform. Es wird Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Das ist mehrheitlich beschlossen.

I 17, Selbstauflösungsrecht des Bundestages. Vorgeschlagen wird die Annahme des Antrages. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

I 18 ist durch die Annahme von I 17 beschlossen.

I 19, Sperrfrist für Abgeordnete. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Das ist beschlossen.

I 20, Transparenz von Nebentätigkeiten von MdBs. Die Antragskommission empfiehlt: Erledigt durch Parlamentshandeln. Wer schließt sich dem Votum der Antragskommission an? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit.

I 21, Veröffentlichung von Gesetzen. Hier wird Überweisung an die Landtagsfraktionen empfohlen. Wer stimmt dem Votum zu? – So beschlossen.

I 22, Verbot von Wahlcomputern. Hier wird Ablehnung empfohlen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist eindeutig.

(Zurufe)

– Soll ich nach Gegenstimmen fragen? – Wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Ein harter Kern, allerdings noch nicht mehrheitsfähig.

I 23, Zusammenlegen von Wahlen. Hier ist Überweisung an Bundestagsfraktion und an Landtagsfraktionen empfohlen. Wer stimmt dem Votum zu? – So beschlossen.

I 24, Herabsetzung des passiven Wahlalters. Wer kann sich mit der Empfehlung, Überweisung an Parteivorstand, anfreunden? – Das ist eine Mehrheit.

I 25, Integration. Hier wird Annahme empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Das ist beschlossen.

I 26. Hier wird Überweisung als Material an Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung empfohlen. Wer schließt sich dem an? – Auch das ist beschlossen.

I 27, Verhinderung von Zwangsehen. Hier wird die Annahme des Antrages vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Zu I 28 gibt es eine Wortmeldung, Apostolos Tsalastras aus Nordrhein-Westfalen.

**Apostolos Tsalastras, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, es ist richtig, dass wir im Grundsatzprogramm das Kommunalwahlrecht für Migrantinnen und Migranten beschließen; davon gehe ich zumindest aus. Aber die Begründung hier ist etwas eigenartig: All das, was wir ins Grundsatzprogramm aufgenommen haben, ist jetzt nicht mehr auf der politischen Agenda, ist kein Tagesgeschäft mehr?

(Beifall)

Deshalb kann ich dieser Begründung überhaupt nicht folgen. Es gibt meiner Meinung nach keinen besseren Zeitpunkt als jetzt, das Thema des Kommunalwahlrechts für Migrantinnen und Migranten auf die Tagesordnung zu heben und in den Parlamenten zu diskutieren. Gerade jetzt, wo die Union ihr Herz für das Thema Integration entdeckt hat und sie sich überall dort, wo es unkonkret ist und politisch nicht wehtut, in öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen lobpreisen lässt, wäre es richtig, den Finger in die Wunde zu legen und aufzuzeigen, wo wir im Bereich der Partizipation von Migrantinnen und Migranten wir noch große Missstände in dieser Republik haben.

(Beifall)

Nach wie vor leben bei uns viele Menschen, die sich seit vielen Jahren vor Ort in den Kommunen engagiert einbringen, nicht nur in den Migrantenvertretungen, sondern auch in Gewerkschaften und in Wohlfahrtsverbänden, die aber, weil sie keinen deutschen Pass haben, nicht in der Lage sind, vor Ort die Gestaltung der Politik zu bestimmen. Ich denke, es ist der Zeitpunkt gekommen, genau diesen Missstand aufzuheben und das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten einzuführen.

(Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, schlage ich euch vor, diesen Antrag anzunehmen, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen – vielleicht sollten wir in der Überschrift statt „AusländerInnen“ „MigrantInnen“ schreiben – und diesen Antrag an die Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktionen verweisen. Ich glaube, hier ist ein koordiniertes Vorgehen von Ländern und Bund erforderlich, um das kommunale Wahlrecht weiterzuentwickeln. Wir müssen Kampagnen entwickeln wie das die Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenvertretung in Nordrhein-Westfalen mit dem DGB und den Wohlfahrtsverbänden zusammen gemacht hat. Diese gilt es zu unterstützen. Deswegen bitte ich euch, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen und diesen Antrag anzunehmen. – Danke schön.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank für den Beitrag. Ich bin sowieso befangen, weil das ein Antrag aus meinem Bezirk ist. Für die Antragskommission spricht Karsten Rudolph. Hoffentlich hat er uns etwas Gutes zu sagen.

**Karsten Rudolph, Antragskommission:** Ich will erstens das Votum der Antragskommission begründen und zweitens mitteilen, dass wir es ändern werden.

(Beifall)

Die Begründung lautet wie folgt: Wenn wir morgen ein Grundsatzprogramm beschließen, dann heißt das: Wir arbeiten an der Umsetzung des Grundsatzprogrammes sofort. Apostolos, dann müssen wir uns auch richtig verstehen: Bloß weil es im Grundsatzprogramm steht, heißt nicht das ja nicht, dass wir es nur grundsätzlich wollen, aber nicht umsetzen. Wenn wir in dieser Logik bleiben, können wir aber auch verabreden, dass wir diesen Antrag jetzt annehmen. Deswegen schlage ich das im Namen der Antragskommission vor. Wir nehmen das Ding an, überweisen es und freuen uns darauf, dass das Anliegen auch noch im Grundsatzprogramm steht. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wir stimmen jetzt über die geänderte Fassung der Antragskommission ab. Wer stimmt dem neuen Sachstand der Antragskommission zu? – Das ist so beschlossen.

I 29. Die Empfehlung ist „Erledigt durch Aufnahme ins Grundsatzprogramm“. Wortmeldungen gibt es nicht. Wer stimmt zu? – So beschlossen.

I 30, Organspende. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer folgt dem Votum? – Das ist beschlossen.

I 31, Bürokratie-TÜV. Erledigt durch Regierungshandeln. Wer sieht das anders? – Ihr habt alle gut aufgepasst.

I 32, Sicherheit des Luftverkehrs. Vorgeschlagen wird Annahme des Antrages. Wer folgt dem Votum? – So beschlossen.

I 33, Kennzeichnungspflicht der uniformierten Beamten. Vorgeschlagen wird Überweisung als Material an die Landtagsfraktionen. Wer schließt sich dem Votum an? – So beschlossen.

I 34, mehr Basisdemokratie. Die Empfehlung lautet: Erledigt durch Aufnahme ins Grundsatzprogramm. Wer folgt dem Antrag? – Ist so beschlossen.

I 35, Wahlrecht ab Geburt. Hier wird Annahme empfohlen. Wer schließt sich dem an? – Auch beschlossen.

I 36. Hierzu hat Jörg Tauss das Wort.

**Jörg Tauss, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eine dieser lustigen Geschichten, die das Leben schreibt:

Ich bin als Abgeordneter eingeladen in einen Ortsverein und soll aus Berlin berichten. Dies tue ich natürlich. Ich erzähle, dass ich an diesem Morgen mit Peter Struck und einigen Kolleginnen und Kollegen zum Thema Föderalismusreform zusammengesessen habe. Wir waren an der Vorbereitung eines Papiers, das aus neun Punkten besteht. Unter anderem darüber habe ich berichtet.

Die Kolleginnen und Kollegen waren so begeistert von unserem Papier, dass sie gesagt haben: Mensch, das ist doch nicht nur eine Sache für die Bundestagsfraktion, daraus machen wir einen Antrag und stellen diesen auf dem Parteitag zur Abstimmung.

Hier auf dem Parteitag haben wir jetzt die Empfehlung: Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion. – Von daher kommt das Ding aber.

Aus diesem Grunde möchte ich einen pragmatischen Vorschlag machen, um meine Genossinnen und Genossen nicht allzu sehr zu frustrieren: Wir nehmen es als Mate-

rial auch an die Landtagsfraktion und die Mitglieder der Föderalismuskommission, um die Debatte, die wir zurzeit aktuell haben, nicht nur bei uns im Bundestag zu führen, sondern auf breiterer Ebene.

An diesem Beispiel, wo es um die Finanzierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung geht, wird deutlich, dass es hervorragend zu dem passt, was wir vorher diskutiert haben. Aus diesem Grunde die herzliche Bitte, die Überweisung entsprechend zu erweitern. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich lasse über die Fassung der Antragskommission abstimmen, die lautet: Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion. Wer folgt der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Ich tippe, das Zweite war die Mehrheit. Also noch einmal. Wenn ihr aus dem Präsidium mal mit gucken könntet? Ich lasse über den Antrag 36 abstimmen. Die Antragskommission schlägt Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das ist eindeutig die Mehrheit.

Damit lasse ich über den Antrag I 36 in der Ausgangsfassung abstimmen; so ist die Logik. Wer stimmt dem Antrag I 36 zu?

(Zurufe)

– Also, bei allem Respekt. Wir haben hier eine Regel, wie wir verfahren. Wir stimmen über den Antrag der Antragskommission ab. Das ist eben abgelehnt worden. Damit steht der Ausgangsantrag zur Abstimmung. Das wird seit Jahrzehnten so gemacht.

(Zurufe)

– Jörg, was hast du denn anderes beantragt, als im Ursprungsantrag steht?

(Zuruf)

– Und Annahme, oder was?

(Zuruf)

Also, ich erkläre noch einmal den Sachverhalt. Die Ausgangslage ist: Wir stimmen über den Antrag der Antragskommission ab, die das als Material an die Bundestagsfraktion überweisen will. Das habt ihr jetzt abgelehnt. In der Logik steht dann der Ausgangsantrag zur Abstimmung.

(Zuruf: „Nein, als Erstes kommt jetzt der Antrag von Tauss zur Abstimmung, der gesagt hat, es wird nur die Überweisungsempfehlung ergänzt!“)



– Gut, wir stimmen über einen Änderungsantrag ab, ehe wir über den Ausgangsantrag abstimmen, nämlich das auch an die Föderalismuskommission und die Landtagsfraktionen zu überweisen. Habe ich dich richtig verstanden?

(Beifall)

Es ist schon spät.

Wer stimmt diesem Antrag von Jörg Tauss zu? – Na ja, klasse! Nach Gegenstimmen fragen wir nicht; das war eindeutig. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe dann Antrag I 37 auf: „Erhalt des bundeseinheitlichen Strafvollzugs“. Es wird Nichtbefassung, weil gerade geregelt, vorgeschlagen. Gegenstimmen? – Einige wenige. Das ist so beschlossen.

Jetzt kommt der letzte Antrag, der Antrag I 38: „Jugendstrafrecht“. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Frau Justizministerin vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Danke, damit habt ihr den Teil Innen und Recht auch abgearbeitet. Ich übergebe jetzt an Susanne.

## Beratung der Anträge zur Organisationspolitik

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank.

Wir haben noch zwei Bereiche, zum einen die organisationspolitischen Anträge und zum anderen die Europapolitik, aber ich denke, das kann auch schnell gehen.

Zur Organisationspolitik gebe ich Ludwig Stiegler von der Antragskommission das Wort.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ein buntes Feld, das wir zu bearbeiten haben. Ich weise auf zwei Anträge besonders hin, nämlich auf den Antrag O 2. Hierfür brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit. Es geht darum, dass im Organisationsstatut vorgesehen wird, dass die Gliederungen wieder in der Lage sind, etwa Betriebsgruppendelegierte zu entsenden. Dafür muss das Organisationsstatut mit Zweidrittelmehrheit geändert werden.

Bei dem Antrag O 4 brauchen wir eine Dreiviertelmehrheit. Da bitte besonders aufpassen, weil dieser Antrag aufgrund eines Gerichtsentscheids erforderlich geworden ist. Wir hatten es bisher so geregelt, dass es sich bei Unvereinbarkeitsbeschlüssen selbst vollzogen hat. Aber die Rechtsprechung verlangt von uns ein ordentliche Parteiordnungsverfahren.

Ansonsten würde ich vorschlagen, Frau Präsidentin, dass ich jeweils das Votum, wenn der Antrag aufgerufen wird, kurz anspreche. Können wir so verfahren?

Wir fangen mit dem Antrag O 1 an. Dabei geht es um die Frage, ob das Wohnortprinzip nach wie vor gilt. Ich glaube, die Antragskommission schlägt euch zu Recht vor, wir sollten beim Wohnortprinzip der Parteimitgliedschaft bleiben. Ausnahmen sind ja geregelt. Deshalb empfiehlt euch die Antragskommission die Ablehnung des Antrags O 1.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag O 1 abgelehnt.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Beim Antrag O 2 geht es um die Frage, ob künftig wieder Betriebsgruppendelegierte für regionale Parteitage möglich sind. Dazu ist eine Änderung des Organisationsstatuts notwendig.

Die Antragskommission empfiehlt euch Annahme in großer Zahl. Wir brauchen nämlich eine Zweidrittelmehrheit.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Ich gebe Carmen Everts vom Unterbezirk Groß Gerau das Wort.

**Carmen Everts, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich möchte es angesichts der späten Stunde nicht lang machen und euch nur kurz um Unterstützung für diesen Antrag bitten.

Hintergrund ist, dass wir in Karlsruhe Änderungen vorgenommen haben, um Projektgruppen und Foren insbesondere auch in die innerparteiliche Willensbildung einzubinden, weil wir feststellen müssen, dass sich Parteiarbeit wandelt und dass sich gesellschaftliche Zusammenhänge wandeln. Dabei ist leider etwas weggefallen, was wir bisher hatten, nämlich die Möglichkeit, in den Unterbezirken Betriebsgruppen mit Delegiertenstatus zu versehen. Ich komme aus dem Unterbezirk Groß Gerau, mit Rüsselsheim ein starker Automobilstandort, eine starke Arbeitnehmervertretung. Wir haben dort mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Opel-Arbeiter eine sehr aktive Arbeitsgemeinschaft und sind stolz darauf, dass wir diese Verbindung in den Arbeitnehmerbereich haben.

Ich glaube – das gilt für alle Betriebsgruppen, die aktiv sind –, dass wir diesen engen Kontakt weiter pflegen sollten. Gerade in schwierigen Zeiten haben wir auch sehr kritisch miteinander diskutiert. Es war nicht immer einfach, aber ich glaube, dass gerade – das kann ich am Beispiel unserer Betriebsgruppe sagen – diese enge Verbindung, diese Solidarität und zum Teil auch kritische Solidarität im Arbeitnehmerbereich sehr wichtig ist und dass wir deswegen den Betriebsgruppen wieder die Möglichkeit geben sollten, sich an unserer innerparteilichen Willensbildung zu beteiligen. Wir können als Arbeiterpartei stolz sein, dass wir noch diesen Bezug in die Arbeitnehmerschaft hinein haben. Ich glaube, dass wir gut daran tun, dieses Signal in den Arbeitnehmerflügel hinein zu senden, dass wir sie gerne auch an der Willensbildung vor Ort beteiligen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Carmen.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wir brauchen aber eine Zweidrittelmehrheit.

Ludwig, willst du noch etwas zum Antrag O 2 sagen?

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Nein, nur abstimmen.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dann stimmen wir über den Antrag O 2 ab, hoffentlich mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Zweidrittelmehrheit gegeben und die Annahme erfolgt.

Antrag O 4!

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Nachdem wir schon zwei Drittel erreicht haben, brauchen wir jetzt drei Viertel für eine Änderung der Schiedsordnung, die, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, ein ordentliches Parteiordnungsverfahren im Falle von Unvereinbarkeitsbeschlüssen vorsieht, weil uns das Gericht unsere alte Regelung mehr oder weniger für unwirksam erklärt hat. Deshalb bitte eine Dreiviertelmehrheit, damit wir die Schiedsordnung auf einen Nenner mit der Rechtsprechung bringen und damit wir dann nicht die Probleme mit Sascha Jung und Konsorten haben und sie nicht aus der Partei bringen, bis wir sie endlich hinausgemürbt haben. Hier muss es dann ein ordentliches Verfahren geben.

Die Antragskommission empfiehlt euch Annahme mit Dreiviertelmehrheit.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dann stimmen wir ab. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? Das war mehr als eine Dreiviertelmehrheit. Damit ist der Antrag O 4 angenommen.

O 7!

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 7 ist ein heißes Thema. Hier geht es um die Entscheidung, die wir getroffen haben, Delegiertenwahlen praktisch in einem Zug durchzuführen, also nicht mehr, wie früher, zwischen ordentlichen Delegierten und Ersatzdelegierten zu unterscheiden. Manche meinen nun, wir müssten zum alten System zurückkehren und in einem ersten Wahlgang erst das und dann jenes machen.

(Beifall)

Wir müssen euch aber leider mitteilen, das die rechtliche Analyse der Wahlgesetze ergeben hat, dass wir das nicht können, weil wir sonst kein ordentliches Nachrücksystem haben. Es sind auch Bedenken wegen der Einhaltung der Quote und vielen anderen Dingen geltend gemacht worden. Darum müssen wir euch als Antragskommission – als betroffener Praktiker sage ich: Leider! – die Ablehnung dieses Antrages vorschlagen.

Es nützt uns ja nichts, anfechtbare Delegiertenwahlen durchzuführen. Wir müssen hier im Rahmen der Rechtsordnung bleiben und vielleicht eines Tages einmal etwas an den Wahlgesetzen oder sonst etwas ändern, aber wir können jetzt nicht gegen die Wand rennen. So leid es mir gerade als Bayer tut, denn aus diesem Landesverband kommt der Antrag. Wir müssen euch die Ablehnung dieses Antrages aus rechtlichen Gründen empfehlen.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der O 7 abgelehnt.

Wir kommen zu O 8.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Wir empfehlen Ablehnung, weil es keine Delegierten erster und zweiter Klasse gibt. Wir sind die Partei der Gleichheit, weshalb wir das auch bei den Delegierten einhalten müssen

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Zu O 8 habe ich eine Wortmeldung. – Ich gebe das Wort Ralf Jäger, NRW.

**Ralf Jäger, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist ein recht einfacher Sachverhalt. Wir bleiben bei dem Thema. Will diese Partei auch zukünftig Delegierte für Konferenzen in einem Wahlgang oder getrennt nach ordentlichen und Ersatzdelegierten wählen?

Der Ludwig hat auf eine rechtliche Situation bzw. auf eine rechtliche Bewertung hingewiesen. Lieber Ludwig, ich möchte daran erinnern: Diese Partei ist 145 Jahre alt geworden. Diese Regelung, dass das in einem Wahlgang zu erfolgen hat, gibt es gerade einmal zwei Jahre. Dann haben wir also 143 Jahre falsch gehandelt.

(Beifall)

Ich finde, wir haben trotzdem gut gehandelt.

Mein Vorschlag ist – das ist auch Bestandteil des Antrages –, zu sagen: Jeder soll das tun, wie er will, also entweder in einem Wahlgang oder getrennt wählen.

Damit wir hier nicht auf juristische Unwägbarkeiten stoßen, schlage ich vor: Ich empfehle euch, dass wir diesen Antrag annehmen, und zwar vorbehaltlich einer weiteren rechtlichen Prüfung, weil der Satz gilt: Zwei Juristen, drei Meinungen. Vielleicht kommen wir da zu einem guten Ergebnis.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass sich die Statuten an den Bedürfnissen der Mitglieder orientieren sollten und nicht umgekehrt. Deshalb möchte ich, entgegen der sonst sehr klugen und sehr weisen Empfehlungen der Antragskommission, hier auf Annahme zu plädieren, mit dem Vorbehalt einer weiteren rechtlichen Prüfung. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Gut. Die Antragskommission empfiehlt aber Ablehnung.

Ich kann auch nicht ganz nachvollziehen, wie wir verfahren müssten, wenn wir das annehmen würden. Der Antrag wäre dann rechtsgültig und müsste mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden. Dann kann anschließend nicht noch eine rechtliche Prüfung erfolgen. Das geht nicht; das passt nicht zusammen.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Leute, es ist ja immer schön, auf den Juristen herumzuhacken, aber es gibt die Staatspraxis nach dem Grundgesetz. Häufig war es anders. Ich erinnere an die Erbschaftsteuer und anderes. Die Welt geht eben auch im Rechtswesen weiter.

Wir haben das eben schon abgelehnt. Ich finde, wir sollten bei der Ablehnung bleiben. Dass wir das im Parteivorstand und in der Organisationskommission immer wieder prüfen, ist zugesagt, weil die Partei da immer wieder aktiv werden wird. Ich denke also, dass wir bei der Ablehnung bleiben sollten.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dann lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer ist für Ablehnung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Ablehnung so beschlossen.

Ich rufe O 9 auf.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Hierbei geht es um eine transparente Rednerinnen- und Rednerliste auf den Parteitag. Das gehört aber in die Geschäftsordnung und nicht in das Organisationsstatut. Wir haben das ja auch schon praktiziert. Also empfiehlt Euch die Antragskommission Ablehnung.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Nichtsdestotrotz liegt mir eine Wortmeldung vor. – Christine Negele aus Bayern.

**Christine Negele, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Mir kommt der Antrag eigentlich ein bisschen zu früh, weil wir die strittigen Anträge noch gar nicht behandelt haben.

Der Antrag fußt auf den Erfahrungen der letzten Parteitage – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene –, auf denen die Rednerlisten vertauscht bzw. Leute vorgezogen wurden, die eher die Meinung der Parteispitze oder der Regierung vertreten haben. Um das zu verhindern, haben wir in Bayern diesen Antrag gestellt.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir das diesmal in der Geschäftsordnung aufgenommen haben. Das klappt ja auch ganz gut. Aber das ist keine Garantie für die nächsten Parteitage. Das Organisationsstatut ist für die untergeordneten Gliederungen bindend. Von daher wäre das auch eine vorbeugende Maßnahme für Landesparteitage. Deswegen bitte ich um Zustimmung.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ich lasse über das Votum der Antragskommission mit der Begründung, die der Ludwig gegeben hat, abstimmen. Wer für Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Ersteres war die Mehrheit. Damit ist der Antrag O 9 abgelehnt.

Wir kommen zu O 11.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Hier geht es um die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft Klimawandel. Wir sagen, dass das nicht an eine Arbeitsgemeinschaft abzuschieben, sondern dauernde Aufgabe der Partei ist – heute und in Ewigkeit, Amen. Deshalb empfehlen wir Ablehnung.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer für Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das ein Gesamtauftrag an die Partei.

Wir kommen zu O 12.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 12 ist voller guter Vorsätze. Wir schlagen vor, das wir das an den Parteivorstand und an die Organisationskommission zur Implementierung und Operationalisierung überweisen.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Das klang gut, Ludwig. Wer ist für diese Überweisung? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe O 13 auf.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Wir schlagen Überweisung an den Parteivorstand vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer ist für die Überweisung an den Parteivorstand? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist O 13 an den Parteivorstand überwiesen.

Ich rufe O 14 auf.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Mit O 14 wird die Verständlichkeit von Informationen verlangt. Unmögliches kann man nicht immer verlangen.

(Heiterkeit)

Weil Verständlichkeit auch ein relativer Begriff ist, schlagen wir Ablehnung vor.

Ich weiß, dass wir in Hamburg sind. Es gibt einen Hamburger Verständlichkeitstest, den der Thierse uns näher erläutern könnte. Aber er hat die Texte bisher auch nicht besser gemacht.

(Heiterkeit)

Insofern schlagen wir Ablehnung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wir bleiben also bei der Unverständlichkeit der Informationen.

(Heiterkeit)

Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist O 14 abgelehnt.

Ich rufe O 15 auf.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 15 betrifft die Änderung der Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften. Das ist durch die Beschlussfassung der neuen Richtlinie des Parteivorstandes erledigt. Wir schlagen deshalb vor, den Antrag O 15 für erledigt zu erklären.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Erledigung des Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu O 16.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Dafür gilt das Gleiche.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für das Gleiche ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist O 16 wie O 15 beschlossen.

Ich rufe O 17 auf.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 17 ist eine Initiative zur Belebung von Wirtschaft und Aufbau Ost. Wir schlagen Überweisung an den Parteivorstand vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Überweisung an den Parteivorstand ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist O 17 überwiesen.

Ich rufe O 18 auf.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 18 verlangt mehr Basisdemokratie. Wir weisen schüchtern darauf hin, dass wir Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheide bereits im Statut haben und auch gelegentlich getestet haben. Wir schlagen deshalb vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Erledigung des Antrages ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es so beschlossen.



Ich rufe auf O 19.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 19 verlangt eine Verbesserung der Quotierung. Wir haben im Organisationsstatut die Regelung, dass der Parteivorstand quotiert sein muss. Manche Landesverbände haben sogar eine Fifty-Fifty-Quote wie zum Beispiel mein bayerischer Landesverband. Wir müssen das nicht noch weiter ausweiten. Die Antragskommission schlägt deshalb Ablehnung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Ablehnung von O 19 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist O 19 abgelehnt.

Jetzt kommt O 20.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 20 spricht die Anpassung von Mitgliedsbeiträgen für Mitglieder in besonderen Lebenslagen an. Wir meinen, dass das durch die Praxis erledigt ist. Ortsvereine übernehmen Patenschaften. Einzelpersonen übernehmen Patenschaften. Das brauchen wir nicht über das Statut zu regeln, weil das Leben eben vielfältiger ist. Wir schlagen deshalb vor, den Antrag für erledigt zu erklären.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Erledigung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag O 20 ebenfalls erledigt.

Ich rufe O 21 auf.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 21 will langjährige Mitglieder für beitragsfrei erklären. In Wahrheit ist es so, wer für 50 Jahre Mitgliedschaft geehrt wurde, ist stolz auf seinen Beitrag. Wir schlagen deshalb Ablehnung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – O 21 ist damit abgelehnt.

Wir kommen zu O 22.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** In O 22 wird vorgeschlagen, dass es eine befristete ruhende Mitgliedschaft gibt – sozusagen Pause von der SPD. Die nehmen sich die meisten, die sie brauchen. Sie kommen dann gerne wieder. Wir müssen das nicht im Statut regeln, um dann disziplinarisch mitzuteilen: Deine Mitgliedschaft ruht jetzt. Nein, wir wollen immer wache Mitglieder und schlagen deshalb Ablehnung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist O 22 abgelehnt.

Wir kommen zu O 23.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 23 sieht eine Regelung für Mitgliedsbeiträge für Arbeitslose vor. Auch deren Lebenslage ist unterschiedlich. Wir haben 2,50 Euro Beitrag für Mitglieder ohne Einnahmen. Wir schlagen Euch deshalb vor, den Antrag für erledigt zu erklären wegen der geltenden Beitragstabelle.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Erledigung dieses Antrages ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu O 24.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 24 schlägt vor, die automatische Beitragsanpassung abzuschaffen. Diesen Schlag wollen wir der Partei nicht antun. Wir schlagen deshalb Ablehnung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Das wollen wir hauptsächlich unserer neuen Schatzmeisterin nicht antun. Wer für Ablehnung ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu O 25.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 25 will die Mitgliederwerbung erleichtern durch die Abschaffung der Beitragstabelle. Wer in diese Gemeinschaft eintreten will, will auch seinen materiellen Beitrag leisten. Wir schlagen deshalb Ablehnung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Ablehnung von O 25 plädiert, bitte das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu O 26.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 26 sieht eine sogenannte Familienmitgliedschaft vor. Aber wir haben die römische Großfamilie, in der der Vater die Stimmen für alle führt, abgeschafft im Zuge unserer Familienpolitik. Jedes Mitglied ist individuell dabei und nicht nach Familienstatus. Wir schlagen deshalb Ablehnung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu O 27.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 27 und O 28 betreffen die SPD-Card-Aktionen. Das Ding ist erledigt. Es ist einen sanften Todes entschlafen. Darüber müssen wir uns nicht mehr aufregen.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dann lasse ich abstimmen über O 27 und O 28. Wer für die Erledigung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu O 29.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 29 will, dass der Parteivorstand Spendenaufrufe sozialverträglich gestaltet. Die Spendenbereitschaft ist bekannterweise nicht vom Mitgliedsbeitrag abhängig. Oft sind es die Hochmögenden, die wissen, dass das Vermögen vom Sparen kommt. Ich denke, die Spendenbereitschaft sollte deutlich und klar angesprochen werden. Deshalb schlage ich Ablehnung des Antrags vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Ablehnung ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Ablehnung ist beschlossen.

Wir kommen zu O 30.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 30 ist wieder etwas kitzelig. Es wird vorgeschlagen, die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft der SPD und der Initiativen Neue Soziale Marktwirtschaft festzustellen. Wir schlagen vor Nichtbefassung; denn wenn die es zu toll treiben, dann muss der Parteivorstand einen Unvereinbarkeitsbeschluss fassen. Aber das muss man dem Parteivorstand überlassen. Wir schlagen deshalb Nichtbefassung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Nichtbefassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe O 31 auf.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** Das ist das Gleiche in Grün: Nichtbefassung.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Nichtbefassung ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Wir kommen zu O 32.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 32 verlangt eine bessere Darlegung der personalen Daten bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten. Ich denke, jede Gliederung verlangt das, was sie braucht, und kriegt auch das, was sie braucht. Wir schlagen deshalb Ablehnung vor.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Ablehnung ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist die Ablehnung beschlossen.

Wir kommen zu O 33.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 33 wendet sich gegen Ämterhäufung. Das erinnert mich an meine Juso-Zeit. Damals waren für jedes Amt noch 10 Bewerber da. Jetzt gibt es für 10 Ämter oft nur noch ein Bewerber. Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir diesen Antrag zur Zeit ebenfalls ablehnen.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls so beschlossen.

Wir kommen zu O 34.

**Ludwig Stiegler, Antragskommission:** O 34 besagt, dass die Funktionäre von 60 plus nicht nur Internet, sondern auch Papier kriegen. Aber das ist doch durch die Praxis erledigt. Wer Papier braucht, kriegt Papier. Papier bleibt bekannterweise Papier. Aber man sollte Senioren nicht unterschätzen. Die sind „internetig“ wie die anderen auch. Darum erledigt durch die Praxis.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wer für die Erledigung des Antrages ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen. – Wir sind am Ende dieses Antragspaketes. Herzlichen Dank auch dir, Ludwig.

Ich rufe die Europapolitik auf. Das sind die Anträge EU 8 bis 12. Ich gebe das Wort Martin Schulz.

## Beratung der Anträge zur Europapolitik

**Martin Schulz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, bei den Anträgen EU 8 bis 11 geht es um die Einführung von Landeslisten oder Beibehaltung einer Bundesliste bei der Europawahl. Das ist unter den Genossinnen und Genossen, die sich mit der Materie befassen, ein sehr umstrittenes Thema, weil es zwei Ebenen unserer Parteiarbeit berührt.

Die Arbeit von Europaabgeordneten in großen Flächenländern ist extrem schwierig. Einzelne Abgeordnete aus unserem Land müssen im Schnitt 880.000 Bürgerinnen und Bürger im Europäischen Parlament vertreten. Wir haben 99 deutsche Abgeordnete bei etwa 82 Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Wenn in einzelnen Ländern, wie das in großen Flächenländern zur Zeit der Fall ist, nur ein einziger Abgeordneter diese Arbeit leisten muss, ist das für den Abgeordneten schwer, und es ist für die Landes- und Bezirksverbände schwer, in denen diese Arbeit gemacht werden muss.

(Beifall)

Auf der anderen Seite ist es so, dass wir bei Europawahlen als sozialdemokratische Partei Deutschlands in den letzten Jahren nicht immer die besten Wahlergebnisse erzielt haben und wir bei einer Landeslistenstruktur – zur Zeit kandidieren wir mit Bundeslisten – in der Gefahr gewesen wären, dass wir nicht nur Landstriche haben, die mit einem Abgeordneten vertreten sind, der es schwer hat, sondern ganze Landstriche haben, die überhaupt keinen Abgeordnete mehr hätten.

Bei der letzten Europawahl hätten wir bei dem Wahlergebnis, das wir hatten, fünf Bundesländer ohne sozialdemokratischen Abgeordneten. Deshalb, Genossinnen und Genossen, empfehlen wir euch eine Bundesliste, die die Chance bietet, dass wir einen Ausgleich zwischen großen Landesverbänden und Landesverbänden, die in der Gefahr wären, bei Landeslisten nicht mehr einen Abgeordneten ins Europaparlament schicken zu können, erreichen. Das ist möglich, indem wir das tun, was wir Euch in dem EU 11 vorgetragen haben, nämlich eine Liste im Benehmen zwischen dem Parteivorstand und den Bezirks- und Landesverbänden herzustellen, die zwei Dinge berücksichtigt. Erstens: Alle Landesverbände sollten vertreten sein. Zweitens: Die großen Flächenländer Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen brauchen mehr Abgeordnete, als es jetzt der Fall ist.

(Beifall)

Also muss die Liste so gestrickt werden, dass die Interessen der Flächenländer berücksichtigt werden. Wir glauben, das Ganze ist machbar, wenn wir ein Grundmandat für alle Landesverbände bis zum 28. Platz einer Bundesliste organisieren. Das

haben wir bei den Wahlen 1989, 1994 und 1999 erreicht. Wir empfehlen euch, nicht auf das Jahr 2004 zurückzugreifen, bei dem die SPD bei der Europawahl auf dem Höhepunkt der Debatten um die Agenda 2010, um Hartz IV, ein sehr schlechtes Wahlergebnis mit den bekannten Verlusten erzielt hat, sondern es anders zu machen und zu sagen: Wir streben wieder die Ergebnisse an, wie wir sie 1999 und 1994 hatten! Denn das beste Mittel, um eine flächendeckende Präsenz von Abgeordneten in großen und kleinen Ländern zu haben, ist ein hervorragendes Wahlergebnis bei der Europawahl. Dafür will ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen und allen Genossinnen und Genossen in der Republik kämpfen.

Deshalb habe ich eine große Bitte: Lasst uns diesen Solidarakt zwischen großen und kleinen Landesverbänden – denn das ist es genau bei einer Bundesliste – heute beschließen und dann auf der Grundlage einer solchen Bundesliste gemeinsam dafür kämpfen, dass die SPD das wird, was sie programmatisch schon ist, aber nach Stimmen noch werden muss: die stärkste Europapartei in Deutschland. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Martin. – Ich gebe das Wort Kurt Beck.

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich um diese Uhrzeit noch einmal das Wort ergreife. Aber mir ist es wichtig, dass wir unsere Prinzipien nicht nur beschließen, sondern dann auch praktizieren. Zu diesen Prinzipien muss gehören, dass wir für eine faire Verteilung auch von Mandaten über die gesamte Republik hinweg sorgen.

Ich weiß sehr wohl, dass sich der eine oder andere Landesverband, der eine oder andere Bezirk von uns ausrechnet, dass man, wenn man Landeslisten hätte, besser abschneiden könnte. Ich will ausdrücklich sagen: Für den Landesverband Rheinland-Pfalz, dessen Vorsitzender ich auch bin, gälte dies auch. Dies lässt sich nachrechnen. Wir hätten drei Mandate. Wir haben nach den Ergebnissen der letzten Europawahl jetzt ein Mandat. Nur, ich weiß auch, dass dies etwas damit zu tun hat, dass wir am gleichen Tag Kommunalwahlen haben und damit die Wahlbeteiligung besser ist und der größere Teil unserer Wählerschaft zur Wahl geht.

Ich bitte deshalb, dass wir bei aller Berechtigung solcher regionaler Interessen solidarisch gegenüber denen sind, die auch dann, wenn sie ein gutes Wahlergebnis erzielen, aufgrund der Größenordnungen der Länder nicht im Europaparlament vertreten sein können.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns zum Ersten alle Kraft da hineinsetzen, dass wir ein gutes Ergebnis haben! Wir haben eine gute Europapolitik gemacht. Ich will ausdrücklich sagen, dass Martin Schulz und unsere Fraktion im

Europäischen Parlament mit der Arbeit, die sie dort abgeliefert haben, uns alle Ehre gemacht haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns auch miteinander klarmachen: Es wird – was viele in vergangenen Zeiten umgetrieben hat – seitens der Bundesebene Anspruch auf nur einen geben – einen oder eine. Aber ich glaube, niemand von uns hat Zweifel daran, dass das auf Martin Schulz zulaufen wird, dass er dann als ein Vorschlag aus Nordrhein-Westfalen, aber auch als Spitzenkandidat herausgestellt wird. Aber ansonsten wird es keine Verschiebungen auf der Bundesebene innerhalb der Liste mehr geben. Ich glaube, das solltet ihr auch registrieren und annehmen.

(Beifall)

Das Dritte ist: Ich bitte auch daran zu denken, dass nicht nur die Gefahr besteht, dass eine Reihe von Bundesländern keine Abgeordneten mehr haben würde, sondern dass auch die Gefahr besteht, dass wir mit unserem Ziel, Frauen und Männer nach den Quotenregelungen anständig auf den Listen vertreten zu haben, richtig Schwierigkeiten bekämen. Denn niemand von uns kann dann sicherstellen, dass dies so wäre und dass wir, obwohl die Landeslisten selbstverständlich jeweils durchquotiert wären, auf den ersten drei Plätzen nicht eine Situation hätten, dass eines der beiden Geschlechter – dreimal dürft ihr raten, wen es wahrscheinlich treffen würde – dann deutlich unterrepräsentiert wäre. Dies alles müssen wir miteinander bedenken.

Ich weiß, dass wir da vielen Landesverbänden etwas zumuten. Aber ich bitte euch trotzdem darum. Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil nach meiner Überzeugung, gerade wenn es um eine solche Zumutung der Solidarität wegen geht, der Vorsitzende klar Position beziehen muss. Ich bitte euch herzlich, dass wir wieder, wie wir es in der Vergangenheit hatten und was wir dann beschlussmäßig geändert haben, wieder zu Bundeslisten bei Europawahlen kommen. – Vielen herzlichen Dank.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Nächster Redner ist Jo Leinen. Danach folgt Axel Schäfer.

**Jo Leinen, Saarland:** Liebe Genossinnen und Genossen! Die nächste Europawahl findet im Juni 2009 und damit wahrscheinlich drei bis vier Monate vor der nächsten Bundestagswahl statt. Das gibt dieser Europawahl eine besondere Note. Es ist gar keine Frage, dass das den Charakter einer vorgezogenen Bundestagswahl bekommen kann. Es ist deshalb umso bedeutender, wie sich die SPD aufstellt.

Nach dem, was Martin Schulz und unser Parteivorsitzender Kurt Beck hier gesagt haben, brauche ich da gar nicht mehr viel hinzuzufügen: Wir brauchen einen Wahlkampf in allen Teilen der Bundesrepublik, nicht nur in einigen Teilen der Bundesrepublik.

Es ist ganz klar, dass eine Bundesliste die Verteilung zwischen Männern und Frauen im Europaparlament wirklich besser herstellen kann und dass sich auch die kleineren Länder in dieser Bürgerkammer Europas vertreten fühlen. Wir haben heute schon aufgrund des letzten Wahlergebnisses die Situation, dass aus Thüringen niemand im Europaparlament sitzt. Ich glaube, alle, die aus Thüringen kommen, können sagen, dass das ein echter Nachteil ist, weil wir im Europaparlament mittlerweile mit dem Ministerrat gleichberechtigt sind und Gesetze machen, die in den Alltag der Menschen hineinregieren, und weil gerade wir Sozialdemokraten dort jetzt den Kampf führen, die Daseinsvorsorge, das soziale Europa zu respektieren und nicht nur das Markteuropa und den Binnenmarkt allein als Kriterium für die Europapolitik zu haben.

Ich kann es kurz machen: Ich glaube, es spricht viel für den Vorschlag der Antragskommission. Bei dem Verfahren, dass da vorgeschlagen wird, dass der Bundesvorstand zusammen mit den Landesvorsitzenden und den Bezirksvorsitzenden die Liste der ersten 28 Plätze austariert, wird wirklich gewährleistet, dass sich alle sozusagen wiederfinden und diese Liste der hoffentlich 28, die wir wieder kriegen – wir sind nämlich nur 23 –, dann auch so ausgewogen ist, dass sich die großen und die kleinen, die neuen und alten Bundesländer dort wiederfinden, wo sich die Bürgerkammer Europas befindet, nämlich in diesem Europaparlament in Straßburg. – Vielen Dank für eure Unterstützung.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Axel Schäfer. Ihm folgt Garrelt Duin.

**Axel Schäfer, Nordrhein-Westfalen:** Genossinnen und Genossen, ich war vor über 20 Jahren der Initiator des Antrages für Landeslisten. Ich halte es für wichtig, dass noch einmal einige Sätze zu dieser Problematik gesagt werden, wenn wir heute abstimmen.

Wir haben damals auf einer stabilen Basis, dass die SPD immer, auch bei Europawahlen, über 35 Prozent gelegen hat, gesagt: Es kann nicht sein, dass wir in vielen Bundesländern antreten, wo auf dem Stimmzettel kein SPD-Kandidat dieses Bundeslandes zu finden ist, während auf der anderen Seite bei CDU respektive CSU das immer der Fall ist. Das war ein gutes Argument. Das gilt auch heute noch.

Wir waren aber bei der letzten Europawahl nicht mehr bei 35 Prozent, sondern bei 21 Prozent. Das war das niedrigste landesweite Ergebnis, das die SPD seit 1932 – seit 1932! – eingefahren hat.

(Zuruf: „21,5!“)

21,5, ja. Deshalb, glaube ich, verbietet es sich heute auch für die, die aus Prinzip und aus vielen guten Argumenten für Landeslisten sind, an dieser Stelle auf diesem Antrag



zu beharren. Wir sind eine solidarische Partei, und wir sind eine Volkspartei, das heißt, eine Partei, die in allen Regionen unseres Landes auch vertreten sein muss. Wir können keine Konstruktion finden, wo wir wissen, dass als Ergebnis dasteht, dass Bremen niemals einen Europaabgeordneten kriegt und Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und das Saarland ebenfalls nicht. Das geht nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb sage ich: Lasst uns jetzt – wie es auch von Martin Schulz, Jo Leinen und von Kurt Beck begründet worden ist – den Antrag so beschließen. Aber lasst uns nach der nächsten Europawahl, wenn wir 10 Prozent zugelegt haben, was wir ja wollen, eine Diskussion führen. Lasst uns das genau an der Stelle tun; denn es ist richtig, was der Kurt gesagt hat: Kommunalwahl und Europawahl. Lasst uns die Diskussion dann führen, wenn es uns gelungen ist, in mehr Bundesländern die Kommunalwahl und die Europawahl zusammenzufügen, damit man eine gleiche Voraussetzung hat, was die Wahlbeteiligung angeht. Deshalb bitte ich euch, der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Garrelt Duin. Ihm folgt Ute Vogt.

**Garrelt Duin, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, wenn zu einem solchen Thema so spät am Abend der Parteivorsitzende spricht, dann ist ganz klar, dass dieser Antrag kein Selbstgänger ist.

(Beifall)

Ich glaube, Martin Schulz und Kurt Beck haben Recht, wenn sie sagen: Erstes Ziel, ganz unabhängig von der Listenaufstellung, muss sein, dass wir auch in unserer Mitgliedschaft Europa zu einem wichtigeren Thema machen, damit ein Wahlkampf für eine Europawahl dann auch so geführt wird, wie das bei Kommunalwahlen, Landtagswahlen und Bundestagswahlen selbstverständlich ist. Ich habe es selber erfahren – ich habe für Europa kandidiert; ich bin fünf Jahre in dem Parlament gewesen –, dass das eben leider in unserer Partei bislang noch nicht der Fall ist. Das ist das Wichtigste, was wir ändern müssen, ganz unabhängig von der Listenfrage.

(Beifall)

Aber ich erinnere einmal daran, dass es in großer Regelmäßigkeit Bundesparteitagsbeschlüsse für Landeslisten gibt, liebe Genossinnen und Genossen,

(Beifall)

und wir sie trotzdem nie umsetzen, weil dann kurzfristig noch einmal hineinge-grätscht und gesagt wird: Nein, jetzt brauchen wir aber doch die Bundesliste. – Ich finde das von der Art her nicht wirklich erfreulich.

(Beifall)

Nun ist es aber auch realistisch. Wir in Niedersachsen sind zurzeit zwei Europaabgeordnete. Baden-Württemberg – Ute wird das gleich selber noch sagen – ist zurzeit mit einer Abgeordneten vertreten – in diesem Riesenland, acht CDU-Abgeordneten gegenüber. Es ist in ungleiches Verhältnis, was wir aufgrund der Struktur in der letzten Bundesliste so vorfinden.

(Beifall)

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, muss es, wenn wir uns auf einen solchen Kompromiss hier einigen, einer sein, der die Größe der Länder berücksichtigt, was ich akzeptiere. Ich will hier keine Fundamentalopposition machen und noch einmal für Landeslisten streiten, auch wenn ich sie für den vernünftigeren Weg halte.

(Beifall)

Wenn hier ein Kompromiss gesucht wird, dann müssen wir zu einer Risikoverteilung kommen, die dann entsprechend der Größe der Landesverbände und der Bevölkerungszahl ist. Es kann nicht wieder so sein, dass das Risiko eines schlechten Ergebnisses allein die großen Landesverbände tragen, weil andere schon entsprechend abgesichert sind.

(Beifall)

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich einen Änderungsantrag stellen. Hier steht: „unter den ersten 28 Plätzen“. Ich möchte das ändern in: „unter den ersten 30 Plätzen“. Das klingt marginal. Diejenigen, die sich damit befassen, wissen aber, dass das für einen Landesverband wie den niedersächsischen von entscheidender Bedeutung sein kann.

Wir würden diesem Antrag, weil wir für Landeslisten sind, schweren Herzens zustimmen, wenn er die Veränderung erfährt, dass statt dort statt „28“ die Zahl „30“ steht. Ich bitte euch für diesen Änderungsantrag um Unterstützung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ute Vogt.

**Ute Vogt, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann direkt an das anschließen, was Garrelt Duin schon vorgetragen hat. Wir tun uns als Baden-Württemberger und Baden-Württembergerinnen schwer. Wir sind ein großes Flächen-

land. Wir haben die zweithöchste Einwohnerzahl nach Nordrhein-Westfalen. Wir haben eine Europaabgeordnete, die gegen acht CDU-Abgeordnete zu kämpfen hat.

Nun gestehe ich zu, wir haben selbst in Baden-Württemberg auch noch an Wahlergebnissen etwas zuzuliefern. Aber selbst unter dem jetzigen Wahlergebnis wäre es so, dass wir mit einer Landesliste mit drei Abgeordneten vertreten gewesen wären.

(Beifall)

Deshalb gilt für uns schon: Wenn wir einem solchen Antrag hier zustimmen, dann muss dieser Parteitag auch in der Pflicht sein, dass ihr berücksichtigt, dass der Maßstab einer Bundesliste dann eben nicht, wie das letzte Mal, die vorhandenen Abgeordneten einer Europafraktion sind,

(Beifall)

sondern dass der Maßstab das ist, was wir auch vergleichbar mit Landeslisten in der Verteilung der Bundesländer bekommen hätten. Ich verstehe, dass man da auch solidarisch in jedem Land einen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin braucht. Aber es ist auch so, dass Baden-Württemberg als Flächenland in anderen Bereichen möglicherweise in vier bis sechs Bezirke aufgeteilt wäre. Dann könnt ihr euch ungefähr vorstellen, was das für eine Größenordnung ausmacht.

In diesem Sinne bitte ich euch – das wird für uns entscheidend sein –, dass wir hier deutlich den Willen des Parteitags spüren, dass wir nicht wie das letzte Mal so verfahren, dass gilt: Wer drin ist, wird auf jeden Fall schon mal fest geparkt. – Das ist im Übrigen auch, was das Thema Chancen für neue Leute angeht, ein sehr schwieriges Signal und bedeutet auch für euch in anderen Landesverbänden, dass die, die einmal ein Mandat haben, praktisch immer bleiben müssen. Das war letztes Mal die Prämisse, die uns zu so schwierigen Ergebnissen geführt hat. Das war nicht nur die Frage eines Seiteneinsteigers – das will ich hier deutlich sagen –, sondern das war auch, dass man gesagt hat: Erst müssen alle Amtierenden drinsitzen, und dann kommen die Neuen. – Wenn wir von diesem Grundsatz abweichen und uns an dem orientieren, was es an Landeslisten, an Verteilung gegeben hat, dann wäre da für uns eine Brücke über die wir gehen könnten. Die Erweiterung auf 30 wäre mit Sicherheit auch für uns ein sehr hilfreicher Schritt, um insgesamt dem Antrag – ich sage noch einmal – schweren Herzens folgen zu können. Aber es ist, glaube ich, wichtig, dass wir da in gemeinsamer Verantwortung sind und uns auch nicht gegenseitig ausbooten, wie wir jedenfalls bei dem letzten Europaparteitag das Gefühl hatten, ausgebootet worden zu sein.

In diesem Sinne bitte ich euch auch, dass ihr euch daran erinnert, was wir für Maßstäbe haben, wenn es dann soweit ist, diese Bundesliste aufzustellen.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Matthias Kollatz. Ihm folgt Christian Reinke.

**Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, die große Mehrheit der hessischen Delegierten hatte, als wir diese Abstimmung auf dem Parteitag hatten, sich auch für das Thema Landeslisten ausgesprochen.

Jetzt hat es die Diskussion gegeben, ausgelöst durch den Parteivorsitzenden und ein Treffen der Bezirks- und Landesvorsitzenden, zu versuchen, einen Kompromiss zu finden, der doch eine Bundesliste zulässt. Wenn wir uns von unserer Delegation aus dieser Bundesliste anschließen, dann allerdings nur, wenn es dann auch wirklich bei 28 bleibt.

Es macht keinen Sinn, dann einen weiteren, einen dritten und einen vierten Kompromiss zu machen.

(Beifall)

Entweder muss es bei der Entscheidung vom letzten Mal bleiben. Aber wenn der Kompromiss kommt, dann soll es bitte bei 28 bleiben.

Ich stimme meiner Vorrednerin, Ute Vogt, ausdrücklich zu. Es kann nicht sein, dass die Liste nach dem Anciennitätsprinzip zusammengestellt wird. Denn das ist von entscheidender Bedeutung: Zurzeit sind einige Bezirke und Landesverbände auf der Liste überrepräsentiert und andere unterrepräsentiert. Wenn die nächste Liste nach Anciennität zusammengestellt wird, führt das relativ automatisch dazu, dass sich genau das verewigt, was als ungleichgewichtig empfunden wird. Da bin ich ausdrücklich bei Ute. Aber wenn es einen Kompromiss geben soll, kann es nur dieser sein. Wir werden gegen den Änderungsantrag stimmen. – Danke.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Christian Reinke. Ihm folgt Martin Schulz für die Antragskommission.

**Christian Reinke, Mecklenburg-Vorpommern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben heute eine sehr intensive Debatte zum Thema Rechtsextremismus geführt. Eine der wichtigsten Antworten auf den Rechtsextremismus, die wir immer wieder geben müssen, ist: Wir müssen die Präsenz der Sozialdemokratie in der Fläche erhöhen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, macht es wenig Sinn, das in Sonntagsreden zu erzählen, aber im praktischen Handeln zu vergessen. Sozialist sein ist keine Frage von Sonntagsreden, sondern von praktischem Handeln.

Es macht wenig Sinn, einen Antrag zu beschließen, der mit relativer Sicherheit dazu führen würde, dass wir in Zukunft gerade in den Landesverbänden, die das stärkste

Problem mit dem Thema Rechtsextremismus haben, eventuell nicht mehr über die nötige Zahl von Büros in der Fläche verfügen, weil es von dort einfach keine Europa-abgeordnete mehr gibt.

Daher möchte ich Euch bitten, dem Änderungsantrag aus Niedersachsen nicht zu folgen und es bei dem gefundenen Kompromiss zu belassen, der uns motiviert, in den Europawahlkampf zu ziehen. Bitte stimmt gegen den Änderungsantrag aus Niedersachsen und für den ursprünglichen Kompromiss. – Danke schön.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Martin Schulz.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben diese Frage in der Antragskommission sehr intensiv diskutiert. Diejenigen, die diesen Antrag gestellt haben – Garrelt Duin, der ihn begründet hat –, wissen sehr genau, dass wir bei der Listenaufstellung der vergangenen Jahre die Regel hatten, wonach es ein Grundmandat für jeden Landesverband bis zum 24. Platz geben sollte. Wir sind jetzt hochgegangen bis auf Platz 28, haben also vier weitere Plätze Spielraum geschaffen, was logischerweise mehr Möglichkeiten für große Landesverbände beinhaltet.

Ihr solltet den Beschlussvorschlag der Antragskommission noch einmal lesen – das hat auch Kurt Beck gesagt –: Der Parteivorstand beschränkt sich auf einen Vorschlag. Alle anderen Fragen, die mit der Zusammensetzung der Liste auf der Grundlage von Vorschlägen aus den Landesverbänden zusammenhängen, erfolgen in Abstimmung mit den Bezirks- und Landesvorsitzenden. Das heißt, all diejenigen, die es trifft, sind bei der Erstellung der Liste beteiligt.

Das sind zwei wesentliche Neuerungen, die wir bis dato nicht hatten. Deshalb bitte ich, dem Vorschlag in der Form der Antragskommission – bis Platz 28 – zuzustimmen.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Dann lasse ich über dieses Detail zuerst abstimmen. Die Antragskommission schlägt vor, dass es bei den ersten 28 Plätzen bleiben soll. Wer für diese 28 Plätze ist, den bitte ich um das Kartenzeichen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Ersteres war die Mehrheit.

(Widerspruch und Unruhe)

– Ich schaue zu meinen Kollegen im Präsidium. – Die sagen auch, Ersteres war die Mehrheit.

(Widerspruch und Zurufe)

Ich lasse noch einmal abstimmen und bitte die Kolleginnen und Kollegen, ganz aufmerksam zu schauen. Wer für diese 28 Listenplätze ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Ersteres war eindeutig die Mehrheit.

(Beifall)

Dann lasse ich über den Gesamtantrag abstimmen. Wer ist für den Gesamtantrag im Sinne der Antragskommission? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Auch hier war Ersteres die Mehrheit. Damit ist die Europapolitik im Sinne der Antragskommission beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben noch ein Wahlergebnis zu verkünden – ich denke, das ist für euch interessant –, bevor ihr dann nach Hause dürft.

Bevor jedoch das Wahlergebnis verkündet wird, sage ich noch ein paar Dinge an: Wenn ihr eure Unterlagen auf eurem Stuhl liegen lasst, dann werdet ihr sie morgen wiederfinden. Lasst ihr sie auf dem Tisch oder gar auf dem Boden, dann sind sie weg. Bitte nehmt auch eure Kontrollmarken für die morgigen Wahlen mit nach Hause.

Die Antragskommission tagt gleich im Anschluss an die Verlesung der Wahlergebnisse.

Ich gebe der Vorsitzenden der Wahl- und Mandatsprüfungskommission das Wort.

## Wahl der Beisitzer und Beisitzerinnen im Parteivorstand, 2. Wahlgang

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Ich trage nun die Ergebnisse der Wahl der Beisitzer und Beisitzerinnen im Parteivorstand vom zweiten Wahlgang vor. Zu wählen waren elf Beisitzer und Beisitzerinnen. Abgegeben wurden 507 Stimmzettel, davon 7 ungültig, also 500 gültige Stimmzettel. Zur Wahl reicht die einfache Mehrheit aus.

Ich lese nun die gewählten Beisitzerinnen und Beisitzer vor.

Barbara Ludwig 444 Stimmen, Hilde Mattheis 380 Stimmen, Ralf Stegner 357 Stimmen, Wolfgang Tiefensee 353 Stimmen, Ursula Engelen-Kefer 351 Stimmen, Florian Pronold 274 Stimmen, Jens Bullerjahn 273 Stimmen, Ulrich Maly 267 Stimmen, Gernot Grumbach 235 Stimmen, Garrelt Duin 229 Stimmen und Manfred Schaub 161 Stimmen.

Und nun die nicht Gewählten: Jens Geier 152 Stimmen, Detlev Albers 120 Stimmen, Till Backhaus 82 Stimmen, Rudolf Herbers 11 Stimmen.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Alle Gewählten haben erklärt, dass sie die Wahl annehmen. – Ich bedanke mich ganz herzlich bei der Wahl- und Mandatsprüfungskommission. Ihr habt heute unglaublich viel arbeiten müssen. Vielen herzlichen Dank. Richtet das auch den Kolleginnen und Kollegen vom Tagungspräsidium aus.

Euch allen, liebe Genossinnen und Genossen, wünsche ich eine erholsame Nacht. Wir sehen uns morgen früh pünktlich um 9 Uhr wieder.

(Unterbrechung: 22.38 Uhr)





## Sonnabend, 27. Oktober 2007, Beginn: 09.20 Uhr

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Einen wunderschönen Samstagmorgen, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste dieses Parteitages! Ich begrüße Sie und euch ganz herzlich zur Fortsetzung des Parteitages der Sozialdemokratie in Deutschland. Ich hoffe, ihr habt alle gut geschlafen und ausgeschlafen. Wir haben einen anstrengenden Tag mit vielen Beratungen vor uns, aber ich glaube, wenn wir alle hochkonzentriert an diesen Beratungen teilnehmen, sind wir heute Abend so früh fertig, dass wir auf dem „Parteiabend“ auch noch zusammen feiern können.

Ehe wir einsteigen, möchte ich noch Wolfgang Thierse und Ute Erdsiek-Rave entschuldigen. Sie sind heute Morgen nicht da, weil sie die Sozialdemokratie auf dem Festakt der Hansestadt Lübeck zum 80. Geburtstag des Literaturnobelpreisträgers Günter Grass vertreten, an dem auch der Bundespräsident teilnimmt. Der Parteitag gratuliert Günter Grass ganz herzlich und wünscht ihm noch viel Schaffenskraft und beste Gesundheit. Günter Grass ist einer der herausragendsten deutschen Schriftsteller der Nachkriegszeit, Künstler, politischer Botschafter in vielen Wählerinitiativen der SPD.

(Beifall)

Er ist ein streitbarer Botschafter. Wir sagen Dank und: Weiter so!

(Beifall)

Damit sind wir schon mitten im Parteitag, liebe Genossinnen und Genossen. Wir fangen mit etwas ganz Spannendem an, nämlich mit der Wahl der Bundesschiedskommission. Weil Susanne alle Wahlen leitet, übergebe ich das Wort gleich an Susanne.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Danke, Andrea. Auch von meiner Seite einen schönen guten Morgen! Zur Einstimmung und zum Aufwachen gleich die Wahl der Vorsitzenden zur Bundesschiedskommission. Ihr wisst, es handelt sich um eine Einzelwahl. Ihr wisst auch, man muss „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ ankreuzen. Ich hoffe sehr, ihr habt alle eure Kontrollmarken dabei. Das ist ganz wichtig. Wir brauchen nämlich die Kontrollmarke 25. Ich bitte darum, die Wahlzettel gleich auszuteilen.

Vorgeschlagen ist Hannelore Kohl. Gibt es dazu weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir gleich mit dem Wahlgang beginnen. Nicht vergessen: Bitte die Kontrollmarke 25 aufkleben.

Haben alle Delegierten einen Stimmzettel? Wer keinen Stimmzettel hat, hebt bitte die Hände.

## ERÖFFNUNG

Dann können wir mit dem Einsammeln der Wahlzettel beginnen. Noch einmal für diejenigen, die etwas später gekommen sind: Auf dem Wahlzettel muss die Kontrollmarke 25 aufgeklebt und „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt sein.

Sind alle Wahlzettel eingesammelt? – Jetzt sind alle Wahlzettel eingesammelt. Dann schließe ich den Wahlgang und gebe zurück an Andrea.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wir fahren fort. Wir beginnen mit der Antragsberatung zum Paket „Familien, Frauen und Gleichstellung“, Genossinnen und Genossen. Das sind in eurem Antragspaket die Seiten 165 ff. Für die Antragskommission hat Bärbel Dieckmann das Wort.

## Beratung der Anträge zu Familie, Frauen und Gleichstellung

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich darf euch einen guten Morgen und uns gemeinsam gute Beratungen wünschen.

„Familienpolitik“, „Kinder“ und „Jugend“, das sind Themen, die uns auf den letzten Parteitag ganz intensiv beschäftigt haben. Wir haben deshalb in unserem Wahlprogramm für die Bundestagswahl unsere Forderungen aufgestellt. Deshalb ist es gut und folgerichtig, dass heute weniger Anträge zu diesem Thema vorliegen, als es in den vergangenen Jahren der Fall war.

Das ist das Ergebnis einer sozialdemokratischen Familienpolitik, die inzwischen Fuß gefasst hat und Erfolg hat.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich Renate Schmidt nennen, die als Familienministerin vieles auf den Weg gebracht hat, was für die Kinder und jungen Menschen in unserem Land wichtig ist.

(Beifall)

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir wissen das. Wir müssen sie in den Mittelpunkt unserer politischen Anstrengungen stellen. Deshalb ist die Tatsache, dass wir unser Wahlprogramm in dieser Großen Koalition haben umsetzen können, für uns von ganz besonderer Bedeutung.

Ich will nur einige Stichworte nennen: Das Elterngeld haben wir durchgesetzt. Junge Familien können inzwischen wählen, im ersten Lebensjahr ihres Kindes bei ihm zu bleiben. Damit ist ein ganz wichtiger Schritt hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie getan. Ganz besonders wichtig finde ich aber auch – das wird bei den heutigen Anträgen noch einmal ganz deutlich –, dass wir die Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder wesentlich verbessert haben. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz auch für Kinder unter drei Jahren ist nicht nur wichtig, um Beruf und Familie vereinbaren zu können, sondern er ist besonders deshalb wichtig, weil er ermöglicht, dass Kinder ganz früh mit anderen Kindern zusammenkommen, dass Kinder ganz früh ein qualifiziertes Betreuungs- und Bildungsangebot erhalten und dass Kinder aus Migrantenfamilien ganz früh die Chance erhalten, mit anderen Kindern die Sprache zu lernen. Hier haben wir Wesentliches auf den Weg gebracht.

Ich möchte an dieser Stelle nicht nur Renate Schmidt danken, wie ich es eben schon getan habe, sondern auch denjenigen, die es jetzt in dieser Regierung erreicht haben, dass wir diese Ziele auch verwirklichen können.

(Beifall)

Mein ganz besonderer Dank gilt dem Finanzminister Peer Steinbrück, weil es eben nicht selbstverständlich ist, dass ein Finanzminister bereit ist zu sagen: Ja, der Bund finanziert eine Aufgabe, die wir bisher nur als eine Aufgabe von Ländern und Kommunen angesehen haben, mit. – Wir haben gezeigt: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übernehmen Verantwortung im Bund, in den Ländern und in den Kommunen, um die Situation der Kinder in dieser Gesellschaft zu verbessern.

Wir – ich spreche jetzt einmal als Kommunale, von denen ja viele hier sind – haben in den vergangenen Jahren riesige Anstrengungen unternommen, um die Forderung nach Ganztagsplätzen zu erfüllen, um für alle Kinder Plätze in unseren Städten und Gemeinden zu schaffen. Jetzt – durch die Unterstützung des Bundes – werden wir in der Lage sein, den Rechtsanspruch umzusetzen. Damit haben wir einen wichtigen Schritt für die Zukunft von Familien und Kindern getan.

(Beifall)

Deshalb ist es folgerichtig, dass an einigen der Anträge heute „Durch Regierungshandeln erledigt“ steht. Und ich sage: Das ist auch gut so.

Wir werden trotzdem noch einen Weg vor uns haben, um die Qualität in unseren Kindertageseinrichtungen zu verbessern. Wir wollen – ich habe das eben schon gesagt –, dass das eben nicht nur Betreuungseinrichtungen, sondern auch Bildungseinrichtungen sind. Auch das wissen wir heute: Unser PISA-Ergebnis hängt auch damit zusammen, dass wir die Kinder nicht frühzeitig fordern und fördern. Dies alles ist jetzt in einem positiven Sinne auf den Weg gebracht.

Ich möchte noch das Stichwort „Kinderarmut“ nennen. Diese Debatte ist in den vergangenen Monaten und Jahren intensiv geführt worden. Die Anträge werden nachher im Paket „Soziales“ behandelt. Ich möchte aber auch hier diese Stichwort nennen, weil ich glaube, Kinderarmut – das wird auch in den Anträgen deutlich – bedeutet immer auch eine mangelnde Chance an Teilhabe für die Kinder in unserer Gesellschaft. Auch das hängt eng damit zusammen, dass Bildungschancen für Kinder nicht vorhanden sind bzw. zu spät greifen. Das werden wir gleich noch behandeln.

In diesem Antragspaket liegen auch Anträge zur Gleichstellung vor. Die Gleichstellung in der Bundesrepublik hat sich verbessert. Gestern ist Inge Wettig-Danielmeier nicht nur als Schatzmeisterin geehrt worden, sondern es ist auch noch einmal deutlich gemacht worden, welche wichtigen Schritte sie mit der AsF vorangebracht hat. Liebe Elke, auch dich möchte ich heute noch einmal nennen. Ich glaube, wir sind uns einig: Wir haben viel erreicht, aber wir haben eben auch noch einiges zu tun. Deshalb liegen heute Anträge vor, die sich vor allem mit Frauen in Unternehmen und in der Privatwirtschaft beschäftigen.

Ihr müsst euch nur die Zahl der Frauen in Unternehmensvorständen und Vorständen von DAX-Unternehmen anschauen. Sie ist nach wie vor gleich Null. Auch ich erlebe es immer wieder, dass man immer dann, wenn man auf Gruppierungen in der Wirtschaft trifft, die einzige Frau ist. Deshalb müssen wir hier noch weitere Schritte tun. Dazu gehören sicher gesetzgeberische Schritte. Genossinnen und Genossen, ich sage euch aber auch – auch das wird in einem Antrag deutlich –: Wir werden dort nur weiterkommen, wenn wir alles dafür tun, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern.

Insofern unterscheidet sich dieser Parteitag von vergangenen Parteitagen. Wir haben viele unserer Ziele erreicht. Das war richtig und wichtig so. Sozialdemokratische Politik ist wirklich in Gesetze und tatsächliche Vorteile für junge Familien, für Frauen und Männer und für Kinder umgesetzt worden. Wir werden aber noch weiter dafür sorgen müssen – das wird durch diese Anträge deutlich –, dass jetzt weitere konkrete Maßnahmen in Bund, Ländern und Kommunen durchgeführt werden.

Deshalb sage ich noch einmal einen Satz, den ich gestern schon einmal gesagt habe und den ich ganz wichtig finde: Wir brauchen Regierungsverantwortung von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen auf allen Ebenen, in Bund, Ländern und Kommunen, um diese unsere Politik umsetzen zu können. – Vielen herzlichen Dank.

Wir kommen jetzt zur Beratung der einzelnen Anträge.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Bärbel. – Dann können wir in die Beratung der Anträge eintreten.

Ich rufe den Antrag F 1 „Förderung der Kinder und Familien stärken“ auf.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Das hat sich durch Regierungshandeln erledigt, und ich finde, das ist auch gut so.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer der Empfehlung der Antragsprüfungskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Dann ist er so angenommen.

Ich rufe Antrag F 2 „Für eine moderne und sozial gerechte Familienpolitik“ auf.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Ebenfalls erledigt durch Regierungshandeln und Parteibeschlüsse.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Dann ist er auch so beschlossen.

Ich rufe Antrag F 3 „Kein Betreuungsgeld“ auf.

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Uli Nissen. Ihr folgt Doris Barnett.

**Ulrike Nissen, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich sehr, dass der Antrag von uns aus Hessen Süd zur Annahme empfohlen ist.

Bei diesem Thema können wir die Linken schön ärgern. Ich habe Oskar Lafontaine, als er bei uns in Frankfurt auf dem Gründungsparteitag der Linken gewesen ist, den Herdprämienorden überreicht, weil Oskar Lafontaine und seine Gattin hier ja eine ganz klare Position bezogen haben. Ich glaube, das verärgerte Gesicht von Oskar, als ich ihm den Preis überreicht habe, werde ich mein Leben lang nicht vergessen. Schön war auch: Hinterher kamen diverse Linke auf mich zu, die zu mir gesagt haben: Uli, wir finden es ja nicht oft gut, wenn die SPD etwas macht, aber das war klasse.

Also, liebe Genossinnen und Genossen: Ärgert die Linken mit diesem Thema. Wir müssen immer wieder deutlich machen: Wir sind die richtige Alternative, ihr tut nur so. – Danke schön.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Danke, Uli. – Die nächste Rednerin ist Doris Barnett.

**Doris Barnett, Rheinland-Pfalz:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich unterstütze den Antrag absolut. Allerdings bin ich bei der Begründung, was mit dem Geld zu erfolgen hat, nicht ganz eurer Meinung. Statt es den Hartz-IV-Empfängern zu geben – da mal 20 Euro mehr, hier mal 50 Euro mehr –, wäre es doch viel sinnvoller, sich zu überlegen, ob wir stattdessen – das wollen wir ja alle – nicht allmählich in Richtung Lehrmittelfreiheit in Deutschland gehen sollten.

(Beifall)

Dann könnten wir auch endlich das verwirklichen, was wir doch wollen, dass nämlich alle Kinder die gleichen Chancen von Anfang an haben. Natürlich bekommen Hartz-IV-Kinder Gutscheine. Hat aber eine Familie mehr als ein Kind, dann langen die Gutscheine nicht.

Dann fordern wir von den Familien natürlich Flexibilität. Aber wenn sie umziehen müssen? Selbst in meiner Heimatstadt Ludwigshafen am Rhein kann es passieren, dass bei einem Umzug in einen anderen Stadtteil die Bücher nicht mehr stimmen und die Kinder andere Bücher brauchen. Das darf doch nicht sein.

Wir müssen solchen Familien echte Chancen geben, da wir doch sagen, dass wir auf kein Talent verzichten können. Deswegen würde ich bitten, dass wir den Auftrag an die Bundestagsfraktion, der ich angehöre, geben, zu überlegen, wie wir mit den Ländern verhandeln können, um das Geld lieber in die Lehrmittel zu stecken und um echte Chancen für unsere Kinder zu erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Danke, Doris. Das war keine Änderung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Dann ist der Antrag so angenommen.

F 4 „Konkrete gesetzliche Regelungen zur Beteiligung von Bund und Ländern an Kosten für den Ausbau von Kinderbetreuung“. – Bärbel.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Ist erledigt durch Regierungshandeln.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Das ist damit angenommen.

F 5 „Weiterentwicklung des Angebotes von Kindertagesstätten durch Einrichtung von Kinder-Eltern-Zentren“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Es wird Annahme empfohlen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Dann haben wir das so angenommen.

F 6 „Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umsetzen“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Ist erledigt durch Regierungs- und kommunales Handeln.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. So beschlossen.

(Zurufe)

Gab es Gegenstimmen? – Bei drei Gegenstimmen ist der Antrag so beschlossen.

F 7 „Ausbau Kinderzuschlag“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Annahme empfohlen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer dem folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Dann ist es so beschlossen.

F 8 „Steuerliche Förderung von Familien“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Zur Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer dem folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Eine. Dann ist es so beschlossen.

F 9 „Kinderbetreuung für unter 3-Jährige“. – Bärbel.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Es wird empfohlen, an die Landtagsfraktionen und an die SGK zu überweisen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Dann ist auch dieser Antrag beschlossen.

F 10 „Keine weiteren Kosten für die Kommunen“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Ist erledigt durch den Kompromiss der Bundesregierung.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Dann haben wir F 10 so beschlossen.

F 11 „Rechtsanspruch für Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Das ist ebenfalls erledigt durch den Kompromiss der Regierung. Ich weise darauf hin: ab dem ersten Geburtstag. Das ist in der Kombination mit dem Elterngeld so gemacht worden.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Dann haben wir auch F 11 so beschlossen.

F 12 „Finanzierung der Betreuung von Kleinkindern“. – Bärbel.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Es wird Ablehnung empfohlen. Denn der Antrag beinhaltet die Ablehnung der Finanzierungsvorschläge.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Dann ist F 12 so beschlossen.

F 13 „Kindergeld- und Elterngeldregelungen ändern“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Es wird Ablehnung empfohlen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Ganz wenige Gegenstimmen. Dann ist auch dieser Antrag so beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat.

F 14 „Kindergeldbezug bis zum 27. Lebensjahr“. Hier gibt es eine Wortmeldung von der Uli Nissen aus Hessen Süd.

**Ulrike Nissen, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch jetzt wecken. Passt bitte auf, um was es jetzt hier geht. Hier geht es um das Kindergeld.



Wir reden immer davon, Bildungschancen für alle Kinder zu ermöglichen. Um das zu finanzieren, gehört auch das Kindergeld dazu. Es ist ein großer Einschnitt, das Kindergeld-Endalter von 27 auf 25 Jahre zu reduzieren. Ich bitte euch, hier dem Votum der Antragskommission zu widersprechen und die Bundestagfraktion der SPD aufzufordern, wieder eine Änderung des Endalters auf 27 Jahre festzulegen.

Wir reden über Chancen für alle. Aber was passiert? Wir haben die Chancen reduziert. Insbesondere kommt hinzu, dass es in manchen Bundesländern, leider auch bei uns in Hessen – wenn Andrea Ministerpräsidentin ist, wird das wieder geändert –, Studiengebühren gibt. Dann noch zusätzlich das Kindergeld zwei Jahre kürzer zu zahlen, macht die Situation noch dramatischer. Ich bitte euch ganz intensiv: Lehnt das Votum der Antragskommission ab! – Danke schön.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Danke, Uli. Die Antragskommission empfiehlt für F 14 die Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer folgt dem Votum nicht? – Das Zweite war die Mehrheit.

(Beifall)

Dann ist die Empfehlung der Antragskommission abgelehnt. Dann müssen wir über den Antrag F 14 noch einmal abstimmen. Wer dem Antrag F 14 „Kindergeldbezug bis zum 27. Lebensjahr“ zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das Erste war die Mehrheit.

(Beifall)

F 15 „Lohndiskriminierung“. – Bärbel.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Die Antragskommission schlägt vor, an die Bundestags- und Landtagsfraktionen zu überweisen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Dann ist dieser Antrag so angenommen.

F 16 „Unterstützung der Initiative und Kampagne ‚Rote Karte für Zwangsprostituierte‘“. – Bärbel.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Hat sich durch Zeitablauf erledigt.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer dem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist auch dieser Antrag erledigt und angenommen.

Wir kommen zu F 17 „Genitalverstümmelung“. – Bärbel.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Es wird Annahme empfohlen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu F 18 „Gleichstellung“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Es wird Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion empfohlen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Keine. Dann ist dieser Antrag so angenommen.

Der letzte ist F 19 „Chancengleichheit in der Privatwirtschaft“.

**Bärbel Dieckmann, Antragskommission:** Der wird zur Annahme empfohlen in der geänderten Fassung der Antragskommission, die euch vorliegt.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer dem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Es gibt keine Gegenstimmen. Dann ist auch F 19 so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Beratungen zur Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik. Vielen Dank.

Es gibt ein Wahlergebnis.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Guten Morgen! Wir haben ein Wahlergebnis. Ich bitte die Vorsitzende der Wahl- und Mandatsprüfungskommission um dieses Wahlergebnis.

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen.

Anwesend sind nun 475 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder.

Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 221 Frauen. Das sind 43 %. Die Quote ist damit erfüllt.

Der Parteitag ist beschlussfähig.

Ich wünsche dem Parteitag weiterhin einen guten Erfolg.

## Wahl der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Nun das Ergebnis der Wahl der Vorsitzenden der Schiedskommission, Hannelore Kohl: Von 372 abgegebenen Stimmen sind 4 ungültig und 368 gültig bei null Enthaltungen. Es gab 366 Ja-Stimmen und 2 Neinstimmen.

(Beifall)

Das bedeutet eine Zustimmung von 99,5 % der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Hannelore, ich frage Dich: Nimmst du die Wahl an?

**Hannelore Kohl, Bundesschiedskommission:** Selbstverständlich. Einen solchen Vertrauensbeweis kann man ja gar nicht ablehnen. Ich möchte das mit der Anmerkung verbinden, dass unser Appell von vor zwei Jahren, dass die Bundesschiedskommission eines der Gremien ist, wo man sich am meisten freut, wenn am wenigsten zu tun ist, Erfolg gezeitigt hat. Wir hatten in der Tat in den letzten Jahren deutlich weniger Verfahren. Ich hoffe, dass das so bleibt, vor allem was Parteiordnungsverfahren angeht. Danke schön.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hannelore. Wir wünschen dir weiterhin eine gute Hand für deine Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen ja noch die stellvertretenden Vorsitzenden und die Beisitzer wählen. Wir schlagen euch vor, die beiden Wahlgänge gemeinsam durchzuführen. Das würde die Antragsberatung ein bisschen erleichtern, weil wir nicht so oft unterbrechen müssen. Seid ihr damit einverstanden? – Ja. Dann werden wir die zwei Wahlgänge jetzt in einem aufrufen.

Zuerst die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Vorgeschlagen sind Werner Ballhausen und Roland Rixecker. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Ich weise noch darauf hin, dass auf den Wahlzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden die Kontrollmarke 26 geklebt werden muss.

Als Beisitzer – wir können die Wahlzettel jetzt bereits austeilen – sind vorgeschlagen: Ilse Brusis, Kristin Keßler, Thomas Notzke, Johannes Risse.

Gibt es dazu weitere Vorschläge? – Das ist auch nicht der Fall. Dann klebt ihr bitte auf den Wahlzettel für die Beisitzer die Kontrollmarke 27. Also für die Wahl der

Stellvertreter die Kontrollmarke 26 und für die Wahl der Beisitzer die Kontrollmarke 27.

Ich weise noch darauf hin, dass bei der Wahl der Beisitzer höchstens vier Namen angekreuzt werden dürfen und mindestens zwei Namen angekreuzt sein müssen – höchstens vier, mindestens zwei – und bei den stellvertretenden Vorsitzenden höchstens zwei, mindestens einer.

Noch einmal der Hinweis: Bei den stellvertretenden Vorsitzenden bitte die Nummer 26 aufkleben, höchstens zwei, aber mindestens einen wählen, und bei den Beisitzern die Kontrollnummer 27 aufkleben und höchstens vier Namen, aber mindestens zwei Namen ankreuzen.

Ich weise noch einmal darauf hin: bei den stellvertretenden Vorsitzenden höchstens zwei Namen ankreuzen, mindestens einen, und die Kontrollmarke 26 aufkleben und bei den Beisitzern höchstens vier Namen, aber mindestens zwei Namen ankreuzen und die Kontrollmarke 27 aufkleben.

Haben alle Delegierten die beiden Stimmzettel? – Bitte noch einmal die Hand hochhalten: Wer hat noch keinen Stimmzettel? – Dort vorne rechts fehlen noch welche.

Ich frage noch einmal: Hat jetzt jeder die beiden Stimmzettel erhalten? – Das ist der Fall. Ich glaube, dann können wir mit dem Einsammeln der Stimmzettel beginnen. Noch einmal: Bei den stellvertretenden Vorsitzenden bitte die Kontrollmarke 26 aufkleben und höchstens zwei, mindestens einen Namen ankreuzen, bei den Beisitzern die Kontrollmarke 27 aufkleben und höchstens vier, aber mindestens zwei Namen ankreuzen.

Wir können jetzt mit dem Einsammeln der Wahlzettel beginnen.

In diesem Zusammenhang sage ich mein herzliches Dankeschön an unsere junge Truppe, die hier mit einer unglaublichen Geschwindigkeit durch die Reihen eilt. Ihr macht das so freundlich und so ausgeglichen! Vielen Dank!

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Vielleicht seid ihr mal so freundlich und haltet noch einmal hoch, wo noch Stimmzettel eingesammelt werden müssen.

Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? – Nein, dahinten noch nicht ganz. – Aber jetzt sind, wenn ich das richtig sehe, alle Stimmzettel eingesammelt. Dann schließe ich den Wahlgang und gebe wieder zurück an die Andrea.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Genossinnen und Genossen, wir treten jetzt in die Antragsberatung ein, nachdem wir einen kurzen Film gesehen haben.



© Marco Urban – www.marco-urban.de

(Film)

Nach dieser stimmungsvollen Einstimmung berät es sich doch gleich viel besser.

Wir beraten den Leitantrag „Ökologische Industriepolitik“. Ich darf Christoph Matschie bitten, diesen Leitantrag einzubringen.

## Beratung des Leitetrags „Unser Weg in die ökologische Ökonomie – Für einen ‘New Deal’ von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung“

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt es eben im Bild gesehen: Jetzt stürmen wir die Gipfel der Umweltpolitik. Die Älteren unter euch werden sich sicher noch an die Vision vom blauen Himmel über der Ruhr erinnern. Das ist schon ein paar Jahre her. Ich erwähne es deshalb, weil es einen Punkt markiert, von dem ich meine, dass da eine intensive Debatte innerhalb der SPD in Gang kam, wie erfolgreiche Wirtschaft, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und Schutz von Umwelt und Gesundheit zusammengedacht werden können und auch erfolgreich zusammengebracht werden können. Das ist auch die Kernüberlegung, die in dem Antrag „Unser Weg in die ökologische Ökonomie“ steckt. Das ist auch die Überlegung in den mehr als 60 Anträgen, die zum Thema Umwelt, Energie und Verkehr heute vorliegen.

Ich will es zu Beginn ausdrücklich sagen: Ja, wir wollen, dass Menschen Beschäftigung finden. Wir wollen, dass Wohlstand für viele Menschen möglich ist. Das geht nur über wirtschaftlichen Erfolg. Aber oft ging und oft geht dieser wirtschaftliche Erfolg noch zu Lasten von Umwelt und zu Lasten von Gesundheit.

Werfen wir den Blick noch einmal zurück. Wir erinnern uns an die dicke Luft im Ruhrgebiet oder in Bitterfeld, an den vergifteten Rhein und die verseuchte Elbe, an wachsende Müllberge – Themen, die uns in den letzten Jahrzehnten intensiv in der Umweltpolitik beschäftigt haben und Themen, bei denen sich viel getan hat in unserem Land, aber die nach wie vor enorme Herausforderungen sind, wenn wir beispielsweise den Blick nach China, Indien oder in andere aufholende Boomregionen werfen.

Aber längst geht es nicht mehr um solche regionalen Verschmutzungs- und Gesundheitsprobleme. Der Klimawandel bedeutet eine gigantische globale Veränderung. Die Wucht, mit der wir hier in das Gleichgewicht der Erde eingreifen, ist enorm. Es ist klar: Ein solches Problem lässt sich nicht mit Mülltrennung, ein bisschen weniger Gasgeben beim Autofahren oder Energiesparlampen allein lösen. Unsere Antwort muss sich in der gleichen Dimension bewegen, wie die Herausforderung, mit der wir es zu tun haben. Die industrielle und die technologische Entwicklung haben nicht nur einen gewaltigen Anteil an den heutigen Problemen. Sie müssen Teil der Lösung werden, oder anders gesagt: Die Probleme der Industriegesellschaft lassen sich nur mit den Mitteln und Möglichkeiten der Industriegesellschaft letztendlich lösen.

Deshalb sprechen wir in unserem Leitetrags von einer ökologischen Ökonomie. Das heißt: radikaler Umbau unserer Energieversorgung, radikale Reduzierung des Res-

sourcesverbrauchs und Stoffkreisläufe schließen. Vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der industriellen Entwicklung kommen Technologien in greifbare Nähe, die wir brauchen, um auch die gewaltige Zerstörungskraft, die die Industriegesellschaft besitzt, zu stoppen. Ich sage: Es ist höchste Zeit. Jetzt gilt es, mit aller Macht und mit aller Kraft die Möglichkeiten, die sich technologisch, wissenschaftlich und organisatorisch bieten, zu nutzen, um die industrielle Gesellschaft auf einen neuen Entwicklungspfad zu bringen.

Genossinnen und Genossen, es gibt in der Sozialdemokratie einen alten Traum, einen Traum von einem guten Leben, das heißt: menschenwürdige Arbeit und Entlohnung, Freiheit und Selbstbestimmung, aber auch gesunde Umwelt und gute Perspektiven für unsere Kinder. Ich finde, es gilt, diesen Traum festzuhalten. Ich bin überzeugt, in den nächsten zwei, drei Jahrzehnten entscheidet sich, ob die Weltgemeinschaft in der Lage ist, die gravierendsten Probleme von Hunger, Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung zu lösen, oder ob uns diese Probleme von einer Krise in die nächste treiben.

Deutschland kann und Deutschland muss bei dieser Lösung eine wichtige Rolle spielen, und eine selbstbewusste Sozialdemokratie kann und muss diese Entwicklung in unserem Land vorantreiben.

Dieses Land hat einen technologischen und wirtschaftlichen Vorsprung bei der Nutzung von Sonne und Wind. Wir sind Meister, wenn es um Effizienz geht, und wir können technische, industrielle und organisatorische Lösungen bieten, die diese Welt morgen braucht, um nicht aus dem ökologischen Gleichgewicht zu geraten. Nicht Umwelt gegen Wirtschaft, Wirtschaft gegen Umwelt, sondern Wirtschaftsentwicklung für eine gesunde Umweltentwicklung – das ist es, worum es heute geht!

Jobs schaffen durch umweltgerechte Lösungen, für die Energieversorgung, für mehr Effizienz beim Einsatz von Rohstoffen, für technische Lösungen, für geschlossene Stoffkreisläufe: das ist eine Vision – Jobs für Umwelt –, für die es sich zu kämpfen lohnt, und das ist ein Fortschritt, der diesen Namen verdient.

Ein guter Teil der uns vorliegenden Anträge beschäftigt sich mit dem Klimawandel und der Energieversorgung. Das hat gute Gründe, ich habe sie eben beschrieben. Dabei will ich eine Grundüberzeugung, die in unserem Antrag formuliert ist, noch einmal hervorheben. Die Atomenergie ist nicht Teil der Lösung des Energieproblems, sie ist Teil des Problems selbst. Deshalb muss es beim Ausstieg aus der Atomenergie bleiben.

(Beifall)

Genauso klar gilt: Für den atomaren Müll, der existiert und der noch in den nächsten Jahren anfällt, muss ein Endlager gefunden werden, das höchsten Sicherheitsstan-

dards genügt. Dafür brauchen wir ein nachvollziehbares Auswahlverfahren. Erst dann kann eine sinnvolle Entscheidung getroffen werden.

Genossinnen und Genossen, wir müssen alle Kraft konzentrieren auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, eine drastische Steigerung der Effizienz. Hier liegt der Kern der Lösung, nirgendwo sonst: massiver Ausbau der erneuerbaren Energien, drastische Steigerung der Effizienz.

Für eine Übergangszeit – das will ich an dieser Stelle auch klar sagen, weil wir das in der Gruppe, die den Antrag vorbereitet hat, intensiv diskutiert haben – werden wir auf Kohle, Gas und Öl nicht verzichten können. Dabei ist aber klar: Kraftwerke auf fossiler Basis müssen allerhöchsten Effizienzkriterien genügen. Ganz oben stehen für uns Kraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung. Sie sind das Maß der Dinge in diesem Bereich. Diese Entwicklung müssen wir vor allem vorantreiben.

(Beifall)

Wir haben einen zweiten Entwicklungspfad beschrieben: eine Technologie, die uns die Industrie verspricht, bei der Kohlendioxid abgeschieden und gelagert werden kann. Ich weiß, dass es viele Fragezeichen dahinter gibt, ob diese Technologie wirklich einmal funktionsfähig sein kann. Wir haben aber in der Arbeitsgruppe ganz bewusst gesagt: Wir wollen diesen Technologiepfad zunächst einmal offen halten, wir sehen die Industrie in der Pflicht, Lösungen, die sie verspricht, auch tatsächlich zu liefern. Wir setzen auch eine klare Zeitgrenze, wann diese Lösung existieren muss: 2015 muss ein erstes solches Kraftwerk existieren, oder das ist kein vernünftig gehbarer Weg.

Genossinnen und Genossen, ein weiterer großer Teil der Anträge beschäftigt sich mit umweltverträglicher Verkehrspolitik. Auch das ist kein Zufall, denn 20 Prozent der Treibhausgase kommen aus diesem Bereich, aber eben auch andere Umweltbelastungen: Lärm, Feinstaub, Flächenverbrauch, um nur einige Stichworte kurz anzureißen. Hier geht die Debatte um die Antwort über eine sehr große Breite. Sie reicht von technischen Lösungen über Grenzwerte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß für Fahrzeuge bis zur Debatte um die Zukunft der Bahn. Verkehrspolitik, die zukunftsfähig sein will, muss technische Lösungen, aber auch die richtigen organisatorischen Lösungen anbieten und die Rahmenbedingungen insgesamt richtig stellen. Es geht nicht nur über technische Lösungen, auch wenn diese ein wesentlicher Bestandteil sind. Wir müssen auch die richtigen Grundentscheidungen für den Ausbau der Infrastruktur treffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden diese Anträge im Anschluss aufrufen. Sigmar Gabriel wird jetzt noch einiges zum Inhalt des Leitantesagen. Lasst mich zum Schluss noch deutlich machen: Der rote Faden in all den Anträgen, die hier vorliegen, heißt „Nachhaltigkeit“. Nachhaltigkeit bedeutet, einen Entwicklungsweg ein-



zuschlagen, der auf Dauer für die Umwelt tragfähig ist, der aber gleichzeitig auch wirtschaftlich erfolgreich und sozial ausgewogen ist. Nachhaltigkeit, das ist das Grundprinzip unserer umwelt- und industriepolitischen Debatte – eine Vision, die auch in unserem Grundsatzprogramm einen wichtigen Raum einnimmt, und ein Fortschritt, für den es sich gemeinsam zu kämpfen lohnt.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Christoph Matschie. Ich gebe jetzt das Wort dem Umweltminister Sigmar Gabriel für den Leitantrag.

**Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt:** Liebe Genossinnen und Genossen, Christoph hat recht: Die Auseinandersetzung mit den Fragen der natürlichen Lebensgrundlagen, der Umwelt, der Gesundheit der Menschen ist für die SPD nicht neu. Wir haben das früher schon ganz intensiv diskutiert. Ich würde euch gern zu Beginn ein Zitat aus dem Jahre 1972 vorlesen. Ihr könnt ja mal überlegen, von wem dieses Zitat sein könnte. Weil Erhard Eppler hier vor mir sitzt, will ich sagen: ausnahmsweise nicht von Erhard Eppler!

Zur Umweltpolitik 1972:

„Wir stehen inmitten stürmischer industrieller Revolution und steigendem zivilisatorischen Wohlstand in freilich nur begrenzten Bezirken unserer Welt. Was wird das für ein Leben sein, wenn wir so weitermachen, wie bisher? Haben wir insbesondere nicht viel zu lange manche Kosten unseres Wohlstandes in den Industrieländern auf die Umwelt abgewälzt, in der wir nun zu ersticken drohen? Wir müssen uns die Frage stellen, ob die Erde nicht in einen katastrophalen Zustand geraten wird, wenn die Bevölkerungsexplosion anhält und wenn die Menschheit die nicht vermehrbaren Naturschätze weiterhin in steigender Beschleunigung so in Anspruch nimmt, wie sie es zu tun im Begriff ist. Das Tempo, das die unsere Luft, das Wasser, die Erde verseuchenden Einflüsse sowie der Abbau lebenswichtiger Rohstoffe angenommen haben, ist erschreckend. Der Zukunft unserer Kinder wegen müssen wir die Produktionsverhältnisse ganzer Industrievölker infrage stellen.“

Liebe Genossinnen und Genossen, das Zitat stammt vom ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten, Gustav Heinemann. Er hat 1972 auf einem Kongress der IG Metall in Oberhausen über die Qualität des Lebens gesprochen. Zu einem Zeitpunkt, wo in Deutschland eigentlich nur über Quantitäten des Lebens, über wirtschaftliches Wachstum und Lohnsteigerungen – immer mehr! – diskutiert wurde, hatte Otto Brenner, der Vorsitzende der IG Metall und Sozialdemokrat, unter dem Motto „Qualität des Lebens“ mitten ins Zentrum der ersten industriellen Revolution, ins Ruhrgebiet, eingeladen, weil schon damals erkennbar war, dass ein ungebremsster Kapitalismus zugleich Menschen und die Natur ausbeuten und zerstören würde.

Liebe Genossinnen und Genossen, Heinemann, Brenner und andere haben 1972 über unsere Kinder und Enkelkinder und deren Lebensverhältnisse und über Generationengerechtigkeit gesprochen, als das Wort noch keinen Eingang in den politischen Sprachgebrauch in Deutschland gefunden hatte. Es gibt eben nichts Ungekehrteres, als in einer Art und Weise zu leben und zu produzieren, die den eigenen Kindern die Erde in einem immer gefährlicheren und zerstörten Zustand überlässt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen zugeben, dass das, was die Altvorreden in den 70er Jahren diskutiert haben, manchmal über die Jahre hinweg auch in unserer Partei und in der Regierungsarbeit nicht immer so im Mittelpunkt gestanden hat, wie es im Mittelpunkt hätte stehen können.

Gestern veröffentlichten die Vereinten Nationen ihren Bericht über den weltweiten Zustand von Umwelt und Natur. Angesichts dieses Berichtes kann man wahrlich nicht sagen, dass diese Worte von Heinemann und anderen weltweit oder auch in unserem eigenen Land so zu Gehör gekommen wären, dass man beruhigter in die Zukunft schauen könnte. Die Ergebnisse des Umweltberichts der Vereinten Nationen sind katastrophal: In weniger als 20 Jahren wird das Frischwasser in weiten Teilen der Erde knapp sein. Mehr als 1,8 Milliarden Menschen werden dann kein Trinkwasser haben. Bereits heute sterben 3 Millionen Menschen an den Folgen von verschmutztem Wasser, die meisten von ihnen sind jünger als fünf Jahre. 60 Prozent der Ökosysteme der Welt sind bereits geschädigt und 30 Prozent der Fischbestände sind kollabiert.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden zur Mitte des Jahrhunderts keinerlei kommerzielle Fischbestände für den Fischfang mehr zur Verfügung stehen. Stellt euch vor, was das für die Welternährung bei einer wachsenden Weltbevölkerung zur Folge haben wird.

Die Liste ist beliebig verlängerbar, vom Sterben der Wälder in Lateinamerika, über die Luftverpestung in Asien, aber auch in Europa und in unserem Land. Auch wir in Europa und auch in Deutschland gehören immer noch zu den Hauptklimasündern. Auch bei uns sind zwei Drittel der Biotope von der Zerstörung bedroht, und auch bei uns ist ein Drittel der in Deutschland existierenden Tierarten in Gefahr auszusterben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden den Afrikanern wohl kaum erklären können, dass sie ihre Elefanten nicht abschießen dürfen, wenn bei uns der erste Bär, der um die Ecke kommt, sofort erschossen wird.

(Beifall)

Im Ernst: Ich glaube, wir stehen vor zwei weltweit wirklich großen Herausforderungen.

Die erste Herausforderung ist die Frage: Wie versorgen wir eigentlich eine wachsende Weltbevölkerung mit ausreichend Energie und Rohstoffen? Wir sind heute 6,5 Milliarden Menschen auf der Erde. Vor etwa 50 Jahren, also vor einer Generation, waren wir nur 2,5 Milliarden Menschen. Wir haben Hunderte von Millionen Jahren auf unserem Planeten gebraucht, um 2,5 Milliarden Menschen zu werden, und dann haben wir eine Generation, nur 50 Jahre, gebraucht, um daraus 6,5 Milliarden zu machen. Wir wissen heute, dass wir nur weitere 50 Jahre brauchen, dann werden es mehr als 9 Milliarden Menschen sein. Von diesen 9 Milliarden werden dann mehr als 4 Milliarden in Industriegesellschaften leben. Heute sind es ganze 1,4 Milliarden. Es ist nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung, der heute in Industriegesellschaften lebt. Dann wird es zur Mitte des Jahrhunderts fast die Hälfte der Menschheit sein, die in Industriegesellschaften leben wird.

Was heißt Industriegesellschaft? Industriegesellschaft heißt: industrielle Massengüterproduktion, viele Produkte herstellen, viele Kühlschränke, viele Autos, viele Computer. Warum? Weil die Vielfältigkeit eines Produkts dazu führt, dass das Produkt selber billiger wird und dass es auch für den Teil der Bevölkerung erschwinglich wird, der nicht so reich ist. Das ist die Vorstellung all dieser Menschen in China, in Indien, in Afrika, in Brasilien und in Mexiko. Niemand von uns wird sie von diesem Entwicklungspfad abhalten können. Sie wollen besser leben. Sie haben unser Leben vor Augen und wir werden ihnen nicht mit einer wachstumskritischen Diskussion gegenüber treten können, jedenfalls nicht alleine. Schon bei uns ist es ja so, dass sozusagen der Hinweis darauf, nicht so viel zu konsumieren und nicht so stark zu wachsen, eigentlich auch nur ab der Besoldungsgruppe A 16 im öffentlichen Dienst sexy ist. Darunter hat die Mehrzahl unserer Bevölkerung auch den Eindruck, dass das Stück vom Kuchen, das sie hat, wohl eher zu klein als zu groß ist.

Genau so denken Milliarden Menschen auf der Erde, sodass eine Strategie, die nur darauf setzt, zu sagen: „Achtung, da ist eine Gefahr für das Überleben der Menschheit, ihr müsst euch im Wachstum und im Konsum zurückhalten“, am Ende mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt ist. Deswegen wird es um die Frage gehen: Wie kann man eigentlich wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit, Entwicklung eines Landes und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Einklang mit der Bewahrung der Natur, mit dem Schutz der Umwelt und dem Schutz des Klimas bringen? Das ist die zentrale Herausforderung, vor der Industriegesellschaften stehen, vor der wir in Deutschland und in Europa stehen, vor der wir aber auch weltweit stehen. Die eigentliche Aufgabe eines Landes wie Deutschland oder einer Region wie Europa ist es, zu zeigen, dass das funktioniert. Wenn wir als Hochtechnologieland, als Land mit Milliardeninvestitionen in Forschung und Entwicklung, es nicht schaffen

zu zeigen, dass man wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und Entwicklung voranbringen kann, ohne dabei Umwelt und Klima so zu zerstören, dass die eigenen Kinder nicht mehr sicher leben können, dann wird uns auf diesem Pfad niemand folgen. Es ist die eigentliche Aufgabe Deutschlands und Europas zu zeigen, dass das möglich ist. Die Voraussetzungen dafür haben wir, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen sie aber endlich in die Praxis umsetzen und nicht nur auf Parteitag beschließen.

(Beifall)

Übrigens: Umweltschutz und Klimawandel sind ziemlich ungerecht und undemokratisch. Es ist eben so, dass die Afrikaner, die so arm sind, dass sie eigentlich nichts in die Atmosphäre emittieren, heute bereits am härtesten unter dem Klimawandel zu leiden haben. Inzwischen gibt es auf diesem Kontinent vermutlich schon mehr Flüchtlinge wegen des Klimawandels, weil sich Wüsten ausbreiten und keine Landwirtschaft mehr betrieben werden kann, als wegen Krieg und Bürgerkrieg. Es ist eben so, dass der schwarze Teil der Bevölkerung in New Orleans nach dem Hurrikan Katrina bis heute kein Dach über dem Kopf hat. Es ist auch in Deutschland so, dass die sozial Schwachen in den Stadtteilen leben, wo die Luftverschmutzung und der Lärm am größten sind. Umweltschutz und Klimaschutz sind auch ein Thema von Gerechtigkeit und internationaler Solidarität. Welche Partei, wenn nicht die SPD, die sich seit fast 150 Jahren zu Gerechtigkeit und internationaler Solidarität bekennt, soll sich dieser Aufgaben annehmen, wenn nicht wir, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Es gibt keine Nachhaltigkeit ohne Gerechtigkeit. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille, und sie sind übrigens auch das Unterpfand der Freiheit. Denn wenn die Kinder dieser Erde, wenn sie erwachsen sind, freier leben sollen als wir heute, dann dürfen wir sie nicht durch die Zerstörung der Umwelt und durch die Ausbeutung der Rohstoffe in Armut und damit in Unfreiheit zwingen. Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit sind die gemeinsamen Ziele, die wir verfolgen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist der Kern sozialdemokratischer Umweltpolitik: Wir wollen drei Dinge zueinander bringen. Wir wollen wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung zusammendenken. Alle andere Parteien übrigens suchen sich aus diesem Dreiklang immer das heraus, von dem sie glauben, dass sie da ihre Interessen oder ihre Klientel am besten vertreten können. Wenn es ein Alleinstellungsmerkmal der Sozialdemokratie gibt, dann ist es das, dass wir Wachstum, Sicherheit und ökologische Verantwortung zusammenbringen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist links – und nicht das, was die tun, die

sich so nennen, liebe Genossinnen und Genossen. Das zusammenzubringen, ist linke und emanzipatorische Politik.

(Beifall)

Wir wissen auch, wie man das macht.

Die gute Botschaft ist übrigens, dass das inzwischen durchaus international akzeptiert wird. Die gute Botschaft des heutigen Morgens ist: George Bush akzeptiert den Klimawandel, liebe Genossinnen und Genossen. Ich meine, wir sind eine emanzipatorische Partei. Wer an die Lernfähigkeit des Menschen glaubt – das ist der Beweis!

(Heiterkeit und Beifall)

Aber es geht natürlich auch darum, in der Praxis und im Alltag das durchzusetzen, was wir miteinander in den Programmen, in den Fraktionen, in der Regierung beschließen. Wir haben in dem Leitantrag „Ökologische Industriepolitik“ ein ehrgeiziges Programm vorgelegt. Es gibt im Kern zwei Strategien, die wir verfolgen und in die Praxis umsetzen wollen.

1. Wir wollen effizienter mit Energie und mit Rohstoffen umgehen. Es ist bei uns nun einmal so, dass wir Millionen Wohnungen haben, die so schlecht wärmedämmt sind, dass wir eher den Garten als das eigene Wohnzimmer heizen. Wir haben eine ineffiziente Form der Stromproduktion. Es ist doch nicht auszuhalten, dass uns die Industrie seit Jahren verspricht, dass sie Kraft-Wärme-Kopplung entwickelt, dass wir ihr dafür Steuererleichterungen geben und dass im Ergebnis nichts erreicht worden ist, liebe Genossinnen und Genossen. Damit muss endlich Schluss sein. Das ist das, was wir durchsetzen wollen.

(Beifall)

Übrigens: Wenn wir darüber reden, dass wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen begrenzen wollen, dann geht es um Effizienz, weil das nämlich nur zu erreichen ist, indem man gleichzeitig weniger Sprit verbraucht. Wir wollen, wie Franz Münterfering gestern auf einer Veranstaltung gesagt hat, eine Win-win-win-Situation schaffen. Wir wollen gewinnen beim Thema Umwelt und Klimaschutz, wir wollen gewinnen im Bereich der Produktion von Arbeitsplätzen, weil das eine Technologie ist, die wir entwickelt haben und auch weltweit – nicht nur im eigenen Land – vermarkten können. Wir wollen Jobs schaffen, im Handwerk bei der Dämmung von Gebäuden, Jobs schaffen dort, wo es um Energieeffizienz geht. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass Leute Geld sparen können, weil die Investition in die Wärmedämmung des Hauses oder der Wohnung gleichzeitig bedeutet, dass die Heizkostenrechnung niedriger wird. Es kann schon sein, dass das Auto der Zukunft 500 € mehr kostet, aber, liebe Genossinnen und Genossen, an der Tankstelle wird man diese 500 € schnell wie-

der hereinholen, weil die Spritverbräuche mit anderen Motoren und anderen Kraftstoffen, als wir sie heute haben, gesenkt werden müssen.

(Beifall)

Dabei geht es übrigens auch um die Kernkompetenz Deutschlands, die wir vermutlich seit 200 Jahren in der Entwicklung unserer Industriegesellschaft haben. Was verbirgt sich hinter „Made in Germany“? Nichts anderes, als die Fähigkeit zur Innovation.

Wenn dieses Land etwas besser kann, als manch anderes auf der Welt, dann ist es das Erfinden neuer Produkte und neuer Verfahren und deren Einsetzung in die wirtschaftliche Praxis. Das ist sozusagen Innovationsfähigkeit „Made in Germany“. Das in der Effizienztechnologie einzusetzen und auf erneuerbare Energien und erneuerbare Rohstoffe umzusteigen, kann unser Land besser als manches andere. Viele vertrauen übrigens darauf, dass wir diese Techniken entwickeln und weltweit verbreiten.

In Afrika kann man nicht erst Milliarden in ein großes Elektrizitätsnetz investieren, um dann große Kraftwerke zu bauen, sondern erneuerbare Energien – dezentral – sind die Möglichkeit, auch die mit Energie zu versorgen, die bis heute keinen Zugang zur Elektrizität und einer gesicherten Energieversorgung haben. Das sind 1,6 Milliarden Menschen auf der Welt, liebe Genossinnen und Genossen. Wir schaffen damit Jobs in unserem Land.

Der Bereich „Erneuerbare Energien“ hat durch das, was unter Gerhard Schröder begonnen wurde, 235.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Ich kenne sonst nur Zahlen, wonach 200.000 Leute arbeitslos gemacht worden sind. Wir haben in Deutschland Jobs geschaffen. Das ist die Zukunft unseres Landes. Es gibt genug Arbeit. Wir müssen sie nur endlich entwickeln.

(Beifall)

Ihr findet draußen die Verbände der Erneuerbaren Energien vertreten. Sie haben mit uns verabredet, dass sie in den nächsten zwei Jahren 5.000 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Ich würde mich freuen, wenn andere dem folgen würden. 5.000 zuverlässige und zukunftsorientierte Jobs für unsere Kinder und Jugendlichen – das ist die Politik, die die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten betreiben wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es gibt aber natürlich eine Voraussetzung dafür. Wir müssen in der Regierung dafür sorgen, dass das, was wir im Koalitionsvertrag und auf klugen Klausurtagungen mit der CDU vereinbart haben, auch umgesetzt wird. Ich sage Euch: Das geht nicht ohne

die Sozialdemokraten. Angela Merkel macht eine gute Klimapolitik – keine Frage. Wenn die CDU am Sonntag darüber jubelt, was Frau Merkel international verabredet hat, dann torpediert sie die Umsetzung dieser Politik von Montag bis Samstag. Das wollen wir nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich weiß nicht immer, ob der deutsche Wirtschaftsminister eigentlich versteht, worüber wir reden. Er bekommt es aber jedenfalls hin, immer das Gegenteil von dem vorzuschlagen und zu machen, was Angela Merkel international vereinbart hat. Lasst uns der Kanzlerin anbieten: Wir sind treue Koalitionspartner! Mit uns kann sie ihre Politik durchsetzen, mit ihren eigenen Leuten hat sie da leider ein paar Schwierigkeiten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es sind die selbsternannten Wirtschafts- und Umweltpolitiker Rüttgers, Wulff, Koch und wie sie alle heißen, die im Bundesrat verhindern, dass die in der Energieeinsparverordnung genannte Zahl auf Antrag von Rheinland-Pfalz um 30 Prozent angehoben wird. Es sind Rüttgers, Koch, Beckstein und wie sie alle heißen, die im Bundesrat verhindern wollten, dass wir eine vernünftige Regelung für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Kraftwerken haben. Es sind die gleichen Jungs, die es verhindert haben, dass wir in Deutschland einen vernünftigen Energieeinsparausweis bekommen, damit die Mieter endlich sehen, wie viel die Wohnung verbraucht und damit das nicht verschleiert wird, wie das in der Vergangenheit immer der Fall gewesen ist.

(Beifall)

Ich finde also, dass Frau Merkel, die es international gelegentlich schafft, auf G-8-Gipfeln sieben gestandene Staats- oder Regierungschefs zu überzeugen, einmal versuchen könnte, sieben nicht so gestandene Ministerpräsidenten ihrer eigenen Partei zu überzeugen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wie gesagt: Wir haben eine Menge erreicht.

Übrigens: Auch beim Klima- und Umweltschutz und bei der ökologischen Industriepolitik ist der eigentliche Schlüssel, den wir brauchen, Bildung und Qualifizierung, liebe Genossinnen und Genossen. Wir werden die Innovationskraft in unserem Land nicht erhalten, wenn in den nächsten Jahren 20.000 Ingenieure und mindestens ebenso viele Tausend Meister, Techniker und Facharbeiter fehlen. Wer nicht ausbildet, der gefährdet seine eigene Zukunft – auch in der Industrieentwicklung und in der Nutzung der Chancen, die wir in unserem Land haben.

Ich höre immer alle möglichen Erklärungen dafür, warum die jungen Leute nicht Ingenieurwissenschaften studieren, nicht Facharbeiter lernen und nicht Meister oder Techniker werden. Dafür gibt es sicher viele Gründe, aber wir müssen auch einmal ein anderes Modell beruflicher Entwicklung vorzeigen, als wir das immer tun. Wenn man in Deutschland als Jugendlicher lernt, dass man als 30-jähriger Spekulant mit fremder Leute Geld an der Börse Millionär werden kann, während man als 30-jähriger Ingenieur immer noch seine Studienkredite abbezahlen muss, dann muss man sich nicht wundern, dass die Leute nicht Ingenieurwissenschaften studieren.

(Beifall)

Das gilt für die Facharbeiter übrigens in gleichem Maße. Wenn du ihn aufforderst, Facharbeiter zu werden, und ihm sagst, dass er hinterher aber in der Leiharbeit landet und 50 Prozent Gehalt weniger als alle anderen bekommt, dann frage ich: Warum soll er das machen, liebe Genossinnen und Genossen? Die sind doch nicht bescheuert!

(Beifall)

Investition in Bildung und Qualifizierung ist also auch der Schlüssel zur Lösung dieser Herausforderungen in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein letztes Wort zum Thema Atom. Kurt Beck hat gestern eigentlich schon hinreichend viel dazu gesagt.

Ich finde zwar, dass man darüber eigentlich nicht mehr so viel diskutieren muss, aber es ist ja anscheinend in Mode gekommen, so zu tun, als sei die Atompolitik der Schlüssel zur Klimafrage. Man muss dazu wissen: Der Anteil der Atomenergie – es gibt weltweit ja nur 430 Atomkraftwerke – am Endenergieverbrauch beträgt weniger als 3 Prozent. Wenn man also das Klima retten will, dann wird man sich wohl um die 97,5 Prozent der Energieversorgung kümmern müssen, die nicht mit Atomenergie in Zusammenhang stehen.

Man wundert sich ja gelegentlich, dass Herr Glos, wenn beispielsweise die Russen – aus welchen Gründen auch immer – den Gas- oder Ölhahn zudrehen, hinterher erklärt, nun müsse man aber die Kernkraftwerke länger laufen lassen. Ich weiß nicht, wie der sein Auto betreibt – vielleicht mit dem Brennstab – oder wie er seine Wohnung heizt – vielleicht mit einem Atomkraftwerk. Daran kann man sehen, welche Volksverdummung zu dem Thema in Deutschland betrieben wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir fahren nicht alle Elektroautos. Es kann ja sein, Stefan Kohler von der DENA wünscht sich das – aber möglichst ohne Atomstrom, wenn es geht.



Die Botschaft, die dort ausgegeben wird, ist international aber gefährlich. Deswegen wollte ich darauf noch zu sprechen kommen.

Wenn wir der Welt als reiche Industriestaaten erklären, die Kernenergie sei die Lösung der Energie- und der Klimaprobleme, dann muss man wissen, dass man, wenn man bis 2020 30 Prozent CO<sub>2</sub> senken will, weltweit 2.000 bis 3.000 Kernkraftwerke bauen müsste. Gott sei Dank sind nur 29 im Bau. Es werden aber natürlich ein paar hinzukommen, von denen wir ansonsten hoffen, dass sie nicht so genau hinzuhören, wenn wir über Atomenergie reden.

Wenn wir der Welt erklären, nur die Kernenergie sei die Lösung der Energiefragen, dann wird es ein paar Staaten auf der Welt geben, die sich wünschen, dass sie auch in den Besitz dieser Technik kommen, und die daraus nicht nur Strom machen wollen. Wer dafür sorgen will, dass der Rest der Welt mit Kernkraftwerken überzogen wird, der muss sich nicht wundern, wenn ein paar darunter sind, die daraus auch Atomwaffen bauen. Den Leuten erst zu sagen, dass sie ein Atomkraftwerk bauen sollen, um dann die NATO hinzuschicken, um das zu bombardieren, ist auch nicht die intelligenteste Form der Friedenspolitik, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es gibt also keinen Grund, an der Stelle nachzugeben. Bei uns würde eine Verlängerung der Laufzeiten übrigens ganze 4 Prozent zum Klimaschutz beitragen, die Erhöhung der Energieeffizienz von 2 auf 3 Prozent dagegen schon 11 Prozent. Man muss sich also einfach die Frage stellen: Willst du für 4 Prozent Klimaschutz 100 Prozent des Risikos durch die Kernenergie bekommen? Ich glaube, das wäre ein schlechtes Geschäft.

Wenn wir junge Leute begeistern wollen, in die Lösung von Menschheitsproblemen einzusteigen und zu sagen, wie wir 9,1 Milliarden Menschen mit Rohstoffen, Industrie und Energie versorgen und Umwelt- und Klimaschutz sichern können, dann dürfen wir ihnen nicht sagen, dass sie sich um 10 Jahre Restlaufzeit von Kernkraftwerken kümmern sollen. Die Sonne, liebe Genossinnen und Genossen, hat 4 Milliarden Jahre Restlaufzeit. Das begeistert junge Leute garantiert mehr, als 10 Jahre einer Kernkraftwerksindustrie hinterherzulaufen. Darum geht es, wenn wir darüber sprechen.

(Beifall)

Zum Schluss noch einmal ein Zitat – diesmal allerdings tatsächlich von Erhard Eppler. Es stammt auch von 1972 und ist genauso aktuell. Auf diesem Kongress der Gewerkschaften – IG Metall, Otto Brenner – sagte Erhard Eppler zu den Aufgaben hinsichtlich der Qualität des Lebens: „Was hier getan werden muss, kann nur ein funktionstüchtiger, ein starker Staat leisten. Ein Staat, der nicht mehr wäre, als ein lächerlicher Spielball von Sonderinteressen, wird das Gesamtinteresse nicht wahr-

nehmen können. Weil über die Qualität des Lebens wie nie zuvor politisch entschieden werden muss, wird dies eine politische Epoche sein. Es wird gestritten werden um politische und gesellschaftliche Strukturen.“

Darum geht es. Lasst uns also streiten für das Gemeinwohl, für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder, für die internationale Solidarität und für die Lebensinteressen in anderen Teilen der Welt! Lasst uns deutlich machen, wer an der Spitze dieser Auseinandersetzung steht – nämlich die deutsche Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, lieber Sigmar. Der Beifall galt dem Thema und vor allem dir.

Wir haben jetzt eine Reihe von Wortmeldungen. Zunächst Astrid Klug aus dem Saarland und dann Andrea Ypsilanti vom Parteivorstand.

**Astrid Klug, Saarland:** Liebe Genossinnen und Genossen! Das Thema, über das Sigmar eben geredet hat, ist das Thema, das mich vor über 20 Jahren in die Politik gebracht hat. Es ist das Thema, weswegen ich mich damals ganz bewusst für die SPD entschieden habe. Ich konnte schon damals nicht verstehen – und wollte es nicht verstehen –, was gerecht daran sein soll, dass wir auf dieser Erde so leben und dass wir den nächsten Generationen das entziehen, was sie brauchen, um auf dieser Erde auch noch gut leben zu können.

Ich habe damals schon nicht verstanden, was gerecht daran sein soll, dass wir schon lange nicht mehr nur von den Zinsen leben, die diese Erde bietet, und schon lange dabei sind, die Substanz zu verschwenden und aufzubrechen, die die nächsten Generationen noch braucht, um gut auf dieser Erde zu leben.

Ich habe damals schon nicht verstanden, was fair daran sein soll, dass diejenigen, die am wenigsten zu den Problemen dieser Erde beitragen und die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, am existenziellsten an den Folgen zu leiden haben. Ich nenne zum Beispiel die Menschen in Afrika, die überhaupt nichts zum Energieverbrauch und zu den Ursachen des Klimawandels beitragen, die aber am Ende nicht mehr genug Wasser haben werden, um dort zu leben, wo sie heute leben, und die sich irgendwann eine andere Heimat suchen müssen, weil wir mit den Ressourcen dieser Erde nicht so umgehen, wie wir es eigentlich müssten, damit es fair und gerecht auf dieser Erde zugeht.

Das war der Grund, weshalb ich in die SPD eingetreten bin. Das Umweltthema ist ein Gerechtigkeitsthema.

(Beifall)

In einer Zeit, in der andere sich entwickeln, was mit Energieverbrauch und Ressourcenverbrauch verbunden ist, können wir den Menschen in China und Indien das Recht, sich zu entwickeln, nicht absprechen nach dem Motto: Wenn ihr das gleiche Recht für euch in Anspruch nehmt, was wir schon seit vielen Jahrzehnten selbstverständlich in Anspruch nehmen, dann überfordert das unsere Erde und gefährdet die Zukunft auf dieser Erde.

Wir können und wir dürfen ihnen dieses Recht nicht absprechen. Aber wir können von Deutschland und Europa aus einen Beitrag leisten, dass auch andere in dieser Welt sich entwickeln können, ohne dass das zulasten der Ressourcen dieser Erde geht. Wir können mit unserem technologischen Know-how, das wir besitzen, einen Beitrag dazu leisten, dass wir Wirtschaftswachstum von Ressourcenverbrauch und Energieverbrauch entkoppeln. Das ist die große Chance auf dieser Erde. Wir können und wir müssen diesen Beitrag leisten.

Wir können mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen. Wir können mit diesem technologischen Know-how einen Beitrag leisten zur Lösung der Klimaprobleme. Wir können das Klimaproblem nicht allein von Deutschland aus lösen. Aber wir können Teil einer globalen Lösung sein, indem wir dieses technologische Know-how anderen zur Verfügung stellen. Wir können mit diesem technologischen Know-how und den Chancen, die im Export für diese Technologien stecken, die Arbeitsplätze der Zukunft in Deutschland schaffen. Damit leisten wir einen Beitrag zur Lösung von Umweltproblemen. Gleichzeitig stärken wir den Wirtschaftsstandort Deutschland und schaffen die Arbeitsplätze der Zukunft. Wir bedienen damit die Leitmärkte der Zukunft, wie die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienztechnologien.

(Beifall)

Meine Motivation ist die Gerechtigkeit und die moralische Frage, wie wir mit den Ressourcen dieser Erde umgehen. Menschen, die diese Motivation nicht haben, sollten aber aus egoistischen Motiven sich für dieses Thema engagieren. Es geht um Arbeit, es geht um Beschäftigung und um wirtschaftlichen Erfolg in der Zukunft. Deshalb lohnt es sich auch aus ökonomischer Vernunft, nicht nur aus moralischen Gründen, sich für dieses Thema zu engagieren.

Ich will ein zweites Thema ansprechen, das in diesem Antrag eine Rolle spielt. Das ist der Schutz der biologischen Vielfalt. Auch bei diesem Thema geht es um Vernunft. Wir sind derzeit dabei, die Datenbank der Natur und damit die Vielfalt des Lebens zu löschen. Die Daten, die wir löschen, sind aber diejenigen Daten, die unsere natürliche Lebensversicherung sind. Denn darauf baut das Leben auf dieser Erde auf.

Auch dieses Thema „Schutz der biologischen Vielfalt“ ist ein globales Thema. Wir können das alleine nicht lösen. Wir müssen global und international zusammenarbei-

ten. Aber wir können auch hier bei diesem Thema, das sehr eng mit dem Klimawandel verbunden ist, Vorreiter und Vorbild sein und zeigen, dass wir Fairness und Gerechtigkeit in der Welt ernst nehmen. Wir haben materiellen Reichtum und sind reich an biologische Vielfalt. Damit sitzen wir auf dieser natürlichen Lebensversicherung, die wir alle in der Zukunft noch brauchen werden. Wir müssen an einem Strang ziehen und nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Wir müssen zusammen an Instrumenten arbeiten, die sicherstellen, dass diejenigen, die reich an biologischer Vielfalt sind, in diese Vielfalt investieren und sie für uns alle und für die nächsten Generationen erhalten.

Deutschland wird im nächsten Jahr Gastgeber der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt sein. Dort wird es genau um dieses Thema gehen. Es wird 6.000 Gäste aus der ganzen Welt geben. Wir werden mit ihnen verhandeln, wie wir es schaffen, diese biologische Vielfalt für die Zukunft zu sichern. Deshalb sind wir in Deutschland in einer besonderen internationalen Verantwortung.

Die SPD war immer für internationale Zusammenarbeit. Sie war und ist die Partei der internationalen Solidarität. Deshalb sollten wir dieses Thema zum Thema der SPD machen, und zwar in allen SPD-Gliederungen. Das wünsche ich mir. Denn es ist ein ursozialdemokratisches Thema. Wer, wenn nicht wir, schafft es, das Thema Ökologie, Ökonomie und Soziales zusammenzubringen? Niemand schafft das so, wie die Sozialdemokratie. Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir damit beginnen?

Ich würde mich freuen, wenn wir es schaffen, uns an die Spitze der Bewegung zu setzen. Damit zeigen wir, dass die Sozialdemokratie für dieses Zukunftsthema steht, dass wir es schaffen, dafür Visionen zu vermitteln und dass wir sehr konkret und praktisch an der Erreichung dieser Vision arbeiten. Wir müssen es schaffen, die Menschen dafür zu begeistern. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir wissen heute, dass der behauptete Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie so nicht mehr sticht. Die Schäden einer umweltzerstörerischen Wirtschaft sind heute immens. Es gibt nur eine kleine Diskrepanz: Die Schäden, die Schadenskosten bezahlen wir alle, und die Gewinne streichen die großen Unternehmen ein. Das kann so nicht mehr bleiben!

(Beifall)

Das Umweltproblem ist ein Ressourcenproblem, nämlich der kurzsichtige und unverantwortliche Umgang mit den Ressourcen auf der einen Seite und mit den Böden, mit dem Wasser auf der anderen Seite, mit den erschöpflichen Ressourcen wie Erdöl, Uran, Kohle und Erdgas. Das hat aus ökologischen Gründen und – wie ich

gesagt habe – wegen der Schäden aus ökonomischen Gründen keine Perspektive mehr.

Die große Jahrhundertaufgabe, vor der wir stehen – Sigmar Gabriel hat sie skizziert –, ist der Wechsel von erschöpflichen zu erneuerbaren Energien und Rohstoffen. Genossinnen und Genossen, nur so haben wir in einer Industriegesellschaft eine Zukunft. Wir haben dafür nicht mehr viel Zeit. Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil bei der Umstellung von erschöpflichen auf erneuerbare Energien die Länder eine große Aufgabe vor sich haben, weil letzten Endes die Länder und übrigens auch die Kommunen diese Umstellung mit leisten müssen.

Genossinnen und Genossen, wenn es diesen Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie so nicht mehr geben darf, dann müssen wir eine integrierte Wirtschafts- und Umweltpolitik praktizieren. Wir müssen weg von einer unwirtschaftlichen Umweltpolitik ebenso wie von einer unökologischen Wirtschaftspolitik.

Genossinnen und Genossen, wir haben in Hessen daraus auch eine Konsequenz gezogen: Wir werden in Hessen nach der Landtagswahl im nächsten Jahr, wenn wir die Regierung stellen, die beiden Ressorts Wirtschafts- und Umweltpolitik zusammenführen und daraus wirklich einmal die Konsequenz ziehen.

(Beifall)

Wir haben unser Programm auf eine massive Beschleunigung und den Ausbau erneuerbarer Energien umgestellt. Das ist ein sehr ambitioniertes, ein sehr ehrgeiziges Programm. Aber ich kann euch an dieser Stelle nur sagen: Man darf nicht zögern. Man kann an dieser Stelle gar nicht ehrgeizig genug sein. Dazu braucht man natürlich auch politischen Handlungsmut. Wir wissen, dass wir an vielen Stellen auch noch Überzeugungsarbeit leisten müssen. Das wissen wir in Hessen sehr gut, auch wenn ich die Frage der Windkraft hier nicht mehr ausführen will, Genossinnen und Genossen. Wir haben in Hessen einen Ministerpräsidenten, der sich überhaupt nicht um die Frage der erneuerbaren Energien kümmert, sondern der es sogar hinnehmen würde, dass in Hessen neue Atomkraftwerke gebaut werden. Genossinnen und Genossen, ihr könnt euch vorstellen, wie groß unser Kampf ist. Aber wir nehmen ihn gerne an. Wir freuen uns auch darauf.

(Beifall)

Wir haben uns vorgenommen, wenn Biblis A – das sind unsere Atomkraftwerke in Hessen – in den nächsten fünf Jahren abgeschaltet wird, dass wir unsere komplette Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen werden.

Unser Weg muss aber aus der Atom- und Klimafalle herausführen. Wir haben in Hessen festgestellt, dass die Menschen eines auch nicht wollen, nämlich weiterhin

riesige große Kohlekraftwerk als Ersatz für Atomkraftwerke. Das hat in Hessen auch keine Zukunft, Genossinnen und Genossen. Denn alle neuen Kohlekraftwerke, die gebaut werden, haben wir dann in den nächsten 50 Jahren bei den Emissionen.

(Beifall)

Deshalb setzen wir auch – ich habe am Anfang gesagt: die Gewinne kommen zu den großen Energieunternehmen – auf eine dezentrale Energieversorgung. Das ist nicht nur eine Frage der Entwicklungsländer, Sigmar Gabriel, sondern das ist auch eine große Frage in den Ländern. Denn wenn wir eine dezentrale Energieversorgung haben, dann heißt das auch, dass wir die Wertschöpfung in die Regionen, in die Kommunen zurückbringen.

(Beifall)

Warum sollen wir das Geld nicht selbst haben? Warum sollen wir es den großen Energieunternehmen in den Rachen schmeißen?

(Beifall)

Mittlerweile wissen auch alle: Mit der Frage der Technik, der erneuerbaren Energien werden Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen. Das sind nachhaltige Arbeitsplätze, Genossinnen und Genossen. Die brauchen wir in den Ländern und Kommunen ganz dringend.

Deshalb kann ich nur sagen: Lasst uns die Frage der erneuerbaren Energien mutig angehen! Denn sie bringen Wertschöpfung, sie bringen Arbeitsplätze, sie bringen übrigens auch neue Einnahmequellen für die Landwirtschaft, was für viele von uns in den Ländern auch eine ganz wichtige Frage ist.

Genossinnen und Genossen, wir sind sehr zuversichtlich, dass wir das in Hessen schaffen. Wenn man in den Ländern den Mut aufbringt, auch die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, und wenn man nicht die Verhinderungspraxis vieler Ministerpräsidenten der CDU in den Ländern beibehält, sondern mutig Rahmenbedingungen schafft, dass sich die erneuerbaren Energien entwickeln können; wenn wir die Stadtwerke dafür gewinnen, wenn wir die Kommunen dafür gewinnen, dann können die Länder mit ganz anderen Schritten, mit einem ganz anderen Tempo vorangehen.

Und noch eines: Wenn wir sagen, wir schaffen das in 20 Jahren – in der Frage der erneuerbaren Energien, in der Frage der Umstellung; was die Technik und was das Know-how angeht, das gibt es alles schon heute! Wir reden über kleine Einheiten, die sehr schnell installiert werden können. Deshalb müssen wir nicht so weite Zeithorizonte anvisieren, sondern wir können das alles sehr schnell schaffen, Genossinnen

und Genossen. Der Energiewechsel ist eine Jahrhundertherausforderung als ökologische, wirtschaftliche und – wir haben das schon angesprochen – soziale Frage.

Wir schaffen hier – das zeigt unsere Diskussion in Hessen übrigens auch – eine riesige Zukunftshoffnung in den Kommunen bei den Menschen, die arbeiten müssen. Sie hoffen auf die zukünftigen Arbeitsplätze. Wir erleben vor allem großen Zuspruch, sehen eine große Zukunftshoffnung bei der jüngeren Generation, Genossinnen und Genossen. Davon leben wir. Davon lebt eine lebendige SPD.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Andrea. – Jetzt spricht Elvira Drobinski-Weiß. Ihr folgt Marco Bülow.

**Elvira Drobinski-Weiß, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich eure Aufmerksamkeit auf ein Stichwort lenken, das hier meiner Ansicht nach fehlt, nämlich das Stichwort „Landwirtschaft“. Das muss hier meiner Ansicht nach ergänzt werden. In der Einleitung von U 1 wird formuliert, dass die Idee der Nachhaltigkeit, der nachhaltigen Entwicklung, unser Leitprinzip ist, dass wir hier die Verantwortung für das Leben künftiger Generationen übernehmen. Wenn wir das ernst nehmen, dann gehört meiner Ansicht nach in den Abschnitt „Einsatz nachwachsender Rohstoffe“ die Ergänzung, dass zwar die nachwachsenden Rohstoffe auf der einen Seite auch zur Gewinnung von Energie verwandt werden dürfen, dass wir aber auf der anderen Seite auch sicherstellen müssen, dass die Lebensmittelproduktion nach wie vor gewährleistet ist. Ich halte eine solche Balance im wahrsten Sinne des Wortes für lebensnotwendig.

Ich schlage vor, auf der Seite 202 im Anschluss an die Zeile 40 den folgenden Satz einzufügen:

„Auch muss die Deckung des wachsenden Bedarfs an Lebensmitteln aus der Landwirtschaft gewährleistet bleiben.“

Das ist die eine Forderung, die hier auch mit den entsprechenden Unterschriften unterstützt worden ist.

Ein anderer Punkt, der mir in diesem Antrag U 1 ebenfalls zu kurz kommt, ist die gentechnikfreie Landwirtschaft. Ich weiß, dass nachher vielleicht noch verschiedene Initiativanträge aufgerufen werden. Dennoch meine ich, dass das auch in dieses Kapitel gehört. Wenn wir von der eingangs formulierten Verantwortung für künftige Generationen, aber auch für den Schutz aller Menschen und den Schutz der Natur überzeugt sind, dann müssen wir dieses Thema sehr ernst nehmen. Ich meine, das gehört auch hierher. Daher schlage ich vor, auf der Seite 206 im Anschluss an die Zeile 69 die folgende Ergänzung einzufügen:

„Gentechnikfreie Landwirtschaft.

Die Auswirkungen gentechnischer Manipulation in der Landwirtschaft auf Mensch und Umwelt sind weitgehend unerforscht. Deshalb lehnen wir den Einsatz Grüner Gentechnik ab.“

(Beifall)

Ich meine, wir sollten dieses Thema auf gar keinen Fall den Grünen überlassen. Astrid Klug hat es vorher gesagt: Wenn nicht wir, wer sonst sollte auch hier genau dieses Thema in eine breite Öffentlichkeit tragen? – Ich bitte euch dafür um eure Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, und du gibst uns das schriftlich. – Das ist schon geschehen.

Der nächste Redner ist Marco Bülow, NRW.

**Marco Bülow, Bundestagsfraktion:** Liebe Genossinnen und Genossen, der Leitantrag ist ein guter Antrag, denn er zementiert, dass das Thema bei der SPD, bei uns, angekommen ist. Ich glaube auch, dass das dringend notwendig ist, dringender als je zuvor. Denn erstens wird der Klimawandel eine der größten Herausforderungen, wenn nicht sogar die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts sein. Er kombiniert sich mit der Verknappung der fossilen Ressourcen. Wir haben in den letzten Monaten viel in der Öffentlichkeit zum Thema Klimawandel gesprochen, haben aber ein bisschen außer acht gelassen, dass selbst die Internationale Agentur für Energie deutlich gemacht, dass die Ressource Öl schneller zu Ende geht, als wir das alle noch vor ein paar Jahren dachten. Diese Verknappung der Ressourcen bedeutet eine deutlich Verteuerung, die uns wirtschaftlich und damit auch sozial betrifft.

Zweitens: Die Menschen in unserem Land spüren, wie groß diese Herausforderung ist. Das Thema Klimawandel ist zu einem der drei Topthemen überhaupt geworden.

Drittens: Wir dürfen uns nicht zerreiben lassen – es hat im Augenblick so ein bisschen den Anschein, dass das geschieht – zwischen den Publicity-Auftritten der Kanzlerin, die gerne international verkündet, wie wichtig Klimaschutz ist, auch hier vor Ort, aber bei den Maßnahmen ihre Union eben nicht hinter sich hat, weshalb wir bei den Maßnahmen zum Teil nicht weiterkommen.

(Beifall)

Auf der anderen Seite besetzt die grüne Partei das Thema natürlich stark. Sie zielt aber vor allen Dingen auf das Thema Ökologie ab und verliert die soziale und wirtschaftliche Dimension dabei aus dem Auge.



Deshalb brauchen wir – das haben einige meiner Vorredner schon gesagt – eine sozialdemokratische Klimapolitik, die genau die drei Dimensionen beschreibt. Zu der wirtschaftlichen Dimension ist hier schon Näheres ausgeführt worden ist; sie ist, denke ich, in dem Antrag breit angelegt. Die ökologische Industriepolitik ist ein wichtiger Beitrag von unserer Seite. Wir als SPD müssen vor allem immer die soziale Dimension im Blick haben, die eine doppelte ist: Einmal sind die Verursacher des Klimawandels in erster Linie nicht die Leidtragenden, sondern die Leidtragenden sitzen in afrikanischen oder anderen Ländern, die fast nichts zum Klimawandel beigetragen haben. Aber auch hier vor Ort, in unserem Land hat es eine soziale Dimension, denn eines ist doch klar: Wenn der Klimawandel zuschlägt, wenn wir Gegenmaßnahmen ergreifen müssen und nicht mit Klimaschutzmaßnahmen dabei noch sehr günstig wegkommen, dann müssen wir die Gelder anderswo abziehen und werden für andere Sachen kein Geld haben.

Zweitens ist doch klar: Wer ist denn gut versichert in unserem Land? Wer kann sich gegen Klimaschäden gut versichern? Das sind nicht die, die wenig Geld haben. Also trifft es die Ärmern in dem Bereich doppelt. Sigmar Gabriel hat schon darauf hingewiesen – auch das müsste den reichen Ländern klar sein –: Die Zahl der Klimaflüchtlinge wird weiter zunehmen. Sie werden kommen, und da werden wir Lösungen finden müssen. Glaubt nicht, dass wir unser Land dagegen sichern können. Ich glaube auch nicht, dass wir es dagegen sichern sollten. Auch das ist eine Dimension, die, denke ich, klar sein sollte.

Zum Bereich der erneuerbaren Energie ist eine Menge gesagt worden. Ich will nur noch eines wiederholen – daran sieht man auch wieder, wie wichtig dieses Thema ist und wie sozialdemokratisch es eigentlich auch ist. Hier kombiniert sich, wie in fast keinem anderen Feld, dass wir auf der einen Seite eine ökologische Dimension haben, indem wir zigmillionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen, auf der anderen Seite aber 250.000 Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Das zeigt, wie notwendig der Zusammenschluss ist. Es gibt andere Stellen, da reiben sich die Themenbereiche auch. Aber ich glaube, an der Stelle kriegen wir es zusammen.

Ich will nicht mehr sagen, als: Es gibt hier einen Stand vom Bundesverband Erneuerbare Energien. Da sollte man vielleicht nicht nur ein Gläschen Wein trinken – der ist ziemlich gut –, sondern sich auch ein bisschen informieren. Da wird zum Beispiel ein Kombikraftwerk gezeigt. Dieses Kombikraftwerk macht deutlich, dass man eben ausgleichen kann. Es gibt ja diesen Vorbehalt, der Wind weht nicht immer und die Sonne scheint nicht immer. Aber im Zusammenschluss zwischen Solarkollektoren, Windkraftanlagen und Biogasanlagen haben wir eine zuverlässige Energieversorgung rund um die Uhr. Das sollte man sich vor Ort einmal anschauen.

(Beifall)

Ich möchte kurz auf einen Änderungsantrag eingehen, der auf die Steuerbefreiung bei Dienstautos abzielt. Auch das ist ein gutes Beispiel für sozialdemokratische Klimapolitik. Es gibt nämlich ein Gesetz, wonach eben die gut fahren und etwas von der Steuer absetzen können, die einen großen Dienstwagen haben, der sehr viel verbraucht. Sie können mehr absetzen als diejenigen, die einen kleineren oder sparsameren Dienstwagen haben. Im Endeffekt muss das der Steuerzahler bezahlen. Da sagen wir: Solche Subventionen sind nicht nötig. Die müssen eingespart werden. Dort muss Gerechtigkeit geschaffen werden. Nebenbei wird das auch der Umwelt helfen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Schluss lasst mich noch etwas zur Atomenergie sagen. Dieses Thema ist durch Europa noch einmal sehr aktuell geworden. Lasst euch von der Propaganda der Atombetreiber und -befürworter nicht ins Bockshorn jagen, kann ich euch nur sagen. Wir haben als Umweltschutzgruppe in der Bundestagsfraktion viele Materialien erstellt, viele Argumente zusammengestellt. Wenn ihr Argumente braucht – es gibt einen riesigen Katalog –, dann wendet euch an uns. Wir werden die Materialien weiterleiten. Ich glaube, das ist gerade in den Ländern, die Wahlkampf haben, ein wichtiger Punkt; denn der angebliche Klimaschutz, der von den Atombetreibern ins Feld geführt wird, entpuppt sich beim näheren Hinschauen als Beelzebub. Sigmar Gabriel hat dazu einiges gesagt. Aber ein paar Punkte möchte ich gerne noch hinzufügen.

Wenn wir weiter auf Atomenergie setzen, gibt es eine Menge Geld, was da hineinfließt, in Forschung usw. Dieses Geld wird aus den Bereichen abgezogen, in denen es notwendiger ist, nämlich aus dem Bereich der erneuerbaren Energien und aus der Effizienztechnologien. Das muss uns bewusst sein. Je länger wir an Atomenergie festhalten, desto mehr binden wir das Geld und umso weniger wird es möglich, es in die wichtigen Bereiche zu lenken.

Ich kürze es jetzt ab. Zu der Zahl der Atomkraftwerke hat Sigmar Gabriel, denke ich, das Hinreichende gesagt. Aber ein Argument, das bei Atomenergie auch immer wieder genannt wird, ist das Kostenargument – es sei ja so viel billiger! Dann frage ich mich, warum Baden-Württemberg mit dem Stromanteil eben insgesamt nicht günstiger bei den Stromanbietern ist. Das ist deshalb so, weil die günstige Energie an sich nichts mit dem Strompreis zu tun hat. Der wird nämlich an der Börse ausgemacht und richtet sich nicht nach den günstigsten Standorten. Das wird man auch in Frankreich erleben.

Ein letztes Wort zu dem, was gestern schon Kurt Beck über die Franzosen gesagt hat. Er hat gesagt, angesichts der vielen Atomenergie, die es dort gibt, könnte es dazu kommen, dass man, wenn die Meinung zur Atomenergie kippt – zum Beispiel durch einen Super-Gau – nicht weiß, wie man Energieversorgung sicherstellen soll. Es gibt

noch eine andere Möglichkeit. 2003 haben wir einen Hitzesommer erlebt, einen Hitzesommer, der durch den Klimawandel im Jahr 2025 wahrscheinlich ein Durchschnittssommer sein würde. Viele Atomkraftwerke waren am Rande des Abschaltens oder mussten abgeschaltet werden, weil es für die Wasserversorgung, die zum Abkühlen wichtig ist, zu heiß war. Das heißt, auch dann kann die Atomenergie nicht funktionieren.

Auch wir haben es im Sommer – zum Beispiel jetzt im Juli – erlebt, dass Atomkraftwerke aus den verschiedensten Gründen abgeschaltet werden mussten. Energieversorgungssicherheit sieht anders aus, sage ich. Die erreichen wir nicht mit Atomenergie. Deswegen sollten wir unseren Beschluss beibehalten und weiter dafür sorgen, dass wir die Alternativen entwickeln.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Nächster Redner ist Ulrich Kelber. Ihm folgt Hermann Scheer.

**Ulrich Kelber, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ein starkes Zeichen, dass dieser Parteitag zu seiner Primetime über Umwelt-, Energie- und Klimaschutzpolitik spricht und insbesondere die Verknüpfung der beiden Themen Arbeit und Umwelt, ökonomische Industriepolitik, in den Mittelpunkt stellt. Das ist unser originär sozialdemokratischer Ansatz, den die anderen nicht kopieren können. In den letzten Wochen gab es zwei – leider nur sehr kleine – Notizen in der Zeitung, in denen dargestellt worden ist, dass zwei der führenden Wirtschaftsforschungs- und Beratungsinstitute voraussagen, dass kein Wirtschaftsbereich so schnell wachsen wird, wie die grünen Märkte. Das Zweite, was sie sagen, ist: kein Land ist so gut aufgestellt, das zu nutzen, wie Deutschland mit seinen Technologien. Das ist aber nicht von selbst gekommen. Das war kein Ergebnis von Unternehmensführungen, die auf die Idee gekommen sind, sich neue Märkte zu erschließen, sondern das ist die Folge einer entschlossenen Politik, wo wir Sozialdemokraten eben gehandelt haben, als andere es nur dem Markt überlassen wollten. Wir sind hingegangen und haben den Dreiklang gemacht. Wir haben gesagt, wir wollen Ordnungsrecht. Wir wollen Anreize und wir wollen marktwirtschaftliche Instrumente. Die politische Konkurrenz sucht sich immer nur einzelne dieser Instrumente aus und ist damit in dieser Aufgabe eben nicht erfolgreich genug.

Jetzt haben wir die wirtschaftlichen Erfolge, haben fast 250 000 Arbeitsplätze allein im Bereich der erneuerbaren Energien, und jetzt feiern alle: Medien, Verbände und Politiker und übrigens auch die, die zwischen 1998 und 2005 diesen Weg erbittert bekämpft haben, die uns denunziert haben für unsere Instrumente – wie eine Dame, die hier schon erwähnt wurde und die heute eine wichtige Funktion in der Bundesregierung hat. Sie hat damals als Oppositionsführerin gegen alle 17 Instrumente

gestimmt. Gegen alle 17 Klimaschutzinstrumente, die uns diesen wirtschaftlichen Erfolg gebracht haben, hat Angela Merkel damals gestimmt.

Ich sage das nicht, um nachzukarten, sondern um deutlich zu machen: Wir stehen wieder vor der gleichen Herausforderung wie damals; nur haben wir jetzt über neue Instrumente zu entscheiden. Das heißt, wir dürfen nicht denselben Fehler machen.

Es macht mich betroffen und ärgert mich, wenn wir in der Koalition jetzt über das Erneuerbare-Wärme-Gesetz genauso streiten müssen, wie vor 2005 über das Erneuerbare-Energien-Gesetz, und wenn wir über eine verbesserte Kraft-Wärme-Kopplung genauso streiten müssen, wie damals über die ökologische Steuerreform. CDU/CSU, Medien und Verbände machen die gleichen Fehler wie damals, und wir müssen den gleichen Mut und die gleiche Kraft wie damals haben und uns wieder durchsetzen. Denn wir sind die einzigen, die diese Themen zusammenbringen können.

(Beifall)

Dazu gehört aber etwas, was wir selbstkritisch ansprechen müssen: Alle in der SPD müssen zusammenarbeiten. Das ist kein Thema nur für die Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker. Es geht nicht an, dass manche den Erfolg ihrer Arbeit immer noch daran messen, wie viel Klimaschutzinstrumente sie für ihren Fachbereich haben abblocken können. Ich erwarte, dass jeder für seinen Fachbereich eigene, weitergehende Vorschläge macht, als die Umweltpolitik schon vorgeschlagen hat.

Das gilt auch für die Arbeit an dem integrierten Klima- und Energieprogramm. Ich befürchte, dass jetzt eine mediale Berichterstattung anfängt, wonach sich die sozialdemokratisch geführten Ministerien bei der Umsetzung zum Teil gegenseitig blockieren. Darauf lauert die CDU/CSU nur. Sigmar Gabriel hat es richtig dargestellt: Angela Merkel ist klimapolitisch eine Dame oder Unterleib; ihr folgt niemand. Wenn die Tür zugeht, blockiert die CDU/CSU in jeder Verhandlung jedes Instrument. Aber sie wird es nutzen, wenn die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister dieses Thema nicht geschlossen umsetzen. Deshalb erwarte ich – auch Kurt Beck hat das in seiner Antrittsrede zu Recht gesagt –, dass wir in der Tagespolitik umsetzen, was wir hier beschließen.

Ein ganz wichtiges Argument ist dabei, dass es einen Wirtschaftsminister gibt, der nicht in der Lage ist, in seinen Redebeiträgen zwischen Kosten und Investitionen zu unterscheiden. Das würde in jedem Wirtschaftsunternehmen zum Rauswurf reichen. Aber wir können sagen: Wir schlagen Instrumente vor, die selbst ohne Klimawandel Sinn machen, weil sie uns unabhängig von steigenden Rohstoffpreisen machen, weil sie Friedenspolitik und Konfliktvermeidung dienen und weil sie jedem auf der Welt eine faire Entwicklungschance geben. Wenn diese Politik dann noch mit mehr

Arbeitsplätzen in Deutschland verbunden ist, dann sollten wir diese Chance ergreifen und auch in der Tagespolitik Mut zeigen – wie in dem Antrag U 1. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Als Nächster Hermann Scheer.

**Hermann Scheer, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind in dieser Frage ohne Zweifel selbst immer noch in einem Lernprozess. Vor 30 Jahren, als hier in Hamburg der letzte ordentliche Bundestag stattfand, gab es eine Debatte über den Schnellen Brüter. Mit knapper Mehrheit hat sich ein Votum für den Schnellen Brüter durchgesetzt. Das war 1977. 1986 hat sich die SPD von der Atomtechnologie prinzipiell verabschiedet. Dem ging ein Diskussionsprozess über mehrere Jahre voraus – ein Diskussionsprozess, dem sich die CDU/CSU als große Volkspartei bisher verweigert hat und dem sie sich offensichtlich auch weiter verweigern will. Aber auch die SPD war 1986 noch keineswegs so weit, dass sie die richtige Antwort aus der Absage an die Atomenergie gezogen hätte. Die richtige Antwort kann bei Betrachtung der naturwissenschaftlichen Prozesse nur sein, dass wir eine nicht-fossile Alternative zur Atomenergie in den Mittelpunkt der Zukunftsüberlegungen setzen müssen. Das können nur die erneuerbaren Energien sein.

(Beifall)

Denn klar ist: Das alleinige Stützen auf fossile Energien, die doch zu Ende gehen und die auch Klima- und andere Umweltprobleme hervorrufen, konnte kein Zukunftskonzept der Sozialdemokratischen Partei sein.

Nun haben wir uns auf diese Erkenntnis zubewegt. Das war nicht so einfach. Als im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz durchgefochten wurde, war dies eine Initiative, die aus der Bundestagsfraktion kam. Denn nicht alle Regierungsmitglieder waren schon bereit, diesen Weg zu gehen. Ich frage nur: Wo wären wir heute mit der Forderung nach dem Atomausstieg und seiner Umsetzung, wenn wir das damals nicht gemacht hätten? Wir könnten heute keine nichtfossile Alternative zeigen, mit der wir den Atomausstieg weiter durchführen können und eine Perspektive jenseits des fossilen Zeitalters aufzeigen.

(Beifall)

Die Frage, vor der wir heute stehen, ist: Reichen diese Beschlüsse aus? Ich möchte vor allzu viel Selbstgerechtigkeit warnen. Der Lernprozess ist auch bei uns noch nicht beendet. Das zeigt eine Reihe von Dingen, die im Fluss sind. Im Fluss ist vor allem die Zuspitzung der Probleme des herkömmlichen Energiesystems, die Zuspitzung aufgrund einer sich rasch verändernden Reservelage bei weltweit stark anwachsendem Energieverbrauch. Im Fluss ist auch die Zuspitzung der Folgeprobleme für das

Klima. Das heißt, wir werden allesamt viel schneller und umfassender zu unterschiedlichen Antworten gezwungen werden, als sie selbst in diesem – im Verhältnis zum Gestern – durchaus weitgehenden Antrag enthalten sind. Das ist ein Prozess, der uns in den nächsten Jahren, wahrscheinlich schon im nächsten und übernächsten Jahr, immer deutlicher werden wird. Dabei kommen dann die großen Fragen auf.

Was hat das mit Sozialdemokratie zu tun? Wenn die herkömmlichen Energiereserven zu Ende gehen, dann heißt das: Die Preise steigen und steigen und steigen – und die Konflikte nehmen zu. Gleichzeitig nehmen die Umweltfolgeschäden zu, die die Gesellschaft bezahlen muss; Andrea Ypsilanti hat darauf hingewiesen. Damit ist diese Frage nicht nur eine ökologische, sondern es ist *die* Frage des 21. Jahrhunderts, die wir durch den Energiewechsel beantworten müssen.

(Beifall)

Wir können und müssen auf Prozesse setzen. Ein Prozess ist: Es muss schneller gehen und umfassender. Dass es auch in Deutschland schneller gehen kann, zeigt der EEG-Erfahrungsbericht, bzw. das, was dort nicht drinsteht. Auf eine Länderdifferenzierung beispielsweise hat man verzichtet: Man erklärt nicht, warum der Anteil an erneuerbaren Energien in einigen Ländern schon bei 35 oder 40 Prozent liegt, während er in anderen gerade einmal 1,8 Prozent ausmacht. Das ist ein Ergebnis unterschiedlicher Politik. Wir müssen das klar herausarbeiten. Sonst können wir nicht identifizieren, was das Ansinnen der Union bei der Debatte über die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ist. Sie versuchen – das sehen wir in Hessen, das sehen wir in Baden-Württemberg, das sehen wir in Bayern –, die Entfaltung erneuerbarer Energien durch systematische Verhinderungsplanung zu blockieren, um die These aufrechtzuerhalten, dass die Atomenergie angeblich unverzichtbar ist. Also müssen wir Klartext reden in dieser politischen Auseinandersetzung.

(Beifall)

Damit die Leute nicht denken, das seien hier reine energieökonomische oder technologiepolitische Überlegungen, die uns noch nicht zu dem führen könnten, was schon möglich oder nötig wäre: Nein, es sind im Kern politische Widerstände. Diese Widerstände werden systematisch praktiziert. Wenn etwa Windkraftprojekte abgelehnt werden, mit denen für 10.000 Menschen emissionsfrei Strom erzeugt werden kann, weil ein Nistplatz einer Mopsfledermaus gefährdet ist, dann sind das absurde Maßstäbe. Dem können und müssen wir widersprechen, sonst sind wir gefangen in einem herkömmlichen Energiebereitstellungssystem, das keine Zukunft mehr hat.

(Beifall)

Das bedeutet, Genossinnen und Genossen: Wir sind auf Landesebene gefordert. Wir haben im Energiemarkt für erneuerbare Energien mit dem EEG eine Priorität

geschaffen, aber wir haben noch keine Priorität geschaffen in den Landesraumordnungsgesetzen und in den Flächennutzungsplanungen der Länder. Diese müssen künftig Energienutzungsplanungen werden. Sonst stehen wir uns selbst entgegen mit kleinlichen Bedenken bei der großen zivilisatorischen Aufgabe des Energiewechsels.

Diesen Maßstab müssen alle lernen, und den haben bei uns auch noch nicht alle gelernt – noch nicht.

Dazu will ich zum Schluss noch zwei Hinweise geben: Seien wir nicht zu vorschnell bei der Frage der sogenannten sauberen Kohlekraftwerke. Die Frage, wohin das soll, ist nicht geklärt. Das, was wir unter der Erde an sequestriertem CO<sub>2</sub> ablagern, darf nie wieder heraus. Es bedeutet einen riesigen Effizienzverlust, den wir da riskieren, sodass sich die Frage stellt: Können wir uns auf diesen Ansatz als sozialdemokratische Politik einlassen? Kommt hier nicht ein Endlagerproblem, das fast so gravierend ist wie das Atommüllendlagerproblem? Ich rate dringend dazu, nicht zu vorschnell auf diesen Dampfer zu springen. Jede Kraft-Wärme-Kopplung, effizienter Energiesprung um 100 Prozent, ist CO<sub>2</sub>-neutraler – auch auf der Basis fossiler Energien –, als jeder Clean-Coal-Ansatz, wie es so schön genannt wird. Deshalb überlegt bitte und springt nicht so sehr in diese Sache hinein – ich stelle keinen Antrag dagegen –, damit sich die Partei, weil sie darüber noch nicht ausführlich diskutiert hat, nicht womöglich negativ festlegt – „negativ“ heißt nach meiner Ansicht, wenn sie sich dafür festlegt –, bevor klar ist, um was es überhaupt geht.

(Beifall)

Der letzte Punkt ist folgender: Wir brauchen auch sehr viel mehr strukturelle Maßnahmen. Wenn es um den Energiewechsel geht, dann geht es um einen Energiewechsel mit anderen Energiequellen. Dann geht es um Dezentralisierung, und zwar nicht aus ideologischen Gründen, sondern aus technologischen Gründen. Dann heißt es, dass wir die heutige Struktur der Energieversorgung, zugeschnitten auf Atomenergie und Großkraftwerke, nicht weiter aufrecht erhalten dürfen. Das heißt, wir dürfen uns auch nicht mehr weiter als Schutzpatron für große Stromkonzerne hergeben, die längst das öffentliche Interesse – siehe die Strompreisentwicklung – mit Füßen treten.

(Beifall)

Seien wir mutiger, liebe Genossinnen und Genossen, mit der Forderung – das hat mit der Bahn nichts zu tun, dort ist die Sache etwas anders – der eigentumsrechtlichen Trennung von Netzbetrieb und Kraftwerksbetrieb auf der Transmissionsebene, auf der Übertragungsebene, sonst können die heutigen Stromkonzerne die Netze weiter so auslegen, dass es in ihre Kraftwerksstruktur passt, und dann sind wir behindert in dem Aufbau eines zukunftsreichen Energiesystems. Unsere Interessen liegen darin, dass wir technische Global Players brauchen, die wir im Nukleus haben. Wind-

kraftproduktion, Solartechnikproduktion für die ganze Welt, das sind die Global Players, die wir brauchen. Ansonsten brauchen wir für die Energieversorgung die kommunalen Players, die die wenigen Großen ablösen. Dann haben wir eine runde Strategie. – Danke schön.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hermann. Du hattest auch die geballte Aufmerksamkeit.

Michael Müller hat als Nächster das Wort. Dann folgt Jörg Jordan.

**Michael Müller, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich haben diejenigen Recht, die sagen, dass wir die Debatte seit 30 bis 40 Jahren kennen. Trotzdem gibt es heute eine andere, eine neue Qualität in der Umweltdebatte, die wir beachten müssen. Während wir damals vor allem versucht haben, für dieses Thema Aufmerksamkeit zu finden, ist es heute eine für jeden reale Bedrohung geworden. Das ist ein qualitativ neuer Punkt. Die Umweltprobleme drohen im Augenblick, sich explosiv zuzuspitzen. Was wir vor allem immer noch nicht begriffen haben: Ein Großteil der Umweltprobleme ist schon nicht mehr zu stoppen. So hat beispielsweise der Klimawandel einen Vorlauf von 30 bis 40 Jahren. Das heißt, in den nächsten Jahren werden auf jeden Fall Klimaänderungen bzw. Wetterextreme zunehmen. Sie sind heute nicht mehr zu stoppen, sondern was wir tun, ist im Grunde genommen die Sicherung von Frieden und Wohlstand in 30 bis 40 Jahren. Aber wenn wir es heute nicht tun, bleibt uns nur die Anpassung, und das hat dramatische Folgen für Demokratie und Freiheit. Deshalb geht es um unglaublich Wichtiges. Wir sind an einem seltenen Gestaltungsfenster der modernen Zivilisation, und es kommt auf uns an, ob wir dieses Gestaltungsfenster öffnen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Es geht nicht mehr um Bewusstseinswerdung von Umweltproblemen; das ist drin. Es geht jetzt darum, welche Antworten wir geben; dass wir nicht einfach nur sagen, wir machen eine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie, sondern dass wir vor allem die größte Angst der Menschen beseitigen und dafür sorgen, dass es gerecht und für jeden verträglich zugeht. Das ist der entscheidende Punkt, der jetzt ansteht.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn man über so etwas redet, dann muss man die Gefahren genau aufzeigen und die Hoffnungen klarmachen, und man sollte keinen Selbstbetrug zulassen.

Bezüglich der Gefahren will ich drei Punkte nennen:



Erster Punkt: Alleine in China ist im Jahre 2005 so viel Stromerzeugungskapazität neu ans Netz gegangen, wie in der Bundesrepublik steht – in einem einzigen Jahr. Trotzdem können wir den Chinesen keinen Vorwurf machen. Ein Chinese beispielsweise emittiert pro Kopf 3,66 Tonnen Kohlendioxyd, also Treibhausgas, pro Jahr, ein Amerikaner hingegen 19,74 Tonnen. Wir können China nicht angreifen oder kritisieren, wenn es bei uns nicht anders geht. Das ist der entscheidende Punkt für den Weltfrieden und auch für die internationale Zusammenarbeit.

Zweites Beispiel: Saudi Arabien hat nach all dem, was wir wissen, wahrscheinlich den Höhepunkt der Ölförderung überschritten. Das heißt, die Zeiten, in denen beispielsweise die Energiemärkte durch eine kurzfristige Steigerung der Produktion stabilisiert wurden, werden in der Zukunft immer seltener sein. Das heißt, das billige Schmiermittel des letzten Jahrhunderts ist nicht mehr da. In der Konsequenz ergeben sich zweierlei Möglichkeiten: Entweder sind wir dabei, intelligent, effizient und innovativ mit Energie und Rohstoffen umzugehen, oder aber es drohen Verteilungskonflikte bis hin zu Kriegen.

Lieber Hermann, die Frage der Ressourcenknappheit hat nicht nur eine soziale Dimension; die ist sehr wichtig. Sie hat vor allem eine friedenspolitische Dimension in diesem Jahrhundert. Das ist der noch viel wichtigere, vielleicht sogar der entscheidende Kern.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will ein drittes Beispiel nennen: Die Veränderungen des Klimas übersteigen unsere Vorstellungskraft. Wir müssen uns einmal Folgendes vor Augen führen: In den letzten 200.000 Jahren schwankte das Erdklima zwischen den tiefsten Punkten und dem Paradies zwischen 10 und 16 Grad. Es waren gerade 6 Grad. Im Augenblick sind wir dabei, innerhalb von 100 Jahren 3 Grad draufzupacken. Wir sind dabei, auf eine zweite Warmzeit hinzusteuern. Das ist die eigentliche Dimension: Nicht, dass es Klimaschwankungen gibt, sondern dass wir die Natur in der Höhe und in der Geschwindigkeit verändern, wie es die Menschheit noch nie getan hat, und weil wir damit ein Experiment mit der Zerbrechlichkeit der Erde machen. Das ist der eigentliche Punkt, das ist unsere Verantwortung, die wir erkennen müssen.

Daraus, liebe Genossinnen und Genossen, muss man zwei Schlussfolgerungen ziehen. Die erste Schlussfolgerung ist: Es wird nicht reichen, ein bisschen mehr Umweltpolitik zu machen, das andere aber so weiterzumachen wie bisher. Das wird nicht funktionieren. Ökologische Herausforderung bedeutet ein tiefgreifendes Umdenken insgesamt in der Gesellschaft. Es ist eine Menschheitsherausforderung und nicht die Herausforderung eines Teilbereichs.

Man muss auch noch eine zweite Schlussfolgerung sehen: Wir müssen über das Wechselverhältnis zwischen Wachstum und Begrenzung reden. Wir müssen die Frei-

heit des Menschen auch dafür nutzen, um zu sagen: Es gibt Grenzen, die wir einhalten müssen, im Interesse des Ganzen, im Interesse der Freiheit und Verantwortung. Das ist eine andere Diskussion als die, die Konservative führen, die glauben, man könnte alles nur mit ein paar technologischen Lösungen hinbekommen. Das ist eine Illusion. Es geht zutiefst um die Frage von Freiheit, von Verantwortung und von Gerechtigkeit. Das sind die Herausforderungen, die sich an uns richten und die wir erfüllen müssen.

Ich darf noch einen dritten Punkt hinzufügen: Wir hatten noch nie so wenig Zeit, so viel zu tun, um einen Roosevelt-Spruch zu nehmen. Nach allen Berichten des Weltklimarates ist es tatsächlich so: Wenn wir es nicht schaffen, bis zum Jahre 2015, also in acht Jahren, die Wende hinzubekommen, dann laufen Prozesse ab, an die wir uns dann nur noch anpassen können.

Das darf nicht sein. Wir kommen zum Teil schon nicht mehr an Anpassungen vorbei. Wenn wir wirklich eine sichere und vernünftige Zukunft wollen, dann muss der Klimawandel jetzt gestoppt werden und dann dürfen wir jetzt nicht nur darüber reden. Wir reden über das Problem, haben es aber zu wenig durchdrungen.

Lasst mich für die SPD deshalb drei Punkte nennen. Wir dürfen die ökologische Dimension nicht als Gegensatz zur sozialen Demokratie definieren, sondern sie ist seine Weiterentwicklung. Die Idee der Nachhaltigkeit war eine sozialdemokratische Idee. Deshalb muss sie sozialdemokratisch umgesetzt werden. Ich finde, es ist eines der zentralen Probleme in unserem Land, dass die Nachhaltigkeit immer mehr zu einem Plastikwort verkommen ist. Damit haben wir keine Zukunftsperspektive. Wir müssen klar sagen, was wir darunter verstehen. Ich finde, das sind vor allem drei Punkte.

Erster Punkt: Wir brauchen ein anderes Verständnis von Zeit. Ökologische Verantwortung heißt: Ich muss mich bei jeder Entscheidung, die ich heute treffe, fragen, ob man diese Entscheidung nach heutigem Wissen auch in weiter Zukunft treffen könnte. Das ist eine andere Dimension als das, was heute vorherrscht, nämlich die Philosophie der Kurzfristigkeit, die uns von den Kapitalmärkten diktiert wird. Mit der heutigen Philosophie der Kurzfristigkeit kann man die ökologischen Probleme nicht lösen. Deshalb brauchen wir auch eine sozialökologische Marktwirtschaft und nicht diesen Unsinn der kurzfristigen Orientierung an kurzfristigen Renditezielen. Dadurch werden die ökologischen Probleme nicht gelöst.

Zweiter Punkt: Wir brauchen die Überwindung des Einheitsdenkens in Macht- und Großstrukturen. Hermann Scheer hat völlig Recht: Ökologische Lösungen sind vor allem dezentral und vielfältig. Sie sind keine einfachen, monokausalen Lösungen, sondern mit ihnen wird versucht, die Kreativität der Menschen auf eine breitere Ebene zu stellen. Beispielsweise in der Energiepolitik: Nicht große Kraftwerke, son-

dern die intelligente dezentrale Nutzung unterschiedlicher Technologien, die bedarfsgerecht miteinander gekoppelt werden, ist Teil einer Energiepolitik der Zukunft. Das ist ein völlig anderer Ansatz. Übrigens sagen wir auch aus diesem Grunde „Nein“ zur Atomenergie; denn der Ausstieg aus der Atomenergie ist die Überwindung einer Verschwendungsstrategie, die genau den Klimaschutz verhindert. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

(Beifall)

Dritter Punkt: Sozialdemokratische Umweltpolitik bedeutet immer Integrationspolitik. Wir haben eine Geschichte als eine Partei des Fortschritts. Ein Fortschritt ist nur gesellschaftlich zu definieren. Lasst mich deshalb am Ende sagen: Wir müssen jetzt vor allem geschlossen Mut zeigen. Wir müssen aufhören, die Umweltpolitik den Umweltpolitikern zu überlassen. Das ist falsch.

(Beifall)

Es muss das zentrale Thema der Partei insgesamt werden. Es hat dieselbe Dimension wie die soziale Frage im letzten Jahrhundert. Nur so können wir das tun. Das gilt für die Regierung genauso wie für die Partei.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Jörg Jordan. Ihm folgt Ludwig Wörner aus Bayern.

**Jörg Jordan, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Den letzten Worten von Michael Müller kann man, wie vielem anderen, natürlich nur zustimmen. Gerade weil ich als Hofsänger auf solchen Parteitag bisher noch nicht hervorgetreten bin, will ich aber doch einmal sagen, dass ich die Rede des Umweltpolitikers Sigmar Gabriel als außerordentlich wohltuend empfunden habe. Das wird dann auch mal gesagt werden dürfen.

(Beifall)

Lieber Sigmar, mich beschäftigt aber die Frage, wie das, was mit dem Antrag richtigerweise angekündigt ist – wir stimmen zu – umgesetzt wird. Wie setzen wir zum Beispiel um, was in unserem Antrag steht?

Damit bin ich bei dem Thema fossile Kraftwerke. Zu diesem Thema will ich ausdrücklich sagen, damit es auch da kein Missverständnis gibt: Ich kann der Position, dass es nur dann neue – auch fossile – Kraftwerke geben kann und soll, wenn dafür klimaschädliche Kapazitäten stillgelegt werden, zustimmen. Das ist ja sozusagen unsere Linie. Der kann ich zustimmen. Ich sage das noch einmal ausdrücklich, damit wir uns hier nicht missverstehen.

(Beifall)

Wie setzen wir dies dann aber tatsächlich durch?

In dem Antrag steht, dass es um 13 fossile Kraftwerke geht. Die Antragskommission hat das interessante Wort „voraussichtlich“ dazugeschrieben. Tatsächlich weiß jeder, der sich wirklich mit der Materie beschäftigt, dass zurzeit geplant wird, 25 Anlagen mit einer Stromleistung von insgesamt 22.000 Megawatt neu zu errichten. Daneben wird geplant, Anlagen mit 4.300 Megawatt stillzulegen. Das heißt, das, was neu geplant wird und insgesamt 165 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> emittieren soll, steht gegenüber eine Stilllegungsplanung von 43 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Das ist das, was zurzeit geplant ist.

Meine Frage an den Sigmar Gabriel ist durchaus ernst gemeint und nicht rhetorisch: Wie werden denn tatsächlich nur solche Anlagen zugelassen, die das ersetzen, was stillgelegt wird? Bei dem, was die entsprechende Industrie plant, kann diese Rechnung nicht aufgehen. Mich würde interessieren: Was ist hier sozusagen der Zusatz des Begriffs „voraussichtlich“? Ist das sozusagen nur die Öffnungsklausel, auf die sich die Antragskommission verständigt hat, weil das Ganze nicht so ernst gemeint ist? Das könnte auch sein. Ich will das nicht hoffen.

Ich habe zu dieser Vermutung noch einen zweiten Punkt, weswegen ich mich hauptsächlich gemeldet habe. Vorweg will ich vielleicht ein konkretes Beispiel anführen. An der Stadtgrenze zu Wiesbaden – das ist der Unterbezirk, aus dem ich komme – soll auf Mainzer Gebiet ein Kraftwerk errichtet werden. Wohlgedenkt: Dieses Kraftwerk ist ein Gemeinschaftskraftwerk der Städte Mainz und Wiesbaden. Das ist prinzipiell natürlich etwas Gutes. Das wird eine Leistung von 823 MW haben. Der Bedarf für beide Städte zusammen beträgt allerdings unter 400 MW. Es steht dort jetzt schon ein Gaskraftwerk mit einer Leistung von 400 MW, das auch beiden gehört und erst 2000 in Betrieb gegangen ist. Es ist hochmodern. Wer ins Internet schaut, der sieht, dass dort damit geworben wird, dass es das modernste und emissionsfreieste, soweit es so etwas gibt, Gaskraftwerk in Europa ist.

Das soll nun stillgelegt – es ist nicht etwa eine schlimme, klimaschädliche Technologie – und durch ein neues, doppelt so großes Kraftwerk ersetzt werden, bei einem Bedarf, der nur die Hälfte ausmacht. Dieses neue Kraftwerk wird insgesamt 4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> neu emittieren. Nur, damit man einmal einen Vergleich hat: Die Stadt Wiesbaden emittiert mit allem Verkehr, Schornsteinen und Autos im Jahr etwa 3 Millionen Tonnen. Das heißt, mehr als doppelt so viel kommt durch ein neues Kraftwerk hinzu. Geschlossen wird dagegen ein weniger emittierendes und hochmodernes Kraftwerk, das eigentlich noch bis 2030 laufen könnte.

Warum geschieht das? Die, die das betreiben wollen, sagen: Mit dem Stromverkauf kann man sehr viel mehr Geld verdienen, als wenn man sozusagen nur den Bedarf der Städte decken würde. Man verdient das Geld im Kern aber durch Klimaschädigung und Luftverschmutzung.

Wenn das irgendein Konzern machen würde, dann würden wir alle sagen: Um Gottes Willen, der schlimme Kapitalismus! Hier geschieht das sozusagen aus Anlass der Stärkung der Haushalte. Aber für das Klimaproblem, von dem Sigmar und die anderen – zuletzt Michael Müller – hier groß geredet haben, ist das derselbe Vorgang. Der Klimaschaden, über den wir hier dauernd reden – von der Kanzlerin über den Bundesminister bis hin zum Stadtrat, Staatssekretär und anderen; auch die Stadt Mainz ist ja zum Beispiel dem Klimabündnis beigetreten und betreibt grad das Gegenteil –, ist groß. Der ergibt sich aus den Emissionen der vielen neuen Kraftwerke, die auf solche Prozesse keine Rücksicht nehmen.

Deswegen ist meine Frage: Wie wird das, was wir hier theoretisch so schön beschließen werden, in die Praxis umgesetzt? Wenn unsere Beschlüsse so sind, dass alle Schlupflöcher erhalten bleiben, sodass ein solches Gegenprojekt wie das der Mainzer durchgeführt werden kann – das ist sozusagen das Gegenprojekt zu dem, was wir hier jetzt beschließen und was alle vernünftigen Leute wollen – und möglich bleibt, dann kann man eigentlich die ganze Beschlussfassung vergessen.

(Beifall)

Weil das so ist und so droht, haben wir einen Initiativantrag gestellt, auf den ich aufmerksam machen möchte. Das ist der Initiativantrag 28. In ihm stehen zwei Dinge:

Neue Kohlekraftwerke oder fossile Kraftwerke nur bei Kraft-Wärme-Kopplung.

(Beifall)

Das soll – das steht auch in unserem Antrag – vorrangig geschehen. Wenn wir den Antrag so beschließen, wie er jetzt gefasst ist, dann ist ausnahmsweise immer das Gegenteil möglich. Jeder hier ahnt doch, dass dann in der Regel die Ausnahme greifen wird, nämlich keine Kraft-Wärme-Kopplung.

Die Antragskommission hat, wie ich sie einschätze, natürlich auch dafür plädiert, unseren Antrag abzulehnen, damit das Schlupfloch, keine Kraft-Wärme-Kopplung machen zu müssen, offen bleibt.

Ich bitte euch, dass ihr der Antragskommission an diesem Punkt nicht folgt, sondern dass ihr klar sagt, was wir wollen, dass nämlich – das kann man gesetzlich regeln – die Kraft-Wärme-Kopplung dann angesagt ist, wenn Kohlekraftwerke gebaut werden sollen. Dafür sollen keine Ausflüchte mehr möglich sein.

(Beifall)

Der zweite Punkt betrifft die Vergabe von Emissionszertifikaten. Auch dazu haben wir einen Antrag gestellt. Da sind wir uns eigentlich alle einig, dass alle Möglichkeiten genutzt werden sollen, um über den EU-Weg zu erreichen, dass wenigstens neue

Kraftwerke für klimaschädigende Maßnahmen zahlen müssen. Es ist aber im Mainzer Fall von einem Staatssekretär schriftlich zugesichert worden, dass die das anders machen können. Das ist die Praxis, über die wir reden. Diese Praxis muss beendet werden.

Wir bitten um klare Beschlüsse dieses Parteitags und bitten euch, die Wege der Antragskommission, das Ganze im Schlupflöcher-Zustand zu lassen, nicht zu bestätigen.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Vielen Dank, Jörg. – Jetzt kommt Ludwig Wörner. Ihm folgt Norbert Römer.

**Ludwig Wörner, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben heute gehört, wie schwierig es war, die Kernenergie, die einmal die Technologie der Zukunft war und von vielen von uns befürwortet wurde, zu beerdigen. Das alles steht noch unter dem Vorbehalt, dass die Regierenden es jederzeit rückgängig machen können, falls sich die Regierung ändert.

Genossinnen und Genossen, ich sage es deswegen so deutlich, weil wir uns erneut auf einen Weg in eine Zukunft begeben, der nicht mehr umkehrbar ist, weil wir in die kleinsten Bausteine dieser Welt eingreifen und uns einbilden, wir können damit eine bessere Welt erzeugen. Ich rede über die Grüne Gentechnik.

Genossinnen und Genossen, wir haben dazu einen Initiativantrag gestellt, von dem ich höre, dass er überwiesen werden soll. Ich glaube, das ist falsch. Es ist eine zukunftsweisende Entscheidung, die man nicht den Fraktionen allein überlassen darf, sondern die von uns allen getragen und entwickelt werden muss.

Wir begeben uns hier auf einen Weg, der nicht wie die Kernenergie umkehrbar ist, sondern der, einmal in die Welt gesetzt, sich ausbreiten wird. Das ist Stand der Technik und unstrittig. Deswegen ist es so wichtig, heute auf dem Parteitag als Partei eine Entscheidung zu treffen und diese nicht Einzelnen in der Fraktion zu übertragen. Wir sollten dies gemeinsam mit der Fraktion tun.

Dazu gehört, dass wir auf die Menschen und auf das schauen, worauf unser Land basiert. Wir haben in Deutschland in erster Linie mit Ausnahme einiger weniger Bundesländer eine kleinstrukturierte Landwirtschaft. Wir haben heute auch gehört, dass es einen Rückgang der Artenvielfalt gibt. Wenn ich allein diese beiden Punkte nehme, müssten wir eigentlich Abschied nehmen von der Grünen Gentechnik.

Die bayerischen Brauer – es gibt ein breites Bündnis von Landwirten, Ökobetrieben und Brauereien – wollen dieser Technik Einhalt gebieten, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Alle diese haben Angst, dass die Artenvielfalt noch mehr als heute

schon reduziert wird. Allein dies müsste eigentlich ausreichen, um zu sagen: Halten wir ein!

Es kommt ein Weiteres hinzu, Genossinnen und Genossen. Wir begeben uns in Abhängigkeiten von einigen wenigen. Wir wissen aufgrund der Energiesituation, wie schwierig Abhängigkeiten sind. Wollen wir eine neue Abhängigkeit entwickeln? Oder wäre es nicht viel intelligenter, auf alte Kulturtechniken, die sich bewährt haben, in der Zucht von Pflanzen zurückzugreifen, um sicherzustellen, dass wir diese Techniken, die wir entwickelt haben, verstärkt nutzen können, was inzwischen mehr als bisher gefordert wird?

Ein weiterer Punkt: Denen, die glauben, sie könnten ohne dieses Zeug nicht leben und sie müssten damit ihre Zukunft gestalten, soll man diese Möglichkeit lassen. Aber man soll den Bundesländern, die dieses Zeug nicht wollen, zugestehen, dass sie es verbieten können. Sagt mir bitte nicht, das könne man aufgrund des EU-Rechts nicht. Österreich und andere Länder machen euch es vor, wie es geht.

(Beifall)

Wir sollten gemeinsam versuchen, unsere Gesetze so zu entwickeln, dass erstens im Rahmen des föderalen Gedankens Bundesländer selbst entscheiden können, ob sie freiwillig beim Anbau gentechnikfrei bleiben wollen. Zweitens sollten wir alles daran setzen, auf EU-Ebene dafür Sorge zu tragen, dass dieses nicht nur freiwillig geschehen kann, sondern auch per Gesetz angeordnet werden kann.

Wenn wir dieses gemeinsam hinkriegen, dann können wir uns sicher sein, dass wir in eine ungefährdetere Welt gehen, dass wir Artenvielfalt schützen und dass wir vor allem nicht abhängig werden. Eines müssen mir die, die so sehr für diese Technik sind, erklären: Wenn diese Technik so völlig ungefährlich ist – wie hier von denen, die sie fördern, behauptet wird –, warum kann dann diese Technik nicht versichert werden? Zeigt mir einen Landwirt, der GVO ausbringt und sich gegen einen Schaden versichern kann. Das ist nicht der Fall. Wenn selbst eine Versicherung den Schutz verweigert, warum sollen wir dann diesem zustimmen? Wir begeben uns auf denselben Weg wie bei der Atomenergie. Wir steigen in etwas ein, aus dem wir im Gegensatz zur Atomenergie nicht mehr aussteigen können.

Wir sollten alles versuchen, um sicherzustellen, dass dieses nicht passiert. Deshalb bitte ich, diesem Initiativantrag zuzustimmen und ihn nicht an die Bundestagsfraktion zu verweisen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Nun hat Norbert Römer das Wort. Ihm folgt Stephan Grüger, Hessen Süd.

**Norbert Römer, Nordrhein-Westfalen:** Genossinnen und Genossen! Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass es jetzt vor allem darauf ankommt, die Politik, die wir in dem Leitantrag, den wir hoffentlich gleich mit großer Mehrheit beschließen werden, beschrieben haben, in den Ländern umzusetzen.

Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Ich habe im nordrhein-westfälischen Landtag in der SPD-Landtagsfraktion Verantwortung als stellvertretender Vorsitzender für die Bereiche Klimapolitik, Energiepolitik, Verkehrspolitik und Umweltpolitik. Meine berufliche Herkunft ist eng verknüpft mit meinem gewerkschaftlichen Zuhause, mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie. Deshalb weiß ich, dass es vor allem darauf ankommen wird, für das, was wir hier beschließen und was wir in praktische Politik umsetzen müssen, das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen.

Die Kolleginnen und Kollegen haben nicht nur in Nordrhein-Westfalen, dort insbesondere in der Chemie-Industrie, der Energiewirtschaft und der Stahlindustrie, ganz klare Anforderungen an uns. Sie wollen, dass wir mithelfen, dass die industriepolitischen Weichenstellungen in der Weise vorgenommen werden, dass wir auch zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze haben.

Viele von denen verbinden selbstverständlich auch mit unserer Politik große Hoffnung. Wir in Nordrhein-Westfalen haben die Erfahrung machen müssen, dass diejenigen, die dort regieren – die Gelben und die Schwarzen – überhaupt kein Interesse an einer vernünftigen Klimaschutzpolitik haben. Deshalb ist es für die Mehrheitsfähigkeit unserer Partei so wichtig, auch und besonders in Nordrhein-Westfalen wieder dafür zu sorgen, dass wir in die Regierungsverantwortung kommen.

Genossinnen und Genossen, die Anforderungen an eine ökologische Industriepolitik und an moderne Klimaschutzkonzepte sind selbstverständlich in den einzelnen Bundesländern häufig nicht miteinander vergleichbar. Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern und im Industrieland Nordrhein-Westfalen müssen wir verschiedene Wege gehen, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen. Ich will nur zwei Zahlen nennen: Nordrhein-Westfalen hat allein einen Anteil von 27 % am deutschen Energieverbrauch. Noch deutlicher ist die Lastenverteilung in der Energiewirtschaft und in der Industrie: Rund 44 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen der deutschen Energiewirtschaft und der Industrie, die vom Emissionshandel umfasst ist, entstehen in Nordrhein-Westfalen. Daraus resultiert zweierlei: Ohne Nordrhein-Westfalen, Genossinnen und Genossen, sind die deutschen Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Zweitens: Nordrhein-Westfalen – das ist ja die Konsequenz einer solchen veränderten Politik – ist von den notwendigen Maßnahmen besonders betroffen.

Gerade weil ich aus Nordrhein-Westfalen komme, gerade weil ich in der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie meine gewerkschaftlichen Wurzeln habe, werbe



ich auch hier um das, was Sigmar Gabriel hier als Leitantrag „Ökologische Ökonomie“ vorgestellt hat. Wir überwinden damit den scheinbaren Gegensatz von Umwelt und Arbeit. Wir verbinden beides. Das ist für das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen von überragender Bedeutung. Ich bin zuversichtlich, dass wir damit dann nicht nur die Herzen, sondern auch die Köpfe der Menschen gewinnen, wenn sie uns in eine vernünftige Politik folgen wollen.

Ich möchte an einem Beispiel verdeutlichen, wie wichtig das für uns ist: Diese CD ist ein Beispiel für die Vernetzung in Deutschland. CDs und DVDs werden in ganz Deutschland abgespielt. Die Emissionen aus der Produktion fallen aber sehr zentral an. Rohstoff für CDs ist Makrolon. Das wird im Chemiepark Krefeld-Uerdingen am Niederrhein hergestellt. Dort steht eine der größten Produktionsanlagen für Makrolon in Europa. Um es ganz klar zu sagen: Wir wollen auch, dass das so bleibt. Wir wollen, dass auch in Zukunft die Menschen in Nordrhein-Westfalen an diesem Chemiestandort mit diesem Produkt Arbeit haben. Das ist uns ganz wichtig.

(Beifall)

Hier unterscheiden wir uns, Genossinnen und Genossen – auch das müssen wir deutlich herausstellen –, von den Grünen. Unsere Antwort auf den Klimawandel ist nicht die De-Industrialisierung. Nein, wir wollen beides miteinander verbinden. Deshalb werben wir für eine ökologische Industriepolitik.

Auch deshalb ist es wichtig, dass Kohle, dass Öl, dass Gas als stoffliche Basis unserer Industrie zu bewahren sind. Sie sind viel zu kostbar, um sie kurzfristig zu verteuern. Auch deshalb ist bei der Energiegewinnung der Anteil der erneuerbaren Quellen stetig zu erhöhen, weil sie die endlichen Rohstoffe als Basis unserer industriellen Produktion auch schonen helfen. Auch das ist am Beispiel der Rohstoffe für die CDs wichtig.

Genossinnen und Genossen, mir kommt es darauf an, dass wir beides miteinander verbinden können. Deshalb werbe ich auch dafür, wie es Sigmar Gabriel am Niederrhein getan hat, dass wir hoch moderne, hoch effiziente neue Kohlekraftwerke nicht nur in Nordrhein-Westfalen, aber dort besonders, bauen, um auch unseren Beitrag zu mehr Effizienz, zu einer besseren Schonung von Rohstoffen zu leisten und vor allem dafür auch ein Beispiel für die Welt liefern. Michael Müller hat doch völlig recht: China wird auf Kohle nicht verzichten und nicht verzichten können. Deshalb müssen wir helfen, dass wir an diesem Punkt auch für die Welt, für den Export gute Beispiele setzen. Dafür können hoch moderne und hoch effiziente Kohlekraftwerke einen Beitrag leisten. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Nächster Redner ist Stephan Grüger. Ihm folgt Frank Schwabe, Nordrhein-Westfalen.

**Stephan Grüger, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin ein bisschen stolz auf meine Partei, dass wir nun auf diesem Parteitag diesen speziellen Leitantrag beraten. Zur Erinnerung: Vor zwölf Jahren hat der Juso-Bundesverband eine zweijährige Solarkampagne durchgeführt. Ein paar von den Mittelalten werden sich vielleicht noch daran erinnern, weil sie mitgemacht haben. Es gab damals in der Partei viel positive Resonanz dafür, aber auch viel freundliche Ablehnung, vor allem auch auf Bundesparteitagen. Wir haben damals prophezeit: In spätestens einer Dekade, liebe ältere Genossinnen und Genossen, werden wir dieses Thema auch im Rahmen eines Leitantrages diskutieren. – Das ist jetzt geschehen. Da zeigt sich wieder, dass die Jusos ein ganz wichtiger und sinnvoller Bestandteil dieser Partei sind.

(Beifall)

Wir haben damals im Rahmen der Solarkampagne auf eine wichtige Sache hingewiesen, auf die jetzt auch in den Wortbeiträgen hingewiesen wurde: Der ökologische Umbau der Energiewirtschaft hat zwingend eine Dezentralisierung der Energiewirtschaft zur Folge. Es wäre nicht falsch gewesen, das noch etwas deutlicher in diesem Antrag zu unterstreichen. Vor allem wäre es sicherlich nicht falsch gewesen, in diesem Zusammenhang auch auf die positiven makroökonomischen Folgen dieser Dezentralisierung hinzuweisen, nämlich dass wir die Wertschöpfung im Land behalten – Andrea und Hermann Scheer haben darauf hingewiesen –, statt Devisen an Ölscheichs zu überweisen. Ich meine, das ist ein ganz wichtiger Punkt dieses Umbaus. Es geht nicht nur um erneuerbare Energien, sondern es geht um dezentrale erneuerbare Energien.

Diese Dezentralisierung in der Produktion bedeutet aber auch eine Dezentralisierung der Distribution, also der Verteilung. Das ist die zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende. Diese Voraussetzung ist in Deutschland auf den ersten Blick eigentlich ganz gut gegeben. Wir haben 800 Stadtwerke, die Verteilnetzbetreiber sind. Das einzige Problem ist: 30 % dieser Stadtwerke gehören bereits den vier Großen. Die Übertragungsnetze, also die 110- und 380-KV-Leitungen, gehören auch den vier Großen. Ohne Übertragungsnetze, liebe Genossinnen und Genossen, ist aber diese Dezentralisierung gar nicht möglich, weil die Übertragungsnetze – wie der Name ja schon sagt – die Energieüberschüsse und -unterschüsse zwischen den Verteilnetzbetreibern ausgleichen. Wenn aber diese Übertragungsnetze nicht darauf ausgerichtet werden, diesen Verteilnetzbetreibern Energien zu- bzw. abfließen zu lassen, wie es die Großen im Augenblick zum Teil machen, dann haben wir ein Problem mit diesen vielen kleinen Energiequellen, die wir dann in diese Übertragungsnetze hineinschieben wollen.

Das will heißen: Es ist in der Tat eine technologische Frage, die da entschieden wird. Darüber lassen wir im Augenblick welche entscheiden, die nicht unbedingt das wollen, was wir wollen.

Deswegen haben die Jusos vor zwölf Jahren im Rahmen ihrer Solarkampagne – übrigens gleichzeitig mit der dänischen Regierung – gefordert, man müsse die Übertragungsnetze verstaatlichen. Das ist damals mit Hohngelächter beantwortet worden. Diese Frage hat sich aber nach zwölf Jahren eher verschärft als erledigt.

(Beifall)

Denn in dem Antrag heißt es ja selbst: „Deshalb ist es notwendig, die Erzeugung von Strom und den Betrieb der Netze wirksamer als bisher voneinander zu trennen.“ Im Antrag wird das auf die Frage der Preisgestaltung bezogen. Auch da ist das in der Tat eine wichtige Frage. Diese Frage stellt sich aber auch in Bezug auf die Förderung regenerativer Energien. Ehrlich gesagt, Genossinnen und Genossen, ich traue den Großen da nicht. Die haben bisher zu viel Widerstand geleistet und zu viel Wasser in den Wein gegossen, als dass ich glaube, die würden irgendetwas dafür machen, dass wir unsere Energiewende hinbekommen. Die haben doch ganz andere Interessen. Es ist doch blauäugig zu glauben, dass die ihre Profitinteressen hintanstellen, um das zu machen, was aus unserer Sicht volkswirtschaftlich sinnvoll ist.

Deswegen, Genossinnen und Genossen, sage ich euch eines: Vor zwölf Jahren haben wir als Jusos – nun bin ich es ja nicht mehr – angefangen, über die Energiewende zu diskutieren, mit freundlicher Unterstützung von Hermann Scheer. In spätestens zwölf Jahren – vielleicht und hoffentlich früher – werden wir hier auf einem Parteitag ernsthaft auf der Basis eines Leitantes des Parteivorstands über die Verstaatlichung der Netze reden müssen,

(Beifall)

und zwar nicht aus ideologischen Gründen und auch nicht nur aus technologischen Gründen, sondern aus ökonomischen, aus volkswirtschaftlichen Gründen, liebe Genossinnen und Genossen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Nächster Redner ist Frank Schwabe. Zum Schluss spricht Roswitha Müllerwiebus.

**Frank Schwabe, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, das Klimathema ist die Herausforderung Nummer 1 der Menschheit. Ich glaube, das ist heute auf dem Parteitag deutlich geworden. Es war klar, dass die Menschen in Deutschland das so sehen. Das kann man an den Umfragewerten ablesen. Es war – wenn man in der Partei herumkommt – eigentlich auch klar, dass die gesamte Partei das so sieht. Ich glaube, es ist wichtig, dass auch deutlich geworden ist, dass es auch bei den Funktionären angekommen ist. Ich glaube, das ist das starke Signal hier heute von Hamburg.

Es geht beim Klimawandel letztendlich auch um die Frage der demokratischen Gestaltungsfähigkeit unserer Gesellschaft. Kurt Beck hat gestern darauf hingewiesen, dass es Aufgabe der Politik, Aufgabe des Staates ist, das zu tun, was er tun kann. Ich glaube, bei der Frage des Klimawandels haben wir ein Zeitproblem, weil wir schnell handeln müssen. Ich glaube, die demokratisch verfassten Gesellschaften müssen deutlich machen, dass sie mit diesem Problem in den nächsten Jahren umgehen müssen.

Der Umbau ist möglich – auch das ist heute schon angesprochen worden –, im Übrigen auch in Nordrhein-Westfalen. Da haben wir natürlich traditionelle Industrien und traditionelle Energieträger. Wir haben aber auch ganz viel Neues. Evonik plant jetzt zum Beispiel in Marl ein neues Solarkraftwerk mit 1.000 neuen Arbeitsplätzen. Auch das ist Nordrhein-Westfalen.

Wir haben ein Stück weit ein Problem mit denjenigen, die heute bestimmte ökonomische Interessen haben, die ich ihnen gar nicht vorwerfe. Es gibt egoistische ökonomische Interessen, das, was man irgendwo an Kapital eingesetzt hat, auch hinterher als Dividende wieder zurückzubekommen. Ich glaube allerdings, unsere Aufgabe in der Politik als Sozialdemokratische Partei ist, für die Gesellschaft festzulegen, welche Interessen eigentlich die Gesellschaft für die Zukunft hat, und daran den Umbau entsprechend zu organisieren. Wir müssen auch den aktuellen Kapitalismus so, wie er funktioniert, kritisieren, weil der nämlich dem Umbau ein Stück weit entgegensteht. Wir haben eine Kurzfristökonomie, bei der manche Manager nur noch gucken, wie der Börsenkurs in drei Monaten ist, und danach entsprechend Politik betreiben und nicht überlegen, wie es in fünf oder zehn Jahren mit der Zukunftsfähigkeit des Unternehmens, gar der Gesellschaft, aussieht. Auch da ist es notwendig, dass die Politik entsprechende Vorgaben macht.

Wir haben in der Tat mittlerweile auf Bundesebene eine sehr engagierte Diskussion zum Klimathema. Es ist schon ärgerlich – auch das ist angesprochen worden –, dass die Kanzlerin durch die Welt fährt, sich feiern lässt für progressive Klimapolitik. Wenn man allerdings in die Niederungen geht, in die Bundestagsfraktion, dann stellt man fest, dass CDU und CSU ständig blockieren. Sie blockieren, wo man nur blockieren kann. Ich sage aber auch einmal ganz vorsichtig: Es ist auch so, dass nicht in allen Ministerien – auch nicht in sozialdemokratisch geführten – angekommen ist, dass auch die Ministerialbürokratie sich diesem Thema verschreiben muss, sondern da gibt es viele Hindernisse, wo man sich fragt: Haben die eigentlich den Ernst der Debatte verstanden? – Insofern ist der Parteitag heute ganz wichtig. Wir senden das Signal hier von Hamburg. Wir machen auch die Bundesregierung flott, und zwar alle Ministerien. Das machen wir geschlossen von diesem Parteitag aus.

(Beifall)

Deswegen ist es notwendig, dass das Klimaprogramm, von dem heute schon gesprochen wurde, umgesetzt und verabschiedet wird, und zwar noch vor Bali. Wir haben die Weltklimakonferenz Anfang Dezember vor uns. Deutschland geht in der internationalen Debatte als Vorreiter voran. Dafür muss man allerdings auch glaubwürdig zu Hause Politik machen.

Wenn das alles richtig ist, was Sigmar Gabriel hier heute gesagt hat, dann ist es eben notwendig, ihm den Rücken zu stärken, deutlich zu machen: Dieses Klimaprogramm muss am 5. Dezember in das Bundeskabinett, damit er mit einem starken Signal entsprechend nach Bali fahren kann.

Ich will noch kurz auf einen Änderungsantrag eingehen, bei dem ich das Votum der Antragskommission überhaupt nicht nachvollziehen kann. Es geht um den Initiativantrag 35. Da geht es um die Frage von Dienstwagen und Tempolimit. Liebe Genossinnen und Genossen, es geht nicht, dass wir hier allgemein wunderbar beschreiben, wie wichtig Klimaschutz ist und was man da so alles tun könnte und müsste, und dann, wenn es ganz konkret wird, sagen: Nein, das sehen wir aber an der Stelle ganz anders.

Es ist heute schon angesprochen worden: Die Frage des Klimaschutzes ist auch eine soziale Frage. Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es so ist, dass die Hälfte der Neuwagen bei der Anschaffung Dienstwagen sind, dann muss mir mal jemand erklären, warum wir eigentlich noch steuerlich fördern, dass es Dienstwagen gibt, die 15, 20 Liter und mehr verbrauchen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das kann nicht Politik der Sozialdemokratie sein. Insofern empfehle ich euch an der Stelle: Zustimmung zum Änderungsantrag und Ablehnung des Votums der Antragskommission.

Ähnliches, liebe Genossinnen und Genossen, wünsche ich mir auch beim Thema Tempolimit. Es gibt eine klare Mehrheit in der Bevölkerung beim Thema Tempolimit. Es gibt auch eine klare Mehrheit innerhalb der Partei, behaupte ich, und es ist notwendig, liebe Genossinnen und Genossen, dass heute auf diesem Parteitag deutlich wird, dass die Partei für dieses Tempolimit steht

(Beifall)

und der Bundestagsfraktion – ich sage das aus gutem Grund – und auch den beteiligten Ministerien entsprechend Dampf macht. – Liebe Genossinnen und Genossen, herzlichen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Die nächste Rednerin ist Roswitha Müllerwiebus; ihr folgt Gerd Bollermann.

**Roswitha Müllerwiebus, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen, erst einmal möchte ich – ich glaube, auch stellvertretend für alle diejenigen, die sich wie ich über zig Jahre mit diesem Thema beschäftigen – Sigmar Gabriel ganz herzlich dafür danken, dass er mit dieser Vehemenz das Thema Energieversorgung, Klimaschutz in den Vordergrund stellt. Ich freue mich über die heutige Diskussion und möchte nicht vieles von dem wiederholen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner hier Richtiges gesagt haben.

(Beifall)

Ich habe aber besonders einen Punkt im Visier, der mir in der Diskussion in unserer Partei zu kurz zu kommen scheint. Das ist im Zusammenhang mit dem Thema Kernenergie, Nutzung der Kernenergie, das Thema Kernfusion. Wir meinen immer die Kernspaltung, wenn wir von Kernenergie sprechen, aus der wir aussteigen wollen. Auf der anderen Seite fördern wir mit viel Geld die Entwicklung der Kernfusion. Hier ist zu Recht gesagt worden, eine zentrale Frage in dem Komplex Energiewirtschaft ist der Übergang von zentraler zu dezentraler Energieversorgung. Das beißt sich jedoch entschieden, denn Kernfusionskraftwerke wären eine noch zentralere Konstruktion, könnten nur von den größten Energieversorgungsunternehmen betrieben werden und würden unseren Zielen klar zuwiderlaufen.

Ich lese in dem Antrag zwar nicht ein deutliches Bekenntnis zur Kernfusion. Aber es steht immerhin drin, es ist nicht hinnehmbar, dass die Kernfusion das einzig globale Energieforschungsprojekt ist. Das hat für mich schon einen positiven Unterton. Ich denke, wir müssen wirklich darüber diskutieren, ob wir an der Stelle denselben Fehler wiederholen, den wir in den 50er-, 60er-Jahren gemacht haben, indem wir gesagt haben: Kernenergie in Form von Kernspaltung ist das Ei des Kolumbus.

Wir haben auf dem letzten Landesparteitag in Schleswig-Holstein einen Antrag verabschiedet, den ich euch hier zur Kenntnis geben möchte. Der sagt, wir wollen die Forschung und Entwicklung der Kernfusion sobald wie möglich beenden. Das heißt, wir sind uns der Verpflichtungen, die wir international eingegangen sind, noch bewusst, aber es sollte sobald wie möglich beendet werden, und die freiwerdenden Mittel sollten in die Forschung und Entwicklung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz mit einfließen.

Wir haben ja nicht alle, aber viele dieser Technologien schon, mit denen wir wirklich zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umsteigen können.

Lasst mich noch zwei Punkte erwähnen. Wir tagen hier in Hamburg. In Hamburg fahren inzwischen neun Wasserstoffbusse im regulären Linienverkehr. Das ist Tech-

nologie von morgen. Sigmar, das sind die neuen Kraftstoffe, die du angesprochen hast. Die könnt ihr hier besichtigen. Steigt doch mit eurem HVV-Ticket einmal in die hellblauen Linienbusse. Es handelt sich um eine hocheffiziente Technologie. Brennstofftechnologie im Zusammenhang mit Wasserstoff ist absolut sauber. Also, wir haben alle Möglichkeiten.

Zum Schluss möchte ich dann noch den Antrag von Jörg Jordan ganz deutlich unterstützen. Wir können uns keine neuen fossilen Kraftwerke leisten, die nicht mit Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden.

(Beifall)

Kraft-Wärme-Kopplung bedeutet aber auch, wir brauchen eine Abnahmeverpflichtung auf der anderen Seite; denn es macht keinen Sinn, diese Wärme zu produzieren und sie dann nicht zu nutzen. Das heißt, an der Stelle müssen wir uns ganz klar positionieren.

Die erneuerbaren Energien anzuwenden heißt eben, alle möglichen Technologien und alle möglichen Maßnahmen zu kombinieren. Wir haben eine Artenvielfalt. Aber wir haben auch eine Energievielfalt in der Natur, die wir aus dem Blick verloren haben. In der Kombination können wir damit den Umstieg schaffen. Wir brauchen weder Kernenergie auf Dauer noch andere Energien. Ich bitte euch ganz klar, besonders über den Komplex Kernfusion in dem Zusammenhang noch einmal nachzudenken. – Danke schön.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Danke, Roswitha. – Der letzte Redner ist Gerd Bollermann, Nordrhein-Westfalen.

**Gerd Bollermann, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte noch einmal auf den U 1, den Initiativantrag, und den Änderungsantrag 35 zu sprechen kommen.

Bevor ich darauf eingehe, noch etwas Allgemeines zu den U 39 bis 43, die sich alle mit dem Thema Tempolimit beschäftigen: Für mich ist es nicht einsichtig, dass wir auf Parteitag diskutieren und schließlich über 30-, 40-seitige Leitanträge abstimmen, zu denen es noch einmal zig Änderungsanträge und Initiativanträge gibt. Zum Schluss wissen einige gar nicht mehr genau, worüber sie abstimmen. Aber wenn Ortsvereine und Unterbezirke klare Anträge, die aus ein oder zwei Sätzen bestehen, zum Beispiel „Einführung Tempo 130 auf Autobahnen“, dann gibt es eine Überweisung an die Bundestagsfraktion. Ich kann so etwas absolut nicht nachvollziehen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Jetzt zu unserem Änderungsantrag 35 zu U 1, zu dessen zweitem Teil die Antragskommission sagt: Ablehnung. Wir wollen damit die steuerliche Besserstellung hochverbrauchender Dienstwagen abschaffen. Ein schneller und unbürokratischer Weg zum Klimaschutz ist die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 Kilometern pro Stunde. Zu der Frage der Dienstwagen haben meine Kollegen Bülow und Schwabe gerade einiges gesagt. Ich kann es absolut nicht nachvollziehen, dass diejenigen, die das meiste CO<sub>2</sub> in die Luft blasen, steuerlich auch noch am meisten gefördert werden. Wer will dies denn erzählen, wenn wir das, was wir gerade gehört haben, einigermaßen ernst nehmen?

(Beifall)

Zum Tempolimit: Die Arbeitsgruppe „Umwelt“ im Deutschen Bundestag hat sich einstimmig für ein allgemeines Tempolimit 130 auf deutschen Autobahnen ausgesprochen. Wir möchten nicht, dass dieses Thema an uns überwiesen wird; wir möchten, dass ihr uns Rückendeckung dafür gebt, damit der Parteitag sagt, jawohl, wir als SPD wollen ein allgemeines Tempolimit von 130 km haben und machen damit deutlich: Wir sind die Umweltpartei in Deutschland.

(Beifall)

Noch ein paar Argumente zur Umweltrelevanz. Nach einem Bericht des Umweltbundesamtes können 2,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> mit einem allgemeinen Tempolimit eingespart werden. Dies ist ein Wert, von dem man sagt: Na ja, das ist nicht gerade viel. Dieser Wert ist aber aus dem Jahr 1992. Danach hat es keine weiteren Untersuchungen gegeben, warum auch immer. Man muss sehen: Von 1992 bis heute hat sich die Zahl der zugelassenen Kfz von 36.500 auf 55.600, um 50 Prozent, erhöht. Man kann also davon ausgehen, dass wir heute eine wesentlich höhere Einsparung an CO<sub>2</sub> hätten als im Jahr 1992.

Noch kurz zur Verkehrssicherheit: Wir haben in einem interfraktionellen Abend Martin Mönninghoff von der Polizeihochschule Münster bei uns gehabt. Ich vertraue unseren Verkehrspolitikern sehr. Aber ich glaube, die Fachleute, die am meisten damit zu tun haben, sind immer noch unsere Polizisten. Die haben nämlich mit den Folgen zu tun, das ist ihr Job; sie müssen nach den Unfällen die Toten aus dem Kfz herausholen. Herr Mönninghoff hat eindeutig gesagt: Die Verkehrssicherheit wird durch ein Tempolimit gestärkt. Dies bestätigen auch alle Polizeipräsidien in Deutschland. 65 Prozent aller tödlichen Unfälle auf den Autobahnen ereignen sich in den Bereichen, wo es kein Tempolimit gibt.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, es ist eindeutig: Lasst Taten folgen und zu den phantastischen Redebeiträgen, die wir von Sigmar Gabriel, Michael Müller und Hermann Scheer gehört haben, an dieser Stelle ein Signal setzen. – Vielen Dank.

(Beifall)



**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind am Ende einer spannenden und engagierten Debatte zum Leitantrag Ökologie. Bevor wir in die Abstimmung zum Leitantrag einsteigen, haben wir noch zwei Änderungsanträge zu diskutieren, den IA 28 und IA 35. Wir müssen das konzentriert diskutieren, weil es auch dazu noch Wortmeldungen gibt. Zuerst gebe ich das Wort aber Christoph Matschie für die Antragskommission.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Bevor ich zu den vorgeschlagenen Änderungen zum Leitantrag, den IA 28 und IA 35, komme: Eine Genossin hatte vorhin noch einen Änderungsantrag auf der Grundlage von § 9 unserer Geschäftsordnung gestellt, in dem es um das Kapitel nachwachsende Rohstoffe geht. Da soll der Satz angefügt werden: „Auch muss die Deckung des wachsenden Bedarfs an Lebensmitteln aus der Landwirtschaft gewährleistet werden.“ Die Antragskommission schlägt vor, diesen Satz zu übernehmen. Vielleicht können wir darüber zuerst abstimmen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wenn ihr das übernommen habt, dann wird darüber nachher im Gesamtpaket abgestimmt.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Okay. Dann zu dem Änderungsantrag 28. Die Antragskommission empfiehlt, den ersten Punkt – ausschließlich Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zu genehmigen – abzulehnen. Dazu wird Sigmar gleich noch etwas sagen.

Zum zweiten Abschnitt, wo es um die Weiterentwicklung des Zertifikatehandels geht, empfiehlt die Antragskommission Annahme in geänderter Fassung. Ich trage das ganz kurz vor. Es wird angefügt: „In der nächsten Handelsperiode ist eine Veräußerung der Emissionszertifikate gemäß der EU-Richtlinie von 10 Prozent vorgesehen. In der dritten Handelsperiode ab 2013 wollen wir eine deutliche Anhebung dieser Veräußerungsmöglichkeit mit dem Ziel...“. Der Satz: „In der dritten Handelsperiode...“ soll gestrichen werden.

Zum Initiativantrag empfiehlt die Antragskommission zum ersten Absatz die Annahme und zum zweiten Absatz Ablehnung. Es geht um die Dienstwagen und die Frage der Geschwindigkeitsbegrenzung. Dazu gibt es noch U-Anträge, wo die Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung vorgesehen. Deshalb wollten wir das nicht in den Leitantrag integrieren. An dieser Stelle lehnen wir es ab.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Danke, Christoph. – Ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen zu den I-Anträgen. Als Erster Sigmar Gabriel.

**Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich wollte zu einem Teil der Initiativanträge, aber auch zu zwei oder drei Vorschlägen aus der Debatte kurz etwas sagen.

Es gibt einen Initiativantrag von Elvira Drobinski-Weiß, die beantragt hat, dass wir uns komplett gegen Forschung auf dem Feld der grünen Gentechnik aussprechen sollen. Liebe Genossinnen und Genossen, Uli Kelber hat in der Bundestagsfraktion in nicht ganz einfachen Verhandlungen ein kluges Gesetz zum Schutz derjenigen auf den Weg gebracht, die keine Gentechnik in der landwirtschaftlichen Produktion anwenden wollen, und dabei eine ganze Reihe von Bedingungen ausgehandelt, die insbesondere dem entgegenkommen, was der Genosse aus Bayern hier vorgetragen hat.

Ich würde aber dringend davon abraten, dass die SPD heute auf dem Parteitag beschließt: Wir wollen prinzipiell im Bereich der Gentechnik nicht weiter forschen, Freilandversuche nicht akzeptieren und uns überhaupt nicht mit dem Thema auseinandersetzen. Warum? Weil ich glaube, dass es bereits heute Beispiele dafür gibt, dass auch die Gentechnik uns helfen kann, einen Teil der Herausforderungen zu lösen. Natürlich gibt es viele andere Beispiele, die belegen, dass wir die Finger weglassen sollten. Ich möchte deshalb ein Beispiel nennen, das zeigt, dass beides möglich ist:

Die BASF hat eine gentechnisch veränderte Kartoffel zur Stärkeproduktion entwickelt. Bislang bekommen wir aus einer Kartoffel zwischen 10 und 20 Prozent Stärke heraus und müssen dafür sehr viel Wasser aufwenden. Die Veränderung dieser Kartoffel mittels Gentechnik führt dazu, dass wir 80 Prozent des Wassereinsatzes sparen und deutlich mehr Stärke gewinnen. Das Ganze passiert in geschlossenen Kreisläufen.

Es erreicht nicht die Nahrungsmittel- oder die Futtermittelindustrie. Es führt nicht dazu, dass Ausstüßungen möglich sind. Das heißt, es ist eine aus ökologischer Sicht vernünftige Entwicklung. Deswegen würden wir als Bundesumweltministerium, solange es sich um die Stärkeproduktion handelt, zustimmen. Selbst die Behörde, die in meinem Haus absolute Gegner der Gentechnik ist, das Bundesamt für Naturschutz, hat in dieser Frage keine Einwendungen finden können.

Nun hat BASF beantragt, es auch in die Futtermittelindustrie zu bringen, und wir stellen fest: Es gibt dabei einen Genmarker, der Antibiotikaresistenz auslösen kann. Es ist natürlich nicht besonders klug, den Landwirten über einen schwierigen Prozess die Antibiotika in der Schweinemast zu verbieten und sie dann über die Kartoffel den Schweinen direkt zuzuführen. Deswegen ist das eine falsche Entwicklung der Gentechnik, und deshalb werden wir dem nicht zustimmen.

Ich will mit dem Beispiel deutlich machen, dass es natürlich immer beide Möglichkeiten gibt und dass wir nicht blind technikgläubig alles machen dürfen, was möglich ist; dass wir aber nicht genauso blind alles ablehnen dürfen, nur weil es Risiken beinhaltet. Technologischer Fortschritt, liebe Genossinnen und Genossen, ist in der Arbeiterbewegung nie risikofrei gewesen, ist in der ganzen Welt nicht risikofrei gewesen.

Wir haben gelernt, dass wir Technik bewerten und abschätzen müssen, um uns dann dafür oder dagegen zu entscheiden. Aber was wir nicht machen können, ist, dass wir von vornherein erklären: „Keine weitere Forschung, denn wir wollen mit den Problemen nicht belastet werden“, und uns damit gleichzeitig Chancen der Entwicklung verbauen.

Die SPD hatte einmal einen Wahlkampfslogan, der „Fortschritt nur mit uns“ lautete. Die CDU hatte einmal einen Wahlslogan, der lautete: „Keine Experimente“. Genossinnen und Genossen, lasst uns nicht die Slogans tauschen, sondern sagen: Fortschritt nur mit uns, aber sehenden Auges und nicht blind. – Das ist mein Plädoyer, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zweitens zur Kohledebatte. Alle, die die Kohle hier problematisiert haben, haben im Kern natürlich Recht: Die Nutzung der Kohle, der Stein- und der Braunkohle, ist in der Klimadebatte ein Problem; das ist gar keine Frage. Aber wir haben ein Instrument gefunden und entwickelt, und das scheint die SPD völlig zu vergessen, obwohl SPD die erste Partei gewesen ist, die in der programmatischen Diskussion über ökologische Marktwirtschaft dieses Instrument programmatisch beschlossen hat. Was machen wir denn in der Auseinandersetzung um CO<sub>2</sub> und Kohlekraftwerke? Wir sagen: Liebe Leute, wir haben die Atmosphäre über Jahrzehnte als Deponie benutzt. Wir haben dort alles Mögliche abgelagert. Der Unterschied zu unseren alten Hausmülldeponien ist, dass wir die Deponie in der Atmosphäre nicht sehen und nicht riechen. Bei den Hausmülldeponien haben wir irgendwann gemerkt: Die sind voll, da läuft es raus, es stinkt, wir müssen etwas unternehmen. Inzwischen merken wir übrigens auch, dass die Atmosphärendeponie voll ist: durch Stürme, Flutkatastrophen, Trockenheit und anderes mehr.

Was haben wir bei den Hausmülldeponien als Erstes gemacht? Wir haben dem Abfall einen Preis gegeben. Übrigens haben wir den Leuten nicht gesagt, sie sollen weniger konsumieren, sondern wir haben gesagt: Wenn du etwas konsumierst oder produzierst, was Abfall hervorruft, dann wird dich das Geld kosten. – Dann haben sich die Leute überlegt, ob es eigentlich schlauer ist, Geld zu sparen, indem man etwas kauft, was am Ende nicht so viel Abfall ergibt, oder ob sie Geld ausgeben wollen. Die Industrie hat Produkte erstellt, bei denen sie sich am Anfang überlegt hat, was damit eigentlich passiert, wenn der Lebenszyklus vorbei ist. Wir haben Recycling entwickelt. Heute konsumieren wir mehr als in den 80er-Jahren, aber wir haben viel weniger Abfälle, weil es endlich etwas kostet, Abfall zu produzieren.

Bei CO<sub>2</sub> machen wir nichts anderes: Wir geben dem Abfall, dem Treibhausgas einen Preis und nennen das Emissionshandel. Das wird öffentlich wenig erklärt. Deswegen – auch wenn wir es schon lange debattieren – gebt mir die Chance, es einmal zu erklä-

ren: Stellt euch vor, der Inhalt dieses Glases Wasser sind die Rechte für CO<sub>2</sub>. Alle paar Jahre machen wir nun Folgendes: Wir nehmen etwas heraus.

Übrigens: Unter Rot-Grün war der Schluck, den wir herausgenommen haben, ziemlich klein, weil wir experimentiert haben und noch nicht wussten, wie es geht. Wir haben jährlich 2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> gesenkt. Jetzt haben wir beschlossen, zum 1. Januar 2008 wieder einen Schluck aus dem Glas zu nehmen, aber der Schluck ist größer. Fast 60 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Berechtigung nehmen wir heraus, und dann machen wir einen Deckel oben drauf und sagen: Was immer ihr für Kraftwerke baut – ihr müsst wissen, mehr als das, was im Glas drin ist, gibt es nicht. Ihr könnt Braunkohlekraftwerke bauen, wann ihr wollt, aber ihr müsst wissen, ihr werdet daran Pleite gehen, weil ihr sie dann nicht anstellen dürft, denn es gibt nicht mehr CO<sub>2</sub>-Berechtigung als das, was im Glas ist. Achtung, wir sagen euch: Vorsicht, im Jahr 2013 wird der Schluck, den wir aus dem Glas nehmen, noch einmal viel größer.

Warum sage ich das? Weil sich für uns die Frage aus Klimaschutzsicht, ob jemand ein Kohlekraftwerk baut, ja oder nein, in diesem System nicht mehr stellt, sondern in dem System stellt sich die Frage für den, der nur das an Emissionsberechtigung bekommt, was im Glas ist: Kann ich eigentlich mein Kraftwerk anstellen, oder brauche ich dafür so viel CO<sub>2</sub>-Berechtigung, dass ich am Ende mit dem, was ich bekomme, gar nicht auskomme und deshalb Pleite gehe?

Das haben wir früher in der Programmatik hier auf dem SPD-Parteitag „ökologische Marktwirtschaft“ genannt, weil wir wollten, dass die Kosten der Umweltzerstörung endlich in den Preis der Produktion eingehen und dass nicht mehr Verlust-Sozialismus existiert, wo die Allgemeinheit den Schaden der Umweltzerstörung bezahlen muss. Jetzt haben wir ein System, in dem der Produzent, der die Umwelt übernutzt, am Anfang rechnen muss, weil es ihn sonst richtig Geld kostet, wenn er die Umwelt zerstört, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist doch ein Erfolg!

(Beifall)

Ich erkläre das deshalb, weil das der Grund dafür ist, warum wir in Deutschland nicht 30 oder 40 Kohlekraftwerksplanungen, wie gelegentlich öffentlich erklärt wird, sondern exakt neun Stück bis zum Jahr 2012 haben werden, sechs Steinkohlekraftwerke, drei Braunkohlekraftwerke. Das, was vorhin beantragt wurde, machen wir im Emissionshandel bereits. Wir geben denen nämlich eine bessere Ausstattung als den alten Kisten. Deswegen sollen dafür alte Kohlekraftwerke stillgelegt werden. Wir wollen damit bis zu 42 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen, liebe Genossinnen und Genossen, und zwar durch die Modernisierung des Kraftwerksparks.

Aber es gibt nicht mehr als diese neun. Warum nicht? Weil sich die Jungs in den Unternehmen natürlich überlegen, ob sie jetzt ein neues Kraftwerk bauen, wenn sie

noch nicht genau wissen, wie viel nach 2012 eigentlich noch im Glas ist. Darüber werden wir Ende des Jahres in der Europäischen Kommission entscheiden.

Der Emissionshandel gibt dem Abfall CO<sub>2</sub> einen Preis sehr überlegt. Wer nicht genug Zertifikate/Emissionsberechtigungen hat, wird sich sehr genau überlegen, ob er wirklich in diese Technik investiert, wenn er damit am Ende kein Geld verdienen kann.

Dann hat der Genosse aus Wiesbaden vorgeschlagen, wir sollten endlich auktionieren, also die Berechtigung nicht mehr verschenken, wie wir das in der ersten Periode in der Hoffnung getan haben, dass die Stromer das nicht einpreisen. Aber die vier Stromer haben natürlich so getan, als hätten sie die Berechtigung kaufen müssen, und haben 5 bis 6 Milliarden Euro leistungslose Gewinne gemacht, liebe Genossinnen und Genossen. Für die hat sich Nichtleistung im Klimaschutz ein paar Jahre lang richtig gelohnt.

Deswegen ist die Forderung der Genossinnen und Genossen aus Wiesbaden richtig, und deswegen machen wir es auch: Ab dem nächsten Jahr werden wir 10 Prozent dieser CO<sub>2</sub>-Berechtigungen versteigern, aber nur deshalb nur 10 Prozent, weil wir mehr noch nicht dürfen. Die Europäische Union erlaubt uns nicht mehr. Deutschland ist im nächsten Jahr das Land, das praktisch komplett und als einziges Land in Europa seine Emissionsberechtigungen endlich verkauft und versteigert. Die Einnahmen daraus, liebe Genossinnen und Genossen, setzen wir im Klimaschutz ein. Mit Finanzminister Peer Steinbrück, der ja normalerweise Stacheldraht in der Tasche hat, als Fachminister zu verhandeln, ist in der Regel keine, sagen wir mal, sehr fröhliche Veranstaltung. Peer Steinbrück hat zwei Dinge hinbekommen: Er hat Haushaltskonsolidierung gemacht, und er hat uns ermöglicht, nicht nur in Familie, Kinder und Bildung, sondern auch in Klimaschutz zu investieren. 2005 betrug die Klimaschutzinvestitionen in Deutschland 875 Millionen Euro. Mit Peer Steinbrück betragen sie im nächsten Jahr 2,6 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung um 200 Prozent. Das haben wir diesem Finanzminister zu verdanken, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich lobe ihn so, weil ich in den nächsten Jahren noch mehr für den Klimaschutz haben will, Peer; nur dass das zwischen uns klar ist.

Also, wir machen das, was die Wiesbadener Genossinnen und Genossen fordern. Deswegen glaube ich, dass es auch richtig ist, an dieser Stelle zu sagen, wohin die SPD will. Ein völliger Verzicht auf Kohle, auf diese sechs plus drei Kohlekraftwerke, ist auch aus einem anderen Grund nicht möglich, Genossinnen und Genossen: Wenn wir 2020 30 Prozent erneuerbare Energien am Strommarkt haben wollen, dann sind das übrigens 10 Prozent mehr, als wir Sozialdemokraten noch im letzten Jahr uns als Ziel gesetzt hatten.

Aber dann bleiben 70 Prozent übrig. Für die 70 Prozent gibt es in Deutschland außer den erneuerbaren Energien drei Energieträger: Kernenergie – da wollen wir raus –, Kohle und Gas. Gas ist aber ein verdammt teurer Brennstoff, liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe in meiner Rede gesagt, dass wir uns um Wachstum, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung kümmern müssen. So zu tun, als ob es den energieintensiven Betrieben und übrigens auch denjenigen, die in Deutschland nicht so viel Geld verdienen, egal sein kann, wie viel die Energie und der Strom kosten – das darf die Sozialdemokratie nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen plädiere ich dafür, dass wir auch weiter in einem bestimmten begrenzten Umfang weiter Kohle nutzen, allerdings – so, wie Hermann Scheer das gesagt hat – mit der Kraft-Wärme-Kopplung als Ziel. Wir können das nicht überall vorschreiben, weil es nicht überall Wärmesenken gibt. Deswegen will die Bundesregierung den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung verdoppeln. Genossinnen und Genossen, wir stellen im nächsten Jahr 750 Millionen Euro zur Förderung zur Verfügung, unter anderem auch zum Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze.

Meine Bitte ist: Beschließt auch in den Raumordnungsplänen und den kommunalen Bauordnungsplänen, dass es Nah- und Fernwärmeausbau gibt. Dann werden wir auch mehr Kraft-Wärme-Kopplungs-Kraftwerke bekommen. Zu sagen, dass das im Bund gemacht werden soll, während es vor Ort nicht beschlossen wird, geht aber nicht.

Hubertus gibt mir das Zeichen, dass ich nicht trinken, sondern langsam aufhören soll. Ich höre auch gleich auf. Ich finde aber, dass die Debatte über die Kohle nicht unwichtig ist.

Hermann Scheer hat Recht, wenn er sagt: Carbon Capture, die Abscheidung und Speicherung, ist ein Problem – insbesondere in Deutschland, weil wir nicht genug Speicher haben. Liebe Genossinnen und Genossen, international stellt sich aber nicht die Frage, ob Kohle genutzt wird oder nicht, weil die Chinesen niemals auf ihre gigantischen Steinkohlevorhaben verzichten werden. Die einzige Frage, die sich stellt, ist, ob sie das mit einer klimaschonenden Technologie machen. Machen sie das am Ende also mit der Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> oder ohne?

Wenn es ein Land gibt, das das entwickeln kann, dann ist es Deutschland. Auch, wenn wir das nicht selber einsetzen können: Wir müssen das entwickeln. Nur die Technik, die bei uns entwickelt und dort eingesetzt wird, können wir auch international vermarkten und verkaufen. Das ist der Grund, warum wir auf CCS setzen. Sonst werden wir die Klimaschutzziele international nicht erreichen. Die Chinesen werden auf Kohle nicht verzichten, liebe Genossinnen und Genossen.

Letzte Bemerkung zum Thema Mut. Ich finde alle Anträge und Initiativanträge sehr gut, mit denen deutlich gemacht wird, dass wir bei den Kosten des Klimaschutzes

auch viel Geld einsparen können. Wir wissen, dass uns der Klimaschutz viel Geld kostet, nämlich ungefähr 1 Prozent des Sozialprodukts. Kein Klimaschutz kostet übrigens bis zu 20 Prozent des Sozialprodukts. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir sind reich genug für den Klimaschutz, aber wir sind zu arm, um darauf zu verzichten.

Wir müssen aber natürlich auch nicht jeden Blödsinn weiter finanzieren. Die Anträge, mit denen gefragt wird, wie man denn Dreiviertel oder die Hälfte der Geländewagen in Deutschland als Dienstwagen verkaufen und den Sprit – auch wenn es 15 Liter auf 100 Kilometer sind – steuerlich subventionieren kann, haben natürlich Recht; denn der Rest der Steuerzahler, Genossinnen und Genossen, muss das Geld, das wir da zum Fenster herausschmeißen, ausgleichen. Das ist doch höchst ungerecht.

(Beifall)

So viele Landwirte und Jäger, die solche Autos in Deutschland brauchen, damit sie ihre toten Rehe transportieren können, gibt es auch nicht, und so schlecht sind die Straßen selbst in Berlin nicht, dass man diese Autos in der Größenordnung als Dienstwagen brauchen würde, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen meine Bitte, an der Stelle wirklich mehr Mut zu haben. Ich finde alle Initiativanträge, die in die Richtung gehen, gut. Wir dürfen die Kohle aber bitte nicht verteufeln, sondern wir müssen die Bedingungen beschreiben, unter denen wir Kohle brauchen. Ich glaube, das haben wir in dem Leitantrag richtig und gut gemacht. Wir dürfen bei der Gentechnik Forschung und Entwicklung nicht per se ausschließen, sondern wir müssen präzise sagen, unter welchen Bedingungen wir das weiter machen wollen.

Für die Sozialdemokraten gibt es am Ende eine Riesenchance. Franz sagt immer, dass wir als Politiker häufig gefragt werden, welche Visionen wir eigentlich haben und woran wir arbeiten wollen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Sigmar, du strapazierst gerade unser Zeitbudget.

**Sigmar Gabriel, Braunschweig:** Okay, ich höre sofort auf.

Die Amerikaner haben ihr Land einmal hinter dem Projekt „Man to the moon“ vereinigt – sie haben einen Mann auf den Mond geschickt. Die ganze Nation hat in Forschung und Entwicklung investiert. Nun war da schon einer. Aber wir können in die Beantwortung der Frage investieren, wie wir die Sonne der Sahara in den nächsten 20, 30, 40 Jahren zur Energiegewinnung in anderen Teilen der Welt gewinnen können.

Dort hinein zu investieren und Leute zu begeistern, dass sie dabei mitmachen, um die Probleme der Welt mit der Restlaufzeit der Sonne lösen zu können, ist, wie ich finde, ein sozialdemokratisches Projekt, das sich lohnt. Hier sollten wir alle unsere Kräfte hineininvestieren. Das ist ein Zukunftsthema, liebe Genossinnen und Genossen, das nur wir werden bewältigen können.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Es gibt vier Wortmeldungen zu den I-Anträgen. – Das Wort hat Eckart Kuhlwein. Ihm folgt Anja Spiegel.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Zu diesem Zukunftsthema gehört natürlich auch die Frage, wie wir uns morgen bewegen wollen und können.

Damit komme ich noch einmal auf Gerd Bollermanns Beitrag zum Tempolimit zurück. Soll das alles immer hektischer und schneller werden? Müssen wir in Deutschland ein unbeschränktes Tempo auf Autobahnen fahren können oder reicht es nicht auch aus, wie in anderen europäischen Ländern und in den USA, dass man ungefähr im Gleichschritt und sehr viel ruhiger fährt,

(Beifall)

wodurch sehr viel weniger Konfliktsituationen und Verkehrsgefährdung entsteht? Reichen dann nicht schmalere Autobahnbreiten aus, weil man breitere bei Tempo 120 km/h oder 130 km/h nicht mehr braucht?

Wäre es nicht vernünftig, sich dafür einzusetzen, dass diese massenhafte Flächenversiegelung, die im Übrigen den Zielen der Agenda der Bundesregierung widerspricht und sich mit den großen Autobahnrohren fortsetzt, auf denen man ganz schnell heraus- und wieder hereinfahren können soll, zu beenden? Wäre es nicht vernünftiger, das alles etwas langsamer angehen zu lassen? Wäre das nicht auch für eine älter werdende Gesellschaft vernünftiger, die auch ein Recht auf Mobilität hat, aber die Hektik auf manchen deutschen Autobahnabschnitten nicht mehr ertragen kann?

(Beifall)

Wäre es nicht auch ganz vernünftig für die deutsche Automobilindustrie, statt dieser großen Spritschleudern Autos für jedermann auch in anderen Teilen der Welt zu bauen und anzubieten, mit modernen Technologien und ohne auf Höchstleistungen dressiert worden zu sein? Wäre das alles nicht vernünftiger?

Ich glaube, es ist ein bisschen unaufrichtig, wenn wir hier eine im Wesentlichen klimapolitisch bestimmte Debatte führen und uns dann gleichzeitig, wenn es konkret wird, welchen Beitrag der Hochgeschwindigkeitsverkehr auf der Straße für den Kli-



maschutz leisten kann, verdrücken, weil es einige Amts- und Würdenträger gewöhnt sind, das Problem, dass sie viele Termine hintereinander haben, auf die Weise zu lösen, dass sie zwischen A und B nur eine Stunde brauchen, wofür man sonst vielleicht anderthalb Stunden brauchen würde.

Ich glaube auch, wir würden mit ausgeruhten Ministerinnen und Ministern, wenn sie also nicht so schnell durch die Gegend gejagt werden müssten, besser regiert. Genossinnen und Genossen, unterstützt deswegen den Initiativantrag 35, in dem das Tempolimit 130 km/h vorgesehen ist, bitte in beiden Teilen. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Danke für deine kurze und bündige Rede. – Anja Spiegel. Ihr folgt Norbert Römer.

**Anja Spiegel, Brandenburg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch einmal zu dem Initiativantrag 35 zurückkommen, weil ich glaube, dass wir hier ganz genau aufpassen müssen, wie wir gleich abstimmen, damit wir das, was wir alle schon unterstrichen haben – dem Sigmar, dem Marco und dem Frank zustimmend –, dann auch umgesetzt bekommen.

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann hat die Antragskommission ihr Votum zu dem Antrag bisher ja nicht verändert, obwohl hier prominente Umwelt- und Energiepolitiker dafür gesprochen haben. Ich möchte deshalb noch einmal darauf hinweisen.

Zu den Dienstwagen. Der Sigmar hat von den Landcruisern und was es alles so gibt, gesprochen. Es sind aber mehr als nur die Landcruiser. Nicht jeder fährt mit einem Landcruiser-Dienstwagen durch die Gegend, sondern es geht um sämtliche Dienstwagen, die die größten Dreckschleudern auf den Straßen sind und für die man auch noch Geld geschenkt bekommt. Der Sigmar sagt, dass man mit Klimaschutz Geld sparen kann. Ja, damit kann man an dieser Stelle auch Steuersubventionen sparen.

(Beifall)

Ich bitte euch deshalb herzlich: Passt an dieser Stelle auf, dass wir für den gesamten Initiativantrag zunächst gegen das Votum der Antragskommission stimmen müssen, damit wir dann einzeln über diese drei Abschnitte abstimmen können. Weil ich gewisse Befürchtungen hinsichtlich des Tempolimits habe, bitte ich darum, liebe Andrea, dass wir über die Sätze 1 und 2 des dritten Abschnitts getrennt abstimmen, damit die Kritiker des Tempolimits nicht vielleicht den Vorschlag zum Dienstwagen ablehnen, obwohl sie eigentlich dafür gewesen wären.

Mein Vorschlag ist: Stimmt darüber in Form zwei einzelner Sätze ab.

An dieser Stelle noch ein Appell an die Mitglieder der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages. Bei Dienstwagen meinen wir immer den Bereich der Wirtschaft. Aber wenn ich mir den Fuhrpark der Ministerien und des Deutschen Bundestages angucke, dann muss ich sagen, da ließe sich auch einiges ändern. Manchmal wird nur eine einzige Person zum Flughafen Tegel oder zum Bahnhof gefahren. Es kann nicht sein, dass so die Luft in Berlin verpestet wird. Da müsst ihr euch etwas überlegen.

(Beifall)

Ich habe noch einen Hinweis in Bezug auf den Saal. Liebes Präsidium, liebe Andrea, ich bin dafür, dass das Präsidium gleich die abgegebenen Stimmen sehen kann. Aber wir fühlen uns in unserer Ecke nicht beachtet, denn wir können auch euch wegen der Kameras nicht sehen. Ich möchte aber, dass meine Stimme zählt.

(Beifall)

Das ist ein Parteitag und die Partei entscheidet. Auch wenn es wichtig ist, dass die Bilder in Deutschland verbreitet werden, wollen wir doch abstimmen können. – Danke schön.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Ich hab noch zwei Wortmeldungen. – Es ist natürlich richtig, dass wir die Delegierten sehen wollen und die Delegierten uns. Die großen Kameras müssten bei der Abstimmung zur Seite gestellt werden.

Der nächste Redner ist Norbert Römer.

**Norbert Römer, Nordrhein-Westfalen:** Genossinnen und Genossen, ich spreche zum Initiativantrag 28 und der Empfehlung der Antragskommission, die da heißt, die Veräußerungsmöglichkeiten mit dem Ziel der unentgeltlichen Abgabe von Emissionszertifikaten zu beenden.

Sigmar Gabriel hat gerade noch einmal in großer Deutlichkeit das Instrument Emissionshandel und vor allen Dingen die Wirkungen, die wir mit diesem Instrument erzielen wollen, herausgestellt. Ja, es ist völlig richtig, dass wir den Druck erhöhen müssen, dazu dient die Auktionierung. Dazu soll auch das Ziel dienen, dass wir den Druck erhöhen müssen auf diejenigen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen auch tatsächlich vermindern können.

Wir haben deshalb in der zweiten Handelsperiode in der Bundesrepublik Deutschland diejenigen CO<sub>2</sub>-Emittenten, die produktionsbedingt nichts dazu beitragen können, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, herausgenommen. Ich spreche von der industriellen Produktion. Wer Stahl herstellt, ist nicht in der Lage, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu

vermindern, es sei denn, er stellt seine Produktion ein oder verringert seine Produktion. Das gilt auch für die Glasindustrie und die Zementindustrie.

Damit wir keine Irritationen auslösen, ist es jetzt notwendig, dass wir an der Stelle, wo es heißt „die unentgeltliche Abgabe von Emissionszertifikaten zu beenden“, entweder hineinschreiben, für wen wir das beenden wollen – also für die Kraftwerkswirtschaft und für Teile der Verkehrswirtschaft –, oder dass wir die Industrie herausnehmen, um klarzustellen, wir wollen nicht, dass in Deutschland der Eindruck entsteht, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollten die Stahlproduktion, die Glasproduktion und die Aluminiumproduktion beenden. Ich glaube, diese Klarstellung ist wichtig, damit wir auch dann vernünftig diskutieren können. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsdium:** Der letzte Redner zu den Initiativanträgen ist Gernot Grumbach.

**Gernot Grumbach, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich rede noch einmal gegen die Empfehlung der Antragskommission, was die Frage der Kraft-Wärme-Kopplung angeht. Warum sollen wir uns eigentlich mit den kleinen Effekten zufrieden geben, wenn wir die großen haben können?

(Beifall)

Ich will mal an der Stelle beschreiben, was für mich der Unterschied ist zwischen grüner und sozialdemokratischer Umweltpolitik. Sigmar Gabriel hat völlig zu Recht gesagt: Ja, wir versuchen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß über den Preis zu regeln. Aber der Unterschied zu den Grünen ist, wir Sozialdemokraten denken darüber nach, wen das eigentlich trifft, wenn wir das den Preis in eine bestimmte Größenordnung treiben. Es trifft eben nicht nur Unternehmen, sondern hinterher auch die Verbraucher. Das heißt, wer es als Sozialdemokrat über den Preis versucht, muss sich die Grenzen der sozialen Verantwortbarkeit dieser Politik deutlich machen.

An der Stelle sage ich: Wir haben einen anderen Weg, der das nicht ersetzt, aber ergänzen kann. Lasst mich das anhand eines simplen Beispiels beschreiben. Wenn es uns gelänge, wie wir gefordert haben, zu sagen, die Kraft-Wärme-Kopplung wird für alle neuen Kraftwerke vorgeschrieben, dann bedeutet das, dass der Zubaubedarf auf ein Drittel reduziert wird, dass wir die gleiche Energie haben im Strombereich, aber zwei Drittel im Wärmebereich und damit zwei Drittel des möglichen CO<sub>2</sub> einsparen. Das ist der Punkt, den wir machen sollten. Mit einer ganz simplen Maßnahme, die keinen ökonomisch zusätzlich belastet, können wir mehr erreichen, als wenn wir einfach nur die Preise nach oben treiben.

(Beifall)

Der zweite Punkt behandelt die Wertschöpfung. Was heißt das denn? Ich habe irgendwann auf diesem Parteitag gehört: Neue Politik kann man nicht in alten Strukturen erreichen. Ich glaube, das Problem ist, dass alle die Großstruktur von Kraftwerken im Kopf haben, die wir heute haben.

Wir sind heute in der Lage, anders zu produzieren, und wir sind vor allen Dingen in der Lage, mit anderen Trägern zu produzieren. Wir sagt, wir wollen Kraft-Wärme-Kopplung, der stärkt die, die das besser können, stärkt die kommunalen Stadtwerke, die in der Lage sind, präzise auf Strombedarf und Wärmebedarf ausgelegt, Energie zu produzieren.

Ich bitte darum, folgt der Antragskommission in diesem Punkt nicht. Wir können als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Mehrfaches von dem erreichen, was wir in dem bisher vorliegenden Papier haben, indem wir ganz schlicht eine einzige Regelung aufführen, nämlich Kraft-Wärme-Kopplung vorzuschreiben. Damit reduzieren wir für allen Neubaubedarf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf ein Drittel. Dafür lohnt es sich zu streiten.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidentin:** Wir sind jetzt durch mit der Antragsberatung und der Beratung der I-Anträge zu U 1.

Können wir uns alle sehen? – Ich glaube, das ist mittlerweile geregelt.

Wir müssen uns jetzt ein bisschen konzentrieren, weil die I-Anträge in unterschiedliche Abschnitte bei der Abstimmung unterteilt werden. Ich gebe jetzt dem Christoph für die Antragskommission das Wort. Dann treten wir in die Abstimmung ein.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eine Debatte, die emotional geführt wird. Das muss auch so sein, da es um wichtige umweltpolitische Fragen geht. Ich will versuchen, die Abstimmung etwas zu sortieren.

Wir haben zunächst den Initiativantrag 28. Da geht es um zwei Punkte. Der erste Punkt befasst sich mit der Kraft-Wärme-Kopplung. Es wird vorgeschlagen, dass fossile Kraftwerke nur noch mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden können. Ich will an das erinnern, was Sigmar Gabriel dazu gesagt hat. Wir haben mit dem Emissionshandel ein Instrument, um hier wirksam zum Klimaschutz beizutragen – auch ohne diese gesetzliche strikte Vorgabe. Sigmar Gabriel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass eine Wärmesenke nicht überall vorhanden ist, weil die entsprechende Infrastruktur zum Teil nicht existiert.

Die Antragskommission empfiehlt bei diesem Punkt Ablehnung. Ich sage das Votum auch zu den anderen Punkten dazu, weil vorhin der Einwurf kam, warum die Antrags-

kommission jetzt nicht einfach das übernimmt, was hier diskutiert wird. Ich kann nicht einfach das Votum der Antragskommission hier aus dem Stand verändern. – Votum der Antragskommission zu diesem ersten Punkt Ablehnung, zum zweiten Punkt dann Annahme in geänderter Fassung. Da gibt es noch einen Änderungsantrag, der von Norbert Römer vorgetragen wurde.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wir stimmen jetzt beim I 28 über den Punkt 1 ab. Das ist die Kraft-Wärme-Kopplung. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer diesem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! –

Ich bin unentschieden. Wir müssen noch einmal gucken. Wer folgt dem Antrag der Antragskommission? Den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Das Präsidium hat gesagt, das Erste war die Mehrheit. –

(Widerspruch)

Wenn ausgezählt werden soll, muss jemand einen Antrag auf Auszählung stellen. –

(Zuruf: „Ich stelle den Antrag auf Auszählung!“ – Beifall)

Es gibt einen Antrag auf Auszählung. Es dauert eine Minute, bis diejenigen da sind, die auszählen.

Ich bitte die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, sich hier für das Auszählen zu versammeln.

Ist die Mandatsprüfungs- und Zählkommission da? – Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission ist jetzt anwesend.

Ich rufe jetzt noch einmal zur Abstimmung auf. Ihr müsst die Arme jetzt so lange hochhalten, bis ihr von mir Entwarnung bekommt.

Es geht um IA 28 Punkt 1. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dem folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Okay, ihr könnt euch entspannen. Jetzt sind die anderen dran. – Auch ihr dürft jetzt entspannen. Stimmenthaltungen? – Alle sind entschieden. Das Ergebnis wird jetzt berechnet. – Ich bin sehr zufrieden, dass wir ausgezählt haben, Genossinnen und Genossen. Mit ja haben 223 gestimmt, mit nein 225.

(Beifall)

Das war aber knapp. Deshalb arbeiten wir jetzt bei dem IA 28 ganz konzentriert weiter. Wir kommen zu Punkt 2.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Zu Punkt 2 gab es noch einen Änderungsantrag auf der Grundlage des § 9 unserer Geschäftsordnung, den Norbert Römer

vorgetragen hat und hier auch schriftlich eingereicht hat. Dabei geht es um die Veräußerung von Emissionszertifikaten. Es heißt in der Empfehlung der Antragskommission: „Die unentgeltliche Abgabe von Emissionszertifikaten zu beenden in Zukunft“. Der Vorschlag ist, hier noch anzufügen: „ohne die industrielle Produktion in Europa im internationalen Wettbewerb zu benachteiligen.“ Dazu gibt es jetzt kein Votum der Antragskommission. Ich persönlich sehe das als unproblematisch an. Ich bin sogar davon überzeugt, dass es ein Wettbewerbsvorteil für die europäische Industrie ist, dass wir dieses Emissionshandelsmodell haben, weil es zur Effizienz antreibt und damit Wettbewerbsvorteile schafft. Aus meiner Sicht wäre diese Klarstellung also unproblematisch. Wir müssen aber darüber abstimmen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer folgt dem Votum von Christoph Matschie für die Antragskommission? Den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Dann haben wir das so angenommen.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Dann müssen wir über Punkt 2 insgesamt in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung abstimmen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Die Antragskommission schlägt Annahme vor?

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Annahme ist vorgeschlagen.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer dem folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Dann ist der IA 28 so angenommen.

(Beifall)

Wir kommen zum Antrag I 35 und werden darüber in drei Abschnitten abstimmen. Christoph!

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Zum ersten Abschnitt – das ist unproblematisch – empfiehlt die Antragskommission Annahme.

Dann war darum gebeten worden, über den Abschnitt II getrennt abzustimmen, und zwar erst über den Satz abzustimmen: „Wir wollen die steuerliche Besserstellung hochverbrauchender Dienstwagen abschaffen“, und dann getrennt davon über den Satz abzustimmen: „Ein schneller und unbürokratischer Weg zum Klimaschutz ist die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung von 130 km/h“.

Die Antragskommission hatte zu dem Gesamtkomplex Ablehnung empfohlen, weil das Thema Geschwindigkeitsbegrenzung in anderen U-Anträgen, und zwar 39 bis 43, behandelt wird. Hier in der Debatte kam der Vorschlag, auch von Sigmar Gabriel, die Geschichte mit den Dienstwagen durchaus mutig anzugehen. Ich sehe das ganz ähnlich.

Zu den U-Anträgen, die zur Geschwindigkeitsbegrenzung vorliegen, hat die Antragskommission deshalb Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung beschlossen, weil die Antragskommission mehrheitlich der Auffassung war, dass die SPD tief gespalten ist bei der Frage, ob man das machen soll oder nicht, und zwar vom Parteivorstand bis in die Ortsvereine hinein, und wir es besser finden, zum Thema Umweltverträglichkeit und Sicherheit im Individualverkehr einem Parteitag einmal einen etwas umfangreicheren Antrag vorzulegen, der alle Aspekte, die dabei berücksichtigt werden müssen, integriert und dann auch eine breite Zustimmung ermöglicht, anstatt an diesem einen isolierten Punkt jetzt eine Kampfabstimmung zu machen, wobei das Ergebnis in der Gesamtpartei politisch schwerer zu moderieren ist. Das war die Überlegung der Antragskommission. Deshalb war das Votum an dieser Stelle: Überweisung an die Bundestagsfraktion und Bundesregierung.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wir stimmen zuerst über den Absatz 1 ab. Da empfiehlt die Antragskommission die Annahme.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! Das Erste war die große Mehrheit.

Dann kommen wir zu Absatz 2, den wir in zwei Teile unterteilen. Zuerst stimmen wir ab über den Satz: „... die steuerliche Besserstellung hochverbrauchender Dienstwagen abschaffen.“ Hier hat die Antragskommission Ablehnung vorgeschlagen.

Wer diesem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das war die überwältigende Mehrheit.

(Beifall)

Dann kommen wir zum Absatz 2. Das ist die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km/h. Die Antragskommission empfiehlt auch hier Ablehnung.

Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Auch hier war das Zweite die Mehrheit.

(Beifall)

Damit haben wir die Initiativanträge 28 und 35 –

(Zuruf)

Es gibt Zweifel an der Mehrheit bei der letzten Abstimmung. Deshalb muss ich sie wiederholen. Wir nehmen hier alles ernst. Wir machen hier ganz saubere Arbeit.

Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km/h stand zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung.

Wer diesem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Ich bitte das Präsidium, mit zu gucken. – Gegenprobe! – Leute, das war jetzt die Mehrheit.

(Beifall)

So. Dann sind wir mit der Abstimmung durch. – Dann stimmen wir jetzt in Gänze über den Leitantrag „Ökologie“ ab.

Wer diesem Leitantrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! Ich sehe niemanden, der dagegen stimmt. Dann ist dieser Antrag einstimmig vom Parteitag so beschlossen.

(Beifall)

Ich danke euch für die engagierte Debatte. Wir schieben jetzt einen Wahlgang dazwischen, und ich gebe das Wort an Susanne Kastner.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Ich denke, es wird auch unser letzter Wahlgang sein; so hoffe ich doch. Ich gebe das Wort der Wahl- und Mandatsprüfungskommission für die Ergebnisse.



## Wahl der Bundesschiedskommission, stellvertretende Vorsitzende und Beisitzer

**Laura Letter, Mandatsprüfungs- und Zählkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission: abgegebene Stimmen 450, davon 5 ungültig und 445 gültig.

Werner Ballhausen: 426 Ja-Stimmen; das sind 95,7 Prozent

Roland Rixecker: 388 Ja-Stimmen, macht 87,2 Prozent und damit gewählt

(Beifall)

Wahl der Beisitzer der Schiedskommission: abgegeben wurden 440 Stimmzettel, davon waren 4 ungültig, also 436 gültig.

Ilse Brusis: 407 Stimmen, Kristin Keßler: 356 Stimmen, Thomas Notzke: 335 Stimmen und Johannes Risse: 372 Stimmen.

Damit sind alle Vorgeschlagenen gewählt.

(Beifall)

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. Ich frage jetzt Werner Ballhausen, ob er die Wahl annimmt.

(Zuruf)

Er nimmt die Wahl an. Roland Rixecker hat das schriftlich bekundet. Ich frage Ilse Brusis, ob sie die Wahl annimmt.

**Ilse Brusis:** Ja!

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Kristin Keßler hat ebenfalls schriftlich ihr Einverständnis erklärt. Thomas Notzke?

**Thomas Notzke:** Ich nehme die Wahl an.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Er nimmt an. Johannes Risse?

**Johannes Risse:** Ich nehme die Wahl an.

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Er nimmt die Wahl ebenfalls an.

Damit wünsche ich der gesamten Schiedskommission eine gute Hand.

Bevor ich in nächsten Wahlgang eintrete, begrüße ich zwar spät, aber nicht zu spät alle unsere Gäste, die heute noch dazugekommen sind, stellvertretend dafür Eva-Maria Schneider-Borgmann vom Deutschen Frauenrat,

(Beifall)

Heinrich Alt von der Bundesagentur für Arbeit.

(Beifall)

Und besonders auch Klaus Staeck, den Präsidenten der Akademie der Künste aus Berlin.

(Beifall)

Herzlich willkommen!

Ich rufe die Wahl der Kontrollkommission auf. Wir haben neun Mitglieder zu wählen.

Willi Görlach, Gerhard Kompe, Eckart Kuhlwein, Heide Mattischeck, Walter Meinhold, Christa Randzio-Plath, Brigitte Reckmann, Siegbert Weh und Gert Weisskirchen. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir die Stimmzettel jetzt austeilen.

Ich bitte Euch, die Kontrollmarke Nr. 28 aufzulegen. Es müssen mindestens fünf und dürfen höchstens neun Kandidaten gewählt werden. – Wer braucht noch Stimmzettel? – Die Wahlhelfer können mit dem Einsammeln beginnen. – Ist noch jemand im Saal, der seinen Stimmzettel nicht abgeben konnte? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und übergebe an Andrea.

## Fortsetzung der Antragsberatung zur Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Kommunalpolitik

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wir fahren in der Antragsberatung fort und kommen zum Antrag U 4.

Fortsetzung der Antragsberatung zu Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Kommunalpolitik

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Zum Antrag U 4 schlägt die Antragskommission vor, Absatz 3 Satz 4, wo es um ein Erdwärme-Anlagenprogramm geht, an das Bundesumweltministerium und die Bundestagsfraktion zu überweisen. Der Rest dieses Antrags ist aus Sicht der Antragskommission mit der Annahme des eben beschlossenen Leitantrages erledigt.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Dann haben wir das so beschlossen. – U 5.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Zu U 5 empfiehlt die Antragskommission Annahme.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Beschlossen. U 6, Endlagersuche in Deutschland.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Auch dazu steht ein Kapitel in dem eben beschlossenen Leitantrag. In U 6 ist eine Reihe von Detailfragen angesprochen, deshalb an dieser Stelle Überweisung an Bundesumweltministerium und Bundestagsfraktion.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer diesem Vorschlag folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Dann ist das so beschlossen. Zu U 7 habe ich eine Wortmeldung von Katrin Brandes aus Braunschweig. Während die Katrin nach vorne kommt, kannst du uns die Empfehlung der Antragskommission vortragen.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Die Antragskommission empfiehlt zu U 7 die Annahme des Punkts 4 und ansonsten Überweisung an das BMU und die Bundestagsfraktion. Mit der Annahme von Punkt 4 wären dann auch die anderen Punkte, die sich mit Asse II beschäftigen – U 10 bis U 14 –, erledigt.

**Katrin Brandes, Braunschweig:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte eure Aufmerksamkeit heute auf die Anträge U 7, U 8, U 9 und U 13 lenken.

Ich komme aus der Gegend von Asse und Schacht Konrad, beides Namen, die für Atommüll stehen. Die Salzschiefer in der Asse umfasst ein Gebiet von Magdeburg bis nach Hildesheim und von Göttingen bis nach Lüneburg. Asse II ist eine Atommüllkippe, die geschlossen werden soll. Eingelagert wurden unter anderem Uran und Plutonium. Plutonium ist schon in Staubkorngröße tödlich. 126.000 Atommüllfässer wurden dort eingelagert. Asse II ist weder standsicher noch trocken. Der Berg bewegt sich. Seit 1988 fließen jeden Tag circa 11.000 Liter Laugenzuflüsse in das Bergwerk hinein. Bekannt ist nur die Auffangstelle. Und obwohl der Weg des Laugenzuflusses unbekannt ist, soll für Asse II ein Langzeitsicherungsnachweis für 100.000 Jahre erstellt werden. Diese Sicherheitsbestimmung ist reine Theorie.

Was bedeutet das für uns? Der Schacht soll geschlossen werden. Der Schacht Asse II soll mit einer wässrigen Lösung geflutet werden. Einige Wissenschaftler kritisieren dieses Flutungsverfahren, denn in kurzer Zeit werden sich Atommüllfässer auflösen, und im Berg wird sich unten eine radioaktive Giftsuppe bilden. Der Berg presst dann diese Giftsuppe nach oben, bis in unsere Umwelt. Der Betreiber versucht nicht, diesen Prozess zu verhindern, sondern nur zu verlangsamen.

Wie stark belastet diese Giftsuppe unsere Umwelt? Atommüll sollte doch von der Umwelt abgeschlossen werden. Eines ist jetzt schon klar: Bei Asse II wird es mit diesem Flutungskonzept keinen Abschluss der Radioaktivität zu unserer Umwelt geben. Das bedeutet eine Radioaktivitätsgefahr für unser Grundwasser.

Betrifft uns das noch? Wer will unseren Kindern in die Augen schauen und ihnen sagen: „Seht doch zu, wir ihr klarkommt!“ Wir müssen unseren Kindern vor allen Dingen die Möglichkeit offen halten, damit sie damit umgehen können. Ich denke, keiner möchte seine Kinder vor vollendete Tatsachen stellen.

Wir haben ein gutes Grundsatzprogramm mit schönen Worten: Nachhaltigkeit, Generationsverantwortung. Die Umwelt wollen wir schützen. Wir wollen unseren Kinder unsere Erde möglichst so übergeben, dass auch sie gute Lebensbedingungen haben. Ein hohes Ziel, Klimaschutz, Umweltschutz und eben auch eine nicht verstrahlte Welt. In der Zeit, in der wir leben, werden wir die Richtung vorgeben. Wie verantwortungsvoll gehen wir mit dem Atommüll um, den wir unseren Kindern hinterlassen?

Ich komme jetzt noch einmal zu den Anträgen.

U 7 ist ein Antrag zu Asse. Asse II soll nach Atomgesetz behandelt werden anstatt nur nach Bergrecht. Atommüll ist nun einmal das, was es eben ist, und das gehört unter das Atomgesetz. Das bedeutet nicht, dass das Bergrecht nicht mehr gilt. Das Atomrecht kommt on top obendrauf. Dazu gehören ein Planfeststellungsverfahren und eine atomrechtliche und technische Prüfung.

Zum Antrag U 9: Ein Antragsvergleich mit Risikoanalyse soll erstellt werden. Der Betreiber hat nur ein Konzept zur Schließung erarbeitet. Es gibt keine weiteren Untersuchungen für weitere Varianten. Am Ende muss eine Risikoanalyse erfolgen, die uns zeigt, welches Konzept das sicherste ist. Morsleben ist anders verfüllt worden. Der Optionsvergleich mit Risikoanalysen muss erstellt werden. Im Moment ist der Atommüll noch gebunden. Es ist noch alles trocken. Die Laugenzuflüsse werden abgepumpt und abtransportiert. Jetzt ist alles möglich. Wir können mit einem solchen Optionsvergleich Vertrauen gewinnen und können zeigen, dass wir uns auch beim Atommüll für eine gute und sichere Zukunft entscheiden.

Im Erledigungsvermerk wurde der Optionsvergleich nicht erwähnt. Daher beantrage ich bei Euch, folgende Annahme zu beschließen: Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für den Optionsvergleich der Risikoanalyse einsetzen.

Ich muss jetzt auch noch zum Antrag U 13, der alle Endlager betrifft. Ich habe es alles zusammengefasst, damit ich nicht von der Redezeit her beschnitten werde.

Atommüll soll in einer Form gelagert werden, die eine Rückholung auch zukünftig noch gewährleistet. Warum? In Deutschland soll der Atommüll unterirdisch unbeobachtet endgelagert werden. Können wir so mit dem Atommüll umgehen, ohne zu wissen, was unter der Erdoberfläche passiert? Die unterirdischen wasserführenden Schichten und die Bewegungen der Erde spielen eine große Rolle dabei, ob der Atommüll überhaupt von der Umwelt abgeschlossen werden kann.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Genossin, ich muss dich jetzt aber trotzdem bitten, zum Schluss zu kommen.

**Katrin Brandes, Braunschweig:** Ich komme zum Schluss; es sind jetzt die letzten Sätze.

Das Thema Atommülllagerung darf nicht liegengelassen werden. Es muss gründlich bearbeitet werden. Das schafft Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Nachhaltigkeit und Generationsverantwortung müssen festgeschrieben werden. Wir müssen es nur umsetzen.

Ich beantrage bei euch, den Antrag U 13 wie folgt zu genehmigen: Atommüll soll in einer Form gelagert werden, die eine Rückholung auch zukünftig noch gewährleistet.

Ich bitte nochmals um die Unterstützung der Anträge U 7, U 8, U 9 und U 13. – Ich danke euch.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Ich danke dir.

Wir fahren in der Antragsberatung fort.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Die Antragskommission hat das Anliegen, das noch einmal vorgetragen wurde, sehr ernst genommen. Es sind jetzt mehrere Anträge angesprochen.

Zunächst noch einmal zu dem Antrag, der ursprünglich aufgerufen war, zu U 7. Dazu wird deshalb Punkt 4 zur Annahme empfohlen. Dabei geht es insbesondere um die Untersuchung der Standsicherheit durch unabhängige Wissenschaftler.

Zu den Punkten, die rechtlich und technisch komplizierte Details enthalten, schlagen wir, wie gesagt, deswegen Überweisung an BMU und Bundestagsfraktion vor.

Bei dem Antrag U 8, der auch angesprochen war, empfiehlt die Antragskommission die Annahme.

Der Antrag U 9 ist durch den Erledigungsvermerk zum Bundesparteitag 2007 erledigt. Dabei ging es um den Bericht zum Stand der Antragsbearbeitung.

Das ist das vollständige Votum zu dem Komplex Asse. Ich habe es einmal vorgetragen, weil es mehrere Anträge umfasst. Die Anträge U 10 bis U 14 wären damit erledigt.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wir gehen jetzt Antrag für Antrag vor.

Wer folgt zum Antrag U 7 dem Votum der Antragskommission, Annahme und den Rest zur Überweisung? Ich bitte um das Handzeichen. Die Gegenprobe! – Das ist mit wenigen Stimmen so angenommen.

Zum Antrag U 8 empfiehlt die Antragskommission Annahme. Wer folgt dem? – Die Gegenprobe! – Das ist so beschlossen.

Wer folgt dem Votum zum Antrag U 9, erledigt durch Erledigungsvermerk zum Bundesparteitag? Wer folgt diesem Votum? Das Kartenzeichen, bitte! – Die Gegenprobe! – Bei ganz wenigen Gegenstimmen ist das so beschlossen

Die Anträge U 10 bis U 14 haben sich damit erledigt, wie Christoph Matschie gesagt hat.

Jetzt kommen wir zum letzten Antrag, zum Antrag U 18. Christoph!

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Dabei geht es um die Forderung nach einer Versicherung von Kernkraftwerken. Deshalb empfiehlt die Antragskommission Annahme. Der zweite Satz des Antrags soll aber gestrichen werden.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Wer dem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! Dann ist das so beschlossen.

Damit sind wir mit dem ersten Teil der Anträge zu Umwelt und Energie fertig.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen zum Thema Verkehr. Ich übergebe dafür an Olaf Scholz.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen jetzt über die verschiedenen vor allem verkehrspolitischen und ein paar weitere umweltpolitische Anträge diskutieren. Der Block bzw. das Thema, das uns zunächst interessiert, ist die Weiterentwicklung unserer Eisenbahn in Deutschland. Dementsprechend wollen wir uns für diese Diskussion auch Zeit nehmen.

Zum Ablauf werde ich gleich noch etwas sagen, schlage aber vor, dass wir zunächst auf folgende Weise einsteigen: Hubertus wird uns für die Antragskommission einen Bericht geben, und dann spricht der Minister. Bis dahin bitte ich diejenigen, die sich in der Debatte noch melden wollen, es bisher aber nicht gemacht haben, sich gemeldet zu haben. Am Ende des Referats von Wolfgang will ich nämlich vorschlagen, dass wir ein Ende der weiteren Wortmeldungen beschließen. Also macht es bis dahin. Wer es sich bis jetzt aufgespart hat, sollte sich in diesen Minuten dazu aufraffen.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, das Thema Bahnreform ist sicherlich eines, das die Partei, aber auch die Bevölkerung in den letzten Wochen intensiv diskutiert hat. Es ist deshalb wichtig, dass wir heute zu einer Positionierung kommen. Um zu einer Positionierung zu kommen, die nicht einfach ja oder nein sagt, sondern die eine inhaltliche Grundlage hat, gibt es eine Arbeitsgruppe, die mit Kritikern und Befürwortern des bisherigen Gesetzentwurfs besetzt ist. Diese Arbeitsgruppe hat ganz klare Maßstäbe entwickelt.

Ich will darstellen, warum es mir wichtig ist, dass wir hier nicht mit Ja oder Nein abstimmen:

Es gibt Gegner von Bahnreformen, die eher aus einer wirtschaftsradikalen Ecke kommen. Andrea Ypsilanti kennt sie sehr gut. Beispielsweise sitzt ein Herr Riehl im Kabinett von Herrn Koch. Daneben gibt es einen Herrn Wittke – die Nordrhein-Westfalen kennen ihn ganz gut –, der angeblich Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen ist.

Beide kommen eher aus der Ecke pseudo-ordnungspolitischen Denkens, die bei der Bahnreform in Großbritannien von sich reden gemacht hat, nämlich mit der klaren Forderung, dass Netz und Betrieb getrennt werden sollen. Was daraus werden kann, kann man in Großbritannien beobachten: Eine falsche Privatisierung und eine falsche Liberalisierung, die nicht unsere Politik sein darf.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD ist mittlerweile die einzige Partei, die nach wie vor sagt: Wir wollen einen integrierten Konzern. – Wir sind uns da mit den

230.000 Beschäftigten und auch mit der Gewerkschaft Transnet einig, die sagt: Wenn ihr die Bahn zerschlagt, wenn ihr Netz und Betrieb so trennt, wie die Ordnungspolitiker – vor allen Dingen die Neoliberalen – das wollen, dann werdet ihr auch erleben müssen, dass der konzerninterne Arbeitsmarkt für die 230.000 Beschäftigten zerschlagen wird. Alle in dieser Arbeitsgruppe – ob Befürworter oder Kritiker – waren sich einig: Wir wollen keine Zerschlagung der Deutschen Bahn, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen – darüber ist intensiv, auch gemeinsam, gesprochen worden –, dass die Bahn zukünftig mehr Geld zur Verfügung hat, um im Interesse von Mobilität mehr investieren zu können. Die Entscheidung über die Bahnreform ist nicht die Entscheidung, ob man Ja oder Nein zum Wettbewerb sagt. Es geht um etwas anderes, denn Wettbewerb gibt es bereits und er wird noch intensiver werden. Es geht um die Frage, ob wir die Bahn so aufstellen können, dass sie in diesem Wettbewerb vor allen Dingen ihrem öffentlichen Auftrag, für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, noch gerecht werden kann. Dafür braucht die Bahn in den nächsten Jahren mehr Geld.

(Beifall)

Nun ist die Frage, wie man dieses Geld bekommt. Angesichts des vorliegenden Gesetzentwurfs gab und gibt es aus der Partei viel Kritik und viele Befürchtungen. Die Befürworter des Gesetzentwurfs haben immer argumentiert, dass Sicherungen enthalten sind und die Befürchtungen ungerechtfertigt seien. 51 Prozent würden sowieso mehrheitlich beim Bund bleiben.

Es gab aber auch Kritiker, die darauf hingewiesen haben, dass die Befürchtung besteht, dass mit einer Teilprivatisierung strategische und private Investoren Einfluss auf die Unternehmenspolitik und vor allen Dingen auf die Infrastruktur bekommen. Um es etwas spitzer zu sagen: Es gab die Angst, dass die Heuschrecken über die Infrastruktur und die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn herfallen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, es ist vollkommen richtig, sich mit diesen Bedenken auseinander zu setzen.

Deshalb bin ich Hermann Scheer und Andrea Ypsilanti außerordentlich dankbar, dass sie einen Vorschlag gemacht haben, der dem entgegensteht. Wir wollen nicht, dass private Investoren, an kurzfristiger Rendite orientiert, über das Netz der Bahn herfallen können, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen eine Bahn, die in die Zukunft investiert, und eine Bahn mit Zukunft wollen wir auch. Ich sage: Das ist ein Gegenmodell gegenüber dem, was Herr Riehl vertritt. Es ist aber auch ein klarer Maßstab für das, was im Gesetzgebungsverfahren noch vor uns liegt.



Bei diesem Vorschlag geht es um stimmrechtslose Vorzugsaktien. Das ist entgegen dem, was einige schreiben, gar kein ungewöhnliches Instrument am Kapitalmarkt. Das Unternehmen Porsche kennt das auch, und das ist ja nun nicht gerade ein DDR-Unternehmen, wie einige behauptet haben. Stimmrechtslose Vorzugsaktien – im Volksmund als Volksaktien bekannt – haben die Eigenschaft, dass man Kapital auf diese Art und Weise mobilisieren kann, ohne dass strategische Investoren Einfluss auf die Aufsichtsgremien und damit auf die Unternehmenspolitik bekommen. Sie können sie zwar kaufen, aber sie können im Unternehmen nicht mitbestimmen. Deshalb hat die Idee von Hermann Scheer in dieser Arbeitsgruppe eine große Rolle gespielt.

Wir schlagen einen Vorrang für diese stimmrechtslose Vorzugsaktie vor. Auf diesem Wege sollen schrittweise erst einmal mindestens 25,1 Prozent verkauft werden. Das Ergebnis soll, wenn die 25,1 Prozent erreicht sind, evaluiert werden. Die Wahl dieser Zahl ist übrigens kein Zufall, denn hier geht es beispielsweise um die Frage, wer die Macht hat, den Aufsichtsrat zu besetzen. Es ist wichtig, dass mehrheitlich ausgeschlossen wird, dass die Heuschrecken kommen. Das geht nur, indem man dort stimmrechtslose Vorzugsaktien im Vorrang einbindet.

Was passiert dann? Dann soll evaluiert werden, wie das gelaufen ist. Das ist vor allen Dingen auch eine Bitte der Haushaltspolitiker. Liebe Genossinnen und Genossen, das heißt aber nicht automatisch, dass der Rest auf andere Art und Weise verkauft wird. Wenn die Volksaktie erfolgreich ist kann man auf diesem Weg weiterarbeiten. Entscheiden, wie das dann weitergeht, soll niemand anderer als der deutsche Gesetzgeber, der Deutsche Bundestag.

Wir müssen etwas dafür tun – das ist auch in dem Antrag enthalten –, dass es geeignete Maßnahmen gibt, um dem Wiederaufleben dieses Stimmrechts entgegenzuwirken.

Den Ländern ist für den regionalen Verkehr sehr wichtig, dass die Belange der Länder bei dieser Bahnreform berücksichtigt werden. Nicht die Bahn oder der Bund, sondern die Länder sind nämlich für den regionalen Verkehr zuständig. Sie bestellen ihn über die Regionalisierungsmittel, die sie vom Bund erhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt eine Fülle von Anträgen zu diesem Thema. Es gibt einen Antrag aus Nordrhein-Westfalen vom Parteirat. Er war eher zustimmend, enthielt aber den Hinweis: Nehmt die Vorzugsaktien oder nehmt Namensaktien. Es gab Anträge, in denen man absolut Nein zu jeder Teilprivatisierung gesagt hat. Ich glaube, dass es in den letzten Wochen gelungen ist, eine Position zu entwickeln, durch die Befürworter und Kritiker des derzeitigen Gesetzentwurfes vereint werden, und zwar nicht im Sinne eines faulen Kompromisses, sondern im Sinne einer Lösung, von der ich dann aber auch sage: Sie muss dann gelten. Wir müssen das, was Parteitag beschließen, ernst nehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir machen hier keine Broschürenbeschlüsse, sondern wir machen Beschlüsse, damit daraus konkrete Politik wird. Wir müssen uns gegenseitig ernst nehmen, wenn wir hier Beschlüsse fassen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage dazu, dass es mir wichtig ist, dass wir nicht einfach nur ein Nein beschließen. Das geht nicht. Wenn wir das täten, dann wären wir nämlich auch welche, die nicht mehr deutlich sagen, dass sie gegen die Zerschlagung der Deutschen Bahn sind. Wir werden bei diesem Thema eine Antwort geben müssen. Das sind wir beispielsweise auch den Kolleginnen und Kollegen von Transnet, den Beschäftigten bei der Bahn, schuldig.

Ich werbe dafür, dass wir diesen Antrag beschließen. Ich weiß, dass das vielen nicht leicht fällt. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Befürwortern und Kritikern bedanken, die wir zusammengebracht haben. Um einmal einige zu nennen: bei Wolfgang Tiefensee, bei Herman Scheer, bei Peter Friedrich, bei Reinhold Dellmann aus Brandenburg, bei Hendrik Hering und nicht zuletzt auch bei Achim Großmann, einem hervorragenden Staatssekretär, liebe Genossinnen und Genossen, der, wie ich finde, gute Vorschläge gemacht und daran mitgearbeitet hat.

(Beifall)

Ich glaube, wir beschließen eine gute Position.

Ich will berichten, dass die Initiativanträge, die zu dem Vorschlag der Antragskommission eingereicht wurden, wie folgt behandelt wurden.

Zum I 15. Die Antragskommission hat gestern Abend unter Ziffer 1 dafür votiert, dass beim zweiten Satz in Ziffer 3 – „dazu sind folgende Schritte unverzichtbar“ in der neuen Fassung „die zu einer Änderung des bisherigen Gesetzentwurfes führen“ eingefügt wird. Warum ist das wichtig? Damit das, was ich vorhin gesagt habe, bekräftigt wird, dass wir nämlich beschließen, dass das ein fester Maßstab und keine salvatorische Begründung für die Gesetzgebungsarbeit ist, die wir betreiben. Unser Vorschlag ist es, den Initiativantrag 15 so zu beschließen, liebe Genossinnen und Genossen.

Meine herzliche Bitte ist, dass wir in dieser schwierigen Diskussion zu einem sachlichen und guten Ton finden. Es geht aus meiner Sicht darum, dass wir unterscheiden müssen: Nicht jeder, der die Bahnreform bisher kritisiert hat, hat das aus denselben Motiven getan. Wir sind keine Wirtschaftsradikalen, die die Bahn zerschlagen wollen; aber hier sind eine ganze Menge, die Probleme mit der Privatisierung haben, weil sie im kommunalen Bereich auch schon grottenschlechte Privatisierungen erlebt haben.

Wir werden morgen unser Grundsatzprogramm beschließen. Da steht, dass Privatisierung durchaus mal möglich ist. Aber Erhard Eppler hat uns aufgefordert, dass wir klare Maßstäbe haben, wann Privatisierung möglich ist. Erstens: Privatisierung ist zwar möglich, aber als Ideologie ist sie falsch. Zweitens: Sie ist nur möglich, wenn dadurch der Zugang zu den öffentlichen Gütern – und dazu gehört Mobilität – nicht eingeschränkt wird. Es bleibt bei einer staatlichen Gewährleistungsverantwortung für den Zugang zur Mobilität. Sie ist durch die von uns vorgeschlagenen Instrumente durchaus vorhanden.

Wir brauchen trotzdem Geld. Wir sollten die Bahn mit Zukunft nicht über neue Schulden finanzieren, liebe Genossinnen und Genossen. Für diesen intelligenten Weg, den Hermann Scheer und Andrea Ypsilanti entwickelt haben, werbe ich. Wir müssen genug Kapital mobilisieren, dass wir ausreichend in die Bahn investieren können.

Bitte, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns zu einer klaren Entscheidung in diesem Sinne kommen. Meine Bitte ist auch, dass dieser Kompromiss, der in dieser Arbeitsgruppe wirklich sehr sorgfältig und fachlich gut ausgearbeitet wurde, nicht in die eine oder andere Richtung aufgeschnürt wird. Ich finde, das ist ein guter Kompromiss. Die SPD sollte sich nicht zu schade sein, in dieser schwierigen Debatte zu klaren, guten und sachlichen Entscheidungen zu gelangen.

Ich will, dass die Partei wie bei anderen Beschlüssen, die wir gestern gefasst haben, sich ernst nimmt, indem wir realistische und vernünftige Beschlüsse fassen. Aber ich will auch, dass diese Beschlüsse dann gelten und nicht zu den Akten gelegt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Willensbildung müssen wir in der Partei wieder ernster nehmen. Beide – die, die hier vorne sitzen, und die, die das umzusetzen haben – können sich aufeinander zu bewegen, indem wir uns in der Willensbildung ernster nehmen. Meine Bitte ist: Stimmt diesem Kompromiss zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Hubertus, für den Bericht der Antragskommission. Wir werden nachher, wenn wir abstimmen, noch einmal die einzelnen Abschnitte im Detail erläutern, sodass jeder genau verfolgen kann, was wir hier tun.

Als Nächstem gebe ich Wolfgang Tiefensee das Wort, um uns in das Thema weiter einzuführen.

**Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir werden heute eine lebhafte Diskussion haben und nach dieser Diskussion

eine Weiche stellen. Wir stellen in einer ganz wichtigen Frage, die uns umtreibt, eine Weiche. Wie wollen wir in der Zukunft die Deutsche Bahn organisieren? Wie geht die Sozialdemokratie mit den Herausforderungen um, die sich aus der Mobilität des 21. Jahrhunderts ergeben?

Deshalb passen dieser Leitantrag und diese Diskussion vielleicht sogar zwischen die Themen Ökologie, ökologische Industriepolitik und gute Arbeit. Denn in diesem Spannungsfeld müssen wir diskutieren, wie wir in der Zukunft über den Transport von Gütern, über die Bewegung von Menschen nachdenken wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben immense Herausforderungen zu bewältigen, wenn wir eine ökologische Verkehrspolitik betreiben wollen, die gleichermaßen den Wettbewerb ermöglicht und Arbeitsplätze sichert. In einem offenen europäischen Markt muss die Stellung Deutschlands und die Stellung des größten Mobilitätsunternehmens gestärkt werden. Es ist anscheinend so, als seien diese Ziele nicht auf einen Nenner zu bringen.

Wir haben 1993/1994 die ersten Schritte bei der Bahnreform getan. Die Sozialdemokratie war ganz wesentlich daran beteiligt. Wir erinnern uns, woher wir kommen. Die Bahn war hoch verschuldet. Die Deutsche Reichsbahn in der DDR hat alles andere als hohe Qualität geboten. Wir haben es seit 1993 vermocht, mit der Überführung der Bundesbahn in eine Aktiengesellschaft eine Erfolgsstory in Deutschland und in Europa in Bewegung zu setzen. Das ist vielleicht weniger das Verdienst von Vorständen – diese haben ziemlich oft gewechselt –, sondern das ist vorwiegend der Erfolg der Beschäftigten der Deutschen Bahn AG, die sich krumm gemacht haben, die nicht zuletzt Einschränkungen bei ihrem Lohn hingenommen haben, damit wir hohe Qualität jetzt bieten können. Die Deutsche Bahn AG ist eine Erfolgsstory. Das ist nicht zuletzt denen zu verdanken, die tagtäglich als Zugbegleiter, als Lokführer und in den Stellwerken einen guten Dienst tun. Norbert Hansen von Transnet, du bist unter uns. Herzlichen Dank dafür, dass die Beschäftigten das erreicht haben.

(Beifall)

Aber wir haben noch weitere Herausforderungen. Wir müssen nicht nur noch mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen, sondern wir müssen auch den offenen europäischen Markt im Wettbewerb im Blick behalten. Das ist eine immense Herausforderung. Seit dem 1. 1. dieses Jahres ist der internationale Güterverkehr liberalisiert. Ab dem 1. Januar 2010 gilt das Gleiche für den internationalen Personenverkehr. Das heißt, wir haben jetzt neue Herausforderungen, die nicht mit denen zu vergleichen sind, die wir 1992 bis 1994 diskutiert haben. Wir stellen fest, dass wir jetzt auf die neuen Herausforderungen neu reagieren müssen.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu. Ich greife mal den Hamburger Hafen heraus. Dort landen heute so viele Container an, wie wir ursprünglich für das Jahr 2015 vorhergesehen haben. Der Transport zwischen Asien und Europa, zwischen Europa und Asien hat in einem Maße zugenommen, wie wir es uns Ende des 20. Jahrhunderts nicht vorstellen konnten. Deshalb werden wir zusätzlich auf diese Herausforderung reagieren müssen.

Ich habe genau die Diskussion zum ersten Leitantrag verfolgt. Es wird darum gehen, eine kluge Verkehrspolitik zu machen, die an der Verkehrsvermeidung ansetzt und die die Verkehrsströme lenkt, die die Verkehrsträger optimal miteinander verzahnt und sie möglichst effizient macht, die den CO<sub>2</sub>-Ausstoß minimiert – denn der Verkehr trägt mit 20 Prozent dazu bei –, die den Energieverbrauch minimiert – denn der Verkehr trägt mit 30 Prozent zum Energieverbrauch in Deutschland bei. Das ist eine kluge sozialdemokratische Energiepolitik und Verkehrspolitik, die wir im Auge behalten müssen, wenn wir heute über diesen Antrag entscheiden.

Wir brauchen eine sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

(Beifall)

Wir brauchen eine starke Deutsche Bahn AG. Diese starke Deutsche Bahn hat es zusammen mit den Wettbewerbern vermocht, dass wir die magische Grenze von 100 Milliarden Tonnenkilometern Transport auf der Schiene im Jahre 2006 durchbrochen haben. Endlich bekommt die Schiene mehr Anteil als die Straße am Wachstum des Güterverkehrs.

Das ist die positive Nachricht. Wenn wir weiter in dieser Richtung arbeiten, wenn wir unser Unternehmen weiter stark machen, dann werden wir auch im Hinblick auf diese Verkehrsverlagerung, im Hinblick auf eine kluge Klimapolitik Erfolge haben. Deshalb machen wir die Bahn stark.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin mir sicher, dass wir uns in den Zielen sehr einig sind: mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene. Wir wollen einen integrierten Konzern auch in der Zukunft. Warum? – Weil er in den letzten Jahren in dieser Form hervorragend gearbeitet hat und weil geradezu diese Verschränkung von Schiene, Betrieb der Schiene und Transport die Erfolgsgeschichte dieser Bahn ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen denen von CDU und FDP nicht das Wort reden, die in einer ideologischen oder neoliberalen Weise den Konzern zerschlagen wollen, weil sie die Gewinne im Transport privatisieren wollen, aber das, was das Netz an Investitionen braucht, sozialisieren wollen. Das kann nicht die Zukunft sein. Genossinnen und Genossen, dann, wenn diese Trennung erfolgt ist,

wird es sogar noch so sein, dass man noch einmal darüber nachdenkt, auch das Netz zu 49 % zu privatisieren.

Wir wollen also den integrierten Konzern und, Genossinnen und Genossen, wir wollen wie bisher die Bedienung sowohl im Fernverkehr, in den Mischverkehren in den Ballungszentren und die Bedienung in der Region. Das ist unser Erfolgsgeheimnis. Wenn ihr euch in den Nachbarstaaten der Europäischen Union umseht und seht, wie diese Balance aus Fern- und Regionalverkehren ist, dann ist Deutschland Benchmark. Deutschland hat das in der Vergangenheit hervorragend gelöst.

Wir haben gemeinsam einen Gesetzentwurf erarbeitet, der alle diese Prämissen zum Ziel macht. Die Sozialdemokratie hat sich bei der schwierigen Verhandlung in der Koalition durchgesetzt und hat verhindert, dass der Konzern zerschlagen wird. Im Gegenteil, wir haben dafür gesorgt, dass er integriert bleibt, dass die 230.000 Beschäftigten einen konzerninternen Arbeitsmarkt haben, dass wir endlich wieder Arbeitsplätze schaffen können – über 3.000 sollen in diesem Jahr neu entstehen –, und wir haben das Netz in das 100-prozentige Eigentum des Bundes gebunden, wenn wir diesen Gesetzentwurf verabschieden.

Wir haben auch Sicherungssysteme eingebaut, damit Investoren nicht den strategischen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn gewinnen, denn sie hat einen Grundgesetzauftrag des Bundes umzusetzen, der in Artikel 87 niedergelegt ist.

Wir haben uns auch nicht einem Modell zugewendet, das von Bahnchef Mehdorn favorisiert wurde, nämlich den integrierten Konzern so zu nehmen, wie er ist, und zu 49 % an die Börse zu bringen. Das hätte nämlich bedeutet, dass auch das Netz zu 49 % privatisiert wird. Das wollen wir Sozialdemokraten nicht. Wir wollen auf die Dauer das Eigentum am Netz, das Eigentum an den Bahnhöfen, an den Servicestationen, an den Leitungen über und unter der Erde beim Bund behalten. Das ist unsere zentrale sozialdemokratische Forderung.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt haben wir einen Gesetzentwurf auf den Tisch gelegt – die Fraktionen haben ihn eingebracht –, der diesen Einfluss ausschließen soll. Im Hinblick auf eine gewisse Skepsis, die sich in der Bevölkerung breitgemacht hat, habe ich aber volles Verständnis dafür, dass wir diese Sicherheit verstärken. Aus diesem Grund gibt es diese Arbeitsgruppe, von der Hubertus Heil gesprochen hat. Aus diesem Grund gibt es einen Beschluss eines Parteivorstands zum Ergebnis dieser Arbeitsgruppe mit überwältigender Mehrheit: Ja, wir wollen ein weiteres Sicherungssystem einbauen.

Dieser Antrag, der heute zur Abstimmung steht, geht in die Zielrichtung des Gesetzes: integrierter Konzern, Fläche und Fernverkehr bedienen, den konzerninternen

Arbeitsmarkt weiter ermöglichen. Wir wollen nicht nur diese Arbeitsplätze erhalten, sondern auch dafür sorgen, dass weitere entstehen. Wir wollen in einer Vereinbarung mit der Bahn dafür sorgen, dass die Qualität erhalten bleibt, und die Länder sollen bei der Entstehung dieser Vereinbarung mitwirken können. Wir wollen die Bahn auch weiter mit Geld in Milliardenbeträgen ausstatten.

Jetzt kommt der eigentliche Knackpunkt, jetzt kommt die Frage: Wem sollen denn dann die Aktien übergeben werden? Wer soll Partner der Deutschen Bahn AG sein, Partner des Bundes? – Hier, liebe Genossinnen und Genossen, gilt: Wir werden die Zügel in der Hand behalten. Wir werden unternehmerische Freiheit einräumen, aber wir werden ausschließen, dass sich die Heuschrecken der Strategie der Bahn bemächtigen und aus diesem Grund eine weitere Sicherung auf der Basis dieses Antrags vornehmen. Die Vorzugsaktie hat den Vorzug, dass sie eindeutig ausschließt, dass das geschieht – noch mehr als die Sicherungssysteme, die wir bereits im Gesetzentwurf verankert haben. Hier gibt es eine ganz klare Formulierung, eine ganz klare Botschaft: Wir wollen den Einfluss privater Investoren auf die Strategie ausschließen. Zur Erreichung dieses Ziels stellt die stimmrechtslose Vorzugsaktie den geeigneten Weg dar. Das ist mit großer Mehrheit angenommen und trägt meine Unterschrift.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir heute diesen Antrag verabschieden, dann werde ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass dieser Weg gegangen wird. Das ist unmissverständlich. Wir müssen diesen Weg gehen, um deutlich zu machen: Wir sind in der Zielrichtung einig.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei denen, die dazu beigetragen haben, dass wir diesen Weg finden konnten. Andrea Ypsilanti und Hermann Scheer sind genannt worden. Auch Andrea Nahles hat mitgewirkt. Ich freue mich, dass Uwe Beckmeier und Reinhold Dellmann für die Länder mit am Tisch gesessen haben. Es gibt noch viele andere, die in dieser Arbeitsgruppe gesessen haben, Edelgard Bulmahn beispielsweise, die sehr hilfreich war, eine Lösung zu finden. Herzlichen Dank dafür!

Jetzt lasst uns gemeinsam zu diesem gefundenen Ergebnis stehen! Wir wollen ein klares Signal von diesem Parteitag ausgehen lassen: Die Sozialdemokratie hat sowohl das Klima als auch die Wirtschaftlichkeit, hat die Beschäftigten genauso wie die strategischen Belange des Bundes im Blick. Lasst uns als klare, eindeutige Botschaft diesen Leitantrag mit großer Mehrheit positiv votieren! Dann sorgen wir dafür, dass auch in Zukunft unsere Bahn mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine starke Bahn bleibt. Das eint uns. Das wollen wir. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir wollen ein wichtiges Thema diskutieren. Mir liegen zu diesem Tagesordnungspunkt und dem

Antrag, der da im Mittelpunkt steht, 32 Wortmeldungen vor. Ich finde, dieses Thema ist keines, bei dem man sagen kann „Wir hören jetzt einfach auf zu diskutieren“. Deshalb möchte ich zwei Vorschläge machen. Der erste Vorschlag ist, dass wir uns darauf verständigen, dass jetzt – ich habe das deshalb extra vorher angekündigt – Schluss der Redeliste ist. Ich bitte alle diejenigen, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann können alle, die sich bis jetzt gemeldet haben, drankommen.

Man kann ja mal rechnen: 32 mal 5 Minuten. Das ergibt einen ganz erheblichen Zeitaufwand, den wir dafür hätten. Da dann in der Regel die meisten auch noch ein bisschen mit der Redezeit hadern, benötigen wir dafür noch zusätzliche Zeit. Mein Vorschlag ist, dass wir uns darauf verständigen, die Redezeit auf drei Minuten zu begrenzen.

(Beifall)

Ihr habt dabei von mir die Gewähr, dass ich es nicht ganz dogmatisch handhaben werde, aber versuche, so durch den Parteitag zu führen, dass wir irgendwann auch fertig werden.

Wir sind – das will ich gerne als Hintergrund sagen und damit wir bis zum Parteiabend heute Abend fertig werden – bei dem Drehbuch, das wir für den Ablauf des Parteitages gemacht haben, jetzt bei 11.15 Uhr. Diese Vorstellung solltet ihr dabei mit im Hinterkopf haben.

Ich frage: Wer ist mit meinem Vorschlag drei Minuten Redezeit einverstanden? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Als Erstem erteile ich Hermann Scheer das Wort. Ihm folgt Michael Müller, Berlin.

**Hermann Scheer, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, es geht ja im Kern bei dieser Frage jetzt um zwei verschiedene Positionen, die zur Abstimmung stehen. In Wahrheit ging es um sehr viel mehr Positionen. Auf dem Parteitag steht, wenn ich es richtig sehe, der Antrag in der Fassung der Antragskommission jetzt zur Abstimmung und dann ein Antrag, der im Grunde genommen ein Nein zu jeglicher Form der Privatisierung der Deutschen Bahn AG ausdrücken will.

(Beifall)

Politische Debatten sind Entscheidungen, sind Entscheidungen in einer bestimmten Zeit in einem Raum. Dabei geht es sehr häufig darum – ich denke, das ist für viele heute eine solche Situation, wie sie einmal in einem Aphorismus von Stanislaw Jerzy Lec beschrieben wurde: „Ein falscher Schritt, und du bist am Ziel anderer“. Genau das bewegt viele. Das zeigt sich in den ganzen Debatten der letzten Wochen, auch zu



dem Konzept der Volksaktie bzw. der stimmrechtslosen Vorzugsaktie, wie es ja präzise heißt.

Die Entstehungsgeschichte dieses Vorschlags war, dass wir über viele Monate diskutiert haben und dass es eine immer heftigere Diskussion in der Partei gegeben hat, eine immer heftigere Diskussion in der Öffentlichkeit. Es wurde nicht mehr akzeptiert, dass die Frage des Ob einer Privatisierung der Bahn schon entschieden sei und nur noch das Wie diskutiert werden sollte. Das war die Situation über Monate. Aber es erschien wie ausgemacht, dass an dieser Grundentscheidung nichts mehr zu ändern sei. So denken ja viele, weswegen viele von vornherein eine Diskussion aufgeben oder denken, es hat keinen Zweck mehr, etwas zu ändern, obwohl ich eigentlich nicht einverstanden bin.

Das ist nicht sehr gut für eine lebendige Demokratie und eine lebendige Partei. Aber vor diesem Hintergrund haben dann im Juli, als der Kabinettsbeschluss anstand, am 24. Juli, aufgrund des Entwurfs aus den zuständigen Häusern der Bundesregierung Andrea Ypsilanti und ich lange Zeit, viele Male in den Wochen davor überlegt: Was ist denn eigentlich der dritte Weg, um aus diesem Dilemma herauszuführen, dass möglicherweise der Parteitag oder auch die Fraktion etwas mit zusammengebissenen Zähnen abstimmt, was sie eigentlich nicht wollen. Wo ist der Kern des Kritikpunktes? Der Kern ist die Nichtauslieferung der Bahn an anonyme Kapitalinteressen, sogenannte strategische Partner,

(Beifall)

die dann sehr wohl, weil Geld nicht gleich Geld ist, die Unternehmensrichtung beeinflussen können. Mit anderen Worten: Im Hintergrund steht der Konflikt, ist es die Aufgabe der Deutschen Bahn AG, unbedingt irgendein Global Player – möglichst der erste – im Bereich der Logistik zu werden, oder den Kernauftrag der Deutschen Bahn, wie es die Bundesbürger verlangen, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen? Das ist die Kernfrage.

(Beifall)

Es ist ganz klargeworden, dass sowohl die Öffentlichkeit als auch die Mehrheit der Partei an dem Kernauftrag als Hauptaufgabe der Bahn – neben anderen Dingen, die sie vielleicht auch noch machen kann – unbedingt festhalten wollen, auch weil die Bahn ein öffentliches Kulturgut und mehr ist als nur eine normale Infrastruktur.

(Beifall)

Wenn wir hier einen konstruktiven Weg finden wollen, dann bleibt – bevor zwei Züge aufeinanderfahren und man am Schluss eine unbefriedigende Regelung hat, wo einige wieder nur die Zähne zusammenbeißen und es der Partei auch wieder nicht

genutzt hat – doch eigentlich nur der Weg, an der Prämisse, die einmal beschlossen worden ist und die angeblich oder vermeintlich unverändert war, zunächst einmal nichts zu ändern, aber die Umsetzung ganz anders vorzunehmen, nämlich über den Weg einer sogenannten Volksaktie, die nicht vergleichbar ist mit der Telekom-Aktie – das war gar keine. Wenn eine Aktie diesen Namen verdient, dann ist es eine stimmrechtslose Vorzugsaktie, bei der das volle Stimmrecht, die volle Kontrolle der Stammeigner, der Bund, behält und der Rest zwar über Anteilseigner privat finanziert ist, aber diese haben keine Kontrolle über das Unternehmen. Das wollen sie auch gar nicht, weil sie andere Motive haben. Sie haben keine strategischen Motive mit der Bahn, sondern ein Geldanlagemotiv. Sie haben ein Interesse daran, in Form einer langfristig gesicherten Anlage bei einem Unternehmen, das grundgesetzlich in seinem Bestand gesichert ist, ihr Geld anzulegen, statt in irgendeinem riskanten Unternehmen. Das ist der Grundgedanke.

Deswegen haben wir das vorgeschlagen. Es hat dann im Parteivorstand einen immer breiter werdenden Anklang gefunden. Für den Gedanken, dass man damit aus einem Dilemma herauskommen kann, hat sich sehr früh Kurt Beck engagiert. Es haben sich sehr stark dafür engagiert Edelgard Bulmahn, Andrea Nahles, dann Thilo Sarazzin, der an der Ausfeilung dessen, wie das gesichert werden kann, wegen seines Hintergrundwissens als Finanzpolitiker mit beteiligt war.

Es ging bei all den Fragen in den letzten Wochen darum: Gibt es hier ein Schlupfloch? Wir haben dann in dieser Arbeitsgruppe so diskutiert und es so formuliert, dass aus unserer Sicht jedenfalls ein Schlupfloch vermieden werden muss. Das Misstrauen wird natürlich dadurch genährt, dass einige dieses Konzept kaputtreden, es madig machen, es für unrealistisch erklären, sagen, es käme nicht genug Geld dabei herein oder was auch immer. Wolfgang Clement hat erst vorgestern in irgendeiner Kolumne gesagt, das sei ja dann wie ein DDR-Unternehmen. Das sind keine Argumente, die hilfreich sind, abgesehen davon, dass sie falsch sind, um hier zu einer konstruktiven Lösung zu kommen.

(Beifall)

Diese konstruktive Lösung, ausgehend von dem Ursprungsvorschlag, der ja nun breit getragen wird, ist, dass wir nun anhand von drei Kriterien entscheiden müssen. Damit will ich auch zum Ende kommen.

Das eine Kriterium ist: Wir wissen, Geld ist nicht gleich Geld. Ob bei dem Vorzugsaktienmodell eine Milliarde mehr oder weniger hereinkommt, ist weniger wichtig als die Frage, ob die öffentliche Kontrolle und das Nichtausliefern an irgendwelche anderen Kapitalinteressen nicht lieber Vorrang haben sollte, ob das nicht der politisch wichtigere Gesichtspunkt ist.

(Beifall)

Also müssen wir uns für die politischen Gesichtspunkte entscheiden und nicht ausschließlich nach aktuellen finanztechnischen Gesichtspunkten.

Der zweite Punkt ist: Wir müssen uns entscheiden, ob wir genug Vertrauen haben, Vertrauen darin, dass diejenigen, die sich jetzt hinter dieses Konzept stellen, es nicht als Schlupfloch verstehen. Was Wolfgang Tiefensee gesagt hat und auch das, was in den letzten Wochen den Diskussionsprozess ausgelöst hat, gibt mir das Vertrauen, dass er dieses Konzept wirklich mit aller Konsequenz durchzusetzen versucht und dass nicht irgendwie anschließend auf einmal wieder eine Situation kommt, wo alles im alten Zustand ist.

Wir brauchen dabei auch Vertrauen in uns selbst; denn die Debatte der letzten Wochen hat ja gezeigt, dass es eben nicht so ist, dass eine Sache schon gelaufen ist, dass es gut ist und möglich ist, in dem Prozess nicht nur über ein Nein, sondern über einen handlungsfähigen Vorschlag einzugreifen und dass eine Diskussion, vor der man sich allzu oft einfach nur hütet, weil man sie als lästig empfindet und Angst vor Irrationalitäten hat, im Grunde äußerst konstruktiv ist, weil sie nicht nur zu einer konsensualen, sondern zu einer besseren Lösung führen kann.

Auf dieser Basis müssen wir jetzt entscheiden, ob wir genug Vertrauen auch in uns selbst haben, dass wir uns für den Fall, dass doch einmal wieder abgegangen wird, als Partei wieder zu Wort melden und sagen: Eine Auslieferung der Bahn an anders motivierte Kapitalinteressen wollen wir in der Tat nicht, und dabei muss es bleiben. – Danke schön.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hermann. – Ich hoffe, ihr habt Verständnis dafür, dass ich jemandem, der so prominent an der Debatte teilgenommen hat, etwas mehr als drei Minuten Redezeit gelassen habe, und das nicht nur deshalb, weil er sich für den Antrag ausgesprochen hat. Trotzdem wäre es schön, wenn jeder von sich aus versuchte, die Redezeit zu beachten.

Drei Genossinnen und Genossen – Iris Spranger, Mark Rackles und Hauke Jagau – haben sich zu I 31 zu Wort gemeldet. Möglicherweise wollen sie aber an der allgemeinen Debatte teilnehmen. Wenn sie das mitteilen, werden sie entsprechend aufgerufen. – Der Nächste ist Michael Müller.

**Michael Müller, Berlin:** Genossinnen und Genossen! Seit Monaten führen wir alle miteinander eine wichtige, sehr engagierte Debatte um die mögliche Teilprivatisierung der Bahn. Diese Debatte hat sich in den letzten Wochen und Monaten deutlich weiterentwickelt. Es ist viel erreicht worden. Auch das macht die Vorlage des Parteivorstandes, dieser Initiativantrag deutlich.

Trotzdem tun sich viele von uns sehr schwer damit, diesem Antrag zustimmen zu können. Ich will in dieser Grundsatzausprache deutlich machen, warum es für viele so schwer ist, hier mitgehen zu können. Es handelt sich hier nicht einfach um irgendeine Privatisierung eines beliebigen Objektes, die man beliebig oft wiederholen kann, sondern es geht um einen ganz wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ihr wisst es: Wir in Berlin haben vielfältige Erfahrungen mit Privatisierungen gemacht – klar, aufgrund unserer Finanzlage. Wir haben privatisiert, wo es nur irgend ging, und wir haben gute und schlechte Erfahrungen gemacht. Nicht alles muss der Staat machen; völlig klar. Vieles können Private besser machen, als es der Staat kann.

Aber wir haben aus unseren Erfahrungen gelernt und gemerkt, wo wir an Grenzen stoßen – zum Beispiel bei unseren Wasserbetrieben, auch ein wichtiger Bereich der Daseinsvorsorge. Wir haben sie teilprivatisiert und sehen jetzt, wie schwierig das Verhältnis ist, weil es schwer ist, öffentliche und private Interessen in einem solchen Betrieb der Daseinsvorsorge in Einklang zu bringen. Das ist das Problem, das wir bei den Wasserbetrieben ganz konkret erleben.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, bei der Deutschen Bahn ist das genau das Gleiche. Auch das ist ein Unternehmen der Daseinsvorsorge. Es gibt einen grundgesetzlichen Auftrag, die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Auftrag ist, dies für alle zu tun – auch in der Fläche – und zu bezahlbaren Preisen. Darum geht es beim Auftrag der Bahn. Das müssen wir sicherzustellen.

(Beifall)

Einen solchen Auftrag kennen wir auch aus anderen Bereichen: der Bildung, der Wissenschaft, der inneren Sicherheit, der Gesundheitsversorgung. Wir merken, dass man mitunter Renditeinteressen der Privaten und Interessen der Öffentlichkeit nicht miteinander vereinbaren kann. Das ist nicht der Fehler der Privaten. Es ist ihr Auftrag, Geld zu verdienen. Warum auch nicht? Man kann es machen, indem man neue Geschäftsfelder erschließt, indem man neue Kunden gewinnt. Aber in aller Regel geht es über Preiserhöhung, über Reduzierung des Angebotes oder über Personaleinsparung. Genossinnen und Genossen, das kann bei der Bahn nicht unser Weg sein.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir führen hier keine Detaildebatte, und ich möchte auch nicht, dass wir ganz von vorne beginnen. Die Diskussion hat sich – ich habe es

ganz zu Beginn meiner Rede gesagt – deutlich weiterentwickelt. Dennoch glaube ich, dass an zwei entscheidenden Stellen Präzisierungen wichtig sind, in dem Sinne, wie es Hubertus Heil und Hermann Scheer eben gesagt haben. Hubertus hat gesagt: Wir wollen keine Heuschrecken in unserem Unternehmen, wir wollen nicht ausschließlich private Renditeinteressen befriedigen. Und er hat gesagt: Es darf kein einfaches Nein von diesem Parteitag ausgehen. Ich glaube, auch das ist richtig.

Deswegen sagen wir Berliner: Lasst uns den Antrag des Parteivorstands zur Grundlage nehmen, aber an zwei Punkten deutlich formulieren. Erstens: Wir wollen eine Teilprivatisierung nur über das Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktie.

(Beifall)

Zweitens: Wenn das nicht geht oder nicht gewünscht ist – aus welchen Gründen auch immer –, darf es keine Privatisierung geben. Das muss das Signal des Parteitags sein.

(Beifall)

Wenn ihr euch einig seid, welche Interessen wir mit diesem Antrag verfolgen – Parteitag, Vorstand, alle, die in den Arbeitsgruppen mitgearbeitet haben –, dann lasst an dieser Stelle keine Zweideutigkeit zu. Es ist Aufgabe des Parteitages, in dieser Grundsatfrage ein deutliches Signal zu setzen und zu sagen: In diesem wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge geht es nur über das Modell stimmrechtsloser Vorzugsaktien. Wenn dies nicht geht: kein Einstieg in irgendeine andere Form von weiterer Privatisierung! Deshalb bitte ich euch um Unterstützung für unseren Initiativantrag 31. – Vielen Dank, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Als Nächster hat Achim Großmann das Wort. Vorbereiten kann sich schon Björn Böhning.

**Achim Großmann, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man dieses komplizierte Thema bespricht, muss man es aus mehreren Richtungen ausleuchten. Deshalb muss man schon Gedanken darüber verschwenden, was denn wäre, wenn wir nichts machen würden. Das nämlich war das, was aus Berlin gerade angeboten wurde.

Wir reden hier über eine Teilkapitalprivatisierung, nicht aber über die Liberalisierung des Netzes; die ist bereits beschlossen. Schon heute fahren 350 andere Unternehmen auf dem Netz. Wenn wir unser eigenes Unternehmen nicht mit Kapital ausstatten, dann bedeutet das, dass dieses Unternehmen kein neues Material für die Menschen und die Güter anschaffen kann.

Die DB AG ist, wie ihr wisst, eine Aktiengesellschaft. Die Europäische Union sagt: Ihr sollt Geld in die Infrastruktur geben; das machen wir, und das sieht auch das Grundgesetz vor. Wir geben Geld im Wege des Regionalisierungsgesetzes für die Länder, damit sie Züge und Fahrleistungen bestellen können. Übrigens ist es in einigen Ländern schon so, dass bei Ausschreibungen nicht mehr unser eigenes Unternehmen gewinnt, sondern andere Wettbewerber günstiger fahren.

Die Grundlage einer solchen Liberalisierung ist also: Wir dürfen in das aktienrechtlich private Unternehmen DB AG kein Geld zur Anschaffung von leiseren Zügen, von ökologischen Lokomotiven – die einen Teil der Bremsenergie zurück ins Netz speisen – stecken. Wenn wir nichts tun, bedeutet dies, dass wir die starke DB AG schwach machen. Wir können diesem Unternehmen nicht mehr helfen. Der Wettbewerb auf der Schiene wird dazu führen, dass die privaten Unternehmen, die reichlich mit Geld ausgestattet werden können, Güter und Menschen zu den Bedingungen transportieren, die letztlich der Markt diktieren wird. Das bedeutet zum Beispiel Einschränkungen beim Lohn sowie andere Einschränkungen, über die noch keiner nachgedacht hat.

Wenn wir das, was das Grundgesetz will, mit verkehrspolitisch möglichen Instrumenten unterlegen wollen, dann kann das nur heißen, dass wir ein eigenständiges, starkes Unternehmen behalten. Das heißt, dass wir eine Teilprivatisierung möglich machen müssen mit den Zügeln, die wir heute beschließen wollen. Wenn wir nichts tun, verabschieden wir uns von der DB AG, und dieser Konzern wird schmelzen wie Schnee in der Sonne. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Achim. Es folgt Björn Böhning, danach Hendrik Hering.

**Björn Böhning, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Achim, ich glaube, wir sind in der Diskussion weiter, als das hier dargestellt worden ist. Wir haben lange darüber diskutiert, wie es gelingen kann – das diskutieren wir im Grundsatzzprogramm –, dass die öffentliche Daseinsvorsorge nicht eine Parole bleibt, sondern konkret skizziert wird. Liebe Genossinnen und Genossen, die Mobilität der Verkehrspolitik gehört genauso wie die ökologische Politik, die wir wollen, zur öffentlichen Daseinsvorsorge, ist ein öffentliches Gut. Das müssen wir sichern.

(Beifall)

Wir haben diskutiert: Welche Ziele kann der Staat bei der Deutschen Bahn verwirklichen?

Wir sind uns darin einig, dass wir nicht das wollen, was die Union will: Mehr Wettbewerb auf der Schiene zu Lasten von Löhnen, auf Kosten des Netzes, auf Kosten der

Bahnhöfe und auf Kosten der Kunden. Nein, wir wollen mit der Deutschen Bahn AG Verkehrspolitik und Umweltpolitik machen, liebe Genossinnen und Genossen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall)

Hier muss der Staat seine Verantwortung wahrnehmen. Das hat er mit der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, Achim. Es ist ein richtiger Weg, das zu tun, ein richtiger Weg, um hier voranzukommen. Aber es ist genauso richtig, liebe Genossinnen und Genossen, dass mit dem Volksaktien-Modell stimmrechtsloser Vorzugsaktien ein Weg aufgezeigt werden kann, der es möglich macht, mit der Deutschen Bahn Verkehrspolitik zu machen. Denn wir wollen nicht, dass das oberste Ziel der Deutschen Bahn die Shopping-Touren im Logistik-Supermarkt der Welt sind, liebe Genossinnen und Genossen, sondern wir wollen, dass die Deutsche Bahn einen entsprechenden Auftrag hat, der da heißt: Mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Ich glaube, wir müssen die CDU in dieser Frage treiben. Deswegen wollen wir keine Zerschlagung der Deutschen Bahn. Wir alle sind für den integrierten Konzern.

Ich komme zum vorletzten Punkt. Es ist sehr wichtig ist – ich glaube, das ist mit dem Antrag sichergestellt –, dass Finanzinvestoren keinerlei Einfluss auf die Unternehmenspolitik haben sollen. In der Argumentation wird gerne suggeriert, 5 bis 6 Prozent privater Investoren hätten keinerlei Einfluss auf die Unternehmenspolitik. Genossinnen und Genossen, die Logik der Finanzmärkte ist eine andere. Die Logik der Finanzmärkte ist die, dass das Unternehmen dort, wo Kapital abgezogen wird – seien es 3, 4 oder 5 Prozent –, entsprechend auf diese drohenden Heuschrecken reagiert. Deswegen wollen wir keinen Einfluss dieser Investoren, und zwar nicht zu 25 Prozent, aber auch nicht zu 49 Prozent, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann nur dafür werben. Es geht bei dieser Frage – Hermann hat es angesprochen – auch um Vertrauen. Wenn klar ist, dass wir die Volksaktie als stimmrechtslose Vorzugsaktie bei der Privatisierung der Deutschen Bahn wollen, dann können wir im Antrag auch deutlich machen, dass wir, wenn die Union oder wer auch immer die Volksaktie nicht will, keine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn wollen. – Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Das Wort hat Hendrik Hering. Ihm folgt Eckart Kuhlwein.

**Hendrik Hering, Rheinland-Pfalz:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, eines ist klar: Wir müssen uns in dieser Frage klar positionieren. Wir müssen klar die

Rahmenbedingungen festlegen, wie wir uns eine Weiterentwicklung des Bahnkonzerns vorstellen. Hermann Scheer hat Recht: Bahn ist mehr als nur eine Verkehrsinfrastruktur. Es ist Kulturgut in Deutschland. Wir müssen uns klar entscheiden: Was sind die Rahmenbedingungen, was sind die Konzepte, wie wir den Bahnkonzern weiterentwickeln?

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind uns einig: Wir werden keine Zerschlagung des Bahnkonzerns akzeptieren, weil wir es ablehnen, dass das, was defizitär ist, und zwar die Infrastruktur, sozialisiert wird und die Gewinne privatisiert werden. Denn mit dem Verkehr auf den Schienen kann Geld verdient werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, uns geht es um 230.000 Arbeitsplätze. Wir haben gestern lange über gute Arbeit diskutiert. Wir haben eine hohe Verantwortung, dass diese guten Arbeitsplätze bestehen bleiben. Liebe Genossinnen und Genossen, wer das will und wer in aller Konsequenz zu dieser Aussage stehen will, der muss diesen Bahnkonzern auch stärken und der muss eine Aussage darüber treffen und dazu Position beziehen, wie es gelingen kann, in einem europäischen Wettbewerb, den wir haben, diesen Bahnkonzern zu stärken, damit wir verhindern, dass andere mit Dumpinglöhnen diesem Bahnkonzern auf unredliche Weise Konkurrenz machen und dass damit gute, sichere Arbeitsplätze verloren gehen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Landesverkehrsminister und weiß, dass wir zusätzliches Kapitel brauchen, um unsere verkehrspolitischen Ziele durchzusetzen, dass mehr Güter auf die Schiene verlagert werden und dass mehr Menschen das Verkehrsmedium Schiene nutzen, gerade im ländlichen Raum. Wir hatten in der Arbeitsgruppe die sehr schwierige Frage zu beantworten, ob es möglich ist, privates Kapital zu aktivieren und gleichzeitig – darum geht es mir auch – den Einfluss der Politik weiter zu stärken und zu verhindern, dass private Investoren Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen.

Wir haben uns in diesem Antrag, bei dem schwer darum gerungen wurde, diese Position zu finden, klar entschieden: Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik ausüben. Das ist eine klare Aussage in dem Antrag. Dazu müssen wir stehen, und wir müssen Instrumente dafür schaffen, die auch festgelegt worden sind. Klar ist: Es erfolgt zunächst nur eine Teilprivatisierung von 25,1 Prozent, und zwar nur in Form von stimmrechtslosen Aktien. Auch das muss klar sein. Weiterhin muss klar sein: Es muss nicht nur Aufgabe der Fraktion, sondern auch der Partei sein festzulegen, wie es weitergeht und ob es ein sinnvoller Weg war, privates Kapital mit einzubinden, ja oder nein, bzw. wie es weiter entschieden werden kann.

Ich glaube, wir haben eine hohe Verantwortung, die Bahn weiterzuentwickeln und Konzeptionen auf den Weg zu bringen. Dazu gehört es, auch die Frage zu beantwor-



ten, wie die notwendigen zusätzlichen Investitionen aussehen, die getätigt werden können, damit der Bahnkonzern gestärkt wird und damit unsere verkehrspolitischen Ziele umgesetzt werden können. Dazu müssen wir uns klar positionieren. Ich meine, das tun wir auf nachvollziehbare Weise mit dem euch vorliegenden Antrag.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Vielen Dank.

Das Wort hat Eckart Kuhlwein. Ihm folgt Edelgard Bulmahn.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen, eines wird uns heute deutlich gemacht: Die Bahn braucht Geld, um sich europäischer als bisher aufzustellen, und nicht nur, um die Schienensysteme kompatibel zu machen, wie es Kurt Beck gestern als Problem gesehen hat, was zweifellos auch eines ist, was aber wahrscheinlich nicht diesen Gang an die Börse erfordert.

Wenn die Bahn Geld braucht, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Wir diskutieren jetzt den Vorschlag der stimmrechtslosen Namensaktien, der stimmrechtslosen Volksaktien. Das könnte ein möglicher Weg sein. Aber ich stehe immer noch vor folgendem Problem: Eigentlich gehe ich davon aus, dass die Bahn uns allen gehört und eigentlich eine Volks- oder Bürgerbahn ist.

(Beifall)

Die meisten, die hier sitzen, haben sie in den letzten Jahrzehnten über Steuermittel und über die Nutzung der Bahn mitfinanziert. Wieso soll denn ein Teil davon plötzlich gegen Geld verkauft werden? Wenn das Bahnvermögen auf 100 Milliarden Euro oder mehr beziffert wird, stellt sich auch die Frage, wieso dann der Börsengang für die 49 Prozent nur zwischen 6 und 8 Milliarden Euro bringen sollte.

(Beifall)

Wer kassiert denn, wenn die Aktien erst einmal an der Börse sind, den Mehrwert daraus, wenn die Kurse so steigen, dass sie dem tatsächlichen Vermögenswert der Bahn entsprechen? Ich habe darauf auch im Parteirat bisher keine Antwort bekommen. Ich glaube nicht, dass wir damit den Haushalt retten werden. Ich glaube auch nicht, dass wir mit dem Börsengang eines Teils den Investitionsbedarf der Bahn hinreichend werden finanzieren können, zumal jedes Jahr noch 2,5 Milliarden Euro aus Steuermitteln vorgesehen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, die DB hat unter Mehdorn weltweit auf Pump Unternehmen zugekauft, die nichts mit der Aufgabe zu tun haben, die Infrastruktur in Deutschland zu sichern.

(Beifall)

Sie ist das zweitgrößte Luftfrachtunternehmen der Welt geworden, über Kredite finanziert. Das ging offenbar. Aber jetzt haben wir Finanzbedarf, um uns europäisch aufzustellen. Sie hat das Schienennetz vernachlässigt; darin stecken die Reserven. Genossinnen und Genossen, wir brauchen keinen weltweit führenden Logistikkonzern, wie Hermann Scheer schon gesagt hat, sondern eine Bürgerbahn in Deutschland und meinetwegen auch in Europa.

(Beifall)

Aber wir müssen uns nicht als weltweiter Player gerieren. Das liegt weder im nationalen Interesse noch im Interesse einer vernünftigen Verkehrsstruktur.

Nun gibt es diesen Vorschlag, eine gerade noch erträgliche Lösung. Mir ist er aber zu allgemein formuliert. Dieser Initiativantrag 6 ist ein Generalbeschluss des Parteivorstands, der Tür und Tor öffnen könnte, um andere als Zeugen heranzuziehen, warum das alles nicht geht: Die Europäische Union, wo dann vielleicht gesagt wird, das gilt nicht. Die Koalition in Berlin, der Bundesrat oder der eine oder andere Wirtschaftsexperte wird vielleicht einwenden, das geht nach dem Aktienrecht alles nicht. Also scheitern wir, und wir haben einen Blankoscheck oder einen weitgehenden Blankoscheck für den Börsengang ausgestellt, wie auch immer er dann organisiert wird.

Vertrauen ist gut, Genossinnen und Genossen – ich vertraue fast allen, die hier hinter uns in den Spitzen sitzen –, Kontrolle ist aber besser.

(Beifall)

Wenn ihr das mit der Volksaktie hinbekommt, dann werde ich sogar eine oder mehrere kaufen, obwohl mir die Bahn heute schon gehört.

(Beifall)

Ihr müsst das aber wirklich machen. Deswegen muss durch die Annahme des Initiativantrags 31 klargestellt werden: Wenn das alles scheitert, dann gibt es ein Nein zum Börsengang. – Schönen Dank.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Das nächste Wort hat Edelgard Bulmahn. Ihr folgt dann Peter Conradi, der sich bitte bereit macht.

**Edelgard Bulmahn, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich mit um diesen Vorschlag bemüht, weil ich unmissverständlich sage: Ja, ich will eine Bahn, die auch in 10 oder 20 Jahren den Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen kann. Das heißt, wir brauchen eine starke Bahn. Wir brauchen eine Bahn mit motivierten Beschäftigten. Wir brauchen eine Bahn, die in der Lage ist, wirklich sicherzustellen, dass man nicht nur von Hannover einen Zug nach Berlin nehmen

kann, sondern dass man auch dann, wenn man im Emsland wohnt, Berlin oder Hannover mit einem Zug erreichen kann.

(Beifall)

Ich will sicherstellen, dass die Bahn wirklich in der Lage ist, tatsächlich mehr Güter von der Straße auf die Schiene aufzunehmen. Liebe Genossinnen und Genossen, das heißt im Übrigen auch, dass diese Bahn auch in Europa konkurrenzfähig sein muss, weil sie diesen Auftrag ansonsten nicht erfüllen kann. Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb sage ich ganz klar und unmissverständlich Ja zu einer Bahn, die ganz klar einen Auftrag der Daseinsvorsorge hat und bei der der Bund auch in Zukunft das Sagen hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb habe ich mich für diesen Vorschlag eingesetzt. Ich weiß aber auch, dass die Bahn in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld braucht, als sie zurzeit erhält, um diese Aufgaben zu erfüllen. Im Übrigen weiß ich auch, dass wir in Zukunft ohnehin schon Milliardenbeträge aus dem Bundeshaushalt an die Bahn werden zahlen müssen. Sie braucht dieses Geld nicht nur, um ein wichtiger Mitspieler beim Güterverkehr in Europa zu sein, sondern auch, um das Schienennetz so zu sanieren, dass wir diese Aufgaben wirklich erfüllen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb kann man sich davor nicht wegducken. Wir brauchen auf der einen Seite mehr Geld, und wir brauchen einen Vorschlag, wonach die Bahn nicht, wie Hermann Scheer das zurecht gesagt hat, den Einzelinteressen von Investoren ausgeliefert wird, von denen wir eben nicht wissen, wie sie in zwei, drei, vier oder fünf Jahren entscheiden.

Deshalb unterstütze ich den Vorschlag für eine stimmrechtslose Aktie wirklich ausdrücklich. Dadurch können wir erreichen, dass die Bahn das notwendige Kapital erhält. Gleichzeitig können wir sicherstellen, dass ein Einzelinvestor sein Aktienpaket eben nicht einfach verkauft und anschließend mit seinen Stimmrechten den Kurs der Bahn völlig verändern kann. Dieser Weg, den wir hier vorschlagen, stellt sicher, dass der Bund und damit das Parlament auch in Zukunft entscheiden, in welche Richtung wir gehen wollen, wie das Schienennetz ausgestattet ist und welche Rolle die Bahn spielen kann. Deshalb werbe ich noch einmal ausdrücklich dafür, diesen Weg zu gehen.

Ich weiß, dass viele die Sorge haben, dass man damit Schlupflöcher aufmacht. Liebe Genossinnen und Genossen, ich will noch einmal ausdrücklich sagen, dass uns eines klar sein muss: Auch dann, wenn die Bahn zu 100 Prozent im Bundesbesitz bleibt, hängt es immer von uns selbst ab, was wir mit der Bahn machen. Es hängt von denjenigen ab, die im Deutschen Bundestag sitzen, ob sie die Courage haben, für ihre Zielsetzungen zu streiten. Es hängt von uns, von der SPD, ab, ob wir hier wirklich konsequent für eine starke und leistungsfähige Bahn streiten.

Deshalb bitte ich euch ganz herzlich: Habt das Vertrauen zu uns selber und zu Wolfgang und anderen, die das wirklich durchgekämpft haben und das – da bin ich mir sicher – auch weiterhin tun werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Edelgard. – Es folgt Peter Conradi. Nach ihm kommt als nächster Redner Norbert Hansen.

**Peter Conradi, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin der erste, aber gewiss nicht der einzige, der sich hier eindeutig und klar gegen jeden Verkauf – auch Teilverkauf, auch Teilprivatisierung – der bundeseigenen Deutschen Bahn, ausspricht.

(Beifall)

Ich bin damit nicht allein. 70 Prozent der Bevölkerung sind für eine bundeseigene Bahn und gegen den Gesetzentwurf, den die Regierung und die Koalitionsfraktionen eingebracht haben. Kurt Beck hat gesagt, wir sollten den Menschen näher sein. Ich bin den Menschen näher als die Befürworter eines Verkaufs der Bahn.

(Beifall)

Elf Landesparteitage haben gegen den Teilverkauf gestimmt. Eine Mehrzahl unserer Mitglieder ist dagegen. Die großen Gewerkschaften IG Metall und Ver.di sind dagegen. Sie alle fordern: die Bahn soll die Bahn des Bundes, also unsere Bahn, bleiben.

Ich bin auch gegen den Kompromissantrag des Parteivorstandes. Er ist gut gemeint, aber gut gemeint ist noch lange nicht gut.

(Beifall)

Ich fürchte, hier wird eine Tür geöffnet – gewiss nur einen Spalt weit – für ein bisschen Privatisierung und ein bisschen in die Richtung „Privat statt Staat“. Das wäre genauso wie ein bisschen Schwangerschaft. Das geht auch nicht. Hier soll eine Grundsatzentscheidung getroffen werden, die später – möglicherweise auch mit anderen Mehrheiten – ausgeweitet, verändert bzw. umgeschrieben werden kann. Das will ich nicht.

Ich traue den Sicherungen nicht, die hier vorgeschlagen werden. Ich weiß doch gar nicht, was in der Fraktion und in der Koalition nachher ausgehandelt wird. Ich halte das für einen gefährlichen Weg und will ihn nicht mitgehen.

(Beifall)

Man sagt uns, die Bahn brauche Geld. Ja, sie braucht Geld. Wir wüssten aber gerne, für was: Für Speditionskäufe in Südamerika, für Hafenanlagen in Afrika, für Flugplätze in Asien, für irgendwelche Interessen eines Möchtegerne-Global-Players?

(Beifall)

Ich komme aus Stuttgart und kenne einen: Das war Herr Schrempp von Daimler Benz. Er ist mit seinen Interessen, ein weltweiter Global Player zu werden, kläglich gescheitert. So etwas sollten wir nicht unterstützen.

Die Bahn ist da für die Daseinsvorsorge – so will es das Grundgesetz –, und die Menschen in Deutschland sind nicht am größten Global-Logistic-Player interessiert. Sie wollen von Kötzschenbroda nach Meckenbeuren kommen – und das auf gute und zuverlässige Weise.

(Beifall)

Wenn die Bahn Geld für Investitionen in Deutschland braucht, um dort besser zu werden – auch im europäischen Wettbewerb –, dann bin ich dabei. Aber dazu müssen wir doch keine Aktien ausgeben und einen Teil der Bahn verkaufen. Legen wir doch eine Anleihe zu vier Prozent auf. Das ist viel billiger als die Vorzugsaktien.

(Beifall)

Elf Prozent ihres verfügbaren Einkommens sparen die Bürger in Deutschland. Eine vierprozentige Anleihe geht weg wie der Blitz. Und da komme mir keiner mit Europa: Das kann man über die Jahre hinweg in Tranchen machen, damit wir unterhalb der Verschuldungsgrenzen der EU bleiben.

Damit wären dann der Gesetzentwurf und auch unser Kompromissantrag vom Tisch. Vor allem wäre auch die abenteuerliche Konstruktion vom Tisch, dass der Bund formal Eigentümer von Netz, Station und Energie bleibt, während die Bahn, ihr Aufsichtsrat und Vorstand aber voll und allein darüber verfügen kann. Sie kann damit machen, was sie will. Sie kann Immobilien verkaufen, so wie sie jetzt gerade nicht bahnotwendige Grundstücke für 1,6 Milliarden Euro verkauft hat, die nach dem Willen des Gesetzgebers eigentlich dem Bund gehören. Der Gesetzentwurf – das wird auch nicht durch die Einbauten des Kompromissantrags geändert – gibt das Eigentum des Bundes zur Verfügung der Bahn. Ich halte das für bizarr. In 15 Jahren soll der Bund das dann zum vollen Wert – so steht es im Gesetzentwurf – zurückkaufen.

Ich frage mich, was die „bessere Kontrolle“ bedeutet, die Edelgard, Hermann und andere hier versprochen haben. Soll die Bahn zukünftig besser kontrolliert werden als heute? Wir sind doch hundertprozentige Eigentümer. Was erleben wir? Mehdorn

und sein Aufsichtsrat tanzen dem hundertprozentigen Eigentümer so auf der Nase herum, wie das in keinem anderen Unternehmen in diesem Land möglich wäre.

(Beifall)

Nennt mir doch einen Unternehmer, der hundertprozentiger Eigentümer seines Unternehmens ist und sich vom ersten Geschäftsführer so behandeln lässt, wie Mehndorn uns, die Eigentümer, behandelt.

Nein, die Bahn braucht gewiss Reformen, sie braucht aber keinen Teilverkauf. Sie braucht eine verkehrspolitische Führung. Das erfordert, dass der Bund, die Bundesregierung und der Bundestag ihre Verpflichtung hier wahrnehmen.

Ein letzter Satz: Kurt Beck hat gesagt, wir sollen näher bei den Menschen sein. Die Menschen wollen nicht das, was hier gefordert wird. Wir werden sie davon auch nicht überzeugen. Wir sollten diesen Antrag ablehnen. Ich bin für die Annahme des Antrags 19 aus Berlin, der klipp und klar besagt: kein Verkauf, kein Teilverkauf, hundertprozentiges Bundeseigentum. Die Bahn gehört auf die Schiene und nicht an die Börse. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich Norbert Hansen das Wort gebe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, Christian Ude, der inzwischen eingetroffen ist, nachträglich zu seinem 60. Geburtstag, den er verständlicherweise nicht hier, sondern in München gefeiert hat, zu gratulieren.

(Beifall)

Norbert, du hast das Wort. Als Nächster ist Peter Danckert an der Reihe.

**Norbert Hansen, Vorsitzender der Gewerkschaft TRANSNET:** Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin seit 1999 Vorsitzender der größten Eisenbahnergewerkschaft in Deutschland. Meine Wahlergebnisse lagen in etwa auf dem Niveau von Kurt Beck, der hier auf dem Parteitag gewählt worden ist. Ich bin im Übrigen seit 1. August dieses Jahres 40 Jahre lang Eisenbahner. Damit könnt ihr errechnen, dass ich in den 40 Jahren, die ich mit diesem Verkehrssystem Schiene verbunden bin, auch die längste Strecke zu einer Zeit zurückgelegt habe, als die Bundesbahn staatlich war. Das heißt, es war eine Bahn, die nicht in Form einer Aktiengesellschaft geführt wurde.

Um die Zeit nicht überzustrapazieren, will ich nicht auf die ganzen Argumente eingehen, die darauf abzielten, dass der Staat alleine und nur das Staatseigentum eine Garantie für ein ausreichendes Schienensystem und eine ausreichende Verkehrsversorgung geben könnten. Das würde einer längeren Abhandlung bedürfen. Ich darf

euch aber in Erinnerung rufen, wie viele Arbeitsplätze zu welcher Zeit in den letzten 40 Jahren abgebaut wurden und wie viele Streckenkilometer in diesen 40 Jahren stillgelegt worden sind. Ich habe es ausgerechnet, will euch aber mit Zahlen nicht belasten; ich kann es euch jederzeit liefern. Es waren jeweils mehr in den Jahren, als die Bahn noch nicht als Aktiengesellschaft geführt wurde, und weniger in den 13 Jahren, in denen sie jetzt in Form einer Aktiengesellschaft in Bundesbesitz geführt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben 1993 eine schwere Entscheidung treffen müssen als die mit Abstand größte Gewerkschaft im Eisenbahnsektor in Deutschland; nämlich, ob wir gegen eine Organisationsprivatisierung Widerstand mobilisieren oder ob wir es schaffen, die Beschäftigteninteressen mitzugestalten im Verlauf dieser Organisationsprivatisierung.

Angesichts von 70 Milliarden DM Schulden, die damals angelaufen waren, angesichts des Drucks der Maastricht-Kriterien und angesichts des Modernisierungsbedarfs nach der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn 1990 gab es für uns keine Chance, diesen Privatisierungsschritt zu verhindern. Im Übrigen sind auch andere Privatisierungen nicht verhindert worden.

Wir wollten, dass niemand betriebsbedingt gekündigt wird wegen oder im Verlauf dieser Organisationsprivatisierung. Wir wollten, dass niemand seine Besitzstände verliert. Wir wollten, dass die sozialen betrieblichen Einrichtungen, die vorbildhaft sind, erhalten bleiben. Wir wollten, dass es keine Nachteile für die beamteten Mitarbeiter der Deutschen Bundesbahn gibt. Liebe Genossinnen und Genossen, das alles haben wir bis heute gewährleisten können. Ohne Hilfe der Sozialdemokraten im Gesetzgebungsverfahren wäre uns dieses allerdings niemals gelungen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ohne die SPD wäre die Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn in zunächst drei Teile zerschlagen worden. Das war die Absicht der damaligen Bundesregierung, die die Bahnreform auf den Weg gebracht hat. Ohne die SPD hätte heute schon der Staat sich aus der Eigentumsverantwortung für das Transportgeschäft herausgestohlen, er hätte sich als Eigentümer dieses Transportgeschäfts verabschiedet. Ich behaupte, ohne die SPD hätten CDU und FDP auch heute bereits eine Teilkapitalisierung des Netzes und der Infrastruktur vollzogen, weil dies das ist, was ihre Wirtschaftslobbyisten wollen und was der Deutsche Industrie- und Handelstag, BDA und BDI wollen. Sie hätten das erfüllt, was sich die Wirtschaftsverbände wünschen.

Heute steht die SPD geschlossen für einen integrierten Bahnkonzern, wie wir das gehört haben. Heute spricht sich die SPD nicht gegen eine Minderheitskapitalbetei-

ligung aus, will aber den negativen Einfluss privater Investoren verhindern. Das können wir als Gewerkschaft Transnet nur begrüßen. Heute fordert die SPD Beschäftigungssicherheit für unsere Kolleginnen und Kollegen auch bei einer weiteren Strukturveränderung des Unternehmens. Dafür sind wir sehr dankbar.

Liebe Genossinnen und Genossen, für diese klare, konsequente Politik danke ich an dieser Stelle euch allen meiner Partei im Namen von 245.000 Mitgliedern unserer Gewerkschaft Transnet.

(Beifall)

Nach einem harten Sanierungskurs, der nun über 12 Jahre gedauert hat, werden heute bei der Deutschen Bahn positive Ergebnisse erzielt, im Übrigen nicht nur über die Logistik-Geschäfte, sondern im zunehmenden Maße aus dem Güterverkehr auf der Schiene, aus dem Personenverkehr auf der Schiene und aus den zusätzlichen Serviceleistungen. Wenn ihr an Mobilität und humane Mobilität denkt, dann denkt auch bitte daran, was die Bahn noch alles zusätzlich leistet: vom Fahrradverleih bis Car-Sharing, um von der Bahn zum Ziel zu kommen. Die Frage ist, ob das alles möglich ist, wenn diese Bahn nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, weil die Finanzen nicht ausreichen.

Nach einem harten Sanierungskurs sind wir über den Berg. Es werden Arbeitsplätze bei der Deutschen Bahn geschaffen. Es werden mehr Ausbildungsplätze angeboten, als der Eigenbedarf an Nachwuchskräften es erfordert. Um diesen Erfolg fortsetzen zu können, muss die Deutsche Bahn sich im Wettbewerb behaupten können, das heißt Wettbewerb in mehreren Dimensionen: Wettbewerb gegen internationale Konkurrenten, die nach diesem Parteitag nicht aus der Welt sind. Es sind ernst zu nehmende Konkurrenten mit kapitalstarken Konzernen im Hintergrund, die in Deutschland gegen die Deutsche Bahn konkurrieren.

Sie haben sich zu wehren, und sie müssen wettbewerbsfähig sein gegen nationale Konkurrenten und sie müssen vor allen Dingen wettbewerbsfähig sein gegen die Dumpingvorteile des Straßen- und des Luftverkehrs, wo zunehmend mit kriminellen Methoden gearbeitet wird, wo insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebeutet werden und für einen Hungerlohn arbeiten müssen.

(Beifall)

Eine Entscheidung gegen das von den SPD-Ministern Tiefensee und Steinbrück eingebrachte Gesetz würde unmittelbar nach diesem Parteitag – das sagt mir mein Verstand und meine Erfahrung; das sagen mir auch die Botschaften, die bei mir ankommen – erneut die Trennungsdebatte wieder eröffnen, an der sich auch der Genosse Sarrazin dann sicherlich beteiligen wird. Der Trennung aber folgt die Zerschlagung. Wir wissen genau, welche Teile dieses Kuchens sich kapitalstarke Konzerne – auslän-



dische Konzerne in erster Linie – mithilfe der CDU und FDP sowie der Wirtschaftsverbände dann unter den Nagel reißen werden.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, kann und darf nicht die Auswirkung sozialdemokratischer Politik sein. Keine andere Partei außer der, der ich jetzt seit 30 Jahren angehöre, hat sich gegen die Trennung dieses Unternehmens ausgesprochen. Deswegen appelliere ich an die Delegierten, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Genossinnen und Genossen, das zu tun, was heute möglich ist, um die Arbeitsplätze bei der Bahn zu schützen, indem der integrierte Konzern und die Privatisierungsschranke in Artikel 87 e des Grundgesetzes unantastbar werden. Das ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf am ehesten gewährleistet. Helft uns, Risiken zu vermeiden oder zu minimieren für den Fall, dass Sozialdemokratinnen oder Sozialdemokraten uns nicht mehr schützen können! Auch das ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf am ehesten gewährleistet.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns immer auf euch, auf die SPD verlassen können und haben uns deswegen als eine der DGB-Gewerkschaften auch immer in besonderer und bekennender Weise an die Seite der SPD gestellt. Bitte enttäuscht uns nicht und stimmt uneingeschränkt dem Antrag des Parteivorstands zu! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Norbert. – Ich bitte euch um Verständnis, dass wir bei der Frage der Redezeit immer strikter werden müssen. Wir haben noch 20 Wortmeldungen.

Jetzt hat Peter das Wort. Als Nächster ist Walter Meinhold an der Reihe. Ich will noch kurz sagen, dass wir euch das erste Mal ab zwei Minuten abklingeln, weil das offenbar bei drei Minuten nicht gleich gehört wird.

**Peter Danckert, Brandenburg:** Lieber Norbert Hansen, damit es klar ist und hier kein falscher Zungenschlag in die Debatte kommt:

Wir stehen hinter den 230.000 oder 235.000 Mitarbeitern der Deutschen Bahn!

(Beifall)

Niemand will diesen Konzern zerschlagen. Darum geht es gar nicht. Wir wollen den Konzern und die Arbeitsplätze erhalten. Ich bin sehr froh, dass jedenfalls in der Debatte mit den Gewerkschaften auch klar ist, dass sich ver.di und die IG Metall auch deutlich positioniert haben.

Ich bin froh darüber, dass wir diesen Kompromissantrag haben, über den wir jetzt reden. Ich glaube, wenn ich die Stimmungslage hier auf dem Parteitag richtig beur-

teile: gäbe es diesen Kompromissantrag nicht und hätten wir nur die Anträge der Landesverbände, dann, prophezeie ich, wäre es eine klare, eindeutige Antwort, wie wir hier über die Frage der Kapitalprivatisierung entscheiden würden.

(Beifall)

Wir brauchen das jetzt nach meiner Meinung nicht zu diskutieren, weil hier – das will ich ausdrücklich anerkennen – von beiden Seiten aufeinander zu gegangen worden ist. Wenn ich die Ausgangslage habe, die mit der Einbringung des Gesetzentwurfs verbunden war, dann sind das Lichtjahre, die man mit diesem Antrag auf uns zugegangen ist. Wenn ich die sehe, die die Kapitalprivatisierung nicht wollten, dann ist das auch ein gewaltiger Schritt an dieser Stelle. Ich gehörte zu denjenigen, die gesagt haben: Bei der derzeitigen Aufstellung, bei der guten Performance der Bahn brauchen wir die Privatisierung nicht. Denn die Gewinne, die dort angeblich erwirtschaftet werden, kriegt ja nicht der Bund, sondern die werden thesauriert, die bleiben bei der Bahn. Das kann möglicherweise bei einer Teilprivatisierung nicht mehr der Fall sein; denn dann gibt es Aktionäre – wer das auch immer ist; bei den stimmrechtslosen Vorzugsaktien die einen oder bei anderen Modellen andere –, dann muss ausgeschüttet werden und dann muss auch der Bund etwas haben. An dieser Stelle ist das, finde ich, unter den gegebenen Bedingungen ein guter Kompromiss.

Ich möchte auch ausdrücklich sagen, dass ich Peter Struck und seiner Fraktionsführung sehr dankbar bin, dass wir als Fraktion nicht in eine Situation gedrängt worden sind, vor diesem Parteitag entscheiden zu müssen. Das war sehr fair. Herzlichen Dank dafür!

Nun ist die Frage: Wie können wir dieses Modell, das ja ganz praktikabel zu sein scheint, auch wirklich absichern? – Ich sehe da auch einige Schlupflöcher. Ich glaube, wir kriegen das nur dann hin, wenn wir auf der Basis der Ausführungen von Peter Müller aus Berlin sozusagen eine Sicherung einbauen, die besagt: Wenn das Modell mit den stimmrechtslosen Vorzugsaktien nicht funktioniert, dann gibt es keine Privatisierung.

(Beifall)

Damit haben wir die erforderliche Sicherheit, dass das, was der Parteitag hier mehrheitlich denkt und fühlt, auch umgesetzt wird. In diesem Sinne sollten die, die hinter mir stehen und sitzen, daran arbeiten, dass wir hier einen Kompromiss hinkriegen, damit nicht alles kaputt geht. Wolfgang, du hast meine Unterstützung. Ich erkenne ausdrücklich auch dein Bemühen an, uns an dieser Stelle gewaltig entgegenzugehen. Aber es muss auch eine Absicherung geben, damit es nur das Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktien gibt und nichts anderes. – Vielen Dank.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Peter. – Als Nächster ist Walter Meinhold dran. Danach spricht Peter Friedrich.

**Walter Meinhold, Hannover:** Liebe Genossinnen und Genossen! Hier wird davon gesprochen, dass zwei Seiten großartig aufeinander zu gegangen sind. Ich sehe es ganz anders. Es bestand für einen kurzen Moment die Gefahr, dass eine Sache beschlossen worden wäre, die nachweisbar nicht nur der SPD, sondern auch in der Bevölkerung keine Mehrheit hat.

(Beifall)

Wenn in der Parteiratssitzung Anfang September nicht mehrheitlich die Empfehlung ausgesprochen worden wäre, die Fraktion aufzufordern, vor dem Parteitag keinen Beschluss zu fassen, dann wäre das Ding schon längst gefasst worden.

Daher sage ich: Hier sind nicht zwei aufeinander zu gegangen, sondern im richtigen Moment – das darf man anerkennen – ist erkannt worden, dass der Zug hier im wahren Sinne des Wortes auf die falsche Schiene gesetzt wird.

(Beifall)

Deshalb diskutieren wir heute hier in dieser Klarheit.

Zweitens; Genossinnen und Genossen, wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine große Privatisierungswelle hinter uns, besonders im Energiebereich. Haben wir daraus eigentlich nichts gelernt? Wollen wir daraus nicht lernen? Dort ist doch jetzt im Nachhinein deutlich geworden, dass die Kommunen besser gefahren sind, wenn sie die Kontrolle über ihre Stadtwerke behalten haben

(Beifall)

und dies allerdings in kluger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Vorständen gemacht haben.

Nun liegt ein Antrag auf dem Tisch, zu dem ich eine Anmerkung habe, weil ich misstrauisch bin; ich gebe das zu. Es gibt in diesem Antrag eine Formulierung, wo ich frage: Was soll die eigentlich? Ich sage, die muss raus aus diesem Papier! Ich will sie euch kurz benennen. Der erste Punkt unter Nr. 3 lautet: „Private Investoren dürfen keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik ausüben.“ Jawohl, richtig! Aber warum dann der letzte Satz? „Über die weitere Beteiligung privater Investoren entscheidet der Gesetzgeber nach einer Evaluierung.“ Da wird doch schon wieder eine kleine Tür geöffnet!

(Beifall)

Dazu sage ich in aller Klarheit: Dieser Antrag geht in die richtige Richtung, aber lässt uns dort keine Hintertüren einbauen, durch die man eventuell doch gehen könnte

und die eventuell – das möchte ich hinzufügen, weil ich nicht nur Misstrauen gegenüber dem Minister artikulieren will – dem Koalitionspartner in Verhandlungen die Chance geben könnte, an solchen Stellen bestimmte Dinge einzuführen! Deshalb, Genossinnen und Genossen: Raus mit diesem Satz aus diesem Antrag! Lasst uns deutlich und klar machen: Eine Privatisierung mit uns nicht! Das Vermögen und die Verantwortung sollen in der Hand des Bundes bleiben!

Wenn sich die Bürger über eine stimmrechtslose Vorzugsaktie an dem Unternehmen beteiligen, dann nenne ich das eine sehr kluge Beteiligung der Gemeinschaft an diesem Unternehmen, das der Gemeinschaft gehört. – Danke schön.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank. – Peter Friedrich ist der Nächste. Ihm folgt Thomas Oppermann.

**Peter Friedrich, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass wir morgen ein Grundsatzprogramm beschließen wollen und dass auch einiges zu diesem Thema darin steht.

Ich möchte euch aus dem vorgelegten Antrag zum Grundsatzprogramm ein paar Zeilen vorlesen:

„Wo öffentliche Aufgaben privatisiert werden sollen, fragen wir nicht nur nach dem kurzfristigen Nutzen für die öffentlichen Finanzen, sondern auch nach Auswirkungen auf die künftigen Gestaltungsmöglichkeiten und die demokratische Verantwortung.“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen! Allein, wenn wir das morgen beschließen, gebietet es uns, dass wir dem Bund die vollen Kontroll- und Einflussrechte über die Deutsche Bahn AG belassen, dass er diese bekommt, dass er diese auch nutzt und dass wir keinerlei privaten Investoren die Möglichkeit geben, hier ihr Eigenwohl gegen das Gemeinwohl durchzusetzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Genau dieser Gedanke hat uns geleitet, als wir in der Arbeitsgruppe, in der ich ebenfalls mitarbeiten durfte, an einem Kompromiss gearbeitet haben, weil wir an dieser Stelle nämlich einvernehmlich miteinander sind.

Ich erinnere auch an die Vorgeschichte – die Debatte über die Bahnprivatisierung beginnt ja nicht heute –, dass Herr Mehdorn der Erste war, der dieses Thema gesetzt hat, und dass ein Herr Wiesheu, der schon einen Vertrag bei der DB AG hatte, den Koalitionsvertrag ausgehandelt hat. Diese Vorgeschichte führt dazu, dass das Vertrauen dieses Parteitages – dass das, was darin steht, auch wirklich gilt –, so gering ausgeprägt ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber genau aus diesem Grunde bitte ich euch zu sehen, wo sich jeweils beide Seiten denn auch bewegt haben und wo sie gestartet sind. Betrachtet die Geschichte bitte mit. Betrachtet mit, von wo wir gekommen sind, und betrachtet mit, wer welche Aufgabe hat.

Alle, die jetzt klatschen: Betrachtet bitte mit, dass ihr diesen Koalitionsvertrag alle mit beschlossen habt.

(Beifall)

Es gibt viele Punkte in diesem Koalitionsvertrag, die umzusetzen mir als Bundestagsabgeordneter äußerst schwer fallen. Es kann auch nicht sein, dass sich die CDU locker-flockig – wie vor drei Tagen erst – über den Koalitionsvertrag hinwegsetzt. Natürlich weiß ich auch, dass die eigentliche Debatte darum in ihrer Partei nie geführt wurde. Deswegen ist es höchste Zeit, dass wir diese Debatte in der heutigen Qualität endlich führen, liebe Genossinnen und Genossen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Kommst du zum Schluss?

**Peter Friedrich, Baden-Württemberg:** Eines möchte ich noch denen sagen, die an dem Volksaktienmodell zweifeln; es gibt da viele. Ich möchte euch nur ein Zitat nennen, das von unserem Koalitionspartner kommt, Hans-Peter Friedrich – ich kann nichts dafür, dass er so heißt wie ich:

„Die CDU/CSU ist gegen das Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktie, weil es eine investorengeleitete Bahn verhindert.“

Liebe Genossinnen und Genossen, der Mann hat völlig Recht. Genau deswegen gehen wir diesen Weg. – Danke.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Peter. Es folgt Thomas Oppermann. Auf ihn folgt Matthias Miersch.

**Thomas Oppermann, Bundestagsfraktion:** Wenn wir den Initiativantrag und den Änderungsantrag nebeneinanderlegen, dann könnte man denken, die Alternative, vor der wir stehen, lautet entweder, es gibt genug privates Kapital durch Volksaktien, oder es gibt gar kein privates Kapital für die DB AG.

In der politischen Wirklichkeit stellen sich die Alternativen ganz anders da. Da stellt sich die Frage: Setzt sich ein marktradikales Wettbewerbsmodell durch, oder kriegen wir das von Wolfgang Tiefensee entwickelte gemeinwohlorientierte Wachstumsmodell? Das reine Wettbewerbsmodell, bei dem Wettbewerb nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck ist, das betreiben diejenigen, die die Bahn zerlegen wollen in

Infrastrukturbetriebe, die in öffentlicher Hand bleiben, und in private Unternehmen, die auf den öffentlichen Schienen eifrig Wettbewerb machen. Die werden da so viel Wettbewerb machen, dass wir die bekannten Probleme bekommen: Dumpinglöhne, Drücken des Lohnniveaus. Die staatlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die wir dann noch haben, bestehen darin, dass Franz Müntefering das Entsendegesetz in Stellung bringt und wir wenigstens Mindestlöhne durchsetzen.

Für dieses marktradikale Wettbewerbsmodell gibt es im Bundestag bereits eine Mehrheit. Das wird in der Debatte leider übersehen. Dafür sind große Teile der CDU. Dafür sind große Teile der Grünen. Dafür ist die FDP. Das ist vorerst nur eine rechnerische Mehrheit, es ist noch keine politische Mehrheit. Die Bindungswirkung der Großen Koalition verhindert, dass die CDU da mitmacht. Aber ich bin sicher, wenn uns keine überzeugende Bahnreform gelingt, die die Bahn mit dem notwendigen Kapital ausstattet, wird sich am Ende dieses private Wettbewerbsmodell durchsetzen, und die Mehrheiten werden sich in der Frage ganz schnell realisieren.

Das Wachstumsmodell, das wir anstreben – Integration von Schiene und Betrieb –, kann nur funktionieren, wenn die Bahn das nötige Kapital bekommt. Ob das durch Volksaktien gelingt, ist die Frage. Ich bin dafür, das zu probieren. Ich muss aber die Frage aufwerfen, was passiert, wenn es nicht gelingt, wenn wir nicht genügend Kapital bekommen. Dann gibt es eine Unterausstattung bei der Bahn. Dann gibt es kein Wachstum bei der Bahn, und es gibt auch keine Arbeitsplätze oder es gibt eben diese prekären Arbeitsplätze bei anderen Unternehmen. Deshalb müssen wir ehrlicherweise die Frage beantworten: Was machen wir denn, wenn das mit der Volksaktie nicht funktioniert?

Auch ich bin gegen Heuschrecken und deren Einfluss auf ein Staatsunternehmen wie die Bahn. Aber was spricht eigentlich dagegen, dass zum Beispiel ein Unternehmen aus dem Bereich der Seelogistik 5 Prozent Anteile an der Bahn erwirbt, weil es auf dem gleichen Gebiet tätig ist, weil es gleichgelagerte Interessen hat und langfristige Zielsetzungen verfolgt. Das ist doch vernünftig. Wir dürfen doch in der Debatte nicht den Eindruck erwecken, als ob private Investoren ausschließlich aus Heuschrecken bestehen. Es gibt auch private Investoren, die langfristige Zielsetzungen verfolgen, und das können die Partner für ein gemeinwohlorientiertes Wachstumsmodell sein. Deshalb plädiere ich für Annahme ohne den Änderungsantrag. – Vielen Dank.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Thomas. Es kommt jetzt Matthias Miersch; dann kommt Matthias Kollatz.

**Matthias Miersch, Hannover:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich widerspreche meinem Kollegen Thomas Oppermann nur ungern. Aber ich glaube, es geht heute

nicht darum, was Grüne, FDP oder CDU denken, sondern darum, was wir als Sozialdemokraten denken.

(Beifall)

Wir sind mit in der Regierung, und wir entscheiden darüber, wie und ob privatisiert wird, liebe Genossinnen und Genossen. Uns liegt jetzt ein Kompromissmodell vor. Aber wer die Stimmung des Parteitags mitbekommt, der weiß, dass dieses Kompromissmodell nicht ausreicht,

(Beifall)

sondern dass wir Delegierte, die wir vor Ort auch Rechenschaft darüber ablegen müssen, was wir hier beschließen, Sicherungen drin haben wollen, die niemand, auch nicht in der Regierung, übergehen kann; vielmehr gelten sie als feste Leitlinien.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der Kompromiss enthält zwei Unsicherheiten. Einmal wird darüber diskutiert, dass 25 Prozent an stimmrechtslosen Vorzugsaktien vergeben werden. Was bitte passiert mit den restlichen 24 Prozent, wenn es dazu kommen sollte?

Die nächste Geschichte ist die Frage: Was passiert, wenn aus irgendwelchen Gründen dieses System scheitern sollte, wenn unsere Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktie – aus welchen Gründen auch immer – nicht durchsetzbar ist? Da, glaube ich, ist es wichtig, Wolfgang Tiefensee und allen, die damit befasst sind, ganz klar den Rücken zu stärken und zu sagen: Dann gibt es keine weitere Aktienvergabe, auch nicht an den Rat.

(Beifall)

Deswegen ist das, was Michael Müller und wir aus Hannover vorgeschlagen haben, eine Brücke, indem wir diesen Kompromissvorschlag so verändern, dass wir Sicherungen einziehen. Diese Sicherungen könnt ihr im Antrag 31 nachlesen. Ich plädiere dafür, diesem Änderungsantrag zuzustimmen. Dann haben wir die Sicherung, die wir brauchen, und dann können wir uns, wenn es nicht durchsetzbar ist, meinetwegen hier auch wieder treffen und andere Alternativen überlegen. Aber darum geht es zu diesem Zeitpunkt nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Insofern bitte ich euch, dem Änderungsantrag 31 zuzustimmen.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Matthias. Es kommt jetzt, wie schon gesagt, Matthias Kollatz. Auf ihn folgt dann Frauke Heiligenstadt.

**Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, Ausgangspunkt der Bahnreform – das haben viele schon angesprochen – ist der Umstand, dass die SPD dafür steht, keine Zerschlagung der Bahn zu wollen. Das ist, glaube ich, auch die Grundbotschaft, um die es dabei geht.

Was ist der praktische Ausgangspunkt? Das ist der, dass es eine Koalitionsvereinbarung gibt. Wir alle wussten, als wir die Koalitionsvereinbarung auf dem Parteitag beschlossen haben, dass eine Koalition keine Liebesheirat ist, dass es dazu gehört, dass dabei genommen und gegeben wird. In der Koalitionsvereinbarung steht nun auch etwas zu dem Thema Bahn. Andrea Ypsilanti und Hermann Scheer haben mit dem Vorschlag, ein Volksaktienmodell zu kreieren, eine interessante Entwicklung vorangetrieben. Am Anfang war ja der Anteil derer, die das überhaupt für eine mögliche Lösung gehalten haben, sehr überschaubar und gering. In der Phase haben die mehrheitlich von der CDU bestimmten Länder ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten kam zu einer interessanten Kernaussage. Ich zitiere jetzt aus der Frankfurter Rundschau vom 17. 9.:

„Ferner verstoße der bisher vorliegende Entwurf, den das Kabinett bereits vor der Sommerpause absegnete, schon in seiner Konzeption gegen das Grundgesetz. Die unzulässige Folge wäre eine materielle Teilprivatisierung der Ausübung von Staatsgewalt. Wesentlich positiver beurteilten diese Experten den Vorschlag von Teilen der SPD, der Bahn über die Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien zu Kapital zu verhelfen. Damit würden die verfassungsrechtlichen Probleme in einem erheblichen Ausmaß entschärft.“

Das heißt: Das Gutachten, das die Mehrheit der CDU-Verkehrsminister in Auftrag gegeben hat, sagt, dass dieses Modell geht. Das gibt der SPD in den Verhandlungen unter dem Regime des Koalitionsvertrages – den wir mitbeschlossen haben, um die Große Koalition zum Laufen zu bringen – den nötigen Handlungsspielraum.

Wenn die CDU uns jetzt vor dem Parteitag mitteilt, Volksaktien kommen auf gar keinen Fall infrage, so sollten wir das zumindest unter diesem Gesichtspunkt gelassen sehen. In der Koalitionsvereinbarung ist eine Teilprivatisierung vereinbart, aber nicht eine Zerschlagung der Bahn niedergelegt. Wenn die CDU jetzt zu dem Ergebnis käme, dass sie nur für die Zerschlagung der Bahn zur Verfügung steht, während wir sagen – was wir heute hoffentlich beschließen –, wir stehen nur für das Volksaktienmodell zur Verfügung, dann würde es einen Vorbundestagswahlkampf geben, in dem die einen Heuschrecken bei der Bahn wollen, während wir für den Erhalt der Bahn und die Volksaktie eintreten. Diese Auseinandersetzung werden wir gewinnen.

(Beifall)

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir von dem Parteitag mit der Botschaft herausgehen: Wir stehen nur für das Modell der Volksaktie zur Verfügung.



Ich will noch einen zweiten Gesichtspunkt ansprechen: die Effizienz der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das heißt, bei diesem Thema geht es nicht nur um Eigentumsfragen, sondern auch darum, eine maximale Qualität zu erbringen. Schauen wir uns einmal die „Erfolge“ der britischen Bahnprivatisierung an: Es hat sich gezeigt, dass ein Modell, das den Betrieb komplett entkoppelt von der Schiene, was ökonomisch vielleicht sogar ein effizientes Modell ist, unter technischen Gesichtspunkten scheitert, weil das ganz komplizierte technische Prozesse sind. Das Modell der britischen Bahnprivatisierung hat dazu geführt, dass die Sicherheit massiv leidet, dass die Qualität des öffentlichen Gutes massiv zurückgegangen ist. Jetzt ist man im Prinzip damit beschäftigt, den Scherbenhaufen, den man unter Thatcher angerichtet hat, einzusammeln.

Wir sind also gut beraten, den Kompromiss zu gehen. Ich bin dafür, dass wir von diesem Parteitag aus klarmachen: Wir stehen für das Modell der Vorzugsaktie zur Verfügung, für andere Modelle stehen wir nicht zur Verfügung. – Danke schön.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Matthias. – Als Nächster hat der Parteivorsitzende der SPD, Kurt Beck, das Wort.

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nach dem bisherigen Verlauf dieser Diskussion und nachdem man die Positionen, die Sorgen und Bedenken, klar erkennen kann, nicht argumentativ in der Sache Stellung nehmen. Ich habe das gestern in meiner Rede getan und bleibe bei diesen Beurteilungen. Aber ich halte es nach wie vor für entscheidend wichtig, dass dieser Parteitag einen Handlungsauftrag gibt, damit diejenigen, die auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung Gespräche führen müssen – das ist Wolfgang Tiefensee, das sind die Verkehrspolitiker der Fraktionen, und das ist letztendlich die Parteispitze –, wissen, wie die nächsten Schritte aussehen sollten und welche Spielräume die Parteiführung verantwortlich sieht. Es ist für meine Begriffe klar, dass wir auf der Basis des Papiers, das die Arbeitsgruppe erarbeitet hat, in die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner eintreten sollten.

Zweiter Schritt: Wenn Zwischenergebnisse vorliegen, die dann ein Regierungs- und Parlamentshandeln ermöglichen sollen, würde ich euch eine Beurteilung durch die Parteigremien vorschlagen, und zwar des Parteivorstandes, nachdem er den Parteirat, die Landes- und Bezirksvorsitzenden und die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker des Bundes und der Länder angehört hat. Danach sollte der Parteivorstand ein Urteil über das zu diesem Zeitpunkt mit dem Koalitionspartner Vereinbarte abgeben, immer unter der Maßgabe, dass wir erst zustimmen, wenn die Parteigremien geurteilt haben. –

(Zuruf)

Lasst mich doch bitte wenigstens meine Argumentation zu Ende führen. Ich bin mit-tendrin. Dass ich zu Ende sprechen darf, bevor ihr „Nein“ ruft, erwarte ich allerdings.

(Beifall)

Wenn diese Beurteilung vorgenommen worden ist, dann werden wir – die Stellver-tretenden Parteivorsitzenden, die engere Parteiführung – die bei der Beratung deut-lich gewordenen Sorgen und Bedenken einbeziehen. Das sage ich euch zu. Wenn bei diesen Beratungen des Parteivorstandes – unter den anderen Bedingungen, die ich angesprochen habe – diese Sorgen nicht völlig ausgeräumt sind, dann wird der Par-teivorstand einer Regelung nicht von sich aus zustimmen, sondern die Entscheidung dem nächsten Parteitag übertragen.

(Beifall)

Ich finde, das ist ein verantwortbarer Weg, und es ist ein klarer Weg. Ich habe dazu einen Text, den wir runterschreiben und euch an die Hand geben werden. Er knüpft an Änderungsantrag 6 Ziffer 2 an, wo es jetzt lautet: „Sollte dieses Modell der stimm-rechtslosen Vorzugsaktien nicht durchgesetzt werden können, ...“. Ich möchte, dass wir diesen Satz anschließen mit dem Beurteilungsreigen durch die Parteigremien, den ich gerade vorgestellt habe, an dessen Ende – wenn Zweifel bleiben – eine Ent-scheidung des nächsten Parteitages steht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe die herzliche Bitte an euch, dass wir den von Vertrauen und Miteinander geprägten Parteitag so verstehen, dass dem neu gewähl-ten Parteivorstand und dem neuen Parteirat auch das Vertrauen entgegengebracht wird, dass er die Stimmung auf diesem Parteitag richtig verstanden hat, mit all den Sorgen und Bedenken, die vorgetragen werden. Deshalb bitte ich euch herzlich, diesem Weg zuzustimmen. Wenn das nicht völlig wider all dessen ist, was vertreten werden kann, sollten wir uns darauf verständigen. Ich glaube, dass wir das Pro und Kontra, die Diffe-renziertheit der Argumentation verstehen. Herzliche Bitte: Folgt dem!

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich lasse mir den Text gleich bringen. – Ich bitte auch die Antragskommission, in dem Fall Hubertus und Kurt, aufzupassen, ob ich das richtig verstanden habe.

Wir würden über den Antrag IA 6 und den Antrag IA 15 in der Fassung der Antrags-kommission beschließen. Das war der Satz, über den Hubertus vorhin gesprochen hat, der zu einer Änderung des bisher vorliegenden Gesetzentwurfes führt. Man würde also nicht komplett zurückkehren; in der Debatte ist ja schon viel Misstrauen beseitigt worden.

Als Ergänzung zu Initiativantrag 31 mit den Änderungen zum I 6 würde dann folgende Formulierung aufgenommen:

„Sollte dieses Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktien nicht durchgesetzt werden können, dann beauftragt der Parteitag den neu gewählten Parteivorstand nach Beteiligung des Parteirates, der Landes- und Bezirksvorsitzenden sowie der Verkehrs- und Wirtschafts- sowie Finanzpolitiker des Bundes und der Länder, jedwede vorgeschlagene Lösung zu beurteilen. Der Parteivorstand wird auch im Lichte der Debatte auf dem Hamburger Parteitag beurteilen und gegebenenfalls dem nächsten Parteitag zur Entscheidung übertragen.“

Das wären die beiden Ergänzungen zum IA 6, die wir damit beschließen würden.

Das bedenkend, stelle ich die Frage, ob wir die Debatte an dieser Stelle möglicherweise beenden und zur Abstimmung kommen wollen.

(Zurufe: „Nein!“)

Mir liegen noch 20 Wortmeldungen vor. Ich frage das und glaube, dass das etwas ist, was man klären kann. Wer möchte, dass wir an dieser Stelle Schluss der Debatte machen und diese Fragen abstimmen? – Wer möchte, dass wir weiterdebattieren? – Das Erste war die Mehrheit.

(Widerspruch)

Das Erste war die Mehrheit. Ich glaube, darin sind wir uns alle hier im Präsidium völlig einig. Deshalb ist die Debatte an dieser Stelle zu Ende, und ich komme zur Abstimmung. Als Allererstes werde ich natürlich die Änderungsanträge zur Abstimmung aufrufen.

(Zurufe)

Wir sind jetzt in der Abstimmung.

Wir würden jetzt nach meinem Vorschlag über die beiden Änderungsanträge zunächst beschließen und übrigens auch dazu beraten. Da gibt es die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden.

(Zuruf)

Mein Vorschlag lautet, das wir zunächst über den Initiativantrag 15 mit der Änderung zum IA 6 abstimmen und dass Hubertus noch einmal kurz für die Antragskommission erläutere, welches ihre Empfehlung dazu ist.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, für die Abstimmung schlägt die Antragskommission vor, aus dem Initiativantrag 31 – ihr

habt die Empfehlung von heute Morgen, die gestern beschlossen wurde – aus dem Berliner Initiativantrag Folgendes zu übernehmen: Erstens den Satz, den wir heute Morgen hatten. Ihr habt den Satz heute Morgen gehört, dass das über die Gesetzgebung laufen soll.

Zweitens dann: „Sollte dieses Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktien nicht durchgesetzt werden können, dann beauftragt der Parteitag den neu gewählten Parteivorstand nach Beteiligung des Parteirates, der Landes- und Bezirksvorsitzenden sowie der Verkehrs- und Wirtschafts- sowie Finanzpolitiker des Bundes und der Länder, jedwede vorgeschlagene Lösung zu beurteilen. Der Parteivorstand wird auch im Lichte der Debatte auf dem Hamburger Parteitag beurteilen und gegebenenfalls dem nächsten Parteitag zur Entscheidung übertragen.“

Das ist etwas kompliziert, aber in deutlichen, klaren Worten, liebe Genossinnen und Genossen: Es gilt der Vorrang für die stimmrechtslose Vorzugsaktie. Falls wir mit dem Koalitionspartner nicht vorankommen, wird der Parteivorstand mit allen, die in verantwortlichen Gremien arbeiten, in die wir gestern Vertrauen beispielsweise durch Wahlen investiert haben, beurteilen. Wenn keine Zweifel ausgeräumt sind, dann wird dem Parteitag die Entscheidung übertragen. Das ist demokratisch und fair, und ich bitte um Zustimmung.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind jetzt bei der Diskussion über den Änderungsantrag I 31 mit dieser veränderten Formulierung. Ich frage, ob jemand zu dieser veränderten Formulierung einen Wortbeitrag leisten möchte. Es wird alles, was diskutiert werden muss, auch diskutiert. Dafür gibt es Zeit genug.

**Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen Süd:** Wenn das Volksaktienmodell nicht kommt, ist es richtig – ich halte den Vorschlag, den Kurt Beck gemacht hat, für gut –, dann zu sagen, dann muss es notfalls noch einmal zurück in den Parteitag, weil dies die Entscheidung bei der Partei lässt. Manchmal werden Formulierungen aber auch ein bisschen schnell gemacht, und es ist dann etwas schwierig, dann ein „gegebenenfalls“ darin zu haben.

(Beifall)

Wenn das Modell nicht kommt, dann muss es, bitte schön, Parteitag sein.

Wenn die Gremien zum Ergebnis kommen, dass es das Modell ist, dann haben die Gremien – dafür sind sie gewählt – das Vertrauen, es umzusetzen. Wenn es aber nicht so ist, dann bitte Parteitag!

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wenn ich es richtig sehe, ist das auch so gemeint gewesen,

(Zurufe)

nämlich, dass der Parteitag natürlich dann befasst werden muss, wenn die Gremien – ich glaube, dazu gibt es im Parteivorstand alle möglichen Ansichten – der Meinung sind, das war es wohl nicht mehr, das heißt nur noch so, ist es aber nicht. So habe ich Kurt jedenfalls verstanden. Dementsprechend kann man wahrscheinlich das Wort „gegebenenfalls“ streichen; ich gucke jetzt dorthin ... Das beantragt Kurt Beck auch so, sodass wir darüber nicht alternativ abstimmen müssen.

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht dazu gesehen. – Bitte schön!

**Hauke Jagau, Hannover:** Ich habe zunächst eine Klarstellungsfrage, weil das nicht deutlich geworden ist: Was ist mit Absatz 1 des Initiativantrags 31? Du hast irgendwie gesagt, der soll oder soll nicht. Das sollten wir noch einmal klären, damit wir wissen, worüber wir reden.

**Olaf Scholz, Antragskommission:** Hauke, er ist drin.

**Hauke Jagau, Hannover:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich gehöre zu denjenigen, die diesen Antrag mit gemacht haben. Ich finde, dass wir uns sehr mühsam aufeinander zubewegt haben und dass es beiden Seiten schwer gefallen ist. Ich will auch noch einmal sagen, dass ich denen, die in der Koalition die Verantwortung haben, ganz herzlich danken möchte, weil es alles andere als einfach ist, mit einem solchen Koalitionspartner Politik zu machen, die auch Sozialdemokratie erkennbar machen soll. Wir sollten wissen, dass das ein schwieriger Weg ist.

Ich will nach dem, wie sich Kurt Beck hier auch bewegt hat – wir wissen, wie hier die Stimmung ist –, sehr klar sagen, dass ich glaube, dass auch Kurt Beck weiß, welches Vertrauen er von uns hat – das haben wir gestern bewiesen –, und dass dann dieser Änderungsantrag in der Form, die vielen hier im Raum schwer fällt, weil wir alle ein ungutes Gefühl beim Grundthema haben, eine Grundlage dafür ist, dass wir gemeinsam unsere Führungsgruppe in dieser Variante stärken können und dass wir dann diese Variante auch wirklich in der Fassung beschließen sollten, wie sie vorgetragen worden ist. Wohlgemerkt: Mit einem sehr kritischen Blick und mit dem Wissen, dass es das Vertrauen, das wir gestern ausgesprochen haben, noch einmal thematisiert.

Es gibt noch einen Punkt, der aus meiner Sicht noch dazu gehört, und das ist der, dass dieser Parteitag – es hieß bisher immer, der normale Parteitag sei in zwei Jahren – die Grundlage für die Entscheidung ist und dass es nicht Sachzwänge gibt, die dazu füh-

ren, dass dieser Parteitag vielleicht nicht doch vorher – gegebenenfalls als Sonderparteitag – stattfinden müsste. Ich glaube, das wäre etwas, was zugesagt wurde, dass klar ist, dass diese Entscheidung wirklich vorher liegt. Dann glaube ich als Antragsteller des ursprünglichen IA 31, dass wir das schweren Herzens mittragen können, in der Hoffnung, dass die Dinge, die in dem Kompromiss ausgehandelt worden sind, so umsetzbar sind, dass es funktioniert.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Sprichst du für die Antragsteller? – Gut Dann haben die Antragsteller den Änderungsvorschlag von Kurt Beck übernommen. Der I 31 sieht jetzt so aus, wie Kurt Beck ihn formuliert hat.

Jetzt würde ich gerne wissen, ob wir darüber noch weiter diskutieren wollen oder nicht. Ich habe verschiedene Zurufe bekommen. Das kann man stundenlang diskutieren, oder auch nicht. Aber ich frage jetzt – zur Frage des I 31 in der vom Antragsteller so, wie Kurt Beck ihn formuliert hat, übernommenen Form stimmen wir gleich ab –, ob dazu weiter diskutiert werden soll oder nicht. Wer für die Beendigung der Debatte und Abstimmung zu dem Antrag I 31 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit, so dass ich jetzt über den Antrag I 31 in der von Kurt Beck vorgetragenen und von Matthias Kollatz und dem weiteren Redner präzisierten Fassung abstimmen lasse.

(Zurufe)

– Ich Sorge dafür, dass alles gesehen werden kann. Ich bitte die Kameralleute, sich zu ducken.

(Zurufe)

– Ja, der Antrag wird gleich noch einmal vorgelesen, keine Sorge. Das macht Hubertus Heil. Er geht nach vorne und tut es von dort. Ich bitte die Kameras zu senken, sodass wir sehen können, wer wie abstimmt. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass es darüber keinen Zweifel gibt.

Hubertus, gehe bitte noch einmal nach vorne und lies das jetzt gegebenenfalls mit dem Gestrichenen und in möglichst fehlerfreiem Deutsch vor.

(Heiterkeit)

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Als Lehrerkind versuche ich es.

Punkt 1 – um das klarzustellen: Der erste Punkt bleibt so wie beim Berliner Antrag.

Punkt 2: Sollte dieses Modell der stimmrechtslosen Vorzugsaktien nicht durchgesetzt werden können, dann beauftragt der Parteitag den neugewählten Parteivorstand nach

Beteiligung des Parteirates, der Landes- und Bezirksvorsitzenden sowie der Verkehrs-, Wirtschafts- sowie Finanzpolitiker des Bundes und der Länder jedwede vorgeschlagene Lösung zu beurteilen.

Der Parteivorstand wird auch im Lichte der Debatten auf dem Hamburger Parteitag urteilen und dem nächsten Parteitag zur Entscheidung übertragen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Haben das alle so verstanden? – Das ist der Fall.

Ich bitte diejenigen, die diesem Änderungsantrag, den die Antragsteller und Kurt Beck gemeinsam stellen, zustimmen möchten, um ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

(Beifall)

Ich komme zum weiteren Fortgang der Debatte.

Als Nächstes stimmen wir über den Initiativantrag 15 ab. Hubertus Heil hatte für die Antragskommission vorgeschlagen, dass dieser in folgender Fassung angenommen wird: Der zweite Satz in Ziffer 3 soll heißen „Dazu sind folgende Schritte unverzichtbar“. – Er wird durch die Worte „... , die zu einer Änderung des bisher vorliegenden Gesetzentwurfes führen“ ergänzt.

Das war der Hintergrund, den er uns erläutert hat. Es soll nicht passieren, dass wir, wenn die Union, während sie mit uns verhandelt, sagt, dass sie das nicht will, sagen: Ach, das hat nicht geklappt. Wir beschließen den Gesetzentwurf so, wie er jetzt ist. – Das ist der komplizierte Hintergrund für diesen Halbsatz. – Da ich dazu keine Wortmeldung sehe, würde ich gerne über diese Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das fast einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung über den Antrag IA 6 mit diesen beiden Änderungen.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme mit den beiden Änderungen. Ich bitte all diejenigen, die dem Votum der Antragskommission mit den beiden Änderungen folgen wollen, um ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit haben wir diesen Antrag beschlossen.

(Beifall)

Damit sind – das stelle ich nach kurzer Beratung fest – nach Vorschlag der Antragskommission die Anträge U 19 bis U 34 aus dem Antragspaket erledigt. Ich glaube, das

war in der Antragskommission einvernehmlich. – Ich sehe keine Widerspruch. Dann ist das so.

Bevor wir mit kleineren weiteren Anträgen von großer Bedeutung weitermachen, bitte ich die Mandatsprüfungskommission, nach vorne zu kommen und ein Ergebnis vorzulesen. – Ist die Kollegin da? – Nein. Dann macht Susanne das. Ich glaube, das ist möglich. Seid ihr damit einverstanden, dass Susanne das Ergebnis verkündet? – Dann ist das jetzt hier so beschlossen.



## Wahl der Kontrollkommission

**Susanne Kastner, Tagungspräsidium:** Wahl der Kontrollkommission. Abgegebene Stimmen 447, ungültig 15, gültige Stimmen 432. Zur Wahl ist die einfache Mehrheit erforderlich.

Katrin Budde hat 368 Stimmen – gewählt –, Willi Görlach hat 250 Stimmen – gewählt –, Gerhard Kompe hat 245 Stimmen – gewählt –, Eckart Kuhlwein hat 251 Stimmen – gewählt –, Heide Mattischeck hat 376 Stimmen – gewählt –, Walter Meinhold hat 134 Stimmen – gewählt –, Christa Randzio-Plath hat 345 Stimmen – gewählt –, Brigitte Reckmann hat 332 Stimmen – gewählt –, Siegbert Weh hat 106 Stimmen – nicht gewählt –, Gerd Weisskirchen hat 251 Stimmen – gewählt.

Nicht gewählt ist Siegbert Weh. Alle anderen Kandidatinnen und Kandidaten sind gewählt.

Ich bitte jetzt: Wenn eine der Kandidaten und Kandidatinnen die Wahl nicht annehmen will, möchte er oder sie sich bitte melden. Ich gehe davon aus, dass die Wahl von allen angenommen wird. – Das ist so. Damit ist auch unser letzter Wahlgang abgeschlossen. Vielen Dank für eure Unterstützung.

(Beifall)

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank, Susanne. – Schönen Dank vor allem an die Genossinnen und Genossen, die in der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, unterstützt von einigen anderen, eine harte Arbeit geleistet haben. Ich glaube, dass das noch einmal unseren besonderen Applaus und Dank verdient.

(Beifall)

Jeder weiß, wie schwierig es ist jemanden in seiner Delegation zu finden, der dazu bereit ist. Deshalb, so glaube ich, wissen wir auch, welche Wertschätzung wir den Genossinnen und Genossen entgegenzubringen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir mit der Beratung weitermachen, möchte ich gerne Christian Ude, dem ich schon zu seinem gestrigen Geburtstag gratulieren konnte, um ein Wort bitten. Ein schönes Wort aus dem schönen München in das schöne Hamburg.

(Beifall)

## Grußwort des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude

**Christian Ude:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bedanke mich sehr herzlich für die Gelegenheit zu einem Grußwort des Deutschen Städtetags, weil ich in der komfortablen Lage bin, das erst einmal mit Dankesworten einzuleiten. Das ist zwischen der Sozialdemokratie und den kommunalen Spitzenverbänden ja gar nicht selbstverständlich.

Ich möchte an erster Stelle wirklich Danke für das Eintreten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und – noch spektakulärer – des sozialdemokratischen Finanzministers Peer Steinbrück für die Erhaltung der Gewerbesteuer sagen. Das ist eine Frage von existenzieller Bedeutung für alle Kommunen in Deutschland.

(Beifall)

Wir als Sozialdemokraten sollten die Öffentlichkeit durchaus öfters daran erinnern, dass die Union und die FDP die Gewerbesteuer abschaffen und durch fragwürdige Hilfskonstrukte ersetzen wollten und dass sie bereits vor der Bundestagswahl die Gewerbesteuer für tot erklärt haben.

Es ist in der Tat sozialdemokratischem Engagement zu verdanken, dass es so nicht gekommen ist. Wenn beim letzten Städtetag in München die Kanzlerin mit Beifall bedacht wurde, weil die Gewerbesteuer erhalten bleibt und damit auch die Investitionskraft der Städte und die Leistungsfähigkeit der Kommunen, dann ist dies allein der Tatsache geschuldet, dass sie das Parteiprogramm der Union von Leipzig nicht in die Tat umsetzen konnte. Das sollte man auch beim Applaudieren bedenken. Der Applaus müsste denen gelten, die es verhindert haben, und nicht unbedingt denen, die sich dann doch haben hindern lassen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir müssen auch immer wieder deutlich machen, dass das Modell der Stiftung Marktwirtschaft, auf das sich Union und FDP schon verständigt hatten, bedeutet hätte, dass gewinnstarke Unternehmen noch mehr entlastet werden, als es ohnehin geschehen ist, und dass diese Last stattdessen den Berufstätigen hätte auferlegt werden sollen.

Sei es als Zuschlag zur Mehrwertsteuer oder als Zuschlag zu Einkommensteuer.

Ich denke, wir sollten die spröde Materie, wie die öffentlichen Leistungen finanziert werden, durchaus wieder auf die Tagesordnung setzen. Ich kann in der Bevölkerung keinen Wunsch erkennen, gewinnstarke Unternehmen noch mehr zu entlasten und diese Lasten abzuwälzen auf Durchschnittsverdiener. Mit diesem Kapital sollten wir wuchern.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch das zweite Wort ist ein Wort des Dankes, wenn auch mit einer ergänzenden Anmerkung. Ich danke beiden Seiten der Großen Koalition für 4 Milliarden Euro, die der Bund in die Krippenbetreuung investiert, obwohl er aufgrund der Verfassung dazu nicht verpflichtet wäre. Das ist aus kommunaler Sicht eine prachtvolle Rückendeckung. Das gibt unserer Aufgabenerfüllung Auftrieb. Das ist wahr.

(Beifall)

Eines möchte ich aber noch hinzufügen: Mit den 4 Milliarden Euro des Bundes allein ist die gigantische Aufgabe, die jetzt im Raum steht, die Zahl der Krippenplätze auf 750.000 zu erhöhen, noch lange nicht bewältigt. Deswegen sollten Sozialdemokraten aller Ebenen – Kommunen, Länder und Bund – zusammenwirken, dass wir jetzt die Länder in die Pflicht nehmen, dass sie tatsächlich wie der Bund auch ihren Beitrag leisten. Die Länder sind sogar dazu verpflichtet.

(Beifall)

Noch ein Dank, und dann kommen die Wünsche. Ich danke, dass gerade Wolfgang Thierse und die Sozialdemokraten im Bundestag, aber auch im Europäischen Parlament uns geholfen haben, eine europäische Verkehrsverordnung durchzusetzen, die es den Kommunen, vor allem den größeren Städten, weiterhin ermöglicht, den öffentlichen Personennahverkehr selber durchzuführen, wenn sie dies wollen. Das halte ich für einen unverzichtbaren Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Wer will, soll ausschreiben. Aber wenn eine Stadt ihren öffentlichen Nahverkehr selber durchführen will, dann muss sie auch die Gelegenheit dazu haben. – Vielen Dank, Wolfgang Thierse, dass das in Europa durchgesetzt werden konnte.

(Beifall)

Aber es gibt bei der Daseinsvorsorge durchaus kritische Punkte, die noch nicht positiv abgeschlossen sind. Ich nenne das Thema Sparkassen. Da haben wir erreicht, dass die Angriffe privater Geschäftsbanken abgewehrt werden konnten, sich einzelne Sparkassen unter den Nagel zu reißen und dann als Teil der S-Finanzgruppe aufzutreten. Auch hier ein ausdrücklicher Dank an die Bundesregierung, die sich zum öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesen bekannt hat. Das hat gutgetan.

Aber ich sehe aktuell – das ist ein einstimmiger Präsidiumsbeschluss des Deutschen Städtetags, den ich hier übermitteln kann – eine neue Gefahrenquelle, nämlich die Versuche von Landesbanken, ihre manchmal recht abenteuerlichen Finanzaktionen dadurch abzusichern, dass sie sich die Sparkassen im Wege der vertikalen Fusion einverleiben. Dazu gibt es von den Kommunen – ob Städte, Gemeinden oder Landkrei-

se – ein ganz klares Nein. Wir wollen das Sparkassenwesen in der Fläche der Bundesrepublik vor Ort erhalten wissen und nicht in einen Haftungsverbund der Landesbanken, der eine Schicksalsgemeinschaft wird, hineingezogen werden. Wir wollen nicht, dass die kommunale Ebene ihre Eigenständigkeit verliert. Ich bitte die SPD, die Kommunen auch hier zu unterstützen.

(Beifall)

Viel größer noch sind die Gefahren bei den Stadtwerken, und da in der Energieversorgung. Liebe Genossinnen und Genossen, beim Deutschen Städtetag in München war es ein unumstrittener Grundsatz, den auch die Kanzlerin akzeptiert hat. Man kann eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht herbeiführen, indem man die letzten denkbaren Wettbewerber beseitigt. Ich halte das für richtig. Das heißt für die Energiewirtschaft ganz konkret: Wenn wir uns über die Allmacht der großen Vier beklagen, wie es gerade jetzt bei der Preiserhöhungswelle häufig geschieht, dann müssen wir dafür sorgen, dass Hunderte kleiner dezentraler Stadtwerke auch überlebensfähig bleiben und nicht aus Versehen kaputtgemacht werden, wie es mancher Vorschlag beinhaltet.

(Beifall)

Das heißt für den Städtetag – ich hoffe, auch für die Sozialdemokratie – ganz konkret: Man wird über Fernübertragungsnetze reden können, ob da Produktion und Netz getrennt werden sollen, wenn man damit die Macht der großen Vier beschneiden will. Das ist eine in der Tat interessante Themenstellung. Aber wir sollten auf jeden Fall die regionalen Netze der Stadtwerke vor Ort erhalten, weil Stadtwerke ohne ihre regionalen Netze – gerade die kleinen Stadtwerke – nicht lebensfähig sind. Da wäre es ein verheerender Rückschritt, wenn hundert Stadtwerke vom Markt gefegt werden und man dann erst hinterher erschrocken feststellt „Um Gottes Willen, die Macht der großen Vier ist jetzt noch größer geworden“, obwohl man das Gegenteil wollte.

(Beifall)

Ich möchte mit einer letzten, aber sehr grundsätzlichen Bemerkung schließen. Wir haben einige Jahre hinter uns unter der wirtschaftsliberalen These „Privat vor Staat“. Auf kommunaler Ebene ist das mit größter Skepsis, mit Misstrauen und Wachsamkeit zu begleiten. Ich frage mich: Wo ist eigentlich die Bürgerschaft, die die Privatisierung will? Wir Kommunalpolitiker, wir Bürgermeister jeglicher Couleur, kennen sie nicht. Wir kennen ausschließlich Bürgerentscheide in Deutschland, die sich gegen geplante Privatisierungen gewendet haben, aber keinen einzigen Fall, wo die Menschen vor Ort möchten: Unsere Stadtwerke, unsere Bäder, unsere Müllabfuhr sollen privatisiert werden.

(Beifall)

Die grundsätzliche Feststellung, liebe Genossinnen und Genossen, ist noch viel kontroverser. Wir erleben in der tagtäglichen Praxis ausschließlich Bürgerinnen und Bürger, die mehr Stadt wollen, die mehr von ihrer Stadt an Dienstleistungen und Einrichtungen erwarten. Wir haben immer mehr Senioren, also bitte mehr Angebote für Senioren. Wir haben zu wenig Kinder, also bitte mehr Einrichtungen für Kinder, damit der Geburtenrückgang aufgehalten werden kann. Wir haben Migrationsprobleme, also bitte Bildungsangebote für lebenslanges Lernen weit über die Schulzeit hinaus.

Wir erleben, dass in der virtuellen Welt elementare Bedürfnisse nicht befriedigt werden. Deswegen erwarten die Menschen mehr Kommunikation, soziale Begegnung und Betreuung in ihrer Gemeinde. Wir wissen, dass die Zahl der Dementen zunehmen wird – also viel mehr Altenpflege in Zukunft, als wir es uns heute noch vorstellen können. Gerade die Vertreter der Wirtschaft fordern täglich eine bessere Infrastruktur und mehr Wirtschaftsförderung als bisher.

Und was heißt das alles in der Summe? – Es heißt, dass alle – die Familien mit Kindern, die kinderlosen Paare, die Senioren, die Berufstätigen, die Wirtschaftsvertreter – mehr von der Kommune wollen. Dann sollen wir endlich damit Schluss machen, dass immer wieder der Eindruck erweckt wird, die Bürgerschaft wolle die Demontage der Stadtverwaltungen, wolle den Rückzug der Kommunen aus vielen Aufgabengebieten, wolle den Verkauf städtischer Gesellschaften. Das Gegenteil ist wahr, und es ist Zeit, dass sich der Zeitgeist in dieser Frage ändert.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, bei der Frage, wie die Kommunen an der Gesetzgebung, an der Beratung politischer Praxis beteiligt werden, haben wir in den letzten Monaten und Jahren Fortschritte erlebt. Die Kommunen waren in der Föderalismuskommission II beteiligt. Sie wurden am Integrationsgipfel beteiligt. Sie waren beim Krippengipfel eingeladen. Das alles wissen wir zu schätzen.

Dennoch sage ich, weil wir eben erst den 250. Geburtstag des Freiherrn vom Stein mit dem Bundespräsidenten in Berlin gefeiert haben: Es ist an der Zeit, dass die Kommunen nicht nur von Fall zu Fall gehört werden, sondern tatsächlich verbriefte Rechte bekommen, an der Gesetzgebung auch beratend mitzuwirken, die sie dann sowie so als einzige ausführen und in der Praxis umsetzen müssen. Diesen Emanzipationsschritt haben wir immer noch vor uns. Ich bitte euch dabei um eure Unterstützung.

(Beifall)

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ohne die Aufgabe des Tagungspräsidiums übernehmen zu wollen – herzlichen Dank für dieses Grußwort, für die mahnenden, auch für die anerkennenden Worte! Vor allen Dingen sind

wir beide, Michael Naumann und ich, hierher gekommen, um dir zu deinem Geburtstag im Nachhinein, aber genauso herzlich, wie es Hans-Jochen Vogel gestern getan hat, zu gratulieren.

(Beifall)

Lieber Christian, die Sozialdemokratie ist nicht zuletzt eine starke Kraft geworden, weil wir in den Kommunen starke Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und in den Landkreisen starke Landrätinnen und Landräte haben. Darauf wollen und werden wir auch in der Zukunft bauen. Wenn einem Paradebeispiele für dieses Bekenntnis einfallen ist Christian Ude ganz vorne mit dabei. Lieber Christian, du bist ein hervorragender Oberbürgermeister! Die Münchener sind stolz auf dich! Aber ich sage dir: Die gesamte Sozialdemokratie ist auch stolz auf dich! Herzlichen Glückwunsch, alles Gute und auf die nächsten 40 Jahre!

(Beifall)

## Fortsetzung der Antragsberatung zur Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Kommunalpolitik

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Schönen Dank. – Wir können jetzt mit den Verhandlungen des Parteitags weitermachen und haben jetzt eine ganze Reihe von Anträgen. Dazu wird Christoph Matschie wieder für die Antragskommission etwas sagen.

Wir kommen zunächst zum Antrag U 35. Es geht dann entsprechend weiter.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Im Antrag U 35 geht es mit der Bahn weiter. Allerdings wird hier empfohlen: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Hier geht es um eine einzelne Strecke. Die Antragskommission ist der Überzeugung, dass wir auf Bundesparteitagen nicht über einzelne Strecken entscheiden sollten, damit soll sich die Fraktion beschäftigen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer will dem Votum der Antragskommission folgen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag U 36.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Bei dem Antrag U 36 geht es um Stehplätze im ÖPNV. Die Antragskommission empfiehlt hierzu Nichtbefassung. Das ist kein Thema für den Bundesparteitag.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Hier sehe ich keine Wortmeldung. Wer will dem Votum der Antragskommission folgen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit haben wir das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag U 37.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Bei dem Antrag U 37 geht es darum, sich gegen die Pkw-Autobahnvignette zu stellen. Die Antragskommission empfiehlt hierzu Annahme.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer diesem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag U 38.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Bei dem Antrag U 38 geht es um Pkw-Maut-Projekte. Hier wird empfohlen: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer möchte diesem Votum der Antragskommission folgen? Den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag U 39 bis U 43.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Die sind durch die Annahme von I 35 vorhin im Grunde genommen erledigt. Die können wir damit als erledigt erklären.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer diesem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so passiert.

Wir kommen zum Antrag U 44.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Dieser Antrag wendet sich gegen Gigaliner und wird von der Antragskommission zur Annahme empfohlen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer möchte diesem Votum der Antragskommission folgen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist so.

Die Antragskommission meint im Übrigen, dass damit U 45 und U 46 erledigt sind. Gibt es da Einwände? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zum Antrag U 47.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Beim Antrag U 47 geht es um ein generelles Überholverbot für Lkw und ein generelles Tempolimit. Hier schlagen wir vor: Überweisung an Parteivorstand und Bundestagsfraktion, weil einzelne Fragen noch der Klärung bedürfen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag U 48.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Bei diesem Antrag geht es darum, schadstoffarme Fahrzeuge im öffentlichen Bereich einzusetzen. Die Antragskommission schlägt vor, das anzunehmen, aber in der Fassung, dass sich das auf die Fahrzeuge bezieht, die angeschafft werden sollen, damit man jetzt alle Fahrzeuge ausmustern muss, die schon in Betrieb sind.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich nicht. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. –



Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag U 49.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Zum Antrag U 49 empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion, weil hier insbesondere die Realisierungsfrage noch einmal geprüft werden muss.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer möchte der Antragskommission folgen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag U 52.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Hier gilt das Gleiche: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Es geht um die Reduzierung von Mülltransporten. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag U 53.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Dieser Antrag beschäftigt sich mit dem Ausbau einer Bundesstraße. Das ist auch keine Frage, die auf einem Parteitag entschieden werden sollte. Deshalb lautet die Empfehlung: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Radlust in Deutschland: U 54.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Hier empfiehlt die Antragskommission Nichtbefassung – aber nicht, weil wir das Thema nicht ernst nehmen, sondern weil das, was hier intendiert ist, vor allem eine Sache der Kommunen und der Länder, möglicherweise auch in Kooperation mit dem ADFC, und keine Frage ist, die hier auf dem Bundestag entschieden werden könnte. Also: Nichtbefassung.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer dem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu U 55, Küstenschutz.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Bei diesem Antrag schlägt die Antragskommission auch Überweisung an das Bundesumweltministerium und die Bundestagsfraktion vor, weil hier die Frage der effektiven Arbeitsstrukturen noch einmal geklärt werden muss. Ansonsten wird das in der Tendenz unterstützt.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Okay. – Wer dem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen dann zu U 56, Kennzeichnung von GVOs, also von gentechnisch veränderten Organismen und entsprechenden Produkten.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Hier geht es um eine Kennzeichnungspflicht. Da empfiehlt die Antragskommission Annahme.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu U 57. Da geht es um Mobilfunkstrahlung, die hier natürlich auch sehr intensiv ist.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Da empfehlen wir, dass nicht ein Parteitag versucht, Grenzwerte für Mobilfunkstrahlung zu beschließen, sondern das ist eine Frage, die von Experten geklärt werden muss und dann auch in einem Parlament entschieden werden muss. Deshalb: Nichtbefassung für den Parteitag.

Wortmeldungen habe ich nicht. Wer dem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so.

Wir kommen dann zum Antrag U 58, Schutz vor Schießlärm.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Da geht es insbesondere um den Schutz von Anwohnern von Truppenübungsplätzen. Da empfiehlt die Antragskommission Annahme.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich nicht. Die Antragsteller werden sich auch nicht beschweren.

Wer dem Votum folgen möchte, den ich bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag IA 12, Kennzeichnung von Lebensmitteln. Dazu gibt es eine Wortmeldung. Aber ich würde dich bitten, zuerst zu berichten.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Die Antragskommission empfiehlt, diesen

Antrag für den Fall für erledigt zu erklären, dass die Empfehlung der Antragskommission zum Initiativantrag 9 – der sich im Komplex Gesundheit befindet und wo es um das gleiche Thema geht – angenommen wird; denn sonst hätten wir das Thema hier doppelt.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Ich bitte Ulrich Kelber, der sich gemeldet hat, sich entweder jetzt zu äußern oder es zu lassen.

(Zuruf)

Okay. Er ist mit dem Vorgehen einverstanden. Das bedeutet, dass wir das Ganze durch die Annahme von IA 9 – das können wir vielleicht einmal vorweg machen, auch wenn wir es noch nicht getan haben – dann als erledigt betrachten. Dann muss es nachher nicht noch einmal aufgerufen werden, falls es so beschlossen würde.

Wer würde dem dann folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Muss also nachher nicht noch einmal aufgerufen werden, wenn das andere beschlossen ist.

IA 13, Anwendung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes auf Kinderlärm.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Hier empfiehlt die Antragskommission auch Überweisung an die Bundestagsfraktion, weil da insbesondere noch rechtliche Fragen zu klären sind.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Ich hätte auch welche. Wir haben nämlich gerade die Grenzen für Kinderlärm gesenkt, damit man Kindergärten auch in größeren Städten, wie Hamburg, haben kann.

(Beifall)

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz hat das ja verboten. Ich finde, das war kein Fortschritt, als das dann Bundeskompetenz war. Aber wir diskutieren das ja nicht hier.

Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist damit so beschlossen.

Dann kommen wir zu IA 18, die Markteinführung von reinen Biokraftstoffen. Auch dazu habe ich eine Wortmeldung. Aber zunächst bitte ich um den Bericht.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Hier empfiehlt die Antragskommission auch Überweisung an die Bundestagsfraktion, weil hier auch eine Reihe von Fachfragen noch geklärt werden sollen.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Dann rufe ich die Wortmeldung von Hermann Scheer auf. – Kann jemand herausfinden, ob er sich in sprungbereiter Nähe befindet? – Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich alle diejenigen, die dem Votum der Antragskommission folgen wollen, um ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu IA 36, Deutschland vor Schaden durch grüne Gentechnik bewahren.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Hier wird auch empfohlen: Überweisung an die Bundestagsfraktion.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Ich frage wieder Uli Kelber, der sich dazu zu Wort gemeldet hat.

(Zuruf)

– Der Vorschlag ist, es an dich zu überweisen.

(Zuruf)

– Nein. – Wer dem Votum der Antragskommission und Uli Kelber, dass der Antrag an ihn überwiesen wird, folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu U 59, bezahlbarer Wohnraum für alle.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Da schlägt die Antragskommission eine neue Fassung vor, die lautet so:

„Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Mandatsträger der SPD in Bund, Ländern und Kommunen werden aufgefordert, weiterhin dafür einzutreten, dass ein für die Wohnungsversorgung ausreichender Bestand an bezahlbarem Wohnraum erhalten bleibt oder geschaffen wird.“

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor.

Dann bitte ich alle diejenigen, die dem Votum der Antragskommission folgen wollen, um ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu U 60.

**Christoph Matschie, Antragskommission:** Der letzte Antrag in diesem Zusammenhang beschäftigt sich mit der Privatisierung von Sparkassen, er fordert: keine Privatisierung von Sparkassen. Die Antragskommission sieht das genauso, schlägt allerdings eine andere Fassung vor, weil in dem Antrag auf ein lokales Beispiel abgehoben wird. Vorschlag der Antragskommission für den Text ist:

„Kommunale Sparkassen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung und Entwicklung der regionalen Wirtschaft. Bankangebote, insbesondere auch zur Bar-

geldversorgung, gehören zur notwendigen Infrastruktur in einem Stadtteil und müssen im öffentlichen Interesse dauerhaft ortsnah angeboten werden. Dies wird durch die Sparkassen gewährleistet. Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Sparkassen könnte diesen Gemeinwohlauftrag gefährden. Deshalb spricht sich die SPD gegen eine Privatisierung oder Teilprivatisierung von kommunalen Sparkassen aus. Sparkassen sollen als öffentlich-rechtliche Institute auch weiterhin dem Gemeinwohl verpflichtet sein.“

Ich bitte um Annahme dieser Fassung.

**Olaf Scholz, Tagungspräsidium:** Es hat sich keiner dazu gemeldet. Wer dem Antrag in dieser Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen, und wir sind mit diesem Komplex fertig. Schönen Dank, Christoph, für die viele Arbeit der Antragskommission zu diesem Thema.

(Beifall)

Die weitere Verhandlung, insbesondere zum Antrag „gute Arbeit“ wird Ute Vogt übernehmen. Ich bitte im Übrigen all diejenigen, die uns jetzt auf den Bildschirmen verfolgen, vielleicht die Gelegenheit zu nutzen, zu diesem wichtigen Thema den Saal wieder zu erreichen. – Schönen Dank.

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe den Arbeitsbereich „Arbeit und Wirtschaft“ auf und insbesondere den Leitantrag „gute Arbeit“. Als Erster hat dazu das Wort der Vizekanzler und Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering.

(Beifall)

## Einführung in den Leitantrag „Gute Arbeit“

**Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales:** Liebe Genossinnen und Genossen, zum Thema Arbeit: Im Grundgesetz steht nicht, dass jeder Mensch in Deutschland ein Recht auf Arbeit hat. Aber im Grundgesetz steht ganz vorne, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Sozialdemokraten wissen und sind überzeugt: Wer die Würde des Menschen Ernst nehmen will, wer seine Würde garantieren will, der muss da-für sorgen, dass alle Menschen, die wollen und können, Arbeit haben. Deshalb ist die Idee der Vollbeschäftigung, Arbeit für alle Menschen, etwas, was zum Kernstück sozialdemokratischer Politik dazugehört. Darüber wollen wir jetzt miteinander sprechen.

(Beifall)

Man kann lesen, dass es in einer globalisierten Welt Vollbeschäftigung vielleicht nicht mehr geben könne oder dass sie zumindest auf absehbare Zeit nicht möglich sei. Wir alle wissen, sie ist nicht schnell möglich. Aber zu unseren unveräußerlichen Zielsetzungen in dieser Koalition und als Sozialdemokratische Partei sowieso gehört: Wir kämpfen gegen Arbeitslosigkeit ganz zentral. Wir wollen, dass alle Menschen, alle Männer und Frauen in Deutschland Arbeit haben. Da streiten wir um jeden einzel-



© Nicole Maskus – www.nicole-maskus.de

nen Arbeitsplatz, für jede Einzelne und für jeden Einzelnen. Das ist zentrale Aufgabe unserer Politik.

(Beifall)

Frage: Wie macht man das? Liebe Genossinnen und Genossen: Dafür sorgen, dass die Wirtschaft wettbewerbsfähig ist. Sozialdemokraten laufen nicht weg vor der schlichten Wahrheit, dass die allermeisten Arbeitsplätze in Deutschland in den Unternehmen sind, im produzierenden Bereich, im Dienstleistungsbereich, im Wissensbereich. Wir haben für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft viel getan, und wir werden das auch in Zukunft im Blick behalten.

Arbeit schafft man dadurch, dass man Handelsmärkte schafft. Einer der ganz großen Handelsmärkte ist Europa.

Wir würden unseren Wohlstand mit unseren 82 Millionen Menschen nie halten können, wenn wir nicht 500 Millionen Menschen in dieser EU wären – die kaufen, die mit uns handeln und die dafür sorgen, dass auch in Zukunft auf diese Art und Weise Arbeitsplätze entstehen.

Das gilt auch für die Welt: Viele glauben noch, man könnte sich in Deutschland für oder gegen Globalisierung entscheiden. Kann man nicht! Globalisierung ist da. Das letzte Jahrhundert, das Jahrhundert der Mobilität, hat dazu geführt, dass die Menschen in der Lage sind, Menschen, Güter und Informationen rund um die Welt zu transportieren. Dieses Jahrhundert hat dafür gesorgt, dass die Globalisierung lebenswirklich ist.

Bisher verdienen wir an dieser Globalisierung. Wir in Deutschland profitieren davon – dadurch, dass viel Geld in unser Land kommt, und dadurch, dass viel Geld aus Deutschland in die Welt geht und Handelsmärkte aufbaut. Damit müssen wir offen umgehen, und wir müssen dafür sorgen, dass wir dabei die Interessen Deutschlands, aber auch der anderen im Blick behalten.

Die Handelsmärkte sind jedenfalls riesengroß geworden, sie umspannen die ganze Welt. Deshalb gibt es Arbeit, jetzt und auch in Zukunft.

Zur Schaffung von Arbeit gehört, dass wir die Arbeit, die es in Deutschland gibt, auch tun. Das tun wir bisher mitnichten.

Wenn man das Deutsche Institut für Urbanistik fragt, wie viel wir eigentlich jährlich für Investitionen in kommunale Infrastrukturen bräuchten, dann sagen die: 70 bis 80 Milliarden! Was haben wir letztes Jahr ausgegeben? 18 Milliarden! Liebe Genossinnen und Genossen, wir leben nicht nur auf Pump, sondern wir leben auch von der Substanz. Es gibt keine Stadt in Deutschland, wo nicht Wege und Straßen und Kanä-

le und Brücken und Häuser und Kindergärten und Schulen dringend der Reparatur und Verbesserung bedürfen. Ganze Stadtteile brauchen das ganz dringend. Arbeit ist da, liebe Genossinnen und Genossen. Sie muss gehoben, sie muss getan werden.

(Beifall)

Arbeit schafft man auch dadurch, dass man private Investitionen anreizt. Es ist uns gelungen, aus unserem Wahlmanifest 2005 die Idee eines Konjunkturprogramms in das Regierungsprogramm zu schreiben. Wir haben das so nie genannt, weil das für den Koalitionspartner ein Reizwort ist, aber im Endergebnis ist das so: Wir geben jedes Jahr 6 Milliarden in private Investitionen.

Eine der ganz großen Renner ist die energetische Gebäudesanierung. Sigmar hat heute Morgen dazu schon etwas erzählt: Das Programm ist völlig überbucht. Die Menschen wissen, das ist hochattraktiv. 3.000 Euro Arbeitskosten bedeuten: 600 Euro vom Finanzamt zurück! – Da gibt es noch ganz viel zu tun.

Unser und mein Vorschlag ist es – wir wollen auch versuchen, damit in der Koalition weiterzukommen –, sich vorzunehmen, dass Bund, Länder und Gemeinden in den nächsten Jahren miteinander dafür sorgen, dass alle öffentlichen Gebäude, die das brauchen – das sind die allermeisten – energetisch vernünftig instandgesetzt werden. Das ist ein Arbeitsprogramm über fünf Jahre, über zehn Jahre. Das ist ein Arbeitsprogramm für kleine, mittlere Unternehmen. Das ist ein Arbeitsprogramm für all die Unternehmen, die zuliefern. Mit Arbeit vor Ort kriegst du viel mehr für den Euro, den du aus gibst, als wenn du das in große Dinge investierst, die europaweit ausgeschrieben werden müssen und bei denen man gar nicht weiß, wo die Arbeit am Ende ankommt. Also: Lasst uns das machen! Lasst uns dafür sorgen, dass wir das, was wir an Potenzial haben, nutzen und daraus Arbeit schaffen.

Sigmar hat die Win-win-win-Situation angesprochen. Das ist in der Tat so: Es gibt Arbeit vor Ort, es ist gut für die Umwelt, und es amortisiert sich in fünf bis zehn Jahren – ganz konkrete Dinge, die getan werden können und getan werden müssen.

An dieser Stelle, wenn man über den Zusammenhang von Arbeit und Umwelt spricht, wird noch einmal klar, liebe Genossinnen und Genossen – das dürfen wir nicht vergessen: Das Ökonomische, das Ökologische und das Soziale müssen gleichgewichtig nebeneinander, aufeinander abgestimmt, eine in sich kohärente Politik bilden, wenn wir erfolgreich sein wollen. Wer das soziale Deutschland will, muss das ökologisch Sinnvolle und das ökonomisch Erfolgreiche wollen. Sonst wird das zu wenig bleiben. Deshalb müssen wir diese Dinge, wo es geht, miteinander verbinden.

Wir müssen dafür sorgen, dass wir ökonomisch erfolgreich, dass wir ökologisch vernünftig und dass wir sozial zuverlässig für die Menschen bei uns im Land sind.

(Beifall)



Wir denken unter dem Stichwort „Arbeitsplätze“ darüber nach, den Haushalt als Auftraggeber zu stärken. Wir haben uns vorgenommen – die Idee ist auch im Programm enthalten –, in Zukunft stärker als bisher Dienstleistungen und Arbeiten, die in Haushalten stattfinden, auf der Basis „Auftraggeber“ besser, geordneter und systematischer als bisher zu ermöglichen. Ulla Schmidt hat die Aufgabe – wir arbeiten gemeinsam daran –, ein Konzept „Dienst Mensch am Mensch“ zu organisieren. Eine älter werdende Gesellschaft, die wir sind, wird mehr und mehr Netzwerke brauchen – hoch qualifiziert, aber auch niederschwellig –, in denen die Menschen füreinander da sind. Sozialdemokraten fällt zuerst die alte genossenschaftliche Idee ein, aber vieles andere wird hinzukommen. Wir brauchen Netzwerke in unseren Städten und Gemeinden. Christian Ude hat das mit den Städten eben angesprochen. Die Idee der Sozialen Stadt wächst, und sie wird noch wichtiger. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird da noch viel Arbeit zu tun sein. Wir müssen dafür sorgen, diesen großen Bereich besser als bisher zu organisieren. Das ist für die Menschen wichtig, bringt Arbeit und ist sowohl gesellschaftspolitisch als auch volkswirtschaftlich sehr vernünftig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir werden als Gesellschaft älter. Heute sind 2 Prozent der Bevölkerung über 80 Jahre alt. Im Jahre 2050 werden das 12 Prozent sein. Nun ist 2050 noch ein bisschen hin, aber näher als 1960. Ich selbst werde 2050 wohl nicht mehr dabei sein; ich werde dann im Himmel sein, oder wo Sozialdemokraten so hinkommen, das wird man sehen. Jedenfalls: Eine Gesellschaft, die sich in solcher Weise verändert, muss sich Gedanken darüber machen, wo die älter werdenden Menschen in Deutschland eigentlich leben werden. Glaubt ihr, dass die zwölf Prozent über 80-Jährigen alle in stationären Einrichtungen leben können? Und wer könnte das irgendwo bezahlen? Wir werden es erreichen müssen, alten- und behindertengerechte Wohnungen in Deutschland zu haben, die ermöglichen, dass Menschen nicht umsiedeln müssen, wenn sie in diesem Alter sind, sondern dass sie dort bleiben können, wo sie aufgewachsen sind, mit ihren Kindern und mit dem Ehepartner, wo sie auch Nachbarn haben. Das alles ist etwas, was immer auch Arbeit und auch Aktivität und „Dienst Mensch am Mensch“ bedeutet. Dies ist eine große Aufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren annehmen müssen.

Der Bereich Gesundheit und Pflege ist die größte Branche überhaupt. Wenn wir als Sozialdemokraten darüber diskutieren, müssen wir aufpassen. Es ist ja gut, wenn man sparsam ist, aber manchmal denke ich, der Akzent ist noch nicht ganz vernünftig. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die in dieser Branche sind – Respekt vor Krankenschwestern, Hausärzten – eine ordentliche Bezahlung bekommen. Das ist die Grundlage für gesellschaftlichen Erfolg, und das sind auch Arbeitsplätze, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das deutsche Gesundheitswesen entscheidet sich in seiner Qualität nicht an der Frage, wie niedrig der Beitragssatz ist. Darüber muss man sicherlich auch feilschen. Ich gebe nicht unnötig Geld her; das will ich damit nicht sagen. Aber ihr versteht, um was es geht: Wie wird das große Konzept gesellschaftlicher Art eigentlich in den nächsten zehn und 20 Jahren sein? Dabei wird die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ganz wichtig sein. Die Sozialdemokraten können hier Vorreiter sein. Wir müssen uns dieser Stelle verständigen. Eben, als Christian gesprochen hat, habe ich gedacht: Es ist gut, dass er das sagt. Wir müssen aber auch Formen finden, damit umzugehen, denn das kann nur funktionieren, wenn Bund, Länder und Gemeinden es abgestimmt miteinander machen. Wir können nicht entscheiden, dass alten- und behindertengerechte Wohnungen eingerichtet werden; das muss in den Städten geschehen. Aber Arbeit gibt das vor Ort. Und es ist auch dringend nötig, damit sich die Menschen wohlfühlen können.

Ich ziehe einen Strich unter diesen Teil: Gibt es eigentlich Arbeit? Ich sage Euch: Viel mehr, als wir in Deutschland zurzeit haben. Deshalb müssen wir daran gehen, das aus dem öffentlichen Bereich heraus zu aktivieren und das, was möglich ist, zu tun. Diese Arbeit soll eine Arbeit für alle sein, für Männer und Frauen, für Junge und Alte, für Starke und Schwächere, für Deutsche und für Ausländer.

Hannelore Kraft – wir beide haben zusammen im Auftrag des PV begonnen, an diesem Antrag zu schreiben – wird zu dem ganzen Bereich der Fachkräfte gleich noch etwas sagen. Deshalb will ich nur drei kleine Gruppen herausheben, wohl wissend, dass das Thema viel größer ist.

Es ist ein Elend, dass wir bisher so wenig Angebote für die Chancen der Alleinerziehenden haben.

Die Hälfte aller Familien, Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, die Arbeitslosengeld-II-bedürftig sind, ist alleinerziehend. Das ist völlig disproportional. Das zeigt aber, wie wichtig die Debatte ist, die an anderer Stelle zu führen ist. Wer die Gleichstellung ernst meint, der muss wissen, dass wir das nicht nur zu einem Ereignis auf Parteitage machen dürfen, sondern im praktischen Leben müssen diese jungen Frauen eine Chance haben, im Erwerbsleben anzukommen. Dazu gehört die Betreuung und vieles mehr.

(Beifall)

Ich will euch ein Zweites sagen. Wir haben durchgesetzt – ich bedanke mich bei allen, die geholfen haben: Ralf Stegner, die Fraktion, Fritz-Rudolf Körper waren dabei – und den anderen abgerungen, dass seit dem 1. Juli dieses Jahres für etwa 60.000 bis 80.000 geduldete Menschen, die sechs Jahre und länger in der Bundesrepublik Deutschland als nicht anerkannte Asylbewerber leben, die Möglichkeit besteht, sich

gleichrangig am deutschen Arbeitsmarkt zu bewegen. Das sind 30.000, 40.000 Erwachsene und vergleichbar viele Kinder, die an die Seite gedrängt wurden. Sie gingen oft nicht zur Schule oder konnten jedenfalls keinen Beruf haben. Es ist eine Schande für dieses Land, dass es dies nicht hinbekommt. Lasst uns darüber einmal sprechen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Sie haben jetzt bis Ende 2009 Zeit, am Arbeitsmarkt Arbeitsplätze zu finden. Wenn sie die halbe Zeit – insgesamt gerechnet – oder die letzten neun Monate in Beschäftigung sind, dürfen sie dauerhaft hier sein. Das ist eine tolle Sache. Leider haben wir es bisher nicht verstanden, das hinreichend auch nach draußen zu transportieren. Kümmerst euch bitte in euren Wahlkreisen und zu Hause in den Ortsvereinen und Stadtverbänden darum und nehmt das auf.

Ein Drittes: Im Zuge der Arbeitsmarktreformen haben wir entschieden, dass jeder, der in Deutschland in absehbarer Zeit täglich drei Stunden arbeiten kann, als erwerbsfähig gilt. Das ist eine sehr strenge – man kann auch sagen, weitgehende – Regel. Andere Länder haben eine andere Regel. Die Regel, die wir haben, führt dazu, dass von den Menschen zwischen 18 und 64 Jahren 3,1 Prozent als nicht erwerbsfähig definiert sind. Das sind Erwerbsminderungsrentner. Wenn wir dieselbe Definition wie die Briten hätten, dann hätten wir 6,6 Prozent. Die Niederländer haben 8,5 Prozent.

Wenn wir unsere Statistik auf dieser Basis ändern würden, dann hätten wir schlagartig 600.000 Arbeitslose weniger. Als wir in die Koalition gingen, haben wir darüber gesprochen, ob wir uns das nicht schönrechnen wollen. Wir haben gesagt: Nein, das tun wir nicht.

Deshalb sage ich auch – ich weiß, dass das manchmal schwer ist –: Natürlich gibt es Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen und die fast gar nicht oder überhaupt nicht vermittelbar sind. Die Frage, die wir beantworten mussten, war aber, stellen wir sie beiseite und sagen Ihnen: Pass auf, setz dich hin, sei still, du bekommst Stütze, halt den Mund? Oder versuchen wir mit den Möglichkeiten, die wir haben, auch solchen Schwachen und Benachteiligten eine Chance zu geben, zur Gesellschaft zu gehören und in Arbeit hineinzukommen? – Wir wollen das machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb führen wir den Qualifizierungs-Kombi für die Jungen, Jobperspektive für die Älteren – Klaus Brandner hat in ganz besonderer Weise dafür gesorgt – oder auch die 50-plus-Regelung, die ich begonnen habe, ein. Wir haben 1 Million Arbeitslose weniger als vor zwei Jahren. Wir haben 1 Million offene Stellen. Wir haben 103.000

Arbeitslose unter 25 Jahren weniger als vor einem Jahr. Wir haben 191.000 Arbeitslose über 50 Jahre weniger als vor einem Jahr.

Genossinnen und Genossen, ich sage euch: Wann endlich soll man als Politiker sagen, die Sache läuft gut, wenn nicht in einer solchen Situation? Wir müssen auch einmal darüber reden, dass wir Erfolge haben.

(Beifall)

Kurt hat in seiner Rede nachdrücklich darauf hingewiesen, wie das an der Stelle aussieht und welche Entwicklungen es da gibt. Das ist keine Entschuldigung dafür, sich um die 3,5 Millionen, die es noch in Arbeitslosigkeit gibt, gezielterweise nicht zu kümmern. Natürlich nicht. Aber sich ein bisschen mit den 1 Million Menschen mehr, die im Job sind, und den jungen Leuten, die eine Chance haben, mitzufreuen, ist, glaube ich, schon angemessen.

Ich bin heute Morgen und an anderen Stellen in den vergangenen Tagen immer wieder mal für die Ergebnisse der Arbeit gelobt worden. Ich nehme an, einige haben versucht, mich ein bisschen freundlich zu stimmen. Das bin ich aber von Natur aus immer.

(Beifall)

Ich will damit nur sagen: Was wir im Augenblick erreichen, hat in der alten Zeit begonnen. Es wird gesagt, das waren die rot-grüne Regierung und Gerhard Schröder. Das stimmt auch. Aber es war auch Walter Riester dabei, den ich jetzt hier ansprechen will. Ich sage Euch: Wir werden ihm alle irgendwann noch ein Denkmal bauen. Vieles, was wir jetzt im Bereich des Arbeitsmarktes an praktischer Umsetzung machen, ist auf den Ideen und auf der Arbeit von Walter gewachsen. Ich habe einen Riesenrespekt vor ihm und finde es großartig, wie er auf seine Art diese Dinge begleitet.

(Beifall)

Wenn ihr mal wissen wollt, wie das Ganze funktioniert, dann fragt ihn. Er weiß das alles.

Zweiter Punkt: Wir wollen Arbeit, aber Arbeit für alle. Es soll aber eine gute Arbeit sein. Gute Arbeit heißt faire Löhne. Das ist nicht irgendwo eine Sache, die ich nun reiten würde, weil das parteipolitisch besonders interessant ist, sondern weil ich die riesengroße Sorge habe, dass sich da etwas entwickelt in dieser Gesellschaft, was uns schwerstens belasten wird. Es ist aus meiner Sicht – ich sage es ein bisschen akzentuiert – ordnungspolitisch unverzichtbar, dass in einer Gesellschaft, in der es so viele unkontrollierte und so viele von Gewerkschaften und von Arbeitgeberverbänden

unerfassbare niedrigere Löhne gibt, eine Grundlage geschaffen wird. Diese Grundlage heißt Mindestlohn. Mindestlohn ist nicht irgendeine sozialromantische Idee, sondern eine ordnungspolitische Grundlage, die man in einer Gesellschaft unvermeidlich braucht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, es geht um Dumping-Löhne und Lohndumping. Die Dumping-Löhne betreffen die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen und am Ende des Monats mit vier Euro Stundenlohn 720 Euro brutto bekommen. Oder die Friseurin in Thüringen, die 3,18 Euro bekommt. Es mir gesagt worden, sie bekommt vielleicht auch noch Trinkgeld. Was ist das denn für eine Mentalität?

Wie soll ich jemandem erzählen, er soll jeden Morgen um halb sechs aufstehen und zur Arbeit gehen, wenn er am Ende des Monats so wenig auf seinem Konto hat, dass er weniger hat als sein Nachbar, der gar nicht aufstehen will oder muss, weil er keinen Job hat? Das kann nicht hinhalten. Auch aus dem Grund müssen wir etwas machen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In dieser Nacht im Juni, als wir im Koalitionsausschuss gegessen haben und es um den Mindestlohn ging – wir haben in der Koalition nicht den generellen Mindestlohn vereinbart, aber wir wollen über das Arbeitnehmerentsendegesetz und Mindestarbeitsbedingengesetz die Dinge nach vorne bringen – gab es diese entscheidende Stelle. Ich habe gefragt: Sind 6 Euro die Stunde in Ordnung? Das wusste man nicht so genau. Sind 4 Euro in Ordnung? Nein, so niedrig wollte man nicht gehen. 3,18 Euro in Ordnung? Nein. – Dann habe ich gesagt: Die Sozialdemokraten auf ihren Parteitag und die Christdemokraten auf ihren Parteitag haben beschlossen, der, der arbeitet, soll mehr haben als der, der nicht arbeitet. Stimmt das – ja oder nein? Sie haben gesagt: Ja, aber sie haben nicht beschlossen, wer das bezahlen soll. An der Stelle bin ich aufgestanden. Da hatte ich wirklich die Faxen dicke.

(Beifall)

Die beschimpfen mich und uns dafür, dass wir so viel Geld ausgeben für Arbeitslosengeld II. Eine Milliardenzahl – ich werde sie noch genauer beziffern – von diesen 23 Milliarden Euro, die wir ausgeben, sind Gelder, die wir ausgeben, weil bestimmte Unternehmen – längst nicht alle, damit das klar ist – solch niedrige Löhne zahlen. 600.000 und mehr Vollzeitbeschäftigte bekommen Arbeitslosengeld II ergänzend, weil ihr Lohn niedriger ist, als Arbeitslosengeld II, Existenzminimum.

Das will ich nun einmal auf die lizenzierten Unternehmen im Postbereich übertragen: Wenn da Leute sind, die die Briefmarke zum halben Preis verkaufen und versu-

chen, sich damit am Markt breit zu machen und anschließend ihre Leute zum Arbeits- und Sozialminister schicken und sagen: „Den Rest des Lohns holst du dir aus der Steuermasse“, dann ist die Sache absurd und ordnungspolitisch verrückt.

(Beifall)

Ich habe das „Staatslohntheorie“ genannt. Man könnte das auch anders nennen. Da aber gestern und bei anderer Gelegenheit etwas davon gesagt worden ist, Sozialismus habe man an anderer Stelle schon genug gesehen, will ich doch einmal sagen: Diese Vorstellung, dass der Staat dafür da ist, die Löhne zu bezahlen, die aus den Unternehmen nicht bezahlt werden können, das ist nicht unsere Idee, die ist im Moment bei ganz anderen in dieser Koalition. Damit müssen die sich auseinandersetzen. – Ich will ein bisschen undeutlich bleiben, weil ich ja nicht allzu sehr draufhauen darf.

(Heiterkeit und Beifall)

Zu der Sache mit der Post. Ende August haben Kurt und ich mit Frau Merkel und mit Stoiber zusammengesessen und haben gesagt: Was machen wir denn jetzt? – Vorgesehen war, dass zum 1. Januar des nächsten Jahres das Briefmonopol in Deutschland und zum 1. Januar 2009 in den Nachbarländern ausläuft. Diese Nachbarländer haben nun erklärt: „Das machen wir nicht, wir machen das erst 2011 oder 2012.“ Das bedeutet, dass im nächsten Jahr alle Nachbarn – TNT und Kameraden – sich hier in Deutschland bewegen können, die Deutsche Post aber nicht in anderen Ländern unterwegs sein kann. Daraufhin haben wir gesagt: „Das machen wir nicht.“ – Dann haben sie gesagt: „Ändern kann man das nicht mehr.“ – Dann haben wir vereinbart: Gut, wir machen jetzt einen Mindestlohn bis zum 1. Januar 2008, und die Post als das einzige Unternehmen, das Universaldienste flächendeckend anbietet – genau zuhören: flächendeckend anbietet, das heißt, auch die kleinen schönen Gemeinden im Sauerland, alle haben Briefkästen, alle können sich darauf verlassen, dass sie sorgfältig betreut werden –, bekommt eine Mehrwertsteuerbegünstigung. Der Finanzminister hat gesagt: Wenn andere das vergleichbar gut machen, kann man darüber reden, werden wir eine Gleichbehandlung machen. – Dann ist gesagt worden: Ja, das versuchen wir.

Wir haben nicht miteinander vereinbart, dass wir versuchen, den Mindestlohn hinzukriegen und andere versuchen, den Mindestlohn bei der Post zu verhindern, sondern wir haben vereinbart: Wir sorgen beide dafür, dass wir das bis zum 31.12. hinbekommen. Es gab eine Bedingung: Es muss ein Antrag vorliegen darauf, dass ein Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird. Ich glaube, am 11. oder 12. September kam dieser Antrag. Da haben die Post-Arbeitgeber – das ist die klassische Post mit anderen Kleinen und Mittleren im Arbeitgeberverband – und ver.di miteinander mich angeschrieben und gesagt: Wir möchten in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Wir legen hier einen Tarifvertrag bei, da steht drin, wie es in Zukunft geregelt sein soll. – Ordentlich, wie ich bin, habe ich gesagt: Das machen wir jetzt so. – Denn das

war die Voraussetzung, die wir miteinander vereinbart haben. Nun hatten wir die erste Lesung. Am 8./9. November soll die zweite und dritte Lesung sein. Am 30. November soll der Bundesrat entscheiden. Dann werden wir im Dezember entscheiden können, dass dieser Tarifvertrag, den ver.di und Post miteinander ausgehandelt haben, dem aber auch der Beamtenbund und die Christlichen zugestimmt haben – was nicht so unklug war –, in Kraft tritt.

Nun höre ich, dass manche unterwegs sind, einen Arbeitgeberverband oder auch eine neue Gewerkschaft zu gründen. Das hatten wir noch nicht. Michael Sommer hat auch schon die Demonstration vor dem Brandenburger Tor angesprochen, wo welche mit Plakaten „9 Euro sind zu viel“ herumliefen. So etwas hatte ich noch nicht gesehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich weiß aber nicht, wer das bezahlt und organisiert hat. Ich lasse das alles einmal so stehen.

Was mich dabei allerdings ärgert, ist – deshalb bin ich da in meinem Schaum nur ein bisschen gebremst –: Das sind alles die Leute, die uns jedesmal, wenn man zusammensitzt, die Tarifautonomie vorhalten, die Tarifautonomie ist ganz wichtig, die Sozialdemokraten sollen sich da mit dem Mindestlohn heraushalten, weil es Tarifautonomie gibt.

Was läuft denn jetzt, liebe Genossinnen und Genossen? – Das sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die machen einen Tarif, den ich vorher nicht gesehen habe, wo ich nicht mit am Tisch war, wo ich mich nicht eingemischt habe, wo ich nichts dran gemacht habe.

Die kommen freiwillig zu mir und sagen: So macht das. – Nun sage ich: Respekt Arbeitgeber, Respekt Arbeitnehmer – das machen wir, weil die Gesetze so sind, wie sie sind.

Wer hat denn jetzt um Himmels willen Respekt vor Tarifautonomie und wer nicht in Deutschland?

(Beifall)

Es kann doch nicht sein, dass man anfängt, mal schnell eine Gewerkschaft zu gründen, nur damit man einen Tarifvertrag unterlaufen kann, verdammt noch mal.

(Beifall)

Ich will das Thema jetzt nicht ungebührlich ausweiten. Aber da wir viel über Mindestlohn sprechen, will ich einen Satz über etwas anderes sagen, nämlich über

Höchstlöhne, nicht über Mindestlöhne, sondern über Höchstlöhne. Liebe Genossinnen und Genossen, das werden wir uns in absehbarer Zeit auch einmal vorknöpfen müssen.

(Beifall)

Ich habe gelesen, da ist jemand, der bekommt 40 Millionen im Jahr. Der eine kriegt 100 Millionen, der andere kriegt 120 Millionen. Dass jemand da ist, der das Zehnfache von einem anderen verdient, das kann ich mir noch vorstellen, vielleicht auch noch das 20- und 50-Fache. Dass einer 1.000-mal so gut ist wie ein anderer, das gibt es nicht, das kann überhaupt nicht sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Da dürfen wir uns auch nicht beruhigen lassen, wenn da der eine oder andere sagt: Na ja, so viele sind das ja nicht. Was mag da herauskommen, diese paar Millionen? – Darum geht es überhaupt nicht. Es ist eine Frage des gegenseitigen Respekts voreinander.

Es ist immer gut, wenn man aus seinem eigenen Leben gelernt hat.

Als ich 1954 anfang, kam ich in ein Unternehmen, da war klar – ich habe dann Industriekaufmann gelernt –, die Arbeiter wussten untereinander nicht, wie hoch die Stundenlöhne der Einzelnen waren. Das war sozusagen Geheimkommando in der Personalabteilung. Zu Weihnachten gab es ein Weihnachtsgeld, das wurde im Betrieb verteilt, ohne dass man voneinander wusste, wie viel der andere bekam. Da konnte man dann natürlich schön das Ganze steuern und seine Begünstigten besonders bedenken.

Es war für mich eine politisch hochinteressante Erfahrung, die ich da gemacht habe, weil mich das angekotzt hat, weil ich immer das Gefühl hatte: Diese Zeit muss endlich vorbei sein, dass irgendein Lehnherr oder ein Fürst auf den Platz reitet und das Geld unter das Volk schmeißt nach der Methode: Nun guck mal zu, dass du ein paar Groschen kriegst. – Wir wollen ordentliche Vereinbarungen haben.

(Beifall)

Und niemand ist so gut, dass er ohne die auskäme, die er 1.000-mal geringer bezahlt. Deshalb lasst uns einmal richtig darüber sprechen und etwas tun.

(anhaltender Beifall)

Dieses Ganze, liebe Genossinnen und Genossen, führt ja auch hin zu der Frage der Tarifautonomie und der Rolle der Gewerkschaften. Ich freue mich, dass einige Kolleginnen und Kollegen aus dem gewerkschaftlichen Bereich hier sind, dabei waren, auch



jetzt wieder da sind. Ich habe im Bundestag schon gesagt: Wir haben es uns in den letzten Jahren nicht immer leicht miteinander gemacht. Das lag manchmal an uns, manchmal an euch. Das wird auch in Zukunft so sein. Ich habe das dem Frank Bsirske auf seinem Kongress bei ver.di auch schon gesagt. Es geht nicht darum, dass man immer in jedem Punkt einer Meinung ist. Aber diese Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen, ist gut damit gefahren, dass wir starke Arbeitgeber – ich nenne sie ausdrücklich – und Arbeitnehmer hatten, die die Interessen der bei ihnen Verbündeten organisieren konnten. Was immer auch zwischen uns sein wird und sein mag, wo wir uns streiten müssen, wenn es auch manchmal grob wird – ich möchte, dass wir auch in Zukunft in Deutschland Gewerkschaften haben, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Interessen bündeln können, sie organisieren können, sie erstreiten können und, wenn es nötig ist – hoffentlich selten –, auch erstreiken können. Das ist ein Stück Demokratie, das uns auch in Zukunft miteinander verbinden wird.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich abschließend sagen: Wir müssen über unser Land hinaus auch nach Europa und in die Welt gucken. Deshalb geht die Frage der menschwürdigen, der guten Arbeit weit über unser eigenes Land hinaus. Sozialdemokraten waren immer auch Internationalisten. Gegen Sklavenarbeit und gegen Kinderarbeit sein, das ist uns selbstverständlich. Aber es gibt trotzdem beides auf der Welt. Es gibt auf der Welt ganz viele Menschen, die keine Arbeit haben und ohne Perspektive sind, die kein oder nur wenig Geld für ihre Arbeit bekommen. Die Frage ist, was wir an der Stelle eigentlich tun können.

Wir haben in der Regierung in der Zeit der europäischen Präsidentschaft die soziale Dimension Europas in vernünftiger Weise vorangetrieben. Und ohne zu sehr in Details zu gehen: Wir haben erreicht – ich danke Frank Walter Steinmeier und anderen, die mitgeholfen haben –, dass in den Lissabon-Leitlinien, die im nächsten Jahr fortgeschrieben werden, auch die Bekämpfung der Kinder- und der Familienarmut und die Idee eines fairen Lohnes in Europa aufgenommen wird. Das geht alles nicht so schnell, aber wir wollen diesen Weg weitergehen und das weltweit bekommen.

Wir wollen, dass wir über die G 8 hinaus mit den Schwellen- und Entwicklungsländern darüber sprechen, wie wir dafür sorgen können, dass die Menschen Arbeit haben: Wie können wir dafür sorgen, dass sie menschenwürdig leben können? Das ist für die Menschen dort gut, das ist für uns gut, und das ist eine der großen Voraussetzungen dafür, dass diese Welt, die heute 6,5 Milliarden Menschen hat, im Jahr 2050 aber 9,1 Milliarden, nicht auseinander fliegt. Ein Großteil der Konflikte, die wir heute haben, hängt damit zusammen, dass Menschen in Not und Elend sind und es nie lernen, in einer vernünftigen, demokratischen Umgebung ihr eigenes Leben zu gestalten. Deshalb ist die Bekämpfung der Armut an dieser Stelle eine der großen

präventiven Aufgaben, um den Frieden in dieser Welt nicht völlig kaputtgehen zu lassen. Auch deshalb ist es so wichtig, dass wir uns einmischen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe geschworen: Zu einem anderen Thema sage ich heute nichts. Das tue ich auch nicht. Ich will aber zum Schluss folgende Geschichte erzählen: Als ich 1975 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag kam, bin ich zu Onkel Herbert gegangen. Ich war damals nachgerückt für Friedhelm Farthmann, der Minister in Nordrhein-Westfalen wurde. Er war mir böse, weil er nicht beides gleichzeitig sein konnte und den Abgeordnetenjob aufgeben musste – wie Friedhelm so ist! Jedenfalls bin ich zu dem Onkel Herbert gegangen und habe ihm erzählt, wie das so weitergehen soll in der Welt. – Das ist ja die Attitüde, mit der man als Abgeordneter dort ankommt. Der Onkel hat sich das angehört – lange, rauchend –, und dann hat er gesagt: „Ja, fang mal an. Aber pass auf, dass du nicht austrocknest.“ – Ich habe das behalten, weil das ein so komischer Satz war und ich nicht wusste, was ich damit anfangen sollte. Ich wollte euch heute nur sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Es ist noch was da. Ich bin noch nicht ausgetrocknet.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(anhaltender lebhafter Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Ganz herzlichen Dank, Franz Müntefering. Ich denke, liebe Genossinnen und Genossen, das ist das, was wir uns wünschen: einen starken Vizekanzler und einen starken Parteivorsitzenden, beide Seit' an Seit' nach vorne. Herzlichen Dank für diese Wegweisung.

(Beifall)

Bevor die Debatte weitergeht, darf ich die Mitglieder der Antragskommission bitten, sich die Unterlagen für die heutige Sitzung am Tisch rechts neben der Bühne abzuholen. – Als Nächste darf ich das Wort an Hannelore Kraft geben.

**Hannelore Kraft, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Mit Franz Müntefering den Leitantrag „Gute Arbeit“ zu erarbeiten, das hat viel Spaß gemacht. Aber nach ihm reden zu müssen, ist keine einfache Aufgabe.

(Beifall)

Franz hat ganz wichtige Punkte aus dem Leitantrag aufgegriffen. Aber es gibt von den vielen, die dort drinstehen, noch zwei Punkte, die mir, die uns in Nordrhein-Westfalen ganz besonders am Herzen liegen und die, wie ich weiß, auch in anderen Landesverbänden eine große Bedeutung haben. Ich meine die Bereiche „Gute Arbeitsbedingungen“ und „Aus- und Weiterbildung“.

Was meinen wir mit guten Arbeitsbedingungen, wenn wir von guter Arbeit reden? Darunter sind viele Bausteine zu fassen: Ein Baustein ist – auch unter dem Stichwort „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ – das Thema „Arbeitszeit“. Wir wollen, wie im Leitantrag festgeschrieben, familien- und mitarbeitergerechte Arbeitszeiten. Man muss Arbeitszeiten flexibel gestalten. Wir müssen hier dringend vorankommen, denn eine gerechte Verteilung der Arbeitszeit, insbesondere in den Familien, fehlt immer noch in diesem Land. Da müssen wir vorankommen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Unter dem Blickwinkel, dass Bildung bedeutsam ist, um qualifizierungsfähig zu sein und arbeitsfähig zu bleiben, müssen wir Raum dafür schaffen, dass Qualifizierung in unseren Arbeitszeitmodellen ein stärkeres Gewicht einnimmt.

Flexible Arbeitszeitmodelle, Familienfreundlichkeit, all das ist wichtig und es muss mit unserer Politik zusammengehen, denn wir brauchen erreichbare und verlässliche Betreuung für die Familien vor Ort. Wir haben das Elterngeld geschaffen, die offenen Ganztagschulen eingeführt, die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuung geregelt. Wir haben den Ausbau der Krippenplätze beschlossen, und wir – das muss man immer wieder deutlich sagen – haben den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für unter Dreijährige auch durchgesetzt. Das ist und bleibt unser Erfolg, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Trotzdem ist und bleibt es Fakt: Es muss noch viel passieren, damit Frauen mit Kindern nicht weiterhin auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden. Es sind immer noch Einstellungshemmnisse vorhanden. Wir müssen die Vermittlungsbemühungen intensivieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die Unternehmen endlich begreifen, dass der Fachkräftemangel, über den sie heute klagen, ein ganzes Stück weit hausgemacht ist, weil man hier den Anforderungen von Familien und von Frauen nicht gerecht wird. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wir müssen hier vorangekommen, und dann bekommen wir auch darüber den Fachkräftemangel ein Stückchen besser in den Griff, wenn das Potenzial von Frauen endlich vernünftig genutzt werden kann.

(Beifall)

Wenn wir bei Arbeitszeit sind, dann sind wir auch bei der Teilzeitarbeit. Flexibilisierungen sind sinnvoll, gerade für Familien. Aber eines ist auch klar erkennbar, wenn wir uns die Realitäten vor Ort anschauen: Teilzeitarbeit führt oft dazu, dass diejenigen, die in Teilzeit arbeiten, benachteiligt werden, häufig bei der Qualifizierung und, wie mir scheint, noch häufiger beim beruflichen Aufstieg. Für uns als SPD ist deshalb klar, dass wir genau an diesen Punkten dazu beitragen müssen, dass der Benachteiligt-

gung von Teilzeitarbeitenden in unserer Gesellschaft ein Ende gemacht wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Teilzeitarbeit ist auch ein Einstieg in den wichtigen zweiten Komplex von guten Arbeitsbedingungen. Das ist der Bereich der sogenannten neuen Beschäftigungsformen. Neben der Teilzeitarbeit gehören dazu die Praktika und die Leih- bzw. Zeitarbeit. Liebe Genossinnen und Genossen, diese neuen Beschäftigungsformen sind sinnvoll. Wir haben sie gewollt, wir haben sie gefördert, aber eines ist auch noch einmal klar zu sagen: Wir wollten eine höhere Flexibilität, aber unser Ziel ist und bleibt es, darüber den Einstieg oder den Wiedereinstieg in reguläre Beschäftigung herbeizuführen. Das ist und bleibt unser Ziel, denn das ist das, was der Arbeitsmarkt wirklich braucht. Wir wollen Vollzeitarbeit, wir wollen Arbeit, die sozialversicherungspflichtig ist, denn hier geht es um die zwei Waagschalen, die uns immer wieder politisch beschäftigen werden: Die Waagschalen zwischen Flexibilität auf der einen Seite und der Sicherheit und dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen auf der anderen Seite. Diese Waagschalen müssen gut austariert sein. Im Augenblick kann man den Eindruck gewinnen, dass sie ein ganzes Stück in die falsche Richtung ausgelegt sind.

Schauen wir auf den Bereich der Praktika, wenn wir über prekäre Arbeit sprechen. Wir alle kennen sie, die jungen Menschen, die eine gute Ausbildung genossen haben, die darauf brennen, endlich ihre Arbeitskraft dem Markt zur Verfügung zu stellen, die zeigen wollen, was sie drauf haben, und die dann erst einmal von einem Praktikum ins nächste geschickt werden. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, damit muss endlich Schluss sein. Schluss mit der Aneinanderreihung von Praktika! Praktika müssen zeitlich begrenzt werden. Wichtig ist auch die Bezahlung von Praktika. Sonst ist es eine moderne Form der Ausbeutung, die da stattfindet.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Leih- und Zeitarbeit ist ein Instrument zur Steigerung der Flexibilität, ja. Es ist sinnvoll, dass Unternehmen die Möglichkeit haben, Auftragsspitzen und saisonale Schwankungen abzufedern. Unser Ziel ist und bleibt es, mehr Menschen eine Chance zu geben, in Arbeit zu kommen bzw. in Arbeit zurückzukommen. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen zeigt: Unsere Politik war und ist erfolgreich. Manch einer hat es auch über die Leiharbeit geschafft, dass er wieder zurück in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis gekommen ist, indem er während einer Beschäftigung in Leiharbeit zeigen konnte, was er kann. Wenn man anderthalb oder zwei Jahre arbeitslos war, dann kommt man gar nicht erst dazu, sich vorzustellen. Wenn man dann über ein Leiharbeitsunternehmen in das Unternehmen kommt, und die können vor Ort sehen, was man draufhat, dann gibt es diesen Klebeffekt. Ja, es gibt ihn.

Aber das ist nicht überall der Fall. Es gibt genauso – ich meine, auch nicht in wesentlich geringerem Umfang – zumindest auch einen Drehtüreffekt. Die Leiharbeit wird zum Dauerzustand. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist kein Randproblem in unserer Gesellschaft. Es sind nicht wenige Menschen, die das betrifft. Allein in Nordrhein-Westfalen arbeiten inzwischen rund 230.000 Menschen als Leih- oder Zeitarbeiter. Die Metallindustrie vor Ort hat erhoben, dass mehr als 50 Prozent der Unternehmen aus ihrem Bereich reguläre Arbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzen. Liebe Genossinnen und Genossen, diesen negativen Auswüchsen von Zeit- und Leiharbeit müssen wir einen Riegel vorschieben; da dürfen wir nicht locker lassen.

(Beifall)

Es kommt vor, und das nicht zu selten, das der Anteil der Mitarbeiter, die regulär im Unternehmen beschäftigt sind, inzwischen schon kleiner wird als der der Leiharbeiter. Ein Unternehmen bei uns in Nordrhein-Westfalen, in Altenbergen, hat inzwischen 440 feste und 600 Leiharbeitnehmer. Da ist einiges aus dem Lot geraten, da ist Handlungsbedarf, und deshalb ist es gut, dass wir in diesem Antrag die Punkte drin haben. Für uns als SPD ist klar, dass man diese Auswüchse bekämpfen muss.

Dazu gehört erstens: Leiharbeit ist ein Instrument zur Abdeckung von Spitzen und zur Flexibilität. Aber Leiharbeit darf nur vorübergehend sein.

(Beifall)

Zweitens steht in dem Antrag auch: Wir akzeptieren Leiharbeit nur für den kleineren Teil der Belegschaft. Wir wollen kein Unternehmen, das 90 Prozent Leiharbeiter und nur 10 Prozent Feste beschäftigt. Das ist kein solides Arbeiten der Unternehmen.

(Beifall)

Auch der dritte Punkt ist für uns wichtig: Es darf in den Unternehmen keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich den Gewerkschaften, weil ich weiß, dass sie eine Menge vor Ort gearbeitet haben und in den Betrieben dieses Bewusstsein geschaffen haben, dass es auch für die Festangestellten nicht zu tolerieren ist, dass die, die mit Leih- und Zeitarbeit kommen, als Beschäftigte zweiter Klasse behandelt werden.

(Beifall)

Dann kommen wir zum vielleicht wichtigsten Punkt: Warum stellen denn die Unternehmen so viele Leih- und Zeitarbeiter ein? Ich habe viele Gespräche mit Betriebsräten vor Ort geführt. Die können einem das ganz genau schildern: Da ist ein mittelständischer Betrieb im Sauerland, 80 Beschäftigte. Davon wurden zehn rausgeschmissen und am nächsten Tag neun wieder in Leiharbeit beschäftigt.

Liebe Genossinnen und Genossen, Flexibilität ja, aber gleicher Lohn für gleiche Arbeit und ein vernünftiges Lohnniveau bei den Beschäftigten, denn sie sind nur als Leiharbeiter zurückgekommen, weil sie bereit sein mussten, mit einem Abschlag von 30, 40 Prozent auszukommen. Das dürfen wir nicht tolerieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Auch in diesem Feld brauchen wir Mindestlöhne. Wir müssen die Leih- und die Zeitarbeitsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnehmen. Ich weiß, dass Franz Gespräche darüber führt, und ich hoffe, dass wir hier schnell zu einer positiven Entwicklung kommen.

Gleiche Arbeitsbedingungen heißt auch, gleiche Arbeitsbedingungen bei der Weiterbildung. Zugang zur Weiterbildung heißt auch, dass die Leiharbeiter vor Ort nicht höhere Kosten haben, wenn sie die Kantine benutzen. Es gibt viele Wege, zweite Klassen in den Unternehmen zu schaffen.

Wichtig ist uns aber auch, dass die Verleihzeit maximiert wird. Der Verleih muss begrenzt werden. Das steht klipp und klar in unserem Antrag, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zusammenfassend: Um die Auswüchse, die ich eben beschrieben habe, zu bekämpfen, brauchen wir eine Eingrenzung der prekären Beschäftigung. Ich weiß und wir wissen, dass das nur mit den Betriebsräten in den Unternehmen geht. Mitbestimmung ist hier ein ganz zentraler Faktor. Gestern haben wir eine Stärkung der Betriebsräte im Entleihbetrieb beschlossen. Leiharbeiter sollen bei der Ermittlung der Schwellenwerte für das Betriebsverfassungsgesetz mitgezählt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus Nordrhein-Westfalen

(Beifall)

und kann euch sagen: Mitbestimmung bei der SPD hat mit der Mitbestimmung bei CDU und FDP gar nichts zu tun. Bei uns kann man sich anschauen, was CDU und FDP machen, wenn sie regieren. Als Allererstes haben sie bei uns in diesem Jahr die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst rasiert. Das ist die Politik von CDU und FDP, und wir müssen sie verhindern.

(Beifall)

Es gibt noch einen Aspekt bei den Gesprächen, der mich besonders berührt hat. Wenn wir mit den Betriebsräten über Leih- und Zeitarbeit, über prekäre Beschäfti-

gung gesprochen haben, dann haben sie uns immer wieder geschildert, dass diese Menschen, die dort in Leih- und Zeitarbeitsverhältnissen sind, in erster Linie jünger sind – zwischen Ende 20 und 40 Jahre. Liebe Genossinnen und Genossen, hier müssen wir gut aufpassen, denn diese Menschen, denen wir sagen, dass sie flexibel sein müssen, sind die gleichen Menschen, von denen wir mehr Nachwuchs erwarten. Ich sage: Wer keine Sicherheit bekommt, der wird auch keinen Nachwuchs bekommen. Deshalb müssen diese Waagschalen austariert werden. Das ist ein entscheidender Punkt.

(Beifall)

Wir dürfen unsere gute Familienpolitik, unsere Politik für Kinder in diesem Land, nicht dadurch konterkarieren, dass wir an dieser entscheidenden Stelle nicht aufpassen.

Da wir bei den Kindern sind, bin ich beim zweiten Bereich, der für uns ganz besonders wichtig ist. Das ist der Bereich der Ausbildung. Auch hier können wir Erfolge verzeichnen. Die Zahlen bessern sich. Es ist aber keine Entwarnung zu geben. Bei uns in Nordrhein-Westfalen sind zurzeit noch 7.000 junge Menschen unversorgt und wir schieben eine Bugwelle von rund 40.000 vor uns her, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen alles, aber auch wirklich alles tun, um dem ein Ende zu setzen. Die jungen Menschen erwarten von uns, dass wir ihnen helfen und dass wir ihnen eine Perspektive geben. Den Ausbildungspakt müssen wir fortsetzen, aber wir brauchen auch zusätzliche Anstrengungen. Wir brauchen noch mehr, denn es kommt noch schlimmer. Die Schulzeitverkürzungen, die es überall gibt, werden dazu führen, dass noch einmal eine Bugwelle kommen wird.

Einen zweiten Faktor darf man auch nicht vergessen: Die Jugendlichen, die dank der Studiengebühren in den CDU-geführten Ländern den Zugang zu den Hochschulen nicht mehr finden, drängen auf den Ausbildungsmarkt. Dort findet ein Verdrängungswettbewerb statt. Deshalb brauchen wir noch größere Anstrengungen, um hier für neue Ausbildungsplätze zu sorgen, bis wir es wieder schaffen, Bildung in allen Ländern kostenfrei anzubieten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das darf man an dieser Stelle doch einmal deutlich sagen: Ein Ausruhen gibt es nicht. Der Fachkräftemangel, der überall ausgerufen wird und real auch schon existiert, ist ein Fachkräftemangel, der ein ganz großes Stück weit hausgemacht ist. Das ist das Ergebnis falscher Unternehmensentscheidungen in der Vergangenheit. Hier wurde an den falschen Stellen gespart und die Unternehmen spüren das jetzt bitter. Wir müssen jetzt dafür sorgen – das ist eine wichtige Frage für uns –, dass allen jungen Menschen eine klare Perspektive nach ihrem Schulabschluss angeboten wird. Das ist

eine der größten gesellschaftlichen Aufgaben, vor denen wir stehen. Wenn wir als SPD das nicht tun, dann wird das keiner tun. Deshalb müssen wir den Druck aufrechterhalten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das duale System, in dem wir ausbilden, ist ein sehr gutes System. Aber auch hier stellt sich die Frage der Gerechtigkeit. Nur ein Viertel der Unternehmen bildet aus. Sie allein – dieses Viertel – trägt die Kosten. Deshalb ist auch für uns Sozialdemokraten völlig klar: Wir brauchen endlich eine gerechte Finanzierung. Nicht auszubilden darf kein Wettbewerbsvorteil mehr sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb steht im Antrag: Für die überdurchschnittlich Auszubildenden – und zwar für die kleineren und mittleren Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern – brauchen wir eine aktivierende Berufsbildungsfinanzierung.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden morgen beim Grundsatzprogramm viel vom vorsorgenden Sozialstaat reden. Wir haben uns deshalb vorgenommen, dass bis 2009 kein Jugendlicher mehr ohne konkretes Angebot nach dem Schulabschluss dastehen darf. Das ist vorsorgender Sozialstaat. Was wir da investieren, müssen wir hinterher nicht für das Reparieren verwenden. Das sind die Maßnahmen, die wir heute einleiten müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zu diesem Punkt, der Ausbildung der Jugendlichen, sind noch viele gute Dinge im Antrag. Lasst mich nur zwei, drei nennen. Die Beratung muss verbessert werden und die Unternehmen müssen in die Pflicht genommen werden. Das Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung für Jugendliche – EQJ – muss Regelinstrument der Arbeitsförderung werden.

Ein Punkt wird dem einen oder anderen etwas komisch vorkommen, aber Ausbildung ist für ganz kleine Unternehmen häufig auch eine Kostenfrage.

Deshalb haben wir einen Auftrag aufgenommen zu prüfen, ob man die Gebühren für die Kammerprüfung nicht abschaffen sollte.

Wenn wir sagen, Bildung muss gebührenfrei sein, dann gehört auch dieser Punkt aus meiner Sicht mit auf die Agenda.

(Beifall)

Lasst mich noch einen Punkt nennen zum Bereich Weiterbildung. Ausbildung allein reicht nicht. Bildung ist der zentrale Punkt. Wenn wir Bildung und Weiterbildung



vernachlässigen und wenn dann gefordert wird, dass Fachkräfte durch Zuwanderung zu uns kommen sollen, dann müssen wir dem klar entgegentreten. Bildung und Weiterbildung vernachlässigen und dann nach der Zuwanderung von außen rufen, das ist nicht unser Weg als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall)

Wir haben zum Bildungsbereich gestern viel Gutes beschlossen in einem Antrag, der auch aus Nordrhein-Westfalen kommt. Wir brauchen im Weiterbildungsbereich den Mindestlohn für die Beschäftigten, wir brauchen einen stärkeren Qualitätsaspekt bei den Ausschreibungen, bei der Bundesagentur für Arbeit im Bereich Weiterbildung. Wir brauchen einen nationalen Weiterbildungsfonds. Aber eines ist und bleibt klar: Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung ist eine gemeinsame Aufgabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Politik.

Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung ist die beste Arbeitslosenversicherung. Deshalb haben wir in unserem Antrag einen Punkt aufgenommen, der dazu führen wird, dass wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung weiterentwickeln wollen. Ich glaube, es steht uns gut an dafür zu sorgen, dass mehr Weiterbildung aus den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit finanziert wird. Denn das ist der richtige Weg.

Lasst uns weiter auf Bildung, auf Weiterbildung und auf Qualifizierung setzen! Dann werden wir weiter erfolgreiche Politik für die arbeitenden Menschen in diesem Land machen. – Besten Dank.

(anhaltender Beifall)

## Beratung der Anträge zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Hannelore Kraft.

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir in die Antragsberatung einsteigen, will ich euch zum einen sagen, welche Anträge zur Beratung aufgerufen werden, und zum anderen will ich etwas zum weiteren Fortgang der Beratungen sagen, weil wir die Reihenfolge etwas umstellen.

Wir rufen jetzt zur Beratung auf die Anträge AR 1 bis AR 60, Initiativantrag 2, Initiativanträge 19, 23, 24, 25, Initiativanträge 29 und 30 sowie 2, 33 und 37. Das sind im Antragsbuch die Seiten 48 bis 86.

Nach diesem Kapitel „Arbeit und Wirtschaft“ werden wir unmittelbar das Kapitel „Außen-, Sicherheit- und Entwicklungspolitik“ aufrufen. Daran schließt sich die Debatte um das Thema „Wehrdienst“ an. Danach folgen „Sozial- und Gesundheitspolitik“ und „Steuer- und Finanzpolitik“. Dann die restlichen Europaanträge. – Ihr seht, wir haben noch ein großes Programm vor uns. Deshalb mein Hinweis, dass nach der Wirtschaftsdebatte sofort die Debatte zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik beginnt.

Ich darf den ersten Redner zum Thema „Arbeit und Wirtschaft“ aufrufen. Es ist Udo Bullmann, Hessen Süd. Ihm folgt Heiko Maas, Saarland.

**Udo Bullmann, Hessen Süd:** Genossinnen und Genossen! Franz Müntefering hat gesagt, dass diejenigen, die vernünftigen Sozialstaat machen wollen, auch ökonomisch und ökologisch das Richtige tun müssen. Das ist natürlich richtig. Es gilt aber auch umgekehrt: Wer morgen wettbewerbsfähig sein will, wer eine gute Ökonomie haben möchte, wer zukunftsfähige Produkte morgen herstellen will und seine Weltmarktführerposition als Exporteur halten will, der muss einen anständigen Sozialstaat haben, Genossinnen und Genossen.

Deswegen ist es ein Gebot der Stunde, unseren Sozialstaat zu modernisieren und ihn auf die Höhe der Zeit zu bringen. Es wird nur noch wenig Zeit bleiben, bis wir in Europa und auch in Deutschland die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Deswegen ist es völlig richtig zu sagen, wie Franz das formuliert hat, dass der Mindestlohn ein ordnungspolitisches Prinzip ist. Dieses ordnungspolitische Prinzip ist in den meisten europäischen Staaten bereits verwirklicht.

Ich will euch aus unserer europäischen Perspektive ein paar Beispiele nennen: Belgien: gesetzlicher Mindestlohn über 8 Euro, Niederlande: gesetzlicher Mindestlohn über 8 Euro, Großbritannien gesetzlicher Mindestlohn 8,20 Euro. Lasst euch bitte nicht erzählen, dass der Mindestlohn ein Arbeitsplatzkiller sei. Ganz im Gegenteil:

Seit Tony Blair den Mindestlohn in Großbritannien eingeführt hat, sind dort 1,7 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden.

(Beifall)

Das genaue Gegenteil ist also der Fall. Es wird eine anständige Linie der Würde eingezogen. Vor diesem Hintergrund kann sich auch die Volkswirtschaft vernünftig entwickeln, weil wir eine Stärkung der Nachfrage erfahren.

Aber die Auflistung der vergleichbaren Staaten geht weiter. Frankreich: Mindestlohn 8,44 Euro. Damit nicht genug: Irland, das frühere Auswanderungsland, aus dem Leute weggezogen sind aufgrund der Hungerkatastrophen, hat einen Mindestlohn, staatlich garantiert, von 8,65 Euro. Genossinnen und Genossen, warum lassen wir uns eigentlich eine Debatte bieten, dass mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro die deutsche Volkswirtschaft darnieder liegen würde? Es ist eine infame Lüge, die in den europäischen Staaten durch die Praxis längst widerlegt ist.

(Beifall)

Nun garantieren nicht alle europäischen Staaten gesetzliche Mindestlöhne. Es gibt auch solche, die das tariflich tun, beispielsweise die skandinavischen Länder. Wenn wir da hinschauen, dann sehen wir – etwa in Dänemark –, dass die schwächste Gruppe im Tarifsysteem, nämlich die Verkäuferinnen, einen tariflich vereinbarten Mindestlohn haben, der über 11 Euro beträgt. Das ist in der Tat bemerkenswert. Warum ist das so, Genossinnen und Genossen? Weil dort über 90 Prozent der Kolleginnen und Kollegen tarifvertraglich erfasst sind und gewerkschaftlich organisiert sind. Auch das ist ein Punkt, den wir ansprechen müssen in dieser Diskussion.

Es gibt nur drei Länder in Europa, die weder eine flächendeckende tarifliche Sicherung haben noch einen gesetzlich garantierten Mindestlohn. Es handelt sich um Zypern, Italien und die Bundesrepublik Deutschland.

Aus dieser Dreiergruppe, lieber Franz, dürfen wir gerne aussteigen. Ich bedanke mich aus der Sicht des Europäischen Parlaments dafür, mit welcher Hartnäckigkeit, mit welcher Präzision du genau an diesem Punkt arbeitest.

(Beifall)

Wir brauchen ein Paket. Das Entsendegesetz ist 1996 verabschiedet worden. Seit elf Jahren gibt es die Möglichkeit in allen europäischen Mitgliedstaaten, alle Branchen in diesen Schutzbereich einzubinden. Es ist völlig richtig, wenn wir konsequent an einer Ausweitung arbeiten.

Vergaberichtlinien erlauben uns seit 2004, dass wir öffentliche Aufträge an die Tarife binden, die ortsüblich sind. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, dass uns die Glo-

balisierung oder Europäisierung zu Sozialdumping zwingt. Das Gegenteil ist der Fall. Ich komme aus Hessen. Der famose Herr Koch ist in der Lage, mit der einen Hand Tariftreuerregelungen zu verhindern und mit der anderen Hand den öffentlichen Nahverkehr zwangsweise europaweit in einen Ausschreibungswettbewerb zu treiben. Wer das macht, liebe Genossinnen und Genossen, der kann das nicht auf Europa und nicht auf die Globalisierung schieben. Die Schreibtischtäter sitzen in den Staatskanzleien, die dafür sorgen, dass die Busfahrer nicht zu Mindestlöhnen fahren können, sondern zu Hungerlöhnen fahren müssen. Lasst uns das in der Auseinandersetzung deutlich machen!

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. – Nächster Redner ist Heiko Maas. Ihm folgt Petar Drakul.

**Heiko Maas, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Franz Müntefering hat zu Recht von Arbeit und Würde gesprochen. Ich will euch mal eine Anzeige eines Gewerbeparks in Mittweida vorlesen, die vor einiger Zeit in der FAZ erschienen ist. Dort steht wörtlich: „Unsere fleißigen deutschen Mitarbeiter arbeiten engagiert für monatlich 800 Euro brutto, 40-Stunden-Woche, 173 Stunden im Monat, ohne Weihnachtsgeld und ohne Urlaubsgeld.“ Liebe Genossinnen und Genossen, das macht das deutlich, was Franz Müntefering sehr eindringlich beschrieben hat: Mehr als 6 Millionen Menschen in Deutschland müssen mittlerweile mit weniger als zwei Dritteln des Durchschnittslohns auskommen. Von diesen 6 Millionen Menschen sind über 3 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Franz Müntefering hat von den sogenannten Hartz-IV-Aufstockern gesprochen, also von denen, die, obwohl sie arbeiten, nicht genug Geld haben, um sich selbst oder ihre Familien zu ernähren. Deshalb ist es richtig, die Erfolge beim Rückgang und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch für uns zu reklamieren. Es ist genauso wichtig, die Augen nicht vor Fehlentwicklungen zu verschließen, die es nun einmal gibt. Wenn 80 % der Bevölkerung der Auffassung sind, ihnen komme der aktuelle Aufschwung nicht zugute, dann hat dies auch etwas damit zu tun, dass nicht jede Arbeit in Deutschland die gute Arbeit ist, die wir darunter verstehen, liebe Genossinnen und Genossen.

Da unterscheiden wir uns auch von der Union. Deshalb sollten wir den Begriff der guten Arbeit offensiv für uns verwenden. Wir leben ja in einer Zeit, in der vielfach gesagt wird: In Zeiten wie heute kann man sich die Arbeit nicht mehr aussuchen, da muss man nehmen, was man kriegt. – Die Union nennt das: Sozial ist das, was Arbeit schafft.

Liebe Genossinnen und Genossen, jeder, der sich mit der Realität beschäftigt, wird feststellen, dass diejenigen, die unverschuldet arbeitslos werden, ihre Ansprüche schon um das eine und andere Mal herabstufen, um noch einmal eine Arbeitsstelle zu

bekommen, und viele nehmen Arbeitsstellen an, die deutlich unter dem Qualifikationsniveau liegen, das sie vorher hatten. Das kann aber nicht bedeuten, liebe Genossinnen und Genossen, dass alles zumutbar ist; denn das ist die Voraussetzung für Lohndumping und für die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Deshalb verstehen wir unter guter Arbeit auch, dass derjenige, der ein Leben lang, viele Jahre oder Jahrzehnte seine Knochen für ein Unternehmen hingehalten hat, dann nicht wie ein Hungerlöhner behandelt werden kann. Deshalb brauchen wir Mindestlöhne, aber genauso engagiert auch den Kampf um die Erhaltung der Mitbestimmung und der Tarifautonomie, den die Schwarzen und die Gelben sehr schnell führen würden, indem sie sie erledigen würden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Arbeit ist ein Kernthema der SPD. Ich erlebe Parteitage, auf denen immer mal Themen aufkommen, bei denen gesagt wird: Das muss ein neues Kernthema oder zentrales Thema der SPD werden! – Aber ich habe noch nie einen Parteitag der SPD erlebt, auf dem nicht das Thema Arbeit und die Frage „Wie schaffen wir Arbeitsplätze?“ die Kernbotschaft des Parteitags gewesen sind. Das ist die Kontinuität unserer Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, kein Thema hat uns so beschäftigt wie das Thema Arbeit, und bei keinem Thema sind die Erwartungen in der Bevölkerung an die SPD so hoch wie bei diesem Thema. Denn die Leute wissen: Keine Arbeit bedeutet keine Perspektive. Sie wollen von uns Antworten, Lösungen und Perspektiven. Wenn wir von dem nichts zu bieten hätten, dann hätten wir auch keine Perspektive auf regierungsfähige Mehrheiten.

Der Antrag „Gute Arbeit“ enthält viele Antworten und viele Lösungsansätze. Deshalb ist er so wichtig. Wir wissen, dass das Thema Arbeit und die Arbeitslosigkeit der Schlüssel zur Lösung der größten Probleme in Deutschland sind. Es ist nicht nur die Zukunft der Sozialversicherungssysteme, die mit mehr Beschäftigung auch nachhaltig gelöst werden kann. Wir haben gestern über Rechtsextremismus diskutiert. Sigmar Gabriel hat zu Recht gesagt: Wir können so viele Programme machen, wie wir wollen – wenn wir den jungen Leuten keine Arbeitsperspektive und damit keine Lebensperspektive bieten, dann nützen diese Programme nichts.

Hannelore Kraft hat die Familie angesprochen. Wir haben viel gemacht: einen Ausbau der Betreuung, wir haben das Kindergeld unter Rot-Grün zweimal erhöht, wir haben die Freibeträge erhöht, und wir haben das Elterngeld eingeführt. Wir alle laufen herum und versuchen, jungen Menschen Mut zu machen, eine Familie zu gründen und sich für Kinder zu entscheiden. Aber ich sage Euch: Solange junge Menschen in Praktika, in befristete Arbeitsverhältnisse, in geringfügige und nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gedrängt werden, können wir das Kindergeld noch

so oft wie möglich erhöhen – junge Menschen, die Familien gründen sollen, brauchen ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit. Das geht nur mit guter Arbeit, die auch gut bezahlt wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Kein Thema wie dieses ist so entscheidend für unser Verhältnis zu den Gewerkschaften, liebe Genossinnen und Genossen. Auch dazu hat Franz Müntefering eigentlich alles gesagt. Wir wissen: Wenn wir regierungsfähige Mehrheiten haben wollen, dann geht das nur mit den Gewerkschaften. Ich wäre froh, wenn wir irgendwann nicht mehr darüber reden, wieder über 30 % zu kommen, sondern wieder an die 40 % zu kommen, liebe Genossinnen und Genossen. Das geht nur mit den Gewerkschaften und nicht gegen die Gewerkschaften. Auch da bietet dieser Antrag viele Ansätze für viel Gemeinsames und die gemeinsamen Ziele, die wir haben.

Lasst uns zu den Gewerkschaften genauso selbstbewusst sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ihr werdet eure Ziele auch nicht ohne uns erreichen. Deshalb: Wir brauchen uns gegenseitig. Solidarität kann für beide Beteiligten keine Einbahnstraße sein. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Als Nächster hat Petar Drakul aus Baden-Württemberg das Wort. Danach spricht Wolfgang Jüttner.

**Petar Drakul, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Franz! Ich glaube, der Antrag ist hervorragend, weil er uns wieder eine gewisse Kampagnenfähigkeit vor Ort geben wird, weil wir mit Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden diese Themen vor Ort diskutieren können. Da liegt auch eine große Chance. Das bedeutet, nachdem wir uns für diesen Antrag entschieden haben, können wir heraus und gemeinsam dafür kämpfen.

(Beifall)

Der Antrag greift viele berechtigte Ängste auf. Ich kenne das aus meiner beruflichen Praxis. Wir beraten Betriebsräte bei Umstrukturierungen, bei Entlassungen und bei Schließungen. Wir machen dann auch Bewertungen von Arbeitsmarktaussichten. Die Leute haben einfach Angst. Sie haben Angst vor Leiharbeitnehmerschaft, sie haben Angst vor befristeten Arbeitsverhältnissen. Wir führen auch immer Berechnungen durch. Da sieht man: In Zukunft wird der Standort nicht zu halten sein. – Daher müssen wir dort die Ängste aufgreifen. Das finde ich sehr gut.

Zum Thema Mindestlohn habe ich allerdings ein bisschen Kritik. Ich weiß, das Thema Mindestlohn ist durch. Aber der flächendeckende Mindestlohn, befürchte

ich, wird irgendwann als Bumerang zurückkommen, vor allem wenn ich auch noch sehe, dass wir 7,50 Euro, wie es die Antragskommission wünscht, hineinschreiben sollen. Ich glaube, dass das ein großer Fehler ist. Wenn wir als Politik, wenn wir als Partei, wenn wir als Fraktion, wenn wir in der Regierung anfangen, Mindestlöhne hineinzuschreiben, dann ist das eine weitere Legitimation, dass wir dann, wenn es irgendwann zu einem Wechsel in der Regierung kommt, wenn irgendwann die Schwarzen und die Liberalen dran sind, die Tarifautonomie geschleift bekommen.

Das ist meine ernsthafte Befürchtung. Allein deswegen bitte ich euch nach der Beratung bei der Abstimmung nicht der Antragskommission zu folgen und euch gegen diesen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro auszusprechen, denn alles andere wird zu einem Überbietungswettbewerb führen. Wenn wir erst einmal diesen Überbietungswettbewerb haben, wird es ein Einfaches sein, die Tarifautonomie zu schleifen. Ich möchte nicht, dass wir uns auf den kommenden Parteitag in vier, fünf, sechs, sieben, acht Jahren hier zusammensetzen und bemitleiden, dass die Liberalen, die Konservativen die Tarifautonomie geschleift haben. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. Als letzter Redner in der allgemeinen Aussprache hat Wolfgang Jüttner das Wort.

**Wolfgang Jüttner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, wer für gute Arbeit plädiert, darf bei Mitbestimmung nicht schweigen. Ich möchte über ein besonderes Kapitel europäischer Industriegeschichte sprechen, nämlich der Entwicklung bei Volkswagen.

Dieses Unternehmen ist während des Faschismus aufgebaut worden aus gewerkschaftlichem Vermögen. Es ist nach 1945 von den Beschäftigten in Eigenregie wieder aufgebaut worden und über lange Zeit waren die Eigentumsverhältnisse ungeklärt. Erst 1959/60 ist es gelungen, sich zu verständigen, indem Bund, Land und die Beschäftigtenseite in der Satzung und dann folgerichtig in einem Gesetz festgelegt haben, wie mit diesem Unternehmen umgegangen wird. Dieses Unternehmen sollte wegen der Vorgeschichte dem Eigentum besonders verpflichtet sein. Das war der Anspruch. Nicht nur auf Rendite gucken, sondern Beschäftigung sichern, das war der Anspruch beim Volkswagengesetz,

(Beifall)

und die Mitbestimmung gewährleisten. Diese beiden Ziele steckten drin.

(Beifall)

Daraus ist eine Erfolgsgeschichte geworden. Wir reden über den größten Automobilbauer Europas. Wir können feststellen: Möglicherweise war es gerade die Mitbestimmung, war es gerade die Motivation der Beschäftigten, die gewährleistet hat, dass sich dieses Unternehmen über diesen Zeitraum so gut entwickelt hat. Mitbestimmung gefährdet keine wirtschaftliche Dynamik, sondern begünstigt sie. Das sollten wir in dieser Gesellschaft einmal deutlich machen.

(Beifall)

Von Anfang an war dieser Prozess von denjenigen begleitet, die das Volkswagengesetz als Provokation begriffen haben. Sie haben immer dafür gekämpft, es kaputt zu machen und fanden endlich in der EU-Kommission in Herrn Bolkenstein jemanden, der sich das zu eigen gemacht hat und alles unternommen hat, hier endlich dem Marktradikalismus den Weg zu ebnen. Es ist fast ja ein Treppenwitz der Zeitgeschichte, liebe Genossinnen und Genossen, dass dies jetzt mit der EuGH-Entscheidung zu einem Zeitpunkt gelingt, zu dem überall in Europa staatliche Industriepolitik, Intervention zu Gunsten der eigenen Industrien – über goldene Aktien und anderes – stattfindet. Hier hat der Marktradikalismus noch einmal zugeschlagen, während gleichzeitig an anderen Stellen sehr wohl anders agiert wird.

Spannend ist schon, was wir in Niedersachsen erleben. Herr Wulff hat in den letzten fünf Jahren alles unternommen, um sich bei VW unbeliebt zu machen, um die Mitbestimmung dort zu knacken. Es war widerlich, was da passiert ist. Er wollte dazwischengehen und das auflösen. Die Auseinandersetzungen mit den Betriebsräten, mit der IG Metall haben da kontinuierlich stattgefunden. Wir haben jetzt die Entscheidung des EuGH. Wir haben sie zu respektieren. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt überhaupt keine Veranlassung zur Verzagtheit. Wir streiten weiter für Mitbestimmung bei Volkswagen, aber nicht nur bei Volkswagen.

(Beifall)

Eine europarechtskonforme Auslegung des Gesetzes ermöglicht, dass sowohl vor dem Hintergrund der Vorgeschichte dieses Unternehmens es möglich ist, den Firmenstandort in Niedersachsen auf Dauer festzuschreiben. Das wollen wir mit unserem Antrag I 32 erreichen.

Aber was noch wichtiger ist: Wir wollen auch gewährleisten, dass gegen die Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat keine Verlagerungen von Produktionsstätten durchgesetzt werden können. Das sind wir der Geschichte dieses Unternehmens schuldig. Das sind wir vor allem der gesellschaftlichen Mitbestimmung schuldig. – Herzlichen Dank.

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung, Udo Lutz, Baden-Württemberg. Dann gehen wir direkt in die Antragsberatung; ihr könnt euch schon bereitmachen.



**Udo Lutz, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich sehr gefreut, dass die Antragskommission zu diesem Antrag vorgeschlagen hat, dass man „mindestens 7,50 Euro“ hineinschreibt. Ich halte es für wichtig, dass eine Zahl drinsteht. Wir schreiben auch „mindestens“ hinein; diese Zahl kann also höher sein. Ich würde mir auch wünschen, dass sie höher wäre. Aber wir müssen draußen auch erklären, was wir wollen. Wenn wir das nicht sagen, wenn wir sagen, wir sind für Mindestlohn, dann haben wir die unendliche Debatte: Wie hoch soll denn der sein?

Was die 7,50 Euro angeht, so höre ich die Diskussion eigentlich immer aus der Ecke, dass die 7,50 Euro wohl zu niedrig sind. Die 7,50 Euro sind von der Pfändungsfreigrenze hergeleitet. Man sollte sich als Sozialdemokrat nichts vormachen. Dass wir sagen, es gibt eine Pfändungsfreigrenze, dass aber unser Mindestlohn dann unter dieser Pfändungsfreigrenze liegt, wäre mehr als peinlich. Deshalb bin ich froh, dass er kommt.

Ich habe auch nicht die Sorge, dass das dazu führt, dass die Tarifautonomie geschleift wird. Wir haben ein paar Vorgänge, wo es eine gesetzliche Regelung gibt. Es gibt zum Beispiel beim Urlaub den gesetzlichen Urlaubsanspruch. Trotzdem gibt es viel bessere Tarifverträge. Es gibt auch das Thema Arbeitszeit, und es gibt Gottseidank auch Manteltarifverträge, die die Arbeitszeit dann etwas besser regeln, als es in dem Gesetz steht. Da habe ich also gar keine Befürchtungen.

Deshalb bitte ich euch auch, diesem Teil zuzustimmen, dass „mindestens 7,50 Euro“ in dem Antrag drinbleibt. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. Dann kommen wir jetzt zur Antragsberatung. Ich bitte Andrea Nahles für die Antragskommission das Wort zu nehmen. Wir haben ja die Initiativantrag 2, „Reformen für ein soziales Deutschland“ bereits gestern beschlossen. Dadurch sind nach den Empfehlungen der Antragskommission folgende Anträge erledigt: AR 24 bis AR 27, AR 31 bis AR 33 sowie AR 36 bis 38.

Wir müssen aber darüber abstimmen. Wer zustimmt, dass wir die soeben vorgelesenen Anträge durch den gestrigen Beschluss für erledigt erklären, bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön.

Dann rufe ich zur Beratung auf den Initiativantrag 23. Zunächst Andrea, dann liegt dazu eine Wortmeldung vor.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, die Antragskommission schlägt eine Überweisung an die Bundestagsfraktion vor, nicht etwa, weil wir das inhaltliche Anliegen abgelehnt haben, sondern weil es einen anderen Vorschlag gibt, an dem derzeit auch im BMAS unter der Leitung von Franz Mün-

tefering gearbeitet wird, der sich „Bonus für Ausbildung“ nennt. Wir wollen, dass Betriebe, die ausbilden, dafür Unterstützung – auch finanzieller Art – bekommen. Der Weg, der hier vorgeschlagen wird, ist der über die Beiträge der Arbeitslosenversicherung; der ist sehr kompliziert und schwierig. Wir plädieren deswegen dafür, dass es hier im Sinne einer positiven Bewertung des Anliegens eine Überweisung gibt.

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. Dann hat Thorsten Schäfer-Gümbel das Wort.

**Thorsten Schäfer-Gümbel, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, der Bezirk Hessen Süd hat diesen Initiativantrag eingebracht, um schlicht und einfach folgende Situation zu verhindern: Wir halten den Weg über ein Bonussystem für einen gangbaren. Es kann allerdings nicht sein, dass dieser Bonus aus der Sozialversicherungsgemeinschaft, das heißt, insbesondere von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bezahlt wird.

(Beifall)

Um genau diese Finanzierung, die im Übrigen von einem größeren Teil der Gewerkschaften auch bei Tarifvertragsverhandlungen in der Vergangenheit abgelehnt wurde, dezidiert auszuschließen, wollen wir formulieren, dass diese Finanzierung durch einen höheren Arbeitgeberanteil, und zwar ausschließlich Arbeitgeberanteil, zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag der Unternehmen, die unterdurchschnittlich ausbilden, erfolgt.

Wir haben sehr wohl vernommen, dass bei der Beratung der Antragskommission gestern herausgekommen ist, das sei alles ganz anders gemeint, nämlich dahin gehend, dass die anvisierte Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages genutzt werden soll. Was wir als Problem aufwerfen, gilt aber analog. Wenn die Antragskommission erklärt, das sei so gemeint ist, dass es nicht dazu kommt, dass die Finanzierung auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattfindet, dann soll uns das recht sein.

Der Klarheit aber würde es helfen, wenn man das hier schlicht und einfach so beschließt. Deshalb bitten wir euch ausdrücklich, das Votum der Antragskommission zurückzuweisen und diesen Antrag in seinem Ursprung anzunehmen. Das hilft, Klarheit in der Debatte zu behalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion und das Bundesministerium in unveränderter Fassung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Initiativantrag 29 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Initiativantrag 29 so angenommen.

Bei Initiativantrag 30 soll eine Einfügung vorgenommen werden.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Wir haben das gestern in der Antragskommission einvernehmlich mit dem Antragsteller beschlossen: Punkt 2 des vorgeschlagenen Initiativantrages 30 wird übernommen, wir wollen ihn aber an einer anderen Stelle im Antrag, nämlich im Leitantrag – und zwar Seite 52, Zeile 55 – einfügen. Das ist so verabredet.

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Dann darf ich fragen, wer dieser Verabredung im Sinne der Antragskommission und des Antragstellers zustimmt? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Zu Initiativantrag 33 gibt es verschiedene Empfehlungen:

Zu Punkt 1 des Antrages empfiehlt die Antragskommission Annahme. Wer will dieser Empfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – So beschlossen.

Bei Punkt 2 ist Ablehnung empfohlen. Wer folgt dieser Empfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit.

Bei Punkt 3 empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer der Antragskommission folgen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit.

Bei Punkt 4 ist Annahme empfohlen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit angenommen.

Auch bei Punkt 5 ist Ablehnung empfohlen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch hier wurde dem Votum der Antragskommission gefolgt.

Eine Gesamtabstimmung brauchen wir wohl nicht; denn die Einzelvoten sind ja klar.

Ich rufe nun den Antrag AR 1, Seite 48 des Antragsbuches, auf. Dazu gab es die allgemeine Aussprache. Jetzt geht es um die Abstimmung in der Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag AR 1 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Dadurch haben sich die Anträge AR 2 und AR 3 erledigt. Stimmt ihr zu, dass diese Erledigung erklärt werden kann? – Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Die Antragskommission empfiehlt weiter, dass wir folgende Anträge ebenfalls als erledigt erklären: AR 4 bis AR 15, AR 20, AR 22 und AR 44 bis AR 49. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind diese Anträge entsprechend für erledigt erklärt.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen 16 bis 19, Seiten 66 bis 68 im Antragsbuch. Das Votum der Antragskommission hat sich hier geändert. Andrea!

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Es gibt eine Beschlussfassung zum Abschlussbericht der Kommission. Das werden wir nachher noch aufrufen. In diesem Abschlussbericht sind die hier vorliegenden Änderungsanträge aufgegangen und eingeflossen. Deswegen empfehlen wir hier Annahme in der Fassung des IA 2.

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Wer diesem Votum zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist so angenommen.

Zu Ar 21 empfiehlt die Antragskommission: Erledigt durch Praxis. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Zu AR 23 habe ich eine Wortmeldung von Guido van den Berg.

**Guido van den Berg, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich spreche zu dem Antrag 23 – ich komme nicht aus dem Ortsverein Weilheim in Oberbayern –, nicht weil ich das Modell, das dort favorisiert worden ist, als solches unterstützen will, sondern weil ich es für grundfalsch halte, dass sich unsere Partei mit dem Thema, das dort aufgegriffen worden ist, nicht befassen will.

Es geht um die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens – eine Idee, die zur SPD passen kann, wenn man sich damit beschäftigt und ein eigenes Modell entwickelt. Warum? Ich glaube, die Sozialdemokratische Partei muss aufpassen, dass sie nicht wie eine Klette an dem Bismarck'schen Sozialversicherungssystem hängt, was, wie ihr alle wisst, einmal dafür eingesetzt worden ist, die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen“, wie es Kaiser Wilhelm ausgedrückt hat.

Wir müssen schauen, dass wir auch an dieser Stelle auf der Höhe der Zeit bleiben. Ihr wisst, in vielen Parteien wird dieses Thema diskutiert. Ich plädiere dafür, dass wir es auch tun.

Es gibt im Wesentlichen vier Gründe dafür:

Erstens: Ein Grundeinkommen wird Menschen Ängste nehmen und kann dazu beitragen, mehr Sicherheit zu geben.

Zweitens stärkt ein Grundeinkommen die Arbeitnehmer. Deren Verhandlungsmacht wird gestärkt, wenn man auf einer soliden Grundlage aufbauen kann und Arbeitgebern sagen kann: Nein, zu diesen Bedingungen will ich nicht arbeiten.

Das dritte Argument: Wir müssen zwischen Erwerbsarbeit und Arbeit, die in unserer Gesellschaft notwendig ist, unterscheiden. Das heißt, soziales Engagement im Pflege- und Gesundheitsbereich, Kindererziehung bekommen einen anderen Stellenwert. Auch dafür lohnt es sich zu streiten.

Das vierte Argument: Es wäre auch ein gewaltiger Beitrag zum Bürokratieabbau, wenn man dieses Modell umsetzen würde. Es gibt derzeit in Deutschland 155 Sozialleistungen, die von 37 verschiedenen Behörden abgewickelt werden. Das ist optimierungsfähig.

Deshalb mein Appell an euch: Lasst uns das Thema nicht beerdigen, sondern dafür sorgen, dass wir uns in der Sozialdemokratie, auch im Parteivorstand, damit beschäftigen. Lasst uns Mut zeigen. Unser Unterbezirk – ich komme aus dem Rhein-Erft-Kreis – hat das gemacht; ich weiß, andere haben das auch schon getan. Ich hoffe, dass das in der Partei ein bisschen mehr Fuß fasst.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Was ist dein Votum? Überweisung?

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Lieber Guido, ich kann diesen Überweisungsvorschlag leider nicht annehmen.

Arbeit gehört zu einem menschenwürdigen Leben. Ich sage euch: Die Menschen wollen arbeiten. Aber nicht jede Arbeit ist menschenwürdig, die wir jetzt haben. Deswegen legen wir doch jetzt einen Antrag vor, wie wir gute Arbeit für alle realisieren. Wir können doch nicht parallel einen Vorschlag behandeln wollen, der dem Grundgedanken unseres Leitantrags diametral widerspricht.

Dein Anliegen, dass wir ehrenamtliche Arbeit aufwerten, liebe Genossinnen und Genossen, dem ist doch voll entsprochen. Das werden wir morgen auch im Grundsatzzprogramm noch einmal deutlich machen. Deinem Anliegen, den Menschen Ängste zu nehmen, werden wir auch entsprechen, wenn wir ihnen einen gleichen Lohn für gleiche Arbeit geben, wenn es Mindestlöhne gibt. Wenn wir die Mitbestimmungsrechte in diesem Land stärken, dann haben wir das doch durchgesetzt. Deswegen lautet für mich die Frage, die hier aufgeworfen wird: Was für ein Verständnis von Arbeit haben wir denn? Wir müssen doch betonen, dass die Menschen, die einfache Arbeit machen, die den Müll wegräumen und die Leute pflegen, auch wenn das schwierig ist, von diesem Parteitag das klare Signal bekommen: Eure Arbeit erkennen wir voll an, und dafür kriegt ihr guten Lohn. – Das ist die Botschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beifall)

Lasst uns deswegen dieses ganze Thema des bedingungslosen Grundeinkommens einmal im Zusammenhang mit einer Debatte über die Frage der Grundwerte der Sozialdemokratie führen. Das ist aber heute nicht Gegenstand. Deswegen plädiere ich für Ablehnung.

(vereinzelt Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön.

Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer möchte dem Votum der Antragskommission folgen und lehnt den Antrag ab? – Gegenstimmen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, muss ich einen kleinen Einschnitt machen. Wir haben zwar nicht mehr ganz so viele Anträge, aber möglicherweise noch einzelne Meldungen dazu. Wir haben einen großen Freund der deutschen Sozialdemokratie unter uns, der gerne zu uns reden möchte und der davon ausgegangen ist, dass wir gegen 17.00 Uhr oder sogar schon etwas früher das Thema Außenpolitik eröffnen können. Aber ich denke, wir sind flexibel genug, um uns diese kleine Eröffnung jetzt anzuhören und sie uns kurz zu merken, bis wir die Anträge im Arbeitskapitel verabschieden.

Ich freue mich ganz besonders, dass ich jetzt den Außenminister von Luxemburg begrüßen kann, den dortigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, unseren Freund Jean Asselborn.

(Beifall)

Herzlich willkommen bei uns. Du hast das Wort.

## Grußwort des Außenministers von Luxemburg, Jean Asselborn

**Jean Asselborn, Außenminister Luxemburgs:** Liebe Ute, ich will mich entschuldigen, dass ich den Ablauf des Kongresses ein wenig perturbiere, wie man auf Französisch sagt. Aber ich will sagen, dass ich außerordentlich stolz bin, als allererster Luxemburger auf einem SPD-Parteitag direkt das Wort an Sie richten zu können.

(Beifall)

Diese Ehre habe ich Frank Steinmeier zu verdanken, unserer Freundschaft und bestimmt auch unseren gemeinsame Ansichten in der europäischen Außenpolitik, vor allem aber unserer gegenseitigen sozialdemokratischen und menschlichen Verbundenheit. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland haben wir zum ersten Mal die Situation, dass es in Luxemburg und Deutschland zwei sozialdemokratische Außenminister gibt, die im EU-Ministerrat zusammenarbeiten können. Wir tun dies mit Engagement für die europäische Integration.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seid die Träger eines sehr großen Erbes. Von Deutschland, von der SPD, ging die Idee des demokratischen Sozialismus aus. Diese Idee und ihr Werdegang haben vielen Menschen Glück gebracht, Chancen eröffnet, die ihnen nicht in die Wiege gelegt worden sind.

Nun, liebe Genossinnen und Genossen, ich habe gestern Abend im Fernsehen der Vorsitzenden der CDU zugehört, als sie sagte – ich umschreibe –: „Wir, die CDU, brauchen im Gegensatz zur SPD keinen Sozialismus. Davon hatten wir genug in der DDR.“ Nun, persönlich bin ich ein recht zerstreuter Mensch und halte mich selbst auch nicht für sehr intelligent. Im Grunde hat mich diese Durchsage beruhigt, denn sogar intelligente Leute sind nicht gegen Momente gefeit, wo Zerstreuung Oberhand gewinnt.

(Beifall)

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, man ist zerstreut, wenn man den demokratischen Sozialismus, wofür die SPD seit 144 Jahren steht, und den totalitären Sozialismus, für den der Sowjetkommunismus steht oder wofür die SED stand, bewusst miteinander in Verbindung bringt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann mir sehr schlecht vorstellen, dass die CDU-Vorsitzende sogar unbewusst das Lebenswerk von Willy Brandt, von Egon Bahr, aber auch von Kreisky und von Palme nicht verstanden haben sollte.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, SPD-Geschichte zu deklinieren, traue ich mir selbstverständlich nicht zu. Sagen will ich nur in aller Klarheit, dass seit dem Herbst 1998, seit der Regierung Schröder also, der Karren Deutschland nicht mehr einfach dahintuckert. Die SPD hat in sich investiert, hat repariert und sich neu orientiert. Dafür hat sie schwitzen müssen, Prügel eingesteckt und sogar gegen Selbstzweifel ankämpfen müssen. Heute geht es Deutschland besser, ja, es geht Europa besser, weil es Deutschland besser geht.

(Beifall)

Ihr habt, liebe Genossinnen und Genossen, keine Gebrauchsanweisung, kein Rezept gehabt. Einzig und allein dem festen Willen einer couragierten und verantwortlichen Linken ist es zu verdanken, dass der Absturz in die wirtschaftliche Agonie, ja, in den unsozialen Staat, also in den nicht handlungsfähigen Staat, abgewandt werden konnte. Die SPD ist ganz klar eine, wenn nicht die Referenzpartei in der europäischen Sozialdemokratie. In diesem Kontext wundere ich mich – wie auch viele Sozialdemokraten, und nicht nur Sozialdemokraten, im Ausland –, warum ihr euch als SPD so schwer tut, stolz auf das Geleistete zu sein, besonders heute, wo doch in Deutschland 1 Million mehr Menschen Arbeit haben als noch vor ein paar Jahren.

(Beifall)

Liebe Freunde, ihr solltet intelligent stolz sein – nicht hochtrabend stolz sein, denn nichts ist definitiv und perfekt –, nach einem solchen politisch profunden Reformkurs. Punktuelle Korrekturen sind meines Erachtens keine Umkehr vom Prinzipiellen, und ihrer Weisheit steuert die SPD auf dem richtigen Kurs. Als ich als kleiner Luxemburger Kurt Beck mit Franz zusammen habe stehen sehen, hat mich das wirklich sehr beruhigt. Europa braucht Deutschland.

(Beifall)

Europa, Genossinnen und Genossen, braucht Deutschland, und es braucht eine starke SPD. Die EU hat sich in Lissabon letzte Woche aus der eigenen inneren Verkrampfung herausgekämpft. Erleichterung herrscht vor allem, weil wir uns jetzt nicht mehr mit uns selbst beschäftigen müssen. Den Verfassungsvertrag hätten wir lieber gehabt, aber auch dieser Vertrag bringt die Europäische Union ein Stück weiter. Das europäische Friedensprojekt enthält viel wirksamere Strukturen, um effizientere Politiken aufzubauen, ja, um Instrumente zur Verfügung zu haben, die uns auf dem Planeten als aktivem Mitspieler auch ein aktives Mitspracherecht geben

Inneuropäisch verdienen zwei Themen für die demokratische Linke – speziell auch im Kontext mit den Wahlen von 2009 – unsere Aufmerksamkeit: Soziales und Sicherheit. Es wäre abwegig, jetzt in die Substanz einzutauchen. Laut sagen möchte ich, dass die Sicherheit der Bürger nicht durch aufdringliche staatliche Omnipotenz und



uneingeschränkte Allmacht der Sicherheitsorgane die Grundfreiheiten betäuben darf, weder in Deutschland noch in Europa.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, sagen möchte ich auch laut, dass Sozialpolitik in der Europäischen Union kein Hire-and-Fire-Syndrom verträgt und dass die Versicherungssysteme für Renten- und Krankenwesen nicht vom Solidaritätsgedanken abgekoppelt werden dürfen.

(Beifall)

Die Europäische Union braucht zur Verteidigung dieser elementaren Grundprinzipien eine geballte politische Kraft namens Sozialdemokratie, also die treibende Kraft der SPD, die sich mit einem Mindestlohnsystem durchsetzt. Für die mittelost- und osteuropäischen Staaten wäre dies meines Erachtens ein entscheidender Impuls, damit die soziale Dimension in der Europäischen Union auch in den neuen Ländern neu orientiert werden könnte.

Martin Schulz, der dynamische und engagierte Fraktionschef im Europaparlament, braucht 2009 eine starke Gewichtung von Sozialisten,

(Beifall)

genauso wie wir im Rat und in der Kommission Sozialdemokraten brauchen, die als Menschen fühlen und imstande sind, eine Politik zu verfolgen, die es schafft, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen – das war der Anfang der Rede von Franz Müntefering; Art. 1 eurer Verfassung – in den Mittelpunkt zu stellen. Die horizontale Sozialklausel im EU-Vertrag verlangt, dass in allen Feldern der europäischen Politik die Auswirkungen auf die Arbeit prioritär in den Vordergrund gestellt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, die europäische Sozialdemokratie darf nicht wieder den Fehler machen, den sie vor zehn Jahren machte, als sie zu abrupt die Liberalisierung sehr oft auf Kosten des Sozialen ganz oben auf die Agenda gesetzt hat.

(Beifall)

Dass die deutsche Ratspräsidentschaft entscheidenden Anteil am Zustandekommen des Lissabonner Vertrages in diesem Jahr hatte, ist wohl bekannt. Lob an Frank Steinmeiers herausragender Arbeit soll ihm gewiss sein.

(Beifall)

Hervorheben möchte ich im Allgemeinen die Herangehensweise des deutschen SPD-Außenministers an komplexe Themen, die sich in der europäischen Außenpolitik stellen. Hier ist nie Schwarz-Weiß-Malerei Trumpf. Weder Abschottung noch

Entweder-oder-Thesen oder gar Drohungen stehen auf der Tagesordnung. Außenpolitik, die mit Krieg droht, hat schon versagt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Kriege gibt es genug auf der Welt. Keiner hat sich je gelohnt. Deutschland, die deutsche Regierung, das Deutsche Auswärtige Amt, ist ein Stabilitätsfaktor in der Europäischen Union wie auch in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zu Russland.

Man sollte die berühmte Frage der Äquidistanz der Europäischen Union zu den Vereinigten Staaten und zu Russland wohl eher als Dissertationsthema denn als realpolitischen Auftrag verstehen. De facto braucht die Europäische Union eine Äquinähe zu beiden Mächten – im Westen wie im Osten. Die Vereinigten Staaten sind unser großer historischer Verbündeter, dem wir Freiheit und Frieden seit mehr als sechs Jahrzehnten mitverdanken. Zusammen mit Russland wollen wir, die Europäische Union, die Freiheit, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit auf einem Kontinent, den wir uns geographisch zu teilen haben, garantieren und ausbauen. Kosovo, Raketenschild, Transnistrien, Georgien, Afghanistan, Iran, Irak, Naher und Mittlerer Osten, Afrika, Nordkorea, Darfur usw. – kein einziger dieser Konfliktherde ist dauerhaft ohne eine engagierte Zusammenarbeit in der EU, aber auch der EU mit den USA und mit Russland, lösbar. China muss man in den meisten Fällen miteinbeziehen.

Diese unwiderlegbare These hat sich die deutsche Außenpolitik unter Frank-Walter Steinmeier zu eigen gemacht. In der Europäischen Union selbst, im Dialog mit den Vereinigten Staaten und Russland, ist der entscheidende Punkt, die globale Vernetzung der Herausforderungen und der Interessen wahrzunehmen. Nervosität und Aktionismus oder auch Voreingenommenheit sind unbrauchbare Attribute in der Außenpolitik. Keiner will wieder Krieg auf dem Balkan, keiner will die Rüstungsspirale in die falsche Richtung drehen, keiner will eine Atombombe im Iran, keiner will, dass der Irak ausblutet, keiner will wieder Bomben auf Libanon, keiner will, dass Afrika am Aids-Virus unheilbar krank wird, keiner will, dass Afghanistan von den Taliban tyrannisiert wird, jedenfalls keiner, der Außenpolitik ernst nimmt.

Sinn der Außenpolitik ist es, Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte zu gewährleisten. Auf die Werte der europäischen Außenpolitik setzen viele Völker auf allen Kontinenten. Diese Werte beruhen auf den menschlichen Komponenten wie Recht auf Selbstbestimmung, Respekt der Würde des Einzelnen, Chancengleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Alle diese Werte vertragen selbstverständlich keine religiöse Intoleranz, kein Schüren von Hass und Terror, keinen Unilateralismus, kein Guantanamo, kein Untergraben der Meinungs- und Pressefreiheit, keine regierungshörige hinkende Justiz.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen eine starke Sozialdemokratie in der Europäischen Union, also eine starke und selbstbewusste SPD in Deutschland, um in kapitalen Grundfragen nie vom Kurs zu kommen.

Wir zählen auf euch, liebe Genossinnen und Genossen. Kurt, liebe Genossinnen und Genossen, Glück auf! – Danke.

(anhaltender Beifall)

## Fortsetzung der Antragsberatung zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Lieber Jean, der Applaus begleitet dich bis nach Luxemburg. Ganz herzlichen Dank. Komm bald wieder, und bleib beim nächsten Mal etwas länger bei uns.

Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Bevor wir an diese Rede anschließen können, gibt es jetzt noch ein bisschen Arbeit bei den Abstimmungen. Ich denke aber, dass wir das jetzt zügig gemeinsam durchgehen können. Nehmt euch bitte noch einmal die Anträge vor. Wir sind auf Seite 75 des Antragsbuches.

AR 28 „Weiterbildung“. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

AR 29. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das überwiesen.

AR 30 „Jugendarbeitsschutzgesetz“. Hier ist die Annahme empfohlen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen.

AR 34. Überweisung an die Bundestagsfraktion ist vorgeschlagen. Ich darf fragen, wer gegen diese Überweisung stimmen möchte. – Keiner. Will sich jemand enthalten? – Dann haben wir diesen Antrag überwiesen.

AR 35. Der erste Punkt soll abgelehnt werden. Ich darf fragen, wer dieser Ablehnung folgt. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist Punkt 1 des AR 35 abgelehnt.

Punkte 2 und 3 sind durch Gesetz erledigt. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Herzlichen Dank, das ist so.

AR 39. Überweisung an die Bundestagsfraktion ist vorgeschlagen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist AR 39 überwiesen.

AR 40. Annahme ist vorgeschlagen. Wer diesen Antrag, bei dem es um Ein-Euro-Jobs geht, annehmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Er ist also angenommen.

AR 41. Überweisung an die Bundestagsfraktion ist vorgeschlagen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist der AR 41 überwiesen.

AR 42. Es wird ebenfalls Überweisung vorgeschlagen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann haben wir auch diesen Antrag überwiesen.

AR 43 soll durch die Praxis erledigt sein. Gibt es jemanden, der daran zweifeln möchte? – Das ist nicht der Fall. – Enthaltungen? – Nein. Der Antrag ist also durch die Praxis erledigt.

AR 51 „Faire Praktika“. Annahme ist empfohlen. Wer dem AR 51 zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist er angenommen.

**Andrea Nahles, Parteivorstand:** Entschuldigung, Ute. Durch die Annahme von AR 51 ist AR 50 erledigt.

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** AR 50 ist erledigt. – Seid ihr damit einverstanden? Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist AR 50 erledigt.

Initiativantrag 19: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine.

Initiativantrag 24: Ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion. Gibt es Widerspruch? – Waren das Gegenstimmen? Nein. – Enthaltungen? – Nicht der Fall. Dann ist überwiesen.

AR 52: Erledigt durch Praxis. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist das Votum bestätigt.

AR 53: Ebenfalls erledigt durch Praxis. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ebenfalls bestätigt.

AR 54: Erledigt durch Praxis. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

AR 55: Da gibt es den Hinweis, dass er im Block F behandelt wird. Das heißt, er wird geschoben.

AR 56: Überweisung an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides nicht der Fall. Dann ist er überwiesen.

AR 57: Ebenso Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Das nicht der Fall. – Enthaltungen? – Auch nicht.

AR 58: Überweisung an Parteivorstand und Bundestagsfraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. – Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist auch dieser Antrag überwiesen.

AR 59: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. – Enthaltungen? – Auch nicht.

AR 60: Ebenfalls Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Antrag überwiesen.

Jetzt haben wir den Initiativantrag 25. Dazu habe ich eine Wortmeldung des Genossen Apostolos Tsalastras.

**Apostolos Tsalastras, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Initiativantrag, der euch vorliegt, versucht, das, was wir in dem Antrag „Gute Arbeit“ – der im Übrigen ein hervorragender Antrag ist und eine hervorragende Grundlage für die Arbeitsmarktpolitik bildet – etwas zaghaft angehen, mit ein bisschen mehr Schwung zu versehen.

Wir gehen in dem Antrag „Gute Arbeit“ einen sehr zaghaften Schritt in Richtung des sozialen Arbeitsmarktes. Ich glaube aber, dass wir da ein bisschen größere Schritte gehen müssen, weil das etwas ist, was uns zugute kommen würde, wenn wir hier kräftiger marschieren würden.

Wie ist denn die Realität in der Arbeitsmarktpolitik? Wir haben Hunderttausenden von Langzeitarbeitslosen, die wir durch verschiedenste Maßnahmen qualifizieren und wieder in den Arbeitsmarkt bringen wollen. Wir haben Bewerbungstraining, Computerkurse, Sprachkurse und unterschiedlichste andere Fortbildungsmaßnahmen. Wir haben Arbeitsgelegenheiten geschaffen mit Mehraufwandsvariante, mit Entgeltvariante. Wir versuchen, die Leute wieder an Arbeit zu gewöhnen und sie zu qualifizieren. All das tun wir.

Doch was passiert, wenn es am Ende eines solchen Förderweges keine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt? Wenn am Ende eines solchen Weges nicht die Vermittlung funktioniert, weil der Arbeitsmarkt es nicht zulässt, weil eine solche Stelle nicht vorhanden ist? Dann, liebe Genossinnen und Genossen, kann die Antwort nur heißen: noch ein Computerkurs, noch ein Sprachkurs oder noch ein 1-Euro-Job. Ich glaube aber, das geht nicht mehr. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo der soziale Arbeitsmarkt Realität werden muss, wo wir auch denjenigen eine Chance geben müssen für einen vernünftigen Arbeitsplatz, tariflich bezahlt, die diese Fördermaßnahmen durchgemacht haben und dann doch keine Arbeit auf dem Arbeitsmarkt gefunden haben.

Arbeit ist genug da. Der Franz hat das gesagt. Wir wissen das in den Kommunen nur zu gut. Wir haben eine Menge Dinge zu tun, die wir nicht finanzieren können. Wir brauchen Menschen, die sie umsetzen. Darum möchte ich euch bitten: Lasst uns jetzt den Schritt ein bisschen größer machen und in den sozialen Arbeitsmarkt einsteigen! Lasst uns den Antrag nicht überweisen, sondern stimmt ihm hier zu! – Vielen Dank.

(vereinzelte Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. Jetzt hat Andrea Nahles für die Antragskommission das Wort.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Apostolos, dein Anliegen in Ehren, aber ich muss dir ganz ehrlich sagen: wir haben das, was du hier einforderst, bereits wirklich in Arbeit und umgesetzt.

(Beifall)

Ab 1. 10. 2007 haben wir für hunderttausend Menschen eine Jobperspektive geschaffen, die genau diesem Profil entsprechen. Franz Müntefering hat das eben gesagt und erwähnt, dass Klaus Brandner und die SPD-Bundestagsfraktion diesen Vorschlag hier eingebracht haben. Für besonders und mehrfach schwer vermittelbare Ältere schaffen wir einen sozialen Arbeitsmarkt. Das bleibt nicht das einzige Programm, sondern wir sind hier dabei, ein Projekt Kommunalarbeit umzusetzen.

In diesem positiv gemeinten Sinne ist Überweisung an die Bundestagsfraktion nicht die Beerdigung erster Klasse, sondern wir sind tatsächlich schon ein Stück weiter, als du das hier dargestellt hast. Deswegen bitte ich, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Danke schön. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Somit ist dieser Antrag an die Bundestagsfraktion und an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales überwiesen.

Genossinnen und Genossen, ich rufe als vorletzten Antrag in dieser Reihe den Initiativantrag 32 auf. Es handelt sich um den Initiativantrag zum VW-Gesetz. Die Antragskommission empfiehlt dazu Annahme. Wolfgang Jüttner hat dazu vorhin geredet. Wer diesem Antrag in der vorliegenden Fassung zustimmen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Enthaltungen ist dieser Initiativantrag so angenommen. Glückauf für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Wir kommen nun zum Initiativantrag 37. Da empfiehlt die Antragskommission: erledigt durch Annahme von Initiativantrag 2. Der wurde gestern beschlossen. Wer diesem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Herzlichen Dank. Damit ist dieser Antrag für erledigt erklärt.

Wir haben die Beratungen zum Kapitel Arbeit und Wirtschaft beendet und den Leit-antrag „Gute Arbeit“ auf einen guten Weg gebracht. Ich danke euch herzlich für die konzentrierte und intensive Beratung. Ich darf an Christoph Matschie weitergeben für das Thema „Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.“

## Einführung in das Thema Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Damit sind wir beim Thema „Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“. Zur Aufmunterung sehen wir zunächst einmal einen kleinen Film.

(Film)

Liebe Genossinnen und Genossen, nach den schönen Bildern jetzt die nicht so schöne Nachricht, dass wir genau 3 Stunden im Zeitverzug sind. Damit der Parteiabend nicht zu lange warten muss, bitte ich um eine konzentrierte und zügige Beratung. Als Erster bekommt jetzt Martin Schulz für die Antragskommission das Wort. Dann folgt Frank-Walter Steinmeier zur Einführung ins Thema.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Untrennbar mit dem Namen unserer Partei und mit der sozialdemokratischen Geschichte in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, untrennbar mit dem Namen von Willy Brandt ist die Entspannungspolitik verbunden. Die Entspannungspolitik ist eine identitätsstiftende Größe auf dem Weg, den unsere Partei in letzten 40 Jahren zurückgelegt hat.

Diese Entspannungspolitik, liebe Genossinnen und Genossen, ist untrennbar auch mit dem Namen eines Genossen verbunden, der den ganzen Parteitag über hier in der ersten Reihe sitzt und der auch in Person ein Symbol für die Entspannungspolitik unserer Partei ist, nämlich Egon Bahr, dessen Ausdauer, nebenbei bemerkt, bewundernswert ist.

(Beifall)

Es war Egon Bahr, es war Willy Brandt, die in kleinen Schritten vorangegangen sind; die in Berlin begonnen haben, das zu entwickeln, was wir Entspannungspolitik nannten, wofür Willy Brandt zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden ist. Es war diese Entspannungspolitik, die die Ostpolitik einleitete, die Ostverträge ermöglichte – übrigens die Ostverträge, die mit dazu beitrugen, den europäischen Kontinent wieder vereinigen zu können als die Mauer gefallen war. Dass sie fiel, dass Wandel durch Annäherung einen Transformationsprozess möglich machte, ist von Konservativen in diesem Land bis aufs Messer bekämpft worden. Deshalb nimmt auch dieser Antrag in seinem ersten Teil Bezug auf diese Entspannungspolitik, weil sie ein Element unserer Politik ist, auf das wir bis heute stolz sind, gerade weil wir den richtigen Weg gegen viele Widerstände des konservativen Lagers schon vor über 30 Jahren gegangen sind.



Liebe Genossinnen und Genossen, diese Entspannungspolitik ist auch der Geist, den der Antrag A 1 atmet; denn ihre Neudefinition unter den Bedingungen des frühen 21. Jahrhunderts ist die Aufgabe, der wir uns in der Außen- und Sicherheitspolitik der deutschen Sozialdemokratie stellen müssen.

Die Entspannungspolitik ist mehr denn je erforderlich – mehr denn je deshalb, weil nach den Greueln der Mörder auf dem Balkan, weil nach dem 11. September Leute uns erzählen, das Ende der Entspannungspolitik sei gekommen, es sei nicht mehr möglich, durch Multilateralismus, durch das Einbeziehen aller Beteiligten zur Lösung von Konflikten zu kommen. Die Zeit derjenigen, die uns erzählen, man müsse interventionistisch vorgehen, die propagieren, dass ein unilateraler aggressiver Interventionismus unter Umgehung der Vereinten Nationen durch das Aufkündigen von Abrüstungsverträgen oder durch neue Aufrüstungsschritte das Gebot der Stunde sei, ist vorbei. Mehr denn je, Genossinnen und Genossen, ist deshalb die Botschaft: zuerst diplomatische Lösungen, zuerst der Dialog, zuerst ist Multilateralismus nötig. Denn wohin uns der aggressive Unilateralismus geführt hat, können wir jeden Tag beobachten. Die unilaterale Entscheidung für den Irakkrieg war falsch. Der Irakkrieg ist ein Desaster. Er ist ein tägliches Desaster. Ich glaube, es ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte unserer Partei – nein, ich glaube, ein Ruhmesblatt in der Geschichte unseres Landes, dass wir uns verweigert haben, an dieser falschen Politik teilzunehmen.

(Beifall)

Vor diesem Hintergrund, liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir eine vorausschauende Friedenspolitik definieren, die sich der Armutsbekämpfung stellt, die sich den Herausforderungen des Klimawandels stellt, die sich der Organisation von Energiesicherheit stellt, die die konventionelle Rüstung begrenzen will – ein Thema, über das wir viel zu wenig diskutieren – und die die Verbreitung von Atomwaffen, die nukleare Proliferationsgefahr, ernst nimmt. Es waren die deutschen Sozialdemokraten, die im vergangenen Jahr unter Initiative von Kurt Beck in einer Konferenz mit Mohammed el-Baredei die Frage diskutiert haben, ob, wie und in welcher Form es uns möglich ist, den Atomwaffensperrvertrag zu erneuern.

Genossinnen und Genossen, all das, was ich gerade als Herausforderungen beschrieben habe – von der Armutsbekämpfung über die nukleare Rüstung, von der konventionellen Rüstung bis zur Energiepolitik, vom Klimawandel, der ganze Regionen in der Welt, der ganze Bevölkerungen bedroht –, über alle diese Punkte wird immer klarer, was Willy Brandt die „Weltinnenpolitik“ genannt hat. Die, Genossinnen und Genossen, ist heute mehr denn je erforderlich: Kein Land allein auf dieser Welt kann diese Probleme meistern. Im Rahmen der Europäischen Einigung, im Rahmen dessen, was wir Friedensmacht Europa nennen, wollen wir als Deutsche in Europa und aus Europa mit anderen Regionen in der Welt das organisieren, was wir in diesem Antrag einen effektiven Multilateralismus nennen.

Wir wollen zuerst die Stärkung der Vereinten Nationen. Wir wollen die Reform der UNO. Wir wollen, dass bei dieser Reform der UNO nicht nur die traditionellen Vetomächte mitreden, sondern insbesondere Staaten wie China, wie Indien, wie Brasilien, wie Südafrika, die Staaten, die wir brauchen – ob sie Demokratien sind, ob sie Diktaturen sind. Wir wollen die Diktaturen überwinden, aber wir brauchen die Kooperation zwischen allen in den Vereinten Nationen, und was wir brauchen, ist insbesondere das Einbeziehen von anderen Regionen in der Welt als denen, die im Jahre 1947 bei der Gründung der Vereinten Nationen starke Mächte und starke Regionen waren. Die Welt hat sich verändert, und die Vereinten Nationen müssen auf die Veränderung dieser Welt konstruktiv reagieren.

Genossinnen und Genossen, wir müssen die Globalisierung gerecht gestalten. Deshalb nimmt dieser Antrag A 1 Bezug auf die Friedenspolitik, die wir unter sozialdemokratischen Bundeskanzlern definiert und entwickelt haben mit Heidemarie Wiecezorek-Zeul als Entwicklungs- und Zusammenarbeitsministerin unseres Landes, die den zivilen Aufbau in der Welt zu einem wesentlichen Exportgut deutscher, sozialdemokratischer deutscher Politik gemacht hat, und mit einem Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der wie kein anderer für diese aktive Friedenspolitik steht. Genossinnen und Genossen, im Geiste der konkreten Politik, die wir in der Bundesregierung auch jetzt machen, haben wir diesen Antrag formuliert. Er soll neue Impulse für die Entspannungspolitik beschreiben. Wir wollen mit diesem Antrag, mit der Debatte hier auf diesem Parteitag dazu beitragen, dass die Entspannungspolitik neue Impulse bekommt; denn es waren immer sozialdemokratische Parteitage, die dafür gesorgt haben, dass die Entspannungspolitik vorangetrieben wurde.

In diesem Sinne lasst uns diesen Antrag annehmen, ihn verabschieden und damit ein Zeichen setzen: Die deutsche Sozialdemokratie kämpft auch in der Zukunft konsequent dafür, dass sie als das erkannt wird, was Jean Asselborn eben formuliert hat: die Partei, die den Karren in Europa in die Richtung zieht, in die er gezogen werden muss, in die Richtung einer konsequenten und alternativlosen Friedenspolitik. - Vielen Dank.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Martin Schulz. – Bevor jetzt Frank-Walter Steinmeier das Wort bekommt, möchte ich Pia Locatelli ganz herzlich in unserer Runde begrüßen, die Präsidentin der Sozialistischen Frauen-Internationale. Herzlich willkommen in unserer Runde!

(Beifall)

Jetzt hat Frank-Walter Steinmeier das Wort, unser Außenminister und seit gut 24 Stunden auch stellvertretender Parteivorsitzender. Frank-Walter!

(Beifall)

**Frank-Walter Steinmeier, stellvertretender Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst ganz herzlichen Dank, Martin, für die Einführung in diesen Antrag. Ich denke, ich darf in euer aller Einverständnis noch einmal meinem und unserem treuesten und tapfersten Mitkämpfer auf dem Brüsseler Parkett, Jean Asselborn, ganz herzlich danken. Ich denke, er hat uns neben seinen ermutigenden Worten auch eines mitgegeben: Er hat uns mitgegeben, dass wir nicht allein und selbstgenügsam diskutieren dürfen, sondern dass die anderen Europäer auf uns schauen und Erwartungen an uns haben. Die werden wir heute nicht enttäuschen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich beim Danken bin, dann aber in allererster Linie euch allen, die ihr mir gestern ein so hohes Maß an Vertrauen ausgesprochen habt. Ich bin seit 30 Jahren Sozialdemokrat und jetzt stellvertretender Vorsitzender einer Partei, die wie keine andere für Freiheit, für Demokratie und für soziale Gerechtigkeit steht. Das ist ein großes Amt, das ihr mir da anvertraut habt. In unserer Partei mit fast 145 Jahren Geschichte sind das große Stiefel, in die man da hineinsteigt. Ich will jedenfalls – und das ist mein Versprechen – mit aller Kraft und vor allen Dingen mit eurer Unterstützung dafür arbeiten, dass wir bei der 150-Jahr-Feier der SPD sagen können: Unsere Partei ist die älteste, aber immer noch die frischeste und lebendigste von allen.

Keine Spur von Austrocknung, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wo stände dieses unser Land in Europa und in der Welt ohne die Handschrift sozialdemokratischer Außenpolitiker und der Frauen und Männer, die sie in letzten Jahrzehnten verantwortet haben. Diese Geschichte macht mich und sie sollte uns stolz machen, Genossinnen und Genossen. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder haben als deutsche Bundeskanzler für das Ansehen Deutschlands in der Welt Wegweisendes bewirkt. Hans-Jürgen Wischnewski, Erhard Eppler, Marie Schlei, um nur einige andere zu nennen, haben in ihren jeweiligen Verantwortungen weitsichtige Friedenspolitik mitgeprägt.

Willy Brandt, Genossinnen und Genossen – Martin Schulz hat eben darauf hingewiesen –, ist 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Das war der hochverdiente Lohn für seine visionäre Entspannungspolitik, die er zusammen mit Dir, lieber Egon – mit Egon Bahr –, konzipiert und durchgesetzt hat.

(Beifall)

Lieber Egon, das war eine Politik, die den Frieden in Europa sicherer gemacht hat, aber nicht nur das, die auch Demokratiebewegungen in Osteuropa eine Perspektive

gegeben hat und die letztlich auch die Voraussetzungen für die deutsche Einheit geschaffen hat.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokraten mussten mutige Außenpolitik in diesem Land immer wieder auch gegen Konservative durchsetzen. Willy Brandt wurde für seine Ostpolitik als Volksverräter beschimpft, und als Gerhard Schröder sich mit seinem klaren Nein gegen militärische Abenteuer im Irak stemmte, war es wieder die Union, die gegen ihn und die gegen unsere Partei gehetzt hat. Ich habe nicht vergessen, Genossinnen und Genossen, dass die damalige CDU-Vorsitzende in der Washington Post geschrieben hat: Dieser Bundeskanzler spricht nicht für alle Deutschen. – Liebe Genossinnen und Genossen, das war ein Irrtum. Deshalb sage ich: Wir müssen nicht kleinmütig sein, sondern im Gegenteil – wir können stolz auf diese unsere Politik sein, unter Willy Brandt, unter Helmut Schmidt, unter Gerhard Schröder und heute.

(Beifall)

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, auf einem SPD-Parteitag kann man auch einmal offen darüber reden, was unsere Außenpolitik vielleicht von der anderer Parteien unterscheidet. Diese andere Außenpolitik, diese sozialdemokratische Außenpolitik zeigt sich auch in den Anträgen, die euch vorliegen. Wir Sozialdemokraten denken nämlich nicht an die schnelle Schlagzeile, sondern sind einer langfristigen, einer nachhaltigen Außenpolitik verpflichtet, einer Außenpolitik, die wir unter dem Begriff „neue Entspannungspolitik“ gestellt haben. Wir stehen zu unserer internationalen Verantwortung. Wir schlagen uns nicht in die Büsche, wie die PDS, und wir zeigen zugleich, dass Verantwortung für uns immer auch Verantwortung für den Frieden in und außerhalb von Europa ist.

(Beifall)

Als Friedenspartei, Genossinnen und Genossen, setzen wir auf die Prinzipien von Dialog, Kooperation und Ausgleich auch da, wo andere schon mit dem Säbel rasseln. Wir setzen auf das weitsichtige Verhindern von Konflikten, auf Entwicklungs- und Umweltzusammenarbeit. Bei Konfliktlösungen geht es uns immer um das politische Gesamtkonzept. Militärische Lösungen können niemals nachhaltige Sicherheit schaffen. Das ist und das bleibt uns sozialdemokratisches Credo.

(Beifall)

Das, Genossinnen und Genossen, ist ja letztlich auch der Grund dafür, weshalb wir nie nur die Bundeswehr ins Ausland schicken. Wo ein solcher Einsatz notwendig ist, wo er unvermeidbar ist, da schicken wir gleichzeitig Entwicklungshelfer, Regierungsberater, Polizeiausbilder und Lehrer. Gerade auch deshalb haben wir Armutsbe-

kämpfung in der Bundesregierung zu einem zentralen Punkt unserer Außenpolitik gemacht. Die globale Armut ist eine Schande, die uns nicht ruhen lassen darf.

(Beifall)

Martin hat darauf hingewiesen: Wir stehen am Beginn dieses Jahrhunderts vor völlig neuen Fragen und vor völlig neuen Herausforderungen. Zum Glück, sage ich, sind wir dafür gut aufgestellt. Die Einigung Europas hat uns nämlich dauerhaften Frieden beschert. Andere Regionen in dieser Welt – das sage ich euch als Reisender – schauen auf Europa mit Respekt und überwiegend auch mit Bewunderung. Aber ob und wie wir es schaffen, unsere zentralen Werte Freiheit, Solidarität, soziale Gerechtigkeit in einer globalisierten Weltordnung zu verankern, ist alles andere als sicher, selbst wenn 500 Millionen Europäer demnächst noch mehr mit einer Stimme sprechen. Wir sind unter bald 9 Milliarden Menschen nur noch eine Stimme von vielen. Deshalb konkurrieren unsere Werte immer stärker auch mit unterschiedlichen Vorstellungen. Deshalb sage ich: keine Panik und insbesondere keine Abschottung. Aber wir müssen uns in der Welt besser verständlich machen. Deshalb kämpfe ich als Außenminister auch für die Stärkung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, für das Vermitteln unserer Werte auch in den übrigen Teilen der Welt.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, was sind diese Werte, für die wir stehen? Für welches Deutschland stehen Sozialdemokraten? Wir stehen für Demokratie, für Weltoffenheit und das friedliche Zusammenleben ganz unterschiedlicher Menschen und Kulturen. Jeder Mensch, ob arm oder reich, ob alt, krank oder jung oder erfolgreich, hat die gleiche Würde. Wir sind keine Partei, die von Leitkulturen schwadroniert. Wenn ich an die unerträgliche NPD-Demonstration gestern hier vor dem Kongresszentrum denke, dann wird klar: Demokratie, Toleranz und der Respekt voreinander sind leider keine Selbstverständlichkeit. Die Bereitschaft und Fähigkeit dazu müssen immer wieder neu erklärt, errungen und durchgesetzt werden.

(Beifall)

Im nächsten Jahr, liebe Genossinnen und Genossen, sind 90 Jahre seit dem ersten Demokratieversuch in Deutschland und 75 Jahre – auch im Jahre 2008 – seit dessen endgültigem Ende vergangen. Das gibt uns Gelegenheit, immer wieder daran zu erinnern, dass nichts selbstverständlich und nichts von Dauer sein muss, wenn wir nicht dafür eintreten.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wenn wir erfolgreich für unsere Werte und Vorstellungen in der Welt werben und kämpfen wollen, dann brauchen wir starke Partner, star-

ke Mitstreiter in Europa und selbstverständlich auch darüber hinaus. Wer Globalisierung als gestaltendes Primat der Politik wieder durchsetzen will, der braucht starke Verbündete. Das ist keine Suche, die immer ganz einfach ist. Aber ich weiß zumindest, Genossinnen und Genossen, wer es nicht ist: Hugo Chávez und Herr Ahmadi-nedschad sind es sicher nicht, wie unser ehemaliger Mitstreiter von der Linkspartei glaubt. Die sind es sicher nicht.

(Beifall)

Nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen die Frage nach Verbündeten ernsthaft stellen. Wer sind unsere Partner? Es sind natürlich zunächst einmal unsere europäischen Partner. Aber 200 Jahre nationale Geschichte in 27 Ländern, das prägt uns immer noch. Das erlebe ich jede Woche in Brüssel. Martin Schulz und seine Mitstreiter im Europaparlament könnten detaillierter erzählen, wie hartnäckig um Traditionen, Vorstellungen und unterschiedliche Sichtweisen immer noch gerungen wird.

Wir müssen deshalb auch weiterhin alles dafür tun, Europa noch näher zusammenzubringen. Der EU-Reformvertrag, den wir gerade in Lissabon miteinander beschlossen haben, zeigt, dass wir trotz mancher Mühen weiter vorankommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – von Jean Asselborn habt ihr es gerade gehört – haben auch auf europäischer Ebene eine Lotsenfunktion, insbesondere für die Länder Osteuropas.

(Beifall)

Mit Blick auf Letzteres sage ich Euch: Die Menschen in Polen, in Ungarn, in Litauen, in Estland blicken nach ihren 40 Jahren Kommunismus immer noch mit ganz anderen Erfahrungen und Perspektiven auf die Welt. Wir müssen daran arbeiten, dass wir durch gemeinsame Ziele auch an einer gemeinsamen Zukunft arbeiten. Das tun unsere Abgeordneten im Europäischen Parlament wie Martin Schulz, aber das tun auch andere: Susanne Kastner, Gernot Erler, Gert Weisskirchen, auch Matthias Platzeck, Harald Ringsdorff – das sind Leute, die sich mit bewundernswertem Einsatz darum kümmern. Ich wünsche mir, dass es künftig noch mehr Kollegen wie Harald und Matthias gibt, die bereit sind, nach Ungarn, Rumänien, auch nach Weißrussland und in andere Länder Osteuropas zu reisen, um sich dieser Aufgabe zu verschreiben.

(Beifall)

Leute, lasst uns die Chance ergreifen, die uns die Menschen in Polen mit den Ergebnissen der Parlamentswahl am vergangenen Wochenende eröffnet haben. Viele dort warten auf unsere ausgestreckte Hand.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe versucht, mit einigen wenigen Strichen unseren Weg zu skizzieren: für ein demokratisches, für ein freies und für ein soziales Europa mit weit reichenden Arbeitnehmerrechten, für einen Kontinent mit hohen Umweltstandards und gemeinsamen Maßstäben zum Beispiel bei den Unternehmen- und Einkommensteuern. So sieht unser Europa aus.

Europas Zusammenwachsen ist eine zentrale Aufgabe für unsere Generation, Genossinnen und Genossen. Deshalb rufe ich insbesondere den Jüngeren bei uns in der SPD zu: Kümmert euch darum, holt die jüngeren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus anderen Ländern nach Deutschland und fahrt zu ihnen. So wächst Europa zusammen, viel nachhaltiger, als durch Richtlinien, Verordnungen und Kommissionsbeschlüsse.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wer sind unsere Verbündete für unsere außenpolitischen Zielsetzungen, für unsere Vorstellungen über Europa hinaus? Das sind und bleiben die Vereinigten Staaten von Amerika, obwohl sich vieles verändert hat. Manche denken, nach dem Ende des Kalten Krieges brauchen wir Amerika nicht mehr. Das ist, liebe Genossinnen und Genossen, eine gefährliche Illusion.

Auf der anderen Seite genügt es auch nicht – ich weiß es sehr wohl –, nur gemeinsame Werte und gemeinsame Wurzeln zu beschwören. Wenn wir uns wichtig bleiben wollen, wenn wir verhindern wollen, dass wir uns gegeneinander gleichgültig werden, dann müssen wir das transatlantische Verhältnis grundlegend erneuern. Dafür arbeite ich. Wir müssen heraus aus Denkmustern, die von den Restbeständen des Kalten Krieges geprägt sind, uns den Aufgaben der Zukunft zuwenden und dafür gemeinsame Konzepte entwickeln.

(Beifall)

Darum war ich zum Beispiel – vielleicht war das nicht auf den ersten Blick erkennbar – im August als erster deutscher Außenminister seit 40 Jahren in Kalifornien. Der Gouverneur dort ist manchem im Saal aus anderen Gründen bekannt; ich weiß dies. Aber auch Schwarzenegger will wie wir Energie aus Sonne und Windkraft erzeugen, er will schadstoffarme Autos, er will Klimaschutz nach dem Kyoto-Protokoll. Ich habe deshalb in Kalifornien gesagt: Die Coalition of the Willing war vielleicht keine gute Idee. Aber lasst uns eine Coalition of Goodwill bauen, eine neue Brücke über den Atlantik, die in die Zukunft weist.

(Beifall)

Es gibt viele in den USA, die so denken wie die Kalifornier, in den Flächenstaaten, aber auch in vielen großen Städten. Ich bin mir sicher, Genossinnen und Genossen:

Im amerikanischen Wahljahr 2008 werden wir auf viel, viel Bereitschaft für neues Denken treffen. Darauf sollten wir bauen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Verbündete für Sicherheit und Frieden in Europa müssen für uns langfristig zwei weitere Länder sein, über die ich reden muss: Russland und die Türkei. Ich persönlich erinnere mich noch ganz genau, als der russische Präsident Putin im September 2001, genau 14 Tage nach den Anschlägen von New York, im Deutschen Bundestag – viele von euch waren dabei –, eine breite Partnerschaft seines Landes mit dem Westen unterbreitet hat. Das war aus meiner Sicht kein Schachzug des KGB, das war das Angebot eines russischen Präsidenten, der von der Öffnung zum Westen tief überzeugt war.

Für mich war das ein historischer Tag. Wir haben danach im Verhältnis zu Russland für den Westen so eine Art Lotsenfunktion übernommen – ich finde, eine Lotsenfunktion, die wir gerade jetzt nicht verspielen dürfen.

(Beifall)

Deshalb lasst mich unterstreichen: Bei aller notwendigen Kritik, die wir auch üben müssen, ist und bleibt die strategische Partnerschaft mit Russland eine der außenpolitischen Schlüsselfragen für die kommende Zeit. Sie kann Sicherheit für die Menschen in Europa schaffen, sie kann neues Wettrüsten verhindern, und sie kann Wohlstand und Arbeitsplätze nicht nur in Russland, sondern auch in Deutschland schaffen. Deshalb wäre es ein historischer Fehler, wenn wir zuließen, dass sich Russland entweder einigelt oder sich aber völlig anders, Richtung Asien, orientiert.

(Beifall)

Ich will in diesem Zusammenhang auch ein Wort zu den Menschenrechten sagen. Das Thema ist viel zu ernst, als dass es sich für kleinliche parteitaktische Spielchen eignete. Ich sage sehr ruhig: Alle Regierungen in Deutschland haben engagierte Menschenrechtspolitik gemacht. Nur, wir Sozialdemokraten haben bei diesem Thema keine Nachhilfe nötig, weder von der Union noch von den Grünen.

(Beifall)

Gerd Schröder hat den Rechtsstaatsdialog und den Menschenrechtsdialog mit China begründet, die aus Gründen, die ihr alle kennt, jetzt wieder in Gefahr sind. Darum sage ich: Menschenrechtspolitik ist keine Schaufensterpolitik.

(Beifall)

Eine wirklich gute Menschenrechtspolitik braucht nicht die Selbstbeweihräucherung einer moralischen Großmacht Deutschland, sondern etwas ganz anderes: Entschie-



denheit, langen Atem und Klarheit. Wir fordern Menschenrechte nicht für die schnelle Schlagzeile zuhause, sondern um Menschen, die in Unfreiheit leben müssen, die politisch verfolgt werden, konkret zu helfen. Das habe ich von Willy Brandt, von Egon Bahr und Erhard Eppler gelernt.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, natürlich brauchen wir Sicherheit und Frieden in Europa. Natürlich brauchen wir zu diesem Verhältnis auch die Türkei. Wir brauchen sie – davon bin ich fest überzeugt – als Brücke in die islamische Welt, mit einer festen Verankerung in Europa. Das liegt in unserem ureigensten Interesse. Dazu müssen wir mutig stehen. Was soll ich denn von einer Partei wie der Union halten, die der Türkei jahrzehntelang die Mitgliedschaft in der EU fest versprochen hat und gerade in dem Augenblick, in dem in der Türkei mehr Menschen- und Bürgerrechte gewährt werden, plötzlich vor der Konsequenz kneift?

(Beifall)

Viele, Genossinnen und Genossen, haben sich in der Türkei auf einen europäischen Weg gemacht. Das war in der Türkei in den dortigen Verhältnissen – anders, als viele bei uns denken – nicht der einfachste Weg. Skepsis war weit verbreitet, auch Angst davor, dass traditionelle, gesellschaftliche Strukturen in der Türkei in Frage gestellt werden. Um diese Ängste zu überwinden, haben die Befürworter des europäischen Weges in der Türkei lange gekämpft, viele von ihnen Jahrzehnte. Sie haben ihre Glaubwürdigkeit investiert im Vertrauen auf die immer wiederholten Einladungen der Europäer. Deshalb kann ich nur raten: Stehen wir zu unseren Verabredungen. Geben wir nicht populistischen Neigungen nach. Die Folgen wären unabsehbar, nicht nur in der Türkei, sondern weit darüber hinaus.

(Beifall)

Natürlich weiß ich, dass die Türkei gerade in diesen Tagen, in diesen Stunden mit Blick auf den Nordirak auf eine wirklich schwierige Probe gestellt ist. Deshalb auch von hier aus, wie ich es in meinen öffentlichen Erklärungen schon gemacht habe: Ich appelliere an die türkische Führung, sich nicht von den gewalttätigen Terroristen provozieren zu lassen, sich nicht in eine gefährliche Eskalationsspirale hineinziehen zu lassen, sondern vernünftig zu bleiben und auf die Verfolgung der Verantwortlichen für die Attentate zu setzen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Themen, die ich hier anreißer, finden sich auch in dem außenpolitischen Leittrag wieder, den wir diskutieren. Wir buchstabieren dann etwas so durch, was wir „umfassende Sicherheitspolitik“ nennen. Umfassende

Sicherheit, das ist eine starke Vereinte Nation. Sie setzt auf die Stärke des Rechts und auf die Verflechtung in internationalen Strukturen. Ich sage das deshalb, weil es natürlich nicht heißt: Enthaltbarkeit in den internationalen Konflikten. Ganz im Gegenteil: Auch hier werden wir in der nächsten Zeit eher mehr denn weniger gefordert sein. Aber sie schaut eben auch voraus, diese umfassende Sicherheitspolitik. Wir sehen, dass Wasserknappheit, dass Wüstenbildung, dass Wirbelstürme die Konflikte der Zukunft heraufbeschwören können, und wir sehen, dass der Kampf um knapper werdende Ressourcen auch ein Risiko für die internationalen Beziehungen enthält, das wir eindämmen müssen.

Darum ist eben auch, lieber Sigmar, erfolgreicher Klimaschutz ein konkreter Beitrag zur Friedenspolitik. Herzlichen Dank für die Kooperation.

(Beifall)

Umfassende Sicherheit – das hat Martin eben auch aus dem Antrag zitiert – bedeutet auch, dass wir das Thema Abrüstung als zentrale Säule einer vorausschauenden Friedenspolitik betrachten. Wir haben erreicht, Genossinnen und Genossen – nicht mehr, aber auch nicht weniger –, dass dieses Thema endlich wieder mit einem Stellenwert auf der internationalen Tagesordnung auftaucht. Ich will euch und der Bundestagsfraktion ganz herzlich für den Rückenwind, den ich bei dieser Frage immer wieder gespürt habe, danken. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich darf jetzt schon sagen: Unser öffentlicher Zweifel, den wir an den Stationierungsplänen von US-Raketen in Europa geäußert haben, hat schon jetzt Wirkung gezeigt. Wir haben gesagt: Wenn diese Raketen im Konflikt mit Russland stationiert werden, dann führen sie gerade nicht zu mehr Sicherheit in Europa, sondern zu neuen Missverständnissen. Wir haben eine tiefe Erfahrung: dass Missverständnisse zwischen Russland und den USA im Zweifel ein Risiko für die Sicherheit in Europa sind, aber nicht ein Beitrag zu mehr davon.

(Beifall)

Wir sind bei diesem Thema weiß Gott nicht am Ende, Genossinnen und Genossen, aber jetzt endlich ringen die USA und Russland erstmals gemeinsam um eine Lösung dieses Problems. Es gibt, vorsichtig gesagt, Anzeichen dafür, dass sich beide aufeinander zu bewegen. Das ist auch ein großer Erfolg unserer Arbeit, aber es ist auch ein Ergebnis der klaren Worte, die unser Parteivorsitzender Kurt Beck sehr frühzeitig dazu gefunden hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Sorge bereitet mir die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Man stelle sich eine Welt vor, liebe Genossinnen und Genossen, in der tatsächlich immer mehr Staaten über atomare Waffen verfügen. Das wäre nicht nur der Beginn neuer Rüstungswettläufe. Im Gegenteil, die Wahrscheinlichkeit wäre groß, dass eines Tages die Logik der Abschreckung nicht mehr funktioniert. Deshalb setze ich mich für eine Reform, für eine Stärkung des Nichtverbreitungsvertrags ein. Deshalb fordern wir, dass auch die klassischen Atommächte endlich ihre Verpflichtungen aus den schon bestehenden Verträgen erfüllen.

(Beifall)

Deshalb, Genossinnen und Genossen, setze ich mich so sehr dafür ein, dass die Anreicherung von Uran unter eine internationale Kontrolle kommt.

(Beifall)

Damit bin ich bei einem weiteren schwierigen Thema. Ich muss nämlich sagen – das ist der Grund, weshalb wir auch dafür arbeiten, dass der Iran nicht in den Besitz von Atomwaffen gelangt –: In den Händen von Leuten, die den Holocaust leugnen, wäre das nicht nur eine Bedrohung Israels, sondern das würde den gesamten Nahen und Mittleren Osten weiter destabilisieren. Ich jedenfalls ringe vom ersten Tag meiner Amtszeit an auch ganz persönlich darum, dass der Iran endlich einlenkt und den Weg zu Verhandlungen mit uns gemeinsam wiederfindet. Auch hier in Hamburg am vergangenen Donnerstag haben wir die Gespräche mit den Unterhändlern weitergeführt. Wir wollen eine Lösung auf dem diplomatischen Wege, und wir wollen sie gemeinsam mit den USA, Russland und China. Deshalb sage ich auch an die Adresse derjenigen, die auch hier wieder die Kriegstrommel schlagen, klar und deutlich: Ja, wir müssen Nuklearwaffen im Mittleren Osten verhindern. Aber militärische Abenteuer sind kein Beitrag zur Lösung, im Gegenteil: Das tägliche Schwadronieren darüber erschwert die Bemühungen für eine Verständigung, um die wir mit Javier Solana und anderen so sehr ringen.

(Beifall)

Wer von Krieg spricht, hat schon verloren, sagte Jean Asselborn vorhin. Genau das ist richtig. Deshalb danke ich für eure Unterstützung auf diesem Weg bisher und erbitte sie auch für die weitere Zukunft.

Genossinnen und Genossen, auch in Afghanistan geht es um sozialdemokratische Außenpolitik. Ich weiß um die Diskussion in unserer Partei und bin stolz darauf, dass wir es uns nicht so leicht machen, wie andere. Worum geht in dieser Diskussion? Es geht nicht um Mandatskürzungen, sondern es geht um etwas sehr Grundsätzliches. Wenn wir uns, wie es Oskar Lafontaine fordert, kopflos aus Afghanistan zurückziehen würden, dann würden wir die Menschen in diesem von 25 Jahren Krieg und Bür-

gekriegt geschundenen Land erneut den Taliban ausliefern. Ich frage euch: Was ist daran links, wenn wir zulassen, dass Menschen im Fußballstadion von Kabul wieder gesteinigt werden? Was ist daran links, wenn wir zulassen, dass die Frauen zu Hause wieder eingesperrt werden? Was ist daran links, wenn die Mädchen in Afghanistan in Zukunft wieder vom Schulunterricht ausgeschlossen bleiben?

Genossinnen und Genossen, wer so redet, wie große Teile der Linkspartei in diesem Punkt, der verrät eben nicht nur unsere internationalistische Tradition, der verrät vor allem die Menschen in Afghanistan, die auf unsere Hilfe angewiesen sind.

(Beifall)

Wir müssen auch sie immer wieder fragen: Habt ihr denn vergessen, dass Afghanistan die Brutstätte, das Ausbildungszentrum von Terroristen war – das ist noch gar nicht so lange her –, die auch in Deutschland ihre Anschläge verüben wollten?

Wir haben den Menschen dieses Landes 2001 auf dem Petersberg in Bonn versprochen, ihr Land nach Jahren des Bürgerkriegs aus der Spirale von Gewalt, Willkür und Rechtlosigkeit herauszuholen und dort beim Wiederaufbau des Landes zu helfen. Mit dem Afghanistan-Pakt 2006 haben wir uns international noch einmal für weitere fünf Jahre zu diesem Engagement bekannt. Nun befinden wir uns mitten in dieser Arbeit.

Ich sage: Trotz der prekären Sicherheitslage – natürlich ist sie prekär; wer wollte das verschweigen – gibt es in vielen Regionen in Afghanistan spürbare Verbesserungen. Es sind beileibe nicht nur die Mädchen, die wieder zur Schule gehen können. Auch in den Bereichen Wasserversorgung, Infrastruktur und medizinische Versorgung ist viel geschehen, das einfach nicht wieder in Gefahr geraten darf, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Menschen in Afghanistan sagen deshalb auch weitgehend übereinstimmend: Bleibt hier, helft weiter mit, wir brauchen euch. Viele von euch, die im Verlaufe der letzten Monaten dort waren und Afghanistan besucht haben, haben das selbst – da bin ich mir sicher – häufiger gehört.

Genossinnen und Genossen, wir wissen aber natürlich auch, dass wir den Einsatz in Afghanistan auch gegenüber den Menschen hierzulande immer intensiver begründen müssen. Vieles läuft natürlich noch nicht so, wie wir es uns und ich es mir gewünscht hätten. Darum haben wir in den vergangenen Wochen intensiv miteinander darum gerungen, wie wir Sicherheit und Wiederaufbau noch zielgenauer und besser erreichen und miteinander verzahnen können.

Ich will all denjenigen, die sich an dieser Debatte beteiligt haben, ausdrücklich dafür danken. Stellvertretend nenne ich Detlef Dzembitzki, der die Task-Force der Bundestagsfraktion geleitet hat, und Niels Annen, der wertvolle Beiträge dafür geleistet hat. Genossinnen und Genossen, diese Diskussion hat uns in der Tat weiter nach vorne gebracht.

(Beifall)

Die Intensität und das Niveau dieser Debatte, die wir geführt haben, haben wieder einmal bewiesen, dass die Außenpolitik bei den Sozialdemokraten in guten Händen ist. Wir haben uns mit keinem einfachen „Weiter so!“ begnügt wie die Unionsparteien. Anders als die Union, haben wir uns den Zweifeln gestellt. Wir sind für unsere Überzeugungen eingetreten. Wir haben neue Vorschläge gemacht. Kopflos raus oder kopflos drinbleiben – das ist typischerweise eben keine sozialdemokratische Alternative.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir haben uns unsere Meinung nicht in der Sofaecke gebildet. Wir sind hinausgefahren. Viele von uns haben das Gespräch mit Präsident Karzai, mit Minister Spanta und mit vielen anderen Angehörigen der dortigen Regierung und der Parlamente, mit den Wiederaufbauhelfern und vor allen Dingen aber immer wieder auch mit den Soldaten der Bundeswehr gesucht. Peter Struck, Walter Kolbow, Kurt Beck und viele andere haben das getan. Wir alle empfehlen Angela Merkel: Nehmen Sie Afghanistan in ihren Reiseplan auf.

(Beifall)

Unser Konzept, Genossinnen und Genossen, das wir euch heute unterbreiten, ist aus meiner Sicht überzeugend. Wir werden uns im kommenden Jahr noch stärker darauf konzentrieren, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Afghanen in absehbarer Zeit besser selbst helfen können. Ich sage es noch einmal: Unsere militärische Präsenz dort ist kein Selbstzweck. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Ausbildung der afghanischen Armee und der afghanischen Polizei.

Deshalb erhöhen wir die Finanzmittel für den zivilen Wiederaufbau von ursprünglich 80 auf jetzt 125 Millionen Euro. Dafür, dass die Menschen davon profitieren, setzt sich auch Heidemarie Wieczorek-Zeul unermüdlich ein. Und auch dafür gebührt ihr unser Dank.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben lange – auch während des Sommers – über das OEF-Mandat, die Operation Enduring Freedom, diskutiert. Wie ihr wisst,

ist das Teil des Antiterrorereinsatzes. Sie bekämpft islamistische Terroristen. Die Gegner dieses Einsatzes haben auch bei uns – ich will das ausdrücklich sagen, Genossinnen und Genossen – gewichtige Argumente.

Ich will aber darauf hinweisen, dass unsere Kritik an der OEF auch jetzt schon wirkt. Die NATO hat in Afghanistan einen klaren Strategiewechsel hin zum Vorrang für den Wiederaufbau vollzogen. Schon jetzt nimmt – wir haben das in den letzten 12 Monaten beobachtet – die Bedeutung der OEF rasch ab. Die Zahl der ISAF-Soldaten – lasst mich das mit ein paar wenigen Zahlen sagen – ist in den letzten zwei Jahren von 10.000 auf 40.000 Soldaten gestiegen. Die Zahl der OEF-Soldaten ist von 20.000 auf 8.000 reduziert worden. Von diesen 8.000 betreibt ein großer Teil Ausbildung. Eines haben wir noch zusätzlich erreicht, liebe Genossinnen und Genossen – das solltet ihr auch deshalb nicht geringerschätzen, weil dafür viele Anstrengungen in den internationalen Gremien, auch in NATO-Gremien, notwendig waren –, wir haben nämlich sichergestellt, dass diese Soldaten – gleichgültig, ob bei ISAF oder bei OEF – bei ihren Einsätzen Rücksicht auf die Zivilbevölkerung zu nehmen und nach Kräften zivile Opfer zu vermeiden haben.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, weil das in die richtige Richtung geht, wollen wir diese Richtung weiter aktiv mitbestimmen. Deshalb werden wir – ich weiß, dass das auch auf die Bitte vieler hier im Saal zurückgeht – im nächsten Jahr eine internationale Afghanistan-Konferenz organisieren, um zu sehen, wo wir beim Wiederaufbau stehen und was wir noch besser machen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe zu Beginn gesagt, die Außenpolitik habe in der SPD eine stolze Tradition. Wir dürfen diese Tradition aber nicht einfach nur fortführen. Genossinnen und Genossen, wir müssen sie für unsere Kinder mit immer wieder neuen Konzepten und Ideen lebendig und fruchtbar machen, denn wir tun diese Arbeit nicht für uns, wir tun sie, damit alle Menschen friedlich und sicher in einer Welt leben können, in der wir unsere zentralen Probleme zum ersten Mal seit Menschengedenken nur noch gemeinsam lösen können.

Darin liegt gleichzeitig unsere Chance. In einer Welt, in der alle aufeinander angewiesen sind, gibt es zum Miteinander keine Alternative. Genossinnen und Genossen, die kommenden Jahrzehnte werden zur entscheidenden Probe der Menschheit auf ihre Intelligenz und auf ihre Fähigkeit, Konflikte nicht in Konfrontation, sondern im Geist von Dialog, Solidarität und Zusammenarbeit zu lösen.

Genossinnen und Genossen, diese Botschaft gibt uns Sozialdemokraten Rückenwind. Ich bin mir sicher, dass wir mit dieser Botschaft nicht nur viele Menschen erreichen, sondern auch wieder zum Mitmachen begeistern können. Genossinnen und Genos-

sen, helfen wir gemeinsam, dass wir Sozialdemokraten die Kraft der Vernunft, die Kraft für ein weltoffenes Land und damit die stärkste Kraft der Zukunft werden. – Herzlichen Dank.

(anhaltender Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Frank-Walter Steinmeier, für deine engagierte Rede. Ganz herzlichen Dank aber auch für dein Engagement als Außenminister in den letzten beiden Jahren.

(Beifall)

Außenpolitik als aktive Friedenspolitik gehört zum Kern sozialdemokratischer Identität. Das ist in dieser Rede noch einmal ganz deutlich geworden.

Um einen Akt ganz tätiger Mithilfe bittet uns der Marie-Schlei-Verein. Er möchte gern auf diesem Parteitag für ein Projekt in Ghana sammeln. Damit ihr wisst, wofür ihr jetzt das Geld in den Hut werft könnt, sagt euch Christa Randzio-Plath einige Sätze zu dem Projekt. – Christa, du hast das Wort.

**Christa Randzio-Plath, Kontrollkommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, aber auch Solidarität prägen die inneren Beziehungen bei uns im Lande, aber auch unsere internationalen Beziehungen.

Konkrete Erwartungen richten deswegen Menschen aus den Entwicklungsländern auch an uns, die SPD. Der Marie-Schlei-Verein, 1984 in Erinnerung an die erste sozialdemokratische Entwicklungsministerin gegründet, fördert Frauenausbildungsprojekte in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wir wollen in diesem Jahr ganz besonders Frauen in ländlichen Regionen von Ghana unterstützen, weil es wichtiger ist, einen Fisch fangen zu lernen, als einen Fisch geschenkt zu bekommen.

Wir wollen auf die Tätigkeiten der Frauen für die Entwicklung ihres Landes, ihres Dorfes und ihrer Familien setzen. Denn wenn es den Frauen nicht gut geht, wenn die Frauen in der Armutsfalle sind - 70 Prozent der 1 Milliarde Armen sind Frauen und Kinder -, dann geht es auch den Kindern nicht gut. Dann geht es den Dörfern nicht gut. Wir müssen darauf setzen, dass diesen Frauen nicht nur der Zugang zu Kleinstkrediten gegeben wird, dass diesen Frauen nicht nur der Zugang zu Expertisen gegeben wird, sondern dass sie selber lernen und das auch selbst organisieren.

Wir haben das Glück, Partnerinnen gefunden zu haben, eine Womens' Group in der Volta-Region von Ghana, die bereit sind, sich selber einzubringen, um die dörfliche Entwicklung und damit ihre eigenen Lebenschancen zu verbessern. Das geht von der kleinen Bäckerei über den Gemüseanbau bis zu den handwerklichen Fähigkeiten. Es geht aber auch darum, gemeinsam die englische Sprache zu lernen.

Genossinnen und Genossen, es ist so wichtig, dass die Frauen in den über 500 Projekten, in den Mikro-Projekten, wissen, dass auch Graswurzelarbeit ein Teil der Entwicklungs- und Friedensarbeit ist. Es geht nicht nur um die großen Projekte, die über die Fernsehschirme geistern. Es geht auch nicht nur um die internationale Solidarität auf internationalen Konferenzen. Beides ist absolut notwendig. Aber bitte machen wir auch den Frauen Mut, die gar nicht wissen, wie ein Lichtstrahl sie erreicht, die immer morgens um vier Uhr Feuerholz holen müssen oder die nicht wissen, wie sie an sauberes Wasser kommen.

Ich bitte euch sehr herzlich im Namen des Marie-Schlei-Vereins, diese Form von Entwicklungs- und Friedensarbeit und die Armutsbekämpfung im ländlichen Bereich in Ghana zu unterstützen.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Ganz herzlichen Dank, liebe Christa. Wir sammeln dann jetzt.

Gestern hat Michael Naumann an die große Reihe sozialdemokratischer Bürgermeister hier in Hamburg erinnert. Einer von ihnen ist heute Abend unter uns. Ich möchte ganz herzlich Peter Schulz begrüßen. Herzlich willkommen in unseren Reihen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir treten jetzt ein in die Antragsberatung. Vorher noch eine Ansage an die Mitglieder der Antragskommission. Die Antragskommission trifft sich, wie vorgesehen, um 19.30 Uhr, da die Beratung hier etwas länger dauert.



## Beratung der Anträge zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Wir fahren fort mit der Antragsberatung zunächst zu den Anträgen A 1, Initiativantrag 7 und Initiativantrag 14. Wir haben zum Komplex „Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“ insgesamt 19 Wortmeldungen vorliegen. Angesichts dieser Anzahl schlage ich vor, dass wir die Redezeit auf drei Minuten begrenzen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. – Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist es so beschlossen. Dann kommen wir in einer Stunde, wenn alle diszipliniert sind, ganz gut durch.

Ein kleiner Hinweis: Es ist nicht verboten, eine Wortmeldung zurückzuziehen, falls das, was man sagen möchte, schon von anderen gesagt worden ist.

(Beifall)

Jetzt zu den zunächst aufgerufenen Anträgen. Als Erster hat Johannes Jung, Baden-Württemberg, das Wort. Danach folgt Dominic Scales.

**Johannes Jung, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Christoph Matschie, vielen Dank. Zunächst zum Antrag A 1 „Vorausschauende Friedenspolitik“. Ich meine, der Titel des Antrags ist nicht nur gut gemeint, sondern der Antrag ist auch gut gemacht.

Wir haben alle Stichpunkte erkennbar in den Zwischenüberschriften, die die aktuelle Debatte, wenn man auf der Höhe der Zeit sein möchte, auch prägen. Das ist die neue Entspannungspolitik, die Friedensmacht Europa, der effektive Multilateralismus, eine Wiederentdeckung von Abrüstung und Rüstungskontrollpolitik und natürlich der Ansatz der Sozialdemokratie, Konflikte umfassend lösen zu wollen und sie erst gar nicht entstehen zu lassen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte schon, dass ich in der verbleibenden Zeit kurz ein Feld streife, wo wir ganz aktuell mitten in Europa diese guten Vorsätze, die wir in unserer Außenpolitik tatsächlich beherzigen, auf ihre Wirkungen überprüfen können.

Wir haben zwei Konfliktherde nicht weit von hier, für die wir nach wie vor nur wenig Lösungsmöglichkeiten bieten als Europäische Union. Das ist der Kosovo und Bosnien-Herzegowina. Wir haben im Kosovo neue Verhandlungsrunden bis zum 10. Dezember. Ich gestehe: Wenn ich das, was in den letzten Tagen und Wochen zu lesen ist, ernst nehme, dann muss ich davon ausgehen, dass die neuerliche Verhandlungsrunde eigentlich nur angesetzt wurde, um noch einmal durchzuschauen, um noch

einmal Zeit zu gewinnen, um die Situation in den Mitgliedsländern der Europäischen Union zu begründen, was das Thema Anerkennung angeht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte herzlich darum, diese Verhandlungsrunden doch noch wesentlich ernster zu nehmen. Wir haben mit dem deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger jemanden, der hier mit einem großen Realitätssinn und mit einer umfassenden Kenntnis der Region ans Werk geht. Er spricht zwar nicht von großen Chancen für einen Durchbruch. Aber wir sollten das auch im Sinne unserer politischen Freunde dort ernst nehmen, die in Belgrad und Pristina eine enorm schwere Verantwortung auf sich genommen haben.

Zweiter Punkt: Bosnien-Herzegowina. Bitte nehmt das Thema ernst. Das steht völlig im Schatten der Kosovo-Frage. Beide Themen stehen völlig im Schatten von Afghanistan. Aber wenn wir uns anschauen, was in diesen Wochen wieder in Bosnien-Herzegowina gelaufen ist, dann sind wir weit weg von der Forderung, die wir selbst an die Region richten, nämlich Ownership zu praktizieren, also das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

So geht es in der Tat nicht weiter in Bosnien-Herzegowina. Es geht aber auch mit der internationalen Politik dort in Bosnien-Herzegowina so nicht weiter. Wir haben uns dort mit dem neuen Hohen Repräsentanten nicht verbessert. Ich möchte, dass wir weiter dafür sorgen, dass die Situation in Bosnien-Herzegowina besser wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Danke, Johannes Jung. – Als Nächster spricht Dominic Scales. Danach Heidemarie Wieczorek-Zeul.

**Dominic Scales, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man nach Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier hier vorne steht, steigt man wirklich in große Stiefel. Ich habe jetzt natürlich den Vorteil, dass Frank-Walter fast alles das gesagt hat, was ich auch sagen wollte. Deswegen kann ich mich ganz kurz fassen.

Ich möchte den Initiativantrag 14 begründen. Wir wollen gerne den Satz verändern – hier steht zwar „streichen“, aber es geht nur um eine Veränderung im Satz. Bisher steht darin: „Frieden und Sicherheit lassen sich nach unserer Überzeugung nicht allein mit militärischen Mitteln schaffen...“ Diesen Teil „nicht allein mit militärischen Mitteln schaffen“ möchten wir gerne streichen; denn das bringt einen falschen Zungenschlag in das Ganze hinein. Der ganze Antrag vom Parteivorstand ist so gut, dass wir das jetzt nicht semantisch so aufbauen sollten, als ob militärische Mittel das Mittel der ersten Wahl wären, wenn es in diesem Teil zur Konfliktlösung als allererstes angesprochen wird.

Weiter unten steht ja: Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen daher eingefügt sein in umfassende politische Entwicklungs- und Stabilisierungsprogramme. Das sagt,

dass wir es nicht grundsätzlich ablehnen, dass wir die Bundeswehr einsetzen. Ich möchte nur nicht gerne auf die militärischen Mittel im ersten Satz abzielen.

Frank-Walter hat schon gesagt, dass wir mit wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven jeweils Fortschritte in der Region erzeugen müssen, die bei den Leuten dort ankommen. Mit Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung, mit unserem Einsatz für die Menschenrechte und dabei insbesondere für die Frauenrechte im Vorfeld von solchen Konflikten können wir sehr viel für friedliche Projekte erreichen. Wir können dann Konflikte schon im Vorfeld vermeiden, sodass wir gar nicht in den Zugzwang kommen, das Militär einsetzen zu müssen.

Wie gesagt, wir lehnen nicht den Einsatz der Bundeswehr grundsätzlich ab, aber er muss in die umfassenden politischen Entwicklungs- und Stabilisierungsprojekte eingebettet sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Dominic. – Als Nächste hat Heidemarie Wieczorek-Zeul das Wort.

Vorher noch eine Korrektur zu meiner Ansage zur Antragskommission: Die Antragskommission hat sich gerade darauf verständigt, doch nicht um 19.30 Uhr zu tagen, sondern erst dann, wenn wir hier mit der Antragsberatung fertig sind. Die Antragskommission trifft sich also im Anschluss an die Beratung hier.

Heidi, jetzt hast du das Wort.

**Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir Außen-, Entwicklungs- und Friedenspolitik diskutieren, dann müssen wir auch die Tatsache diskutieren, dass wir weltweit eine neue Rüstungsdynamik haben, die so aussieht, dass wir mittlerweile weltweit wieder so viel für Rüstung und Armee ausgeben, wie zu Zeiten des heißesten Kalten Krieges: über 1,2 Billionen US-Dollar. Es war das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI, das uns vor wenigen Wochen darauf hingewiesen hat: Pro Kopf der Bevölkerung weltweit werden wegen des hohen Anteils der USA – die Hälfte aller Ausgaben sind Rüstungsausgaben der USA – 187 US-Dollar im Jahr dafür ausgegeben. Für die Erreichung aller Millenniums-Entwicklungsziele wären weltweit pro Jahr und Kopf der Bevölkerung 20 US-Dollar notwendig. Deswegen sage ich euch, Genossinnen und Genossen: Wir müssen uns mit dieser wachsenden Rüstungsdynamik auseinandersetzen. Wir müssen die Gewichte weltweit ändern helfen, weil sonst die Armutsbekämpfung nicht vorankommt und die Mittel für die falschen Zwecke verschwendet werden und für Hunger und Bekämpfung von Armut nicht eingesetzt werden können.

(Beifall)

Ich finde, es ist unmoralisch, dass es dabei dieses hohe Maß an Orientierung auf militärische Zwecke gibt.

Der zweite Punkt, liebe Genossinnen und Genossen: Wir sind gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, von Atomwaffen. Lasst uns doch als SPD eine gemeinsame Kampagne mit den Ländern machen, die selber nicht über Atomwaffen verfügen, um damit dazu beizutragen, dass auch unsere Bündnispartner, nämlich diejenigen, die eigentlich verpflichtet sind, ihre Atomwaffen abzurüsten, tatsächlich mit der atomaren Abrüstung beginnen. Dann sind wir nämlich glaubwürdiger, wenn es um die Auseinandersetzung geht, andere von Atomwaffen und der Verfügung über Atomwaffen abzubringen.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen will, liebe Genossinnen und Genossen, ist Afghanistan. Ich sage es jetzt sehr kurz, weil vorhin ja auf drei Minuten verwiesen worden ist. Ich stehe zu den Verpflichtungen, die ich im Jahr 2001 vor Ort zugesagt habe, und ich stehe auch zu den Verpflichtungen, die sich aus den entsprechenden Aufgaben daraus militärisch ergeben.

Lasst mich aber zum Schluss auch sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir brauchen mehr Engagement für eine kooperative Politik weltweit, die auch einen Schwerpunkt bei der Lösung der Probleme im Nahen Osten setzt. Es ist aus meiner Sicht unerträglich – das sage ich ganz offen –, dass wir hinnehmen, dass eine Situation im Gazastreifen besteht, wo die Bevölkerung in immer dramatischeres Elend verfällt, wo die Armut wächst.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Furcht vor der dort herrschenden Hamas im Grunde unsere Verpflichtung überwiegt, dort zu helfen. Ich plädiere dafür, dass wir auch Israel auffordern, seiner Verpflichtung nachzukommen, den Menschen, die im Bereich des entsprechenden Gebietes leben, die notwendige Versorgung zu geben. Alles andere ist nicht akzeptabel und auch gerade für uns nach unseren Werten nicht akzeptabel.

(Beifall)

Lasst mich verkürzt zum Schluss Folgendes sagen: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben acht Regeln, acht Gebote für eine gerechte Globalisierung mit den Millenniums-Entwicklungszielen, die ich vorhin genannt habe. Lasst uns die Mittel der Welt dafür mobilisieren, der Klimakatastrophe entgegenzuarbeiten! Lasst uns die Mittel der Welt darauf konzentrieren, was wirklich die Gefährdungen in diesem Jahrhundert sein werden! Eine der größten Gefährdungen werden die Klimakatastrophe und der Klimawandel sein.

Wir haben ja Erfolge errungen! Ich finde, das sollten wir auch immer stolz sagen. Wir haben mit dazu beigetragen, den globalen Fonds zur Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose einzurichten. Er hat in den vier Jahren, in denen er arbeitet, 2 Millionen Menschen das Leben gerettet. Das ist praktische Hilfe für die Menschen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist das Geld wert, das wir dort einsetzen.

(Beifall)

Durch die Entschuldung der ärmsten, hoch verschuldeten Entwicklungsländer und durch die Aufgaben, die wir dort übernommen haben, gehen heute weltweit 20 Millionen Kinder mehr in die Schule. Das sind konkrete Hoffnungen, Perspektiven und Lebensverhältnisse, die eine friedliche Zukunft schaffen und voranbringen.

Weltweit liegt die Zahl der Menschen, die extrem arm sind, zum ersten Mal seit Jahrzehnten unter einer Milliarde. Über die Jahre hinweg waren es immer weit mehr als eine Milliarde Menschen. Trotz wachsender Bevölkerung ist diese Zahl jetzt reduziert worden. Sie ist immer noch fatal zu hoch. Aber sie zeigt auch, dass wir das gewinnen können. Deshalb bin ich dafür, dass wir Krieg gegen Armut und Hunger führen und dass wir unsere Möglichkeiten und politischen Kräfte mit Bündnispartnern darauf orientieren. Bitte helft mit! Wir haben die Chance, das zu schaffen. Das ist möglich. Wir können die Ziele bis 2015 erreichen, wenn wir unsere gemeinsamen Kräfte darauf orientieren. Das ist präventive Friedenspolitik. Das ist Prävention, liebe Genossinnen und Genossen. Wir können es schaffen. Das ist im Interesse von Egon Bahr. Das ist im Interesse von Erhard Eppler und Willy Brandt. – Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Ganz herzlichen Dank, Heidemarie Wiczorek-Zeul, auch für deinen Einsatz über die vielen Jahre hinweg in der Entwicklungspolitik. Das hat diesen Politikbereich wirklich geprägt. Herzlichen Dank für dieses Engagement!

(Beifall)

Zu den aufgerufenen Anträgen A 1, Initiativantrag 7 und Initiativantrag 14 liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir jetzt zur Abstimmung. Zum Votum der Antragskommission, Martin Schulz, bitte.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Genossinnen und Genossen, die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 1 in Verbindung mit den Initiativanträgen 7 und 14 gemeinsam zu verabschieden.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Dann lasse ich jetzt abstimmen, zunächst über den Antrag A 1 in der Fassung der Antragskommission.

Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission auf Annahme? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit breiter Mehrheit so beschlossen. Damit ist der Initiativantrag 14 erledigt.

Ich rufe jetzt auf den Initiativantrag 7, „Demokratie und Menschenrechte für Birma“. Wer möchte diesem Antrag zustimmen und damit dem Votum der Antragskommission folgen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig beschlossen. Dann sind wir mit diesem Komplex durch.

Dann rufe ich jetzt auf den Initiativantrag 1, „Afghanistan“. Dazu liegen eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Erste Wortmeldung Detlef Dzembitzki. Danach folgt Franziska Drohsel. Detlef!

**Detlef Dzembitzki, Bundestagsfraktion:** Liebe Genossinnen und Genossen, Frank Walter Steinmeier hat in beeindruckender Weise die deutsche Außenpolitik dargestellt und, eingebettet in diese Politik, auch über Afghanistan gesprochen. Die Zustimmung, der Beifall zu der Afghanistanpolitik hat mir gezeigt, dass es sicherlich vernünftig ist, sich jetzt sehr kurz zu fassen. Ich will euch nur versichern, dass wir als Bundestagsfraktion mit unserer Arbeitsgruppe das Konzept Afghanistan sehr eng begleiten, entsprechende Vorschläge erarbeitet haben und auch weiterhin mit intensiver Arbeit sicherstellen werden, dass dieses Konzeptionelle über Afghanistan weiter eintreten wird.

Dass wir Erfolge haben – wer hätte 2001 daran gedacht, dass sich dieses Land einen Präsidenten wählt, dass wir heute ein Parlament haben? –, darf nicht infrage gestellt werden.

Wir wissen andererseits, dass wir in einigen Bereichen durchaus besser sein können, in der Koordination und Kooperation mit den anderen Akteuren, mit den 60 Staaten, die sich im Afghanistan-Pakt zusammengefunden haben. Wir wissen, dass wir im eigenen Bereich in Deutschland sicherlich noch intensiver, noch gebündelter unsere Kräfte einbringen können. Das ist mit unserer Regierung machbar. Das ist auf einem Weg, der die Hoffnung entstehen lässt, dass wir in Afghanistan durchaus erfolgreich sind. Wenn ich an die Partner denke, die wir auch in den letzten Monaten immer wieder konsultiert haben, dann will ich auch daran erinnern, dass unsere Entscheidungen hier in Deutschland immer wieder andere betreffen, etwa unsere kanadischen Partner, unsere amerikanischen, niederländischen oder die 57 anderen Akteure oder das afghanische Volk selbst.

Liebe Genossinnen und Genossen, Frank Walter Steinmeier hat einmal gesagt, wir werden in Afghanistan mit Sicherheit nicht so lange bleiben, bis wir dort die Riester-

Rente eingeführt haben. Aber wir werden andererseits durchaus einen längeren Atem brauchen, um zu helfen, dass die Afghanen selbst ihre Sicherheit in die Hand nehmen können, ihre Strukturen zur Verfügung haben, um grundsätzliche Angebote im Gesundheits-, im Schulbereich zu haben. Dafür werden wir zur Verfügung stehen.

Meine herzliche Bitte ist, dass auch von diesem Bundesparteitag ein Signal ausgeht, dass wir zu diesen Verpflichtungen stehen, nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern für einen längeren Zeitraum – ich denke zum Beispiel an den Afghanistan Compact, der bis 2011 ausgerichtet ist –, dass wir unseren Partnern signalisieren, wir stehen zu unseren Verpflichtungen, dass wir den Afghanen signalisieren, wir wollen, dass ihr euer Schicksal weiterhin so gestaltet könnt, dass es ein Land ist, in dem es sich zu leben lohnt, dass es ein Land ist, in dem Terror keinen Platz hat und dass es für die Region eine friedliche Nachbarschaft bringt.

In diesem Sinne bitte ich euch um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. Vielen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Detlef. Als Nächstes hat Franziska Drohsel das Wort. Ihr folgt Niels Annen.

**Franziska Drohsel, Berlin:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde gerne noch einen Bereich ansprechen, der in unserer Partei durchaus kritisch diskutiert wurde, und zwar den Umgang mit den OEF-Mandaten, also die Frage der Verlängerung dieser.

Ich würde gerne noch ein paar grundsätzliche Sachen dazu sagen. Krieg und Frieden ist das essenziellste Thema, das wir in der Sozialdemokratie behandeln können. Oberstes Primat der Sozialdemokratie war ja immer, Krieg zu verhindern; dass Politik das Ziel hat, Krieg zu verhindern.

Auch wenn man es jetzt Kollateralschäden oder Terrorismusbekämpfung nennt, muss man sich doch einmal angucken, was da real passiert. Da sterben nämlich tagtäglich Menschen, und zwar durch militärische Auseinandersetzungen. Das ist auf jeden Fall zumindest ein kriegsähnlicher Zustand. Ich finde, man kann es als Krieg bezeichnen. Vor diesem Hintergrund finde ich, müssen wir die OEF-Mandate diskutieren.

(Beifall)

Frank-Walter hat es angesprochen. Ich finde es, ehrlich gesagt, nicht in Ordnung, den Leuten, die sich kritisch zu diesen Mandaten und auch zu diesem Einsatz bekennen, immer wieder vorzuwerfen, dass uns das Leben der Mädchen da egal ist und dass es uns egal ist, wer da zur Schule gehen kann oder nicht.

(Beifall)

Das ist ja nicht die Frage. Ich glaube, die Frage ist, in welcher Form man das umsetzen kann, und darüber müssen wir diskutieren.

Im Entwurf zum Grundsatzprogramm heißt es, dass Militäreinsätze nur mit UNO-Mandat zugelassen werden sollen. Man kann in dem vorliegenden Antrag gerne x-mal aufzählen, wie oft der UN-Sicherheitsrat den OEF-Einsatz erwähnt hat. Nichtsdestotrotz muss man doch festhalten, dass kein UNO-Mandat vorliegt. Dementsprechend ist das auch gegen unser Grundsatzprogramm.

(Beifall)

Ich glaube, das muss man so auch einmal aussprechen und diskutieren.

Trotz zahlreicher zivilisatorischer Fortschritte in den letzten Jahren in Afghanistan – das will kein Mensch leugnen – muss man auch sagen, dass die Situation noch immer verheerend ist. Die Gesellschaft dort ist keinesfalls befriedet. Die Taliban sind immer noch in zahlreichen Gebieten präsent, üben da Herrschaft aus. Natürlich ist es so, dass da immer noch bürgerkriegsähnliche Zustände, sprich Bürgerkrieg herrscht.

Angesichts dessen finde ich nicht, dass man diesen Einsatz uneingeschränkt als Erfolg und als Supersache deklarieren kann, sondern man muss doch festhalten, dass dieses Beispiel zeigt, dass es so nicht funktioniert, obwohl immer behauptet worden ist, man würde mit Krieg und militärischen Maßnahmen Frieden in eine Region bringen.

(Beifall)

Ich möchte auch noch etwas anderes festhalten. Es ist keinesfalls so, dass die Situation da unvermeidbar war. Vielleicht erinnern sich noch einige daran – das habe ich auch schon miterlebt –, dass wir uns in der Partei mit den Einsätzen zu Kosovo und Afghanistan durchaus schwer getan haben und dass es durchaus einige gab, die darauf hingewiesen haben, welche Gefahren von Militäreinsätzen ausgehen. Ich glaube, man kann schon sagen, dass sich die Gefahren, die damals thematisiert wurden, realisiert haben. Ich finde, wir Sozialdemokraten müssen, wenn wir davon ausgehen, dass wir künftig ähnliche Entscheidungen werden treffen müssen, diese Erfahrungen als Grundlage dafür nehmen müssen.

Festzuhalten ist, dass der zivile Aufbau wieder stärker in den Vordergrund treten muss. Das OEF-Mandat beschädigt das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung, erschwert den zivilen Aufbau.

(Beifall)

Daher muss die Forderung meiner Meinung nach klar sein: Das OEF-Mandat darf nicht verlängert werden.



**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Franziska. – Wir haben jetzt eigentlich die Zeitgrenze erreicht, die wir uns für heute Abend vorgenommen hatten. Wir müssen jetzt zu einem Trick der Außenpolitiker greifen. Wenn es bei denen bei Verhandlungen eng wird, dann halten sie die Uhr an. Das machen wir an dieser Stelle auch. Heute Nacht wird die Uhr sowieso für eine Stunde angehalten. Wir halten sie jetzt einmal für eine Stunde an und hoffen, dass wir in dieser Stunde die restlichen Anträge zur Außenpolitik und Gesundheitspolitik, die noch auf der Tagesordnung stehen, erledigen können. Ich bitte euch alle um Kürze. Als Nächstes hat Niels Annen das Wort, dann Johannes Pflug.

**Niels Annen, Parteivorstand:** Christoph, ich war schon wieder zurückgegangen. Ich dachte, ich käme nicht mehr dran. Danke schön.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will am Anfang an eine Sache erinnern. Ihr habt ja alle miterlebt, dass unser ehemaliger Koalitionspartner, die Grünen, einen Sonderparteitag abgehalten haben. Die haben einen Sonderparteitag gehabt, weil sie ganz offensichtlich nicht auf das gehört haben, was an ihrer eigenen Basis diskutiert worden ist. Da muss ich sagen: Das sind Punkte, die die Franziska eben auch genannt hat, die die Basis der Grünen bewegt haben, die auch die Basis unserer Partei bewegen und die die Menschen in Deutschland bewegen.

Ich finde es gut, dass wir Sozialdemokraten das nicht ignoriert haben. Wir haben nicht weggehört, sondern wir haben hingehört, Genossinnen und Genossen. Peter Struck hat in der Fraktion eine ganz großartige Debatte organisiert. Wir haben eine Sondersitzung gehabt, wir haben uns zweimal ganz intensiv mit allen Abgeordneten mit dem Thema Afghanistan auseinandergesetzt. Es hat viele Reisen nach Afghanistan gegeben. Wir haben afghanische Parlamentarier bei uns gehabt und eine öffentliche, in der Tat manchmal auch kontroverse Debatte geführt. Das Ergebnis liegt euch heute vor.

Ich will begründen, warum ich der Meinung bin, dass man mit gutem Gewissen für diesen Antrag stimmen kann: weil ich glaube, dass er die Probleme nicht verschweigt, sondern im Gegenteil deutlich macht, wie komplex die Situation in Afghanistan ist. Die Erfolge sind genannt worden; ich will sie nicht wiederholen.

Aber er benennt auch die Probleme und zeigt auf, dass man Afghanistan eben nicht nur durch Arbeit dort befrieden kann, sondern dass die komplexe geopolitische Lage berücksichtigt werden muss. Auch Frank-Walter Steinmeier hat dies in der Regierungspolitik berücksichtigt: Es gilt, Pakistan und Afghanistan an einen Tisch zu bringen und die zentralasiatischen Republiken mit einzubeziehen. All das leistet dieser Antrag, Genossinnen und Genossen.

Dennoch, es bleiben Fragen. Wie könnte es auch anders sein bei einem so komplexen, so schwierigen Thema? Wir werden morgen mit dem Grundsatzprogramm

einen Passus beschließen – davon gehe ich jedenfalls aus –, mit dem wir deutlich machen: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Konflikte auf dieser Welt friedlich lösen, mit den Instrumenten, die Heidemarie Wieczorek-Zeul mit ihrem Ministerium über die letzten Jahre entwickelt hat: Instrumente der Friedenspolitik und der Krisenprävention, die dort zur Verfügung stehen. Dennoch wissen wir, dass dies nicht immer gelingen kann. Wir haben gesagt: Wenn denn schon die Bundeswehr eingesetzt werden muss, dann auf Grundlage eines UN-Mandates.

Da wir offen miteinander diskutieren, muss man sagen: Natürlich gibt es Zweifel daran, ob man sechs Jahre nach dem 11. September noch immer sagen kann, dass sich die Operation Enduring Freedom auf das Selbstverteidigungsrecht berufen kann. Unzweifelhaft hat dieses Recht – das ist die Tradition des Völkerrechtes – den USA zugestanden, und daher war es auch richtig, sich daran zu beteiligen. Aber das ist sechs Jahre her. Inzwischen gibt es ein ISAF-Mandat für ganz Afghanistan. Das ist die Realität. Es gibt Abstimmungsprobleme zwischen den Operationen, es sind zivile Opfer zu beklagen. Und richtig ist auch: Wir wissen nicht genug über das, was bei OEF passiert.

Ganz persönlich will ich sagen: Ich erlebe wie ihr, dass dieses Mandat von der jetzigen amerikanischen Administration benutzt wird, um diesen sogenannten Krieg gegen den Terrorismus nicht nur in Afghanistan, sondern weltweit zu legitimieren. Die Probleme, die es damit gibt, sind in den letzten Jahren unzweifelhaft deutlich geworden. Sie sind im Irak, sie sind in anderen Teilen der Welt zu besichtigen.

Wir müssen eine Alternative finden. Deswegen finde ich es richtig, ganz konkrete Punkte zu benennen. Wir werden im Bundestag – davon gehe ich aus – das Mandat verlängern. Aber wir nicken nicht nur ab, sondern wir setzen den Prozess, den Frank-Walter Steinmeier begonnen hat, fort. Dieser Parteitag benennt dazu elementare Punkte, die das aufgreifen, was von der Bevölkerung und in unserer Partei diskutiert wird. Wir haben einen Weg aufgezeigt, wie wir verantwortlich – ohne den Eindruck zu erwecken, wir machten uns vom Acker –, im Gespräch mit unseren Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern, mit den Menschen in Afghanistan, die wir nicht alleine lassen können und wollen, aus OEF aussteigen.

Ich will noch einen letzten Satz sagen: Ich weiß, dass es viele gegeben hat – ich war damals Juso-Bundvorsitzender, als die Entscheidung getroffen worden ist –, die gesagt haben, wir sollten dort nicht reingehen. Auch heute gibt es diese Meinung in unserer Partei. Aber denkt an die Erfolge in Afghanistan! Egal wie man damals dazu gestanden hat, wir haben eine Verantwortung für das, was in diesem Land passiert ist. Die Menschen verlassen sich auf uns, und deswegen bitte ich um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Niels. – Ich habe jetzt die schöne Aufgabe, in unserer Runde die Frau von Kurt Beck, Roswitha, zu begrüßen. Sei herzlich willkommen auf unserem Parteitag. Schön, dass du da bist.

(Beifall)

Es geht weiter in der Antragsberatung mit Johannes Pflug, danach Rainer Arnold.

**Johannes Pflug, Nordrhein-Westfalen:** Verehrte Genossinnen und Genossen! Dass die Amerikaner den Irak angegriffen haben, das war eine Katastrophe. Wenn sie heute den Irak verlassen würden, dann wäre das eine neue Katastrophe. Wenn der Iran wegen der Gefahr der Entwicklung von Nuklearwaffen angegriffen würde, dann wäre das eine noch größere Katastrophe. Wenn allerdings der Iran angegriffen würde und die Nuklearwaffen im Land verbleiben würden, dann wäre das die größte Katastrophe. Ob der Angriff auf Afghanistan falsch, vielleicht sogar eine Katastrophe war, das wissen wir nicht. Dass allerdings der Abzug aus Afghanistan eine Katastrophe würde, das wissen wir.

Deshalb sollten wir uns, Genossinnen und Genossen, über die Konsequenzen unterhalten: Was wäre, wenn wir Afghanistan verlassen würden? Afghanistan würde zu einem „fail state“, zu einem kaputten Staat – mit allen Folgen: Rausgift, Rückkehr und neues Erstarken der Unmenschlichkeit; Zerstörung von Kulturdenkmälern, Steinigung von Frauen, Massenerhängungen im Stadion, Verbot des Schulbesuchs für Mädchen.

Verehrte Genossinnen und Genossen, da kann ich der Linkspartei nur zurufen: Hoch die internationale Solidarität! Wie ist die denn gemeint?

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist jedenfalls nicht das, was wir mit internationaler Solidarität meinen. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass wir zumindest unsere Arbeit in Afghanistan fortsetzen müssen, mit dem ISAF-, aber auch mit dem OEF-Mandat.

Ich möchte gerne auf das eingehen, was Niels Annen gesagt hat und worauf auch Vordredner hingewiesen haben: Ich glaube, wir führen hier eine Gespensterdebatte über OEF. Lasst mich eine persönliche Begebenheit erzählen: Ich war Anfang September dieses Jahres auf der Fregatte „Bremen“, die im Augenblick in der Ostsee ist, und habe dort mit den Soldatinnen und Soldaten gesprochen, die vor dem Horn von Afrika im Rahmen des OEF-Mandats ihre Arbeit getan haben. Diese Soldatinnen und Soldaten waren tief frustriert; aber nicht, weil der Dienst so schwer war, sondern weil sie nicht wussten, was eigentlich ihre Aufgabe ist. Sie sagten mir: Vor unseren Augen, vor der Küste von Somalia, werden Schiffe entführt, und das einzige, was wir dürfen,

ist, die Identifizierung der Schiffe vorzunehmen, vielleicht noch der Ladung inspizieren; sonst haben wir keine Kompetenzen, sondern müssen die Amerikaner benachrichtigen. – Die Konsequenz daraus kann nicht sein, dass wir uns zurückziehen; die Konsequenz kann nur sein, dass wir sie mit einem vernünftigen Mandat ausstatten, so wie es auch im Antrag der Fall ist, den Detlef Dzembitzki vorgestellt hat. Wir wollen ein vernünftiges Mandat für OEF.

Lasst mich eine zweite Bemerkung machen, warum ich darauf insistiere: weil der andere Part von OEF, die Kommando Spezialkräfte, seit über zwei Jahren nicht mehr eingesetzt wurde.

Es ist deshalb eine Gespensterdebatte, weil aus der Berichterstattung von OEF – über das, was die Amerikaner oder andere an OEF Beteiligte in Afghanistan machen – darauf geschlossen wird, was unsere Truppen machen. Das ist nicht zulässig.

Deshalb, verehrte Genossinnen und Genossen, ist das eine Gespensterdebatte. Lasst uns bei ISAF bleiben, lasst uns bei OEF bleiben, aber ausgestattet mit einem vernünftigen Mandat. Ich bitte um Annahme unseres Antrages. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. Rainer Arnold hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Deshalb hat als Nächster Stephan Grüger das Wort.

**Stephan Grüger, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Frank-Walter Steinmeier, vielen Dank für die Anerkennung der Tatsache, dass es gewichtige Gründe sind, welche die Kritiker von OEF gegen eine weitere deutsche Beteiligung anbringen. Das zumindest befriedigt mich schon ein bisschen, dass ich das aus dem Mund unseres Außenministers höre. Denn die eine oder andere Anmerkung von Bundestagsabgeordneten zu der Kritik an OEF hat mich daran zweifeln lassen, dass wir in der Partei eine vernünftige Debattenkultur haben.

(Widerspruch)

– Das darf man ja wohl sagen, liebe Genossinnen und Genossen.

Das gewichtige Gründe zur Kritik an OEF gibt, gilt aus meiner Sicht auch für die Tornado-Einsätze in Afghanistan. Der wichtigste Grund ist, dass OEF die Ziele von ISAF konterkariert. Ich bin der festen Überzeugung: Wer ISAF wirklich will, wer den Aufbau in Afghanistan wirklich will, der kann sich nicht hierhin stellen und sagen: OEF muss aber auf Gedeih und Verderb weitergemacht werden, denn irgendwann fliegt uns die Scheiße um die Ohren, liebe Leute, und dann müssen wir wegen OEF aus Afghanistan raus. – Deswegen ist ISAF durch OEF in Gefahr. Ich bin der Meinung, wenn man wirklich will, dass Afghanistan befriedet wird, wenn man wirklich

will, dass in Afghanistan Aufbauarbeit geleistet werden soll, und wenn man dieses Schreckensbild, das hier dargestellt worden ist, dass die Kritiker an OEF nämlich nichts anderes wollten, als dass Frauen wieder weggesperrt werden, Mädchen nicht in die Schulen kommen dürfen und Massenerhängungen in Stadien stattfinden, sieht, dann muss man meiner Meinung nach gerade OEF verhindern, denn OEF führt geradewegs in diese Katastrophe hinein, denn OEF führt dazu, dass uns in Afghanistan auf Dauer keiner mehr vertraut.

(Beifall)

Damit komme ich auch schon zum Schluss.

Ich schließe mich den Vorrednern an, die darauf hingewiesen haben, dass es sich bei OEF auch um ein völkerrechtswidriges Vorgehen handelt. Ich schließe mich den Vorrednern an, die euch aufgefordert haben, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Stephan.

Als Nächster hat Hans Preißl das Wort, danach als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt Gerd Weisskirchen.

**Hans Preißl, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, dass wir als Sozialisten und Internationalisten nicht wegsehen, dass wir uns für Menschenrechte einsetzen müssen, und zwar auf der ganzen Welt, das ist gegeben. Ich teile die Auffassung von Franziska oder Stephan: Wir lassen es uns nicht nehmen, wenn wir gegen OEF reden. Zu sagen, dass wir uns aus der Verantwortung stehlen wollen, ist falsch.

(Beifall)

Der OEF-Einsatz ist meiner Ansicht nach ein Aufbauprogramm für die Taliban und damit ein Aufbauprogramm für Gegner der Aufklärung und der Emanzipation. Ein Einsatz, in dem Häuser ausgebombt, in dem Äcker verbrannt und vergiftet werden, ist nicht geeignet, Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen.

(Beifall)

Das sieht übrigens auch die afghanische Regierung so, wenn sie darum gebeten hat, die OEF-Einsätze doch wenigstens für eine Zeit ein bisschen auszusetzen.

Die OEF ist eine gescheiterte Strategie. Wir haben heute die Chance, das einzusehen und uns für eine andere Strategie einzusetzen. Wenn für den zivilen Wiederaufbau insgesamt weniger als 10 Prozent der Summe ausgegeben wird, die für den Krieg in Afghanistan eingesetzt wird, dann setze ich dem entgegen: Frieden, Genossinnen und Genossen, ist käuflich. Wenn wir die Summe einsetzen würden, die wir für das Mili-

tär ausgeben würden, um den Aufbau voranzutreiben und in der Tat auch in diesem korrupten Land das Geld einzusetzen, dann ist das in Ordnung.

Wir brauchen vier Punkte:

Erstens. Der OEF-Einsatz muss beendet werden.

Zweitens. Die Entwicklungshilfe muss ausgebaut werden, und zwar um mehr als um 50 Prozent, wie es jetzt geschehen ist. Das heißt auch, dass wir den Polizisten, die wir ausbilden, ein ordentliches Gehalt bezahlen müssen. Auch das muss vom Westen subventioniert werden.

Ich schließe mich Kurt Beck an, dass man mit gemäßigten Taliban verhandeln muss, denn man muss alle Kriegsparteien einbinden. Das weiß jeder, der sich mit Friedensforschung auseinandergesetzt hat.

Wir brauchen auch ein Programm gegen die Drogenökonomie, denn um bei 50.000 Drogenabhängigen in Afghanistan – das unterscheidet sich insofern ein bisschen von den Heroinabhängigen in Deutschland, weil die in Deutschland klauen, während die in Afghanistan eine Kalaschnikow besitzen – gegen die Drogenökonomie vorzugehen, müssen wir das Heroin dort aufkaufen und müssen auch etwas anderes tun, nämlich einen großen Markt, den Westen, legalisieren.

Darum stimmt gegen Antrag und stimmt für den A 20, den Antrag der Jungsozialisten, damit wir heute etwas Gutes beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Als letzter Redner zu diesem Antrag Gert Weisskirchen, bitte!

**Gert Weisskirchen, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich nur einen Punkt von dem, was du eben gesagt hast, aufgreifen: Drogenökonomie. Schau dir einmal die Entwicklung im Norden Afghanistans an. Von 13 Provinzen, die es dort gibt, sind jetzt immerhin sechs frei von Drogenanbau. Und warum? Auch deshalb, weil Heidemarie dafür gesorgt hat, dass es alternativen Landwirtschaftsanbau gibt.

(Beifall)

Das ist ein deutliches Beispiel und ein klares Signal dafür, dass der zivile Aufbau – für den wir sind und der in diesem Antrag ja im Mittelpunkt der Bitte und der Aufforderung an den Parteitag steht, dem zuzustimmen – für uns im Mittelpunkt unserer Anstrengungen stehen muss.

Dann hast du von Drogenökonomie gesprochen. Schau dir bitte an, wie sich die Taliban finanzieren. Sie finanzieren sich gerade durch die Drogen, durch den Drogenan-

bau, und sie finanzieren sich dadurch, dass der Erlös des Drogenanbaus dann bei uns herauskommt, bei uns im Westen, auch in Deutschland.

Das heißt also: Wenn du die Taliban wirklich bekämpfen willst, dann brauchst du in Afghanistan ISAF, ja, und dann brauchst du einer ganz begrenzten Form – Frank-Walter hat gesagt, wie diese begrenzte Form denn aussieht – leider auch OEF. Solange wir das brauchen, muss auch die Bundesrepublik Deutschland die Chance haben, die taktischen, die strategischen Fragen zu entscheiden, wie man denn OEF verändern kann, nämlich anpassen, Code of Conduct, so, das sich OEF eben nicht so entwickelt, wie es zu Recht in vielen Punkten beschrieben worden ist, also dafür zu sorgen, dass es keine neuen Terroristen gibt. Vielmehr ist es nötig, dass das OEF so umgestaltet wird, dass wir in der Tat versuchen, Kollateralschäden zu vermeiden. Das ist die Aufgabe, die die Bundesregierung hat und die sie wahrnehmen will. Der Parteitag will der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion diesen Auftrag geben. Ich bitte darum, dass wir den Strategiewechsel in Afghanistan durch die Bestätigung des Antrags, also dadurch, dass wir Ja zu diesem Antrag sagen, dann auch verstärken, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Gert.

Zum Votum der Antragskommission Martin, bitte.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Genossinnen und Genossen, die Antragskommission hat gestern Abend den jetzt vorliegenden Initiativantrag 1 einstimmig in der vorgelegten Form zur Annahme empfohlen. Ich möchte diese Empfehlung dann weitergeben und bitte um Zustimmung zum IA 1 in der vorgelegten Form.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Martin.

Wer möchte dem Votum der Antragskommission folgen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen.

(Beifall)

Ich danke Euch. Damit sind auch die Anträge A 18 bis A 24 erledigt.

Ich rufe jetzt den Antrag A 7 auf, der sich mit der Bundeswehr, mit dem Wehrdienst beschäftigt. Dazu hat zunächst Peter Struck das Wort.

**Peter Struck, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen über das Thema Wehrpflicht reden. Ich will gar keinen Hehl aus meiner Meinung machen, liebe Genossinnen und Genossen: Ich bin dafür, dass es bei der Wehrpflicht in unserem Land bleibt. Ich weiß aber, dass einige das anders sehen.

Die Wehrpflicht hat dafür gesorgt, dass die Bundeswehr in der Gesellschaft fest verankert ist. Sie hat auch dazu beigetragen, dass die Bundeswehr jederzeit einen notwendigen qualifizierten Nachwuchs bekommen hat, und – das darf man nicht vergessen – sie hat die demokratische und rechtsstaatliche innere Verfassung der Bundeswehr dadurch gefestigt, dass immer die Neuen, Jungen, Guten hineingekommen sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bin deshalb der festen Überzeugung, dass wir an der Wehrpflicht festhalten sollten.

(Beifall)

Das müsste ein bisschen mehr Beifall geben. Man hat mir immer gesagt, ich habe eine Mehrheit in der Partei.

(Beifall)

Ich weiß andererseits aber auch, liebe Genossinnen und Genossen, dass die gesellschaftliche Akzeptanz der Wehrpflicht, der Rückhalt in der Gesellschaft für die Wehrpflicht, abnimmt. Das hat etwas mit dem Charakter der Wehrpflicht als Zwangsdienst und vor allem damit zu tun, dass wir aufgrund der Verkleinerung der Bundeswehr immer weniger Rekruten einberufen. Das kann man auch an Zahlen deutlich machen.

1961 waren noch rund 470.000 Soldaten in der Bundeswehr. Davon waren 206.000 Grundwehrdienstleistende und freiwillig Längerdienende. Meine Entscheidung als Minister war – natürlich zusammen mit dem Kabinett –, diese Zahl bis 2010 von 470.000 auf 250.000 zu reduzieren. Davon sind 195.000 Zeit- und Berufssoldaten, 30.000 Wehrdienstleistende und 25.000, die freiwillig länger dienen wollen. Mit anderen Worten: Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der Wehrdienstleistenden halbiert. Im Jahr 2006 ist sie von 130.000 auf 62.000 gesunken. 2010 wird man nur noch 40.000 brauchen.

Natürlich wird vor diesem Hintergrund häufig und immer wieder die Frage nach der Dienstgerechtigkeit und der Wehrgerechtigkeit gestellt. Juristisch ist die Sache klar. Es gibt ein Urteil aus Karlsruhe. Trotzdem sage ich aber, dass die Zustimmung in der Gesellschaft für die hergebrachte Form der Wehrpflicht abnimmt. Ein Teil von Euch, ein Teil der Genossinnen und Genossen – ich habe mir die Anträge angesehen –, will deshalb die Umstellung auf eine Berufsarmee. Liebe Genossinnen und Genossen, vor der Einrichtung einer Berufsarmee in Deutschland kann ich euch nur massiv warnen.

(Beifall)



Berufsarmeen lösen das Problem nämlich nicht, sondern sie schaffen erst das Problem. Es gibt Staaten, die die Berufsarmee eingeführt haben. Sie haben heute massive Nachwuchsprobleme, die dann mit ziemlich zweifelhaften Methoden behoben werden. Ihr müsst euch einmal ansehen, mit welchen Mitteln, mit welchen Lockungen von Dollarprämien man in Amerika zur Armee eingezogen wird. Es gibt Staaten, die ihre Rekruten von anderen Kontinenten holen, weil sie dort billiger zu haben sind, mit dem vagen Versprechen, die Staatsangehörigkeit dieses Staates erwerben zu können. Es gibt auch Staaten, die die Anforderungen für die Offizierslaufbahnen immer weiter senken, damit sie überhaupt jemanden bekommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage euch nur: Das Ergebnis einer Berufsarmee ist in beiden Fällen ein schlechter Ausbildungsstand, eine schlechte Organisation und ein massives Führungsproblem bei den Soldatinnen und Soldaten. Das kann doch nicht das Ziel von sozialdemokratischer Politik sein, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb sage ich, dass wir mit den Themen der schwindenden Akzeptanz und der zurückgehenden Zahl der Wehrpflichtigen, die wir brauchen, anders umgehen müssen.

Wir haben uns lange Gedanken darüber gemacht. Mir wäre es am liebsten gewesen – Kurt Beck und manchen anderen auch –, wenn es eine klare Ja- oder Nein-Entscheidung gegeben hätte: pro Wehrpflicht oder gegen Wehrpflicht. Ich sage nur, dass das nicht zur Lösung beitragen und uns nicht weiterhelfen würde; denn wir werden immer wieder die Debatte darüber führen, wenn wir nur 40.000 von über 200.000 jungen Männern einziehen, weil wir nur so viele brauchen.

Also haben wir uns zu dem Weg entschlossen, den wir euch jetzt vorschlagen. Das ist ein Weg, der mit vielen Militärs, mit Befürwortern und mit Gegnern besprochen worden ist. Es ist ein Weg, der machbar ist. Dieser liegt euch heute zur Abstimmung vor. Niels Annen als ein Gegner der Wehrpflicht und ich als ein Befürworter der Wehrpflicht bitten euch um Unterstützung.

Der Weg lautet: Wir werden auch künftig alle Männer im wehrfähigen Alter mustern. Nur einmal als Anmerkung dazu: Wenn ihr euch heute einmal anschaut, unter welchen Bedingungen die jungen Männer zur Bundeswehr kommen, um gemustert zu werden, dann erschreckt ihr euch darüber, welchen Gesundheitszustand sie haben, weil fast alle krank sind. Sie sind zu dick, haben Probleme mit dem Rückgrat usw. Das hängt auch mit dem geänderten Freizeitverhalten zusammen. Es gibt keinen Sport mehr, sie hocken nur vor dem Computer usw.

Es werden also alle gemustert. Gezogen werden dann die, die sich freiwillig melden. Natürlich braucht man, um genügend junge Leute für den Dienst in der Bundeswehr

zu gewinnen, auch zusätzliche Anreize, zum Beispiel eine verbesserte Anrechnung von Dienst- auf Ausbildungszeiten und auf viele andere Dinge mehr. Die, die kommen wollen, wollen wir also dafür belohnen, dass sie kommen. Darüber werden wir im Einzelnen noch zu diskutieren haben. Das gilt hinsichtlich der Wehrpflicht auch für die Frage, wo man überall noch zusätzliche Boni oder einen Bonus verteilen kann.

Es bleibt auch in Zukunft so: Wer nicht ausdrücklich will, der wird als Wehrdienstleistender auch nicht in den Auslandseinsatz geschickt. Wir haben noch keinen einzigen Rekruten, der nur den neunmonatigen Grundwehrdienst leistet, ins Ausland geschickt. Viele wollen das aber, und sie sind länger als die neun Monate Soldaten. Das sind auch die guten Soldaten, die dort in Afghanistan und anderswo sind.

Nur dann, wenn die Zahl der Freiwilligen nicht reicht, um den Bedarf der Bundeswehr zu decken – ich sage es noch einmal: 40.000 pro Jahr –, müssen zusätzliche junge Männer eingezogen werden. Liebe Freunde, ich bin mir aber sicher, dass wir ausreichend Freiwillige für den Dienst in der Bundeswehr gewinnen können, wenn wir nur die richtigen Anreize – Bonus beim Numerus clausus, bei der Berufsausbildung oder wo auch immer – geben.

Jetzt komme ich zur Praxis heute. So groß ist der Unterschied des heutigen Zustandes zu dem, was Kurt Beck, Niels Annen und ich vorschlagen, auch nicht. Schon heute gibt es ein hohes Maß an De-facto-Freiwilligkeit. Es gibt für jeden jungen Mann die Entscheidung zwischen Wehr- und Zivildienst. Es gehört zu einer ehrlichen Debatte auch festzustellen, dass viele junge Menschen die relativ hohen Tauglichkeitshürden nutzen, um sich dem Wehrdienst und damit auch dem Zivildienst entziehen zu können.

Es ist aber viel wichtiger, dass wir mit der Idee des freiwilligen Wehrdienstes unseren politischen Grundprinzipien folgen. Die Stärkung des freiwilligen gesellschaftlichen Engagement ist eines unserer erklärten Ziele, für das wir in der Vergangenheit schon viel getan haben und das wir weiter voranbringen wollen. Es ist nur konsequent, dass wir dies jetzt auch auf die Streitkräfte übertragen.

Klar ist auch: Wenn wir von Anreizen und einem Bonussystem für freiwillig Wehrdienstleistende sprechen, dann muss das auch für diejenigen gelten, die einen zivilen freiwilligen Dienst leisten.

(Beifall)

Wenn wir diesem Konzept konsequent folgen, dann haben wir nicht nur eine intelligente und weithin akzeptierte Lösung für die Zukunft des Wehrdienstes gefunden, sondern dann können wir damit auch einen wichtigen Impuls geben, um mehr Menschen für ein freiwilliges gesellschaftliches Engagement zu gewinnen und damit den Gedanken der Solidarität und der Verantwortung für das Gemeinwesen zu stärken.

Das ist eine gute sozialdemokratische Politik, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb bitte ich euch sehr um die Unterstützung des Antrages des Parteivorstandes.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Peter, für die Einführung in den Antrag. – Als Erste hat Dörte Dinger das Wort. Danach kommt Stephan Grüger. Ich bitte, auf die Zeit zu achten.

**Dörte Dinger, Hessen Nord:** Liebe Genossinnen und Genossen! Immerhin stehen wir heute Abend hier und diskutieren die Frage der Wehrpflicht, und immerhin scheint sich inzwischen eine Mehrheit der Partei hinter der Einsicht versammelt zu haben, dass die Wehrpflicht in ihrer heutigen Form ziemlich problematisch und veränderungsbedürftig geworden ist. Das freut mich außerordentlich.

(Beifall)

Dieser Antrag, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Einstieg in den Ausstieg aus der Wehrpflicht. Jetzt kommt aber schon das Aber. Sehen wir vom unglücklichen Begriff der „freiwilligen Wehrpflicht“ einmal ab; im Antrag taucht er Gott sei Dank auch nicht auf. Trotzdem birgt der hier vorgelegte Kompromiss meiner Ansicht nach einige Probleme, deren wir uns zumindest bewusst sein müssen, wenn wir ihn beschließen.

Es ist in diesem Antrag nicht geklärt, was mit dem Zivildienst passieren soll. Es ist nicht geklärt, wie wir die Wehrpflicht aus ihrer verfassungsrechtlichen Begründungsnotlage bringen wollen. Vor allem aber – und das ist meiner Ansicht nach die Hauptschwierigkeit – wird in dem Antrag das Problem der Wehrungerechtigkeit deutlich angesprochen. Lösen wir dieses Problem mit diesem Kompromiss aber? Was passiert denn zum Beispiel, wenn – Peter Struck hat davon gesprochen, dass wir 40.000 Wehrpflichtige brauchen – diese 40.000 nicht aus Freiwilligen rekrutiert werden können, wenn sich also meinetwegen nur 35.000 melden? Welche 5.000 zusätzlichen wollen wir von den Wehrpflichtigen eines Jahrgangs denn nehmen?

Was machen wir mit denen von den 5.000, die wir ausgesucht haben, die aber nicht wollen. Müssen wir für die einen Ersatzdienst organisieren? Wie soll das alles gehen? Ich finde, das ist noch nicht wirklich klar.

Wir schaffen meiner Ansicht nach neue Probleme mit diesem Kompromiss. Eigentlich wäre es nur konsequent, gleich den richtigen Schritt in Richtung Freiwilligenarmee zu gehen. Denn das ist es, was einige Gliederungen in der SPD wollen. Es geht um eine Freiwilligenarmee, lieber Peter, nicht um eine Berufsarmee. Ich denke, der Unterschied ist den meisten klar. Unter anderem die Jusos und mein eigener Unterbezirk fordern dies. Damit fördern wir konsequent zivilgesellschaftliches Engagement und treiben die Modernisierung der Bundeswehr voran.

Ich verstehe aber, dass ein solcher Schritt, der in der Partei umstritten und schwierig ist, etappenweise erfolgen muss. Ich denke deshalb, wir müssen dem Antrag zustimmen. Es ist ein richtiger Schritt auf diesem Weg. Der Weg muss aber zu einer Abschaffung der Wehrpflicht führen. – Danke.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Dörte. Jetzt Stephan Grüger.

**Stephan Grüger, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Jetzt muss ich eingangs erst einmal eine Lanze brechen für die, die diesen Antrag geschrieben haben. Es ist ja wohl ein populäres Missverständnis um die Freiwilligenwehrpflicht. Das ist von der neoliberalen Presse natürlich so aufgebauscht worden. Aber die Rede war immer vom Freiwilligenwehrdienst. Da muss man schon genau zuhören. Man kann anerkennen: Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Man sieht: Über Karlsruhe bis hierher hat sich wieder ein wenig etwas bewegt. Aber für die Wehrpflichtigen, liebe Genossinnen und Genossen, bewegt sich einfach zu wenig.

Es geht um Menschen. Es geht um junge Männer, die gezwungen werden, obwohl es eigentlich keine verfassungsrechtlichen Gründe mehr dafür gibt, eine Zeit ihres Lebens damit zu verplempern, beim Militär zu dienen. Darum geht es und um nichts anderes. Da hat der eine oder andere die Befürchtung, dass in den Sozialverbänden, in denen die Ersatzdienstleistenden ihre Arbeit tun, möglicherweise etwas wegbricht. Das lässt sich anders organisieren; das ist vielfach belegt.

Es geht um Menschen. Es geht um junge Leute, denen wir einfach etwas von der Lebenszeit abknapsen, obwohl es verfassungsrechtlich nicht mehr die Voraussetzung gibt. Es gibt keine Blockkonfrontation mehr; der Feind steht nicht an unseren Grenzen. Wir müssen nicht innerhalb von wenigen Tagen eine halbe Million Soldaten mobilisieren. All das ist nicht mehr gegeben. Damit ist die Wehrpflicht ganz einfach hinfällig.

Alles andere, was gemacht wird, ist eine Krücke, ist der Versuch, irgendwie mit Gesichtswahrung aus dieser Wehrpflichtgeschichte herauszukommen. Das Sauberste und das Sozialdemokratischste wäre, hier und jetzt zu sagen: Schluss mit der Verschwendung der Zeit von jungen Menschen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Jetzt hat als Nächster Christian Lange das Wort. Dann folgt Rainer Arnold.

**Christian Lange, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Stephan, wir, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, machen uns mit dem

heutigen Beschluss auf einen langen Weg, an dessen Ende hoffentlich die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht steht.

Skandinavien hat uns vorgemacht – das ist meine Antwort auf dich –, dass es in der Tat einen Weg geben kann, bei dem die jungen Menschen nicht zur Wehrpflicht herangezogen werden. Die Frage ist allerdings, ob es ein Weg ist, der auch bei uns in Deutschland gangbar ist. Denn die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Grundgesetz ist ausschließlich sicherheitspolitisch zu begründen und nicht nach dem Zivildienst, also ausschließlich danach, ob die äußere Sicherheit den schwerwiegenden Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers gebietet.

Wer will es bestreiten, liebe Genossinnen und Genossen, wir sind erstmals in unserer Geschichte nur noch von Freunden umgeben. Darüber sind wir glücklich. Deshalb ist die verfassungsrechtliche Frage nach der Wehrpflicht keinesfalls geklärt, sondern ganz im Gegenteil: Diese Frage ist mehr als offen. Ich sage ganz deutlich: Die Wehrpflicht ist verfassungswidrig.

Wenn wir den vorgegebenen Weg anschauen, dann stellt sich die Frage – keine Grundgesetzänderung, das heißt, die Wehrpflicht bleibt; die jungen Männer werden aber einfach nicht mehr eingezogen –, ob dies ein Weg ist, der mit unserer Verfassung vereinbar ist. Darauf zu bauen „Wo kein Kläger, da kein Richter“, ist ein Weg, den man gehen kann. Skandinavien mag da andere Rechtsvoraussetzungen haben. Nichtsdestotrotz haben wir uns für diesen Weg entschieden.

Ich meine, dass die vorgetragenen Argumente für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht, Bürger in Uniform, heute Dinge sind, auf die wir nach der Tradition der Bundeswehr und der positiven Entwicklungen verzichten können. Denn die innere Führung hat sich bewährt. Die innere Führung ist ein gutes Instrument. Der Bürger in Uniform ist bei uns in der Gesellschaft fest etabliert.

Ich meine auch, dass der europäische Trend deutlich zeigt, dass die Wehrpflicht ein Auslaufmodell ist. Ich glaube auch, dass in der Bundeswehr so gut ausgebildet wird – die eigenen Studien zeigen das auch –, dass einige Jahre nach der Beendigung der Arbeit in der Bundeswehr 83 Prozent der Ex-Soldaten in hervorragenden Positionen der freien Wirtschaft untergekommen sind. Wir können also stolz darauf sein, was die Bundeswehr hinbekommen hat.

Trotzdem will ich zugestehen: Ich hätte mir mehr Mut gewünscht. Aber immerhin, wir gehen den richtigen Weg. Ich hoffe, dass am Ende dieses richtigen Weges – wir gehen heute diesen ersten Schritt – ein zweiter Schritt stehen wird, bei dem die Wehrpflicht ein Ende hat. Aber zunächst einmal geht es um den Freiwilligenwehrdienst. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir diesen Antrag beschließen werden, dem hoffentlich weitere folgen werden. – Herzlichen Dank.

(vereinzelt Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Christian. Rainer ist der letzte Redner zu diesem Tagungspunkt.

**Rainer Arnold, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Die Abschaffung der Wehrpflicht wäre genauso falsch wie ein starres Beibehalten des jetzigen Verfahrens. Die Abschaffung wäre falsch, aber nicht mit dem alten Argument, wir brauchen die Wehrpflicht, um die Soldaten in die Gesellschaft zu integrieren. Das ist ein Argument der 60er-Jahre und 70er-Jahre. Ich habe hier keinen Zweifel bei den heutigen Zeit- und Berufssoldaten, dass sie mitten in unserer Demokratie stehen.

(vereinzelt Beifall)

Aber wir brauchen die Wehrpflicht auch als Botschaft an die Gesellschaft und an die jungen Leute. Sie ist ein Signal, dass nicht alles käuflich ist. Es gibt eine kollektive Verantwortung für die Sicherheit in unserem Land. Sie ist nicht nur mit Geld zu haben. Es ist eine zutiefst sozialdemokratische Ansage.

(Beifall)

Nun zu Christians Sorge, was die Verfassung anbelangt. Die Beibehaltung der Wehrpflicht ist auch ein Stück Sicherheitsvorsorge in einer Welt, von der wir nicht wissen, wie sich die nächsten 20, 30 Jahre entwickeln werden, von der wir aber eines wissen: Die Demografie bei uns und in anderen Teilen der Erde hat große Auswirkungen auch auf die Verteidigungsfähigkeit. Deshalb ist diese Vorsorge das zukünftige Argument für die Wehrpflicht.

Das dritte Argument, warum wir die Wehrpflicht nicht einfach abschaffen können, ist die Qualität. Christian spricht locker von der inneren Führung. Ja, das stimmt natürlich. Nur: Die Prinzipien der inneren Führung verlangen nicht nur kluge Offiziere. Die haben die Briten und Franzosen auch. Sie verlangen neben den Häuptlingen auch kluge Indianer bei den Mannschaftsdienstgraden. Über die Wehrpflicht gelangt ein sehr viel breiteres soziales Spektrum in die Bundeswehr. Es ist gut für einen jungen Mann und eine junge Frau, wenn sie sich den Betrieb Bundeswehr zunächst einmal als Wehrpflichtige ein paar Monate anschauen und sich dann für einen langen Vertrag entscheiden. Deshalb ist es auch aus dieser Sicht wichtig.

Warum kann man die Wehrpflicht nicht einfach so beibehalten wie bisher? Natürlich hat sich die Berufs- und Studienwelt so verändert, dass die derzeitigen Einberufungskriterien nicht mehr so einfach passen. Natürlich ist die Frage der Dienstgerechtigkeit drängender geworden in der Zeit nach Beendigung des Kalten Krieges. Nun muss man schauen, was der Verteidigungsminister tut. Die CDU und er halten starr an der bisherigen Organisation der Wehrpflicht fest. Gleichzeitig zieht Verteidigungsminister Jung 6.000 junge Männer in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich ein, für die er keine Dienstposten und keinen wirklich Bedarf hat, nur weil er Angst

vor dem Verfassungsgericht hat. Ich glaube, wir müssen dem Koalitionspartner in dieser Frage jagen.

Ich komme zum Ende. Dies ist also kein Kompromiss, was wir heute beschließen, sondern eine Lösung, die auf lange Sicht tragen wird. Es ist ein anspruchsvolles gesellschaftliches Projekt, Freiwilligendienste überall zu stärken. Es macht unserer Partei alle Ehre. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Rainer. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Für das Votum der Antragskommission nun Martin bitte.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Genossinnen und Genossen, die Antragskommission empfiehlt die Annahme von A 7 in der Fassung, die im Antragsbuch vorliegt. Die Erledigung der Anträge A 8 bis 14 durch die Annahme von A 7 empfehlen wir ebenfalls.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Die Empfehlung der Antragskommission ist klar: Annahme des Antrags in der Fassung der Antragskommission. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei wenigen Gegenstimmen und keiner Stimmenthaltung so mit großer Mehrheit beschlossen.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei euch dafür. Damit sind auch die Anträge A 8 bis A 13 erledigt.

Wir fahren fort in der Antragsberatung mit dem Antrag A 2.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Wir empfehlen Annahme.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe auf den Antrag A 3.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Das ist erledigt durch die Annahme von A 2.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Erledigt durch Annahme von A 2. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so.

Ich rufe jetzt auf den Antrag A 4.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Wir empfehlen Überweisung an die Bundestagsfraktion.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Wer möchte dieser Überweisung folgen? – Wer stimmt dagegen? – Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe auf den Antrag A 5.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Wir empfehlen hier Annahme.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Wer ist für die Annahme dieses Antrags? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe auf den Antrag A 6.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Wir empfehlen auch hier die Annahme.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Wer ist für die Annahme des Antrags? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Die Anträge A 8 bis A 13 waren erledigt durch den Antrag A 7.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag 14.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Der würde sich erledigen, wenn wir später den A 25 annehmen.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Dann rufe ich am besten an dieser Stelle gleich den Antrag A 25 auf. Bitte das Votum der Antragskommission, Martin!

**Martin Schulz, Antragskommission:** Da haben wir eine geänderte Fassung. Ich weiß nicht, ob sie vorliegt oder ob ich sie verlesen muss. Ich glaube, die ist im Antragsbuch abgedruckt. Wir empfehlen die Annahme in der Fassung im Antragsbuch.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Annahme des Antrags in der geänderten Fassung. Wer möchte dem zustimmen? – Dazu liegt noch eine Wortmeldung vor. Ulrike Sommer, bitte!

**Ulrike Sommer, Berlin:** Ich habe mich dazu zu Wort gemeldet, weil der Anhang der Antragskommission den ursprünglichen Antrag in sein Gegenteil verkehrt. Bitte lest es mal genau! Es geht um den Bundeswehreinsetzung im Innern. Die Antragskommission beschränkt sich auf Amtshilfe, auf See- und Luftsicherheit und spricht von einer Grundgesetzänderung. Ich denke, es geht mal wieder um das voll besetzte Flugzeug, das in den Bundestag gesteuert wird. – Doch. Soweit ich weiß, steigen in diesem Fall ohnehin Kampffjets auf. Schießen dürfen sie im Moment sowieso nicht. Das hat das Bundesverfassungsgericht ganz klar gemacht. Ich frage euch also: Amtshilfe wozu?



Genossinnen und Genossen, weshalb gehen wir den Weg der Amtshilfe? Wo bleibt bei einer solchen Situation der extremen Gefahr, die wir in diesem Antrag nicht definieren, der Parlamentsvorbehalt?

Der Bundesvorstand sagt im Initiativantrag 5, dass die Bundeswehr ungeeignet ist, den Terrorismus im Rahmen des Rechtsstaats zu bekämpfen. Recht hat er. Das stimmt aber auch in der Luft oder zur See.

Tatsächlich haben wir in Heiligendamm erlebt, dass Soldaten zur Amtshilfe verdonnert wurden gegen die mutmaßlich so extreme Gefahr, die von den Demonstranten ausging. Da überflogen Tornados Demonstrantencamps und filmten, als hätten die G-8-Gegner ihre Zelte in Afghanistan aufgeschlagen. Da standen Panzer an den Straßen, und das Parlament wusste von nichts.

Streitkräfte dürfen im Innern nicht einfach per Amtshilfe eingesetzt werden. Ich appelliere an euch, diesen Antrag in der Ursprungsfassung und nicht in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Bitte keine Grundgesetzänderung zur Amtshilfe zum Einsatz der Bundeswehr im Innern! – Danke.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Zu diesem Antrag hat sich Brigitte Zypries zu Wort gemeldet, um klarzustellen, was hier rechtlich gemeint ist.

**Brigitte Zypries, Bundesjustizministerin:** Ulrike, das ist ein schlichtes Missverständnis. Das Grundgesetz sieht natürlich heute schon die Amtshilfe durch die Bundeswehr vor. Erinnerung an die Flut. Natürlich haben Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Sandsäcke gefüllt und dort hingeschmissen, damit das Wasser nicht irgendwo hinkommt.

(Beifall)

Natürlich sind hinterher Panzer der Bundeswehr unterwegs gewesen und haben die Bäume weggeschafft. Selbstverständlich ist das alles längst möglich.

Was wir damit meinen, ist, dass wir sagen: In diesen Fällen geht es. Du musst unterscheiden, auch bei dem Abschuss, der hier überhaupt nicht geregelt ist. Hier geht es im Grunde nur um eine Beschreibung der Rechtslage. Nur insoweit wollen wir, dass es bestehen bleibt. Insofern, meine ich, ist der Antrag völlig in Ordnung. Der Fall mit dem Abschuss von Passagierflugzeugen ist hier überhaupt nicht angesprochen und ist auch überhaupt nicht gemeint. Das hat hiermit gar nichts zu tun.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank noch einmal für diese Klärstellung.

Der Antrag ist zur Annahme empfohlen. Die Antragskommission hat lediglich eine Anfügung gemacht, um die gegenwärtige Rechtslage noch einmal zu beschreiben.

Es ist empfohlen, den Antrag in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Wer stimmt für die Fassung der Antragskommission? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das bei einigen wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Damit ist auch der Antrag A 14 erledigt.

Damit kommen wir zum Antrag A 15.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Ich empfehle A 15, A 16 und A 17 gemeinsam zur Annahme. Sie behandeln das gleiche Thema.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Hier ist bei allen drei Anträgen Annahme empfohlen. Wer möchte dem Votum der Antragskommission folgen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

(Beifall)

Ich rufe auf den Antrag A 18.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Der war erledigt durch den Initiativantrag 1.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Sorry, das war mein Versehen. A 18 bis A 24 waren erledigt durch die Annahme des Initiativantrags.

Jetzt sind wir damit durch.

Ich rufe jetzt kurz die Anträge zur Europapolitik auf. Es ist vereinbart worden, dass wir alle Anträge, nämlich EU 1 bis 7, und den Initiativantrag 34 an den Parteirat überweisen können, um das Verfahren hier abzukürzen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so. Damit sind sie alle an den Parteirat überwiesen.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Darf ich dazu eine kurze Bemerkung machen? – Ich möchte darauf hinweisen, dass sich die europäischen Abgeordneten hier sehr konstruktiv zur Abkürzung dieses Parteitages verhalten haben. Ich bitte, das zu Protokoll zu nehmen.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Ich will mich für dieses faire Verhalten noch einmal ganz ausdrücklich bedanken.

Dieser Dank gilt auch den Steuer- und Finanzpolitikern, die auch eingewilligt haben, dass die Anträge zur Steuer- und Finanzpolitik komplett an den Parteirat überwiesen werden, da keine großen strittigen Fragen dabei sind. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Ich rufe jetzt den letzten Komplex auf, nämlich den Bereich „Sozial- und Gesundheitspolitik“. Hier gibt es allerdings einige wenige Anträge, die wir behandeln müssen. Dazu hat Elke ganz kurz das Wort, sodass wir schnell durch die Anträge durchgehen können. Elke, bitte!

## Beratung der Anträge zur Sozial- und Gesundheitspolitik

**Elke Ferner, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir wollen ja alle noch heute Abend ein bisschen feiern. Deshalb beschränke ich mich auf eine ganz kurze Einführung und würde euch gleich auch schon einen Verfahrensvorschlag machen, mit dem wir entweder alles aus den beiden Bereichen abräumen können, oder, wenn es größeren Diskussionsbedarf gibt, heute noch über ein paar Anträge abstimmen müssen.

Beim Sozialteil haben sich sehr viele Anträge mit dem Thema Rente beschäftigt. Das ist auch eine Debatte, die wir in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv in den Ortsvereinen, aber auch mit den Menschen in dieser Republik geführt haben. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge erarbeitet hat. Der Bericht liegt euch vor. Ich glaube, es sind sehr viele gute Ansätze darin. Dazu gibt es einen Verfahrensvorschlag, wie da weitergearbeitet werden soll. Das ist der Initiativantrag A 3. Darüber hinaus gibt es auch noch Anträge, die wir heute noch beschließen sollten, nämlich den Antrag S 23, der sich mit dem Thema Kinderarmut beschäftigt, und den Initiativantrag 27 in der Fassung der Antragskommission, mit dem eine Arbeitsgruppe seitens des Parteivorstands eingesetzt werden soll, die sich mit dem Thema „Altersarmut vermeiden“ beschäftigen soll.

Darüber müsste man in jedem Fall noch abstimmen.

Die anderen Anträge zu dem S-Komplex wären dann im Wesentlichen erledigt bzw. zur Annahme empfohlen. Wenn es dazu keine Wortmeldungen gibt – ich weiß nicht, ob euch Wortmeldungen vorliegen –, könnte man für meine Begriffe den gesamten Komplex „Soziales“ noch abstimmen, und dann kämen wir zum Komplex „Gesundheit“.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Zum Thema „Rente“, zum Initiativantrag 3, liegen keine Wortmeldungen vor. Das heißt, wir können diesen Initiativantrag sofort zur Abstimmung bringen.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Damit wären dann erledigt: S 1, S 2, S 4, S 7 bis S 13, und wir müssten dann noch gesondert abstimmen über S 3, 5, 6, 14 und 15. Die werden zu Ablehnung empfohlen. Voraussetzung ist Annahme von IA 3.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Dann stimmen wir jetzt über die Annahme des Initiativantrags 3 ab, so, wie von der Antragskommission empfohlen. Wer möchte zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen. Damit sind die Anträge S 1, S 2, S 4, S 7 bis S 13 erledigt.

Jetzt müssen wir noch über die Anträge S 3, S 5, S 6, S 14 und S 15 abstimmen. Da wird mit Annahme des Initiativantrages 3 Ablehnung empfohlen.

Wer folgt diesem Votum der Antragskommission? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? Dann ist mit großer Mehrheit dem auf Ablehnung lautenden Votum der Antragskommission entsprochen.

Damit kommen wir zu den Anträgen S 21 bis 23. Dazu liegen drei Wortmeldungen vor. Erste Wortmeldung ist Heinz Hilgers und dann Ulli Nissen.

**Heinz Hilgers, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich mache es sehr kurz. Ihr wisst alle, welche Zeitbombe gerade beim Thema Kinderarmut tickt. Von 15 Millionen Kindern leben jetzt 2,6 Millionen Kinder auf dem Sozialhilfeniveau von 207 Euro. Noch 1985, in der alten Bundesrepublik, waren es 300.000 von 18 Millionen Kindern. Die Zahl steigt, obwohl wir Hochkonjunktur haben und die Arbeitslosigkeit sinkt.

In dem Antrag stehen viele gute Ansätze. Was mir wichtig ist: Lasst euch nicht so viel Zeit, auch nicht mit der Arbeitsgruppe.

(Beifall)

Denn wichtig ist jedes Kind, das jetzt in Armut lebt und herausgeholt werden könnte, zum Beispiel durch einen guten Kinderzuschlag. Es sind 700.000, wo die Eltern aufstocken müssen. Die Eltern gehen Vollzeit arbeiten und müssen über Hartz IV aufstocken; sie haben nicht mehr, als wenn sie nicht arbeiten würden. Es ist schon ein Skandal, dass man, wenn man arbeiten geht und Kinder hat, also ein gutes Beispiel für seine Kinder gibt, keinen Cent mehr in der Tasche hat, als ob man nicht arbeitet, zu Hause sitzen bleibt und Hartz IV bekommt. So darf man eine Gesellschaft nicht organisieren.

(Beifall)

Der zweite Teil ist: Wie gehen wir mit denen um, die trotzdem noch von diesen 207 Euro leben müssen? – Da gibt es einen Webfehler, der den Kinderrechten widerspricht, die bei uns leider meistens nur mittelbares Recht über völkerrechtliche Verträge sind und nie unmittelbares Recht geworden sind, das Kinder als Rechtssubjekte erstreiten können, weil wir es nicht im Grundgesetz haben und nicht in den Gesetzen. Da ist es so, dass halt Eltern auch entscheiden, dass eben die Winterschuhe und der Winteranorak nicht von dem Regelsatz gekauft werden. Das kommt vor. Viele arme Eltern kümmern sich liebevoll um ihre Kinder. Sie sparen sich den letzten Cent vom Munde ab, damit es den Kindern einmal besser geht.

Aber es gibt auch die andere Seite. Dazu trägt übrigens vieles bei. Wenn darüber geschimpft wird, dass die alle einen Flachbildschirm haben oder Zigaretten oder Alkohol oder andere Dinge, dann muss man dazu sagen: Eine Werbung, die da heißt:

„saubillig, saugeil – ich bin doch nicht blöd“, zielt natürlich nicht auf uns. Die zielt auf Leute, die denken, man könnte denken, sie seien blöd. Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir wieder dafür sorgen, dass wir durch einmalige Beihilfen für Leistungen für Kinder sicherstellen, dass jede Leistung für Schulbedarf, jede Leistung für Bekleidung, jede Leistung für Schuhe und alles, was Kinder brauchen, auch ankommt. Wir haben das völlig falsch festgesetzt. Mit 60 Prozent – das war die Losung – hat man einmalige Beihilfen auf die Regelsätze umgerechnet.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Lieber Heinz Hilgers, die Redezeit!

**Heinz Hilgers, Nordrhein-Westfalen:** Das sage ich jetzt noch zu Ende, und dann gehe ich.

Ein Kind braucht jedes Jahr einen neuen Winteranorak. Ich kann mit meinem Wintermantel acht Jahre gehen.

(Beifall)

Da ist was falsch gerechnet worden. Bitte bringt das in Ordnung. Ich will jetzt keinen Änderungsantrag stellen. Aber ich will die Botschaft hinterlassen, dass die Arbeitsgruppe, die hier vorgeschlagen ist, schnell tagt, dass sie schnelle Ergebnisse vorlegt. Jedes Jahr, das einem Kind verlorenggeht, ist verlorenggegangen. Die haben weniger Zeit als wir.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Heinz Hilgers. Jetzt Ulli Nissen und dann Matthias Kollatz-Ahnen.

**Ulrike Nissen, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin dem Heinz Hilgers – er ist Präsident des Kinderschutzbundes – sehr dankbar. Ich habe ihn vorhin angesprochen nach dem Motto: Heinz, da muss doch dringend etwas passieren.

Ich will zu den einmaligen Beihilfen gar nichts mehr sagen. Es ist dringendst nötig, dass ganz schnell etwas gemacht wird.

Ich will nur noch eine Ergänzung bringen, die hinein sollte. Das mit der Kostenfreiheit des Mittagessens reicht nicht aus. Ich bin viele Jahre Elternbeiratsvorsitzende in einer KT gewesen, wo 80 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund sind, aber auch Kinder aus Familien mit großen sozialen Problemen. Es kamen Kinder montags morgens in die KT, die hatten kein Frühstück dabei und lange nichts gegessen. Mein Sohn hatte meistens zu viel dabei, und er hat auch gerne etwas abgegeben. Deshalb geht es nicht nur um das Mittagessen, sondern, wenn es Frühstück gibt, muss auch dieses kostenfrei sein. Deshalb bitte auch noch das Frühstück aufnehmen. – Danke schön.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. Als letzter Redner zu diesem Thema Matthias Kollatz-Ahnen.

**Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen, gerade das, was Heinz Hilgers angesprochen hat, dass da nicht viel Zeit ist, wenn man für Kinder etwas Sinnvolles tun will, hat zu diesem Antrag geführt, der aus dem Bezirk Hessen Süd kommt und den die Antragskommission in einer, wie ich finde, erweiterten und verbesserten Form hier zur Abstimmung stellt und zur Annahme empfiehlt. Er gehört auch zu dem Signal, das von diesem Parteitag ausgeht, dass es darum geht, dort, wo sich bestimmte Dinge als korrekturbedürftig dargestellt haben, auch Korrekturen an dem vorzunehmen, was wir im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Sozialstaates beschlossen hatten. Es hat sich eben gezeigt – Kurt Beck hat das in seiner großen Rede gestern dargestellt –, dass insbesondere das Thema: „Wie kommt Geld bei Kindern an, sei es für Lernmittel, sei es für Mittagessen, sei es für Lernmittelfreiheit, sei es für die Teilnahme an teilweise ja auch nicht ganz ohne Kosten möglichen Schulangeboten?“ von entscheidender Bedeutung ist. Aus Sicht der Antragsteller ist das auch kein Thema, das viel Zeit hat,

(Beifall)

sondern es geht um die sofortige Umsetzung und darum, dass sich diejenigen der Sache so schnell wie möglich annehmen, die da Verantwortung tragen. Das ist an allererster Stelle natürlich der Bund; aber da tragen auch Länder und Kommunen Verantwortung. Insofern ist der Weg über die Arbeitsgruppe der richtige.

Aber es kommt darauf an, dass das so schnell wie möglich umgesetzt wird. Das ist möglich und wird tatsächlich eine notwendige Kurskorrektur darstellen.

Wenn man das Thema ideologisch sieht, dann müssen wir anerkennen, dass der Weg der Infrastrukturausstattung und der direkten Zuwendung an das Kind in diesen speziellen Fällen der bessere sein kann, als der über die sogenannten Bedarfsgemeinschaften. Das ist, so glaube ich, eine wahrlich sozialdemokratische Haltung: Es kommt darauf an, dass die Zuwendung tatsächlich den oder die erreicht, die es treffen soll, in diesem Fall die Kinder. Bitte stimmt dem Antrag zu. Es ist eine große Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Matthias. Das war der letzte Redner. Jetzt kommt die allerletzte Rednerin. Gabriele hatte schon heute Nachmittag ihre Wortmeldung abgegeben und möchte auch gerne reden.

**Gabriele Hammelrath, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Aus dem Unterbezirk Köln kommt der Antrag S 1, der von der Antragskommission

weitestgehend übernommen und in die Neufassung des Antrags S 23 eingefügt wurde. Allerdings fehlt uns ein ganz wichtiger Teil, nämlich der Bereich der öffentlichen Gesundheitsvorsorge. Wir glauben, dass gerade der Bereich Gesundheit für Kleinstkinder und Kinder ganz besonders wichtig ist. Das wurde übrigens auch dadurch verdeutlicht, dass dieser Bereich im Grundsatzprogramm durchaus Erwähnung findet, allerdings nicht in diesem Antrag, der ja viel ausführlicher ist und wohin das thematisch eigentlich gehört.

Um welche Bereiche geht es? Vor allen Dingen geht es uns darum, dass Eltern-Kind-Zentren errichtet werden, in denen Eltern den Umgang mit Kindern erlernen können, in denen Kinder gemeinsam mit ihren Eltern ein gesundes und glückliches Leben erleben lernen können. Es geht uns aber auch darum, dass Vorsorgeuntersuchungen nicht mehr nur als Angebot gemacht werden, sondern verpflichtend werden. Diese Vorsorgeuntersuchungen sind sehr wichtig, um frühkindliche Schäden zu entdecken, aber natürlich auch, um Misshandlungen oder Vernachlässigungen frühzeitig zu entdecken.

Dies ist ein, so glaube ich, etwas kritischer Punkt: Wir fordern nämlich, an dieser Stelle sehr konsequent zu sein. Wir wissen, dass in der Bundesrepublik das Elternrecht hochgehalten wird, glauben aber, dass parallel dazu die Kinderrechte gestärkt werden müssen.

(Beifall)

Dazu gehört, dass der Staat ein Auge darauf wirft, wie Kinder sich entwickeln und dass Eltern, wenn sie nicht zur Vorsorgeuntersuchung gehen, dazu angehalten werden und entsprechend überwacht werden. Denn gerade Eltern, die Kinder vernachlässigen, gehen nicht zur Vorsorgeuntersuchung; das ist wohl uns allen klar.

Diesen Bereich würden wir also gerne übernehmen: Das ist die Seite 124, Punkt 5. Dort könnt ihr es nachlesen. – Ich danke euch.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Gabriele. Dein berechtigtes Anliegen ist in den Anträgen G 2 und G 3 schon berücksichtigt. Außerdem kann es in der Kommission aufgegriffen werden. Auch im Grundsatzprogramm finden sich dazu Hinweise, sodass ich jetzt – mit deinem Einverständnis, Elke – bei der Empfehlung der Antragskommission bleiben würde.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Das ist richtig. In Antrag G 3 haben wir zum Thema Familie und Gesundheit sehr ausführliche Vorschläge gemacht und dabei natürlich auch die Kinder mit berücksichtigt. Insofern ist das wirklich auch erledigt.



**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Okay, dann bleiben wir bei der Empfehlung der Antragskommission: Annahme von S 23 in der Fassung der Antragskommission. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Damit sind die Anträge S 21, S 24 bis S 26 und der Initiativantrag 17 erledigt. In dem Zusammenhang darf ich noch darauf hinweisen: In dem Antrag, den wir jetzt beschlossen haben, ist die Einrichtung einer Kommission des Parteivorstandes vorgesehen, die vom Genossen Wolfgang Jüttner geleitet werden soll. Diese Kommission wird sich mit allen weiteren Fragen, die in den Anträgen angesprochen sind, beschäftigen und dazu Vorschläge machen. Ich wünsche dieser Kommission alles Gute; sie wird möglichst bald ihre Arbeit aufnehmen.

Wir kommen zum Initiativantrag 27; da geht es um die Vermeidung von Altersarmut.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Die Antragskommission empfiehlt Annahme des ersten Absatzes, das heißt, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema befasst. Der Rest wird zur Begründung, aber natürlich auch als Material für die Arbeitsgruppe dazugenommen.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer möchte der Empfehlung der Antragskommission folgen? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Die restlichen Anträge aus dem Bereich Sozialpolitik sind zur Überweisung an den Parteirat empfohlen.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Wenn ihr damit einverstanden seid, könnte man – sofern es kein abweichendes Votum mehr gibt – en bloc über die Voten der Antragskommission abstimmen; dann hätten wir sie erledigt.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Ein etwas ungewöhnlicher Vorschlag, aber zu dieser Stunde durchaus berechtigt. Gibt es jemanden, der dagegen ist, die Empfehlungen der Antragskommission im Block abzustimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann frage ich: Wer möchte den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen? – Das ist die große Mehrheit. Damit ist das Kapitel Sozialpolitik erledigt.

Wir kommen damit zur Gesundheitspolitik, zunächst zum Antrag G 3. – Elke.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Ich möchte zur Einführung in dieses Kapitel zu zwei Dingen etwas sagen.

Die Gesundheitsreform, die im Übrigen viel, viel besser ist als ihr Ruf, hat Ulla, mich und andere eine ganze Menge Nerven gekostet. Aber allmählich wird auch deutlich,

dass es zu Leistungsausweitungen statt zu Leistungskürzungen gekommen ist, weil wir das durchgesetzt haben; die anderen waren nämlich schon wieder auf dem Trip, Leistungen auszugliedern.

(Beifall)

Aber die Frage der nachhaltigen Finanzierung haben wir nicht schaffen können, weil es leider zwischen uns und unserem Koalitionspartner ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis darüber gibt, was eine solidarische Finanzierung von sozialen Sicherungssystemen bedeutet. Wir halten weiter an der Bürgerversicherung fest, sowohl für die Gesundheit, als auch im Bereich der Pflege, während die Union gerne möchte, dass die Krankenschwester genauso viel bezahlen muss wie der Chefarzt. Aber mit uns wird es das nicht geben. Deshalb werden wir das so 2009 in die Wahlauseinandersetzung bringen.

(Beifall)

Wir haben jetzt die Pflegereform vor uns – auf diese beziehen wir uns mit dem Initiativantrag 4 –, die unglaublich viele sozialdemokratische Elemente enthält. Das haben wir Ulla zu verdanken, die es geschafft hat, alle diese Punkte durchzusetzen. Das steht jetzt so im Regierungsentwurf drin.

(Beifall)

Ich hoffe, dass sich die Union auch tatsächlich an die Vereinbarungen halten wird, bis wir darüber abstimmen.

Aber einen Punkt konnten wir leider noch nicht regeln. Daran sieht man, wie weit weg die Union von den Menschen ist. Wir haben vorgeschlagen, dass die Angehörigen von Pflegebedürftigen, die plötzlich Pflege organisieren müssen, bis zu zehn Tage bezahlte Freistellungen bekommen sollen, damit sie die Zeit haben, ein gutes Pflegearrangement für ihre Angehörigen zu treffen, weil in einem solchen Fall nichts mehr so ist, wie es vorher gewesen ist. Dafür, Genossinnen und Genossen, lasst uns bis zur zweiten und dritten Lesung im Bundestag kämpfen. Insofern bitte ich euch für ein breites Votum für den Initiativantrag 4.

(Beifall)

Wir könnten jetzt in die Sachdebatte einsteigen. Wenn wir danach wieder en bloc abstimmen können, hätten wir auch den Bereich Gesundheit auf diesem Parteitag komplett erledigt.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Jetzt zunächst zum Antrag G 3. Dazu liegt eine Wortmeldung von Armin Lang vor.

**Armin Lang, Saarland:** Genossinnen und Genossen, Ulla und ich wollen eure Geduld nicht überstrapazieren. Wir haben großen Respekt voreinander. Deswegen haben wir uns darauf verständigt, dass ich für uns gemeinsam reden darf. Das heißt, wir sparen jetzt einen Beitrag.

Ich will mich auch kurz fassen und auf das Wesentliche konzentrieren. Gestern hat Michael Naumann davon berichtet, wie unterschiedlich die Lebenserwartungen in seiner Stadt sind. Fakt ist: In Deutschland wird das obere Viertel der Gesellschaft zehn Jahre älter als das untere Viertel. Dieses Problem zeigt sich heute ganz besonders bei den Kindern.

Derzeit wächst in unserer Gesellschaft eine Generation heran, die kränker ist als ihre Eltern und die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die Lebenserwartung, die ihre Eltern hatten, nicht mehr haben wird. Deshalb müssen wir in der Zukunft ein ganz wesentliches Augenmerk darauf richten, dass wir der Entwicklung, dass wir unterschiedliche Gesundheitschancen schichtenspezifischer Art, die wir in unseren Familien haben, einen Riegel vorschieben. Deshalb sagen wir in dem Antrag, den die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen vorgelegt hat: Lasst uns daraus eine Kampagne in Deutschland machen.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, dass dies das Feld ist, wo genau diese Partnerschaft entstehen kann, von der Kurt Beck gestern gesprochen hat, nämlich die Solidarität – das Bündnis zwischen denjenigen, die zur Solidarität bereit sind, mit denen, die Solidarität brauchen. Ich bin sicher, das können wir am Beispiel einer Kampagne für mehr Gesundheit für alle bzw. mehr Gesundheit für immer kränkere Kinder erreichen. Das kann ein sozialdemokratisches Projekt, und dafür wollen wir heute werben. Das ist der Antrag, der euch vorliegt. Ich bitte um Annahme.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, zum zweiten Punkt, auf den es uns ankommt – Elke hat kurz darauf hingewiesen –: Die Pflegereform liegt im Entwurf vor. Macht daraus eine Kampagne. Das ist eine Chance für uns, auch soziale Kompetenz in unserem Land zurückzugewinnen. Es ist ein ganz hervorragendes Werk, das Ulla vorgelegt hat, wofür uns bei ihr bedanken. Aber noch wichtiger ist, dass wir an dieser Stelle auch die CDU entlarven müssen. Was ist das für eine Partei, die die Familie vor sich herträgt, die aber dann, wenn es darum geht, konkret Hilfe für die Familie zu organisieren, und zwar die Finanzierung dieses Urlaubs, kneift und sich hinter den Wirtschaftsinteressen versteckt. Das ist keine Partei, die wirklich ernsthaft für Familien kämpft.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist unser Thema; damit können wir sie treiben. Ich bin sicher, die Pflegereform wird zu unseren Gunsten ausgehen. Das, was wir jetzt nicht schaffen, schaffen wir nach 2009, nämlich mit der Bürgerversicherung, auch in der Pflegeversicherung.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Armin. Du hast den Parteitag zu vorgerückter Stunde noch einmal richtig munter gemacht.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, noch eine Durchsage, weil wir danach loslaufen: Die Antragskommission trifft sich – um sich möglicherweise eine Nachtsitzung zu ersparen –, um die Verfahrensfrage zu den Anträgen zum Grundsatzprogramm zu besprechen, nachher gleich im Anschluss hier vorne links von mir in der Ecke. Wir wollen das Verfahren besprechen, wie wir morgen mit den Anträgen zum Grundsatzprogramm umgehen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung zum Antrag G 3. Es ist Annahme in der Fassung des Vorschlags der Antragskommission empfohlen. Wer möchte dieser Empfehlung zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zum Initiativantrag 4, der sich mit der Pflegereform beschäftigt. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Horst Schmidbauer.

**Horst Schmidbauer, Bayern:** Genossinnen und Genossen, mir geht es auch um die Kampagnenfähigkeit. Uns wird in den nächsten Monaten die Frage der Pflegeversicherung begleiten. Mir geht es vor allem darum, die CDU/CSU vorzuführen. Das ist in dem Antrag in dem letzten Kapitel deutlich angesprochen. Es muss aber in der Kampagne stärker herausgestellt werden, dass es der CDU/CSU in der Koalition gelungen ist, weiterhin einen Schutzzaun um die private Pflegeversicherung zu schaffen, was zur Folge hat, dass dort Milliarden von Euro gebunkert werden, die auf der anderen Seite fehlen. Ich glaube, diese Schieflage muss in dieser Kampagne stärker herausgearbeitet werden.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist in Abschnitt 1 angesprochen, wo es darum geht, dass wir aufzeigen, welche Ziele und welche Perspektiven wir für die Zukunft in der Pflegeversicherung haben. Da fällt mir auf, dass dort ein wichtiges Kapitel fehlt. In der Krankenversicherung ist es für uns völlig klar: Wir haben ein Menschenbild, das von dem ganzheitlichen Menschen ausgeht. Wir unterscheiden nicht zwischen somatischen und psychischen Erkrankungen. Auch beim Thema Pflege muss gewissermaßen hinein, dass wir von einem ganzheitlichen Pflegebegriff ausgehen. Dieser ganzheitliche Pflegebegriff ist das Instrumentarium, mit dem wir gerade die Christsozialen vorführen und von ihnen abfordern können, dass sie sich zu

einem Menschenbild bekennen, das auch das unsere ist und das von einem ganzheitlichen Pflegebegriff ausgeht. Deswegen bitte ich um folgende Ergänzung in dem ersten Absatz im letzten Satz: „und einen ganzheitlichen Pflegebegriff als Zukunftsperspektive“.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Danke, Horst.

Damit können wir zur Abstimmung kommen.

(Zuruf)

**Elke Ferner, Antragskommission:** Ich kenne zwar die Formulierung nicht, aber gib uns, Horst, die Freiheit, es redaktionell in deinem Sinne in den Antrag einzuarbeiten. Dann übernehme ich das jetzt für die Antragskommission.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Ich gehe davon aus, dass es kein Problem ist, den ganzheitlichen Pflegebegriff dort unterzubringen. Die Antragskommission wird es dann redaktionell übernehmen.

Damit können wir abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt zum Initiativantrag 4 Annahme. Wer folgt diesem Votum? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das mit ganz großer Mehrheit beschlossen.

Dann gab es den Vorschlag von Elke, zu den anderen Anträgen aus dem Bereich der Gesundheitspolitik genauso zu verfahren wie mit den Anträgen aus dem Bereich der Sozialpolitik, also über die Empfehlungen der Antragskommission im Block abzustimmen. Gibt es jemanden, der dagegen ist? – Das ist nicht der Fall.

Wer möchte den Empfehlungen der Antragskommission zu den übrigen Anträgen folgen? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann sind die Empfehlungen mit großer Mehrheit beschlossen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

**Elke Ferner, Antragskommission:** Ich bedanke mich.

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Damit haben wir auch das heutige Programm geschafft.

Ich habe vorhin die Uhr angehalten und lasse den Zeiger jetzt wieder los. Es ist 19.30 Uhr.

(Heiterkeit)

Ich wünsche euch allen einen schönen Parteiabend.

Ich bitte euch, daran zu denken, dass die Uhr heute Nacht umgestellt wird. Ihr gewinnt also eine Stunde. Trotzdem geht es morgen früh um 9.00 Uhr weiter.

Der Parteitag ist bis morgen früh um 9.00 Uhr unterbrochen. Ich wünsche uns allen gemeinsam einen schönen Parteiabend. Ich denke, den haben wir alle uns verdient.

(Unterbrechung: 20.52 Uhr.)

## Sonntag, 28. Oktober 2007, Beginn: 09.20 Uhr

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Einen schönen guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Ich sehe in viele erwartungsfrohe Gesichter, und außerdem seid ihr alle ausgeschlafen, wie ich merke.

Ehe wir das heutige Tagwerk beginnen, noch eine Bemerkung zu gestern: Die Sammlung für den Marie-Schlei-Verein hat 1.650,54 Euro gebracht. Vielen Dank bei allen Spenderinnen und Spendern.

(Beifall)

Wir haben ein Geburtstagskind unter uns, nämlich Sigrid Leuschner aus meinem eigenen Bezirk.

(Beifall)

Ich hoffe, sie ist schon da. Komm bitte nach vorne. Kurt hat ein paar Blumen für Dich.

(Parteivorsitzender Kurt Beck überreicht einen Blumenstrauß – Beifall)

Jetzt geht es zur Sache, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben heute die Freude und Ehre, uns abschließend mit einem Grundsatzprogramm zu befassen. Was nicht jedes Mal auf dem Bundesparteitag vorkommt. Wir werden uns mit eurer Hilfe bemühen, das hier zügig zu bearbeiten. Wie wir wissen, ist das gut vorbereitet.

Ehe ich Kurt Beck das Wort zu einleitenden Bemerkungen gebe, bekommt ihr, wie sich das im 21. Jahrhundert gehört, erst ein paar laufende Bilder zu sehen. Film ab!

(Film – Beifall)

Das Wort zur Einführung in das Hamburger Programm hat nun unserer Parteivorsitzender Kurt Beck.

(Beifall)

## Einführung in das Grundsatzprogramm durch den Parteivorsitzenden Kurt Beck

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich wünsche euch einen guten Morgen, ich wünsche uns einen dritten guten Tag hier in Hamburg, und ich wünsche uns, dass wir mit dem Hamburger Programm dem gerecht werden, was diejenigen, die vor uns um Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit in einer friedlichen Welt gekämpft haben, uns mit auf den Weg gegeben haben.

Dabei werden wir uns darum bemühen, auf diesem Weg unseren Grundwerten zu entsprechen und auf die Fragen und Herausforderungen von heute und morgen solche Antworten zu geben, die den Menschen gerecht werden und die auch von zukünftigen Generationen noch als zeitgerechte Antworten verstanden werden können.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen denen, die das nächste Programm – vielleicht in 15, vielleicht in 20 Jahren –, schreiben werden eine Basis geben, damit sie so, wie wir das heute können, auf all die Vorarbeit aufbauen können, die geleistet worden ist.



© Marco Urban – www.marco-urban.de



Liebe Genossinnen und Genossen, das ist eine große Verantwortung, aber wir haben in unserer Geschichte nichts zurückzunehmen. Wir müssen uns für nichts, was entschieden worden ist, bei den Menschen entschuldigen. Wir müssen keine Brüche vollziehen oder erklären.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen mit Freude an die Gestaltung der Zukunft gehen; denn politisches Gestalten heißt, das Zusammenleben von Menschen zu organisieren. Für die Sozialdemokratie hat das immer bedeutet, dass es nicht nur für die Deutschen friedlich und gerecht zu geht, sondern dass alle Menschen in diese Überlegungen und unsere Verantwortung einbezogen werden.

Dabei müssen wir über unsere Generationen hinaus denken und handeln. Vielleicht dringlicher denn je bedeutet das heute, dass wir die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu bewahren haben, damit wir nicht verbrauchen und verwirtschaften, was auch für viele, viele Generationen nach uns unabdingbar notwendig ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Sinne hat Sozialdemokratie immer versucht, gemeinsame Ziele zu formulieren und damit für uns selber, die Sozialdemokratie, aber auch für unser Land und erkennbar darüber hinaus für alle deutlich zu machen, wo unser Weg hingehen soll. Wir sind eine Partei, die sagt, wie sie ihre Grundvorstellungen umsetzen will und die deshalb den Bürgerinnen und Bürgern ein echtes Angebot macht, mitzuwirken am politischen Entscheiden, mitzugestalten und vor allen Dingen mitzuentcheiden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Eines will ich auch unterstreichen: So sehr sich die Bedingungen für Politik verändern, so richtig bleibt es, dass vieles, was vom Heidelberger Programm über Godesberg und über das Berliner Programm aufgeschrieben und Grundlage unserer Politik geworden ist, bleiben wird. So wollen wir auch heute ein Programm beschließen, das, wenn es einmal fortgestaltet wird, auch Bleibendes beinhaltet und eine Basis gesetzt hat, von der aus zukünftige Generationen soziale und gerechte Politik gestalten können.

Deshalb will ich allen danken, nicht nur denen, die an diesem Programmprozess teilgenommen haben, sondern auch denen, die sich vor uns dieser Herausforderung immer wieder gestellt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass wir neu analysieren mussten, nach dem – Gott sei Dank – Deutschland wiedervereinigt ist und Europa diese große

Chance, zu einem einigen und einheitlich handelnden Kontinent zu werden, begonnen hat zu nutzen. Wir wissen, dass die Öffnung der Weltwirtschaft, die Öffnung der Finanzmärkte, aber auch die Öffnung über Grenzen hinweg und die Möglichkeit, einander begegnen zu können, vieles ermöglicht, was wir uns gewünscht haben, nämlich eine Welt, in der sich Menschen frei bewegen können. Wir müssen es jetzt hinkommen, dass sie auch miteinander weltweit Verantwortung übernehmen.

(Beifall)

Dafür können wir freilich nicht allein sorgen. Aber wir können ein Zeichen setzen und einen wichtigen Beitrag leisten. Wir können uns intensiv darum bemühen, dass ein Europa entsteht, dass weltweit eine Kraft darstellt, die dann viel bewegen kann. Daran wollen wir arbeiten.

Deshalb bleibt es bei unserem Ziel wie damals im Heidelberger Programm schon vereinbart. Damals hat man von den Vereinigten Staaten von Europa gesprochen. Heute wollen wir ein demokratisches, ein föderales und ein soziales Europa, das weltweit eine Rolle spielt, die auf Frieden und Aussöhnung der Völker, auf Hilfsbereitschaft und Miteinander ausgerichtet ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen, dass darüber hinaus Schritt für Schritt daran gearbeitet wird, den Vereinten Nationen zusätzliche Möglichkeiten des Handelns einzuräumen, um dagegen anzugehen, dass aus Hunger und Not, aus Unterdrückung, aus der furchtbaren Wirkung von Seuchen und Krankheiten eine Lage entsteht, in der diejenigen, die Terror als Lösung betrachten, es leicht haben, gebeutelte, notleidende und gequälte Menschen für furchtbare terroristische Ideologien zu gewinnen.

Wir wollen diesen Gedanken aufnehmen, den schon der Club of Rome formuliert hat, nämlich dafür zu sorgen, dass aus Hunger oder Wassermangel nicht neue Konflikte auf dieser Erde entstehen, Konflikte, die vor kontinentalen Grenzen nicht halt machen werden.

Wir wollen aus dieser Analyse Folgerungen ziehen, deutlich herausarbeiten, dass wir eine faire und offene Weltordnung wollen, eine Ordnung, in der die demokratisch legitimierte Vertreterinnen und Vertreter des Volkes und ihre Regierungen das Sagen haben und nicht anonyme Kräfte der Finanzwelt bestimmen, wo es lang gehen soll.

(Beifall)

Die Versöhnung von Wirtschaft, Umweltschutz und von sozialer Gerechtigkeit ist der Maßstab, den wir an unsere Handeln anlegen. Deshalb wollen wir, dass die Sozi-

aldemokratie sich weiterhin und mit aller ihrer Energie als Friedenskraft bewährt und Abrüstungsbemühungen immer in den Vordergrund stellt, dass wir weiter daran arbeiten, die Quellen für Auseinandersetzungen und Unfrieden auf der Welt zu erkennen, und dort, wo wir können, zu helfen. Wir sind bereit, unseren Beitrag auf dieser Welt zu leisten, um Konflikte zu vermeiden, und da, wo sie entstanden sind, sie mit vernünftigen und verantwortlichen Mitteln zu lösen oder zumindest einzugrenzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht uns darum, den Gedanken der Nachhaltigkeit – er hat auf diesem Parteitag zu Recht eine große Rolle gespielt – zu einer Leitschnur all unserer Entscheidungen zu machen. Wir dürfen weder aus der Natur noch aus dem, was wir zu erarbeiten vermögen, mehr herausziehen und verbrauchen, als wir Neues hinzufügen können. Nur dann handeln wir verantwortlich gegenüber den Generationen, die nach uns Verantwortung haben werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, nachhaltiges Handeln heißt nicht, dass wir die Ökologie zur Ideologie machen. Aber sie ist unverzichtbar in unserem Denken in allen Bereichen, insbesondere im wirtschaftlichen Denken müssen wir das Prinzip der Nachhaltigkeit, verankern. Es geht darum, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir die Menschen bei diesen Entscheidungen beteiligen, dass wir nicht nur über demokratische Wahlen und Kontrollen, sondern zusätzlich über die Schaffung von neuen Beteiligungsmöglichkeiten in unseren Kommunen und in Institutionen bürgergesellschaftliches Denken gewährleisten und fördern. Die Menschen sollen eigene Akzente setzen können. Sie sollen an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitwirken können, eingebettet in Entscheidungen, die Verantwortliche in den Kommunen treffen.

Elemente davon sollten sich auch auf der staatlichen Ebene wiederfinden.

Wer eine solche demokratische Durchdringung unseres Gemeinwesens will, für die und für den sind auch Mitbestimmung und Mitwirkung in den Betrieben selbstverständlich, wo es um die Produktionsmittel, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Das werden wir fest im Auge behalten. Für uns ist Mitbestimmung ein Teil der demokratischen Ausrichtung unserer Gesamtgesellschaft.

(Beifall)

Dabei wissen wir, dass Deutschland nur dann seine soziale und kulturelle Vielfalt bewahren kann, wenn wir ökonomisch erfolgreich sind. Deshalb bejahen wir ausdrücklich das System der sozialen Marktwirtschaft, wissend dass die ökologischen und sozialen Gesichtspunkte immer wieder aufs Neue betont, beschrieben und durchgesetzt werden müssen.

Dieses System einer sozialen Marktwirtschaft birgt alle Chancen, dass wir ökonomisch erfolgreich sind. Wir müssen es allerdings davor schützen, dass immer Wenigere über die Produktionsmittel und immer Wenigere über die Finanzmittel verfügen und letztendlich daran die Marktwirtschaft zugrunde gehen könnte. Deshalb sagen wir ja zu einer breit aufgestellten, auf Konkurrenz ausgerichteten mittelständischen Wirtschaft, die erfolgreich sein soll. Aber Erfolg bedeutet für uns auch, dass derjenige, der die Verantwortung über die Produktionsmittel hat, neben dem Erfolg des Betriebes immer auch Verantwortung für die Menschen, die in einem Betrieb arbeiten, und für die Stadt oder Gemeinde hat, in der das Unternehmen seinen Platz hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb wollen wir, dass erfolgreich gewirtschaftet wird, dass Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen werden. Wir stehen ein für wirtschaftlichen Erfolg. Aber wir fügen unmissverständlich hinzu: Es darf nicht irgendeine Arbeit sein, die wir den Menschen bieten. Sie dürfen, wenn sie arbeiten können, nicht noch zusätzlich von Sozialtransfers abhängig sein, sondern wir wollen dabei bleiben, dass der Wert und der Respekt vor der gut gemachten Arbeit so hoch angesiedelt sind, dass derjenige, der vollschichtig arbeitet, davon auch anständig leben können muss.

(Beifall)

Zu diesem Respekt vor den Menschen, der hinter diesen Zielen steht, gehört auch, dass wir das Soziale in unserer Gesellschaft nie zum lästigen Übel erklären lassen dürfen. Wir hatten in den letzten Jahren weltweit eine Tendenz – die war auch bei uns in einem Maße überbordend da –, dass man sich Sorgen machen musste. Menschen sollten immer nur funktionieren, und alles, was dieses Funktionieren beeinträchtigen konnte, wurde zum Übel erklärt. Aber Menschen sind mit ihren Stärken und mit ihren Schwächen Individuen, und der Respekt vor jedem Individuum muss auch in Zukunft die entscheidende Richtschnur all unseres Handelns sein.

(Beifall)

Der schwerstbehinderte Mensch, der rund um die Uhr unserer Betreuung bedarf, und diejenigen Persönlichkeiten, vor denen wir für ihre Leistungsfähigkeit Respekt haben, müssen uns, was das Menschliche angeht, gleich viel wert bleiben. Das ist eine entscheidende Grundlage zur Erhaltung der Ethik in unserer Gesellschaft und damit des Respekts vor dem Leben überhaupt.

(Beifall)

Wir antworten auf diese Aufgabenstellung, indem wir der bisherigen Idee vom Sozialstaat, von der Solidarität des Stärkeren gegenüber den Schwächeren ein neues Element hinzufügen: das Element des vorsorgenden Sozialstaates – vorsorgender Sozial-

staat nicht als Abwendung von der Hilfe für diejenigen, die der Hilfe bedürfen, sondern als Herausforderung, die wir spüren und annehmen, um Hilfsbedürftigkeit, wo immer es geht, erst gar nicht entstehen zu lassen.

(Beifall)

Es war deshalb, wie ich es immer empfunden habe, ein öffentlicher Irrtum, wenn uns im Rahmen dieser Programmdebatte unterstellt worden ist, als wollten wir einen Weg der Abwendung von der sozialen Ausrichtung unserer Gesellschaft und unserer Politik gehen. Nein, richtig ist, dass wir diese sozialen Anstrengungen in diesem Sinne des vorsorgenden Handelns, des Chancen-Gebens, des gerechten Chancen-Verteilens erweitern wollen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Eine ganz entscheidende Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft in der Zukunft ist es, dass wir heute die Bildungschancen so organisieren, so verteilen, dass alle nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten daran teilhaben können. Es ist eine der größten Fehlentwicklungen, die wir uns gar nicht leisten können, wenn wir junge Menschen nicht so fördern, wenn wir die Bedingungen nicht so gestalten, dass ihre unterschiedlichen Fähigkeiten möglichst optimal entwickelt werden können. Deshalb wird Chancengleichheit in der Bildung immer eines unserer prioritären Ziele bleiben – heute und morgen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir von Chancengleichheit sprechen, dann war es in der Geschichte immer so und wird es auch so bleiben, dass wir diesen Maßstab immer auch auf die Chancen zwischen den Geschlechtern anzuwenden haben. Wir werden ja nachher noch eine Debatte über den Satz aus dem Berliner Programm haben, wonach die männliche Gesellschaft überwunden werden muss, um für die Frauen entsprechend Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu erzielen. Ich will sagen, wie immer man diese Frage einschätzt, ob das so im Programm stehen sollte oder nicht: Erstens. Das dahinter stehende Ziel ist für uns völlig außer Frage.

(Beifall)

Zweitens. Dabei erinnere ich mich, lieber Hans-Jochen Vogel, daran, wie du mit deiner berühmten Beharrlichkeit auf dem Münsteraner Parteitag die Quote durchgesetzt hast. Ich muss ehrlich sagen, ich hatte damals auch Zweifel, ob das der richtige Weg ist. Du hast Recht behalten, nicht ich. Deshalb will ich versuchen, Lernfähigkeit auch dadurch zu zeigen, dass ich den Frauen zurufe: Wenn ihr diesen Antrag stellt, dann werde ich ihm zustimmen.

(Beifall)

Bitte, liebe Genossen, sagt nicht „Jetzt fängt der auch an, opportunistisch sein“. Nein, lasst es uns als Männer umgekehrt sehen: Wir sind stark genug zu wissen, dass auch wir in einer gleichen Reihe stehen können und dass wir dann gleiche Chancen haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Erlaubt mir ein Wort zur kulturellen Dimension unseres Zusammenlebens. In den schönen Liedern der Arbeiterbewegung ist immer deutlich geworden, dass wir den kulturellen Anspruch und den Gerechtigkeitsanspruch eben nicht einer Oberschicht überlassen wollen, sondern dass wir wissen: Menschen können im immateriellen Sinne nur reich leben, wenn sie in einer kulturell reichen Welt leben. Deshalb lasst heute und morgen diese Sozialdemokratie eine Partei sein, die für die Kulturschaffenden eine Diskussionsbasis ist. Wir wollen sie nicht vereinnahmen, aber wir wollen Ihnen sagen: Wir kämpfen gemeinsam um kulturelle Freiheit in diesem Land, in Europa, weltweit, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn ich von der Verankerung unserer Werte gesprochen habe, dann will ich mir doch erlauben, einen Begriff zu nennen, den wir, lieber Hubertus Heil, ganz bewusst vorgeschlagen haben in diesem Programm, nicht nur als geschichtliche Reminiszenz, sondern ausdrücklich als Teil der inhaltlichen Basis unserer Arbeit. Das ist der Begriff des demokratischen Sozialismus.

(Beifall)

Ich will gerne einräumen, dass es nicht meine Alltagsformulierung ist. Aber wenn irgendjemand meint, uns mit diesem Begriff treiben zu können oder gar unterstellen zu können, wir wollten einen Widerspruch zwischen Gerechtigkeit und Freiheit zuungunsten der Freiheit auflösen, wenn jemand das versucht, dann hat er in der Tat geschichtlich keine Ahnung oder er oder sie ist böswillig.

(Beifall)

Wir wollen die Menschen gewinnen, die wir einer solidarischen Mehrheit zu-rechnen. Sozialdemokratisch zu wählen oder in diese Partei zu kommen und sozialdemokratische Politik mit uns zu gestalten, das sollte für jede Frau und jedermann offen sein, seien es diejenigen, die einer anderen Nationalität angehören und bei uns leben, oder seien es Menschen, die unternehmerisch tätig sind, die freiberuflich tätig sind, die im kulturellen Bereich tätig sind oder seien es unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und diejenigen, die dieses Land aufgebaut haben, unsere heutigen Rentnerinnen und Rentner. Sie alle sind eingeladen, bei uns mitzumachen, wenn sie bereit sind, sich einzusetzen für eine soziale, für eine gerechte, für eine

weltoffene, für eine friedliche, für eine tolerante Politik, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Daran zu arbeiten, dafür einzutreten, das lohnt. Dass es sich lohnt, haben ganz, ganz viele bewiesen, die sich an diesem Programmprozess beteiligt haben. Wir haben – es ist im Film dargelegt worden – wirklich eine sehr breite Diskussion geführt.

Ich habe gestern bei diesem schönen Parteiabend – Kompliment noch einmal an alle, die das organisiert haben –

(Beifall)

Studenten aus Bonn getroffen. Wir hatten dort an der Hochschule den Diskussionsprozess eröffnet und gestern Abend vereinbart, dass wir, wenn das Programm beschlossen ist, diese Diskussion noch einmal aufnehmen und sie fortsetzen. Ich sage dies, weil mit dem Programmprozess, mit der heutigen Diskussion und der Entscheidung die Arbeit an diesem Hamburger Programm nicht beendet ist. Es geht nicht etwa nur darum, es abzuspeichern und dann bei Einzelentscheidungen wieder abzurufen. Nein, lasst uns offensiv mit diesem Programm umgehen. Lasst uns die Ziele in die gesellschaftliche Diskussion weiterhin einbringen, indem wir auf allen möglichen Ebenen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einladen, entlang dieser Überzeugung über die Zukunft zu diskutieren. Das ist ein Auftrag, den wir heute mit diesem Programm auch beschließen.

(Beifall)

So, liebe Genossinnen und Genossen, finde ich, ist eine solche Programmdiskussion nicht einfach ein Kreis, der sich mit den Kartenzeichen am Ende der Debatte schließt, sondern es ist eher ein Bogen, den wir unter Spannung halten, indem wir zur Mitwirkung an der Debatte und der Umsetzung einladen.

Ich will damit schließen, dass ich deutlich mache: Es gibt keine vernünftige Alternative – nach unserer Überzeugung; aber ich glaube, dass man das auch objektiv so feststellen kann und darf – zum steten Ringen um Friedfertigkeit innerhalb unserer Gesellschaft und innerhalb der Völker, um eine soziale Ausrichtung der Gesellschaft bei uns und der Gesellschaften in Europa und, wo wir es beeinflussen können, darüber hinaus. Es gibt keine Menschlichkeit, wenn Solidarität nicht unser Handeln bestimmt. Das von einem freiheitlichen, offenen Deutschland als Signal ausgehen zu lassen, unterstreicht die internationale Verantwortung, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer empfunden haben. Ich finde, es unterstreicht auch, dass wir aus diesen Werten eine innere Kraft ziehen können, die unsere Gesellschaft nicht in Interessengruppen auseinandertreiben lässt, sondern die diese Gesellschaft

zusammenhält und mehr Gemeinsamkeit als Auseinanderstrebendes betont. So wollen wir diese Gesellschaft sehen: miteinander in eine gute, friedliche, gerechte Zukunft. – Vielen herzlichen Dank.

(anhaltender Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, lieber Kurt. – Für die Antragskommission hat jetzt Hubertus Heil das Wort.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, der Bundesparteitag in Berlin im Dezember 1999, also vor nunmehr acht Jahren, hat beschlossen, dass wir ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten sollen. Ihr wisst, das war ein langer Weg. Es gab hin und wieder Unterbrechungen, auch durch das, was Hans-Jochen Vogel einmal die leicht asthmatischen Personalzustände an der Spitze der Partei genannt hat. Wir haben heftigst diskutiert und gestritten. Aber wir waren uns immer bewusst, dass die SPD in der stolzen Tradition als Programmpartei steht. Wir sagen seit 144 Jahren, wir sind Programmpartei, *die* Programmpartei in Deutschland. Trotzdem ist es notwendig, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir uns noch einmal vergegenwärtigen, welche Funktion ein Programm eigentlich hat. Wenn man in die Geschichte guckt, dann wird man feststellen: Je nach historischer Situation hatten unsere Grundsatzprogramme sehr unterschiedliche Funktion.

Es gab Programme wie das Erfurter Programm von 1891, das in einer feindlichen kaiserlichen Umgebung gegen die Obrigkeit entstanden war. Es war ein Programm, das vor allen Dingen der Orientierung in der eigenen Mitgliedschaft und Anhängerschaft galt.

Und es gab Programme wie das Godesberger Programm von 1959, die gar nicht so sehr nach innen gerichtet waren, sondern die der Öffnung der SPD galten: der Schritt von der Arbeiterpartei zu *der* linken Volkspartei in Deutschland. Dieser Schritt von 1959 war die Grundlage dafür, dass viele Menschen, die vorher draußen standen, eine Heimat in der Sozialdemokratie finden konnten, beispielsweise Menschen, die sich aus christlichem Antrieb und Glauben politisch engagierten, Menschen wie Erhard Eppler, wie Johannes Rau und Gustav Heinemann, die wir heute wie selbstverständlich zu uns rechnen, die der Öffnungsprozesse zum Dialog mit den christlichen Kirchen von 1959 sehr berührt hat.

Diese Öffnung der SPD Ende der 50er-, Anfang der 60er-Jahre war die Grundlage für den Aufstieg unserer Partei in den 60er- und 70er-Jahren. Wir haben in dieser Zeit Hunderttausende von neuen Mitgliedern gewonnen. Und wir haben Wahlen gewonnen: 1966 kamen wir in Regierungsverantwortung und stellten ab 1969 mit Willy Brandt den Bundeskanzler.

In den 70er-Jahren kamen dann neue Fragen und neue soziale Bewegungen auf, beispielsweise die Ökologiebewegung nach dem Club of Rome 1972 über die Grenzen



des Wachstums. Die Menschen fragten nach den natürlichen Lebensgrundlagen und nach dem Verbrauch der Umwelt. Wenn wir ganz offen und ehrlich sind, hat sich unsere Partei in den 70er-Jahren mit diesen neuen sozialen Bewegungen, auch mit der Friedens- und modernen Frauenbewegung anfangs außerordentlich schwer getan. Dann haben sich diese Bewegungen Ende der 70er-Jahre eine eigene Partei gegründet, nämlich die Grünen.

Die SPD hat, vor allen Dingen unter Führung von Hans-Jochen Vogel, nach 1982 zusammen mit Willy Brandt versucht, diese Debatten aus den neuen sozialen Bewegungen für die SPD nachholend aufzunehmen. Aber weil wir eine deutsche Partei sind, lieber Jochen Vogel, und damit sehr gründlich, haben wir ein bisschen länger dafür gebraucht. Als Erhard Eppler und du fertig wart mit dem neuen Programm und die Programmdiskussion auf der Höhe der Zeit war, war es bereits Dezember 1989.

Ich will ein großes Kompliment sagen für das, was ihr mit dem Berliner Programm geschaffen habt. Was da drin steht, ist in weiten Teilen – vor allem was die Definition unserer Grundwerte betrifft – nach wie vor richtig. Gerade bezogen auf die Idee des nachhaltigen Fortschritts sollten wir nicht hinter das zurückfallen, was Berlin markierte.

(Beifall)

Aber Tatsache ist auch – Erhard, wir haben darüber gesprochen –, dass das Berliner Programm aus unterschiedlichen Gründen nicht die erhoffte Orientierung entfaltet, auch weil damals jemand zu dem Programm geredet hat, ohne etwas zu dem Programm zu sagen. Dieser Jemand ist heute nicht mehr bei uns; der war aus seiner Sicht, so hast du einmal gesagt, selbst das Programm auf diesem Parteitag. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen feststellen: Das Berliner Programm hat, so richtig vieles ist, in vielen Bereichen leider nicht die Ausstrahlungskraft des berühmten Godesberger Programms entfaltet, weil es im Dezember 1989 beschlossen war und wenige Monate vorher die Mauer gefallen war.

In den 90er-Jahren dann standen wir vor ganz neuen, verschärften Herausforderungen, beispielsweise in der Außen- und Sicherheitspolitik, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, nach dem Ende des Kalten Krieges. Wir hatten die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung, aber mussten erleben, dass es neue Kriege, asymmetrische Bedrohungen und Formen des Terrorismus gab.

Wir haben erlebt, wie dramatisch sich die Arbeitswelt verändert hat, vor allem durch technischen Fortschritt, dass Arbeit verschwunden ist, die früher Menschen Integration ermöglicht hat, die mit Muskelkraft zupackten. Das hat gute und schlechte Seiten: Viele mussten sich nicht mehr totbuckeln, aber Menschen mit einfacher Qualifikation taten sich nun sehr schwer, in Arbeit zu kommen.

Wir haben erlebt, liebe Genossinnen und Genossen, dass die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land wieder auseinandergegangen ist. Das äußerte sich nicht nur darin, dass Menschen wenig Geld hatten. Die Armuts- und Reichtumsberichte haben uns darauf hingewiesen, dass ein Mangel an Bildungschancen, ein Mangel an Chancen auf ein gesundes Leben und die fehlende Perspektive auf Arbeit dazukamen. Wir haben mehrdimensionale Arbeit in Deutschland und dürfen sie nicht eindimensional bekämpfen.

(Beifall)

Deshalb ist es richtig, dass wir uns in den letzten Jahren programmatisch verändert haben. Als wir 1998 in Regierungsverantwortung kamen, haben uns bestimmte Diskussionen der 90er-Jahre in der Realität von Regierungsverantwortung relativ schnell eingeholt, weil wir zuvor nicht zureichend für Klärung gesorgt haben. Gerhard Schröder hat dann – wer mag das leugnen – die SPD programmatisch verändert. Nun kann man darüber streiten, ob er damals eine Alternative hatte. Denn schließlich waren wir nach 16 Jahren Kohl-Regierung mit enormem Reformstau konfrontiert. Als Regierungschef konnte er nicht sagen: Ich lasse die Partei noch einmal zehn Jahre diskutieren. – Er musste handeln, in der Außen- und Sicherheitspolitik, auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Aber zu leugnen ist auch nicht, liebe Genossinnen und Genossen, dass diese Diskussionen in den letzten Jahren zu viel Verunsicherung in der Partei geführt hat.

Daher ist es richtig, dass wir an diesem Punkt die Diskussion heute nach vorne richten. Es war richtig, dass wir mit diesem Grundsatzprogramm einen intensiven Dialogprozess organisiert haben. Wir haben die Willensbildung in der Partei wiederbelebt. 945 Anträge liegen diesem Parteitag vor. Eine Fülle von Beiträgen aus der Gesellschaft und die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung sind in den Programmentwurf eingeflossen.

Im Januar haben wir den Bremer Entwurf vorgestellt und ihn als Parteivorstand einstimmig beschlossen. Da war viel Gutes drin, aber die einhellige Kritik vieler war: Da ist viel zu viel drin, das Programm muss kürzer, zugespitzter, leidenschaftlicher werden. Wir haben dann das aufgenommen, was aus den 945 Anträgen, aus der Mitgliederbefragung, aus der Gesellschaft auf uns zugekommen ist. Ich bin Erhard Eppler, Egon Bahr, Hans-Jochen Vogel und vielen anderen von den sogenannten Altvorde- ren außerordentlich dankbar dafür, dass sie uns einen Beitrag geliefert haben, um das auch sprachlich hinzubekommen.

Ich bin Andrea Nahles und Wolfgang Thierse sehr dankbar. In der Redaktionsgruppe haben wir uns gemeinsam bemüht, das Ganze zuzuspitzen und zu kürzen. Liebe Andrea, lieber Wolfgang, bei aller innerparteilichen Diskussion, das hat Spaß gemacht. Wir können ein Stück stolz auf das sein, was wir hinbekommen haben. Ich danke euch allen beiden ganz herzlich.

(Beifall)



© Marc Steffen Unger – www.ms-unger.de

Wir haben heute einen Entwurf zu diskutieren, der auf vier wichtige Fragen Antworten geben muss:

Erstens: Welche politischen Antworten geben wir auf die wirtschaftliche Globalisierung? Ich saß einmal mit einem jungen FDP-Politiker im Saarland auf dem Podium, der mir nach hitziger Diskussion sagte: Herr Heil, Sie müssen eines lernen; im Zeitalter der Globalisierung kann Politik nicht mehr gestalten. – Das ist das, was die Neoliberalen denken: Das Ende von Politik, das Ende von Gestaltung. Wer den Gestaltungsanspruch aufgibt, der gibt sich politisch selbst auf, liebe Genossinnen und Genossen. Wir resignieren nicht vor dieser Entwicklung.

(Beifall)

Aber es gibt auch die anderen, die die Realitäten leugnen, die sagen: Die Globalisierung gibt es gar nicht. Wir können zurück in die alte, national abgeschottete Welt. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist politisch nicht links, sondern antiaufklärerisch: den Menschen zu suggerieren, es gäbe ein Zurück in eine Vergangenheit, die es nicht mehr gibt. Die Welt wächst zusammen. Das bietet Möglichkeiten, aber auch Risiken. Die Welt wächst zusammen, und sie wird nie wieder national abgeschottet sein.

(Beifall)

Unser Prinzip ist es, Realitäten anzuerkennen, aber sich nicht mit den Verhältnissen abzufinden, sondern Stück für Stück die Dinge zu bewegen. Wir wollen die Globalisierung politisch gestalten, sozial, aber vor allen Dingen demokratisch. Wir lassen nicht zu, dass auf dieser Welt nur noch eines gilt, nämlich das Recht des Stärkeren. Wir setzen bei der Gestaltung der Globalisierung auf die Stärke des Rechts.

(Beifall)

Zweitens: In dem Programm ist die große Herausforderung des Klimawandels angesprochen. Ich muss dazu nicht so viel sagen, weil Sigmar Gabriel das gestern in bewundernswerter Art und Weise angesprochen hat. Wir wollen uns dem Klimawandel entgegenstellen. Wir müssen etwas tun und haben noch kurze Zeit, um diese Herausforderung anzunehmen. Dafür wollen wir technischen Fortschritt nutzen und ihn in den Dienst der Menschen und der Umwelt stellen, um diesen Klimawandel aufzuhalten: Durch Energieeffizienz, durch erneuerbare Energien, durch den Weg in das solare Zeitalter.

Drittens: Der vorsorgende Sozialstaat. Er soll vorausschauend gestalten, heißt es schon im Berliner Programm. Ich glaube, dass das mit einer Uridee unserer Partei zu tun hat. Es war immer richtig, die Menschen vor großen Lebensrisiken solidarisch zu sichern. Das soll so bleiben. Die großen Lebensrisiken, die die Menschen nicht selbst stemmen können, sollen abgesichert bleiben. Ich finde aber auch, dass der Sozialstaat nicht nur Lebensrisiken verlässlich absichern muss. Auch und vor allem gilt es gleiche Lebenschancen zu verwirklichen.

Es geht nicht nur um Sicherheit, es geht auch um sozialen Aufstieg. Diese Sozialdemokratie ist nicht als Armenküche des Kapitalismus gegründet worden. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es war immer richtig, mit einem Teller Suppe und einem Stück Brot auch unmittelbar Not zu lindern. Die eigentliche Idee der Sozialdemokratie ist es aber, dass das Leben für die Menschen offen ist, dass nicht die Herkunft, das Geschlecht oder die Hautfarbe die Menschen für den Rest ihres Lebens festlegt. Alle Menschen sollen selbstbestimmt leben können. Das meinen wir mit vorsorgendem Sozialstaat. Das ist Emanzipation. Insofern sind wir eine Partei der Freiheit.

(Beifall)

Wir haben in Sachen Freiheit keine Belehrungen notwendig, weil wir eine Partei sind, die in ihrer Geschichte bewiesen hat, dass wir für Freiheit gekämpft, manche auch gelitten haben und einige auch gestorben sind. Wir müssen uns nicht von vermeintlich Liberalen erklären lassen, was Freiheit ist. Wir wissen, dass das auch die Freiheit vor dem Staat ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen aber auch: Freiheit hat soziale Voraussetzungen, damit Menschen selbstbestimmt leben können. Der Staat muss einen Bei-

trag leisten, damit Menschen tatsächlich Freiheit erleben können und sie nicht nur auf dem Papier steht. Das meint unser Freiheitsbegriff: Freiheit für ein selbstbestimmtes Leben, gleiche Lebenschancen für alle. Das unterscheidet uns von den Neoliberalen, die von Freiheit schwatzen, aber nichts dafür tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Viertens: Liebe Genossinnen und Genossen, für wen machen wir das Programm und welche Funktionen hat es? Ich habe am Anfang gesagt, es habe Programme gegeben, die Orientierung nach innen gegeben haben, und es habe welche gegeben, die die Partei nach außen geöffnet hätten. Ich befürchte, wir müssen dieses Mal beides bekommen.

Wir müssen auch Orientierung nach innen geben. Ich kann mich an einen Parteitag in Mannheim erinnern. Dort hat einer sehr lebendig gesprochen. Ausgerechnet der hat gesagt, dass man nur dann andere überzeugen kann, wenn man selbst eine Überzeugung hat. Es war ausgerechnet Oskar Lafontaine, der seine Überzeugung ständig gewechselt hat. Ein Witz der Geschichte. Aber der Satz stimmt: Nur dann, wenn wir selbst überzeugt sind, können wir andere überzeugen. Deshalb muss dieses Programm Orientierung nach innen geben, aber eben auch die Menschen draußen erreichen.

Ich will zum Schluss von einer Frau erzählen, die mir sehr wichtig ist, einer Frau, die Landarbeiterin in einem kleinen Ort in Niedersachsen war, einer Frau, die ihr Leben lang hart gearbeitet hat und eine schmale Rente hatte, weil sie als Landarbeiterin erleben musste, dass der Bauer nicht in die Rentenkasse eingezahlt hat – oder, wie man damals sagte, nicht für sie geklebt hat –, einer Frau, die ein schweres Leben hatte, die den Nationalsozialismus und den Krieg miterlebt hat, einer Frau, die allein-erziehend Kinder durchbringen musste, einer Frau, die niemals auf einer Parteiveranstaltung war und niemals ein Grundsatzprogramm gelesen hat. Diese Frau – sie heißt übrigens Luise Gross und ist vor drei Jahren gestorben – hat ihr Leben lang SPD gewählt. Luise Gross ist übrigens die Frau, die mich großgezogen hat. Sie war zwar nicht meine leibliche Großmutter, aber ich habe sie Oma genannt. Sie hat mich geprägt.

Wenn man sie fragte, warum, dann sagte sie immer drei Dinge:

Erstens: Willy Brandt und Helmut Schmidt haben für Frieden gestanden. Ich habe Krieg erlebt, und ich will, das Frieden bleibt.

Zweitens: Die SPD hat dafür gesorgt, dass wir Frauen selbst bestimmen können und dass nicht über uns bestimmt wird.

Drittens: Ich will, dass es im Leben besser läuft – für mich auch, ja, aber zumindest meinen Kindern soll es einmal besser gehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, diese drei Sätze, warum man SPD wählt, können bei jedem von uns auch anders ausfallen. Aber jeder von uns muss drei Sätze auch im Schlaf sagen können, warum wir Sozialdemokraten sind und warum wir stolz darauf sind, Sozialdemokraten zu sein. Das muss dieses Programm leisten. Dieser Prozess wäre notwendig, damit wir zu neuer Kraft und auch zu Sprachfähigkeit und Überzeugungskraft gegenüber den Menschen kommen. Wen wir erreichen wollen, ist klar.

(Beifall)

Wir machen das Programm nicht nur für uns selbst, sondern wir wollen die solidarische Mehrheit in diesem Land gewinnen, von der Kurt Beck gesprochen hat.

Die Menschen in diesem Land sind sehr unterschiedlich. Wir sind keine Partei einer Schicht, einer Klasse oder einer Berufsgruppe. Es gibt einige, die gucken optimistisch in die Zukunft und denen geht es gut, und es gibt andere, die Angst vor sozialem Abstieg haben. Vielen und der Mehrheit ist aber gemeinsam – dessen sind wir sicher –, dass sie eine gerechte und moderne Gesellschaft wollen. Diese solidarische Mehrheit will die SPD mit dem Hamburger Programm wieder gewinnen.

Es war mir eine Ehre, an diesem Programm mitgestalten zu dürfen. Es war mir eine Ehre, mitzuhelfen, dass wir mit dem Hamburger Programm klar sagen, wofür wir stehen.

Ich bitte euch um Zustimmung. Herzlichen Dank!

(Beifall)

## Aussprache über das Grundsatzprogramm

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Hubertus.

Vor der Zustimmung steht die Aussprache. Das Präsidium schlägt euch vor, dass wir uns jetzt eine Generalaussprache bis höchstens 12.30 Uhr vornehmen – wir müssen das nicht ausschöpfen, aber wenn ich mir die Zahl der Wortmeldungen ansehe, dann gehe ich davon aus, dass wir das ausschöpfen werden – und dass wir ab 12.30 Uhr in die konkrete Antragsberatung eintreten und dann auch keine Begründungen für Anträge und Abänderungsanträge mehr hören, sondern wirklich in das Abstimmungsverfahren eintreten. Ich gehe von eurer Zustimmung aus.

Wir sorgen auch sehr dafür, dass die Redezeit von fünf Minuten eingehalten wird. Ich hoffe, dass uns das auch gelingt. Als Erstes hat sich Ute Berg vom Parteivorstand gemeldet. Ihr folgt Erhard Eppler.

**Ute Berg, Parteivorstand:** Genossinnen und Genossen! Ich war das erste Mal Mitglied einer solchen Programmkommission für ein neues Grundsatzprogramm, und ich muss sagen, dass es eine unheimlich spannende Zeit und ein spannender Prozess von der Vorstellung der Leitlinien bis hin zur Entwicklung des Hamburger Programms war.

Ich fand es beeindruckend und ermutigend, wie intensiv und engagiert innerhalb, aber auch außerhalb der Partei diskutiert wurde. Wir haben in diesen Diskussionen deutlich machen können, wofür wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu Beginn des 21. Jahrhundert stehen, nämlich für den festen Willen, nachhaltigen Fortschritt und qualitatives Wachstum zu sichern, für den festen Willen, Armut und Ausbeutung zu überwinden und gute Arbeit zu ermöglichen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine Gesellschaft, die es allen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das war von jeher das Ziel der Sozialdemokratie, und das ist es natürlich auch heute noch. Zu Beginn unserer fast 150-jährigen Geschichte ging es darum, den Sozialstaat erst einmal zu entwickeln, aufzubauen. Heute geht es darum, diesen Sozialstaat weiterzuentwickeln, ganz im Sinne von Willy Brandt, der immer wieder deutlich gemacht hat, dass man auf der Höhe der Zeit sein muss, wenn man Gutes erreichen will.

(Beifall)

In unserem Programm haben wir gesagt: Wir wollen einen vorsorgenden Sozialstaat. Darauf möchte ich mich jetzt einmal konzentrieren. Der Sozialstaat, den wir bisher kennen, verfolgt zu sehr nachsorgende Ziele. Er wird oft erst dann richtig aktiv, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Er kümmert sich zu wenig darum, Krank-

heiten, Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel von vornherein zu verhindern. Der vorsorgende und in die Menschen investierende Staat fördert Beschäftigung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er befähigt die Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern.

Wir wollen natürlich, dass die Menschen von diesem Staat unterstützt werden, und zwar von Anfang an. Wenn wir das tun, dann wird es auch immer weniger Menschen geben, um die wir uns im Nachhinein kümmern müssen, die nämlich durch einen Rost gefallen sind. Dass wir uns auch um diese kümmern müssen, ist ja selbstverständlich.

Der vorsorgende Sozialstaat investiert in die Menschen und in ihre Potenziale und in die soziale Infrastruktur, mithilfe derer die Menschen am Leben der Gesellschaft teilhaben können.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, das das exemplarisch deutlich macht, und zwar der Ausbau und die Qualifizierungsoffensive in Bezug auf Kinderbetreuung. Damit wird investiert in frühe individuelle Förderung und in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verbessern damit die Bildungschancen der Kinder und damit ihre späteren Lebenschancen. Wir ermutigen und unterstützen auf diese Weise junge Paare, ihre Kinderwünsche auch tatsächlich zu realisieren; denn sie haben so die Chance, Beruf und Familie wirklich unter einen Hut zu bringen. Wir handeln damit ganz nebenbei rentenpolitisch vorausschauend, indem wir möglichst viele Menschen an der Finanzierung der Rentenkassen beteiligen.

Wir handeln aber auch aus ökonomischen Gründen und im Interesse der Wirtschaft vernünftig, weil wir damit den zum Teil schon jetzt bestehenden und auch in Zukunft noch stärker zu erwartenden Fachkräftemangel bekämpfen, indem wir auch zunehmend Frauen in den Arbeitsprozess hinein nehmen.

Last, but not least: Das Familieneinkommen wird gesteigert, wenn beide Partner arbeiten. Was allein erziehende Mütter und Väter betrifft, ist es sowieso selbstverständlich, dass sie ganz besonders auf diese Betreuungsangebote angewiesen sind. Letztlich schaffen wir es auch damit, sogar Kinderarmut, die ein ganz drängendes Problem in unserer Gesellschaft ist, zurückzudrängen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wenn der Staat in eben beschriebener Weise vorsorgend tätig wird und dieses Prinzip Vorsorge sich als Querschnittsaufgabe durch alle Felder staatlichen Handelns zieht, dann ist das ganz sicher im Sinne von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Deshalb lasst uns für diesen vorsorgenden Sozialstaat eintreten!

(Beifall)



**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Ute. – Als Nächster spricht Erhard Eppler. Ihm folgt Jo Leinen.

Ich möchte vorher noch ganz herzlich Wolfgang Apel, den Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes, begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße auch ganz herzlich Gesine Schwan, die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina.

(Beifall)

Bitte schön, Erhard.

**Erhard Eppler:** Liebe Genossen! Ich lasse die Anrede „Genossinnen“ für einen Augenblick außen vor. Ich muss den Genossen ein Geständnis machen. Der umstrittene Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, der muss die männliche überwinden“ stammt nicht von einer radikalisierten Feministin, sondern von mir.

(Beifall)

Ihr dürft ihn getrost ins Hamburger Programm übernehmen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Sigmar Gabriel hat gestern an den internationalen IG-Metall-Kongress in Oberhausen vom April 1972 erinnert, den der damals todkranke Otto Brenner noch einberufen hatte. Er hat an einem Zitat von Gustav Heinemann, der damals Präsident war, deutlich gemacht, wie aktuell das alles ist, was übrigens in 12 Bänden aufbewahrt worden ist. Zitate von 35 Jahren, die heute gesprochen sein könnten.

Damals hatten viele begriffen – aufgrund des ersten Berichts des Club of Rome –, dass wir in den Industrieländern, aber auch anderswo zwar noch sehr viele Chancen hatten, nur eine nicht, nämlich einfach so weiterzumachen, wie wir es bis dahin getan hatten.

(Beifall)

Schon damals im Jahre 1972 war in Oberhausen Thema, was dann 15 Jahre später durch die Brundtland-Kommission weltweit bekannt wurde, nämlich dass das, was man ökonomische und soziale Entwicklung nennen konnte, eben nicht sustainable, nicht durchhaltbar, nicht zukunftsfähig war und dass es unsere Aufgabe war, etwas, was nicht zukunftsfähig war, zukunftsfähig zu machen. Das war die Erkenntnis von 1972. Dann später noch einmal von 1987. Liebe Freunde, wenn man eine nicht

zukunftsfähige Entwicklung zukunftsfähig machen will, dann kann man sich nicht auf den Markt verlassen.

(Beifall)

Das ist aus einem der Zitate, die Sigmar Gabriel vorgetragen, deutlich geworden: Es war 1972 schon klar, das ist eine politische Aufgabe, die nur zu bewältigen ist durch einen handlungsfähigen Staat. Diese Erkenntnis ist dann vielleicht weniger verloren gegangen als überrollt worden erst einmal durch die erste Ölkrise, die weltweit, aber auch in Deutschland nicht zum Anlass genommen wurde, eine neue Energiepolitik zu formulieren, sondern dazu, mit keynesianischen Mitteln die Konjunktur zu stabilisieren.

Dann kam in den 80er-Jahren von England und von Amerika her, Thatcher und Reagan, verstärkt durch die Implosion des Kommunismus, die marktradikale Welle, die all das weggespült hat, was wir schon 1972 begriffen hatten.

Wenn der Markt immer klüger ist als die Politik, wenn der Staat nur ein Markthindernis ist, das man durch Deregulierung möglichst beseitigen muss, wo bleibt dann die Frage, wie man eine nicht zukunftsfähige Entwicklung durch Politik zukunftsfähig machen kann?

(Beifall)

Liebe Freunde, ich gestehe Euch, ich habe wie ein Hund darunter gelitten, dass ausgerechnet in dem Augenblick, wo für Politik und Staat eine Aufgabe entstand, die schwieriger war als jede Aufgabe vorher, nämlich eine nicht zukunftsfähige Entwicklung zukunftsfähig zu machen, dass genau in diesem Augenblick diese marktradikale Welle uns klargemacht, dass wir den Staat gar nicht brauchen und dass Politik entweder überflüssig oder schädlich ist. Ich fürchte, die Historiker werden einmal die Köpfe darüber schütteln, wie das ausgerechnet in diesem Augenblick passieren konnte. So haben wir übrigens sehr viel Zeit verloren bei diesem Versuch, etwas nicht Zukunftsfähiges zukunftsfähig zu machen.

Jetzt im Jahr 2007 verblasen die Verheißungen der Marktradikalen. Sie werden schlicht und einfach nicht mehr geglaubt: von Lateinamerika bis Mitteleuropa und nach Deutschland.

(Beifall)

Die marktradikale Welle hat sich überschlagen, und gleichzeitig – das hängt vielleicht damit zusammen – haben wir durch die Dramatik des Klimawandels wieder das begriffen, was wir 1972 zu begreifen begonnen hatten.

Liebe Freunde, das bedeutet nicht, dass wir uns vom Markt verabschieden müssen. Gerade eine solche Politik kann sich des Marktes bedienen. Sigmar Gabriel hat ja

gestern Beispiele dafür gezeigt, wie man das macht. Natürlich kann sich aber nur ein handlungsfähiger Staat des Marktes bedienen, damit nicht der Markt sich nur noch des Staates bedient.

(Beifall)

Nebenbei: Die Menschen spüren das ja. Christian Ude hat gestern einige Beispiele dafür genannt, wie sie das spüren. Vielleicht haben sie manchmal auch Zukunftsangst. Wir sollten nicht darüber hinweggehen. Das gibt es: Zukunftsangst vor dem sozialen Abstieg, aber auch vor der ökologischen Katastrophe. Da fragt man dann: Wer beschützt uns davor?

Die Menschen spüren übrigens auch, dass wir dann, wenn wir diese Aufgaben meistern sollen, etwas nichts Zukunftsfähiges zukunftsfähig zu machen, alle Instrumente brauchen, die wir haben. Deshalb bin ich dem Parteitag für seinen Beschluss dankbar, den er gestern in Sachen Bundesbahn gefasst hat. Die ist eines der Instrumente, das wir nicht weggeben können, wenn wir den Klimawandel stoppen wollen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Menschen suchen jetzt nach einer Alternative, und zwar in einer ganz bestimmten historischen Situation. Das ist die, dass die Globalisierung der Märkte perfekt und irreversibel geworden ist. Wir kriegen das nicht mehr zurück, auch wenn wir es wollten. Und gleichzeitig fällt die Ideologie, die dies vorangetrieben hat und die die Globalisierung bisher bestimmt hat, nämlich der Marktradikalismus, immer mehr in sich zusammen. In dieser Situation fragen die Menschen: Und wo ist nun die Alternative zu dem, was die Marktradikalen sagen, eine Alternative trotz Globalisierung? – Die Frage ist: Wer soll diese Alternative eigentlich machen? Die FDP? – Da ist in der Tat nur ein Lächeln möglich.

(Beifall)

Die Union? – Da gibt es welche, die möchten es gerne, und da gibt es andere, die möchten das gar nicht. Also wird das nicht zustande kommen. Das neue Programm der Union ist nicht schlecht. Das haben gescheite Leute gemacht. Aber wenn man die ganzen 96 Seiten durchliest, stellt man fest: Damit kann man jede beliebige Politik machen – oder auch das Gegenteil.

(Beifall)

Die Linken können die Alternative nicht bieten, weil sie in der Globalisierung noch gar nicht angekommen sind.

(Beifall)

Also bleibt es bei uns hängen. Das ist der Hintergrund des Grundsatzprogramms, das heute zu beschließen ist.

Wenn ein parteiloser Freund oder eine parteilose Freundin euch fragt „Was steht eigentlich in eurem neuen Programm?“, dann werdet ihr zuerst einmal sagen: „Du, das kann ich in einem Satz nicht sagen. Da steht viel drin, viel Gescheites.“ Wenn dann der Freund sagt „Aber ich möchte wissen, kannst du es in einem Satz sagen?“, dann würde ich sagen – da kann ich an das anknüpfen, was Kurt Beck vorhin gesagt hat –: „Wir wollen dieses unser Land zukunftstauglich machen“,

(Beifall)

und zwar ökologisch – darüber ist schon viel geredet worden –, finanziell – durch geordnete Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden und auch durch eine entsprechende Ausstattung der drei Ebenen –, wirtschaftlich, indem wir konkurrenzfähig bleiben – das gehört zur Sustainability, zur Nachhaltigkeit –, bei den Sozialsystemen, indem wir den Sozialstaat durch den vorsorgenden Sozialstaat ergänzen, aber auch in gewissem Sinne entlasten.

Übrigens: Wir müssen auch Zukunftsfähigkeit in der inneren Sicherheit durchsetzen.

(Beifall)

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht, wie in Amerika, eine Privatisierung der Gewalt bekommen,

(Beifall)

dass die Sicherheit vor Verbrechen zu einer Ware wird, die sich ein paar leisten können und die meisten nicht.

(Beifall)

Das staatliche Gewaltmonopol ist heute nicht mehr von linken Terroristen bedroht, sondern von denen, die sich Sicherheit jederzeit kaufen können. Da sind wir im Interesse unserer Wählerinnen und Wähler aufgefordert, dieses staatliche Gewaltmonopol mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

(Beifall)

Wenn wir von Sustainability, von Zukunftsfähigkeit reden, dann gehört auch unsere Demokratie dazu. Liebe Freunde, die kommunale Demokratie leidet heute darunter, dass immer mehr Aufgaben so privatisiert sind, dass der Gemeinderat gar nichts mehr dazu zu sagen hat.

(Beifall)

Man kann nämlich nicht einen demokratischen Staat abbauen, ohne die Demokratie mit abzubauen. Das ist etwas, was wir auch noch lernen müssen.

(Beifall)

Wir möchten, dass ein Wähler, ein citoyen, eine citoyenne, wenn sie wählen gehen, auch das Gefühl haben, dass sie etwas bewirken, d. h. dass diejenigen, die nachher regieren, auch wirklich regieren können und nicht von irgendwelchen Finanzgrößen abhängig sind. Das heißt, die Demokratie muss auch um ihre Glaubwürdigkeit kämpfen. Das kann sie nur, wenn sie auch handlungsfähig bleibt.

(Beifall)

Schließlich: Zur Zukunftsfähigkeit gehört Europa. Ich glaube, dass dieses Deutschland nur zukunftsfähig sein kann, wenn es in Europa aufgehoben ist – aufgehoben im Hegelschen Sinn: aufbewahrt, hinaufgehoben und in ihrer alten Souveränität annulliert. Das ist das Deutschland, das zukunftsfähig sein wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, worauf es jetzt ankommt und was wir unserem Volk sagen wollen, ist: Wir wollen, dass unsere Enkel – und ich als alter Mann füge sogar hinzu: die Urenkel – in einem Land leben, in dem es sich ökologisch, sozial und wirtschaftlich leben lässt und in dem diese späteren Generationen ihre Entscheidungen, die sie für richtig halten, ohne Erblasten treffen können, die sie erdrücken. Wenn wir das unserem Volk klarmachen können, dann ist dieses Programm auch ein Medikament gegen die Zukunftsangst. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank, Erhard Eppler. Das Tagungspräsidium bittet um Nachsicht bei der Flexibilität, mit der wir die Geschäftsführung handhaben.

(Beifall)

Aber mir wäre, glaube ich, eher die Hand abgefallen, als hier eben bei Erhard Eppler zu klingeln. Das habe ich, ehrlich gesagt, nicht über das Herz gebracht. Ansonsten bemühen wir uns weiter, die fünf Minuten einzuhalten.

Jo Leinen, du hast das Wort. Anschließend Inge Wettig-Danielmeier.

**Jo Leinen, Saarland:** Liebe Genossinnen und Genossen, es ist fast zu schön, dass ich nach Erhard Eppler reden darf; denn, lieber Erhard, ich erinnere mich noch gut und lebendig an die 70er-Jahre – du hast davon gesprochen –, als die Ökologiediskussionen in den Kinderschuhen waren und wir mehr taube als offene Ohren für dieses Thema hatten. Ich möchte dir an dieser Stelle – ganz persönlich und auch für viele andere – ein-

mal ausdrücklich danken. du warst es, der in Zeiten, in denen viele zur Partei der Grünen weggelaufen sind, mich und viele andere in der SPD gehalten haben, lieber Erhard. Vielen Dank für deine Gradlinigkeit und deine Weitsicht, vielen Dank dafür.

(Beifall)

Erhard Eppler hat viele kluge Sätze gesagt. Da gab es nicht nur das Bekenntnis, dass die menschliche Gesellschaft nur zu erreichen ist, wenn die männliche überwunden wird. Ich erinnere mich an einen anderen Satz von Erhard Eppler, der hieß: Was ökologisch richtig ist, kann politisch nicht falsch sein. – Die 30 Jahre, die in der Ökologiediskussion hinter uns liegen, sind in diesem neuen Grundsatzprogramm angekommen, aber, ich meine, noch nicht ganz angekommen.

Die SPD im Saarland und andere haben darum gekämpft, dass neben den drei Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Nachhaltigkeit ein sozialdemokratischer Grundwert wird.

(Beifall)

Ich weiß, es hat viele Debatten gegeben, und es ist jetzt ein Grundprinzip. Aber es ist noch nicht ein Grundwert. Lieber Kurt Beck, vielleicht braucht es den nächsten Parteitag mit dem nächsten Grundsatzprogramm – wir werden sehen, was in 20 Jahren passiert ist –, dass vielleicht doch neben dem Frieden unter den Menschen auch der Frieden der Menschen mit den Ökosystemen eine so grundsätzliche Sache geworden ist, dass wir sie vielleicht als einen vierten Grundwert in unser Programm, in unsere Statuten aufnehmen.

Ich wollte aber eigentlich zu einem ganz anderen Thema reden. Zu der Baustelle, an der ich jetzt arbeite, dem Europaparlament, sagt ja unser Grundsatzprogramm Einiges und Gutes aus. Unsere Programme sollen ca. 20 Jahre halten. Ergo muss man sich vorstellen, wie die Welt im Jahre 2025 um uns herum aussieht. Ganz sicher wird der Wettbewerb mit China und auch mit Indien schärfer. Das ist eine große Herausforderung an das europäische Gesellschaftsmodell. Die Völkerwanderung aus Afrika nach Europa wird mit Sicherheit größer; davon kann man ausgehen. Der Klimawandel wird spürbarer werden, und vielleicht ist der internationale Terrorismus dann auf seinem Höhepunkt angelangt.

Liebe Genossinnen und Genossen, schon diese Themen zeigen: Die großen Probleme der Zukunft werden wir nur gemeinsam anpacken können, gemeinsam mit unseren Nachbarn, gemeinsam mit unseren Partnern. Deshalb ist der Satz richtig, der in dem Europakapitel ganz vorne steht. Diese Europäische Union ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Sie ist unsere Antwort auf die Gefahren und die Probleme, die vor uns stehen.

(Beifall)

Wir brauchen deshalb nicht weniger Europa, wie man das allenthalben hört, sondern wir werden viel mehr Europa brauchen. Ich bin außerordentlich dankbar dafür, dass es nach etlichen Debatten gelungen ist, dass wir dort anknüpfen, wo diese älteste Partei in Europa, die älteste sozialdemokratische Partei schon 1925 war, nämlich dass wir festhalten an der Vision der Vereinigten Staaten von Europa. Das ist unsere Zukunftsvision. Dahin wollen wir kommen, und dafür werden wir arbeiten.

(Beifall)

Das wird nicht so heißen. Die Union heißt Europäische Union. Wir brauchen das gar nicht umzubenennen. Aber die Inhalte müssen dem entsprechen, was man mit Vereinigten Staaten von Europa meint, das heißt, nicht nur einen Binnenmarkt, einen schönen Markt für Import und Export, auch nicht nur eine Währung, sondern eine politische Union, in der Europa seine Interessen und seine Werte vertritt, auf einer Basis gemeinsamer Werte und nicht x-beliebig vom Moment her geprägt und auch von vielen Irrtümern begleitet.

Das Zweite, was auch nicht alle wollen: Wir wollen nicht nur ein Europa der Staaten, sondern wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Ich meine, in dem Programm gibt es viele Baustellen, die auf diese beiden Ziele, politische Union und Bürgerunion, hinweisen. Ich sehe aber auch, dass die Ziele immer sehr wohlfeil sind, es in der Praxis dann aber auch immer ganz schön schwierig ist. Bei dem sozialen Europa haben wir hier über gute Arbeit geredet. Ja, wir wollen gute Arbeit für uns in Deutschland, aber auch gute Arbeit um uns herum; denn wir werden keine gute Arbeit in Deutschland bekommen, wenn um uns herum nur schlechte Arbeit herrscht.

Auf dem Tisch des Europaparlaments liegen zwei Richtlinien, die Richtlinie über die Leiharbeit in Europa und die Richtlinie über die Arbeitszeit in Europa. Da würde ich mir schon wünschen, liebe Mitglieder der Bundesregierung, dass, wenn in einigen Wochen die Leiharbeit beschlossen wird, Deutschland bei einer guten Formulierung nicht auf der Bremse steht, sondern auf dem Gaspedal, dass wir nicht bei den Verneinern sind, sondern bei den Befürwortern dessen, was die SPD-Gruppe mit den Sozialisten erkämpft hat, nämlich Gleichstellung der Leiharbeiterinnen und -arbeiter ab dem ersten Tag und nicht erst nach sechs Monaten; denn das würde in Spanien bedeuten, dass 80 Prozent der Leiharbeiter gar nicht darunter fallen würden. Also, Deutschland muss sich an solchen Stellen dann auch praktisch nach vorne bewegen.

(Beifall)

Ich denke, dass das demokratische Europa eine andere Leitidee ist. Der Souverän in der Europäischen Union ist nicht der Staat, sondern muss der Mensch, der Bürger

und die Bürgerin, bleiben. Deshalb brauchen wir die parlamentarische Demokratie auf europäischer Ebene. Wir sind schon weit gekommen, aber wir sind noch lange nicht am Ziel.

Wir brauchen auch eine demokratische Infrastruktur, damit diese parlamentarische europäische Demokratie funktionieren kann. Ich bin der Berichterstatter im Parlament für europäische Parteien. Auch das liegt gerade auf dem Tisch. Wir haben am Montag in Straßburg darüber abgestimmt. Lieber Peer Steinbrück, wir werden da nachher noch reden müssen. Auch da steht Deutschland auf der Bremse. Man glaubt es kaum, aber es ist so. Mit den Polen, den alten, sage ich einmal, den Kaczynski-Polen, und den Briten gibt es keine deutsche Position für ein fortschrittliches Statut für europäische Parteien. Es kann nicht sein, dass im Finanzministerium blockiert wird. Da muss man dann Farbe bekennen. Man muss das auch wollen.

Ich will dann schließen, liebe Genossinnen und Genossen. Was Erhard Eppler eben für das große Thema Zukunftsfähigkeit im ökologischen Bereich gesagt hat, das gilt für den Internationalismus, die Europavision. Wir können das nicht den Konservativen und den Liberalen überlassen, weil deren Europakonzept viel zu eng und viel zu kurz gesprungen ist. Europa wird sozial und demokratisch sein, oder es wird nicht zustande kommen. Das geht nur mit uns, mit den Sozialdemokraten. Das geht nur mit der SPD und unseren Partner- und Schwesterparteien. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank. Das Wort hat Inge Wettig-Danielmeier. Ihr folgt Katja Mast aus Baden-Württemberg.

**Inge Wettig-Danielmeier:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben einen sehr informativen Film zur Einführung in die Programmdebatte gesehen. Dennoch: Ist euch klargeworden, dass jedes Programm auch die Frauenfrage, und zwar nicht nur als Randproblem, enthalten hat?

Das Berliner Programm enthielt neu neben dem großen Thema Nachhaltigkeit zum ersten Mal eine ganz grundsätzliche Position zum Thema Gleichstellung. Das war im Film nicht enthalten. Wir kommen im Berliner Programm zu dem Schluss: Frauen und Männer können erst in Freiheit und Gleichheit leben, wenn die Gesellschaft in ihren Grundstrukturen geändert wird, Schritt für Schritt, aber doch mit dem festen Ziel, die immer noch männlichen Strukturen in unserer Gesellschaft zu überwinden – weil wir, Männer und Frauen, dann wirklich frei entscheiden können. Nur wenn sie frei sind von der Häme und dem Unverständnis ihrer Arbeitgeber und Kollegen, können Männer sich auch anderem als der Erwerbsarbeit widmen. Nur wenn Frauen nicht immer wieder an Maßstäben gemessen werden, die nur Männer erfüllen kön-



nen, sind sie frei, sich gelassen gegen Erwerbsarbeit oder für sie, gegen Hausarbeit oder für sie zu entscheiden.

(Beifall)

Diese Veränderung der Strukturen in unserer Gesellschaft, die Veränderung der Urteile und Vorurteile war Grundlage des Aufbruchs im Berliner Programm. In der ganzen Diskussion vorher gehörten Quote und Grundsatzprogramm eng zusammen. Erhard Eppler hat das in dem berühmten Satz zusammengefasst, den wir lange erstritten hatten. Der jetzige Programmentwurf enthält viele richtige Forderungen und Ansätze, die wir alle unterschreiben. Aber die Änderung der vorhandenen männlichen Strukturen in unserer Gesellschaft ist unabdingbar für die geforderte Wahlfreiheit.

(Beifall)

Deshalb bitte ich, dem Initiativantrag zuzustimmen, der das noch einmal zusammenfasst und deutlich macht: Wir knüpfen an das Berliner Programm an. Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

(Beifall)

Ich freue mich sehr, dass Kurt Beck dem zustimmen will. Und ich hoffe, im nächsten Film über Programme fällt diese, für die Hälfte der Menschheit so wichtige Frage dann nicht wieder unter den Tisch.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Inge. Das Wort hat Katja Mast. Es folgt Julian Nida-Rümelin.

**Katja Mast, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Unser Grundsatzprogramm ist besser geworden als das Berliner Programm, gerade im Kapitel „Gute Arbeit für alle“. Wir halten an der Vollbeschäftigung als Ziel fest, aber wir geben heute mehr Antworten auf das Ziel der Vollbeschäftigung als nur die Arbeitszeitverkürzung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass rund 600.000 Menschen in der Zeitarbeit arbeiten. Deshalb wollen wir Zeitarbeit nicht mehr verteufeln, sondern sie durch Tarifverträge und Mitbestimmung gestalten. Wir wollen den sozialen Arbeitsmarkt, der Jobperspektiven für diejenigen schafft, die durchfallen und heute keine Chance auf Teilhabe durch Arbeit haben – Langzeitarbeitslose mit vielen Problemen am Arbeitsmarkt. Unser Konzept des Mindestlohns ist zukunftsweisend. In der Globalisierung muss der Staat regulierend eingreifen, ohne die Verantwortung für die Löhne den Tarifvertragsparteien wegzunehmen.

Aber zwei Punkte fehlen uns aus Baden-Württemberg im Programm beim Thema „Gute Arbeit“. Für uns ist gute Arbeit mehr als gerechter Lohn und Arbeit, die nicht krank macht. Ich weiß, es stehen noch mehr Punkte drin. Aber wir wollen, dass gute Arbeit die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen voll ermöglicht. Das heißt, wir wollen keine Minijobs.

(Beifall)

Franz hat uns gestern deutlich gemacht: Wer arbeitet, soll mehr haben. Das schaffen wir für Singles mit dem Mindestlohn. Wir aus Baden-Württemberg wollen gerne einen Schritt weiter gehen, um Teilhabe durch Arbeit für alle zu ermöglichen. Jene, die es schwer haben, einen Job zu finden, jene, die nicht nur für sich, sondern auch für ihre Familien sorgen müssen, jene, die Geringverdiener sind – die brauchen unsere Unterstützung noch mehr. Sie wollen wir von Abgaben entlasten.

Gestern haben wir das mit dem „Bonus für Arbeit“ konkret formuliert. Das bedeutet mehr Steuerfinanzierung in den sozialen Sicherungssystemen. Das wollen wir aus Baden-Württemberg im Grundsatzprogramm „Gute Arbeit für alle“ mit aufgenommen wissen. Ich bitte euch beim entsprechenden Kapitel um eure Unterstützung.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Ich will eine Bemerkung zum weiteren Verfahren machen, weil hier Nachfragen gekommen sind. Wir wollen, wie gesagt, die Grundsatzdebatte nach Möglichkeit bis 12.30 Uhr abschließen und rufen dann die einzelnen Kapitel auf. Aber wir sind natürlich nicht in der Lage, über die einzelnen Kapitel zu debattieren. Das ist nicht vorgesehen. Vielmehr werden wir bei den einzelnen Kapiteln dann nur noch die Wortmeldungen zulassen, die konkret einen Änderungsantrag einbringen. Dazu gibt es dann aber keine Debatte, sondern nur die Stellungnahme der Antragskommission. Ich bitte dafür um Verständnis. Alles andere würde den Rahmen des Parteitags sprengen. – Julian hat das Wort, dann folgt Elke Ferner.

**Julian Nida-Rümelin, Kulturstaatsminister a. D.:** Genossinnen und Genossen! Jedes Programm braucht klare Botschaften. Zu einer der Botschaften des Grundsatzprogramms, das wir heute beschließen, möchte ich einige wenige Bemerkungen machen, auch deswegen, weil wir seit einigen Jahren unter dem massiven Druck einer fast schon Allgemeingut gewordenen Ideologie stehen und das nicht ganz ohne Einfluss ist auf das, was in unserer Partei diskutiert wird und was an Kommentaren zu dem heute zu beschließenden Entwurf in den Zeitungen nachzulesen ist.

Dieser Programmentwurf bekennt sich zu Freiheit und Gleichheit. Ja, auch zu Gleichheit, nicht nur zu sozialer Gerechtigkeit. In meinen Augen gibt es auch überhaupt keinen Grund, an diesem Punkt defensiv zu diskutieren.

(Beifall)

Die politische Moderne beginnt mit diesen beiden Wertorientierungen: Freiheit der eigenen Lebensgestaltung vor Herrschaft und Gleichheit unabhängig von Stand, von Herkunft, von Religion. Die Sozialdemokratie verwaltet, wenn ich das recht sehe, konsequent als einzige große Partei in Deutschland dieses Erbe.

(Beifall)

Lasst mich das ein wenig konkretisieren: Die Schrumpfform des Liberalismus, die Erhard Eppler „Marktradikalismus“ genannt hat – manche nennen sie die „libertäre“ Form von Liberalismus; wir sollten jedenfalls aufhören, von Neoliberalismus zu sprechen; denn mit Liberalismus hat das nur noch wenig zu tun –, besagt im Wesentlichen Folgendes: Ja, wir stehen zu Gleichheit, aber es genügt formale Rechtsgleichheit – unabhängig davon, wie viel Geld ich für gute Anwälte habe – und alles andere regelt der Markt. Die Sozialdemokratie sagt: Wir wollen nicht lediglich formale Gleichheit, wir wollen nicht lediglich die Freiheit der Abwehr gegenüber Eingriffen des Staates, wir wollen eine genuine, gleiche Freiheit, nämlich gleiche Würde und gleiche Möglichkeiten, ein eigenes Leben zu gestalten. Das ist unser Ziel. Dieses Ziel wird sich nicht einstellen, wenn wir nicht neben dem Markt einen starken Staat und eine starke Zivilgesellschaft in Deutschland etablieren.

(Beifall)

Der Markt versagt in drei Punkten systematisch – nicht in fünf, nicht in einem, sondern in genau drei:

Erstens: Er ist zukunftsblind. Auch dazu hat Erhard Eppler einiges Wichtige gesagt. Zweitens: Er ist verteilungsblind. Er grenzt diejenigen aus, die auf dem Markt nicht nützlich sind. Drittens: Er stellt öffentliche und kollektive Güter nicht zur Verfügung. Das weiß jeder Ökonom im zweiten Semester seines Studiums. Er produziert nicht kollektive Güter. Das muss jemand tun, und das kann nur der Staat. Deswegen freue ich mich, dass dieser Entwurf dies sehr klar sagt.

(Beifall)

Letzte Bemerkung, Genossinnen und Genossen. Programme brauchen klare Botschaften, aber diese Botschaften bestehen nicht so sehr in dem, was auf dem Papier geschrieben steht, sondern in unserer konkreten Praxis überall dort, wo Sozialdemokraten Verantwortung tragen. Ich sage als Pragmatiker: Die konkrete Praxis ist die Botschaft.

(Beifall)

Dort müssen wir nun beweisen, dass wir es ernst meinen. Deswegen glaube ich, dass wir diese weitere Botschaft mit der anderen, die ich gerade genannt habe, verbinden müssen.

Wir wollen Deutschland als Bildungsnation. Bildung ist der entscheidende Schlüssel für gleiche Freiheit, gleiche Autonomie, gleiche Chancen eines selbstbestimmten Lebens. – Danke schön.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank. – Als Nächstes spricht Elke Ferner, anschließend Michael Müller.

**Elke Ferner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD ist immer Vorkämpferin für die Gleichstellung von Männern und Frauen gewesen. Das ist nicht nur in ihrer Programmatik, sondern immer auch in ihrem politischen Handeln zum Ausdruck gekommen.

1875 waren wir die erste Partei in Deutschland, die im Gothaer-Programm das allgemeine, gleiche Wahlrecht für alle Staatsangehörigen und damit auch für die Frauen gefordert hat. Im November 1918 ist das Frauenwahlrecht eingeführt worden. Das heißt also, dass unsere Partei nächstes Jahr ein rundes Jubiläum hinsichtlich der Einführung des Frauenwahlrechtes begeht. Ich glaube, das ist ein guter Zeitpunkt, um deutlich zu machen, dass es ohne die SPD keinen Fortschritt bei der Gleichstellung von Männer und Frauen gegeben hat und geben wird, sondern nur mit ihr.

(Beifall)

Elisabeth Selbert und andere haben 1949 den Art. 3 Grundgesetz mehr oder weniger ins Grundgesetz reinboxen müssen. Es wurden viele Briefkarten und Postkarten geschrieben. In den 70er-Jahren gab es Änderungen beim Eherecht im Bürgerlichen Gesetzbuch. Unter Rot-Grün haben wir vieles bewegt. Die sozial-liberale Koalition hat es geschafft – davon habe ich persönlich auch profitiert –, dass es auch für Mädchen möglich geworden ist, weiterführende Schulen zu besuchen. Obwohl auch damals immer noch gesagt worden ist, dass das Mädchen sowieso einmal heiratet, ist das doch selbstverständlicher geworden. Heute ist es selbstverständlich, dass Mädchen genau die gleiche Bildung erhalten wie die Jungen. Und das ist auch gut so und eine wichtige Grundlage für den weiteren Lebensweg.

(Beifall)

Wir haben in den letzten Jahrzehnten viel erreicht, aber wir sind noch lange nicht da, wo wir hin wollen und wo wir hin müssen. Deshalb muss man sich natürlich fragen, warum wir das noch nicht erreicht haben. Wir haben es deshalb noch nicht erreicht, weil wir die männlich geprägten Strukturen in unserer Gesellschaft immer noch nicht überwunden haben.

Warum sonst erhalten Frauen trotz besserer Schulabschlüsse und teilweise auch trotz besserer Berufsausbildungen immer noch weniger Lohn für die gleiche Arbeit? Warum sonst gibt es immer noch die Unterteilung in typische Männer- und Frauen-

berufe? Warum leisten Frauen immer noch den Löwenanteil an unbezahlter Arbeit in unserer Gesellschaft, aber nur einen Bruchteil der bezahlten Arbeit? Warum ist es für Mütter und Väter immer noch nicht möglich, gemeinsam und partnerschaftlich sowohl erwerbstätig zu sein, als auch die Sorge für Kinder und pflegebedürftige Angehörige zu übernehmen? Warum kann die bestausgebildete Frauengeneration, die unser Land je gehabt hat, auch im 21. Jahrhundert nur in Ausnahmefällen in die Spitzenfunktionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre oder Verwaltung vordringen?

Ich sage Euch, liebe Genossinnen und Genossen: Die Antwort ist relativ einfach. Sie lautet: Weil wir auch im 21. Jahrhundert die männlich geprägten Strukturen des 19. und 20. Jahrhunderts immer noch nicht überwunden haben.

(Beifall)

Meine Generation hatte es schon viel leichter als die unserer Mütter. Die meisten aus meiner Generation werden die Gleichstellung für sich selber aber nicht realisieren können. Wir wollen aber, dass die Generation unser Töchter und Söhne gleichberechtigt, gleichgestellt und partnerschaftlich leben kann. Wir wollen, dass diese Generation der jungen und selbstbewussten Frauen ihre Ziele verwirklichen kann, ohne dass sie genauso wie ihre Mütter an den Strukturen scheitern oder vor ihnen kapitulieren, auch wenn es vielleicht in einem späteren Lebensalter erfolgt.

Ich möchte einen Satz von Hans-Jochen Vogel zitieren, den er uns 1987 auf der ASF-Bundeskonferenz in Mannheim bei seinem Grußwort als Parteivorsitzender gesagt hat. Das Motto der Konferenz war übrigens: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“. Hans-Jochen hat gesagt – ich zitiere –: „Ihr habt auf dieser Konferenz den Blick in die Zukunft gerichtet und habt das, was ihr jetzt für notwendig haltet, mit einem Satz aus dem Irseer-Programm umrissen: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ Er sagte weiter: „Das ist ein Satz, den nicht wenige als provozierend empfinden werden. Dennoch halte ich ihn in der Tendenz für zutreffend. Unsere Gesellschaft und vor allem die Politik brauchen mehr weibliche Grunderfahrungen und mehr weibliche Denkweisen.“

Ich glaube, das ist immer noch der Fall. Mir wäre es auch lieber, wir bräuchten diesen Satz nicht mehr. Deshalb bin ich Kurt sehr dankbar, dass er das auch unterstützt. Der Antrag ist gestellt. Ich bitte euch alle, dem Änderungsantrag 13 zum Absatz 11 des Gleichstellungskapitels zuzustimmen, damit wir hier ein Stück Identität bewahren und wissen, was die Aufgaben für die nächsten Jahre sind. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Danke, Elke. – Michael Müller, NRW, hat das Wort. Danach spricht Andrea Nahles.

**Michael Müller, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Nachdem wir gestern einen Parteitag einer selbstbewussten Partei erlebt haben, muss der heutige Tag des Parteitages eine Zukunftsbotschaft geben. Dann wird er rund.

Wenn man die Geschichte der Sozialdemokratie sieht, dann ist das Schlüsselthema die soziale Bändigung des Kapitalismus. Das haben wir in der Vergangenheit auf der Basis von Nationalstaat und hohem Wachstum getan. Jetzt müssen wir unter den Bedingungen von Globalisierung und Begrenzung eine neue Antwort darauf geben, was Fortschritt ist. Das ist der Kern dessen, was das Programm zu leisten hat.

Wenn das die Ausgangsbedingung ist, dann müssen wir vor allem in zwei Punkten eine Klarheit der Politik wiederherstellen:

Erster Punkt. Wir sind in der merkwürdigen Situation unsere Zeit, dass wir immer mehr Wissen haben – vor allem immer mehr Wissen über Gefahren –, dass gleichzeitig aber Orientierung in dramatischer Weise schwindet. Dieser Widerspruch, auf der einen Seite immer mehr Wissen zu haben, auf der anderen Seite aber immer weniger Sicherheit und Orientierung, ist ein Kernproblem unserer Gesellschaft und der Politik. Dieses muss durch Programme, durch das Geben von Orientierung und durch Deutung von Situationen beseitigt werden. Das ist der Kern unserer politischen Aufgabe.

Zweiter Punkt: Er ist genauso problematisch. Wir erleben immer mehr, dass aufgrund der Ökonomisierung des Denkens Teilbereiche absolut gesetzt werden und dass die Bedeutung dessen, was Gesellschaft ausmacht, verschwindet. Auch hierzu ein Beispiel.

Es ist für die Sozialdemokratie und für die Gesellschaft eine Katastrophe, dass der Begriff der Reform auf ein kleinkariertes ökonomisches Renditedenken reduziert wird. Es ist nicht so, dass Modernisierung mit Gewinnen und Renditen gleichgesetzt werden darf. Das ist heute aber der Tenor in den Leitartikeln der Zeitungen. Das ist Unsinn. Die Grundidee von Reformen ist die bessere Gesellschaft und nicht sozusagen der Profit von Herrn Ackermann. Das ist der entscheidende Unterschied, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Daraus ergibt sich, dass wir mit dem Programm drei große Aufgaben zu erfüllen haben. Die erste große Aufgabe ist, dass wir deutlich machen müssen, was die wichtigsten Zukunftstrends sind, und wir müssen deutlich machen, wie wir diese Zukunftstrends bewerten und welche Antworten wir geben.

Der zweite Punkt ist: Wir müssen Orientierung geben, die nicht nur eine Orientierung für eine Teilfrage ist, sondern die deutlich macht, wie das Ganze weitergeht.

Der dritte Punkt ist: Wenn ein Umbau notwendig ist – und der ist notwendig –, dann müssen wir klarmachen, wir machen dies auf eine berechenbare und verträgliche Weise.

Wenn das so ist, dann bedeutet das aus meiner Sicht: Die große Geschichte der Sozialdemokratie war in der Vergangenheit der Sozialstaat. Er muss in der Zukunft die Idee der Nachhaltigkeit oder der Zukunftsfähigkeit, wie Erhard das gesagt hat, sein. Die Idee der Nachhaltigkeit ist nicht eine Position Anti-Wachstum, aber sie ist eine Position, die das Wachstum auf eine neue Ebene stellt, nämlich auf die Ebene einer sozial und ökologisch verträglichen Entwicklung. Das ist eine neue Qualität in unserem Denken und Handeln.

Das ist auch ein wichtiger Punkt: Diese Grundidee ist eine sozialdemokratische Grundidee. Sie geht nämlich von drei großen Arbeiten aus: von Olof Palme mit der gemeinsamen Sicherheit, von Willy Brandt mit dem gemeinsamen Überleben und von Gro Harlem Brundtland mit der gemeinsamen Zukunft. Nachhaltigkeit ist eine Fortentwicklung sozialdemokratischer Programmatik in der Globalisierung. Das muss der Kern sein.

Ich stelle den Antrag, dass dieses Programm nicht mit seinen allgemeinen Formulierungen anfängt, sondern dass es gleich am Anfang heißt: Wir stehen am Beginn eines Jahrhunderts der Nachhaltigkeit oder es wird ein Jahrhundert der Gewalt und Ausgrenzung werden. Das ist die Alternative, um die es geht. Entweder wir kriegen den Sprung in die Nachhaltigkeit hin oder es droht Gewalt, Ausgrenzung und Niedergang. Das ist die sozialdemokratische Antwort: Nachhaltigkeit. Das ist ein anderes Politikkonzept als dieses dumme Konzept des Postliberalismus.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank. – Als Nächste spricht unsere stellvertretende Parteivorsitzende Andrea Nahles. Es folgt Stephan Grüger, Hessen Süd.

**Andrea Nahles, stellvertretende Parteivorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen! Dieses Hamburger Programm ist ein Programm gegen die ungebremste Macht des Kapitals. Es ist ein Programm für die Macht der Demokratie. Es ist das erste Programm einer europäischen Partei, das eine umfassende und zusammenhängende Antwort auf den globalen Kapitalismus und auf die Globalisierung gibt. Darauf können wir uns freuen: auf den Dialog mit unseren europäischen sozialdemokratischen Partnerparteien.

Wir wollen uns einmal eine Stammtischweisheit der Konservativen und Liberalen anschauen. Da heißt es immer: Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es uns allen gut. Aber die Menschen in diesem Land lassen sich nicht mehr hinter die Fich-

te führen. Denn wenn einige wenige global viel Kapital anhäufen, dann heißt das noch lange nicht, dass es Wohlstand für alle gibt.

(Beifall)

Das ist die Wahrheit. Deswegen sagt die Sozialdemokratische Partei: Der Markt ist die beste wirtschaftliche Koordinierungsform, die Menschen sich ausgedacht haben. Aber ein sich selbst überlassener Markt, ein Markt ohne Spielregeln ist eben ökologisch und sozial blind. Deswegen müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für Regeln und Spielregeln in einer freien Marktwirtschaft kämpfen, damit es eine soziale Marktwirtschaft überhaupt erst werden kann.

(Beifall)

Der Film „Strajk“, der vor kurzem auf den Markt kam, hat etwas sehr Interessantes gezeigt, nämlich was der Auslöser dieser großen Solidarnosc-Streikbewegung war. Das war nämlich Planwirtschaft mit der Forderung, die Produktion muss um 20 Prozent gesteigert werden. Danach gab es ganz viele Unfälle. Daraufhin gab es den Streik.

Wenn heute global agierende Unternehmen, Banken und Fonds Mindestrenditen von 20 Prozent fordern: Was ist denn das? Das ist doch keine reale Ökonomie, das ist doch auch nur eine andere Form der Planwirtschaft. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Warum nicht eigentlich Stimmrecht für Aktien erst dann, wenn sich die Anleger auch verpflichten, diese Aktien länger zu halten? Warum nicht eigentlich die Idee der Nachhaltigkeit nicht nur für die ökologischen Belange, sondern auch in der Ökonomie. Denn das Primat der Politik heißt auch ein Primat gegen Kurzfristigkeit und für langfristige Arbeitsplatzsicherung und für Innovationen und für Weiterbildung, also für Standorte, die tatsächlich auch an die Menschen und die Arbeitsplätze denken und diesen verpflichtet sind. Darum muss es der Sozialdemokratie gehen. Das wird in diesem Programm zum Ausdruck gebracht: Besser statt billiger. Das ist unser Leitmotiv in dieser Frage.

(Beifall)

Ich bin sehr froh, dass dieses Programm einen Europa-Teil hat, der sich selbstbewusst positioniert, was das Thema Europa angeht; der sagt, Europa kann eine soziale Antwort auf die Globalisierung werden, weil es einen hohen Bildungsstandard in diesem Europa gibt, weil wir eine Vielfalt der Kulturen haben, weil Europa in der Lage ist, ein Stück Gegenmacht zu sein. Aber es muss sich noch weiterentwickeln. Denn wir haben immer noch nicht genug Demokratie.



Deswegen freue ich mich, dass der Satz von Willy Brandt eine moderne Fassung bekommen hat, die da heißt: Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen. Damit geben wir eine Antwort auf das, was in anderen Teilen dieser Welt an Frühkapitalismus neue Urstände feiert. Darauf geben wir die Antwort, dieses soziale und demokratische Europa zu stärken und weiterzuentwickeln

(Beifall)

In diesem Sinne bin ich sehr froh, dass es gelungen ist, dieses Programm so auszugestalten, dass es eine große Unterstützung gefunden hat. Lieber Wolfgang Thierse, du hast meinen hohen Respekt. Ich ziehe den Hut. Denn es hat große Freude gemacht, mit dir zu arbeiten. Ich würde jederzeit wieder mit dir, Wolfgang, und mit dir, Hubertus, eine Wohngemeinschaft bilden, um das Programm zu überarbeiten – aber nur auf Zeit. – In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall)

**Christoph Matschie, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Andrea. Jetzt hat das Wort Stephan Grüger. Ihm folgt Detlev Albers.

**Stephan Grüger, Hessen Süd:** Liebe Andrea! Wenn ich dir das damals im Juso-Bundesvorstand vorhergesagt hätte, hättest du mich wahrscheinlich gleich hinausgeschmissen. So sieht man, dass wir uns alle weiterentwickeln und in der gemeinsamen Arbeit voranschreiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, zu diesem Grundsatzprogramm müsste man vorweg sagen, dass es schön gewesen wäre, wenn wir den Entwurf, über den wir jetzt diskutieren, von Anfang vorliegen gehabt hätten. Aber so ist das nun einmal in der Debatte. Es entwickelt sich alles weiter. Dank Erhard haben wir diesen hervorragenden Entwurf vorliegen und können ihn diskutieren.

Wir haben in einem Unterbezirksprogrammforum uns auch an dem ursprünglichen Entwurf und Vorlagen abgearbeitet. Wir haben vieles kritisiert und haben Vorschläge gemacht, was man anders machen könnte. Vieles ist abgeräumt mit dem neuen Vorschlag. Dafür sind wir sehr dankbar.

Was bleibt, sind einige kleine Krittelleien, wie man sagen könnte. Sie haben dennoch ein gewisses Gewicht. Der Jo hat den Begriff der Baustelle benutzt. Ich habe zwei Baustellen, auf die ich mich kurz beziehen möchte.

Das eine ist die Energiewende. Es ist gut, dass sie so im Entwurf enthalten ist. Es gibt nur eine Formulierung, an der ich mich ein bisschen stoße. Ich denke, das trifft auf den einen oder anderen, der sich längere Zeit damit beschäftigt, auch zu. Das ist die Brücke ins Solarzeitalter, die wir mit Kohlekraftwerken bauen wollen.

Ich weiß auch in Richtung meiner Genossinnen und Genossen in NRW und im Saarland: Ja, die heimische Kohle sollte vielleicht im Programmentwurf drinstehen. Das Problem ist nur: Wenn wir heute Kohlekraftwerke bauen, dann stehen die Werke die nächsten 40, 50 Jahre da. Das ist dann keine Brücke, sondern das ist ein Betonklotz.

Ich denke, das ist vielleicht keine glückliche Formulierung und kein glücklicher Ansatz. Denn wenn wir jetzt massiv in den Ausbau von Kohlekraftwerken gehen – wir müssen einen großen Teil der Kraftwerksleistung in Deutschland in den nächsten Jahren ersetzen –, dann wird für regenerative Energien wenig Platz sein. Das wird ein Problem werden. Darauf wollte ich hinweisen.

Der zweite Punkt ist: Gute Arbeit für alle. – Das ist meine zweite Baustelle. Ich bin Betriebsratsvorsitzender in einem kommunalen Unternehmen und habe gleichwohl erhebliche Probleme mit dem Arbeitgeber, der der Meinung ist, das Betriebsverfassungsgesetz gelte eigentlich nur für die in der freien Wirtschaft, aber nicht in der kommunalen Wirtschaft. Das ist mir ein bisschen zu defensiv formuliert. Dort steht: Gute Arbeit schließt gesicherte Arbeitnehmerrechte ein. Die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung, die Tarifautonomie, der Flächentarif, der Arbeits- und Kündigungsschutz sind unverzichtbar. – Das ist alles richtig. Ich hätte mir aber gewünscht, dass das in einem sozialdemokratischen Parteiprogramm ein bisschen mehr vorwärts formuliert ist – wir wollen mehr Mitbestimmung, als wir sie im Augenblick haben, wir wollen mehr Arbeitnehmerrechte haben, als wir sie im Augenblick haben, wir wollen bessere Arbeitsrechte haben, als wir sie im Augenblick haben –, allein schon deswegen, um klarzumachen, dass wir anders als die Konservativen, die immer den Rückwärtsgang einlegen wollen, da nach wie vor im Vorwärtsgang sind und dass wir mit Recht sagen: Wir sind nach wie vor die Partei der Arbeiterbewegung in Deutschland, die einzige Partei, die sich richtig darum kümmert.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist das, was ich dazu sagen wollte. Die Glock hat auch schon gebimmelt. Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Stephan. – Das Wort hat Detlev Albers. Ihm folgt Wolfgang Thierse.

**Detlev Albers:** Liebe Genossinnen und Genossen! Von hier aus gesehen ist es nur 1 km Luftlinie bis zum Auditorium Maximum der Universität Hamburg. Es kommt fast auf den Tag hin, dass heute vor 40 Jahren, genau genommen am 9. November 1967, die Professoren dieser Hamburger Universität das taten, was sie bis dahin jährlich einmal machten, dass sie nämlich in ihrer feierlichsten Amtstracht gemeinsam im geschlossenen Leitzug in das Auditorium Maximum einzogen, und sich plötzlich eine

verblüffende Situation ergab: Da waren doch plötzlich zwei Studenten vor den Rektoren mit einem Spruchband „Unter den Talaren Muff von 1.000 Jahren“ aufgetaucht. Als die beiden Magnifizenzen das von den behutsam vor uns schlüpfenden Uni-Angestellten erfuhren, blieben sie stehen. Nun ging es für uns darum: Was macht man jetzt? – Man musste allein durch die Treppen hinuntergehen auf die Bühne des Audimax, sich umkehren. In diesem Moment entstand vor 2.000 Hamburger Studenten ein begeisterter Aufbruch. Das war eine Konstellation, die vielleicht viele von euch später als Bild gesehen haben: der Beginn der Hamburger Studentenbewegung der 67er-/68er-Zeit.

Wenn ich heute, 40 Jahre danach, davon spreche, dann bin ich aus zwei Gründen ein bisschen stolz darauf. Das eine ist: Wir waren schon damals eingeschriebene Sozialdemokraten, neben mir genauso Gert-Hinnerk Behlmer. Ein lebenslanger Freund ist er über viele Jahre geworden, und trotz schwerster Krankheit ist er häufig hier auf unserem Hamburger Parteitag dabei.

Es gibt auch einen zweiten Grund: Vieles von dem, was uns 67er, 68er umtrieb, ist brandaktuell in dem, was wir jetzt hier heute als Hamburger Programm beschließen wollen. Aktive Erinnerungskultur war doch der Sinn dieses frechen Spruchbandes, nicht vor den dunklen Kapiteln unserer Geschichte wegzutauchen, sondern dies aufzuarbeiten und lebendig zu erhalten. Das ist ein Kernpunkt im Leitantrag Kultur von vorgestern. Er wird aktuell auch in unserem Hamburger Grundsatzprogramm zu Recht unterstrichen.

Das Zweite ist: Chancengleichheit nicht nur als wohlfeiler Spruch, sondern konkret, radikal auch demokratische Strukturen durchsetzen. Eben das ist aktuell in dem Bildungskapitel unseres Hamburger Programms enthalten.

Ich wünsche mir, dass sich die SPD mit unserem Hamburger Programm wieder als Programmpartei zurückmeldet,

(Beifall)

dass wir offenlegen, woher wir kommen und wohin wir wollen – morgen und über den Tag hinaus –, dass wir uns für das beim Wort nehmen lassen wollen, was wir in die 35 Seiten schreiben, aber dass wir damit auch Politik machen wollen und gestalten wollen auf der Bundesebene, in unseren Ländern und Kommunen, aber nicht zuletzt – viele haben darauf verwiesen – auch auf der europäischen Ebene, ja auf der globalen Ebene.

Lasst mich deshalb an das anknüpfen, was Erhard einer parteilosen Freundin sagen würde, die ihn damit trietz, was die Kernbotschaft ist, wenn sie mit deiner Antwort, Erhard, „Zukunftsfähiges Deutschland“ nicht zufrieden ist und sagt „Da will ich noch ein paar Sätze mehr haben“. Aus meiner Sicht sind es drei Kernbotschaften, die das

Hamburger Programm ausmachen und die euch ich mit den Worten, die wir im Programmwurf gefunden haben, noch einmal kurz in Erinnerung rufe.

Kernbotschaft Nr. 1: Den Klimawandel zu begrenzen und aufzuhalten, ist die zentrale Herausforderung im 21. Jahrhundert. – Gestern ist das mit vielen intensiven Diskussionsbeiträgen von Michael Müller, Sigmar Gabriel und Hermann Scheer ausgeführt worden. Ich würde immer jenen Satz hinzusetzen wollen, den Nikolaus Stern, früherer Chefökonom der Weltbank, in seinem Bericht zum Klima letztes Jahr formuliert hat: Der menschenverursachte Klimawandel ist das größte Marktversagen der menschlichen Geschichte.

(Beifall)

Woher kommt denn unsere Blindheit trotz all der dramatischen Befunde, die wir nicht erst seit 1972, aber Jahr für Jahr in größerer Heftigkeit erfahren, woher kommt unsere systematische Blindheit, das nicht sofort zu korrigieren, wenn nicht eben aus diesem Zusammenhang, dass wir uns die Größe des Marktversagens nicht wirklich bewusst machen? – Es gab viele Gelegenheiten in unserer Geschichte, dass andere dachten, woran das liegen kann.

Ich komme zur Kernbotschaft Nr. 2: Wir kämpfen für eine Politik – heißt es im Hamburger Programm –, die im eigenen Land, in Europa und in der Welt eine soziale Antwort auf den globalen Kapitalismus formuliert. – Das soziale Europa – Andrea hat eben daran angeknüpft – muss unsere Antwort auf den globalen Kapitalismus werden. Dies ist die Dreigliedrigkeit dessen, was hier und heute ein Hamburger, ein deutscher, ein europäischer Sozialist antworten muss, wenn er Zukunftsantworten auf diese Fragen geben will, wie es angesichts der Dramatik, in der wir uns heute bewegen, weitergehen kann.

Meine Kernbotschaft Nr. 3 in den Worten des Hamburger Programms wird euch nicht überraschen – dieser Satz hat euch wahrscheinlich erreicht, weil er ganz am Anfang steht: Wir sind den Menschen verpflichtet in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus.

(Beifall)

Diesen Satz unmissverständlich an den Anfang unseres Programmes zu stellen, zu sagen, dass er selbstverständlich und untrennbar auf den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität beruht, und dies zu verknüpfen – alle drei Botschaften des Klimawandels, der sozialen Veränderung, der Globalisierung durch Europa und schließlich der Tradition des demokratischen Sozialismus –, das sind die Kontexte, die wir als unsere Antwort auf die gegenwärtige Situation zusammenbauen wollen.

Damit ein letzter Satz: Kurt Beck hat zu Recht darauf hingewiesen – man kann es in der Sportlersprache ausdrücken, Fußballdeutsch, wenn ihr so wollt: Nach dem Spiel

ist vor dem Spiel. – Man kann auch mit Antonio Gramsci, Karl Marx und Hegel sagen: Das Sich-Aneignen eines Sachverhalts ist zugleich die Chance, eine Erneuerung weiterzutragen.

Wir sind im fünften Grundsatzprogramm unserer Partei dabei, mit diesem zu arbeiten, zu lernen und dabei weiter dazuzulernen und in 15 bis 20 Jahren auf ein weiteres Grundsatzprogramm zuzusteuern, das diese Vorarbeit, die wir heute abliefern wollen, als Merkposten, als Grundlage unserer weiteren Arbeit ernst nimmt.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Detlev, du musst zum Schluss kommen!

**Detlev Albers:** Als Programmpartei hier und heute in diese Auseinandersetzung einzutreten, dazu fordere ich euch auf. Dazu, hoffe ich, wird heute dieser Hamburger Parteitag in die Geschichte unserer Partei eingehen. – Danke schön.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Genossinnen und Genossen, es eine etwas undankbare Aufgabe, dass wir bimmeln und uns dann dazwischenschalten müssen, weil die Debattenbeiträge ihre Qualität haben und spannend sind. Trotzdem geht es natürlich von der Zeit derjenigen ab, die noch auf der Liste sind. Wenn wir also die Glocke läuten, geschieht das nur deshalb, weil sie so schön bimmelt.

Das Wort hat jetzt Wolfgang Thierse. Ihm folgt Ralf Stegner.

**Wolfgang Thierse, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, als ich zur Einleitung unserer Debatte diesen Film sah und darin auch paar Bilder aus dem Jahr der Wunder, 1989, und unsere damaligen Bärte, da dachte ich: Ich bin ein bisschen stolz darauf, dass ich inzwischen am Programmprozess der SPD teilnehmen konnte; denn am Berliner Programm konnte ich ja noch nicht beteiligt sein.

Wir haben an diesem Text gearbeitet, und ich hoffe, er ist, wie versprochen, kürzer, dichter, konsequenter, verständlicher und auch emotionaler geworden.

(Beifall)

Ich habe mit Andrea und Hubertus unsere Arbeit durchaus als einen Dienst an der Einheit der Partei verstanden.

(Beifall)

In diesen Wochen habe ich immer mal wieder darüber nachgedacht, warum ich eigentlich Sozialdemokrat geworden bin; ich habe es gelegentlich erzählt. Ich kann das erstaunlicherweise sehr genau datieren. Ich war im Herbst 1964 nach Ostberlin zum Studieren gekommen. Da gab es zum zweiten Mal – das will ich erzählen – die Passierscheinregelung, die unter Führung von Willy Brandt mit der Regierung der

DDR ausgehandelt worden ist. Ich bin zum Bahnhof Friedrichstraße gegangen, nicht weil ich dort irgendeinen Verwandten zu erwarten hatte, sondern weil ich sehen wollte, was das ist. Da kamen die Westberliner herüber und mussten durch die kleinen Kontrollhäuschen gehen. Die Ostberliner und Westberliner Verwandten fielen sich um den Hals. Ich war damals wahrscheinlich etwas arroganter als heute, aber ich habe ein bisschen mitgeheult.

Da habe ich begriffen, was Politik und was sozialdemokratische Politik sein muss: etwas für konkrete Menschen tun und erreichen, die für sich selber nichts erreichen konnten, die eingesperrten Westberliner und die auf andere Weise eingesperrten Ostdeutschen. Dieser Begriff von Politik, nicht auf eine Systemutopie schießen, nicht einer großen Ideologie anhängen, sondern durch konkrete Reformschritte menschliches Leben zu erreichen, mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit durch solidarisches Handeln zu erreichen, das ist für mich der Begriff sozialdemokratischer Politik, und deswegen bin ich in dieser SPD.

(Beifall)

Ich denke, das steht auch in diesem Programm. Es ist jetzt schon sehr viel Richtiges und Gutes gesagt worden. Ich will nur drei kleine Anmerkungen machen; denn ich hoffe, es steht auch viel Gutes und Richtiges darin.

Erste Bemerkung. Ich bin ein bisschen stolz – wenn ihr mir das erlaubt – auf das neue Kapitel „Gute Arbeit“; denn wir haben es doch ständig mit einem Argument zu tun, das heißt: gerecht ist, was Arbeit schafft. Das ist ein sehr eingängiger Satz. Unsere Antwort heißt: Es geht um gute Arbeit, um menschenwürdige Arbeit, um Arbeit, die gerecht entlohnt wird, die nicht krank macht, die Anerkennung bietet, die erworbene Qualifikationen nutzt und ausbaut, die demokratische Teilhabe garantiert, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Dieser Begriff von guter Arbeit ist wichtig und eine Grundlage für unsere Politik.

(Beifall)

Zweite Bemerkung. Dieses Programm reagiert neben den Herausforderungen, die alle beschrieben worden sind – Klimawandel, Globalisierung, demografischer Wandel –, auch auf einen, wie ich finde, dramatischen Vertrauensverlust von Parteien, von demokratischer Politik, auf Zukunftsängste und tiefe Verunsicherung von Menschen und ihr Bedürfnis nach Gewissheit, nach Orientierung, auch in bestimmter Weise nach politischer Sinnggebung. Diese Verunsicherung – da dürfen wir uns nichts vormachen – reicht weit bis in die Sozialdemokratie hinein. Die schwierigen Reformjahre der Agenda 2010, die Erinnerung an die goldenen 70er-Jahre, das Paradigma sozialdemokratischer Politik schlechthin, wo man gewissermaßen aus dem Vollen des wirtschaftlichen Wachstums schöpfen konnte und die Sozialdemokraten mit den Gewerkschaften dafür

zuständig waren, dass es gerecht dabei zugeht. Was ist mit einer Sozialdemokratie und mit einer Politik, die nicht mehr nur Zuwächse verteilen kann, sondern die auch schmerzliche Veränderungen verteilen muss. Auch darauf, denke ich, ist dieses Programm der Versuch einer Antwort mit der Erneuerung des Gestaltungsanspruchs der Politik mit einer, wie ich denke – dazu hat Erhard Eppler das Notwendige gesagt – genaueren Bestimmung des Verhältnisses von Markt und Staat, Markt und Politik. Das Bekenntnis dazu, dass Politik verantwortlich bleiben muss für die öffentlichen Güter, dass Bildung, Gesundheit, Kultur, innere und äußere Sicherheit, der Zugang zu den natürlichen Ressourcen nicht gänzlich zur Ware werden dürfen, sondern dass Politik dafür verantwortlich ist, dass diese Güter zugänglich sind, weil sie die Voraussetzung für individuelle Freiheit und für ein gutes menschliches Leben sind, dies ist ein elementarer und entscheidender Grundsatz der sozialdemokratischen Politik.

(Beifall)

Eine dritte und letzte Bemerkung. Ich höre, Frau Merkel wirft uns vor, wir würden zu dem abgetakelten Sozialismus zurückkehren. Entweder sie ist böswillig oder sie ist dumm an dieser Stelle,

(Beifall)

denn dass der Staatssozialismus sowjetischer Prägung gescheitert ist, widerlegt doch nicht die sozialdemokratische Vorstellung eines freiheitlichen Sozialismus als einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte verwirklicht sind.

(Beifall)

Dass der Begriff des demokratischen Sozialismus von der Nachfolgepartei der SED missbraucht worden ist, kann doch für uns kein Anlass sein, uns dieser Vision, die in der Geschichte unserer Partei eine so wichtige Rolle gespielt hat, zu entledigen;

(Beifall)

denn das Ziel, unsere Grundwerte zu verwirklichen, die Vorgabe, dass das Zielvorgabe unserer konkreten Politik ist, bleibt doch vernünftigerweise wichtig. Wenn es nicht eine solche Vorstellung gibt von einer gerechteren, solidarischeren und die Freiheit aller ermöglichenden Gesellschaft, dann haben wir keine Orientierung unserer Politik über den gegenwärtigen Tag hinaus. Deswegen finde ich, sollten wir mit großem Selbstbewusstsein auch diesen Begriff aus der großen Geschichte unserer Partei verteidigen und ihn nicht nur als einen historischen Begriff definieren lassen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Erhard Eppler hat, bezogen auf einen Satz, der in der Diskussion umstritten war, gesagt: Der Satz ist von mir; deswegen könnt ihr ihn im Programm lassen. – Mal sehen, es ist ja schon angekündigt worden, dass wir in 15,

16, 17 Jahren wieder ein neues Programm machen; dann bin ich so alt wie Erhard Eppler. Da werde ich mir dann auch einen der Sätze aussuchen, die von mir sind und dann dasselbe sagen. Ich hoffe, der Parteitag folgt mir dann auch, so, wie er vermutlich heute Erhard Eppler folgt; das wäre doch was.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Kurt, du hast das Wort.

**Kurt Beck, Vorsitzender:** Das Präsidium, liebe Genossinnen und Genossen, hat mir einen kleinen Bruch der Geschäftsordnung erlaubt. Ich wollte einfach die Gelegenheit nutzen. Nachdem die drei aus unserer Mitte gesprochen haben, die das Programm stilistisch überarbeitet und inhaltlich angereichert haben, möchte ich ihnen noch einmal ein herzliches Dankeschön sagen: Andrea Nahles,

(Beifall)

Hubertus Heil

(Beifall)

und ganz besonders dir, lieber Wolfgang Thierse.

(Beifall)

In den Gesprächen zum Entwurf und der Entwicklung des Textes, der euch heute vorliegt, wurden der Einfluss und die Ideen vieler eingearbeitet, aber vor allen Dingen war die inhaltliche und stilistische Handschrift von Wolfgang Thierse zu erkennen. Lieber Wolfgang, ich bin sicher, du hast unserer Partei damit einen großen Dienst erwiesen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Der nächste Redner ist Ralf Stegner. Ihm folgt Karsten Rudolph.

**Ralf Stegner, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Das Hamburger Programm, das wir heute beschließen werden, ist das Programm einer linken Volkspartei. Es ist das Programm einer selbstbewussten Partei, die für die Menschen arbeiten möchte – Kurt Beck hat das „solidarische Mehrheit“ genannt hat –, nicht für die, die für wenige viel und für viele wenig tun wollen.

Es ist nicht so, wie uns von Kritikern gesagt wird, dass wir die Realitäten nicht anerkennen würden und zurück wollten. Das stimmt nicht. Der Unterschied zu anderen ist nur, dass wir mit den Realitäten nicht zufrieden sind, sondern sie im Interesse der Menschen verbessern wollen. Wir sagen eben nicht, Politik könne in der globalisier-



ten Welt nichts bewirken, das müsse man einfach begreifen. Begreifen muss man, wie die Realitäten sind. Aber Politik kann etwas bewirken. Wenn wir das nicht mehr glauben, Genossinnen und Genossen, dann tragen wir dazu bei, dass es so kommt. Deswegen müssen wir an allen Enden dafür streiten, dass es nicht so kommt und dass die Zyniker, die Skeptiker und die Konservativen, die wollen, dass die Dinge so bleiben, wie sie sind, oder schlimmer werden, nicht Recht bekommen.

Nun wird man sagen können, vielleicht sogar sagen müssen, dass die SPD in den letzten Jahren mehr für das Land getan hat als für sich selbst: Wir haben schwierige Reformen verabschiedet, viele Mitglieder verloren, unser Verhältnis zu den Gewerkschaften strapaziert, die Gründung dieser linken Protestpartei erlebt und viele Wahlen verloren. Auf die Dauer kann es natürlich nicht so bleiben, dass die anderen die Früchte dessen ernten, was wir erarbeiten.

(Beifall)

Wir mischen uns ein und haben eine optimistische Vision der Zukunft. Ich finde übrigens, wir sollten auch nicht jammern. Dieser Film am Anfang der Diskussion heute hat uns doch gezeigt: Unsere Vorkämpfer hatten es schwerer als wir heute. Die Probleme, die wir zu lösen haben, können wir lösen, und viele Teile auf der Welt würden uns darum beneiden, wenn sie diese Probleme hätten.

Ich will an fünf kurzen Punkten deutlich machen, warum Sozialdemokraten gebraucht werden. Ich bin in Rheinland-Pfalz geboren, in einem Land, das die CDU 40 Jahre regiert hat – es ist gut so, dass das nicht mehr so ist –, und ich bin stolzer Vorsitzender einer schleswig-holsteinischen Landespartei, die immer links, dickschädlig und frei gewesen ist. Auch das ist eine Orientierung in diesem Programm. Wir werden gebraucht aus fünf Gründen:

Erstens: Wir wollen Aufstieg durch Bildung. Das ist seit 144 Jahren der sozialdemokratische Traum. Faire Chancen sind heute wichtiger denn je. Wir machen das vor, indem wir längeres gemeinsames Lernen fördern, zugunsten gerade der Kinder, die es schwerer haben als andere. Das ist ein Markenkennzeichen der SPD. In diesem Teil „Zukunft“ unterscheiden wir uns von anderen, und das ist in diesem Programm deutlich geworden.

(Beifall)

Zweitens: Wir sind für gute Arbeit und gerechte Sozialsysteme. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften. Die SPD ist die einzige Partei, die weiß, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Deswegen müssen wir zum Beispiel für faire Mindestlöhne kämpfen und dafür, dass die Solidarsysteme erhalten werden müssen und das Solidaritätsprinzip nicht über den Deister gehen darf. „Vorsorgender Sozialstaat“ heißt für uns, dass die Menschen mit ihrer Freiheit etwas

anfangen können. Dafür muss jeder gebraucht werden, egal ob er 17 Jahre oder 53 Jahre alt oder wie alt auch immer ist. Es gibt genug Arbeit, hat Franz Müntefering gestern gesagt. Aber wir müssen uns auch um die kümmern, die unserer Hilfe bedürfen. Wir machen nicht mit dabei, dass Menschen abgeschrieben werden: in bestimmten Regionen, ab einem gewissen Alter, wegen ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft. Deswegen muss das Solidaritätsprinzip erhalten bleiben.

Drittens: Wir sind die Einzigen, die sich zu der Verpflichtung bekennen, unseren Kindern und Enkeln mit nachhaltiger Umwelt- und Energiepolitik – gegen Klimawandel, frei von Atomstrom – zu dienen. Übrigens dürfen wir nicht nur China und Indien auffordern, sich zu ändern, sondern müssen uns selbst ändern, wenn wir die Dinge voranbringen wollen. Das findet sich in diesem Programm.

(Beifall)

Viertens: Die SPD ist immer eine Friedenspartei gewesen. In diesem Programm findet sich der Hinweis, dass die SPD die Partei des Friedens nach innen und nach außen ist: nach innen, indem wir mit den Menschen, die aus allen möglichen Ländern zu uns gekommen sind, ordentlich umgehen – was für die deutsche Sozialdemokratie ein ganz besonderes Anliegen sein muss –, und nach außen, indem wir klarmachen, dass die Antworten nicht in militärischen Lösungen liegen. Wir müssen uns darum kümmern, dass Armut und Elend in dieser Welt bekämpft werden, damit der Terrorismus keine Chance hat. Das müssen wir im Wesentlichen mit zivilen Mitteln bestreiten. Dafür müssen wir eine internationale SPD bleiben und keine spießige, miefige, engstirnige SPD, wie uns das andere gerne einreden möchten.

Fünftens – an diesem Punkt hat die schleswig-holsteinische SPD einen gesonderten Akzent gesetzt: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Nach all den Jahren von Entbürokratisierung, Privatisierung und Liberalisierung – das war ja alles richtig – ist es falsch, wenn man glaubt, man müsse das, wofür wir gemeinschaftlich Verantwortung tragen, denen überlassen, die Profite erwirtschaften müssen. Ein gerechtes Bildungssystem, ein gerechtes Sozialsystem, vernünftige Lösungen bei der inneren Sicherheit gehen nicht ohne einen handlungsfähigen Staat. Ich füge hinzu: Dieser Staat braucht auch die entsprechenden Mittel. Deswegen bin ich für ein gerechtes Steuersystem, in dem die Menschen nach Leistungsfähigkeit besteuert werden, das heißt, in dem die, die mehr können, auch mehr müssen, und nicht umgekehrt, dass sich gutverdienende Unternehmen arm rechnen und sich so ihrer Verpflichtung entziehen können,

(Beifall)

dass sie sich jeglichem Gemeinschaftsgefühl entziehen und die Mitarbeiter mit Blick auf die Börsenkurse hinausschmeißen.

Wenn wir diese fünf Punkte, die sich in dem Programm in schöner sprachlicher Form wiederfinden, voranbringen, werden die Menschen in der Praxis – darauf kommt es an, das ist vorhin gesagt worden – feststellen: Wir sind die, auf die man sich verlassen kann. Es sind nämlich nicht die linken Populisten, die nur protestieren und uns unsere Begriffe klauen. Ich werbe dafür, dass wir mit diesem Programm selbstbewusst und optimistisch in die Debatte gehen. Unsere Konkurrenten haben wir weiß Gott nicht zu fürchten. Wir haben das bessere Programm für die Menschen in Deutschland. – Vielen Dank.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Karsten Rudolph ist der nächste Redner. Ihm folgt Gesine Schwan.

**Karsten Rudolph, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zunächst noch etwas zu Wolfgang Thierse sagen. Von Wolfgang kann man – das ist schon deutlich geworden – viel lernen, was Formulierungskunst angeht. Aber man kann noch mehr bei ihm lernen: Du hast in dieser manchmal zählenden Programmarbeit gezeigt, dass für dich das Verliebtsein ins gemeinsame Gelingen mehr wert ist als die eigene Formulierung.

(Beifall)

Auch das gehört zu einem gelingenden Programmprozess dazu: Man versucht, traditionelle Botschaften in die Sprache einer neuen Zeit zu bringen.

Im Übrigen hängt der Erfolg unseres Programms natürlich nicht nur an jeder einzelnen Formulierung. Unser Programm wird dann ein Erfolg, wenn die Kernbotschaften auch von denjenigen getragen werden können, die dieses Programm gar nicht gelesen haben.

Drei Botschaften sind besonders wichtig, die in dem vorliegenden Entwurf besser herausgearbeitet sind als in dem langen Bremer Entwurf:

Erstens. Das ist schon gesagt worden. Die SPD war die Partei der Arbeit, sie ist die Partei der Arbeit und sie muss auch im 21. Jahrhundert die Partei der Arbeit bleiben.

(Beifall)

Wobei wir übrigens auch ehrlich sein müssen. Für die Partei der Arbeit geht es nicht nur um die Welt der Dachdecker oder der Broker. Es gibt ganz viele, die ganz unterschiedlich arbeiten. Diese Vielfalt der Arbeit und die Zukunft der Arbeit müssen unsere Themen bleiben.

Das Zweite ist für mich eine Botschaft: Die SPD war immer dann stark, wenn sie die Schutzmacht der kleinen Leute sein konnte. Hier haben wir in den letzten Jahren dazugelernt. Das hat sich auch im Programm niedergeschlagen. Ich glaube,

deswegen ist die Erkenntnis folgende: Wer die Schutzmacht der kleinen Leute bleiben will, schützt kleine Leute am besten, indem er sie stärkt. Das ist das Konzept und die Idee des vorsorgenden Sozialstaates. Dies sorgt dafür, dass wir auch im 21. Jahrhundert kleine Leute schützen und ihnen dabei helfen, sozialen Aufstieg möglich zu machen.

(Beifall)

Letzter Punkt. Er geht immer ein bisschen unter, weil man als aktives Parteimitglied ungenügend über die Partei spricht. Ich finde aber, wir sollten uns das angewöhnen.

Es gibt das breite Kapitel über die Bürgergesellschaft. Dort wird sehr stark ehrenamtliches Engagement gelobt. Genossinnen und Genossen, ich finde, wir sollten ab und zu darauf hinweisen, dass das ehrenamtliche Engagement in einer demokratischen Partei – und insbesondere in unserer – auch ein verdienstvoller Beitrag für das Gemeinwesen ist.

(Beifall)

Bei der Feuerwehr mitzumachen, ist in Ordnung, aber im Ortsverein mitzumachen, ist auch nicht schlecht.

(Beifall)

Ich glaube, wenn man sich anschaut, vor welchen Problemen die demokratischen Parteien in unserem Land stehen, dann muss der Satz von Johannes Rau jetzt heißen: Auch der Ortsverein ist der Ernstfall für die Demokratie. – Wir brauchen mehr, die sich daran beteiligen, und wir brauchen auch mehr, die mithelfen, unser gutes Programm dann umzusetzen. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Liebe Gesine, jetzt hast du das Wort. Dann kommt Matthias Kollatz.

**Gesine Schwan:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich freue mich riesig über diesen Parteitag und gratuliere euch zu ihm. Ich konnte leider erst heute kommen, aber alles, was ich verfolgt habe, zeigt, dass die, die nicht wohlwollend waren, krampfhaft gesucht haben, was sie gegen diesen Parteitag finden können, und dass sie nichts gefunden haben. Ich finde, das ist eine tolle Leistung.

(Beifall)

Ich gratuliere auch dem Parteivorsitzenden und den Stellvertretenden Vorsitzenden zu ihrer Wahl, und ich bin froh, dass ich hier sein kann.

Die Arbeit in der Grundsatzprogrammkommission war für mich ausgesprochen anregend und wichtig. Ich habe dabei erfahren, dass die vielen, die immer behaupteten, diese Partei sei gespalten, sich absolut irrten. Es war eine intensive Sachdiskussion, es gab keine irgendwie schematischen Flügel. Ich glaube, auch dazu kann man der Partei, die eine komplizierte Vergangenheit hat, herzlich gratulieren.

(Beifall)

Das gilt auch für die etwas umstritteneren Sachen, zum Beispiel für den demokratischen Sozialismus. Diejenigen, die mich schon länger kennen – ich bin ja nicht blutung –, wissen, dass ich in früheren Zeiten sehr skeptisch gegenüber diesem Begriff des demokratischen Sozialismus war. Es gibt auch nach wie vor durchaus Gründe, hier skeptisch zu bleiben. Man muss ja auch in sich schlüssig bleiben.

Ich habe aber anerkannt und finde es wichtig, dass dieser Begriff die Tradition dieser Partei im Herzen vieler fasst und dass viele daran hängen.

(Beifall)

Das ist Grund genug, ihn zu verwenden, zumal man wirklich böswillig sein muss – da stimme ich Kurt Beck völlig zu –, wenn man das jetzt in irgendeiner Weise so interpretiert, als gäbe es irgendeine Rückwendung zu undemokratischen Dingen. Das ist Unsinn. Es ist klar gesagt worden: Es gibt eine Vision der freien und gerechten Gesellschaft. Damit ist ganz eindeutig gesagt, worum es geht. Ich bin also sehr dafür, dass dieser Begriff eingeführt worden ist. Dasselbe gilt auch für die Verbindung von vorsorgendem, unterstützendem und nachsorgendem, der er immer war, Sozialstaat.

Sehr freue ich mich auch, dass die Hauptherausforderung, nämlich die Globalisierung sozialdemokratisch politisch zu gestalten, so klar zum Ausdruck gekommen ist und dass hier die Sozialdemokratie auch auf die organisierte Zivilgesellschaft zugeht und sie mit einbezieht, denn ohne das, was das Programm und die Politik „Neue Allianzen“ nennen und was Renate Schmidt schon in anderen Zusammenhängen vorgebracht hat, kommen wir mit dieser politischen Gestaltung der Globalisierung nicht weiter.

Zum Schluss möchte ich etwas sagen, womit ich mich wahrscheinlich zwischen alle Stühle setzen. Ich habe diese Erfahrung in meinem Leben aber mehrfach gemacht, und sie ist mir letztlich nicht so schlecht bekommen.

Ich setze mich mit dem, was ich jetzt sagen will, einerseits in Gegensatz zu dem verehrten Parteivorsitzenden, zu dem verehrten Jochen Vogel und Erhard Eppler – das ist schon schlimm genug. Aber ich setze mich möglicherweise auch in Gegensatz zu den Frauen, die den Antrag über die Überwindung der männlichen Gesellschaft gestellt haben.

Ich sage das deswegen jetzt, weil wir in der Grundsatzprogrammkommission ausführlich darüber gesprochen haben. Ich habe nichts gegen die provokatorische Formel. Das finde ich gar nicht schlimm. Sie ist griffig, sie ist süffig, sie ist wunderbar. Ich sage auch überhaupt nicht, dass es nicht weiterhin massive Ungerechtigkeiten gibt. Das gilt vor allen Dingen nach wie vor für die Schlechterstellung der Frauen bei der Bezahlung, aber das gilt auch für ganze Sektoren, die nach wie vor männlich dominiert sind. Als Universitätspräsidentin spreche ich auch mit Unternehmenschefs. Es gibt einige sehr vernünftige, aber bei anderen ist das schon sehr schwierig. Wenn ich es einmal zusammenfassen darf: So viel besser und mehr als ich als Universitätspräsidentin arbeitet Josef Ackermann auch nicht, um diese Gehaltsunterschiede irgendwie plausibel zu machen.

(Beifall)

Ganz klar also: Ich stimme hier auch der Analyse von Elke Ferner und Inge Wettig-Danielmeier zu. Ich danke ihnen und beglückwünsche sie zu der Arbeit, die sie geleistet haben. Ich stimme aber nicht zu, dass die Formel, dass man die männliche Gesellschaft überwinden muss, um zu einer wirklichen Gleichstellung zu kommen, die Diagnose der heutigen Zeit und vor allen Dingen ein Slogan für die Zukunft ist. Da ist mein Problem.

(Beifall)

Sie ist in der Diagnose einseitig und zum Teil einfach rückwärts gewandt. Wer im Moment in unseren Gesellschaften – zum Beispiel im Bildungswesen – zurückhängt, sind die Jungen und nicht die Mädchen, um das ganz klar zu sagen.

(Beifall)

Wer in der Welt zukunftsweisend etwas tun will, der setzt auf die Frauen. Wer in seinem Bewusstsein im Moment hinterherhinkt, sind vielfach die Männer.

Ich sage das nicht aus einem Argument der Schwäche der Frauen, sondern aus einem Argument der Stärke der Frauen.

(Beifall)

Die Frauen sind viel stärker, als es in dieser Formel zum Ausdruck kommt.

Mit einem solchen Programm wollen wir doch in die Zukunft gehen. In den nächsten 15, 20 Jahren wird es darum gehen, zum Gelingen dieser Frage auch die Männer zu gewinnen. Ich bin deswegen ausdrücklich für die Formel, die wir ursprünglich im Programmentwurf hatten.

Ich glaube, die jüngeren Frauen sehen das auch etwas anders, als das in der gegenwärtigen Formel zum Ausdruck kommt.

(Beifall)

Ich plädiere dafür, diesem Scheineffekt – ich halte ihn für einen Verpuffeffekt – der Formel keinen Vorrang zu geben, sondern einer zukunftsweisenden Formulierung, mit der die Partnerschaftlichkeit in den Mittelpunkt gestellt wird, mit der allein wir weiterkommen.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Gesine. – Das Wort hat Matthias Kollatz. Ihm folgt Christine Negele aus Bayern.

**Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen Süd:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man sich die aktuellen Debatten und Entscheidungen des Parteitags bis heute und die Beratungen der Antragskommission heute Vormittag anschaut, dann wird das – zumindest nach den Vorstellungen der Antragskommission –, was der Parteitag bisher gesagt hat, in manchen Punkten Eingang in das Grundsatzprogramm finden.

Die wichtigen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wollen wir nämlich öffentlich und durch die Bürger gestalten und nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen. Die Brücke ins solare Energiezeitalter wollen wir mit modernen Kohle- und Gaskraftwerken und mit dem hocheffizienten Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung schlagen. In Zeiten häufiger und stärkerer Turbulenzen an den Finanzmärkten brauchen wir ein Mehr an Transparenz und Kontrolle im Sinne eines ordnungspolitischen Rahmens. Wir fordern einen Beitrag der Unternehmen zur Ausbildung, und wir fordern, dass ein wirksamer Schutz gegen Altersarmut noch etwas klarer im Grundsatzprogramm behandelt wird.

Zumindest aus meiner Sicht werden damit die Botschaften des Programms vermittelt, dass wir als SPD nämlich die Partei der Arbeit sind, sein wollen und dort, wo vielleicht Zweifel daran bestanden haben, wieder werden wollen, und dort investieren, wo Arbeit geschaffen wird. Das wird dann wieder deutlicher und auf der Höhe der Zeit definiert.

Wir wollen ferner, dass wir die Menschen dort stärken, wo sie gestärkt werden können. Der zentrale Schlüssel liegt dazu im Bildungssektor. Nach PISA haben wir gelernt, dass das gemeinsame Lernen der Schlüssel zum Erfolg und die Voraussetzung für gesellschaftliche Integration ist, an dem es dem deutschen Bildungssystem am meisten mangelt.

Jo Leinen hat schon die deutliche europäische Zielsetzung dieses Programms hervorgehoben, die ich in der Tradition des Heidelberger Programms sehe, in der damals die Vereinigten Staaten von Europa als Zielsetzung angesprochen wurden. Denn es muss uns allen klar sein, dass vieles von dem, was wir an ordnungspolitischem Rahmen und an gesellschaftlicher Umsetzung haben wollen, in einem europäischen Rahmen umgesetzt werden muss, aber auch kann. Das Programm drückt den Weg in

Zukunft aus. Das ist eine sehr mittelfristige Orientierung, aber eine sehr wichtige. Damit ist die SPD auf der Höhe der Zeit. – Danke.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Nun Christine Negele. Ihr folgt Christian Lange.

**Christine Negele, Bayern:** Grüß Gott! Ich komme aus einer Gruppe Bayerns, die sich seit Jahren mit der Grundsatzprogrammdebatte beschäftigt und da einige Irrungen und Wirrungen der Partei mitbekommen hat. Ich danke für diesen neuen Entwurf, der aus unserer Sicht erstmals in all den letzten Jahren ein wirklicher Programmentwurf der Sozialdemokratie ist.

Ich danke auch dafür, dass wir als Basis mehr einbezogen wurden, als das vorher der Fall war. Das war besonders deutlich zu spüren bei den Regionalkonferenzen, wo Kurt Beck zugehört hat, sich Notizen gemacht hat und auf jede Frage geantwortet hat. Ich habe es noch nie erlebt, dass eine Konferenz eine Stunde länger dauert, als sie angesetzt war. Das hat mich sehr gefreut. Ich hatte wirklich das Gefühl, wir sind wieder zurück auf dem Weg zu einer Mitgliederpartei. Das hat uns sehr gefreut.

Was ich sehr schade finde, ist, dass der neue Entwurf erst 5 Wochen vor diesem Programmparteitag kam und wir an der Basis daher wenig Möglichkeiten hatten, noch einmal richtig damit zu arbeiten. Wir haben es trotzdem versucht. Wir haben uns zusammengesetzt und haben Anträge geschrieben, weil wir der Meinung sind: Es ist zwar ein sehr gutes Programm, aber der eine oder andere Akzent sollte noch verschoben werden.

Unter anderem wurde hier davon gesprochen, wie gut das Berliner Programm war. Es gibt ein paar Kernsätze aus diesem Programm, die mir fehlen und die ich in dem neuen Programm drin haben möchte. Dazu gehört der Satz „Krieg darf kein Mittel der Politik sein.“ Das ist ein Kernsatz, der enorm wichtig ist. Ich weiß, dass das ein Ziel ist. Ich weiß, dass das nicht immer umsetzbar ist. Aber als Ziel der Sozialdemokratie sollte es bestehen bleiben, und wir sollten diesen Satz mit übernehmen. Ich hoffe, dass ihr uns da zustimmt.

(Beifall)

Dazu gehört auch, dass wir daran arbeiten müssen, dass Rüstung verhindert wird. Auch das ist ein Kernsatz des Berliner Programms gewesen. Auch den möchte ich gern mit herübernehmen, auch wenn wir leider unter Rot-Grün – das muss man eingestehen – Zuwächse in diesem Bereich hatten. Aber ich denke, da muss man umsteuern. Das als Ziel zu haben, kann doch nicht verkehrt sein.



Was mir noch ganz wichtig ist – deshalb werde ich mich zu den Anträgen, die sich mit der sozialen Sicherung beschäftigen, noch einmal melden –, ist die Bürgerversicherung. Wir haben sie in manchen Teilbereichen drin, aber wir haben auch in anderen Teilbereichen Formulierungen mit einer Steuerfinanzierung, die mir zu einseitig sind. Wir haben Änderungsvorschläge erarbeitet, die zumindest die Möglichkeit, eine Bürgerversicherung auch in diesen Bereichen einzuführen, eröffnet. Ich hoffe auch dort auf eure Zustimmung.

In diesem Sinne wünsche uns allen noch einen erfolgreichen Verlauf.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Jetzt kommt Christian Lange. Ihm folgt Bernd Faulenbach aus Nordrhein-Westfalen.

**Christian Lange, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Der Weg ist das Ziel. Das gilt für viele Programme, aber insbesondere für ein Grundsatzprogramm. Die Qualität der Diskussion ist ein Wert an sich. Deshalb will ich zu Beginn meines Beitrages sagen: Wer hätte gedacht, dass im vierten Anlauf unserer Grundsatzprogrammdebatte es gelungen ist, alle Ortsvereine meines Landesverbandes in Baden-Württemberg zu motivieren, Genossinnen und Genossen zur Diskussion anzuregen. Es gab viele, die sich in den vergangenen Jahren verabschiedet hatten, die wiedergekommen sind und die gesagt haben: Ja, ich will mitwirken an diesem Grundsatzprogramm. Ich will darüber streiten, wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im 21. Jahrhunderts definiert werden. Das ist Erfolg dieses Programmprozesses.

Lieber Hubertus, ich will dir sagen, das verdanken wir auch dem Engagement von dir. Du hast uns gezeigt, wie ein solcher Programmprozess zu organisieren ist. Das ist wichtiger Wert. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vor 144 Jahren haben wir uns als Freiheitsbewegung gegründet. Deshalb ist es kein Wunder, dass in unserem Grundwerteteil die Freiheit zunächst als Freiheit von Armut, Unterdrückung und Krieg definiert wird. Das ist auch gut und richtig. Das gilt auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Aber wir sagen auch klar und deutlich, dass wir heute Freiheit etwas weiter verstehen, nämlich als Freiheit für etwas, für ein selbstbestimmtes Leben, dafür, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen wollen, dass wir Menschen ertüchtigen wollen, dass sie dies tun können. Deshalb bin ich froh, dass es uns gelungen, beide Aspekte in den Mittelpunkt unserer Freiheitsdefinition zu stellen.

Dabei ist eines immer klar, dass wir nicht den Freiheitsbegriff der Neoliberalen und Marktradikalen übernehmen. Diese definieren nämlich Freiheit als die Freiheit,

unter der Brücke schlafen zu können. Das war nie die Position der Sozialdemokraten. Wir stellen dies unmissverständlich in diesem Grundsatzprogramm klar.

(Beifall)

Was mich ganz besonders freut als Baden-Württemberger, ist – Erhard hat uns den Weg gewiesen –, dass Nachhaltigkeit der rote Faden in unserem Programm ist. Nachhaltigkeit ist mehr als Ökologie. Nachhaltigkeit ist ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit, weil wir uns auch Gedanken darüber machen sollen, ob soziale Sicherungssysteme auch in den nächsten Jahren noch Systeme für die nachfolgenden Generationen sind. Sind der Haushalt und die Schulden noch verantwortbar? Geben sie überhaupt noch Gestaltungsspielraum für die nächsten Generationen – ja oder nein? Wir wollen diesen zukünftigen Generationen die Möglichkeit geben, Politik zu gestalten. Das ist Nachhaltigkeit à la Sozialdemokratie. Ich finde sehr gut, dass wir das hier festgeschrieben haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Erkenntnis, dass die alte Gleichung, je mehr Geld wir ins soziale System stecken, umso mehr soziale Gerechtigkeit kommt heraus, nicht mehr stimmt, berücksichtigen wir in diesem Grundsatzprogramm. Ich meine, wir sagen es zu Recht. Wir alle kennen die Sozialhilfekarrieren in der zweiten und dritten Generation. Wir müssen uns fragen, was haben wir eigentlich getan, um daran etwas zu ändern.

Wir alle haben die Erkenntnisse der PISA-Studie mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen. Nach der 68er-Revolution haben wir uns für etwas anderes eingesetzt. Aber es war nicht nachhaltig, sondern es ist das Gegenteil dabei herausgekommen.

Deshalb ist gut, dass wir uns aufmachen zum vorsorgenden Sozialstaat, den ich umschreiben würde als soziale Teilhabe durch Bildung. Menschen zu stärken, Wege zu öffnen, sie zu ertüchtigen, auch wenn sie versagt haben, das ist Aufgabe eines starken Staates. Das schreiben in diesem Grundsatzprogramm fest. Und das ist auch gut so.

Lieber Erhard, ich will dir zum Schluss sagen, wenn ich gefragt würde, was denn der Kernsatz des Programms ist, dann würde ich sagen: Globalisierung menschlich gestalten. Das wäre meine Antwort. Ich glaube, wir finden auch dies im Grundsatzprogramm wieder. – Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Der nächste Redner ist Bernd Faulenbach. Ihm folgt Astrid Klug.

**Bernd Faulenbach, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich vier Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung: Der Prozess dieser Diskussion um das Grundsatzprogramm war aus meiner Sicht aus doppeltem Grunde notwendig. Wir brauchten so etwas wie eine Identitätsvergewisserung. In den letzten Jahren war zum Teil unklar geworden, was eigentlich Sozialdemokratie ausmachte. Deshalb kam diese Diskussion zur richtigen Zeit.

Der zweite Grund ist: Wir mussten Antworten auf die neuen Herausforderungen, die Globalisierung und die politische Handlungsfähigkeit geben.

In unserem Diskussionsprozess, den wir geführt haben, sind, meine ich, beide Dinge sehr sichtbar geworden. Das war ein Diskussionsprozess, der viel stärker als ähnliche Diskussionsprozesse in dieser Breite so etwas wie einen Progress gebracht hat, Fortschritte gebracht hat, wenn wir von den ersten Entwürfen ausgehen, wobei Erhard Eplers Entwurf durchaus einen Schub nach vorne bedeutet hat und auch der Entwurf, den Wolfgang Thierse, Andrea Nahles und Hubertus Heil hier vorgelegt haben. Etwa der Gesichtspunkt, dass wir einen handlungsfähigen Staat brauchen, ist erst im Laufe des Diskussionsprozesses in dieser Deutlichkeit hineingekommen.

Das Zweite, Genossinnen und Genossen: Mir persönlich ist es wichtig – ihr wisst, ich bin seit etlichen Jahren Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand –, dass wir wissen, woher wir als Partei eigentlich kommen. Wir brauchen als Partei so etwas wie ein kollektives Gedächtnis. Das würde auch in bestimmten Situationen wirklich weiterhelfen. Genossinnen und Genossen, wir können stolz sein auf eine 150-jährige Geschichte. Nicht, dass wir immer alles richtig gemacht hätten. Das glauben wir ja gar nicht. Aber unsere Geschichte weist eine imponierende Kontinuität in einer Zeit der Kontinuitätsbrüche und der Katastrophen der deutschen Geschichte auf. Dies kann uns, glaube ich, stolz machen.

In diesen Entwürfen, wie wir sie haben, wird zu Recht hervorgehoben, dass wir es waren, dass wir die politische Kraft waren, die aus verachteten Proletarierinnen und Proletariern selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gemacht haben. Wir haben soziale Verhältnisse immer gestalten wollen. Dies haben wir in der Vergangenheit gemacht und wollen wir auch in der Zukunft machen.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist: Wir sind der Kern der Demokratiebewegung in diesem Land.

(Beifall)

Das kann man historisch gut zeigen. Dies heißt auch: Wir haben gegen Obrigkeitsstaat gestanden, und wir haben gegen die NS-Diktatur und gegen den Stalinismus gestanden, also gegen alle Diktaturen und autoritären Regime der deutschen Geschichte.

Wir tun gut daran, auch diejenigen – dies hätte ich im Entwurf gerne noch ein bisschen deutlicher gehabt –, die ihrerseits große Opfer in dieser Auseinandersetzung gebracht haben, nicht zu vergessen. Ich sehe Hans-Jochen Vogel vor mir. Hans-Jochen Vogel hat vor einigen Jahren zu Recht angeregt, dass wir ein Gedenkbuch schaffen „Der Freiheit verpflichtet“, in das diejenigen aufgenommen worden sind und auch noch weiterhin aufgenommen werden, die in der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern umgekommen sind, die verfolgt worden sind oder die in ihrer Auseinandersetzung gelitten haben. Sie haben ein Recht darauf, dass sie nicht vergessen werden.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt, der hier in diesem Zusammenhang genannt werden muss: Wir können auch stolz auf unsere friedenspolitische Bilanz sein. Wir haben zum Beispiel die Verhältnisse in Europa mit der neuen Ostpolitik erheblich verändern können. Wir haben die Verhältnisse in Deutschland humaner gemacht. Und wir haben mit dieser Politik von Willy Brandt und anderen die Spaltung Europas wesentlich überwunden. Dies ist das Verdienst dieser Partei.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, meine dritte Bemerkung: Wenn wir uns mit dieser Geschichte beschäftigen, dann waren auch bestimmte Einsichten von vornherein klar, die sich aber offenbar jede Generation neu erarbeiten muss. Dazu gehört etwa die Einsicht, dass soziale Gerechtigkeit nie das einfache Ergebnis des Marktgeschehens, sondern immer das Ergebnis des solidarischen und politischen Handelns ist. Dies ist eine Grundeinsicht der Sozialdemokratie.

Genossinnen und Genossen, es sollte auch klar sein: Auch nur ein flüchtiger Blick in die Geschichte zeigt, dass unsere Partei ein intergenerationelles, sich ständig erneuerndes Projekt ist, in dem wir unsererseits eine bestimmte Station und unsererseits eine bestimmte Generation markieren. Aber nach uns werden noch andere kommen, die wie andere vor uns diese Ideen tragen. Auch dies schafft Selbstbewusstsein, in historischer Dimension zu handeln.

Meine letzte Bemerkung: Ich bin froh, dass in diesem Diskussionsprozess das Selbstbewusstsein unserer Partei sehr viel deutlicher geworden ist. Der Begriff, die Partei sei der „Transmissionsriemen“ zwischen Bürgergesellschaft und Staat, ist eine Formulierung, die a) antiquiert ist und b) auch diese Wechselbeziehung nicht hinreichend thematisiert. Selbstverständlich greifen wir Bürgeranliegen auf. Aber wir versuchen auch, den Bürgerwillen mit zu prägen, zu beeinflussen, für bestimmte Dinge zu gewinnen. Dies wird in einem solchen mechanischen Bild natürlich nicht deutlich.

(Beifall)

Summa summarum, Genossinnen und Genossen: Wir haben jetzt in dieser Zeit durchaus ein Programm entwickelt, von dem wir sagen können: Es ist auch in historischer Dimension eine bedeutende Stunde, in der wir dies geschaffen haben. Das fügt sich ein in die große Programmtradition unserer Partei. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Fairerweise möchte ich euch jetzt sagen, wer noch drankommt. Wir haben ja gesagt, um 12.30 Uhr ist Schluss. Es kommen noch dran: Astrid Klug, Gernot Grumbach, Gerd Langemeyer, Eckart Kuhlwein, Christoph Matschie. Wenn sich alle daran halten, schaffen wir vielleicht auch noch Martin Schulz. Zum Schluss würde ich Jochen Vogel aufrufen. Ich bitte aber, euch ganz strikt an die Redezeit zu halten.

**Astrid Klug, Saarland:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch einmal etwas sehr Grundsätzliches zu unserem Grundsatzprogramm sagen. Das Herzstück eines jeden Programms sind die Grundwerte des Programms. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen und begleiten unsere Arbeit seit der Geburtsstunde der Sozialdemokratie. Wir sind die Partei mit der längsten Tradition. Wir sind die Partei mit der stolzesten Geschichte. Unsere Grundwerte sind heute so modern wie vor fast 150 Jahren. Wir sind die Partei, die ihre Grundwerte und auch ihren Namen in ihrer Geschichte nie ändern musste. Wir sind die Partei, die nie ihre Geschichte verleugnen musste.

Unsere Grundwerte haben im Laufe unserer langen Geschichte nichts, aber auch gar nichts an Aktualität eingebüßt. Trotzdem gibt es heute eine zusätzliche Dimension der Herausforderungen, auf die auch wir als Sozialdemokraten eine klare und zukunftsgerichtete Antwort in einer schnelllebigen, in einer globalisierten und in einer sich rasant verändernden Welt geben müssen. Denn stärker denn je beeinflussen wir mit unseren Entscheidungen heute die Lebenschancen derer, die noch gar nicht geboren sind, die Lebenschancen künftiger Generationen. Wir tun dies nicht nur mit den Entscheidungen, die wir treffen. Wir tun dies auch mit den Entscheidungen, die wir nicht treffen oder die wir nicht rechtzeitig treffen, weil uns der Mut fehlt, weil uns die Mehrheitsfähigkeit fehlt. Eines der Themen haben wir gestern sehr ausführlich diskutiert, nämlich das Thema Klimawandel und unsere Antwort auf diese Herausforderung, nämlich eine ökologische Industriepolitik.

Wir beschließen heute ein Grundsatzprogramm für die nächsten 20 Jahre. Das ist genau das Zeitfenster, das uns nur noch bleibt, um diese Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels auch mit sehr konkretem Leben, mit sehr konkreten Beschlüssen zu füllen. Um die große Herausforderung des Klimawandels bei uns, aber vor allem auch in der Welt zu bewältigen und weil wir genau für dieses Zeit-

fenster unser Programm beschließen, muss dieses Thema auch sehr prominent in diesem Programm verankert sein und dort eine klare Antwort enthalten.

Weil das so ist – Jo Leinen hat schon darauf hingewiesen –, haben wir mit dem Landesverband Saar vorgeschlagen, unsere Grundwerte um den Grundwert der Nachhaltigkeit zu ergänzen, um ein klares Signal zu setzen: Wir stellen uns nicht nur der Verantwortung der Gegenwart, wir organisieren nicht nur das Zusammenleben der Menschen heute, sondern wir stellen uns auch der Verantwortung der Zukunft, der Verantwortung für die künftigen Generationen, für die, die noch nicht geboren sind.

Wir kämpfen und wir streiten für eine gerechte, freie und solidarische Gesellschaft hier bei uns und in der Welt. Aber wir bekennen uns auch zur Verantwortung für die Zukunft nach dem Motto: Politik für heute ist nur gut, wenn sie auch morgen noch richtig ist. Erhard Eppler hat das Ganze Zukunftstauglichkeit genannt.

Weil Nachhaltigkeit mehr ist als nur Ökologie, weil es um die Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und dem Sozialen geht, müssen wir dieses Thema vor die Klammer ziehen. Wir haben uns mit der Idee des Grundwertes nicht durchgesetzt. Aber wir haben die Nachhaltigkeit als Grundprinzip in diesem Programm verankert. Wir fühlen und damit sehr gut aufgehoben in diesem Programm. Wir haben eine wichtige Debatte angestoßen. Beim nächsten Mal ist die Zeit sicher reif, Nachhaltigkeit auch zu einem Grundwert zu machen. Wir stimmen deshalb aus voller Überzeugung diesem Programm zu, weil wir glauben, dass wir damit gut gerüstet sind für die Herausforderungen der Zukunft. – Danke schön.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Danke schön. – Gernot Grumbach. Ihm folgt Gerd Langemeyer. Denkt an eure Redezeit, damit die, die angemeldet sind, auch noch drankommen.

**Gernot Grumbach, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, manchmal gibt es im Programm Sätze, die sind fast waffenscheinpflichtig. Ich bin ganz stolz darauf, dass einer der Sätze des Berliner Programms in dem neuen Programm erneut steht. Ich habe in all meinen Reden über die Entwicklung des Programms diesen Satz immer wieder zitiert, denn erst stand am Anfang der Programmdebatte. Als wir beschlossen haben, ein neues Programm zu machen, hat Hans-Jochen Vogel gesagt: Wenn man das Berliner Programm in einem Satz zusammenfassen müsste, der da drinsteht, wäre es der Satz: Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit. – Dieser Satz ist angesichts des Zynismus, mit dem mit denen, die am Rande der Gesellschaft sind, heute schon wieder umgegangen, tatsächlich waffenscheinpflichtig, und es ist gut, dass er dringeblichen ist.

(Beifall)

Wenn man das konkretisiert, dann sehen wir sehr schnell, dass vieles von dem, was wir technokratisch diskutieren, mit der Würde des Menschen zu tun hat. Wer sich mal auf den Gängen eines Arbeitsamtes mit denen, die da anstehen, unterhält, der hört sehr häufig, dass es ums Geld geht. Aber er hört mindestens genauso häufig, wie ausgestoßen aus dieser Gesellschaft, wie verletzt die Menschen sich fühlen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden und wenn sie nicht mehr in Arbeit sind. Ich glaube, an der Stelle ist das Programm noch nicht mutig genug.

Damit bleibe ich bei der Tradition meines Bezirks Hessen Süd. Wir glauben, dass man manchmal ein bisschen schneller sein kann als die Debatte und dass man manchmal eine Auseinandersetzung, die wir in dieser Gesellschaft schon halb verloren hatten, wieder aufnehmen muss. Das ist die Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit. Dort haben wir, glaube ich, zu wenig Mut. Dort brauchen wir mehr Mut. Da müssen wir nacharbeiten.

(Beifall)

Das ist dann schon nicht etwas, wo wir einfach nur über Beseitigung von Arbeitslosigkeit reden, denn wenn dieses Programm einen gesellschaftspolitischen Anspruch hat, dann müssen wir, so, wie über die Frage, ob es die Überwindung der männlichen Gesellschaft ist, darüber reden: Ist denn nicht alles Gerede von Gleichberechtigung und gleicher Teilung auch unbezahlter Arbeit blankes Papier, wenn es nicht gelingt, die ausufernden Arbeitszeiten derer, die im Vollberuf sind, zu begrenzen?

(Beifall)

Ist denn nicht die Forderung, lasst uns diese Gesellschaft mit Bürgerengagement anfüllen, lasst uns Ehrenamt auch im Sozialbereich stellen, blankes Papier, wenn Menschen 10, 12 Stunden am Tag verfügbar sind, wenn die vollzeitberufstätig sind und die anderen zu Arbeitslosigkeit und Minijobs verurteilt sind? Das kann nicht unsere Politik sein.

(Beifall)

Letzter Punkt; das ist hier schon angesprochen worden. Lasst uns doch einmal die Debatte auf den Punkt bringen. Die lästern über Politik, über die wenigen, die das machen. Ich habe in meinem Bezirk die Situation: Wir hatten 2006 die letzte Kommunalwahl. Seitdem haben zwei meiner Stadtverordneten ihre Mandate niedergelegt, nicht weil sie Ärger mit ihren Chefs hatten, nicht weil sie Ärger mit der Partei hatten, sondern einfach, weil ein normaler Arbeitsprozess in einem gut bezahlten Job mit ehrenamtlicher Politik nicht mehr geht.

(Beifall)

Wenn wir nicht anfangen, die Arbeitszeiten, auch die täglichen Arbeitszeiten, ernsthaft zu diskutieren, dann können wir viele gesellschaftspolitische Ziele abstreifen.

(Beifall)

Ich rede da nicht über Standardpakete von sieben oder sechs Stunden für alle. Das können die Gewerkschaften heute besser. Wir können das maßgeschneidert machen. Aber ich rede davon, dass, anstatt dass wenige Menschen mehr arbeiten, wir ein bisschen verkürzen, damit viel mehr Menschen Arbeit bekommen und sie Zeit haben für Politik und Gesellschaft. Deswegen bitte ich Euch, dem Antrag I 32 zuzustimmen, der das versucht, deutlicher zu machen. – Danke schön.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Das war perfekt getimt. Gerhard Langemeyer ist der Nächste. Ihm folgt Eckart Kuhlwein.

**Gerhard Langemeyer, Nordrhein-Westfalen:** Liebe Genossinnen und Genossen, aus Sicht der Kommunalpolitik kann man sagen: ein rundes Programm. Wir sind dankbar dafür, dass viele unserer Anregungen, die wir im Vorfeld gegeben haben, mit eingeflossen sind. Es ist ein so rundes Programm geworden, dass es eigentlich schwerfällt, den weiteren Textergänzungen an der einen oder anderen Stelle jetzt noch etwas hinzuzufügen. Deswegen will ich mich auf drei Punkte konzentrieren.

Zunächst einmal zur solidarischen Bürgergesellschaft. Das ist das wichtige Thema, in dem auch die kommunale Selbstverwaltung aufgehoben ist. Diese kommunale Selbstverwaltung zu schützen und auszubauen, ist wichtig. Ich danke Erhard Eppler, dass er das Stichwort der Privatisierung mit angesprochen hat. Das ist eine der Gefährdungen, der wir gegenwärtig ausgesetzt sind, vor allen Dingen dort, wo unter dem Signal „privat vor Staat“ der Versuch gemacht wird, kommunales Handeln einzuschränken.

Es gibt eine zweite Gefährdung, auf die wir besonders zu achten haben, nämlich ein kommunales Verständnis, das in anderen europäischen Ländern selbstverständlich ist. In Frankreich etwa ist Kommunalpolitik die unterste Ebene staatlichen Handelns und nicht so, wie in der deutschen Tradition seit dem Freiherrn vom Stein, geprägt von dem Bürgerwillen, der sich vor Ort individuell artikuliert.

Das zweite Stichwort, liebe Genossinnen und Genossen, ist das von den starken Kommunen. In der Tat: Wir brauchen eine handlungsfähige kommunale Ebene. Ich freue mich, wenn dann geschrieben steht: Wir erweitern den finanziellen Handlungsspielraum.



Christian Ude hat gestern in seinem Grußwort die aktuellen Themen benannt, die uns im kommunalen Bereich bedrücken. Da sind wir kräftig bei der Arbeit, und da können wir auch gemeinsam sehen, dass wir zwischen den Ebenen sozialdemokratischer Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik gut vernetzt sind. Das ist gut so. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, das müssen wir uns ständig erarbeiten.

Eine weitere Bemerkung zu diesem Bereich. In diesem Text ist davon die Rede, dass 50 Prozent der Menschen in Städten leben und dass die Zukunft in den Städten liege. Nun bitte ich nachdrücklich, auch die nicht zu vergessen, die damit nicht gemeint sind, nämlich die übrigen 50 Prozent; das ist der ländliche Raum. Ich finde es schade, dass in der Darstellung des Programms der ländliche Raum auf die Landwirtschaft und eventuell noch den Tourismus reduziert wird.

(Beifall)

Ich glaube, die individuellen Entscheidungen, nicht in der Stadt, sondern auf dem Land zu leben, muss man respektieren, und man muss klarmachen, dass wir heute eigentlich mehr denn je in einem vernünftigen Verhältnis von Stadt und Land die regionale Verantwortungsgemeinschaft herausstellen müssen.

(Beifall)

Der dritte Punkt: Ich finde es gut, dass die soziale Stadtpolitik herausgestellt wird; denn an der Stelle wird deutlich, wo sich sozialdemokratische Kommunalpolitik von anderen Strategien unterscheidet. Gute Arbeit, Bildung, Betreuung und auch etwa die Frage der Bekämpfung der Kinderarmut, das sind die Themen, die vor Ort konkret werden, dort, wo wir in der Kommunalpolitik Verantwortung tragen und das umsetzen, was im Programm jetzt insgesamt vorgestellt ist.

In diesem Sinne danke ich allen, die dieses Programm mit entwickelt haben, und freue mich darauf, es vor Ort umzusetzen. Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Danke schön. Nächster Redner ist Eckart Kuhlwein. Ihm folgt Christoph Matschie.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen, als Mitglied der Programmkommission möchte ich mich ganz herzlich bei den drei Akteurinnen und Akteuren bedanken, die nach den Irrungen und Wirrungen der letzten Jahre eine traditionsbewusste und gleichzeitig im Sinne von Nachhaltigkeit zukunftsfähige Fassung des Programms erarbeitet haben. Wenn ich an die ziemlich missverständlichen Leitsätze vom April 2006 oder auch an den Bremer Entwurf denke, der noch zu stark am Erbe der marktradikalen Parteimodernisierer orientiert war, dann

liegt jetzt ein Programmentwurf vor, der die Unterschiede zwischen den Volksparteien wieder wirklich deutlich macht und der gleichzeitig von der selbsternannten Linkspartei abhebt. Genossinnen und Genossen, wir sind danach jetzt wieder ganz klar die linke Volkspartei und wollen das auch gerne bleiben.

(Beifall)

Eine Bemerkung von Astrid Klug will ich aufnehmen. Auch wir hätten es begrüßt, wenn die Nachhaltigkeit als vierter Grundwert in das Programm aufgenommen worden wäre. Das wäre dann, neudeutsch gesprochen, ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber einer CDU gewesen, die ja mit ihrer Vorsitzenden so tut, als hätte sie den Kampf gegen den Klimawandel erfunden. Dabei war sie in der Regierung Kohl mitverantwortlich dafür, dass Deutschland seine Klimaschutzziele nicht erreicht hat. Daran sollte man gelegentlich erinnern.

Ich würde auch nicht gerne den Grünen das Feld überlassen, das in den letzten drei Jahrzehnten von uns bestellt wurde. Erhard Eppler hat heute daran erinnert, welcher historischer Prozess das war. Michael Müller, Hermann Scheer und andere wurden in der Partei ziemlich lange ziemlich alleine gelassen, weil sie von den Wirtschaftsmodernisierern überrollt und beiseite gedrängt wurden. Es ist schön, dass mit diesem Parteitag die Nachhaltigkeit als eine der wichtigen Orientierungen – ich würde sagen: als wichtigste Orientierung – ins Grundsatzprogramm eingeht, dass sie Mainstream geworden ist und dass Kurt Beck sie jetzt zur Chefsache gemacht hat. Dieses Signal wird von diesem Parteitag ausgehen.

Eine zweite knappe Bemerkung: Ich hätte mir etwas klarere Auswirkungen hinsichtlich des Spannungsfeldes zwischen Bürgergesellschaft und Staat gewünscht. Wir haben selbst in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Fehlern gemacht und das hohe Lied von Privatisierung, Deregulierung und Rückzug des Staates mit gesungen. Wenn wir einen handlungsfähigen Staat wiederhaben wollen, muss der Staat hinreichend mit Steuermitteln ausgestattet sein. Das ist eine klare Absage an diejenigen, die immer behaupten, Private könnten das alles besser machen. Viele Kommunen wissen inzwischen, dass ausgegliederte Dienstleistungen teurer und ihre Erledigung schlechter geworden sind und dass manches von der Privatwirtschaft gar nicht garantiert werden kann.

Im Übrigen wäre es nützlich – ver.di und der Beamtenbund haben die Kampagne „Genug gespart“ gestartet –, einmal daran zu erinnern, wie wichtig die öffentlich Bediensteten nicht nur für die Partei, sondern auch für das Gedeihen und Funktionieren unseres Staates und unserer Gesellschaft sind. Wir brauchen einen gut arbeitenden öffentlichen Dienst und einen handlungsfähigen Staat. Auch das ist eine Botschaft, die von diesem Programm ausgehen muss.

Zum Schluss einen Appell an die politischen Akteurinnen und Akteure, Abgeordnete, Ministerinnen, Minister, Staatssekretäre. Ich bin in vielen Diskussionen über das Grundsatzprogramm gefragt worden: Was soll das eigentlich? Schröder hat da doch sowieso nicht reingeguckt. – Ich konnte das nicht kontrollieren, aber eines ist klar: Alle, die hier sitzen, sollten dieses Programm ernst nehmen, es nicht nur unter das Kopfkissen legen, sondern bei allen wichtigen Entscheidungen zurate ziehen. Dann hat dieser Parteitag seinen Sinn erfüllt. – Schönen Dank.

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Danke, Eckart. – Christoph Matschie, dann Martin Schulz und zum Schluss Jochen Vogel.

**Christoph Matschie, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen! Neben dem Versprechen auf Absicherung im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit und im Alter ist das Versprechen auf gleiche Bildungschancen am wichtigsten. Nur wer Zugang zu Bildung hat, hat die Möglichkeit, die Welt zu verstehen und sein Leben selbstbewusst und selbst verantwortet zu gestalten.

Wenn uns eine Untersuchung nach der anderen auf dem Tisch liegt, nach der es kein Industrieland gibt, in dem die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft abhängig sind wie in Deutschland, dann sage ich: Es ist verdammt noch mal unsere Pflicht, dieses Bildungssystem so zu verändern, dass in unserem Land alle gleiche Bildungschancen haben.

(Beifall)

Wenn fast jedes zehnte Kind die Schule ohne einen Abschluss verlässt, dann müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür eintreten, das gemeinsam ändern zu wollen. Wenn sich Hunderttausende von Jugendlichen in Warteschleifen bewegen, bevor sie ins Berufsleben starten können, dann können wir das nicht einfach hinnehmen, sondern müssen versuchen, es zu ändern.

Es ist ja nicht so, dass Menschen bei uns dümmer sind als in anderen Ländern, die das mit der Bildung besser hinkriegen. Führen wir uns doch einmal vor Augen, welche Möglichkeiten in jedem Einzelnen liegen: Denken wir daran, mit welchem Mut, mit welchem Selbstbewusstsein, mit welchem Forscherdrang und Entdeckergeist kleine Kinder in die Welt gehen, wie sie mutig versuchen, jede einzelne Blume einer Geschmacksprobe zu unterziehen und die Streufähigkeit der Blumenerde auf dem Teppich testen. Wenn wir dann 16- oder 17-jährige Jugendliche sehen, die schon aufgegeben haben, die null Bock haben und nicht mehr wissen, was sie mit ihrem Leben anfangen sollen, dann ist doch auf diesem Weg etwas schief gelaufen. Wir können das Bildungssystem verbessern!

(Beifall)

Deshalb sagen wir: Wir müssen mit der Förderung früh anfangen. Das war seit vielen Jahren unsere Forderung. Jetzt steht im Grundsatzprogramm drin: Wir wollen einen Rechtsanspruch auf frühe Förderung ab dem zweiten Lebensjahr. Das brauchen wir auch tatsächlich.

Wir wollen, dass Kinder nicht nach der vierten Klasse sortiert werden; denn das ist ein wesentliches Problem für die Chancengleichheit in unserem Bildungssystem. Ich will das etwas zuspitzen: Das „Sortiersystem Schule“, das gegliederte System, ist doch gedanklich näher am Ständemodell des Mittelalters, als dass es einer modernen Gesellschaft entspricht. Das müssen wir endlich ändern, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche ihren Möglichkeiten entsprechend individuell besser gefördert werden können. Dazu brauchen wir mehr Ganztagsangebote. Auch das halten wir in diesem Programm fest.

Zum Schluss: Wir dürfen in diesem Bildungssystem keine finanziellen Hürden aufrichten. Es darf für die, die sich im Bildungssystem nach oben bewegen wollen, nur eine Hürde geben, nämlich die eigene Leistung. Aber es darf keine finanzielle Hürde im Bildungssystem geben. Das steht in diesem Grundsatzprogramm, und das ist gut so, Genossinnen und Genossen.

Zum Schluss gestattet mir die Bemerkung: Wir haben am Freitag unter anderem über die Ausbreitung von Rechtsextremismus in dieser Gesellschaft gesprochen. Gute Bildung und Chancengleichheit in der Bildung ist auch in dieser Hinsicht ein ganz wichtiger Anker für die Demokratie. Diesen Anker wollen wir gemeinsam stärken. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Christoph. – Martin Schulz.

**Martin Schulz, Parteivorstand:** Genossinnen und Genossen! Wer wie ich oder meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Europäischen Parlament das Privileg hat, die deutsche Sozialdemokratie auf der internationalen Ebene vertreten zu dürfen, der arbeitet täglich mit Genossinnen und Genossen zusammen, die aus anderen Ländern der Europäischen Union oder aus anderen Teilen der Welt kommen, und erfährt in der täglichen Arbeit, dass auf uns, die deutsche Sozialdemokratie, in besonderer Weise geschaut wird. Ich will euch sagen, warum:

Das Einigungswerk Europas, die europäische Einheit hat es uns Deutschen erlaubt, nach dem Zweiten Weltkrieg, nach den Verbrechen des Nationalsozialismus, erhobe-

nen Hauptes in die demokratische Völkerfamilie zurückkehren zu können. Auf Deutschland schaut man trotzdem, weil dieses Land eben Ausgangspunkt der beiden großen Tragödien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war. Die Männer und Frauen in der internationalen Politik, die auf dieses Land schauen, wissen eines: Der Garant dafür, dass sich das nicht wiederholt, der Garant für soziale Gerechtigkeit und Friedfertigkeit in der Welt, in der jeder seinen Platz hat, ist zuvorderst die deutsche Sozialdemokratie. Dass wir daran weiter arbeiten, drückt dieses Programm aus. Deshalb schauen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus anderen Ländern auf uns, auf diesen Parteitag.

Das Kapitel zur internationalen Politik und das Europakapitel, das sage ich mit Stolz und mit Dank an die, die es geschrieben haben, – ich habe daran mitwirken dürfen – ist avantgardistisch für die Sozialistische Internationale. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Freundinnen und Freunde in anderen Teilen Europas erwarten von der deutschen Sozialdemokratie, dass sie sich an die Spitze einer Debatte stellt, die wir brauchen – nicht nur in diesem Land.

Ich will euch sagen: Wenn wir uns bei der Vorbereitung des Wahlprogramms für die nächste Europawahl an dem orientieren, was im Europakapitel steht, dann ist eine Botschaft, die heute hier mehrfach verwendet worden ist, für mich und für viele andere in unserem Land, aber auch in anderen Ländern, ermutigend. Sie lautet: In Zeiten, in denen Leute glauben – auch in den Reihen der Sozialdemokratie –, man könne zurück zu nationalen Lösungen, in Zeiten, in denen auch Sozialistinnen und Sozialisten nicht frei von der Versuchung sind, zu glauben, man könne die Aufgaben im nationalen Rahmen besser als im transnationalen Rahmen erfüllen, weil es dort zu schwierig ist, und in Zeiten, in der die Gefahr der Renationalisierung droht und Ultranationalismus, Großmachtansprüche, ethnischer Hass und religiöse Intoleranz wieder Raum greifen und das Projekt der Internationalität und Integration, die Frieden schafft, gefährden, ist die Botschaft eine Ermutigung, dass wir nicht davon ablassen, zu sagen: Der Traum von den Vereinigten Staaten von Europa ist nicht ausgeümt. Es mag noch dauern, aber wir halten an diesem Ziel fest. Damit stehen wir in der besten Tradition internationaler Sozialdemokratie.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, deshalb ist die Kugel, die auf der Leinwand hinter uns ist, eine Kugel, auf der sich alle Menschen in Freiheit, Gleichzeit und Gerechtigkeit versammeln sollen. Das ist das Ziel unserer Arbeit, und ich bin stolz darauf, dass unser Programm das so nachhaltig ausdrückt. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Andrea Ypsilanti, Tagungspräsidium:** Ich freue mich, als den letzten Redner in dieser Grundsatzdebatte Jochen Vogel hier zu begrüßen.

(Beifall)

**Hans-Jochen Vogel:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin eingeladen worden, an dieser Diskussion teilzunehmen. Ich habe einen Moment überlegt, aber dann gab es zwei Gründe, weswegen ich der Einladung gerne entsprochen habe.

Erstens ist es das dritte Programm, an dem ich im Laufe meines Lebens mitarbeiten konnte – wenn auch in unterschiedlicher Weise –, und aller Voraussicht nach ist es das letzte Programm, an dem ich mitarbeiten kann.

(Zurufe)

– Ja, nun, bitte. Werdet nicht kurzatmig bei den Abständen der Programme.

(Heiterkeit und Beifall)

Glaubt auch nicht, dass ich das ewige Leben habe.

Zweitens: Ich glaube, es ist ganz sinnvoll, wenn sich an dieser Debatte auch die Arbeitsgemeinschaft 80 plus beteiligt.

(Beifall)

Allerdings habe ich die höfliche Bitte geäußert, dass die Redezeit vielleicht um ein bis zwei Minuten verlängert wird.

(Beifall)

Erste Feststellung: Ich möchte Erhard Eppler meinen großen Respekt für das, was er hier gesagt hat, bekunden. Erhard, du hast mit deiner Rede die Quintessenz aus deinem politischen Leben gezogen – und daher auch die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft dessen, was du gesagt hast.

(Beifall)

Ganz leise füge ich hinzu, lieber Erhard: Manches wäre anders gelaufen, wenn dir eine breitere Mehrheit in der Partei schon früher zugehört hätte.

(Beifall)

Da bitte ich ein bisschen zu differenzieren. Für die erneuerbare Energie hat sich die Bundestagsfraktion schon in den 80er-Jahren eingesetzt. Ich habe die Debatte über die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km/h verfolgt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat 1985 eine Begrenzung auf 100 km/h beantragt. Ich merkwürdiger Pedant bin dann mit meinem Dienstwagen einige Monate selbst nur 100 km/h gefahren, was meinen Fahrer in große Verlegenheiten gebracht hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Gelegentlich sei also auch an die Geschichte erinnert.

Jetzt zwei konkrete Bemerkungen, ohne mich da jetzt weiter einmischen zu wollen.

Erstens: Gesine, ich respektive dich und deine Meinung – das weißt du –, aber ich teile sie nicht.

(Beifall)

Zum Satz, um den es geht, nämlich zur Überwindung der männlichen Gesellschaft: Ich bitte euch – war der 1989 richtig oder war er falsch? Nein, er war damals richtig.

(Beifall)

Jetzt wollt ihr sagen, dass sich seit 1989 so viel verändert hat, dass das falsch geworden ist? Dann guckt euch einmal die großen Organisationen an und geht in die großen Unternehmen. Ich will hier keine Einzelheiten nennen. Da ist schon noch eine ganze Menge zu tun. Wir Mannsbilder sind euch ja dankbar, dass ihr uns das bescheinigt, aber ganz richtig ist das nicht. Darum bin ich der Meinung von Kurt Beck und von Erhard Eppler.

(Beifall)

Zweitens: Etwas schwerer tue ich mich mit der Frage, ob wir die Nachhaltigkeit wirklich als Grundwert neben Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stellen sollen. Ich stimme dem zu, dass sie stark betont und so entfaltet wird, wie Erhard und andere – auch Eckart Kuhlwein – das gesagt haben. Aber es geht doch darum, dass wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und unsere Vorstellungen mit Nachhaltigkeit verfolgen.

(Beifall)

Man kann nachhaltig nämlich auch ganz dummes Zeug nachhaltig machen. Das ist also eine andere Kategorie.

(Beifall)

Darum: immer im Zusammenhang mit unseren Grundwerten betonen, aber nicht verselbstständigt daneben stellen. Ich bitte euch, darüber noch einmal nachzudenken.

Ich habe mich aber eigentlich gemeldet, weil es schon etwas Besonderes ist, dass die Sozialdemokratie heute ihr zehntes Programm in 144 Jahren verabschiedet. Übrigens: Vergesst nie – Wolfgang, ich dachte, du würdest das erwähnen –, dass dazu auch das Programm der Sozialdemokratischen Partei der DDR vom Sommer 1990 in Leipzig gehört. Das sollte nicht vergessen werden. Darin stehen auch gute Sachen.

(Beifall)

Ich glaube, der erste Entwurf war ein Ansatz. Er ist entscheidend verbessert worden. Es ist ja merkwürdig, dass die Sozialdemokraten jetzt plötzlich Dinge auch übereinstimmend gut finden. Das hat es lange Zeit nicht gegeben, aber es ist gut.

(Beifall)

Ich glaube, es ist wahr: Dieses Programm steht auf der Höhe unserer Zeit, aber es steht auch auf unserer Geschichte und auf den Erfahrungen, die wir aus unserer Geschichte gewonnen haben.

(Beifall)

Mir sind drei Dinge besonders bedeutsam:

Erstens: Wir geben neue realistische Antworten auf große Herausforderungen, die im Berliner Programm noch nicht so sichtbar waren oder erst jetzt hinzugekommen sind. Aber es sind keine beliebigen Antworten, es sind Antworten, die der Prüfung im Hinblick auf unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität standhalten und an diesen Kriterien gemessen worden sind. Das ist das Wesentliche.

Dazu gehört das Marktproblem. Ich sage ganz ungeniert: Der Markt ist ein nützliches Instrument und anderen wirtschaftlichen Organisationsformen überlegen. Er ist aber ein Instrument und nicht die letzte gesellschaftliche Entscheidungsinstanz. Das wäre das Ende der Demokratie.

(Beifall)

Ein Instrument braucht Gebrauchsanweisungen und Rahmenbedingungen.

Das kann man schon bei Ludwig Erhard nachlesen. Wenn Leute in der Union dies alles bezweifeln, dann sollten sie einmal die Texte von Ludwig Erhard über die Soziale Marktwirtschaft lesen. Da war nämlich von Rahmenbedingungen und sozialem Ausgleich die Rede. Ja, wo sie Recht haben, kann man sie auch zitieren.

Es gibt auch Gebiete, in denen das Instrument nichts zu suchen hat. Es hat in der Bildung und in der Frage der Sicherheit nichts zu suchen.

(Beifall)

Als alter Kommunalpolitiker aus grauer Vergangenheit sage ich: Es hat nichts zu suchen in den Kernbereichen der Daseinsvorsorge. Das gilt auch für die Wasserversorgung.

(Beifall)

Bei der Wasserversorgung muss die Verantwortung bei den Kommunen bleiben.

(Beifall)



Der Bürger muss sich im Rathaus beschweren können und nicht E-Mails nach Amerika schicken müssen. Das geht nicht.

Zweiter Punkt: Es werden Antworten auf globale Herausforderungen gegeben. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Aber es werden auch sinnvolle Herausforderungen im nationalen Bereich aufgegriffen. Ich bin sehr froh, dass da klipp und klar steht, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen niedrigsten und höchsten Einkommen und zwischen großen Vermögen und Vermögenlosigkeit auch in der Bundesrepublik Deutschland unverändert erweitert und breiter wird.

Aber die Feststellung ist nicht genug. Es stehen genug gute Sachen drin, wie das geändert werden soll. Ich lege allen ans Herz, gerade diesen Punkt ernst zu nehmen. Das führt dann auch zu politischen Konsequenzen, etwa zu höheren Belastungen der ganz großen Vermögen. Denkt bitte an das Programm, wenn von Erbschaftssteuer und – ich benutze das Wort – auch von Vermögenssteuer die Rede ist.

(Beifall)

Besonders gefreute habe ich mich, dass gestern der Skandal dieser völlig unsinnigen Vergütungen für einzelne Vorstandsvorsitzende und Vorstandsmitglieder angesprochen worden ist. Genossinnen und Genossen, auch da ergeben sich aus unserem Programm Konsequenzen. Es ist keine Privatangelegenheiten, wenn der Vorstandsvorsitzende einer großen Bank jährlich Vergütungen bezieht, mit denen er 30 Bundeskanzler bezahlen könnte. Das geht nicht. Das tut man nicht.

(Beifall)

Ich weiß auch nicht, was man mit so viel Geld Sinnvolles anfangen kann. Ich bin nie in die Verlegenheit gekommen. Bitte nehmt diese Sache ernst.

Schaut euch aber auch an, wer diese Dinge beschließt. In Aufsichtsräten sollen auch einige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sitzen.

(Beifall)

Dritter Punkt: Ich habe ein bisschen dafür geworben – und habe auch große Unterstützung gefunden –, dass der Begriff demokratischer Sozialismus in dem Programm seine neue Verankerung gefunden hat.

(Beifall)

Natürlich hat sich seit Godesberg der Inhalt dieses Begriffs verändert gegenüber dem Erfurter Programm. Aber ich weiß nicht, was man dagegen haben kann, wenn die Sozialdemokratie sagt: Für uns ist demokratischer Sozialismus die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Was ist eigentlich dagegen zu sagen?

Wir sind im Übrigen eine Partei, die 144 Jahre alt ist. Wir müssen uns auch an den Traditionswurzeln orientieren. Für diesen Begriff „Demokratischer Sozialismus“ sind Menschen, Männer und Frauen verfolgt worden, in die Lager geworfen worden und gestorben.

(Beifall)

Wenn ich das richtig sehe: Lieber Wolfgang, du hast gesagt, dass Frau Merkel an diesem Begriff Anstoß nimmt. Ich bitte Frau Merkel, zu bedenken: Der Zusammenschluss aller katholischen Laienverbände heißt seit 150 Jahren „Zentralkomitee“ der Deutschen Katholiken.

(Beifall)

Der Begriff ist nicht weniger missbraucht worden als der Begriff des Sozialismus. Nur weil andere diesen Begriff missbrauchen, werfen wir ihn doch nicht weg.

(Beifall)

Weil jetzt die SED ihren Namen in PDS gewechselt hat und jetzt neue Linke heißt, entfernen wir doch nicht das Wort „Linke“ aus unserem Sprachschatz. Bitte keine Übertreibungen.

Noch eine kleine Lesehilfe. Es gibt ein hochinteressantes Buch über eine Rede, die der heutige Papst noch als Kardinal Ratzinger vor dem italienischen Senat im Jahr 2004 gehalten hat. Er sagte: Der demokratische Sozialismus stehe der katholischen Soziallehre besonders nahe

(Beifall)

und habe zur sozialen Bewusstseinsbildung entscheidend beigetragen.

Ich möchte zum Schluss allen danken, die da mitgearbeitet haben, also der „Wohngemeinschaft“, die erwähnt worden ist, aber insbesondere auch dir, lieber Kurt, denn ohne deinen Einsatz und ohne deine Begleitung all dieser Arbeiten wäre dieses gute Ergebnis so nicht möglich geworden. Herzlichen Dank euch allen.

(Beifall)

Legt das Papier nicht beiseite, wenn es verabschiedet ist. Mit großen Mehrheiten verabschiedete Papiere haben in der Sozialdemokratie immer ein bisschen die Gefahr, dass sie dann beiseite gelegt werden. Zieht es heran zur Beurteilung eurer Politik und bringt es den Menschen nahe. Ich glaube, wir haben die Phase überwunden, wo es schwierig war, auf der Straße und anderswo die Menschen anzusprechen. Nein, mit dem heutigen Parteitag und mit diesem Programm im Rücken können wir wieder – nicht überheblich, aber mit Selbstbewusstsein und Überzeugung – auf die Menschen zugehen.

Außerdem vergesst nie: Das Programm richtet sich nicht nur an den Verstand und das Gehirn, sondern auch an die Herzen der Menschen. Nehmt das bitte ernst.

(Beifall)

Redet mit den Menschen und fragt sie, auch wenn sie kritisieren, schimpfen und sagen, man kann doch nichts machen. Sie sind später mit sich mehr im Reinen, wenn sie sich engagieren und etwas tun.

Im Übrigen drängt es mich, ein hervorragendes Beispiel zu erwähnen. Jemand, der mit klugen Kritiken in herausgehobener Stellung die Politik und auch die SPD begleitet hat, hat, als der Partei das Wasser bis zum Halse stand – Wasser passt zu Hamburg –, gesagt: Ich schreibe nicht nur, ich bringe mich ein, ich kandidiere hier. Ich meine den Michael Naumann. Das ist nicht selbstverständlich, Freunde.

(Beifall)

Weil ich zu der altmodischen Gruppe derer gehöre, die Dinge gut finden, will ich noch etwas sagen, was nicht unmittelbar mit dem Programm zusammenhängt. Dieser Parteitag wird ein guter Parteitag werden. Jetzt haben wir nur noch drei Stunden.

(Heiterkeit)

– Ich habe schon alles Mögliche auf Parteitag erlebt.

(Heiterkeit)

Ich möchte Kurt Beck meinen Respekt dafür bekunden, dass er die Frage des Arbeitslosengeldes I aufgegriffen hat. Dass er in eine heiße Materie gelangt hat, das hat er gewusst. Ich möchte genauso Franz Müntefering meinen Respekt bekunden, wie er die Entscheidung des Parteitags loyal und souverän akzeptiert hat.

(Beifall)

Kurt, wenn ein Bild von diesem Parteitag auch später noch zu sehen sein wird, dann wird es das Bild sein, wo ihr beide vorgetreten seid und euch die Hand gegeben habt.

Meine Bitte ist nur, dass dieses Bild eine zuverlässige Perspektive für die Zusammenarbeit in der Zukunft wird.

(Beifall)

Das war's, Genossinnen und Genossen. Für die Überschreitung der Redezeit bitte ich um Nachsicht. Ich werde nicht mehr auf sehr vielen Parteitag reden, das verspreche ich euch.

(Lang anhaltender Beifall)

## Beratung der Anträge zum Grundsatzprogramm

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Lieber Jochen Vogel, das war brillant. Falls ein Delegierter mit dem Gedanken hierher gekommen ist, dem Entwurf des Grundsatzprogramms nicht zuzustimmen, der wird es ganz schön schwer haben.

Jetzt wird es aber sehr viel kleinteiliger. Ich mache einige verfahrensleitende Bemerkungen. Ihr habt alle einen großen Stapel Papier vor euch. Davon braucht ihr natürlich das dicke Antragsbuch; denn die Grundlage der Beratung, der Bremer Entwurf in der Fassung der Antragskommission, ist abgedruckt im dicken Antragsbuch. Alle anderen Anträge aus der Organisation, die sich auf den Bremer Entwurf beziehen, sind damit hinfällig und von der Antragskommission auch bearbeitet. Sie sind weitestgehend integriert oder mit einer Ablehnung versehen.

Auf dem Tisch liegen heute 41 Initiativanträge, die wir jetzt behandeln werden. Die sind zusammengeheftet. Darauf steht „Initiativantrag 1 (Grundsatzprogramm)“. Darunter steht „Kapitel 0“. Dieses „Kapitel 0“ ist irritierend. Deshalb will ich darauf hinweisen: Immer, wenn „Kapitel 0“ auftaucht, bedeutet es, dass sich ein Initiativantrag zu mehreren Kapiteln verhält. Also ignoriert das! Das taucht immer wieder auf. Das war für die Arbeit von Bedeutung. Für uns ist das aber belanglos.

Ferner habt ihr ein vierseitiges Papier mit der Überschrift „Empfehlungen der Antragskommission zu den Initiativanträgen zum Grundsatzprogramm“. Das muss euch vorliegen. Das ist die Grundlage, nach der ich jetzt vorgehe. Nach der Reihenfolge der Initiativanträge vorzugehen, wäre irritierend. Das kriegen wir nicht geregelt. Wir gehen also nach den Empfehlungen der Antragskommission zu den Initiativanträgen vor. Ich rufe Kapitel für Kapitel auf.

Wie ich heute Morgen mitgeteilt habe, ist verabredet, dass dann, wenn zu einem Initiativantrag das Wort gewünscht wird, die Antragsteller es auch bekommen.

Ich habe im Übrigen schon einen Stapel von Wortmeldungen. Wenn sich die Antragsteller kurz fassen, wäre das sehr hilfreich.

Dann hat die Antragskommission die Möglichkeit zu votieren. Dann stimmen wir über jeden Initiativantrag ab. Anschließend stimmen wir über die Kapitel ab. Danach folgt die Schlussabstimmung.

Es gibt also zu keinem Kapitel mehr eine Generalausprache. Das haben wir heute Vormittag so verabredet. Ich weiß, dass das einige ärgert, weil sie noch unbedingt reden wollten. Das ist aber nicht organisierbar.

Das waren die einleitenden Bemerkungen.

Ich rufe auf die Einleitung. Dazu gibt es den Initiativantrag 40. Hubertus Heil, du kommst gleich nach vorne, um dazu etwas zu sagen. Ferner gibt es einen Änderungsantrag, den Michael Müller hier heute Morgen gestellt hat, der nur eine Veränderung in der Reihenfolge vorsieht. Ich finde, er muss mit behandelt werden. Hubertus, sag einen Satz dazu!

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben den Änderungsantrag I 40 aus Sachsen-Anhalt. Dazu wird Wolfgang Eichler auch sprechen. Den hat er auch in der Programmkommission – dort fühlte er sich nicht richtig behandelt – stellen wollen. Er wird ihn hier wieder stellen. Ich bitte, dem Votum der Antragskommission auf Ablehnung zu folgen. Hintergrund ist nicht, dass wir das inhaltlich falsch finden, was er vorschlägt, sondern weil das die falsche Stelle ist. Man kann nicht alles in der Einleitung abhandeln. Das wäre ungefähr so, als wenn man einen Witz erzählt und die Pointe schon dreimal in der Einleitung hat. Das, was inhaltlich gefordert wird, nämlich eine klare Kritik am globalen Kapitalismus, die Forderung nach der Stärke des Rechts und nicht des Rechts des Stärkeren, ist hinlänglich in verschiedenen Kapiteln enthalten. Deshalb bitten wir, der Ablehnung zu folgen.

Mit dem, was Michael Müller vorschlägt, habe ich jetzt ein Problem. Das muss ich ganz offen sagen. Wir haben fairerweise gesagt: Wir machen Initiativanträge. Wenn jemand etwas ändern will – die Gelegenheit hat bestanden –, dann ist das über die Initiativanträge gemacht worden. Jetzt müssen wir uns im Verfahren darüber verständigen, ob jetzt kurz vor Toresschluss auch Einzelpersonen Vorschläge machen können, ohne dass es den Delegierten schriftlich vorliegt. Ich habe es mir eben in der Sache angeschaut, aber ich habe kein Votum der Antragskommission zu diesem Thema. Das ist aber eine grundsätzliche Frage für das Verfahren. Wenn sich jetzt jeder bei jedem Kapitel noch etwas ausdenkt, was den Delegierten nicht schriftlich vorliegt, dann haben wir ein Problem miteinander. Dann darf es auch nicht Delegierte ersten und zweiten Rechts geben; das will ich auch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich interpretiere das so, dass wir die Geschäftsordnung korrekt einhalten. Dann sind weitere Änderungsanträge, die nicht vorgelegt worden sind, nicht zulässig.

Jetzt hat Wolfgang Eichler, Sachsen-Anhalt, das Wort zum Initiativantrag 40.

**Wolfgang Eichler, Sachsen-Anhalt:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bekenne, dass mein Herz ein bisschen bänglich ist, nach der großartigen Ansprache von Hans-Jochen Vogel hier am Pult zu stehen.

Hubertus Heil hat schon kurz auf unser Anliegen Bezug genommen. Ich will es nicht übermäßig ausdehnen. Ich will hier sagen, dass die sachsen-anhaltiner Sozialdemo-

kratinnen und Sozialdemokraten glücklich sind, dass wir seit 1925, seit über 80 Jahren, das erste Mal dabei sein können, wenn ein Grundsatzprogramm der großen Sozialdemokratischen Partei beschlossen wird.

(Beifall)

Wir sind auch ein bisschen stolz darauf, dass wir die eine oder andere Formulierung in dem nun vorliegenden Programmentwurf unterbringen konnten. Ich schließe mich dem Dank an Hubertus Heil, Andrea Nahles und Wolfgang Thierse, der hier schon mehrfach geäußert worden ist, an.

Wir finden, es ist eine großartige Leistung, was die drei hervorgebracht haben. Deswegen ungeachtet sind wir der Auffassung, dass an der einen oder anderen Stelle noch ein I-Tüpfelchen draufgesetzt werden könnte. Das betrifft unseren Initiativantrag mit der Überschrift „Rückgewinnung politischer Handlungsmacht“.

Wir haben das Grundsatzprogramm bei uns im Land hoch und runter diskutiert. Bei diesen Erörterungen sind zwei Fragen immer wieder aufgetaucht, einmal die Gerechtigkeitsfrage und zum anderen die Ohnmacht der Politik gegenüber der Wirtschaft. Wir haben uns gefreut, dass im Bremer Entwurf unter den vier großen Aufgaben am Beginn des 21. Jahrhunderts formuliert war: Wir wollen die Globalisierung freiheitlich, gerecht und solidarisch gestalten. Dafür müssen wir politische Handlungsmacht zurückerlangen. – Wir haben antragsgemäß hinzugefügt: durch Begrenzung der Macht des international agierenden Kapitals.

Nun ist die Frage, an welcher Stelle das stehen muss. In dieser Form tritt das nicht auf. Es ist darauf hingewiesen worden, dass dieser Gedanke anderweitig im Programm untergebracht ist. Wir haben uns an einer Empfehlung orientiert, die Thomas Meyer uns im Frühjahr dazu gegeben hat, wie wir bei dem Programm und der Entwicklung des Programm weiter vorgehen sollten. Programme, die eine gesellschaftliche Debatte bündeln und vorantreiben wollen, sagt er, brauchen Profil, Reibungsfläche, Prioritäten und Mut zur Kontroverse und zur Zuspitzung. – Genau das machen wir mit unserem Antrag. Mit der vorliegenden Formulierung – der aufzunehmende Text ist in dem euch vorliegenden Exemplar durch Fettdruck hervorgehoben – benennen wir einen Grundwiderspruch unserer Zeit, und wir wollen außerdem an exponierter Stelle den politischen Gestaltungswillen der SPD zum Ausdruck bringen.

Wir haben für unser Anliegen, dieses in der Einleitung unterzubringen, 110 Unterstützungsunterschriften zusammengebracht, ohne dass wir den Antrag besonders beworben haben. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Ich bitte euch, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu entsprechen und füge hinzu: Die Minderheit, wenn es zu einer Mehrheit für unseren Antrag kommen würde, würde

keinen Gesichtsverlust erleiden. Es gibt keine Niederlage, sondern durch Annahme unseres Antrages würde das Programm noch ein Stückchen gewinnen, und darum bitte ich euch.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Die Antragskommission hat für die Ablehnung des Initiativantrags 40 votiert. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Die überwältigende Mehrheit. Dann ist der Antragskommission gefolgt.

Damit haben wir die Einleitung abgeschlossen. Zu Kapitel 1 gibt es den Initiativantrag 28. – Andrea!

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Wir würden das Votum der Antragskommission gerne noch verändern. Zu Absatz 23 wird noch für Ablehnung votiert. Wir sind noch einmal in uns gegangen. Ich glaube, die Bayern haben da einen guten Punkt. Daher würden wir jetzt für Annahme plädieren.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Annahme des gesamten Initiativantrages 28? Ach so, der erste Teil, Absatz 8.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Nein, der erste Teil bleibt; erledigt durch Kapitel 1. Bei Absatz 23 plädieren wir für Annahme.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gut. Lies noch einmal vor. Das war jetzt irritierend.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Moment. – Wir hatten ja die Diskussion, dass es als sehr harsch empfunden wurde, dass wir von einer Vertrauenskrise der Parteien und der Demokratie reden. Die Bayern haben deswegen den Antrag gestellt, dass das positiver formuliert wird:

„Die Parteien bleiben unverzichtbares Element einer demokratischen Gesellschaft. Sie bündeln Überzeugungen und Interessen in der Bevölkerung. Sie transportieren im politischen Willensbildungsprozess die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Dazu brauchen sie demokratische innere Strukturen, Beweglichkeit, Fantasie, klare Profile, Verlässlichkeit und Vertrauen.“

Ich denke, das sollten wir uns auf die Fahnen schreiben. Deswegen plädieren wir für Annahme.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Das heißt in der Konsequenz: Absatz 8 ist erledigt, und Absatz 23 wird jetzt in den Initiativantrag 28 aufgenommen.

Wer folgt diesem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen. Damit haben wir Einleitung und Kapitel 1 abgeschlossen.

Wir haben uns verabredet, dass wir über die Kapitel abstimmen und am Ende eine Schlussabstimmung machen.

Wer stimmt Einleitung und Kapitel 1 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung so beschlossen.

Wir kommen zu Kapitel 2. Hierzu liegt der Initiativantrag 1 vor. Berichterstatter ist Wolfgang Thierse.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Wie euch vorgelegt, wollen wir zwei wichtige Passagen dieses Antrags übernehmen. Zunächst soll nach dem allerersten Satz der Satz angefügt werden:

„Nach ihrer Gründung war sie“ – das bezieht sich auf die Sozialdemokratie – „beides, Emanzipationsbewegung der Arbeiter- und Demokratiebewegung, die den Obrigkeitsstaat überwinden sollte. Sie war es, die in Deutschland die Ideen der Französischen Revolution und der Revolution von 1848 weiterführte. Demokratiegeschichte ist in Deutschland von der Geschichte der Sozialdemokratie nicht zu trennen.“

Des Weiteren wollen wir dem Vorschlag folgen und in Absatz 5 nach Satz 3 folgenden Satz einführen, der eine leichte Veränderung der bisherigen Formulierung darstellt:

„Sie verstehen sich“ – also die Sozialdemokraten, die Mitglieder der Linken Volkspartei – „seit dem Godesberger Programm von 1959 als Linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat.“

Das sind die beiden Vorschläge, die wir ausdrücklich aufnehmen wollen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich gehe davon aus, dass das damit für den Antragsteller erledigt ist und er auch nicht mehr zu sprechen braucht.

Wer folgt dem Votum der Antragskommission zum Initiativantrag 1? – Das ist so beschlossen.

Dann ist mir gesagt worden, der Initiativantrag 6 sei zurückgezogen worden? Ist das korrekt? – Ja, kein Widerspruch.

Dann rufe ich den Initiativantrag 29 auf.



**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung, weil das, was da vorgeschlagen wird, in anderen und, wie wir glauben, etwas besseren Formulierungen bereits inhaltlich im Programmentwurf enthalten ist.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich dazu nicht.

Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Dann rufe ich auf den Initiativantrag 27. Wolfgang!

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Auch hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung mit der gleichen Begründung, weil der Gedanke, der da formuliert ist, in anderen Formulierungen im Entwurf bereits enthalten ist.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen gibt es nicht.

Wer widerspricht dem? – Das war ein Trick. – So beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 39.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Hier geht es um das Stichwort Eigenverantwortung. Das ist gewiss ein gewichtiger Gesichtspunkt. Aber wir haben diesen Gesichtspunkt in der Passage zum Menschenbild ausdrücklich berücksichtigt. Jeder Mensch ist für sich selbst verantwortlich. Keiner, kein Staat kann ihm diese Verantwortung für das eigene Leben abnehmen. Deswegen empfehlen wir Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Wolfgang Eichler.

**Wolfgang Eichler, Sachsen-Anhalt:** Liebe Genossinnen und Genossen, in dem Kapitel 2 werden unsere Grundwerte definiert und im Zusammenhang dargestellt. Es war ein Artikel von Kurt Beck in diesem Sommer, der uns dazu veranlasst hat, bei der Definition des Grundwertes Solidarität einen Aspekt hinzuzufügen. Es soll lauten:

„Zur Solidarität gehören auch Eigenverantwortung und das Bewusstsein, durch eigene Arbeit einen Beitrag zum Gemeinwohl, für das Ganze der Gesellschaft zu leisten.“  
Wörtliches Zitat Kurt Beck! „Einen Beitrag zu leisten – das ist das erste Gesetz der Solidarität.“

Wenn Wolfgang Thierse sagt, das stehe schon anderswo, dann kann ich nur sagen: Redundanzen lassen sich nie ganz vermeiden. Ich denke, wenn wir uns um eine Definition bemühen, dann muss es genau an dieser Stelle stehen.

Ich habe mich gefragt, ob das möglicherweise ein originärer Gedanke Kurts gewesen ist. Sicher war es das, allerdings findet man entsprechende Passagen im Programm von Bad Godesberg, im Zwischenbericht der Grundsatzprogrammkommission an

den Parteitag von Nürnberg 2001 und, man höre und staune, auch in dem Impulsprogramm „Die Grundlagen unserer Politik“ von Gesine Schwan und Wolfgang Thierse. Im Übrigen hat Altbundeskanzler Gerhard Schröder vorgestern darauf Bezug genommen. Ich bitte darum, dass wir diese Ergänzung zur Erläuterung, was wir unter Solidarität verstehen, aufnehmen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Herzlichen Dank. Ich lasse über den Initiativantrag 39 abstimmen. Die Antragskommission votiert für Ablehnung. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist mit überwältigender Mehrheit so beschlossen.

Wir stimmen nun über das gesamte Kapitel 2 ab. Wer stimmt dem in der jetzt beschlossenen Fassung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig.

Wir kommen zu Kapitel 3, zunächst 3.1, Initiativantrag 2. Das Wort hat die Antragskommission, Martin Schulz.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Wir empfehlen bei Initiativantrag 2 bei allen Punkten zu 3.1 Ablehnung. Das sind: Seite 19 Abs. 5, Seite 20 Abs. 13, Seite 20 Abs. 16 und Seite 22 Abs. 38. Wir empfehlen Ablehnung, weil der vorliegende Text der präzisere ist.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen gibt es nicht. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Initiativantrag 3. – Martin.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Bei Initiativantrag 3 empfehlen wir zu Seite 20 Abs. 14 Ablehnung. Auf der gleichen Seite, jedoch Abs. 18, empfehlen wir die Annahme in folgender Fassung: „Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte auf internationaler Ebene an.“ – Ich glaube, das ist eine gute Formulierung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen gibt es nicht. Damit ist die Formulierung auf Seite 20 Abs. 18 so beschlossen. Ich lasse über den Abs. 14 abstimmen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission, hier Ablehnung zu entscheiden? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Initiativantrag 9.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Zu Initiativantrag 9 empfehlen wir zu drei Punkten Ablehnung: Seite 21 Abs. 31, Seite 22 Abs. 38 und Seite 22 Abs. 39. Auch hier glauben wir, dass die vorliegenden Texte präzise sind.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Hierzu gibt es eine Wortmeldung. Simone Burger vom Juso-Bundesvorstand.

**Simone Burger, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir Jusos hätten gerne drei Dinge: mehr Abrüstung, mehr Frieden und keine Wehrpflicht.

(vereinzelt Beifall)

Genau deswegen stehe ich hier.

Ich finde, der erste Punkt ist wichtig. Wer von Abrüstung redet, muss auch daran arbeiten, Rüstungsexporte zu begrenzen und zu verringern. Das findet sich in diesem Grundsatzprogramm so nicht. Deswegen ist der Satz, den wir einfügen wollen: „Wir wollen eine effektive Begrenzung von Rüstungsexporten auch aus Deutschland.“, wichtig. Wir bitten euch, hier gegen das Votum der Antragskommission zu stimmen.

Dies gilt auch für den zweiten Punkt. Frieden ist vor allem deswegen ein wichtiges Thema, weil wir aus verschiedenen Richtungen in diese Partei kommen: aus pazifistischen, antimilitaristischen oder anderen Strömungen. Deswegen lohnt es sich, hier noch einmal hinzuschauen.

Besonders kritisch ist der Punkt 38. Wir versuchen, ab einem bestimmten Punkt zu rechtfertigen, dass militärische Mittel in Erwägung gezogen werden können. Aus unserer Sicht gibt es zwei Grundvoraussetzungen: zum einen ein UN-Mandat und zum anderen parlamentarische Kontrolle, und zwar nicht nur Zustimmung im Bundestag, sondern ein bisschen mehr. Erst dann fangen wir an, darüber nachzudenken. Darüber hinaus muss noch eine politische Entscheidung erfolgen. Wir glauben nicht, dass mit der Formulierung „Einsatz im deutschen Interesse“ eine gute politische Entscheidung getroffen wurde.

(vereinzelt Beifall)

Deshalb bedeutet es mehr als eine semantische Änderung, wenn wir statt „deutsches Interesse“ aufnehmen wollen: „unser Interesse“. Denn unser Interesse ist doch definiert. Unser Interesse sind unsere Grundwerte, unsere Grundsätze und dieses Grundsatzprogramm. Da weiß ich, woran ich bin.

(Beifall)

Deswegen bitten wir auch in diesem Punkt, uns zu folgen und nicht der Antragskommission.

(Beifall)

Punkt drei mache ich ganz kurz: Aufgrund der gestrigen Debatte hätten wir gerne folgenden Satz aufgenommen: „Die Fortentwicklung der Wehrpflicht zu einem frei-

willigen Wehrdienst ist hierfür ein Garant.“ Das entspricht der Debatte von gestern. Auch hierfür bitten wir um eure Zustimmung. – Danke.

(Beifall)

**Martin Schulz, Antragskommission:** Genossinnen und Genossen, wir haben das in der Antragskommission intensiv diskutiert. In allen drei Punkten kommt der vorliegende Text den Wünschen der Antragsteller entgegen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir auf Seite 21 sehr präzise ein Verbot der Rüstungsexportpolitik aufgenommen haben. Das steht in unserem Text drin. Insofern bleiben wir bei unseren Empfehlungen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich stimme über die drei Anträge ab. Die Antragskommission hat jeweils Ablehnung vorgeschlagen.

Zuerst zu Seite 21 Abs. 31. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? Gegenstimmen? – Das Erste war deutlich die Mehrheit.

Seite 22 Abs. 38. Der Vorschlag ist Ablehnung. Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit.

Seite 22 Abs. 39. Wer plädiert wie die Antragskommission für Ablehnung? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen jetzt zum Initiativantrag 15.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Wir empfehlen Annahme und in Kapitel 3.3. Abs. 32 nach Satz 6 in folgender Fassung einzufügen: „Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab.“

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Dazu gibt es keine Wortmeldungen, das ist einvernehmlich.

Wir kommen zum Antrag 26. Ihr schlägt Ablehnung vor. Es gibt eine Wortmeldung von Dominic Scales aus Bayern.

**Dominic Scales, Bayern:** Wir möchten aus diesem Initiativantrag wenigstens drei Punkte aufgenommen haben:

Der erste Punkt ist: Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Das stand in unserem alten Programm, und das hätten wir auch im neuen gerne explizit drin.

Das Zweite ist: Unser Ziel ist es, den Export von Waffen und Rüstungsgütern zu verhindern. Wir haben gerade gehört, dass das schon irgendwo in ähnlicher Weise steht. Mir ist das nicht aufgefallen. Ich würde es gerne an dieser Stelle explizit aufgenommen wissen.

Das Dritte, das wir in diesem Paket gerne aufnehmen wollen: „Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die nachhaltige ökonomische Entwicklung, die gerechte Verteilung der Reichtümer der Erde, der weltweite Aufbau und Ausbau sozialer Sicherungssysteme“. Ansonsten klingt dieses Kapitel mit den erneuerbaren Energien so wie eine amerikanisierte Außenpolitik, wo man sich seine Rohstoffe holen kann, wenn man sie braucht. Wenn man diese Formulierung voranstellt, ist das meiner Meinung nach besser und genauer gefasst.

Ich bitte, über diese drei Punkte einzeln abzustimmen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich stelle fest, dass das in den Unterlagen summarisch aufgelistet ist. Martin, vielleicht kannst du im Einzelnen dazu etwas sagen.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Ich will noch einmal etwas zur Rüstungsexportpolitik sagen. Das ist auf der Seite 21 sehr präzise formuliert: Wir sind einer strengen Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Rüstungsgüter sind keine normale Handelsware. Die Einhaltung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und das Verbot, Waffen in Konfliktregionen zu liefern, sind für uns maßgeblich bei Ausführungsgenehmigungen. Rüstungsexporte in Entwicklungsländer sind abzulehnen, weil sie die nachhaltige Entwicklung eines Landes gefährden können.

Es gibt noch drei andere Passagen, wo wir Gleiches über die Rüstungsexporte sagen.

Auch wenn wir hier Ablehnung formuliert haben, bin ich der Meinung – ich bitte die Genossinnen und Genossen der Antragskommission, mir nicht böse zu sein –, dass der Satz „Krieg ist kein Mittel der Politik“ in unser Parteiprogramm gehört. Ich würde hier die Annahme empfehlen.

(Beifall)

Alle anderen Punkte sind bereits erledigt.

Ich empfehle bei 26-3-1 also keine Ablehnung, sondern ich würde gerne Ablehnung der anderen genannten Punkte und Zustimmung zur Einführung des Satzes „Krieg ist kein Mittel der Politik“ empfehlen.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gut. – Der Antrag hatte drei Teile: Abs. 25 (alt) – das hat die Antragskommission übernommen –, Abs. 30 (alt) – die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Wenn ich das richtig sehe, kommen wir jetzt noch zu Absatz 33 (alt). Dort lautet der Vorschlag ebenfalls Ablehnung. Wer schließt sich dem an? – Das ist eindeutig so beschlossen.

Damit haben wir 26 abgearbeitet und kommen jetzt zu 29. – Martin.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Das bezieht sich auf Seite 22, Abs. 34. Hier empfehlen wir Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das ist so beschlossen.

Damit kommen wir zu 31. – Bitte.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Das bezieht sich auf 22 Abs. 38. Auch hier empfehlen wir Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Kapitel 3.2 – Initiativantrag 8. – Martin.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Hier empfehlen wir die Annahme.

**Wolfgang Jüttner, Antragskommission:** Ich stelle keine Gegenstimmen fest. – Gut.

Wir kommen zum Initiativantrag 9. – Martin.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Die Antragskommission empfiehlt auch hier die Annahme.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen liegen nicht vor. Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Das ist so beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Initiativantrag 29.

**Martin Schulz, Antragskommission:** Hier ist Seite 24, Abs. 8, Satz 1 gemeint. Wir empfehlen hier die Ablehnung. Das Gleiche gilt für Seite 25 Abs. 16 und Seite 26 Abs. 23 Satz 2. In allen drei Punkten empfehlen wir die Annahme des vorgelegten Textes und Ablehnung des Initiativantrags.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Mir liegt zu den gesamten Punkten keine Wortmeldung vor. Ich gehe deshalb davon aus, dass ich zusammen abstimmen lassen kann. Wer folgt der Fassung der Antragskommission, den Initiativantrag 29 abzulehnen? – Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zum Kapitel 3.3.

Wolfgang Thierse ist dafür zuständig.

Ich weise noch einmal darauf hin: Mitunter liegen zwei Wortmeldungen zum gleichen Initiativantrag vor. Einen Zettel schmeißen wir weg. Ihr könnt euch verständigen, wer reden möchte. – Wolfgang, du hast das Wort.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Beim ersten Antrag empfehlen wir Annahme. Dort ist uns unverzeihlicherweise ein leninistischer Begriff untergekommen, nämlich „Transmissionsriemen“. Das ersetzen wir durch den schöneren Satz: „Die demokratischen Parteien haben eine Schlüsselfunktion bei der politischen Willensbildung. Sie sind unentbehrliche Mittler zwischen Bürgergesellschaft und Staat“.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer stimmt gegen diesen Antrag der Antragskommission? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zum Initiativantrag 2.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Wir empfehlen Annahme.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen liegt mir nicht vor. – Das ist so beschlossen.

Initiativantrag 11.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Wir unterscheiden: Bei Abs. 31 empfehlen wir Ablehnung, bei den beiden anderen Vorschlägen empfehlen wir jeweils Annahme.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Mir liegt eine Wortmeldung von Klaus Hahnzog vor.

**Klaus Hahnzog, Bayern:** Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist gut, dass hier zwei wichtige Ergänzungen von der Antragskommission zur Annahme empfohlen sind. Deswegen wird es in Zukunft heißen: Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sind der Maßstab sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik.

Ich glaube, wenn man die aktuellen Diskussionen in diesem Bereich verfolgt, die nicht aufhören werden, dann stellt man fest, dass dies ein wichtiger Fortschritt ist. Da wir klare Botschaften wollen, gehören dazu auch treffende Überschriften.

Die jetzige Überschrift „Sicherheit in Freiheit“ zeigt verengend nur einen Aspekt und eine Seite von Freiheit. Freiheit muss aber auch vor allem Spielraum für ein selbstbestimmtes Leben eröffnen. Das liegt nicht nur im individuellen Interesse des Einzelnen, sondern auch im Interesse einer lebendigen Demokratie.

Deswegen die herzliche Bitte der Antragsteller aus Bayern und der AsJ, die Überschrift „Sicherheit in Freiheit“ durch „Freiheit und Sicherheit“ zu ersetzen, damit eine gewisse Rangfolge der Prioritäten auch schon im Wortlaut erkennbar ist.

Ich glaube, das wird auch dem äußeren Erscheinungsbild dieses Hamburger Programms besser gerecht. Ihr seht, dass dort das Wort „Freiheit“ unter den verschiedenen Werten dick hervorgehoben worden ist. – Danke schön.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich will darauf hinweisen, dass der Grundwerteteil ausdrücklich auch über Freiheit handelt und dass der Begriff der Freiheit auch an der Spitze unserer Grundwerte steht.

In diesem Kapitel geht es schon um das, was uns als Volkspartei auch interessieren muss: Sicherheitsbedürfnisse in einer widersprüchlichen Welt zu befriedigen, und zwar so, dass die Freiheitsrechte und die Rechtsstaatlichkeit nicht eingeschränkt werden. Deswegen halte ich die Überschrift dieses Absatzes weiterhin für richtig.

Die beiden anderen Punkten empfehlen wir ausdrücklich Annahme.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gut. Wir stimmen noch über die Überschrift ab. Wer folgt dem Vorschlag der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war deutlich die Mehrheit. Damit ist der Antrag 11 abgearbeitet.

Ich rufe Antrag 21 auf.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Wir empfehlen Ablehnung, weil das, was dort ausführlich ausgebreitet ist, in anderen Formulierungen bereits enthalten ist.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Mir liegt eine Wortmeldung vor. – Cornelia Östreich aus Schleswig-Holstein.

**Cornelia Östreich, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Erlaubt mir, mich zur Begründung dieses Antrags auf einen großen Namen einerseits und auf einen guten Namen andererseits zu berufen. Der große Name – und auf diesem Parteitag wahrlich nicht nur ein Name – ist Erhard Eppler, der zu Anfang dieses Jahres festgestellt hat, dem entstehenden SPD-Grundsatzprogramm fehle noch ein wirkliches Staatskapitel.

Inzwischen hat sich der Programmtext gewandelt. Viele Ideen haben sich im Zuge der innerparteilichen Diskussion geklärt und einige zum Glück auch verändert. Ein wirkliches Staatskapitel enthält aber auch der uns nun vorliegende Text noch nicht.

Es gibt das Kapitel „Vorsorgender Sozialstaat“. Auch das wurde ja sehr stark verändert. Es gibt wichtige Passagen über Demokratie und Bürgergesellschaft und über Einzelstrukturen, wie den Föderalismus. Es gibt dankenswerterweise das mehrfache Bekenntnis zum Primat der Politik und seit gestern auch einige konkrete Beschlüsse in dieser Richtung. Es gibt aber keine klare Aussage über die Grundlage all dieser Inhalte und Strukturen und keinen Hauptzuständigen, der Garantien gibt und notfalls auch mit Druck bewehrt.

Daran liegt uns sehr stark, gerade auch, wenn man an die gestrigen Diskussionen denkt. Es gibt ihn jedenfalls in keiner Überschrift und keiner grundsätzlichen allgemeinverbindlichen Aussage.



Dies hat den Landesverband Schleswig-Holstein frühzeitig umgetrieben, der schon zu seinem Parteitag im März dieses Jahres einen Leitantrag „Handlungsfähiger Staat“ erarbeitet, einmütig verabschiedet und im vergangenen Monat noch einmal bestätigt hat, wobei uns Erhard Eppler nochmals behilflich war.

Auf diesem Antrag basieren die Ergänzungen, die wir euch zu Beginn des Kapitels „Demokratie und Bürgergesellschaft“ wieder vorschlagen.

Jetzt kommt der gute Name ins Spiel, von dem unser Landesverband hofft, ihn in dieser Frage speziell auch mit unserem Vorsitzenden Ralf Stegner zu besetzen.

Unser Vorbild sind die skandinavischen Länder, die als Staaten bekanntlich sehr aktiv und darin auch erfolgreich sind, ohne dabei Freiheiten, die unserer SPD auch wichtig sind, zu beeinträchtigen. Ganz im Gegenteil: Wir meinen, wo wir uns im Allgemeinen und gestern im Konkreten zur öffentlicher Daseinsvorsorge bekannt haben, wo wir den Primat der Politik erhalten oder gar zurückgewinnen wollen, wo wir bereits der EU völlig zu Recht ausdrücklich Züge eigener Staatlichkeit bescheinigen, da dürfen ein, zwei Kernaussagen darüber, was Staat für uns bedeutet, nicht fehlen. Klar ist, dass Politik mehr ist als der Staat. Aber diese Aussage allein reicht uns nicht.

Diese Aussagen dürfen sich auch nicht aufs Nationale verengen. Da sehen wir wiederum eine gewisse Gefahr. Denn, wie ein Mitglied meines Lübecker Kreisverbandes so treffend sagte: Der Staat, das sind wir alle.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. Die Antragskommission schlägt gleichwohl vor, Initiativantrag 21 abzulehnen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit.

Initiativantrag 22 ist erledigt.

Initiativantrag 29 ist auch erledigt durch Fassung der Antragskommission. Eine Wortmeldung haben wir dazu nicht. Dann ist der auch beschlossen.

Jetzt kommt 38. Dazu gibt es eine Wortmeldung. – Wolfgang.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Weil der Antrag gewichtig ist, empfehlen wir, den entscheidenden Satz dieses Antrages zu übernehmen: An den Absatz 15 soll der Satz angefügt werden: „Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wollen wir nicht den Renditeerwägungen globaler Kapitalmärkte aussetzen.“

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Es gibt eine Wortmeldung von Sebastian Weigle, Baden-Württemberg.

**Sebastian Weigle, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen! Eigentlich brauche ich mich gar nicht zu Wort zu melden. Aber ich tue es aus einem wichtigen Grund. Ich glaube nämlich, dass es gut ist, dass hier deutlich wird, dass sich mit diesem Grundsatzprogramm auch und gerade Genossinnen und Genossen im Juso-Alter beschäftigt haben. Das kam bis auf den Redebeitrag von Simone Burger bisher nicht wirklich zum Ausdruck. Es ist sehr wichtig, dass auch wir unsere Meinung sagen.

Es geht bei diesem Initiativantrag tatsächlich um eine der Kernfragen sozialdemokratischer Politik auf Bundesebene, Landesebene und kommunaler Ebene. Da geht um die Bahn. Es geht auch um Fragen, ob eine Staatsbrauerei wirklich Daseinsvorsorge ist. Aber in allererster Linie geht es um Kommunalpolitik, liebe Genossinnen und Genossen.

Es ist wichtig, dass in diesem Grundsatzprogramm gerade hier eine Orientierung erfolgt für die, die in der Kommunalpolitik tagtäglich darum kämpfen. Es ist die Frage, was wollen wir privatisieren und was nicht. Hier gab es in den letzten Jahren oft nur wenig Orientierung vonseiten der Partei. Es gab Finanzminister, die Privatisierung ganz toll fanden, weil es möglicherweise die Bilanz verbessert. Da gab es Kommunalpolitiker, die mit Themen wie Cross-Border-Leasing und Public-Private-Partnership oft überfordert waren, wo es um tausend Seiten lange Verträge ging.

Es ist ganz wichtig, dass in diesem Grundsatzprogramm deutlich steht, Daseinsvorsorge muss in staatlicher Hand bleiben und sie muss öffentlich kontrolliert werden. Wir als Baden-Württemberger sind der Antragskommission sehr dankbar, dass diese Verdeutlichung des Antrags enthalten ist. Wir können mit dem, was vorgeschlagen ist, auch leben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Das war ein Zwischenlob für die Antragskommission. Wir stimmen ab über den Antrag 38 in der Fassung der Antragskommission. Wer stimmt dem zu? – Mit überwältigender Mehrheit so beschlossen.

Initiativantrag 41. Es wird Ablehnung vorgeschlagen. Es gibt eine Wortmeldung von Henning Homann aus Sachsen.

**Henning Homann, Sachsen:** Liebe Genossinnen und Genossen! Unser Anliegen ist ganz einfach zu verfolgen. Ihr habt alle den Hefter mit den Initiativanträgen bekommen. Wenn ihr ihn einfach umdreht, dann seht ihr als letzten Antrag unseren Antrag.

Wir wollen euch eine kleine Ergänzung vorschlagen. Aber es ist eine Ergänzung, die ein Recht hat, in einem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu stehen. Es geht darum, in drei kurzen Sätzen den Schutz und die Förderung nationaler Minderheiten in Deutschland aufzunehmen.

Da geht es unter anderem um Gruppen wie Dänen, Sorben, Friesen sowie Sinti und Roma in Deutschland, die mit uns in dieser Gesellschaft leben, sie bereichern und sich einbringen. Sie tragen bei zu einer solidarischen Zukunft. Nationale Minderheiten in Deutschland sind gelebte Integration. Eine offene Gesellschaft, die dies zulässt, war und ist Ziel sozialdemokratischer Politik und musste erstritten und erkämpft werden.

Wir schlagen vor, diese drei Sätze in den Abschnitt „Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat“ aufzunehmen, denn die Aufnahme der Bedeutung nationaler Minderheiten ist auch Ausdruck unseres Demokratieverständnisses. Bei uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Demokratie nicht auf die Herrschaft der Mehrheit reduziert, wir wissen um die Notwendigkeit des Schutzes von Minderheiten. Deshalb ist die Aufnahme von nationalen Minderheiten im Grundsatzprogramm auch ein Ausdruck eines modernen Demokratieverständnisses.

Nun ist dieser Antrag mit Ablehnung beschieden worden. Einen Grund dafür habe ich noch nicht gehört. Macht etwas Gutes und stimmt gegen das Votum der Antragskommission! Macht diesen guten Programmentwurf noch ein klein wenig besser! – Vielen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wir stimmen ab über den Initiativantrag 41. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Kapitel 3.4. auf. Berichterstatteerin ist Inge.

Der Initiativantrag 13 wird jetzt beraten.

**Inge Wettig-Danielmeier, Antragskommission:** Bei diesem Initiativantrag geht es um verschiedene Sätze. Es geht einmal in dem Kapitel 3.4 um den Antrag der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und Jungsozialistinnen und Jungsozialisten.

Der erste Satz im Absatz 3, der umfasst die Pflege von Angehörigen zusätzlich zur Erziehung von Kindern. Da wird Annahme empfohlen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen. Mach gleich den nächsten.

**Inge Wettig-Danielmeier, Antragskommission:** Dann kommt der nächste Antrag. Da geht es im 9. Absatz um „existenzsichernde Erwerbsarbeit“ statt nur „Erwerbsarbeit“. Da wird auch Annahme empfohlen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. So beschlossen.

**Inge Wettig-Danielmeier, Antragskommission:** Dann soll in demselben Absatz im Satz 4 eingefügt werden: „Erforderlich sind gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen an Führungspositionen.“ Auch da empfiehlt die Antragskommission Annahme.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich sehe keine Widerspruch. – Damit kommst du zum letzten.

**Inge Wettig-Danielmeier, Antragskommission:** Dann kommt der letzte Punkt. Das ist der Satz, der hier schon mehrfach diskutiert wurde, auch von Hans-Jochen Vogel und Erhard Eppler. Hier ist beantragt, im Punkt 11 zu schreiben: Wenn wir gleiche Teilhabe für Frauen und Männer verwirklichen wollen, müssen wir alle Lebensbereiche umgestalten. Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. – Hier hat die Antragskommission kein Votum abgegeben und sagt, das solle der Parteitag entscheiden.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Dazu gibt es eine Wortmeldung von Claudia Bogedan vom Juso-Bundesvorstand.

**Claudia Bogedan, Jusos:** Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte eigentlich auch „Liebe Gesine“ sagen, aber ich sehe, dass sie gar nicht mehr hier ist. Sie hat uns junge Frauen eben explizit angesprochen. Ich möchte ihr als junge Frau antworten.

Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche Gesellschaft überwinden. Dieser Satz, der im Berliner Programm fest verankert war und zu einem Symbolsatz geworden ist für die Frauenpolitik der SPD, war sicherlich Provokation.

Aber er war nicht nur Provokation. Es geht auch um eine Analyse, wie unsere Gesellschaft funktioniert. Das ist nicht nur Semantik.

(Beifall)

Es geht um mehr als die reine Zielbeschreibung, dass man ein Leben in Partnerschaft möchte. Denn ein Leben in Partnerschaft kann in sehr unterschiedlicher Weise gestaltet werden und misst sich keineswegs an unseren Grundsätzen, nämlich dem Grundsatz, dass wir wollen, dass Frauen und Männer frei, gleich und solidarisch miteinander leben können.

(Beifall)

Gesine hat Recht, wenn sie sagt, dass junge Frauen heute selbstbewusst durch das Leben gehen und vielleicht weniger Kampfpimpetus mit sich bringen, weil sie die Meinung haben, dass uns selbstverständlich die Hälfte der Welt zusteht. Wir haben

viel bessere Startbedingungen, als es vielleicht 1989 noch der Fall war. Selbstverständlich hat sich auch auf der Ebene der formalen Rechte viel gewandelt. Doch es geht um mehr als um formale Gleichstellung.

(Beifall)

Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht nur die eine Hälfte von einem Lebensmodell profitiert.

(Beifall)

Zurzeit profitieren gerade die Männer von dieser Gesellschaft. Sie verdienen mehr. Sie verdienen im Schnitt sogar 23 % mehr als Frauen. Sie haben mehr Macht. In einem Europa der 27 gibt es gerade mal eine Frau als Regierungschefin. Die Anmerkung sei mir auch gestattet: Es ist sehr schade, dass es keine Sozialdemokratin ist. Auch daran sollten wir hier etwas ändern.

(Beifall)

Ich möchte jetzt gerne noch etwas aus meiner eigenen Lebenswelt anführen. Gerade die Hochschulen – da hätte ich mich gerne noch einmal an Gesine gewendet – sind ja ein Raum, der von Männern durchdrungen ist. Frauen haben nämlich gerade mal 9,4 % der C-Professuren. Auch das möchten wir ändern.

(Beifall)

Es geht aber um mehr. Es geht auch darum, dass junge Männer in dieser Gesellschaft ihre Vorstellungen nicht verwirklichen können und ihre Vorstellungen einer progressiven, modernen, nach vorne zukunftsweisenden Form des Zusammenlebens nicht verwirklichen können. Ich möchte das Beispiel des Elterngeldes aufgreifen, denn dort zeigt es sich am deutlichsten. Seit der Einführung des Elterngeldes Anfang des Jahres hat sich die Anzahl der Männer verdoppelt, die Elternzeit genommen haben. Das heißt, der Bedarf ist da. Auch junge Männer wollen heute ein anderes Lebensmodell leben.

(Beifall)

Aber vielfach sind es noch die ökonomischen Gründe, die Männer in diesem Zwei-Monats-Ghetto gefangen halten, die nicht dazu führen, dass der Anteil zwischen den Partnern tatsächlich paritätisch aufgeteilt wird.

Aber es sind auch kulturelle Gründe. Da möchte ich an die Debatten der letzten Wochen erinnern. Das, wie sich Bischof Mixa oder Eva Hermann geäußert haben, können wir Sozialdemokraten wahrlich nicht so stehen lassen. Deshalb muss dieser Satz wieder herein.

(Beifall)

Kurzum: Uns jungen Frauen und auch den nicht mehr ganz so jungen Frauen geht es nicht darum, eine Politik gegen Männer zu machen. Ganz im Gegenteil. Es kann nur möglich sein, wenn wir gemeinsam für eine Gesellschaft kämpfen, in der alle frei, gleich und solidarisch miteinander leben können. Dafür lasst uns gemeinsam streiten – auch über den Tag hinaus!

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, da die Antragskommission gekniffen hat, habe ich das erste Mal die Möglichkeit, über den Initiativantrag selbst abzustimmen. Ich stimme jetzt über den Initiativantrag 13 ab. Es geht um eine Änderung auf Seite 35 Abs. 11, nämlich den Satz, wie eben gesagt, wieder hineinzunehmen. Wer dafür plädiert, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen.

(Beifall)

Gegenstimmen? – Das Erste war ziemlich viel und das Zweite deutlich weniger.

(Beifall)

Die Minderheit hat bei mir vorgetragen, dass ich noch ergänze, dass sie nicht mit Bischof Mixa in eine Reihe gestellt werden wollen. Ich glaube, das beanspruchen sie zu Recht.

(Zuruf: „Du glaubst das nur?“)

– Ich bin mir sicher.

Wir kommen zum Kapitel 3.5: Nachhaltiger Fortschritt durch Wachstum. Hubertus, du bist Berichterstatter.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Die Antragskommission schlägt vor, aus dem Kapitel 1 den Punkt 6 anzunehmen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Dann ist so verfahren.

Dann zum nächsten Punkt!

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! In Abstimmung und in Übereinstimmung mit dem Antragsteller wollen wir unter 3. 5 Punkt 7 und 8 die Annahme in folgender Fassung:

„Wo die Finanzmärkte lediglich kurzfristige Renditen anstreben, gefährden sie langfristige Wachstumsstrategien von Unternehmen und vernichten damit Arbeitsplätze. Wir wollen,“ – jetzt kommt die neue Einfügung – „auch mithilfe des Steuer- und

Aktienrechts, Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.“

Jetzt kommt eine neue Einfügung: „Wir brauchen Spielregeln für Investoren und Fonds, die eine einseitige Renditeorientierung zu Lasten des langfristigen Substanzerhalts von Unternehmen verhindern.“

Ich bitte, das so deutlich anzunehmen. Das war abgestimmt in Nordrhein-Westfalen, die das beantragt haben.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer stimmt dem zu? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Punkt 9.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich nicht.

Wer folgt der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war die überwiegende Mehrheit.

Wir kommen jetzt zum Initiativantrag 2.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Seite 36 Abs. 10: Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Das ist so beschlossen.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Auf Seite 36 Abs. 11: Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich nicht.

Wer folgt der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Satz 4 Annahme in folgender Fassung: „Die Sparkassen erfüllen zudem mit ihrer Orientierung am Gemeinwohl eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, deshalb müssen sie auch in Zukunft öffentlich-rechtlich bleiben.“

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Zustimmung durch Beifall.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ich hoffe, dass alle, die geklatscht haben, auch ein Konto bei der Sparkasse haben.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich rufe jetzt auf den Initiativantrag 5.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Annahme.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf den Initiativantrag 12.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Dazu habe ich auch keine Wortmeldungen.

Wer folgt der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den Antrag 19. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Stefan Bolln aus Schleswig-Holstein.

**Stefan Bolln, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Lüt! Moin, moin! Ich will mich kurz fassen. Energieversorgung, Energieeffizienz, Energiesparen, Klimawandel – alles Themen, die uns viel Beifall bringen. Wir haben Wege aufgezeigt, die ankommen. Wir haben Wege für den Ausstieg aus der Nutzung von fossilen Energieträgern aufgezeigt.

Was uns allerdings als Schleswig-Holsteinern fehlt, was uns als Energiepolitiker fehlen sollte, ist: Wann haben wir denn das Ziel erreicht? – Das Ziel, aus der Nutzung von fossilen Energieträgern ausgestiegen zu sein, sollte bis zum Ende des Jahrhunderts erreicht sein. Das ist unser Ziel mit diesem Antrag. Wir wollen es bis zum Ende des Jahrhunderts geschafft haben, weder Öl noch Gas noch Kohle weiter zu nutzen.

Wo standen wir, wenn man von heute 93 Jahre zurück guckt? Wir gucken von heute 93 Jahre nach vorne. Wo könnten wir dann stehen? Was könnten unsere Nachfahren dann sagen? – Sie könnten sagen: Damals haben die Sozis in Hamburg beschlossen, wie eine sichere, nachhaltige Energieversorgung sichergestellt werden kann.

Heute, im Jahre 2100, haben wir es erreicht.

(Beifall)

Das wäre unser Ziel. Es wäre sehr schön. Ich weiß, dass es viele gibt, die sagen, das müsste doch schneller gehen. Aber wenn man Elektrizität, Wärme und Verkehr unter einen Hut bringen will, dann muss man so viele Maßnahmen ergreifen, dass man heute sagen sollte: Wir sind verlässlich. Wir zeigen das Ziel auf, bis zum Ende des Jahrhunderts. Bis zum Ende heißt, wir könnten es auch früher schaffen. Das wäre unser Ziel. Aber, um verlässlich zu sein, sagen wir: Bis zu dem Zeitpunkt sollten wir es erreicht haben. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

Ich würde mich freuen – der Parteitag ist autark; wir haben es eben schon gehört; es gab kein Votum von der Antragskommission; jetzt hat die Antragskommission, glaube ich, Ablehnung empfohlen –, wenn Ihr zustimmen würdet. „Bis zum Jahre 2100“



– dann könnte man sagen, damals in Hamburg hat man die Visionen aufgenommen und jetzt umgesetzt. – Danke schön für eure Aufmerksamkeit. Ich bitte noch einmal um eure Zustimmung.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Hubertus.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Genossinnen und Genossen, wir bleiben bei Ablehnung, nicht weil wir nicht langfristig – das steht im Programm drin – das solare Zeitalter als konkretes Ziel haben. Dass wir das nicht erst im Jahre 2100, sondern auf der Strecke dorthin erreichen, bleibt unser Ziel. Aber wir haben gestern beschlossen, dass wir auf der Strecke dahin, solange wir nicht das solare Zeitalter erreicht haben, dafür sorgen müssen, dass die heimische Energie so effizient wie möglich genutzt wird. Wir haben gestern beschlossen, dass wir das vor allem durch Kraft-Wärme-Kopplung machen wollen. Dem dürfen wir durch das, was wir auf kurzer und mittlerer Strecke haben, nicht widersprechen. Unser Ziel bleibt das solare Zeitalter. Aber auf dem Weg dahin ist Effizienztechnologie wichtig.

Noch ein inhaltlicher Punkt. Es ist auch deshalb wichtig, weil wir das deutsche Ingenieur-Know-how, das wir im Bereich von effizienten auch konventionellen Kraftwerken haben, mit den Wirkungsgraden in Länder wie China und Indien exportieren können. Deshalb ist meine Bitte, bei Ablehnung zu bleiben. Da können wir für den Klimaschutz eine ganze Menge erreichen.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Hubertus. – Wir stimmen ab, Initiativantrag 19. Die Antragskommission plädiert für Ablehnung. Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe Antrag 23 auf. Christine Negele!

**Christine Negele, Bayern:** Ich habe es ja vorhin schon angedroht, dass ich noch einmal sprechen würde.

Es geht um den Absatz 4, soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert. Da steht drin:

„Für gering verdienende Freiberufler und Gewerbetreibende wollen wir eine bessere soziale Sicherung schaffen.“

Das ist mir ein bisschen zu schwammig und unsicher. Ich hätte ganz gerne eingefügt: „durch den Zugang zu den Sozialversicherungen“, und zwar deswegen, weil wir die Erfahrung machen, dass Selbstständige, wenn sie denn dabei sind, pleite zu gehen, alles, was sie an Alterssicherung hatten, für die Bank als letzte Sicherung noch einset-

zen müssen, um noch einmal einen Kredit zu bekommen. Wenn dann der Laden wirklich den Bach runtergeht, zahlen wir das, was nicht in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt werden konnte, weil sie dazu noch keinen Zugang haben. Wir zahlen dann über die Steuergelder Grundsicherung oder, wenn sie noch nicht so alt sind, ALG II. Ich denke, das ist volkswirtschaftlich ein Blödsinn. Deswegen würde ich darum bitten, diesen Satz mit einzufügen.

Bei Absatz 21, „Handlungsfähiger Staat und Wachstumspolitik“, steht im Antrag der Antragskommission:

„Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme stärker durch Steuern auf alle Einkunftsarten und weniger durch Beiträge finanzieren.“

Mir geht es darum, es so zu formulieren, dass es auch möglich ist, die Bürgerversicherung dort einzuführen. Wenn wir die Finanzierung über die Steuern da festschreiben, dann ist der Bürgerversicherung ein Stück weit die Tür geschlossen. Deswegen bitten wir um Änderung und wie folgt zu formulieren:

„Wir wollen die sozialen Sicherungssysteme stärken, indem wir die Einnahmeseite verbreitern.“

Dann ist nämlich noch beides offen. Wir haben in Bochum schon begonnen, uns für die Bürgerversicherung stark zu machen. Ich denke, wir sollten bei diesem Weg bleiben. Deswegen bitte ich da um Zustimmung.

Zu Absatz 42 kann ich nichts sagen. Deswegen ziehe ich da jetzt zurück. Das müsste jemand machen, der Techniker ist. Mir wurde gesagt, das wäre inhaltlich fehlerhaft formuliert. Deswegen ist da noch einmal eine Korrektur vorgelegt worden. Aber, wie gesagt, die kann ich nicht vertreten. Dazu kenne ich mich da zu wenig aus.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Hubertus, zu Absatz 4 und Absatz 21.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, unabhängig davon, dass ich nicht verstehe, warum man Steuerfinanzierung gegen Bürgerversicherung stellt,

(Beifall)

will ich nur sagen, dass all die Dinge, die du forderst, in einem anderem Kapitel angelegt sind, nämlich im Kapitel „Vorsorgender Sozialstaat“, und das klingt auch bei „Gute Arbeit“ an. Wir wollen Erwerbstätigenversicherung. Wir wollen Bürgerversicherung usw.

Hier geht es um eine andere Stelle. Es geht um die Aussagen zum Unternehmertum, zum Mittelstand, zu kleinen und mittleren Unternehmen. Da finde ich gerade diese

dezidierte Formulierung gegenüber kleinen Unternehmern richtig. Ich bitte um Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich lasse über die zwei Bestandteile abstimmen. Die Antragskommission schlägt bei Absatz 4 Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Zu Absatz 21 wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Wer folgt dem? – Gegenstimmen? – Das ist auch deutlich so beschlossen.

Damit ist der Initiativantrag 23 erledigt. Wir kommen zum Initiativantrag 29. Hubertus!

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Bei Initiativantrag 29 wird zu Kapitel 3.5 Seite 37 Abs. 3 und 4 Ablehnung vorgeschlagen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich nicht. – Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Danke. So beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag 33 auf.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Erledigt durch Kapitel 3.5 Absatz 38 in der Fassung der Antragskommission.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Dann habt ihr aber im Punkt 2 Ablehnung.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ja, und Punkt 3 erledigt durch Annahme von U 1 in der Fassung der Antragskommission.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Da es keine Wortmeldung gibt, gehe ich davon aus, dass ich darüber zusammen abstimmen lassen kann.

Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Dann rufe ich auf: Kapitel 3.6, „Gute Arbeit“; Berichterstatterin Andrea Nahles, Initiativantrag 1.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Die Antragskommission findet, dass das eingegangen ist und erledigt ist durch Kapitel 3.5 Absatz 3.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Das Gleiche gilt für 3.6.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Genau. Hier soll es erledigt sein durch Kapitel 3.6 Absatz 24.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gut. Lasse ich zusammen abstimmen. – Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Jetzt kommt Initiativantrag 32. Andrea!

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Hier sagen wir: erledigt durch Kapitel 3.6 Absatz 20.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich nicht. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Dann ich kommen wir zu Initiativantrag 37. Da gibt es eine Wortmeldung, Katja Mast, Baden-Württemberg.

**Katja Mast, Baden-Württemberg:** Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe vorhin in der Grundsatzdebatte schon einmal etwas zum Programm gesagt. Wir in Baden-Württemberg sind der Meinung, dass wir Arbeit wollen, die gerecht entlohnt wird, wie es in unserem Programm drinsteht, aber eben auch Arbeit, die die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen voll ermöglicht. Die Antragskommission sagt, dass wir das damit erreichen – ich zitiere –: „Wir wollen unbefristete und sozialversicherte Arbeitsverhältnisse stärken.“

Unsere Meinung ist, Ziel der Sozialdemokraten muss es sein, alle Arbeitsverhältnisse mit voller Teilhabe zu haben. Deshalb fordern wir, dass wir das in unseren ersten Punkt des Änderungsantrages aufnehmen, dass wir Arbeit wollen, die die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen voll ermöglicht; denn mit dem Grundsatzprogramm stimmen wir nicht über ein Regierungsprogramm ab, sondern über unsere Ziele und Werte. Deshalb bitte ich euch, dem Votum der Antragskommission bei dem Punkt nicht zu folgen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Andrea!

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Katja, gekauft; machen wir: Annahme.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Das bezieht sich jetzt auf Punkt 1.

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Punkt 1.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Und Punkt 2 ist erledigt?

**Andrea Nahles, Antragskommission:** Punkt 2 ist erledigt durch IA 2.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer stimmt dem in der Fassung dann zu? – Das haben wir so beschlossen.

Dann kommen zum Kapitel: „Der vorsorgende Sozialstaat“. – Elke Ferner mit einer einleitenden Bemerkung.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Wir haben sehr viel über das Thema vorsorgender Sozialstaat diskutiert. Ich glaube, das ist jetzt auch ein sehr gutes Kapitel geworden. Es gibt dazu ein paar Änderungsanträge.

Ich möchte zunächst einmal mitteilen, dass wir erst über einen Änderungsantrag abstimmen müssen, der euch schriftlich leider nicht vorliegt, weil der irgendwie bei den ganzen Änderungsanträgen unter die Räder gekommen ist. Der ist aber auch nicht sehr lang.

Er bezieht sich auf Seite 45, Zeile 9. Im Abs. 13 würde ein neuer Satz 6 formuliert: „Freie Wohlfahrtsverbände sind für uns wichtige Partner. Der Arbeiterwohlfahrt sind wir besonders verpflichtet.“

(Beifall)

Ich denke, dagegen hat von euch sicher niemand etwas. Ich gehe sogar davon aus, dass ihr alle, wie ich auch, Mitglied der AWO seid.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Stimmt jemand gegen die Wiederaufnahme des verunglückten und abhanden gekommenen Satzes? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zum Initiativantrag 1.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Das heißt, dass der Satz 3 in Abs. 20 durch den Text, den ihr auf eurer Vorlage habt, ersetzt werden soll. Damit ist dann auch der Initiativantrag 34 erledigt.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – So beschlossen.

Wir kommen zum Initiativantrag 2.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Abs. 3 ist erledigt durch Fassung der Antragskommission in Kapitel 3.5 Abs. 1. Was das zweite Änderungsbegehren in Abs. 22 anbelangt, empfiehlt die Antragskommission Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich nicht. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu Initiativantrag 9.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Die Antragskommission empfiehlt: Erledigt durch Annahme von Initiativantrag 17 in der Fassung der Antragskommission.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wer stimmt dagegen? – So beschlossen.

Zu Initiativantrag 17.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Zu Initiativantrag 17 empfiehlt die Antragskommission Annahme in geänderter Fassung. Satz 1 von Abs. 21 würde folgende Fassung erhalten: „Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die tragende Säule einer armutsfesten Alterssicherung.“

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wer folgt der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zu Initiativantrag 24. Hierzu gibt es eine Wortmeldung –

**Elke Ferner, Antragskommission:** Wir hatten uns geeinigt, weil uns beim Votum der Antragskommission ein Fehler unterlaufen ist. Wir möchten euch empfehlen, den Änderungsantrag zu Abs. 8 anzunehmen. Dort sind die großen Lebensrisiken aufgezählt; der Textentwurf fasst darunter auch „Alter“. Alter ist aber kein Lebensrisiko, sondern mittlerweile eine Chance geworden. Deshalb soll das Wort „Alter“ dort gestrichen werden.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Sehr gut. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu Antrag 30.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Es gibt einen Vorschlag der ASG, wonach der Grundsatz einer vorsorgenden Gesundheitspolitik ins Grundsatzprogramm aufgenommen werden soll. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Initiativantrag 30 so beschlossen.

Wir kommen zu Initiativantrag 34.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Der ist erledigt, weil wir Initiativantrag 1 wie vorgeschlagen beschlossen haben.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wir haben kleine Debatten am Rande, weil sich der Antragsteller übergangen fühlt. – Ich rufe daher noch einmal Antrag 24 auf.

**Christine Negele, Bayern:** Uns geht es um die Überschrift. Wir finden es ganz wichtig, dass der vorsorgende Sozialstaat ein neues Kapitel im Grundsatzprogramm ist. Aber in der Überschrift muss klar sein, dass es daneben noch die sozialen Sicherungssysteme gibt. Deshalb bitte ich, die Überschrift zu erweitern: „Soziale Sicherung und

vorsorgender Sozialstaat“. Dann haben wir beides drin. Ich bitte darum, das entsprechend zu korrigieren.

Den Abs. 5, betreffend die Aufzählung der Lebensrisiken, ziehen wir zurück; das hat die Elke schon übernommen.

Bei Abs. 11 hätten wir gerne folgende Einfügung: „Untrennbar damit verbunden ist der Anspruch auf sozialstaatliche Leistungen für alle, die am Erwerbsleben aus gesundheitlichen, arbeitsmarktbedingten Gründen oder wegen der Teilnahme an Bildung und Ausbildung nicht teilnehmen können. Dazu gehört elementar die sozialstaatlich finanzierte und garantierte Rente. Diese Leistungen haben sich an einem Niveau zu orientieren, das dem allgemeinen Wohlstandsniveau unseres Landes entspricht.“ Das haben wir gestern auch in dem Arbeitspapier unterstützt, als es um die Rente ging.

Bei Abs. 14 haben wir folgende Einfügung aus dem Berliner Programm: „Wir wollen sie ergänzen durch eine höhere und gesicherte Steuerfinanzierung, die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt. Dabei werden wir uns bei den Unternehmen an der Wertschöpfung orientieren.“ Den letzten Satz würden wir gerne einfügen.

Bei Abs. 21 müsste das mit der Rente rein, aber darauf würde ich nicht unbedingt beharren; denn das steht ja schon in dem anderen Kapitel. Wichtig ist halt, dass die gesetzliche Rentenversicherung langfristig auf alle Erwerbstätigen ausgedehnt werden soll.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich lasse die erneute Behandlung zu, weil das in der Logik unseres Arbeitens liegt. Das waren jetzt vier Teilanträge.

**Elke Ferner, Antragskommission:** Ich empfehle euch, bei dem Votum der Antragskommission zu bleiben. Zum Sozialstaat gehören natürlich auch die sozialen Sicherungssysteme, was denn sonst? Der Sozialstaat umfasst alles, nach unserer Auffassung Elemente der Bildung und frühen Förderung von Kindern genauso wie die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken. Insofern ist „Sozialstaat“ die große Überschrift über den einzelnen Teilaspekten, die in dem Kapitel drinstehen.

Was die garantierte Rente anlangt, so haben wir einiges dazu gesagt. Das gilt auch für die schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen, egal ob sie abhängig beschäftigt oder selbständig sind, in einer Erwerbstätigenversicherung. Eines können wir nicht: jedem eine Rente garantieren. Wir wollen an der Beitragsbezogenheit festhalten. Für diejenigen, die aus Rentenversicherungsbeiträgen nicht genügend Anwartschaften erwerben können, haben wir unter Rot-Grün die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit eingeführt. Insofern bitte ich euch, an diesem Punkt bei dem Votum der Antragskommission zu bleiben.

Ich kann die Anträge für die Antragskommission nicht übernehmen und bleibe bei dem Votum.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ich lasse jetzt über den Initiativantrag 24 abstimmen, jeweils in der Fassung der Antragskommission.

Änderung der Überschrift: Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer folgt der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Dann ist beantragt worden, nach Satz 5 am Ende des Abs. 11 eine Einfügung zu machen. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer folgt der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Dann ist beantragt worden, in Absatz 14 einen Satz einzufügen.

Die Antragskommission plädiert für Ablehnung. Wer folgt der Antragskommission? – Das ist beschlossen.

Es wurde beantragt, in Absatz 22 einen Satz abzuändern. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt dem? – Das ist so beschlossen.

Damit haben wir das Kapitel 3.7 – „Der vorsorgende Sozialstaat“ – abgeschlossen.

Ich rufe Kapitel 3.8 auf. Berichterstatter ist Wolfgang Thierse.

Es beginnt mit einem Vorschlag der Antragskommission.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir schlagen vor, dieses Kapitel anders zu überschreiben, nämlich mit „Bessere Bildung, kinderfreundliche Gesellschaft, starke Familien“, damit der Gesamtzusammenhang deutlicher ist und damit sofort klar wird, dass es hier um Familienpolitik geht.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Es gibt eine breite Unterstützung.

Wir kommen zum Antrag 1. – Wolfgang.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Hier empfehlen wir ganz differenziert: Punkt 12 Annahme, Punkt 13 Ablehnung. Bei Punkt 14 steht hier „Erledigt durch Regierungshandeln“. Dazu will ich eine politische Bemerkung machen.

Hier geht es einerseits um die Kinderrechtskonvention und andererseits um die Forderung, die Rechte der Kinder in die Verfassung einzubringen. Wir befinden uns bei beiden Themen in der Auseinandersetzung mit der Union. Ich hoffe sehr, dass in allernächster Zeit sowohl die Unterzeichnung der Kinderrechtskonvention als auch



die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung gelingt. Die Auseinandersetzung mit der CDU sollten wir in aller Öffentlichkeit betreiben. Aber ich hoffe sehr, dass das Thema damit tatsächlich durch Handeln erledigt sein wird.

Punkt 15: Ablehnung wird empfohlen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Da keine Wortmeldung vorliegt, lasse ich über Initiativantrag 1 insgesamt abstimmen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission wie eben vorgetragen? – Das ist so beschlossen.

Dann rufe ich Initiativantrag 2 auf.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Erledigt durch Annahme eines entsprechenden Antrags.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Initiativantrag 4.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Wir schlagen Annahme vor.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Kein Widerspruch. – Das ist so beschlossen.

Initiativantrag 7. Es gibt eine Wortmeldung von Ute Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Zum ersten Mal bekennt sich ein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei zur Überwindung des vordemokratisch gegliederten Schulwesens in Deutschland. Das ist ein historischer Schritt.

(Beifall)

Das hat es seit der Einführung der gemeinsamen Grundschule vor fast 100 Jahren nicht gegeben. Ihr glaubt gar nicht, welche Bestätigung und Ermunterung das für diejenigen, die in ihren Ländern damit beginnen – so wie wir in Schleswig-Holstein –, die Gemeinschaftsschule einzuführen, und für diejenigen, die in den Wahlkämpfen in den Bundesländern jetzt die Auseinandersetzung darüber zu führen haben, ist.

Die programmatische Aussage ist klar: Längeres gemeinsames Lernen macht Schluss mit der unsäglichen Einteilung im Alter von zehn Jahren. Das ist nicht nur unsozial, sondern das ist auch unpädagogisch. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das auch nicht zu halten. Nicht zuletzt ist das auch unökonomisch, weil dadurch die Potenziale nämlich nicht ausgeschöpft werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, was heißt denn „gemeinsames Lernen“? Das heißt doch nichts anderes, als dass wir die Strukturen überwinden und dass wir etwas Neues schaffen müssen.

Diesem Neuen müssen wir auch eine neue Form und einen Namen geben. Nun wollen wir niemandem vorschreiben, dass alle die Strukturen gleich gestalten. Das muss

in den jeweiligen Ländern jeweils unterschiedlich entschieden werden. Liebe Genossinnen und Genossen, was ist aber eigentlich dagegen einzuwenden, hier den Begriff der Gemeinschaftsschule zu verwenden? Er hat sich in der öffentlichen Debatte durchgesetzt, und er hat sich auch gegen den Kampfbegriff „Einheitsschule“ der Konservativen durchgesetzt, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir wollen den Bildungsföderalismus in unserem Parteiprogramm doch nicht auf die Spitze treiben, indem wir überall andere Namen dafür verwenden. Was sich hinter der Hülle „Gemeinschaftsschule“ im Einzelnen verbirgt, mögen die Länder entscheiden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen uns also nicht einschüchtern lassen. Nehmen wir diese Auseinandersetzung überall auf. Schreiben wir die Gemeinschaftsschule ins Programm und werben wir weiter um Mitstreiter in der ganzen Gesellschaft dafür.

(Beifall)

Mir geht es bei unserem Antrag wirklich um die Begrifflichkeit. Weil sich einige daran gestoßen haben, sind wir bereit, den zweiten Satz – „Sie soll schrittweise das gegliederte Schulsystem überwinden“ – zu streichen. Streicht ihn bitte weg. Darauf können wir verzichten. Es geht im Grunde um einen kleinen grammatikalischen Schritt vom Begriff der „gemeinsamen Schule“ zum Begriff der „Gemeinschaftsschule“.

(Beifall)

Ihr unterstützt damit all diejenigen, die in den Ländern jetzt darum kämpfen und die sich tagtäglich damit auseinandersetzen. Ihr ermuntert diejenigen, die diese Schule schon einführen.

Ich sage euch: Das ist ein guter und klarer Name. Das ist eine klare Botschaft. Ich bitte dafür um Zustimmung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wolfgang Thierse.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Ute, wir sind inhaltlich derselben Meinung. Hier steht: „Über Bildungswege und Chance wird in unserem Bildungssystem zu früh entschieden. Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur 10. Klasse“.

(Beifall)

Wir haben lange darüber debattiert. Es gibt in den unterschiedlichen Ländern ganz unterschiedliche Positionen, wie diese gemeinsame Schule heißen soll. Viele Termi-

ni, viele Bezeichnungen, sind auch schon polemisch, ideologisch besetzt und umkämpft. Uns muss es doch um den Inhalt gehen:

(Beifall)

Langes gemeinsames Lernen, gemeinsame Schule bis zur 10. Klasse und nicht ein ganz bestimmter Vorschlag oder ein ganz bestimmter Schultyp. Ich denke, wenn wir uns darin einig sind, dann ist das die angemessene und richtige Unterstützung etwa des schleswig-holsteinischen Weges. Andere Länder werden den gleichen Weg vielleicht anders nennen. Insofern votiere ich sehr dafür, dass wir bei der nach langer Diskussion gefundenen Formulierung bleiben.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, Seite 50, Abs. 20 und Abs. 21 ist Annahme.

Wir stimmen nur über Abs. 19 ab. Dort schlägt die Antragskommission Ablehnung vor. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Es ist äußerst schwer zu sehen.

Bei allem Respekt, wir stimmen noch einmal ab. Wer ist für das Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste ist ganz klar die Mehrheit.

(Zurufe)

Das ist einvernehmlich. Ich habe aber keine Lust, dass ihr glaubt, hier würde taktiert. Wir können das auch auszählen, wenn ihr darauf besteht.

(Zurufe: „Nein!“)

Ute, bist du mit mir der Meinung, dass das Erste die Mehrheit war?

**Ute Vogt, Parteivorstand:** Ja, deutlich.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen, es war wirklich deutlich. Ganz ernsthaft.

(Beifall)

Wir kommen zum Initiativantrag 10.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Wir schlagen die Annahme in der Fassung der Antragskommission vor, in Abs. 25 nach Satz 3 einzuführen: „Um allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung zu garantieren, brauchen wir da, wo das duale System nicht mehr genügend Ausbildungsplätze anbietet eine qualitativ hochwertige, öffentlich verantwortete Berufsausbildung“.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer stimmt dem zu? – Das ist so beschlossen.

Dann kommen wir zum Initiativantrag 13.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Hier hat es ja lange und intensive Diskussionen gegeben. Wir haben uns jetzt noch einmal geeinigt – Elke Ferner, Christel Humme und viele andere haben miteinander gesprochen –, dass wir hier eine Formulierung vorschlagen, die vor Missverständnissen schützt und missgünstigen Interpretationen keinen Vorschub leistet.

Deswegen schlage ich euch folgende Formulierung vor – das ist die Mitte des Absatzes 39, vierte Zeile –: „Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir wollen den Menschen kein Lebensmodell vorschreiben. Die meisten Menschen wünschen sich die Ehe. Wir schützen sie. Gleichzeitig unterstützen wir auch andere gemeinsame Lebenswege wie nichteheliche Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, alleinerziehende Eltern.“

Dann geht es im Text weiter: „Alleinerziehende Mütter und Väter bedürfen unserer besonderen ...“ etc.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Cordula Drautz vom Juso-Bundesvorstand.

**Cordula Drautz, Jusos:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir vom Juso-Bundesvorstand sind sehr dankbar, dass die Antragskommission dieser Kompromissformulierung zugestimmt hat. Ich möchte aber zwei Argumente dazu sagen, was uns angetrieben hat, überhaupt an der Stelle in die Debatte einzusteigen.

Die Antragskommission hat zu Recht in dem Entwurf geschrieben: „Wir orientieren unser Familienbild an der gesellschaftlichen Wirklichkeit.“ Ich lebe in einem Haus mit vier Stockwerken. Im Erdgeschoss lebt eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern. Ihr gegenüber wohnt ein alleinstehender Mann. Im ersten Stock lebt ein unverheiratetes Paar mit mehreren Kindern, eine eingetragene Lebenspartnerschaft, eine Studenten-WG und ein Ehepaar, das kinderlos ist. Ich bin froh, dass das Familienbild der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands all diese Formen des Zusammenlebens unter einem Dach zusammenfasst und eben nicht sagt: Es gibt nur eine Form, die für uns Familie darstellt.

(Beifall)

Ich danke deshalb der Antragskommission sehr, dass auf diesem Parteitag deutlich wird, dass das Familienbild der Sozialdemokratie fortschrittlich ist. Das ist beim Regierungshandeln schon Fakt; wir kämpfen dafür seit Jahren. Ich kann also nach

Hause gehen und meinen Nachbarn sagen: Ihr alle seid unter dem Familienbegriff der Sozialdemokratie erfasst. Werdet doch einfach Mitglied! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Ich frage die Antragskommission, ob damit die Punkte, die hier noch anders ausgewiesen sind, alle erledigt sind. Ich verstehe den Beitrag des Juso-Bundesvorstands so, dass der Fassung der Antragskommission durch die Antragsteller gefolgt wird.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Das ist uns so signalisiert worden.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Gut. Dann stimmen wir über Initiativantrag 13 in der jetzt veränderten Fassung der Antragskommission ab. Wer stimmt zu? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zum Initiativantrag 14. Es wird Ablehnung vorgeschlagen. Es gibt eine Wortmeldung von Eckart Kuhlwein.

**Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein:** Liebe Genossinnen und Genossen! In diesem Antrag geht es darum, dass wir in der Mittelfrist des Grundsatzprogramms aus dem oft artikulierten Recht auf Ausbildung ein Grundrecht auf Ausbildung machen.

Damit hat es folgende Bewandnis: Wir erleben seit Anfang der 80er-Jahre jedes Jahr im Frühsommer die Horrormeldung der Bundesagentur, dass wieder Ausbildungsplätze fehlen. Das entspannt sich hinterher ein bisschen. Am Ende bleiben aber immer noch einige Zehntausend übrig, die dann in Warteschleifen gesteckt werden. Diese drängen im nächsten Jahr wieder auf den Ausbildungsstellenmarkt. Sie haben sehr frustrierende und enttäuschende Erlebnisse am Anfang ihres beruflichen Lebens.

Genossinnen und Genossen, wir haben mal auf einem Bundesparteitag eine Ausbildungsplatzumlage beschlossen, um die Versorgung mit Ausbildungsplätzen besser zu sichern. Wir hatten dann auf dem folgenden Parteitag sogar ein sehr konkretes Modell beschlossen, das die Bundestagsfraktion erwartet hatte. Wir haben dann feststellen müssen, dass die Bundestagsfraktion – obwohl Bundeskanzler Schröder in seiner Agenda 2010 auch diese Ausbildungsplatzumlage für den Fall, dass es nicht genügend Plätze gibt, angekündigt hatte – diese Umlage still beerdigt hat, weil im Vermittlungsausschuss offenbar keine Chancen bestanden, das mit den B-Ländern zu beschließen.

Genossinnen und Genossen, jetzt ist die Rede davon, den Betrieben, die über den Durst ausbilden, Boni in Form von Steuerleichterungen oder von Finanzierungszuschüssen zu gewähren. Trotzdem sind heute immer noch Zehntausende unversorgt.

Das Recht auf Ausbildung reicht eben nicht; es muss auch einklagbar werden. Deshalb wollen wir ein Grundrecht auf Ausbildung schaffen, das dann der Staat durch eine vollzeitschulische anerkannte Berufsausbildung erfüllen kann, zumindest für diejenigen, die diese Option wollen und die keine Chance auf dem Ausbildungsstellenmarkt der Wirtschaft haben.

Genossinnen und Genossen, deswegen lehnt die vorgeschlagene Ablehnung ab und stimmt unserem Antrag in der Sache zu!

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Eckart. – Ich weise darauf hin, dass wir in wenigen Minuten fertig sind. Dann wird der Wilhelm-Dröschner-Preis verliehen. Die herzliche Bitte ist, dass alle – die Gewinner und die Delegierten – hier bleiben, damit es ein würdiges Ereignis wird. – Wolfgang.

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum. Es bleibt beim Recht auf Ausbildung. Ich will im Übrigen darauf hinweisen, dass wir den Initiativantrag 25 zur Annahme empfehlen, wo ausdrücklich zu den solidarischen Finanzierungsmodellen auch die Umlage zugunsten ausbildender Betriebe enthalten ist. Deswegen empfehle ich sehr, dass wir bei der bisherigen Formulierung des Textes bleiben. Denn gegen wen soll das Grundrecht eingeklagt werden? Wir würden uns ein dauerhaftes Problem schaffen, wenn wir eine solche starke – wenn auch verständliche – Formulierung hineinbringen. Inhaltlich ist das, was Eckart will, in diesem Programm ausdrücklich formuliert.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wir stimmen ab über Initiativantrag 14. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit. So beschlossen.

Initiativantrag 18 ist erledigt. Es gibt auch keine Wortmeldung dazu.

Initiativantrag 20. Hier gibt es eine Wortmeldung von Thomas Giese.

**Thomas Giese, Jusos:** Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst einmal ist positiv festzuhalten, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands heute programmatisch festlegen wird, dass wir gegen Studiengebühren sind. Studiengebühren sind unsozial.

(Beifall)

Studiengebühren grenzen aus. Diese Argumentation hat sich durchgesetzt. Das war nicht immer mit so großer Mehrheit innerhalb der SPD so. Deswegen können wir sehr froh sein, dass wir das heute in dieser Deutlichkeit beschließen werden.

Nun haben mich die Juso-Hochschulgruppen dazu aufgerufen, etwas zur Begründung ihres Initiativantrags 20 zu sagen. Dem bin ich gerne nachgekommen, nicht nur wegen der schlichten Tatsache, dass mir die Organisation allein deswegen schon nahe steht, weil ich selber jahrelang dort gearbeitet habe, sondern weil ich finde, dass das, was die jungen Menschen in dieser Frage diskutieren, durchaus sinnvoll ist.

Ich will einmal genauer darzulegen, warum die kleine Änderung an dem Programm erfolgen soll. Seit einiger Zeit haben wir einen Prozess der Reformen an den deutschen Hochschulen. Bedingt durch den Bologna-Prozess ist die Aufteilung der Studiengänge in Bachelor- und Master-Studiengänge eingeführt worden.

Die Juso-Hochschulgruppen sind der Meinung, dass die Formulierung, die bisher in dem Programm gefunden worden ist, nicht ganz genau die Frage klärt, ob denn mit dem Begriff Erststudium Master-Studiengänge oder ob damit vielleicht nur Bachelor-Studiengänge gemeint sind. Deswegen haben sich die jungen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Hochschulgruppen für diesen Änderungsantrag entschieden.

Wir haben eben über die Sinnhaftigkeit von solchen Änderungsanträgen und die Art und Weise ihrer Formulierung diskutiert. Da die jungen Leute von den Juso-Hochschulgruppen nicht unbedingt mit einer saftigen Niederlage von dem Parteitag gehen möchten, machen sie jetzt einen Vorschlag, der aus ihrer Sicht die Dinge ins richtige Licht rückt. Damit kann dieser Parteitag, wie ich und hoffentlich auch die Mehrheit der Delegierten denken, gut umgehen. Sie schlagen jetzt vor, den Begriff des Erststudiums nicht zu streichen, sondern die Formulierung zu wählen, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Studiengebühren für ein umfassendes Studium ablehnen. Es soll nur der Begriff des umfassenden Studiums in die Programmatik eingeführt werden. Ich halte das für sinnvoll. Ich denke, dass das der richtige Weg ist, und frage, ob die Antragskommission das so trägt. Dann können wir mit einem großen Konsens von diesem Parteitag gehen. – Danke schön.

(Beifall)

**Wolfgang Thierse, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen, soweit ich die Materie kenne, ist der Begriff Erststudium eindeutig.

(Beifall)

Ein umfassendes Studium kann ein Studium von 10 oder 12 Jahren sein. Ich glaube nicht, dass es eine Mehrheit in der Gesellschaft für die Forderung gibt, dass wir das finanzieren sollen.

(Beifall)

Das Erststudium schließt Bachelor und Master selbstverständlich ein.

Niemand hat bisher gesagt, dass das ein Zweitstudium sei. Deswegen votieren wir dafür, diesen Antrag abzulehnen.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer stimmt der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 25. Da wird Annahme empfohlen.

Wortmeldungen habe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf den Antrag 29. Was wird empfohlen?

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wortmeldungen habe ich nicht. Wer folgt der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Zu Antrag 35 wird Annahme empfohlen. Wer stimmt zu? – Danke.

Antrag 36: Erledigt. Wortmeldungen gibt es dazu nicht.

Ich stimme ab über das Kapitel 3. Wer stimmt dem Kapitel 3 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einmütig beschlossen.

Ich komme zu Kapitel 4. Berichterstatter ist Hubertus Heil. Hubertus!

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir schlagen vor den Antrag 4. Der ist von der Antragskommission neu formuliert worden.

Lieber Erhard, wir wollen den Satz, der in deiner Rede heute das Hauptleitmotiv war, im Grundsatzprogramm haben, und schlagen deshalb den Satz vor: „Wir wollen unser Land zukunftsfähig machen.“

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Wer stimmt zu? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zum Initiativantrag 1.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Ablehnung.

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Ablehnung ist empfohlen. Wortmeldungen gibt es nicht. Wer folgt der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Ich rufe auf den Initiativantrag 29.

**Hubertus Heil, Antragskommission:** Da geht es um gute Arbeit und gerechte Löhne: Annahme.



Ich muss eines sagen, Wolfgang, weil ich sonst nicht die Gelegenheit habe. Im Namen von Kurt Beck und sicherlich auch von euch allen danke ich zwei oder drei Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen, die diesen Prozess mit begleitet haben. Ihr müsst hinten mal aufstehen. Ich danke stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen unserem Abteilungsleiter Benjamin Mikfeld. Danke, Benni!

(Beifall)

Ich danke jemandem, der beweist, dass Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses lesen und schreiben können. Ich danke Oliver Schmolke.

(Beifall)

Stellvertretend für die Internationalen danke ich Achim Post und Felix Porkert.

(Beifall)

**Wolfgang Jüttner, Tagungspräsidium:** Liebe Genossinnen und Genossen! Zwei Bemerkungen, ehe wir zur Schlussabstimmung kommen: Erstens: Der Arbeitsgruppe, die das erarbeitet hat, sollten wir den Auftrag erteilen, im Zweifel redaktionelle Feinarbeit zu machen. Ich glaube, das versteht sich ganz von selbst. Zweitens: Bei dem ergänzenden Antrag von Elke Ferner zur Arbeiterwohlfahrt ist der Arbeiter-Samariter-Bund herausgefallen. Der kommt da natürlich noch hinein. Das wird ergänzt. Das versteht sich von selbst.

(Beifall)

Ansonsten haben wir zum Thema Programm hier unsere Arbeit geleistet.

Weil die Abstimmung über das Grundsatzprogramm nach unserer Einschätzung dem Parteivorsitzenden obliegt, Kurt, hast du jetzt das Wort.

## Schlussabstimmung über das Grundsatzprogramm

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Lieber Wolfgang! Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist ein besonderer Moment, in dem aus einer langen Diskussion, einem Entwurf dann ein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei wird.

Ich möchte allen noch einmal danken, die sich bis zur letzten Minute daran so aktiv beteiligt haben. Lasst uns daran denken, wenn wir jetzt die Kartenzeichen gegeben haben und der Entwurf zum Programm geworden ist, dass wir uns a) daran orientieren und dass wir b) für diese Werte aktiv arbeiten.

(Beifall)

Ich frage euch und bitte euch, dies durch das Handzeichen kenntlich zu machen. Wer für den jetzt so beschlossenen Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist das Hamburger Programm unser Programm, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Und so wird es aussehen! Die ersten Exemplare nehmen unsere Spitzenkandidatin und unsere Spitzenkandidaten der kommenden Landtagswahlen entgegen. Danke, alles Gute und viel Erfolg damit!

(lang anhaltender Beifall)

## Verleihung des Wilhelm-Dröschler-Preises

**Ute Vogt, Tagungspräsidium:** Ganz herzlichen Dank allen, die daran in vielen Jahren und vor allem auch in den letzten Wochen und Monaten intensiv gearbeitet haben.

Wir haben nicht nur denen zu danken, die die Chance hatten, heute hier unmittelbar mitzubestimmen, sondern den vielen Tausenden Frauen und Männern in unserer Partei, die es durch ihre Arbeit in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Kreisverbänden überhaupt erst möglich gemacht haben, dass wir ein solches Programm mit einer solchen Vielzahl von Anregungen und Änderungsanträgen hier verabschieden können.

Weil ein solcher Parteitag diejenigen ehren soll, ohne die alle Beschlüsse eines Vorstands und eines Parteitags relativ wertlos wären, freue ich mich jetzt, diejenigen willkommen zu heißen, die die Arbeit an der Basis leisten, diejenigen, die an vorderster Stelle den Kopf hinhalten, die manchmal gerne mit uns feiern, aber die manchmal auch schwere Stunden in und mit der SPD aushalten müssen. Ganz herzlichen Dank allen, die aktiv sind, und vor allem herzlich willkommen allen, die am Dröschler-Preis teilgenommen haben. Ich heiße diejenigen herzlich willkommen, die gekommen sind, um sich dem Wettbewerb zum Wilhelm-Dröschler-Preis zu stellen. Ich darf Heidi Wieczorek-Zeul das Wort geben, um die Dröschler-Preisträger zu loben. Herzlich willkommen! Begrüßt sie mit einem freundlichen Applaus!

(Beifall)

**Heidemarie Wieczorek-Zeul, Kuratoriumsvorsitzende:** Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind Programmpartei. Das haben wir wieder gezeigt. Wir sind Mitgliederpartei. Ohne unsere Mitglieder wäre die SPD nicht die Partei, die wir alle lieben und für die wir uns immer wieder engagieren. Deshalb ein herzliches Dankeschön an die 38 Initiativen, die sich im Rahmen des Wilhelm-Dröschler-Preises hier vorgestellt haben und die eine wunderbare Arbeit leisten. Sie tragen dazu bei, Vertrauensarbeit für die SPD voranzubringen und unsere Überzeugungen und unsere Grundwerte in der Praxis bei den Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen. Vielen Dank für euer Engagement, das ihr gezeigt habt! Das waren und sind wunderschöne Initiativen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der Dröschler-Preis ist vor 25 Jahren als eine Initiative von Willy Brandt und Peter Glotz, dem Bundesgeschäftsführer, ins Leben gerufen worden.

Er ist dem Gedenken an unseren ehemaligen Bundesschatzmeister Wilhelm Dröschler gewidmet. Im November wird sich der Todestag Wilhelm Dröschlers zum 30. Mal jähren.

Wilhelm Dröscher war ein den Bürgerinnen und Bürgern immer eng verbundener Politiker. Wilhelm Dröscher hat viele Funktionen für die Sozialdemokratie ausgeübt. Er war im Übrigen auch Vorsitzender – das war wegweisend – des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Union. Und, liebe Genossinnen und Genossen, er ist ein Vorbild für uns alle im Engagement. Die Ausstellung ist seinem Vermächtnis gewidmet. Die Stiftung des Preises dient dem Wachhalten dieses Vermächtnisses.

Wir hätten, liebe Genossinnen und Genossen, am liebsten allen Initiativen einen Preis gegeben, wenn ihr gestattet; denn sie sind es einfach wert.

(Beifall)

Wir wollen eine Reihe von Initiativen lobend hervorheben. Anschließend komme ich zu den unterschiedlichen Preisen, die ausgelobt worden sind. Wir wollen als Jury lobend erwähnen und hervorheben, dass zum Beispiel der Ortsverein Brüssel an dieser Initiative teilgenommen hat

(Beifall)

und einen Impuls setzt zur Vernetzung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ja in aller Welt arbeiten. In einer globalisierten Welt können uns auch diejenigen nicht gleichgültig sein, die in internationalen Institutionen, Verbänden oder Firmen tätig sind. Ich bin dafür, wir sind dafür, dass die Anregung aufgegriffen wird, wie die Freundeskreise in den internationalen Organisationen und Orten enger mit der Sozialdemokratie auch organisatorisch verbunden werden können. Danke für euer Engagement. Das ist eine wunderbare Leistung.

(Beifall)

Besonders loben wollen wir auch die Initiative „SPD ve biz“, das heißt: SPD und wir.

(Beifall)

Dort engagieren sich türkischstämmige und deutsche Sozialdemokraten. Das Projekt setzt sich aktiv für bessere Integration und Beteiligung türkischer Migrantinnen und Migranten ein. Dieser Ansatz lässt sich übrigens in viele andere Bundesländer – er stammt aus Baden-Württemberg – übertragen. Danke für euer Engagement. Das ist eine beispielhafte Initiative.

(Beifall)

Dann ein besonderes Lob auch für die Nürnberger Genossinnen und Genossen des Ortsvereins Muggenhof-Dost. Sie haben mit ihrer Kampagne „I love AEG – Made in Germany“ den Streik der AEGler im März 2006 unterstützt. Sie haben das Werk

nicht retten können; das stimmt. Aber sie kümmern sich nach wie vor aktiv um die Qualifizierung, um die Ausbildung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen der Beschäftigten und kümmern sich auch um die städtebauliche und planerische Entwicklung dieses Industriegebietes. Ein Dank für euer Engagement. Ihr seid drangeblieben, und ihr bleibt dran.

(Beifall)

Wir wollen auch ein Projekt besonders hervorheben, das die politische Teilhabe für Hörgeschädigte und damit behinderte Menschen besonders in den Mittelpunkt rückt.

(Beifall)

Es ist der Ortsverein Aaseestadt/Mecklenbeck im Unterbezirk Münster, Landesverband NRW.

(Beifall)

Es geht darum, liebe Genossinnen und Genossen, bessere Verbindungen zwischen den Behinderten und den Nichtbehinderten zu schaffen. Viele Tausende Menschen – das haben sie uns auch noch einmal gesagt; es ist gut, dass wir hier endlich auch die Übersetzung in die Gebärdensprache haben; das ist der erste Parteitag, auf dem das der Fall ist –

(Beifall)

können auf die Art und Weise einbezogen werden in unsere Gemeinsamkeit. Liebe Genossinnen und Genossen – das empfehle ich insbesondere dem Bundesgeschäftsführer bzw. dem Generalsekretär –, sie bieten auch an, Filme und Wahlspots mit Untertiteln und Gebärdensprache zu produzieren und machen damit ein Angebot auch zur Verbreitung der Arbeit der Sozialdemokratie. Das finde ich vorbildlich. Vielen, vielen Dank. Toll!

(Beifall)

Ich darf noch eine Reihe von positiven Beispielen lobend besonders hervorheben, so das Projekt „Bewerbungstraining“ der Jusos im Ortsverein Kamp-Lintfort in NRW, die Ausbildungsplätze für Jugendliche in den Mittelpunkt rücken;

(Beifall)

oder die Verknüpfung von Freizeit mit politischem und kulturellem Bezug, die das Projekt „Aktiv-an-der-Basis.de“ des Ortsvereins Kaiserslautern, Landesverband Rheinland-Pfalz, in den Mittelpunkt rückt.

(Beifall)

Da ist man bei den Mitgliederzahlen deutlich vorangekommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, genauso lobenswert ist das Projekt „Zusammen ist man weniger allein“ der AG 60 plus, Osnabrück Land, Landesverband Niedersachsen.

(Beifall)

Sie kümmern sich um die Menschen über 50 – das sind viele – und arbeiten mit Vereinen und Verbänden zusammen.

Loben wollen wir auch das „Projekt 100 – Aktiv für Rheindürkheim“ des Ortsvereins Rheindürkheim aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz. Er hat sich vorgenommen, seine Mitgliederzahl auf 100 zu erhöhen. Er hat es durch aktive Präsenz vor Ort geschafft, die Mitgliederzahl um ein Drittel zu erhöhen. Sie sind fast an 100. Ich bin sicher, nach dem Parteitag werden es weit über 100 sein. Herzlichen Glückwunsch und danke euch allen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt nähern wir uns den unterschiedlichen Preisen, die zu vergeben sind. Ich sage noch einmal: Wir hätten eigentlich alle mit einem Preis ehren wollen und müssen.

Das Erste ist der Delegiertenpreis. Darüber habt ihr entschieden. Wenn ich die Genossinnen und Genossen jetzt aufrufe, dann bitte ich sie, nach vorne zu kommen. Sie werden den Preis dann hier erhalten.

Mit großer Mehrheit, dann nur noch gefolgt – es hat aber dann nicht die ganze Mehrheit gefunden – von einer Initiative aus dem Saarland aber die Mehrheit der Delegierten und Besucherinnen und Besucher hat entschieden, die Jusos der Hamburger SPD mit dem Projekt „Rot und Scharf“ zu ehren.

(Beifall)

Kommt bitte hier vor – es sind ja jetzt, neben dem Vorsitzenden natürlich, die Wichtigsten – und Dorothee Giani-Dröscher und Peter Dröscher.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Hamburger Jusos haben sich vorgenommen, im Bürgerschaftswahlkampf gemeinsam mit den Gliederungen und Projektgruppen bis März 2008 500 neue Mitglieder zu werben. Sie haben bereits jetzt mehrere Hundert junge Menschen mobilisieren und als Mitglieder gewinnen können. Wir wünschen ihnen, „rot und scharf“ zu bleiben, und wir wünschen, dass unser aller Ziel erreicht wird, in Hamburg die Wahlen für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

(Beifall)

Ich bitte nun die Initiatoren für den Sonderpreis auf die Bühne. Es handelt sich um eine Auszeichnung für ein friedliches Miteinander, das aus Anlass der militärischen Auseinandersetzung während des Libanon-Krieges im letzten Jahr entstanden ist. Das Projekt ist: „Shalom Salam“ aus dem Unterbezirk Regensburg, Ortsverein Äußerer Westen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der Ortsverein Äußerer Westen Regensburg hat ein freundschaftliches Fußballspiel zwischen einerseits islamisch-arabischen und jüdischen Spielern gegen die örtlichen Politiker verschiedener Parteien organisiert. Eine jährliche Wiederholung ist vorgesehen. So wird ein Symbol für Vernunft und gegen Gewalt gesetzt und ein Sieg für den Frieden angestrebt. Vielen Dank für euer Engagement, der Sonderpreis ist euch gewiss.

(Beifall)

Nun kommen wir zum Internetpreis, eine Auszeichnung für innovative und benutzerfreundliche Angebote im Internet. Er ist zugeschnitten auf die vielfältigen Interessen der SPD-Mitglieder, der Mandatsträger und -trägerinnen. Die Preisträger haben es sich seit einigen Jahren zur Aufgabe gemacht – rund um die Uhr verfügbar –, mit politischen Aktionen, Angeboten und Informationen sozialdemokratische Präsenz zu zeigen. Fast 1.000 Gliederungen und Mandatsträgerinnen und -träger nutzen das System. Ich bitte die Websozis auf die Bühne.

(Beifall)

Wir haben festgestellt, dass viele Initiativen von Jungsozialisten kommen. Das ist ja auch ein tolles Zeichen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt nähern wir uns den drei Dritten Preisen. Der erste geht an die Juso AG Hörde aus dem Unterbezirk Dortmund mit dem Projekt „Jugend, Kultur und Politik“. Sie haben mit ihrem Musikfestival „Rock in den Ruinen“ seit dem Landtagswahlkampf 1995 bis zu 12.000 Gäste begeistern können und mit der Veranstaltungsreihe „Hörde erfahren“ die moderne Entwicklung ihres Stadtteils begleitet und vorangebracht.

(Beifall)

Der zweite Dritte Preis geht an die Jusos im Unterbezirk Steinfurt, Landesverband NRW mit dem Projekt „Auf zu einem neuen Grundsatzprogramm“. In einem Diskussionsprozess haben sie dazu beigetragen, das voranzubringen. Danke für euer Engagement.

(Beifall)

Der dritte Dritte Preis geht an die Jusos im Ortsverein Dietfurt des Unterbezirks Amberg in Bayern. Sie haben das Projekt „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus“ in Gang gebracht.

(Beifall)

Mit der Initiative „MS Demokratie“ und dem „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus“ haben die Jusos im Bündnis mit der Kirche, der Stadtverwaltung, dem Kreisjugendring und den örtlichen Schulvertretern gegen Rechtsextremismus vor Ort mit verschiedenen Aktionen eingestanden und Workshops für Kinder und Schüler initiiert sowie einen Song gegen Rechts geschrieben. Euer Engagement ist beispielhaft. Gegen den Rechtsextremismus engagieren wir uns geschlossen.

(Beifall)

Wir haben dabei zwei zweite Preise, die wir vergeben. Der erste geht an den Unterbezirk Darmstadt Dieburg, Bezirk Hessen Süd. Die Vertreter des Projekts „Neumitgliederkampagne DU bist Zukunft“ mögen auf die Bühne kommen. Das ist eine sehr erfolgreiche Mitgliederwerbung in der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen.

(Beifall)

Sie haben es in ganz kurzer Zeit geschafft, 35 Neueintritte in dieser Gruppe der 15- bis 25-Jährigen zu aktivieren. Tolle Leistung, Glückwunsch. Das habt ihr wunderbar gemacht. Danke für das Engagement!

(Beifall)

Für einen weiteren Zweiten Preis bitten wir die Genossen aus dem Unterbezirk Dresden-Elbe-Röder, Landesverband Sachsen, mit dem Projekt „Rotes Dresden“ auf die Bühne.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ihr habt sie sicher schon gestern Abend auf dem Parteiabend wahrgenommen. Aus Anlass des 800. Jubiläums der Stadt Dresden haben sie die Geschichte der Arbeiterbewegung in dieser sehr aktuellen Form in Erinnerung gebracht.

Wir danken ihnen.

Sie teilen sich den zweiten Preis mit den Jusos im Unterbezirk Dresden-Elbe-Röder, die den Preis für ihr Projekt „Freitags ab vier sind die Sozialdemokraten hier“ erhalten. Kommt bitte mit auf die Bühne.

(Beifall)



Liebe Genossinnen und Genossen, es hat uns besonders beeindruckt, dass sie in der Dresdener Innenstadt unter freiem Himmel auch außerhalb von Wahlkampfzeiten an jedem Freitag ab vier von März bis Oktober eine Bürgersprechstunde durchführen und dieses Projekt unverändert fortsetzen und dabei all die Fragen diskutieren, die wir immer gestellt bekommen. Vielen, vielen Dank. Das ist eine tolle Leistung.

(Beifall)

Damit nähern wir uns unaufhaltsam dem ersten Preis. Den ersten Preis verleihen wir für außergewöhnliches Engagement gegen den Rechtsextremismus den Jusos aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern für die Kampagne „Endstation Rechts“.

(anhaltender Beifall)

Ihr habt den Dank ja schon durch euren Beifall deutlich gemacht. Für uns alle möchte ich aber noch einmal in Erinnerung rufen: Die Jusos aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern haben mit dieser Kampagne „Endstation Rechts“ die NPD zurückdrängen wollen, und sie wollen sie nach wie vor zurückdrängen. Ich bin mir sicher, dass wir uns gemeinsam auch für ein Verbot der NPD engagieren, wie wir das hier auf diesem Parteitag beschlossen haben, damit deutlich wird, dass solche Parolen niemals mehr eine Chance haben.

(Beifall)

Vielleicht noch einmal ein paar Worte, um die Initiative deutlich zu machen. Während des Wahlkampfs 2006 haben sie eine Internetseite als Informationsquelle und zur Aufklärung hinsichtlich der NPD-Tätigkeiten erstellt. Sie setzen diese Internetseite über die NPD im Landtag fort und sie haben ein Medien- und Informationsportal zur Aufklärung über die rechte Szene weiterentwickelt. Mittlerweile wird dieses Portal von vielen Medien genutzt. Es wird auch ein Newsletter für 700 Abonnenten herausgegeben. Über 70.000 Besucherinnen und Besucher greifen monatlich auf die Seiten zu. Das zeigt, dass es sich lohnt, sich zu engagieren.

(Beifall)

Noch einmal, liebe Genossinnen und Genossen: Wir finden alle Initiativen, die sich um den Wilhelm-Dröschler-Preis beworben haben und die wir hier erleben konnten, sehr eindrucksvoll. Wir wünschen uns, dass alle, die sich engagiert haben, Erfolg bei dem haben, was sie sich vorgenommen haben, und vor allen Dingen, dass es positiv ansteckend auf die vielen, vielen wirkt, die unser Grundsatzprogramm und unsere Ziele vor Ort jetzt umsetzen und dazu beitragen wollen, dass es umgesetzt wird.

Ein großes Dankeschön!

(Beifall)

Es war zwar nicht vorgesehen, aber Jusos und Altjusos sind ja völlig flexibel: Gleich spricht noch Robert Hagen von den Jusos Mecklenburg-Vorpommern zu euch. Ich gebe dir das Wort, damit du ein paar Worte an uns alle richten kannst.

Vielen Dank für die Initiativen und für all die, die sich beteiligt haben.

(Beifall)

**Ute Vogt, Parteivorstand:** Liebe Genossinnen und Genossen, bevor Robert zu euch spricht, darf ich alle Teilnehmer am Dröscher-Preis auf die Bühne bitten, damit ihr seht, wer alles da war. Wir haben es vorher ausprobiert: Die Bühne trägt euch alle. Bitte kommt alle, die ihr gekommen seid, um eure Projekte im Rahmen der Dröscher-Preisverleihung vorzustellen, herauf.

**Robert Hagen, Mecklenburg-Vorpommern:** Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank für den Preis. Wir können ihn sehr gut gebrauchen. Diese Kampagne umfasst nicht nur das Internetportal, wir haben auch eine Menge junger Leute dazu gebracht, sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus und für die Sozialdemokratie und die Jusos zu engagieren. Wir haben mehrere neue Jusos-AGs gegründet.

Ich möchte noch eine Bitte und ein Angebot an euch richten. Zum einen habt ihr gestern wunderschöne Karten bekommen, mit denen ihr uns finanziell unterstützen könnt. Das ist ein kleiner Spendenauf Ruf. Für den Kampf gegen den Rechtsextremismus braucht man leider auch Geld. Das alles läuft über Spenden. Deswegen bitte ich euch, vielleicht noch einmal den nach diesen Karten zu suchen und uns eine kleine Spende zukommen zu lassen.

Zum anderen wollen wir diese Kampagne ausweiten. Unser Ziel ist es, dass die gesamte SPD ein gemeinsames Logo im Kampf gegen Rechtsextremismus hat. Wir finden unser Logo dafür ziemlich geeignet.

(Beifall)

Vielleicht könnt ihr euch daran beteiligen. Den ersten Schritt machen die Sachsen. Ab 2008 gibt es auch ein Internetportal in Sachsen. Wir wollen das gemeinsam hochziehen.

Keinen Fußbreit den Faschisten!

(Beifall)

**Ute Vogt, Parteivorstand:** Vielen Dank.

Liebe Genossinnen und Genossen, damit die Basis hier richtig repräsentiert ist, darf ich jetzt noch die Ortsvereinsvorsitzende des Distrikts Hamburg Innenstadt zu uns bitten. Julia Odebrecht, bitte komm auf die Bühne und geh auch gleich nach vorne zu Kurt Beck.

Der Parteivorsitzende wird uns danach mit einem Schlusswort auf den Heimweg schicken, damit wird diese Aktivitäten, die wir heute erlebt haben, in die Welt und vor allem ins Land tragen.

**Hubertus Heil, Generalsekretär:** Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben denjenigen Dank zu sagen, die uns geholfen haben. Das wird Kurt in umfänglicher Weise tun. Einer wollen wir aber stellvertretend ganz herzlich danken, um deutlich zu machen, dass das, was Herbert Wehner gesagt hat, stimmt, dass nämlich die Ortsvereine unsere Grundlage sind. Wir danken der Ortsvereinsvorsitzenden des Distrikts Hamburg-Innenstadt der Freien Hansestadt. Das ist Julia Odebrecht. Sie ist 26 Jahre alt. Ihr Distrikt hat 140 Mitglieder, und es werden hoffentlich täglich mehr.

In dem Distrikt liegen nicht nur die Hafencity und das Rathaus, sondern auch das CCH, in dem wir hier getagt haben. Liebe Julia, ich hoffe, die Blumen kommen jetzt ganz schnell, damit ich nicht mehr so lange reden muss.

(Beifall)

Michael Naumann ist auch da. Sind die Blumen inzwischen da? – Da sind sie.

Liebe Julia, in Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herzlichen Dank für die Gastfreundschaft durch dich und deinen Ortsverein, und grüß die Genossinnen und Genossen!

(anhaltender Beifall –

Parteivorsitzender Kurt Beck überreicht einen Blumenstrauß)

## Schlusswort des Parteivorsitzenden Kurt Beck

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Unser Parteitag neigt sich dem Ende zu. Ich will zunächst Danke sagen. Wir haben gerade einer jungen Ortsvereinsvorsitzenden des gastgebenden Bezirks gedankt. Ich danke auch all denen herzlich, die an der Vorbereitung und der Durchführung dieses Parteitages so aktiv beteiligt waren. Ich will vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses Danke sagen.

(Beifall)

Eine Debatte über ein Grundsatzprogramm bedeutet zusätzliche Arbeit. Ich finde, es ist hervorragende Arbeit geleistet worden.

Ich danke noch einmal der Programmkommission und der Antragskommission. Ich danke auch all denen, die dazu beigetragen haben, Mandate zu prüfen und uns die Wahlergebnisse schnell und präzise zu präsentieren. Dank an die jungen Leute, die unermüdlich aktiv waren und uns mit aktuellem Material versorgt haben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein Dankeschön auch an alle, die hier auf diesem Parteitag gearbeitet haben. Ich sage dies an die Adresse derjenigen, die Öffentlichkeit hergestellt haben. Das sind die Journalistinnen und Journalisten sowie die Techniker, die sie dabei unterstützt haben. Ich sage dies auch mit besonderer Herzlichkeit an die Adresse der Mitarbeiter der Küche, des Servicepersonals und alle, die hier für Sicherheit gesorgt haben. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ein solcher Parteitag, liebe Genossinnen und Genossen, ist, wenn es Wahlen gibt, auch immer mit personellen Veränderungen verbunden. Deshalb will ich denjenigen, die zukünftig nicht mehr dem Parteivorstand angehören werden, ein besonderes Wort des Dankes sagen. Ich bitte Detlev Albers zu mir.

(Beifall)

Detlev ist seit Dezember 1999 Mitglied im Parteivorstand. Er gehört seit 1990 und auch in der Zukunft der Grundwertekommission unserer Partei an. Seit 1989 ist er Vertreter der SPD Bremen im Parteirat. Von 1993 bis 2004 war er Vorsitzender der Sozialdemokratie in Bremen.

Lieber Detlev, ich darf sagen, dass wir uns gegenseitig kennen gelernt haben und eine besondere Sympathie füreinander entwickelt haben. Deshalb will ich dir auch für

manches Vieraugengespräch herzlich Danke schön sagen. Ich wäre dir sehr verbunden, wenn du uns in verantwortlicher Tätigkeit in der Grundwertekommission – das eine oder andere wird noch dazu kommen – weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stündest. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich will mich bedanken mit der Berliner Ausgabe der Willy-Brandt-Schriften. Detlev war unter denen, die das Transparent „Unter den Talaren Muff aus 1.000 Jahren“ getragen haben. Er hat sich als Hochschullehrer später aktiv in die politische Arbeit eingebracht und sehr viel bewegt. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich würde gern Till Backhaus zu uns bitten. Aber er lässt sich entschuldigen, weil er vorzeitig abreisen musste. Wir werden ihn aber noch entsprechend persönlich würdigen.

Ich bitte Marion Caspers-Merk zu mir,

(Beifall)

die seit November 2005 Mitglied im Parteivorstand ist. Sie war von 1986 bis 2002 stellvertretende Vorsitzende der SGK und seit 2002 Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit. Neue Aufgaben werden hinzu kommen. – Ich höre gerade, dass auch sie leider schon gehen musste.

Ich möchte nun Jochen Dieckmann zu mir bitten.

(Beifall)

Jochen Dieckmann ist seit November 2005 Mitglied des Parteivorstands. Er war von 1999 bis 2005 Minister in Nordrhein-Westfalen; einmal für Justiz und dann für Finanzen zuständig. Er war von 2005 bis 2007 Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie und hat den Stab an Hannelore Kraft weiter gegeben. Aber alle wissen, dass diese Jahre nach so vielen Jahrzehnten Regierungsverantwortung ganz besondere Jahre gewesen sind.

Lieber Jochen, ich will dir ganz besonders danken. Jochen Dieckmann ist ein Mann, der von großer Verlässlichkeit und Zuwendung zu den Menschen, die in unserer Partei wirken, geprägt ist. Das hat etwas Verbindendes und gibt uns gerade in dieser schwierigen Zeit Kraft. Ich freue mich sehr darüber, dass ich dir bei dieser Gelegenheit auch öffentlich zur Professur an der Verwaltungshochschule in Speyer gratulieren kann. Lieber Jochen, ganz herzlichen Dank und alles Gute.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, nun komme ich zu Ludwig Stiegler. Man weiß bei ihm sofort, ob er anwesend ist. Dreimal dürft ihr raten, warum das so ist: weil er ein imposanter Mensch ist – das gehört sich auch so für einen bayerischen Landesvorsitzenden –, aber auch weil er seine Gesinnung stets auf der Brust trägt.

(Beifall)

Ludwig ist seit Dezember 1999 Mitglied des Parteivorstandes, seit 2005 Mitglied des Präsidiums und seit 2004 Landesvorsitzender, vor wenigen Wochen wiedergewählt. Ich hatte die Ehre, dabei zu sein. Liebe Genossinnen und Genossen, der Ludwig hat die Konservativen, die manchmal meinen, sie hätten die Bildung und die Kenntnisse der lateinischen Sprache für sich gepachtet, oft ganz schön in Verwirrung gestürzt, weil er ihnen mit lateinischen Weisheiten begegnet ist, von denen sie am Anfang nie genau gewusst haben, ob sie freundlich oder eher spöttisch gemeint waren.

Lieber Ludwig, ich möchte dir herzlich Danke schön sagen. Wir haben uns überlegt, was wir ihm schenken können. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir ihm etwas Entlastung gönnen sollten. Er sollte, wenn es warm ist, nicht immer Hemd und Pullunder tragen müssen.

Deshalb haben wir ein T-Shirt anfertigen lassen, aus atmungsfreudiger Baumwolle gewoben. Auf dieses T-Shirt ist ein roter dünner Pullunder aufgedruckt. Ich hoffe, das ist eine Symbiose, die dir entgegenkommt. Ludwig, herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir werden ja weiterhin mit Ludwig in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion eng zusammenarbeiten.

Dann ist einer unter uns, der auch im Vorstand und Präsidium bleibt, aber er hat nicht mehr kandidiert als gewähltes Mitglied dieser Gremien. Selbiger ist ein beachteter und manchmal auch gefürchteter Motorradfahrer. Er ist einer, der die Bundestagsfraktion immer mit zarter Hand führt.

(Heiterkeit)

– Ich werde jetzt doch nicht einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete gehört haben, die dazu gelacht haben!

**Peter Struck, Parteivorstand:** Du hast völlig recht, Kurt!

**Kurt Beck, Parteivorsitzender:** Ich habe das immer so empfunden, Peter: feinfühlig und im Zweifelsfall schonend. Wenn er denkt, die sind jetzt alle so ermattet, jetzt ist die Debatte zu Ende, dann sagt er: „Leute, es ist alles gut.“ Lieber Peter, ich danke dir herzlich. Ich danke dir für ganz, ganz viel: vor allen Dingen für die Arbeit an einer der

wichtigsten Stellen zur Sicherung unserer Regierungsfähigkeit. In der Regierung ist Franz Müntefering derjenige, der das entscheidende Scharnier bildet. Bei der Fraktion bist du es. Wir fügen als Drittes die Partei mit hinzu. Peter, für deine große Verlässlichkeit und Offenheit bin ich sehr dankbar. Wir konnten es trotzdem nicht lassen, dir jetzt kein ernsthaftes Geschenk zu machen, sondern wir haben überlegt: Was könnte denn den Peter noch auszeichnen? – Wir haben uns entschieden, besondere Aufkleber für seine Motorradkluft entwerfen zu lassen: „Vorfahrt SPD – Für soziale Gerechtigkeit!“

(Zuruf: „Tempo 130!“ – Heiterkeit)

– Das macht er doch! Er hat doch zwei Räder.

Lieber Peter, fahr immer gesund, bleib uns erhalten und danke für deine Arbeit!

(Beifall)

Ihr wisst – sollte jemand nicht da gewesen sein –, dass wir Inge verabschiedet haben. Ich will sie natürlich noch einmal in mein Dankeschön sehr herzlich einbinden.

(Beifall)

Gestattet mir, meinen bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden zu danken, die jetzt in anderen Aufgaben im Parteivorstand und, wie ich hoffe, auch im Präsidium weiter mit uns zusammenarbeiten werden. Ich will sehr herzlich Bärbel Dieckmann, Ute Vogt, Elke Ferner und Jens Bullerjahn Dankeschön sagen.

(Beifall)

Ihr wisst, dass ich wegen der organisatorischen Verschlankung an der Spitze einen anderen Vorschlag gemacht habe und sich daraus personelle Veränderungen ergeben haben. Aber liebe Genossinnen und Genossen, ihr solltet auch alle wissen: Ich habe mich auf die ausscheidenden stellvertretenden Vorsitzenden sehr verlassen können. Sie haben hervorragende Arbeit gemacht. Ich danke ihnen allen dafür von Herzen!

(Beifall)

Jens Bullerjahn, der leider aus gesundheitlichen Gründen abreisen musste, rufen wir gute Besserung zu.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn auf Bundesparteitagen der SPD ein Chor bereitsteht, dann ist klar, dass der Abschluss kommt. Miteinander zu singen ist eine gute und schöne Sache.

Man darf sagen: Es gehen drei Tage zu Ende, die für die SPD gute Tage gewesen sind.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen weiß Gott nicht Staatspartei sein und sind es nicht. Aber es gilt, dass dann, wenn die deutsche Sozialdemokratie inhaltlich und personell gut aufgestellt ist, ist dies auch gut für die Politik in Deutschland und damit für die Menschen in Deutschland.

(Beifall)

Wir haben die Weichen für eine zukunftsfähige Politik gestellt und haben ein Team an die Spitze gewählt. Lasst mich für meine Kolleginnen und Kollegen im geschäftsführenden Vorstand sagen: Wir verstehen uns so, dass wir unsere Kräfte bündeln wollen und dass wir unsere Kräfte dann miteinander für unsere Sache einsetzen wollen, gemeinsam mit Franz Müntefering und den Regierungsmitgliedern, gemeinsam mit Peter Struck und der Bundestagsfraktion, gemeinsam mit unseren Ministerpräsidenten, den Kolleginnen und Kollegen auf Landesebene und den Kolleginnen und Kollegen auf kommunaler Ebene. So wollen wir es miteinander halten, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Die SPD geht gestärkt aus diesem Parteitag. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, Johannes Rau würde sagen: Und grüßt mit jetzt die Ortsvereine! Ich darf hinzufügen: Lasst uns, wenn wir miteinander gesungen haben, an die Arbeit gehen! Nach Verklingen dieses Liedes ist der Parteitag geschlossen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

(Lied: „Wann wir schreiten Seit’ an Seit’“)

(Beifall – Ende des Parteitages: 15.45 Uhr)



# Anhang

## Finanzbericht

<b>Einleitung</b>	593
<b>I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD</b>	599
1. Einnahmeentwicklung	599
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	599
1.2 Die staatliche Teilfinanzierung	561
1.3 Die Einnahmen aus Spenden	602
1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring	604
1.5 Die Einnahmen aus Vermögen	604
1.6 Parteiinterner Finanzausgleich	605
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	605
3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	607
4. Der Unternehmensbereich	608
4.1 Konzentration GmbH und Grundstücksgesellschaften	608
4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin	609
4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	610
<b>II. Weitere Reformen des Parteiengesetzes</b>	613
<b>III. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich</b>	616
<b>Anhang:</b>	
Historische Gedenkstätten	619

## Einleitung

### Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit dem vorliegenden Finanzbericht berichte ich nicht nur über die zurückliegenden zwei Jahre, sondern gebe auch einen Rückblick auf nahezu 16 Jahre im Amt der Schatzmeisterin.

Als ich das Amt der SPD-Schatzmeisterin im Januar 1992 auf Vorschlag des damaligen Vorsitzenden Björn Engholm antrat, war ich die erste Frau in der Geschichte der SPD, die dieses Amt bekleidete.

Die Kommentare zu meiner Wahl waren zum Teil verletzend – innerparteilich und in der Öffentlichkeit. Damit waren die Attacken aber keinesfalls beendet. Immer wieder gab es Versuche, die Schatzmeisterin der SPD zu attackieren. War es 1996 der Focus mit Schaugeschichten, 1999/2000 die Welt mit angeblichen Finanzskandalen, so schloss sich 2007 auch der Spiegel dieser merkwürdigen „Skandalberichterstattung“ an. Eine Serie von gerichtlichen Auseinandersetzungen konnte meist gewonnen werden.

Nicht nur deshalb ist es im Rückblick alles andere als selbstverständlich, dass ich das Amt der Schatzmeisterin so lange inne hatte.

Heute blicke ich auf die längste Amtszeit nach Alfred Nau zurück. In dieser Zeit habe ich mit sieben Vorsitzenden und acht Bundesgeschäftsführern/Generalsekretären zusammengearbeitet.

Das hätte wohl damals niemand prophezeit – und wenn, ich hätte es mir nicht vorstellen können.

Für das mir entgegengebrachte und wachsende Vertrauen möchte ich mich deshalb ganz herzlich bedanken. In schwierigen Situationen hat mich die Zustimmung aus der Partei in meiner Arbeit bestärkt.

Mein Einstieg in das Amt der Schatzmeisterin war nicht einfach:

Der häufige Schatzmeisterwechsel nach dem Ausscheiden Alfred Naus hatte zu einer Reihe von nicht zu Ende gebrachten Projekten geführt. Diese betrafen nicht nur, aber vor allem den Unternehmensbereich.

Zu Beginn meiner Amtszeit musste ich vier große Projekte beginnen, die heute im Wesentlichen abgeschlossen sind:

## I. Neustrukturierung des Unternehmens und Vermögensbereichs

Der Unternehmensbereich ließ sich nicht effizient steuern. Die Strukturen waren durch zahllose Verschmelzungen, Neugründungen und zufällige Zuordnungen undurchschaubar geworden.

Es gab eine Reihe von alten, zum Teil rechtlich nicht gesicherten Treuhandschaften, Mehrfachgeschäftsführungen, die es sowohl der Generaltreuhänderin als auch dem Treuhandaufsichtsrat erschwerten, Einblick in die Unternehmen zu nehmen. Nach einer umfassenden Untersuchung und Evaluation gelang es Schritt für Schritt den Unternehmensbereich transparent zu gliedern. Allein diese Umorganisation dauerte ein Jahrzehnt.

Seitdem ist die Konzentration GmbH eine Immobiliengesellschaft und die dd\_vg, die Unternehmensholding für die Zeitungsbeteiligungen und andere unternehmerische Aktivitäten des SPD-Unternehmensbereichs. Die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH hält und betreibt das Willy-Brandt-Haus.

## II. Reform der staatlichen Parteienfinanzierung

Das Bundesverfassungsgericht fällte im Jahr 1992 ein grundlegendes Urteil zur Parteienfinanzierung. In der Folge dieses Urteils wurde es notwendig, die anteilige Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Dies gelang in Zusammenarbeit mit den anderen Bundestagsfraktionen und -parteien.

Als Ergebnis kann festgehalten werden: Die Struktur, die im veränderten Parteiengesetz von 1994 gefunden wurde, hat Bestand und ist – auch juristisch – unstrittig. Die Parteienfinanzierung wurde umgestellt von der Wahlkampfkostenerstattung zur allgemeinen staatlichen Teilfinanzierung.

Für die Fragen der öffentlichen Parteienfinanzierung war damit nach bald 40 Jahren steten Streits in diesem Punkt Ruhe eingeleitet.

## III. Der Bau des Willy-Brandt-Hauses in Berlin

Unmittelbar nach dem Hauptstadtbeschluss des Deutschen Bundestages hatte der Parteivorstand 1991 beschlossen, ein Parteihaus in Berlin zu errichten. Es sollte später Sitz des SPD-Parteivorstandes werden. Mir oblag, ein Grundstück zu erwerben, die Planung einzuleiten, die Finanzierung zu klären und schließlich den Bau des Gebäudes als Bauherrin zu überwachen.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Erich-Ollenhauer-Hauses lehnten – unterstützt von Umzugsgegnern – aus persönlich nachvollziehbaren Gründen den

Umzug nach Berlin ab. Die Widerstände waren groß und sie mobilisierten im Bonner Umfeld und in einigen Medien immer wieder Kritik am von mir organisierten Neubau und Umzug.

1996 konnten wir unser Willy-Brandt-Haus einweihen. Wir waren damit die erste Partei, die aus Bonn kommend, ihren Sitz in Berlin nahm (den die SPD allerdings formell nie aufgegeben hatte).

#### IV. Restitution des Vermögens

Eine weitere Aufgabe steckte 1992 noch in den Kinderschuhen: Die Restitution des enteigneten Vermögens der SPD in der ehemaligen DDR. Durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD war die SPD der SBZ an der Rückforderung ihres von den Nazis enteigneten Eigentums gehindert gewesen, das die SED für sich beansprucht hatte. Diese Aufgabe ist heute weitgehend, aber noch nicht vollständig abgeschlossen. Wir erhielten eine Reihe von Immobilien in den neuen Bundesländern zurück, sie wurden von uns weitgehend saniert und für die Partei nutzbar gemacht. Einige Immobilien konnten verkauft werden, um die notwendigen Sanierungen zu finanzieren. In einer Reihe von Fällen jedoch wurden unsere berechtigten Ansprüche bestritten. Sie ließen sich erst mit Hilfe der Verwaltungsgerichte durchsetzen. Dennoch ist vieles von dem Vermögen, das die SPD ursprünglich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR besaß, verloren gegangen. Immer noch offen ist ein Teil der Entschädigungen für den Wirtschaftswert unserer enteigneten Unternehmen.

### Die Rahmenbedingungen ändern sich!

#### Neue Mitgliederverwaltung

Parallel zu den oben beschriebenen Aufgaben mussten wir innerhalb der Parteiorganisation technisch neue Wege beschreiten. Die elektronische Mitgliederverwaltung musste umgestellt und erweitert werden, da das 1988/89 eingeführte System vor dem Zusammenbruch stand. Nach dem fehlgeschlagenen Projekt mit SAP gelang es mit Hilfe der IG BCE die MAVIS als arbeitsfähige Mitgliederdatenbank anzulegen. Wir müssen unsere Mitglieder- und Adressverwaltung demnächst wieder erneuern, um den weiteren Ansprüchen zu genügen. Eine entwickelte elektronische Kommunikation, die über die Mitgliederverwaltung hinaus reicht, ist für eine Mitglieder und Wähler orientierte Partei unverzichtbar, aber sie stellt hohe Anforderungen an Pflege und finanziellen Einsatz.

## Das Fundraising wird institutionalisiert

Die SPD finanziert sich vor allem aus Mitgliedsbeiträgen, ist aber auch auf andere Einnahmequellen angewiesen. Die Fundraising-Instrumente wurden deshalb neu ausgerichtet. Nachdem mein Vorgänger das Spendenreferat abgeschafft hatte, wurde 1993 das Spendenreferat neu eingerichtet und die notwendige Basisorganisation geschaffen und seitdem weiterentwickelt. In einem weiteren Schritt haben wir seit 2001 das Sponsoring aufgebaut. Mit diesem rechtlich und politisch schwierig handhabbaren Finanzierungsinstrument stützen wir seitdem politische Veranstaltungen.

Den Spendenvorsprung der CDU/CSU und der FDP konnten wir nicht damit aufholen. Das liegt an der Struktur dieser Parteien und ihrer Verflechtung mit zahlungskräftigen gesellschaftlichen Schichten und der Wirtschaft.

## Controlling wird eingeführt

Der enger werdende Finanzrahmen verlangt auch interne Kosten- und Ausgabendisziplin. Seit 1994 unterliegt das Finanzhandeln des Parteivorstandes einem systematischen Controlling.

## Der Umzug nach Berlin

1999 verließ der Parteivorstand die „Baracke“ in Bonn und zog nach Berlin. Nicht alle wollten bzw. konnten Bonn den Rücken kehren. Mit Sozialplänen haben wir den Umzug flankiert und eine sozial vertretbare Lösung für alle Beteiligten finden können. Es sollte nicht unterschlagen werden, dass wir dafür eine außerordentliche finanzielle Belastung auf uns genommen haben, die die politische Manövriermöglichkeit des Parteivorstandes über Jahre eingeschränkt hat.

Die meisten der von Bonn nach Berlin gezogenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mittlerweile in Berlin heimisch geworden.

Die Arbeitsfähigkeit der Parteizentrale war nach wenigen Wochen des Umzugs wieder hergestellt. Das ist nicht jedem umziehenden Verband und auch nicht dem Bundestag auf Anhieb gelungen.

## Der CDU-Spendenskandal und seine Folgen für die SPD

Im November 1999 begann mit der Festnahme von Walter Leisler Kiep der CDU-Spendenskandal. Dieser Spendenskandal hat in den darauf folgenden drei Jahren die Arbeit der Schatzmeisterei dominiert. Seine Auswirkungen bestimmen noch heute im Wesentlichen die Arbeitsbelastung der Schatzmeister aller Parteien. Schon bald nach Offenlegung der Auslandsvermögen der hessischen CDU begannen gezielte

Angriffe auf die SPD-Finzen. Insbesondere der Unternehmensbereich wurde durch eine Pressekampagne in „Welt“, „Focus“ und „report München“ zur Entlastung der CDU in den Blickpunkt gerückt. In keinem Punkt konnten uns Vergehen gegen das Parteiengesetz nachgewiesen werden. In einer Vielzahl von Fällen traten wir presserechtlich der falschen Berichterstattung entgegen.

Umso schmerzlicher traf uns der Kölner Spendenskandal im März 2002, auch wenn er ein lokales Ereignis blieb. Die Hauptakteure wurden zur Rechenschaft gezogen. Persönlich war diese Zeit für mich die härteste. Dass sich mit krimineller Energie Gesetze umgehen lassen, ist eine Sache. Die andere ist, wie Genossinnen und Genossen miteinander umgegangen sind.

Die Gesetzesverstöße wurden schnell und systematisch aufgeklärt. Die Sanktionen vom Parteivorstand beglichen. Die Rückerstattung durch die Kölner SPD ist nicht abgeschlossen.

Äußerst schwierig zu beurteilen ist die Annahme einer extrem hohen Spende in Wuppertal, die sich noch im Laufe des Verfahrens als vom Spender gestückelt und fehlerhaft deklariert herausstellte. Bei Erstellung des Rechenschaftsberichtes war das für uns nicht erkennbar und mir scheint, es war auch für die Handelnden vor Ort nicht erkennbar.

Jedenfalls bescherten mir die Ereignisse in Köln und Wuppertal eine zweite, stundenlange Anhörung im Untersuchungsausschuss des Bundestages.

Der CDU-Spendenskandal hatte jedoch eine andere Dimension, schon finanziell umfasste er viele Millionen DM und er betraf den Parteivorstand der CDU und den hessischen Landesverband, Organisationsebenen, die professionell geführt werden. Von dem CDU-Skandal waren höchste Funktionsträger der CDU betroffen.

Ironie der Geschichte ist aber, dass nicht die CDU, sondern vor allem die SPD darunter finanziell zu leiden hatte. Die Einnahmen aus Spenden unserer Mitglieder und Sympathisanten gingen merklich zurück.

Die nach den Finanzskandalen erforderliche Novellierung des Parteiengesetzes wurde unter großen Kraftanstrengungen noch einmal von allen Bundestagsparteien gemeinsam in Angriff genommen. Dabei wurden Regelungen getroffen, die die Transparenz der Parteifinzen erhöht haben.

Wesentliches Auseinandersetzungsfeld der Union, allerdings auch der FDP und der ihnen geneigten Medien blieb jedoch der Unternehmensbereich der SPD. Hier gab es eine Reihe von Forderungen, der SPD das erfolgreiche Engagement im Medien-sektor zu untersagen – sie also zu enteignen.

Der Unternehmensbereich der SPD ist der Union ein Dorn im Auge, weil er den Vorsprung der Unionsparteien bei den Spendeneinnahmen zwar nicht aufholt, aber zumindest abmildern kann. Es ist gelungen, den Unternehmensbereich so umzustrukturieren, dass er nachhaltig Erträge erwirtschaftet, die den Bau des Willy-Brandt-Haus und gelegentlich notwendige Sonderaufgaben finanzieren.

Auf Landesebene, unter anderem in Hessen und Niedersachsen haben Union und FDP über die Rundfunkgesetzgebung den Versuch der Enteignung unseres Vermögens fortgesetzt: Indem selbst kleinste Unterbeteiligungen von Parteien an Rundfunkunternehmen untersagt wurden, wurde gezielt den Verlagshäusern das Cross-Media-Engagement erschwert, an denen wir historisch beteiligt sind. In Niedersachsen hat der Staatsgerichtshof dieses Vorgehen 2005 für verfassungswidrig erklärt, zurzeit ist noch ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig.

### Wahlkämpfe ohne Langfrist-Kredite finanziert

In meine Amtszeit fielen vier Bundestagswahlkämpfe und drei Wahlkämpfe für das Europäische Parlament. Sämtliche Wahlen wurden trotz zunehmender Finanzenge ohne langfristige Kredite finanziert.

### Mitgliedsbeiträge bleiben die tragende Säule unserer Parteifinanzen

Seit 1993 gab es Bemühungen die Mitgliedsbeiträge anzupassen, die sich fast zwei Jahrzehnte nicht geändert hatten, um steigende Kosten aufzufangen. 1997 wurde eine regelmäßige Beitragsanpassung auf dem Bundesparteitag zunächst abgelehnt, dann aber 1999 beschlossen. Die Finanzordnung der SPD sieht nunmehr Beiträge vor, die entsprechend der Entwicklung der Nettolöhne regelmäßig angepasst werden. Das ermöglicht eine verlässliche Finanzplanung.

Uns macht die Entwicklung der Mitgliederzahlen Sorge. Dabei ist das Hauptproblem die demographische Entwicklung. Zeiten größerer Eintritts- und Austrittswellen hat es immer gegeben, aber nicht nur die Austritte auch die hohen Sterbezahlen reduzieren unsere Mitgliedschaft.

Wir brauchen wieder mehr Mitglieder, nicht nur als Beitragszahlerinnen und -zahler, sondern auch als aktive Genossinnen und Genossen, die sich an der Parteiarbeit beteiligen.

Die Erfahrungen dieser 16 Jahre haben mir gezeigt, dass die starke Stellung des Schatzmeisters nach unserer Satzung notwendig und richtig ist. Als Schatzmeisterin war ich vor allem dem Parteitag verantwortlich und konnte so die Finanzsituation solide steuern. Wir konnten systematisch und berechenbar die Unterstützung der Landesverbände und Bezirke organisieren.



## I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD

### 1. Einnahmeentwicklung

#### 1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Auch in den Jahren 2005 und 2006 waren die Beiträge der Mitglieder und Mandats-trägerinnen und -träger die wichtigste Einnahmequelle der SPD.

Etwa 42 % unserer Gesamteinnahmen entstammen diesen Beiträgen.

Die Einnahmen aus Beiträgen betragen im Jahr 2006 70,02 Mio. € (2005 71,16 Mio. €).

Diese verteilten sich wie folgt:

	Jahr 2005	Jahr 2006
Mitgliedsbeiträge	49,22 Mio. €	48,42 Mio. €
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	21,94 Mio. €	21,60 Mio. €

Im Rückblick auf die Situation vor zehn Jahren zeigt sich, dass die SPD mit deutlich geringeren Beitragseinnahmen auskommen muss.

1996 betragen die Beitragseinnahmen insgesamt 78,25 Mio. € und hatten einen Anteil von 54,07 % an den Gesamteinnahmen. Im Vergleich zum Jahr 2006 bedeutet dies einen Rückgang um 8,23 Mio. €.

Trotz sinkender Mitgliederzahlen konnten die Einnahmen aus Beiträgen bis 2001 annähernd konstant gehalten werden. Dies war möglich durch höhere Beiträge der besser verdienenden Mitglieder und der Neumitglieder, aber auch durch Beitragserhöhungen.

Seit 2002 sind die Einnahmen aus Beiträgen dagegen rückläufig.

Innerhalb von 10 Jahren verlor unsere Partei 29,3 % der Mitglieder. Waren es 1996 noch 793.797 Mitglieder, so zählte die SPD Ende des Jahres 2005 590.485 und ein Jahr später 561.239 Mitglieder. Der Rückgang der vergangenen Jahre setzte sich im Berichtszeitraum somit weiter fort, konnte aber deutlich verlangsamt werden.

Da sich die Berechnung der staatlichen Mittel unter anderem auch an den gezahlten Mitgliedsbeiträgen bemisst, haben wir dadurch nicht nur sinkende Beiträge, sondern auch geringere Einnahmen aus staatlichen Mitteln zu verzeichnen.

Ich danke den Kassiererinnen und Kassierern dafür, dass sie immer sehr genau auf die Einnahmen geachtet haben. Die Zahlungsmoral unserer Mitglieder ist sehr gut. Etwa 97 % zahlen ihren Beitrag regelmäßig. Im Jahr 2006 betrug der durchschnittliche Monatsbeitrag 7,25 € (7,16 € im Jahr 2005). Dies sind 86 Cent bzw. 13,46 % mehr als im Jahr 1997.

Unsere Finanzordnung sieht eine jährliche Erhöhung der Mitgliedsbeiträge vor, die sich an der Steigerung der durchschnittlichen Nettoeinkommen des Vorjahres orientiert. Diese Steigerung wird durch den Parteivorstand festgelegt und beruht auf Berechnungen des Statistischen Bundesamtes.

Mitglieder mit geringen oder fehlenden Einnahmen, die nur den Mindestbeitrag von 2,50 € im Monat bezahlen, bleiben dabei von der Anpassung ausgenommen.

Alle Mitglieder werden ab Oktober des Vorjahres im „vorwärts“ und im Informationsdienst „intern“ über die bevorstehende Beitragsanpassung informiert. Zudem werden sie auf die Möglichkeit hingewiesen, der Anpassung zu widersprechen.

Die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Beitragsanpassung an die Preisentwicklung wird von fast allen Mitgliedern akzeptiert. Nur zwei Prozent haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, der automatischen Beitragsanpassung zu widersprechen.

Zum 1. Januar 2005 wurden die Mitgliedsbeiträge um 0,5 % angehoben, was der durchschnittlichen Nettolohnentwicklung des Jahres 2003 entspricht. Der durchschnittliche Beitrag erhöhte sich um sieben Cent. Davon ging etwa ein Cent an den Parteivorstand, sechs Cent flossen an die Gliederungen.

2006 ergab sich eine Anpassung von 1,2 % auf Grundlage der statistischen Erhebungen des Jahres 2004. Je Mitglied erhöhte sich der durchschnittliche Beitrag um neun Cent. Davon erhielt der Parteivorstand etwa 1,5 Cent und die Gliederungen 7,5 Cent.

Es wird deutlich, dass die Beitragsanpassungen vor allem den Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen zugute kommen, die 85 % der Beitragseinnahmen erhalten.

Die Beitragsanpassungen im Überblick:

<b>Beitragsanpassungen 2001 bis 2006</b>					
	2001	2003	2004	2005	2006
Anpassung in Prozent	2,20	2,90	0,90	0,50	1,20
Anzahl der Widersprüche	9.709	5.505	6.157	6.603	7.649
Beitragssenkung	1.294	0.848	0.802	0.993	0.600
Freiwillige Beitragserhöhung	1.130	1.656	0.259	0.324	0.282

## 1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Die Gesamtsumme der staatlichen Parteienfinanzierung wurde 1992 vom Bundesverfassungsgericht festgelegt. Sie kann Jahr für Jahr entsprechend den Preisentwicklungen angepasst werden. Die Verteilung auf die verschiedenen Parteien folgt nach zwei Kriterien:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 € je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien liegt seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. €. Die SPD erhielt 2005 insgesamt 43,77 Mio. € und 2006 insgesamt ca. 42,90 Mio. €.

Damit entsprechen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 25 Prozent an den Gesamteinnahmen.

### 1.3 Die Einnahmen aus Spenden

Der Anteil der Spenden an unseren Gesamteinnahmen ist im Vergleich zu anderen Parteien, insbesondere zu CDU, CSU und FDP niedrig. Er betrug bei uns im Jahr 2005 für die Gesamtpartei lediglich 8,38 %, bei der CDU dagegen 22,35 %, bei der CSU 22,53 % und bei der FDP sogar 36,20 %.

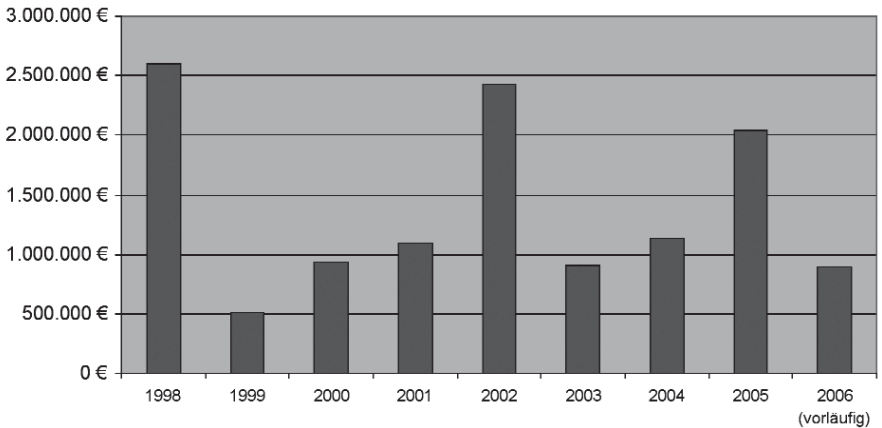
Die Spendeneinnahmen der SPD sind starken Schwankungen unterworfen. Besonders sichtbar wird dies in den Bundestagswahljahren. Traditionell erzielen wir hier außergewöhnlich hohe Ergebnisse. Hohe Politisierung, starke Wahrnehmung von Politik, aber auch eine auf allen Ebenen der Partei erhöhte Aktivität in der Spendenwerbung bilden dafür die Grundlage.

Dementsprechend erzielte im Jahr 2005 der SPD-Parteivorstand über 2 Mio. € Einnahmen aus Spenden. Die Höhe der Einnahmen der beiden vorangegangenen Wahlkämpfe konnte jedoch nicht erreicht werden: Der vorgezogene und damit kurze Wahlkampf begrenzte auch die Möglichkeiten aktiver Spendenwerbung, vor allem entfielen Spenden aus der Wirtschaft. Die Wirtschaft sah offensichtlich die Chance, eine Regierung zu ermöglichen, die ihren Interessen stärker entgegen kam und spendete verstärkt an CDU/CSU und FDP.

Allerdings spiegeln die Zahlen von 2005, wie die des Jahres 2006 auch, ein anderes Problem wider. Die Einnahmen des Nach-Wahljahres 2006 mit etwa 900.000 € lagen, wenn auch nur knapp, unter denen des Referenzjahrs 2003 mit 912.000 €.

Unsere wichtigsten Spenderinnen und Spender – und dies gilt für alle Ebenen der Partei – sind die Parteimitglieder und Sympathisanten. Der überwiegende Anteil der Spenden wird von ihnen geleistet. Unsere Spendeneinnahmen sind damit in hohem Maße abhängig von der Mitgliederentwicklung der SPD.

Wir werden die Bemühungen um Spenden innerhalb und außerhalb der Partei verstärken müssen. Dies muss Aufgabe aller Gliederungen der Partei sein. Das Spendenreferat beim Parteivorstand bietet dazu von der rechtlichen Beratung bis zur praktischen Hilfe vielfältige Unterstützung an.

**Grafik 1: Spendeneinnahmen des SPD-Parteivorstandes****Tabelle 1: Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien, 1998 – 2005 in Tsd. €.**

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	PDS	in %
1998	18.836	12,10	33.813	24,49	12.536	37,40	5.847	20,07	11.178	44,29	3.785	19,16
1999	17.236	11,02	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.843	41,75	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.934	24,74	4.311	18,37	8.465	36,90	3.485	17,33
2001	16.528	10,33	27.504	19,43	10.886	31,48	5.121	21,48	10.798	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	25.459	19,43	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	3.637	14,32	8.725	29,70	2.002	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
Durchschnitt	15.040	9,34	29.034	20,69	10.298	27,16	4.650	17,96	8.763	37,61	3.068	14,68

## 1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring

Sponsoring ist in Zeiten knapper Kassen in. Im politiknahen Bereich konkurrieren auf Bundesebene neben den Parteien auch Ministerien, Bundesinstitutionen, Bundestagsfraktionen und die Vertretungen der Länder um die freundliche Unterstützung von Unternehmen, sei es in Form einer Geld-, Sach- oder Dienstleistung. Kaum eine Großveranstaltung, kein Sommerfest, keine Kampagne ist mittlerweile ohne diese Form der Unterstützung zu realisieren.

Sponsoring ist ein Geschäft, das auf Leistung und Gegenleistung beruht. Anders als bei Spenden, die nur ohne Gegenleistung gegeben und angenommen werden dürfen, muss es beim Sponsoring eine Gegenleistung geben; in der Regel in Form eines werbewirksamen Auftritts des Unternehmens. Das geschieht unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit.

Der ordentliche Parteitag in Karlsruhe 2005 und die außerordentlichen Parteitage im August 2005 und im Mai 2006 in Berlin waren im Berichtszeitraum die größten Veranstaltungen, die von Sponsoren unterstützt wurden. Daneben haben sich auf den Bundeskongressen der Arbeitsgemeinschaften und bei Zielgruppenveranstaltungen des Parteivorstands Unternehmen werbewirksam dargestellt.

Die Einnahmen, die wir durch die Vermarktung von Veranstaltungen erzielen, gehören zum wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Sie liegen unter einem Prozent unserer Gesamteinnahmen und können die Kosten für die Veranstaltungen nur mindern. Nichtsdestotrotz sind sie unerlässlich, um die finanziellen Anforderungen zu stemmen.

## 1.5 Einnahmen aus Vermögen

Seit Mitte der neunziger Jahre hat die Bedeutung der Einnahmen aus Vermögenswerten deutlich zugenommen.

Einerseits mussten stagnierende bzw. abnehmende Einnahmen in anderen Bereichen kompensiert werden, andererseits wurden durch die Reorganisationen des Unternehmensbereichs der Partei Ertragspotenziale gehoben, die in den vergangenen Jahren zur Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses wie auch der politischen Arbeit der Partei eingesetzt wurden.

Bis 1997 betrug die Ausschüttung der dd\_vg. in keinem Jahr mehr als 500 T€ (Brutto vor Steuern). In der Regel konnten daraus gerade die Kosten der Verwaltung durch den Treuhänder gedeckt werden.

Danach stiegen sie deutlich an, so dass ab 1997 immer mindestens die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses gedeckt war.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden ca. 14 Mio. € ausgeschüttet, davon 6,7 Mio. in 2005 und 7,3 Mio. im Jahr 2006.

Auch in den folgenden Jahren ist die Partei auf jährliche Ausschüttungen von (im groben Durchschnitt) 6 Mio. € jährlich angewiesen, um die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses und politische Schwerpunktaktionen zu finanzieren.

### 1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkosten-erstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen vom Parteiengesetz vorgesehenen regelmäßigen besonderen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit hoher Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

<b>Tabelle 2: Verteilung aus staatlichen Mitteln</b>										
	1991–1993 Ø pro Jahr		1994–1997 Ø pro Jahr		1998–2001 Ø pro Jahr		2002–2006 Ø pro Jahr		Veränderung gegenüber 1991–1993	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	in T€	in %
<b>Landesverbände</b> von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302		7.600		7.206		5.923			
	0		7.325		8.956		10.192			
LV-Gesamt	13.302	30	14.925	32	16.162	34	16.115	33	2.813	21,1
<b>Parteivorstand</b>	<b>30.996</b>	<b>70</b>	<b>31.040</b>	<b>68</b>	<b>32.042</b>	<b>66</b>	<b>32.230</b>	<b>67</b>	<b>1.234</b>	<b>4,0</b>
SPD-Gesamt	44.298	100	45.965	100	48.204	100	48.345	100	4.047	9,1

*Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), seit 2002 auf 133 Mio. €*

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 Prozent für die Landesverbände und 67 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute gut 21 Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel nur um 4,0 Prozent gestiegen sind.

Für die zukünftige Verteilung ist eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln erfolgt. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 % zu 15 % zugunsten der Gliederungen gegenüber.

## **2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung**

Die Haushalte 2005 und 2006 standen unter dem Vorzeichen rückläufiger Beitragseinnahmen. Zudem mussten die finanziellen Belastungen durch den Bundestagswahlkampf aufgefangen werden.

Die mittelfristige Finanzplanung (Mifrif) konnte nur mit harten Einsparungen im Personal- und Sachmitteletat eingehalten werden. So berücksichtigt die aktuelle Mifrif unter anderem eine zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat vereinbarte Entwicklung der Personalkosten bis 2010; danach fallen Vergünstigungen weg, flexible Arbeitszeiten ermöglichen Einsparungen, betriebsbedingte Kündigungen werden dafür bis 2010 ausgeschlossen.

Vor dem Umzug nach Berlin im Jahr 1999 machten die Personalkosten noch 38 Prozent der Ausgaben aus. 2001 lagen sie bei 31,5 Prozent, 2002 wieder bei 36 Prozent, 2003/2004 bei 37 Prozent und 2005/2006 wieder bei 36 Prozent der Ausgaben.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche technische und organisatorische Dienste (Buchhaltung, EDV etc.) mit dem Umzug nach Berlin ausgelagert wurden, also den Personaletat unmittelbar nicht mehr belasten, sondern als Sachausgaben geführt werden. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Personalkosten seit 2002 im Vergleich zu 1999 eindeutig zu hoch. Das vor allem auch deshalb, weil die Etats insgesamt aufgrund der sinkenden Beitragseinnahmen geringer ausfallen und die zur Verfügung stehenden Sachmittel für die politische Arbeit im Vergleich zu den Personalkosten zu gering sind (Stichwort „Kampagnenfähigkeit“).

Die getroffene Betriebsvereinbarung, ermöglicht ein günstigeres Verhältnis zwischen dem Aufwand für die politische Arbeit und den Personalkosten.



Der Ansatz für den Betriebshaushalt 2007 insgesamt liegt trotz eines Jahres mit Parteitag um 3,5 Mio. € unter den Ausgaben des Betriebshaushaltes von 2005.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten – sinkenden – Einnahmen. Da auch in Zukunft nicht mit höheren Einnahmen zu rechnen ist, dürfen Schulden nicht gemacht werden.

Eine erfreuliche Entwicklung lässt sich bei den Kosten für die EDV feststellen. Nach ihrer Verfünfachung von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. €) sinken sie kontinuierlich. Der Betriebshaushalt EDV betrug 2001 noch 5,3 Mio. €. Er konnte bis 2004 auf unter 4 Mio. € zurückgeführt werden und pendelt sich seit 2005 deutlich unter 4 Mio. € ein (2006 = 3,1 Mio. €).

Das Budget für die Bundestagswahl 2005 wurde im Laufe der Kampagne trotz Bedenken erhöht, konnte aber dann mittels sorgfältiger Haushaltsbewirtschaftung und intensiver Kontrolle eingehalten werden. Die Wahlkampfzentrale für den Bundestagswahlkampf wurde im Willy-Brandt-Haus eingerichtet. Der Etat betrug im Wahljahr rund 27,2 Mio. €.

Im Etat des Bundestagswahlkampfes schlugen die Kosten für Anzeigen, Plakatierung, Kino- und Fernseh-Spots sowie Flugblätter und andere Verteilmaterialien mit insgesamt 13,4 Mio. € zu Buche. Ein weiterer großer Bereich waren mit 5,3 Mio. € die (Groß-)Veranstaltungen, insbesondere die mit dem Bundeskanzler. An Gliederungen wurden 2,5 Mio. € Zuschüsse ausgezahlt. Die restlichen Mittel wurden für Zielgruppen, Forschung, Themen- und Pressearbeit sowie für die Verwaltungs- und Personalkosten verwandt.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Entsprechendes gilt für den Kampagnenetat zur Bundestagswahl 2005. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend den Betriebshaushalt des Parteivorstandes.

### **3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände**

Die Erhaltung der Parteistruktur in den ostdeutschen Landesverbänden ist aus den dort eingenommenen Beitragseinnahmen der rund 23.000 Mitglieder (Stand: 31. 12. 2006) nicht möglich, obwohl diese mit 10,70 €/Monat einen im Durchschnitt deutlich höheren Monatsbeitrag als die westdeutschen Mitglieder zahlen.

Zur Sicherung einer handlungsfähigen Organisationsstruktur leisten daher alle Mitglieder der alten und neuen Landesverbände einen Solidarbeitrag von 26 Cent je Monatsbeitrag.

Den ostdeutschen Landesverbänden wurden in den Jahren 2005 und 2006 zusammen 5,04 Mio. € als Zuschuss zur Unterhaltung der Geschäftsstellen und des hauptamtlichen Personals zur Verfügung gestellt.

Dieser Zuschuss setzt sich zum einen aus den von den Mitgliedern gezahlten Sonderbeiträgen in Höhe von 3,55 Mio. € und zum anderen aus einer ergänzenden Strukturhilfe aus dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes in Höhe von 1,49 Mio. € zusammen.

Weiterhin wurden aus dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes Zuschüsse zur Wahlkampfunterstützung, Projektförderungen sowie Personal- und Verwaltungskosten bereitgestellt.

Im Jahr 2005 betragen diese 209 T€ bzw. 553 T€ im Jahr 2006.

Somit wurden in den Jahren 2005 und 2006 zusammen 5,80 Mio. € für die Fortführung der Aufbauhilfe Ost aufgewandt. 2005 waren dies 2,81 Mio. € und 2,99 Mio. € im Jahr 2006.

Der Parteivorstand hat damit über die von allen Mitgliedern gezahlte Strukturhilfe hinaus in den Jahren 2005 und 2006 2,25 Mio. € aus seinem Betriebshaushalt beige-steuert.

## **4. Der Unternehmensbereich**

### **4.1 Konzentration GmbH und Grundstücksgesellschaften**

Der Grundbesitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist Treuhandbesitz der *Konzentration GmbH* und weiterer Gesellschaften. Das wirtschaftliche Eigentum an allen Grundstücken liegt gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD bei ihrem Parteivorstand. Der Immobilienbesitz wird im Rechenschaftsbericht der SPD, und dort in der Spalte *Haus- und Grundvermögen*, in der Vermögensbilanz mit allen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Im Berichtszeitraum hat die *Konzentration* ihre Aufgabe, die Struktur des Immobilienbesitzes zu vereinheitlichen, erfolgreich fortgesetzt. Die Immobiliengesellschaften in Berlin, Regensburg und Würzburg wurden auf die *Konzentration* verschmolzen, nachdem ihr Grundbesitz zuvor in das Parteivermögen überführt werden konnte. Die Verschmelzung der Immobiliengesellschaft in Springe ist vorbereitet.

Neben der *Konzentration* und der *Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH* bestehen zur Zeit sieben weitere Kapitalgesellschaften, drei Personengesellschaften, drei

Vereine und die Treuhandbesitzgesellschaften in Hannover und Frankfurt, die über Immobilienvermögen der SPD verfügen.

Wesentliche Aufgabe der *Konzentration* im Berichtszeitraum war die Förderung der laufenden Restitutionsverfahren. Nachdem durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes das Altvermögen der Partei in Jena Teichgraben 4 erstritten werden konnte, sind die Verfahren auf Naturalrestitution abgeschlossen. Nicht beendet sind die auf Entschädigung für den Verlust des sozialdemokratischen Vermögens gerichteten Verfahren.

In der Grundstücksentwicklung hat die *Konzentration* im Berichtszeitraum im Wesentlichen das *Erich-Ollenbauer-Haus* in Bonn von Grund auf modernisiert und voll vermietet. Darüber hinaus wurde von der Konzentration das Kölner Grundstück entwickelt. Die Modernisierung dieses Objektes wird zurzeit realisiert. Im Münchner Objekt wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt.

Treuhänderisch handelnd für den Parteivorstand wurden von der *Konzentration* Grundstücke in Euskirchen und Jerusalem erworben.

Das Haus in Jerusalem wurde aus Mitteln einer Erbschaft erworben und beheimatet das Willy-Brandt-Zentrum, eine Begegnungsstätte für israelische und palästinensische Jugendliche.

#### 4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin

Für Bau und Verwaltung der Immobilie Willy-Brandt-Haus hat der Parteivorstand 1992 eine eigene Immobiliengesellschaft neben der Konzentration beschlossen.

Zur Finanzierung des Baus waren in den Jahren 1993 bis 1996 Hypothekendarlehen in der Gesamthöhe von knapp 49 Mio. € aufgenommen worden.

Nach der erfolgreichen Umschuldung eines erheblichen Teils der offenen Hypothekenlast haben sich die Zinsverpflichtungen für das Willy-Brandt-Haus deutlich reduziert.

Zum 31. 12. 2006 betragen die verbleibenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus den verbliebenen zwei lang laufenden Darlehen noch 29,6 Mio. €. (2005: 31,5 Mio. €/2004: 33,3 Mio. €). Die jetzt gültigen Zinsfestschreibungen laufen bis 2014 bzw. 2012.

Es ist beabsichtigt, bei günstiger Marktlage durch geeignete Finanzierungsinstrumente bereits vor Ablauf der laufenden Zinsbindung eine weitere Reduzierung der Zinsverpflichtungen zu realisieren.

Mieteinnahmen von Drittmieter\*innen sowie Einnahmen aus dem Kongress- und Veranstaltungsbetrieb im Willy-Brandt-Haus, sowie ein Finanzierungsbeitrag des Parteivorstands tragen zur Finanzierung des Hauses bei. In der Hauptsache wird allerdings der Gewinn aus dem Unternehmensbereich für das Haus, insbesondere für Zinsen und Tilgung der Hypotheken verwandt.

Das Willy-Brandt-Haus ist neben seiner Funktion als Parteizentrale längst eine feste Größe für Veranstaltungen und Kongresse in Berlin ([www.willy-brandthaus.de](http://www.willy-brandthaus.de)). Und auch als kulturelles Zentrum hat sich das Haus einen Namen gemacht. Nicht zuletzt dank des Engagements des Kulturforums und des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus e.V.

### 4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Das wirtschaftliche Ergebnis der Holding *Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin (dd\_vg.)* ist unverändert erfreulich positiv. Mit dem erzielten Jahresüberschuss von 12,1 Mio. € (nach Steuern) in 2005 sind die Ergebnisse des Unternehmens nun schon seit mehreren Jahren stabil. Der Gewinn im Geschäftsjahr 2006 war mit rd. 26,8 Mio. € deutlich höher; allerdings ist dies auf einmalige Sondereffekte aufgrund der Veräußerung der Anteile an der Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH (Frankfurter Rundschau) zurückzuführen. Ferner spielten Steuerkorrekturen für Vorjahre eine Rolle. Korrigiert um diese Faktoren, läge auch das Ergebnis 2006 wieder etwa auf Vorjahresniveau.

Auch die Ausschüttungen an die SPD als Gesellschafterin der dd\_vg. waren stabil: 2005 wurden 6,7 Mio. € ausgeschüttet, in 2006 waren es 7,3 Mio. €.

Durch die gute Ergebnis- und Liquiditätslage der dd\_vg. konnten bestehende Bankdarlehen zurückgeführt werden, so dass die dd\_vg. Ende 2006 keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mehr ausweist.

Das Stammkapital konnte aus Gewinnrücklagen auf 36 Mio. € erhöht werden.

Die stabile Ergebnissituation der dd\_vg. ist vor allem deswegen beachtenswert, weil die Regionalzeitungsverlage, die mit ihren Erträgen im Wesentlichen zum Ergebnis der dd\_vg. beitragen, auch in den Jahren 2005 und 2006 nachhaltig unter Druck standen:

- Der Anzeigenmarkt der lokalen und regionalen Tageszeitungen war in 2005 wiederum rückläufig; erst in 2006 verbesserte sich die Lage durch Zuwächse im Stellenmarkt; unverändert negativ entwickelten sich demgegenüber der Immobilienmarkt und der Kfz-Bereich – hier wirkt sich die Konkurrenz durch das Internet besonders aus.

- Der Vertriebsmarkt ist unverändert durch sinkende verkaufte Auflagen gekennzeichnet; die Vertriebslöse konnten lediglich durch Preiserhöhungen stabilisiert werden. Inzwischen beträgt der Anteil der Vertriebslöse an den Gesamterlösen (ohne Druckereierlöse) durchschnittlich knapp 50 Prozent – im Jahre 2000 waren es lediglich rund 30 Prozent. Die Verlage stehen in Zukunft vor der Aufgabe, das Interesse von jüngeren Zielgruppen an der Zeitung zu wecken, um langfristig die Auflagen auf dem bisherigen Niveau halten zu können.

Die Tatsache, dass trotz struktureller Veränderungen im Markt die Zeitungsbeiträge der dd\_vg. weiterhin positive Ergebnisse verzeichnen, ist das Ergebnis von vorausschauendem, unumgänglichem Kostenmanagement. Hierbei ist leider auch der Abbau von Arbeitsplätzen unvermeidbar, da im Verlagswesen die Personalkosten den weitaus größten Kostenblock ausmachen.

Aber nicht nur der Blick auf die Kosten hat die Ertragssituation der Verlage stabilisiert, sondern auch Investitionen in die Unternehmen selbst, in die Zeitungen und neue Geschäftsfelder rund um die Verlage.

Die Sanierung der *Frankfurter Rundschau* bildete auch im Geschäftsjahr 2005 einen Schwerpunkt der Unternehmensaktivität der dd\_vg.: Es konnte die Zukunft der Zeitung gesichert werden, was die notwendige Grundlage für die Kooperation mit einem neuen Gesellschafter gelegt hat. Anfang 2006 wurde für die Veräußerung der Mehrheitsanteile ein Bieterverfahren eingeleitet, das mit der Übertragung der Anteile an die Kölner *Verlagsgruppe M. DuMont Schauberg* im August 2006 erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Darüber hinaus gab es weitere Veränderungen im Beteiligungskreis der dd\_vg.:

- Die Fusion der Verlage der *Cuxhavener Nachrichten* und der *Niederelbe Zeitung* in Otterndorf wurde in 2005 wirksam und hat sich bereits nach kurzer Zeit wirtschaftlich positiv ausgewirkt.
- Die dd\_vg. hat 2005 die restliche Beteiligung von 12,5 Prozent an der *Presse-Druck GmbH* in Bielefeld übernommen und hält nunmehr 100 Prozent der Anteile.
- Der *Süddeutsche Verlag* hat weitere 30 Prozent der Anteile am *Frankenpost Verlag* in Hof zurück erworben, so dass die dd\_vg. seit Anfang 2005 noch 35 Prozent hält.
- In Dresden hat sich die dd\_vg. in 2005 von ihrer Beteiligung an der Tiefdrucksparte getrennt, die aus der dortigen Druckerei ausgegliedert und Teil des Druckkonzerns PRINOVIS wurde; an Verlag und Zeitungsdruckerei in Dresden besteht die 40-prozentige Beteiligung der dd\_vg. unverändert fort.

- Durch Ausscheiden eines Gesellschafters aus dem Gesellschafterkreis der *Verlags-gesellschaft Madsack GmbH & Co. KG* wurden die Beteiligungsquoten angepasst: Die dd\_vg. ist nun mit 23,1 % beteiligt (vorher: 20,4 %).

Das Geschäftsjahr 2005 bescherte der Branche auch ein Novum in der Geschichte der deutschen Zeitungslandschaft:

Beim Verkauf der *Berliner Zeitung* kam eine Investorengruppe um den Briten David Montgomery und Veronis Suhler Stevenson zum Zuge. Damit ist es zum ersten Mal einem Private Equity Fonds gelungen, einen Fuß in die Tür der Zeitungsbranche zu setzen. Diese ist für Investoren ohne Frage attraktiv – gerade weil die Rahmenbedingungen alles andere als rosig sind: Die schwieriger gewordene wirtschaftliche Lage vieler Zeitungsverlage, die Herausforderungen des digitalen Zeitalters, rückläufige Anzeigenerlöse und sinkende Reichweiten sowie die ungesicherte Zukunft in mancher Verlegerfamilie signalisieren einen Konsolidierungsbedarf in der Branche, der für Investoren sowie für ihre Berater und Investmentbanker große Chancen bereithält:

Bei deren Geschäftsmodell werden kurzfristig zahlreiche Gebühren, Provisionen und Kredite bewegt – und dies ganz wesentlich zu Lasten übernommener Unternehmen. Dabei sind die Renditeerwartungen der Investoren üblicherweise auf fünf bis sieben Jahre ausgelegt – kurzfristige Restrukturierungseffekte und Weiterveräußerungsgewinne spielen in diesem Modell eine größere Rolle als die Frage nach der Zukunft des Unternehmens in 20 Jahren.

Die Geschäftsphilosophie der dd\_vg. unterscheidet sich davon deutlich: Als Unternehmen mit einer über 140-jährigen Geschichte im Medienbereich, ist das Engagement langfristig und nachhaltig angelegt. Außerdem beschränkt sich die dd\_vg. in der Regel auf Minderheitsbeteiligungen und ist somit auf Kontinuität und verlegerische Kompetenz der jeweiligen Mehrheitsgesellschafter angewiesen. Schließlich geht es der dd\_vg. auch um das Ziel, die Vielfalt der deutschen Zeitungslandschaft langfristig sichern zu helfen. Das alles geht über die Sichtweise reiner Finanzinvestoren deutlich hinaus.

Die weiteren Medienbeteiligungen der dd\_vg. konnten ihre Position festigen. Das gilt für die Öko-Test-Gruppe, aber auch für die Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft (u. a. vorwärts, Demo), die ihre Produkte weiterentwickelt und damit eine positive Resonanz gefunden hat.

Die Situation der Buchverlage ist zurzeit von der immer noch andauernden Aufbau-phase geprägt. Dieses Engagement in einem eher stagnierenden Markt setzt hohe Anfangsinvestitionen voraus, insbesondere den Aufwand für die Entwicklung der Programmlinien, Vorlaufkosten für Lizenzen usw.

Auch die anderen Sparten der dd\_vg. haben sich positiv entwickelt:

Bei den zur Unternehmensgruppe gehörenden *Akzidenzdruckereien* hat sich der in der Vergangenheit eingeschlagene Weg bewährt, die Erträge durch Fusionen mit anderen Druckereien nachhaltig zu verbessern. Diese Strategie wird auch in Zukunft weiter verfolgt werden, um dem Strukturwandel in dieser Branche erfolgreich zu begegnen.

Die Produktpalette des *SPD-ReiseService* wurde kontinuierlich ausgebaut: Neben den klassischen Reiseangeboten für Individualreisende werden nun auch verstärkt Studien- und Familienreisen angeboten. In 2006 haben nahezu 6.000 Personen das vielfältige Urlaubsangebot genutzt. Das *Reisebüro im Willy-Brandt-Haus* wurde in 2006 mit der *SPD-ReiseService GmbH* verschmolzen.

Der Bereich Handel und Service, in dem der Papierhandel (HPPV), Werbemittelverkauf und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (vorwärts-Buchhandlung) sowie EDV- und Verwaltungsservice (Office Consult) zusammengefasst werden, leistet unverändert einen stabilen Beitrag zum Unternehmensergebnis der dd\_vg.

Aus steuerlichen Gründen wurden weitere 4,58 % der dd\_vg.-Geschäftsanteile auf die Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Bonn übertragen, die bislang mit 0,75 % beteiligt war. Unverändert hält die Solidarität alle Anteile treuhänderisch für den Parteivorstand der SPD, so dass sich letztlich nichts an der Stellung des Eigentümers SPD geändert hat.

## II. Weitere Reformen des Parteiengesetzes

Im letzten Finanzbericht konnten wir mitteilen, dass die Schwierigkeiten aller Parteien und der Bundestagsverwaltung, die sich durch die Auslegung des veränderten Parteiengesetzes durch das Institut der Wirtschaftsprüfer ergeben hatten, durch das Neunte Änderungsgesetz zum Parteiengesetz weitestgehend behoben werden konnten.

Zu den bereits damals erkennbaren weiteren notwendigen Vereinfachungen und Klarstellungen im Prüfungsverfahren beim Bundestagspräsidenten ist es hingegen bisher nicht gekommen. Die Änderung bleibt aber dringend erforderlich:

Der Parteivorstand hat insbesondere in Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten erfahren müssen, dass der Wille des Gesetzgebers von 2002 nur durch eine Änderung des Gesetzestextes erreicht werden kann.

Dabei geht es vor allem um folgende Punkte:

- a) Es muss klargestellt werden, dass die Selbstanzeige der Annahme verbotswidriger Spenden durch eine Partei sanktionsbefreiende Wirkung hat.

Bislang stellt sich die Bundestagsverwaltung – unterstützt von der Verwaltungsgerichtsbarkeit – auf den Standpunkt, dass eine Partei, die z. B. eine Spende eines gemeinnützigen Schützenvereins in Höhe von 50,- € annimmt, auch dann das dreifache des Betrags an den Bundestagspräsidenten abführen muss, wenn sie selber diesen Rechtsverstoß entdeckt und anzeigt. Dabei ist das Zeitfenster, das einem ehrenamtlichen Kassierer für die Ermittlung, ob eine Spende angenommen werden darf, bleibt, so eng bemessen, dass es in ehrenamtlicher Arbeit nicht ausreicht.

- b) Bereits 2002 war es das Ziel der Reform, Parteien – so wie jeden Bürger – so zu stellen, dass nach zehn Jahren nicht nur die Aufbewahrungsfristen für Rechnungsunterlagen enden, sondern auch keine Sanktionen für Sachverhalte mehr drohen (für die sich die Partei mangels Unterlagen dann nicht mehr exculpieren kann). Auch dieses bedarf angesichts der Urteile der Verwaltungsgerichte einer Klarstellung.
- c) Andere Bestimmungen haben sich als wenig praktikabel erwiesen. Dies gilt für die Verpflichtung, alte Rechenschaftsberichte bei nachträglicher Entdeckung von Fehlern neu abzugeben und zu veröffentlichen, anstatt die Berichtigungen, wie auch bei der vergleichbaren handelsrechtlichen Rechnungslegung üblich, in den nächsten abzugebenden Rechenschaftsbericht aufzunehmen. Die derzeitige Rechtslage birgt große Unsicherheiten bezüglich etwa neu abzugebender Rechenschaftsberichte und belastet die Parteien mit hohen Mehrkosten für die zusätzlichen Testate der Wirtschaftsprüfer.
- d) Für größere Transparenz würde auch sorgen, wenn im Parteiengesetz eine Bagatellklausel für die Meldung kleiner Fehler eingeführt und zugleich eine ad-hoc-Veröffentlichungspflicht für große Fehler der Rechenschaftsberichte eingeführt würde. Die immer wieder kehrenden kleinen Fehler örtlicher Gliederungen (aufgefundenes Sparbuch mit einem Bestand einiger hundert €) liegen im Hinblick auf die Bilanzsumme unserer Rechenschaftsberichte noch nicht einmal im Promillebereich, belasten aber die Mitarbeiter und die Bundestagsverwaltung unangemessen hoch.
- e) Seit mehr als fünf Jahren hat der Bundestag seine Aufgabe, die absolute Obergrenze der Parteienfinanzierung jährlich zu überprüfen, nicht wahrgenommen. Auch in den früheren Jahren war eine Anpassung nur einmal erfolgt. Seit 1993 haben die Parteien einen realen Verlust an staatlichen Mitteln in beträchtlicher Höhe hingenommen. Das zeigt die nachfolgende Tabelle.



Jahr	Indexänderung in Prozent	Tatsächliche Obergrenze in €	Nach BVerfG mögliche Obergrenze bei Bezugspunkt 1. 1. 1993 in €
1991		117.597.132,68	117.597.132,68
1992		117.597.132,68	117.597.132,68
1993	6,6	117.597.132,68	125.358.543,43
1994	3,3	117.597.132,68	129.495.375,36
1995	0,0	117.597.132,68	129.495.375,36
1996	2,7	117.597.132,68	132.991.750,50
1997	0,2	117.597.132,68	133.257.734,00
1998	2,0	125.266.510,89	135.922.888,68
1999	0,1	125.266.510,89	136.058.811,57
2000	1,9	125.266.510,89	138.643.928,99
2001	2,8	125.266.510,89	142.525.959,00
2002	1,0	133.000.000,00	143.951.218,59
2003	1,4	133.000.000,00	145.966.535,65
2004	1,9	133.000.000,00	148.739.899,83
2005	1,5	133.000.000,00	150.970.998,33
2006	1,3	133.000.000,00	152.933.621,30

Die Parteien waren gezwungen, mit drastischen Sparmaßnahmen hierauf zu reagieren. Dies wird vor allem deutlich, wenn man die Personalausgaben der Parteien vergleicht, die anders als die übrigen Ausgabepositionen weniger durch Wahlkämpfe verzerrt werden. Die Ausgaben für Personal sind seit 1992 lediglich um ca. 9 % gestiegen – der Tarifindex der Angestellten von Gebietskörperschaften weist allein für die Jahre von 2000 bis Januar 2007, eine Steigerung um 11,3 % aus (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 27. April 2007).

Die gestiegenen Kosten werden durch die Parteien zum Teil zunehmend durch die Aufnahmen von Darlehen ausgeglichen. Deren Gesamtsumme hat sich nach Änderung der Parteienfinanzierung seit 1992 vervierfacht.

Deshalb ist eine Anpassung der absoluten Obergrenze erforderlich, damit die Parteien die Ihnen nach Art. 21 Grundgesetz obliegenden Aufgaben wahrnehmen können.

### III. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich

Die Jahreseinnahmen der Gesamtpartei lagen 2005 bei etwa 169 Mio. € (2004: 170 Mio. €). CDU/CSU erzielten 2005 mit ca. 200 Mio. € (2004 ca. 191 Mio. €) deutlich mehr Einnahmen.

Die Union konnte damit ihren Einnahmenvorsprung vor der SPD weiter ausbauen.

Bemerkenswert ist, dass die CDU, die im Zentrum des Kohl/Kantherschen Finanzskandals gestanden hat, mit 35 Mio. € Spenden mehr als 22 % ihrer Einnahmen bestreitet, während es bei der SPD knapp 8,5 % sind. Besonders sticht ins Auge, dass die CDU von juristischen Personen, also meist Wirtschaftsunternehmen, mit 15 Mio. € knapp 9,5 % ihrer Einnahmen erzielt – bei der SPD sind es noch nicht einmal 2 %.

Während bei der SPD die Mitgliedsbeiträge mit 29 % der größte Einnahmeposten bleiben, stellen bei der CDU mit 28,4 % und bei der CSU mit 25,4 % die staatlichen Mittel die größte Einnahmenposition dar. Hier wird deutlich, dass die Unionsparteien ihre Einnahmen aus staatlichen Mitteln deutlich steigern konnten, während die SPD spürbare Rückgänge zu verkraften hatte.

Rechnet man Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge zusammen, so finanziert sich die SPD zu rund 42 % aus Beiträgen, die CDU zu 38 % und die CSU zu knapp 31 %. Hier gab es noch vor wenigen Jahren einen wesentlich deutlicheren Einnahmenvorsprung der SPD: Im Jahr 2000 erzielte die SPD noch rund 77,5 Mio. € aus Beiträgen (Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge), die CDU und CSU gemeinsam rund 66 Mio. €.

Heute erzielten die Unionsparteien rund 74 Mio. € aus dem Beitragssektor, die SPD lediglich 71 Mio. €.

Es bleibt damit dringende Aufgabe der SPD, ihre Beitragsbasis zu stabilisieren und über neue Einnahmequellen die Arbeit der Partei zu finanzieren.

Die Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen konnten mit ca. 7 Mio. € den Vorsprung der Union, der sich allein aus den Spendeneinnahmen der juristischen Personen ergab, nicht ausgleichen.

Die Sachausgaben für die politische Arbeit und die Wahlkämpfe machten 2005 rund die Hälfte der Gesamtausgaben der Partei aus, ähnlich verhielt es sich bei der Union. Dennoch gelang es der CDU, im Wahljahr 2005 einen Einnahmeüberschuss von 9 Mio. zu erzielen, die CSU schloss annähernd ausgeglichen ab.

Die SPD hingegen verzeichnete wahlkampfbedingt ein Defizit von knapp 5,4 Mio. €.

Dennoch weist die SPD nach wie vor mit rund 128,5 Mio. € ein deutlich höheres Reinvermögen aus als die Unionsparteien (CDU: 77,35 Mio. €, CSU: 25,9 Mio. €).

Das Vermögen der Partei ist allerdings derart auf die Gliederungsebenen aufgeteilt, dass insbesondere die Landesverbände und Bezirke nur einen relativ geringen Anteil daran halten:

Knapp 47 % des Reinvermögens der Partei und knapp 83 % des Geldvermögens werden von den Gliederungen unterhalb der Bezirksebene gehalten. Von den Schuldposten entfallen jedoch lediglich 1,5 % auf diese Ebene.

Bei den Landesverbänden und Bezirken hingegen stehen rund 26,5 Mio. € Gesamtbesitzposten knapp 20 Mio. € Schuldposten gegenüber. Das Reinvermögen der Landesverbände und Bezirke ist seit dem Jahr 2000 von rund 22,5 Mio. € auf nunmehr 6,6 Mio. € gesunken<sup>1</sup>. Dies ist insbesondere auf die gesunkenen Beitragseinnahmen zurückzuführen: Konnten die Landesverbände und Bezirke im Jahr 2000 noch rund 33,4 Mio. € aus Beiträgen (Mitglieder- und Mandatsträgerbeiträge) vereinnahmen, so waren es 2005 lediglich 31,68 Mio. €. Im gleichen Zeitraum sind die Personalausgaben unverändert geblieben (2005 = 33,78 Mio. €; 2000: 33,23 Mio. €).

Auch diese Entwicklung fordert höchste Aufmerksamkeit. Gerade die Landesverbände und Bezirke, die rund 67 % der Personalausgaben der Partei tragen, haben in den vergangenen Jahren in unterschiedlicher Ausprägung erhebliche Restrukturierungsschritte ergriffen. In einigen Landesverbänden hat es darüber hinaus bereits solidarische Finanzumschichtungen von den nachgeordneten Gliederungsebenen auf die Landesebene gegeben. Diese Debatten werden fortgesetzt werden müssen, damit eine auf allen Ebenen handlungsfähige Partei erhalten bleibt.

<sup>1</sup> Mit rund 6 Mio. € hat allerdings zu dieser Entwicklung eine im Jahr 2002 vorzunehmende Wertberichtigung von Finanzanlagen in einem Bezirk beigetragen.

Rechenschaftsbericht der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2005

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
<b>Einnahmen</b>														
Mitgliedsbeiträge	49.216.124	29,11	43.199.735	27,14	9.914.215	23,88	53.113.950	26,46	5.476.136	20,58	6.156.905	18,97	9.256.956	41,17
Mandatsrückerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	21.938.863	12,98	17.699.604	11,12	3.252.233	7,84	20.951.837	10,44	5.430.832	20,41	1.931.322	5,95	1.615.056	7,18
Spenden von nat. Pers.	10.882.743	6,44	20.576.569	12,92	5.098.087	12,28	25.674.656	12,79	3.481.415	13,09	7.832.393	24,13	2.195.497	9,76
Spenden von jur. Pers.	3.282.052	1,94	15.008.492	9,43	4.234.502	10,25	19.262.994	9,60	948.365	3,56	3.919.981	12,08	35.404	0,16
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	7.033.034	4,15	18.981	0,01	0	0,00	18.981	0,01	329	0,00	72.917	0,23	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	14.329.011	8,47	3.719.187	2,34	557.490	1,34	4.276.677	2,13	277.622	1,04	703.693	2,17	258.560	1,15
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	15.022.652	8,88	11.803.594	7,41	7.746.466	18,66	19.550.060	9,74	695.694	2,62	1.957.775	6,03	173.076	0,77
Staatliche Mittel	43.774.250	25,89	45.235.439	28,41	10.550.126	25,42	55.785.565	27,79	9.552.642	35,90	9.584.877	29,33	8.516.779	37,87
Sonstige Einnahmen	3.615.159	2,14	1.946.568	1,22	135.661	0,33	2.082.229	1,04	745.376	2,80	296.354	0,91	435.598	1,94
<b>Gesamt</b>	<b>169.083.888</b>	<b>100,00</b>	<b>159.208.169</b>	<b>100,00</b>	<b>41.508.780</b>	<b>100,00</b>	<b>200.716.949</b>	<b>100,00</b>	<b>26.608.411</b>	<b>100,00</b>	<b>32.456.217</b>	<b>100,00</b>	<b>22.486.926</b>	<b>100,00</b>
<b>Ausgaben</b>														
Personalausgaben	49.846.179	28,57	41.804.772	27,84	9.532.979	22,90	51.337.751	26,76	8.226.902	28,95	4.038.625	12,31	7.502.459	32,00
Lauf. Geschäftsbetrieb	30.993.146	17,77	28.632.855	19,07	7.700.943	18,50	36.333.798	18,94	4.746.487	16,70	9.029.798	27,53	4.520.972	19,29
Allg. politische Arbeit	31.596.209	18,11	28.282.220	18,83	13.139.436	31,55	41.421.656	21,60	5.455.246	19,19	7.136.233	21,76	4.565.007	19,47
Wahlkämpfe	52.120.087	29,87	45.760.985	30,47	8.411.875	20,20	54.172.860	28,24	9.361.813	32,94	10.928.529	33,32	6.766.717	28,87
Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.812.777	5,05	2.807.408	1,87	28	0,00	2.807.436	1,46	423.098	1,49	284.113	0,87	15.141	0,06
sonstige Zinsen	729.354	0,42	1.194.132	0,79	337.867	0,81	1.531.999	0,80	13.767	0,05	1.376.079	4,20	2.310	0,01
sonstige Ausgaben	373.134	0,21	1.698.814	1,13	2.514.062	6,04	4.212.876	2,20	192.463	0,68	5.486	0,01	69.975	0,30
<b>Gesamt</b>	<b>174.470.886</b>	<b>100,00</b>	<b>150.181.186</b>	<b>100,00</b>	<b>41.637.190</b>	<b>100,00</b>	<b>191.818.376</b>	<b>100,00</b>	<b>28.419.776</b>	<b>100,00</b>	<b>32.798.863</b>	<b>100,00</b>	<b>23.442.581</b>	<b>100,00</b>
Überschuss/Defizit	- 5.386.998		9.026.983		- 128.410		8.898.573		- 1.811.365		- 342.646		- 955.655	
Reinvermögen	128.469.300		77.356.160		25.972.457		103.328.617		18.549.576		- 2.438.042		17.624.771	

## Anhang

### Historische Gedenkstätten

Der Parteivorstand hat sich, ausgelöst durch die Sanierung von restituerten Häusern in den neuen Bundesländern, systematisch der Geschichtspolitik angenommen.

Insgesamt wurde seit 1995 in 22 Parteihäusern, in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern mit historischen Ausstellungen, Gedenktafeln und Namensgebungen an die Geschichte der SPD erinnert. Diese Aufgabe wurde von der *Konzentration GmbH*, der Trägerin der Sanierungen, mitbetreut.

### Gedenkstätte der Sozialisten

Für die Sanierung und die Neukonzeption der *Gedenkstätte der Sozialisten* in Berlin-Friedrichsfelde wurde der Anstoß gegeben. Dort befinden sich auch Grabmale bedeutender Sozialdemokraten. Diese Arbeit ist inzwischen abgeschlossen.

### Gedenktafeln

Für weitere Gedenktafeln bedeutender Sozialdemokraten wurde ein Konzept erarbeitet, mit dem ein geordnetes Verfahren bei Vorschlägen an den Parteivorstand gefunden werden konnte. Dazu werden Vorschläge beim Vorstandsekretariat gesammelt und dann nach Begutachtung durch die *Historische Kommission* durch die *Konzentration GmbH* umgesetzt.

Zum Gedenkjahr 2003 – 140 Jahre SPD – wurde eine Bestandsaufnahme der Grabstätten führender Sozialdemokraten zusammen getragen, die seitdem in Absprache mit den Nachfahren eine geordnete Grabpflege ermöglicht.

### Historische Gründungsstätten

Das Gothaer *Tivoli* und der *Goldene Löwe* in Eisenach beschäftigen den SPD-Parteivorstand seit der Wende. Beiden Gedenkstätten, die von der SED eingerichtet und gepflegt wurden, ist immer wieder finanziell und sachlich vom SPD-Parteivorstand sowie von der Friedrich-Ebert-Stiftung geholfen worden.

Die Häuser sind nicht Eigentum der SPD. Beide Gedenkstätten werden von gemeinnützigen Trägervereinen unterhalten. Die Schatzmeisterei hat die Gedenkstätten genauer untersucht, um zu klären, wie die Gedenkstätten langfristig erhalten werden können.

In Gotha ist die Gedenkstätte saniert und die ständige Ausstellung ist öffentlich zugänglich. Da sie in Inhalt und Präsentation unzureichend ist, wurde die Friedrich-

Ebert-Stiftung gebeten, eine neue Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Trägerverein zu entwickeln. Eine Zusage der Friedrich-Ebert-Stiftung ist bereits erteilt worden, aus arbeitstechnischen Gründen wird die Ausstellung erst 2008 überarbeitet werden können. Um den Verein in eine bessere Einnahmesituation durch Vermietung der Räume zu versetzen, musste der Verein seine Satzung überarbeiten. Dies ist mittlerweile geschehen.

Von Seiten des Parteivorstandes wurde eine Unterstützung bei der Ausstattung des Hauses zugesagt.

Wenn dies im Jahr 2008 realisiert ist, dürfte der *Tivoli* in Gotha eine attraktive Gedenkstätte für die deutsche Sozialdemokratie und die Geschichte der politischen Parteien sein.

In ähnlicher Weise sind wir in Eisenach vorgegangen. Auch für Eisenach gibt es eine Zusage der Friedrich-Ebert-Stiftung, die dortige Ausstellung 2008 zu überarbeiten. Das Eisenacher Haus ist im Wesentlichen saniert und erwirtschaftet dadurch Erträge. Leider muss dort noch ein bauliches Problem beseitigt werden, das beim Abschluss des Pachtvertrages durch den Trägerverein nicht gelöst war. Die Eigentümerin, die Stadt Eisenach, sieht sich dazu nicht in der Lage. Inzwischen bemüht sich der Parteivorstand um die finanzielle Unterstützung des Landes Thüringen für diese Gedenkstätte von nationaler Bedeutung.

Es gibt auch hier die Bemühung, die materielle Situation des Trägervereins zu erleichtern. Wenn durch einen Zuschuss des Landes Thüringen der *Goldene Löwe* fertig saniert werden könnte, entstünde durch die überarbeitete Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine attraktive Gedenkstätte in Eisenach.

## **Bericht des Generalsekretärs an den ordentlichen SPD-Bundesparteitag 2007 in Hamburg**

<b>A. Fortschritt und Gerechtigkeit – Unser Hamburger Grundsatzprogramm</b>	622
<b>B. Aufschwung für alle – Unsere Handschrift in der Bundesregierung</b>	627
<b>C. Bündnis- und Zielgruppenarbeit</b>	634
<b>D. Frieden, Entwicklung und internationale Solidarität</b>	636
<b>E. Kampf gegen Rechts!</b>	639
<b>F. Attraktives Parteileben – Starke Organisation</b>	640

## **A. Fortschritt und Gerechtigkeit – Unser Hamburger Grundsatzprogramm**

Nach langen Jahren der Vorbereitung geben wir uns in diesen Tagen ein neues Grundsatzprogramm. Nachdem die Programmdebatte in den letzten acht Jahren immer wieder unterbrochen werden musste, ist es in dieser Funktionsperiode des Parteivorstandes gelungen, einen Entwurf zu erarbeiten, der viel Zustimmung aus der ganzen Partei erfahren hat. Hinter uns liegt eine gute Debatte, die bereits vor dem Hamburger Bundesparteitag viel Orientierung gegeben hat. Wir wissen wofür wir stehen: „Für dauerhaften Frieden und für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst. Wir entwickeln den vorsorgenden Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert. Wir setzen auf das Miteinander der Generationen und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Unsere Unterstützung gilt den Familien, unsere besondere Solidarität gilt den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Wir wollen ein gesundes Leben und gute Bildung für alle. Wir wollen kein Kind zurücklassen. Es sind vier Herausforderungen, die das Hamburger Programm annimmt:

Wir wollen die Globalisierung politisch gestalten. Dies ist nur möglich mit starken internationalen Institutionen. Wir wollen dem globalen Kapitalismus einen Ordnungsrahmen geben und so erst eine gerechte Weltordnung ermöglichen. Dabei bleibt die SPD Europapartei. Das soziale Europa muss eine wesentliche Antwort auf die Globalisierung werden.

Wir stehen für einen nachhaltigen Fortschritt. Unsere Strategie im internationalen Wettbewerb der Volkswirtschaften und Innovationssysteme setzt auf Qualität: Wir wollen besser sein, nicht billiger. Sozialdemokraten wissen: Eine Soziale Marktwirtschaft funktioniert nicht nach dem Takt der Quartalszahlen: sie braucht eine Kultur der Verlässlichkeit und Langfristigkeit. Indem wir eine ökologische Industriepolitik betreiben, schaffen wir ein qualitatives Wachstum, dass die Lebensqualität der Menschen steigert.

Wir treten für einen Vorsorgenden Sozialstaat ein, der drei Ziele verfolgt: Sicherheit, Emanzipation und Teilhabe. Er soll einen Beitrag dazu leisten, dass soziale Probleme und Risiken – wo immer möglich – vermieden werden sollen. Der Sozialstaat soll gleiche Lebenschancen für alle Menschen ermöglichen. Diese Idee der Vorsorge steht nicht in Widerspruch zum Sozialstaat, wie wir ihn kennen, sondern baut auf ihm auf. Wir wollen die soziale Sicherung am Bürgerstatus ausrichten. In der Konsequenz



heißt dass, die Sozialversicherungen auf eine stärkere Steuerfinanzierung umzustellen.

Markt und Staat bedürfen der Ergänzung durch eine starke solidarische Bürgergesellschaft. Wir wollen die solidarische Bürgergesellschaft fördern. Parteien sind ein wichtiger Teil dieser Bürgergesellschaft. Dem Leitkulturkonzept der Unionsparteien stellen wir die Kultur der Anerkennung gegenüber: Die Menschen sollen in gegenseitigem Respekt vor der Würde, der Kultur und der Leistung ihrer Mitmenschen zusammenleben.

Im Programmprozess haben wir uns selbst vergewissert für was und gegen wen wir stehen. Die Programmdebatte hat deutlich gemacht, was uns von unseren politischen Gegnern unterscheidet:

Konservative halten an Privilegien fest und berufen sich auf angeblich natürliche Ungleichheiten, um anderen Menschen den Zugang zu Lebenschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Wohlstand zu verwehren.

Marktradikale predigen Freiheit und Wettbewerb, aber erkennen nicht, dass eine dynamische Gesellschaft der Freien und Gleichen immer soziale Voraussetzungen hat. Sie kann nur dort gedeihen, wo gestaltende Politik die Bedingungen für die Teilhabe und Leistung aller Menschen immer wieder erneuert.

Populisten leugnen veränderte Realitäten und klammern sich an überkommene nationalstaatliche Instrumente. Sie gaukeln den Menschen vor, ein Ausstieg aus der Wirklichkeit unserer Zeit sei möglich – verbauen ihnen aber gerade dadurch die Zukunft.

Einig sind wir uns mit allen Demokraten darin, den Grundkonsens unserer freiheitlichen Demokratie gegen alle Feinde der offenen und toleranten Gesellschaft zu verteidigen. Deshalb werden wir entschlossen und gemeinsam gegen rechtsextremistische, antisemitische, menschen- und verfassungsfeindliche Bestrebungen jeder Art vorgehen.

Die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm hat aber nicht nur Orientierung nach innen gegeben. Wir setzen auch ein Signal der Öffnung, denn wir wissen: Millionen von Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft teilen unsere Werte und unsere Ziele. Die Mehrheit will eine bessere und gerechtere Gesellschaft, jenseits von Marktradikalismus und Populismus. Diese solidarische Mehrheit wollen wir für sozialdemokratische Politik gewinnen. Die solidarische Mehrheit ist keine Schicht oder Klasse. Sie lässt sich nicht an der Einkommenshöhe oder dem Berufsstatus erkennen. Wir setzen auf den Teil unserer Gesellschaft, der bereit ist, etwas zu leisten und für sich selbst und andere Verantwortung zu übernehmen. Es sind diejenigen Leistungsträger, die für das Ganze denken und handeln, ob sie nun in eher bescheidenen oder wohlhabenden Verhältnissen leben. Sie sind bereit, Solidarität zu üben. Und das

nicht nur aus eigenen materiellen Interessen, sondern weil sie in einem sozial intakten Land leben wollen. Es sind die Menschen, die sich gegen die Vorstellung einer auseinanderdriftenden Gesellschaft zur Wehr setzen. Was sie eint, ist die Überzeugung, dass eine gerechte Gesellschaft, eine leistungsfähige Wirtschaft der wechselseitigen Solidarität der Menschen bedarf. Die SPD teilt diese Überzeugung, dass wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze, sondern wechselseitige Bedingungen sind.

Es ist uns in den Jahren 2006 und 2007 gelungen, die Diskussion um das Grundsatzzprogramm mit einer erfolgreichen Dialogkampagne zu verknüpfen. Wir ernten heute eine Wiederbelebung der innerparteilichen Debatten- und Antragskultur. Es hat sich als richtig erwiesen, über die üblichen formalen Mitwirkungsmöglichkeiten hinaus einen bunten Strauß an Partizipationschancen anzubieten:

Eine Möglichkeit, mit Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Gruppen in den Dialog zu treten, war die Aktion „100 kluge Köpfe“, die der Parteivorstand auf Bundesebene im Sommer 2006 durchgeführt hat. Auf Einladung von Kurt Beck beteiligten sich rund 100 Wissenschaftler, Experten und Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppen an der Debatte der SPD über ein neues Grundsatzzprogramm. Ihnen wurden die im April veröffentlichten „Leitsätze für ein neues Grundsatzzprogramm“ mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt. Die zahlreichen interessanten Rückmeldungen wurden im Internet dokumentiert. Sie fanden Eingang in die Beratung der Programmkommission. Zahlreiche Gliederungen haben diese Aktion, z.B. nach dem Motto „100 kluge Koblenzerinnen und Koblenzer“ auf lokaler Ebene nachgemacht. Auf diese Weise haben die Gliederungen ein Signal der Offenheit gesetzt und ihre Verankerung vor Ort verbessert.

Ende November 2006 wurden im Willy-Brandt-Haus zwei Programmkonferenzen durchgeführt. Zum Thema Vorsorgender Sozialstaat wurden die Leitfragen „Wo liegen die Herausforderungen und Handlungsfelder des Vorsorgenden Sozialstaates“ sowie „Wie können wir die Idee eines Vorsorgenden Sozialstaates in die politische Praxis übersetzen und wie kann er finanziert werden?“ diskutiert. Im Mittelpunkt der Konferenz zu Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik stand die Frage nach der Bedeutung von Sozialer Marktwirtschaft unter den ökonomischen Bedingungen des 21. Jahrhunderts.

Im November und Dezember 2006 fanden unter dem Motto „Globalisierung und Soziale Demokratie“ zwei Hochschuldialoge statt. Peer Steinbrück und Peter Bofinger diskutierten in Berlin an der Humboldt Universität über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. An der Universität Bonn kamen Kurt Beck und Ulrich Beck zum Thema „Globalisierung – Gefahr oder Chance“ ins Gespräch. Frank Walter Steinmeier und Herfried Münkler diskutierten die Friedenspolitik unserer Zeit an der Uni-

versität Potsdam und Hubertus Heil und Josef Schmid stellten sich an der Universität Tübingen den Fragen der Globalisierung und sozialen Demokratie. Die Idee der Hochschuldialoge machte daraufhin Schule und wurde in zahlreichen Folgeveranstaltungen des Wissenschaftsforums und der Juso-Hochschulgruppen aufgegriffen.

Auf seiner Klausurtagung am 6./7. Januar in Bremen hat der Parteivorstand schließlich den Programmentwurf („Bremer Entwurf“) einstimmig beschlossen. Alle Mitglieder erhielten ihn mit dem Februar-vorwärts und einer Einladung zum Dialog. Unser Programmentwurf wurde bisher rund 200.000 mal im Internet herunter geladen. Zudem wurden bislang etwa 250.000 gedruckte Exemplare von Bürgern oder Parteigliederungen angefordert.

Mehr als 4.000 Mitglieder und Interessierte haben sich an vier Regionalen Programmkonferenzen im Februar und März beteiligt. Rechtzeitig zu den Regionalen Programmkonferenzen ist außerdem ein Kampagnenhandbuch erschienen, das alle wichtigen Informationen über die Kampagne und Tipps für die Arbeit vor Ort enthält.

Auf Bundesebene wurde auf über 20 Foren ein intensiver Dialog mit den Genossinnen und Genossen ermöglicht. Die Programmdebatte nahm auch breiten Raum im Veranstaltungsangebot der Friedrich-Ebert-Stiftung ein. Geladen waren neben Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern auch Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.

In der größten Mitgliederbefragung seit 1993 setzten sich 40.000 Mitglieder intensiv mit dem Programmentwurf auseinander. In den meisten Unterbezirken wurde auf Mitgliederkonventen über die Auswertung der Fragebögen diskutiert. Ende April 2007 wurden die Ergebnisse der Mitgliederbefragung veröffentlicht. Alle Unterbezirkvorsitzenden erhielten eine unterbezirksgenaue Auswertung der Mitgliederbefragung. Nun müssen die Wünsche der Mitglieder in das Programm eingehen: Das Programm wird gegenüber dem Bremer Entwurf kürzer und pointierter. Innerhalb der Wertetrias Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wird der Wert Gerechtigkeit und die Forderung nach Toleranz und Respekt zwischen den Menschen besonders betont. Unter den Politikfeldern ergibt sich nach der Mitgliederbefragung eine Schwerpunktbildung bei dem Eintreten für eine gerechte Globalisierung, für Chancengleichheit durch Bildung und für mehr Klimaschutz.

Die große Nachfrage nach Rednerinnen und Rednern zum Grundsatzprogramm und zur Mitgliederwerbung belegt die eindrucksvolle Vielzahl von Veranstaltungen in den Gliederungen. Das Dialogsekretariat vermittelte über 150 Mitglieder der Programmkommission, Mandatsträger sowie Fachreferentinnen und Fachreferenten des Willy-Brandt-Hauses als Rednerinnen und Redner zum Grundsatzprogramm für Veranstaltungen von Ortsvereinen und Unterbezirken sowie den Arbeitsgemeinschaften der SPD.

In der Woche der Ortsvereine vom 19. bis 25. März haben zahlreiche Ortsvereine Veranstaltungen zum Grundsatzprogramm durchgeführt. Daraus gingen oftmals Anregungen und Anträge an den Parteivorstand hervor.

Für die im Januar 2007 in Betrieb genommene Internetseite [www.eintreten.spd.de](http://www.eintreten.spd.de) konnten über 430.000 Zugriffe registriert werden. Weiterhin haben sich rund 100.000 Bürger intensiv im Internet über unser Angebot zum Programmprozess informiert oder sich am Debattenblog beteiligt. Die Zahl der Mailkontakte des Dialogsekretariats mit Mitgliedern, Hauptamtlichen, Ehrenamtlichen und sonstigen Funktionsträgern wird auf etwa 250.000 geschätzt.

Nachdem die innerparteiliche Programmdebatte mit dem „Bremer Entwurf“ ein greifbares Ergebnis hervorgebracht hatte, suchte der Parteivorstand nun v.a. den Dialog mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch außerhalb der SPD. Mit einer Programmwerkstatt im Internet startete die nächste Dialogphase: Als erste Partei nutzt die SPD ein innovatives Online-Portal, mit der sich die Öffentlichkeit interaktiv an der Ausrichtung des neuen Programms beteiligen kann. Unter [www.programmwerkstatt.spd.de](http://www.programmwerkstatt.spd.de) konnten Internetnutzer über wichtige Aussagen des Entwurfs – nach Themen geordnet – abstimmen. Jede Nutzerin und jeder Nutzer hatte die Möglichkeit, eigene Aussagen oder Thesen zu formulieren und ebenfalls zur Abstimmung zu stellen. In den Debattenblog wurden rund 2.000 Kommentare eingetragen.

Am 10. Juni 2007 fand im Willy-Brandt-Haus ein Generationendialog zum Grundsatzprogramm statt. Erfahrene Genossinnen und Genossen diskutierten mit jüngeren Parteimitgliedern über die Anforderungen an ein neues Grundsatzprogramm.

In Hannover veranstaltete der Parteivorstand am 23. 6. 2007 den Zukunftskonvent mit 3.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Hier hatten alle Arbeitsgemeinschaften und Foren Gelegenheit ihre Beiträge zur Grundsatzprogrammdebatte in 17 Foren zu präsentieren. Der Zukunftskonvent ist von allen, die ihn erlebt haben, als attraktives politisches Gemeinschaftserlebnis empfunden worden, das unbedingt wiederholt werden soll. Diesem Wunsch wollen wir Rechnung tragen.

Die Belebung der Debattenkultur in der SPD zeigt sich an der großen Zahl von Anträgen zum Grundsatzprogramm. Bis Antragsschluss erreichten den Parteivorstand nicht weniger als 945 Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm. Die Programmkommission hatte als Antragskommission die Aufgabe diese Anregungen einerseits aufzunehmen und andererseits der Forderung der Mitglieder nach einem kürzeren und flüssig lesbaren Programm zu erfüllen. In der Beschlussempfehlung ist im Einzelnen nachgewiesen an welcher Stelle der Beratungsgrundlage die einzelnen Änderungswünsche eingeflossen sind.

## **B. Aufschwung für alle – Unsere Handschrift in der Bundesregierung**

Die Detailarbeit an Gesetzen und Programmen ist Sache von Parlament und Regierung. Aufgabe der Partei ist es dagegen die politische Grundrichtung vorzugeben. Dieser Rolle wird die SPD mit großem Selbstbewusstsein gerecht. Wir haben dafür gesorgt, dass die Politik der Bundesregierung die Handschrift der SPD trägt: Mit dem Koalitionsvertrag konnten wir verhindern, dass die Regierungspolitik eine marktradikale Wendung nimmt. Es ist unsere Programmatik, die das Regierungshandeln an entscheidenden Stellen prägt: Bei den Investitionen, bei Energie und Klimaschutz, bei Bildung und Familie, bei der Reform des Sozialstaates. Das auf den Leipziger Beschlüssen der CDU beruhende Wahlprogramm der Union ist dagegen Geschichte. Es spielt im Regierungshandeln keine Rolle mehr.

### **Was wir durchgesetzt haben**

Die Reformen der Agenda 2010 haben Deutschland unübersehbar voran gebracht. Diese Politik trägt jetzt Früchte: Über 2,9 Prozent Wirtschaftswachstum, steigende Staatseinnahmen und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Grundlegend für diesen nachhaltigen Aufschwung ist eine Politik, die auf einem Dreiklang beruht: Erstens der Erneuerung der sozialen Sicherung, um sie zukunftsfest zu machen. Zweitens der Stärkung der Wachstumskräfte durch mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Drittens der Sanierung der öffentlichen Haushalte um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten. Es ist unbestreitbar, dass sich diese große Koalition in ihrer Arbeit seit 2005 an diesem Dreiklang orientiert und diesen Kurs erfolgreich fortgesetzt hat.

Wir haben Anfang 2006 ein Investitionsprogramm des Bundes mit einem Ausgaben volumen von 25 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Dieser kraftvolle Anstoß löst ein Vielfaches an privaten Investitionen aus und unterstützt Wachstum und Beschäftigung.

Die Ganztagschulen kommen voran. Wir haben bereits 2003 das Programm „Zukunft Bildung und Betreuung“ auf den Weg gebracht. Damit fördert der Bund die Länder und Kommunen bei der Einrichtung und dem Ausbau von Ganztagschulen bis 2009 mit rund 4 Milliarden Euro. Ganztagschulen entlasten die Eltern und ermöglichen Kindern eine ganztägige Förderung und sinnvolle Beschäftigung. Sie sind kein Familienersatz, sondern ein Angebot zum sozialen Miteinander. Kinder aus sozial schwächeren Familien erhalten gezielte Hilfe. Ganztagschulen sind ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit.

Mit dem Gesetz zum Ausbau der Tagesbetreuung schaffen wir bis 2010 außerdem 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze für unter Dreijährige in Kindergärten, Krip-

pen und in der Tagespflege. So schaffen wir schon früh Grundlagen für mehr Bildungschancen und erhöhen die Wahlfreiheit junger Eltern.

Das Elterngeld entlastet junge Familien. Auf Initiative der SPD wurde es 2007 eingeführt, damit der Lebensstandard junger Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes abgesichert ist. Der betreuende Elternteil erhält dabei 67 % seines Nettoeinkommens (max. 1.800 Euro). Das Elterngeld wird 12 Monate gezahlt. Kümmerst sich auch der jeweils andere Elternteil mindestens für zwei Monate um das Kind, wird das Elterngeld 14 Monate gezahlt. Mit einer Kinderkampagne des Parteivorstandes haben wir deutlich gemacht: „Elterngeld ist unser Baby“.

Unser Ziel ist es, dass mindestens 40 % eines Jahrgangs ein Hochschulstudium aufnehmen. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Hochschulen finanziell dabei unterstützt werden, ausreichend Studienplätze anzubieten. So sollen mindestens 90.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden.

Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Deutschland ein starker Hochschul- und Wissenschaftsstandort sein. Durch die Exzellenzinitiative fördern wir die Spitzenforschung und die Qualität der Hochschulen. Wir investieren 1,9 Milliarden Euro zusätzlich, damit Deutschlands Hochschulen ihr Profil stärken und international zeigen, wie leistungsfähig sie sind. Dabei ist es eine große Ermutigung, dass die Hälfte der wissenschaftlichen Nobelpreise des Jahres 2007 an Deutsche gegangen ist.

Die Gesundheitsreform bringt endlich Versicherungsschutz für alle. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen im Krankheitsfall den gleichen Anspruch auf beste Versorgung haben – unabhängig von Herkunft, Alter und Geschlecht. Alle sollen am medizinischen Fortschritt teilhaben. Wir haben mit der Gesundheitsreform den Versicherungsschutz für alle eingeführt. Wir haben vor dem Hintergrund der zunehmenden Alterung Vorsorge und Rehabilitation gestärkt. Wir sorgen dafür, dass die Mittel aus Versicherungsbeiträgen und Steuerzuschüssen besser und genauer eingesetzt werden. Wir verbreitern die Finanzierungsbasis durch den Einstieg in eine wachsende Steuerfinanzierung.

Wir sorgen für solide Staatsfinanzen. Wir führen die Neuverschuldung zurück und sichern die Einnahmen des Staates zur Erfüllung seiner Aufgaben. So haben wir finanzielle Handlungsspielräume für wichtige Zukunftsinvestitionen zurück gewonnen: Das gesamtstaatliche Defizit konnte 2006 auf 1,9 % gesenkt werden. Im Jahr 2007 werden wir mit voraussichtlich 19,5 Milliarden Euro die geringste Nettoneuverschuldung seit der Wiedervereinigung vorweisen. Bund, Länder und Kommunen erreichen in diesem Jahr einen beinahe ausgeglichenen Staatshaushalt.

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Deshalb haben wir die „Reichensteuer“ durchgesetzt, damit sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung

öffentlicher Aufgaben beteiligen. Die Einkommensteuer ab einem zu versteuernden Einkommen von 250.000 Euro für Ledige (500.000 für Verheiratete) wurde 2007 auf 45 % erhöht. Die Einnahmen aus der „Reichensteuer“ werden ab 2009 auf bis zu 1,3 Milliarden Euro pro Jahr ansteigen.

Wir setzen auf konsequenten Klimaschutz. Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die rot-grüne Regierung hat die Weichen für einen wirksamen Klimaschutz gestellt. Diesen Kurs setzen wir fort. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen weltweit bis 2050 halbiert werden. Deshalb haben wir darauf hingewirkt und begrüßen es, dass die Europäische Union eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen will. Wir setzen dabei auf eine integrierte Energie- und Klimapolitik: Ein Anteil von 20 % erneuerbarer Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis 2020 werden dazu beitragen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa um 30 % zu senken. Wir sind Motor dieses Prozesses. Mit der konsequenten Förderung regenerativer Energien hat Deutschland gezeigt, dass mit Wasser und Wind, Sonne und Biomasse nicht nur das Klima geschützt, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die guten Chancen deutscher Firmen auf den Exportmärkten haben geholfen, unsere Nachbarn zu überzeugen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien schreitet erfreulich schnell voran. Allein im letzten Jahr legte die Branche um fast 13 % zu. Ihr Wachstum schlägt sich in einer Zunahme der Beschäftigung nieder: Allein 2006 sind ca. 24.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Im Bereich der erneuerbaren Energien sind zurzeit rund 214.000 Menschen in Deutschland beschäftigt.

Ein effizienterer Einsatz von Energie in Gebäuden zahlt sich mehrfach aus: Durch niedrigere Heizkosten, durch den Schutz des Klimas und nicht zuletzt durch Beschäftigung und Innovationen in der Bauwirtschaft und Gebäudetechnik. 2006 konnten mit Mitteln aus dem Gebäudesanierungsprogramm 265.000 Wohnungen und Eigenheime saniert werden. Investitionen von 11 Milliarden Euro wurden ausgelöst, 900.000 Tonnen Kohlendioxid wurden vermieden. Jede investierte Milliarde sichert 25.000 Arbeitsplätze im Handwerk.

Menschen werden schneller in Arbeit vermittelt. Mit dem Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt haben wir die Voraussetzungen für schnelle Vermittlung und individuelle Unterstützung für arbeitslose Menschen verbessert. Unsere Reformen zahlen sich jetzt aus. Die gute konjunkturelle Entwicklung schlägt sich positiv auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die effizientere Vermittlung unterstützt den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt. Den Arbeitsagenturen gelingt es zunehmend besser, Arbeitslose rasch wieder in Beschäftigung zu bringen. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen. Franz Müntefering ist schon jetzt der erfolgreichste Arbeitsminister, den die Bundesrepublik je gehabt hat.

## Reformen für das soziale Deutschland

Die SPD hat also in den vergangenen zwei Jahren viel erreicht. Wir haben deshalb Grund zu großem Selbstbewusstsein – aber nicht zur Selbstzufriedenheit. Vor allem dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass der Aufschwung an viel zu vielen Menschen spurlos vorbei geht: An Kindern, die in Armut aufwachsen, an Jugendlichen, die keinen Schulabschluss haben und keine Ausbildung finden, an Frauen, denen das Leben durch fehlende Kinderbetreuung schwer gemacht wurde, an Langzeitarbeitslosen ohne Perspektive und auch an denen, die Vollzeit arbeiten, aber davon nicht leben können. Für diese Menschen werden wir unser Regierungsprogramm weiterentwickeln. Wir stehen für das soziale Deutschland.

Aufschwung für alle bedeutet: Gerechte Löhne für gute Arbeit. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwarten zu Recht, angemessen am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt zu werden. Lohnsteigerungen, die am Produktivitätswachstum orientiert sind, unterstützen wir. Außerdem heißt unsere Maxime: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn in Deutschland leben können. Derzeit beziehen rund eine Million Beschäftigte, davon 570.000 in sozialversicherungspflichtiger Arbeit, aufstockendes Arbeitslosgeld II, weil sie zu wenig verdienen. Deshalb wollen wir auch in unserem Land Mindestlöhne durchsetzen, wie sie in den meisten europäischen Nachbarländern mit gutem Erfolg praktiziert werden. Wir wollen alle Wirtschaftsbranchen in das Arbeitnehmerentendegesetz einbeziehen. Damit ermöglichen wir tarifliche Mindestlöhne. In den Bereichen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen oder ein Mindestniveau unterschritten wird, wollen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der sich am Niveau vergleichbarer europäischer Nachbarländer orientiert. Dem Parteitag liegt der Antrag vor, den gesetzlichen Mindestlohn bei 7,50 EUR pro Stunde festzulegen.

Es gilt Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, dass das Armutsrisiko von älteren Arbeitnehmern zunimmt. Wir verstärken unsere Bemühungen, die Beschäftigungschancen von Menschen über 50 Jahren zu verbessern. Das ist ein langer Weg. Deshalb wollen wir flankierend die tatsächliche Arbeitsmarktlage der Älteren bei der Bezugsdauer von Arbeitslosgeld I berücksichtigen und für die über 45- bzw. über 50-jährigen eine Verlängerung auf 15 bzw. 24 Monate erreichen. Das darf nicht zu Lasten der Jüngeren gehen. Auch muss die weitere Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2008 davon unberührt bleiben. Wir senken den Beitragssatz auf 3,5 %. Auch nach einer Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosgeldes wird es jedoch bei dem Prinzip bleiben müssen, dass wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Wir unterstützen Franz Müntefering deshalb in seiner Politik, besondere Qualifizierungs- und Vermittlungsbemühungen für diese Altersgruppe auf den Weg zu bringen, damit die längere Zahlung des Arbeitslosgeldes in möglichst wenigen Fällen erforderlich wird. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bleibt richtig. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ ebenso. Auch soll aus



der Arbeitslosenversicherung keine Anspanversicherung werden. Kluge Politik sollte aber den Mehrheitswunsch in unserer Gesellschaft und das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen nicht ignorieren. Es geht um den Respekt vor der Leistung von Menschen, die ein langes Arbeitsleben hinter sich haben, aber anschließend unverschuldet arbeitslos geworden sind und es heute nach wie vor schwer haben, wieder in Erwerbsarbeit zu kommen. Diesem Anspruch gerecht zu werden hat nichts mit einer Abwendung von der notwendigen Reformpolitik zu tun – im Gegenteil: Dieses Signal ist vernünftig, um die Akzeptanz einer Politik der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung zu erhöhen. Vier von fünf Deutschen unterstützen uns.

Wir wollen flexible Rentenzugänge ermöglichen. Die Menschen leben länger und beziehen auch länger Rente – im Durchschnitt heute sieben Jahre länger als 1960. Die demografische Entwicklung hat schwerwiegende Folgen für die Einnahmen der Rentenversicherung und die Finanzierbarkeit künftiger Renten. Mit der langfristigen und vorausschauenden Erhöhung des Renteneintrittsalters, die 2012 mit zusätzlichen zwei Monaten beginnt und 2029 mit dem Renteneintritt mit 67 Jahren endet, tragen wir dazu bei, dass die gesetzliche Rentenversicherung auch langfristig die wichtigste Säule der Alterssicherung bleibt. Die Rentenreform stabilisiert die gesetzliche Rente. Ergänzende betriebliche und private Vorsorge sind in Zukunft unverzichtbar. Wir fördern dies mit der Riester-Rente und verbessern dabei die Unterstützung für Familien mit Kindern. Mit der Initiative 50 plus und der Förderung einer altersgerechten Arbeitswelt stärken wir die Beschäftigungschancen Älterer. Viele Menschen können und wollen heute länger im Beruf bleiben. Wem aber nach Jahrzehnten harter Arbeit in körperlich oder psychisch belastenden Berufen die Kraft ausgeht, dem wollen wir flexible und gesicherte Wege in den Ruhestand eröffnen. Deshalb wollen wir unter anderem den Bezug einer Teilrente ab dem 60. Lebensjahr erleichtern.

Es gilt den Missbrauch von Leiharbeit zu bekämpfen. Leiharbeit ist und bleibt ein für den Arbeitsmarkt wichtiges Instrument. Der Anstieg der Zahl der Leiharbeiter auf über 600.000 führte jedoch auch dazu, dass reguläre Arbeitsplätze vielfach mit Leiharbeitern besetzt werden. Wir sind stattdessen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit nach einer angemessenen Einarbeitungszeit. Zudem soll das Arbeitnehmerentendengesetz auch für den Bereich der Leiharbeit gelten.

Für unsere Vorstellungen, rund um den Begriff „Gute Arbeit“ wollen wir in einer Kampagne werben, die die hocheffiziente Mindestlohnkampagne der vergangenen Monate ausweitet. Die Unterschriftensammlung für Mindestlöhne wird weitergeführt und unter der Überschrift „Gute Arbeit“ folgen weitere Aktionen. Dabei verstehen wir unter Gute Arbeit eine Arbeit mit Perspektive und Entwicklungschancen die gesellschaftliche Integration ermöglicht, eine leistungsgerechte Bezahlung von der man leben kann (Mindestlöhne), die Möglichkeit der Vereinbarung von Beruf und Familie und humane Arbeitsbedingungen. Mit der Kampagne „Gute Arbeit“

verfolgen wir folgende Ziele: Bündelung aktueller Themen und Botschaften rund um die Organisation der Erwerbsarbeit, Wiedererlangung der politischen Kompetenz auf dem Themenfeld „Arbeit“ im Schnittbereich von sozialer und ökonomischer Kompetenz und schließlich den Aufbau und die Stärkung der Brücken zu unseren Bündnispartnern, insbesondere zu Gewerkschaften und aktiven Betriebsräten. Dabei setzen wir neben den Motivplakaten und Materialien v.a. auf Betriebsrätekonferenzen in den Bezirken und Landesverbänden. Als interaktives Element hat der Parteivorstand noch vor dem Bundesparteitag einen Internet-Video-Wettbewerb zum Thema gestartet. Arbeitnehmer, Betriebsräte, Studierende aber auch Gruppen in der SPD sind aufgerufen, unter dem Motto „Gute Arbeit heißt für mich/uns...“ Ihr Statement oder ihre Idee zu filmen. Die Beiträge werden im Internet dokumentiert. Die besten Beiträge prämiiert der Parteivorstand im Frühjahr.

Die SPD will vor allem Kinderarmut wirksam bekämpfen. Wir fordern deshalb einen nationalen Pakt gegen Kinderarmut, der gezielte Hilfen für Bedürftige bereitstellt (zum Beispiel kostenlose KITA-Plätze, kostenloses Mittagessen). Aufgrund der stark ansteigenden Lebenshaltungskosten prüft das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Auswirkungen auf die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe. Ziel ist es, ein Abrutschen in die Armut zu verhindern. Zudem wollen wir prüfen lassen, wie mit einmaligen Beihilfen die Situation von Kindern verbessert werden kann. Um die Ausarbeitung unserer Ideen zur Bekämpfung der Kinderarmut soll eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Wolfgang Jüttner eingesetzt werden, die schon auf der Parteivorstandsklausur im Januar 2008 Ergebnisse vorstellen wird.

Die SPD bleibt die Partei der gerechten Bildungschancen für alle. Bildung und Wissen gewinnen immer mehr an Bedeutung und entscheiden in hohem Maße über Karrierechancen, Status und soziale Absicherung. Heute aber bestimmt oft die soziale Herkunft über Bildungs- und Zukunftschancen der Kinder – in Deutschland viel mehr als in anderen vergleichbaren Ländern. Um gleiche Bildungschancen von Anfang an zu verwirklichen, wollen wir vom Jahr 2010 an den Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern ab eins durchsetzen. Nur dann haben junge Mütter und Väter wirklich eine Wahl, ob sie berufstätig sein wollen und ihr Kind in qualifizierte Betreuung geben – oder ob ein Elternteil das Kind zu Hause betreut. Dafür brauchen wir etwa 500.000 neue Krippenplätze. Aber schon jetzt tun wir etwas: Wer erwerbstätig ist, hat seit 2006 die Möglichkeit, Kosten für die Kinderbetreuung stärker als bisher steuerlich abzusetzen.

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die SPD steht für ein gebührenfreies Bildungssystem vom Vorschulalter bis zum Studienabschluss. Wir wollen mittelfristig erreichen, dass Kindergartenplätze für die Familien gebührenfrei sind. Wir stehen für ein hochwertiges Schulsystem ohne Schulgeld und für das gebührenfreie Erststudium.

Das BAföG ist ein wichtiges Instrument des sozialen Ausgleichs. Es stellt sicher, dass auch Menschen aus sozial schwachen Familien ihr Studium finanzieren können. Die SPD steht für ein starkes BAföG. Es ist unser erklärtes Ziel, das BAföG strukturell weiterzuentwickeln und zum Wintersemester 2008/09 zu erhöhen.

Wir erhalten die solidarische Pflegeversicherung. Die solidarische Umlagefinanzierung der Pflegeversicherung bleibt bestehen. Die private Pflegeversicherung mit ihren hohen Überschüssen soll daran beteiligt werden. Prävention und Rehabilitation werden gestärkt, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu vermindern. Für Demenzzranke brauchen wir eine bessere Versorgung.

Kranken- und Pflegeversicherung sollen mittelfristig zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden. Die Bürgerversicherung wird solidarisch von allen nach ihrer Leistungsfähigkeit finanziert, bezieht alle Bürgerinnen und Bürger in den Schutz ein; gewährleistet eine gleich gute Versorgung mit dem medizinisch Notwendigen für alle.

Im Gegensatz zur Union wollen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei einem akuten Pflegefall in der Familie Anspruch auf 10 Tage Freistellung von der Arbeit gewähren. Diese Blockadehaltung unseres Koalitionspartners ist familienfeindlich. Ein unbezahlter Freistellungsanspruch reicht nicht aus, weil es sich viele Menschen dann schlicht nicht leisten können, für ihre pflegebedürftigen Angehörigen da zu sein.

Wir nehmen den Kampf mit den „Heuschrecken“ auf. Die SPD steht in der Bundesregierung für einen klareren Rechtsrahmen für Hedgefonds und gegen die Auswüchse des Finanzmarktkapitalismus. Märkte haben den Menschen zu dienen, nicht umgekehrt. Dafür müssen wir politische Regeln setzen und durchsetzen, in Deutschland und in einem sozialen Europa. Darauf richten wir unsere Reformpolitik.

Die SPD macht Politik für die solidarische Mehrheit. Es sind die sozialdemokratischen Themen, die das Meinungsklima in der Bevölkerung beherrschen: Solidarität, Leistungs- und Hilfsbereitschaft, menschliche Nähe und Verantwortungsbewusstsein soll die Gesellschaft prägen. Diese gemeinsame Wertebestimmung hält unsere Gesellschaft zusammen. Eine Politik der Chancengleichheit, der Leistungsgerechtigkeit und der sozialen Sicherheit kann daran anknüpfen. Denn aus gemeinsamen Werten folgen gemeinsame politische Ziele. Der Mindestlohn ist dafür ein gutes Beispiel: Fast 80 Prozent der Deutschen wollen den gesetzlichen Mindestlohn, auch 65 Prozent der FDP- und 70 Prozent der Unionsanhänger. Während sich die CDU mit der sozialen Frage schminkt, spricht ihre praktische Politik eine klare Sprache: Noch immer greifen die Unionsparteien die Tarifautonomie an. Noch immer wollen sie weniger Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Noch immer rechtfertigen sie Armutslöhne und menschenunwürdige Arbeit. Nur mit uns bleiben die

Errungenschaften der Mitbestimmung, des Schutzes vor willkürlicher Kündigung und die solidarische Sicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter erhalten. Nur mit uns bleibt es beim Atomausstieg, wird der Weg frei für wirklich sichere und saubere Energie. Wir sind es, die für mutige Friedenspolitik und für global gerechte Entwicklungschancen stehen. Deshalb sind wir zuversichtlich, bald neue Mehrheiten für eine starke Sozialdemokratie und für soziale Gerechtigkeit mobilisieren zu können.

### **C. Bündnis- und Zielgruppenarbeit**

Die Zielgruppenarbeit ist für die SPD traditionell ein zentrales Element ihrer politischen Arbeit. Sie ermöglicht Dialog und Ansprache gesellschaftlicher Gruppen. Sie erschließt Kenntnisse, Fähigkeiten, Stimmungen und politische Ideen. Diese Impulse sind für die Parteiarbeit unersetzlich. In den letzten zwei Jahren ist es gelungen die Arbeitsgemeinschaften zu motivieren, ihre traditionellen Stärken auf diesem Gebiet weiterzuentwickeln: In den Arbeitsgemeinschaften besteht die Möglichkeit, besonders aktiv auf die Menschen zuzugehen. Hier ist ein besonders günstiger Ort für Projektarbeit, Beteiligung von externen Expertinnen und Experten, Bildung von Netzwerken und die enge Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen.

Der letzte Bundesparteitag hat die Möglichkeit geschaffen, dass SPD-Gliederungen ihren Arbeitsgemeinschaften qua Satzung das Recht zur Entsendung eigener Parteitage delegierter zuweisen. Arbeitsgemeinschaften sollen weiterhin eine verlässliche Etatausstattung erhalten. Damit sie ihre vorhandenen Ressourcen auf ihre eigentliche politische Aufgabe konzentrieren können, hat der Parteivorstand die formalen Strukturen behutsam verschlankt und die Richtlinien für Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften entbürokratisiert.

Außerdem ist an dieser Stelle das verstärkte Engagement der Foren in der SPD hervorzuheben. Durch die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen soll die Zielgruppen- und Vorfeldarbeit der SPD optimiert und Sachverstand eingebunden werden. Die seit langem in der SPD etablierten Foren bieten Platz für den Austausch über grundsätzliche Fragen und aktuelle Themen: Das Forum Ostdeutschland, das sich v.a. mit Themen, die die neuen Bundesländer betreffen befasst, wird auf Wunsch des Parteivorsitzenden zukünftig noch mehr in seiner Arbeit gestärkt. Das Kulturforum der Sozialdemokratie setzt sich für die Belange von Künstlern und Kulturschaffenden ein und hat mittlerweile 35 Regionalforen gegründet. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Schaffung gleicher Lebenschancen für Kinder in Deutschland sind Themen, die im Forum Kinder, Jugend und Familie diskutiert werden und

zu programmatischen Vorschlägen formuliert werden. Verbände, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie Partei diskutieren im Forum Nachhaltigkeit, Energie und Mobilität die Herausforderungen des Klimawandels und unsere Handlungsmöglichkeiten für eine leistungsfähige und umweltverträgliche Energie- und Verkehrspolitik. Schwerpunkte des Wissenschaftsforums in der SPD liegen auf Veranstaltungen zu Grundsatzfragen der Technologie- und Wissenschaftspolitik, zum Technologietransfer und zu den Themen „Ausgründung aus Universitäten“ und „Ansiedlung von Wissenschaftseinrichtungen als Mittel regionaler Strukturpolitik“. Entwicklungspolitische Fragen werden im Forum Eine Welt mit Nichtregierungsorganisationen erörtert, dabei hat sich das Forum die Themen entwicklungspolitische Bildungszusammenarbeit, Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeitsstrategien als Schwerpunkte gesetzt.

Neu gegründet wurden Anfang 2006 das Forum Sport und das Wirtschaftsforum der SPD. Im Forum Sport engagieren sich Mitglieder und Sympathisanten der SPD für den Breiten-, Leistungs- und Behindertensport. Mit einer klaren Position im Kampf gegen Doping und vollem Einsatz für eine Stärkung des Ehrenamts engagiert sich das Forum auf allen politischen Ebenen für den Sport. Ebenfalls neu gegründet hat sich das Wirtschaftsforum in der SPD, um die Wirtschaftskompetenz in der Partei zu stärken und ein Netzwerk aufzubauen. Seit der Gründung wurden bereits mehrere sehr gut besuchte Veranstaltungen u. a. zu den Themen Finanzpolitik und dynamisches Wachstum und Kreativwirtschaft durchgeführt.

In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, das Verhältnis zu den Gewerkschaften wieder deutlich zu verbessern. Zum gewachsenen Vertrauenskapital hat vor allem die politische Aufwertung des Gewerkschaftsrates beigetragen. Wesentliche Elemente unserer Programmatik, vom Mindestlohn über die arbeitnehmerfreundliche Ausgestaltung von Leiharbeit und flexiblem Renteneintritt bis zur Arbeitnehmerbeteiligung wurden hier argumentativ vorbereitet und verabredet. Seit dem Karlsruher Parteitag kann auch der AfA-Bundesvorsitzende wieder regelmäßig am Gewerkschaftsrat teilnehmen.

Auf den sog. 50:50-Seminaren konnten Funktionsträger der großen DGB-Gewerkschaften mit ihren Gegenübern aus der SPD engagiert diskutieren und die vorhandenen persönlichen Verbindungen noch enger knüpfen. Im Gesprächskreis Mitbestimmung fanden sich unter Leitung des Generalsekretärs Praktiker der Unternehmensmitbestimmung, Arbeitsrechtlerinnen und Arbeitsrechtler sowie maßgebliche SPD-Politiker aus dem Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik zusammen. Ihre Schlussfolgerungen wurden in einem Bericht publiziert. Sie fließen in den Parteitagbeschluss zu „Gute Arbeit“ ein.

Parteivorsitzender und Generalsekretär haben die gute Tradition wieder aufgenommen, sich regelmäßig mit den befreundeten Organisationen zu treffen, die ihre histo-

rischen Wurzeln in der sozialdemokratischen Bewegung haben: Die Spitzengespräche finden mit Arbeiter-Samariter-Bund, Arbeiterwohlfahrt, SJD – Die Falken, Naturfreunden und mit dem Rad- und Kraftfahrerbund Solidarität statt. In diesen Organisationen sind mehr als zwei Millionen Mitglieder organisiert. Alle Organisationen verfügen über spezifische und große Erfahrungen von der Kinder- und Jugendarbeit bis zur Wohlfahrtspflege für Familien und Senioren. Die Gliederungen der Partei sind gebeten, die Kontakte mit diesen Organisationen auch auf ihrer jeweiligen Ebene wieder zu intensivieren, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte z.B. im Bereich bürgerschaftliches Engagement anzugehen.

Großen Wert hat der Parteivorstand auch in der jetzt ablaufenden Funktionsperiode wieder auf die Verständigung der Sozialdemokratie mit den verschiedenen Bereichen kirchlichen Lebens gelegt. Die Partnerschaft mit den Kirchen funktioniert reibungslos. Sie drückt sich aus in unserer Präsenz bei Kirchen- und Katholikentagen, in den gemeinsamen Sitzungen des SPD-Präsidiums mit der Deutschen Bischofskonferenz und der EKD und in den vielfältigen Kontakten z. B. über den Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD. Der Parteivorstand ermutigt die Gliederungen auch auf lokaler und regionaler Ebene den Austausch weiterzuführen und zu intensivieren. Schwerpunktthemen sind Armut und Reichtum, Friedens- und Entwicklungspolitik, Nahostpolitik, Rüstungskontrolle, Medizin- und Bioethik. Bei wechselseitiger Wahrung der Eigenständigkeit und voller Respekt vor gelegentlichen wechselseitigen Meinungsunterschieden im Detail ist auf diesen Feldern eine bemerkenswerte Übereinstimmung zu verzeichnen. Die Kirchen haben sich als verlässliche Bündnispartner im Kampf um mehr Verteilungsgerechtigkeit, um Mindestlöhne und für eine faire Gestaltung der Globalisierung erwiesen.

## **D. Frieden, Entwicklung und internationale Solidarität**

Sowohl im Rahmen der Grundsatzprogrammdebatte, wie auch in der Tagespolitik kam dem Themenkreis Frieden, Entwicklung und internationale Solidarität in den vergangenen zwei Jahren besondere Bedeutung zu. Dabei sind die Prinzipien unseres Handelns klar:

Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. Die Europäische Union muss eine handlungsfähige Friedensmacht sein. Sie muss sich auf ihre Stärken konzentrieren: Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten. Wir wollen eine neue Phase weltweiter Abrüstungs- und Entspannungspolitik einleiten. Im Sommer 2006 führte der SPD-Parteivorstand daher eine internationale Konferenz zum Thema Abrüstung durch, an der u. a. der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde teilnahm. Im Zusammenwirken zwischen Par-

tei, Regierung, Bundestagsfraktion und der SPE im Europaparlament ist es gelungen, das Thema Abrüstung auf die internationale Tagesordnung zu setzen und für eine neue Entspannungspolitik zu werben. Dabei spielte vor allem das Thema Raketen-schutz in Europa eine große Rolle. Bei verschiedenen Gelegenheiten warb Hubertus Heil für neue Abrüstungsbemühungen. Der Parteivorstand sprach sich frühzeitig und sehr klar gegen ein bilaterales Vorgehen bei der Frage der Raketenstationierung in Europa aus. Unsere Position ist dabei eng mit unseren Schwesterparteien in Europa abgestimmt.

Die kriegerische Auseinandersetzung im Südlibanon und entlang der Nordgrenze Israels rückte auch im Berichtszeitraum die politischen Spannungen des Nahen Ostens in den Mittelpunkt unserer Friedenspolitik: Der Parteivorstand der SPD machte sich für einen raschen Waffenstillstand und schnelle humanitäre Hilfe an die Kriegsflüchtlinge stark. In einem 11-Punkte-Plan, der für eine umfassende politische Gesamtstrategie für die Region wirbt, sprach sich die SPD für die Wiederbelebung des Nahostquartetts und die Einbeziehung Syriens in die Friedensbemühungen aus. Diese Forderungen sind inzwischen Realität geworden.

In der Tradition von Hans-Jürgen Wischnewski und Johannes Rau bemühte sich die SPD auch in den vergangenen zwei Jahren wieder besonders um den Friedensprozess zwischen Palästinensern und Israelis. Diese Politik ist eng abgestimmt mit dem Gesprächskreis Israel unter Leitung von Peter Struck und der AG Nahost unter Leitung von Rolf Mützenich. Den engen Beziehungen zu unseren Schwesterparteien in Israel und Palästina kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Diese Beziehungen werden durch Delegationsreisen, wie der Reise des Generalsekretärs in den Nahen Osten im Dezember 2006 unterstrichen. Hubertus Heil traf u.a. mit dem palästinensischen Präsidenten Abbas zusammen. In den palästinensischen Autonomiegebieten unterhält die SPD enge Parteienkooperationen mit dem erklärten Ziel die gemäßigten Kräfte innerhalb des palästinensischen Lagers gegenüber den radikalen und gewaltbereiten Teilen der Hamas zu unterstützen. In 2007 konnte der Parteivorstand, den Fortbestand des Willy-Brandt-Zentrums sichern, in dem er dessen Immobilie auf der „grünen Linie“ in Jerusalem erwarb. In diesem Zentrum können die Jugendorganisationen der SPD, der israelischen Arbeitspartei und der palästinensischen Fatah einander begegnen.

In unserem Grundsatzprogramm bekennen wir uns zu einem sozialen Europa. Die europäische Sozialunion soll mit gleichem Rang neben die Wirtschafts- und Währungsunion treten. Wir wollen Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, uns aber mit den anderen Mitgliedstaaten auf einen sozialen Stabilitätspakt verständigen. In Vorbereitung der deutschen Präsidentschaft von EU und G8 veranstaltete der Parteivorstand in diesem Sinne – gemeinsam mit der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament – die Konferenz „Europa gestalten: soziale Wirtschaftskraft – globale Friedensmacht“.

Die Konferenz fand im November 2006 in Berlin statt. U. a. durch dieses politische Großereignis ist es gelungen, die Nachbarschaftspolitik der EU und die Entwicklung der sozialen Dimension der EU auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Der Entwurf des Hamburger Programms fordert die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer echten Demokratie. Unser Leitbild ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer Europäischen Verfassung. Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen. Mit diesem Anliegen wollen wir in der eigenen Parteienfamilie beginnen, in dem wir die SPE von einer Partei der Parteien zu einer Partei mit individuellen Mitgliedern entwickeln. In der Statutenkommission der SPE setzten sich unsere Vertreter für eine radikale Demokratisierung der SPE ein. Auf diesem Weg wollen wir weiter voranschreiten.

Die SPD steht für eine wertezentrierte Außenpolitik. Parteivorsitzender und Generalsekretär haben diese Grundlage in ihrem Buch „Sozialdemokratische Außenpolitik für das 21. Jahrhundert“ gemeinsam formuliert. Grundmaxime ist die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte.

Für diese Politik sucht die SPD u. a. das Bündnis mit den zahlreichen Menschenrechtsgruppen. Diese Zusammenarbeit konnte im Gesprächskreis Menschenrechte institutionalisiert werden, der von der Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses im Bundestag, Herta Däubler-Gmelin, geleitet wird. Gemeinsam mit unseren engagierten Bündnispartnern in der Zivilgesellschaft verfolgen wir das Ziel, das absolute Folterverbot und das humanitäre Völkerrecht auch unter veränderten nationalen und globalen Rahmenbedingungen durchzusetzen und zu verteidigen.

Unsere Entwicklungspolitik wird maßgeblich im Forum Eine Welt formuliert: Es setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen. Auf der Konferenz „Arm im Überfluss – Ressourcenfluch in Afrika?“ am 10. Mai 2006 positionierte sich das Forum Eine Welt z. B. zu der Frage, auf welche Energiebasis wir unsere globale Wirtschafts- und Lebensweise gründen wollen. Es wurden Strategien diskutiert, wie unter der Losung „Weg vom Öl“ erneuerbarer Energien in den Entwicklungs- und Schwellenländern befördert, wie schädliche Spekulation am Ölmarkt eingedämmt werden und mehr Verteilungsgerechtigkeit beim Ressourcenzugang geschaffen werden kann.

Im Rahmen der Konferenz „Reform der Vereinten Nationen: Auswirkungen auf die Friedens- und Entwicklungspolitik“ vom 18. Oktober 2006 ging es um Wege, die VN-Arbeit im Bereich Entwicklung, humanitäre Hilfe und Umwelt effizienter und zielgenauer zu gestalten.



Das Forum Eine Welt setzte sich im Berichtszeitraum dafür ein, den Entwicklungs- und Schwellenländern gerechte Chancen auf den Märkten zu eröffnen, indem die Industrieländer ihre Märkte öffnen, die Subventionierung ihrer Agrarexporte und internen Agrarsubventionen Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden. Gemeinsam mit dem Forum tritt die SPD dafür ein, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der globalisierten Weltwirtschaft auch international zu verteidigen, z. B. durch die weltweite Durchsetzung der Kernarbeitsnormen, die Einführung sozialer Sicherungssysteme, die Stärkung des sozialen Dialogs zwischen den Sozialpartnern und die Bereitstellung von menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen.

## **E. Kampf gegen Rechts!**

Einen weiteren Schwerpunkt in der Arbeit des Parteivorstandes bildet unser Engagement gegen Rechtsextremismus. Wir haben die Bundesmittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus vor dem Rotstift von Ursula von der Leyen gerettet. Nachdem die Union zunächst unzählige engagierte Projekte und Initiativen vor allem im Osten Deutschlands auslaufen lassen wollte, haben wir durchgesetzt, dass der Etat von 19 Millionen nochmals um 5 Millionen aufgestockt wurde. Dieses Geld steht nun für mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen zur Verfügung.

Der Parteivorstand startete eine Kampagne unter den Überschriften „Fremdenhass muss aufhören“ und „Null Toleranz für Nazis“, die gerade von wahlkampf führenden Gliederungen gut angenommen wurde. Gelobt wurden insbesondere die Praxistauglichkeit des Aktions- und des Rechtshandbuchs. Die Kampagnenaufkleber sind 100.000-fach verteilt worden.

Das Modellprojekt „Mit Leidenschaft für Demokratie“ begleitete der Generalsekretär mit besonderem persönlichem Engagement. Mitten in der Sächsischen Schweiz, wo der Organisationsgrad der NPD höher ist, als der der SPD haben wir ein Bürgerbüro der SPD eröffnet. Es ist zum Kristallisationspunkt für zivilgesellschaftliches Leben und ein zunehmend aktiveres Parteileben in der Region geworden. In ähnlicher Weise hat der Generalsekretär den Kampf der Bürgerinnen und Bürger von Delmenhorst gegen ein Nazi-Schulungszentrum in ihrer Stadt unterstützt. Auch Dank der Spenden zahlreicher Leserinnen und Leser des vorwärts konnte vermieden werden, dass sich der braune Sumpf dort breit macht.

Dem gleichen Ziel diente der Unvereinbarkeitsbeschluss mit der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“. Auf dem Hamburger Parteitag wollen wir ergänzend unsere Parteisatzung verändern, damit wir auf Grundlage dieses Beschlusses braune Unter-

wanderer wie Sascha Jung nach allen rechtsstaatlichen Regeln der Kunst aus der Partei werfen können.

Seit den vergangenen Landtagswahlkämpfen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD zu massiver Einschüchterung und Gewalt gegen Mitglieder demokratischer Parteien übergegangen. Mit Hilfe gewaltbereiter Anhänger werden nicht nur Kandidatinnen und Kandidaten der SPD verbal und körperlich bedroht. Öffentliche Veranstaltungen werden massiv gestört. SPD-Wahlkampfshelfer werden verfolgt und brutal zusammengeschlagen. Der Parteivorstand spricht sich deshalb in seinem Antrag „Demokratie stärken. Gewalt bekämpfen. Wirksam handeln gegen Rechtsextremismus“ leidenschaftlich für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren aus.

## **F. Attraktives Parteileben – Starke Organisation**

Die Unterstützung von Regionalwahlkämpfen nimmt in der Arbeit des Generalsekretärs und des Willy-Brandt-Hauses breiten Raum ein. In Rheinland-Pfalz konnte Kurt Beck am 26. 3. 2006 ein historisches Spitzenergebnis erreichen. Kurt Beck regiert mit absoluter Mehrheit. In Sachsen-Anhalt verbesserte die SPD unter Führung von Jens Bullerjahn das Ergebnis von 2002 und kehrte in die Landesregierung zurück. Auch die Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben wir am 17. 9. 2006 wieder klar für uns entscheiden können. Diese Erfolge sind der Verdienst kluger und engagierter Politik in den Landesverbänden. Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses dürfen auf diese Erfolge ein bisschen Stolz sein: Das WBH war oft mit Strategieberatung, mit eigenen Mitarbeitern zur personellen Verstärkung oder bei Produktion und Logistik der Wahlkampfmaterialien unterstützend mit von der Partie.

Seit Ende 2005 konnten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erneut hervorragende Ergebnisse bei Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen erzielen. An erster Stelle sind die Direktwahlen im Mai 2006 in Thüringen und im September 2006 in Niedersachsen zu nennen.

In Thüringen sind jetzt in sieben von elf Städten Sozialdemokraten Oberbürgermeister, angefangen von Andreas Bausewein in Erfurt bis hin zu Barbara Rinke in Nordhausen. Und vier Landräte sind Sozialdemokraten, davon mit Marion Philipp im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt eine Frau.

In Niedersachsen stellen wir wieder die Mehrheit bei den hauptamtlichen Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten. Stephan Weil hat in Hannover bereits im ersten Wahlgang die erfolgreiche Nachfolge des dienstältesten Oberbürgermeisters einer Großstadt, von Herbert Schmalstieg (Herbert Schmalstieg ist am ersten

Tag des SPD-Parteitages anwesend.), angetreten. Hauke Jagau ist zum Regionspräsidenten gewählt worden, Marion Lau führt weiterhin den Landkreis Gifhorn und auch im Landkreis Lüneburg kommt der Landrat, Manfred Nahrstedt, nun aus unseren Reihen.

Burkhard Jung hat die Nachfolge von Wolfgang Tiefensee in Leipzig angetreten, Klaus Herzog ist in Aschaffenburg ohne einen Gegenkandidaten von der CSU als Oberbürgermeister mit 89,7 % wiedergewählt worden, Bamberg wird auch wieder von einem Sozialdemokraten geführt, Andreas Starke, im Werra-Meißner-Kreis und im Landkreis Lahn-Dill regieren mit Stefan Reuß und Wolfgang Schuster weiterhin Sozialdemokraten, in Chemnitz ist Barbara Ludwig im Juni 2006 zur Oberbürgermeisterin gewählt worden, Klaus Jensen hat im September 2006 die schwarze Hochburg Trier gestürmt, und Dr. Klaus Weichel steht seit dem Frühjahr 2007 an der Spitze in Kaiserslautern, Cottbus hat nun auch mit Frank Szymanski einen Sozialdemokraten als Oberbürgermeister, in Halle folgte Dagmar Szabados Ingrid Häußler als Oberbürgermeisterin, der Landkreis Minden-Lübbecke wird von Dr. Ralf Niermann geführt und in Mannheim wurde Dr. Peter Kurz bereits im ersten Wahlgang zum Nachfolger von Gerhard Widder gewählt.

Der Parteivorstand ist allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu Dank verpflichtet, die insbesondere auch in den vielen kleinen Städten und Gemeinden für das Amt des Bürgermeisters kandidieren und für uns gewinnen!

Ende 2005 hatte die SPD 590.485 Mitglieder. Ende August 2007 waren es noch 547.060. Auch wenn es gelungen ist, die sehr hohen Mitgliederverluste der Jahre 2003 und 2004 deutlich zu reduzieren, können wir nicht darüber hinwegsehen, dass wir seit dem letzten Parteitag über 43.000 Mitglieder verloren haben. Es ist uns gelungen, die Zahl der Parteiaustritte auf ca. 2.000 im Monat zu stabilisieren. Daneben müssen wir mit ca. 1.000 Sterbefällen rechnen. Um den Mitgliederbestand zu sichern benötigten wir demnach ca. 3.000 Eintritte im Monat. Leider sind wir von dem Ziel noch ein gutes Stück entfernt. Die Zahl der Eintritte liegt aktuell zwischen 1.000 und 1.500. Hier müssen wir besser werden. Dass dies möglich ist zeigen die großen regionalen Unterschiede. Besonders ermutigend ist die Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden Sachsen und Berlin.

Mit einem Mitgliederwerbekongress mit mehr als 400 Teilnehmern startete am 24. 5. 2007 unsere Kampagne „Eintreten für soziale Demokratie“. Der Kongress verabschiedete das Manifest „Mitmachen in der SPD“. Darin ist eine klare Zielvorgabe beschrieben: In 24 Monaten wollen wir 10 % Neumitglieder aufnehmen. Die Jusos Darmstadt-Dieburg haben dieses Ziel übrigens in einer dreimonatigen Kampagne erreicht. Dass das Ziel, 10 % neue Mitglieder zu werben, gemessen am Bestand im Mai 2006 erreichbar ist, beweisen auch die etwa 900 Ortsvereine, die bereits jetzt die

Zielvorgabe zu 100 % oder sogar mehr erfüllt haben. Einige sollen hier exemplarisch genannt werden: Der kleine Ortsverein Hauenstein hat mit seinen 11 Neueintritten als Spitzenreiter bereits 1.100 % der Zielvorgabe erreicht. Aber auch größere Ortsvereine sind erfolgreich. Der OV Geisenfeld mit 54 Mitgliedern im Mai 2006 hat mit 27 Neueintritten 540 % des Ziels erreicht. Der OV Wilhelmsburg-West mit 107 Mitgliedern im Mai 2006 hat mit 35 Neueintritten 318,18 % erreicht.

Erfreulich ist, dass der sehr negative Trend bei Parteimitgliedern im Juso-Alter gebrochen werden konnte. Während sich der Anteil der Parteimitglieder im Juso-Alter im Zeitraum von 1974 bis 2003 von über 30 % auf unter 8 % reduzierte, hat er sich in den letzten drei Jahren stabilisiert und beträgt aktuell 9 %. Auch der Anteil der weiblichen Mitglieder nimmt kontinuierlich zu.

Wir können unsere Mitgliederentwicklung nur verbessern wenn es uns gelingt, diese auf allen Ebenen zu einer zentralen Frage zu machen. Alle Vorstände sind aufgerufen, sich regelmäßig mit der Mitgliederentwicklung zu befassen.

Dabei müssen wir aber auch zur Kenntnis nehmen, dass mangelnde Mitgliederwerbung häufig Ausdruck organisatorischer Schwächen ist. Mit der Ortsvereinsoffensive, d.h. mit Hilfestellungen für attraktive Veranstaltungen und eine kompetente Jahresplanung, mit einer größeren Offenheit für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und einer besseren Verankerung im Kultur- und Vereinsleben vor Ort wollen wir dieses Thema angehen. Zu diesem Zweck hat das Willy-Brandt-Haus die Praxishandbücher „Mitglieder werben“ und Ortsvereinsarbeit wieder aufgelegt.

Im 100. Jahr der Parteischnule durchlaufen zahlreiche Ortsvereinsvorsitzende unsere Basisqualifizierung. Diese Anstrengungen sind auch weiterhin unverzichtbar, weil jedes Jahr 10 % der Ortsvereinsvorsitzenden neu in ihr wichtiges Amt gelangen. Die traditionsreiche Parteischnule ist für die Zukunft gut gerüstet: Mit Kommunal-Akademie und Führungsakademie verfügen wir inzwischen über ein effektives Instrument aktiver und vorausschauender Personalpolitik. Dabei machen wir auch mit der innerparteilichen Gleichstellung ernst: Der Generalsekretär wird dem Parteivorstand vorschlagen, den nächsten Jahrgang der Führungsakademie nur mit Frauen zu besetzen. Die vorhandenen Mentoringprojekte für weiblichen Führungsnachwuchs müssen verstetigt und ausgebaut werden.

Die Leistungsfähigkeit des hauptamtlichen Apparates hat sich in Folge des Programms „Innovation, Qualifizierung und Personalentwicklung“ und dessen Schwesterprogramms QiP für die Mitarbeiter des WBH spürbar gesteigert. Wir wollen diese Programme fortsetzen.

Wir haben die Kommunikation zwischen Parteizentrale und den Mitgliedern und Gliederungen verbessert. INTERN und Vorwärts sind attraktiver, informativer

und kritischer geworden. Unser 130 Jahre altes Traditionsblatt Vorwärts gibt es wieder am Kiosk. Daneben informiert das Willy-Brandt-Haus täglich über aktuelle bundespolitische Entwicklungen. Wir unterstützen die Argumentationsfähigkeit der Mitglieder und Funktionsträgerinnen und Funktionsträger z. B. durch „Fakten und Argumente“-Hefte, die Schwerpunkte der Regierungsarbeit vertiefen. Unsere Kompakt-Infos bieten kurzgefasste, serviceorientierte Informationen zu unseren Positivthemen im Westentaschenformat. Unter dem Titel SPD-Aktuell versendet der Parteivorstand kurze Informationspapiere mit Hintergrundinformationen, Grafiken und Statistiken für Bürgerinnen und Bürger. Ein ähnliches Instrument stellt das Willy-Brandt-Haus-Info dar, das sich allerdings an Funktionsträger/-innen und Multiplikatoren und Multiplikatorinnen wendet. Großer Beliebtheit erfreut sich weiterhin das „Flugblatt der Woche“, auf das wöchentlich bis zu 11.000 mal zugegriffen wird.

Das Mitgliedernetz SPD-online wird einer Verjüngungskur unterzogen und zu meineSPD.net umbenannt. Auf dem Hamburger Parteitag geben wir den Startschuss. meineSPD.net wird noch mehr Informatives und Unentbehrliches für die politische Argumentation und die Parteiarbeit vor Ort in übersichtlicher Form bieten. Wir ergänzen das Mitgliedernetz um zahlreiche neue Formen des Dialogs, wie Mitgliederblogs und einen eigenen YouTube-Channel zum Austausch von Videobotschaften.

Besonders für die Unterbezirksvorsitzenden haben sich die Möglichkeiten zum direkten Gedankenaustausch verbessert. Parteivorsitzender und Generalsekretär haben das traditionsreiche Instrument der Unterbezirksvorsitzendenkonferenz wiederbelebt. Der Generalsekretär hat im Rahmen der Aktion „Rotes Telefon“ rund 40 Telefonschaltkonferenzen mit Unterbezirksvorsitzenden durchgeführt, um im Verlauf von Grundsatzprogrammdebatte und Dialogkampagne den „direkten Draht“ aufzunehmen. Diese neue Form des Dialogs wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr positiv bewertet.

Mit dem Hamburger Bundesparteitages schließlich veranstaltet die SPD mehr als ein klassisches Delegiertentreffen. Der Hamburger Parteitag ist ein deutschlandweites „Familientreffen“ der SPD, zu dem jedes Mitglied und jeder interessierte Sympathisant herzlich willkommen ist. Der Hamburger Parteitag schreibt Parteitagsgeschichte: 5.800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und 1.200 Medienvertreter haben sich angemeldet. Damit wird der Hamburger Parteitag der voraussichtlich größte Parteitag in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik. Neben der formalen Willensbildung eröffnet er vielfältige Möglichkeiten zu Diskussion, Partizipation und zum Gemeinschaftserlebnis.

## Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation AFA

### 1. Bericht über den Stand der AFA- und Betriebsorganisation

Nach dem Beschluss des Bundesparteitages München 1982 – „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ – ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Ferner ergibt sich aus den vom Bundesparteitag 1991 in Bremen verabschiedeten Thesen „Organisatorische Erneuerung und Modernisierung der SPD“ die Verpflichtung für den Parteivorstand sowie für die Bezirke und Unterbezirke, auf allen ordentlichen Parteitag Rechenschaft abzulegen über die Anzahl der Betriebsgruppen und Betriebsvertrauensleute und über die Durchführung der Bestimmungen zur Betriebsorganisation im Organisationsstatut der Partei (§ 9a). Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2005 in Karlsruhe vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2007 in Hamburg ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen.

### 2. Ergebnisse der Umfrage

#### a) Gegenstand der Umfrage

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen auf der Ebene der Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirk
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirk

Die bislang erfolgte Abfrage über die Umsetzung des § 9a Organisationsstatut in den Unterbezirken (Entsendung von Delegierten der Betriebsgruppen) ist entfallen, da dieses Sonderrecht für Betriebsgruppen mit dem in Karlsruhe beschlossenen neuen Organisationsstatut auf alle Arbeitsgemeinschaften, Foren und Projektgruppen übergegangen ist (§ 10 Organisationsstatut).

#### b) Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in den Unterbezirken

Aus den Antworten der Landesverbände/Bezirk ergibt sich, dass in 246 von 428 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen als

zusammenfassende Organisation der SPD-Betriebsgruppen, der SPD-Betriebsvertrauensleute, der SPD-Mitglieder in Betriebs- und Personalräten, der SPD-Mitglieder in den örtlichen Gewerkschaftsvorständen und den SPD-Mitgliedern, die hauptamtlich in den Gewerkschaften tätig sind, bestehen. In einzelnen Landesverbänden ist die Differenz zwischen der Anzahl der Unterbezirke und der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen groß. Eine der wesentlichen organisatorischen Aufgaben besteht deshalb darin, die Organisationsstruktur der AfA so auszubauen, dass in sämtlichen Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitnehmerstrukturen als Bindeglied zwischen Partei/Gewerkschaften/Betrieb bestehen. Dies ist in erster Linie eine Aufgabe der Parteiorganisation vor Ort.

### **c) Betriebsgruppen**

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 472 Betriebsgruppen bestehen. Dies sind ca. 50 weniger als vor zwei Jahren. Hinzu kommen 126 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. 2004 wurde im Bereich der Bauwirtschaft ein zentraler Betriebsgruppenausschuss neu gegründet.

Der AfA-Bundesvorstand arbeitet an einer stärker branchenorientierten Gründung von zentralen Betriebsgruppenausschüssen als Kompetenznetzwerke.

### **d) Betriebsvertrauensleute**

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 3.018 angegeben. Die weitaus größte Anzahl ist in der gewerblichen Wirtschaft tätig, während die zweitgrößte Gruppe auf den öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungsunternehmen entfällt. Unterrepräsentiert sind sie im privaten Dienstleistungssektor.

<b>Umfrageergebnisse, gegliedert nach SPD-Landesverbänden und Bezirken</b>				
Landesverband / Bezirk	Zahl der SPD-UB / KV	Zahl der AGs für Arbeitnehmerfragen in UB/KV	Gesamtzahl der Betriebsgruppen im LV/Bezirk	Gesamtzahl der Betriebsvertrauensleute im LV/Bezirk
LV Schleswig-Holstein	15	8	3	850
LO Hamburg	7	7	13	210
LO Bremen	3	3	51	28
Bez. Nord-Niedersachsen	6	1	—	—
Bez. Weser-Ems	17	10	—	—
Bez. Hannover	14	12	31	298
Bez. Braunschweig	9	7	5	30
LV Nordrhein-Westfalen	54	46	196	209
Bez. Hessen-Nord	8	8	30	68
Bez. Hessen-Süd	18	15	57	800
LV Baden-Württemberg	43	25	16	300
LV Bayern	97	40	10	30
LV Rheinland-Pfalz	36	22	34	123
LV Saar	7	5	9	—
LV Berlin	12	10	14	50
LV Mecklenburg-Vorpommern	18	2	2	—
LV Brandenburg	18	8	1	22
LV Sachsen-Anhalt	14	2	—	—
LV Thüringen	22	12	—	—
LV Sachsen	10	3	—	—
Gesamt	428	246	472	3.018



## Gleichstellungsbericht

### Berichterstatlerin:

Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

### INHALTSVERZEICHNIS

#### Einleitung Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) 649

<b>1. Die SPD auf Bundesebene</b>	653
1.1 Mitgliederentwicklung	653
1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat	653
1.3 Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 bis 2005	654
1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2005 nach Landesverbänden/Bezirken	654
1.5 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	655
1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften	656
1.7 Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	657
<b>2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene</b>	658
2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 2001 bis 2006	658
2.2 Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent, Stand: 31. 12. 2006	660
2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke Vorstände der Landesverbände, die <i>nicht</i> den Status von Bezirken haben	662
2.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke/Kreisverbände	662
2.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine	663
<b>3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen</b>	664
3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2007	664

3.2	SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag	665
3.2.1	Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949	665
3.2.2	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	666
3.2.3	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	666
3.2.4	Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen	667
3.2.4.1	Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages	667
3.2.4.2	Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion	668
3.3	Bundesregierung	668
3.4	SPD-Fraktionen der Länderparlamente	669
3.4.1	Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	669
3.4.2	Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen	670
3.4.3	Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden	671
3.5	Landesregierungen	672
3.5.1	Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	672
3.5.2	Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist	673
<b>4.</b>	<b>Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen</b>	674
4.1	Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern	674
4.2	Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und -Kreistagsfraktionen	674
4.3	Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene	675
4.4	Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs	675
<b>5.</b>	<b>Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter</b>	676
5.1	SPD-Parteivorstand	676
5.2	SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände	676
5.3	Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	677

## Einleitung

Elke Ferner, MdB

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Fast 20 Jahre nach dem Quotenbeschluss der SPD auf dem Bundesparteitag 1988 in Münster wird hiermit dem Bundesparteitag erneut Bericht erstattet über die Gleichstellung in Ämtern, Funktionen und Mandaten der Partei in den letzten zwei Jahren seit dem Parteitag in Karlsruhe.

## Mitgliederentwicklung

Im Berichtszeitraum überstieg der Frauenanteil in der Mitgliedschaft erneut die 30-Prozent-Grenze, Ende 2006 lag der Anteil bei 30,67 Prozent. Dieser Prozess ging mit rückläufigen Zahlen der SPD-Mitglieder – auch der weiblichen – einher. Im Vergleich zu Ende 2004 verlor die Partei mehr als 10.000 weibliche Mitglieder.

Festzustellen ist, dass die Frauenanteile in den einzelnen Landesverbänden und Bezirken durchaus unterschiedlich sind. Neun Landesverbände und Bezirke liegen über der 30-Prozent-Marke, elf Landesverbände und Bezirke liegen darunter. Spitzenreiter sind Schleswig-Holstein und Hamburg mit je mehr als 34 Prozent, Schlusslichter sind Hessen-Nord und Sachsen mit knapp 26 bzw. gut 24 Prozent. Es bleibt zu prüfen, woraus derart eklatante Unterschiede resultieren.

## Parteivorstand, Präsidium, Parteirat, Delegierte auf Parteitag

Im Parteivorstand, dem höchsten vom Parteitag gewählten Organ, liegt der Frauenanteil seit dem Karlsruhe Parteitag im November 2005 bei 40 Prozent – die Mindestabsicherung ist damit erfüllt, aber auch nicht mehr. Das Ziel der Parität wird weiter angestrebt.

Das 13-köpfige Präsidium setzt sich zusammen aus 6 Frauen und 7 Männern, im engeren Führungskreis ist sogar Parität gegeben, vier Frauen (Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier, drei stellvertretende Vorsitzende Bärbel Dieckmann, Elke Ferner und Ute Vogt) und vier Männer (Parteivorsitzender Kurt Beck, Parteivize Jens Bullerjahn, Peer Steinbrück und Generalsekretär Hubertus Heil).

Dem laut Satzung 110-köpfigen Parteirat gehören 49 Frauen an, damit gehören diesem Organ aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesverbände und Bezirke 44,5 Prozent Frauen an, die Mindestabsicherung ist erfüllt.

Auf den ordentlichen Bundesparteitagen liegt der Frauenanteil unter den Delegierten regelmäßig über 40 Prozent. Beim Parteitag 2005 betrug der Frauenanteil knapp 42 Prozent. Die 40-Prozent-Marke wurde von einem Großteil der Delegationen erreicht, Spitzenreiter war Schleswig-Holstein mit fast 58 Prozent, 50:50 erreichten

Sachsen-Anhalt, Hessen-Nord, Sachsen und Bayern. Ausrutscher nach unten bildeten die Delegationen aus Braunschweig, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen, Nord-Niedersachsen und Brandenburg. Nordrhein-Westfalen hat mit einem Frauenanteil von 34,6 Prozent die 40-Prozent-Marge deutlich verfehlt, bei einer Delegation von 127 Köpfen fällt dies durchaus ins Gewicht.

### **Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen, Foren usw.**

Die Frauenbeteiligung in den Vorständen der Arbeitsgemeinschaften, in Foren, Kommissionen, Projektgruppen und Gesprächskreisen ist höchst unterschiedlich.

Die Arbeitsgemeinschaften erzielen in ihren Vorständen recht unterschiedliche Werte, sie reichen von 57,1 Prozent bei der ASJ, 50 Prozent bei der ASG über 44,5 Prozent bei der AG 60 plus und 42,9 Prozent bei der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, 41,7 Prozent bei den Jusos. Die AG der Selbständige liegt mit 30,8 Prozent um einiges hinter den Vorgaben. Die AfA verfehlt die Quote im Vorstand deutlich mit einem Frauenanteil von gut 20 Prozent.

Bei den Foren ist die Spannweite sehr groß. Herausgehoben werden seien das Forum Kinder, Jugend, Familie mit einem Frauenanteil von 65 Prozent und das Forum Wirtschaft, dessen Steuerungsgruppe eine Frau angehört (Anteil 3,8 Prozent). Hier zeigt sich, dass weiterhin auch bei unseren Gremien die thematische Zuordnung und Besetzung von Gremien sehr stark geschlechtsspezifisch segregiert ist.

### **Vorstände auf Landes-, Bezirks- und örtlicher Ebene**

In den Landes- und Bezirksvorständen ist bis auf vier Ausnahmen (Braunschweig 33,3 Prozent, Nord-Niedersachsen 35,7, Hannover und Hamburg knapp verfehlt mit je 39,1 Prozent) die Mindestquote von 40-Prozent erreicht, 50 Prozent Frauenanteil und mehr erreichen Rheinland-Pfalz und Weser-Ems. Wie 2005 werden nur zwei Landesverbände werden von Frauen geführt, Baden-Württemberg durch Ute Vogt und Hessen durch Andrea Ypsilanti.

In etwa jedem vierten Unterbezirk bzw. Kreisverband hat eine Frau den Vorsitz inne, doch auch hier liegt die Spannweite zwischen Null, wie schon 2005 in Hessen-Nord, und mehr als 41 Prozent im Bezirk Braunschweig. In den Vorständen dieser Gliederungsebenen beträgt der Frauenanteil im Durchschnitt knapp 37 Prozent. Etwa jedem fünften Ortsverein steht eine weibliche Vorsitzende vor (18,9 Prozent), in den Vorständen der Ortsvereine haben Frauen knapp der 30 Prozent der Ämter inne.

### **Wahlen**

Im Berichtszeitraum fanden eine Reihe von Wahlen auf Landes-, Bundes- und Europaebene statt. Am 26. März 2006 waren Landtagswahlen in Baden-Württemberg,

Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, am 17. September 2006 folgten die Abgeordnetenhauswahl Berlin und die Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern. Am 13. Mai 2007 wurde die Bremische Bürgerschaft neu gewählt.

Der am 18. September 2005 gewählten SPD-Bundestagsfraktion gehören 80 Frauen und 142 Männer an. Bei einer Gesamtzahl von 222 SPD-Abgeordneten beträgt der Frauenanteil nunmehr 36 Prozent. Damit wurde die 40-Prozent-Mindestabsicherung nicht erreicht. Um bei der nächsten Bundestagswahl 2009 diese Mindestquote zu erreichen, sind frühzeitig Vorkehrungen zu treffen.

Bei den Landtagsfraktionen liegt Niedersachsen an der Spitze (46 Prozent), gefolgt von Bremen und Brandenburg (je 45,5 Prozent) und Berlin (45,3 Prozent). Immer noch unterschreiten aber fünf Landtagsfraktionen die 40-Prozent-Marke, Schlusslichter sind Mecklenburg-Vorpommern (26 Prozent) und Baden-Württemberg (28,9 Prozent). Nicht außer Acht gelassen werden darf, dass Wahlgesetze in manchen Bundesländern verhindern, dass Frauen ausreichend zum Zuge kommen (zum Beispiel in Baden-Württemberg, wo es eine Kombination aus Verhältniswahlrecht und Persönlichkeitswahl, ohne Listen, gibt).

In den Kommunalvertretungen ist ein durchschnittlicher Frauenanteil unter den SPD-Mandatsträgerinnen und -mandatsträgern von gut 28,8 Prozent erreicht. Dieser Wert schwankt jedoch erheblich je nach Größe der Kommune: In Kommunen über 1.000.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist der Wert erneut angestiegen, der Frauenanteil liegt bei 47,2 Prozent, in Städten von 500.000 bis 1.000.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei gut 40 Prozent. Je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Frauenanteil unter SPD-Ratsmitgliedern. Bei den kommunalen Spitzenpositionen wie Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen und Landrätinnen gibt es leicht rückläufige Zahlen. Die Funktionen sind zu überwiegendem Teil in männlicher Hand.

### **Hauptamtlich Beschäftigte**

Die Statistik der hauptamtlich bei der SPD Beschäftigten weist aus, dass es weiterhin keine Abteilungsleiterin im Willy-Brandt-Haus gibt. In den Landesverbänden und Bezirken sind die Funktionen der Leitenden Geschäftsführer bis auf zwei Ausnahmen mit Männern besetzt, unter 22 Landes-, Bezirksgeschäftsführern sind sechs Frauen. Bei den Referenten und Referentinnen beträgt der Frauenanteil gut vierzig Prozent.

### **Fazit**

Auch fast 20 Jahre nach dem Quotenbeschluss des Münsteraner Parteitages ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern nicht nachhaltig verwirklicht. Die Quotenregelung ist dauerhaft im Statut festgeschrieben und ist einzuhalten.

Die innerparteiliche Gleichstellung wurde nicht durchgängig erreicht. Gleichstellungsberichte wie dieser belegen, dass Defizite festzustellen sind, zum Teil sogar erheblichen Ausmaßes.

Bei Parlamentswahlen ist die Einhaltung der Quote immer noch sehr unterschiedlich. Manche Landtagsfraktionen sind davon weiterhin weit entfernt. Die Landtagswahlen 2008 zunächst in Hessen, Hamburg und Niedersachsen müssen im Jahr 20 des Quotenbeschlusses deutliche Zeichen setzen, dass wir es ernst meinen mit der innerparteilichen Gleichstellung, zumal in Hessen mit Andrea Ypsilanti eine Spitzenkandidatin ins Rennen geht.

In den Parteigremien auf Bundesebene klappt es überwiegend mit der Einhaltung der Quote. Defizite gibt es immer noch bei Kommissionen, Projektgruppen usw. Der Parteivorstand und die Vorsitzenden der jeweiligen Projektgruppen und Kommissionen sind weiterhin aufgefordert, Expertinnen und fachlich versierte Politikerinnen fortlaufend zu identifizieren und in Kommissionen usw. zu berufen.

Das Mentoring-Projekt von Jusos und ASF, das von 2005 bis 2006 mit 25 Paaren durchgeführt wurde, war für die Bundesebene ein Auftakt, der für die Gliederungen zur Nachahmung empfohlen wird. Auch die Führungsakademie der Sozialdemokratie soll dazu beitragen, Frauen für Führungsaufgaben zu qualifizieren.

Wir müssen weiterhin daran arbeiten, noch mehr Frauen in die Lage zu versetzen, führende Ämter, Funktionen und Mandate in und für die Partei zu übernehmen. Hiermit muss frühzeitig begonnen werden. Vielfach bildet das ehrenamtliche Engagement von Frauen das Fundament für die politische Tätigkeit. Frauen müssen ermutigt und befähigt werden, Ämter und Mandate zu übernehmen. Der Parteivorstand muss dabei unterstützend tätig werden. Die Zielgruppenarbeit muss kontinuierlich verbessert werden, um das Wahlpotential der SPD unter den Wählerinnen auszuschöpfen. Dies kann jedoch nicht allein der ASF überlassen bleiben.

Schließlich müssen politische Inhalte und Botschaften und die personelle Repräsentanz kongruent sein, um wieder deutlich zu machen, dass die SPD Politik mit und für Frauen macht. Ein Aspekt ist die Besetzung von Podien bei Veranstaltungen im Willy-Brandt-Haus, die eine große Außenwirkung haben. Veranstaltungen, in denen Frauen als Akteurinnen nicht oder nur in Spurenelementen oder als „Feigenblatt“ vorkommen, widersprechen diesem Anspruch und sind nicht hinnehmbar.

Eine deutlich sichtbare Präsenz von Frauen ist gerade deshalb notwendig, da wir es erstmals mit einer (christdemokratischen) Bundeskanzlerin zu tun haben und die SPD das Frauenministerium der CDU überlassen hat.

Im Jahr 2008 werden wir an 20 Jahre Quote und 90 Jahre Einführung des Frauenwahlrechtes erinnern. Lasst uns der sozialdemokratischen Erfolgsgeschichte ein weiteres Kapitel hinzufügen.

## 1. Die SPD auf Bundesebene

### 1.1 Mitgliederentwicklung

Jahr	Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in Prozent
1984	916.485	227.518	24,83
1986	912.854	233.708	25,60
1988	911.916	240.325	26,35
1990	919.129	250.906	27,30
31. 12. 1993	861.480	240.053	27,87
31. 12. 1994	849.474	238.192	28,04
31. 12. 1995	817.650	230.952	28,25
31. 12. 1996	792.773	225.622	28,46
31. 12. 1997	776.183	222.577	28,68
31. 12. 1998	775.036	224.213	28,93
31. 12. 1999	755.066	220.003	29,14
31. 12. 2000	734.667	215.633	29,35
31. 12. 2001	717.513	211.863	29,53
31. 12. 2002	693.894	205.950	29,68
31. 12. 2003	650.798	194.846	29,94
31. 12. 2004	605.807	182.923	30,19
31. 12. 2006	561.239	172.126	30,67

### 1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat

	1988	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003	2005
<b>Parteivorstand</b>									
insgesamt	41	45	45	45	45	45	45	45	45
davon Frauen	14	17	19	21	23	21	19	19	18
Frauenanteil in %	34,1	37,8	42,2	46,7	51,1	46,7	42,4	42,4	40,0
<b>Präsidium</b>									
insgesamt	11		13	13	13	13	13	13	13
davon Frauen	4	keine Angabe	5	5	5	6	7	6	6
Frauenanteil in %	36,4		38,5	38,5	38,5	46,2	53,8	46,2	46,2
<b>Parteirat</b>									
insgesamt	88		111	110	110	109	108	110	110
davon Frauen	28	keine Angabe	50	50	50	49	52	52	49
Frauenanteil in %	31,3		45,0	45,5	45,5	45,0	48,1	47,3	44,5

**1.3 Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 bis 2005**

	Anzahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
1984	83	18,9
1986	118	27,2
1988	159	36,6
1990	214	42,0
1991	203	43,5
1992	192	42,1
1993	198	42,1
1995	249	47,5
1996	231	46,2
1997	236	45,1
1999	217	45,2
2001	229	47,7
2003	217	45,2
2005	201	41,9

**1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2005 nach Landesverbänden / Bezirken**

Landesverband / Bezirk	Zahl der Delegierten insgesamt	Zahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	19	11	57,9
Mecklenburg-Vorpommern	5	2	40,0
Hamburg	10	4	40,0
Bremen	5	2	40,0
Nord-Niedersachsen	6	2	33,3
Weser-Ems	17	7	41,2
Hannover	27	12	44,4
Braunschweig	11	4	36,4
Sachsen-Anhalt	8	4	50,0
Brandenburg	9	3	33,3
Berlin	14	6	42,9
Nordrhein-Westfalen	127	44	34,6
Hessen-Nord	18	9	50,0
Hessen-Süd	34	14	41,2
Thüringen	7	3	42,9
Sachsen	10	5	50,0
Saar	17	6	35,3
Rheinland-Pfalz	35	16	45,7
Baden-Württemberg	41	17	41,5
Bayern	60	30	50,0
gesamt	480 <sup>1</sup>	201	41,9

1 Ohne Mitglieder des Parteivorstandes. Laut Statut maximal 480 Delegierte.



## 1.5 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

	Vorsitz Mann / Frau	Stv. Vorsitz	Zahl der Mitglieder insgesamt	Zahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in Prozent
Kommission Gleichstellungspolitik	Frau	0 / 0	17	16	94,1
Kuratorium „Wilhelm-Dröschler-Preis“	Frau	0 / 0	12	7	58,3
Programmkommission	Mann	0 / 0	13	6	46,2 <sup>1</sup>
Kontrollkommission	Frau	1 Mann	9	4	44,4
Beirat der Parteischule	Frau	1 Mann	18	8	44,4
Bundesschiedskommission	Frau	2 Mann	7	3	42,9
Historische Kommission	Mann	1 Frau	30	11	36,7 <sup>2</sup>
Kommission Grundwerte	Mann	1 Mann / 1 Frau	20	7	35,0
Kommission Internationale Politik	Frau / Mann <sup>3</sup>	0 / 0	3	1	33,3
Kuratorium des Wissenschaftsforums	Frau	0 / 0	14	4	33,3
Medienkommission	Mann	0 / 0	18	4	22,2
Europapolitische Kommission	Frau	0 / 0	1	1	100,0

1 Der Programmkommission gehören außer den o. g. Vorstandsmitgliedern noch weitere Mitglieder an.  
Insgesamt sind es 80 Mitglieder, darunter 27 Frauen (33,8 %)

2 Im Arbeitsausschuss der Historischen Kommission beträgt der Frauenanteil 42,9 %.

3 Es gibt drei gleichberechtigte Vorsitzende.

4 Die TeilnehmerInnen an den Sitzungen der Europapolitischen Kommission wechseln in Abhängigkeit vom Thema.  
Den Vorsitz hat Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB.

## 1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Vorstands- mitglieder		Frauen- anteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in Prozent
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	—	1	3	3	16	16	100,0
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	1	0	2	2	4	2	57,1
Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen <sup>1</sup>	—	—	—	—	—	—	50,0
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	1	0	2	1	6	3	44,5
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	1	0	2	2	4	1	42,9
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	1	0	6	3	5 <sup>2</sup>	2	41,7
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	3	1	25	5	20,7
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	2	1	7	4	50,0
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)	1	0	5	1	7	3	30,8

<sup>1</sup> Im Bundesvorstand der Juso-HSG gibt es keine herausgehobene Position der/des (stv.) Vorsitzenden. Alle (zurzeit 6) Vorstandsmitglieder sind gleichberechtigt. Darüber hinaus gibt es die Bundesgeschäftsführung, die nicht dem Bundesvorstand angehört. Der derzeitige Bundesvorstand besteht aus drei Frauen und drei Männern (also 50 % Anteil).

<sup>2</sup> Bundesgeschäftsführerin und kooptierte Mitglieder.

## 1.7 Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes

Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		Weitere Mitglieder des Gremiums		Frauenanteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in Prozent
Gesprächskreis Menschenrechte	0	1	1	1	0	0	— <sup>1</sup>
Forum Kinder, Jugend, Familie	1	2	0	0	17	11	65,0
Gesundheit	0	2 <sup>2</sup>	0	0	15	9	64,7
Projektgruppe Chancen und Risiken einer Gesellschaft des längeren Lebens	0	1	0	0	32	19	60,6
Projektgruppe Lebenswerte Städte und Gemeinden	0	1	0	0	15	8	53,3
„Selbstaktiv“ – Netzwerk von Menschen mit Behinderung in der SPD	1	0	1	1	0	0	50,0
Zukunft des Sozialstaates	0	2 <sup>3</sup>	0	0	28	12	46,7
Integration/Migration	0	1	0	0	38	16	43,6
Forum Sport	1	1	0	0	21	8	39,1
Gesprächskreis Mitbestimmung in Deutschland und Europa	0	0	0	0	14	5	35,7
Gesprächskreis Verbraucher, Ernährung und Landwirtschaft	1	0	0	0	16	6	35,3
– Steuerungsgruppe –	1	0	0	0	17	3	16,7
– AG Landwirtschaft –	1	0	0	0	24	12	48,0
Forum Bildung	1	2	0	0	42	12	31,1
Kulturforum	1	0	2	1	8	2	27,3
Forum Eine Welt	0	1	3	0	0	0	— <sup>4</sup>
Forum Nachhaltigkeit, Energie und Mobilität	5	0	0	0	70	12	16,0
Gesprächskreis Steuern und Finanzen	1	0	0	0	14	2	13,3
Forum Wirtschaft <sup>5</sup>	0	0	0	0	26	1	3,8
Projektgruppe Moderne Industriepolitik	1	0	0	0	16	0	0

1 Kein fester Stamm berufener Mitglieder.

2 Elke Ferner und Birgit Fischer als gleichrangige Vorsitzende.

3 Die Projektgruppe hat keinen Vorstand, aber zwei weibliche Vorsitzende (Elke Ferner und Birgit Fischer).

4 Kein fester Stamm berufener Mitglieder.

5 Es gibt keinen Vorsitzenden und auch keinen weiteren Vorstand, sondern eine Steuerungsgruppe mit einem Vorsitzenden (Peer Steinbrück).

## 2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

### 2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 2001 bis 2006<sup>1</sup>

Landesverbände / Bezirke	31. 12. 2001	31. 12. 2002	31. 12. 2003	31. 12. 2004	31. 12. 2005	31. 12. 2006
Schleswig- Holstein	27.803 9.545	27.271 9.351	25.453 8.776	23.569 8.142	22.978 7.973	21.535 7.476
Mecklenburg-Vorpommern	3.363 968	3.343 980	3.224 971	3.050 928	2.979 895	2.872 874
Hamburg	14.025 4.863	13.787 4.742	12.996 4.479	12.320 4.247	12.227 4.227	11.529 3.994
Bremen	6.776 2.119	6.570 2.079	6.116 1.977	5.697 1.870	5.719 1.896	5.414 1.828
Nord-Niedersachsen	8.497 2.392	8.242 2.328	7.719 2.184	7.295 2.085	7.185 2.082	7.001 2.053
Weser-Ems	24.780 7.012	23.900 6.802	22.260 6.406	20.733 5.992	20.149 5.853	19.679 5.746
Hannover	41.184 11.717	39.820 11.401	37.515 10.814	35.024 10.174	34.320 10.045	33.417 9.871
Braunschweig	17.693 4.911	17.113 4.785	16.074 4.512	14.884 4.222	14.434 4.118	14.002 4.026
Sachsen-Anhalt	5.694 1.507	5.446 1.450	5.145 1.379	4.745 1.278	4.623 1.251	4.519 1.232
Brandenburg	7.547 2.089	7.472 2.079	7.132 2.006	6.785 1.914	6.745 1.915	6.691 1.906
Berlin	20.039 6.513	19.057 16.259	17.189 5.942	16.764 5.551	17.189 5.724	16.243 5.398
Ostwestfalen-Lippe	21.176 5.955	NRW <sup>2</sup> 194.652 61.130	NRW <sup>2</sup> 181.071 57.388	NRW <sup>2</sup> 167.547 53.597	NRW <sup>2</sup> 162.216 52.597	NRW <sup>2</sup> 152.360 49.377
Westliches Westfalen	92.870 29.834					
Niederrhein	48.926 15.042					
Mittelrhein	40.206 12.876					
Nordrhein-Westfalen	203.178 63.707					
Hessen-Nord	32.432 7.962	31.307 7.718	29.359 7.277	27.023 6.819	26.426 6.759	25.114 6.522
Hessen-Süd	58.261 15.379	55.827 14.897	52.352 14.090	48.703 13.319	47.584 13.133	45.200 12.640
Thüringen	5.556 1.499	5.402 1.445	5.132 1.380	4.791 1.313	4.674 1.279	4.530 1.228
Sachsen	5.133 1.210	5.022 1.194	4.759 1.166	4.453 1.091	4.523 1.113	4.444 1.081
Saar	34.107 10.331	32.666 9.925	30.376 9.317	27.869 8.599	26.415 8.218	24.809 7.792

Landesverbände / Bezirke	31. 12. 2001	31. 12. 2002	31. 12. 2003	31. 12. 2004	31. 12. 2005	31. 12. 2006
Rheinland/Hessen-Nassau	25.633 6.627					
Rheinessen	10.172 3.205	Rhl.- Pfalz <sup>3</sup>	Rhl.- Pfalz <sup>3</sup>	Rhl.- Pfalz <sup>3</sup>	Rhl.- Pfalz <sup>3</sup>	Rhl.- Pfalz <sup>3</sup>
Pfalz	23.188 6.221	56.958 15.628	53.473 14.845	49.879 14.044	47.998 13.674	45.836 13.226
Rheinland-Pfalz	58.993 16.053					
Baden-Württemberg	50.077 14.935	49.243 14.757	47.011 14.217	44.948 13.675	44.363 13.662	42.186 13.140
Bayern	92.375 27.151	90.796 27.000	85.703 25.720	79.728 24.063	77.738 23.668	73.858 22.716
<b>SPD gesamt</b>	<b>717.513</b>	<b>693.894</b>	<b>650.798</b>	<b>605.807</b>	<b>590.485</b>	<b>561.239</b>
<b>Männer</b>	<b>505.650</b>	<b>487.944</b>	<b>455.952</b>	<b>422.884</b>	<b>410.955</b>	<b>389.113</b>
<b>Frauen</b>	<b>211.863</b>	<b>205.950</b>	<b>194.846</b>	<b>182.923</b>	<b>179.530</b>	<b>172.126</b>
<b>Frauenanteil in %</b>	<b>29,52</b>	<b>29,68</b>	<b>29,94</b>	<b>30,19</b>	<b>30,40</b>	<b>30,67</b>

1 1. Zeile: gesamt, 2. Zeile: weiblich

2 Durch Organisationsreform wurden die bisherigen vier Bezirke am 1. 1. 2002 aufgelöst und zum Landesverband Nordrhein-Westfalen zusammengelegt.

3 Durch Organisationsreform wurden die bisherigen drei Bezirke am 14. 1. 2002 aufgelöst und zum Landesverband Rheinland-Pfalz zusammengelegt.

## 2.2. Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken

Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent, Stand: 31. 12. 2006

Landesverbände / Bezirke	gesamt	weiblich	Frauenanteil in Prozent
Schleswig- Holstein	21.535	7.476	34,72
Hamburg	11.529	3.994	34,64
Bremen	5.414	1.828	33,76
Berlin	16.243	5.398	33,23
Nordrhein-Westfalen	152.360	49.377	32,41
Saar	24.809	7.792	31,41
Baden-Württemberg	42.186	13.140	31,15
Bayern	73.858	22.716	30,76
Mecklenburg-Vorpommern	2.872	874	30,43
Hannover	33.417	9.871	29,54
Nord-Niedersachsen	7.001	2.053	29,32
Weser-Ems	19.679	5.746	29,20
Rheinland-Pfalz	45.836	13.226	28,86
Braunschweig	14.002	4.026	28,75
Brandenburg	6.691	1.906	28,49
Hessen-Süd	45.200	12.640	27,96
Sachsen-Anhalt	4.519	1.232	27,26
Thüringen	4.530	1.228	27,11
Hessen-Nord	25.114	6.522	25,97
Sachsen	4.444	1.081	24,32

## 2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke 2007<sup>1</sup>

(mit Vergleichszahlen 2003 und 2005)

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes-/ Bezirks- vorsitzende	stell- vertretende Vorsitzende	Landes- / Bezirksvorstände		
			Frauenanteil gesamt /davon Frauen in Prozent (zum Vergl. Angaben von 2003 und 2005)		
		gesamt / davon Frauen	2003	2005	2007
Schleswig-Holstein	nein	2 / 1	5 / 11 45,4	5 / 11 45,4	5 / 11 45,4
Mecklenburg-Vorpommern	nein	3 / 1	8 / 16 50,0	7 / 16 43,8	7 / 16 43,8
Hamburg	nein	2 / 1	12 / 30 40,0	14 / 41 45,2	9 / 23 39,1
Bremen	nein	1 / 0	8 / 17 47,1	9 / 17 52,9	8 / 17 47,1

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes- / Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes- / Bezirksvorstände			
			gesamt / davon Frauen	Frauenanteil gesamt /davon Frauen in Prozent (zum Vergl. Angaben von 2003 und 2005)		
				2003	2005	2007
Nord-Niedersachsen	nein	3 / 1	5 / 16 31,3	5 / 14 35,7	5 / 14 35,7	
Weser-Ems	nein	1 / 0	8 / 18 44,4	8 / 17 47,1	8 / 15 53,3	
Hannover	nein	2 / 1	9 / 21 42,9	8 / 21 38,1	9 / 23 39,1	
Braunschweig	nein	2 / 1	6 / 15 40,0	6 / 15 40,0	5 / 15 33,3	
Sachsen-Anhalt	nein	3 / 2	8 / 17 47,0	7 / 17 41,2	7 / 17 41,2	
Brandenburg	nein	4 / 2	7 / 17 41,2	7 / 17 41,2	7 / 16 43,8	
Berlin	nein	4 / 2	9 / 34 27,0	7 / 14 50,0	14 / 33 42,4	
Nordrhein-Westfalen	ja	4 / 3	17 / 36 47,22	16 / 37 43,2	16 / 37 43,2	
Hessen-Nord	nein	2 / 1	8 / 19 42,1	8 / 19 42,1	8 / 19 42,1	
Hessen-Süd	nein	2 / 1	9 / 20 45,0	9 / 20 45,0	8 / 20 40,0	
Thüringen	nein	4 / 2	11 / 24 45,8	10 / 24 41,7	10 / 24 41,7	
Sachsen	nein	2 / 1	8 / 20 40,0	9 / 21 42,9	9 / 22 40,9	
Saar	nein	4 / 2	9 / 23 39,1	9 / 23 39,1	10 / 23 43,5	
Rheinland-Pfalz	nein	3 / 2	10 / 23 43,5	11 / 23 47,8	11 / 22 50,0	
Baden-Württemberg	ja	4 / 2	11 / 27 40,7	11 / 25 42,3	10 / 25 40,0	
Bayern	nein	3 / 1	16 / 38 42,1	16 / 34 47,1	16 / 34 47,1	

1 Quelle: Eigene Angaben der Landesverbände und Bezirke.

### Vorstände der Landesverbände, die *nicht* den Status von Bezirken haben

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes- / Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes- / Bezirksvorstände		
			Frauenanteil gesamt /davon Frauen in Prozent (zum Vergl. Angaben von 2003 und 2005)		
		gesamt / davon Frauen	2003	2005	2007
Niedersachsen	nein	4 / 3	5 / 10 50,0	5 / 10 50,0	4 / 10 40,0
Hessen	ja	3 / 0	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4

### 2.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände<sup>1</sup>

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	15	5	33,3	174	66	37,9
Mecklenburg-Vorpommern	18	3	16,7	154	55	35,7
Hamburg	7	1	14,3	125	45	36,0
Bremen	3	1	33,3	35	17	48,6
Nord-Niedersachsen	6	2	33,3	68	30	44,1
Weser-Ems	17	7	41,2	299	106	35,5
Hannover	13	3	25,4	246	99	40,2
Braunschweig	9	3	36,7	130	39	30,0
Sachsen-Anhalt <sup>1</sup>	./.	./.	./.			
Brandenburg	18	5	27,8	220	78	35,5
Berlin	12	2	16,7	201	82	40,8
Nordrhein-Westfalen	53	8	15,1	942	358	38,0
Hessen-Nord	8	0	0,0	133	55	41,4
Hessen-Süd	18	3	16,7	375	138	36,8
Thüringen	./. <sup>1</sup>	./. <sup>1</sup>	./. <sup>1</sup>	19	7	36,8
Sachsen	10	1	10,0	106	35	33,0
Saar	7	1	14,3	156	55	35,3
Rheinland-Pfalz	28	10	35,7	492	187	37,0
Baden-Württemberg	43	7	16,27	650	235	36,15
Bayern	61	20	32,8	1.309	457	34,9
<b>Gesamt</b>	<b>346</b>	<b>82</b>	<b>23,7</b>	<b>5.839</b>	<b>2.147</b>	<b>36,8</b>

<sup>1</sup> Es liegen keine Angaben vor.



## 2.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	562	116	20,6	2.916	924	31,7
Mecklenburg-Vorpommern	110	22	20,0	426	144	33,8
Hamburg	75	21	28,0	824	315	38,2
Bremen	52	13	25,0	480	182	37,9
Nord-Niedersachsen	72	15	20,8	660	198	30,0
Weser-Ems	310	58	18,7	2.615	705	27,0
Hannover	399	85	21,3	2.945	877	29,8
Braunschweig	172	29	16,9	1.325	406	30,6
Sachsen-Anhalt	211	39	18,5	663	190	28,7
Brandenburg	225	52	23,1	846	263	31,1
Berlin	125	32	25,6	1.581	603	38,1
Nordrhein-Westfalen	1.511	253	16,7	15.254	4.786	31,4
Hessen-Nord	571	69	12,1	3.458	728	21,1
Hessen-Süd	414	96	23,2	4.257	1.238	29,1
Thüringen	236	31	12,2	588	161	24,4
Sachsen	161	26	16,1	702	180	25,6
Saar	329	52	15,8	3.378	924	27,4
Rheinland-Pfalz	1.042	176	16,9	7.700	2.074	26,9
Baden-Württemberg	893	214	24,0	5.878	1.881	32,0
Bayern	1.734	343	19,8	13.108	3.816	29,1
<b>Gesamt</b>	<b>9.204</b>	<b>1.742</b>	<b>18,9</b>	<b>69.604</b>	<b>20.595</b>	<b>29,6</b>

### 3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

#### 3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament

##### Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2007

	1979	1984	1989	1994	1999	2005	2007
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	7	8	12	17	14	9	9
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	20,0	25,0	38,7	42,5	42,4	39,1	39,1

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 kontinuierlich gesteigert werden auf über 40 Prozent; seit 2001 ist ein leichter prozentualer Rückgang zu verzeichnen.

Nachdem die SPD bei der letzten Europawahl im Juni 2004 deutliche Verluste (minus 10 Mandate) hinnehmen musste, gehören zurzeit der deutschen Gruppe 14 Männer und 9 Frauen an, der Frauenanteil beträgt somit 39,1 Prozent.

Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens am 1. Januar 2007 stieg die Zahl der Europaabgeordneten von 730 auf 785. Der Frauenanteil im neu gewählten Europäischen Parlament insgesamt liegt nunmehr bei 30,8 Prozent (242 Frauen von 785 Abgeordneten), dies bedeutet gegenüber der vorherigen Wahlperiode einen leichten Rückgang des Frauenanteils um gut ein halbes Prozent. 1979, im Jahr der ersten Direktwahl des EP, betrug der Frauenanteil lediglich 17,5 Prozent.

In der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) ist der Anteil weiblicher Abgeordneter leicht gestiegen von zuletzt 40 Prozent auf 40,6 Prozent (von 217 Abgeordneten sind 88 Frauen), wobei der rund 39-prozentige Frauenanteil der SPD mit 1,5 Prozent leicht unter dem Durchschnitt liegt.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Quellen: Internetseiten des Europäischen Parlamentes und der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament; eigene Berechnungen

### 3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

#### 3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949

Jahr der Bundestagswahl		absolut	in Prozent
1949	1)	13	9,5
	2)	16	11,5
1953	1)	21	12,9
	2)	22	13,4
1957	1)	22	12,2
	2)	22	12,2
1961	1)	21	10,3
	2)	23	11,1
1965	1)	19	8,7
	2)	19	8,8
1969	1)	18	5,9
	2)	17	7,3
1972	1)	13	5,4
	2)	15	6,2
1976	1)	15	8,5
	2)	17	9,4
1980	1)	19	8,3
	2)	20	8,9
1983	1)	21	10,4
	2)	23	11,4
1987	1)	31	16,1
	2)	38	16,8
1990	1)	65	27,2
	2)	65	27,2
1994	1)	86	34,1
	2)	88	35,1
1998	1)	105	35,2
	2)	108	36,9
2002	1)	95	37,8
	2)	98	39,5
2005	1)	80	36,0

1)	zu Beginn der Legislaturperiode
2)	am Ende der Legislaturperiode

### 3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die fünf parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie kraft Amtes die Bundestagsvizepräsidentin und der Bundestagsvizepräsident an. Unter diesen 17 Mitgliedern sind 7 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, drei parlamentarische Geschäftsführerinnen sowie die Bundestagsvizepräsidentin), der Frauenanteil liegt bei 41,2 Prozent. Unter den weiteren – zuletzt – 30 Vorstandsmitgliedern sind 12 Frauen (40,0 Prozent). Im Fraktionsvorstand beträgt der Frauenanteil 40,4 Prozent (19 Frauen von 47 Mitgliedern).

### 3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in %
1. Wahlperiode 1949–1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953–1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957–1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961–1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965–1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969–1972	3	10,0
7. Wahlperiode 1972–1976	4	13,3
8. Wahlperiode 1976–1980	3	10,0
	ab 23. 3. 78: 4	12,9
9. Wahlperiode 1980–1983	4	12,5
10. Wahlperiode 1983–1987	6	14,2
	Ende 1986: 7	20,0
11. Wahlperiode 1987–1990	11	27,5
12. Wahlperiode 1990–1994	14	29,2
	1993: 19	42,2
13. Wahlperiode 1994–1998	18	40,0
14. Wahlperiode 1998–2002	22	46,8
	2001: 20	42,6
15. Wahlperiode 2002–2005	19	42,2
	18	40,9
16. Wahlperiode 2005–2009	19	40,4

### 3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

#### 3.2.4.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages in der 16. Wahlperiode<sup>1</sup>

Ausschuss für	Anzahl der ordentlichen SPD-Ausschussmitglieder	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in Prozent
Tourismus	6	4	66,7
Familie, Senioren, Frauen und Jugend	11	7	63,6
Gesundheit	11	6	54,5
Arbeit und Soziales	13	7	53,8
Finanzen	13	6	46,2
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	11	5	45,5
Verteidigung	11	5	45,5
Petitionen	9	4	44,4
Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	5	2	40,0
Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	13	5	38,5
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8	3	37,5
Haushalt	15	5	33,3
Menschenrechte und humanitäre Hilfe	6	2	33,3
Sport	6	2	33,3
Wahlprüfung	3	1	33,3
Wirtschaft und Technologie	14	4	30,8
Kultur und Medien	7	2	28,6
Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	11	3	27,3
Auswärtiges	13	3	21,1
Recht	11	2	18,2
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11	1	9,1
Angelegenheiten der Europäischen Union	12	1	8,3
Inneres	13	1	7,7

<sup>1</sup> In der Rangfolge der Frauenbeteiligung

Die SPD stellt in 8 der 23 Ausschüsse des Deutschen Bundestages den Vorsitz. Sechs dieser Ausschüsse haben eine sozialdemokratische Abgeordnete als Vorsitzende.

- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Ulla Burchardt
- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kerstin Griese
- Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe: Herta Däubler-Gmelin
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Petra Bierwirth
- Verteidigungsausschuss: Ulrike Mertens
- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie: Edelgard Bulmahn

Die SPD stellt 9 stellvertretende Ausschussvorsitzende, davon haben drei SPD-Frauen den stellvertretenden Vorsitz in folgenden Ausschüssen inne:

- Ausschuss für Arbeit und Soziales: Angelika Krüger-Leißner
- Ausschuss für Finanzen: Gabriele Frechen
- Ausschuss für Tourismus: Brunhilde Irber

### 3.2.4.2 Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion

Von den 22 Ausschussarbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, die entsprechend der Ausschüsse des Bundestages arbeiten, haben 8 eine Sprecherin (36,4 Prozent).

## 3.3 Bundesregierung<sup>1</sup>

	insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Bundesminister/innen	15	5	33,3
	SPD: 8	SPD: 3	SPD: 37,5
	CDU/CSU: 7	CDU/CSU: 2	CDU/CSU: 28,6
Parlamentarische Staatssekretäre/ Staatssekretärinnen <sup>2</sup>	27	10	37,0
	SPD: 12	SPD: 5	SPD: 41,7
	CDU/CSU: 15	CDU/CSU: 5	CDU/CSU: 33,3

<sup>1</sup> Stand: 7/2007

<sup>2</sup> einschließlich Staatsminister im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt, Stand: 7/2007

### 3.4 SPD-Fraktionen der Länderparlamente

#### 3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	letzte Wahlen am
Berlin	53	24	45,3	17. 9. 06
Bremen	33	15	45,5	13. 5. 07
Hamburg	41	18	43,9	29. 2. 04
Niedersachsen	63	29	46,0	2. 2. 03
Brandenburg	33	15	45,5	19. 9. 04
Hessen	33	14	42,4	2. 2. 03
Nordrhein-Westfalen	74	32	43,2	22. 5. 05
Bayern	41	16	39,0	21. 9. 03
Schleswig-Holstein	29	12	41,4	20. 2. 05
Sachsen-Anhalt	24	10	41,7	26. 3. 06
Thüringen	15	6	40,0	15. 6. 07
Saarland <sup>1</sup>	18	7	38,9	5. 9. 04
Rheinland-Pfalz	53	22	41,5	26. 3. 06
Sachsen	13	4	30,8	19. 9. 04
Mecklenburg-Vorpommern	23	6	26,0	17. 9. 06
Baden-Württemberg	38	11	28,9	26. 3. 06

<sup>1</sup> Die Landtagsvizepräsidentin ist die SPD-Abgeordnete Karin Lawall.

## 3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder

## Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen

	Fraktionsvorsitz	stellvertretende Fraktionsvorsitzende / davon Frauen	weitere Mitglieder / Beisitzer / innen des Fraktionsvorstandes / davon Frauen	Frauenanteil im Fraktionsvorstand in %
Baden-Württemberg	Frau	2 / 1	2 / 0	40,0
Bayern	Mann	3 / 2	5 / 2	44,4
Berlin	Mann	4 / 3	9 <sup>1</sup> / 4	50,0
Brandenburg	Mann	5 / 3	0 / 0	50,0
Bremen	Mann	2 / 1	7 / 3	40,0
Hamburg	Mann	3 / 1	11 / 5	40,0 <sup>2</sup>
Hessen	Frau	4 / 2	2 / 0	42,9
Mecklenburg-Vorpommern <sup>3</sup>	Mann	4 / 2	0 / 0	40,0
Niedersachsen	Mann	3 / 2	12 / 6	50,0
Nordrhein-Westfalen	Frau	7 / 3	1 / 1	55,6 <sup>4</sup>
Rheinland-Pfalz <sup>5</sup>	Mann	5 / 2	15 / 7	42,9
Saarland	Mann	2 / 1	8 / 3	36,4
Sachsen	Mann	3 / 2	1 / 0	40,0
Sachsen-Anhalt	Frau	2 / 1	6 / 2	44,4
Schleswig-Holstein <sup>6</sup>	Mann	2 / 1	11 / 3	30,8
Thüringen	Mann	3 / 2	6 / 3	50,0

1 Parlamentarischer Geschäftsführer und 8 Arbeitskreisvorsitzende als weitere Mitglieder der Fraktionsvorstandes.

2 Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand wird ergänzt durch eine Parlamentarische Geschäftsführerin.

3 Die Landtagspräsidentin wird von der SPD gestellt.

4 Der Fraktionsvorstand besteht aus der Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und der Parlamentarischen Geschäftsführerin. Daher wurde bei der Berechnung des Frauenanteils die Gesamtverteilung von 5 / 9 zugrunde gelegt.

5 Die Aufgabe der Parlamentarischen Geschäftsführerin wird von Barbara Schleicher-Rothmund wahrgenommen.

6 Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes: Fraktionsvorsitzender, 2 stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarischer Geschäftsführer, ein Beisitzer sowie die Vorsitzenden der Arbeitskreise.



### 3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen		Ausschüsse der Parlamente	
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt	davon Frauen	SPD-Ausschussvorsitzende insgesamt	davon Frauen
Baden-Württemberg	10	1	3	0
Bayern	12	4	2	0
Berlin	8	4	6 <sup>1</sup>	3 <sup>2</sup>
Brandenburg	5	3	6	1
Bremen	2	1	8 <sup>3</sup>	3 <sup>1</sup>
Hamburg	16	7 <sup>4</sup>	6	2 <sup>5</sup>
Hessen	18	7	4	1
Mecklenburg-Vorpommern	9	3	3	0
Niedersachsen	10	5	4	1
Nordrhein-Westfalen	20	7	9	3
Rheinland-Pfalz	13	5	7	3
Saarland	9	6	4	0
Sachsen	2	1	1	1
Sachsen-Anhalt	5	2	3	0
Schleswig-Holstein	8	2	3	2
Thüringen	3	0	2	1

1 in 6 regulären Ausschüssen und in 3 Unterausschüssen des Hauptausschusses

2 in 3 regulären Ausschüssen und in 2 Unterausschüssen des Hauptausschusses

3 Die Arbeit der Bremischen Bürgerschaft vollzieht sich nicht nur in Parlamentsausschüssen, sondern findet in wesentlichen Politikfeldern in Deputationen statt. Neben den 33 gewählten Abgeordneten arbeiten hier weitere 20 (davon 8 weibliche) von der SPD benannte Deputierte (sachverständige Bürger).

4 Neben den fest eingerichteten Arbeitskreisen hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion weitere 11 Fachsprecherinnen und Fachsprecher, von denen 6 Frauen sind.

5 Neben den fest eingerichteten Arbeitskreisen und Ausschüssen gab es zwei temporär eingerichtete Sonderausschüsse, eine Equete-Kommission und zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse. In einem Fall war die zugehörige Arbeitskreissprecherin eine Frau.

### 3.5 Landesregierungen<sup>1</sup>

#### 3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt <sup>2</sup>	davon sozialdemokratische Regierungsmitglieder	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Berlin SPD/Die Linke-Koalition	9	6	4 SPD: 2 Die Linke: 2	44,4
Brandenburg SPD/CDU-Koalition	10	6	3 SPD: 1 CDU: 2	30,0
Bremen SPD/Bündnis 90/Die Grünen-Koalition	8	5	4 SPD: 3 Bündnis 90/ Die Grünen: 1	50,0
Mecklenburg-Vorpommern SPD/CDU-Koalition	9	5	2 SPD: 1 Die Linke/ PDS: 1	22,2
Rheinland-Pfalz SPD	9	9	3 SPD: 3	33,3
Sachsen CDU/SPD-Koalition	10	2	2 SPD: 1 CDU: 1	20,0
Schleswig-Holstein CDU/SPD-Koalition	8	4	2 SPD: 2 CDU: 0	25,0
Sachsen-Anhalt CDU/SPD-Koalition	9	4	3 SPD: 2 CDU: 1	33,3

<sup>1</sup> Quelle: Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen.

<sup>2</sup> Einschließlich der Ministerpräsidenten bzw. des Regierenden Bürgermeisters.

**3.5.2 Zum Vergleich:**Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD *nicht* beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
<b>Baden-Württemberg</b> CDU/FDP-Koalition	10	CDU: 2 FDP: 0	20,0
<b>Bayern</b> CSU-Regierung	12	CSU: 3	25,0
<b>Hamburg</b> CDU-Regierung	10	CDU: 3 parteilos: 2	30,0
<b>Hessen</b> CDU-Regierung	11	CDU: 2	18,2
<b>Niedersachsen</b> CDU/FDP-Koalition	10	CDU: 2	20,0
<b>Nordrhein-Westfalen</b> CDU/FDP-Koalition	12	CDU: 3 FDP: 0	25,0
<b>Saarland</b> CDU-Regierung	8	CDU: 1	12,5
<b>Thüringen</b> CDU-Regierung	10	CDU: 1	10,0

## 4. Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen (August 2007)<sup>1</sup>

### 4.1 Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 1. 1. 2005)

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD-Ratsmitglieder	davon Frauen		zum Vergl. 2003 in Prozent
		absolut	in Prozent	
1.000.000 und mehr	125	59	47,20	46,40
500.000–1.000.000	247	99	40,08	42,29
200.000–500.000	485	188	38,76	38,78
100.000–200.000	741	267	36,03	37,48
50.000–100.000	1.556	489	31,42	31,31
20.000–50.000	4.504	1.305	28,97	28,81
10.000–20.000	5.508	1.394	25,30	25,05
Insgesamt	13.166	3.801	28,86	28,63

<sup>1</sup> Quelle: Deutscher Städtetag, Statistisches Jahrbuch Deutsche Städte 2005, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern

### 4.2 Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt <sup>1</sup>	davon Frauen	in Prozent
in Städten 100.000 und mehr	78	8	10,25
in Städten 50.000 bis 100.000 <sup>2</sup>	96	11	11,45
in Kreisen	312	44	14,10
Insgesamt	486	63	12,96

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

<sup>1</sup> Daten für sämtliche Städte und Kreise sind leider nicht verfügbar. Die Gesamtzahl spiegelt deshalb nur einen Teil der Grundgesamtheit. Daten ohne Stadtstaaten Bremen und Hamburg. In den 12 Berliner Bezirken gibt es 1 Frau von 12 Vorsitzenden, das entspricht einem Anteil von 8,33 %.

<sup>2</sup> In Baden-Württemberg sind in 91 Städten mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern 11 weibliche Fraktionsvorsitzende, das entspricht einem Frauenanteil von 12,1 %.

#### 4.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene<sup>1</sup>

Anzahl	Anzahl von allen sozialdemokratischen Amtsinhaber/innen	In Prozent
Oberbürgermeisterinnen	10 von 110	9,09
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW	10 von 47	21,27
Landrätinnen	5 von 84	5,95

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

<sup>1</sup> Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel „Oberbürgermeister“ führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

#### 4.4 Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen <sup>1</sup>	in Prozent
Bundes-SGK	31	11	35,48
SGK Baden-Württemberg	24	6	25,00
SGK Bayern	26	4	15,38
SGK Berlin	25	7	28,00
SGK Brandenburg	16	4	25,00
SGK Bremen	12	5	41,66
SGK Hamburg	15	3	20,00
SGK Hessen	20	5	25,00
SGK Mecklenburg-Vorpommern	14	6	42,85
SGK Niedersachsen	18	4	22,22
SGK Nordrhein-Westfalen	30	10	33,33
SGK Rheinland-Pfalz	20	4	20,00
SGK Saarland	13	4	30,76
SGK Sachsen	9	3	33,33
SGK Sachsen-Anhalt	7	2	28,57
SGK Schleswig-Holstein	10	3	30,00
SGK Thüringen	12	3	25,00

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

<sup>1</sup> In einem Bundesland ist eine Frau Vorsitzende der Landes-SGK: heike Taubert, MdL, Greiz (SGK Thüringen)

## 5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

### 5.1 SPD-Parteivorstand<sup>1</sup>

	Frauen		Männer	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Abteilungsleiterinnen/Abteilungsleiter	0	0,0	5	100,0
Pressesprecherin/Pressesprecher	1	50,0	1	50,0
Leiterinnen/Leiter bzw. Referentinnen/Referenten und persönliche Referentinnen und Referenten in Vorstandsbüros	3	33,3	7	66,7
Referatsleiterinnen/Referatsleiter	0	0,0	4	100,0
Referentinnen/Referenten <sup>2</sup>	23	40,4	34	59,6
Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter	24	77,4	7	22,6
Sekretärinnen/Sekretäre	46	100,0	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich	7	50,0	7	50,0
Studentische Hilfskräfte	2	50,0	2	50,0
Auszubildende	6	85,7	1	14,3
gesamt	112	62,2	68	37,8

1 Quelle: Personalreferat des SPD-Parteivorstandes, Stand der Erhebung: Februar 2007.

2 Stand 15. 9. 2007: 28 weiblich – 45,9%; 33 männlich – 54,1 %.

### 5.2 SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände

LV/Bezirk	Leitende Landes-/Bezirks- geschäftsführer/innen		Landes-/Bezirks- geschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirksebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes/Bezirk		Regional-/Kreis-, Unterbezirks- geschäftsführer/innen		Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unter- bezirke, „ohne politische Zuständigkeiten“	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Schleswig- Holstein	1	0	1	0	3	2	30	21	2	0	4	2
Mecklenburg- Vorpommern	0	0	1	0	4	2	3	3	4	–	4	4
Hamburg	1	1	0	0	3	1	7	5	7	3	2	2
Bremen	1	0	0	0	1	0	5	2	0	0	4	3
Nord- Niedersachsen	1	0	1	0	0	0	9	6	2	0	6	6
Weser-Ems	1	0	0	0	0	0	4	4	6	0	8	8
Hannover	1	0	6	3	1	0	10	8	11	8	7	7

LV/Bezirk	Leitende Landes- / Bezirks- geschäftsführer/innen		Landes- / Bezirks- geschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirksebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes / Bezirk		Regional- / Kreis-, Unterbezirks- geschäftsführer/innen		Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unter- bezirke „ohne politische Zuständigkeiten“	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Braunschweig	1	0	4	0	0	0	2	2	0	0	9	9
Sachsen-Anhalt	1	1	2 <sup>1</sup>	2 <sup>1</sup>	1	0	17	12	5	2	5	5
Brandenburg	1	0	1	0	3	2	2	2	9	3	0	0
Berlin	1	0	0	0	7	2	12	9	5	4	7	6
Hessen-Nord	1	0	0	0	1	1	5	4	8	1	4	4
Hessen-Süd	1	0	1	0	1	0	56	36	11	3	22	19
Thüringen	0	0	1	0	1	0	3	3	6	3	6	6
Sachsen	1	0	0	0	2	1	4	3	7	1	7	6
Baden- Württemberg	1	0	1	1	4	2	10	6	11	1	23	22
Bayern	0	0	2	0	4	0	15	8	14	5	39	34
Saar	1	0	0	0	1	0	5	5	2	0	4	4
Nordrhein- Westfalen	1	0	0	0	18	10	80	74	45	6	55	52
Rheinland-Pfalz	1	0	0	0	3	3	11	9	12	3	33	28

1 eine Landesgeschäftsführerin, eine stellvertretende Landesgeschäftsführerin

### 5.3 Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

LV/Bezirk	Leitende Landes- geschäftsführer/innen		Landes- geschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landesebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Niedersachsen	1	0	1	0	2	1	1	1
Hessen	1	0	0	0	4	1	5	4





## Delegierte

### Delegierte des Parteivorstandes:

Albers, Detlev	Kraft, Hannelore
Annen, Niels	Maas, Heiko-Josef
Backhaus, Till	Maget, Franz
Beck, Kurt	Matschie, Christoph
Berg, Ute	Mattheis, Hilde
Böhning, Björn	Nahles, Andrea
Bullerjahn, Jens	Poß, Joachim
Bulmahn, Edelgard	Scheer, Hermann
Burchardt, Ulla	Scholz, Olaf
Caspers-Merk, Marion	Schreiner, Ottmar
Dieckmann, Bärbel	Schulz, Martin
Dieckmann, Jochen	Schwall-Düren, Angelica
Duin, Garrelt	Stegner, Ralf
Engelen-Kefer, Ursula	Steinbrück, Peer
Ferner, Elke	Stiegler, Ludwig
Fischer, Birgit	Struck, Peter
Griese, Kerstin	Thierse, Wolfgang
Grumbach, Gernot	Tiefensee, Wolfgang
Heil, Hubertus	Vogt, Ute
Hendricks, Barbara	Wettig-Danielmeier, Inge
Jüttner, Wolfgang	Ypsilanti, Andrea
Kastner, Susanne	

**Delegierte der Landesverbände und Bezirke:**

- Ahnen, Doris, Rheinland-Pfalz  
 Albeshausen, Sigrid, Brandenburg  
 Albrecht, Rainer,  
     Mecklenburg-Vorpommern  
 Albrecht-Mainz, Elia,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Albrecht-Winterhoff, Inge,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Alheit, Kristin, Hamburg  
 Aller, Heinrich, Hannover  
 Altenkamp, Britta,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Althaus, Ludwig,  
     Nord-Niedersachsen  
 Althaus, Manfred,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Amann, Gregor, Hessen Süd  
 Amier, Claudia, Bayern  
 Anklam-Trapp, Kathrin,  
     Rheinland-Pfalz  
 Apel-Haefs, Ulrike,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Arnold, Rainer, Baden-Württemberg  
 Auer, Roberto, Thüringen  
 Autolny, Reinhard, Bayern  
 Baas, Hans-Hermann, Braunschweig  
 Baasch, Wolfgang, Schleswig-Holstein  
 Baldschun, Katie,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Barnett, Doris, Rheinland-Pfalz  
 Barteit, Lars, Baden-Württemberg  
 Bas, Bärbel, Nordrhein-Westfalen  
 Bauerfeind, Holger, Sachsen  
 Baur, Hannelore, Bayern  
 Becker, Wolfgang, Hessen Nord  
 Becker, Dagmar, Thüringen  
 Bednarz, Hendrik,  
     Baden-Württemberg  
 Beekhuis, Jochen, Weser-Ems  
 Behnke, Elfriede,  
     Baden-Württemberg  
 Beine, Lothar, Nordrhein-Westfalen  
 Bell, Dietmar, Nordrhein-Westfalen  
 Bennarend, Jens,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Beran, Andreas, Schleswig-Holstein  
 Beucher, Friedhelm Julius,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Beutel, Jens, Rheinland-Pfalz  
 Beyer, Christian, Bayern  
 Bieber, Elisabeth, Bayern  
 Biedefeld, Susann, Bayern  
 Bittner, Ralf, Nordrhein-Westfalen  
 Blienert, Burkhard,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Blum, Ulrich, Nordrhein-Westfalen  
 Boczkowski, Judith, Hessen Nord  
 Bollermann, Gerd,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Bölling, Wolfgang,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Bolln, Stefan, Schleswig-Holstein  
 Borchert, Rudolf,  
     Mecklenburg-Vorpommern  
 Borek-Fercke, Heike,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Börschel, Martin,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Brand, Marina, Hannover  
 Brandes, Katrin, Braunschweig  
 Brandner, Klaus,  
     Nordrhein-Westfalen  
 Brangs, Stefan, Sachsen  
 Brase, Willi, Nordrhein-Westfalen  
 Braun, Carolin, Bayern  
 Brede, Björn, Hessen Nord  
 Breitner, Andreas,  
     Schleswig-Holstein

- Brendle, Martin,  
Nordrhein-Westfalen
- Britz, Charlotte, Saarland
- Bruch, Karl Peter, Rheinland-Pfalz
- Brühl, Wolfgang, Bayern
- Buchholz-Will, Wiebke, Weser-Ems
- Büchter, Christian,  
Nordrhein-Westfalen
- Bullmann, Udo, Hessen Süd
- Burger, Simone, Bayern
- Busch, Michael C., Bayern
- Buschmann, Irma, Hessen Süd
- Buttgereit, Monika, Berlin
- Castellucci, Lars,  
Baden-Württemberg
- Christians, Hilda, Weser-Ems
- Conrad, Jürgen, Rheinland-Pfalz
- Conradi, Peter, Baden-Württemberg
- Daldrup, Bernhard,  
Nordrhein-Westfalen
- Damerau, Inka, Hamburg
- Danckert, Peter, Brandenburg
- Decker, Ursula, Rheinland-Pfalz
- Deckwerth, Ilona, Bayern
- Degen, Christoph, Hessen Süd
- Deicke, Liane, Sachsen
- Didschuneit, Marianne, Thüringen
- Dieckmann, Dietmar,  
Nordrhein-Westfalen
- Diermeier, Gertrud, Bayern
- Dinger, Dörte, Hessen Nord
- Distler, Katrin, Baden-Württemberg
- Dittmar, Ansgar, Hessen Süd
- Dörr, Patrick Constantin,  
Nordrhein-Westfalen
- Drabig, Franz-Josef,  
Nordrhein-Westfalen
- Drakul, Petar, Baden-Württemberg
- Drese, Stefanie,  
Mecklenburg- Vorpommern
- Dressel, Carl-Christian H., Bayern
- Drewke, Renate,  
Nordrhein-Westfalen
- Drexler, Wolfgang,  
Baden-Württemberg
- Drobinski-Weiß, Elvira,  
Baden-Württemberg
- Drohse, Franziska, Berlin
- Ebli, Friederike, Rheinland-Pfalz
- Egloff, Ingo, Hamburg
- Eiben, Florian, Weser-Ems
- Eichler, Wolfgang, Sachsen-Anhalt
- Eickhoff, Martina,  
Nordrhein-Westfalen
- Eiklenborg, Stephan, Weser-Ems
- Ellieroth, Kathrin, Hannover
- Elze, Michael, Berlin
- Engel, Claudia, Nordrhein-Westfalen
- Erdle, Phillip, Nordrhein-Westfalen
- Esser, Frank, Nordrhein-Westfalen
- Everts, Carmen, Hessen Süd
- Fahncke, Barbara, Hannover
- Falk, Peter, Bayern
- Faulenbach, Bernd,  
Nordrhein-Westfalen
- Fechner, Johannes,  
Baden-Württemberg
- Feindt, Klaus-Dieter, Hannover
- Felsberg, Peter, Nordrhein-Westfalen
- Fischer, Susanne, Bayern
- Fischer, Andreas, Hannover
- Fischer, Krimhild, Sachsen-Anhalt
- Fischer-Theobald, Sabine, Saarland
- Fleckenstein, Knut Wilhelm,  
Hamburg
- Fleckenstein, Jensen, Hessen Süd
- Frey, Franz, Hessen Süd
- Friedemann, Waltraud, Hannover
- Friedrich, Peter, Baden-Württemberg
- Fronzek, Brigitte, Schleswig-Holstein
- Fry, Marlis, Nordrhein-Westfalen
- Fuhr, Alexander, Rheinland-Pfalz

## DELEGIERTE

Führer, Bärbel, Hessen Nord  
Gabriel, Sigmar, Braunschweig  
Gasper, Jürgen, Hessen Süd  
Gebhard, Heike,  
    Nordrhein-Westfalen  
Gebhardt, Evelyne,  
    Baden-Württemberg  
Geheeb, Robert, Thüringen  
Geis, Manfred, Rheinland-Pfalz  
Geisel, Andreas, Berlin  
Gierlings, Elisabeth, Bayern  
Gießelmann, Helga,  
    Nordrhein-Westfalen  
Gilbert, Carsten, Baden-Württemberg  
Glenz, Wolfgang, Hessen Süd  
Gliss-Dekker, Ursula,  
    Nordrhein-Westfalen  
Godawa, Angela,  
    Baden-Württemberg  
Goeken-Haidl, Ulrike, Bayern  
Golabeck, Udo,  
    Nordrhein-Westfalen  
Götzmann, Roman,  
    Baden-Württemberg  
Graf, Angelika, Bayern  
Grimm, Ute, Bayern  
Grimm, Hans-Georg,  
    Nordrhein-Westfalen  
Groß, Werner, Bayern  
Groß, Sandra Sabrina,  
    Nord-Niedersachsen  
Grosse, Marianne, Rheinland-Pfalz  
Großmann, Achim,  
    Nordrhein-Westfalen  
Grotthaus, Wolfgang,  
    Nordrhein-Westfalen  
Grüger, Stephan, Hessen Süd  
Grziwa-Pohlmann, Brigitte, Bremen  
Güller, Harald, Bayern  
Hagedorn, Bettina,  
    Schleswig-Holstein

Hahnzog, Klaus, Bayern  
Haller-Haid, Rita,  
    Baden-Württemberg  
Hammelrath, Gabriele,  
    Nordrhein-Westfalen  
Hannemann-Röttgers, Birgit,  
    Schleswig-Holstein  
Hansen-Siebels, Angelika,  
    Schleswig-Holstein  
Harder, Ernesto,  
    Nordrhein-Westfalen  
Harsch, Daniela,  
    Baden-Württemberg  
Härtel, Birgit, Nordrhein-Westfalen  
Hartloff, Jochen, Rheinland-Pfalz  
Hartmann, Sebastian,  
    Nordrhein-Westfalen  
Hartmann, Michael, Rheinland-Pfalz  
Hartwig, Lars, Hannover  
Haß, Torsten, Thüringen  
Hauer, Nina, Hessen Süd  
Hausmann, Karl Heinz,  
    Braunschweig  
Hauto, Monika, Hamburg  
Heberer, Helen, Baden-Württemberg  
Hebertinger, Renate, Bayern  
Heidinger, Michael,  
    Nordrhein-Westfalen  
Heiligenstadt, Frauke, Hannover  
Heinemann, Uwe, Hessen Nord  
Hellwig, Bettina, Hessen Nord  
Hellwig, Eveline,  
    Nordrhein-Westfalen  
Hering, Hendrik, Rheinland-Pfalz  
Herter, Marc, Nordrhein-Westfalen  
Herzog, Gustav, Rheinland-Pfalz  
Hess, Ursula, Rheinland-Pfalz  
Heymann, Holger, Weser-Ems  
Hilgers, Heinz, Nordrhein-Westfalen  
Hilser, Dieter, Nordrhein-Westfalen  
Hinz, Petra, Nordrhein-Westfalen

- Höfflin, Jürgen, Baden-Württemberg  
 Hoffmann-Bethscheider,  
   Cornelia, Saarland  
 Holsten, Reiner, Bremen  
 Homann, Henning, Sachsen  
 Horstmann, Axel,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Horstmann, Ute,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Hövelmann, Holger, Sachsen-Anhalt  
 Hübner, Klaas, Sachsen-Anhalt  
 Hug-Biegelmann, Raimund,  
   Hessen Nord  
 Hugonin, Monika,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Humme, Christel,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Hütten, Achim, Rheinland-Pfalz  
 Igelmann, Julia, Bremen  
 Jagau, Hauke, Hannover  
 Jäger, Ralf, Nordrhein-Westfalen  
 Jahl, Armin, Nordrhein-Westfalen  
 Jehle, Jochen, Baden-Württemberg  
 Jenni, Birgit, Saarland  
 Joisten, Christian,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Jordan, Jörg, Hessen Süd  
 Jost, Reinhold, Saarland  
 Juister, Bärbel, Schleswig-Holstein  
 Jünemann, Michael, Hannover  
 Juratovic, Josip, Baden-Württemberg  
 Kaczmarek, Oliver,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Kahrs, Johannes, Hamburg  
 Karmann, Petra, Nordrhein-Westfalen  
 Kästner, Anke, Sachsen  
 Käufler, Ursula, Hessen Nord  
 Keil, Elke, Brandenburg  
 Kelber, Ulrich, Nordrhein-Westfalen  
 Kirgiane-Efremidis, Stella,  
   Baden-Württemberg  
 Kirschenbaum, Erwin,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Klamm, Hannelore, Rheinland-Pfalz  
 Klecha, Stephan, Hannover  
 Kleine-Frauns, Jürgen,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Kleinerüschkamp, Wilfried,  
   Hessen Nord  
 Klocksinn, Jens, Brandenburg  
 Klug, Astrid, Saarland  
 Knauss, Renate, Baden-Württemberg  
 Knörr, Rainer, Berlin  
 Koch, Patrick, Hessen Süd  
 Kofler, Bärbel, Bayern  
 Kohmann, Anja, Nordrhein-Westfalen  
 Köke, Janna, Bremen  
 Kolbow, Walter, Bayern  
 Kollatz-Ahnen, Matthias, Hessen Süd  
 König, Uwe, Hannover  
 Körber, Fritz, Bayern  
 Körper, Fritz Rudolf, Rheinland-Pfalz  
 Kortmann, Karin,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Koschorreck, Liesel,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Kramme, Anette, Bayern  
 Krebs, Andreas,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Kriete, Heinz,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Krüger, Hans-Ulrich,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Kucharczyk, Jürgen,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Kuhlwein, Eckart,  
   Schleswig-Holstein  
 Kuhn, Martin, Nordrhein-Westfalen  
 Kumpf, Ute, Baden-Württemberg  
 Kumpf, Wolfgang,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Kunze, Stephan, Thüringen

## DELEGIERTE

- Ladwig, Thomas,  
    Nordrhein-Westfalen  
Lager, Werner, Weser-Ems  
Lambinus, Uwe, Bayern  
Lambrecht, Christine, Hessen Süd  
Lang, Armin, Saarland  
Lange, Christian, Baden-Württemberg  
Lange, Bernd, Hannover  
Langemeyer, Gerhard,  
    Nordrhein-Westfalen  
Langner, David, Rheinland-Pfalz  
Latak, Helmut, Nordrhein-Westfalen  
Leibinger, Richard,  
    Baden-Württemberg  
Leinen, Jo, Saarland  
Lemm, Renate, Nordrhein-Westfalen  
Leppla, Ruth, Rheinland-Pfalz  
Leß, Daniela, Hessen Süd  
Letter, Laura, Braunschweig  
Leuschner, Sigrid, Hannover  
Lies, Olaf, Weser-Ems  
Link, Sören, Nordrhein-Westfalen  
Löhr, Karin, Nordrhein-Westfalen  
Lopez, Helga, Hessen Süd  
Löser, Jessica, Hannover  
Loth, Barbara, Berlin  
Lotze, Hiltrud, Hannover  
Lüders, Nadja, Nordrhein-Westfalen  
Lueth, Werner, Hessen Nord  
Lutz, Udo, Baden-Württemberg  
Machalet, Tanja, Rheinland-Pfalz  
Majewski, Ernst,  
    Nordrhein-Westfalen  
Maringer, Evi, Saarland  
Mascher, Ulrike, Bayern  
Mast, Katja, Baden-Württemberg  
Meiers, Ute, Nordrhein-Westfalen  
Meng, Sören, Saarland  
Mertes, Joachim, Rheinland-Pfalz  
Mertes, Josef Peter, Rheinland-Pfalz  
Merzbacher, Jonas, Bayern  
Meyer, Hermann,  
    Nord-Niedersachsen  
Mielentz, Jörg, Bayern  
Miersch, Matthias, Hannover  
Milstein, Alexander,  
    Nordrhein-Westfalen  
Mindrup, Klaus, Berlin  
Mohr, Margit, Rheinland-Pfalz  
Molkentin, Katrin, Brandenburg  
Mühlenfeld, Dagmar,  
    Nordrhein-Westfalen  
Müller, Michael, Berlin  
Müller, Michael,  
    Nordrhein-Westfalen  
Müller, Peter Ralf,  
    Nordrhein-Westfalen  
Müllerwiebus, Roswitha,  
    Schleswig-Holstein  
Müller-Wilfing, Christa, Bayern  
Müller-Witt, Elisabeth,  
    Nordrhein-Westfalen  
Naber, Hanna, Weser-Ems  
Negele, Christine, Bayern  
Niedermeier, Markus, Bayern  
Nietan, Dietmar,  
    Nordrhein-Westfalen  
Nissen, Ulrike, Hessen Süd  
Nitsch, Christian,  
    Nordrhein-Westfalen  
Noichl, Maria, Bayern  
Noss, Hans Jürgen, Rheinland-Pfalz  
Nüsse, Ernst, Hannover  
Olbrich, Gerhard, Bayern  
Ossowski, Silke,  
    Nordrhein-Westfalen  
Östreich, Cornelia,  
    Schleswig-Holstein  
Pähle, Katja, Sachsen-Anhalt  
Palm, Nicole, Braunschweig  
Parpart, Uwe, Bremen  
Paß, Reinhard, Nordrhein-Westfalen

- Pauls, Birte, Schleswig-Holstein  
 Pauluhn, Stefan, Saarland  
 Pech, Christian, Bayern  
 Peitzsch, Wolfgang, Bayern  
 Pepper, Renate, Rheinland-Pfalz  
 Petersen, Kathi, Bayern  
 Pfeil, Juliane, Sachsen  
 Pflug, Johannes,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Pipa, Erich, Hessen Süd  
 Poerschke, Frank, Braunschweig  
 Pörksen, Jan, Hamburg  
 Pörksen, Carsten, Rheinland-Pfalz  
 Portugall, Ina, Braunschweig  
 Preißl, Hans, Hessen Süd  
 Pries, Heinz-Christoph,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Pronold, Florian, Bayern  
 Raab, Heike, Rheinland-Pfalz  
 Rabanus, Martin, Hessen Süd  
 Rabe, Ties, Hamburg  
 Rackles, Mark, Berlin  
 Rader, Martina, Nordrhein-Westfalen  
 Ramsauer, Günther, Rheinland-Pfalz  
 Raulff, Gerd, Nord-Niedersachsen  
 Rebmann, Stefan,  
   Baden-Württemberg  
 Reich, Beate, Rheinland-Pfalz  
 Reichenbach, Gerold, Hessen Süd  
 Reineke, Johannes,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Reinke, Christian,  
   Mecklenburg- Vorpommern  
 Renner, Stephan,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Repasi, Rene, Baden-Württemberg  
 Reuter, Michael, Hessen Süd  
 Richter, Frank, Hamburg  
 Richter, Gerrit, Hessen Süd  
 Richter, Bärbel,  
   Nordrhein-Westfalen
- Rimkus, Andreas,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Rischer, Martin, Hannover  
 Ristau, Sigrid, Nordrhein-Westfalen  
 Rix, Sönke, Schleswig-Holstein  
 Rodarius, Christine, Bayern  
 Rohwer, Maike, Schleswig-Holstein  
 Rölting, Ute, Hannover  
 Roloff, Sebastian, Bayern  
 Römer, Norbert,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Rosemann, Martin,  
   Baden-Württemberg  
 Röse-Maurer, Karin, Hessen Nord  
 Roth, Birgit, Rheinland-Pfalz  
 Roth, Eugen, Saarland  
 Ruffert, Detlef, Hessen Nord  
 Ruhwedel, Iris, Hessen Nord  
 Rupp, Adelheid, Bayern  
 Rybotycky, Waltraud, Braunschweig  
 Sagasser, Tanja, Baden-Württemberg  
 Salewski, Gerhard,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Saller, Gerlinde, Bayern  
 Sauermann, Annemarie,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Scales, Dominic Robert, Bayern  
 Schäfer, Gabriela,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Schäfer, Ute, Nordrhein-Westfalen  
 Schäfer-Gümbel, Thorsten,  
   Hessen Süd  
 Schelberg, Thomas, Bayern  
 Schiefner, Udo,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Schindler, Silke, Sachsen-Anhalt  
 Schirmacher, Helga,  
   Schleswig-Holstein  
 Schledorn, Jörg,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Schlee, Diana, Weser-Ems

DELEGIERTE

- Schlosser-Keichel, Anna,  
Schleswig-Holstein
- Schmeer, Horst, Saarland
- Schmeißer, Christa,  
Nordrhein-Westfalen
- Schmidt, Jan-Hinrik, Bayern
- Schmidt, Maximilian, Hannover
- Schmidt, Dagmar, Hessen Süd
- Schmidt, Volker, Saarland
- Schmidt, Norbert, Weser-Ems
- Schmitt, Norbert, Hessen Süd
- Schmitz, Uwe, Nordrhein-Westfalen
- Scho-Antwerpes, Elfi,  
Nordrhein-Westfalen
- Schöbel, Peter, Hessen Süd
- Schostok, Stefan, Hannover
- Schug, Thomas, Bayern
- Schuler, Thomas, Sachsen
- Schultheis, Karl, Nordrhein-Westfalen
- Schulz, Hendrik, Weser-Ems
- Schumann, Michelle,  
Nordrhein-Westfalen
- Schurer, Ewald, Bayern
- Schuster, Margit, Bayern
- Schwarz, Jan, Braunschweig
- Schweitzberger, Brita, Thüringen
- Schweitzer, Alexander,  
Rheinland-Pfalz
- Schwesig, Manuela,  
Mecklenburg- Vorpommern
- Seidl, Florian, Bayern
- Sichau, Frank, Nordrhein-Westfalen
- Siegrist, Hildrun, Rheinland-Pfalz
- Siggas, Manfred,  
Nordrhein-Westfalen
- Simm, Erika, Bayern
- Simmerl, Susanna,  
Nordrhein-Westfalen
- Simshäuser, Monika,  
Nordrhein-Westfalen
- Somfleth, Brigitte, Hannover
- Sommer, Ulrike, Berlin
- Sorg, Anette, Baden-Württemberg
- Spiegel, Anja, Brandenburg
- Spinrath, Norbert,  
Nordrhein-Westfalen
- Spranger, Iris, Berlin
- Stapelfeldt, Dorothee, Hamburg
- Stein, Frank, Nordrhein-Westfalen
- Steinberg, Sören, Hannover
- Steinruck, Jutta, Rheinland-Pfalz
- Steisel, Michael, Hessen Nord
- Stock, Heike, Berlin
- Stojkovic, Dzenet, Hessen Süd
- Strässer, Christoph,  
Nordrhein-Westfalen
- Stratmann, Marita,  
Nordrhein-Westfalen
- Stritter, Hans Georg, Saarland
- Stübe, Yves-Christian,  
Schleswig-Holstein
- Stuntebeck, Kristina, Weser-Ems
- Suhren, Daniel, Nordrhein-Westfalen
- Sünder, Claudia, Baden-Württemberg
- Tausend, Claudia, Bayern
- Tauss, Jörg, Baden-Württemberg
- Tegtmeier-Casper, Monika,  
Nord-Niedersachsen
- Teichmann, Gabriele,  
Baden-Württemberg
- Templ, Karl-Ulrich,  
Baden-Württemberg
- Teuchner, Jella, Bayern
- Thiel, Klaus, Hessen Nord
- Thölken, Rosemarie, Berlin
- Tigges, Margit, Nordrhein-Westfalen
- Tonne-Jork, Elke, Hannover
- Träger, Carsten, Bayern
- Treu, Frank, Weser-Ems
- Tsalastras, Apostolos,  
Nordrhein-Westfalen
- Ude, Monika, Hessen Nord



Uhlmann, Beate, Weser-Ems  
 Ulbricht, Klaus, Berlin  
 Vogel, Katja, Bayern  
 Vogel, Ines, Sachsen  
 Volkmer, Marlies, Sachsen  
 Wagener, Tanja,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Wagner, Volker, Hessen Nord  
 Wallach, Marianne,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Watermann, Ulrich, Hannover  
 Weigle, Sebastian,  
   Baden-Württemberg  
 Weikert, Angelika, Bayern  
 Weis, Petra, Nordrhein-Westfalen  
 Weisskirchen, Gert,  
   Baden-Württemberg  
 Wend, Rainer, Nordrhein-Westfalen  
 Wenghöfer, Jörg, Schleswig-Holstein  
 Wenzel, Erwin, Weser-Ems  
 Wetegrove, Gesa,  
   Nord-Niedersachsen  
 Wicklein, Andrea, Brandenburg  
 Wieczorek-Zeul, Heidemarie,  
   Hessen Süd  
 Wiedemann, Leo, Bayern  
 Wienecke, Anne-Katrin,  
   Nordrhein-Westfalen  
 Wiethaup, Insa, Hannover  
 Wingerter, Sven, Hessen Süd  
 Winkelmann, Peter, Brandenburg  
 Wistuba, Engelbert, Sachsen-Anhalt  
 Witt, Martin, Brandenburg  
 Wolbergs, Joachim, Bayern  
 Wölfle, Sabine, Baden-Württemberg  
 Wörner, Ludwig, Bayern  
 Wucherpennig, Dagmar, Hessen Süd  
 Zapf, Uta, Hessen Süd  
 Zeller, Norbert, Baden-Württemberg  
 Zieder-Ripplinger, Margriet, Saarland  
 Ziegler, Rainer, Weser-Ems  
 Zirpel, Michael, Bayern  
 Zöllner, E. Jürgen, Berlin  
 Zorn, Gerhard, Nordrhein-Westfalen

## Delegierte mit beratender Stimme

### Delegierte des Parteirates:

Adler, Hans-Peter  
 Alkenings, Birgit  
 Alter, Elisabeth  
 Baumann-Hasske, Harald  
 Baumgarten, Heino  
 Beckmeyer, Uwe Karl  
 Binder, Hanna  
 Böhrnsen, Jens  
 Böttner, Wilfried  
 Braune, Tilo  
 Burkert, Michael  
 Coße, Jürgen  
 Crone, Petra  
 Dietrich, Sven  
 Dörmann, Martin  
 Dreccoll, Erika  
 Dulig, Martin  
 Dunger-Löper, Hella  
 Eckner, Stefan  
 Emmerich-Kopatsch, Petra  
 Erdsiek-Rave, Ute  
 Fehr, Manfred  
 Fikentscher, Rüdiger  
 Forster, Hans

## DELEGIERTE

Fuhrmann, Petra  
Graner, Jürgen  
Grätz, Sanda  
Groschek, Michael  
Grotheer, Wolfgang  
Grun, Thomas  
Haase, Hans-Dieter  
Hammelrath, Helene  
Hartmann, Swantje  
Hoffmann, Gudrun  
Hunger, Heinz  
Jennerjahn, Marten  
Jurk, Thomas  
Kakalick, Gerhard  
Kramer, Hubertus  
Kröning, Christian  
Krüger, Thomas  
Kutzer, Wolf  
Lawall, Karin  
Leithäuser, Brigitta  
Liebethuth, Dörte  
Lippmann, Utha  
Mattes, Ralf  
Maurer, Michael  
Mogg, Ursula  
Möhrmann, Dieter  
Möller, Claus  
Mönikes, Jan  
Müntefering, Franz  
Neuendorf, Bernd  
Neumann, Michael  
Niemann, Regine  
Ott, Jochen  
Pahl, Roland  
Panter, Dirk  
Pawlovsky, Hans  
Petry, Leo  
Pfaff, Karlheinz  
Platzeck, Matthias  
Raphael, Detlef  
Rapkay, Bernhard

Redmer, Axel  
Reichstein, Gabriele  
Ringstorff, Harald  
Roth, Angelika  
Rothe, Mechtild  
Rühl, Kathrin  
Schäfer, Axel  
Schaub, Manfred  
Schieder, Werner  
Schiffmann, Dieter  
Schild, Armin  
Schintze, Jörg  
Schlotmann, Volker  
Schmidbauer, Horst  
Schmidt, Ulla  
Schmidt-Kühner, Regina  
Schmitz, Fabian  
Scholz, Rüdiger  
Schreier, Wilhelm  
Schridde, Hans-Henning  
Schwabe, Frank  
Schweitzer, Stephan  
Seidel-Kalmutzki, Karin  
Selling, Erwin  
Sippel, Birgit  
Spiller, Jörg-Otto  
Stadelmaier, Martin  
Staschewski, Jochen  
Stinka, André  
Strang, Hans-Rainer  
Tanke, Detlef  
Timmermann, Karin  
Tonn, Gisela  
Trauernicht-Jordan, Gitta  
Unbenannt, Marcus  
van den Berg, Guido  
von den Driesch, Nicole  
Walter, Gerd  
Watermann-Krass, Annette  
Wehrmeyer, Matthias  
Westrich, Lydia

Wieczorek, Norbert  
 Wiefelspütz, Dieter  
 Wilhelmy, Frank  
 Wörl, Beate

Wowereit, Klaus  
 Zimkeit, Stefan  
 Zoller, Peter  
 Zypries, Brigitte

### **Delegierte der Kontrollkommission:**

Budde, Katrin  
 Görlach, Willi  
 Kompe, Gerhard

Mattischeck, Heide  
 Meinhold, Walter  
 Randzio-Plath, Christa

### **Delegierte der Bundesschiedskommission:**

Kohl, Hannelore  
 Ballhausen, Werner

Rixecker, Roland  
 Brusis, Ilse

### **Delegierte der SPD-Bundestagsfraktion:**

Andres, Gerd  
 Arndt-Brauer, Ingrid  
 Bartol, Sören  
 Bollmann, Gerd Friedrich  
 Bülow, Marco  
 Edathy, Sebastian  
 Ehrmann, Siegmund  
 Eichel, Hans  
 Glicke, Iris  
 Kühn-Mengel, Helga  
 Marks, Caren

Merkel, Petra  
 Oppermann, Thomas  
 Reimann, Carola  
 Rossmann, Ernst Dieter  
 Runde, Ortwin  
 Schaaf, Anton  
 Scheelen, Bernd  
 Schneider, Carsten  
 Stöckel, Rolf  
 Thönnies, Franz  
 Wolff, Waltraud

### **Delegierte der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europaparlament:**

Haug, Jutta  
 Jöns, Karin

Krehl, Constanze

## Internationale Gäste

### Albania

Socialist Party of Albania

Edi Rama  
Arta Dade  
Kamelia Vojka  
Saimir Tahiri

Socialist Movement for Integration

Ilir Meta  
Leonard Bequiraj

### Austria

Social Democratic Party of Austria

SPÖ

Josef Kalina  
Andreas Schieder  
Heinz Kommenda

SPÖ Group in the Vienna City Council

Andreas Höferl  
Ernst Nevrivy  
Christian Oxonitsch  
Sybille Straubinger  
Kurt Stürzenbecher  
Jürgen Wutzlhofer  
Nurten Yilmaz

### Belarus

Belarusian Socialdemocratic Party

BSDP

Mikolaj Statkevich

Movement for Freedom

Aliaksandr Milinkevich

### Bosnia and Hercegovina

Republica Srbska:

Party of Independent  
Social Democrats SNSD  
Igor Radojicic  
Perica Rajcevic

### Brazil

Partido dos Trabalhadores PT

Marinete Merss  
Romenio Pereira  
Nilmario Miranda

### Bulgaria

Bulgarian Socialist Party BSP

Donka Mihaylova  
Fani Radulova

### Chile

Party for Democracy PPD

Sergio Bitar Chacra  
Guido Girardi  
Alejandro Bahamondes  
Loreto Schnake

### China

Communist Party of China

Zhang Zhijun  
Huang Huaguang  
Wang Xueyong  
Lin Wei

## Croatia

Social Democratic Party of Croatia  
SDP  
Mirjana Ferić-Vac  
Neven Mimica

## Cyprus

Movement of Social Democrats EDEK  
Eleni Karaoli

## North Cyprus

Republican Turkish Party CTP  
Ünal Findik  
Mustafa Yektaoglu

## Czech Republic

Czech Social Democratic Party CSSD  
Jiri Paroubek  
Jan Hamacek  
Petra Kovacova  
Milos Schmiedberger

## Finland

Social Democratic Party of Finland  
SDP  
Matti Hirvola

## France

Parti Socialiste PS  
Jacques-Pierre Gougeon

## Ghana

National Democratic Congress NDC  
John Mills  
Johnson Asiedu Nketiah  
Margaret Clarke-Kwesie  
Kofi Attor  
Antwi Boasiako Sekyere  
Kwasi Tamakloe  
John Ballo  
Vida Addae  
Nii Ashie Moore  
Franklin Adusei  
Chris Addy Nayo

## Great Britain

Labour Party LP  
Stewart Wood  
Rachel Cowburn

## Greece

PASOK  
Paulina Lampsa

## Hungary

Hungarian Socialist Party MSzP  
Vilmos Szabó

## India

Indian National Congress INC  
Satyavrat Chaturvedi

## Iraq

Kurdistan Democratic Party  
Dilshad Barzani  
Patriotic Union of Kurdistan PUK  
Ahmad Berwari  
Shamal Abdulwafa

## **Israel**

Israeli Labour Party  
Colette Avital  
Eldad Yaniv  
Ophir Pines-Paz  
Meretz-Yahad  
Tzvia Greenfeld  
Avshalom Vilan

## **Italy**

Democratic Left DS  
Luciano Vecchi  
Socialist Party PS  
Enrico Boselli  
Luca Cefisi

## **Representatives from the autonomous province Southern Tyrol**

Dr. Sabina Kasslatter Mur  
Dr. Helga Pedrotti  
Dr. Reinhold Perkmann  
Erich Mur

## **Luxemburg**

Jean Asselborn  
Jakub Dolezel

## **Macedonia**

Social Democratic Union  
of Macedonia SDUM  
Alexandar Chebotarev

## **Mauritanian**

Assembly of Democratic Forces RFD  
Ahmend Ould Daddah  
Bayini Belal Beyatt

## **Mexico**

Party of Democratic Revolution  
Cuauhtemoc Sandoval

## **Montenegro**

Democratic Party of Socialist  
Pedrag Sekulić

## **Netherlands**

Dutch Labour Party PvdA  
Marije Laffeber  
René Cuperus

## **Norway**

Norwegian Labour Party DNA  
Helga Pedersen  
Sverre Myrli  
Ola Mannsaaker  
Jardar Flaa

## **Palestine**

Fatah  
Hasan Al-Khatib  
Abdallah Ala Frangi  
Sabri Saidam  
Chérifa Magdi  
Sahar Al Qawasmi

## **Mubadara**

Mustafa Barghouthi  
Abbas Milhem

## **Poland**

Democratic Left Alliance SLD  
Andrzej Szejna

## Portugal

Socialist Party PS  
Paulo Pisco

## Russia

Just Russia  
Alexander Babakov  
Mikhail Plesyuk

## San Marino

Socialist and Democratic Party  
Giuseppe Maria Morganti  
Claudio Felici

## Serbia

Democratic Party  
Bozidar Djelic  
Jelena Zdrale  
Vladimir Todoric  
Nebojsa Milenkovic  
Zoran Jakovljevic  
Ksenija Milivojevic  
Milos Jevtic

League of Socialdemocrats  
of Vojvodina  
Nenad Canak  
Aleksandar Kravic  
Sanja Šifliš

## Slovenia

Igor Lukšič

## Spain

Socialist Workers' Party PSOE  
Joan Calabuig

## Sweden

The Swedish Social Democratic Party  
SAP  
Leif Jakobsson

## Switzerland

Social Democratic Party  
of Switzerland PS  
Hans Widmer  
Paul Günter

## USA

Mayor of Reading / Pennsylvania  
Tom McMahon

National Democratic Institute  
Ivan Doherty

## Vietnam

Communist Party of Vietnam  
Dao Duy Quat  
Tien Nhien  
Nguyen Ky Son

## Western Sahara

Frente Polisario in Germany  
Jamal Zakari

## Party of European Socialists PES

Philip Corderoy  
Nils Wörner

## Socialist International

Luis Ayala

## Socialist International Women

Pia Locatelli

## Rednerinnen und Redner

Albers, Detlev	504	Edathy, Sebastian	131
Annen, Niels	121, 439	Eichler, Wolfgang	539, 543
Arnold, Rainer	452	Engelen-Kefer, Ursula	61
Asselborn, Jean	405	Eppler, Erhard	487
		Erdsiek-Rave, Ute	567
Barnett, Doris	44	Eumann, Marc Jan	178
Baumann-Haske, Harald	199	Everts, Carmen	217
Beck, Kurt			
27, 97, 113, 162, 228, 351, 363,		Faulenbach, Bernd	172, 521
470, 510, 576, 586		Ferner, Elke	99, 458, 463, 498
Bednarz, Hendrik	58	Fleckenstein, Jensen	176
Berg, Ute	485	Friedrich, Peter	346
Bogedan, Claudia	100, 554		
Böhning, Björn	72, 332	Gabriel, Sigmar	146, 255, 295
Bollermann, Gerd	293	Geier, Jens	135
Bolln, Stefan	558	Giese, Thomas	572
Brandes, Katrin	313	Griefahn, Monika	169
Bullmann, Udo	392	Griese, Kerstin	70, 144
Bulmahn, Edelgard	336	Großmann, Achim	331
Bülow, Marco	270	Grüger, Stephan	288, 442, 450, 503
Burchardt, Ulla	187	Grumbach, Gernot	63, 305, 524
Burger, Simone	545		
		Hagen, Robert	584
Conradi, Peter	338	Hahnzog, Klaus	549
		Hammelrath, Gabriele	461
Danckert, Peter	343	Hansen, Norbert	340
Dieckmann, Bärbel	115, 161, 241	Heberer, Helen	173
Dinger, Dörte	449	Heil, Hubertus	
Drakul, Petar	396	82, 155, 317, 353, 478, 539	
Drautz, Cordula	570	Hering, Hendrik	333
Drobinski-Weiß, Elvira	269	Hilgers, Heinz	459
Drohsel, Franziska	150, 437	Homann, Henning	552
Duin, Garrelt	184, 231		
Dulig, Martin	140		
Dzembitzki, Detlef	436		



Jagau, Hauke	355	Nahles, Andrea	403, 413, 501
Jäger, Ralf	219	Naumann, Michael	9
Jellonnek, Burkhart	171	Negele, Christine	220, 518, 559
Jordan, Jörg	108, 281	Nida-Rümelin, Julian	496
Jung, Johannes	431	Nissen, Ulrike	139, 244, 246, 460
Jüttner, Wolfgang	60, 397		
		Oppermann, Thomas	347
Kalina, Josef	156	Östreich, Cornelia	550
Kelber, Ulrich	273		
Klug, Astrid	264, 523	Pflug, Johannes Andreas	441
Kollatz-Ahnen, Matthias		Preißl, Hans	443
	234, 350, 354, 461, 517		
Kompe, Gerhard	186	Randzio-Plath, Christa	101, 429
Körting, Erhart	151	Reinke, Christian	142, 234
Kraft, Hannelore	384	Römer, Norbert	286, 304
Kuhlwein, Eckart		Rosemann, Martin	75
	190, 302, 335, 527, 571	Rudolph, Karsten	212, 513
		Ruffert, Detlef	175
Lang, Armin	465		
Lange, Christian	450, 519	Scales, Dominic	432, 546
Langemeyer, Gerhard	526	Schäfer, Axel	230
Leinen, Jo	229, 491	Schäfer-Gümbel, Thorsten	400
Lutz, Udo	399	Scheer, Hermann	275, 326
		Schlotmann, Volker	125
Maas, Heiko	394	Schmidbauer, Horst	466
Mast, Katja	495, 562	Schmidt, Horst	137
Matschie, Christoph	183, 252, 529	Schreiner, Ottmar	65
Meinhold, Walter	148, 345	Schröder, Gerhard	17
Miersch, Matthias	348	Schulz, Martin	227, 235, 414, 530
Möller, Claus	21	Schwabe, Frank	289
Müller, Michael (Berlin)	329	Schwan, Gesine	514
Müller, Michael		Sommer, Michael	77
(Nordrhein-Westfalen)	54, 278, 500	Sommer, Ulrike	454
Müllerwiebus, Roswitha	292	Spiegel, Anja	303
Müntefering, Franz	372	Stegner, Ralf	133, 195, 510
		Steinbrück, Peer	166
		Steinmeier, Frank-Walter	417
		Stiegler, Ludwig	216
		Struck, Peter	445

Tauss, Jörg	180, 213	Weigle, Sebastian	552
Thierse, Wolfgang	163, 507, 567	Weisskirchen, Gert	444
Tiefensee, Wolfgang	321	Wettig-Danielmeier, Inge	90, 494
Tsalastras, Apostolos	211, 412	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	433, 577
Ude, Christian	360	Wörner, Ludwig	284
van den Berg, Guido	402	Wowereit, Klaus	68
Vogel, Hans-Jochen	532	Ypsilanti, Andrea	56, 266
Vogt, Ute	192, 232, 577	Zimmermann, Olaf	168
		Zypries, Brigitte	455



